SPD

PROTOKOLL
DES BUNDESPARTEITAGS

ORDENTLICHER
BUNDESPARTEITAG

06. BIS 08. DEZEMBER 2019

SPD

PROTOKOLL
DES BUNDESPARTEITAGS

ORDENTLICHER
BUNDESPARTEITAG

06. BIS 08. DEZEMBER 2019

SPD

FINANZBERICHT
DES SCHATZMEISTERS

2017/2018

PARTEITAG BERLIN
6. bis 8. Dezember 2019

SPD

BERICHT DES
SPD-GENERALSEKRETÄRS
LARS KLINGBEIL

ORDENTLICHER
BUNDESPARTEITAG

06. BIS 08. DEZEMBER 2019

SPD

BERICHT ÜBER DEN
STAND DER BETRIEBS-
ORGANISATION/AFA

ORDENTLICHER
BUNDESPARTEITAG

06. BIS 08. DEZEMBER 2019

SPD

GLEICH-
STELLUNGS-
BERICHT
2019

SPD

BERICHT DES
KOMMUNALBEIRATES
DER SPD

ORDENTLICHER
BUNDESPARTEITAG

06. BIS 08. DEZEMBER 2019

SPD

DELEGIERTE

ORDENTLICHER
BUNDESPARTEITAG

06. BIS 08. DEZEMBER 2019

SPD

DELEGIERTE
MIT BERATENDER STIMME

ORDENTLICHER
BUNDESPARTEITAG

06. BIS 08. DEZEMBER 2019

SPD

INTERNATIONALE
GÄSTE

ORDENTLICHER
BUNDESPARTEITAG

06. BIS 08. DEZEMBER 2019

Impressum: SPD Parteivorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

INHALTSVERZEICHNIS

TAGESORDNUNG ... 6

GESCHÄFTSORDNUNG ... 8

PROTOKOLL FREITAG, 6. DEZEMBER 2019 ... 10

BEGRÜßUNG ... 10

KONSTITUIERUNG UND ERÖFFNUNG ... 19

TOTENGEDENKEN ... 20

BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS ... 23

BERICHT DES VORSITZENDEN DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION ... 30

BERICHT DER KONTROLLKOMMISSION ... 35

AUSSPRACHE ZU DEN BERICHTEN ... 37

BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGS- UND ZÄHLKOMMISSION ... 41

ENTLASTUNG DES VORSTANDES ... 42

BERICHT DER ANTRAGSKOMMISSION ... 43

ANTRAGSBERATUNG SATZUNGSÄNDERNDE ANTRÄGE ... 45

VORSTELLUNGSREDE SASKIA ESKEN FÜR DEN PARTEIVORSITZ ... 49

VORSTELLUNGSREDE NORBERT WALTER-BORJANS FÜR DEN PARTEIVORSITZ ... 58

WAHL DER PARTEIVORSITZENDEN ... 94

ERGEBNIS DER WAHL DER PARTEIVORSITZENDEN ... 96

VERABSCHIEDUNG DER KOMMISSARISCHEN PARTEIVORSITZENDEN ... 98

ANTRAGSBERATUNG INITIATIVANTRAG IA 1 „AUFBRUCH IN DIE NEUE ZEIT“ ... 104

GRUßWORT REINER HOFFMANN, VORSITZENDER DES DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES ... 107

AUSSPRACHE IA 1, IA 7 UND WEITERE ANTRÄGE ZUR ORGANISATIONSPOLITIK ... 112

ABSTIMMUNG IA1 UND ÄNDERUNGSANTRÄGE ... 168

ABSTIMMUNG SATZUNGSÄNDERNDE ANTRÄGE AUS DEM BEREICH ORGANISATIONSPOLITIK ... 172

VORSTELLUNGSREDEN DER KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN ZUR WAHL DER STELLVERTRETENDEN PARTEIVORSITZENDEN ... 177

VORSTELLUNGSREDE DES GENERALSEKRETÄRS ... 198

VORSTELLUNGSREDE DES SCHATZMEISTERS ... 202

VORSTELLUNGSREDE DES VERANTWORTLICHEN DES PARTEIVORSTANDES FÜR DIE EU ... 206

ERGEBNIS DER WAHL DER STELLVERTRETENDEN PARTEIVORSITZENDEN ... 209

WAHL DES GENERALSEKRETÄRS, DES SCHATZMEISTERS UND DES VERANTWORTLICHEN DES PARTEIVORSTANDES FÜR DIE EU 211

ANTRAGSBERATUNG VON PV 2 UND ANTRÄGE ORGANISATIONSPOLITIK 213

ERGEBNIS DER WAHL DES GENERALSEKRETÄRS 226

FORTSETZUNG ANTRAGSBERATUNG PV 2 227

ERGEBNIS DER WAHL DES SCHATZMEISTERS 242

ERGEBNIS WAHL DES VERANTWORTLICHEN DES PARTEIVORSTANDES FÜR DIE EU 243

ABSTIMMUNG DER ANTRÄGE AUS DEM BEREICH ORGANISATIONSPOLITIK 243

PROTOKOLL SAMSTAG, 7. DEZEMBER 2019 245

BEGRÜßUNG 245

GRUßWORT MICHAEL MÜLLER, REGIERENDER BÜRGERMEISTER VON BERLIN 247

ERSTER WAHLGANG DER WAHLEN DER WEITEREN MITGLIEDER ZUM PARTEIVORSTAND 252

ANTRAGSBERATUNG PV 1: ARBEIT-SOLIDARITÄT- MENSCHLICHKEIT: EIN NEUER SOZIALSTAAT FÜR EINE NEUE ZEIT 255

AUSSPRACHE ZUM PV 1: ARBEIT-SOLIDARITÄT- MENSCHLICHKEIT: EIN NEUER SOZIALSTAAT FÜR EINE NEUE ZEIT 265

ERGEBNISSE DES ERSTEN WAHLGANGS DER WAHLEN DER WEITEREN MITGLIEDER ZUM PARTEIVORSTAND 288

ZWEITER WAHLGANG DER WAHLEN DER WEITEREN MITGLIEDER ZUM PARTEIVORSTAND 292

FORTSETZUNG AUSSPRACHE PV 1: ARBEIT-SOLIDARITÄT- MENSCHLICHKEIT: EIN NEUER SOZIALSTAAT FÜR EINE NEUE ZEIT 298

FORTSETZUNG ZWEITER WAHLGANG DER WAHLEN DER WEITEREN MITGLIEDER ZUM PARTEIVORSTAND 306

FORTSETZUNG AUSSPRACHE PV 1: ARBEIT-SOLIDARITÄT- MENSCHLICHKEIT: EIN NEUER SOZIALSTAAT FÜR EINE NEUE ZEIT 307

ABSTIMMUNG PV 1: ARBEIT-SOLIDARITÄT- MENSCHLICHKEIT: EIN NEUER SOZIALSTAAT FÜR EINE NEUE ZEIT 323

ERGEBNIS ZWEITER WAHLGANG DER WAHLEN DER WEITEREN MITGLIEDER ZUM PARTEIVORSTAND 331

GRUßWORT WILHELM SCHMIDT, PRÄSIDENT DER AWO 334

ANTRAGSBERATUNG FAMILIEN-, FRAUEN- UND GLEICHSTELLUNGSPOLITIK, GENERATIONS- UND SENIORENPOLITIK UND KINDERGRUNDSICHERUNG I A2 336

WAHL DES/DER VORSITZENDEN DER BUNDESSCHIEDSKOMMISSION 353

FORTSETZUNG ANTRAGSBERATUNG FAMILIEN-, FRAUEN- UND GLEICHSTELLUNGSPOLITIK, GENERATIONS- UND SENIORENPOLITIK 354

ERGEBNIS DER WAHL DES/DER VORSITZENDEN DER BUNDESSCHIEDSKOMMISSION 365

WAHL DER STELLVERTRETENDEN VORSITZENDEN UND WEITEREN MITGLIEDER DER BUNDESSCHIEDSKOMMISSION 365

WAHL DER KONTROLLKOMMISSION ... 367
ANTRAGSBERATUNG SOZIALPOLITIK UND IA 10 ... 368
ANTRAGSBERATUNG KOMMUNALPOLITIK, STADTENTWICKLUNG, WOHNEN UND PV 5 ... 368
ERGEBNIS DER WAHL DER STELLVERTRETENDEN VORSITZENDEN UND WEITEREN MITGLIEDER DER BUNDESSCHIEDSKOMMISSION ... 398
VERABSCHIEDUNG DER BISHERIGEN VORSITZENDEN DER BUNDESSCHIEDSKOMMISSION HANNELORE KOHL ... 400
WAHL DER DELEGIERTEN ZUM KONGRESS DER SPE ... 404
ANTRAGSBERATUNG ARBEITSMARKTPOLITIK ... 406
GRUßWORT KAI NIEBERT, PRÄSIDENT DES DEUTSCHEN NATURSCHUTZRINGS ... 409
ANTRAGSBERATUNG UMWELT-, ENERGIE- UND VERBRAUCHERPOLITIK UND IA 5 ... 414
ANTRAGSBERATUNG BEREICH VERBRAUCHERPOLITIK ... 458
PROTOKOLL SONNTAG, 8. DEZEMBER 2019 ... 460
ERGEBNIS WAHL DER SPE-DELEGIERTEN ... 461
SPENDENAUFRUF FÜR DEN MARIE-SCHLEI-VEREIN ... 462
ANTRAGSBERATUNG PV 4, IA 13, 15, 16, 20 UND BEREICH STEUERN UND WIRTSCHAFT ... 464
ANTRAGSBERATUNG BEREICH BILDUNG, WISSENSCHAFT UND JUGENDPOLITIK ... 505
BEKANNTGABE SPENDENSAMMLUNG FÜR DEN MARIE-SCHLEI-VEREIN ... 517
ANTRAGSBERATUNG IA 3 UND TH 8 UND TH 14: 30 JAHRE FRIEDLICHE REVOLUTION - AUFBRUCH FÜR EIN STARKES OSTDEUTSCHLAND ... 517
ANTRAGSBERATUNG IA 6, IA 17, IA 19 UND IA 21UND DIE BEREICHE AUßEN-, SICHERHEITS- UND ENTWICKLUNGSPOLITIK UND EUROPAPOLITIK ... 534
ÜBERWEISUNG DER ANTRÄGE AUS DEN BEREICHEN GESUNDHEIT UND INNEN- RECHTSPOLITIK UND MIGRATION ... 559
SCHLUSSWORT DER PARTEIVORSITZENDEN ... 560
REDNERINNEN UND REDNER ... 565
ANHANG:
FINANZBERICHT ... 568
BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS ... 600
BERICHT UND UMFRAGE ÜBER DEN STAND DER BETRIEBSORGANISATION ... 641
GLEICHSTELLUNGSBERICHT ... 646
BERICHT DES KOMMUNALBEIRATES ... 702
DELEGIERTE ... 707
DELEGIERTE MIT BERATENDER STIMME ... 718
INTERNATIONALE GÄSTE ... 720

TAGESORDNUNG

Freitag, 6. Dezember

10.00 Uhr **Begrüßung und Rede der Kommissarischen Vorsitzenden**

Konstituierung und Eröffnung

Wahl des Tagungspräsidiums

Beschluss über die Tagesordnung

Beschluss über die Geschäftsordnung

Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Rechenschaftsberichte

Bericht des Generalsekretärs

Bericht der Bundestagsfraktion

Bericht des Schatzmeisters (schriftlich)

Bericht der Vorsitzenden der Kontrollkommission

Gleichstellungsbericht (schriftlich)

Bericht über den Stand der Betriebsorganisation (schriftlich)

Bericht über die Erledigung und Bearbeitung der angenommenen und überwiesenen Anträge der vorangegangenen Parteitage und Parteikonvente (schriftlich)

Bericht Kommunalbeirat (schriftlich)

Fortschrittsbericht Verantwortliche für interkulturelle Öffnung (schriftlich)

Aussprache

Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Bericht der Vorsitzenden der Antragskommission

Beratung Satzungsändernde Anträge

Wahl des/der SPD Parteivorsitzenden

Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden

Wahl des/der Generalsekretär/in

Wahl des/der Schatzmeister/in

Wahl des/der Verantwortlichen des Parteivorstandes für die Europäische Union

Antragsberatung
weitere Satzungsändernde Anträge

Unterbrechung des Parteitages

Samstag, 7. Dezember

9.00 Uhr **Beginn**

Grußworte

Weiterführung Antragsberatung
Ggfs. weitere satzungsändernder Anträge

Wahlen der weiteren Mitglieder zum Parteivorstand
Wahl der Bundesschiedskommission
Wahl der Kontrollkommission
Wahl der Delegierten zum Kongress der SPE

Unterbrechung des Parteitages

Parteiabend

Sonntag, 8. Dezember

9.00 Uhr **Beginn**

Grußworte

Weiterführung Antragsberatung

14.00 Uhr **Schlusswort Parteivorsitzende/r**

GESCHÄFTSORDNUNG

Geschäftsordnung des ordentlichen Parteitages

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind laut § 15 Organisationsstatut die von den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des Parteivorstandes. Die Mitglieder des Gewerkschaftsrates haben auf dem Parteitag Rederecht. Die Vorsitzenden bzw. benannten Vertreter*innen der nahe stehenden Organisationen haben auf dem Parteitag Rederecht zu ihren Anträgen nach § 18 Abs. 3 Organisationsstatut.

2. Der Parteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend ist. Die Beschlussunfähigkeit wird nur auf Antrag festgestellt. Solange die Beschlussunfähigkeit nicht festgestellt ist, gilt der Parteitag als beschlussfähig.

3. Die Beschlüsse des Parteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Statut der Partei nichts anderes vorschreibt.

4. Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt fünf Minuten.

5. Die Diskussionsredner*innen erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen, unter Beachtung der Geschlechterquote, das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich mit Angabe des Themas bzw. Antrags einzureichen und werden in eine Redeliste eingetragen, die vom Plenum aus gesehen werden kann. Das Tagungspräsidium kann Wortmeldungen thematisch unter Berücksichtigung der Reihenfolge der Meldungen zusammenfassen.

6. Berichterstatter*innen können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.

7. Die Berichterstatter*innen der Antragskommission haben die Stellungnahme der Antragskommission zu begründen. Erhält der Sprecher/die Sprecherin der Antragskommission nach Schluss der Debatte nochmals das Wort, und äußert er/sie sich zur Sache, ist damit die Debatte erneut eröffnet.

8. Anträge aus der Mitte des Parteitages (Initiativanträge) werden behandelt, soweit der Parteitag dem zustimmt. Die Anträge müssen von 50 Stimmberechtigten aus fünf Bezirken unterstützt werden. Der Parteivorstand hat ein eigenes Initiativrecht.

9. Änderungsanträge, die nach Ablauf der Antragsfrist des § 18 Abs. 2 Organisationsstatut eingegangen sind, sind nur zulässig, wenn sie von stimmberechtigten Parteitagsdelegierten mündlich begründet werden und sich auf den Text behandelter Anträge beziehen. Wesentliche und umfangreiche Änderungen vorliegender Anträge müssen schriftlich rechtzeitig vor der Abstimmung eingebracht werden. Die Entscheidung darüber, welcher Änderungsantrag als wesentlich und umfangreich zu qualifizieren ist, trifft das Tagungspräsidium. Bei mehreren Anträge zu einer Sachfrage wird zuerst über den weitestgehenden Antrag abgestimmt.

10. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller*innen erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner*innen das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt drei Minuten.

11. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein*e Redner*in für und gegen den Antrag gesprochen hat.

12. Persönliche Anmerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.

13. Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen während einer Rede oder eines Debattenbeitrags sollen kurz und präzise sein und von einem Saalmikrophon gestellt werden, wenn der Redner/die Rednerin dies zugelassen hat. Das Tagungspräsidium kann im Anschluss an einen Debattenbeitrag eine Zwischenbemerkung von höchstens zwei Minuten zulassen, auf die der Redner/die Rednerin kurz antworten darf.

14. Die Schatzmeisterei erstellt einen Vorschlag zur Zusammensetzung der Mandatsprüfungs- und Zählkommission (MPZK), welcher durch den Parteitag beschlossen wird.

PROTOKOLL FREITAG, 6. DEZEMBER 2019

Beginn: 10:16 Uhr

Tagungsort: CityCube, Messe Berlin

Motto: IN DIE NEUE ZEIT.

BEGRÜßUNG

Malu Dreyer, kommissarische Parteivorsitzende:

Einen schönen guten Morgen!

(Beifall)

Liebe Genossen! Liebe Genossinnen! Liebe Gäste! Ihr merkt, dass heute kein gewöhnlicher Parteitag ist. Man kann es eigentlich kaum übersehen. Heute strahlt wieder unsere sozialdemokratische Rose im Saal, und ich freue mich sehr darüber. Seit Ewigkeiten ist die Rose ein Symbol unserer Werte und unserer Einigkeit, und sie steht weltweit für ein Bekenntnis der internationalen Solidarität und für Frieden. Wir zeigen heute unsere Rose aus Überzeugung; denn wir wissen, woher wir kommen,

(Beifall)

und wir wissen auch, wohin wir gehen: Gemeinsam in die Neue Zeit.

(Beifall)

Wir können stolz darauf sein, was wir gemeinsam in den letzten Monaten erreicht haben, liebe Genossinnen und Genossen. Noch nie gab es eine solche Breite und Tiefe innerparteilicher Demokratie. Zehntausende Genossinnen und Genossen haben sich in Workshops, in Konferenzen, in Veranstaltungen mit ihren Ideen beteiligt. Das ist etwas Schönes, und dazu stehen wir auch.

Neben der Erneuerung unserer Partei haben wir in den letzten Jahren ganz viel erreicht, um unser Land gerechter zu machen. Für Millionen von Frauen und Männern hat sich durch unsere Regierungsarbeit das tägliche Leben verbessert: 430.000 Paketzusteller schützen wir vor Ausbeutung,

(Beifall)

bis zu 1,5 Millionen Menschen erhalten einen Rechtsanspruch auf Grundrente, unsere Respektrente,

(Beifall)

für immer mehr Kinder wird die Kita beitragsfrei, 2 Millionen Kinder und ihre Eltern profitieren vom Starke-Familien-Gesetz, für über 90 Prozent der Bürger und Bürgerinnen fällt der Soli weg, und in der Pflege sorgen wir für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen. Und wir sorgen dafür, dass Deutschland als erstes Industrieland der Welt gleichzeitig aus der Kernkraft und aus der Kohle aussteigt und dass die Menschen in den betroffenen Regionen dennoch eine gute Perspektive haben.

(Beifall)

Das ist für mich verantwortliche Politik für die Zukunft. Das ist sozialdemokratische Politik, und darauf bin ich, ehrlich gesagt, mächtig stolz!

(Beifall)

Diese Erfolge haben wir unseren Ministern und Ministerinnen und der gesamten Bundestagsfraktion zu verdanken, allen voran Olaf, Olaf Scholz,

(Beifall)

und natürlich Svenja und Heiko, Franziska, Hubertus, Christine und Katarina, Rolf und Carsten. Ihr seid wirklich ein tolles Team. Schön, dass wir Euch haben!

(Beifall)

Wie ihr wisst, waren die vergangenen sechs Monate für mich sehr besonders. Ich durfte unsere Partei kommissarisch führen. Am Anfang waren wir zu dritt, drei Kommissare und Kommissarinnen, und das bleibt für mich persönlich wirklich unvergessen.

Lasst mich daher einige Personen hervorheben, die für mich wichtige Wegbegleiter waren und auf die ich mich immer 100 Prozent verlassen konnte:

Thorsten Schäfer-Gümbel. Lieber Thorsten, du hast mit deiner Klugheit und Zuverlässigkeit im Willy-Brandt-Haus ganz Großes geleistet, obwohl dein Lebensplan eigentlich ein ganz, ganz anderer war. Viele vergessen viel zu oft den Wert der Freundschaft im Leben und, ja, auch in der Politik. Mit dir ist das anders. Wir werden in großer Freundschaft verbunden bleiben, und darauf freue ich mich sehr.

(Beifall)

Manuela Schwesig. Liebe Manu, du magst Menschen, und du magst Politik. Deine Ideen werden für die Zukunft der SPD gebraucht - mehr denn je. Und du bringst immer die Sonne mit. Ich wünsche dir - und wir wünschen dir - wirklich alles, alles Gute, und eines möchte ich dir versichern: 2021 steht die ganze SPD mit dir Schulter an Schulter und hinter dir im Wahlkampf. Darauf kannst du dich bei uns 100 Prozent verlassen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, und natürlich mein General, Lars Klingbeil. Du bringst Menschen und Projekte auf eine wunderbare Weise zusammen. Ohne Deinen Einsatz hätte es nie eine Mitgliederbefragung gegeben. Du stehst für eine moderne Partei, in der Mitbestimmung großgeschrieben wird, und das wird auch weiterhin gebraucht. Auch danke an dich, lieber Lars.

(Beifall)

Die letzten sechs Monate bedeuteten auch endlose Nächte und Koalitionssitzungen. Ohne die Erfahrung und das Verhandlungsgeschick von dir, lieber Olaf, wäre vieles, was wir für die Menschen in unserem Land erreicht haben, nicht möglich gewesen. Du bist und bleibst eine wichtige Stütze für unsere Partei; ich habe das eben schon gesagt. Vielen, vielen herzlichen Dank, lieber Olaf!

(Beifall)

Und dann ist da noch Rolf Mützenich. Lieber Rolf, du hast kurzfristig Verantwortung übernommen, und du bist mit deiner klugen und ruhigen Art ein ganz großer Gewinn für schwierige Verhandlungen. Aus ganz, ganz tiefem Herzen: Vielen, vielen Dank!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, natürlich möchte ich mich als noch amtierende kommissarische Parteivorsitzende auch bei der vorhergehenden Parteivorsitzenden bedanken, bei Andrea Nahles. Andrea - und ich spreche sie direkt an; irgendwie wird sie es hören -, du hast als erste Frau an der Spitze der SPD die Türen für alle Frauen in der Partei aufgemacht, und heute will ich hier für alle Frauen in unserer Partei auch klipp und klar sagen: Diese Türen sind offen, und sie bleiben offen!

Vor einem Jahr hast Du auf dem Debattencamp unter großem Applaus den legendären Satz gesagt: „Wir lassen Hartz IV hinter uns“. - Damals konnte man förmlich hören, wie die Steine von den Herzen zahlreicher Genossen und Genossinnen gefallen sind.

Und morgen beschließen wir unser Sozialstaatskonzept, das es ohne Dich, liebe Andrea, so niemals gegeben hätte und wo das dann Beschlusslage ist, was damals entwickelt worden ist. Mit größtem Respekt danke ich dir für alles, was du über 30 Jahre für die Partei und für unser Land geleistet hast. Und wir wünschen dir von Herzen neue Aufgaben, bei denen dein Wissen und deine Leidenschaft für eine solidarische Gesellschaft gefragt sind. Andrea, wir grüßen dich ganz herzlich von hier. Du bist und bleibst eine von uns. Du kannst stolz sein auf das, was du erreicht hast. Und wir sind es mit dir!

(Beifall)

Wir machen als Partei das, zu dem wir verpflichtet sind: Wir gestalten Politik - für Millionen von Frauen und Männern, Kindern und Jugendlichen, täglich von tausenden Genossinnen und Genossen an tausenden Orten in Deutschland. 425.000 Mitglieder sind 425.000 gute Gründe für eine

lebendige SPD. Weil wir dieses Land verändern und gestalten wollen: in den Kommunen, in den Ländern und im Bund. Das sehe ich überall, und konnte es gerade in den vergangenen Monaten jeden Tag intensiv erleben. Das war eine sehr schöne Erfahrung.

Deswegen ärgert es mich ganz besonders, was ich manchmal über uns höre. Ja, wir sind eine hoch lebendige, eine kämpferische und eine streitbare Partei - und manchmal auch eine anstrengende Partei. Aber wir sind immer auch da für die Menschen in unserem Land. Und das sage nicht nur ich. Das sagen Euch zehntausende Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker unserer Partei. Sie sind unser Rückgrat – das dürfen wir niemals vergessen, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Auf uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kann man sich verlassen, und das haben wir zuletzt mit unserer Respektrente gezeigt. Es macht nämlich einen Unterschied, wer regiert.

Marie Juchacz - ich verehre sie sehr, deshalb keine Rede ohne Zitat - sagte einmal: „Es ist der ganzen Welt bekannt, dass es in unserem sozialpolitischen Leben immer so gewesen ist, dass es uns nicht genug war, was geschehen ist, aber Ihnen (den Konservativen) stets zu viel." Und diese Worte gelten auch heute noch. Ohne uns gäbe es nicht den Mindestlohn, der von der CDU/CSU so lange und so vehement abgelehnt worden ist. Nun soll er perspektivisch auf mindestens 12 € steigen, damit er seinem Namen dann auch gerecht werden kann.

(Beifall)

Ohne uns gäbe es keine Erhöhung des Mindestlohns für Pflegehilfskräfte. Nun wollen wir einen Tarifvertrag für alle Pflegekräfte. Denn wer sich täglich um unsere Nächsten und unsere Lieben kümmert, der muss auch anständig verdienen. Ohne uns gäbe es keinen deutlich erhöhten Kinderzuschlag. Nun wollen wir eine Kindergrundsicherung, damit in einem reichen Land wie Deutschland kein Kind mehr in Armut leben muss.

(Beifall)

Diese Beispiele zeigen uns, wie konkret Politik ist, wie akribisch sie sein muss. Aber nur, wer große Ziele hat, kann durch Kompromisse auch verändern. Und wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben große Ziele. Auch das wird dieser Bundesparteitag deutlich machen.

(Beifall)

Ihr Lieben, ich wurde in der letzten Zeit oft gefragt, was eigentlich für mich der Kern der SPD ist. Für mich war und ist die SPD immer eine Wertepartei. Die Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität - das ist doch unsere politische DNA. Doch zur Wahrheit gehört, dass viele Menschen uns nicht mehr als diese Wertepartei sehen. Sie nehmen uns allzu oft nur noch als Taktikpartei wahr.

Wenn wir aber den Anspruch haben, eine Partei der Werte zu sein, dann müssen wir formulieren, was wir wollen - und nicht, wem wir es rechtmachen wollen.

(Beifall)

Wir müssen die Menschen mit all ihren Wünschen und Vorlieben ernst nehmen, anstatt sie nur auf ihre soziale Herkunft und auf ihren Beruf zu reduzieren. Denn niemand in unserem Land ist nur Krankenpfleger, Bankdirektorin oder Webdesigner. Sie alle haben politische Überzeugungen und Vorstellungen von Menschlichkeit und Zusammenleben. Und öfter als wir denken verbindet diese Menschen mehr, als sie trennt. Viele Menschen sehnen sich nach einer Politik der Werte, einer Politik des Respekts und der Mitmenschlichkeit. Und darum muss es uns in Zukunft gehen, liebe Genossinnen und Genossen.

Wer aber die Menschen in unserem Land mit unseren Werten begeistern will, der muss diese Werte auch selber leben. Und da ist ein Wert entscheidend, nämlich die Solidarität.

(Beifall)

Unsere Leidenschaft gilt der Debatte. Man könnte auch sagen: Die Sozialdemokratie braucht ihre Debatten wie die Luft zum Atmen. Dazu gehört aber auch die Einsicht, dass der Inhalt mancher Diskussionen nicht wichtiger ist als der Anstand, mit dem sie geführt werden. Wenn wir verstehen, warum Genossinnen und Genossen unterschiedlich denken - je nach Herkunft, Wurzeln und Temperament -, dann bauen wir die Solidarität, die über allem stehen muss. Und diese Solidarität bedeutet auch, einmal getroffene Entscheidungen gemeinsam zu tragen und gemeinschaftlich umzusetzen.

(Beifall)

Ich glaube, ihr wisst es, aber ich sage es noch einmal: Mein Herz schlägt uneingeschränkt für unsere SPD - trotz der Höhen und Tiefen, trotz aller öffentlichen Debatten und Querelen. Und wisst ihr eigentlich auch warum? Weil mich unsere Inhalte, unsere Ziele und unsere Werte begeistern. „Eintracht im Innern, Friede im Äußeren!“ – wie es Willy Brandt oft zitiert hat, das war immer unser Ziel, und das wünsche ich mir auch für unsere Zukunft. Es bedeutet, wieder mehr Mut zu großen Würfen auch in der Friedenspolitik zu haben - und nicht wie andere zuerst danach zu rufen, mehr Soldatinnen und Soldaten zu Einsätzen ins Ausland zu schicken.

(Beifall)

Es verlangt von uns, die Würde des Menschen - aller Menschen - zum alleinigen Maßstab politischen Handelns in der Innen- wie in der Außenpolitik zu machen. Wer Politik für Menschen macht, muss sie für alle Menschen machen - und darf nicht wie die Nationalisten sagen: Wir suchen uns aus, wer dazu gehört. Wer so spaltet, will nie wieder versöhnen. Die SPD ist die Partei der Arbeit und der Solidarität und der Gerechtigkeit. Wir sind gefordert für alle Menschen, die täglich am Band, am Pflegebett oder in der Cloud arbeiten - mitten im Umbruch, mitten im Wandel.

Dazu kommt die ökologische Verantwortung. Schon Erhard Eppler, liebe Genossinnen und Genossen, hat uns gemahnt, jede Politik für die arbeitenden Menschen und die Wirtschaft zu verknüpfen mit dem, was sie erst möglich macht: Ökologische Verantwortung und soziale Verankerung. Und ich

bin froh, dass wir hier auf einem guten Weg sind. Den müssen wir ganz konsequent weitergehen.

(Beifall)

Die SPD war immer die Partei, die den entfesselten Kapitalismus in die Schranken gewiesen hat. Kluges Kapital und gute Arbeit sind keine Gegensätze. Leider ist nicht jedes Kapital klug und nicht jede Arbeit gut. Darum braucht es die Sozialdemokratie: Damit wir die Bedingungen schaffen, in denen der Markt für die Menschen und das Geld für unser Gemeinwohl da ist. Und wenn das nicht der Fall ist, dann muss die Politik Regeln durchsetzen. Und wir als Sozialdemokraten werden diese Regeln auch durchsetzen.

(Beifall)

Wir alle stehen für eine Gesellschaft, in der der Mensch das Maß aller Dinge ist. Und das wird uns auch weiter alle miteinander verbinden. Dafür kämpfen wir auch. Die SPD ist Volkspartei, und sie wird es immer bleiben.

Liebe Genossen und Genossinnen, ich habe letzte Woche mit Martina Angermann telefoniert. Viele von euch kennen sie als eine engagierte Bürgermeisterin aus Sachsen, die den Einsatz für das Zusammenleben in ihrem Heimatdorf Arnsdorf zu ihrer Lebensaufgabe gemacht hat. Für zahlreiche Neonazis wurde sie daher zum Feindbild. Eine beispiellose Hetzkampagne begann. Und das hat tiefe persönliche Spuren bei Martina hinterlassen. Am Ende konnte sie einfach nicht mehr und trat als Bürgermeisterin zurück.

Martina ist kein Einzelfall: Auch andere Bürgermeister und viele Gemeinderäte sind in jüngster Zeit auf Grund von Hass und Hetze nicht mehr angetreten oder zurückgetreten. Liebe Genossinnen und Genossen, damit darf sich unsere Demokratie niemals abfinden!

(Beifall)

Martina kann heute leider nicht bei uns sein. Aber sie sagt allen: Ganz herzlichen Dank für eure Unterstützung!

Auch von dieser Stelle möchte ich Martina und den vielen Tausend Engagierten in unserem Land zurufen: Ihr seid nicht alleine - die SPD steht an eurer Seite! Wir werden uns gemeinsam immer wieder - ohne Wenn und Aber - den Hetzern und den Rechtsradikalen entgegenstellen.

(Beifall)

Aber lasst uns auch nicht vergessen: Hinter jedem Hass auf andere steht jemand, der den Hass auf andere schürt. Jedes Übel hat einen Namen. Diese Frauen und Männer sitzen heute in den Landesparlamenten und im Bundestag. Sie sitzen auf den Stühlen der Demokratie, sie nutzen alle Instrumente der Demokratie, sie verdienen ihr Geld mit der Demokratie. Auch damit dürfen wir uns in diesem Land niemals abfinden.

(Beifall)

Ich bin sehr für Toleranz, aber nicht für Toleranz für Demokratiefeinde.

(Beifall)

Diese klare Haltung gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus - liebe Leute: Auch das gehört zur sozialdemokratischen DNA, auf die wir unglaublich stolz sein können - und das seit der Existenz unserer Partei.

(Beifall)

Liebe Saskia, lieber Norbert, ihr übernehmt heute eine Partei, die streitbar, engagiert, und sehr vielfältig ist - eine Partei, die Ideen hat und für Werte steht. Unsere Partei will verändern, sie will gestalten, und sie will zusammenführen. „Gemeinsam in eine Neue Zeit“ - ich wünsche euch, liebe Saskia und lieber Norbert, und unserer Partei auf diesem Weg viel Kraft, Fortune und Zusammenhalt!

(Beifall)

Zum Abschluss bedanke ich mich bei euch allen. Es war überwältigend, wie ihr unsere Arbeit als Parteivorsitzende - die von uns dreien - unterstützt habt.

Bei aller Vielfalt und aller Unterschiedlichkeit steht die SPD doch für eine Sache: Die Welt muss anders werden, wenn sie gut werden will: gerechter, friedlicher, solidarischer. Für alle Menschen und ohne jeden Unterschied.

(Beifall)

Die SPD ist eine wunderbare Partei - vergesst das nie. Und mir persönlich war es eine große Ehre, eure Parteivorsitzende gewesen zu sein. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall - die Anwesenden erheben sich von den Plätzen)

Danke schön! Vielen Dank!

So ihr Lieben, jetzt müssen wir arbeiten.

Jetzt beginnen wir mit der Arbeit. Ihr wisst, die SPD ist die Partei der Arbeit. Das passt eigentlich ganz gut.

Meine Aufgabe ist es jetzt noch, Ehrengäste zu begrüßen. Da wir die Partei der Arbeit sind, bin ich unheimlich glücklich, dass nicht nur DGB-Chef Reiner Hoffmann unter uns ist - hallo Reiner! -,

(Beifall)

sondern auch ganz viele Einzelgewerkschaften hier vertreten sind: Frank Werneke, der Vorsitzende von ver.di - herzlich willkommen, lieber Frank! -,

(Beifall)

Wolfgang Stadler, der Bundesvorsitzende der AWO - herzlich willkommen! -,

(Beifall)

Torsten Westphal, der Vorsitzende der EVG,

(Beifall)

Guido Zeitler, der Vorsitzende der NGG,

(Beifall)

Marlis Tepe, die Vorsitzende der GEW,

(Beifall)

Jörg Radek, der stellvertretende Vorsitzende der GdP,

(Beifall)

und Petra Reinbold-Knape für die IGBCE - herzlich willkommen -,

(Beifall)

Sebastian Fiedler, der Vorsitzende des Bundes der Kriminalbeamten.

(Beifall)

Zudem freue ich mich sehr, dass Eric Schweitzer, Präsident des DIHK, heute in unserer Mitte ist. Herzlich Willkommen!

(Beifall)

„Gemeinsam in eine Neue Zeit“ - deshalb freue ich mich, dass auch viele unserer früheren Parteivorsitzenden dabei sind. Herzlich willkommen: Kurt Beck,

(Beifall)

Martin Schulz,

(Beifall)

Rudolf Scharping.

(Beifall)

Franz Müntefering wird noch zu uns stoßen.

Ich begrüße auch Wolfgang Thierse - schön, dass du da bist!

(Beifall)

Stellvertretend für unsere engagierten Kommunalpolitiker und -politikerinnen darf ich Frank Baranowski, den Vorsitzenden der Bundes-SGK, sehr herzlich begrüßen.

(Beifall)

Zahlreiche Vertreter und Vertreterinnen engagierter Zivilgesellschaften sind heute hier - von den Sozial- bis hin zu den Umweltverbänden. Ich begrüße auch Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschafts- und Unternehmensverbände. Herzlich willkommen heißen möchte ich auch die Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen und Religionsgemeinschaften. Es ehrt uns, dass Sie heute bei uns sind. Herzlich Willkommen! Schön, dass wir mit Ihnen verbunden sind. Bei Erzbischof Koch und Bischof Stäblein möchte ich mich herzlich für den Gottesdienst heute Morgen bedanken.

(Beifall)

Jetzt freue ich mich, noch über 300 internationale Gäste und Mitglieder des Diplomatischen Korps zu begrüßen.

Stellvertretend für alle möchte ich Sergei Stanischew, den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Europas, begrüßen.

(Beifall)

KONSTITUIERUNG UND ERÖFFNUNG

Und jetzt darf ich an das Tagespräsidium des heutigen Bundesparteitags übergeben. Aber vorher schlage ich euch noch vor, wer das sein soll: Niels Annen, Martin Dulig, Oliver Kaczmarek, Gabriele Lösekrug-Möller, Anke Rehlinger und Johanna Uekermann. Hierzu liegt auch die Tischvorlage 1 vor. Ich bitte um das Kartenzeichen für die Zustimmung. Dann können wir das auch schon mal üben, damit es den ganzen Tag gutgeht. - Jawohl. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? Vielen Dank. Damit ist das Tagungspräsidium gewählt, und ich übergebe das Wort. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

TOTENGEDENKEN

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Vielen lieben Dank, liebe Malu. - Liebe Genossinnen und Genossen, ich darf euch auch von Seiten des Tagespräsidiums ganz herzlich zu unserem Parteitag hier in Berlin begrüßen. Wir bedanken uns bei euch allen für das Vertrauen und freuen uns auf drei spannende Tage bei diesem Parteitag mit euch. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Bevor wir in die weitere Konstituierung einsteigen, gedenken wir zunächst unserer Toten.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Ich darf euch stellvertretend für unsere Verstorbenen einige Namen verlesen:

Günther Bantzer, Jens Beutel, Ernst-Wolfgang Böckenförde, Rolf Böhme, Rudolf Borchert, Sylvia Bretschneider, Johann Bruns, Hans Büchler, Walter Buckpesch, Wolf-Michael Catenhusen, Helmuth Coqui, Jan Ehlers, Herbert Ehrenberg, Wendelin Enders, Erhard Eppler, Klaus Faber, Peter Fischer, Thomas Freund, Christa Friedl, Anke Fuchs, Fritz Joachim Gnädinger, Claus Grobecker, Lissy Gröner, Horst Haase, Dietmar Herz, Jürgen Hinz, Walter Hirrlinger, Anton Hochleitner, Hilmar Hoffmann, Anke Kuhbier, Josef Krings, Ulrich Lang, Dieter Lattmann, Eva Leithäuser, Helmut Lölhöffel, Karl Heinz Luckhardt, Dieter Maaß, Caesar Meister, Angelika Mertens, Jutta Müller, Peter Paterna, Günter Pohl, Erardo Rautenberg, Heribert Reitz, Hans Saalfeld, Georg Schlaga, Rudolf Schöfberger, Fritz Schösser, Waldemar Schulze, Peter Schuster, Horst Seefeld, Wolfgang Spanier, Erwin Stahl, Karin Stief-Kreihe, Ernst-Wilhelm Stojan, Tilman Tögel, Guido van den Berg, Eugen von der Wiesche, Christian Weber, Greta Wehner, Lothar Wrede.

Ich danke euch.

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Tagesordnung. Ihr findet sie auf euren Tischen. Das ist die Tischvorlage 2. Darin sehr ihr, dass wir heute einige sehr wichtige Aufgaben vor uns haben. Wir setzen heute den Willen unserer Mitglieder aus der Mitgliederbefragung um. Wir eröffnen die Möglichkeit zu einer neuen Doppelspitze in der SPD. Wir wählen unsere Parteivorsitzenden. Wir setzen unsere organisationspolitischen Diskussionen in konkrete Maßnahmen um, und wir wählen unsere gesamte Parteispitze.

Morgen wird es wesentlich um die Herausforderung gehen, wie wir uns programmatisch weiterentwickeln. Im Zentrum steht hier unser Programm für einen Sozialstaat von Morgen, die Diskussionen über Arbeit, Wirtschaft und Umwelt. Und wir wählen die Beisitzer des Parteivorstands, ebenso wie

die Schieds-, die Kontrollkommission und die SPE-Delegierten.

Wir wollen versuchen, die Wahlgänge morgen komplett abzuschließen; denn am Sonntag geht es weiter. Wir werden uns mit den Zukunftsfragen aus den Bereichen Bildung, Jugend und digitale Entwicklung und zum anderen den außenpolitischen Fragestellungen, die noch vor uns liegen, zuwenden. Dafür braucht es natürlich konzentrierte Beratungen. Deshalb schlagen wir euch, damit alles klappt, in Abstimmung mit der Antragskommission vor, den Antragsschluss für initiative Wahlvorschläge für die engere Parteiführung auf heute, 10.45 Uhr, zu legen. Diese Frist schlagen wir euch auch für alle initiativen Anträge für den heutigen Tag vor.

((Zuruf)e)

- Okay. Ich höre gerade von der Seite, dass wir die Zeit noch mal ein Stück weit nach hinten schieben. Ihr habt nämlich wahrscheinlich alle auf die Uhr geguckt; ich gerade nicht. Die Zeit ist nämlich schon verstrichen. Deshalb noch einmal für alle zum Mitschreiben: Wir legen den Antragsschluss für die initiativen Wahlvorschläge für die engere Parteiführung auf 11.15 Uhr. Diese Frist gilt dann eben auch für alle initiativen Anträge für den heutigen Tag.

Ich hoffe, das ist jetzt bei allen angekommen. - Ich sehe Kopfnicken. Das passt.

Als Antragsschluss für die weiteren Initiativanträge schlagen wir euch 15.00 Uhr vor.

Dann würde ich euch um Zustimmung zu dieser Tagesordnung bitten und bitte um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das sieht gut aus. Dann vielen Dank für die Annahme der Tagesordnung.

Wir machen gleich weiter mit der Konstituierung. Als Nächste ist die Geschäftsordnung dran. Auch die findet ihr auf euren Plätzen. Das ist die Tischvorlage 3.

Wir wollen uns Zeit nehmen, miteinander und sehr intensiv zu beraten, wo wir stehen, und deshalb werden wir heute bei allen Tagesordnungspunkten ganz genau auf die Zeit schauen müssen. Das gilt auch für die Aussprache. Denn wir wollen, dass möglichst viele von euch zu Wort kommen. Wir haben viele wichtige Themen, und da ist es schön, wenn möglichst viele von euch, die das Wort wünschen, dann auch drankommen. Deswegen werden wir sehr genau auf die Einhaltung der Redezeit bei allen Rednerinnen und Rednern achten und werden das auch streng regulieren. Jetzt seid ihr schon mal alle vorgewarnt, dass wir im Zweifel dann auch einschreiten müssen, wenn ihr die Redezeit überschreitet.

Vor allem morgen und am Sonntag haben wir intensive Antragsberatungen. Ihr alle habt das Antragsbuch gesehen. Es ist sehr dick, und wir haben über 1.300 Anträge, die vor uns liegen. Deshalb wollen wir euch den Vorschlag machen, Debatten von Anfang an zeitlich zu begrenzen. Dadurch schaffen wir die Möglichkeit, dann alle Antragsbereiche auch wirklich aufzurufen und alle wichtigen Themen dann auch zu behandeln.

Ihr findet die Geschäftsordnung, wie gesagt, vor euch. Jetzt würde ich euch um das Kartenzeichen bitten, wenn ihr der Geschäftsordnung so folgt. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dan vielen Dank für die Annahme der Geschäftsordnung.

Der nächste Punkt, den wir noch gemeinsam vornehmen müssen, ist die Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Auch hierfür habt ihr wieder einen Vorschlag auf euren Tischen. Das ist die Tischvorlage Nr. 4. Ich hoffe, ihr habt sie alle gefunden und konntet einen Blick darauf werfen. Wenn keine Einwände gegen den Vorschlag bestehen, dann bitte ich auch hier um Zustimmung durch das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Dann auch hier vielen Dank für die Zustimmung.

Das ist jetzt für alle Mitglieder der Mandatsprüfungs- und Zählkommission, der MPZK, ganz wichtig: Bitte kommt jetzt sofort zum Treffpunkt! Der Treffpunkt ist von euch aus gesehen links neben der Bühne am Wortmeldetisch. Ihr werdet dort von der Kollegin Caroline Winkler in Empfang genommen und in den Raum der MPZK geführt. Ich bitte also alle, die jetzt gewählt wurden und Mitglieder der Mandatsprüfungs- und Zählkommission sind, jetzt sofort zum vereinbarten Treffpunkt zu kommen, damit ihr sofort eure Arbeit aufnehmen könnt. Vielen Dank schon mal für eure wichtige Arbeit und viel Erfolg!

(Beifall)

Für alle, die über diesen Bundesparteitag und über die spannenden Entwicklungen twittern wollen, haben wir auch einen Hashtag. Der Hashtag lautet: #neuezeit. Nutzt ihn bitte, damit alle mitkriegen, was wir heute, morgen und in den nächsten Tagen machen!

Liebe Genossinnen und Genossen, bevor wir jetzt in die Wahlen einsteigen können, kommen wir zu den Rechenschaftsberichten und zur Entlastung des Vorstands.

Dafür schauen wir aber erst einmal zurück.

(Film)

Und was für eine Zeit!

Als Erster hat jetzt Lars Klingbeil das Wort. Lieber Lars!

(Beifall)

BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS

Lars Klingbeil, Generalsekretär:

Liebe Genossinnen und Genossen! Als Generalsekretär einen Rechenschaftsbericht über die letzten zwei Jahre zu geben, ist eine große Herausforderung. Wenn ich mir überlege, was alles in zwei Jahren passiert ist, dann passt das gar nicht in eine Rede von 20 Minuten. Deswegen liegt euch mein Bericht als Generalsekretär auch schriftlich vor. Trotzdem will ich einige politische Anmerkungen machen.

Der Blick zurück auf die letzten zwei Jahre fängt für mich am 13. Oktober 2017 an. Ich hatte damals gerade meinen Wahlkreis in der Lüneburger Heide gewonnen. Es fühlt sich gut an, wenn man der Union einen solchen Wahlkreis wegnimmt. Martin Schulz lud mich damals nach Hannover in ein Restaurant in der Nähe des Hauptbahnhofs ein, um mit mir zu reden, lieber Martin, wie wir die SPD verändern können. Im Laufe dieses Gesprächs hast du mir die Frage gestellt, ob ich Generalsekretär dieser wunderbaren Partei werden möchte. Ich habe eingeschlagen. Ich wusste aber auch: Das ist eine große Aufgabe. Da steht viel bevor. Es ist eine große Ehre, Generalsekretär dieser Partei zu sein.

Lieber Martin, danke für die Freundschaft, die sich entwickelt hat! Danke für das Vertrauen! Aber ich muss heute sagen: Du hast mir damals nicht verraten, was alles in zwei Jahren auf mich zukommen würde. Du hast mir damals verschwiegen, dass Christian Lindner als Erster wegrennen würde und Jamaika scheitert. Für uns änderte sich einiges: Regionalkonferenzen, drei SPD-Parteitage, Sondierungen, Koalitionsverhandlungen, wieder Regionalkonferenzen, das Mitgliedervotum zur Großen Koalition, der Eintritt in die Regierung. Malu hat beschrieben, was unsere Ministerinnen und Minister alles durchgesetzt haben. Liebe Genossinnen und Genossen, das ist bis zum heutigen Tag eine gute Bilanz, die gerade unsere Ministerinnen und Minister erreicht haben. Dafür, lieber Olaf, stellvertretend an euch noch einmal ein großer Dank!

(Beifall)

Da sind in den letzten zwei Jahren aber auch die anderen gewesen: Horst Seehofer, der es mit seiner Flüchtlingspolitik fast geschafft hat, die Union zu spalten, und die Regierung über Wochen lahmgelegt hat. Da waren die Hetzjagden von Chemnitz. Alle haben gesehen, dass da Hetzjagden waren, bis auf Hans-Georg Maaßen. Ich muss euch sagen: Ich bin froh, dass dieser Typ nicht mehr Präsident des Verfassungsschutzes in Deutschland ist. Das haben wir erreicht, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

In dieser politisch aufgeladenen Stimmung haben wir Wahlkampf geführt: in Bayern, in Hessen, in Bremen, in Brandenburg, in Sachsen, in Thüringen, überall im Land für die Europawahl. Für viele von euch war ich auch unterwegs. Ich habe gemerkt und gesehen, wie die Genossinnen und Genossen vor Ort mit Kampfgeist unterwegs waren, wie sie an den Wochenenden und nach Feierabend gekämpft haben. Leider gab es bei viel zu vielen Wahlen eins auf den Deckel. Diese Wahlniederlagen

waren bitter, liebe Genossinnen und Genossen.

Dann habe ich aber das will ich erwähnen in Brandenburg bei der Landtagswahl erlebt, wie die Rechtsextremen von der AfD versucht haben, Geschichte in diesem Land umzuschreiben, wie sie Willy Brandt auf die Plakate geklebt haben. Da seid ihr aufgestanden, und wir haben uns Willy Brandt mit einem fulminanten Endspurt zurückgeholt, den wir in Brandenburg hingelegt haben. Lieber Dietmar Woidke, liebe Genossinnen und Genossen in Brandenburg: Danke für diesen Einsatz! Danke für diesen Wahlkampf! Danke für diese klare Haltung gegen die Rechtsextremen von der AfD!

(Beifall)

In den letzten zwei Jahren ist viel passiert: der Rücktritt von Martin, der Rücktritt von Andrea, die Ruppigkeit und der Umgang in der SPD. Ich sage euch: Wir haben uns als Partei oft nicht von der besten Seite präsentiert.

Heute, liebe Genossinnen und Genossen, muss der Aufbruch sein, dass Schluss damit ist! Wir brauchen ein anderes Bild. Diese Partei muss für Geschlossenheit stehen, liebe Genossinnen und Genossen! Dafür ist dieser Parteitag wichtig.

(Beifall)

Ich kann mich erinnern, wie wir im Willy-Brandt-Haus bis tief in die Nacht gesessen haben, nachdem Andrea zurückgetreten ist, wie wir beraten haben, wie es weitergeht. Ich will das hier auch noch einmal persönlich sagen: Dass Malu Dreyer, Manuela Schwesig und Thorsten Schäfer-Gümbel sich entschieden haben, diese Partei als Übergangsteam zu führen, ist ein Glücksfall. Ich will euch dreien auch noch einmal persönlich einen großen Dank für das sagen, was ihr geleistet habt. Diese Partei schuldet euch viel. Vielen Dank für eure wertvolle Arbeit!

(Beifall)

Wir haben uns damals bewusst entschieden, bei der Frage andere Wege zu gehen, wer künftig die Partei führen wird. Wir haben uns bewusst entschieden, euch als Mitglieder in den Mittelpunkt zu stellen. Wir haben bewusst entschieden, dass ihr jetzt diejenigen seid, die entscheiden. Das war richtig, liebe Genossinnen und Genossen. Wir haben so manche Kritik aushalten müssen. Ich habe das über den Sommer erlebt. Erst hieß es: Da kandidiert doch gar keiner! - Auf einmal standen da acht Teams und ein Einzelbewerber auf der Bühne, die alle spannend waren. Dann hieß es: Es geht doch nur um die Frage der Großen Koalition! - Dann haben wir gezeigt, wie wir leidenschaftlich über Themen, über Inhalte diskutieren. Dann hieß es: 23 Regionalkonferenzen sind zu viel! - Nein, wir mussten achtmal sogar die Halle wechseln, weil ihr alle gekommen seid. Über 20.000 Genossinnen und Genossen waren da. Wir haben dieser ständigen Kritik getrotzt und haben gezeigt, dass der Weg richtig war, die Mitglieder in den Mittelpunkt zu stellen. Das war ein gutes Signal unserer leidenschaftlichen Partei, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das alles waren die letzten zwei Jahre. Ich habe mich manchmal gefragt, ob ich Martin damals auch mein Okay gegeben hätte, wenn ich gewusst hätte, was alles auf mich zukommt. Ich sage euch: Die Antwort ist Ja, weil diese Partei gebraucht wird, weil wir viel zu tun haben und weil ich der festen Überzeugung bin, liebe Genossinnen und Genossen: Dieses Land braucht eine starke SPD! Wenn heute die Rechtsextremen wieder im Deutschen Bundestag und in den Parlamenten sitzen, wenn wir uns als Bundestagsabgeordnete anhören müssen, dass man die SPD verbieten solle so etwas wird im Bundestag gesagt! , dann braucht es eine selbstbewusste, eine starke, eine kämpferische SPD, um diesen Rechtsextremen etwas entgegenzusetzen.

(Beifall)

Wenn wir heute sehen, dass die Kluft zwischen Arm und Reich auseinandergeht, dann braucht es eine starke, eine mutige SPD, die diese Entwicklung stoppt. Wenn ich sehe, dass Klimaschutz und Digitalisierung als Bedrohung wahrgenommen werden, dann sage ich euch: Es braucht eine zuversichtliche, eine mutige, eine zukunftsgewandte SPD, die dieses Land verändert. Es gibt viel zu tun! Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, müssen wir wieder stärker werden.

(Beifall)

Wir haben vor zwei Jahren auf dem Parteitag auch gesagt, dass wir Dinge anders machen wollen, dass wir mit Ritualen brechen, dass wir neues Vertrauen zurückgewinnen. Wir haben damals eine unabhängige Evaluierung des Wahlkampfs in Auftrag gegeben. Das war schonungslos. Das hat uns an vielen Stellen gezeigt, was wir anders machen müssen.

Ja, wir haben die Mitglieder radikal in den Mittelpunkt gestellt. Ihr habt entschieden, wie es weitergeht. Liebe Saskia, lieber Norbert, herzlichen Glückwunsch zu eurem Erfolg bei der Mitgliederbefragung. Wir haben auch gesagt, wir wollen die Vielfalt in der Partei stärken. Wir wollen unterschiedliche Blickwinkel. Wir wollen Perspektiven aufgreifen. Wir haben die Position des Ostbeauftragten neu geschaffen in der Partei. Lieber Martin Dulig, ich will dir danken für die wertvolle Arbeit, die du in den letzten zwei Jahren als Ostbeauftragter geleistet hast. Das war großartig. Vielen Dank dafür.

(Beifall)

Wir haben, liebe Genossinnen und Genossen, im Willy-Brandt-Haus die Stabsstelle Gleichstellung geschaffen. Wir haben gesagt: Die Gleichstellung muss vorangetrieben werden, nicht nur in Reden auf Parteitagen, sondern auch ganz praktisch. Ich weiß nicht, ob ihr euch noch erinnert an die Turbulenzen, als es um die Listenaufstellung für die Europawahl ging. Alle haben damals gesagt: jünger und weiblicher. - Andrea und ich, wir haben uns damals die Liste angeguckt, und wir haben gesagt: Das passt nicht zusammen. - Wir stellen uns auf Parteitage und sagen, die Partei muss jünger und weiblicher werden; aber das was vorlag, passte nicht. Ich will das hier bewusst ansprechen, auch wenn ich weiß, dass es damals Verletzungen gab. Aber dass wir eingegriffen haben in die Liste, dass wir gesagt haben, hier müssen Jüngere nach vorne, das ist die Konsequenz daraus, wenn wir

auf Parteitagen feststellen, dass sich was ändern muss, dann muss man das auch mal machen, liebe Genossinnen und Genossen. Dann muss sichtbar werden, dass diese Partei sich verändert.

(Beifall)

Dass Andrea Nahles die erste Frau an der Spitze der Partei war, das war ein gutes Signal. Ich sage euch aber auch: Dahinter dürfen wir nicht mehr zurückfallen. Deswegen habe ich dafür gekämpft, dass wir eine Doppelspitze bekommen, und die wollen wir heute in der Satzung verankern. Es muss normal sein, dass Männer und Frauen gleichberechtigt diese Partei führen. Das ist die Selbstverständlichkeit, die wir im Jahr 2019 vorleben müssen. Deswegen ist es wichtig, liebe Genossinnen und Genossen, dass diese Satzungsänderung heute vorgenommen wird, und ich bitte schon jetzt um eure Unterstützung, die Doppelspitze zu ermöglichen.

Ja, die Doppelspitze ist eine Frage der Gleichstellung. Aber sie steht auch für Teamleistung, die wir in dieser Partei brauchen. Wir müssen einen alten Stil in dieser Partei überwinden, der Egoshooter und Einzelkämpfer in den Mittelpunkt stellt. Ich sage euch: Es hat der Partei in den letzten Jahren geschadet, dass es immer die gab, die alles wussten, dass es die gab, die gesagt haben: Ich kann alles allein entscheiden. - Diese Partei braucht Teamgeist und keine Leute, die breitbeinig durch Berlin laufen und alles wissen. Liebe Genossinnen und Genossen, es ist Zeit, solche Strukturen zu verändern, und das tun wir mit der Doppelspitze.

(Beifall)

Wir brauchen Verantwortung. Auch das will ich hier bewusst sagen: Wer sich in Gremien dieser Partei wählen lässt, der muss sich auch daran halten, was dort beschlossen wurde. Es kann nicht sein, dass man danach von der Seitenlinie kommentiert. Wer mit verabschiedet, der trägt auch Verantwortung, dass Dinge durchgesetzt werden. Das muss auch Kultur wieder werden in dieser Partei.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, zu den letzten zwei Jahren gehört auch das Debattencamp: 3400 Leute, die in Berlin zusammengekommen sind, die munter diskutiert haben, wie wir die SPD programmatisch neu aufstellen. Viele Grundsteine sind damals gelegt worden. Ich will hier erinnern an das Sozialstaatspapier, das wir morgen hoffentlich verabschieden werden. Das war die Grundlage auf dem Debattencamp, wo wir mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft über den künftigen Kurs des Sozialstaates diskutiert haben, ein Sozialstaat, der die Menschen im Wandel begleitet, der sie befähigt, der sie durch diesen Wandel durchführt. Das ist die Politik der SPD, liebe Genossinnen und Genossen. Der Staat muss Partner der Menschen sein. Ich hoffe, dass wir das morgen verabschieden. Das wäre eine starke Position der SPD.

Dann geht es auch um die Kindergrundsicherung. Auch die haben wir damals auf dem Debattencamp erstmalig diskutiert. Wir als Sozialdemokraten dürfen nicht zulassen, dass Kinderarmut in diesem Land wächst. Wir wollen Kinderarmut bekämpfen, und es ist gut, dass wir dafür in den letzten zwei Jahren unsere politischen Ideen entwickelt haben und sie hier auf dem Bundesparteitag

verabschieden werden.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben es geschafft, endlich die Frage der Vermögenssteuer zu klären. Über Jahre ist diese Frage hergeschoben worden. Wir haben Kommissionen eingesetzt, wir haben schöne Sätze formuliert auf Bundesparteitagen; aber wir haben den Konflikt nicht geklärt. Ich sage euch: Es muss klar sein. Wenn man entscheiden kann, ob man Millionäre entlastet oder Kinderarmut bekämpft, wenn man entscheiden kann, ob man Millionäre entlastet oder in moderne Schulen investiert, wenn man entscheiden kann, ob man Millionäre entlastet oder in den Sozialstaat Geld steckt, dann muss die Position der SPD klar sein. Sie muss mutig sein. Wir wollen die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Wir wollen, dass die Superreichen in diesem Land den Anteil zur Finanzierung des Staates beitragen. Da muss die SPD auch mal wieder anecken, selbst wenn es der Initiative „Neue soziale Marktwirtschaft“ nicht gefällt, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ja, wir haben gesagt: Weniger taktieren, mutige und klare Linien. - Das wird mit den programmatischen Beschlüssen dieses Parteitages klar.

Liebe Genossinnen und Genossen, hinter uns liegen zwei Jahren, in denen wir Fehler analysiert haben. Wir haben uns auf den Weg gemacht. Das waren keine einfachen Jahre. Aber wir haben eine Menge verändert. Wir sind programmatisch klarer geworden. Wir haben die Organisation des Willy-Brandt-Hauses an vielen Stellen umgestellt. Wir sind schlagkräftiger geworden, und wir haben an unserer parteiinternen Kultur gearbeitet. Die Umfragen nerven. Aber wir dürfen nicht nachlassen, jetzt einen geraden Weg zu gehen. Die Beharrungskräfte, die neue Wege nicht gehen wollen, die müssen wir überzeugen. Ich sage euch auch: Dieser Parteitag muss ein Signal sein, dass wir weniger nach innen gucken, sondern nach außen gucken und uns um die Probleme der Menschen in diesem Land kümmern. Das ist die Kehrtwende, die wir nach zwei Jahren jetzt schaffen müssen. Dieses Signal muss vom Parteitag ausgehen.

(Beifall)

Dann will ich am Ende Dank sagen - das gehört auch zu den zwei Jahren dazu -: Dank für eure Offenheit, danke dafür, dass wir neue Wege gehen konnten. Ich will hier auch mein Team im Willy-Brandt-Haus erwähnen, die Kolleginnen und Kollegen, die zwei Jahre im Dauereinsatz waren, die ein großes Projekt nach dem nächsten gewuppt haben. Ich habe ein fantastisches Team im Willy-Brandt-Haus. All den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dort ein großer, großer Dank für das, was ihr geleistet habt.

(Beifall)

Ich danke auch den sechs Vorsitzenden, mit denen ich in zwei Jahren zusammenarbeiten durfte, sechs Vorsitzende; kommissarisch Gewählte: Martin, Olaf, Andrea, Thorsten, Malu, Manu. Das war

eine turbulente Zeit, und ich sage euch: Ich hätte das nicht geschafft, wenn jemand wie Dietmar Nietan, unser Finanzverantwortlicher, nicht an meiner Seite im Willy-Brandt-Haus gestanden hätte. Lieber Dietmar, dir einen großen Dank für das, was wir in zwei Jahren geschaffen haben.

(Beifall)

Ich hätte das nicht geschafft, wenn Nancy Böhning als Bundesgeschäftsführerin mir nicht den Anfang gemacht hätte. Liebe Nancy, vielen Dank für das, was wir in den ersten Monaten im Willy-Brandt-Haus geschafft haben. Ein großer Dank auch von diesem Parteitag an dich.

(Beifall)

Ich hätte es nicht geschafft - diese Person will ich ganz besonders erwähnen, weil er aufhört als Bundesgeschäftsführer - ohne Thorben Albrecht. Thorben Albrecht, unser Bundesgeschäftsführer ist jemand, der still und leise im Hintergrund arbeitet, der aber eine riesige Wirkung hat. Ich weiß noch, als Thorben ins Willy-Brandt-Haus kam, hat so mancher Journalist geschrieben: Der kommt, um auf Klingbeil aufzupassen. - Er hat das so gut gemacht, dass ich das gar nicht mitgekriegt habe, dass er auf mich aufgepasst hat. Aber ich kann euch nur sagen: Thorben und ich, wir haben vieles verändert, gemeinsam mit Dietmar, mit den Vorsitzenden. Wir haben vieles geschafft in der Partei: Der Umbau des Willy-Brandt-Hauses ist reibungslos gelaufen, bis zum heutigen Zeitpunkt. Die ganzen Großprojekte, das hat alles mit Thorben Albrecht zu tun.

Lieber Thorben, ich weiß gar nicht, wo du bist, aber ich würde dich jetzt mal auf die Bühne bitten.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, Bundesgeschäftsführer stehen ja nicht oft auf der Bühne. Aber ich finde: Heute, um Thorben danke zu sagen, gehört sich das, ihn auf die Bühne zu holen. Ich will einfach noch mal sagen: Ohne Thorben hätten wir vieles nicht geschafft. Lieber Thorben, du bist jemand - ich habe es gerade gesagt -, der still und leise im Hintergrund arbeitet, auf den man sich aber immer zu 100 Prozent verlassen kann. Solche Leute wie Thorben braucht jedes Team. Dafür ein großer Dank von uns allen für den Einsatz, den du in den letzten eineinhalb Jahren gezeigt hast.

(Beifall)

Das wissen die meisten gar nicht: Thorben und ich haben zwei Gemeinsamkeiten: Wir sind beide in Niedersachsen, und wir sind beide Gitarristen. Hier ein Abschiedsgeschenk, lieber Thorben, aus dem Willy-Brandt-Haus.

(Lars Klingbeil überreicht Thorsten Albrecht eine Ukulele)

Ich habe gehört, seine Ukulele ist kaputtgegangen. Insofern eine wirklich moderne Ukulele, die man an Verstärker anschließen kann, mit der man laut Musik machen kann. Ich weiß nicht, ob er uns jetzt was vorspielt. Aber lieber Thorben: Danke für alles. Danke für deinen Einsatz. Es war mir eine große Ehre, mit dir zusammenzuarbeiten. Das darf ich, glaube ich, für alle im Willy-Brandt-Haus

sagen: Danke für deinen Einsatz.

(Beifall)

Okay, das Lied gibt es erst auf dem Parteiabend.

Liebe Genossinnen und Genossen, das war der Rechenschaftsbericht. Danke für zwei Jahre, die wir gemeinsam gegangen sind. Diese Partei wird gebraucht, diese Partei ist stark. Wir haben noch viel vor. - Alles Gute! Glück auf!

(Beifall)

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, lieber Lars, für deinen Rechenschaftsbericht, und wir machen gleich weiter im Reigen der Rechenschaftsberichte. - Als Nächstes hat Rolf Mützenich für die Fraktion das Wort.

(Beifall)

BERICHT DES VORSITZENDEN DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Rolf Mützenich, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion:

Liebe Genossinnen und Genossen, vor wenigen Wochen feierte die SPD-Bundestagsfraktion ihren 70. Geburtstag. Es war ein beeindruckender, es war ein schöner Abend. Es ging um die Leistungen vieler Genossinnen und Genossen, die für eine Zeit gemeinsam zusammen mit anderen den Karren gezogen haben.

Die Fraktion war in sieben Jahrzehnten mal treibender, immer aber ein zuverlässiger Faktor in der Partei. Unsere Rückschau war kein Selbstzweck. Ich bin überzeugt: Erst wenn einem bewusst ist, woher man kommt, kann man wissen, wohin man will.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich hätte es Andrea Nahles so gegönnt, dass sie an diesem Abend unsere Konferenz, unser Zusammensein eröffnet hätte. Sie hätte es verdient gehabt. Sie war unermüdlich die treibende Kraft, und sie hat bis an ihre Erschöpfungsgrenze gearbeitet. Ich finde, vonseiten der SPD-Bundestagsfraktion, aber auch von diesem Parteitag: Ganz herzlichen Dank dafür! Liebe Andrea, ich habe in den letzten Jahren unheimlich gerne mit dir zusammengearbeitet.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will mich aber auch persönlich bei Andrea bedanken - aus einem ganz einfachen Grund: Sie gibt keine Kommentare von der Seitenlinie.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, als ich 1975 der SPD beigetreten war, war die Selbstbeherrschung - vielleicht vertue ich mich - zumindest in meiner Erinnerung größer. Ich möchte, dass diese Selbstbeherrschung wieder in unsere Reihen zurückkehrt, und ich finde, die Verantwortlichen haben das zu tun, was sie meinen, was wichtig ist.

(Beifall)

Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen - wenn ihr mir das erlaubt -, möchte ich mich bei Manu, bei Thorsten und insbesondere auch bei Malu für die letzten Tage, aber auch die letzten Wochen ganz herzlich bedanken. Das war eine aufreibende, das war eine anstrengende, aber das war auch eine Arbeit, die uns zusammengeführt hat, und ich glaube, das hat der SPD auch gutgetan. Vielen Dank dafür.

(Beifall)

Zum anderen will ich auch Olaf danken, und ich will das auch hier auf dem Parteitag mal sagen: Vieles, was wir in den Koalitionsgesprächen mit den anderen haben hart durchringen müssen, trägt seine Handschrift, und ohne Olaf wäre diese Grundrente nicht möglich gewesen. Sie stand fast vor dem Scheitern. Olaf, ganz herzlichen Dank für deinen unermüdlichen Einsatz.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, zwei Dinge hätte ich mir Mitte der 80er-Jahre nicht vorstellen können:

Zum einen hätte ich mir nicht vorstellen können, wie schwer es ist, bundesweite Mehrheiten links von der Mitte zu schaffen. Ja, es gab eigene Versäumnisse von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, aber ich sage auch sehr selbstbewusst: Die anderen machen es sich zu einfach, wenn sie nur auf die SPD zeigen. Ihnen sage ich: Ohne eine starke SPD wird es auch in Zukunft nicht möglich sein, fortschrittliche Mehrheiten links von der Mitte zu schaffen. Auch das müssen Sie wissen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Zum anderen hätte ich mir nicht vorstellen können, wie diese Gesellschaft verroht. Ich hätte mir nicht vorstellen können, dass ein Mensch, ein Mann, versucht, die Jüdische Gemeinde in Halle auszulöschen; das war sein Ziel. Er wollte nicht nur eine Gemeinde angreifen, sondern er wollte die darin betenden Menschen umbringen. Es mag vielleicht ein Einzeltäter sein, aber dieser Einzeltäter wird von einem System getragen, in dem insbesondere die AfD nicht nur Anlass gibt, in Sorge zu sein, sondern sie treibt diese Verrohung der Gesellschaft auch voran, und insbesondere dem müssen wir widerstehen.

(Beifall)

Und ich bitte um Verzeihung: Auch deswegen habe ich Verantwortung übernommen. Ich finde nämlich, die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen zusammenstehen, wenn Rechtsextremismus, wenn Rigorismus sich in diese Gesellschaft wie ein Gift hineinbringen, und ich finde, gerade die Sozialdemokratische Partei - die Fraktionsmitglieder gehen auf dem Weg in den Fraktionssaal jedes Mal an den Namen der Genossinnen und Genossen vorbei, die gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt haben - ist die richtige Partei, aus der der Widerstand hervorkommen muss.

(Beifall)

Ich weiß, Geschaffenes scheint am Ende wenig Wert zu haben. Nichts ist so schnell vergessen wie die Erfolge von gestern. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, ich habe es eben gesagt: Diese Erfolge von gestern sind Ansporn, uns mutig den Herausforderungen zu stellen. Deswegen will ich sagen: Ich bin stolz auf die 151 Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion, die den Willen haben, immer mehr zu erreichen, als im Koalitionsvertrag niedergelegt ist.

Ich will an die Ausbildungsmindestvergütung erinnern. Hätten wir nur das umgesetzt, hätten nicht diejenigen, die die Ausbildung mit ganzer Kraft machen, einen Tag frei, um sich auf die Prüfung vorzubereiten. Sie hätten auch nicht die Lehrmittelfreiheit. Das haben die Genossinnen und Genossen in der Fraktion erkämpft.

Sie haben auch erkämpft, dass auf dem sozialen Arbeitsmarkt Tariflöhne gezahlt werden, wo es

möglich ist. Wir haben dafür gekämpft, dass die humanitäre Hilfe auskömmlich ist, damit Deutschland an der Spitze derjenigen Länder steht, die humanitäre Hilfe geben wollen, um das Elend der Menschen in der Welt ein bisschen kleiner zu machen. Wir sind bei den Mietgesetzen und bei dem sozialen Wohnungsbau vorangeschritten und haben insbesondere die Mittel für die Bekämpfung des Rechtsextremismus verstetigt.

Das ist wichtig gewesen, um alles das zu schaffen, was wir schaffen sollen: ein soziales Land, ein Land, auf das wir stolz sein können. Dafür haben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in unserer Fraktion gekämpft.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn der Kern der Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion darin besteht, diesen Koalitionsvertrag auch zu verbessern, dann sage ich gleichzeitig: Der Koalitionsvertag ist das Grundsatzprogramm für unsere tägliche Arbeit und die Selbstvergewisserung in Bezug auf Geleistetes. Wir haben aber insbesondere den Willen, mehr zu schaffen, als niedergelegt, und insbesondere für seine Aktualisierung einzustehen.

Wenn das die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion machen, dann, finde ich, gehört an einem solchen Ort wie dem Bundesparteitag auch der Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SPD-Fraktion, aber auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der 151 Abgeordneten. Ohne sie würden wir das eben auch nicht schaffen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wenn Geschaffenes vielleicht nicht so wertgeschätzt wird, dann weiß ich trotzdem, dass uns eines hier auf diesem Parteitag eint: Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind in ihrer Geschichte angetreten, es anderen Regierungen und anderen Mehrheiten so schwer wie möglich zu machen, Geschaffenes einfach mit einem Federstrich zu ändern.

Deswegen haben wir das Grundgesetz geändert, damit wir den Kommunen und den Ländern helfen können. Wir sind für die paritätische Krankenversicherung, für das Fachkräfte-Einwanderungsgesetz und insbesondere für die Beantwortung der Frage eingetreten - diese Frage muss jetzt in den nächsten Wochen beantwortet werden -, wie wir es mit einem Kohleausstiegsgesetz schaffen, Verlässlichkeit zu erreichen, die Strukturstärkung für die Gewerkschaften voranzubringen und auch am Atomausstieg festzuhalten. Auch das wackelt in dieser Gesellschaft, und ich finde, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen das in einem engen Schulterschluss mit den Gewerkschaften vorantreiben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich sage auch für meine Fraktion und für die Sozialdemokratische Partei sehr selbstbewusst: Auch, wenn wir in diese Koalition gegangen sind, bleiben doch die prinzipiellen Unterschiede.

Ich habe das gemerkt bei den Verhandlungen über die Grundrente. Die Union, die CDU/CSU, kommt von einer ganz anderen Richtung als wir. Sie will Sozialleistungen als Almosen in diese Gesellschaft

verteilen. Deswegen reden sie über Bedürftigkeit. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen aber Rechtsansprüche schaffen, damit Menschen, die 35 Jahre eingezahlt haben, auch ein gutes Auskommen im Alter haben. Das macht den Unterschied aus, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Vielleicht darf ich einmal daran erinnern: Im Koalitionsausschuss und mit meiner Fraktion ist noch mehr geschaffen worden. Da wird über die Grundrente gesprochen. Aber ich finde, für uns ist es genau so wichtig, dass wir bei der Doppelverbeitragung endlich eine Linie in die Richtung gefunden haben, die die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter von uns wollen. Und auch darauf bin ich stolz, liebe Genossinnen und Genossen. Das müssen wir in den nächsten Wochen und Monaten verankern.

(Beifall)

Ich weiß, ich habe hier die Aufgabe, die Fraktion zu vertreten. Aber ich will auch sagen: Ich komme von den Falken, ich komme auch von den Jungen Sozialisten. Aber ich komme aus einer Richtung, bei der mir immer am Herzen lag, dass nach Außen Frieden herrscht und dass von Deutschland aus Frieden gestiftet werden kann. Deswegen sage ich auch sehr selbstbewusst: Das, was die neue CDU-Parteivorsitzende und neue Verteidigungsministerin glaubt, auf den Weg bringen zu müssen, nämlich militärische Logik in die Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands zu bringen, das findet nicht unsere Unterstützung, das findet nicht meine Unterstützung.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, militärische Logik und eine raumgreifende Politik, die sich mit Hybris einbildet, die Volksrepublik China an der Seite der USA militärisch eindämmen zu können, ist der falsche Weg. Was haben wir im Kalten Krieg nicht alles erlebt, was an Mitteln verschwendet worden ist! Damit meine ich Geldmittel, aber eben auch Menschen, weil innerhalb des Kalten Krieges andere Kriege geführt wurden. Ich will nicht, dass diese Stimmung nach Europa zurückkommt. Deswegen müssen wir auch in dieser Regierung der militärischen Logik widerstehen und eine Dominanz für Diplomatie, Abrüstung und Verständigung auf den Weg bringen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, Reformbereitschaft im Inneren und Frieden nach Außen gehören zusammen. Aber Reformen und der Mut zur Verständigung sind nur möglich, wenn sie von Optimismus und Beharrlichkeit getragen werden. Deshalb dürfen uns weder der Augenblick noch die Umstände zweifeln lassen. Die Sozialdemokratie war nicht nur in der Vergangenheit gefragt. Wir werden gebraucht: in den Kommunen, in den Ländern, in Europa und an der Spitze unseres demokratischen Gemeinwesens.

Liebe Genossinnen und Genossen, nur mit Selbstbewusstsein und Zuversicht werden wir begrün-

den, dass jede Zeit eigene Antworten braucht, um Gutes zu bewirken: gemeinsam und solidarisch - dafür kämpft eure Fraktion. Vielen Dank.

(Beifall)

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Rolf, für deinen Rechenschaftsbericht für die Bundestagsfraktion.

Als nächstes folgt noch ein Bericht, und zwar der Bericht der Kontrollkommission. Die Vorsitzende der Kontrollkommission ist Brigitte Reckmann. Leider ist Brigitte erkrankt. Deshalb wollen wir an allererster Stelle einmal gute Besserung und gute Genesung an Brigitte senden. Wir wünschen dir von hier aus alles Gute!

(Beifall)

Aber die Kontrollkommission hat einen stellvertretenden Vorsitzenden. Das ist Marko Mühlstein. Er wird den Bericht für die Kontrollkommission übernehmen. Lieber Marko, du hast das Wort.

BERICHT DER KONTROLLKOMMISSION

Marko Mühlstein, Kontrollkommission:

Ganz herzlichen Dank. Liebe Genossinnen und Genossen, die Kontrollkommission hat sich vergangenen zwei Jahren wiederum mit der Überwachung der Einnahmen und Ausgaben des Parteivorstandes, der Entwicklung des Parteivermögens, der Finanzplanung, der Aufstellung des Betriebshaushaltes, der mittelfristigen Finanzplanung, der Wahlkampfplanung und Durchführung sowie der Kontrolle der Tätigkeit des Parteivorstandes beschäftigt. Dabei haben wir auch in den vergangenen zwei Jahren viel Licht und viel Schatten gesehen: Schatten, wenn wir uns vor allem die bedrohliche finanzielle Situation unserer Partei vor Augen halten, aber auch viel Licht, wenn wir uns den eingeschlagenen Konsolidierungskurs ansehen, dessen Weichen vor allem die Schatzmeisterei und der Bundesgeschäftsführer gestellt haben und der durch die ernsthafte Arbeit der organisationspolitischen Kommission in wichtigen Feststellungen des Parteivorstandes am 28. September mündete. Zum ersten Mal - und das möchte ich betonen, liebe Kolleginnen und Kollegen - erkennen wir eine ernsthafte Bewegung bei den Konsolidierungsmaßnahmen. Hierbei hat Andrea Nahles von Beginn ihrer Amtszeit an entsprechende Maßnahmen eingeleitet und unterstützt. Dafür möchten wir ihr an dieser Stelle ausdrücklich danken.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen mehr denn je verantwortlicher mit unseren Ressourcen umgehen. Und damit meine ich nicht nur den unabdingbaren Konsolidierungskurs mit strukturellen Veränderungen in Parteigremien bis hin zur Neuaufstellung des Willy-Brandt-Hauses oder Beitragserhöhungen. Damit ist auch die Wahrnehmung der Verantwortung jedes einzelnen Mitglieds im Parteivorstand für die Organisation als Ganzes und für die Inhalte bis hin zur Verantwortung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Partei gemeint.

Wir müssen der Realität offen begegnen. Die Wahlergebnisse der letzten Jahre zollen einen schmerzlichen Tribut und machen harte Einschnitte auf allen Ebenen notwendig. Dennoch werden wir schwache Parteistrukturen auch zukünftig stärken müssen. Das geht jedoch nicht ohne die Bereitschaft, einer in Teilen zentralisierten und damit effizienteren Organisation und Verwaltung offen gegenüber zu stehen.

Abschließend, liebe Genossinnen und Genossen, möchte ich noch einmal betonen, dass die von der organisationspolitischen Kommission vorgeschlagenen und vom Parteivorstand beschlossenen Organisationsreformen von der Kontrollkommission ausdrücklich unterstützt werden. Die Maßnahmen sollen aus unserer Sicht dringend beschlossen werden - nicht um Genossinnen und Genossen auszuschließen, sondern um für die zukünftige Arbeit Ressourcen zu sichern.

Mit Blick auf den neu zu wählenden Parteivorstand sage ich ganz deutlich: Solidarität und Teamgeist müssen wieder wichtige Werte sein. Das gilt auch und ganz besonders im Umgang miteinander.

Liebe Genossinnen und Genossen, im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen der Kontrollkommission möchte ich mich beim Schatzmeister der Partei, Dietmar Nietan, und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nun bedanken.

(Beifall)

Sie haben die Arbeit der Kontrollkommission nach Kräften unterstützt und sind, glaube ich, gut aufgestellt für die anstehenden Reformprozesse. Gerne beantrage ich die Entlastung des Vorstandes. Vielen Dank.

(Beifall)

AUSSPRACHE ZU DEN BERICHTEN

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Vielen Dank für den Bericht der Kontrollkommission.

Bevor wir weiter fortschreiten: Mir liegen Wortmeldungen zur Aussprache über den Rechenschaftsbericht vor. Der erste Redner ist Knut Lambertin aus Berlin, und es kann sich Karl Finke von Selbst-Aktiv bereithalten - Da kommt Knut. Das wird gleich der erste Test, ob das mit der Redezeit heute funktioniert.

Knut Lambertin, Berlin:

Liebe Genossinnen und Genossen, die Stichworte sind schon geliefert worden - einerseits von Rolf Mützenich, andererseits von Lars Klingbeil, aber auch von der Kontrollkommission.

Malu Dreyer hat zu Recht den sozialdemokratischen Wert der Solidarität beschrieben. Sie hat vollkommen Recht: Wenn ein Beschluss gefasst wurde, wenn eine Wahl stattgefunden hat, müssen sich alle dahinter versammeln. Dafür volle Zustimmung! Sie hat vollkommen Recht.

Aber Solidarität, liebe Genossinnen und Genossen, ist nicht nur ein Wert nach den Ergebnissen, nach den Beschlüssen, nach den Wahlen. Solidarität ist auch ein Wert auf dem Weg dorthin - im Prozess. Täuschen, Tricksen, Schlagen sind keine Stichworte, die zur Solidarität beitragen. Wir haben viele gute Funktionärinnen und Funktionäre und Mandatsträgerinnen und Mandatsträger. Aber wir haben auch in unseren Reihen Hetzerinnen und Hetzer in sozialen Medien, Häme im Parteileben, Stichwortgeberinnen und Stichwortgeber an die bürgerliche Presse und Spindoktorinnen und Spindoktoren. Und die gehören nicht zur innerparteilichen Solidarität.

(Beifall)

Wir müssen die innerparteiliche Solidarität sehr viel stärken - auch als Daueraufgabe. Dies müssen wir bei der Wahl der Funktionärinnen und Funktionäre und bei der Aufstellung für Ämter tun. Solidarität, auch das Verhältnis zur innerparteilichen Solidarität, muss wieder Kriterium bei der Aufstellung von Personal sein, liebe Genossinnen und Genossen. Dafür lasst uns gemeinsam solidarisch kämpfen! Schulter an Schulter - und die anderen nicht durchkommen lassen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Knut. - Auf ihn folgt Karl Finke von Selbst Aktiv.

Karl Finke, Vorsitzender der AG SelbstAktiv:

Mannomann - jemand von SelbstAktiv als zweiter Redner. Das kommt selten vor - vielen Dank!

Ich will auf zwei Punkte eingehen, auf die Malu Dreyer, Lars Klingbeil und Rolf Mützenich eingegangen sind. Liebe Malu, ihr habt alle drei deutlich Stellung gegen Rechts bezogen, gegen die Strömungen, die antreten. Es ist richtig und wichtig, dass ihr hier alle drei deutlich Flagge zeigt, dass ihr klar sagt: Es geht nicht darum, A oder B hier zu thematisieren. Es geht darum, Rechts zu verhindern - das ist das eine -, aber auch politisch Signale zu setzen. Hierzu haben wir von SelbstAktiv vor ca. 14 Tagen bei uns im Bundesausschuss eine Resolution verfasst, die deutlich sagt: Wir sind stark, wir sind selbst aktiv, und wir kämpfen für soziale Rechte. Dafür stehen wir. Und - ohne irgendjemanden zu nennen - wir wenden uns gegen alle Tendenzen von Rechts. Die hören sich erst mal plakativ an, aber wir sind konkret davon betroffen - im Doppelpack mit Flüchtlingen, Geflüchteten, dann aber auch, in dem unser Lebensrecht hinterfragt wird - wie ist denn das damit oder damit?

Das sind Fragen, die konkret im Gegensatz zu dem stehen, was Malu, Lars und die gesamte SPD nach außen trägt. Kompetenzen stärken, positives Annehmen und Inklusion zu betreiben. Ich bin dankbar dafür, dass alle drei hier ein deutliches Zeichen gesetzt haben.

Aber eines ist für uns auch wichtig: Kommt zu unserem Stand! Wir haben auf einen Initiativantrag verzichtet. Die Resolution ist wichtig. Gerade wir Betroffenen müssen sagen: Wir machen da nicht mit! Das darf aber nicht passiv sein, sondern wir kämpfen dagegen. Wir gehen zu Demos, wir gehen zur SPD und sorgen dafür, dass statt bisheriger Interessenvertretungen die Selbstvertretung behinderter Menschen oder anderer Gruppen direkt umgesetzt wird. Wir sind euch allen dankbar für diesen Stimmungswechsel von Interessenvertretungen, was über die großen Verbände läuft, hin zu direkter Selbstvertretung - für mich personalisiert in der Politik von Lars, von TSG. Das ist hier eindrücklich Thema. Ich bin dankbar, dass wir uns darauf verlassen können, dass weder SelbstAktiv noch andere gekappt werden, sondern es ein kollegiales Miteinander gibt, um den gemeinsamen, ganzheitlichen Anspruch, den wir von der SPD vertreten, nach außen zu tragen, ihn auszukämpfen und dem neuen Vorstand deutlich zu machen: Wir halten zusammen, wir kämpfen zusammen, gegen Rechts und insbesondere für ein soziales Miteinander nach außen und nach innen. Und Inklusion ist der wesentliche Treiber, dass Gesellschaft miteinander funktioniert. Lasst uns zusammenwirken!

Ein gutes Beispiel für demokratischen Dialog waren die Gespräche mit TSG und Lars Klingbeil, als Ängste bestanden, was mit den AGs passiert. Es gab Dialogfähigkeit in den Gesprächen, die mich persönlich sehr beeindruckt hat. Das habe ich beiden gesagt, und das will ich euch auch sagen. Vergesst uns nicht! Stärkt uns! Und sorgt dafür, dass Solidarität gesprochen, gehandelt und gelebt wird - mit uns! - Danke.

(Beifall)

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Karl. - Als Nächste erhält Leni Breymaier aus Baden-Württemberg das Wort.

Leni Breymaier, Baden-Württemberg:

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben vor zwei Jahren an dieser Stelle Andrea Nahles zur ersten weiblichen Parteivorsitzenden gewählt. Nach anderthalb Jahren war sie zermürbt und ist zurückgetreten. Wenn uns das eine sagt, dann will ich, dass wir daraus lernen, dass wir mit unserem Führungspersonal ordentlich umgehen, dass wir untereinander ordentlich umgehen, dass wir nicht nur jeden Tag über Solidarität schwadronieren, sondern Solidarität gefälligst auch leben, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich war sehr beeindruckt davon, wie im Sommer dieses Jahres die Malu, die Manu und der Thorsten die Partei geführt haben. Das war richtig klasse. Da habe ich so zwischendurch gedacht: Warum machen wir eigentlich eine Doppelspitze? Wir könnten ja auch mal eine Dreierspitze machen - das hatte noch niemand. Aber an der Stelle den Dreien einen herzlichen Dank!

(Beifall)

Die Malu, der Rolf und der Lars haben dargestellt, welche Erfolge wir bei dieser Regierungsbeteiligung haben. Wir haben die Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung durchgesetzt, die Mindestausbildungsvergütung, wir haben eine beschlossene Rentenkürzung zurückgenommen und vieles, vieles mehr - und das mit einem Wahlergebnis von 20,5 Prozent und das alles bei einer rechtskonservativen Mehrheit im Deutschen Bundestag. Ich finde das sehr beeindruckend. Trotzdem trauen uns die Leute nicht mehr zu. Und warum ist das so? Weil wir acht Jahre lang im Deutschen Bundestag eine rot-rot-grüne Mehrheit hatten und sie nicht genutzt haben - für eine Bürgerversicherung, für ein besseres Steuerkonzept.

(Beifall)

Deshalb haben wir auch bei den Leuten verkackt, weil einzelne Männer vor der Wahl verkünden durften, dass wir auf keinen Fall mit der Linkspartei in eine Koalition gehen. Das ist Teil unseres Problems von heute. Wir haben im Moment diese rechtskonservative Mehrheit im Deutschen Bundestag. Da ist auch nicht mehr drin. Aber wenn wir jetzt rausgingen, hätten wir am Ende eine Minderheitsregierung. Dann setzen wir gar nichts mehr durch. Lasst uns gemeinsam für eine linke Mehrheit im Deutschen Bundestag streiten! Lasst uns dafür streiten, dass wir Steuergerechtigkeit, Parität, Erwerbstätigenversicherung endlich hinkriegen! Lasst uns streiten für eine Erwerbstätigenversicherung, bei der Politikerinnen und Politiker und Beamte und alle mit einzahlen - in ein System. Lasst uns das machen! Aber wir werden das nicht hinkriegen, Genossinnen und Genossen, wenn

wir die Rechten nicht aus dem Parlament rausdrängen oder deutlich verkleinern. Der Kampf gegen Rechts ist die ursozialdemokratische Aufgabe der SPD. Dafür lasst uns gemeinsam streiten! - Vielen Dank.

(Beifall)

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Leni. - Uns liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Bevor wir zur Entlastung des Vorstands kommen können, hören wir erst noch den Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Ich darf der Sprecherin, Monika Schaal, das Wort geben.

BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGS- UND ZÄHLKOMMISSION

Monika Schaal, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:

Vielen Dank. - Verehrtes Präsidium! Liebe Genossinnen und Genossen! Nach unserem Organisationsstatut setzt sich der Parteitag aus 600 in den Landesverbänden und Bezirken gewählten Delegierten und 45 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstandes zusammen. Anwesend sind 591 Delegierte und 43 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder. Die Legitimation der Stimmberechtigten wurde von der Mandatsprüfungs- und Zählkommission geprüft. Von den anwesenden Stimmberechtigten sind 292 Frauen. Das entspricht einem Anteil von 46,6 Prozent.

(Beifall)

Die Quote ist also erfüllt und der Parteitag damit beschlussfähig, liebe Genossinnen und Genossen.

Der älteste Delegierte ist mit 84 Jahren Rudolf Herbers, der jüngste Delegierte mit 18 Jahren Alexander Roth. Er kommt aus dem Landesverband Bayern, Rudolf Herbers aus dem Landesverband Hamburg.

Ich wünsche dem Parteitag weiterhin einen erfolgreichen Verlauf. - Danke schön.

(Beifall)

ENTLASTUNG DES VORSTANDES

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Vielen Dank an die MPZK für den Bericht.

Jetzt kommen wir zur Entlastung des Vorstands. Marco Mühlstein hatte die vorher für die Kontrollkommission beantragt. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen hierzu. Dann können wir in die Abstimmung über die Entlastung einsteigen. Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Vorstand einstimmig entlastet. - Vielen Dank.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, in den letzten Minuten haben wir zurückgeschaut, und jetzt wird es schon langsam Zeit, dass wir auch nach vorne blicken. Wir kommen zu den Wahlen. Hierfür müssen wir zunächst unsere Satzung ändern. Lars hat die Anträge hierzu in seinem Rechenschaftsbericht bereits erwähnt.

Bevor wir dazu kommen, darf ich das Wort der Vorsitzenden der Antragskommission, Doris Ahnen, übergeben. Liebe Doris, du hast das Wort für die Antragskommission.

(Beifall)

BERICHT DER ANTRAGSKOMMISSION

Doris Ahnen, Antragskommission:

Liebe Genossinnen und Genossen, auch von meiner Seite aus einen wunderschönen guten Morgen! Liebe Delegierte, ich möchte gerne für die Antragskommission berichten.

Die SPD ist eine Programmpartei. Ich vermute, als ihr das Antragsbuch entweder digital geöffnet habt oder das schwere Ding in der Hand hattet, da wart ihr davon noch mal ganz fest überzeugt; denn wenn ihr euch dieses Antragsbuch anschaut, dann haben wir hier 1.340 Anträge. Das ist doppelt so viel beim Bundesparteitag 2017. Deswegen ein herzliches Dankeschön an alle Untergliederungen, die sich in die Programmarbeit eingebracht haben.

(Beifall)

Ich sage aber auch: Es ist nicht ganz einfach, dieser intensiven Programmarbeit gerecht zu werden auf einem dreitägigen Parteitag. Aber viele dieser Anträge sind in den Prozess der programmatischen Klärung und Positionierung eingeflossen, den Andrea Nahles als Parteivorsitzende begonnen hat. Die drei kommissarischen Parteivorsitzenden Malu Dreyer, Manuela Schwesig und Thorsten Schäfer-Gümbel haben in einer fast unfassbaren Intensität an dieser programmatischen Erneuerung in den letzten Monaten gearbeitet. Die waren sechs Monate als kommissarische Vorsitzende in Verantwortung, und wenn ihr euch das anschaut, was in dieser Zeit alles auf den Weg gebracht worden ist: Das ist absolut beeindruckend. Deswegen noch mal mein herzliches Dankeschön an euch drei, auch für die programmatische Erneuerung der SPD.

(Beifall)

Diese programmatischen Klärungen findet ihr in mehreren Anträgen des Parteivorstandes: Den Leitantrag zum Sozialstaat, den Antrag zur Kindergrundsicherung, den Antrag zur Vermögensteuer, den Antrag zu Wohnen und Mieten, den Antrag zum Klimaschutz, zur Sicherheits- und Friedenspolitik, zu 30 Jahren friedliche Revolution und auch zum Datenteilen für den digitalen Fortschritt. All das liegt euch heute vor, und all das werden wir in den nächsten drei Tagen beraten.

Aber der Prozess ist natürlich noch nicht abgeschlossen. Wir haben auch im nächsten Jahr jede Menge an programmatischer Arbeit zu leisten. Wir wollen ein sozialdemokratisches Wirtschaftskonzept entwickeln, das Forum „Mobilität der Zukunft“ starten, das Thema Ungleichheit verstärkt angehen, das Thema soziale Klimapolitik, und wir wollen uns programmatisch vertieft mit dem Arbeitsmarkt der Zukunft und mit der Frage, wie wir die Digitalisierung demokratisch und gerecht gestalten können, weiter befassen. Auch das findet ihr angelegt in den Anträgen, die euch vorliegen.

Die Antragskommission, liebe Genossinnen und Genossen, hatte also viel zu tun. Ihr sei an dieser Stelle schon einmal herzlich gedankt, obwohl unsere Arbeit weitergeht. Und für die, die es noch nicht wissen: Die Antragskommission trifft sich heute Abend ab 21.00 Uhr wieder.

Wem ich heute aber ganz, ganz herzlich danken will, sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Willy-Brandt-Hauses; denn was in den letzten Tagen zu leisten war, um diesen Parteitag auch programmatisch vorbereiten zu können, das hatte eine immense Dimension. Deswegen einen herzlichen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die uns das überhaupt erst möglich machen.

(Beifall)

Wir haben bis in den gestrigen Abend hinein den Text zur Halbzeitbilanz beraten, den Antrag zur Kindergrundsicherung, den klimapolitischen Antrag und einige mehr. All das wird uns in den nächsten drei Tage begegnen.

Beginnen wollen wir jetzt mit einem Teil der organisationspolitischen Anträge, vor allen Dingen mit den satzungsändernden Anträgen. Dazu wird Lars gleich noch ein paar Worte sagen.

Ich freue mich auf die Beratungen auf dem Parteitag. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, liebe Doris, nicht nur für den Bericht der Antragskommission, sondern vor allem auch noch mal für die Arbeit in den letzten Tagen und Wochen. Die Arbeit der Antragskommission ist unverzichtbar für den Verlauf unseres Parteitags. - Herzlichen Dank.

Damit darf ich an meinen Kollegen hier oben, an Niels Annen, übergeben.

ANTRAGSBERATUNG SATZUNGSÄNDERNDE ANTRÄGE

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Auch von mir einen schönen guten Tag, liebe Genossinnen und Genossen! Wir kommen jetzt zu den satzungsändernden Anträgen. Dafür bitte ich euch jetzt noch mal um die entsprechende Aufmerksamkeit.

Wir kommen zu den satzungsändernden Anträgen, bezogen auf die Ermöglichung einer Doppelspitze auf Bundesebene. Das ist der Antrag O129. Der müsste jedem von euch vorliegen in der aktuellen Fassung. Er ist hier, glaube ich, rechtzeitig verteilt worden. Die Antragskommission empfiehlt Annahme.

Die ursprünglich im Antragsbuch befindlichen Anträge O131 und O132 sind auf den Seiten 649 und 650 für euch zu finden.

Ich will kurz ein paar Sätze zur inhaltlichen Darstellung sagen. Wir werden nämlich zunächst nur den satzungsändernden Antrag in Bezug auf die Ermöglichung einer Wahl von zwei gleichberechtigten Vorsitzenden beraten. Es geht jetzt also nur um die Regelung, dass dem Vorstand ein Vorsitz oder zwei gleichberechtigte Vorsitzende, davon eine Frau, angehören und dass darüber der Parteitag mit einfacher Mehrheit beschließen kann. Daneben darum, dass die Regelung unserer Statuten, die den Einzelvorsitz betreffen, auch für die beiden Vorsitzenden gelten. Für die Experten von euch: Es geht also um § 23 Satz 1 Punkt 2a) und um Abs. 1 Satz 3 und 4 Organisationsstatut.

Auch wichtig: Die weiteren Änderungen in Bezug auf § 23 Organisationsstatut behandeln wir dann im Anschluss an die Wahl des Vorsitzes.

Wir wollen, liebe Genossinnen und Genossen, die Doppelsitze als Option ermöglichen und wollen keine weitere Vorfestlegung für andere Parteitage. Der Parteitag kann dann jeweils vor der Wahl zum Vorsitz entscheiden, ob dem Parteivorstand ein Vorsitz oder zwei gleichberechtigte Vorsitzende angehören. Mit der Formulierung „davon eine Frau“ ist dann entsprechend auch gewährleistet, dass der möglichen Doppelsitze eine Frau angehören muss.

Ich hoffe, dass das so weit klar ist, aber ich denke, es ist wichtig, hier noch einmal in aller Ruhe darzustellen, worum es geht. Wie gesagt, die Antragskommission hat Annahme empfohlen.

Ich muss noch einmal formal darauf hinweisen, dass sich mit dem euch ausgeteilten, jetzt zur Abstimmung vorliegenden Antrag O129 die Anträge 131 und 132 im Antragsbuch mit der Empfehlung der Antragskommission erledigt haben.

Zu der erforderlichen Mehrheit möchte ich vor der Debatte noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen: Bei dem nun folgenden Antrag handelt es sich um eine Änderung der Satzung, und diese Bedarf zur Annahme gemäß § 37 Abs. 1 Organisationsstatut einer Zweidrittelmehrheit.

Ich denke, auch das ist jetzt klargestellt, dass wir die entsprechende Mehrheit benötigen.

Nach diesem formalen Teil darf ich jetzt fragen, ob es zu diesem Teil der satzungsändernden Anträge Wortmeldungen gibt. - Mir liegt jetzt eine Reihe von Wortmeldungen vor. Da wir die satzungsändernden Anträge in zwei Tranchen behandeln, möchte ich fragen: Liegen Wortmeldungen vor, oder möchte jemand von den Genossinnen und Genossen, die sich gemeldet haben, jetzt zur Frage der Ermöglichung einer Doppelspitze reden? Dann müsste man mir das noch einmal signalisieren. - Es gibt eine Wortmeldung von Dirk-Ulrich Mende aus Hannover zum Thema Doppelspitze. Du hast jetzt das Wort.

Dirk-Ulrich Mende, Hannover:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin ein ausdrücklicher Befürworter der Doppelspitze. Aber ich finde die Formulierung, die ihr hier gewählt habt und die die Antragskommission für zutreffend hält, ausgesprochen unglücklich. Sie formuliert im Grunde genommen, dass die Frauen besonders betont werden müssen. Man kann das einfacher formulieren.

Ich beantrage, das so zu formulieren, dass dann dort folgender Satz steht: „Dem oder der Vorsitzenden oder zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, bestehend aus einem Mann und einer Frau“. - Danke schön.

(Beifall)

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Ich frage jetzt noch einmal: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Doris, möchte sich die Antragskommission dazu äußern? - Die Antragskommission bleibt bei dem Vorschlag, der euch vorliegt.

Dann haben wir jetzt einen Änderungsantrag zu dem vorliegenden Antrag. Die Antragskommission bleibt bei ihrer ursprünglichen Fassung. Das ist jetzt noch nicht der satzungsändernde Antrag, sondern nur der Änderungsantrag zu dem vorliegenden Text. Wer für die Fassung der Antragskommission stimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Vielen Dank. Wer ist dagegen? - Einige wenige Stimmen. Enthaltungen? - Herzlichen Dank. Dann bleibt die Beratungsgrundlage eindeutig die Fassung der Antragskommission.

Genossinnen und Genossen, jetzt kommen wir zur Abstimmung über den satzungsändernden Antrag in der Fassung der Antragskommission. Ich darf noch einmal daran erinnern: Es geht jetzt um die Möglichmachung einer Doppelspitze. Für den Antrag, über den wir jetzt abstimmen, ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit notwendig. Ich bitte meine Kolleginnen und Kollegen, alles mit im Blick zu behalten. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Wir sind uns einig, dass es bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen eindeutig die

satzungsändernde Mehrheit gegeben hat. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, nachdem ihr eben mit uns die Satzung geändert habt, darf ich jetzt den Tagesordnungspunkt aufrufen.

Liebe Genossinnen und Genossen, nach wahrlich intensiven Beratungen hat der Parteivorstand am 24. Juni 2019 drei Entscheidungen getroffen. Daran möchte ich an dieser Stelle noch einmal erinnern:

Erstens. Die SPD soll künftig von einer Doppelspitze geführt werden können. Das habt ihr gerade mit großer Mehrheit beschlossen.

Zweitens. Die Doppelspitze soll unsere SPD als Team gemeinsam führen.

Drittens. Die Mitglieder sollen bei der Wahl der Parteivorsitzenden befragt werden.

Auch das haben wir umgesetzt.

Von Anfang September bis Mitte Oktober bewarben sich die Team-Kandidatinnen in 23 Regionalkonferenzen deutschlandweit. Mehr als 100.000 Genossinnen und Genossen haben sich für die Online-Abstimmung registriert. Ich finde ganz interessant: Auch unter den 70-Jährigen haben sich noch 30 Prozent der Genossinnen und Genossen für die Online-Abstimmung registriert, und sogar 5 Prozent der 90-Jährigen waren mit dabei. Es ist also keineswegs so, dass das nur die Jüngeren gewesen.

(Beifall)

Die Teams, denen ich an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich danken möchte, haben in den Tour-Veranstaltungen fast 500 Publikumsfragen beantwortet. Dafür wurden 4.500 km zurückgelegt und wurde mit über 17.000 Genossinnen und Genossen vor Ort ins Gespräch gekommen. Fast 300.000 Personen haben die Veranstaltung im Livestream verfolgt. Unsere Genossinnen und Genossen konnten sich online im Livestream, auf den Regionalkonferenzen, im *vorwärts* und durch die vielen Berichte über die Duelle zum Schluss ihre Meinung bilden.

Liebe Genossinnen und Genossen, unsere Mitglieder haben entschieden. Sie schlagen uns Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans vor.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben eben mit der Satzungsänderung für eine Doppelspitze und der Entscheidung, heute auch eine Doppelspitze zu wählen, einen wesentlichen Beitrag für die nächsten Schritte, die wir gemeinsam gehen wollen, geschafft. Die entscheidende Weichenstellung trefft aber heute ihr. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, freue ich mich sehr, jetzt auf die Reden, auf die Vorstellung unserer beiden Kandidatinnen und Kandidaten. Saskia und Norbert werden uns jetzt ihre Agenda vorstellen. Als Erste darf ich Saskia Esken das Wort geben. Saskia!

(Beifall)

VORSTELLUNGSREDE SASKIA ESKEN FÜR DEN PARTEIVORSITZ

Saskia Esken, Baden-Württemberg:

Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Freundinnen und Freunde! Ich war elf Jahre alt, als im Deutschen Bundestag das Misstrauensvotum gegen Willy Brandt zur Abstimmung anstand. Ich weiß bis heute, wie diese Abstimmung in meiner Nachbarschaft, in meiner Familie die Leute elektrisiert hat. Ich habe damals sogar mit meiner Freundin eine selbstgemachte Radiosendung auf Kassette aufgenommen, so hat uns das aufgeregt. Viele Menschen protestierten in der Zeit auf der Straße. Willy Brandt war das Idol einer ganzen Generation.

Ich war dann als Jugendliche politisch aktiv und habe gegen die Wehrsportgruppe Hoffmann und gegen andere Neonazis, für den Frieden und gegen die Atomkraft demonstriert. Damals hätte ich mir niemals träumen lassen, dass ich heute hier stehen würde, um mich um den Vorsitz dieser wunderbaren, dieser stolzen Partei zu bewerben.

Meine ersten Jahre in der Arbeitswelt verliefen nicht geradlinig. Ich habe in verschiedenen ungelernten Jobs gearbeitet und dabei das Leben von unten kennengelernt. Ich habe über Jahre als Paketbotin, hinter der Theke und als Chauffeurin gearbeitet, bevor ich dann doch noch eine Ausbildung zur Informatikerin gemacht und Software entwickelt habe. Jetzt bin ich Bundestagsabgeordnete. Aber ich habe nicht vergessen, woher ich komme.

(Beifall)

Ich habe drei Kinder bekommen. Weil das in der Branche und in der Zeit nicht gut vereinbar war, habe ich erst einmal eine berufliche Pause eingelegt. Ich habe mich vielfältig ehrenamtlich engagiert: in der Flüchtlingshilfe, im Umweltschutz, auch in der SPD und in der Kommunalpolitik. In dieser Zeit habe ich gelernt, ehrenamtliches Engagement wirklich wertzuschätzen. Und ich will euch, den vielen ehrenamtlichen Delegierten, die hier sitzen, den Helfern und den Gästen an dieser Stelle für euer Engagement danken.

(Beifall)

Es ist nicht selbstverständlich. Ich weiß, es ist auch nicht immer eine Freude, sich in unsere Partei einzubringen. Ihr macht das, weil ihr unser Land besser machen wollt. Ich finde das großartig.

(Beifall)

Ich stehe wegen meines Lebensweges vor euch. Wenn ich es jetzt von der Paketbotin zur Softwareentwicklerin geschafft habe, und dann in die Politik, dann nur, weil es die SPD gibt. Denn die SPD hat dafür gesorgt, dass das Versprechen auf Aufstieg auch möglich war.

(Beifall)

Ich bin dann in die Politik gegangen, weil ich finde, dass alle Menschen das Recht haben sollen, die

Möglichkeit haben sollen, ihre Potentiale zu entfalten, eine gute Zukunft für sich und für ihre Kinder zu entwickeln und für unsere Gesellschaft zu gestalten. Deshalb stehe ich hier. Ich kenne die Lebensbedingungen der Menschen, für die wir, mit denen wir Politik machen.

Doch der Arbeitsmarkt, liebe Genossinnen und Genossen, der hat sich in den vergangen 30 Jahren nicht zum Besseren verändert, insbesondere für die Ungelernten. Zu meiner Zeit als Paketbotin hat man im Tarif gearbeitet und nicht als Soloselbständiger. Unter den Kollegen gab es Solidarität und nicht Wettbewerb wie heute. Diese Zeit hat mich geprägt, und ich verstehe, wie es heute aussieht. Ich stehe mit euch dagegen.

(Beifall)

Vor 60 Jahren hat die SPD das Godesberger Programm verabschiedet. Darin heißt es: „Sozialpolitik hat die wesentlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich der Einzelne in der Gesellschaft frei entfalten und sein Leben in eigener Verantwortung gestalten kann. ... Das System sozialer Sicherung muss der Würde selbstverantwortlicher Menschen entsprechen.“ Das ist unser Menschenbild. Das ist unsere Überzeugung.

Es gibt aber Millionen Menschen in Deutschland, die trotz des Wohlstands in unserem Land nicht das Gefühl haben, ihre Arbeit werde entsprechend gewürdigt und auch entsprechend entlohnt, so wie es ihrer Leistung entspricht. Ich spreche von der Pflegerin, die Überstunden machen müsste, wenn sie in Urlaub gehen wollte, das aber gar nicht kann, weil der Druck bei der Arbeit so groß ist, dass sie es eben nur in Teilzeit aushält. Ich spreche von dem Frührentner, der noch beim Wachdienst arbeitet und trotzdem jeden Cent zweimal umdrehen muss. Ich spreche von der Paketbotin von heute, die bei einem lausigen Verdienst auch noch unbezahlte Überstunden machen muss, weil sie sonst morgen eventuell gar keinen Job mehr hat.

Heute leistet sich Deutschland mit mehr als 20 Prozent der Beschäftigten einen der größten Niedriglohnsektoren in Westeuropa. In Dänemark sind es nur acht Prozent, in Frankreich auch, in Schweden sogar nur drei Prozent. Liebe Genossinnen und Genossen, ich will schwedische Verhältnisse auf dem deutschen Arbeitsmarkt.

(Beifall)

Ich will, dass jeder Mensch von seiner Hände Arbeit leben kann.

(Beifall)

Ich will, dass Kinder sich nicht vor dem Ende des Monats fürchten müssen. Sonst glauben uns die Menschen nämlich nicht mehr, dass sie im Fokus unserer Politik stehen, dass wir uns um sie kümmern, geschweige denn, dass wir wirklich was für sie tun.

Ja, die SPD hat dazu beigetragen, dass dieser Niedriglohnsektor entstehen konnte. Genossinnen und Genossen, da ist es Zeit, dass wir umkehren.

(Beifall)

Wenn ihr es wollt, dann will ich ab heute als Vorsitzende der SPD mein ganzes Herzblut darin legen, mit euch gemeinsam diesen Niedriglohnsektor auszutrocknen und wieder Ordnung auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen.

(Beifall)

Natürlich gilt das auch für den Arbeitsmarkt, der jetzt im digitalen Wandel entsteht. Wenn ihr es wollt, dann will ich ab heute als die Vorsitzende der SPD mit euch gemeinsam dafür sorgen, dass alle Kinder wieder in Sicherheit aufwachsen, dass sie der Gesellschaft vertrauen können und mit Zuversicht in eine gute, in eine gerechte, bessere Zukunft blicken können.

Genossinnen und Genossen, wir werden den Sozialstaat ins 21. Jahrhundert überführen. Heute werden wir ein Sozialstaatskonzept beraten. Das entstand noch in der Regie von Andrea Nahles und mit ganz vielen eurer Ideen bei den Regionalkonferenzen, die wir vorher im Film gesehen haben. Dieses Papier ist bahnbrechend. Deshalb will ich diese Gelegenheit nutzen, um Andrea Nahles für ihre Leidenschaft, für ihre Energie, ihren Einsatz und eigentlich einfach für alles zu danken, was sie der SPD in den letzten Jahrzehnten gegeben hat. Danke, Andrea.

(Beifall)

Der Pfad der Erneuerung, auf den sich die SPD begeben hat, ist ein guter Pfad. Es ist eine inhaltliche Erneuerung. Wir erneuern unsere Strukturen. Wir erneuern unser Personal, in Teilen. Für diesen Prozess, für die Begleitung dieses Prozesses, unter anderem auch diese Mitgliederbefragung, diese 23 Regionalkonferenzen, die so großartig, professionell und fair abgelaufen sind, möchte ich stellvertretend für alle, die mitgeholfen haben, Lars Klingbeil danke sagen. Vielen Dank, Lars.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, in unserem Konzept eines gerechten Sozialstaats steckt aber auch ein Recht auf Weiterbildung und mehr Sicherheit in beruflichen Übergangsphasen. Das ist auch dringend notwendig. Das ist das, was die Menschen heute brauchen, wo so viel Wandel auf dem Arbeitsmarkt ist. Die Menschen sollen keine Angst davor haben; sie sollen Lust auf Veränderung haben. Dazu brauchen sie einen starken Staat an ihrer Seite.

(Beifall)

Wir wollen eine Kindergrundsicherung, die endlich all die unübersichtlich vielen Leistungen für Kinder zusammenführt und Schluss damit macht, dass Kinder einkommensreicher Eltern dem Staat heute noch mehr wert sind, als die, die Unterstützung brauchen. Das wollen wir ändern.

(Beifall)

Wir wollen, dass dieser Sozialstaat der Lebens- und Arbeitsleistung aller Menschen wieder Respekt

erweist. Das gilt sowohl für die Rente als auch für den Fall von Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfähigkeit.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst es mich mit aller Deutlichkeit sagen: Wir schließen mit dieser programmatischen Erneuerung, mit dem Sozialstaatskonzept ein für alle Mal ein viel zu langes Kapitel unserer Geschichte. Wir waren die Partei, die Hartz IV eingeführt hat. Wir sind die Partei, die Hartz IV überwindet und durch ein besseres System ersetzt.

(Beifall)

Der beste Schutz natürlich gegen Niedriglöhne und gegen Ungleichheit sind starke Gewerkschaften, ist eine starke Tarifbindung. Dafür setzen wir uns ein, Seite an Seite mit den Gewerkschaften.

Als Untergrenze aber brauchen wir einen Mindestlohn. Auch den hat Andrea Nahles als Arbeitsministerin eingeführt, erstritten, umgesetzt. Viele Konservative und Liberale haben damals geunkt, die Welt würde untergehen. Das war wirklich sagenhaft. Die Welt ist nicht untergegangen; das weiß heute jeder. Aber er ist eben noch viel zu niedrig, und deswegen brauchen wir einen Mindestlohn von mindestens 12 Euro. Denn ansonsten fallen Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, in die Armut. 12 Euro ist die Untergrenze. Wir werden uns dafür einsetzen.

(Beifall)

„Respektrente“, liebe Genossinnen und Genossen, das ist das Wort des Jahres, und ich finde, es hat es auch verdient, zu Recht. Die Grundrente, die sich dahinter verbirgt, die ist gut, und die muss jetzt kommen. Wenn Annegret Kramp-Karrenbauer versucht, die Grundrente in Geiselhaft zu nehmen für unseren Verbleib in der Großen Koalition, dann ist das wirklich respektlos.

(Beifall)

Das ist respektlos gegenüber den vielen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben und die auf diese paar Euro mehr dringend angewiesen sind. Es ist aber auch respektlos uns gegenüber, dem Koalitionspartner. So geht man nicht miteinander um.

Der SPD-Parteivorstand hat gestern einstimmig unseren Leitantrag zur Halbzeitbilanz beschlossen. Er ist so formuliert, dass wir in allem Respekt und auf einem anständigen Niveau mit der Union über die Frage der Fortsetzung der Großen Koalition verhandeln können. Ich war und ich bin skeptisch, was die Zukunft dieser Großen Koalition angeht. Da habe ich meine Meinung nicht geändert. Aber mit diesem Leitantrag geben wir der Koalition eine realistische Chance auf eine Fortsetzung, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Wie lange sie auch immer noch hält, die Koalition: Ich würde auch in einer GroKo standhafte sozialdemokratische Politik machen wollen. Und das machen wir gemeinsam. Mit einer solchen standhaft sozialdemokratischen Politik will ich gemeinsam mit euch allen, gemeinsam mit Norbert Walter-Borjans die SPD zu neuer Kraft führen.

Die SPD soll wieder *die* soziale Bewegung für die Vielen sein, eine Bewegung, die sich den Weg erarbeitet, die den Weg weist: „In die neue Zeit“!

Dabei müssen wir mutig sein. Viel zu lange war die SPD in den letzten Jahren schon in ihrer Denke mehr Große Koalition als eigenständige politische Kraft.

(Beifall)

Ich sage euch deshalb: Wer Angst davor hat, womöglich auch nur einen einzigen Wähler zu verärgern, der wird keinen einzigen begeistern.

(Beifall)

Wer Angst hat, Wahlen zu verlieren, kann keine gewinnen, und wer Angst vor den eigenen Mitgliedern hat, der hat sie schon verloren.

(Beifall)

Unsere Mitglieder wissen ganz genau: Die SPD kann wieder stark werden, wenn sie zu ihren Haltungen steht, wenn sie sich große Ziele setzt, wenn sie aus Überzeugung handelt. Standhaft! Sozial! Demokratisch!

Das haben wir den Mitgliedern versprochen, und das werden Norbert und ich auch halten. Das ist der Grund, warum wir gemeinsam zur Wahl stehen. Wir haben bewiesen: Wir haben keine Angst - nicht vor organisierten Interessen, nicht vor Rechtsradikalen, nicht vor hohen Tieren und auch nicht vor der Wahrheit.

Wir haben Mut, und wir haben große Lust, mit euch gemeinsam wieder da rauszugehen und wieder sozialdemokratische Politik zu machen. Klare Kante! Klarer Kurs! Klare Sprache!

(Beifall)

Wir, liebe Genossinnen und Genossen, können aus Wandel Fortschritt machen, sozialen Fortschritt - für die Vielen. Das kann niemand und das will auch niemand so wie die SPD.

Unser Land erlebt aktuell nicht weniger als eine doppelte industrielle Revolution: die ökologische und die digitale Revolution. Ihr wisst, dass das eine gesellschaftliche Revolution ist.

In den kommenden zehn Jahren müssen unsere CO_2-Emissionen auf die Hälfte des Wertes von 1990 sinken, und in zwanzig Jahren müssten wir eigentlich auf null sein, wenn wir diesen Planeten erhalten wollen. Es gibt keinen Planeten B.

Jeder Tag, an dem wir zu wenig tun, ist ein verlorener Tag, einer, der nicht mehr aufgeholt werden kann. Die Kinder da draußen, die Schülerinnen und Schüler, die Studentinnen und Studentin, die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, haben recht. Aber wir können es gestalten. Wir können

es so gestalten, dass es auch den Menschen dient und dass es zum Fortschritt und zum Wohlstand beiträgt. Wir machen das gemeinsam.

(Beifall)

Wir wissen heute eben, dass Elektromotor und Brennstoffzelle den Verbrennungsmotor ersetzen werden, und eine Künstliche Intelligenz wird diese Autos fahren. Das fühlt sich wie ganz weit weg an, aber das ist sehr nah.

Gleichzeitig kommen in unseren Büros, in unseren Fabriken, in unseren Werkstätten immer mehr intelligente Maschinen, Roboter und Algorithmen zum Einsatz. Was bedeutet das für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer? Was bedeutet das für den Sozialstaat? Auf diese Fragen muss die Sozialdemokratie Antworten entwickeln, und das werden wir tun.

(Vereinzelt Beifall)

Und deshalb will ich sagen: Es ist es kein Zufall, dass sich im Zeitalter dieser doppelten industriellen Revolution ein Ökonom und eine Informatikerin darum bewerben, die SPD zu führen - ein Ökonom und eine Informatikerin, die nicht vergessen haben, wo sie herkommen; das ist wichtig!

(Beifall)

Ich will - wir wollen - mit euch gemeinsam dafür sorgen, dass die SPD die Digitale Revolution so gestaltet, dass sie menschlich wird, dass sie sich am Gemeinwohl und an den bürgerlichen Freiheitsrechten orientiert. Nur - in Klammern gesprochen - weil es heute sein muss, ganz klar: Upload-Filter kommen nicht infrage.

(Beifall)

Ich finde - und das bezieht sich nicht nur auf die Arbeitswelt: Die SPD muss der Betriebsrat der digitalen Gesellschaft sein. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall)

Wir sorgen für Jobs, wir sorgen für Rechte der Arbeitnehmer, wir sorgen für Verbraucherrechte, für Bürgerrechte und dafür, dass alle teilhaben. Es ist Zeit für eine neue, sozialdemokratische Industriepolitik.

Zitat:

„Es gibt kaum ein erfolgreiches Land, das zur Bewältigung der Aufgaben ausschließlich und ausnahmslos auf die Kraft des Marktes setzt."

Dieser Satz stammt nicht von mir; der stammt auch nicht von Kevin, der stammt von Wirtschaftsminister Peter Altmaier. Altmaier spricht sich dafür aus, dass der Staat massiv investiert: in neue

Technologien und in innovative Unternehmen. Ehrlich gesagt: Der Mann hat recht. Aber er wird es nie machen; er wird das nicht umsetzen. Wir müssen das umsetzen.

(Beifall)

Wenn wir das richtig machen, dann wird da ein nachhaltiger Wohlstand draus - wenn der Staat die richtigen Regeln setzt und selber massiv investiert. Dafür muss sich der Staat stark machen.

Erhard Eppler ist heute in der Totenehrung geehrt worden. Ich vermisse Erhard Eppler heute schon. Und ich will ihn an dieser Stelle einfach auch zitieren: „Nur der reiche Bürger kann sich einen armen Staat leisten“. Das ist wirklich eine Sache, die wir im Herzen tragen müssen.

(Beifall)

Der Staat muss die richtigen Regeln setzen, und er muss selber massiv investieren: in ein neues Energiesystem, in neue Verkehrssysteme, in digitale Netze und in ökologische Technologien. Und genau das wollen wir tun.

Selbstfahrende Autos - ich habe gerade schon gesagt, das liegt nicht so weit in der Zukunft - und mobile medizinische Versorgung: Das ist nicht was für junge Leute - jedenfalls nicht nur. Sie geben nämlich älteren und anderen mobilitätseingeschränkten Menschen Selbstbestimmung zurück - auch auf dem Land.

Natürlich ersetzt die App niemals den Arzt, aber wenn sie gut ist, dann ergänzt und verbessert sie seine Arbeit, und wenn wir unseren Job richtig machen, dann entsteht da auch kein gläserner Patient.

(Beifall)

Natürlich ersetzt der Roboter niemals die menschliche Zuwendung in der Pflege, aber er kann die Knochen der Pflegekraft schützen und schonen.

Bei der Digitalisierung wie bei der Ökologie gilt: Wir können aus Wandel Fortschritt machen für die Menschen - wirtschaftlichen Fortschritt, ökologischen Fortschritt und vor allem sozialen Fortschritt. Wir werden diesen Fortschritt aber nur erreichen, wenn wir zum Beispiel in der Digitalpolitik endlich richtig loslegen!

Schauen wir uns doch mal den Netzausbau an. Das haben wir dem Markt überlassen, einem Markt, der naturgemäß kein Interesse daran hat, in der Fläche für Netzausbau zu sorgen. Das monetarisiert sich nicht, wie man so schön sagt. Das Ergebnis sehen wir heute auf dem Land - sei es in Müritz, in Bitburg oder in Tuttlingen: Dort surfen die Menschen immer noch auf Kupferleitungen. Und wenn sie mobil arbeiten wollen, dann heißt es: Edge. Oder sogar: Kein Netz!

Dabei muss man doch einfach sagen: Die Lebens- und Zukunftschancen von Menschen hängen davon ab, ob sie ans Netz angebunden sind oder nicht. Das können wir so nicht lassen.

(Beifall)

Bei mir zuhause in Calw reicht die Netzqualität im Zug gerade mal - meistens nicht - für eine SMS. Mehr geht nicht! Im reichen Baden-Württemberg! Mobil arbeiten ist anders!

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist blamabel, das ist Marktversagen, und das ist, ehrlich gesagt, Politikversagen. Andreas Scheuer macht seinen Job nicht.

(Beifall)

Der Markt alleine regelt gar nichts. Der regelt keinen Wohnungsbau, der regelt nicht das Sparen, der regelt nicht den Netzausbau. Und deswegen bin ich überzeugt: Wir müssen das endlich machen - selber machen.

Wir brauchen eine öffentlich-rechtliche Infrastrukturgesellschaft, die den Netzausbau gemeinsam mit Kommunalversorgern in die Hand nimmt. Einfach machen!

(Beifall)

Der Autor William Gibson hat gesagt: „Die Zukunft ist schon da, sie ist nur ungleich verteilt". - Zukunft gerecht verteilen: Das ist Sozialdemokratie pur.

Die größte Herausforderung der nächsten Jahre ist ganz offensichtlich, unsere Werte, unsere soziale Marktwirtschaft in dieses digitale, in das ökologische Zeitalter zu überführen.

Die Datenschutz-Grundverordnung hat gezeigt: Europa kann Regeln setzen. Die Politik ist handlungsfähig - auch gegenüber den großen, globalen Playern -, wenn wir das wollen.

Liebe Genossinnen und Genossen, unsere Gesellschaft entwickelt sich leider immer weiter auseinander. Extreme nehmen immer weiter zu. Wer kümmert sich darum? Wir sorgen dafür, dass zusammenbleibt, was zusammen gehört! Die Schülerinnen und Schüler der Klimaschutzbewegung sind nicht die Gegner von Stahlarbeitern oder Karosseriebauerinnen. Auch Stahlkocher wollen Klimaschutz, wollen Zukunft für ihre Kinder.

(Beifall)

Und auch Klimaschützer wollen Jobs. Wir wollen und dürfen nicht künstliche Gegnerschaften aufbauen. Das gehört zusammen. Wir sind in der Lage, diese Dinge so umzusetzen, diesen Wandel so zu gestalten, dass die Gesellschaft nicht auseinanderdriftet.

(Beifall)

Die SPD hat eine lange Tradition darin, für Zusammenhalt zu sorgen, für Vielfalt und für das Recht, ohne Angst verschieden zu sein. Ebenso sind wir Partei und ergreifen wir Partei für die echten Leistungsträgerinnen und Leistungsträger. Wir werden in der digitalen und ökologischen Revolution an der Seite der Beschäftigten stehen. Wir werden dafür sorgen, dass sie die Gewinner dieser Revolu-

tion sind. Wer sollte das sonst tun? Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft vielleicht? Christian Lindner? Friedrich Merz? Das glaubt ja kein Mensch.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sorgen dafür, dass es besser wird.

(Beifall)

Aber ich muss auch sagen: Wir können das nicht alleine; wir brauchen eure Unterstützung. Denn ihr alle seid Botschafterinnen und Botschafter unserer sozialdemokratischen Werte. Ihr habt Ideen für eine bessere Zukunft. Lasst sie uns zusammen entwickeln. Wenn wir mit heißem Herzen und kühlem Kopf über unsere Ideen debattieren - immer wieder auf solchen schönen Regionalkonferenzen, in Debattencamps, bei Zusammenkünften in euren Gliederungen und bei Parteitagen - und am Ende auch gemeinsam für die Umsetzung kämpfen, dann werden wir auch wieder gemeinsam Erfolg haben. Ich glaube ganz fest an den Erfolg.

(Beifall)

Wir gemeinsam machen aus der SPD wieder die führende Kraft für Fortschritt und Gerechtigkeit in Deutschland. Das ist unsere Aufgabe. Norbert und ich sind angetreten, um dieser SPD - gemeinsam mit euch - wieder das zurückzugeben, was ihr in den Augen der Menschen am meisten fehlt: Erkennbarkeit, Glaubwürdigkeit und Standhaftigkeit. Die Menschen wollen Taten sehen. Dann sind auch Kompromisse möglich, auch in der Koalition. Aber wir müssen danach auch klar sagen, was wir durchgesetzt haben, was wir nicht durchsetzen konnten und wofür wir dann auch weiter in der Zukunft streiten.

(Beifall)

Vor jedem Aufbruch, liebe Genossinnen und Genossen, steht der Mut, Neues zu wagen. Die SPD hat den Mut - ihr habt ihn gerade bewiesen -, mit einer Doppelspitze in die Zukunft zu gehen. Und weil es dabei geschlechtergerecht zugehen soll, konnte ich einem Mann an meiner Seite eine Chance geben. Und das ist Norbert Walter-Borjans, liebe Genossinnen und Genossen. Norbert, komm zu mir!

(Starker Beifall)

Norbert, ich bin so unglaublich froh und dankbar, heute hier gemeinsam mit dir stehen zu können! Wir haben gewonnen, und ab heute gewinnt ihr mit uns. Hört ihr die Signale? Die neue Zeit, sie ruft! Wir gehen nach vorne in die neue Zeit, wir kehren nicht um! Wir blicken auch nicht mehr zurück. - Ich danke euch.

(Anhaltender Beifall)

VORSTELLUNGSREDE NORBERT WALTER-BORJANS FÜR DEN PARTEIVORSITZ

Norbert Walter-Borjans, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Freundinnen und Freunde und Gäste der Sozialdemokratischen Partei! Nach dem Gewinn der Stichwahl gab es ja viele ungemein nette oder nett gemeinte Kommentare und Reaktionen. Mein Lieblingskommentar kam von Christian Lindner. Der hat einfach getwittert: „Ich bin baff." Lindner sprachlos. Das ist selten. Ich würde sagen: Kein schlechter Einstieg für neue SPD-Vorsitzende.

(Beifall)

Wenn es still wird um die, die uns, wie wir auf den Regionalkonferenzen immer gesagt haben, in die neoliberale Pampa lotsen wollen, dann ist das doch schon was, was wir in einem ersten Schritt erreicht haben - noch bevor wir von euch gewählt sind, worum wir uns natürlich bewerben.

Liebe Genossinnen und Genossen, hier in Berlin hatten wir am 17. September eine für mich denkwürdige Regionalkonferenz. An diesem 17. September bin ich 67 Jahre alt geworden.

Ich wiederhole gerne, was ich da im Willy-Brandt-Haus gesagt habe. Ich habe gesagt, dass ich zu den wenigen Menschen gehöre, die in Mitteleuropa die Chance hatten, 67 Jahre alt zu werden, ohne in ihrem Leben einen Krieg erlebt zu haben - das war anderen über Jahrhunderte nicht vergönnt. Ich werde alles daran setzen, dass unsere Kinder und Enkel das auch sagen können, wenn sie 67 werden.

(Beifall)

Und das sollen nicht nur die Kinder in Mitteleuropa sagen können, sondern die Kinder überall in der Welt sollen 67 und älter werden können, ohne Krieg, Vertreibung, Flucht und Armut zu erlebt zu haben.

(Beifall)

Keine Generation vor mir hatte so ein Glück. Und dass wir dieses Glück haben, verdanken wir einem großen Sozialdemokraten: Willy Brandt und seiner Ostpolitik.

(Beifall)

Der Friedensnobelpreisträger Willy Brandt hat uns vorgemacht, wie man mit historischer Verantwortung umgeht. Er hat gezeigt, dass nicht Abschottung und Feindseligkeit, sondern Aufeinanderzugehen und Entspannung Verständigung schaffen.

Die SPD wird als Partei des Abrüstens und der Entspannung heute wieder mehr gebraucht als seit Langem.

(Beifall)

Die Diskussion um Frieden und Sicherheit in Europa gerät auf einen falschen Weg. Deutschland - so heißt es - sollte langsam mal normal werden und sich nicht vor militärischem Engagement drücken. Ich sage: Nicht die militärische Zurückhaltung ist das Unnormale. Das Unnormale ist das wieder zunehmende Säbelrasseln in der Welt.

(Beifall)

Wenn beispielsweise eine Verteidigungsministerin, die auch CDU-Vorsitzende ist, die Bundeswehr wieder an möglichst vielen Orten in der Welt „im Einsatz“ sehen will - wie sie das verharmlosend nennt -, dann ist das grundfalsch. Das ist nicht Realpolitik. Das ist Irreal-Politik. Das ist die Militarisierung der Außenpolitik, wie Rolf Mützenich das mal genannt hat.

(Beifall)

Dazu dürfen Sozialdemokraten nicht die Hand reichen!

(Beifall)

Helmut Schmidt hat noch vor zehn Jahren gesagt, dass die Überrüstung eines der drängendsten Probleme ist. Er hatte recht. Und das Problem ist seither nicht kleiner geworden. Mit dem amerikanischen Präsidenten und anderen nimmt es wieder zu. Wir haben auch von Russland aus neue Aufrüstungsrunden, auch neue nukleare Aufrüstungsrunden zu befürchten. Mehr denn je ist die Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie, alles - wirklich alles! - dafür zu tun, dass der Wahnsinn der Hochrüstung nicht weitergeht. Das ist unsere Aufgabe, und zwar mehr denn je!

(Beifall)

Das ist unsere Aufgabe. Es ist sie mehr denn je.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, wollen wir wirklich jedes Mal unsere Rüstungsausgaben erhöhen, aufrüsten, wenn die Wirtschaft wächst? Genau das besagt das sogenannte Zwei-Prozent-Ziel. Ich finde, es gibt selten eine unseligere Kombination von Wirtschaftswachstum und Staatsausgaben, als die Rüstung am Wirtschaftswachstum zu orientieren.

(Beifall)

Das wäre in den letzten Jahren eine milliardenteure Investition in Panzer und Haubitzen gewesen, statt für Schulen, Schienen und Straßen zu sorgen. Aber das ist kein Beitrag zur Friedenssicherung, und deshalb werden wir das auch nicht tun. Ausrüstung ja, aber Aufrüstung: Nein!

(Beifall)

Mein Maßstab ist nicht das Zwei-Prozent-Ziel für die Rüstungsausgaben. Mein Maßstab ist das 0,7-Prozent-Ziel für die Entwicklungszusammenarbeit.

(Beifall)

Da macht es übrigens Sinn, das ans Wirtschaftswachstum zu koppeln und zu sagen, wenn es uns besser geht, dann können wir auch noch mehr dafür tun, dass anderswo Fluchtursachen bekämpft werden, Konflikte vermieden werden und Menschen menschenwürdig leben können. Ich hätte gerne mehr von Letzterem, also über die 0,7 hinaus, und dafür weniger vom Ersteren. Das ist Friedenspolitik, und das ist die historische Verantwortung unseres Landes.

(Beifall)

Wir brauchen eine ernsthafte Diskussion über die Sicherheit Europas und über die Wege, mit denen wir Sicherheit friedlicher und den Frieden sicherer machen. Willy Brandt hat mit seiner Politik gezeigt, dass das geht und wie das geht. Und wir können froh sein, dass in dieser Zeit ein so besonnener Mann wie Heiko Maas unser Außenminister ist.

(Beifall)

Und wir können froh sein, dass ein so ausgewiesener Friedens- und Außenpolitiker wie Rolf Mützenich die Bundestagsfraktion führt.

(Beifall)

Heiko und Rolf, ihr beiden schärft das Profil der SPD als politische Kraft der Friedenssicherung, und dafür bin ich euch zutiefst dankbar.

(Beifall)

Es gibt einen Satz von Helmut Schmidt, der lautet: „Der Kern des deutschen strategischen Interesses ist die Europäische Union." Das stimmt. Aber die Europäische Union ist noch mehr, und sie muss auch noch mehr sein. Sie ist eine Vision für eine bessere Zukunft und für ein besseres Morgen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind überzeugte Europäer. Und das seit 100 Jahren, und das auch aus bitterer Erfahrung. Wir waren die ersten, die die Vision eines geeinten Europas in ein Programm in ein Parteiprogramm geschrieben haben.

Aber was bedeutet es, zu sagen „Wir sind Europäerinnen und Europäer"? Das muss ein Versprechen an die Menschen sein, das Versprechen von Zusammenhalt und Solidarität, nach Jahrhunderten von Krieg, Feindschaft und Konflikten auf diesem Kontinent. Und wer, wenn nicht die Friedens- und Europa-Partei SPD kann dieses Versprechen einlösen, zumindest von der deutschen Seite aus?

Mit der Politik des Kaputtsparens der Krisenstaaten Südeuropas, wie das zu Zeiten Wolfgang Schäubles der Fall war, geht das jedenfalls nicht.

(Beifall)

Es liegt an uns, eine andere, eine menschengerechte, eine problemlösende Architektur Europas auf die Beine zu stellen. Und wenn im Süden Europas 30 Prozent der jungen Erwachsenen arbeitslos sind, dann geht das auch uns an. Und wenn im Osten Europas viele Bürgerinnen und Bürger um ihre Freiheitsrechte fürchten, dann muss das auch uns alarmieren, weil das auch unsere Freiheitsrechte irgendwann in Bedrängnis bringen kann.

Die SPD ist die Europa-Partei, weil sie die Partei der Solidarität und des Zusammenhalts ist, und das können wir gar nicht oft genug betonen. Vor allen Dingen sollten wir das in dem, was wir tun und entscheiden und worauf wir auch andere hindrängen, immer wieder unterstreichen.

(Beifall)

Wenn es anderen Ländern in Europa schlechtgeht, dann ist das auf Dauer auch schlecht für Deutschland. Aber das wissen die Menschen offenbar nicht immer automatisch, zumal viele unterwegs sind, die das anders darstellen. Deswegen müssen wir den Menschen das immer wieder sagen. Wir müssen die Menschen stark machen gegen die antieuropäischen Kampagnen der Vereinfacher und der Scharfmacher, die uns vorgaukeln, wir könnten allein mehr erreichen als in dieser Gemeinschaft.

(Beifall)

Solidarität in dieser Gemeinschaft ist ein Versprechen, und das werden wir halten. Wir tun das auch deshalb, weil wir mit Udo Bullmann, mit Katarina Barley, mit Jens Geier, mit Achim Post und mit den vielen, die die europäische Idee am Leben halten, in Europa stark präsent sind. Es ist das Verdienst von Martin Schulz, dass Europa im Koalitionsvertrag so prominent vorkommt.

Es gehört aber auch zur Wahrheit dazu, dass vieles von dem mit dem Koalitionspartner so unglaublich schwer umzusetzen ist. Aber danke, Martin, dass du so viel reingebracht hast. Jetzt ist es an der Zeit, dass wir auch Druck machen, damit daraus wirklich etwas Spürbares wird für die Menschen in diesem Land und in Europa.

(Beifall)

Die Europäische Union muss eine demokratische Macht werden. Nur ein einiges Europa kann unseren Sozialstaat vor den schlechten Seiten der Globalisierung schützen. Nur eine starke EU kann die großen Internetkonzerne dazu zwingen, auch Steuern zu zahlen, Sozialstandards einzuhalten und den Datenschutz zu achten. Wollen wir es wirklich hinnehmen, dass gigantische Internetkonzerne die Grenzen unserer Privatsphäre bestimmen? Wollen wir es wirklich hinnehmen, dass sie sich über Arbeitnehmerrechte hinwegsetzen, beherrschende Monopole bilden und die Steuerpflicht mit Füßen treten? Nein, das wollen wir nicht. Nicht die Demokratie hat sich den Märkten unterzuordnen, sondern die Märkte der Demokratie.

(Beifall)

Aber wer kann gewährleisten, dass sich die großen Konzerne daran halten? Nationale Kartellämter sind da überfordert, egal, ob in Lettland oder in Luxemburg oder in Bonn. Nur eine starke Europäische Union hat die Macht, den Primat der Politik und der Demokratie für die Wirtschaft auch wirklich durchzusetzen.

Schon Konrad Adenauer wusste, dass die europäische Einigung nur gelingen kann, „wenn die Wohlstandsunterschiede nicht zu groß“ werden. Wir brauchen ein Europa, das für alle Europäerinnen und Europäer da ist. Sonst haben wir bald kein geeintes Europa mehr.

Wir wollen eine soziale Offensive für Europa: Mit gerechten Sozialstandards, mit dem Verbot von Steuerdumping und mit einer aktiven Industriepolitik. Die Konservativen wollen das nicht. Annegret Kramp-Karrenbauer will lieber einen europäischen Flugzeugträger. In welchem Krieg dieses Milliardenschiff dann auch immer umherfahren wird, bleibt ihr Geheimnis. Aber ich verrate euch auch eines: Mit uns Sozialdemokraten wird es nicht gebaut, jedenfalls nicht mit Zustimmung der SPD und gegen unseren großen Widerstand, wenn es je dazu kommen würde, was ich sicher nicht glaube.

(Beifall)

Stattdessen wollen wir und die große Mehrheit ein Europa auch für die große Mehrheit der Menschen. Wir haben den Willen, wir haben die Konzepte; das haben wir beschrieben. Wir sind in der Lage, das umzusetzen, wenn wir mit geradem Rücken durch diese Republik gehen und in diesem Parlament und genauso in den Landesparlamenten auch Politik machen.

Saskia hat eben von der doppelten industriellen Revolution gesprochen, die auf uns zukommt. Mit diesem Wandel drängt auch die Verteilungsfrage noch einmal wieder stärker in die Öffentlichkeit.

Die Digitalisierung wird mit enormen Produktivitätsgewinnen einhergehen. Wer wird davon profitieren? Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder vor allem Kapitalbesitzer? Ihr alle wisst, was Henry Ford einmal gesagt hat, dass Autos keine Autos kaufen. Das gilt auch Roboter, das gilt für Maschinen, und das gilt für Apps. Sie werden sich nicht gegenseitig kaufen und bezahlen. Obwohl: Als ich mir eben diese Zahlen noch mal ein bisschen angeguckt habe, war ich mir schon gar nicht mehr so ganz sicher, ob nicht eines Tages auch Apps entscheiden, welche Investitionsgüter von welchem Unternehmen an welches andere verkauft werden, oder welche Bots dafür die Entscheidung treffen. Aber eines ist sicher: Eigentum wird menschlich bleiben, wird beim Menschen bleiben. Mit anderen Worten heißt das: Auch in der neuen Welt der digitalen Ökonomie stellen sich die klassischen Fragen nach einer gerechten Verteilung von Gewinnen, nach der Schaffung von Kaufkraft, nach angemessenen Arbeitszeiten und nach den Bedingungen für die soziale Sicherung.

Schon heute ist die Vermögensungleichheit in Deutschland einer der höchsten in der gesamten Europäischen Union. Und auch die Einkommensungleichheit nimmt zu. Das liegt vor allem erst einmal daran, dass viele Menschen viel zu schlecht bezahlt werden. Die Löhne der richtigen Leistungsträger dieser Gesellschaft sind viel zu niedrig.

(Beifall)

Das gilt vor allem, wenn und da ist es besonders deutlich Menschen von dieser Arbeit, vom Lohn dieser Arbeit nicht leben können. Das ist ein dringendes Ding, das wir ändern müssen. Wir haben einen der größten Niedriglohnsektoren Europas; auch das hat Saskia angesprochen.

Die Einkommensungleichheit ist aber auch deshalb größer geworden, weil bei den Abgaben und bei den Steuern das Leitmotiv, das uns immer gelenkt hat - im Übrigen schon seit dem 1. Weltkrieg -, dass starke Schultern mehr tragen sollen als schwache, in den letzten 20 Jahren immer weiter ausgehöhlt wurde. Die kleinen Einkommen geben prozentual schon lange nicht mehr am wenigsten und die großen schon lange nicht mehr am meisten ab. Wer am meisten hat, der hat auch die besten Möglichkeiten, sich vor der finanziellen Mitverantwortung zu drücken, und der hat sogar die besten Möglichkeiten, Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen.

Über Jahre gab es eine schleichende Entlastung im ganz oberen Einkommensbereich. Ein Teil war die enorme Senkung der Einkommensteuer für die höchsten Einkommen, es war die Außerkraftsetzung der Vermögensteuer, es war die Abgeltungsteuer, es war eine zahnlose Erbschaftsteuer. Die kleinsten Einkommen hatten davon nichts. Und durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer wurden sie sogar stärker belastet.

Wer Umverteilung für Teufelszeug hält, der sollte wenigstens anerkennen, dass es Umverteilung in diesem Land schon seit Langem gibt - nur nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben.

(Beifall)

Es ist höchste Zeit, das wirklich einmal zu ändern.

(Beifall)

Die SPD, liebe Genossinnen und Genossen, muss wieder die Partei der Verteilungsgerechtigkeit werden in diesem Land.

(Beifall)

Es ist an der Zeit, dass hohe und höchste Einkommen und Vermögen einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens zahlen, und Steuerbetrug und Geldwäsche in diesem Land müssen massiv bekämpft werden.

Vor mir sitzt Sebastian Fiedler, mit dem ich in diesem Punkt schon eine Menge zusammen habe machen können. Ihr seid da richtig mit unterwegs, und ich danke euch sehr dafür, dass ihr vom Bund deutscher Kriminalbeamter Deutschland so aktiv seid.

(Beifall)

Ich selbst weiß auch, wie das geht; denn ich habe es ja auch schon gemacht.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen 19 Millionen Euro an Whistleblower - um es einmal so zu sagen - für Steuer-CDs überreicht und haben damit sieben Milliarden Euro für die Menschen im Land zurückholen können.

(Beifall)

Sieben Milliarden Euro für Schulen, für Kitas, für unsere Polizei, für Krankenhäuser. sieben Milliarden Euro, die längst hätten vorher gezahlt sein müssen, und die wir erst geholt haben, nachdem man gedacht hat, man hätte sie erfolgreich durch ein Schlupfloch in ein anderes Land schleppen können.

Wir haben Schäubles Steuerabkommen mit der Schweiz verhindert. Das wäre einem Milliarden-Geschenk für Steuerkriminelle gleichgekommen.

(Beifall)

Wer einmal die Kommentare zu meiner Kandidatur und zur Kandidatur von Saskia in Schweizer Zeitungen googelt, der weiß, dass wir offenbar ziemlich erfolgreich gewesen sind.

(Beifall und Heiterkeit)

Wir haben uns mit den Finanzlobbys angelegt - und wir haben gewonnen, weil wir uns nicht haben einschüchtern lassen. Natürlich gibt es immer wieder Stimmen, die sagen: „Vorsicht, du könntest auch verlieren!“ Ja, wir hätten auch scheitern können. Aber Glaubwürdigkeit kommt nicht vom Zurückzucken. Glaubwürdigkeit kommt vom Standhaftbleiben, und das müssen wir noch ein Stück mehr zeigen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr glaubt gar nicht, wie oft ich an der Fleischtheke im Supermarkt oder an der Straßenbahnhaltestelle von CDU-Wählern angesprochen werde, die mir sagen, ich hätte das doch weitermachen sollen. Ich sage dann immer: „Was habt ihr denn beim letzten Mal bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen gewählt? Habt ihr da auch daran gedacht?“

Aber ich will das gar nicht durch den Kakao ziehen. Ich freue mich, weil ich weiß: Wir sprechen viel mehr Menschen an als den Teil der Bevölkerung, der uns schon die Stimme gibt. Es gibt eine Menge Menschen, die eine Sehnsucht danach haben, dass wir Regeln einhalten in diesem funktionierenden Gemeinwesen. Ja, dazu gehören auch Verbote und Gebote. Immer über die Verbotsparteien oder Gebotsparteien zu schreiben und zu sprechen, das ist völlig fehlgelenkt. Ja, wir brauchen Gebote und Verbote in einem ordentlich funktionierenden Gemeinwesen, das wir haben, unter anderem das Gebot, seinen gerechten Anteil an den Kosten eines handlungsfähigen Staates auch zu bezahlen.

(Beifall)

Ich stehe dazu, dass das auch meine Sicht einer Volkspartei ist, dass sie für faire Regeln sorgt und dann auch mit durchsetzt, und dass diese Regeln nicht nur die Steuern betreffen, sondern auch das Thema Bekämpfung von Kriminalität und die Schaffung von Sicherheit für die Menschen. Das sind keine rechten Themen. Das sind Themen für ein gerechtes Miteinander.

(Beifall)

Genauso wie im Übrigen die Durchsetzung der Regeln einer freiheitlichen Demokratie. Wir wissen, dass es in diesem Land Kräfte gibt, die unsere freie Gesellschaft verabscheuen. Dazu zählen nicht nur Rechtsextreme, dazu zählen auch Islamisten. Wir stellen uns allen Feinden einer freien Gesellschaft entgegen. Für uns gilt der Grundsatz: Keine Akzeptanz für Fundamentalismus! Und null Akzeptanz und Toleranz für Diskriminierung!

(Beifall)

Wir wissen, dass die Bildungs- und Berufschancen junger Menschen, deren Eltern oder Großeltern in der Türkei, in, Russland oder in Syrien geboren wurden, schlechter sind als die Chancen junger Deutscher, deren Einwanderungsgeschichte jedenfalls nicht zu sehen oder zu hören ist. Wir wissen, dass ihre Nachnamen ein Hindernis sind, wenn sie nach guten Wohnungen suchen oder sich um einen Job bemühen. Und gelegentlich gibt schon die Postleitzahl einen Hinweis darauf, dass Menschen Steine in den Weg gelegt werden. Nationalistische und rassistische Diskriminierung ist in diesem Land eine Tatsache. Und in jedem Einzelfall ist es auch ein Vergehen an den Werten dieses Landes und erst recht auch an den Werten der Sozialdemokratie.

(Beifall)

Ich weiß nicht, wie viele Menschen an diesen Hürden, an der Diskriminierung schon gescheitert sind. Aber ich weiß, dass wir ihnen zur Seite stehen müssen. Sie haben ein Recht auf Chancengleichheit. Und dafür müssen wir sorgen. Die SPD war immer das Bollwerk gegen jede Art von rechtem Hass, rechter Hetze und von Diskriminierung. Das muss sie bleiben, und ich bin sicher: Mit uns gemeinsam wird sie das bleiben.

(Beifall)

Und damit direkt zusammen hängt auch, dass sie die Partei des Bildungsaufstiegs bleiben muss - unabhängig von der Herkunft oder vom Geldbeutel der Eltern.

Liebe Genossinnen und Genossen, in den Medien war gelegentlich zu lesen, die Wahl von Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans bedeute einen Links-Ruck der SPD. Dazu mal eine Zahl im Vorfeld: In den 1970er-Jahren hatte die ärmere Bevölkerungshälfte einen Anteil am Gesamteinkommen in Deutschland, der doppelt so hoch wie heute war. Doppelt so hoch! Wenn eine Rückkehr zur Partei Willy Brandts und in meinem Fall aus langer gemeinsamer Geschichte auch Johannes Raus ein Links-Schwenk der Partei ist, dann bitte sehr: Dann machen wir gemeinsam einen ordentlichen Links-Schwenk!

(Lebhafter Beifall)

Und wenn es links ist, dass wir das Auseinanderdriften unserer Gesellschaft nicht akzeptieren wollen, dann haben wir nichts gegen diese Einordnung. Wenn es links ist, dass die Rente mit Steuerbeiträgen der Großvermögenden ein Stück gestärkt wird, damit alle wirklich in Würde alt sein können, dann sind wir links.

(Beifall)

Und wenn es links sein soll, den öffentlichen Wohnungsbau massiv auszubauen und Wohnen bezahlbar zu halten, dann sind wir selbstverständlich links.

(Beifall)

Es ist noch nicht lange her, da hat meine Tochter schon einige Zeit nach dem Abschluss ihres Studiums mit 60 Stunden in der Woche 1.700 Euro netto, jährlich befristet, und 700 Euro Miete zu zahlen. Da muss man sich vor Augen halten: Viele haben weniger. Das ist schon fast Durchschnitt. Da fragt man sich natürlich: Wie sollen dann Familien gegründet werden?

Wenn es links ist, die Interessen dieser Menschen zu vertreten und ihnen zu einem fairen Einkommen und zu einem halbwegs planbaren Leben zu verhelfen, dann ist auch da links die richtige politische Richtung.

(Beifall)

Aber eigentlich, liebe Genossinnen und Genossen, ist das nur richtig sozialdemokratisch. Und unser Verständnis von Links und Rechts ist kein Verständnis von „Unten feindschaftlich gegen Oben“ oder „Arm gegen Reich“. Ich kenne aus meiner Zeit, aus meinen vielen Jahren als Wirtschaftsstaatssekretär in zwei Bundesländern und aus meiner langen Zeit als Wirtschaftsdezernent einer großen Stadt, der Stadt Köln, so viele verantwortungsbewusste Unternehmer*innen, und die wissen, dass wirtschaftlicher Erfolg und technischer Fortschritt auf Dauer nur möglich sind, wenn der soziale Friede und der Zusammenhalt der Gesellschaft gewahrt bleiben. Die sagen - leider manchmal zu selten auf offener Bühne -, dass etwas schief läuft, wenn das Vermögen in einem so reichen Land wie unserem sich auf immer weniger Prozent der Menschen konzentriert, während andere nicht wissen, wie sie trotz aufreibender Arbeit die Miete bezahlen, ihre Kinder großziehen und auf ein Alter in Würde hoffen sollen.

Diese Leute sagen - und ich kenne viele und rede gerne mit vielen Menschen aus diesen Kreisen -, dass etwas schiefläuft, wenn sich Spekulation um vieles mehr lohnt als Investition. Leider hört man viele von ihnen draußen viel zu wenig. Dafür hört man dann aber umso lauter die Verbände, die sie vertreten und die uns weismachen wollen, das Wohl und Wehe hänge davon ab, die Steuern ganz oben weiter zu senken und die soziale Sicherung zum Privatvergnügen zu erklären. Das wird mit uns nicht gehen, und das darf mit uns nicht gehen.

(Beifall)

Wir haben allen Grund, eine linke Volkspartei zu sein und eine linke Volkspartei bleiben zu wollen. Nicht, indem wir es allen rechtmachen wollen, sondern indem wir Heimat für alle sind, die Gemeinwohl und Zusammenhalt als das Fundament für eine wirtschaftlich erfolgreiche und sozial gerechte Zukunft begreifen - gegen Egoismus und gegen die Verachtung und Verächtlichmachung anderer.

(Beifall)

Erfolgreich sein mit Anstand, mit Rücksichtnahme, mit Toleranz, mit Verantwortungsbereitschaft für das Ganze - das muss Menschen wieder als Erstes einfallen, wenn sie „SPD“ hören oder lesen oder an SPD denken - die SPD als eine so verstanden wichtige linke Volkspartei.

Es gibt politische Parteien und Interessenverbände, die wollen unseren Kindern ein Land ohne Schulden und mit niedrigen Steuern für besonders Vermögende hinterlassen. Wir wollen unseren Kindern ein Land mit sauberer Luft, mit gesunden Wäldern hinterlassen, ein Land mit ökologischer Industrie und moderner Mobilität, ein Land mit attraktiven Arbeitsplätzen, einer guten Gesundheitsversorgung und natürlich vor allem, weil das immer der Keim für die Zukunft ist, mit einer hervorragenden Bildung.

(Beifall)

Was nützt es unseren Kindern, wenn wir ihnen eine, gemessen am BIP, niedrige Schuldenquote hinterlassen, wenn dann die Umwelt nicht in Ordnung, sondern vergiftet ist, wenn die Infrastruktur marode und Deutschland in technologischen Rückstand geraten ist? Das wären unverzeihliche Schulden, die wir auf eine andere, viel schlimmere Art an die nächste Generation weitergeben würden. Das dürfen wir auf keinen Fall zulassen.

(Beifall)

Deswegen braucht Deutschland ein Fortschrittsprogramm. Deutschland braucht ein Investitionsprogramm. Nicht nur Saskia und ich, sondern auch das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft und das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung fordern 45 Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr an Investitionen ganz besonders in die kommunale Infrastruktur, und das mindestens zehn Jahre lang. Wir fordern ein Jahrzehnt der öffentlichen Investitionen. Damit werden wir das sozialdemokratische Zukunftsversprechen zu einer Renaissance führen.

(Beifall)

Mit den Mitteln in diesem Programm könnten wir den Investitionsstau in unseren Kommunen auflösen, die Qualität unseres Bildungssystems drastisch steigern, endlich moderne Datennetze errichten wer jetzt in den 23 Regionalkonferenzen war, der weiß, was es heißt, wenn „Kein Netz“ auf dem Handy steht , und wir könnten den Klimaschutz finanzieren. Eine derartige Investitionsoffensive so schrieben die Institute würde deutliche wirtschaftliche Vorteile über Jahrzehnte bringen. Noch dazu könnten wir die vom Strukturwandel besonders gebeutelten Städte und Gemeinden von

ihren drückenden Altschulden befreien. Dazu hat Olaf ja schon eine Initiative ergriffen. Die ist für diese Kommunen auch bitter nötig, damit sie wieder das machen können, was ihre Zukunft sichert und was sie auch für die Ansiedlung von Unternehmen attraktiv macht.

(Beifall)

Ich sage aber auch: Wenn die schwarze Null einer besseren Zukunft für unsere Kinder entgegensteht, dann ist sie falsch! Dann muss sie weg!

(Beifall)

Und machen wir uns nichts vor: Wenn wir das nicht irgendwo umschiffen wollen, dann gilt das auch für die Schuldenbremse. Kein wachsendes Unternehmen würde sich solch einer Investitionsbremse unterwerfen!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, eine lebenswerte Zukunft für unsere Kinder gibt es nur mit wirksamem Klimaschutz. Deutschland allein wird das Klima nicht retten können. Aber Deutschland muss seinen Anteil leisten und muss einen größeren Anteil dazu beitragen. Es kann mit seiner innovativen Wirtschaft, mit seiner Wirtschaftskraft und mit dem Wohlstand der Gesellschaft insgesamt diesen Anteil auch leisten. Wir wissen noch aus früheren Zeiten, als die ersten Schritte des Umweltschutzes in der Industrie unternommen wurden, wie schnell daraus Geschäftsmodelle werden können, mit denen man auf Weltmärkten sogar wieder neue Geschäfte und neue Einkommen erzielen kann.

Aber auch Klimaschutz ist eine Verteilungsfrage. Viel zu lange haben wir die Lasten unseres Lebensstils in andere Teile der Welt und in die Zukunft verschoben. Das holt uns jetzt mit Macht ein. Die Lasten, die wir mit unserem Lebensstil verursachen, gehören ins Hier und Jetzt!

(Beifall)

Aber sie gehören nicht auf die Schultern der kleinen Leute, sondern sie gehören auf die Schultern derer, die damit die größten Profite machen und gemacht haben.

(Beifall)

Das geht nur mit einer grundlegenden Steuerreform, die nicht von unten nach oben, sondern von oben nach unten umverteilt und damit für eine gerechte Verteilung in diesem Land sorgt. Wir müssten übrigens viel umverteilen, um nur halbwegs in die Nähe der Vermögensverteilung zu kommen, wie sie für den Gottvater der liberalen Marktwirtschaft bzw. der sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhard galt. Es müsste eine Menge passieren, wenn wir dahin zurückkommen wollten.

Erfolgreicher und von den Menschen akzeptierter Klimaschutz geht nur gerecht. Je höher der soziale Ausgleich ausfällt, desto höher kann der CO_2-Preis sein und desto wirksamer ist dann auch

der Klimaschutz. Diese Forderungen auch der jungen Menschen, die immer wieder auf die Straße gehen, dürfen wir nicht einfach verhallen lassen.

(Beifall)

Die sind ernst und werden nicht nur deswegen wichtig, weil wir diese Menschen verlieren, sondern weil wir irgendwann damit unseren Planeten verlieren.

(Beifall)

Mit dem Klimapaket hat die SPD einen Einstieg in den Klimaschutz durchgesetzt. Das ist überhaupt keine Frage. Das ist auch eine ganz wichtige Leistung von Svenja Schulze. Aber das Klimaschutzpaket der Großen Koalition ist nicht so, dass wir uns jetzt zurücklehnen und sagen können: Guck mal, im Koalitionsvertrag haben wir wieder ein Häkchen! Das ist schon mal wieder erledigt! Wir wenden uns jetzt dem nächsten Thema zu! - Sondern Klimaschutz bleibt ein Thema, bei dem wir auch immer wieder nachlegen müssen. Stolz auf das Erreichte und Unzufriedenheit mit dem noch nicht Erreichten wie es vielen Menschen so in den Ortsvereinen, aber ebenso auf der Straße geht sind kein Widerspruch, sondern das gehört zu jeder Tour de France dazu. Wer eine Etappe gewinnt, der geht abends nicht ins Bistro und trinkt eine Flasche Rotwein, sondern der fährt am nächsten Tag weiter, weil es weitergeht und weil wir am Ende diese Tour gewinnen wollen.

(Beifall)

Man kann lange darüber streiten, welche notwendigen Reformen man noch in die nächsten zwei Jahre schieben kann, weil sie mit den Konservativen nicht durchzusetzen sind. Aber auch beim Klimaschutz? - Beim größten Aktionstag der Fridays-for-Future-Bewegung heute vor einer Woche haben über eine Million junge Menschen für wirksamen Klimaschutz demonstriert. Über eine Million! Sollen wir als SPD zu einer ganzen Generation sagen: „Ihr habt ja recht, aber wir müssen die Rettung eurer Zukunft ein kleines Bisschen verschieben, weil wir gerade Ruhe in der Großen Koalition brauchen?“ Wollen wir das wirklich? - Ich will das nicht!

(Beifall)

Für eine Koalition, von der wir alle sagen, dass sie nach den nächsten Wahlen niemand fortführen will, werde ich nicht eine ganze Generation junger Menschen von der SPD entfremden. Das würde der alte Mann an der Spitze der SPD nicht tun und nicht wollen. Das dürfen eigentlich wir alle nicht tun.

(Beifall)

Aber wir sind in dieser Koalition und sind in der Demokratie, und wir müssen zu Kompromissen bereit sein. Aber sie müssen vertretbar sein - und sie dürfen nicht verwischen, wofür wir stehen und was die Menschen von einer stärkeren SPD glaubhaft erwarten dürfen. Wenn uns das dabei kaputtgeht, dann machen wir uns immer kleiner. Das kann nicht der Weg einer Sozialdemokratie

mit den Aufgaben sein, von denen die Menschen erwarten, dass sie sie löst. Das muss Gegenstand von Koalitionsgesprächen sein.

Natürlich gibt es dabei keine Alleingänge, weder der Partei noch ihrer Vorsitzenden. Wir brauchen den ständigen Austausch: mit unseren Abgeordneten, mit den sozialdemokratischen Mitgliedern der Bundesregierung. Aber es darf auch keine Festlegung der Parteimeinung aus der Koalitionsdisziplin heraus geben. Die Meinung wollen wir uns schon selber bilden!

(Beifall)

Wir hatten jetzt zuletzt durchaus einen lebendigen und lebhaften Wettbewerb mit Klara und Olaf zu einer ganzen Reihe von Themen. Wir haben immer gesagt: Wir müssten ja nicht gegeneinander antreten, wenn es nicht auch unterschiedliche Sichtweisen gäbe. Dann hätten wir es ja sein lassen können. - Aber eines war uns immer auch klar: Wir tun das unter dem großen gemeinsamen Dach der Sozialdemokratie. Deswegen war es uns auch ganz wichtig, dass wir das in der Art abgebildet sehen wollen, wie wir künftig zusammenarbeiten, und zwar in der Sache, aber auch in den handelnden Personen. Wir wollen diese Partei zusammenführen. Wir haben immer gesagt: Natürlich haben wir einen Anspruch daraus, dass die Mehrheit der Mitglieder uns ihre Stimme gegeben hat. Aber das heißt doch nicht, dass man die anderen jetzt vergisst. Das kann aber auch nicht heißen, dass Harmoniebedürfnis bedeutet, dass die Mehrheit immer fragt, was die Minderheit will, sondern es muss schon klar sein, welche Zeichen wir setzen, wie die Weichen gestellt werden und wie wir dann aber gemeinsam in Respekt und Achtung der unterschiedlichen Akzente, die in dieser Partei gewünscht sind, vorangehen. Nur Einigkeit macht stark!

(Beifall)

Wir bleiben nicht nur die Partei für die Vielen. Wir wollen auch die Partei der Vielen sein. Das muss sich in der Führung widerspiegeln.

Deswegen plädieren wir, nachdem der Vorstand bzw. auch das Präsidium sich damit beschäftigt haben und wir zunächst nur beratend dabei sind, sehr dafür, dass wir neben den vorgeschlagenen Kandidaten für den Vorsitz, die von euch Mitgliedern vorgeschlagen worden sind, auch Klara Geywitz als stellvertretende Parteivorsitzende gerne dabei haben.

(Beifall)

Das gilt für Anke Rehlinger, für Kevin Kühnert, und das gilt auch für Hubertus Heil und dann auch Serpil Midyatli.

(Beifall)

Das ist unser Vorschlag für ein starkes Team, mit dem, glaube ich, sehr deutlich wird, wie ihr die Entscheidung getroffen habt und wie wir miteinander diese Politik nach vorn bringen wollen.

Ich habe jetzt nur auf die Zahl, weil die jetzt gerade zur Diskussion stand, der stellvertretenden

Parteivorsitzenden rekurriert. Klar ist auch, dass natürlich Lars Klingbeil dazugehört. Klar ist, dass Dietmar Nietan dazugehört, und klar ist, dass Udo Bullmann als Europabeauftragter dazugehört.

(Beifall)

Bei den Regionalkonferenzen habe ich von dem SPD-Bus mit dem Ziel-Schild „Zukunft und Zusammenarbeit durch soziale Gerechtigkeit“ gesprochen. Ich habe davon gesprochen, dass uns viel zu viele Fahrgäste ausgestiegen sind, weil sie der Zielangabe nicht mehr trauen. Die SPD hat so viel Engagement, die hat so viel Kompetenz, so viel Energie. Saskia und ich haben unbändige Lust, den Bus als Fahrerin und als Fahrer mit euch zusammen wieder auf den Kurs zum Ziel zu bringen: Zukunft und Zusammenhalt durch soziale Gerechtigkeit.

Liebe Genossinnen und Genossen, Saskia hat eben etwas Wichtiges gesagt: Wie wir wieder Wahlen gewinnen, ist nicht die entscheidende Frage. Die entscheidende Frage lautet, warum wir wieder Wahlen gewinnen sollten. Das ist die Mission, nach der sich alle Menschen fragen. Es geht uns um diese Mission der SPD. Es geht darum, aus Wandel Fortschritt zu machen, Fortschritt für die Vielen, nicht für die Wenigen. Es geht um Politik für Menschen, nicht für Märkte. Es geht um Wohlstand für Millionen und nicht für Millionäre. Für all das lohnt es sich, zu kämpfen.

(Beifall)

Dieser Kampf, der gelingt am besten in der SPD und mit der SPD. Dieser Kampf für ein besseres Morgen, der beginnt heute, er beginnt jetzt, in dieser Minute hier in Berlin. Denn es beginnt eine neue Zeit. Es beginnt eine Zeit mit einem neuen Team, mit neuem Mut, mit neuer Kraft und mit vielen, die schon so lange dabei sind und sich so eingesetzt haben und so gebraucht werden, dass wir diese gemeinsame Aufgabe gemeinsam stemmen können. Es ist eine Riesenfreude, an dieser Stelle stehen zu dürfen und eine große Ehre, zu kandidieren für den Vorsitz dieser großen, geschichtsreichen SPD, die so wichtig für die Demokratie in diesem Land ist.

Ganz herzlichen Dank für eure Aufmerksamkeit und die herzliche Bitte, uns eure Stimme zu geben.

(Starker Beifall)

Saskia Esken, Baden-Württemberg:

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind nicht nur die Partei für die Vielen; wir sind auch die Partei der Vielen. Ihr und die da draußen, die zuschauen, wir sind gemeinsam SPD.

(Beifall)

AUSSPRACHE ZUR REDE DER KANDIDATIN UND DES KANDIDATEN FÜR DEN PARTEIVORSITZ

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Liebe Saskia, lieber Norbert, vielen herzlichen Dank für eure beiden Reden.

Ich will euch noch mal kurz erläutern, wie wir den weiteren Ablauf geplant haben. Denn wir wollen uns jetzt natürlich Zeit nehmen für die Aussprache. Ich kann schon mal darauf hinweisen: Wir haben sehr viele Wortmeldungen. Das ist ja auch ein gutes Zeichen. Wir werden dann in den Wahlgang einsteigen und werden dann während der Auszählung den Parteitag kurz unterbrechen.

Danach wollen wir weiter beraten und diskutieren, und zwar den IA 1 „Aufbruch in die Neue Zeit“ zur Halbzeitbilanz. Danach haben wir dann Beratungen zu weiteren Änderungen des 0 129, das heißt, die Frage der Anzahl der Stellvertreterinnen und Stellvertreter und die Größe des Parteivorstands, weil wir die weiteren Mitglieder des Parteivorstandes ja dann auch noch morgen wählen werden.

Danach, Genossinnen und Genossen, wollen wir dann die Stellvertretenden Vorsitzenden und die weiteren Einzelwahlen durchführen. Parallel zu den weiteren Einzelwahlen können wir dann - das haben wir uns jedenfalls so vorgestellt - in die Debatte über die Organisationspolitik und auch in weitere satzungsändernde Anträge einsteigen. Das ist so ein bisschen der Ablaufplan.

Ich glaube, dass wir mehr heute nicht schaffen. Ich will es mal positiv sagen: Wenn wir uns alle anstrengen und wenn ihr alle mitmacht, dann können wir es jedenfalls hinkriegen, diesen Tag, glaube ich, sehr konzentriert entsprechend abzuschließen.

Ich sehe, das Rednerpult ist sozusagen just in time inzwischen installiert worden. Das bedeutet, dass wir mit der Aussprache beginnen können.

Ich habe jetzt eine Bitte: Da ich jetzt schon gesehen habe, wie viele Wortmeldungen uns vorliegen und es doch erfahrungsgemäß so ist, dass es gut ist, dass möglichst viele Delegierte die Möglichkeit haben, sich zu Wort zu melden, würde ich euch vorschlagen wollen, dass wir die Redezeit auf drei Minuten festsetzen. Wenn ihr damit einverstanden seid, würde ich gerne darüber einmal kurz abstimmen wollen. Wer ist für die Redezeit von drei Minuten? - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? Das war eindeutig die Mehrheit. Ich danke euch sehr.

Ich glaube, es ist auch gut, weil es dann auch wirklich für alle gerecht ist und wir nicht irgendwann am Ende verkürzen müssen. Das ist immer ein bisschen unschön. Insofern bedanke ich mich jetzt schon für eure Zusammenarbeit.

Ich darf als erste Rednerin Katja Mast, meine Kollegin aus der Bundestagsfraktion, ans Rednerpult bitten, und bereitmachen kann sich Sebastian Hartmann. - Katja.

Katja Mast, Baden-Württemberg:

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Saskia, lieber Norbert! Wie ihr gesagt habt: Es gibt viele Menschen, die setzen ihre Hoffnung in die SPD. Sie hoffen, dass wir den Wandel der Arbeit gestalten. Sie hoffen, dass sie auch morgen gute Arbeit haben. Sie hoffen, dass wir uns um bezahlbares Wohnen kümmern. Sie hoffen, dass wir das Klimapaket sozial umsetzen. Sie hoffen, dass wir uns um ihre Rente kümmern. Und sie hoffen, dass kein Kind verlorengeht, sondern es jedes Kind in Deutschland packt. Liebe Saskia, lieber Norbert, all das hoffen sie zu Recht, und sie verbinden diese Hoffnung mit uns, mit der SPD.

Was ich jetzt sage, sage ich zuallererst als Genossin und als Pflegemutter, die ich seit sieben Jahren sein darf für zwei wunderbare Kinder. Es sind zwei Töchter. Die eine ist 9 und in der Grundschule. Die andere ist 10, in der fünften Klasse. Kinder werden dann meist zu Pflegekindern, wenn ihr Kindswohl in ihrer Herkunftsfamilie akut und dauerhaft gefährdet ist. Diesen Rucksack tragen sie ihr ganzes Leben mit sich. 80.000 Kinder in der Bundesrepublik Deutschland.

Für mich ist es heute hier und jetzt das erste Mal, dass ich öffentlich darüber rede, dass ich Pflegemutter bin. Ich tue das, weil ich auch ganz persönlich Hoffnungen in die sozialdemokratische Politik in dieser Regierung habe. Denn es ist meine Hoffnung, dass alle Kinder die bestmöglichen Rahmenbedingungen haben, um aufzuwachsen.

(Beifall)

Es ist meine Hoffnung, dass alle Kinder die bestmögliche Unterstützung von Familien mit ihren Familien in unserem Land bekommen. Wir haben das Starke-Familien-Gesetz dazu gemacht und das Gute-Kita-Gesetz. Wir diskutieren morgen die sozialdemokratische Kindergrundsicherung dazu. Es ist meine Hoffnung, die Rechte von Kindern endlich, endlich, endlich eigenständig im Grundgesetz zu verankern. Denn Elternrechte stehen in Artikel 6 des Grundgesetzes. Kinderrechte fehlen noch in unserer Verfassung.

Ich bin der festen Überzeugung, dass diese Kinderrechte in unsere Verfassung gehören. Ich durfte sie mit Manuela Schwesig und Katarina Barley durchboxen in den Koalitionsvertrag. Christine Lambrecht als unsere Verfassungsministerin und Franziska Giffey als Kinderministerin werden das jetzt umsetzen.

Ich spreche von meinen eigenen Hoffnungen, weil ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir alle wissen, was die Menschen mit uns in dieser Regierung, in dieser Koalition und auch in Zukunft verbinden, Genossinnen und Genossen. Lasst uns die Hoffnungen und Erwartungen der Menschen erfüllen, die sie in unsere SPD haben! - Vielen Dank.

(Beifall)

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, liebe Katja. - Als Nächster redet Sebastian Hartmann, und bereit machen darf sich Jessica Rosenthal.

Ich wollte zum Verfahren noch einmal sagen: Wir klingeln eine halbe Minute vor Schluss der Redezeit einmal, damit ihr die Zeit in etwa im Blick habt; aber das wird auch vorne angezeigt. - Sebastian, du hast das Wort.

Sebastian Hartmann, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen, wir stehen als Sozialdemokratische Partei Deutschlands vor einem historischen Moment. Wir wählen das erste Mal in unserer Geschichte eine Doppelspitze, Genossinnen und Genossen, und ich glaube, das ist der Moment, in dem für uns alle hier im Raum klar ist, was unsere gemeinsame Aufgabe und Verantwortung ist.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Delegierte aus den Bezirken, lasst uns dafür sorgen, dass der Funke, der in den 23 Regionalkonferenzen entstanden ist, heute auf die Halle überspringt, damit wir eine starke Führung wählen können - ein starkes Votum für ein starkes Duo, damit sie die Themen, die sie benannt haben, für uns stark machen können, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Die beiden haben ein klares Programm benannt: mehr Investitionen in eine solidarische Zukunft, die Idee eines gerechten Landes. Dafür brauchen sie eine starke und vor allen Dingen geeinte Sozialdemokratie.

Die Themen Wohnen, Mobilität, aber auch die Herausforderung der Digitalisierung und die soziale Sicherheit sind benannt. Jetzt heißt es für uns, keine Angst zu haben und keine Zeit zu verlieren. Wir müssen jetzt handeln, Genossinnen und Genossen. Es ist nicht der Moment, zu zaudern und verzagt zu sein. Man muss sich wieder auf die Sozialdemokratie verlassen können.

Es hilft uns keine Prozessdebatte, es hilft uns kein Klein-Klein, und es wird uns auch nicht helfen, wenn wir in die 18. GroKo-Ja-Nein-Debatte verfallen. Deswegen hat die Führung die Verantwortung schon übernommen, bevor sie gewählt ist. Der Prozess zu dem Leitantrag ist beispielhaft. Was wir nachher in der Debatte haben werden, zeigt auf: Sie wollen Brücken bauen, sie wollen die Partei neu zusammenführen und einen. Damit sie das tun können, Genossinnen und Genossen, bitte ich herzlich darum, dass wir unserer neuen Führung mit ihrem Team, das sie sehr deutlich benannt haben - das ist ein Symbol des Zusammenhalts und einer neugeeinten Sozialdemokratie -, gleich auch ein starkes Votum geben - egal wo man auf den Regionalkonferenzen stand, liebe Genossinnen und Genossen. Unser Auftrag ist hier klar.

(Beifall)

Dann werden wir es schaffen, zu den nächsten Wahlen ein neues Programm zu haben und eine neue Mehrheit und Machtperspektive links von der Mitte aufzubauen. Es ist eben unsere Aufgabe, nicht nur die nächsten Monate zu betrachten, sondern auch zu überlegen, wo die gestärkte Sozialdemokratie hin soll.

Ich finde, es kann sich in dieser doch so zukunftsvergessenen Zeit, in der Rechte, Konservative, aber auch die Grünen die Angst vor der Zukunft schüren, sehen lassen, dass es Menschen gibt, die zuversichtlich nach vorne schauen, die eine lebens- und liebenswerte Idee der Gesellschaft, unseres Staates und unserer Gemeinschaft zeigen wollen. Freiheit gelingt mehr denn je durch Solidarität, Genossinnen und Genossen. Und welche Partei kann das besser als die Sozialdemokratie?

Deswegen: Unser Auftrag ist hier klar. Ich freue mich gleich über geeinte und gute Wahlergebnisse und sage: Lieber Norbert, liebe Saskia, das, was wir in Nordrhein-Westfalen haben, haben wir vor eineinhalb Jahren mal „Rot pur“ genannt, und es ist gut, dass es jetzt „Rot pur“ auf Bundesebene gibt. - Glück auf!

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, lieber Sebastian. - Jetzt hat als Nächstes Jessica Rosenthal aus Nordrhein-Westfalen das Wort. Bereitmachen kann sich Andreas Stoch.

Jessica Rosenthal, Nordrhein-Westfalen:

Lieber Norbert! Liebe Saskia! Liebe Genossinnen und Genossen! Meine Generation spürt die Unwucht in der Vermögensverteilung, die ihr beschrieben habt. Meine Generation spürt auch, dass der Sozialstaat eben nicht mehr verspricht: Ich fange dich auf.

Wir haben zum Teil Angst vor der Zukunft. Wir haben Angst davor, dass von der Welt nichts mehr übrig ist, und wir haben auch Angst davor, dass dann keine guten Arbeitsplätze mehr da sind.

Wird Leistung in unserem Land eigentlich belohnt? Lohnt es sich, wenn man sich anstrengt? Werde ich eine Wohnung finden in der Stadt, in der ich gerade lebe? Kann ich da mal eine Familie gründen? - Das sind Fragen, die uns umtreiben und die uns vielleicht sogar zu viel umtreiben; denn eigentlich bietet doch gerade diese Zeit so viele Chancen. Gerade dieser Wandel, indem wir sind, bietet die Chance für mehr Umverteilung und dafür, dass wir zum Beispiel weniger arbeiten. Es ist eine positive Zeit, in der wir leben, aber sie kann eben nur positiv sein, wenn wir diese Umverteilung endlich machen, wenn wir wieder dazu kommen, dass starke Schultern mehr tragen - genau, wie ihr das gesagt habt -, und wenn wir endlich investieren.

Genau darum bittet meine Generation. Wir erben eben nicht nur Kontostände, sondern wir erben auch Infrastruktur, und wir wollen, dass wir die ökologische Wende schaffen.

Ihr beide steht wie sonst keiner genau für dieses neue Zukunftsversprechen, für eine neue Hoffnung. Ihr habt es gerade so schön gesagt: Wir müssen endlich wieder Zukunft umverteilen. Keiner wünscht sich das mehr wie meine Generation, und deshalb bin ich super dankbar, dass ihr heute dieses Programm hier vorgestellt habt.

Ich möchte mit euch diese neue SPD sein, und ich möchte diese neue SPD mit klarer Kante sein, mit einer neuen Kampfansage an die Bremsklotzpolitik der CDU/CSU, aber ich möchte diese neue SPD vor allem auch mit euch allen gemeinsam sein; denn das sind wir Norbert und Saskia schuldig.

In diesem Sinne: Lasst uns diesen Parteitag als Start sehen, um Zukunft endlich wieder richtig zu verteilen. - Danke schön und Glück auf!

(Beifall)

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank - auch dafür, dass du so gut in der Zeit geblieben bist. - Andreas Stoch aus Baden-Württemberg hat jetzt das Wort. Bereitmachen darf sich Cansel Kiziltepe.

Andreas Stoch, Baden-Württemberg:

Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! „In eine Neue Zeit“: Wir wollen heute nach Wochen und Monaten, in denen wir heftig in der Partei diskutiert haben, ein wichtiges Signal setzen. Ihr habt es gemerkt: In einer Mitgliederbefragung gibt es natürlich auch eine Polarisierung, und da gibt es sehr viele Hoffnungen und Erwartungen.

Ich glaube aber - und ich kann das als Baden-Württemberger sagen, die wir letztes Jahr in der gleichen Situation waren -: Wenn wir es schaffen, auch nach heftigen Diskussionen von einem Parteitag aus das Signal zu senden, dass wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gemeinsam gegen den politischen Gegner - und der steht außerhalb der SPD - erfolgreich sein wollen, dann muss das die Botschaft von heute sein, liebe Genossinnen, liebe Genossen.

(Beifall)

Liebe Saskia, lieber Norbert, wir haben in den letzten Monaten und Jahren hier in diesem Land mitregiert. Ich sage ganz klar: Es kann nicht sein, dass wir dieses Land und vor allem die Menschen in diesem Land den Rechten überlassen. Es gibt im Moment eben eine konservative, eine rechte Mehrheit im Deutschen Bundestag, und deswegen bin ich stolz und ist es richtig, wenn wir versuchen,

das Leben für die Menschen jeden Tag ein Stückchen besser zu machen - mit unseren Regierungsmitgliedern Olaf Scholz, Hubertus Heil, Franziska Giffey, allen, die jeden Tag gute Arbeit für die Sozialdemokratie machen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Es reicht aber nicht, nur gut zu regieren. Ich glaube, wenn wir auf unsere Umfrageergebnisse schauen, können wir eben nicht sagen: Alles ist gut. - Von diesem Parteitag muss deswegen ein klares Signal ausgehen, und dafür stehen Saskia und Norbert. Wir müssen es schaffen, gemeinsam als SPD auch darüber zu reden, was die Sozialdemokratie für die Zukunft dieses Landes will, und dann reicht es nicht, nur auf die Regierungsarbeit zu verweisen, sondern dann brauchen wir eine klare Sprache. Wir brauchen wieder eine sozialdemokratische Vision, die da heißt: Jeder Mensch in diesem Land hat gerechte Ausgangsbedingungen, hat gute Bildungschancen. Wenn wir die Transformation und die Digitalisierung bewältigen wollen, dann muss es eine sozialdemokratische Antwort auf diesen Wandel geben.

Liebe Saskia, lieber Norbert, gemeinsam mit euch wollen wir diese sozialdemokratische Antwort geben. - Herzlichen Dank. Und euch beiden: Glück auf!

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank für deinen Beitrag. - Jetzt hat Cansel das Wort. Bereitmachen darf sich Axel Schäfer.

Cansel Kiziltepe, Berlin:

Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Saskia! Lieber Norbert! Viele sind baff, weil sie nicht mehr an uns geglaubt haben. Aber wir haben ihnen gezeigt: Die Sozialdemokraten lebt.

Eines will ich euch sagen: Wir werden ab heute die Sozialdemokratie standhaft und solidarisch in die neue Zeit tragen.

(Beifall)

Gemeinsam mit euch werden wir der Sozialdemokratie wieder zu neuem Stolz verhelfen.

Liebe Genossinnen und Genossen, auch zu mir sagen die Menschen: Du hast es aber weit gebracht. -

Und wisst ihr was? Das habe ich meinen Eltern, meinem Willen und der Sozialdemokratie zu verdanken. Und wisst ihr, es gibt auch Menschen, die sagen - das habe ich mal im Wahlkampf erlebt -: Auch wenn ein Esel im Pferdestall geboren ist, bleibt er ein Esel. - Ich sage denen: Nein! Ich gehöre zu dieser Gesellschaft, ich bin Teil dieses Landes, und ich werde es für immer bleiben.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, deshalb mache ich Politik. Ich möchte eine Politik für die vielen machen, in der die Verteilungsfrage im Mittelpunkt steht, aber in der auch alle Menschen in unserer Gesellschaft mitgenommen werden. Grundrechte sind unteilbar, und es kann keine Asylpolitik nach politischer Stimmungslage geben. Liebe Genossinnen und Genossen, ich will nicht der einzige rote Punkt im Abstimmungsergebnis im Deutschen Bundestag sein, der sich dagegenstellt. Ich will, dass gerade die Sozialdemokratie in dieser Frage standhaft bleibt.

(Beifall)

Hass, Hetze und Rassismus machen unsere Gesellschaft kaputt. Und wir, die Sozialdemokratie, sind das Bollwerk gegen Rechtsextremismus. Und wir müssen die Demokratie in unserer Gesellschaft stärker leben. Das können wir nur, wenn wir die Zivilgesellschaft stärken und den Rücken gerademachen.

Liebe Genossinnen und Genossen, dafür brauchen wir in diesem Land endlich ein Demokratieförderungsgesetz, damit wir Strukturen dafür aufbauen können. Dafür setzen wir uns auch im Deutschen Bundestag ein.

Ihr wisst, ich kandidiere für den Parteivorstand. Ich bin stellvertretende finanzpolitische Sprecherin und möchte mit meiner Kandidatur auch ökonomische Kompetenz mit einbringen. Denn ich glaube, dass wir in Deutschland in der Zukunft mehr in dieses Land investieren müssen für eine Politik für die vielen und nicht für die wenigen.

Lasst uns gemeinsam solidarisch die Sozialdemokratie in die neue Zeit führen! - Danke schön.

(Beifall)

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Cansel. - Ich darf nun Axel Schäfer aus NRW das Wort geben. Danach kommt Almut Großmann aus Nordrhein-Westfalen.

Axel Schäfer, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Das soll ein Parteitag der Hoffnung sein. Und Hoffnung ist immer ins Gelingen verliebt. Das heißt zugleich, dass wir hier entscheiden und auf der anderen Seite schauen: Was ist mit den Bürgerinnen und Bürgern, die wir überzeugen wollen?

Die erste Voraussetzung ist: Das, was wir erreicht haben, müssen wir aussprechen und auch entsprechend kommunizieren. 54 Prozent Wahlbeteiligung ist ein großer Erfolg. Das ist mehr als bei

amerikanischen Präsidentschaftswahlen. Und das, was die Bundestagsfraktion in den letzten zwei Jahren durchgesetzt hat, ist 70 Prozent sozialdemokratische Politik. Darüber müssen wir aber auch reden - selbstbewusst und nach vorne gewandt.

Das ist nur möglich, Genossinnen und Genossen, wenn wir ein Stück weit das „ja, aber“ überwinden. Wir dürfen nicht jeden Erfolg mit einem „aber“ relativieren, wenn es darum geht, was noch nicht erreicht worden ist. Denn dann glauben viele Menschen, die SPD vertraut sich selbst nicht, sie ist nicht für das, was sie erreicht hat. Warum sollen uns die Menschen dann vertrauen?

Das ist der zweite wichtige Punkt - darüber hat noch niemand gesprochen, und das muss man mal aussprechen können -: Wir sind in den Umfragen und den Ergebnissen auf einem Stand wie zwischen 1887 und 1890. Das ist die ernsthafteste Krise unserer Partei seit 1946. Und in dieser Krise müssen wir, denke ich, die richtigen Antworten geben. Diese Antworten können sich nur darauf beziehen, dass wir uns diese Gesellschaft weiterhin kritisch anschauen, aber auch selbstkritisch auf uns gucken. Ja, es gibt einen großen Wandel - keine Frage. Ja, es gibt auch eine Individualisierung. Aber wir haben auch ein Stück weit eine andere Sozialdemokratische Partei. Deshalb wird es darauf ankommen, dass wir neue Brücken bauen - nach innen und nach außen.

Ich möchte, dass wir anders als bisher nach diesem Parteitag diskutieren, wenn wir über Sozialdemokratie reden. Wir diskutieren heute zur Hälfte in dieser Partei darüber, dass „die in Berlin“ irgendwas gemacht haben, was die SPD eigentlich nicht will. Das ist Unsinn! „Die in Berlin“ sind nicht nur ein paar Bundestagsabgeordnete und eine Ministerin. Es sind 150 Bundestagsabgeordnete aus 16 Ländern, die in ihren Bereichen Ortsvereinsvorsitzende, Unterbezirksvorsitzende und vieles andere mehr sind. Das ist auch die SPD. Lasst uns nicht diese Verschiebung über „die in Berlin“ und „wir an der Basis“ machen!

Ich sage ein Letztes: Das ist mein 50. Parteitag als Delegierter, zum Teil als Gast. Ich habe als Juso den stellvertretenden Parteivorsitzenden Helmut Schmidt wegen der Atomkraft kritisiert. Ich möchte auch heute, wenn es nötig ist, den stellvertretenden Parteivorsitzenden Olaf Scholz kritisieren dürfen. Ich möchte aber hier nicht jemanden kritisieren und anschließend von anderen einen Shitstorm erleben, weil ich meine Meinung vertreten habe. Auch das gehört heute zu den schwierigen Wahrheiten unserer Partei, über die wir reden müssen.

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Axel. - Als nächste Rednerin: Almut Großmann. Bereitmachen darf sich Aziz Bozkurt.

Almut Großmann, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genoss*innen! Für mich ist es der erste Bundesparteitag, auf dem ich sprechen darf. Trotz-

dem habe ich einige Worte zu sagen. Jede Woche gehen junge Menschen auf die Straße, vor allem Schüler*innen und Student*innen - junge Menschen, die im Moment daran zweifeln, dass die gute Zukunft, dass ihre Zukunft von Politik gestaltet wird, dass wir die Kraft sind, die nicht nur von sozialökologischer Transformation spricht, sondern dass wir sie auch gestalten können. Auch deshalb war meine Freude am letzten Samstag, als das Ergebnis verkündet wurde, kaum in Worte zu fassen. Selten war ich in den letzten Jahren so stolz darauf, Sozialdemokratin zu sein.

(Beifall)

Ich habe mich gefreut, weil ich Fan von euch bin. Ich bin beeindruckt von deiner Standhaftigkeit, Saskia, dass du Entscheidungen auch durchgezogen hast, dass du deine Überzeugung nicht nur vertreten hast, sondern auch den Rücken geradegemacht hast - beim Geordnete-Rückkehr-Gesetz, bei den Diskussionen zu den Upload-Filtern.

Und Norbert, bei dir bin ich begeistert davon, dass du nicht nur erklären kannst, was Gerechtigkeit für die vielen bedeutet, sondern auch, dass Steuern nicht langweilig und undurchschaubar sind, sondern unser Instrument, um diejenigen, die mehr haben, auch mehr am Wandel zu beteiligen.

(Beifall)

Jedes Mal, wenn du Johannes Rau zitiert hast, ist mir das Herz aufgegangen. Aber meine Begeisterung für euch ist nicht einfach Personenkult, sorry! Ihr begeistert mich vor allem, weil ihr einen inhaltlichen Entwurf vorlegt - eine komplette inhaltliche Richtungsentscheidung, die wir letzten Samstag getroffen haben und heute sicherlich gemeinsam bestätigen werden. Meine Hoffnung liegt auf euch, darin, dass ihr diese Richtungsentscheidung auch tatsächlich verwandelt, dass ihr der SPD wieder die Kraft gebt, tatsächlich erkennbar zu sein und die offene Auseinandersetzung zu unseren Grundüberzeugungen einfach durchzuziehen.

Bei euch ist es anders als bei vielen vorher. Ich habe die Hoffnung - und wir Jusos haben sie alle -, dass ihr standhaft bleibt, auch wenn der Wind von vorne kommt. Ich habe die Hoffnung, dass, wenn wir gleich einen Antrag zur Halbzeitbilanz beschließen und zu einem neuen Aufbruch kommen, nicht genau das passiert, was wir vorher immer befürchtet haben: Dass ihr euch in ein paar Tagen hinstellt und sagt: Sorry, die zentralen Punkte sind nicht durchgekommen, aber wir werden trotzdem in der GroKo bleiben, und das fändet ihr auch toll. - Ihr wisst, wir Jusos werden nicht den Mund halten, wenn uns etwas nicht passt und wir anderer Meinung sind. Aber wir stehen auch bereit, mit euch den Aufbruch für eine sozialdemokratische Politik mit echter Haltung und echtem Fortschritt zu gestalten. Wir sind bereit, euch lautstark zu verteidigen, wenn ihr für diesen sozialen Fortschritt einsteht.

Lasst uns gemeinsam eine neue Zeit für unsere Zukunft einläuten. Wir sind dafür bereit. Glück auf!

(Beifall)

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Herzlichen Dank für deinen Redebeitrag. - Aziz Bozkurt ist der Nächste. Bereitmachen kann sich Katja Pähle.

Aziz Bozkurt, Berlin:

Liebe Genossinnen und Genossen! Kennt jemand die drei Phasen der Liebe? In der „Brigitte“ habe ich gelesen, es kommt erst die Verliebtheit, dann fängt der Vertrauensaufbau an, und dann geht es darum, Loyalitäten aufzubauen.

Ich glaube, in der SPD haben wir aktuell das Problem, dass wir das Gefühl der Verliebtheit alle irgendwie gespürt haben, vielleicht der eine oder andere immer noch, aber weder Vertrauen aufbauen noch Loyalität - die fehlt dann natürlich.

Deswegen darf uns das auch nicht wundern, glaube ich.

Wir kennen das Vertrauensproblem ja auf allen Ebenen: In Gremien, wo Informationen wie durch ein Sieb in die Presse fließen, von oben nach unten, von unten nach oben. Dieses Problem hat dazu geführt, dass wir die Wahlergebnisse der letzten drei Abstimmungen der Mitglieder auch erlebt haben. 2013 waren es 78 Prozent für die GroKo. 2017 waren es 66 Prozent für die GroKo. Und das Ergebnis von Klara und Olaf ist nicht immer nur ein persönliches Ergebnis - es ist auch das Ergebnis dieses Vertrauensverlustes; das muss man im Blick haben.

Deswegen bin ich sehr dankbar, dass Saskia und Norbert gerade dieses Problem lösen wollen, nämlich die Basis und die Führung wieder zusammenbringen wollen. Ich glaube, jedem sollte bewusst sein - auch den kritisch Eingestellten -, dass es eine Chance für alle ist.

Und wir haben auch das Vertrauen nach draußen verspielt. Ich möchte aus Sicht der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt nur auf einen Punkt hinweisen: Wir haben 2016 bei den Menschen mit Migrationshintergrund eine Zustimmung von über 40 Prozent gehabt. Wir sind mittlerweile bei 25 Prozent angelangt. Deshalb sollten wir uns nicht nur denken, das ist jetzt irgendwie so passiert, da kann man vielleicht nichts machen, und das ändert sich wieder, weil das mit Migranten ja eine sichere Bank ist. Wir sollten uns vielmehr anschauen, was die Überschriften der letzten Jahre waren und was das mit dem Ergebnis zu tun hat.

Die Überschriften waren „Maaßen“, und wir haben über Seehofer diskutiert. Wir können jetzt auch gesetzlich Kinder in Gefängnisse stecken. All diese Überschriften kommen von der Union, nicht von der SPD. Aber diese Überschriften tragen auch eine Unterschrift der Sozialdemokratie. Wir müssen von diesem Pfad abkommen, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich habe die Erwartung an Norbert und Saskia, dass sie Führungsverantwortung übernehmen, was das Thema Vielfalt in der SPD angeht. Das kommt nicht einfach so. Das kommt auch nicht angereg-

net. Deswegen finde ich, dass wir darauf achten müssen, dass wir auch selbstgesteckte Quoten wie 15 Prozent 2011 irgendwann auch erfüllen.

Als Fachgremium muss ich, glaube ich, nicht sagen, wie wir zur GroKo stehen. Daran hat sich nichts geändert. Aber man will jetzt mit der Union reden, und ich finde, einen wichtigen Punkt muss man sehr deutlich mitnehmen: Die größte Gefahr, die wir erlebt haben oder erleben - nicht nur seit Halle -, ist die von rechts. Deshalb hoffe ich, dass Saskia und Norbert gerade diesen Punkt in die Verhandlungen mitnehmen.

Und am Ende eine kleine Liebeserklärung an Norbert und Saskia - ja, eine kleine Liebeserklärung: Wir achten auf eure Gefühle, und ihr achtet hoffentlich auf die Gefühle der Basis. Ich hoffe, dass ihr wisst, dass die Basis und die Worte, die ihr verwendet, eure Machtbasis sind. Und wenn ihr diese Machtbasis nutzt, dann tragen wir euch auch. Nicht wie bei einer Liebeserklärung wahrscheinlich zum Traualtar, vielleicht aber ins Kanzleramt.

(Beifall)

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Aziz. - Jetzt hat Katja Pähle das Wort, und bereitmachen kann sich Harald Georgii.

Katja Pähle, Parteivorstand:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Ich komme aus Sachsen-Anhalt. Ich komme aus Halle, der Stadt, die vielleicht seit knapp zwei Monaten auch über Sachsen-Anhalt hinaus bekannt geworden ist, leider aus einem sehr, sehr traurigen Grund. Es war in Halle, wo ein antisemitischer, rechtsextremer Attentäter versucht hat, an dem höchsten jüdischen Feiertag in die Jüdische Synagoge zu gelangen, um, wenn es ihm gelungen wäre, wahrscheinlich das größte Attentat, das größte Verbrechen an Jüdinnen und Juden seit 1945 auf deutschem Boden zu vollziehen. Dass das nicht gelang, ist das Wunder von Halle. Aber es war schnell klar: Dieser Anschlag muss politische Konsequenzen haben.

Was tut man als Erstes? Man redet über den Schutz von jüdischen Einrichtungen und von Moscheen, weil wir wissen, dass Antisemitismus und Islamfeindlichkeit auf demselben Nährboden des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit wachsen. Aber es war auch klar. Wir müssen etwas tun zur Stärkung der Strukturen im Netz. Wir müssen etwas im Netz gegen Hass, gegen Gewaltaufrufe tun.

Unser Innenminister - in Klammern: CDU - hatte eine lange Liste von Aufgaben, die er erfüllen soll. Was hat aber getan, anstatt sich diesen Aufgaben zuzuwenden? Er hat sich einen neuen Staatssekretär suchen wollen, nämlich Rainer Wendt. Wer den Namen nicht kennt, der kann ihn gerne bei Google eingeben, und das Erste, was euch aufblitzen wird, ist ein Jan-Böhmermann-Video. Dieser Mensch, der exemplarisch für rechte Überzeugungen, für rechtes Gedankengut auch in der CDU

steht, sollte in Sachsen-Anhalt Staatssekretär werden. Zum Glück haben nach dieser Ankündigung sofort unsere Parteigremien getagt, und wir haben klar Nein gesagt. Rainer Wendt darf kein Staatssekretär werden,

(Beifall)

und wir geben uns nicht an dieser Stelle und niemals als Steigbügelhalter für rechten Populismus her.

(Beifall)

Diese Entscheidung hatte große Gefahren. Es hätte sein können, dass die älteste und erste Kenia-Koalition zerbricht. Dieses Risiko haben wir in Kauf genommen, weil uns die klaren Haltung - auch in Personalfragen - wichtig ist. Wir dürfen es nie zulassen, in den Geschmack zu kommen, nur um an der Macht zu bleiben, alles mitzutragen. Klare Positionen, klare Haltung ist das, was wir brauchen. Unsere Koalition hält noch, und ich denke, auch im Bund kriegen wir es mit klaren Positionen und klaren Personen hin, auch unsere Position zu stärken und gute Politik im Sinne der Sozialdemokratie zu machen. Deshalb: Unterstützt diesen Vorstand, unterstützt die Stellvertreter und wählt nachher bei den Beisitzern morgen einen guten Parteivorstand, damit wir es gemeinsam hinbekommen. - Vielen Dank.

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Katja. - Jetzt ist Harald Georgii dran, und Ülker Radziwill kann sich bereitmachen.

Harald Georgii, Berlin:

Liebe Genossinnen und Genossen! Zunächst möchte ich mich mal ganz herzlich bedanken bei den Mitgliedern unserer Bundestagsfraktion und bei unseren Regierungsmitgliedern. Ihr habt zwei sehr schwierige Jahre hinter euch, und ihr habt sehr gute Arbeit geleistet. Ich lese mir immer die Bundesgesetzblätter durch und finde es immer ganz spannend, welche Gesetze von unseren Ministern gekommen sind und was ihr erreicht habt. Ich möchte mich für eure gute Arbeit bedanken.

Ihr seid praktisch die Musterschüler in dieser Bundesregierung und das ist auch gut so. Allerdings, liebe Genossinnen und Genossen, glaube ich, das reicht nicht mehr. Unser Land leidet an einer Diskurslosigkeit. Eine Auseinandersetzung, wie wir sie hier auf dem Parteitag führen, findet in der öffentlichen Debatte so leider nicht mehr statt. Diese Koalition im Bunde zwischen Union und SPD verdeckt die großen Auseinandersetzungen, weil ihr einfach in dem Dilemma seid, anschließend jeden Kompromiss verteidigen zu müssen und sagen zu müssen, dass das ein guter Kompromiss ist. Dabei geht unter, dass wir viel weitergehen müssen. Es geht unter, dass diese Dinge nicht reichen, um die Herausforderungen unserer Zukunft zu meistern, und dass wir den Zusammenhalt in unserer

Gesellschaft organisieren müssen.

Liebe Genossinnen und Genossen, viele von euch sagen, Opposition sei Mist; das solle man die anderen machen lassen. In einer parlamentarischen Demokratie hat die Opposition aber eine ganz wichtige Aufgabe, und ich erinnere mich an Jahre, wo wir in der Opposition waren und wo wir eine Regierung vor uns hergetrieben haben - inhaltlich.

(Beifall)

Zur Demokratie gehört Opposition, und was mich extrem schmerzt, ist, dass derzeit als Opposition nur noch die AfD wahrgenommen wird. In allen Talkshows erzählen unsere Bundesminister, die Bundesminister der Union, ihre Arbeit, und als Nächstes werden sofort die Leute von der AfD interviewt. Das halte ich für unerträglich. Ich möchte, dass es wieder den Diskurs zwischen den Unionsparteien und der SPD in Deutschland gibt. Ich glaube, das ist das, was für unser Land wichtig ist.

Liebe Genossinnen und Genossen, unser Motto ist: Aufbruch in die neue Zeit! Ich will, dass unser Motto ist: Mutig in die neue Zeit!

Deswegen bin ich dafür, dass dieser Leitantrag ergänzt wird. Im Wahlprogramm waren wir deutlich weiter. Bei den Themen CO_2-Bepreisung haben wir deutlich mehr gefordert, als jetzt darin steht. Nichts steht darin zum richtigen Zeitpunkt für den Kohleausstieg. Und wo ist der Vorrang für die Schiene?

Dass Hartz IV reformiert werden soll, gibt uns das Bundesverfassungsgericht vor. Mehr steht in den Leitanträgen auch nicht drin. Und was heißt es, dass der Mindestlohn von 12 Euro „perspektivisch“ kommen soll - vor oder nach dieser Wahl?

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Harald, du musst jetzt zum Ende deiner Rede kommen!

Harald Georgii, Berlin:

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns deswegen mutig sein! Lasst uns kämpfen, wofür wir stehen und von was wir überzeugt sind! Ich glaube, das können wir am besten, wenn wir aus dieser Koalition im Bund herausgehen. - Vielen Dank.

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Harald. - Ülker Radziwill ist die nächste Rednerin. Bereitmachen darf sich Sepp Parzinger aus Bayern.

Ülker Radziwill, Berlin:

Hallo, liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin Ülker Radziwill aus Berlin und heute das erste Mal Delegierte.

Ich möchte Saskia und Norbert ganz herzlich für ihre wunderbaren Reden danken. Sie haben mir aus der Seele gesprochen. Ich glaube, sie haben auch vielen anderen hier aus der Seele gesprochen und unsere sozialdemokratischen Herzen berührt. Ich wünsche mir, dass es nicht nur bei dieser Rede bleibt, sondern ich wünsche mir, dass wir heute ein Team wählen, welches das, was gesagt wurde, was als Ziel umgesetzt werden soll, auch umsetzt, dass die Menschen draußen das merken und dass auch in ihrem Alltag Verbesserungen zu spüren sind.

Ich wünsche mir, dass wir Wahlkämpfe vor Ort in den Flächen machen mit Unterstützung von oben, mit dem Rückenwind vom Bund. Das ist auch eine wichtige Sache.

Ich selber war kritisch gegenüber der GroKo und bin das nach wie vor. Ich habe zweimal aus Überzeugung gegen die Große Koalition gestimmt, weil ich glaube, dass die Große Koalition der SPD nicht hilft. Egal, welch gute Politik wir machen - andere kassieren dafür die positive Quittung.

Auch, aber insbesondere deswegen war ich beim zweiten Mal gegen die Große Koalition, weil ich nicht wollte, dass eine solche rechtspopulistische Partei, eine rechtsextremistische Partei die größte Oppositionskraft wird. Und ja, wir sind das Bollwerk gegen rechts. Wir müssen das bleiben und müssen dort viel mehr machen.

(Beifall)

In dieser Gesellschaft verändert sich etwas. Die Spaltung, von der Saskia und Norbert klar gesagt haben, dass sie etwas dagegen tun wollen, ist da. Wir versuchen, es zu bekämpfen, aber es reicht eben nicht. Ich glaube, wir müssen unser System noch einmal genau durchforsten und einiges noch mehr verbessern.

Um noch einmal auf diesen Parteitag und darauf zurückzukommen, was vor uns ist: Wir werden ja heute die Stellvertreter wählen. Nun ist man von der Zahl drei abgerückt und auf die Zahl fünf gekommen. Das ist mal wieder ein sehr typischer sozialdemokratischer Kompromiss.

(Beifall)

Ja, wir wollen alle Strömungen mitnehmen. Das ist wohl wahr. Aber es darf dabei nicht ein Effekt herauskommen, dass wir eine sozialdemokratische GroKo in der SPD organisieren. Das hat einen etwas merkwürdigen Touch.

Vielleicht überrascht ihr uns ja heute hier, dass ihr auch sagt: Wir wollen auch eine breite Basis! Wir wollen mehr Demokratie gemeinsam wagen und die Delegiertenzahl beim Bundesparteitag nicht

verkleinern! Auch das wäre heute hier ein tolles Signal.

Ich wünsche euch: Bleibt bei euch, liebe Saskia und lieber Norbert! Vergesst nicht, woher ihr gekommen seid! Vergesst nicht, auf welcher Sympathiebasis ihr getragen werdet! Vergesst bitte nicht alles das! Das ist wichtig! Lasst euch nicht nur in einem kleinen Gremium beraten, sondern hört auf viele, die tagtäglich an der Basis die Synapsen der Gesellschaft sind! Hinhören und vieles aufnehmen! Seid bei uns! Lasst uns gemeinsam mehr Sozialdemokratie wagen! - Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Sepp ist der Nächste. Bereitmachen kann sich Joachim Schuster aus Bremen.

Josef Parzinger, Bayern:

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben in den letzten Wochen hart um den Zukunftskurs dieser Partei gerungen. Es ist klar, dass manche sich bei dieser Richtungsentscheidung ein anderes Ergebnis gewünscht hätten und manche Leute mehr zufrieden sind und manche weniger zufrieden sind. Ich glaube, deswegen sollten wir uns heute auf dem Parteitag gemeinsam die Hand reichen, um den Aufbruch in die neue Zeit zu wagen und für eine starke Sozialdemokratie zu kämpfen, liebe Genossinnen und Genossen.

Es ist kein Geheimnis, dass wir Jusos, aber auch viele andere junge Menschen aus befreundeten Verbänden, aus sozialen Bewegungen sehr viele Hoffnungen auf euch, liebe Saskia und Norbert, setzen, weil wir beobachten, wie die Realitäten in diesem Land sind. Die Realitäten in diesem Land sind, dass die Spaltung zwischen Arm und Reich immer weiter zunimmt und jedes fünfte Kind in diesem Land in Armut aufwächst. Die Realitäten sind, dass immer mehr Menschen sich ihre Miete nicht mehr leisten können, dass sich immer mehr Menschen im Alter ihr Leben nicht mehr leisten können, obwohl sie ihr ganzes Leben lang gearbeitet haben, und dass prekäre Arbeitsverhältnisse und niedrige Löhne zur Lebensrealität von immer mehr insbesondere auch jungen Menschen gehören. Das sind Auswirkungen von Politik, und das sind Auswirkungen von falscher Politik, liebe Genossinnen und Genossen, die von Konservativen und Neoliberalen weiter vorangetrieben werden.

(Beifall)

Ebenso stehen wir vor riesigen Zukunftsherausforderungen, die wir anpacken müssen: Beim Klimaschutz, damit wir das 1,5-Grad-Ziel erreichen. Wir brauchen auch Investitionen in die Transformation unserer Wirtschaft. Wir müssen die Digitalisierung so gestalten, dass es auch zu sozialem Fortschritt kommt. Wir brauchen auch Investitionen in den starken Sozialstaat, in die soziale Absi-

cherung in Schulen, in der Kinderbetreuung und in vielem mehr.

Liebe Genossinnen und Genossen, das zeigt also: Von der Sozialdemokratie wird mehr erwartet, als nur der reine Reparaturbetrieb zu sein. Von der Sozialdemokratie wird erwartet, diese Gesellschaft zu gestalten.

Ich sehe voller Optimismus eine Partei, die sich gerade aufmacht, die Schlussmachen möchte mit „Privat vor Staat“, die Schluss machen möchte mit Hartz IV und einer menschenunwürdigen Grundsicherung, eine Partei, die Schluss macht mit niedrigen Renten und unsicheren Arbeitsverhältnissen, und die endlich Schluss macht, die Zukunftsherausforderungen aufzuschieben, liebe Genossinnen und Genossen.

In den nächsten drei Tagen haben wir die Möglichkeit, diesen Weg einzuschlagen. Zehntausende Jusos stehen an der Seite unserer neuen Spitze, stehen an der Seite von euch gemeinsam. Deswegen lasst uns gemeinsam an der Seite von Gewerkschaften, Sozialverbänden, Mietervereinen, Netzaktivisten und Umweltbewegungen diesen Weg für eine starke Sozialdemokratie gehen!

Deswegen bitte ich heute um die Unterstützung für Norbert, damit sie die Kraft haben, ganz viele Menschen in diese tolle Zukunft mitzunehmen. - Freundschaft!

(Beifall)

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Sepp. - Der nächste Redner ist Joachim Schuster, gefolgt von Oleg Shevchenko aus Thüringen.

Joachim Schuster, Bremen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Das Parteitagsmotto ist heute „In die neue Zeit“. Gleichzeitig werden wir eine neue Parteiführung wählen. Die Frage ist eigentlich: Warum brauchen wir eigentlich die neue Zeit? - Da ist vieles, was heute auch schon zur Halbzeitbilanz gesagt wurde, meines Erachtens verkürzt. Denn es wird vergessen zu erwähnen, dass wir, obwohl wir viele gute Sachen gemacht haben, massiv Vertrauen in der Bevölkerung verloren haben. Seit der Großen Koalition gibt es keine Wahl, bei der wir nicht verheerend verloren haben. Wir sind inzwischen im unteren zweistelligen Bereich bei 13 bis 15 Prozent. In vielen Ländern sind wir schon nur noch einstellig.

Ich glaube, es ist nicht nur ein Problem, dass wir falsch kommuniziert haben, sondern darin macht sich ein langanhaltender Vertrauensverlust der Bevölkerung deutlich. Es macht sich deutlich, dass viele uns nur als fleischgewordener großkoalitionärer Kompromiss wahrnehmen, und es zeigt sich, dass viele uns eben nicht mehr zutrauen, dass wir gesellschaftliche Herausforderungen wirklich be-

wältigen. Das trauen sie dann eher anderen Parteien zu.

Deswegen heißt für mich „In eine neue Zeit“: Wir müssen uns wieder viel stärker profilieren. Dreh- und Angelpunkt ist sicherlich die Frage sozialer Gerechtigkeit. Das ist zwar wichtig, aber heißt nicht nur, dass wir soziale Ungleichheit bekämpfen und allen Menschen eine Teilhabe an dieser Gesellschaft ermöglichen, sondern es muss auch heißen, dass wir gesellschaftliche Herausforderungen unter der Leitlinie sozialer Gerechtigkeit verfolgen.

Wichtig ist allerdings noch eine weitere Sache, wenn es stimmt, dass wir Glaubwürdigkeit verloren haben: Glaubwürdigkeit gewinnt man nicht dadurch zurück, dass man nur gute Beschlüsse fasst, sondern dass es eine Einheit zwischen Beschlüssen, Programmatik und Handeln gibt. Das ist, glaube ich, die entscheidende Frage, die wir in den nächsten Wochen und Monaten zu beantworten haben, nämlich die Frage: Geht das überhaupt in der Großen Koalition? - Ich finde, man kann das heute noch nicht beantworten. Wir haben eine Revisionsklausel im Vertrag. Die muss man nutzen. Man muss es als neue Entwicklung nutzen, dass das Bundesverfassungsgericht geurteilt hat, dass die Sanktionen bei Hartz IV gegen die Menschenwürde verstoßen - nicht nur, dass sie so ein Skandal sind, sondern sie verstoßen gegen Menschenwürde. Das bedeutet, wir dürfen nicht nur Sanktionen stoppen, sondern wir müssen darüber hinaus umfangreichere Reformen an Hartz IV vornehmen.

Wir müssen auch beim Klimaschutz nachbessern.

Ein Punkt, wo wir noch nicht mal die Programmatik des Koalitionsvertrages verändern müssen, der mir aber besonders wichtig ist, wäre die Frage, dass wir endlich ernst machen müssen mit dem Kapitel „Ein neuer Aufbruch für Europa“. Dafür ist nämlich bisher wenigstens in Europa nichts zu merken. Es ist leider so, dass viele in Europa darauf warten, dass Deutschland endlich wieder seine Verantwortung für eine entsprechende Klimapolitik in Europa und für eine entsprechende Migrationspolitik, aber auch gerade für eine Friedenspolitik übernimmt.

Es wird sich in den nächsten Wochen zeigen, ob das mit der GroKo geht. Wenn ja, sollten wir sie bis zum Ende führen. Wenn es aber nicht geht, dann sollten wir sie auch konsequent beenden.

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Joachim!

Joachim Schuster, Bremen:

Das heißt für mich, in eine neue Zeit zu gehen. Und dafür würde ich gerne zusammen mit euch und mit Norbert und Saskia streiten. - Vielen Dank.

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Joachim. - Oleg Shevchenko aus Thüringen ist der Nächste, und bereitmachen kann sich Serdar Yüksel aus Nordrhein-Westfalen. - Oleg.

Oleg Shevchenko, Thüringen:

Liebe Genossinnen und Genossen, ein herzliches Hallo auch aus Thüringen. Ihr wisst, wir hatten eine schwere Landtagswahl im Oktober, und wir sind immer noch dabei, die Nachwehen dieser Landtagswahl zu verarbeiten, indem wir darüber sprechen, welche Mehrheiten möglich sind, auch außerhalb einer Mehrheitsregierung.

Aber ich möchte gerne diese Landtagswahl deswegen erwähnen, weil sie mir gezeigt hat als Thüringer Jugendkandidat, der leider es nicht geschafft hat, in den Landtag zu kommen, trotz einer jugendpolitischen Agenda der SPD-Thüringen, dass wir bei 7 Prozent gelandet sind bei Jungwählerinnen und Jungwählern.

Man kann sich fragen, woran das liegt. Ich glaube, dass es auch daran liegt, dass wir als SPD keine klare Kante oder nicht genügend klare Kante gezeigt haben, wenn es um die Fragen der Zukunft geht. Als ich auf Podien saß, wo es darum ging, was die SPD digitalpolitisch fordert, konnte ich keine klare Aussage machen. Als ich auf Foren war, wo es darum ging, was die Sozialdemokratie als ökologische Alternative anbietet, konnte ich ebenfalls nicht deutlich machen, wofür wir eigentlich stehen.

Deshalb bin ich sehr froh, dass heute Norbert und Saskia als Parteivorsitzende nach einem Mitgliederentscheid kandidieren. Denn das sind beide Personen, die genau für die Zukunftsfragen stehen, die junge Menschen bewegen: Wie sieht es aus mit Open Data? Wie sieht es aus mit der Zukunft bei der Vorratsdatenspeicherung? Wie sieht es aus mit der künstlichen Intelligenz? Dabei geht es darum, nicht nur Phrasen zu dreschen, sondern wirklich inhaltlich klar zu machen, wofür wir stehen, sich in der Materie vor allem auszukennen.

Ich möchte auch aus einer ländlichen Perspektive sagen, aus Nord-Thüringen, wo ich kandidiert habe: Ich wohne in einem hochverschuldeten Landkreis, der gerade darüber entscheiden muss, ob Bildungseinrichtungen geschlossen werden oder nicht, der darüber entscheiden muss, ob überhaupt die Straße saniert werden kann oder gesperrt werden muss. Genau darüber müssen wir heute und die nächsten Tage reden. Dann, wenn wir heute und morgen und übermorgen gesprochen haben, müssen wir auch im Bundestag handeln und eben auch nachverhandeln mit der Union, wenn es um das Jahrzehnt der Investitionen geht, wenn es darum geht, die ökologische Wende zu schaffen, wenn es darum geht, dass sie sozialverträglich ist, dass sie den ländlichen Raum mitnimmt und dass sie vor allem junge Menschen mitnimmt und überzeugt, dass die SPD genau den richtigen Kompass gewählt hat.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich würde mich freuen, wenn ihr Norbert und Saskia unterstützt. Glückauf und in eine gute Zukunft. Vielen Dank.

(Beifall)

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Herzlichen Dank. - Der nächste Redner ist Serdar Yüksel, und bereitmachen kann sich Kevin Hönicke aus Berlin.

Ich darf noch kurz darauf hinweisen: Wir haben jetzt, glaube ich, vielleicht noch fünf Wortmeldungen. Vielleicht könnt ihr ein bisschen schauen, dass sich die Delegierten, die sich jetzt nicht im Saal befinden, schon so langsam hier in den Saal wieder hineinbegeben, damit wir dann ordentlich in den Wahlgang einsteigen können. - Serdar.

Serdar Yüksel, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen, Solingen, Mölln, Hoyerswerda, Kassel, Halle, NSU, alles das, liebe Genossinnen und Genossen, habe ich meiner Mitgliedschaft in den 30 Jahren als SPD-Mitglied erlebt. Als ich als 16-Jähriger in die SPD kam, habe ich die ausländerfeindlichen Ausschreitungen, die Brandschatzungen und die Verfolgungen durch die Nazis erlebt, weil ich in einer Stadt wohnte mit NPD-Landeszentrale und Bundeszentrale der Jungen Nationaldemokraten. Ich muss ehrlich sagen, ich habe mir das nie ausmalen können, dass wir 20 Jahre, nachdem, was wir Anfang der 90er-Jahre in Deutschland erlebt haben, in eine Zeit kommen werden, wo der Rechtsextremismus, der Rechtsradikalismus, der Antisemitismus und der Rechtsterrorismus in unserem Land wieder auf der Tagesordnung stehen.

Wir als Sozialdemokratie haben uns in den letzten Wochen und Monaten sehr mit uns selbst beschäftigt. In dieser Zeit, liebe Genossinnen und Genossen, ist die Demokratie so gefährdet, wie wir es wahrscheinlich im 70. Jahr unserer Verfassung nie erlebt haben, wo nicht nur die freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährdet ist, sondern Artikel 1 unserer Verfassung. Da heißt es: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Da steht nicht: Die Würde des Deutschen ist unantastbar. Da steht auch nicht: Die Würde des Deutschen oder des Flüchtlings ist unantastbar. Da steht: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Genossinnen und Genossen, ich bin in tiefer Sorge um unsere Demokratie. Ich bin in tiefer Sorge um unsere Rechtsstaatlichkeit. Ich hoffe - das erlebe ich auch als Vorsitzender des Petitionsausschusses -, neben der Sorge und neben der dunklen Zeit, dass sich viele Menschen in der SPD, in den Kirchen und Gewerkschaften und in den Verbänden für ihre Mitmenschen interessieren, für ihre Mitmenschen kämpfen und dann mit Migrantinnen und Migranten und Geflüchteten in Solidarität

zusammenstehen. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, dürfen wir es nie zulassen, auch im Inneren nicht, dass wir faule Kompromisse machen, wenn es um das Recht der Flüchtlinge und der Geflüchteten in Deutschland geht. Liebe Genossinnen und Genossen, das hat Norbert heute auch richtigerweise gesagt: Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn im Inneren und Äußeren sein. Das muss das Motto der Sozialdemokratie sein. - Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit. Die 20 Sekunden sind geschenkt.

(Beifall)

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Vielen herzlichen Dank. - Es haben einige Kollegen zurückgezogen, und deswegen haben wir noch zwei Redebeiträge. Tuna Firat aus Hessen-Süd hat jetzt das Wort, gefolgt von Oliver Ruß aus Nordrhein-Westfalen.

Tuna Firat, Hessen-Süd:

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben heute einen Aufbruch erlebt, einen Aufbruch für die demokratischen Grundwerte, für die wir alle in dieser Partei sind. Serdar Yüksel hat das gesagt: Wir sind die Partei der Vielfalt. Wir sind die Partei der Würde. Wir sind die Partei der Menschlichkeit. Und - unabhängig von der Diskussion, die uns draußen von den Medien aufgebürdet wurde - wir sind die Partei der Solidarität. Wir sind die Partei, die zusammensteht, obwohl sie Streit im Innern führen kann um den besseren Weg. Das müssen wir uns beibehalten, liebe Genossinnen und Genossen.

Das Entscheidende ist momentan die öffentliche Daseinsfürsorge. Norbert Walter-Borjans hat es gesagt: Sobald wir es schaffen, die Partei eilig in eine Richtung zu führen, in der wir die öffentliche Daseinsfürsorge wieder als zentrales Element unserer Politik machen, dann gewinnen wir auch die Menschen wieder. Denn das sind die Menschen, die wir an diesen Stellen verlieren. Wenn die Infrastruktur marode ist, wenn Menschen abgehängt werden, dann entstehen Lücken, in die Populisten hineingehen und in denen sie Themenfelder besetzen. Das dürfen wir nicht mehr zulassen. Deshalb lasst uns vereint gemeinsam dafür einstehen, dass dieses Vorsitzenden-Duo diese Politik umsetzen kann mit dem künftig zu wählenden Vorstand.

Ich muss Serdar Yüksel recht geben bei einer Sache, die er hier gesagt hat: Mit diesem Appel muss auch einhergehen, dass wir ein ganz klares antifaschistisches Statement hier abgeben. Es muss unmissverständlich im Raum stehen, dass die SPD zuallererst antifaschistisch sortiert ist und jedem die Stirn bietet, der sich in irgendeiner Form dagegen positioniert.

(Beifall)

Denn nur dann werden wir den Rattenfängern, den Populisten, den Nationalkonservativen, die die Menschen gegeneinander ausspielen, klar die Schranken aufweisen. Wir werden ihnen Linien einziehen in diese Gesellschaft und in jedem Prozess gesellschaftlichen Diskurses klarmachen, dass unserer Demokratie von Menschlichkeit lebt, davon, dass wir miteinander ringen, aber unsere Würde nicht antastbar ist.

Der Frust der Vielen artikuliert sich bisweilen auch in den sozialen Medien. Deshalb sind einige Sachen unheimlich wichtig, die auch in diesem Leitantrag drin sind. Es sind grundlegende Ausrichtungen, die unsere Gesellschaft momentan braucht: klare Perspektiven für die Zukunft.

Dieser Antrag, der momentan vorliegt und der von diesem Vorsitzenden-Duo kam, zeigt eine Zukunftsperspektive auf, die mich dazu bringt, zu sagen: Ja, das ist ein Blick in die Zukunft, ein langfristig angesetzter Plan, der diese Gesellschaft wieder an den Punkt bringen kann, an dem sie sein muss und an dem sie seit ungefähr 20 Jahren leider nicht mehr war: Es ist eine sozialdemokratische Gesellschaft, eine Gesellschaft, in der sich Menschen auf Augenhöhe begegnen, eine Gesellschaft, in der wir keine Abgehängten produzieren, sondern Generationen von Gewinnern.

Deshalb: Lasst uns diese Vorsitzenden unterstützen, und lasst uns gemeinsam die Zukunft für dieses Land maßgeblich gestalten. - Herzlichen Dank. Glück auf!

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Herzlichen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen, noch mal die Bitte an die Delegierten, sich jetzt auf ihre Plätze zu begeben - einmal, damit ihr für den Wahlgang bereit seid, aber auch, damit ihr dem letzten Redner in der Debatte, Oliver Ruß, jetzt eure Aufmerksamkeit schenken könnt. - Oliver.

Oliver Ruß, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich heiße Oliver Ruß und bin Betriebsratsvorsitzender eines kommunalen Entsorgungsunternehmens und SPD-Mitglied im Rat der Stadt Leverkusen.

Im Dezember 2017 stand ich vor euch, vor dem Parteitag in Berlin, und ich habe mich damals entschieden gegen den Eintritt in eine Große Koalition mit der CDU/CSU ausgesprochen. Das war damals wie heute der einstimmige Beschluss meines Unterbezirks in Leverkusen. Begründet habe ich das unter anderem wie folgt:

Seit der Wahl von Gerhard Schröder zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland 1998 mit damals knapp 41 Prozent sind nun 21 Jahre vergangen. In diesen 21 Jahren waren wir, die SPD, 17 Jahre mit in der Bundesregierung und an einflussreichen und obersten Stellen dieser Regierung vertreten und haben für diese Zeit die durchgeführte Politik für Deutschland mitgestaltet, aber auch

mit zu verantworten."

Heute haben wir es mit dieser Politik und den bekannten Umfragen auf einen Stimmenanteil im Bund von 13 bis 15 Prozent gebracht. In manchen Bundesländern sind wir im einstelligen Prozentbereich gelandet. Wir liegen zusammengefasst, liebe Genossinnen und Genossen, somit deutlicher an der zu überspringenden 5-Prozent-Hürde als an dem Ergebnis der SPD von 1998.

Wie, was oder wer hat uns eigentlich in diese Lage gebracht? Waren es die falschen Spitzenkandidaten? Waren es die falschen Wahlprogramme? Oder war es die teilweise falsche Politik?

Diese Frage, liebe Genossinnen und Genossen, woran es gelegen hat, dass wir nun in den Umfragen für den Bund bei 13 bis 15 Prozent liegen, muss doch beantwortet werden, wenn man etwas Besseres für die Zukunft erreichen will. Klärt die Partei diese Frage nicht und beschließt sie - egal von welcher Parteiebene aus - ein Weiter-so, passiert doch Folgendes: Mathematisch gesehen, liebe Genossinnen und Genossen, erreichen wir das Ausscheiden der SPD aus dem Deutschen Bundestag schon bei der Bundestagswahl 2029. Ich gehe einmal davon aus, dass wir alle gemeinsam diesen Alptraum nicht erleben wollen. Also muss sich doch etwas ändern.

Mit dem durchgeführten Mitgliederentscheid, Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans auf unserem heutigen Parteitag zu unseren Vorsitzenden zu wählen,

(Glocke)

können wir ein erstes Zeichen einer Veränderung und Erneuerung unserer SPD setzen und gleichzeitig ein Zeichen nach außen senden, dass wir es ernst meinen mit einem Neuanfang für die Zukunft unserer Partei.

Da die Glocke schon geklingelt hat, bedanke ich mich noch kurz für die Aufmerksamkeit, liebe Genossinnen und Genossen. Ich habe wirklich die Bitte, dass wir unser Duo gleich mit einem tollen Ergebnis ausrüsten. - Danke schön.

WAHL DER PARTEIVORSITZENDEN

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Vielen herzlichen Dank für deinen Redebeitrag. - Ich darf mich bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern an der Debatte für ihre Beiträge, aber auch für die Disziplin bedanken, weil wir das hier bisher wirklich sehr gut miteinander geschafft haben.

Ich will jetzt noch mal bitten, dass ihr euch, wenn ihr schon im Raum seid, zu euren Plätzen begebt, weil wir nun zur Wahl des Vorsitzes kommen. Da brauchen wir jetzt ein bisschen Disziplin, und wir möchten gemeinsam dafür sorgen, dass hier alles ordentlich abläuft.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben vorhin mit einer großen, breiten Mehrheit die Satzungsänderung beschlossen, die uns die Einrichtung einer Doppelspitze ermöglicht. Ihr erinnert euch aber auch, dass wir das nicht als generelle Regel beschossen haben, sondern dass der jeweilige Parteitag darüber befinden muss. Das bedeutet, dass wir jetzt, bevor wir in den Wahlgang einsteigen können, noch einmal eine rein formale Abstimmung durchführen müssen, ob wir von dieser neuen Möglichkeit einer Doppelspitze jetzt Gebrauch machen wollen.

Ich denke, das sollte - ohne dass das hier jetzt parteiisch wirkt - problemlos möglich sein, und deswegen möchte ich diejenigen, die auf diesem Parteitag für die Wahl einer Doppelspitze sind, jetzt um ihre Stimme bitten. - Vielen Dank; das ist sichtlich die Mehrheit. Wer ist dagegen? - Vereinzelte Gegenstimmen. Enthaltungen? - Dann ist das mit großer Mehrheit so beschlossen. - Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen.

Damit steigen wir jetzt in den Wahlgang für die Doppelspitze der SPD ein, und bevor wir die Wahl aufrufen, beginnen wir mit einem aktualisierten Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission. - Monika Schaal hat das Wort.

Monika Schaal, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:

Vielen Dank, Niels Annen. - Wir sind etwas mehr geworden. Mit Stand 13 Uhr sind von 600 in den Landesverbänden und Bezirken gewählten Delegierten und 45 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstandes anwesend 596 Delegierte und 43 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder. Von den anwesenden Stimmberechtigten sind 294 Frauen. Das entspricht einem Anteil von 46,1 Prozent. Die Quote ist erfüllt, und der Parteitrag ist beschlussfähig.

An dem ältesten und dem jüngsten Mitglied hat sich nichts geändert. Rudolf Herbers ist nach wie vor der älteste, und Alexander Roth ist der jüngste. - Vielen Dank.

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Monika, vielen Dank an dich und die gesamte MPZK für ihre Arbeit. - Damit rufe ich nun zur Wahl von zwei Vorsitzenden auf.

Es liegen uns zwei Kandidaturen vor, die bei der Mitgliederbefragung unserer Partei die Mehrheit erhalten haben und vom Parteivorstand vorgeschlagen worden sind.

Nach § 23 Abs. 3 in Verbindung mit § 23 Abs. 1a Organisationsstatut werden die beiden Vorsitzenden in Einzelwahl gewählt. Es gilt § 7 der Wahlordnung. Wir möchten euch, liebe Genossinnen und Genossen, empfehlen, dass wir das als verbundene Einzelwahl durchführen. Der vorbereitete Stimmzettel würde so wie hier aussehen, und wenn ihr damit einverstanden seid - ich sehe hier keinen Widerspruch -, würden wir jetzt damit beginnen, die Stimmzettel zu verteilen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir verteilen jetzt die Stimmzettel, und ich bitte euch, die Kontrollmarke 1 auf den Stimmzettel zu kleben, damit der Stimmzettel gültig ist. Die Kontrollmarke 1!

Und ich darf jetzt schon freundlich die Vertreterinnen und Vertreter der Medien bitten, dass sie die Privatheit und die geheime Wahl respektieren und deswegen bitte darauf verzichten, beim Abstimmen die Kameras auf die Delegierten zu richten. Das wäre jedenfalls sehr freundlich.

Falls irgendwo noch keine Stimmzettel angekommen sein sollten, könnt ihr uns vielleicht einen Hinweis geben. Wir haben keine Eile; ich wollte nur nachfragen. Kein Stress! Es laufen weiterhin Helferinnen und Helfer mit den Stimmzetteln durch die Reihen. - Ich frage: Sind Delegierte im Saal, die noch keinen Stimmzettel bekommen haben? Dann macht euch bitte einmal bemerkbar. - Da jetzt alle einen Stimmzettel haben - letzte Möglichkeit, Widerspruch einzulegen -, schließe ich hiermit den Wahlgang. Ich bitte die Helferinnen und Helfer, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Liebe Genossinnen und Genossen, könnt ihr vielleicht ein Zeichen geben, wo die Stimmzettel noch nicht eingesammelt worden sind? - Wunderbar!

Liebe Genossinnen und Genossen, noch einmal die Frage: Wo sind noch keine Stimmzettel eingesammelt worden? - Ich sehe im Moment niemanden. Es sind alle eingesammelt. Ich bedanke mich.

Wir unterbrechen den Parteitag, bis wir ein Ergebnis haben. Die Antragskommission trifft sich jetzt hinter der Bühne.

(Unterbrechung des Parteitags: 14.28 Uhr bis 14.52 Uhr)

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir setzen den unterbrochenen Parteitag fort.

Es liegt uns ein Ergebnis vor. Ich bitte die Vorsitzende der Mandatsprüfungs- und Zählkommission, Monika Schaal, uns das Ergebnis mitzuteilen.

ERGEBNIS DER WAHL DER PARTEIVORSITZENDEN

Monika Schaal, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:

Verehrtes Präsidium! Liebe Genossinnen und Genossen! Ich gebe euch jetzt das Ergebnis der Wahl der Parteivorsitzenden bekannt. Die Wahl fand in verbundener Einzelwahl statt. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht hat.

Das Ergebnis für Saskia Esken: Abgegebene Stimmen: 626. Ungültige Stimmen: 16. Gültige Stimmen: 610. Mit Ja stimmten 463, mit Nein stimmten 116. Enthaltungen: 31. Saskia Esken ist gewählt mit 75,9 Prozent.

(Starker Beifall)

Herzlichen Glückwunsch, Saskia Esken!

Das Ergebnis für Norbert Walter-Borjans: Abgegebene Stimmen: 626. Ungültig: 15. Gültig: 611. Mit Ja stimmten 545, mit Nein stimmten 47. Enthalten haben sich 19. Norbert Walter-Borjans ist gewählt mit 89,2 Prozent.

(Starker Beifall)

Herzlichen Glückwunsch auch an Norbert Walter-Borjans! - Danke.

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Sind alle Fotos gemacht? - Dann darf ich jetzt noch eine wichtige Frage stellen.

Wir fangen mit Saskia an: Saskia, nimmst du die Wahl an?

Saskia Esken, Parteivorsitzende:

Sehr, sehr gerne. Danke euch!

(Lebhafter Beifall)

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Herzlichen Glückwunsch! - Norbert, nimmst du die Wahl an?

Norbert Walter-Borjans, Parteivorsitzender:

Ich nehme die Wahl an. Vielen Dank!

(Lebhafter Beifall)

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Herzlichen Dank, herzlichen Glückwunsch und euch alles Gute!

VERABSCHIEDUNG DER KOMMISSARISCHEN PARTEIVORSITZENDEN

Norbert Walter-Borjans, Parteivorsitzender:

Liebe Genossinnen und Genossen! Das ist ein tolles Gefühl. Das muss ich sagen. Es ist einfach klasse, jetzt hier zu stehen. Es ist schön und ein bisschen traurig, jetzt eine Aufgabe zu haben, drei langjährige stellvertretende und vor allen Dingen kommissarische Vorsitzende unserer Partei zu verabschieden. Wir reden von Manu, Malu und Thorsten, die wirklich herausragende Stellvertreterinnen und Stellvertreter waren. Ich glaube, sie haben einen ganz großen Applaus verdient.

(Lebhafter Beifall)

Ihr drei habt, jede und jeder für sich, finde ich, diese Partei unglaublich gut repräsentiert. Das ist natürlich am Ende noch einmal deutlich geworden, wie ihr drei zusammen auch, wenn es am Ende Malu allein war, auf deren Schultern das lag jede und jeder für sich dieses Amt getragen habt. Wir haben ja schon eine Menge gehört, was das alles bedeutet und was jetzt sozusagen auf uns zukommt. Noch einmal euch Dreien einen ganz herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Saskia Esken, Parteivorsitzende:

Manuela Schwesig, Manu, du bist als Sozialministerin aus Mecklenburg-Vorpommern in das Wahlkampfteam von Frank-Walter Steinmeier gekommen und wurdest dann nach der Wahl unsere stellvertretende Parteivorsitzende. Das ist jetzt auch schon einige Zeit her. Ich habe übrigens damals zum ersten Mal für den Bundestag kandidiert, aber noch ohne Erfolg. Wie kaum eine andere stehst du für eine klare Kante gegen rechts. Dafür sind wir dir sehr dankbar.

(Beifall)

Als du hier in Berlin unsere Familienministerin warst, hast du das Programm „Demokratie leben!“ auf den Weg gebracht und als stellvertretende Vorsitzende immer wieder Haltung bezogen.

Du bist überzeugte Feministin. Das ist besonders wichtig für die Frauen in unserer Partei und für die Frauen in unserem Land. Du hast als Ministerin die Frauenquote durchgedrückt. Vielen Dank dafür!

(Beifall)

Du bist unsere weithin sichtbare und weithin hörbare Stimme des Ostens. Du bist seit 2017 erfolgreich Ministerpräsidentin und repräsentierst dein Land in der ganzen Welt und in ganz Deutschland ganz großartig. Vielen Dank!

(Beifall)

Aber auch auf dem Parteitag ist dein Fußabdruck riesengroß. Wir werden gefragt, in welche Fußstapfen wir da treten - auch in eure als Stellvertreter. Die sind mir schon ziemlich groß genug. Zusammen mit Kevin und vielen anderen hast du maßgeblich unser Sozialstaatspapier entworfen. Das ist eine weitere Entwicklung unserer Programmatik, die so wertvoll ist. Das haben wir ja vorher schon gesagt. Vielen, vielen Dank für deinen wertvollen Beitrag!

(Beifall)

Ich weiß auch, wie eng du mit der SPD verwoben bist und wie dir die SPD ans Herz gewachsen ist. Ich glaube ganz bestimmt, es fällt dir schwer, nicht mehr anzutreten. Aber es ist einfach auch eine Zeit gewesen, in der du so viel eingebracht hast, dass du auch leichten Herzens sagen kannst: Ich gebe die Verantwortung in andere Hände, ich bin an anderer Stelle verantwortlich, nämlich als unsere Ministerpräsidentin in Mecklenburg-Vorpommern. - Vielen Dank dafür!

(Beifall)

Wir konnten uns immer auf dich verlassen. Du kannst dich immer auf uns verlassen. Bitte sei auch immer in unserer Nähe! Ich bin mir sicher, das bleibt auch so. In der Partei bist du bekannt als sehr kluge und hartnäckige Verhandlerin. Du scheust keine Auseinandersetzung, wie ich höre. Aber du bist dabei immer sehr fair, und das ist sehr wichtig für uns.

Du bist unglaublich zugewandt und herzlich. Das habe ich erleben dürfen. Das tut gut. Das brauchen wir untereinander. Wir brauchen Frauensolidarität untereinander. Wir brauchen insgesamt Solidarität in der SPD. Das lebst du jeden Tag. Dafür sind wir dir sehr dankbar. Vielen lieben Dank, Manuela Schwesig!

(Lebhafter Beifall)

Eines zuletzt: Du darfst dich darauf verlassen, dass wir 2021 bei der Landtagswahl alle miteinander, so wie hier sitzen, an deiner Seite stehen, damit du ein großartiges Ergebnis haben wirst. - Vielen Dank.

(Beifall)

Norbert Walter-Borjans, Parteivorsitzender:

Lieber Thorsten, dich zu verabschieden ist für mich besonders schwierig, obwohl es eben auch ein großer Augenblick ist. Ihr müsst wissen, dass Thorsten und mich ich glaube, das sagen zu dürfen in den letzten Jahren eine richtige Freundschaft verbindet. Aber die gesamte Zeit, die wir uns kennen, würde ich deswegen in zwei Teile teilen. Deswegen muss ich jetzt so frisch im Amt, was den ersten Teil angeht, sagen: Wie ich Thorsten als Delegierter des Parteitages oder als Gast erlebt habe, das muss ich mir noch einmal angucken, weil das alles Dinge sind, die ich selbst nicht so erlebt habe. Aber du bist seit 2009 Mitglied im Präsidium und Parteivorstand. Du bist seit 2013 stellvertreten-

der Vorsitzender. Du warst knapp vier Jahre Vorsitzender des Kulturforums der Sozialdemokratie. Du bist seit 2014 Beauftragter des Parteivorstands für die Kontakte nach Asien, insbesondere zur KP China. 14 Mal warst du für unsere Partei zum einst von Willy Brandt initiierten Dialog da. Du hast das Bild unserer Partei und auch Deutschlands nach außen repräsentiert.

Schon da ist mir eigentlich immer aufgefallen, was für ein sympathischer und verbindlicher Typ du bist. Wir waren uns nur selten begegnet. Dann kam der Augenblick, als wir entdeckt haben, dass wir auf dem Gebiet der Finanzen und Steuern auch eine Menge zusammen machen können. Ich kann mich noch gut erinnern, als er in den Zug gestiegen ist, nach Köln gekommen ist und wir einen ganzen Samstag lang dagesessen und überlegt haben, wie gerechte Steuern aussehen können.

Man kann es sich vielleicht nicht vorstellen, aber darauf lässt sich eine Freundschaft aufbauen - auch wenn das eine trockene Materie ist. Wir haben in der Arbeitsgruppe, die auf das Bundestagswahlprogramm hingearbeitet hat, viel miteinander zu tun gehabt. Wir haben uns eng abgestimmt, wir haben uns oft getroffen. Wir haben einfach festgestellt, dass wir gut miteinander können, dass die Chemie stimmt. Thorsten war immer einer, der mit seinem ganzen Auftreten gewinnen und die Menschen in der Partei um sich scharen konnte. Das fand ich immer toll. Ich war deswegen auch gerne in Hessen, als wir zum ersten Mal Überlegungen zum Thema Vermögenssteuer angestellt haben.

Die Arbeitsgruppe hast du auch übernommen. In der haben wir bis zum Schluss gearbeitet. Wir haben auch gemeinsam mit dem nordrhein-westfälischen und dem hessischen Landesverband einiges vorgestellt. Genau in diese Zeit kam die für mich eigentlich furchtbare Nachricht, dass du für dich beschlossen hast, nicht mehr weitermachen zu wollen. Ich kann heute nur sagen: Ich hoffe, dass diese Entscheidung ein Verfallsdatum hat. Aber es ist natürlich zu respektieren, dass du sie getroffen hast und umsetzt und einen Punkt setzt, an dem du sagst: Ich habe eine neue, großartige andere Aufgabe. - Aber Du fehlst mir und uns schon jetzt, und du wirst der Partei insgesamt fehlen.

(Beifall)

Es ist, finde ich, gerade noch einmal deutlich geworden, in welcher Art und Weise Thorsten, TSG, die Aufgabe des kommissarischen Parteivorsitzes mit übernommen hat. Man hätte ja sagen können: Er hat für sich entschieden, rauszugehen; dann können ja die anderen mal die Arbeit machen. - Aber wenn man mit Malu oder Manu redet, dann weiß man, dass er ganz besonders rangeklotzt hat und unglaublich wertvoll für diese Arbeit in dieser Zeit war. Deswegen noch mal mit einer wirklich dicken Träne im Knopfloch: Ganz herzlichen Dank, lieber TSG! Mach's gut! Mach einen guten Job dort, wo du jetzt bist! Und vor allem: Lass uns den Kontakt aufrechterhalten und hoffen, dass es vielleicht noch mal ein Wiedererscheinen auf der Bühne der SPD insgesamt gibt. - Ganz herzlichen Dank!

(Beifall)

Saskia Esken, Parteivorsitzende:

Euch alle drei verabschieden wir ja nicht nur als stellvertretende, sondern vor allem als kommissarische Vorsitzende. Es ist schon eine besondere Zeit gewesen. Malu, es ist das eingetreten, was du eigentlich nicht wolltest: dass du am Ende allein da standest. Das hat sich so ergeben, sage ich mal, und es war eine angespannte, arbeitsreiche und natürlich auch gesprächsreiche Zeit. Und du bist nebenbei ja auch noch Ministerpräsidentin. Ich ziehe meinen Hut vor deiner Kraft. Ich bin wirklich immer wieder sehr, sehr beeindruckt, Malu.

(Beifall)

Stellvertreterin bist du erst seit 2017; an dein Wahlergebnis von damals arbeiten wir uns noch heran. Du warst Vorsitzende der Lenkungsgruppe „Arbeit von morgen“, und ohne dich wäre unser Konzept zur solidarischen Weiterentwicklung der Pflege nicht möglich gewesen. Da möchten wir dir unseren sehr herzlichen Dank aussprechen. Das ist sehr wichtig für uns.

Auch beim Thema Grundsicherung - das haben wir heute Morgen schon mehrmals angesprochen - hast du entscheidend mitgewirkt. Ich bin mir sicher, das wird in den nächsten Monaten und Jahren unser wichtigstes Kampagnenthema. Aber vor allem ist es das wichtigste Thema zur Umsetzung. Wir brauchen die Kindergrundsicherung. Du hast sie mit uns entwickelt und auf den Weg gebracht. Vielen, vielen Dank!

(Beifall)

Ich habe es schon gesagt: Du warst am Ende als Kommissarische alleine. Das stimmt natürlich nicht - die andern waren da. Aber im Prinzip hast du die Rolle alleine ausgeübt. Du hast viel Einsatz, viel Leidenschaft eingebracht, um die Partei in dieser nicht ganz einfachen Situation zu manövrieren. Und du hast sie, finde ich, zu einem guten Ergebnis manövriert. Wir beide jedenfalls sind sehr zufrieden. Auch dafür vielen herzlichen Dank!

(Beifall)

Wir haben uns immer auf dich verlassen können. Wir beide konnten uns immer auf dich verlassen; die Partei konnte und wird sich auch immer auf dich verlassen können. Und du dich auf uns. Wir sind immer an deiner Seite. Deine Glaubwürdigkeit, deine Authentizität, deine Kraft und die Nähe zu den Menschen, die du als Ministerpräsidentin in Rheinland-Pfalz leben kannst und auch bei uns lebst - ich bin mir sicher, sie werden dir auch in Zukunft helfen, in Rheinland-Pfalz und für uns ein leuchtendes Beispiel einer Sozialdemokratin an verantwortlicher Stelle zu sein. Vielen Dank!

(Beifall - Malu Dreyer, Manuela Schwesig und Thorsten Schäfer-Gümbel kommen auf die Bühne; ihnen werden Karikaturen überreicht - Beifall)

Manuela Schwesig, Ministerpräsidentin Mecklenburg-Vorpommern:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich darf für uns drei ehemalige Kommissare danke sagen. Falls man es nicht erkennen kann: Wir haben eine wunderschöne Karikatur bekommen. Ich finde, man hat uns drei super getroffen. Darunter steht: Die drei Musketiere.

Ihr müsst wissen - ich plaudere jetzt aus dem Nähkästchen -: Als dieser schlimme Sonntag mit dem Rücktritt von Andrea war und wir uns getroffen und überlegt haben, wer die kommissarische Parteiführung bis zur Wahl einer neuen Spitze übernimmt, da wollte jeder sozusagen den anderen überzeugen, und am Ende haben wir gesagt: Wir machen es zu dritt, und für uns gilt ein Spruch: Einer für alle - alle für einen. - Das wünschen wir uns für die ganze SPD.

(Beifall)

Wir haben oft Situationen erlebt, in denen die Solidarität, für die wir eigentlich als Partei stehen, nicht in den eigenen Reihen gelebt worden ist - an der Spitze selber, aber auch - das kennt ihr - vor Ort. Deshalb wollen wir uns bedanken; denn wir haben eine solche Solidarität erlebt - Solidarität von der Parteibasis, von den Gremien für unsere Idee, dass wir für eine neue Spitze die Mitglieder breit beteiligen wollen, dass wir aber auch in den sechs Monaten programmatisch arbeiten wollen. Sozialstaatspapier, Vermögenssteuer - viele Sachen sind entstanden. Und wir hatten vor allem die Solidarität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des WBHs. Vielen Dank allen für diese gute Zeit!

(Beifall)

Wir drei haben in dieser Zeit etwas erlebt - vielleicht auch, weil die Situation so schwierig war und nur noch Zusammenhalt ging -: Wir waren nicht immer einer Meinung, aber wir haben uns blind verstanden, blind vertraut und zusammengehalten.

Liebe Saskia, lieber Norbert, wir wünschen euch das von ganzem Herzen: Zusammenhalt in der Doppelspitze, aber auch Solidarität von den Parteigremien, von der Parteibasis, damit wir das machen können, was die Bürgerinnen und Bürger von uns erwarten: gute Politik für die Menschen und keine Selbstbeschäftigung. Diese Solidarität wünschen wir euch von Herzen.

(Beifall)

Abschließend möchte ich mich ganz persönlich bedanken: Diese sechs Monate waren sowieso eine herausfordernde Zeit: Wir sind oft zusammen aufgestanden in Form einer Telefonschalte, und wir sind oft zusammen ins Bett gegangen, auch in Form einer Telefonschalte, weil es viel zu beraten gab. Es war also eine intensive Zeit. Aber in dieser Zeit hatte ich auch einen meiner schwersten Momente. Und in dieser Zeit habt ihr, Malu und Thorsten, aber auch alle in der Partei zu mir gestanden. Die große Anteilnahme hat mir viel Kraft gegeben, viel Zuversicht, dass ich wieder gesund werde. Ich freue mich darauf, dass wir beide Regierungschefinnen weiter die Politik auch für die SPD gestalten werden - auch mit gutem Rat von Thorsten.

(Beifall)

Ich möchte einen Blick darauf lenken, dass wir in diesem Jahr 30 Jahre friedliche Revolution gefeiert haben und im nächsten Jahr 30 Jahre deutsche Einheit. Lieber Wolfgang Thierse, du sitzt hier vor uns, stellvertretend für viele andere Frauen und Männern. Ich war damals - ich bin stolz darauf, dass es Sozialdemokraten waren und nicht die Blockflöten von der CDU - dabei,

(Beifall)

als ihr mit Kerzen die ersten friedlichen Demonstrationen gemacht habt, in einer Zeit, wo man abends nicht wusste: Wenn ich auf die Demo, komme ich abends zurück und sehe meine Kinder, oder lande ich im Stasi-Knast? - Ihr habt für uns eure Freiheit, euer Leben aufs Spiel gesetzt, um uns Freiheit zu ermöglichen. Ich war damals 15, und ich möchte mir nicht ausmalen, was passiert wäre, wenn es euch und vielen anderen nicht gelungen wäre, diese Mauer einzureißen. Ich hätte euch alle nicht kennengelernt; das alleine wäre schon schlecht. Aber diese friedliche Revolution hat mich geprägt mit dem Bewusstsein: Das Leben, die Gesellschaft ist veränderbar zum Besseren. Es ist so wichtig, dass unsere Mitglieder auch an der Basis, die natürlich traurig darüber sind, dass unsere Umfragen nicht gut sind, die traurig darüber sind, wenn es nicht gut läuft für uns, nicht vergessen, dass wir in einer Partei sind, deren Werte aktueller denn je sind - Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit - und dass es sich lohnt, jeden Tag daran zu glauben, dass wir die Dinge zum Guten bewegen können. Das ist die Erkenntnis aus der friedlichen Revolution vor 30 Jahren. Das gilt auch heute immer noch, und daran sollten wir gemeinsam weiterarbeiten.

Vielen Dank euch! Norbert und Saskia, euch alles Gute!

(Lebhafter Beifall)

ANTRAGSBERATUNG INITIATIVANTRAG IA 1 „AUFBRUCH IN DIE NEUE ZEIT“

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, nachdem wir uns jetzt zu Recht noch einmal ganz herzlich bei denjenigen bedankt haben, die uns als Partei durch diese wirklich schwierige Zeit hindurchgebracht haben, nachdem wir diejenigen gewählt haben, die an der Spitze stehen sollen, wenn es darum geht, die bessere Zeit zur organisieren, die neue Zeit, wollen wir uns natürlich auch mit der Frage befassen: Was ist denn unsere inhaltliche Grundlage für diese „Neue Zeit“? Das alles kommt in unseren Initiativantrag IA1 zum Ausdruck: „Aufbruch in die Neue Zeit. Das ist unsere Halbzeitbilanz.

Um diesen Antrag einzubringen, erteile ich noch einmal unserer jetzt gewählten Parteispitze das Wort. Liebe Saskia, lieber Norbert, ihr möget bitte den Antrag einbringen.

Saskia Esken, Parteivorsitzende:

Liebe Genossinnen und Genossen, vor euch liegt ein Leitantrag, der sich an die Zukunft der SPD richtet, aber auch an die Zukunft der Großen Koalition. Wir haben nämlich vor zwei Jahren - 2017 beim Bundesparteitag vereinbart: Die SPD geht in die Große Koalition, wenn die Mitglieder dem Koalitionsvertrag zustimmen. Aber wir haben ein paar Eckpunkte vereinbart, was darinstehen soll in diesem Koalitionsvertrag, und einer davon, ein wichtiger davon war die Revisionsklausel. Wir wollen nach zwei Jahren schauen: Wo stehen wir? Was haben wir erledigt? Was haben wir geleistet?

Und ehrlich: Diese Bilanz, die darin beschrieben ist, kann sich sehen lassen. Die SPD-Ministerinnen und Minister haben einen großartigen Job gemacht, wie man heutzutage so sagt. Das klingt flapsig, ist aber so gemeint. Vielen Dank an euch!

(Beifall)

Wir haben in dem Leitantrag beschrieben, was wir nicht erreicht haben, auch, was noch vor uns liegt. Was wir nicht erreicht haben, weil wir es in Verhandlungen nicht erreichen konnten, aber auch, was in dem Koalitionsvertrag noch drinsteht, was man noch erledigen will und was wir vor allem noch erreichen wollen. Das ist sozusagen der eine Teil der Revisionsklausel.

Der andere Teil der Revisionsklausel betrifft die Frage: Hat sich die Situation verändert? Wollen wir, müssen wir neue Vorhaben vereinbaren, die dieser veränderten Situation gerecht werden?

Norbert Walter-Borjans, Parteivorsitzender:

Wir haben - das haben wir heute in unseren Reden auch schon mal gesagt - deutlich gemacht - das

ist auch Teil dieses Leitantrags -, was erreicht worden ist und was ansteht. Die Revisionsklausel hat ja eben nicht nur den Teil, der sich mit dem Zurückliegenden beschäftigt, sondern eben, was an neuen Handlungsfeldern vor uns liegt. Und da haben wir gemeinsam deutlich gemacht, dass natürlich das Thema Klima, dass das Thema der massiven notwendigen Investitionen, dass das Thema Fortschritte in der Arbeitsmarktpolitik - Reiner Hoffmann ist da -, dass das Thema Auswirkungen und Chancen der Digitalisierung Dinge sind, die eine große Rolle spielen und die uns einfach vor ein paar neue Herausforderungen stellen, die jetzt mit dem Koalitionspartner auch besprochen werden müssen. Daran muss gemessen werden: Wie zukunftsfähig ist diese Koalition denn noch für diese Zeit der Legislaturperiode? Wir haben immer gesagt, dass diese Konstellation uns hindert, dass sie uns an vielen Stellen blockiert. Wir sind drin. Wir haben auf der anderen Seite aber noch viel zu tun, und wir müssen wirklich offen damit umgehen, dass wir entscheiden, an welcher Stelle es Sinn macht, so zusammenzuarbeiten, oder wo es diesen Sinn nicht macht.

Wir haben immer ganz deutlich gemacht: Die unterschiedlichen Einschätzungen, die es dazu gibt, müssen sich in diesem Antrag widerspiegeln. Wir müssen nicht hingehen und jetzt den einen überfahren, weil der andere ein paar Prozentpunkte mehr hatte. Diese Partei gehört zusammen, und sie hat, glaube ich, mit diesem Antrag bewiesen, dass der Kompromiss auch auf einer Ebene möglich ist, der alles andere als ein fauler Kompromiss ist, sondern in dem der Wille zu einem gemeinsamen Fortkommen, zu einem gemeinsamen Profilieren sozialdemokratischer Politik für die Zukunft deutlich wird. Das ist ja das Entscheidende. Wenn wir das nächste Mal vor die Wählerinnen und Wähler treten, dann muss es uns gelungen sein, deutlich zu machen, dass ein deutliches Stück mehr SPD ein deutliches Stück mehr Fortschritt für unser Land bedeutet.

Ich bin allen dankbar, die daran gearbeitet haben. Der noch bestehende Parteivorstand hat unter Hinzuziehung der jetzt vom Mitgliedervotum benannten Kandidaten für den Parteivorsitz zusammen getagt. Ich finde, das haben wir zusammen wirklich gut hinbekommen. Jetzt bitten wir natürlich auch um eine rege Diskussion und um Unterstützung für diesen Antrag, weil es ein wichtiger Antrag für den Zusammenhalt der Partei und der Gesellschaft ist.

(Beifall)

Saskia Esken, Parteivorsitzende:

Jetzt sehen wir gerade Rolf hier vor uns stehen. Deswegen will ich auch noch einmal ganz deutlich sagen: Rolf und Olaf, wir haben diesen Antrag nicht nur gemeinsam mit dem amtierenden Parteivorstand erarbeitet und beschlossen. Beschlossen hat ihn natürlich der amtierende Parteivorstand, aber erarbeitet haben wir ihn auch in enger Abstimmung sowohl mit der Fraktion - mit der Fraktionsspitze, mit den Fraktionsmitgliedern - als auch mit den Regierungsmitgliedern, weil es natürlich darum gehen muss, dass wir jetzt gemeinsam diese Gespräche führen, die dort beschrieben sind, über deren Ergebnis dann am Ende der Parteivorstand wieder beraten wird und die er auch bewerten wird.

Das ist sozusagen unser Angebot, jetzt gemeinsam mit der Fraktion, gemeinsam mit den Regierungsmitgliedern, gemeinsam mit euch allen einen Weg zu suchen, wie wir mit dieser Koalition umgehen. Wir wissen, dass sie für euch alle keine Herzensangelegenheit ist. Herzensangelegenheit sind die Vorhaben, die wir im Vertrag stehen haben. Herzensangelegenheit sind die notwendigen Veränderungen im Land, die für eine gerechtere Zukunft sorgen. Wir werden sehen, ob das in dieser Koalition möglich ist oder ob wir sie beenden müssen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Saskia, vielen Dank Norbert. - Bevor nachher noch einmal Doris Ahnen das Wort für die Antragskommission hat und wir dann auch in die unmittelbare Beratung und Aussprache dazu einsteigen können, will ich ganz herzlich, weil er eben in der Antragsbegründung auch schon genannt worden ist, den DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann begrüßen. Lieber Reiner, ganz herzlich willkommen hier bei uns in unserer Runde!

(Beifall)

Und wie das in der Gewerkschaftsfamilie so ist - wir haben ja schon viele einzelne begrüßt -, werden wir nicht alle einzeln mit einem Grußwort sehen, sondern Reiner wird dann an der Stelle in toto für alle ein Grußwort abgeben. Reiner, deshalb hast du jetzt auch das Wort.

(Beifall)

GRUßWORT REINER HOFFMANN, VORSITZENDER DES DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES

Reiner Hoffmann, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes:

Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Saskia! Lieber Norbert! Erst einmal ganz herzlichen Glückwünsch an das Duo! Ganz herzlichen Glückwunsch zur Wahl im Namen des DGB-Bundesvorstandes!

(Beifall)

Wir im DGB setzen weiter auf eine gute Zusammenarbeit mit der SPD. Und ich kann euch sagen: Ich freue mich darauf!

Ihr habt es euch nicht leicht gemacht. Die letzten Monate waren verdammt anstrengend. Heute werdet ihr die Halbzeitbilanz debattieren. Lasst mich gleich vorwegsagen: Aus der Perspektive von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern kann sich eure Bilanz sehen lassen. Ich finde, eure Anstrengungen haben sich gelohnt!

(Beifall)

Ohne die SPD in der Regierungsverantwortung wäre der Sinkflug bei der gesetzlichen Rente nicht gestoppt worden. Das ist für die Menschen ein wichtiger Schritt, auf dem Weg über 2025 hinaus das gesetzliche Rentenniveau zu stabilisieren und auch noch einen Schritt weiter zu gehen und es dauerhaft anzuheben.

Wir wissen, liebe Genossinnen und Genossen, wie groß der Widerstand der Arbeitgeber bei der gesetzlichen Krankenversicherung war, wo es darum geht, den Grundsatz fifty-fifty wiederherzustellen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat es jahrelang verdammt viel Geld gekostet, dass sich die Arbeitgeber einen schlanken Fuß gemacht haben, ihre Beiträge eingefroren waren und die Beschäftigten allein für die Mehrkosten in der gesetzlichen Krankenversicherung aufkommen mussten. Ohne euch wäre dieses Stück mehr soziale Gerechtigkeit nicht wiederhergestellt worden.

(Beifall)

In der Summe sind das 6 Milliarden Euro Entlastung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

In 25 Tagen, am 1. Januar, haben Beschäftigte das Recht, befristete Teilzeit mit Rückkehrrecht auf einen Vollzeitjob in Anspruch nehmen zu können. Dafür haben wir jahrelang gekämpft. Ich weiß noch: In der letzten Regierung wurde das Rückkehrrecht auf Vollzeit aus Teilzeit nicht durchgesetzt. Das war am Widerstand der Arbeitgeber und großer Teile der Union gescheitert.

Die Liste eurer Erfolge ist beachtlich. Ich bin Gewerkschafter. Ihr wisst, Gewerkschafter sind nie ganz zufrieden. Natürlich fordern wir immer noch einen Schnaps obendrauf.

In Koalitionen geht es ähnlich wie in Tarifverhandlungen. Es sind immer auch Kompromisse. Und Kompromisse sind das Wesensmerkmal unserer Demokratie. Das ist manchmal schmerzhaft und manchmal nicht allen radikal genug. Am Ende stehen aber immer konkrete Ergebnisse - Ergebnisse, die ohne die SPD in der Regierungsverantwortung nicht hätten errungen werden können, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich finde, das müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Lande auch immer wieder selbstbewusst deutlich machen. Es wäre doch verrückt, wenn wir uns nach oft anstrengenden Tarifverhandlungen vor die Belegschaften stellen und die erkämpften Tariferfolge auch noch kleinreden würden. Dann würden unsere Mitglieder ja nur den Kopf schütteln.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, vor eurem Parteitag habe ich mal zurückgeblickt: Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer konnten wichtige Reformvorhaben in diesem Lande immer dann realisiert werden, wenn die SPD nicht in der Opposition war. Aus Arbeitnehmerperspektive geht es jetzt darum, zwei Dinge in den Blick zu nehmen: Zum einen erwarten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, dass das, was schon verabredet wurde, auch konsequent umgesetzt wird. In Richtung Union sage ich klar und deutlich: Die Grundrente muss umgesetzt werden!

(Beifall)

Mit Drohungen zu agieren, hilft überhaupt nicht. Saskia hat es gesagt: Das ist respektlos.

Mit der Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung wird endlich der Lebensleistung der Menschen, die jahrzehntelang gearbeitet haben, der notwendige Respekt gezollt, den sie auch verdienen, liebe Genossinnen und Genossen.

Natürlich habt ihr, haben wir als Gewerkschaften mehr gefordert. Aber die Eckpunkte, die jetzt vorliegen, sind ganz ordentlich und müssen auch in einen soliden Gesetzestext gegossen werden. Das erwarten die Menschen draußen im Lande.

(Beifall)

Lasst mich auch an dieser Stelle deutlich sagen: Hubertus Heil hat mit der Union hart um diesen Kompromiss gerungen. Es macht schon einen Unterschied, ob der Arbeitsminister ein Sozialdemokrat ist. Er ist für die Gewerkschaften ein verlässlicher Partner, wenn es darum geht, die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen zu garantieren.

(Beifall)

Ich sage an dieser Stelle: Das war auch so, als Andrea Nahles Arbeitsministerin war.

(Beifall)

Dafür kann man auch einmal Danke schön sagen.

(Beifall)

Was wir auch erwarten da ist der Blick ganz klar an die Union gerichtet , ist, dass die Ergebnisse der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ zügig umgesetzt werden. Die Menschen brauchen Sicherheit im Wandel. Für die Beschäftigten in der Energiewirtschaft ist es elementar, dass das Anpassungsgeld zur sozialen Absicherung endlich kommt. Aus Arbeitnehmerperspektive ist es überhaupt nicht trivial, ob die anderen Themen so, wie sie im Koalitionsvertrag verabredet wurden, auch umgesetzt werden. Ihr kennt diese Themen und werdet ja darüber beraten, angefangen vom Klimapaket bis zum Transformations-Kurzarbeitergeld und zur Abschaffung der sachgrundlosen Befristung.

Zum anderen muss mit der Union darüber geredet werden, welche neuen Perspektiven in Angriff genommen werden. Wir erleben gemeinsam einen tiefgreifenden Strukturwandel, angetrieben von Digitalisierung, Klimawandel, demografischer Entwicklung und Globalisierung. Dieser Wandel, dieser Transformationsprozess ist vielschichtig, komplex und vollzieht sich oft in einem Tempo, das Menschen überfordert oder verunsichert.

Die Menschen erwarten von gutem Regierungshandeln, dass sie bei diesen Veränderungsprozessen nicht alleingelassen werden und keiner auf der Strecke bleibt. Niemand darf abgehängt werden. Für die, deren Jobs gefährdet sind, muss es neue Perspektiven geben, und zwar Perspektiven in guter Arbeit mit ordentlichen Löhnen und guten Tarifverträgen. Deshalb ist es richtig, dass wir uns gemeinsam für eine Stärkung der Tarifbindung in unserem Land einsetzen,

(Beifall)

in allen Branchen, ob im Fahrzeugbau, im Maschinenbau, im Handwerk, bei den Dienstleistungen oder sonst wo. Wir gemeinsam dürfen nicht zulassen, dass die Umbrüche auf dem Weg in eine klimaneutrale Wirtschaft unsere Gesellschaft spalten. Die Rechtsnationalisten, die Rechtsradikalen reiben sich doch schon die Hände und versuchen, aus der Verunsicherung der Menschen Kapital für ihre zutiefst menschenverachtende Politik zu schlagen. Dem müssen wir uns gemeinsam mit aller Kraft entgegenstellen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Natürlich liegt noch ein harter Brocken Arbeit vor uns, wenn es darum geht, soziale Gerechtigkeit mit Klimagerechtigkeit in Einklang zu bringen. Beides gehört zusammen. Es reicht nicht aus, dass wir uns lediglich auf gemeinsame Ziele verständigen, sondern wir müssen den Menschen auch glaubhaft zeigen, wie wir diese Ziele erreichen können.

Mit Svenja sind wir kontinuierlich in einem guten Austausch. Und wir wissen es, liebe Svenja, dass wir das gemeinsam anpacken müssen. Gemeinsam müssen wir die Union treiben, die ökologische

Frage mit ökonomischer Vernunft, sozialer Sicherheit zu verbinden und in gutes Regierungshandeln zu übersetzen. Da gibt es noch jede Menge zu tun.

Deutschland braucht eine Investitions- und Steuerpolitik, die unser Land mutig nach vorne bringt. Die Menschen erwarten eine Politik, die Schluss macht mit Funk- und Schlaglöchern, mit verfallenen Schulen und runtergerockten Zügen. Wir haben in den letzten Jahren auch erlebt, dass es einen Unterschied macht, ob ein roter oder ein schwarzer Finanzminister in diesem Lande in Regierungsverantwortung ist. Mit Olaf Scholz sind die Investitionen für einen handlungsfähigen Staat in den letzten Jahren deutlich erhöht worden, lieber Olaf.

(Beifall)

Wir wissen aber auch: Das reicht nicht aus, wenn wir unser Land zukunftsfest machen wollen und jungen Menschen eine Perspektive geben wollen. Dafür brauchen wir ein ambitioniertes Zukunftsinvestitionsprogramm zur sozialökologischen Modernisierung unseres Landes.

Der gemeinsame Vorschlag vom Institut der deutschen Wirtschaft und dem Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, der HBS, der Hans-Böckler-Stiftung, hat ja einige Beachtung gefunden. Norbert, du hast es bereits heute gesagt - und Stephan Weil hat das Papier aus gutem Grunde, wie ich finde, ja zur Lektüre empfohlen -: Lasst uns zeigen, wo und wie mit einem solchen Programm die Zukunftsaufgaben bewältigt werden können. Und lasst uns auch klarmachen, dass die Investitionshemmnisse dringend abgebaut werden müssen und dass es sich um eine langfristige Perspektive handelt, bei denen auch Unternehmen Sicherheit für ihre Investitionen benötigen. Auch das bietet am Ende den Menschen Sicherheit im Wandel.

Die Menschen werden an eurer Seite stehen, wenn ihr ihnen sagt: Zur Finanzierung von öffentlichen Investitionen ist die schwarze Null nicht in Stein gemeißelt. - Sie werden dabei sein, wenn es darum geht, dass starke Schultern, Reiche und Superreiche in diesem Lande auch stärker an der Finanzierung unseres Gemeinwohls beteiligt werden. Auch darüber werdet ihr ja noch debattieren. Norbert, ich finde es richtig: Die SPD muss auch wieder für mehr Verteilungsgerechtigkeit in diesem Lande sorgen.

(Beifall)

Deutschland ist ein enorm reiches, aber zugleich auch ein gespaltenes Land. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander. Auch damit muss endlich Schluss sein, liebe Genossinnen und Genossen. Dazu gehört auch, dass der Mindestlohn in unserem Lande armutsfest sein muss. Dafür muss auch die Politik alle Möglichkeiten ausschöpfen. Der Berliner Senat hat gerade vorgemacht, wie es geht. Für öffentliche Aufträge werden künftig 12,50 Euro statt bisher 9 Euro gezahlt. Glückwunsch, kann ich da nur sagen.

(Beifall)

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen verlässliche Politik, gerade in Zeiten tiefer Um-

brüche. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften kämpfen für Würde und Menschlichkeit in der Arbeitswelt. Dafür, liebe Genossinnen und Genossen, brauchen wir eine starke, eine geschlossene und eine mutige SPD an unserer Seite. Vielen Dank. Glückauf!

(Beifall)

AUSSPRACHE IA 1, IA 7 UND WEITERE ANTRÄGE ZUR ORGANISATIONSPOLITIK

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Rainer, für dein Grußwort. - Ich hatte es ja angekündigt: Wir kommen jetzt zum Initiativantrag. Inhaltlich eingeführt wurde ja bereits. Der Initiativantrag des Parteivorstandes in seiner aktuellen Fassung liegt euch noch mal als Tischvorlage vor. Die Antragskommission empfiehlt den Antrag zur Annahme. Aufgerufen sind damit auch die Anträge O33 bis O36, T09 bis T11, die sich allesamt mit dem Umgang mit der Halbzeitbilanz befassen, und die Anträge O05 bis O16 sowie T01 bis T06 und T13 zum Grundsatzprogramm bzw. zum Prozess der inhaltlichen Erneuerung.

Im Antragsbuch auf den Seiten zu finden 589 bis 602, 609 bis 610, 950 bis 957 bzw. 962 bis 991. Alles das empfiehlt die Antragskommission für erledigt zu erklären für den Fall, dass wir diesen Initiativantrag annehmen. Die jeweiligen Empfehlungen der Antragskommission im Übrigen liegen euch auch noch als Tischvorlage bereits ausgeteilt vor. Da es darüber hinausgehend auch noch einen weiteren Initiativantrag gibt und das vielleicht auch noch mal der Einordnung bedarf, würde ich jetzt noch einmal zusätzlich das Wort auch der Sprecherin der Antragskommission geben, unserer Doris.

Doris Ahnen, Antragskommission:

Liebe Genossinnen und Genossen, das Entscheidende ist gesagt. Saskia und Norbert haben in den Antrag inhaltlich eingeführt. Deswegen empfehlen wir seitens der Antragskommission mit voller Überzeugung die Annahme des Antrags IA 1 „Aufbruch in die Neue Zeit“. Alles Weitere ist in der Votenliste, die euch auch vorliegt, votiert, inklusive auch des Änderungsantrages zum Leitantrag „Aufbruch in die Neue Zeit“; das ist der Antrag IA 7. Hier hat sich die Antragskommission eben noch mal mit befasst und empfiehlt Ablehnung des Antrages. Soweit der Bericht der Antragskommission.

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, liebe Doris. - Wir haben natürlich schon eine ganze Reihe von Wortmeldungen vorliegen. Als Erster in der Aussprache hat das Wort der Landesvorsitzende aus Nordrhein-Westfalen. Lieber Sebastian, du bist dran. Ich kann auch gleich sagen: Nach ihm folgt Franziska Giffey, damit sie sich schon mal bereitmachen kann. Nach Franziska spricht Kevin Kühnert.

Sebastian Hartmann, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen, als Vorsitzender der NRW-SPD möchte ich natürlich nicht nur in der Aussprache zum dem Initiativantrag, für den ich werbe, um das Spannende schon zu verraten,

sprechen - sondern natürlich auch als Nordrhein-Westfale uns auch noch mal ganz herzlich im Namen von Nordrhein-Westfalen Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken zur Wahl zu gratulieren und vollständige Solidarität zu versichern. Glückauf aus Nordrhein-Westfalen!

(Beifall)

Damit sind wir auch beim Thema. Wenn wir nämlich diesen Leitantrag beschließen - ich werbe dafür, dass wir ihn in der Fassung beschließen, wie ihn die Antragskommission vorgelegt hat und so wie der Parteivorstand ihn als Kompromiss formuliert hat -, dann müssen wir die Vorsitzenden starkmachen mit einem Verhandlungsmandat, dass sie auch verhandeln können.

In diesem Leitantrag stehen ein paar Punkte drin, auch ein paar Themenfelder, die dringend der Besprechung bedürfen. Deswegen macht es wenig Sinn, jetzt diesen Leitantrag, der ein Kompromiss ist, um das noch mal zu betonen, zu ändern in einer Form und Art und Weise, die es unseren neuen Vorsitzenden praktisch unmöglich macht, zu handeln. Deswegen sage ich euch in aller Klarheit: Keine unlösbaren Aufgaben für die Vorsitzenden, sondern lösbare Aufgaben. Diese Themen dürfen nicht nur der SPD gefallen, sondern sie müssen eine große gesellschaftliche Tragfähigkeit haben und immer eine Mehrheit, wenn unsere neuen Vorsitzenden im Verhandlungsteam zur Union gehen und sagen: Wir wollen über mehr Investitionen reden. Wir wollen über mehr Sicherheit am Arbeitsplatz reden. Wir wollen dafür sorgen, dass das ein zukunftsfähiges Land ist. Sonst, Genossinnen und Genossen, wird das nichts.

Ich würde auch dafür werben, dass wir in diesen Antrag nichts reingeheimnissen, was nicht drinsteht. Da steht nicht „sofortiger Bruch einer Koalition“ drin. Denn es würde wenig Sinn ergeben, auf einem Parteitag einen Austritt aus einer Regierungsverantwortung, die erfolgreich war, zu beschließen.

Es ist vorhin auch über Umverteilung gesprochen worden. Wir Sozis gehen manchmal über Dinge, die wir erreicht haben, einfach weg. Aber ich finde, es ist die größte Umverteilung in der Geschichte, und das in einer Koalition mit der Union, wenn man die Parität in der Krankenkasse herstellt und mal so eben 7 Milliarden Euro aus dem Lager der Arbeitgeber in das Lager der Arbeitnehmer überträgt.

Genossinnen und Genossen, das kann sich sehen lassen; das ist eine Menge Geld für eine Menge Menschen in diesem Land, und für die machen wir Politik.

(Beifall)

Deswegen: Lasst uns diesen Antrag nicht verändern, sondern ihn als starkes Verhandlungsmandat verstehen.

Wir müssen aber aus der Zuschauerperspektive raus, und es macht mich zuversichtlich, dass der alte Parteivorstand im Wesentlichen auch der neue Vorstand ist; denn ganz viele kandidieren wieder. Wenn ein solcher Parteivorstand einstimmig einen solchen Antrag auf den Weg bringt, dann

stellen sie sich selbst auch keine unlösbaren Aufgaben.

Für uns als SPD ist es wichtig, dass wir für Sicherheit, Orientierung und Verlässlichkeit stehen. Überlegt, wie die Union diese Koalition begonnen hat! Das Chaos bei der Union endete mit einem Rücktritt des CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer und der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel. Wir müssen für Sicherheit und Stabilität und Verantwortung für dieses Land stehen und zeigen: Die Union ist es, die den sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt verhindert, und die Union hat uns dagegen, wenn es nicht darum geht, das Land voranzubringen. Genossinnen und Genossen, das muss das Verhandlungsmandat von diesem Parteitag sein.

Wenn man die Worte von Reiner Hoffmann und den Gewerkschaften gehört hat, dann haben wir starke Partner für unsere Forderungen. Ich finde, das ist eine starke SPD, die sich darauf verlassen kann, und sie muss selbst verlässlich sein.

Danke, und werbt für diesen Antrag auch in den Reihen! Lasst die Änderungen nicht zu, sondern guckt: Das ist ein Kompromiss. Hier haben wir ein gutes Ergebnis erzielt. - Glück auf!

(Beifall)

Franziska Giffey, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Sebastian, vielen Dank. Er sagte: Bei der Vorlage kann ich mich nicht beschweren. - Das stimmt auch, und ich finde, das Motto „Politik ist die Kunst des Möglichmachens“ sollte auch Teil des Parteitages hier sein.

Das Motto ist „In die Neue Zeit“. Aber es geht auch darum, nicht alles von vorne neu zu beginnen, indem wir alles Alte wegwischen, sondern wir müssen auf dem aufbauen, was wir die letzten eineinhalb Jahren und auch davor geschafft haben, und wir haben viel geschafft.

(Beifall)

Mir ist wichtig, dass wir von diesem Parteitag das Signal senden, dass die SPD für eine verlässliche und stabile Regierung steht, dass sie einen Unterschied in dieser Regierung macht, dass es einen Unterschied macht, ob Sozialdemokraten mitregieren oder nicht. Das ist ein positiver Unterschied; denn ich glaube nicht, dass wir Dinge wie das Starke-Familien-Gesetz, die Brückenteilzeit, den Sozialen Arbeitsmarkt, die großen Bemühungen und auch die Investitionen in den Sozialen Wohnungsmarkt, das Gute-Kita-Gesetz mit Milliardeninvestitionen hätten, wenn die SPD nicht mit in dieser Regierung wäre.

(Beifall)

Das gilt auch für die vielen positiven Veränderungen für die Entlastung von Angehörigen in der Pflege, für die Verbesserung in der Pflege für Jung und Alt, für die Grundrente, für das Fachkräfteein-

wanderungsgesetz; ich könnte das noch unheimlich lange fortführen. Ich will das jetzt aber nicht machen, weil noch viele dazu sprechen werden.

Wir haben in eineinhalb Jahren zwei Drittel der Koalitionsversprechen angeschoben oder umgesetzt. Da waren mehr als 100 Anliegen von 300 der SPD dabei, die wir ganz stark vertreten haben. Wir haben es geschafft, dass wir, obwohl wir der kleinere Partner sind, sehr viele sozialdemokratische Linien vertreten haben.

Ich kann mich nicht damit abfinden, dass wir seit eineinhalb Jahren immer wieder eine Endzeitdebatte führen. Ich glaube, wir müssen damit aufhören,

(Beifall)

weil niemand wird eine Regierung oder eine Partei wählen wollen, die eigentlich gar nicht regieren will. All das, was wir noch gestalten wollen, werden wir nur erreichen, wenn wir weiter auch in Regierungsverantwortung sind. Und deshalb: Lasst uns diese Verantwortung gemeinsam übernehmen! Lasst uns für Verlässlichkeit stehen! Lasst uns die wichtigste Legitimationsgrundlage der Politik, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, nicht verspielen, indem wir ständig überlegen, ob wir nun doch oder nicht oder vielleicht doch noch wollen! Wir haben jetzt hier doch wirklich eine klare Linie durch diesen Leitantrag, und die sollte uns auch Leitschnur sein.

In diesem Sinne: Ich spreche mich ganz klar dafür aus, dass wir weitermachen, und ich will eines noch dazu sagen: Ich mache das hier nicht, weil ich an meinem Amt klebe - ich glaube, ich habe dieses Jahr bewiesen, dass ich das nicht tue -,

(Beifall)

sondern ich spreche mich dafür aus, weil ich daran glaube, dass wir das aus Verantwortung für die SPD und aus Verantwortung für Deutschland tun sollten. Lasst uns dafür streiten, dass wir im nächsten Jahre, wenn Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft hat, auch Sozialdemokraten dabei haben, die das in der Regierung mitgestalten. - Vielen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Als Nächstes hat das Wort Kevin Kühnert. Ihm folgen Gesine Schwan und dann Hubertus Heil.

Kevin Kühnert, Juso-Bundesvorsitzender:

Liebe Genossinnen und Genossen! Franziska hat eben gesagt, eine Partei, die nicht regieren will,

will auch keiner wählen. - Ich finde, dieser Satz ist tatsächlich zu unterstreichen, und ich möchte vielleicht die Gelegenheit nutzen, noch mal mit einem Märchen aufzuräumen, was über uns und auch über unsere Diskussion in den letzten zwei Jahren - aber auch davor schon - immer wieder verbreitet wird.

Ich nehme nicht wahr, dass irgendjemand in der Sozialdemokratischen Partei eine Oppositionssehnsucht in sich trägt oder behaupten würde, wir müssten nur lange genug nicht mitregieren, dann würde alles besser werden.

(Beifall)

Ich bin absolut frei von dieser Einschätzung. Da sind wir alle ganz eng beieinander.

Vor ziemlich genau zwei Jahren habe ich hier an diesem Pult gestanden - damals frisch gewählt als Juso-Vorsitzender -, und wir waren auch sehr frisch in der Diskussion über die Große Koalition. Ich habe damals über Vertrauen und das fehlende Vertrauen innerhalb unserer Partei - auch zwischen den verschiedenen Ebenen - gesprochen, was wir dann später auch in dem großen Bilanzpapier „Aus Fehlern lernen“ zum Wahlkampf 2017 beschrieben haben.

Ich habe dieses fehlende Vertrauen als das Problem ausgemacht, weshalb wir immer wieder in dieser Debatte mit drinhängen. Es wird zwar beteuert, beschrieben und beschlossen, aber ganz tief drin glaubt ein Teil unserer Partei einfach nicht, dass es wirklich so kommt und dass Ergebnisse, wenn sie vorher als ergebnisoffen beschrieben werden, dann auch tatsächlich ergebnisoffen sind.

Um dieses Problem zu umgehen und dieses fehlende Vertrauen ein bisschen überwinden zu können, haben wir etwas anders gemacht, als wir in diese Große Koalition, die ich nicht wollte, die aber die Mehrheit wollte, hineingegangen sind. Wir haben nämlich eine Evaluierung vereinbart. Das ist - ich glaube, man kann das ohne Wenn und Aber sagen - für einen nicht unerheblichen Teil unserer Mitglieder eine Brücke gewesen, um auf dem Weg zu gehen, den wir die letzten zwei Jahre beschritten sind.

Damit auch alle wissen, worum es geht, möchte ich einfach noch mal diese drei Zeilen vorlesen, damit wir uns selbst nichts vormachen und damit wir uns aber auch von den anderen nichts vormachen lassen. Wir haben damals mit der Union vereinbart:

„Zur Mitte der Legislaturperiode wird eine Bestandsaufnahme des Koalitionsvertrages erfolgen, inwieweit dessen Bestimmungen umgesetzt wurden oder aufgrund aktueller Entwicklungen neue Vorhaben vereinbart werden müssen.“

Nun hat sich Frau Kramp-Karrenbauer in diesem Jahr schon mehrfach in die eine und dann auch wieder in die andere Richtung geäußert. Je nachdem, wie es politisch gerade gepasst hat, war sie mal für die Revisionsklausel und mal dagegen, aber Koalitionsverträge lügen nicht. Diese Passage steht dort drin, und auf sie berufen wir uns mit dem Antrag, der heute zur Abstimmung vorliegt.

Ich rufe heute dazu auf, diesen Antrag zu unterstützen, und zwar nicht, weil er „Pulitzer-Preis“-verdächtig ist - das war aber auch nicht der Anspruch, als wir ihn aufgeschrieben haben -, und auch nicht, weil es die reine Lehre für die eine oder die andere Seite in dieser Debatte ist, sondern ich rufe deshalb dazu auf, diesen Antrag zu unterstützen, weil da unten Saskia und Norbert sitzen und wir sie gerade zu unseren Vorsitzenden gewählt haben und weil das für mich eine ganz konkrete Antwort auf den Vertrauensverlust ist, den ich vor zwei Jahren hier beschrieben habe.

Ich kann nur für mich sprechen, aber mein Vertrauen darin, dass Gespräche tatsächlich offen sind, dass es keine Vorfestlegung auf ein Weitermachen oder, wenn es eben nicht geht, auch auf ein Rausgehen geben wird, ist ganz klar verbunden mit diesen beiden Personen, die diese Verhandlungen führen werden. Ob sie „Gespräche“ oder „Nachverhandlungen“ heißen, ist mir egal. Wenn es der Union hilft, mit einem besseren Bauchgefühl in die Gespräche reinzugehen, dann sollen sie das bitteschön haben, aber ich vertraue den beiden, dass sie sehr genau wissen, mit welcher Botschaft sie von der Mehrheit der Mitglieder unserer Partei am vergangenen Samstag ins Amt gewählt wurden, und diese Botschaft war: Kein Weiter-so, kein Weiter-so beim Inhalt an manchen Stellen, aber auch kein Weiter-so beim Stil und bei der Form, wie Kompromisse zustande kommen, wie Verhandlungen geführt werden.

(Beifall)

Den Auftrag haben die beiden verstanden; dafür habt ihr sie heute mit einer deutlichen Mehrheit ausgestattet, dafür verdienen sie Vertrauen - auch für diesen Antrag. Ich schenke dieses Vertrauen. Ich bin überzeugt, sie werden es nicht missbrauchen. Bitte stimmt zu.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Kevin. - Als Nächstes hat das Wort Gesine. Ihr folgt Hubertus Heil, und dann darf sich schon bereithalten Franziska Drohsel.

Gesine Schwan, Vorsitzende der Grundwertekommission:

Liebe Genossinnen und Genossen! Noch einmal herzlichen Glückwunsch an Saskia und Norbert zu dieser Wahl. Ich habe mich gemeldet, um zu sagen: Ralf und ich haben in der Kandidatur immer gesagt: Wenn sich die Partei in den nächsten zwei Jahren profilieren will und soll - und das muss sie -, dann darf der Vorstand nicht in der Hand eines Kabinettsmitglieds sein. Das war immer unser Argument, und das ist er jetzt ja auch nicht.

Insofern ist die erste Vorbedingung für eine Profilierung gegeben.

Zweitens haben wir immer gesagt, dass diese Partei sich geistig erneuern muss. Und wenn hier die Einheit und die Werteorientierung beschworen werden - und beides ist richtig -, dann müssen wir aber auch eine ehrliche, einheitliche und wertebezogene Politik machen. Das ist bis jetzt nicht immer der Fall. Das heißt konkret: Wir werden nur wirklich innerlich einheitlich überzeugt sein vom Kern unseres sozialdemokratischen Anliegens und wir werden diese Überzeugung auch nur nach außen bringen können, wenn wir in mindestens vier Punkten unserer Programmatik Einheitlichkeit schaffen durch eine intensive Diskussion. Denn es stimmt nicht, dass wir überall einig sind.

Wir sind nicht einig in der Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik. Da gibt es deutlichen Dissens. Hier müssen wir diskutieren und ausdiskutieren.

(Beifall)

Wir sind bis jetzt nicht einig über die Finanz- und Wirtschaftspolitik. Die Schwarze Null ist ja nur ein Symbol. Wir müssen uns darüber verständigen, und es reicht dann auch nicht, nur über Finanzen, über Investitionen zu sprechen.

Wir sind nicht einig über die Frage, wie solidarisch wir wirklich in Europa sein wollen - das heißt, wo wir wirklich deutsche Steuergelder gegebenenfalls als Haftungsgelder ausdrücklich einsetzen wollen. Darüber sind wir uns nicht einig; darüber müssen wir klar sprechen. Wenn wir zusammenkommen - da bin ich völlig zuversichtlich -, dann können wir auch nach außen überzeugend wirken.

Und wir sind - das ist der vierte Punkt - uns bisher nicht einig, wie wir konkret die sogenannte Just Transition in der Ökologie und der Ökonomie schaffen. Denn es ist leicht zu sagen, dass wir das verbinden wollen. Das wird niemand bestreiten. Aber was ist in den Gebieten, in denen der Kohleausstieg stattfindet? Was ist in der Lausitz? Wie machen wir es konkret? Da haben wir noch kein klares Konzept. Das müssen wir schaffen.

Und wenn wir die Zeit so nutzen, dass wir auf diese Weise die Partei profilieren - und das können wir parallel zur Regierungsarbeit; das haben wir wieder gesehen -, dann können wir bei der nächsten Wahl ganz anders auftreten. Ich möchte noch mal die Grundwertekommission anpreisen, dabei mitzutun. Wir sind bereit dazu, wir haben dazu viel Vorarbeit geleistet. Ich glaube wirklich, dass wir da etwas zu bieten haben. Wir sind auch kein Flügel und auch kein Flügelchen. Wir sind innerhalb der Partei eine gemeinsame Kommission. Ich glaube, dass wir damit - ich bitte auch die Vorsitzenden, das ernst zu nehmen; so ganz ernst sind wir nicht immer genommen worden - dabei helfen, zu einer wirklichen inneren Einheit, zu einem geistigen Kompass zu kommen auf der geistigen Höhe unserer Zeit. - Vielen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, liebe Gesine. - Hubertus, dann Franziska, und danach hält sich Alexander Schweitzer bereit.

(Beifall)

Hubertus Heil, Parteivorstand:

Liebe Genossinnen und Genossen! Wenn wir heute über unseren Kurs reden - und dabei geht es ja in diesem Leitantrag -, dann ist es wichtig, dass wir nach innen in die Partei gucken, uns in die Augen gucken, Dinge klären, aber das vor allem mit Blick auf den Zustand unserer Gesellschaft.

Ich will kurz von einer, wie ich finde, sehr interessanten Auslandsreise berichten, die ich dienstlich Anfang des Jahres gemacht habe. Ich bin in die USA gefahren - wir hatten mit dieser schwierigen Regierung dort und dem damaligen Arbeitsminister Gespräche. Dann bin ich weitergereist, aber nicht, wie es im Moment alle machen, ins Silicon Valley, sondern ich bin sehr bewusst in den Rust Belt nach Michigan gefahren. Denn ich wollte wissen, wie es in diesem alten industriellen Herz Amerikas passieren konnte, dass Arbeiter, die ihren Lebtag demokratisch gewählt haben, dieses Mal einen Präsidenten, einen Immobilienmilliardär aus New York gewählt haben, der ihnen zuerst mal die Krankenversicherung klaut. Auf die verrückte Idee kann man ja kommen, wenn man da ist. Die Antwort ist: die Hoffnungslosigkeit und der Frust, die sich da breitgemacht haben, und das Gefühl, auch von den Demokraten verlassen zu werden.

Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist eine Parabel auf die Situation, die wir auch bei uns beherzigen müssen. Deutschland steht insgesamt wirtschaftlich nicht schlecht da. Wir haben im europäischen Vergleich den höchsten Stand sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung seit der Deutschen Einheit und die zweitniedrigste Erwerbslosenquote in der Europäischen Union. Und wenn wir nicht sagen würden, dass die Sozialdemokraten auch daran einen Anteil hatten, wären wir schön doof. Das hat ja nicht die CSU oder die CDU gemacht, liebe Genossinnen und Genossen. Da haben auch wir unseren Beitrag geleistet.

(Beifall)

Aber gleichwohl spüren wir alle, dass in die Mitte unserer Gesellschaft Ängste und Sorgen gekrochen sind und wir auch bei uns politische, rechtradikale Scharlatane haben, die aus diesen Ängsten und Sorgen ein Geschäftsmodell gemacht haben - Ängste schüren, Hass verbreiten, Menschen gegeneinander aufhetzen. Wenn man das sieht, dann weiß man, was unsere Aufgabe ist, liebe Genossinnen und Genossen. Unsere Aufgabe für unser Land und diese Gesellschaft ist nicht mehr und nicht weniger, als dem Land die realistische Zuversicht zu geben, die wir in Zeiten rasanten Wandels brauchen. Das müssen Sozialdemokraten schaffen. Aber das müssen sie auch ausstrahlen. Nicht Verzagtheit ist unsere Aufgabe.

Es gab mal einen großen amerikanischen Präsidenten - und glaubt mir, es gab große amerikanische

Präsidenten -, der den wichtigen Satz gesagt hat: „Wir haben nichts so sehr zu fürchten wie die Furcht selbst“. Das war Roosevelt. Wir sind in ganz anderen Zeiten. Aber ich glaube, dass wir diesen Geist ein bisschen brauchen. Ich habe den Leitantrag so verstanden, dass wir zum einen bilanzieren, was wir geschafft haben. Franziska Giffey hat es gesagt: Das ist nicht Anlass zur Verzagtheit, sondern zum Stolz.

Und übrigens, Kevin: Ich vertraue auch der neuen Führung, aber Andrea Nahles habe ich auch vertraut. Das will ich an dieser Stelle mal sagen.

(Beifall)

Ich will aber auch sagen, dass wir miteinander nicht selbstzufrieden sein dürfen. Wir haben hart verhandelt für die Grundrente. Wir waren mutig. Wir müssen sie jetzt aber auch umsetzen, und es wäre idiotisch, jetzt aus der Koalition auszutreten, ohne die Grundrente durchgesetzt zu haben. Die Menschen erwarten, dass wir das schaffen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir haben etwas für Pflegekräfte in Deutschland getan mit dem Pflegelöhne-Verbesserungsgesetz. Aber ich will auch der Arbeitsminister sein, der den Tarifvertrag für die Pflege allgemeinverbindlich erklärt im nächsten Jahr. Ich will das nicht anderen überlassen, die das nämlich nicht machen werden, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir haben uns um kleine und um große Dinge gekümmert. Wir haben die Paketboten geschützt. Wir wollen kein digitales Proletariat in diesem Land. Wir wollen gleiche Rechte für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land. Digitalisierung darf nicht mit Ausbeutung verwechselt werden; auch das haben wir geschafft.

(Beifall)

Aber das Signal der Wahl von Norbert Walter-Borjans und Saskia muss bei allen gehört werden. Das Signal ist klar: Wir machen jetzt nicht nur Regierungsarbeit nach dem Motto: Wir müssen gute Gesetze machen und damit die Menschen überzeugen. Wir müssen vor allem auch eine längerfristige Perspektive für eine starke Sozialdemokratie nach der nächsten Bundestagswahl in Regierungsverantwortung ohne CDU und CSU haben. Das ist die Richtung, in die wir gehen wollen; das ist das Signal auch dieser Wahl. Das sollten wir auch stärker erkennbar machen.

(Beifall)

Deshalb bitte ich euch, diesem Leitantrag zuzustimmen, der einen klugen Dreischritt hat: Bilanz, Feststellen, was wir jetzt noch in der Pipeline haben, und in dieser Koalition rausholen, was rauszuholen ist - mit unserer Überzeugung. Den Rest machen wir im Wahlkampf. Dann müssen wir die Schwarzen plattmachen, liebe Genossinnen und Genossen. Dann müssen wir kämpfen und wieder

stärker werden. Das muss unser Anspruch für Deutschland sein - nicht Angst, nicht Furcht, sondern Hoffnung; das ist unsere Aufgabe, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Franziska Drohsel, Berlin:

Liebe Genossinnen und Genossen! Vor genau zehn Jahren stand ich hier als damalige Juso-Bundesvorsitzende. Sigmar war gerade gewählt. Auf dem Parteitag herrschte die Atmosphäre der Erneuerung. Dann haben wir es sogar geschafft, gegen die Führung die Vermögenssteuer durchzusetzen. Welch ein Zeichen, welch ein Signal, welche Hoffnung!

Wenn ich jetzt auf die letzten zehn Jahre zurückschaue, frage ich mich: Wo ist die Erneuerung? Wo ist der inhaltliche Aufbruch? Wo ist die Vermögenssteuer?

(Beifall)

Es geht nicht darum, zu diskreditieren, dass Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten an allen Orten in diesem Land großartige Arbeit machen und an allen Ecken und Enden kämpfen. Aber wir müssen uns doch trotzdem mal angucken, was die Ergebnisse dieser Zeit sind. Die Wahlergebnisse haben sich immer weiter verschlechtert - die Umfrageergebnisse sowieso.

Liebe Saskia, lieber Norbert, ich bin so froh über euer Votum heute. Ich verbinde mit euch ganz viel Hoffnung. Und den Änderungsantrag 7, den ich heute für eine inhaltliche Neuausrichtung, eine Schärfung des Leitantrages und auch für eine Entscheidung über die GroKo heute einbringe, bringe ich nicht ein, weil ich Chaos in den Parteitag hineinbringen will. Nein, ich bringe diesen Antrag ein, weil ich tief davon überzeugt bin, dass wir diesen personellen Neuanfang mit euch mit einer inhaltlich neuen Ausrichtung verbinden müssen.

Wir müssen uns endlich trauen, das zu sagen, was wir wollen, ohne Sachzwänge, ohne diese vielen Ängste, die immer im Raum stehen, sondern mutig und konsequent für das, wofür die Sozialdemokratie einsteht und wofür sie meiner Meinung nach auch gegründet wurde.

Ein Beispiel: Das, was sich tagtäglich an den Grenzen des Mittelmeers abspielt, ist eine menschliche Katastrophe, ein Versagen der Politik, für das man sich nur schämen kann.

(Beifall)

Wir als Sozialdemokratie sind die Partei der Menschlichkeit. Wir sind die Partei, die gegen Rechtspopulismus, gegen Abschottung, gegen Rassismus einsteht. Warum trauen wir uns nicht, konsequent an der Seite der Seenotrettung zu stehen und diese ganzen Verschärfungen im Flüchtlingsrecht endlich zurückzunehmen?

(Beifall)

Ich möchte noch ein Beispiel geben: Das Klimapaket ist absolut unzureichend. Die sozialen Bewegungen sagen es, die Wissenschaft sagt es, jeder sagt es. Wir trauen uns noch nicht einmal, die Ergebnisse des Kohlekompromisses in diesen Leitantrag hineinzuschreiben. Genossinnen und Genossen, lasst uns an dieser Stelle doch einmal mutiger sein. Wir haben die Bewegung zurzeit hinter uns.

(Beifall)

Ich nenne noch kurz ein Beispiel: Die soziale Ungleichheit ist besorgniserregend. Oben konzentriert sich immer mehr, aber in der Breite werden die Menschen immer ärmer und ärmer. Wir haben doch die Konzepte in der Hand. Wir sind für eine Umverteilung von oben nach unten. Wir sind für die Vermögensteuer, für eine effektive Erbschaftsteuer. Wir sind für Investitionen in die Infrastruktur. Warum trauen wir uns nicht, dass in dieser Klarheit in diesen Antrag hineinzuschreiben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich möchte euch aufrufen, euch diesem inhaltlichen Neuanfang anzuschließen. Ich denke, dass dieser nicht mit der CDU/CSU möglich sein wird. Ich bitte euch darum, den Mut zu haben, unseren Änderungsantrag zuzustimmen und heute auf diesem Parteitag Nein zu der Großen Koalition zu sagen und für die inhaltliche Neuausrichtung der Sozialdemokratie zu stimmen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Franziska. - Als Nächstes hat Alexander Schweitzer das Wort. Ihm folgt Svenja Schulze und danach Kaweh Mansoori.

Alexander Schweitzer, Parteivorstand:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe mich nicht gemeldet, um in die Grundsatzaussprache über die IA1 einzutreten, sondern weil ich denke, dieser Antrag hat völlig recht, wenn er sich auch mit einem Thema beschäftigt, das uns alle umtreiben muss, nämlich das Engagement, ja, den Kampf gegen Rechts. Ich glaube, liebe Genossinnen und Genossen, wir können war nicht überschätzen, wie wichtig es ist, dass wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten an der Seite derer stehen, die sich jeden Tag auf unterschiedliche und vielfältige Weise am Arbeitsplatz, auf der Straße, überall da, wo sie angefeindet werden, mit Antisemitismus auseinandersetzen müssen, mit Rassismus, gegen aggressive Frauenfeindlichkeit. Es ist etwas los in diesem Land, liebe Genossinnen und Genossen. Einige versuchen, diese Gesellschaft, diese Demokratie ins Kippen zu bringen. Sie brauchen

Stärke und Unterstützung, und das muss die Aufgabe der zentralen politischen Adresse im Kampf gegen Rechts sein, nämlich der Sozialdemokratie, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir haben guten Grund, uns auch in diesem Antrag damit zu beschäftigen. Es gibt einige Vorschläge, die schon in den Antrag eingebaut sind. Ich will aber auch sagen: Ich habe Änderungsanträge gesehen, die ich ebenfalls durchaus sympathisch finde. Wir brauchen eine Verschärfung des Waffenrechts. Ja, es ist unerträglich, dass es Nazis gibt, Reichsbürger - wie auch immer sie sich nennen -, die Waffen zu Hause haben, die an Waffen herankommen. Da müssen wir ran. Wir müssen die wir müssen denen also über die persönliche Eignung am Ende wirklich eine breite Entwaffnung der Naziszene entgegensetzen.

Ein anderer Punkt: Martina Angermann ist genannt worden. Ich komme aus der Südpfalz. Da gibt es den Ort Kandel. Vielleicht habt ihr davon gehört. Da haben Nazis aller Schattierungen zwei Jahre lang versucht, die Stadt umzudrehen. Sie haben den Bürgermeister bedroht, haben Kommunalpolitiker angegriffen. In einer solchen Situation sind die relativ schnell komplett überfordert, denn es ist ihnen niemals gezeigt worden - weder in der Gemeindeordnung noch bei der Kommunal-Akademie -, wie sie mit marodierenden Nazi-Banden umgehen. Die müssen wir stärken und stützen und müssen ihnen deutlich sagen: Ihr seid nicht alleine im Kampf gegen Rechts. Wir helfen euch!

(Beifall)

Es muss auch Angebote für Opfer von rechtsradikalen und rassistischen Angriffen geben. Das muss niedrigschwelliger werden, und es muss regional erreichbarer werden. Es kann nicht sein, dass die am Ende durch die Instanzen gehen müssen, während wir hier nur darüber reden, wie wir uns am Ende um die Täter bemühen. Wir brauchen also auch an dieser Stelle einen stärkeren Opferschutz.

(Beifall)

Ich glaube, es ist nicht mehr erträglich. Wir alle haben uns in den Haushalten - ich bin Landespolitiker - ebenfalls stark engagiert, auch auf der Bundesebene. Franziska hat da eine tolle Arbeit gemacht. Aber es kann nicht mehr angehen, dass wir den zivilgesellschaftlichen Akteuren sagen: Ihr müsst euch von einem Projekt zum nächsten hangeln. - Wir brauchen ein Demokratiefördergesetz, wo es Klarheit gibt über die Möglichkeiten des Kampfes gegen Rechts;

(Beifall)

denn wir werden am Ende nicht nur mit den Sicherheitsbehörden den Kampf gegen Rechts gewinnen, sondern wir müssen deutlich machen: Wir alle sind Verfassungsschutz, und da brauchen wir viele, und die müssen wir stärken und unterstützen - auch durch diesen Antrag. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Alexander. - Svenja, du hast das Wort.

Svenja Schulze, Parteivorstand:

Genossinnen und Genossen, ihr habt draußen bestimmt das Plakat gesehen: „SPD - Klimaschutz oder raus aus der GroKo!“ Ich finde, das ist wirklich totaler Unsinn. Denn wer hat es denn geschafft, dass wir so viel Klimaschutz überhaupt durchgesetzt haben? Das waren wir, das waren Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die das überhaupt durchgesetzt haben.

Andrea Nahles hat Anfang des Jahres gesagt, dass dieses Jahr das Jahr des Handelns im Klimaschutz werden muss, und genau das haben wir erreicht. Wir haben eine Menge auf den Weg gebracht. Ihr erlebt doch alle vor Ort, dass die Menschen den Druck empfinden: Digitalisierung, Globalisierung, Klimaschutz, was sich da eigentlich alles verändert. Deswegen braucht es heute mehr denn je eine starke SPD, eine SPD, die diesen Wandel oder, wie die Gewerkschaften sagen, diese Transformation auch wirklich gestaltet, die Sicherheit gibt, die sagt, wie Menschen ihren Weg denn auch finden können.

Im letzten Jahrhundert ging es für die SPD darum, Rechte für die vielen zu erkämpfen. Das betonen wir immer wieder, und unser schönes neue Logo rekurriert wieder darauf. Jetzt geht es aber auch wieder darum, die Rechte der vielen zu erkämpfen, uns darum zu kümmern, dass der Klimaschutz sozial gerecht abläuft, dass die Digitalisierung Regeln bekommt. Und dafür braucht es die Sozialdemokratie, dafür braucht es uns.

NoWaBo hat eben zu Recht gesagt, dass das, was wir bisher erreicht haben - vor allem das Klimaschutzgesetz - ein Startschuss ist und dass jetzt der Langstreckenlauf beginnen. Das ist genau das, wie ich es auch sehe: Ich bin erst zufrieden, wenn es wirklich dazu kommt, dass CO_2 in dieser Gesellschaft eingespart wird, wenn wir weniger Öl verbrennen, wenn wir weniger Sprit verbrennen und weniger CO_2 ausstoßen. Und dafür braucht es die SPD. Wir müssen das organisieren. Es erwartet doch niemand von der Union, dass die sich um den Klimaschutz kümmern. Niemand erwartet das von den Liberalen. Das ist eine klassische Aufgabe der SPD, und mit dem Klimaschutzgesetz haben wir jetzt genau den richtigen Rahmen. Jeder Minister, jede Ministerin wird sich jedes Jahr rechtfertigen müssen, wird jedes Jahr sagen müssen, wie das CO_2 denn wirklich reduziert.

Das haben wir durchgesetzt. Matthias Miersch hat zehn Jahre dafür gekämpft, dieses Gesetz auf den Weg zu bringen. Jetzt haben wir es, und jetzt muss es unsere Aufgabe sein, das auch umzusetzen. Wir sagen jetzt: „Aufbruch in die Neue Zeit“, und das muss uns gemeinsam gelingen. Deswegen bitte ich euch sehr: Unterstützt diesen Antrag. Zeigt, dass wir alle selbstbewusst da herangehen, dass wir eine selbstbewusste Sozialdemokratie sind, die regieren will, die das Leben der Menschen

besser machen will und die dafür kämpft und arbeitet, dass wir das ohne die Union machen können; denn wir können das viel besser mit anderen als mit denen.

Also: Bitte unterstützt diesen Antrag!

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Svenja. - Jetzt hat Kaweh Mansoori das Wort. Ihm folgt Annika Klose und danach Olaf Scholz.

Kaweh Mansoori, Hessen-Süd:

Liebe Genossinnen und Genossen! Der Elefant, der hier ein bisschen im Raum steht, ist doch die Frage: Warum stehen wir bei 15 Prozent?

(Beifall)

Ich finde, darauf muss man hier als Partei auch eine Antwort geben.

Ich gehöre aber nicht zu denen, die sagen, daran sei die CDU schuld, dafür sei die Kanzlerin verantwortlich, sondern ich glaube, das liegt daran, dass wir in Zeiten leben, in denen sich die Gesellschaft individualisiert und polarisiert, in der Egoismen vorherrschen, und dass das an all dem rüttelt, wofür diese Partei steht und wofür diese Partei auch als Kraft der Versöhnung in dieser Gesellschaft steht.

Ich bin selbst Arbeitnehmer. Ich zahle jeden Monat 50 Prozent meines Einkommens für Steuern und Sozialabgaben. Natürlich muss ich einen Beitrag für Dinge, für die Grundrente leisten. Aber wenn die Junge Union „Generationengerechtigkeit“ plakatiert, dann weiß ich, warum ich Mitglied der Sozialdemokratie bin - weil es bei uns um Solidarität geht, liebe Genossinnen und Genossen, und weil wir die Leute nicht gegeneinander ausspielen.

Deswegen freue ich mich, liebe Saskia, lieber Norbert, dass das Thema Solidarität in eurer Rede eine solch große Rolle gespielt hat und dass es in diesem Antrag eine große Rolle gespielt hat, weil es eine Kraft braucht, die in diesem Land zwischen Jung und Alt, zwischen Arm und Reich, zwischen Stadt und Land, zwischen den Kulturen und auch zwischen den Generationen zusammenführt - eine Kraft, die Solidarität für Lebensleistungen organisiert, die Solidarität in der Finanzierung des Gemeinwesens organisiert, die Solidarität auf dem Wohnungsmarkt organisiert und die auch Solidarität organisiert, wenn es um Nachhaltigkeit geht.

Wenn ich höre, was die anderen diskutieren, wo es nur noch darum geht, was die Tonne CO_2 kosten

darf, liebe Genossinnen und Genossen, dann muss ich sagen: Ich komme aus einem Dorf, in dem, als ich noch zur Schule gegangen bin, der Bus sonntags viermal in die Kernstadt gefahren ist. Viele in den Ortsvereinen sagen mir: Immerhin ist er bei dir gefahren!

Aber wenn es nur noch darum geht, wie wir das Leben der Leute verteuern, wenn wir das alles nur noch auf Preisfragen reduzieren, Genossinnen und Genossen, dann wird uns das nicht weiterbringen. Denn die Verteuerung des Lebens rettet nicht die Welt, sondern sie spaltet nur unsere Gesellschaft.

(Beifall)

Deswegen geht es aus meiner Sicht darum, dass wir diese Fragen wieder in den Mittelpunkt der Diskussion bei uns stellen, dass wir Perspektiven für eine gute Zukunft schaffen und dass wir auch benennen, was die ersten konkreten Schritte sind, die wir in einer Bundesregierung gehen können, indem die Spielräume eben nicht so groß sind.

Ich sage aber auch, liebe Genossinnen und Genossen: Bundesregierungen können an Meinungsverschiedenheiten scheitern, aber sie dürfen nicht an schlechten Umfrageergebnissen scheitern. Deswegen muss die Perspektive dieses Parteitags auch relativ klar sein: Lasst uns über Sachen reden, aber lasst uns auch ehrlich mit den Umfrageergebnissen und auch mit den Ergebnissen umgehen! Ich habe keine Angst vor Neuwahlen, weder jetzt noch in zwei Jahren. Aber lasst uns diesen Antrag so beschließen, wie er heute eingebracht worden ist! - Vielen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Das Wort hat Annika Klose. Danach Olaf Scholz und Frank Schwabe.

Annika Klose, Berlin:

Liebe Genossinnen und Genossen! Das ist für mich wie ein kleines Déjà-vu: Auf dem Bonner Parteitag Anfang 2018 stand ich ebenfalls hier vorne, und es ging um eine ähnlich gravierende Weichenstellung. Damals war es die Frage: Gehen wir erneut in eine Große Koalition, ja oder nein?

Eine ähnliche Frage ist es heute. Damals habe ich gesagt, dass ich zukünftig für die SPD wieder in einen Wahlkampf ziehen können möchte, der begeistert - einen Wahlkampf der klaren Haltung und nicht der kleinen Kompromisse, die keiner versteht,

(Beifall)

einen Wahlkampf, in dem wir sagen können, dass es uns nicht um das Regieren um jeden Preis geht, sondern darum, nur eine Regierung mitzutragen, wenn sie tatsächlich die nötigen Antworten auf die Fragen unserer Zeit beantwortet.

(Beifall)

Auch jetzt haben wir wieder genau solch eine Weichenstellung, wenn auch in einer anderen Situation. Ich habe größten Respekt davor, was unsere Regierungs- und Fraktionsmitglieder der CDU in den letzten anderthalb Jahren abgerungen haben das ist keine Frage , dass ihr da gekämpft habt wie die Löwinnen und die Löwen. Und natürlich haben wir auch in der SPD selber als Partei Reformen vorgenommen. Wir haben heute mit Saskia und Norbert eine tolle neue Parteispitze gewählt. Wir haben eine programmatische Abkehr von Hartz IV auf den Weg gebracht. Mit den Parteireformen kämpfen wir ebenfalls um eine Neuaufstellung auch mit Regierungsbeteiligung. Es geht voran!

Aber heute müssen wir uns wieder fragen: Die Groko ist zur Hälfte um - reicht das? Können wir diese Regierungsbeteiligung wirklich mit gutem Gewissen fortsetzen? Ist es möglich, mit der Union das umzusetzen, was für uns Sozialdemokraten und Sozialisten notwendig ist: ein sozialverträglicher Klimaschutz mit Einhaltung der Klimaziele 2030, Umverteilung von oben nach unten, Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft und ein Ende des Sterbens im Mittelmeer?

Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, ehrlich gesagt, nicht, dass das mit der Union möglich ist.

(Beifall)

Ich glaube, dafür brauchen wir progressive Mehrheiten. Dafür müssen wir kämpfen. Das muss unser Ziel sein.

(Beifall)

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, ich weiß auch, dass hier bei vielen der Wunsch besteht, genau das zumindest zu versuchen, diese Gespräche zu führen. Ich muss sagen, Saskia und Norbert, dass ich euch damit vertraue, diese Gespräche zu führen, und dass diese Gespräche jetzt aber mal tatsächlich ergebnisoffen stattfinden, dass ihr den nötigen Kompass habt, diese Ergebnisse am Ende auch entsprechend zu bewerten und auch standhaft zu bleiben.

Mit dieser Erwartungshaltung und in kritischer Solidarität würde ich diesem Antrag zustimmen.

Also, Genossinnen und Genossen, zum Angriff! - Freundschaft!

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Olaf Scholz! Dann Frank Schwabe. Danach Aydan Özoğuz.

Olaf Scholz, Stellvertretender Parteivorsitzender:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ein paar Worte von mir mit einer etwas veränderten Stimme, wie man vielleicht hört. Ich bin wegen einer Erkältung etwas heiser. Aber das soll mich nicht davon abhalten, hier zu sprechen und als Allererstes das zu sagen, was ich dringend notwendig finde: Herzlichen Glückwunsch an Saskia und Norbert! Sie werden die Unterstützung der ganzen Partei für ihre Arbeit als Parteivorsitzende bekommen.

(Beifall)

Die Sozialdemokratische Partei ist wichtig, und eine starke Sozialdemokratische Partei ist wichtig. Denn eine Gesellschaft ohne Sozialdemokratie wäre eine andere. Unser aller Leben und nicht nur unseres als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, sondern unser aller Leben in Deutschland und Europa wäre anders, gäbe es nicht unsere Partei, ihren historischen Beitrag und den Beitrag, den sie für die Zukunft zu leisten hat, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Niemand anders außer uns steht für Fairness und Gerechtigkeit. Niemand anders außer uns findet es wichtig, dass die Gesellschaft zusammenhält und dass das übersetzt bedeutet, dass jeder den gleichen Respekt verdient und dass wir um den Respekt derjenigen, die wenig verdienen, kämpfen müssen: mit besseren Löhnen, mit Mindestlöhnen und mit einer ausreichenden sozialen Sicherung. Das ist die Aufgabe der SPD.

(Beifall)

Das werden wir nur schaffen, wenn wir geschlossen sind - geschlossen nicht, weil wir alle das irgendwie künstlich herstellen und schon immer einer Meinung waren. Wie soll das in einer so großen und so demokratischen Partei gehen? Aber geschlossen, weil wir zusammenfinden, wie über den Prozess zur Wahl einer Vorsitzenden und eines Vorsitzenden, wie aber auch jetzt, als wir darüber diskutiert haben, wie wir die Halbzeitbilanz dieser Koalition bewerten. Wir haben gesagt: Da ist von der SPD, von den Abgeordneten, von den Ministerinnen und Ministern Großes geleistet worden. Sie haben dieses Land im Ringen mit unserem Koalitionspartner sozialer gemacht. Das ist eine große Leistung. Das stellen wir hier gemeinsam fest, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es ist ja auch bemerkenswert, wenn selbst die größten Skeptiker sagen, sie müssten schon mal sagen, dass viel geleistet worden ist, aber dann „Aber dann“ ist das, was jetzt kommt. Was wollen wir für die nächste Zeit erreichen? - Diese Dinge stehen im Koalitionsvertrag und in diesem Antrag, worum es uns in der Zukunft gehen soll.

Ich will ausdrücklich sagen: Zukunftsfähigkeit in dieser Gesellschaft heißt zum Beispiel Entschuldung der Gemeinden, die nicht mehr ein und aus gucken können. Das ist ein Milliardenprojekt, das wir voranbringen wollen.

(Beifall)

Zukunftsfähigkeit heißt zum Beispiel, dass man sich im Arbeitsleben darauf verlassen kann, dass es ein bisschen Sicherheit und Schutz gibt. Die befristeten Arbeitsverhältnisse haben sich in diesem Land in einer Weise ausgebreitet, die nicht mehr ertragen werden kann. Wir wollen das im nächsten Jahr zurückdrängen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Lasst es uns nicht vergessen: Europa ist die große Aufgabe. Das ist nicht nur eine rhetorische Geste. Das ist nichts, was wir mal sagen, weil es gut klingt, sondern das ist etwas, worum es ganz konkret geht. In der Welt der Zukunft wird die Frage, ob wir unser Leben noch beeinflussen können, nicht in den kleinen Nationalstaaten, auch nicht in Deutschland mit seinen 80 Millionen Einwohnern, entschieden, sondern nur in der Europäischen Union und nur mit der Europäischen Union können wir auf den Lauf der Dinge in einer Welt der Globalisierung Einfluss nehmen. Darum geht es doch.

(Beifall)

Auch das will ich noch sagen, wenn wir über die Bewertung dessen reden, was wir zu tun haben:

Es geht um Zuversicht für uns selber, um einen geraden Rücken und darum, dass man sich etwas zutraut und auch glaubt, dass man gewinnen kann. Das gehört aus meiner Sicht dazu. Aber Zuversicht - das ist in Wahrheit die ganz große Frage unserer europäischen Gesellschaft; denn sie geht Stück für Stück verloren, auch bei Leuten, denen es heute noch gut geht. Wir müssen technisch, wirtschaftlich und wenn es um Arbeitsplätze und um die Umwelt geht, daran glauben, dass die Zukunft besser werden kann und dass wir einen Plan haben, wie das geht. Das ist das, was wir in den nächsten Jahren tun müssen. - Schönen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Olaf. - Als Nächster hat Frank Schwabe das Wort.

Frank Schwabe, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Das war ja eine Nummer. Insofern ist es nicht ganz so leicht,

danach zu sprechen. Aber, ich glaube, es tut dem Parteitag gut, dass wir bei allen Unterschieden auch ein hohes Maß an Geschlossenheit haben, liebe Genossinnen und Genossen. Das macht eben auch der vorliegende Antrag aus. Ich finde und bitte um breite Unterstützung , dass es wirklich eine kluge Linie ist, die wir hier vertreten, auf der einen Seite deutlich zu machen, dass es ein paar Dinge gibt, die wir noch abarbeiten können und abarbeiten müssen auch in dieser Großen Koalition , und gleichzeitig klarzumachen, dass es das dann aber entsprechend auch war, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich habe mit Freude zur Kenntnis genommen, dass in den letzten Wochen und Monaten auch eine hohe Bereitschaft da ist, sich zu einigen und nicht nur zu sagen, wo wir heraus wollen nämlich heraus aus der Großen Koalition , sondern auch zu sagen, wohin wir im Jahr 2021 wollen. Ich sehe keine politische realistische Alternative, als eine Regierung mit den Grünen und mit der Linkspartei zu bilden. Ich finde, das können wir dann auch so sagen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Dann höre ich immer: Das ist kompliziert mit den Grünen, weil die Grünen noch nicht so genau wissen, wo sie eigentlich hin wollen. - Dann sage ich: Aber das ist doch nicht unser Problem! Lasst uns doch die Grünen vor diesen Knoten schieben und ihnen genau klarmachen, dass die Grünen aus dem „sowohl als auch“ und „vielleicht“ herauskommen müssen, und ihnen sagen: Ihr müsst euch entscheiden! Wollt ihr dieses Land konservativ mit ein bisschen Ökologie regieren, oder wollt ihr, dass es ein sozialökologisches Reformprojekt gibt? - Dann müssen sich doch die Grünen entscheiden. Am Ende hilft es jedenfalls, glaube ich, der Sozialdemokratie.

Es gibt ein paar Dinge, die wir abarbeiten müssen und die noch offen sind. Als jemand, der aus dem Ruhrgebiet kommt, ist es der Altschuldenfonds und das Thema Grundrente. Aber, Franziska Drohsel, du hast vorhin über das Thema Seenotrettung geredet. Das Thema ist im Leitantrag zur Außenpolitik am Sonntag. Es ist, glaube ich, nur die Sozialdemokratie, die dafür sorgen kann, dass Seenotrettungsorganisationen in der Tat nicht kriminalisiert werden und dass wir das organisieren, was wir brauchen, nämlich mit der EU-Ratspräsidentschaft im nächsten Jahr eine europäische, staatlich organisierte Seenotrettung. Alles andere ist eine europäische Schande. Das kommt nur mit der Sozialdemokratie in Regierungsverantwortung, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir haben das Klimathema offen. Wir haben das Klimaschutzgesetz gemacht. Das ist richtig und wichtig und macht Sinn. Aber die Einzelthemen sind noch nicht durch. Wir müssen den Kohleausstieg organisieren. Wir müssen dafür sorgen, dass es einen vernünftigen Ausbau der erneuerbaren Energien gibt, dass sich nicht Herr Altmaier durchsetzt und wir am Ende Abstandsregelungen bei der Windenergie bekommen, mit denen wir nicht zurande kommen.

(Beifall)

Ich habe mich wegen eines Themas gemeldet und würde mir wünschen, dass mein Antrag auch

noch in diesen Leitantrag hineinkommt. Da sammeln wir ja, was noch alles zu tun ist. Wir haben etwas im Koalitionsvertrag, was noch nicht umgesetzt ist, nämlich die weltweite Verantwortung deutscher Unternehmen. Ich wünsche mir sehr, dass das noch in den Antrag hineinkommt. Deutsche Unternehmen haben nicht nur Verantwortung für die Rechte von Menschen in diesem Land, sondern für die Menschenrechte weltweit, liebe Genossinnen und Genossen. Deswegen möchte ich gerne, dass wir die ILO 169 zum Schutz der indigenen Bevölkerung ratifizieren und dass wir das Zusatzprotokoll zum UN-Sozialpakt noch verabschieden. Ich würde mir wünschen, dass mein Antrag noch in den Leitantrag hineinkommt. - Vielen lieben Dank, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Als Nächste hat Aydan das Wort. Ihr folgt Matthias Miersch, danach Hilde Mattheis.

Aydan Özoğuz, Parteivorstand:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich glaube, eine Sache ist eigentlich aus allen Beiträgen, die wir heute gehört haben, sehr deutlich geworden: Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben einen klaren Gestaltungswillen. Wir wollen sozialdemokratische Politik für dieses Land. Wir wollen das deutlich formulieren. Ich glaube, wenn eines in diesem Antrag alle einen kann, dann ist es, dass sehr ehrlich damit umgegangen wird, zu zeigen, was wir alles erreicht haben, und gleichzeitig zu sagen, was wir noch erreichen wollen, damit es eine sozialdemokratische Politik ist. Wir werden in diesem Land wohl keine Alleinregierung mehr anstreben können. So unrealistisch sind wir, glaube ich, nicht. Es wird immer Kompromisse geben. Aber mit diesem Antrag in dieser Partei zeigen wir, wohin es gehen soll.

Gleichzeitig merken wir doch, dass sich etwas verändert - nicht nur hier bei uns, sondern auch in der Gesellschaft. Es wurde vorhin einmal von einem Elefanten im Raum gesprochen. Ich hätte den anders definiert: Ich glaube, dass wir in einer Zeit sind, in der auch Verunsicherung eine Rolle spielt und in der es durchaus so ist, dass sowohl in Deutschland, aber auch in Europa viele zündeln und etwas Anderes wollen und an diesem Zusammenhalt arbeiten, damit er brüchig wird. Wir erleben nicht nur Trump, der schon genannt wurde, sondern die AfD, Le Pen, Orbán und viele andere Rechtspopulisten, die uns mit ihrer Brutalo-Rhetorik manchmal den Atem verschlagen.

Ich möchte euch einmal daran erinnern: Es war ein Sozialdemokrat, der sich denen immer wieder in den Weg gestellt hat. Es war Martin Schulz mit seiner gesamten Kraft, der im Europaparlament gesagt hat: Ich erlaube das hier nicht! Ich möchte hier andere Töne haben!

(Beifall)

Vielleicht sind wir manchmal auch etwas zu schnell erleichtert, wenn sie nicht die Wahlsieger sind. Denn wir übersehen dabei, wie groß der Zulauf doch gleichzeitig ist, in anderen Ländern, aber eben auch bei uns. Ich möchte das einmal so nennen: Es ist schon eine Art Kriechgift, das durch alle Spalten kommt und sich wirklich schnell verbreitet. Man muss da sehr aufpassen. Wir stehen dem manchmal wütend und manchmal fassungslos gegenüber.

Ich möchte einen Punkt noch einmal besonders nennen: Liebe Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, kaum jemand als Kommunalpolitikerin oder Kommunalpolitiker fürchtet das im Moment nicht. Wir sind diejenigen, die diese Menschen, die sich ehrenamtlich für politische Arbeit engagieren, stärken müssen und von diesem Parteitag ein klares Signal senden müssen, dass Politik in diesem Land angstfrei und ohne Hass und Hetze sein muss. Wer das nicht begreift, dem stellen sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer gegenüber. Es ist gut, dass in diesem Antrag steht: „Online wie offline werden wir uns immer Hass und Hetze gegenüberstellen." - Vielen Dank dafür, liebe Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Matthias! Ihm folgt Hilde Mattheis. Danach hält sich bitte Ralf Stegner bereit.

Matthias Miersch, Parteivorstand:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ja, es ist richtig. Vor uns liegen 30 Jahre eines gesellschaftlichen Umbaus. Dieser gesellschaftliche Umbau wird sich gewaschen haben. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, ich finde auch, wir dürfen uns nicht kleinmachen. Wenn ich die Kritik am Klimapaket höre, dann ist es richtig. Diese Maßnahmen werden in Gänze nicht ausreichen, die Klimaziele zu erreichen. Aber bitte macht euch doch mal die Mühe und vergleicht mal das, was wir augenblicklich beschlossen und durchgesetzt haben, mit dem, was die Grünen bei Jamaika nur skizzenhaft vereinbart haben! Liebe Genossinnen und Genossen, darauf können wir stolz sein!

(Beifall)

Kein anderes Land auf dieser Welt steigt parallel aus der Atomenergie und aus der Kohle aus. Wir haben es durchgesetzt, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Franziska, wenn du sagst, dass dieser Kompromiss hier in dem Leitantrag keine Berücksichtigung findet - doch! Hier sagen wir: Zu diesem Kompromiss dieser Kommission, die Sozialdemokratie pur ist weil wir die gesellschaftlichen Gruppen an einen Tisch geholt und nicht gespalten haben,

sondern die große Transformation tatsächlich mit Gewerkschaften, mit Umweltverbänden, mit Klimaforschern zusammen auf den Weg gebracht haben , stehen wir in diesem Antrag eins zu eins. Das ist ein wichtiges Signal.

(Beifall)

Aber, und das ist richtig: Dieser Kompromiss ist Beschlusslage der Bundesregierung. Er ist aber noch nicht Gesetz. Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, schon allein deswegen müssen wir in den nächsten Wochen und Monaten Druck machen. Ich kann auch sagen: Wenn uns das nicht gelingt und wenn Herr Altmaier weiter blockiert, dann kann man auch zu dem Schluss kommen, dass es nicht mehr geht. Aber jetzt aufzuhören, wo wir so weit sind, wäre ein völlig falsches Signal, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Zu einigen, die sagen, es gibt einen Hebel, mit dem man alle Klimaschutzziele erreichen kann, nämlich mit einer entsprechenden CO_2-Bepreisung: Ja, auch ich bin dafür, dass es einen höheren CO_2-Preis gibt, wie wir ihn verlangen. Aber ich sage: Bitte ganz vorsichtig bei diesem Thema! Wenn von einer Lenkungswirkung durch Preis gesprochen wird, dann heißt das, dass man Menschen über die Bepreisung zu ihrer Verhaltensänderung zwingt. Liebe Genossinnen und Genossen, wenn man es nicht ganz sorgfältig flankiert und vor allen Dingen den Menschen keine Alternativen bietet, dann werden die, die viel haben, sich weiter jede Umweltverschmutzung leisten können, aber viele nicht. Das können wir nicht wollen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Als Nächste hat Hilde das Wort. Ihr folgt Ralf Stegner, danach Michaela Engelmeier.

Hilde Mattheis, Baden-Württemberg:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich war froh über die Inhalte, die Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken hier eingebracht haben. Ich war froh, weil es in meinen Augen darum geht, dieses „Nicht weiter so!“ zu vermitteln. Wir können nicht so weitermachen.

Vor zwei Jahren, als wir uns in Bonn getroffen und gesagt haben „Lasst uns ergebnisoffen darüber diskutieren, ob wir in die Große Koalition gehen oder nicht!“, waren viele dagegen und haben mit vielen guten Argumenten geliefert: Nein, noch einmal Große Koalition macht unsere Partei klein! - Die Umfragen zeigen: Wir kommen nicht über 30 Prozent, wir kommen nicht über 15 Prozent, wir kommen zwischen 13 und 15 Prozent. Wir haben damals gesagt: Lasst uns drei Punkte für den

Eintritt in die Große Koalition nennen, die unsere Eckpfeiler sind. Das war die Parität in der Krankenversicherung das haben wir hingekriegt , den Familiennachzug ordentlich hinzukriegen das haben wir nur ganz schwach hingekriegt; ich sage mal, Seehofer hat sich da durchgesetzt und dann die sachgrundlose Befristung. Dann haben wir gesagt: Okay, alle, die jetzt noch zweifeln, lasst uns nach zwei Jahren hier eine Art Bilanz machen!

Jetzt liegt dieser Leitantrag mit vielen wichtigen und richtigen Punkten vor, wo wir sicherlich noch die eine oder andere Nachschärfung hinbekämen. Aber ich sage euch: Es wird uns nicht helfen. Wir müssen raus aus dieser Großen Koalition! Es wird uns nicht helfen!

(Beifall)

Wir werden als Anhängsel wahrgenommen. Wir werden nicht als die Antreiber wahrgenommen. Wenn ich alle diese Punkte, die hier heute genannt wurden, was wir alles noch tun sollten, zusammenrechnen würde und wir uns alle ehrlich machen würden und feststellen müssten, ob das in der Großen Koalition zu erreichen ist, müssten wir alle sagen: Nein, das wird nicht funktionieren, die Schwarzen werden da nicht mitmachen.

(Beifall)

Also frage ich euch: Warum sollten wir einen schleichenden Tod hinnehmen? Wir werden bei der nächsten Wahl nicht stärker werden. Wenn wir uns jetzt hier hinstellen und sagen „Leute, wir haben die Bilanz gemacht und stellen fest, dass wir nicht als die Partei für soziale Gerechtigkeit wahrgenommen werden und dass unsere Glaubwürdigkeit noch weiter abgeschliffen wird“, dann lasst uns in den Erneuerungsprozess gehen und lasst ihn uns ernst nehmen! Unsere Inhalte, die wir heute genannt haben, sind richtige Inhalte. Wir müssen den Mut haben, diese Inhalte auch zu transportieren, indem wir sagen: Hallo, kein schleichender Tod, sondern eine klare Kante. Wir müssen sagen: Diese SPD will wieder für andere Bündnisse stark werden!

Wir haben festgestellt, dass wir in der Großen Koalition die Positionen so verwischt haben, dass die politischen Lager nicht mehr erkennbar waren. Die Rechten werden stärker. Wir kriegen es nicht hin, dass diese Gesellschaft uns als Alternative erkennt.

Wenn wir jetzt den Strich machen, dann bleibt nur eins, Leute: Guckt euch den IniAntrag 7 an und stellt bitte fest: Wenn diese SPD wieder stark werden soll - und das wollen wir doch zusammen -, dann brauchen wir eine andere Konsequenz. Und ich meine, mit Walter und mit Eskia kriegen wir das hin. - Danke.

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Als Nächstes hat das Wort Ralf Stegner, danach Michaela Engelmeier, und dann hat das Wort Jochen Ott.

Ralf Stegner, Stellvertretender Parteivorsitzender:

Liebe Genossinnen und Genossen, dieser Leitantrag strahlt das aus, was unser Parteitag ausstrahlen sollte, nämlich Aufbruch und Zusammenhalt. Um beides geht es nämlich. Es geht um eine selbstbewusste SPD, die für das steht, was sie will und wo auch klar gesagt wird: Wir wollen kein Weiter so, aber wir wollen auch keine Flucht aus der Regierungsverantwortung; dann gibt es nämlich keine Grundrente und gar nichts, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Eine selbstbewusste SPD ist eine, bei der die neugewählte Parteiführung solidarisch ist mit den Kabinettmitgliedern, aber bei der die Partei über das hinausdenken darf, was so eine Koalitionslogik erlaubt. Wenn wir uns nur auf die Koalition beziehen, machen wir uns ganz klein, und zwar in beiderlei Hinsicht. Wenn wir sagen, wir müssen raus, weil es uns schlecht geht, Genossinnen und Genossen: Der Bevölkerung ist es egal, wie es der SPD geht. Die wollen wissen, dass die Rente reicht, dass man die Miete bezahlen kann, dass es in der Pflege geht und mit der Bildung. Darum geht es, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Umgekehrt gilt das Gleiche. Wenn wir uns auf das reduzieren, was mit der Union geht, dann ist das zu wenig. Denn natürlich wollen wir eine andere Koalition. Aber dazu müssen wir in erster Linie wieder selber stärker werden und müssen unseren Kompass wiederfinden.

Deswegen hat dieser Antrag drei Elemente. Er beschäftigt sich mit dem, was wir geschafft haben. Das ist so schlecht nicht. Manchmal ist unsere Öffentlichkeitsarbeit lausig, was das angeht, uns für das zu loben, was wir erreichen.

Zweitens geht es um die Dinge, die wir noch erreichen können; der Matthias hat da was angesprochen. Beim Klimaschutz wissen wir doch selber: Wenn das bei der Windenergie so bleibt, dann schaffen wir die Klimaschutzziele nicht, und das ist nicht verantwortbar gegenüber der jüngeren Generation. Das dürfen wir nicht. Aber wer setzt das denn sozialverträglich um, wenn nicht wir? Das können doch nur wir. Die anderen würden das nicht tun.

Der dritte Teil ist der, über den wir mit der Union streiten. Wir haben die nicht geheiratet. Ganz im Gegenteil: Das ist eine Lebensabschnittspartnerschaft auf Zeit. Im dritten Teil wird über die Dinge gestritten, die was taugen für die nächsten Wahlkämpfe. Wenn die zum Beispiel Steuererleichterungen wollen für die Millionäre, wollen wir eine Kindergrundsicherung haben gegen Kinderarmut und 12 Euro Mindestlohn, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Politik heißt etwas wollen, hat Olof Palme gesagt. Oder um es mit den Worten Herbert Wehners

auszudrücken: Politik ist die Kunst, das Notwendige möglich zu machen. - Dazu gehört übrigens auch, dass wir diejenigen sind, die in der ersten Reihe stehen und dafür sorgen, dass die Rechten wieder rausfliegen aus den Parlamenten. Das schaffen wir nur, wenn wir Verantwortung übernehmen, Genossinnen und Genossen. Das ist unser Auftrag.

(Beifall)

Deswegen ist dieser Leitantrag einer, der unseren neugewählten Vorsitzenden die Beinfreiheit gibt, das zu machen, was jetzt nötig ist. Ich finde, es nützt nichts, Solidarität immer zu beschwören, aber sie in der eigenen Partei nicht anzuwenden. Das gilt auch für uns selbst mit der Solidarität, um das mal deutlich zu sagen. Deswegen brauchen die neuen Vorsitzenden unsere Unterstützung, und wir brauchen eine kluge Haltung zu dem, was wir in der Regierung bewegen können.

Die Union macht übrigens auch Dinge, die wir nicht wollen. Frau Kramp-Karrenbauer möchte gerne Bodentruppen in den Nahen Osten schicken. Das wäre eine Katastrophe. Wer soll das denn verhindern, wenn nicht wir, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deswegen: Kooperation ja, keine Verzagtheit. Lasst uns gemeinsam darangehen, als selbstbewusste SPD dafür zu sorgen, dass wir 125.000 Mitglieder - die größte Partei sind wir immer noch - mehr bekommen als die 13 bis 15 Prozent in den Umfragen.

Genossinnen und Genossen, vielen herzlichen Dank. Stimmt für den Leitantrag!

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Michaela, dann Jochen Ott, und danach folgt Anna Rasehorn.

Michaela Engelmeier, Parteivorstand:

Liebe Genossinnen und Genossen, seit 156 Jahren verbessern wir das Leben der Menschen in unserem Land kontinuierlich, und seit 156 Jahren haben wir auch einen großen Leitspruch, den wir vor uns hertragen. Der heißt: Solidarität. Seit 156 Jahren war es üblich, dass wir uns hinter unseren Vorsitzenden versammelt haben, und zwar ganz egal, ob es die Vorsitzenden waren, die wir uns gewünscht haben oder nicht, die wir gewählt haben oder nicht.

Ich vermisse ein bisschen dieses Prinzip des Versammelns, ich würde mal sagen: seit Andrea Nahles. Denn Andrea Nahles hat wie keine andere erfahren, wie es ist, dass man von seiner eigenen Partei

so schlechtgeredet wurde, dass das passiert ist, was passiert ist. Ich glaube, wir müssen aufhören damit, Genossinnen und Genossen. Wenn wir diese Partei wieder vereinigen wollen, dann müssen wir zusammenstehen, und dann dürfen keine Grabenkämpfe mehr stattfinden.

Vor einer Woche hat unweit von hier, 250 Kilometer, diese Alternative für Deutschland ihren Reichsparteitag abgehalten. Und das, liebe Genossinnen und Genossen, sind unsere politischen Gegner: diese Nazis, die dort gewählt worden sind. Ich weiß nicht, was ihr euch angetan habt und ob ihr euch die eine oder andere Rede angehört habt. Aber unsere Feinde sitzen nicht in unserer Partei, sondern die sitzen dort.

(Beifall)

Deswegen bitte ich euch: Stärken wir heute Saskia und Norbert den Rücken und stimmen wir diesem Leitantrag, der wirklich jetzt in der letzten Zeit, die letzte halbe Woche, zusammengesetzt wurde, zu. Spalten hilft überhaupt nichts. Ich glaube auch, es hilft uns nicht weiter. Denn wenn wir auf den Straßen unterwegs sind - mir passiert das jedenfalls immer wieder -, sprechen einen die Leute an und sagen: Hören Sie mal, Frau Engelmeier, was machen Sie da eigentlich in der SPD? Sie beschäftigen sich mit sich selber, aber Sie beschäftigen sich nicht mehr mit den Menschen in unserem Land.

Wenn ich mir das, was wir jetzt überprüft haben, angucke, dann kann ich doch nur sagen, liebe Genossinnen und Genossen: Das ist doch großartig. Die Grundrente kommt. Es ist ein Unterhaltsvorschuss - ich weiß nicht, ob das alle schon verdrängt haben - für Frauen, Alleinerziehende, die übrigens immer am Rand der Gesellschaft an und meistens keine Kohle haben, um ihre Kinder tatsächlich wunderbar so aufzuziehen, dass sie überall teilhaben können. All diese Dinge sind passiert. Auch die Parität bei der Krankenversicherung. Klar haben wir das mal weggemacht. Aber wir haben es zurückgeholt. Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, wünsche ich mir, dass wir heute mit breiter Brust hier rausgehen, dass von diesem Parteitag eine Aufbruchsstimmung kommt, dass die Menschen im Land sehen: Die Sozialdemokraten sind diese großartige Partei, die für die Menschen in diesem Land da ist.

Ich will schließen mit einem Zitat. Ich zitiere mal Johannes Rau: Versöhnen statt spalten. Freundschaft, Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Jochen Ott ist schon bereit. Ihm folgt dann Yasmin Fahimi.

Jochen Ott, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist viel über Neuanfang und Vertrauen gesprochen worden. Ich will noch mal auf Reiner Hoffmann zurückkommen. Der hat gesagt: Wenn wir Gewerkschafter Tarifverträge verhandelt haben, dann gehen wir nachher hin und sagen, was wir gut gemacht haben und sagen nicht, was alles danebengegangen ist. - Ich denke, eine Grundvoraussetzung, dass es nach vorne geht, ist das, was Michaela gerade auch gesagt. Lasst uns endlich über das, was gelungen ist, gut sprechen, und lasst uns auch mal loben. - Auch Sozialdemokraten dürfen loben und Sozialdemokratinnen auch.

Genossinnen und Genossen, das, was jetzt noch kommt, ist für uns wichtig. Für uns im Rheinland ist besonders wichtig, dass wir das Strukturstärkungsgesetzt bekommen. In unserer Region, gerade im rheinischen Revier, haben viele Menschen Sorgen. Sie wissen nicht, wie dieser Strukturwandel vonstattengehen soll. Wenn wir nicht wollen, dass die Falschen die Ängste mobilisieren, dann müssen wir Hoffnung und Zuversicht verbreiten; das wurde mehrfach gesagt. Das ist unsere Aufgabe. Deshalb brauchen wir diesen Beschluss zum Strukturstärkungsgesetz.

(Beifall)

Wir brauchen den Altschuldenfonds. Wenn wir nicht wollen, dass in den Kommunen die Räte überhaupt nicht mehr handlungsfähig sind, dass sie vor Ort gar keine Entscheidungen mehr im Sinne der Demokratie treffen können, wenn wir nicht wollen, dass auch da wieder die Falschen gewinnen, die heute immer beschworen werden, dann müssen wir die Altschuldenregelungen jetzt endlich durchsetzen, so wie Olaf das gesagt hat.

Beim Rechtsanspruch auf den Ganztag kann ich als Bildungspolitiker nur sagen: Es kommt darauf an, dass wir ein Bildungsangebot, einen Rechtsanspruch auf den Ganztag jetzt verwirklichen, liebe Genossinnen und Genossen, damit sozialer Aufstieg überall in Deutschland auch im Bildungsbereich möglich wird.

Ich darf bei der Gelegenheit mal sagen, dass der CSU-Ministerpräsident auch den Koalitionsvertrag infrage stellt, indem er einfach den Nationalen Bildungsrat aufkündigt. Ich halte es für eine sozialdemokratische Politik, dafür zu sorgen, dass wir bundesweite Standards haben, an denen wir uns gemeinsam im Sinne der Kinder orientieren können.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, dass deshalb noch eine ganze Menge zu tun ist, und ich halte es für richtig, dass wir beides tun: in der Regierung unsere Aufgabe erledigen, aber gleichzeitig das tun, was Saskia und Norbert heute deutlich gemacht haben, nämlich, auch eine inhaltliche Neuausrichtung der Partei vorantreiben. Und das geht auch.

Die Ökonomisierung aller Lebensbereiche muss beendet werden, und ich sage ganz klar: Das gilt auch für den ökologischen Bereich. Wenn wir jetzt anfangen - so wie die Grünen das tun -, alle Antworten für mehr Klimaschutz rein neoliberal zu formulieren, dann ist das der falsche Weg, und wir werden die Menschen verlieren auf dem Weg zu mehr Klimaschutz.

Deshalb geht es für mich darum, dass wir beides tun, und beides geht auch; da bin ich anderer Mei-

nung als Franziska. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir uns einerseits mit einem klaren linken Profil aufstellen müssen, wie es Norbert heute beschrieben hat, und zum anderen müssen wir eine verlässliche Regierungsarbeit leisten, weil die Menschen - das hat Michaela gesagt - seit einem halben Jahr den Eindruck haben, wir beschäftigen uns nur mit uns selbst. Jetzt ist der Klärungsprozess abgeschlossen, jetzt geht es darum, zu zeigen, was wir für Deutschland noch alles auf der Pfanne haben. Deshalb: Stimmt für diesen Antrag! - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Es folgt Yasmin Fahimi, dann Kevin Hönicke und danach Philipp Türmer.

Yasmin Fahimi, Hannover:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich wünsche mir von diesem Parteitag heute, dass wir für die Menschen da draußen eine andere Botschaft haben, als den Umgang mit der Frage, wie wir es mit der GroKo halten. Die Menschen erwarten von uns Antworten und Handeln.

(Beifall)

Als Erstes müssen wir deswegen anfangen, unsere Regierungsarbeit auch selber wertzuschätzen; wir müssen aufhören, sie kleinzureden. Ja!

(Beifall)

Und wir brauchen zweitens auch Perspektiven nach vorne, Perspektiven, die wir heute hier verabreden können, um deutlich zu machen, dass sie tatsächlich aus der Mitte dieser Partei von Herzen getragen sind und dass wir eine Vorstellung von morgen haben.

Unbedingt aus der GroKo raus, ist aber keine Botschaft, die da draußen bei den Menschen tatsächlich ankommt, sondern sie erwarten, dass wir für sie kämpfen, dass wir etwas für sie erreichen, und wir haben eine Menge für sie erreicht. Wir haben die Parität geschaffen, wir haben den Soli für 90 Prozent der Beschäftigten abgeschafft, wir haben ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz geschaffen, wir haben einen Digitalpakt Schule für 5 Milliarden Euro auf den Weg gebracht, wir haben das Gute-Kita-Gesetz für 5 Milliarden Euro erreicht. Ich könnte jetzt unendlich so weitermachen. Liebe Genossinnen und Genossen, das sind wesentliche Meilensteine, für die wir auf unserem Weg in die Zukunft gekämpft haben.

Und: Ja, wir müssen die Rente auf neue Füße stellen. 2025 kommen die Probleme erst so richtig auf uns zugerollt; aber das ist doch kein Widerspruch zur Regierungsarbeit. Hubertus Heil hat gerade

eine Grundrente ausverhandelt, und zwar ohne die leidige umfassende Bedürftigkeitsprüfung. Darauf können wir verdammt stolz sein, und dafür können wir mal „Danke, Hubertus“, sagen.

(Beifall)

Und: Ja, wir müssen die Kommunen endlich wieder handlungsfähiger machen, die Kommunen, die die Verhältnisse im Lebensumfeld aller gestalten, von denen wir wollen, dass sie Daseinsvorsorge sicherstellen - nicht nur für Abwasser und Straßen, sondern auch für Pflege, für Wohnen, für digitale Teilhabe. Und das ist kein Widerspruch zur Regierungsarbeit, sondern mit dem Digitalpakt und mit einem Altlastenfonds hat Olaf den Weg dafür freigemacht. Und auch dafür ist es Zeit, einfach mal zu sagen: Danke, Olaf.

(Beifall)

Unsere Regierungsarbeit ist kein Flickwerk fauler Kompromisse. Sie schafft wichtige Meilensteine inmitten einer Transformation, und was wir sicherstellen müssen, ist Politik aus einem Guss, wo wir gemeinsame Antworten und gemeinsames Handeln zusammenbringen, wo wir also Programm und Regierung zusammenbringen.

Die Botschaft „Wir haben nicht genug regiert und wollen uns erst mal selber finden“ wird niemanden begeistern. Wer wählt denn schon eine Selbsthilfegruppe in den Bundestag?

Dinge vom Ende aus zu denken, liebe Genossinnen und Genossen, wie es so schön heißt, bedeutet eben, Ergebnisse zu liefern. Unser Feind, liebe Genossinnen und Genossen - das wissen wir, und das haben wir ja oft genug gesagt -, steht rechts. Und neben den ekelhaften, menschenverachtenden und hasserfüllten Faschoreden, die wir uns im Bundestag regelmäßig anhören müssen, müssen wir uns vor Augen führen, dass die vor allem ein Ziel haben, nämlich, die Demokratie von innen auszuhöhlen und jede Form des Kompromisse-Findens, des Zusammenhalts, zu verhöhnen. Sie setzen lieber auf Massenklicks als auf verantwortliche Politik, und diesem Zeitgeist dürfen wir uns nicht unterwerfen.

Lassen wir uns nicht anstecken von diesem Zeitgeist, der an der Oberfläche surft und mit Angst spielt! Lasst uns nicht besoffen reden in einer Debatte um GroKo oder No-Groko, die manchmal hier und da schon brexitähnliche Formen angenommen hat! Lasst uns gemeinsam eine Politik aus einem Guss schaffen, in der wir Zukunftsperspektive und gemeinsame Handeln zusammenbringen!

Das ist für mich das Ergebnis der Halbzeitbilanz und gleichzeitig der Auftrag nach vorne. Zuversicht, Zusammenhalt, Zukunft: Das ist die Neue Zeit. - Vielen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Als Nächster hat Kevin das Wort - dann Philipp Türmer und dann Delara Burkhardt.

Kevin Hönicke, Berlin:

Liebe Genossinnen und Genossen! Annegret Kramp-Karrenbauer - alias AKK - verärgert mich und die CDU mit mancher Aussage nun schon seit Wochen. Aber genau heute vor zwei Wochen hat sie auf dem CDU-Parteitag etwas sehr Wichtiges und Richtiges gesagt. Sie sagte: Wenn der skizzierte Weg nicht der ist, der gegangen werden soll, dann lasst es uns heute aussprechen, und dann lasst es uns heute auch beenden. - Ja, darum sollte es gehen: Es aussprechen und gegebenenfalls dann auch beenden.

Als wir vor zwei Jahren immer wieder über die GroKo diskutiert haben, habe ich in Debatten oft gesagt, dass es eben nichts bringt, ein totes Pferd immer wieder neu zu reiten. Und genau so ist es aktuell.

Wir als SPD arbeiten hart. Wir sind die Fleißigen in dieser Regierung. Wir bringen das Land voran. Wir als SPD gestalten, und wir haben die Ziele. Aber wir müssen eben auch viel Energie aufbringen für die ständige Wiederbelebung der toten CDU/CSU als Pferd in der GroKo. Wir müssen so viel Energie mit den Streitereien und Unsinnigkeiten der CDU/CSU aufbringen, dass auch die Politik in unserem Land darunter leidet. Aber vor allem kommen wir mit der sozialen Gerechtigkeit in diesem Land nur langsam voran, weil gerade der Kampf beim Thema Gerechtigkeit immer gegen die CDU/CSU und hart geführt werden muss.

Daher müssen wir mutig sein, und wir sollten die Wählerinnen und Wähler vor eine Entscheidung stellen. Wir sollten sie fragen: Wollt ihr diese tief zerstrittene, aber eben marktkonforme und gerechtigkeitsscheuende CDU/CSU, oder wollte ihr eben die SPD, welche für dieses Land für soziale Gerechtigkeit steht, für den Zusammenhalt kämpft und eben der Kitt in dieser Gesellschaft sein möchte? Selbstbewusst sollten wir dabei natürlich zu unseren Leistungen stehen. Aber selbstbewusst sollten wir eben auch sagen: Die Leistung bringt die SPD. Die SPD liefert, die restliche GroKo eben nicht.

Ich möchte nicht mehr, dass die SPD eine CDU/CSU an der Regierung hält, welche die Altersarmut und die Grundrente als Erpressungspotenzial gegenüber der SPD nutzt. Ich möchte nicht mehr, dass die SPD eine CDU/CSU an Regierung hält, welche ihr Verhalten zu der AfD und zu den Rechten nicht klärt und dort auch immer wieder zündelt. Ich möchte nicht mehr, dass die SPD die Partei ist, die die CDU/CSU an der Regierung hält, welche lieber die 10 Prozent der Reichsten durch die Abschaffung des Soli entlasten möchte, aber nichts für die Kindergrundsicherung und die Bürgerversicherung übrig hat. Ich möchte nicht mehr, dass die Gesellschaft darunter leidet, dass die Hoffnungen vieler Menschen an die CDU/CSU so oft enttäuscht werden und sie nicht verstehen, warum wir als soziale Ritter der SPD das immer wieder mittragen.

Wir haben klare Angebote, und wir kämpfen. Franziska, ich und andere haben eben einen Ände-

rungsantrag eingebracht, der das Ende der GroKo inhaltlich begründet, aber auch entscheidet.

„No-GroKo“, können wir sagen, und wir sagen lieber: Nein. Lasst uns mutig voranschreiten in die Neue Zeit des sozialen Wandels zum Wohle der Mehrheit - ob durch Neuwahlen oder in der Opposition. Angst vor Wahlen haben wir als SPD auf keinen Fall - und auch nicht vor der Arbeit in der SPD. Aber wir wollen uns eben auch nicht weiter kleinmachen lassen, kleiner schälen lassen als ein Kohlrabi.

Wer überzeugt ist, kann andere überzeugen. Lasst uns das genau heute mit dem Änderungsantrag machen! Ich bin überzeugt. - Vielen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Als Nächstes hat das Wort der Philipp, der dankenswerterweise auch schon da ist. Die Delara hält sich bereit, und ihr folgt Hendrik Bollmann.

Philipp Türmer, Hessen-Süd:

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir sind eine streitbare Partei, und die letzten Jahre haben wir sehr viel gestritten. Wir haben um den Eintritt in die GroKo gestritten, und wir haben zuletzt um die neue Parteispitze gestritten.

Wir haben diesen Streit jetzt entschieden. Jetzt muss der Zeitpunkt sein, an dem wir wieder in den Konflikt mit der Union gehen und hier unsere Kräfte hinter den neuen Parteivorsitzenden und auch hinter diesem Antrag bündeln.

(Beifall)

Es kann nicht sein, dass die Konservativen glauben, sie könnten vier Jahre lang die Scheuklappen aufsetzen und durch die Koalition laufen, als ob sich nicht neue Herausforderungen in dieser Welt ergeben würden.

Deshalb ist es richtig, dass wir in Nachverhandlungen gehen. Und diese Nachverhandlungen sind keine Show. Sie sind ergebnisoffen. Die meinen wir sehr ernst, und das wird die Union merken.

Millionen junger Menschen, meine Generation und jünger, gehen jeden Freitag auf die Straße, weil sie meinen: Das, was wir bisher im Klimapaket beschlossen haben, reicht nicht. - Wir müssen diese Stimmen hören. Wir müssen uns an die Spitze dieser Bewegung setzen und aus dem scheinbaren Widerspruch zwischen Klima und Beschäftigung, in den wir uns zum Teil hineinmanövriert haben,

rauskommen. Nur wenn wir als Sozialdemokratie das realisieren, dann sehen wir, dass Arbeit und Klima keine Widersprüche sein müssen, sondern gemeinsam gedacht werden können. Wir müssen endlich aufwachen. Der Antrag geht da an vielen Stellen in die richtige Richtung, aber es gibt auch einige Änderungsanträge, die den Antrag noch besser machen.

(Beifall)

Wir werden die Verteilungsfrage stellen. Hier möchte ich kurz die Rolle wechseln und nicht mehr als stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender, sondern als Kommunalpolitiker sprechen.

Ich komme aus Offenbach. Das ist eine der am meisten verschuldeten Städte dieses Landes. Ich weiß, was es bedeutet, dass es in der Schule keine iPads gibt, und wenn man froh sein muss, wenn es bei Regen nicht durch die Decke tropft. Diesen Kommunen müssen wir helfen. Wir sind in den Kommunen stark, und das müssen wir uns bewahren. Der Antrag enthält einige wichtige Regelungen zu Altschulden. Das reicht aber nicht. Wir müssen auch an die Ursachen ran, aufgrund derer viele Kommunen so verschuldet sind.

Deshalb stelle ich den Änderungsantrag, dass wir uns der Forderung des Bundesrates anschließen, dass 75 Prozent der Kosten der Unterkunft für die Kommunen vom Bund übernommen werden. Dazu gibt es einen einstimmigen Bundesratsbeschluss. Ich möchte, dass wir das auch in den Antrag aufnehmen und uns so an die Seite der Kommunen stellen. In vielen Kommunen stehen Kommunalwahlen an. Da müssen wir gut abschneiden. Das wird die Probe sein, ob Erneuerung wirklich gelingen kann. Ich bitte euch um Zustimmung zu diesem Änderungsantrag. - Danke.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Philipp. - Delara, dann Hendrik Bollmann; ihm folgt Nina Scheer.

Wir haben jetzt inklusive der gerade von mir genannten noch 16 Wortmeldungen hier oben liegen. Insofern würde ich gerne den Vorschlag unterbreiten, dass wir, wenn wir diese Wortmeldungen abgearbeitet haben, die Rednerliste danach schließen. Denn ansonsten wird der weitere Ablauf des Programms etwas schwieriger. Regt sich dagegen erheblicher Widerspruch? - Weniger erheblicher. Dann machen wir das so. Danke schön. - Delara, du hast das Wort.

Delara Burkhardt, Schleswig-Holstein:

Moin, liebe Genossinnen und Genossen! Zeitgleich zu unserem Parteitag kommt in Madrid bei der COP25 die Weltgemeinschaft zusammen, um über die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens zu sprechen. Das Ziel, die Erderhitzung auf 1,5 °C zu begrenzen, ist ambitioniert - die Maßnahmen sind

es nicht. Momentan führen alle Maßnahmen, die die Vertragsunterzeichnerinnen vorgeschlagen haben, dazu, dass die Erderhitzung weiter um 3 °C steigt. Dann - das sage ich nicht nur als Schleswig-Holsteinerin - steht uns das Wasser buchstäblich bis zum Hals.

Wir haben im Europäischen Parlament deswegen vergangene Woche den Klimanotstand ausgerufen. Christdemokraten und Liberale sprachen daraufhin von „Panikmache", von „Klimahysterie". Ich frage euch: Welche andere Wahl bleibt uns denn, als den Zustand des Klimas als Notstand zu bezeichnen? Die Temperaturen steigen stärker, mehr Arten verschwinden einfach von unserem Planeten, mehr Menschen verlieren ihre Lebensgrundlage, mehr Menschen sind auf der Straße, in mehr in Studien wird geschrieben - und das ist das Einzige, was sie sagen - : Handelt doch so, dass wir unsere eigenen Ziele einhalten können!

Vor diesem Hintergrund schaue nicht nur ich auf Berlin, auf das Klimapaket, und sage: Das reicht nicht. Der Kompromiss zeigt deutlich: Es gibt keine echte ökologische soziale Wende mit der CDU/CSU. Auch auf europäischer Ebene hat Deutschland da leider eher gebremst. Ein neuer Aufbruch für Europa, wie im Koalitionsvertrag versprochen, ist da nicht zu spüren.

Nehmen wir die aktuelle Diskussion um die Erhöhung der EU-Klimaziele für 2030 und 2050. Unter der Anführung der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament haben wir gefordert, dass wir bis 2030 auf 55 Prozent Treibhausemissionsreduktion gehen wollen. Und bis 2050 wollen wir in einem Klimagesetz festschreiben, dass dieser Kontinent klimaneutral werden soll. Dazu hören wir von der Bundesregierung zu wenig, und das liegt ausdrücklich nicht an Svenja. Das liegt an den Scheuers, an den Klöckners und an den Altmaiers, die die sozialökologische Neuausrichtung bremsen. Ich weiß das. Aber den Millionen jungen Menschen auf der Straße, die sich anhand der Klimafrage politisieren, die die SPD nur als Teil der GroKo kennen, müssen wir doch erklären, wo wir hinwollen. Und das macht der Antrag.

(Beifall)

Wenn wir über Investitionen im Rahmen einer Just Transition sprechen, dann gibt es das nicht für lau. Da muss die finanzielle deutsche Beteiligung am EU-Haushalt steigen. Das steht übrigens auch im Koalitionsvertrag. Nach mehr Europa - darum bitte ich - soll man nicht nur alle fünf Jahre rufen, sondern das muss man auch in der Bundesregierung voranbringen.

(Beifall)

Es ist möglich, ambitionierte Klimapolitik und soziale Gerechtigkeit zu verbinden. Viel mehr noch: Ich glaube, es ist sogar eine Grundvoraussetzung dafür. Deswegen betont auch unser Green New Deal Kommissar Frans Timmermans das immer wieder. Denn wer, wenn nicht wir, kämpfen sowohl für eine Klimapolitik für die Menschen, die Angst vor dem Ende der Welt haben, als auch für diejenigen, die Angst vor dem Ende des Monats haben?

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin vor zehn Jahren in die SPD eingetreten. Mit Blick auf die Tabellenergebnisse muss ich sagen: Ich bin wahrlich kein Erfolgsfan. Aber wenn ich mit Genossin-

nen und Genossen spreche, die unter Willy Brandt eingetreten sind, dann sagen die nicht, dass sie in die SPD eingetreten sind, weil sie so Bock auf geile Kompromisse haben. Die sagen, sie sind in die SPD eingetreten, weil sie Lust auf Zukunft macht.

(Beifall)

Wenn sich die CDU weiter der Bremseritis verschreibt, dann müssen wir eben auch sagen: Wir gehen mit diesem Papier in die Verhandlungen, und wenn sie weiter bremsen wollen, dann ohne uns, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Delara. - Hendrik Bollmann, dann Nina Scheer. Ihr folgt Stephan Grüger.

Hendrik Bollmann, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Der Test - ich will einfach mal den Rückenwind aus Offenbach mitnehmen, der gerade gekommen ist - für das Vertrauen vieler Menschen in Demokratie und Parteien wird auch über die Frage entschieden, ob vor Ort der Sportplatz gebaut werden kann, ob modernisiert werden kann, und ob das auch für die Schulgebäude gilt.

Dieser Test wird von Bürgerinnen und Bürgern in armen Städten besonders intensiv vorgenommen. Denn sie sind darauf angewiesen, dass sich der Staat in Form seiner Städte um sie kümmern kann.

(Beifall)

Deswegen ist es gut, dass das Engagement für eine Altschuldenregelung im Leitantrag steht. Im Antrag 7 auf Seite 38 steht: Wir wollen endlich eine Lösung für die kommunalen Altschulden erreichen, damit die überschuldeten Kommunen wieder Luft zum Atmen haben.

Es gibt jedoch Kommunen, für die wird kurzfristig nicht mal eine Altschuldenregelung reichen, weil ihnen durch die hohen Sozialkosten schon kurzfristig die Luft zum Atmen genommen wird. Sie befinden sich vor allem im Ruhrgebiet, aber auch in anderen Regionen von Deutschland. Für sie ist eine Altschuldenregelung nicht nur eine Seite der Schuldenmedaille. Deswegen schlägt die Ruhr-SPD, unterstützt durch den NRW-Landesverband, folgende Ergänzung vor: Kurzfristig benötigen wir über den Koalitionsvertrag hinausgehend eine Entlastung der am stärksten verschuldeten Kommunen bei den Sozialkosten, damit sie auch konjunkturabhängig Handlungsfähigkeit behalten. Wir müssen die Partei sein, die für die Einhaltung der Konnexität und damit die gerechte Verteilung von Lasten steht.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich fordere nicht, sondern ich bitte euch, für die ärmsten Kommunen, für die ärmsten Städte und Gemeinden dieser Republik hier um die Solidarität und um Unterstützung. - Vielen Dank fürs Zuhören.

An diejenigen, die sich fragen, wie man das vielleicht mit der CDU durchsetzen kann, gebe ich einen Hinweis: Ich komme aus Herne im Ruhrgebiet. Da ist ein sogenannter Paul Ziemiak gegen Michelle Müntefering krachend gescheitert bei der Kandidatur zur Bundestageswahl. Er nennt sich heute Generalsekretär. Er meint auch, sich dort besonders um unsere Stadt kümmern zu müssen. Deswegen ein Tipp: Grüße an Paul Ziemiak! Er kann sich da weiter beweisen, wenn er dort für die Stadt und das Ruhrgebiet etwas für uns tun will. - Glück auf!

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Als Nächste kommt Nina Scheer, dann Stephan Grüger, dann Heike Baehrens.

Nina Scheer, Schleswig-Holstein:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte ein paar grundsätzlich Sachen sagen, sowohl zur Glaubwürdigkeit der SPD, die hier, glaube ich, in Rede steht - wohl bemerkt: in der Großen Koalition. Ich möchte aber auch zu ein paar inhaltlichen Punkten des Antrags etwas sagen.

In puncto Glaubwürdigkeit und hinsichtlich der Frage, wie wir weiter mit der Großen Koalition umgehen: Ich glaube, wir müssen uns ehrlich machen und sagen, dass es nicht immer nur darum geht, ob wir die 100 Prozent dessen, was in unserem Wahlprogramm steht, erreichen.

Es ist klar, dass das in einer Großen Koalition und überhaupt in irgendeiner Koalition nicht geht - in keiner geht das -, sondern wir müssen uns darauf konzentrieren, ob denn eigentlich die Koalition uns auch Entscheidungen abverlangt, die wir für sich genommen nicht hinnehmen können, die für sich genommen unserer Programmatik und Zielsetzung widersprechen. Also nicht nur das nicht Erreichte, sondern das auch Fehlentschiedene muss stärker beurteilt werden.

Genau in dem Punkt, Genossinnen und Genossen, meine ich eben, dass wir in puncto Klimaschutz nicht nur an dem Abend vor der nächsten Verhandlung stehen und einen ersten Schritt von noch vielen weiteren folgenden getan haben, sondern wir haben auch schon Dinge entschieden, die verfehlt waren, die falsch waren in puncto Klimaschutz. Und genau deswegen müssen wir viel konsequenter die Dinge in der Großen Koalition und auch darüber hinaus benennen, die wir als Sozialdemokraten nicht mittragen können, und die lauten ganz konkret, dass die Ausschreibungen für erneuerbare Energien nicht funktioniert haben und deswegen zu einem Hauptbremser der Energiewende geworden sind, dass wir auch nicht die Mengenbegrenzungen, die von der Großen Koalition

beschlossen wurden - noch in der letzten großen Koalition , aufrechterhalten dürfen, sondern wir müssen sie beseitigen.

Insofern möchte ich in diesen Antrag eine Ergänzung einfügen, die eben genau dieses beinhalten würde: Auf Seite 5 muss in der Zeile 14 ein solcher Satz eingefügt werden, dass der Aufbau erneuerbarer Energien ohne Mengenbegrenzungen vervielfacht werden muss. Diesen Änderungsantrag stelle ich. Da muss auch ehrlicherweise hinein, dass das Wort „wahrscheinlich“ bei der Frage, wie viel wir denn erreicht haben, gestrichen wird.

Dann muss man auch erkennen, dass wir in dem Bündnis, in dem wir stecken, eine Einfallstür haben, dass der Kohleausstieg vielleicht doch wieder torpediert wird. Deswegen ist es auch wichtig, immer wieder zu betonen, dass in dem Kohlekonsens das Wort „spätestens“ vor 2038 steht. Das wird sehr schnell immer wieder unter den Tisch fallengelassen.

In diesem Kontext möchte ich kurz noch einen weiteren Änderungsantrag benennen, und zwar möchte ich auf Seite 13 in den Zeilen 14 bis 15 den letzten Halbsatz gerne zur Streichung vorschlagen, weil der nämlich eine Abhängigkeit der Arbeitsmarktentwicklung vom Kohleausstieg bedeuten würde, und das erschwert unsere Verhandlungsbasis auch im Zuge der Koalitionsverhandlungen, wenn es um die Ausgestaltung dieses Ausstiegsgesetzes geht, und es widerspricht auch dem Geiste des Kohlekonsenses, den wir ja beschlossen haben.

Insofern bitte ich darum diese Änderungen aufzunehmen. Ich werde sie gleich einreichen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Wunderbar, vielen Dank. Das wäre noch unsere Bitte gewesen. - Stephan Grüger, Mike Josef und Sylvia Kunze sind die nächsten Redner.

Stephan Grüger, Hessen-Süd:

Liebe Genossinnen und Genossen! Der eine oder andere von euch kennt mich. Ich kämpfe seit 1989 für die erneuerbaren Energien und seit 1987 für die SPD. Von daher ist das vielleicht etwas unverdächtig, was ich jetzt sagen werde, aber ich gieße jetzt mal ein bisschen Wasser in den Wein.

In meinem Wahlkreis gibt es viele Menschen, die der festen Überzeugung sind, dass es keine gute Idee ist, wenn gerade die Sozialdemokraten indirekte Steuern einführen wollen - noch mehr, als es schon gibt. Das sind Leute aus der unteren Mittelschicht, das sind Fabrikarbeiterinnen und Fabrikarbeiter, und die sagen mir am Werkstor, wenn ich dastehe: „Pass mal auf! Immer, wenn direkte

Steuern eingeführt worden sind, dann sind wir diejenigen, die das am Schluss bezahlt haben. Nicht die Reichen, sondern wir sind es." Deswegen sollte die SPD sich sehr genau überlegen ob sie den Unsinn mit der CO_2-Steuer weiterverfolgt, wie es auch in diesem Initiativantrag steht.

Ich sage ja, ich gieße Wasser in den Wein, weil sich viele schon festgelegt haben und der Meinung sind, das ist der richtige Weg. Der richtige Weg aber, Genossinnen und Genossen, ist, die Energiewende voranzutreiben; denn die Energiewende schafft die Arbeitsplätze, nicht die CO_2-Steuer. Wir haben inzwischen fast 400.000 Arbeitsplätze mit der Energiewende geschaffen. Inzwischen haben wir fast 100.000 wieder verloren durch eine Politik, die wir leider zum Teil mitgebmacht haben, die aber im Wesentlichen von CDU und auch FDP getriggert war und die dazu geführt hat, dass die Energiewende ausgebremst worden ist und dass die Arbeitsplätze wieder verlorengegangen sind. Das ist der richtige Weg, Genossinnen und Genossen, aber nicht eine direkte Steuer voranzutreiben, die vielen unserer potenziellen Wählerinnen und Wähler Angst macht. Ihr glaubt doch wohl nicht, dass ihr mit solch einem Konzept, mit solch einem Steuerkonzept die 10 Millionen Wähler, die wir seit 1998 verloren haben, wieder zurückbekommen. Das ist der falsche Weg, Genossinnen und Genossen, und das sollten wir uns noch einmal genau überlegen.

(Beifall)

Zweites Thema: Die Rente. Reiner Hoffmann hat hier gesagt, wir könnten stolz darauf sein, dass wir das Rentenniveau stabilisiert haben. Mag sein, dass wir darauf stolz sein können, aber tatsächlich ist es so, dass wir damit keinen Blumentopf gewinnen, draußen vor den Werkstoren und bei den Menschen vor Ort. Hier sind ja sicherlich auch viele Abgeordnete, die das in ihren Wahlkreisen selbst mal ausprobieren können. Mir sagen meine Genossinnen und Genossen und meine Wählerinnen und Wähler: „Ihr müsst das Rentenniveau steigern. Ihr müsst es wieder anheben. Einfach nur ein Gleichbleiben, das hilft uns nicht weiter."

Die SPD, Genossinnen und Genossen, muss nicht die Partei des Mindestirgendwas sein. Die SPD kommt nur dann wieder richtig auf die Beine, wenn sie wieder erkennbar die Partei des sozialen Aufstiegs ist. - Glück auf, Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Jetzt hat Mike Josef das Wort.

Mike Josef, Hessen-Süd:

Genossinnen und Genossen! Ich zitiere selten CDU-Abgeordnete bzw. -Vertreter, aber vor drei Wochen hat der baden-württembergische CDU-Fraktionsvorsitzende etwas ganz Richtiges gesagt: Die

CDU ist inhaltlich insolvent, liebe Genossinnen und Genossen. Und die einzige Möglichkeit, die wir haben, sind nicht Stilfragen. Da sind uns die Konservativen immer voraus. Im Übrigen begrüße ich es auch, wenn sich viele Vertreterinnen und Vertreter der Presse Sorgen um die SPD machen. Ich lade alle dazu ein, in die SPD einzutreten, sich für eine starke SPD und für ein in Zukunft gerechtes Land starkzumachen. Ansonsten brauche ich diese Krokodilstränen nicht.

Aber ansonsten, Genossinnen und Genossen: Wir müssen doch diejenigen sein, die die CDU inhaltlich treiben. Lasst mich als Planungsdezernent der Stadt Frankfurt, der aus der kommunalen Ebene kommt, jetzt einmal Folgendes sagen: Ich habe das Gefühl, wir diskutieren jede Woche darüber, dass wir die Große Koalition aufkündigen wollen. Das ist doch kein Selbstzweck. Auch das ist eine Frage der Glaubwürdigkeit. Wenn man merkt, dass man inhaltlich nicht mehr vorankommt, und der Antrag ist da richtig, dann vollzieht man es, und dann ist es durch. Aber es ist wie im Fußball: Ich kann nicht 15-mal den Schuss antäuschen und am Ende nicht schießen. Am Ende glaubt es uns niemand mehr. Also lasst uns nicht mehr darüber reden, dass wir morgen aus der großen Koalition gehen wollen, sondern dass wir dieses Land inhaltlich gestalten wollen. Und wenn es mit der Union dann nicht mehr klappt, dann werden wir auch keine Koalition machen. Wir wollen aber dann nicht mehr in die Opposition, sondern andere Mehrheiten, um dieses Land gerecht, sozial und klimagerecht zu gestalten, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Und da gibt es auch Widersprüche. Ich bin in Frankfurt in der Koalition mit der CDU und den Grünen. Es ist im Übrigen nicht so, dass es dort immer um die reine Lehre geht. Vielleicht gehört es auch einmal zur Wahrheit dazu, dass es immer um Kompromisse geht und dass man diese auch erklärt. Es ist nicht immer ein inhaltliches Feuerwerk, wenn man Kompromisse macht. Auch das muss erklärt sein. Es sind manchmal kleine Schritte. Aber wir haben in Frankfurt zum Beispiel Initiativen, die fordern, dass wir unsere Gebäude modernisieren, weil sie der Hauptgrund oder einer der Hauptgründe für die CO_2-Emissionen sind. Gleichzeitig sind es dieselben Initiativen, die sagen, sie wollen Menschen vor Verdrängung schützen. Das widerspricht sich teilweise, und deswegen ist es richtig, dass wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Modernisierungsumlage absenken wollen, weil wir die soziale und die Klimafrage zusammen beantworten, im Sinne der Mehrheit der Menschen dieses Landes.

Das machen im Übrigen auch die Grünen nicht. Schaut euch den Koalitionsvertrag an, die sie zusammen mit FDP und CDU unterschrieben haben, und dann fangt noch mal an, die Grünen in diesem Land zu überhöhen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich habe einen Wunsch aus kommunalpolitischer Sicht: Ich bin froh, dass wir endlich nach sechs Monaten eine gewählte Spitze haben, einen neuen Parteivorstand. Lasst uns geschlossen um Inhalte ringen, mehrheitlich um Inhalte ringen. Das ist die Stärke. Lasst uns das nicht als Schwäche darstellen, wenn wir uns auch mal inhaltlich widersprechen. Das ist die große Stärke in dieser Partei.

Aber dann geschlossen rausgehen und für diese Inhalte um Mehrheiten kämpfen. Und wenn wir sagen, das geht nicht mit der CDU, dann wird das auch irgendwann mal so kommen. Lasst uns nicht die anderen überhöhen und uns kleiner machen, als wir sind. Das ist mein Wunsch aus kommunalpolitischer Sicht. Wir Kommunen brauchen eine starke Bundes-SPD. - Glück auf!

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Als Nächstes hat Sylvia Kunze das Wort, dann Tarek Saad und Seija Knorr-Köning.

Sylvia Kunze, Hessen-Süd:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe mich an allen Stellen, wo es möglich war, dafür eingesetzt, dass wir nicht ein weiteres Mal in diese Große Koalition gehen.

Heute bin ich der Auffassung, dass die Entscheidung, die wir treffen die Entscheidung, die wir treffen, ist, dass wir heute in der Großen Koalition bleiben , gar nicht so kriegsentscheidend ist. Es ist mir egal, ob wir in 6 Monaten, in 12 Monaten oder in 24 Monaten aus der Große Koalition herausgehen. Für mich ist viel wichtiger: Was kommt danach, und wofür kämpfen wir?

Ich will, dass die SPD für eine neue Regierung streitet, die sozial gerecht und klimagerecht ist. Es ist euch allen klar, was das dann für politische Bündnisse bedeutet.

Wir müssen nicht so tun, als ob es die Grünen nicht gibt, liebe Svenja, sondern was wir wollen, ist, unser Programm zu beschreiben. Und ja, wir wollen Treibhausgase reduzieren. Ich finde das wichtig. Und ich finde es schwierig, dass wir Bewegungen wie Fridays for Future ignorieren. Ich finde es entscheidend, dass wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dem Druck von der Straße auch eine Antwort geben.

Wenn es mit der Union nicht geht, dann müssen wir es mit anderen Partnern machen. Die gibt es!

(Beifall)

Deswegen ist entscheidend, was am Ende herauskommt.

Ja, wir wollen CO_2 reduzieren, und nein, wir wollen nicht, dass Mobilität sich unendlich verteuert. Deswegen ist die SPD die Partei, die das gestalten muss, weil wir diesen Blick haben. „Klimagerechtigkeit“ ist ein gutes Schlagwort. Ich will, dass eine neue Bundesregierung das umsetzt.

Und ja, ich habe es auch ein bisschen eilig. Das ist in der Tat richtig. Denn die Klimakrise wartet nicht auf uns, sondern sie ist im vollen Gange. Ich weiß nicht, ob wir es uns leisten können, 24 Monate zu

warten, bis wir die Geschwindigkeit erhöhen.

Ich bin mir sicher: In einem anderen Bündnis ist eine schnellere Umsetzung der notwendigen Maßnahmen möglich als mit der CDU/CSU.

Ich werde diesen Antrag trotzdem mittragen, weil ich Norbert und Saskia, die ich jetzt dreimal hintereinander gewählt habe, tatsächlich vertraue und ihnen traue, dass sie es ernst mit dem gemeint haben, was sie in dem parteiinternen Vorwahlkampf gesagt haben. Ich werde das mit meinen Frankfurter Genossinnen und Genossen hinterher auch diskutieren. Denn wenn ich als Delegierte nach Hause komme, werden sie es nicht so witzig finden, dass wir hier über die Verlängerung der GroKo abgestimmt haben. Das muss ich erklären, und ich muss mein Vertrauen, das ich in euch lege, auch belegen können. Deswegen: Bitte, das ist ein Vertrauensvorschuss, löst ihn positiv ein!

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Jetzt folgt Tarek Saad.

(Beifall)

Tarek Saad, Schleswig-Holstein:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin heute hier, weil ich 2014 aus meiner Heimat fliehen musste. Ich komme tatsächlich aus Syrien. Ich habe dort friedlich für die Freiheit gekämpft und wurde dafür angeschossen. Nach meiner Flucht habe ich in Schleswig-Holstein ein neues Zuhause gefunden und bei der SPD eine neue politische Heimat gefunden,

(Beifall)

eine Heimat, die für das steht, was mir wichtig ist: Freiheit, Frieden und Solidarität.

Ich bin in die SPD eingetreten, weil ich mich für Menschen einsetzen will, die Hilfe brauchen. Solidarität bedeutet für mich, dass man bei allen Entscheidungen an die Menschen denkt, die keine Stimme haben, an Menschen, die Angst vor der Zukunft haben, an Menschen, die Angst um ihr Leben haben.

Ich weiß, dass Politik nicht ohne Kompromisse geht. Aber wenn die Große Entschuldigung, ich bin ein bisschen aufgeregt.

(Beifall)

Das ist tatsächlich meine erste Rede auf einem Bundesparteitag! Frei und unabhängig, ohne Verfolgung usw., eine solche Rede zu halten, ist für mich sehr krass. Vielen Dank für die Möglichkeit dazu!

(Beifall)

Ich weiß, dass Politik ohne Kompromisse nicht geht. Kompromisse können uns helfen, eine tolle Zukunft für Deutschland zu schaffen. Wenn wir aber Kompromisse machen, bei denen die Solidarität mit den Schwachen verlorengeht, dann sind wir nicht mehr die SPD.

(Beifall)

Die GroKo verändert uns. Ich schaue mal in die Flüchtlingspolitik der Großen Koalition - und ich werde traurig. Sie ist schlecht für viele Menschen in Deutschland, und sie ist schlecht für die SPD. Wir verlieren durch die CDU und die CSU unsere Werte. Wir wollen Ankerzentren, bei denen wir Menschen mit Angst ihre Freiheit nehmen. Wir kürzen das Geld für die Integrationspolitik, weil andere Sachen wichtiger sind. Wir beschließen das Hau-ab-Gesetz, das Gute-Zuwanderung-Gesetz, aber auch viele schlimme Regelungen gegen Menschen, die Hilfe brauchen.

Ich weiß, dass wir nicht alles in der Regierung umsetzen, was wir wollen. Aber wenn wir unsere Werte aufgeben müssen, um in der GroKo etwas zu erreichen, dann will ich keine GroKo.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir können heute über die Zukunft der SPD entscheiden. Wenn wir in der GroKo bleiben wollen, müssen wir besser sein. Wir dürfen keine Kompromisse machen, wenn es um Freiheit, Frieden und Solidarität mit den Schwachen geht. Wenn wir das nicht schaffen, dann müssen wir die GroKo beenden.

Liebe Saskia, lieber Nobert, ich bin mir sicher, dass wir mit euch an der Spitze die richtigen Entscheidungen treffen werden. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Die Nächste ist Seija Knorr-Köning aus Bayern. Ihr folgt Fabian Ferber, Nordrhein-Westfalen.

(Beifall)

Seija Knorr-Köning, Bayern:

Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Saskia, du hast vorher davon gesprochen, dass wir der Großen Koalition eine Chance geben sollen. Natürlich sind wir die progressive Kraft in dieser Koalition. Wer denn auch sonst? Ohne uns gäbe es weder die Mindestausbildungsvergütung noch 12 Euro Mindestlohn. - Moment? 12 Euro Mindestlohn? Das stimmt nicht. Das kann ja auch gar nicht stimmen, das steht nämlich überhaupt nicht im Koalitionsvertrag.

Lasst uns deswegen ein paar Änderungen an diesem Papier vornehmen. Lasst uns genau festlegen, mit welchem Auftrag ihr als neu gewählte und mit großem Rückhalt bestärkte Parteiführung in diese Verhandlungen gehen sollt!

Ich schlage folgende Änderungen vor: Lasst uns dazu stehen, dass wir die progressive Kraft in der Koalition sind und damit auch die Aufgabe haben, gesellschaftlich relevante Entwicklungen aufzugreifen und diese sozial und gerecht zu gestalten. Wir wollen nachverhandeln. Uns ist das Klimapaket nicht genug. Wir wollen 12 Euro Mindestlohn nachverhandeln. Wir wollen Investitionspolitik verankern. Und wir wollen Hartz IV endlich sanktionsfrei machen.

(Beifall)

Wenn sich die Union nicht darauf einlässt, dann haben nicht wir die Koalition verlassen, sondern dann sind wir einfach nicht mehr dazu in der Lage, gemeinsam mit dieser Partei progressive Politik zu machen.

Lasst uns kritisch-solidarisch mit Saskia und Norbert bleiben! Was sie brauchen, ist eine Partei, die sie begleitet, die sich nicht aus Angst vor Kritik oder aus Angst davor, sie zu schwächen, nicht traut, auch zu sagen: Hey, wir haben noch ein paar Änderungsvorschläge zu diesem Antrag! Lasst uns mutig sein, sie mit einem konkreten Mandat auszustatten, welches genau diese roten Linien sein sollen, mit denen sie in die Nachverhandlungen gehen sollen! Ansonsten ist dieser Antrag nur ein zahnloser Papiertiger.

Ihr habt die Linien, die ich als Änderungsantrag einbringen möchte, gehört. Sie sind alle so im Antrag enthalten. Lasst uns dazu bekennen, dass wir weiter verhandeln wollen, dass wir das nicht so stehen lassen wollen, dass wir es nicht dabei belassen wollen, einfach nur diesen Koalitionsvertrag durchzuziehen!

Ich bitte um Zustimmung für diesen Änderungsantrag.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Seija. - Der Nächste ist Fabian Ferber aus Nordrhein-Westfalen. Ihm folgt Viviana Weschenmoser aus Baden-Württemberg.

Fabian Ferber, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen und auch zur Unterstützung dieses Initiativantrags aufrufen, auch mit den letzten Sätzen zum Thema Große Koalition, weil wir heute ja auch insbesondere nach dem Mitgliedervotum dem Vorstand ein neues Vertrauen geben wollen und auch einen Beurteilungsspielraum, ob in dieser Großen Koalition was geht oder nicht. Ich bekenne auch ganz freimütig: Ich habe gegen diese Koalition damals gestimmt. Aber eine Koalition - auch ein Austritt - ist kein Selbstzweck.

(Beifall)

Was mir wichtig ist - ich möchte mich auf diesen Antrag noch mal beziehen - sind die kleinen Passagen zum Thema „Transformation und Digitalisierung“. Ich komme aus einer Region, in der sehr viel industrielle Wertschöpfung noch stattfindet. Insbesondere Automobilzulieferer sind bei mir in der Region zu Hause, insbesondere - das sage ich auch noch mal; ich wiederhole das auf fast jeder Parteiveranstaltung -auch im Bereich der Antriebstechnik. Wenn wir darüber reden, dass sich das alles verändert, das ganze Umfeld - Digitalisierung, Transformation der Arbeit und E-Mobilität -, dann ist das insbesondere auch meine Region in Südwestfalen, wo wir einiges an Hausaufgaben zu machen haben.

Die Sorge ist eben, dass wir in dem Tempo, in dem zurzeit Politik gemacht wird, bei den ganzen Herausforderungen, die da sind, zu langsam sind. Dabei müssen wir eigentlich nur mit Mut und Zuversicht - das ist hier an einige Stellen schon gesagt worden - das, was wir wissen, und auch das, was oberflächlich - aber es ist ja auch nur ein Leitantrag - hier drinsteht, eben verinnerlichen und auch zu richtiger Politik umgestalten.

Erstens. Wir müssen uns dazu bekennen: Auch hier in Deutschland muss es industrielle Wertschöpfung geben und gute Arbeit für alle.

Zweitens. Voraussetzung dafür ist natürlich auch Arbeit, die unter den Voraussetzungen von Tarifverträgen und betrieblicher Mitbestimmung stattfindet. Und unter den ganzen Voraussetzungen, unter den ganzen Anforderungen der Zukunft müssen wir natürlich auch dafür sprechen, dass Betriebsräte mehr Mitbestimmung bekommen, wenn es um Fragen der Qualifizierung der Arbeitskräfte von heute geht, damit die so qualifiziert werden können, dass sie auch die guten Arbeitskräfte von morgen sind. Das gibt dieser Antrag eben auch her.

(Beifall)

Abschließend möchte ich eine kleine Zeitreise machen und euch einfach nur bitten, euch einfach vorzustellen: Geht mal ins Jahr 1891 zurück. Wir reden zu den Arbeitskräften von damals und sagen, was wir heute alles geschaffen haben. Die werden uns angucken und werden staunen und werden uns als Träumer bezeichnen, vielleicht auch ein bisschen despektierlich. Ich glaube, wir haben die

Möglichkeit, die Arbeitswelt und auch die neue Zeit von morgen zu schaffen, dass die, die irgendwann einmal zurück in unsere Zeit kommen und uns zeigen: Alles, was die SPD heute und in fünf Jahren besprochen hat, das ist etwas, was in 100 Jahren Bestandskraft hat.

Deswegen - letzter Satz noch -: Wenn Christdemokraten und Gesamtmetall und andere sagen, wir müssen zurück in die Arbeitszeit von 1891 oder 1918, kann das nicht die Antwort auf Arbeit der Zukunft sein. Unsere Antwort muss sein: mehr Rechte, mehr Demokratie, mehr Freiheit für arbeitende Menschen.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Fabian. - Jetzt kommt Viviana Weschenmoser aus Baden-Württemberg. Ihr folgt Micha Heitkamp, Nordrhein-Westfalen.

(Beifall)

Viviana Weschenmoser, Baden-Württemberg:

Liebe Genossinnen und Genossen, mir wäre es am liebsten gewesen, am Sonntag nach Baden-Württemberg zurückzufahren und auf dem Marktplatz verkünden zu können: Die Große Koalition hat ein Ende.

Ich merke, dass wir so nicht rausgehen, und deswegen möchte ich mich nicht lange über Für und Wider und mit vielen Konjunktiven aufhalten. Ich möchte aber doch noch einen dringenden Hinweis geben, der sich in diesem Antrag versteckt. Im letzten Abschnitt, auf der letzten Seite, Seite 15 in den Zeilen 17 bis 21, wird beschrieben, wie die weitere Vorgehensweise nach den kommenden Beratungen vonstattengehen wird. Meiner Kenntnis nach, liebe Genossinnen und Genossen, haben wir beschlossen, dass über einen Verbleib in der Großen Koalition ein Parteitag abstimmen wird. Was ich hier lese, im letzten Satz, ist - das kann ich natürlich auch falsch verstanden haben -, dass der Parteivorstand, sprich Saskia und die Kolleginnen und Kollegen, auf der Grundlage dieser Gespräche bewerten, ob die drängenden Aufgaben in der Koalition zu bewältigen sind.

Heißt das nicht - entschuldigt bitte -, dass der Parteivorstand entscheidet, ob die Große Koalition fortgeführt wird oder nicht? Ja, lassen wir uns dieses Entscheidungsrecht aus der Hand geben? Das ist doch Irrsinn. Wir haben doch hier beschlossen, dass wir das demokratisch miteinander vereinbaren. Wir schaffen das heute nicht; das ist in Ordnung. Dafür haben wir diese wichtigen Gespräche jetzt geführt. Aber es ganz aus der Hand zu geben, das halte ich für waghalsig und für diesen demokratischen Prozess, den wir angetreten sind, nicht für gerecht. Ich möchte darum bitten, dass sich diese Passage dahingehend ändert, dass die Entscheidung über den Verbleib in der GroKo auch

nach wie vor von einem Parteitag getroffen wird. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Viviana. - Jetzt kommt Micha Heitkamp aus Nordrhein-Westfalen. Ihm folgt Bettina Hagedorn, Schleswig-Holstein.

Micha Heitkamp, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Es ist ja schon etwas Erstaunliches zu lesen in der Presse in den letzten Tagen. Wenn man es liest und richtig interpretiert, kommt man darauf: Die CDU und die CSU, die haben Angst davor, zu regieren. Jawohl, ihr habt euch nicht verhört: CDU und CSU haben Angst vor dem Regieren, nicht davor, ein Ministerium zu besetzen, auch nicht davor, mal eine Baustelle zu eröffnen oder für Fernsehbilder auf einem E-Scooter durch die Stadt zu fahren. Aber für alles, was über Verwalten hinausgeht, was wirklich Regieren, was wirklich Gestalten betrifft, scheinen CDU und CSU nicht mehr zur Verfügung zu stehen. Denn anders kann ich es nicht interpretieren, wenn AKK und Söder sagen: Wir haben doch einen Koalitionsvertrag, und es wird nichts Anderes gemacht, obwohl wir heute eine ganz andere Konjunkturlage haben, obwohl wir heute einen ganz anderen Druck durch die Klimabewegung haben. Es wird nichts Anderes gemacht, als das, was wir in den letzten zwei Jahren vereinbart haben.

Genossinnen und Genossen, ich bin in Ostwestfalen-Lippe als Kandidat für die Europawahl ohne Chance auf Einzug viel unterwegs gewesen im Europawahlkampf und habe mit Menschen geredet. Ich habe viele Menschen getroffen, die mir gesagt haben: Es ist nicht alles schlecht; aber irgendetwas, das stimmt hier nicht mehr. - Das sind die jungen Menschen, die das Thema Klima umtreibt. Das sind Menschen, die vor Ort merken, wie die Gesellschaft auseinanderbricht, weil in den Kommunen das Geld fehlt, um ein gutes Leben vor Ort zu organisieren. Es sind Pendlerinnen und Pendler, die jeden Tag ins Lenkrad oder in den Bahnsteig beißen könnten. Das sind Menschen, die sagen: Es kann doch nicht sein, dass Verteilung in dieser Gesellschaft immer ungerechter wird und da nichts gegen gemacht wird. Das sind Menschen, die Angst haben, dass ihr Arbeitsplatz in Zukunft nicht mehr da sein wird, weil er wegdigitalisiert wird.

Auf diese Stimmung der Unsicherheit gibt es eine Antwort. Die heißt: neue wirtschaftliche Dynamiken auslösen mit einem aktiven Staat und dann investieren, investieren, investieren. Genossinnen und Genossen, wer jeden Tag am Bahnsteig steht und auf den verspäteten Zug wartet, der interessiert sich doch nicht für den Fetisch der schwarzen Null, und der interessiert sich auch nicht dafür, dass irgendwie mal gesagt wurde: Vor zwei Jahren wurde doch ein Koalitionsvertrag geschlossen; wir arbeiten den nur ab. Wenn diese Koalition weitermacht, dann nur, wenn sie auch eine Politik für

die Menschen und nicht nur für die Haushaltszahlen macht. Es liegt jetzt an der CDU, zu entscheiden, ob sie das auch wirklich will.

Genossinnen und Genossen, der eine oder andere wird sich erinnern: Vor zwei Jahren in Bonn habe ich mit einem Herr-der-Ringe-Zitat versucht, dafür zu plädieren, dass wir mutiger werden, dass wir uns auch mal trauen, Dinge zu machen, die außerhalb der Berliner Blase viele Menschen wollen, aber die uns kaum noch jemand zutraut. Ich glaube, wir haben uns mit der Wahl des neuen Parteivorsitzes und auch mit diesem Parteitag auf den Weg gemacht. Ich glaube, dass es aber auch wichtig sein muss, das wirklich ernst zu meinen. Ich bin ja etwas irritiert von der einen oder anderen Rede, die hier kam, vor allem aus den Ministerien. Wenn es denn wirklich alles so toll war, wie es eben dargestellt wurde, warum stehen wir dann nicht bei 40 Prozent, Genossinnen und Genossen?

Saskia und Norbert, ich habe hohe Erwartungen an euch. Ich habe aber auch ein hohes Vertrauen in euch. Und ich bin mir sicher, dass diese Botschaft von dem Parteitag heute lauten wird an die CDU: Wenn ihr nicht bereit seid, zu investieren, und wenn ihr nur verwalten wollt, dann flieht, ihr Narren. Die SPD kommt. Glückauf!

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Micha. - Die Nächste ist Bettina Hagedorn, Schleswig-Holstein. Ihr folgt Udo Bullmann, Parteivorstand.

Bettina Hagedorn, Schleswig-Holstein:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, ich habe mich vorhin zu Wort gemeldet, als Franziska Drohsel begründet hat, warum sie diesen Änderungsantrag 07 haben möchte. Ich stehe hier, um euch zu sagen: Um Gottes willen, lasst uns das nicht tun. Lasst uns den Leitantrag so beschließen, wie er ist.

Ich will euch begründen, warum. Wir haben uns vor zwei Jahren beim Mitgliederentscheid zum Koalitionsvertrag - jedenfalls war das meine Wahrnehmung auf fast jeder SPD-Veranstaltung, und ich habe auf vielen Podien gesessen und darüber diskutiert - ganz besonders für das Kapitel 1 unseres Koalitionsvertrages engagiert. Das ist das Europakapitel. Wir sind mit unseren Wurzeln und mit unserer ganzen Kraft immer eine internationale und eine europäische Partei gewesen. Wir haben mit diesem Kapitel 1, das wir durchgesetzt haben auf dem prominenten Platz eins, natürlich auch mit der Unterstützung von Martin Schulz, namentlich gesagt: Und damit geben wir Europa den Stellenwert, den es braucht.

Und nun, liebe Genossinnen und Genossen, ist es so, dass dieses Kapitel nicht erledigt ist, und zwar nicht, weil wir faul oder unengagiert waren, sondern weil das Schicksalsjahr für Europa das Jahr

2020 sein wird. Wir werden ab 2021 nämlich einen neuen siebenjährigen Finanzrahmen brauchen. Das ist in Europa schon immer eine äußerst kontroverse Debatte und Auseinandersetzung gewesen, aber alle sagen: Es wird dieses Mal sehr viel kontroverser sein, und es geht um viel mehr. Wir, liebe Genossinnen und Genossen, haben dann die EU-Ratspräsidentschaft.

Ich möchte - und wir müssen es alle wollen -, dass unsere hervorragenden SPD-Minister in diesem Kabinett dann für die europäische Sache streiten. Und da steht viel auf der To-do-Liste neben dem siebenjährigen Finanzrahmen, der es ermöglichen wird, auch Kompromisse an anderen Stellen zu finden, die lange blockiert waren. Da geht es um Steuerpolitik, um die Bekämpfung von Steuerdumping, da geht es um eine Arbeitslosenrückversicherung, die Olaf Scholz eingebracht hat, da geht es - und das haben wir in unserem Koalitionsvertrag gemeinsam mit der CDU auch so formuliert - um soziale Standards in Europa, um einen gesetzlichen Mindestlohn auf europäischer Ebene. Liebe Genossinnen und Genossen, dabei geht es auch um die Sicherung der Außengrenzen, um Schengen zu sichern, und dabei geht es auch um eine faire Flüchtlingspolitik und gemeinsame Standards im Asylbereich.

Und weil es so ist, Genossinnen und Genossen, dass viele Menschen in Europa - viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, aber auch viele andere Menschen - uns vertrauen, dass wir während unserer Ratspräsidentschaft diese Dinge durchsetzen werden, dürfen wir die Große Koalition in gar keinem Fall vorher verlassen, und darum müssen wir die Regierung fortsetzen, und darum müsst ihr bitte gegen den Änderungsantrag 7 stimmen. - Danke.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Bettina. - Der Nächste ist Udo Bullmann für den Parteivorstand, und dann kommt Beate Sieweke aus Nordrhein-Westfalen.

Udo Bullmann, Verantwortlicher des Parteivorstandes für die EU:

Genossinnen und Genossen, dass wir den Text anschauen, diskutieren, analysieren, strategisch deuten, dass wir Optionen äußern, wie wir es mit der Großen Koalition halten, ist gut und richtig. Aber lasst mich auch mal einen Gedanken investieren, der über den Text hinausgeht.

Eines unserer Probleme besteht darin, dass wir die Deutungshoheit darüber verloren haben, was wir leisten und wo wir hingehen, weil unsere Mitglieder in den Unterbezirken, in den Ortsvereinen

nicht mehr nur ihren Abgeordneten zuhören, sondern jeden Tag von Tageszeitungen, aber noch viel mehr von Onlinemedien darüber beschallt werden, was die eigentliche Frage denn wohl sei, etwa, wann Andrea Nahles abgeschossen wird, was den ganzen Europawahlkampf durchzogen hat, oder etwa, welche zwei Gruppen in der Partei gerade aufeinander losgehen und wer anschließend obsiegt und wer unterlegen ist. Angeblich sind das ja die wichtigen Probleme, die die SPD zu bewältigen hat.

Das, was wir hier machen und was wir in den letzten Wochen und Monaten gemacht haben, ist der Versuch, Genossinnen und Genossen, die Deutungshoheit darüber zurückzuerobern, wer und was die SPD ist, wofür wir stehen und was wir wollen. Und das ist gelungen, Genossinnen und Genossen, weil wir haben den Zuspruch in diesem Wettbewerb gesehen, und wir haben diesen Prozess heute mit der Wahl von Saskia und Norbert erfolgreich abgeschlossen.

Deswegen steht der Texte für was ganz Anderes; lasst mich das einmal deutlich machen. Dieser Text hat drei Aussagen:

Erstens. Wir holen aus dieser Koalition alles das raus, was unser Auftrag ist, was wir brauchen, um das Leben der Menschen in unserer Republik besser zu machen.

Zweitens. Wir wissen sehr genau, dass neue Herausforderungen in der Zwischenzeit eingetreten sind, auf die wir Antworten brauchen, und diese Antworten können nicht beliebig vertagt werden. Das ist relativ normal in Koalitionen, aber umso mehr, nachdem wir anfangs der Legislatur ausgehandelt haben, dass wir uns in der Halbzeit darum kümmern.

Drittens. Dieser Text steht auch dafür, deutlich zu machen, wo wir hinwollen, dass unsere Leute in der Regierung eine klasse Arbeit machen, dass wir Olaf den Rücken stärken, dass wir Rolf und seinen Leuten den Rücken stärken, dass wir aber genau wissen: Diese SPD ist mehr, als im Moment mit diesem Partner möglich ist. Das machen wir klar, und dafür steht der Text.

Und deswegen stärkt der Text unserem neuen Führungsduo den Rücken. Machen wir ihn nicht kaputt, Genossinnen und Genossen! Die Symbolkraft des Textes ist nämlich, dass er uns als Partei einigt und den Weg dafür weist, dass wieder zu neuer Stärke gekommen wird.

Es gibt diese vier Säulen: „Rausholen, was geht“, „Neuerlich durchsetzen, was nötig ist“, „Nicht vertagen, was die Menschen als Antwort auf neue Herausforderungen brauchen“ und „Über den Tag hinaus deutlich machen, was die SPD will“. - Die entscheidende Frage ist nicht, wann wir diese Koalition verlassen, die entscheidende Frage ist, wie wir in die nächste Wahlauseinandersetzung gehen, und dafür müssen wir uns rüsten. - Ich danke euch.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Udo. - Jetzt kommt Beate Sieweke aus Nordrhein-Westfalen, ihr folgt David Wade aus Hessen-Süd.

Beate Sieweke, Nordrhein-Westfalen:

„Guten Abend", kann man ja schon sagen. - Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte euch bitten, euch den Änderungsantrag 7 noch mal durchzuschauen. Er ist von der Antragskommission zur Ablehnung empfohlen worden. Es ist allerdings so, dass der Antrag natürlich aus mehr Elementen besteht als aus dem Passus „Raus aus der Großen Koalition". Aber genau zu diesem Passus möchte ich sprechen, und zwar zu zwei Themen, die mich persönlich und viele meiner Kolleginnen und Kollegen, Bekannten und Freunde betreffen.

Einmal zum Thema Rente. Ihr wisst alle, dass die Altersarmut explosiv steigt. Es ist kaum noch handhabbar. Die Altersarmut ist ja kein Problem der Zukunft oder ein Problem, das ab 2025 virulent wird, sondern es ist ein aktuelles Problem. Glaubt ihr ernsthaft, mit der CDU eine Erhöhung der Rente beispielsweise auf 53 Prozent durchzusetzen? Das tut hier doch sicherlich keiner.

(Beifall)

Glaubt ihr das bei einer Partei, die bei der Grundrente, die ja wirklich nur ein ganz, ganz kleines Bausteinchen zur Bekämpfung der Altersarmut ist, die Bedürftigkeitsprüfung einführen wollte? Das glaubt ihr doch nicht. Wir müssen jetzt gegen die Altersarmut handeln. Das geht mit der CD/CSU nicht - auf gar keinen Fall.

Zweiter Punkt. Tarifbindung. Ich bin im Einzelhandel beschäftigt, und wir leiden ganz besonders darunter, dass die Arbeitgeber scharenweise den Tarifvertrag verlassen. Glaubt ihr wirklich, dass mit der CDU die Tarifflucht verhindert wird? Wir haben gleich oder vielleicht morgen in dem Antrag zum Sozialstaat kleine Regelungen. Die reichen nicht aus, und selbst wenn wir das mit der CDU ausweiten, reicht das nicht aus.

Genossinnen und Genossen, wir müssen einen Umbruch schaffen, einen Bruch mit der Politik, die in den letzten 20 Jahren passiert ist. Das schaffen wir nicht in der Großen Koalition; das geht nicht. Wenn wir ernsthaft wollen, dass die Rente wieder den Lebensstandard sichert, dann müssen wir raus aus der Großen Koalition. Und wenn wir wollen, dass jeder ein Einkommen hat, das auf Tarifverträgen beruht, und dass es keine Hartz IV-Aufstocker mehr gibt, dann müssen wir raus aus der Großen Koalition.

Einige Genossinnen und Genossen vor mir haben ein bisschen angedeutet, dass eine Abstimmung über „Raus aus der Großen Koalition" Saskia und Norbert schwächen würde, sage ich jetzt mal. Ich glaube, die beiden sind jetzt nicht da. - Norbert hört nicht zu. - Ich glaube das nicht. Ich habe sie ja vorhin gewählt; sie sind mit großer Mehrheit gewählt worden. Ich halte sie für so stark, dass sie das aushalten werden; denn wir müssen diskutieren - auch darüber. - Danke schön.

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Beate. - Jetzt kommt David Wade aus Hessen-Süd, und ihm folgt Klaus Barthel für die AfA.

David Wade, Hessen-Süd:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin einer von denen, die immer gegen die Große Koalition votiert und immer dagegen argumentiert haben - übrigens schon 2013. Ich hatte und habe keine Angst vor dem Regieren, ich hatte damals aber die begründete Sorge, dass wir in eine Situation kommen, in der wir heute sind, eine Situation, in der es keinen sicheren Weg mehr aus der Krise der deutschen und der europäischen Sozialdemokratie gibt.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin überzeugt davon: Wenn wir noch eine Chance haben, dann, wenn wir uns solidarisch hinter unserer neuen Spitze versammeln, dann, wenn wir in der Zukunft alles tun, um Saskia und Norbert den Rücken zu stärken.

Ich glaube aber auch - und das richtet sich vor allem an die Regierungsmitglieder unserer Partei -, dass wir mit ein paar Narrativen brechen und überlegen müssen, wie wir kommunikativ aus dieser Situation wieder herauskommen.

Das Narrativ, das ich meine, das wir immer vermittelt bekommen, auch in dem Prozess, der jetzt stattgefunden hat, ist: Wir liegen in den Umfragen bei 15 Prozent, weil wir nicht wirklich erklären, was wir alles Gutes gemacht haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, richtig ist doch, dass wir in einer Großen Koalition nicht die großen Antworten geben können, die unsere Zeit erfordert. Versteht mich nicht falsch: Das ist keine Kritik an der inhaltlichen Arbeit unserer Ministerinnen und Minister. Das ist erst mal nur das Anerkennen der Tatsachen. Und ich finde es völlig richtig, einen Erfolg bei der Grundrente auch als solchen zu benennen, liebe Genossinnen und Genossen. Aber dann dürfen wir doch nicht den Eindruck erwecken, dass damit alle Probleme in der Rentenfrage gelöst seien. Wir müssen vielmehr endlich - und das verbinde ich auch als Hoffnung mit der neuen Spitze - mutig formulieren, was wir wollen.

Ich will das mal praktisch machen: Es wird ständig darüber diskutiert, dass bald eine große Debatte über die Zukunft der Deutschen Rentenversicherung stattfinden wird, wir haben auch schon entsprechende Kommissionen eingesetzt. Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir das politisch wollen, ist die Rente sicher. Das Demografie Problem können wir darüber lösen, dass wir die Beitragseinzahlungen und die Beitragsbreite erweitern, indem endlich auch Kapitalerträge, Zinserträge, aber auch Bundestagsabgeordnete und Oberstudienräte in die Deutsche Rentenversicherung mit einzahlen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn dann erklärt wird, das sei aber schwierig, weil die auch Ansprüche erwerben, dann sage ich euch: Dann gehen wir an das Äquivalenzprinzip ran. Wir schaffen es nicht ab, aber wir schränken es ein. Und wir organisieren endlich eine Umverteilung von oben nach unten in der Rente. Dann können wir über 2025 hinaus das Rentenniveau steigern. In der Gesundheitsversorgung können wir das genauso machen. Dann muss niemand mehr das Sparbuch plündern, um die Eigenbeiträge für die Brille zu finanzieren.

Das sind die großen Visionen, die die Sozialdemokratie braucht. Das ist der Weg, der jenseits oder diesseits der Union gangbar ist. Lasst uns mutig in den inhaltlichen Auseinandersetzungen unsere Visionen einer gerechten, solidarischen und ökologischen Gesellschaft von morgen formulieren. Lasst uns diese Chance, die letzte, die wir haben, endlich nutzen. - Danke schön.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, David. - Jetzt kommt Klaus Barthel für die AfA. Ihm folgt Frederik Digulla aus Schleswig-Holstein.

Klaus Barthel, Vorsitzender der AfA:

Liebe Genossinnen und Genossen! Nach so langer Zeit - alles gesagt, nur noch nicht von jedem. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob wir schon alles erfasst haben, was auf dem Spiel steht und worum es geht.

In der Tat: Diese Koalition hat viel erreicht. Wenn jetzt kritisiert wird, dann kommt oft die Antwort: Ja, aber ihr müsst doch mal die Menschen sehen! - Und dann wird aufgezählt, was wir alles für gute Gesetze gemacht haben, wofür wir überall Geld zur Verfügung gestellt haben. Ja, es ist viel geschehen, auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die Rentner usw.

Aber das Problem ist doch: Das ist eine auf uns bezogene Sichtweise. Wir glauben, dass das schon die gute Tat ist. Aber die Frage, die wir uns kaum stellen, ist doch: Warum kommen diese guten Taten offensichtlich nicht an? Und wenn ich mir den Bericht der Bundesregierung zur Bilanz dieser Großen Koalition anschaue, dann ist in keiner Zeile davon die Rede, was in dieser Gesellschaft auch politisch und sozial los ist. Und wir diskutieren das auch nicht. Wir diskutieren auch nicht, warum wir gerade

zum Beispiel im Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbereich bei den letzten Landtagswahlen und bei der Europawahl dramatisch und überproportional verloren haben und warum diese Verluste im Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbereich die Partei besonders ins Mark treffen, warum wir inzwischen in vielen Bundesländern an dritter, vierter oder fünfter Stelle bei den Arbeiterinnen und Arbeitern, bei den Angestellten sind, warum die AfD inzwischen in den neuen Bundesländern mit über 40 Prozent zu *der* Arbeiterpartei geworden ist, warum jeder fünfte Gewerkschafter bzw. jede fünfte Gewerkschafterin die AfD wählt. Das muss doch bei einer solchen Bilanz mal betrachtet werden! Ich verstehe nicht, warum hier nicht darüber geredet wird, warum nicht mehr dazu gesagt wird als: Naja, bei uns gibt es halt welche, die das schlechtreden.

Ich will unseren Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern in den neuen Bundesländern nicht unterstellen, dass sie das bei den letzten Landtagswahlen nicht gesagt haben, dass sie das alles schlechtgeredet haben. Aber es hat trotzdem nicht funktioniert.

Warum ist das so? Die Leute sehen das eben aus ihrer ganz konkreten Perspektive und nicht aus unserer. Sie sehen immer noch 1 Millionen Menschen in Leiharbeit. Und die Zahl derer sinkt nur deswegen, weil die Leiharbeiter jetzt alle ausgestellt werden. Mehr als jeder fünfte ist im Niedriglohnsektor; die Umverteilung wird immer krasser. Die PISA-Studie sagt, dass die armen Kinder immer weiter abgehängt werden usw.

Das erleben die Menschen, und die Frage ist, wie wir damit umgehen. Wir müssen das wahrnehmen und benennen. Ich finde es gut, dass in dem Antrag vier Schwerpunktbereiche benannt sind, zum Bespiel die Bundesregierung als Akteur in der Transformation, zum Beispiel die Tarifbindung, zum Beispiel die Betriebsrenten. Da müssen wir die Kanzlerin beim Wort nehmen! Sie reist in aller Welt herum und lobt die Sozialpartnerschaft. Sie fährt auf Gewerkschaftskongresse und lobt die Tarifbindung. Da müssen wir was machen! Nehmen wir sie beim Wort! Wir müssen nichts Neues erfinden; wir müssen Druck machen und den Schwerpunkt auf die Bereiche Arbeit und soziale Gerechtigkeit legen. Dann schaffen wir es auch wieder, die Menschen zu mobilisieren und von uns zu begeistern.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Klaus. Jetzt ist Frederik Digulla aus Schleswig-Holstein dran. Ihm folgt Frank Thon aus Nordrhein-Westfalen.

Frederik Digulla, Schleswig-Holstein:

Liebe Genossinnen und Genossen! Kennt ihr noch „Wetten, dass?“ Es gibt zwei Gemeinsamkeiten mit der Sendung: Erstens. Da wurde auch immer lange überzogen. Zweitens biete ich euch jetzt

eine Wette an. Frederik Digulla, 28 Jahre, aus Kiel wettet, dass er der Debatte auch noch nach zwei Stunden einen neuen Aspekt hinzufügen kann.

(Beifall)

Es geht um Folgendes: Es gibt eine politische Ressource, die wertvoller ist als Geld, als Mitglieder, als Bundestagsmandate oder Regierungsämter, und das ist die Glaubwürdigkeit. Das ist der Schlüssel zu einem Widerspruch, den wir, glaube ich, schon auflösen müssen. Denn Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sagen, die Forderungen der SPD sind sinnvoll. Und die Mehrheit der Menschen im Land sagt ebenfalls, dass sie richtig sind und wir sie brauchen. Trotzdem stehen wir bei 13 oder 14 Prozent.

Ich glaube, die Antwort auf die Frage, warum das so ist, lautet: Die Leute glauben uns nicht, dass wir das machen, was wir sagen. Es gab eine kurze Phase, 2017, da war das anders. Da ist Martin gerade Kanzlerkandidat und Parteivorsitzender geworden. Da haben die Leute kurz geglaubt, dass die SPD das macht, was sie schon seit langer Zeit sagt. Ich glaube, wir haben jetzt wieder diese Chance. Ich finde den Weg des Antrags richtig, aufzuzeigen, wo wir in der Großen Koalition eigentlich hinwollen. Wir müssen jetzt mit der Union reden und sagen: Entweder wir machen das, von dem die meisten Wissenschaftler und auch die Mehrheit der Menschen im Land sagen, dass es sinnvoll ist und wir das brauchen, oder wir ziehen die Konsequenz und gehen raus. Das ist der neue Aspekt: Ich glaube, es ist weniger wichtig, was im Detail in diesem Antrag steht. Wichtiger ist, dass wir dem neuen Parteivorstand die Verantwortung für die Glaubwürdigkeit der SPD insgesamt übertragen. Das heißt, wir müssen die Menschen in den Parteivorstand wählen, von denen wir glauben, dass sie diese Verantwortung entsprechend wahrnehmen werden. Deswegen sind die Wahlen heute und morgen die entscheidende Zukunftsfrage für die SPD. Wählt die richtigen Genossinnen und Genossen! - Glück auf!

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Frederik. - Ein Hinweis von mir: Wir haben noch zwei Wortmeldungen; dann kommen wir zu den Abstimmungen. Deswegen holt bitte eure Delegierten, sofern sie sich nicht im Saal befinden, wieder rein. Zum Schluss haben das Wort zunächst Daniel Rinkert aus Nordrhein-Westfalen und dann Torsten Warnecke aus Hessen-Nord.

Daniel Rinkert, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Diese Große Koalition ist keine Wunschkonstellation und fordert uns immer wieder heraus. Aber bei einem nüchternen Blick auf die Fakten und Sachfragen lässt sich

festhalten, dass wir in dieser Koalition bereits jetzt etliche wichtige Fortschritte für die vielen und nicht die wenigen Menschen in unserem Land erreicht haben.

Viele der Projekte und Vorhaben haben eine klare sozialdemokratische Handschrift, und das, obwohl wir nur 20 Prozent bei der letzten Bundestagswahl geholt haben. Und daher ist es doch auch klar, dass es auch am Ende darum geht, Kompromisse mit der Union zu finden. Kompromisse sind kein Zeichen von Schwäche in der Politik, sondern ein Zeichen von Stärke; denn die Fähigkeit zum Kompromiss ist die Stärke der Demokratie, liebe Genossinnen und Genossen.

„Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten“, sagte Willy Brandt. Die Zukunft positiv zu gestalten, ist die Kern-DNA der Sozialdemokratie. Das ist in einer Welt mit dramatischen Veränderungen umso wichtiger. Schon gar nicht dürfen wir es den Populisten und rechten Hetzern überlassen, diese Welt zu gestalten. Die Sozialdemokratie ist gebraucht und wird gefordert, gerade jetzt; denn der rechte Terror erfordert aktives Handeln des Rechtsstaates. Die SPD ist das Bollwerk gegen Rechts, und dafür stehen wir alle gemeinsam ein.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir entscheiden darüber, ob die SPD weiterhin eine starke Rolle in dieser Regierung spielt und an zentralen Weichenstellungen in unserem Land beteiligt ist. Das bedeutet zum Beispiel: Die SPD ist Garant in der Regierung dafür, dass Deutschland sozial und wirtschaftspolitisch gut vorbereitet ist, sollte sich die wirtschaftliche Abkühlung verschärfen. Die SPD ist in der Regierung der Garant dafür, dass die erreichte Stabilisierung des Rentenniveaus nicht weiter aufgeweicht wird. Und, liebe Genossinnen und Genossen, die SPD ist in der Regierung der Garant dafür, dass nicht 70 Milliarden für Panzer und Waffen ausgegeben werden, sondern für die Grundrente, damit Menschen im Alter in Würde leben können; für Ganztagsschulen, damit jedes Kind unabhängig vom Geldbeutel der Eltern die gleichen Startchancen hat; für den Strukturwandel, den wir mit den Menschen in den Kohlerevieren gestalten wollen. Das ist wichtig. Dafür brauchen wir die SPD in der Regierung. Dafür lohnt es sich, Gespräche mit der Union zu führen.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, wichtiger ist, dass wir solidarisch miteinander umgehen, und wichtiger ist auch, dass wir, wenn wir anderen Mut machen wollen, wenn wir den Menschen wieder Zutrauen in unsere Politik geben wollen, wenn wir den Menschen wieder Hoffnung von einer solidarischen, gerechten Gesellschaft geben wollen, selbst mutig, zuversichtlich, optimistisch, entschlossen und besonders solidarisch mit der neuen Doppelspitze sein. Das müssen die Zeichen des heutigen Parteitags sein.

Also: Stimmt diesem Antrag zu! - Vielen Dank.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Daniel. - Letzter Redner ist jetzt Torsten Warnecke aus Hessen.

Torsten Warnecke, Hessen-Nord:

Liebe Bürgerinnen und Bürger, die Sie vielleicht diesen Parteitag verfolgen! Welchen Eindruck haben Sie von diesem Parteitag? Haben Sie den Eindruck, dass die SPD zerrissen ist, weil sie sich innerparteilich streitet, aus verschiedenen Lagern, Flügeln? Oder haben Sie den Eindruck, dass wir uns deshalb streiten oder auseinandersetzen, weil es um Sie geht, um Ihr persönliches Schicksal, das sich in dieser Koalitionsvereinbarung, die wir mit 70 Prozent beschlossen haben, widerspiegelt und das sich widerspiegelt in Erfolgen, von denen man nicht ausgehen konnte. Die sachgrundlose Befristung steht im Koalitionsvertrag, und dass das rausgekommen ist, hat die SPD erreicht, liebe Bürgerinnen und Bürger - niemand anderes.

Und stellen Sie sich die Alternative vor! Erinnern Sie sich noch an den Herbst, als Schaumwein schlürfend auf Balkonen sich FDP, Grüne und CDU/CSU als vier Parteien zusammengefunden hatten? Glauben Sie, dass das, was in der Koalitionsvereinbarung steht, auch nur irgendetwas wäre, was diese Parteien miteinander vereinbart hätten?

Liebe Journalistinnen und Journalisten, Sie sind aufgerufen: Vergleichen Sie doch einmal das, was dort vereinbart wurde, mit dem, was die SPD erreicht hat, und fragen Sie mal nach, ob das, was die 10 Millionen, von denen Stephan Grüger vorhin gesprochen hat, erwarten, sich dort widerspiegelt. Fragen Sie doch mal nach, warum ein Ministerpräsident der Grünen, Herr Kretschmann, sagt, an das Tempo 130 glaubt er nicht mehr; das hat abgeschrieben. Wir beschließen so etwas auf Parteitagen. Die Grünen haben es längst abgeschrieben, liebe Bürgerinnen und Bürger. Und da ist doch die Frage: Warum wollen Sie nicht in dieser Sozialdemokratie mitarbeiten, die - zugegeben - einen Teil ihrer Erfolge immer zu relativieren sucht, weil sie sagt: Eigentlich wollen wir ja mehr. - Aber hätten die anderen Parteien auch nur irgendetwas mehr für Sie gemacht? - Ich glaube das nicht.

Ich finde es klug, darüber zu reden, was wir mit der CDU/CSU noch erreichen können. Unklug finde ich allerdings, wenn man neue Felder aufmacht, wo wir doch von vornherein wissen, dass es nur Ärger bei uns gibt. Weder die Frage zusätzlicher Auslandseinsätze als Entgegenkommen noch die Frage einer neuen Unternehmenssteuerreform - die kann ja nur heißen, dass die CDU/CSU die Unternehmenssteuern senkt - noch die Frage, ob wir den Steuer-Soli abschaffen, wird doch so einfach dazu kommen, dass wir etwas Besseres bekommen. Und wer glaubt, dass eine schwarze Null abgeschafft die Alternative ist, der braucht anschließend über Reichtum und Armut nicht mehr zu reden. Wenn ich als Millionär von mir aus 10 Millionen jedes Jahr bekäme und als Alternative zu 1 Million zusätzlicher Steuergerechtigkeit 1 Million als Staatsanleihe aufnehmen könnte, die mein Vermögen nicht schmälert - ich habe weiterhin 10 Million -, oder ich muss die 1 Million als Steuern zahlen, und dann habe ich nur noch 9 Millionen - na, die Alternative kaufe ich sofort.

Liebe Genossinnen und Genossen, denkt noch mal darüber nach, ob die Alternative in den Steuerkonzepten nicht der richtige Weg ist, und nicht die Frage, die hier so gerne thematisiert wird: Na, dann machen wir halt Schulden, die die Reichen aufnehmen können, um keine Steuern zu zahlen.

- Danke fürs Zuhören, Glück auf!

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen und Genossen, das war jetzt der letzte Redner in der, wie ich finde, wirklich sehr ausführlichen Aussprache zu unserem Initiativantrag.

Ich darf mich ganz herzlich für die rege Beteiligung an dieser Debatte bedanken, auch für die Disziplin, sich an die 3 Minuten Redezeit zu halten. Ich will sie gar nicht strapazieren, sondern will jetzt zur Abstimmung überleiten. Bevor wir aber in diese Abstimmung eintreten können, wäre es sicherlich noch mal ganz gut, wenn quasi sortierend die Sprecherin der Antragskommission, nämlich Doris Ahnen, uns noch einmal einen Überblick darüber verschaffen würde, was es jetzt auch durch die Debattenbeiträge an neuen Änderungsanträgen gegeben hat und wie sich die Antragskommission dazu verhält. Anschließend können wir dann in ein geordnetes Abstimmungsverfahren eintreten.

Liebe Doris, du hast das Wort.

ABSTIMMUNG IA1 UND ÄNDERUNGSANTRÄGE

Doris Ahnen, Antragskommission:

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben versucht, den Überblick zu behalten. Ich würde einmal versuchen, das jetzt aus meiner Sicht und aus Sicht der Antragskommission zusammenzufassen.

Zunächst hatten wir zweimal das Thema Kommunenentlastung über das Thema Altschulden hinaus. Einmal war das konkret mit dem Vorschlag verbunden, 75 Prozent KdU. Einmal war es allgemeiner formuliert. Im Hinblick darauf, dass wir ein bisschen aufpassen müssen, dass das, was wir jetzt in den Antrag einfügen, auch noch dem Gesamtduktus des Antrags entspricht, wäre mein Vorschlag, dass wir das aufnehmen und dass wir das an der entsprechenden Stelle auf Seite 12 hinter dem Satz: „Wir brauchen einen nationalen Konsens für die Befreiung vieler Kommunen von hohen Altschulden.“ einen Satz einfügen, der da heißt: „Wir wollen die Kommunen auch strukturell entlasten, auch bei den Sozialausgaben.“ Ich glaube, das würde dem Duktus des Antrags entsprechen und würde das Petitum derer, die dazu gesprochen haben, aufnehmen.

Ist das aus eurer Sicht okay? Gibt es Widerspruch? - Ich sehe hier: Daumen hoch. Also würden wir das an dieser Stelle seitens der Antragskommission übernehmen und so in den Antrag einarbeiten. Damit wäre dieser Themenbereich, glaube ich, ganz gut bearbeitet.

Dann liegt mir ein Änderungsantrag aus dem Kreisverband Recklinghausen vor. Ich lese ihn euch noch einmal kurz vor: „Wir wollen weltweite Verantwortung übernehmen. Dabei sollen deutsche Unternehmen auch im Ausland die Menschenrechte zum Maßstab ihres unternehmerischen Handelns machen. Wir wollen die internationalen Abkommen ILO 169 zum Schutz der indigenen Bevölkerung und das Zusatzprotokoll zum UN-Sozialpakt endlich verifizieren.“ Wir schlagen vor, das zu übernehmen.

(Beifall)

Gibt es dagegen Widerspruch? - Dann würden wir das Antragskommission auch so in den Antragstext übernehmen.

Dann hat Nina Scheer eine ganze Reihe von Klimaschutz- und umweltpolitischen Aspekten angesprochen. Wir würden vorschlagen, auf Seite 13 in der Zeile 13 eine Anfügung vorzunehmen, die da heißt: „Das Ziel eines möglichst stetigen Reduktionspfades erfordert bei Bedarf entsprechende Nachsteuerung insbesondere mit Blick auf die angestrebte Arbeitsplatzentwicklung.“ Jetzt würden wir neu anfügen: „die regionale Entwicklung und die CO_2 -Reduktion.“ Seid ihr damit einverstanden? - Das scheint auch der Fall zu sein. Dann würden wir das auch so übernehmen.

Dann gibt es einen Antrag aus Bayern, der von Sylvia Knorr begründet wurde und der im Kern vorsieht: Wir fordern Nachverhandlungen.

Den würden wir zur Ablehnung empfehlen, also als Antragskommission nicht übernehmen. Gibt es

dazu Widerspruch? - Ja. Dann müsst ihr das abstimmen.

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Dann stimmen wir zunächst nur über diesen einen Änderungsantrag ab. Die Antragskommission hat vorgeschlagen, den Änderungsantrag nicht mit zu übernehmen. Damit jetzt aber jeder weiß, was nicht mit übernommen werden soll, liest Doris uns den Text des Änderungsantrags noch einmal vor.

Doris Ahnen, Antragskommission:

Uns liegt vor: Ersetze auf Seite 15 ab Zeile 13 „Entscheidend ist …“ bis Zeile 16 durch folgenden Text:

Wir haben als progressive Kraft in dieser Koalition die Aufgabe, gesellschaftlich relevante Entwicklungen aufzugreifen und diese sozial und gerecht zu gestalten. Dies umfasst die Forderung nach einer Nachverhandlung des Klimapaketes mit Erhöhung der CO_2-Brepeisung, die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro, die Abschaffung der Hartz IV-Sanktionen sowie ein klares Bekenntnis zur Investitionspolitik, welche die schwarze Null hinter sich lässt. Mit diesen Punkten wollen wir in die Nachverhandlungen des Koalitionsvertrages gehen. Sollte sich die Union nicht darauf einlassen, werden wir die Konsequenzen daraus ziehen.

Diesen Antrag empfehlen wir euch zur Ablehnung.

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Wer dem Votum der Antragskommission, das auf Ablehnung lautet, folgen möchte, den bitte ich um ein Kartenzeichen - Gibt es Gegenstimmen gegen das Votum der Antragskommission? - Das Erste war die deutliche Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag im Text nicht übernommen.

(Beifall)

Doris Ahnen, Antragskommission:

Dann bleibt noch der Änderungsantrag IA7. Der liegt euch aus. Er besteht aus einer Reihe von einzelnen Änderungen, endet aber auch mit dem Satz: „Wir wollen jetzt für eine andere Politik kämpfen und die Große Koalition beenden.“ Den empfehlen wir euch folgerichtig auch zur Ablehnung.

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Es gibt dazu einen Geschäftsänderungsantrag, der jetzt begründet wird, bei dem die Möglichkeit zur Gegenrede besteht.

Ruppert Stüwe, Berlin:

Vielen Dank. - Da der Antrag aus mehreren Einzelanträgen besteht, die auch einzelne Aspekte betreffen, würde ich es schlecht finden, wenn wir den in einer Abstimmung behandeln. Ich würde hiermit beantragen, dass wir die einzelnen Passagen getrennt abstimmen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Das heißt also, es wird gewünscht, dass wir die einzelnen Absätze, so wie sie da aufgeführt sind, einzeln aufrufen.

Die Antragskommission hat dazu schon vor geraumer Zeit getagt und sich das angeguckt und insbesondere, weil die Einzelpassagen am Ende des ganzen Textes zu dieser einen Schlussfolgerung führen, auch gesagt, dass man vorlaufend die Einzelpassagen nicht zur Annahme empfiehlt. Wir können das jetzt noch einmal im Einzelnen aufrufen. Das wären auf der Seite 11 die Ersetzungen

((Zuruf): Eine Gegenrede formal!)

Dazu gibt es eine formale Gegenrede. Okay. Das heißt, wir müssen über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Dann stimmen wir jetzt über den Geschäftsordnungsantrag ab, dass die Einzelpassagen abgestimmt werden sollen. Wer diesem Antrag folgen möchte, den bitte ich um ein Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das Zweite ist ganz klar die Mehrheit, d. h. eine Einzelabstimmung findet nicht statt.

Wir kommen damit zur Gesamtabstimmung dieses IA 7, bei dem das wiederhole ich noch einmal die Antragkommission Ablehnung empfohlen hat. Über dieses Votum der Antragskommission stimmen wir jetzt ab. Wer dem folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das Erste war eindeutig die Mehrheit. Das Votum der Antragskommission auf Ablehnung des IA 7 wurde damit angenommen. Vielen Dank dafür.

(Beifall)

Damit hätten wir jetzt alle vorliegenden Änderungsanträge abgearbeitet und kämen somit zur Schlussabstimmung in der dann jetzt vorliegenden abgeänderten Fassung, soweit einzelne Anträge jetzt mit aufgenommen worden sind. Die Doris hat das ja im Einzelnen vorgestellt.

Insofern empfiehlt jetzt die Antragskommission in der veränderten Fassung die Annahme dieses Antrages. Wer diesem Votum folgen möchte, den bitte ich jetzt um ein Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Drei Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Vier Enthaltungen. Damit ist der Antrag mit übergroßer Mehrheit angenommen.

(Lebhafter Beifall)

Damit ist sicherlich eine klare Handlungsempfehlung für die nächsten Wochen und Monate gegeben. Auch sind die Themen bestimmt, mit denen wir uns auseinandersetzen werden. Aber auch der Parteitag hat noch ein paar Themen abzuarbeiten. Dafür gebe ich das Wort an meine liebe Kollegin Gabriele.

ABSTIMMUNG SATZUNGSÄNDERNDE ANTRÄGE AUS DEM BEREICH ORGANISATIONSPOLITIK

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

Ja, so ist es. Feierabend ist leider noch nicht. Das wird noch eine Weile dauern. Es geht genauso wichtig, aber in anderer Sache weiter. Denn wir haben uns jetzt mit satzungsändernden Anträgen zu befassen. Wir haben das auch schon getan, was den Parteivorstand hinsichtlich der Spitze betraf. Jetzt geht es aber weiter. Wir richten das Augenmerk sehr stark auf die Stellvertreterinnen und Stellvertreter, die zu wählen sind, und die Größe, die der Parteivorstand haben sollte.

Ich rufe dazu auf den Antrag O 129. Dazu gibt es eine geänderte Fassung, die allen, denke ich, vorliegt.

Aufgerufen ist außerdem der Antrag O 134, der aber bei Annahme von O 129 in geänderter Fassung erledigt ist.

Dann gibt es einige, die in unserem dicken Buch blättern. Denen will ich empfehlen: Schlagt die Seiten 649 bis 651 auf, dann seid ihr an der richtigen Stelle.

Ich will kurz sagen, worauf sich die Satzungsänderungen, mit denen wir uns jetzt befassen wir werden ja noch einige weitere haben , beziehen. Es geht um die Größe und Struktur von Parteivorstand und Präsidium. Ihr wisst, das ist Gegenstand zahlreicher Diskussionen und auch der Arbeit der Orga-Kommission gewesen. Der Parteivorstand so die Empfehlung soll verkleinert werden auf bis zu 34 Vorstandsmitglieder. Das ist eine Größe, die effizient ist und Führungs- und Entscheidungskultur bei gemeinsamer Arbeit in diesem Gremium sicherstellt.

Dann gab es zunächst den Vorschlag, die Anzahl der Stellvertreterinnen auf drei zu reduzieren. Damit hat sich auch der Parteivorstand befasst und hat auch gestern folgende Änderung des Antrages O 129 beschlossen:

Die Änderungen in Bezug auf § 23 Abs. 1, letzter Satz da geht es um die Geschlechterquote bei der Wahl von Stellvertreterinnen , und Abs. 2 der bezieht sich auf den geschäftsführenden Vorstand wurden zurückgezogen. Damit gelten für das Präsidium und für die Geschlechterquote bei der Wahl der Stellvertreterinnen die bisherigen Regelungen.

Ich beschreibe das so ausführlich, weil wir auch in der Diskussion gestern im Parteivorstand gemerkt haben: Da muss man wirklich eine Weile nachdenken, um zu wissen, was genau wir eigentlich meinen. Da dieser Parteitag ja einer sein soll, bei dem wir grundsätzlich Klarheit herstellen, sollten wir das an dieser Stelle auch sehr genau machen.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in geänderter Fassung, und zwar zu § 23 Abs. 1 Satz 6: Organisationsstatut. Der Satz soll ebenfalls bestehen bleiben: „Unter den in Einzelwahl zu wählenden Mitgliedern sollen, unter den Mitgliedern des Parteivorstandes insgesamt müssen

Männer und Frauen mindestens zu 40 Prozent vertreten sein.“ Das ist die Passage.

Dann hat es heute im Verlauf des Tages die meisten von euch hat das, glaube ich, auch erreicht eine Verständigung über die Zahl der Stellvertreter gegeben. Ich habe, wie ihr alle, Norbert und Saskia genau zugehört. Sie haben das ja auch schon in ihren Reden dargestellt und dafür geworben. Die Anzahl soll auf fünf festgelegt werden. Auch hier das darf ich jetzt für die Antragskommission vortragen empfiehlt diese Annahme.

Über die Erledigung von O 134 habe ich schon gesprochen. Ich will euch noch zwei Hinweise geben, die wichtig sind, weil wir immer schauen müssen, wenn wir Satzungsänderungen haben, welche der in dem Zusammenhang zu fällenden Entscheidungen welche Mehrheiten haben müssen. Das ist ja sehr wichtig.

Bei dem nun folgenden Antrag handelt es sich um eine Änderung der Satzung. Diese bedarf zur Annahme einer Zweidrittelmehrheit. Das wisst ihr alle. Das haben wir so in § 37 unseres Organisationsstatutes festgelegt.

Für eine Änderung des Antrages reicht aber eine einfache Mehrheit aus. Allerdings ist es erforderlich, dass Sachbezug vorhanden ist.

Das ist also der Rahmen, in dem wir uns bewegen, was Entscheidungen angeht.

Meine Frage, ob es dazu Wortmeldungen gibt, kann ich schon beantworten. Mir liegen zwei Wortmeldungen vor. Mir liegt eine Wortmeldung von Anna Rasehorn aus Bayern vor, die ich jetzt zum Rednerpult bitte. Dann gibt es eine Wortmeldung von Dorothea Marx aus Thüringen, die folgt.

Anna, ich weiß nicht, wo du bist, aber jetzt wäre deine Chance, deinen Beitrag abzuliefern!

(Beifall)

Anna Rasehorn, Bayern:

Es geht schon um die Parteigröße, oder? Ich bin nur für die Parteigröße zuständig.

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

Wir diskutieren jetzt über die Zahl der Stellvertreter und die Größe des Parteivorstands.

Wir klären das gerade und lösen die Irritation auf: Liebe Anna, wir sehen dich vermutlich noch einmal später, wenn es um die Größe des Parteitags geht. Das ist ein Missverständnis gewesen.

Deshalb hat jetzt unmittelbar Dorothea Marx das Wort. Bitte!

(Beifall)

Dorothea Marx, Thüringen:

So, ihr Lieben! Es geht jetzt um den neuen Vorschlag, die Zahl der Stellvertreter nicht, wie ursprünglich, auf drei zu begrenzen, sondern wiederum auf fünf zu erhöhen. Das ist jetzt die allerneueste Empfehlung, die die Antragskommission auch übernommen hat. Gegen diesen Beschluss möchte ich mich hier wenden.

(Beifall)

Warum? - Wir haben es mit einer Gesellschaft zu tun, die eine Diskursfähigkeit verlernt. Da, finde ich, kann man nicht immer Balkone anbauen, wenn man meint, man muss irgendwelche Kampfabstimmungen vermeiden.

(Beifall)

Zum anderen haben wir hier lange darüber gesprochen, dass der Parteivorstand auf nur noch 34 Mitglieder verkleinert werden soll. Der Parteitag soll auch verkleinert werden. Das sind lange Diskussionen. Die haben auch auf den ganzen Konferenzen eine Rolle gespielt, auf denen wir um die Neustrukturierung unserer Partei gerungen haben, dass wir schlagkräftiger werden und dafür vielleicht auch in der Spitze nicht so viele Leute sitzen haben.

Deswegen sage ich euch jetzt einfach mal: Was ist denn eigentlich so schlimm daran, wenn wir hier als Partei auch mal die Wahl haben?

(Beifall)

Es ist kein Königsmord oder kein Königinnenmord, wenn wir die Zahl der Stellvertreter so festlegen, wie es jetzt neu vorgeschlagen wird. Mir geht es nicht um die Menschen, die dort kandidieren. Die habe ich alle lieb, und wir alle haben sie lieb. Aber es geht mir darum: Wenn wir jetzt die Zahl der Stellvertreter wieder hochsetzen, dann kriegen wir einen geschäftsführenden Vorstand, also den engsten Vorstand, eine Doppelspitze, die Stellvertreter, dann noch die drei besonderen Mitglieder. Dann haben wir schon 10 von 34 Leuten per se im Präsidium. Das ist ja schon fast ein Drittel. Leute, das müssen wir uns doch nicht geben!

(Beifall)

Wir haben das alles in unseren Untergliederungen vorbesprochen und haben gesagt: Der Vorstand und auch die Spitze können kleiner werden. - Auf diese Art und Weise hätten wir als Parteitag eine echte Auswahl, ohne dass das jemanden verletzt.

Wir haben ja jetzt eine komische Debatte in der Bevölkerung. Da sagen welche, man dürfe seine

Meinung nicht mehr frei sagen. Wenn man fragt, was dahintersteckt, sagen sie: Na ja, es geht darum, dass man nicht mehr widersprochen haben möchte! - In diesem stromlinienförmigen populistischen Umbau unserer Demokratie tut es uns als SPD auch gut, dass wir nicht nur schreiten Seit‘ an Seit‘, sondern auch ab und zu mal konstruktiv streiten, den Diskurs pflegen und auch bei Personalentscheidungen Alternativen haben, die zur Abstimmung stehen und zwischen denen man wählen kann. Das ist nichts Schlimmes, sondern Demokratie.

Deswegen bitte ich euch, es bei den Stellvertretern bei der ursprünglich beabsichtigten Zahl von drei zu belassen.- - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Dorothea. - Für die Antragskommission hat jetzt der zuständige Berichterstatter Lars Klingbeil das Wort.

Lars Klingbeil, Antragskommission:

Liebe Dorothea, ich finde, du hast gerade zu Recht einen Punkt angesprochen, den wir sehr ernst nehmen müssen, nämlich die Frage: Wie stark und wie engagiert schaffen wir es eigentlich, in der SPD Diskussionen zu führen?

Wenn ich mir aber die letzten Wochen anschaue, liebe Genossinnen und Genossen, wenn ich mir anschaue, wie wir auch hier heute diskutiert haben, dann, finde ich, sollten wir uns einen Vorwurf nicht machen: dass wir es in dieser Partei in den letzten Monaten nicht endlich wieder geschafft haben, fair, offen und auch kritisch zu diskutieren. Das haben wir doch gerade gezeigt, liebe Genossinnen und Genossen! Lasst uns da bitte nicht kleiner machen, als wir sind!

(Beifall)

Ich will euch auch sagen: Wir haben in der Organisationspolitischen Kommission in der Tat diskutiert. Wir haben im Parteivorstand diskutiert. Wir haben mit den Bezirks- und Landesvorsitzenden diskutiert. Wir waren uns einig, die Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden reduzieren zu wollen. Das war die Messlatte, mit der wir in diese Debatten gegangen sind. Und ja, die Zahl drei war das, was wir ursprünglich vorgeschlagen haben. Aber dann gab es doch Entwicklungen seit Samstag. Wir hatten Samstag das Ergebnis einer Mitgliederbefragung. Norbert und Saskia haben sich dann auf den Weg gemacht, zu gucken, wie sie für den Parteitag heute diese Partei zusammenbringen, wie man es schaffen kann, hier auch das Bild der Geschlossenheit zu zeigen. Ich habe gestern, als sich abzeichnete, dass es hier eine Kampfkandidatur zwischen Hubertus und Kevin geben könnte, ganz viele getroffen, die gesagt haben: Nein, wir wollen das nicht entscheiden! Wir brauchen beide!

(Beifall)

Wir brauchen einen starken Minister wie Hubertus Heil, und wir brauchen einen Hoffnungsträger wie Kevin Kühnert. Beide sollen Verantwortung in dieser Partei tragen. Das ist doch der Weg, liebe Genossinnen und Genossen! Den sollten wir hier gehen.

Deswegen finde ich ist es richtig, wenn Norbert und Saskia vorschlagen, dass wir die Zahl der Stellvertreter auf fünf erhöhen. Wir unterstützen das: Malu, ich und alle anderen, die hier Verantwortung in der Partei tragen. Die Antragskommission unterstützt das.

Ich glaube, es hilft in dieser Phase der Partei, nach diesen Wochen auch manchmal kontroverser Diskussionen, ein klares und deutliches Signal des Zusammenhalts von diesem Parteitag aus zu senden. Deswegen bitte ich, dass wir dem Vorschlag der Reduzierung auf fünf Stellvertreter folgen und diesem Votum hier eine klare Mehrheit geben. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

Jetzt kommen wir zur Abstimmung. Von Dorothea wurde ein Änderungsantrag zu unserem Vorschlag eingebracht, nämlich zu drei zurückzukehren. Ich stelle diesen Änderungsantrag zur Abstimmung.

Aus dem Wortbeitrag von Lars hat sich ergeben, dass die Antragskommission dem Vorschlag von Dorothea nicht folgt und Ablehnung empfiehlt. Deshalb frage ich jetzt die Delegierten dieses Parteitages, ob sie dem Votum der Antragskommission folgen. Ich bitte um die Jastimmen. - Ich bitte um die Neinstimmen. Falls es Enthaltungen gibt, bitte jetzt! - Einige wenige und einige Neinstimmen, aber die überwiegende Mehrheit waren Fürstimmen. Damit ist der Antrag von Dorothea abgelehnt. Wir folgen der Antragskommission in diesem Fall.

Wir kommen jetzt dazu, den vorliegenden Antrag noch einmal zur Abstimmung zu stellen. Ich frage um die Jastimmen. - Gibt es Neinstimmen? - Einige wenige. Enthaltungen? - Bei einigen Enthaltungen und Neinstimmen ist auch dieser Antrag angenommen, und zwar mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit, die wir ja brauchen. Das hatte ich eingangs erwähnt.

Damit haben wir sozusagen die nächste Schwelle für weitere Personalentscheidungen erreicht. Ich gebe jetzt weiter an Oliver.

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Gabriele. - Wir kommen jetzt zur

WAHL DER STELLVERTRETENDEN PARTEIVORSITZENDEN

Die weiteren Wahlen, die wir uns noch für heute vorgenommen haben, werden wir in der Reihenfolge abarbeiten, wie in unserem Organisationsstatut vorgesehen. Das heißt, wir wählen jetzt die stellvertretenden Vorsitzenden. Wir wählen danach den Generalsekretär bzw. die Generalsekretärin und den Schatzmeister bzw. die Schatzmeisterin und danach den bzw. die Verantwortliche beim Parteivorstand für die Europäische Union.

Bevor ich gleich Anmerkungen zum Wahlverfahren mache, würde ich vorschlagen, dass wir den fünf Kandidatinnen und Kandidaten für den stellvertretenden Parteivorsitz die Gelegenheit geben, sich hier kurz vorzustellen.

Vorgeschlagen sind: Klara Geywitz, Hubertus Heil, Kevin Kühnert, Serpil Midyatli und Anke Rehlinger. Ich schlage vor, dass wir genau in dieser Reihenfolge vorgehen. Damit würde ich zunächst Klara Geywitz das Wort erteilen. Bitte, Klara!

(Beifall)

VORSTELLUNGSREDEN DER KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN ZUR WAHL DER STELLVERTRETENDEN PARTEIVORSITZENDEN

Klara Geywitz, Parteivorstand:

Liebe Genossinnen und Genossen! Die SPD hat mal wieder allen gezeigt, dass wir auch am Nikolaus für Überraschungen gut sind. Was mussten wir alles lesen, was auf diesem Parteitag Furchtbares passiert! Es kommt zu einem ganz großen Zerwürfnis! Man weiß gar nicht, was personell passiert! Wie würde das ausgehen?

Wir haben gezeigt: Die SPD ist in einer Situation, in der wir Einigkeit haben. Wir haben heute die neue Parteiführung eindrucksvoll bestätigt, und wir haben ihnen nach intensiver Debatte auch klare Aufträge für Gespräche mit einer sehr guten Grundlage gegeben. Das ist gut, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Meine Kandidatur heute ist hoffentlich ein Beitrag dafür, dass wir Brücken bauen können zwischen denjenigen, die Olaf Scholz und mich unterstützt haben, und denen, die Saskia und Norbert unterstützt haben. Ich weiß, einige von euch haben heute auch noch eine kleine Träne im Knopfloch und sagen: Schade, dass ihr den zweiten Platz gemacht habt! - Aber ich sage euch, Genossinnen und Genossen: In der Politik gibt es keine Zeit für Trauer. In der Politik muss man jeden Tag in der Lage sein, die Herausforderungen anzunehmen. Dort drüben sehe ich Peter und die Landesorganisation Hamburg. Sie hat schon im Februar den nächsten Wahlkampf zu bestehen. Die brauchen uns! Die brauchen uns einig und stark!

(Beifall)

Das Gleiche gilt natürlich genauso für die Genossinnen und Genossen in Bayern im Kommunalwahlkampf und für die Genossinnen und Genossen in NRW, wo auch sehr wichtige Kommunalwahlen vor uns stehen.

Heute ist Historisches passiert: Wir haben das erste Mal eine Doppelspitze gewählt. Es wurde ja viel über die Bedeutung der Jusos geschrieben. Ich möchte aber eine andere Arbeitsgemeinschaft noch einmal herausheben: Diese Doppelspitze hätte es ohne den jahrelangen Kampf der ASF unter ihrer Vorsitzenden Elke Ferner niemals gegeben!

(Beifall)

Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist auch etwas, was ich als stellvertretende Parteivorsitzende als Arbeitsprogramm haben werden. Zum einen wollen das die Frauen in diesem Land. Zum anderen, wenn gefragt wird „Wo ist denn eigentlich der Unterschied zwischen SPD und CDU?“, sage ich ganz klar: Hier ist ein Riesenunterschied. Wir kämpfen für Parité, und die CDU traut sich noch nicht einmal die Quote!

(Beifall)

Natürlich als Brandenburgerin will ich auch Interessenvertreterin der ostdeutschen Länder sein. Es gibt immer noch viele, die sagen: In Ostdeutschland kommen meine Biografien vor, kommt mein Leben vor, kommen meine Geschichten vor. Ich möchte das übrigens nicht alleine machen, sondern morgen, wenn wir die Wahlen vom Parteivorstand haben, bitte ich euch, darauf zu achten, aus jedem Landesverband einen zu wählen. Es kann doch nicht sein, dass eine Delegation nach Hause geht und sagt: Die haben keinen uns mehr in den Parteivorstand gewählt. Wir sind da mit keiner Stimme mehr in Berlin vertreten. - Das wäre ein Skandal. Das wäre schade für jeden Landesverband. Das gilt übrigens auch für Bremen.

Die Genossinnen und Genossen bei uns in Ostdeutschland haben andere Arbeitsbedingungen. Anke Rehlinger aus dem Saarland tritt ja auch gleich an. Es gibt in Brandenburg 14 Landkreise. Einer davon ist so groß wie das Saarland. Der hat allerdings nicht 6.500 Mitglieder, sondern 200. Das ist auch Organisationswirklichkeit der SPD, und für diese Landesverbände mit ihrer Strukturschwäche will ich gerne arbeiten und neue Antworten entwickeln.

(Beifall)

Soweit der Blick nach vorne. Aber lasst mich nach dieser Tour seit September noch mal zwei Sätze zum Umgang miteinander sagen: Der zwischenmenschliche Umgang in der SPD ist total in Ordnung, solange man das Internet nicht anstellt.

(Beifall)

Ich musste da viele interessante Sachen über mich lesen, zum Beispiel die eine Sache, dass ich Seeheimerin bin. Das ist deswegen besonders putzig, weil ich wahrscheinlich eine der Wenigen im politischen Berlin bin, die noch nie auf dieser Spargelfahrt war.

(Beifall)

Das Gleiche gilt übrigens auch für Olaf Scholz. Der ist nämlich - Surprise - auch kein Seeheimer. Der ist aber so verlässlich, an dem könnte man ein Tau festmachen. Aber, Genossinnen und Genossen, selbst wenn wir Seeheimer wären, wäre das auch kein Problem, weil das sind auch gute Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Denn wenn wir eine linke Volkspartei sein wollen, dann muss man wissen: Es geht von ganz links bis zur Mitte. Und wir dürfen uns nie gegenseitig absprechen, gute Sozialdemokraten zu sein.

(Beifall)

In diesem Sinne: Es war ein hartes Jahr für die SPD. Aber ihr habt jetzt die Chance, dem Ganzen noch einen versöhnlichen Jahresausklang anzufügen. Glückauf!

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Klara. - Als Nächstes erhält Hubertus Heil das Wort.

Hubertus Heil, Parteivorstand:

Liebe Genossinnen und Genossen, mein Name ist Hubertus Heil. Ich bin Jahrgang 1972, Ortsverein Peine-Kernstadt und der Bezirk Peine, Bezirk Braunschweig, Niedersachsen. Das ist meine Heimat.

(Beifall)

Warum erzähle ich das? Weil ich in einer Stadt aufgewachsen bin, die mich sehr geprägt hat. Peine ist eine kleine Stadt mit 50.000 Einwohnern. In meiner Kindheit und Jugend waren in dieser Stadt mit 50.000 Einwohnern ungefähr noch 10.000 Menschen im Stahlwerk beschäftigt. 10.000 Familien, die am Stahlwerk gehangen haben. Heute sind es noch 800 Kolleginnen und Kollegen, die da arbeiten. Das heißt, die Geschichte meiner Heimat, meines Lebens, meiner Heimatstadt, ist die von Strukturwandel.

Ich bin in einer Stadt aufgewachsen, in der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten seit ich denken kann die politische Verantwortung tragen in der Kommunalpolitik, die Landtags- und die Bundestagsabgeordneten stellen und mitgeholfen haben, dass meine Heimat diesen Strukturwandel geschafft hat. Wir hatten auch furchtbare Zeiten von Arbeitslosigkeit. Wir sind jetzt unter Bundesschnitt. Und ich glaube, diese Erfahrung von Strukturwandel erfolgreich zu gestalten, ist eine, die wir für den neuen Strukturwandel als Sozialdemokratie sehr gut im Gepäck haben müssen.

Denn ich habe noch etwas anderes erlebt: Ich bin in den 90ern weggegangen aus Peine. Ich bin nach Brandenburg gegangen, um dort Politikwissenschaften an der Uni in Potsdam zu studieren, und ich habe im Landtag gearbeitet für eine arbeitsmarktpolitische Sprecherin. Das war die Zeit, in der Regine Hildebrandt, die für mich ein großes Vorbild ist, liebe Genossinnen und Genossen

(Beifall)

unsere Arbeitsministerin in Brandenburg war.

Was ich, lieber Dietmar Woidke, liebe Klara, in Brandenburg in den 90ern erlebt habe - da haben wir uns kennengelernt -, das war nicht Strukturwandel, das waren Strukturbrüche in kürzerer Zeit. Wir haben erlebt, was das mit Menschen und Familien macht, welche Schrammen das in der Biografie hinterlässt, bis in die Rente heutzutage. Und ich befürchte, dass bestimmte politische Entwicklungen, die wir heute erleben, Spätfolgen dieser Brüche der 90er-Jahre waren. Ich will, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir im anstehenden Strukturwandel für unser Land dafür sorgen, dass wir keine Brüche haben, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von heute auch in der digitalen Wirtschaft der Zukunft von morgen die Chance haben, was aus ihrem Leben für sich und ihre Familien zu machen. Das ist für mich Sozialdemokratie.

(Beifall)

Für mich ist auch Sozialdemokratie, dass in unserer Überzeugung nach wie vor - und die wird gebraucht - nicht die Frage steht, welche Herkunft man hat, welche Hautfarbe oder welches Geschlecht. Wir wollen nicht, dass die Menschen mit ihrer Geburt festgenagelt sind auf ihre sozialen Verhältnisse. Den Weg öffnen für Menschen zu einem selbstbestimmten Leben, in einer solidarischen Gesellschaft, das ist für mich sozialdemokratische Überzeugung, die Idee von Freiheit und Selbstbestimmung und von sozialer Gerechtigkeit.

(Beifall)

Das heißt konkret, dass ich in die Arbeit, in dieses Team was einbringen will. Die Themen habe ich eben anklingen lassen. Ich will mich kümmern auch nicht nur in Regierungsverantwortung, sondern auch in diesem Parteiamt, dass die SPD, wenn es um die Arbeit, die Zukunft der Arbeit geht, erkennbarer wird, liebe Genossinnen und Genossen, und das gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen aus den deutschen Gewerkschaften. Wir haben eine gute Zusammenarbeit aufgebaut.

Ich will, dass wir die Aufgaben, die jetzt vor uns sind, gemeinsam gestalten, wenn es um die Trans-

formation, auch die soziale und ökologische Transformation unserer Industriegesellschaft geht.

Ich will zweitens mithelfen, dass wir auch die Diskussion führen mit der Wirtschaft in Deutschland, mit den Unternehmerinnen und Unternehmern, mit den Handwerkern, mit den Selbständigen. Ich sage euch: Damit meine ich nicht nur die Spitzenverbände, sondern diejenigen, die das wirklich machen an dieser Stelle. Die stehen uns manchmal näher, als viele denken, und wir dürfen auch da den Kontakt nicht verlieren, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Beim Thema soziale Sicherheit – den Kontakt auch zu den Sozialverbänden, die in vielfacher Hinsicht aktiv sind für Interessen – zu den Wohlfahrtsverbänden: Das ist etwas, was ich einbringen will in die Arbeit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands: dass wir da gemeinsam an Zukunftsthemen arbeiten und programmatischen Vorrat aufbauen.

Das Zweite, worum ich mich kümmern will, in diesem Zusammenhang, ist tatsächlich etwas, was Klara eben beschrieben hat. Ich denke daran, dass wir in den nächsten zwei Jahren - wir haben viel über die Bundesebene diskutiert - vor allen Dingen Kommunal- und Landtagswahlen in Deutschland haben. Lieber Peter Tschentscher - das geht auch an Melanie Leonhard -, ihr habt ein Recht darauf, dass dieser Parteitag nicht mehr den Eindruck am Ende hinterlässt, dass wir uns nur um uns selbst kreisen, sondern dass wir euch unterstützen in Hamburg. Der Leuchtturm Hamburg muss gewonnen werden. Das muss unser Ziel sein, wenn die Wahl im Februar ansteht. Klares Signal nach Hamburg: Wir brauchen euch, und wir werden euch unterstützen. Ich will das auch tun.

(Beifall)

Die Reise geht dann weiter. Wir haben, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen, Kommunalwahlen in Bayern, im Freistaat. Da gibt es viel zu gewinnen, aber es gibt auch einiges zu verlieren. Ich will beispielsweise, dass der Nachfolger von Uli Maly in Nürnberg weiterhin ein Sozialdemokrat ist, liebe Genossinnen und Genossen. Die bayerischen Genossinnen und Genossen haben unsere Unterstützung auch verdient.

(Beifall)

Ich habe das gestern in Nordrhein-Westfalen angesprochen: Wir müssen dafür sorgen, dass unser größter und stärkster Landesverband wieder die Chance hat, über die kommunale Ebene irgendwann die Landesebene wieder aufzurollen. Das will ich ganz deutlich sagen: Ohne Nordrhein-Westfalen wird es keine Renaissance der deutschen Sozialdemokratie geben. Wir müssen die NRW-SPD unterstützen, genau wie die NRW-SPD die Bundespartei jetzt unterstützt, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

So könnte ich noch in den nächsten - ich habe nachgeguckt - zwei Jahren noch zehn andere Wahlen

aufrufen. Aber eine will ich noch ansprechen, weil mir das am Herzen liegt. Liebe Manu Schwesig, ihr habt einen harten Gang vor euch. Ihr habt auch Rechtsradikale im Parlament schon. Aber ihr habt bewiesen bei der letzten Landtagswahl, du als Person und so Typen wie der Patrick Dahlemann in Vorpommern beispielsweise, dass es gelingt, diese rechten Brüder auch wieder zurückzudrängen. Die sollen aus dem Landtag verschwinden.

(Beifall)

Die sollen nicht nur nicht größer werden. Die müssen wir wieder rausbringen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich will einfach, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir als Signal dieses Parteitages nicht einfach Geschlossenheit machen. Die SPD ist kein Kasernenhof. Das hat dieser Parteitag, das haben die letzten Wochen und Monate gezeigt.

Wir sind eine lebendige Partei; wir streiten und diskutieren miteinander. Ich schließe mich dem, was Klara gesagt, an. Wenn wir miteinander diskutieren, dann tun wir das immer als Genossinnen und Genossen und niemals als Gegner und Feinde, liebe Genossinnen und Genossen. Bei allem, was uns manchmal trennt: Wir sind eine Sozialdemokratische Partei und nicht zehn, und wir sind auch keine Holding von verschiedenen Flügeln Wir sind die große deutsche Sozialdemokratie, und so müssen wir uns auch benehmen.

(Beifall)

Das heißt für mich als jemand, der auch das andere Team unterstützt hat, das in der Stichwahl war - das ist kein Geheimnis -, dass ich das Ergebnis für Saskia und Norbert nicht nur einfach respektiere, wie man das unter Demokraten sowieso tun sollte, sondern als politisches Signal für unsere weitere Arbeit sehr ernst nehme. Wir wollen zusammenhalten. Wir sind unterschiedlich, aber ich aber eines auch als Arbeitsminister in Betrieben und Verwaltungen gelernt - und das gilt für die Wirtschaft und auch für die Politik -: Diverse Teams von Frauen und Männern unterschiedlicher Herkunft mit gemeinsamen Vorstellungen einer Mission sind erfolgreicher als einförmige Eintöpfe, liebe Genossinnen und Genossen, und so will ich dieses Team verstanden sehen.

Ich bitte euch um euer Vertrauen und eure Unterstützung. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Hubertus. - Nun erhält Kevin Kühnert das Wort.

(Beifall)

Kevin Kühnert, Juso-Bundesvorsitzender:

Liebe Genossinnen und Genossen! Warum machen wir eigentlich Politik? Das muss jeder für sich selber beantworten. Meine Antwort hat vor gut 15 Jahren stattgefunden. Ich habe an meiner Schule Schülervertretungsarbeit gemacht; ich war Klassensprecher, Schulsprecher, und ich war getrieben von einer Form von Ohnmachtsgefühl, von vielen Pflichten, denen wir uns ausgesetzt sahen, aber wenigen Rechten, die uns zur Verfügung standen oder von denen wir auch überhaupt nur wussten. Wir kämpften für unsere Anliegen, erreichten manches, stießen aber auch oft genug an Grenzen, die uns Politik und Gesellschaft setzten.

Wir haben uns damals dafür eingesetzt, weil wir gemerkt haben: Es muss noch was Größeres her. Wir haben uns in unserem Berliner Bezirk, wo die Schule war, für ein Kinder- und Jugendbüro eingesetzt, für einen Ort, an dem Dolmetscharbeit zwischen jungen Menschen auf der einen Seite und Politik und Verwaltung auf der anderen Seite stattfinden sollte. Wir haben das für nötig erachtet, weil Ungleichheiten - völlig egal, ob wir über Vermögen oder über Machtverhältnisse in unserer Gesellschaft sprechen - nicht von alleine verschwinden, sondern immer nur von Menschen bekämpft und dadurch aufgelöst werden. Und weil ich diese Ungleichheiten auf den Tod nicht ausstehen kann, habe ich mich damals als Mittler betätigt; ich habe da später auch meinen Ersatzdienst geleistet.

Warum ich das erzähle? Weil ich das Gefühl habe, heute wieder in einer Mittlerrolle zu sein - zwischen einer jungen Generation, die in Anbetracht der Herausforderungen, vor denen wir stehen, ungeduldig ist und die einem politischen Betrieb gegenübersteht, der diese junge Generation nicht versteht - manchmal auch nicht verstehen will - und nicht von ihr verstanden wird.

Das Problem ist nur: Ich bin mittlerweile 30 Jahre alt und eigentlich gar nicht mehr Teil dieser jungen Generation. Beim Fußball kann ich in zwei Jahren bei den Alten Herren mitspielen, und mein zweites Lebensdrittel hat mittlerweile begonnen. Es sagt etwas über die politische Arbeit aus, die wir nicht nur in der SPD, sondern generell leisten, dass Leute wie ich hier als „der Nachwuchs“ oder „diese jungen Leute“ bezeichnet werden.

(Beifall)

Diese Mechanismen aufzubrechen, beginnt damit, sich nach vorne zu stellen und zu kandidieren, und das mache ich am heutigen Tag, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich stehe aus Prinzip hier, als Ermutigung für diejenigen, die von der Politik kein Angebot mehr erwarten und sich von ihr paternalistisch behandelt fühlen. Aber etwas ist anders heute - in Zeiten von Digitalisierung. Wir haben das gesehen, als dieser - wie es von manchen gesagt wurde - Rezo vor einigen Monaten sein Video ins Netz gestellt hat. Da hat man die Mechanismen der Politik sehen

können, als der Rezo mal ein bisschen einen rausgehauen hat mit seinen blauen Haaren. „Dieser Typ im Internet; da muss man sich nicht drum kümmern“: So hieß es dann auch in manchen politischen Sitzungen. Da wurde abgewunken und ein bisschen mürrisch gelächelt. So ernst kann man das doch nicht nehmen, der hat sich doch noch nie einer Wahl auf einem Parteitag gestellt oder irgendwo auf einer Wahlliste gestanden.

Aber so funktioniert das heute. Das ersetzt nicht unsere Demokratie, das ersetzt nicht unsere Partei, aber das ist Teil unserer Wirklichkeit. Wir erleben eine Demokratisierung von Kommunikation, und eigentlich ist das etwas, was unsere Partei total spannend finden muss;

(Beifall)

denn unsere Partei, unsere Vertreterinnen und Vertreter, sind es gewesen, die über Jahrzehnte hinweg im Parlament, in politischen Talkshows, auf den Bühnen dieser Republik dagesessen haben als Vertreterinnen und Vertreter für Arme, für Entrechtete, für schwache Menschen, für diejenigen, die nicht in der Lage waren, ihre Interessen selbst zu artikulieren, die nicht den Zugang zu Machtapparaten hatten und die eine politische Kraft brauchten, die für sie die Stimme erhoben hat.

Heute gelingt es diesen Leuten mit ein bisschen technischen Skills und ein paar verständlichen Vorstellungen von Kommunikation zum Teil selbst, ihre Stimme zu erheben, und wir sollten das nicht als Bedrohung unseres Geschäftsmodells verstehen, sondern wir sollten es als das verstehen, was es ist: eine Selbstermächtigung von Menschen, die ihren gerechten Anteil an der Gesellschaft einfordern und denen wir in Partnerschaft begegnen sollten. Die greifen nicht die Idee der Sozialdemokratie an; sie füllen sie mit Leben, und wir sollten ihnen die Hand ausstrecken und mit ihnen zusammenarbeiten, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Diese Form, die vor allem auch im Netz stattfindet, hat etwas mit Individualität zu tun. Individualisierung findet in unserer Gesellschaft statt, und ich bin zutiefst genervt davon, dass es zwei sehr radikale Ansichten von Individualität gibt, die ich nicht teile und die unsere Partei nicht teilen sollte.

Da ist auf der einen Seite etwas, was man letztes Jahr sehen konnte, als sich diese sogenannte Sammlungsbewegung „aufstehen“ gegründet hat. Es gab Gründe, warum ich und andere damals dort nicht mit auf dem Podium saßen, weil ich nicht davon überzeugt bin, sondern es im Gegenteil sogar zutiefst ablehne, zu sagen: Die Zeit von Individualisierung und von mehr Freiheitsrechten muss jetzt mal vorbei sein zugunsten von mehr Kämpfen für das Soziale. Nein, das ist nicht die richtige Analyse. Keine Ehe für alle, keine Geschlechterquote in DAX-Vorständen oder Ähnlichem sorgt dafür, dass wir nicht mehr für soziale Gerechtigkeit im Land kämpfen können. Hören wir auf, die Falschen gegeneinander auszuspielen. Individualisierung ist kein Widerspruch zu sozial gerechter Politik, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Auf der anderen Seite steht die Sichtweise der absoluten Individualität, die wir dort gut finden, wo sie die freie Entfaltung der Persönlichkeit betrifft, wo Schwule, Leben, Intersexuelle und Transgender sie selbst sein können in unserer Gesellschaft, offen über die Straße gehen können, ohne Angst zu haben, angegriffen und angefeindet zu werden, wo tatsächlich gleiche Lebenschancen für alle bestehen.

Wir setzen dem aber dort eine Grenze, wo es in den Bereich unserer materialistischen Grundlagen, des Ökonomischen, geht. Wir glauben nämlich nicht, dass ein Individualismus, der bis tief hinein in die Strukturen unseres Zusammenlebens, in den Öffentlichen Nahverkehr, in unsere natürlichen Lebensgrundlagen, ins Wohnen und ins Bildungssystem hineinreicht, irgendetwas besser macht. Dieser Markt regelt es nicht, liebe Genossinnen und Genossen. Er hat es in der Vergangenheit nicht geregelt, und er wird es auch in Zukunft nicht tun.

(Beifall)

Deswegen widersprechen wir mit allem Nachdruck dem Glauben daran, dass wenn nur alle an sich selbst denken, dann ja auch an die ganze Gesellschaft gedacht ist, oder dass wenn jeder nachhaltig einkauft, auch Klimaschutz und Nachhaltigkeit geschaffen sind. Hier hört unser Verständnis von Individualität auf.

(Beifall)

Und jetzt müssen wir in Konflikte reingehen, und zwar in Konflikte mit denjenigen, die versuchen, diese Individualität, die wir gut finden, zu durchbrechen. Ich möchte das am Beispiel von Annegret Kramp-Karrenbauer machen, die in diesen Tagen wieder vorschlägt, eine Dienstpflicht in Deutschland einzuführen, ein Jahr, in dem junge Menschen einen Dienst an der Gesellschaft leisten sollen.

Das ist nicht nur ein zutiefst Generationen gegeneinander aufwiegelnder Begriff von Gesellschaft, der da von ihr vorgetragen wird und so ein bisschen schnippisch daherkommt: Na, leistet ihr doch auch erst mal was für die Gesellschaft. - Das ist nicht das Bild vom Generationenvertrag, das wir haben, bei dem Generationen füreinander Verantwortung übernehmen. Wenn Frau Kramp-Karrenbauer was für die Gerechtigkeit zwischen den Generationen und dafür, dass man miteinander Verantwortung übernimmt, tun will, dann soll sie sich darum kümmern, dass wir über 2025 hinaus, wie es die SPD will, noch eine gesetzliche Rente in Deutschland haben, die funktioniert, dass wir eine Erwerbstätigenversicherung haben, in die tatsächlich alle Beschäftigten einzahlen - auch sie und die anderen Politikerinnen und Politiker, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Aber was macht AKK stattdessen? AKK treibt uns in eine ganz andere Diskussion, wonach junge Menschen erst mal einen Dienst an der Gesellschaft leisten müssen.

Wenn sie beklagt, dass diese jungen Menschen ein bisschen mehr tun könnten: Wie wäre es denn, wenn sie ihre politische Stellung nutzen würde, um die Rahmenbedingungen für diese jungen Men-

schen und damit auch für alle anderen in der Gesellschaft zu verbessern, wenn sie dafür sorgt, dass wir nicht eine immer größere Ökonomisierung der Bildung haben - husch, husch, durch die Schule durch, Abi nach zwölf Jahren und dann drei Jahre Bachelor und zwei Jahre Master und zack auf den Arbeitsmarkt, damit alles schnell verwertbar ist? Solche jungen Menschen finden keine Zeit, sich zu engagieren - weder in politischen Jugendorganisationen noch sonst irgendwo. Das ist der Ansatzpunkt, um den sich Politik kümmern muss, wenn junge Leute was machen sollen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Oder vielleicht sollte sie dafür sorgen, dass junge Menschen nicht zu 50 Prozent und mit einem befristeten Arbeitsvertrag ins Berufsleben einsteigen. Vielleicht sollten Sie mal nicht über eine Dienstpflicht, sondern über eine Ausbildungsplatzgarantie in Deutschland reden, Frau Kramp-Karrenbauer! Wie wäre es? Wir laden Sie herzlich ein!

(Beifall)

Das ist unser Verständnis von Individualität: Nur, wer die persönliche Freiheit hat, sich zu entfalten und etwas für die Gemeinschaft zu tun, von dem kann dann auch verlangt werden, seinen gerechten Anteil zurückzugeben. Das hat etwas mit Gemeinwohl zu tun. Uns geht es um das Gemeinsame, um die Gesellschaft. Und das Gemeinwohl ist das Wohl von uns allen. Wir alle haben uns in den letzten Tagen und Wochen gefreut, als es von DGB und BDI gemeinsam hieß: 450 Milliarden Euro Investitionen braucht dieses Land, um zukunftsfest zu werden - alleine in den nächsten zehn Jahren. - Ich teile die Freude über dieses gemeinsame Signal. Lieber Reiner Hoffmann, gut, dass ihr die Initiative gestartet habt!

Aber nicht zu früh freuen! Wir haben es auch immer noch mit den anderen zu tun - nicht beim DGB, aber beim BDI. Guckt mal rein in deren Pressemitteilungen! Da sagt BDI-Präsident Kempf nämlich, es gehe der Industrie in erster Linie um höhere privatwirtschaftliche Investitionen. Diese machen rund 90 Prozent der Investitionen in Deutschland aus. Der Staat muss dort investieren, wo sich privatwirtschaftlicher Ausbau nicht lohnt. - Nee, liebe Freunde aus der Industrie, so haben wir nicht gewettet! Das ist das alte Spiel, Gewinne zu privatisieren und Verluste oder gesellschaftliche Risiken zu sozialisieren, in die Hände von uns allen zu geben: Wir dürfen das Mobilnetz dort ausbauen, wo es sich für die Konzerne nicht lohnt; wir dürfen die Busse dort bezahlen, wo es sich für die Konzerne nicht lohnt; wir dürfen Wohnungen für die Leute bauen, die nicht zu 12, 13, 14 oder mehr Euro pro Quadratmeter leben können. - So haben wir die Wette nicht gemacht! Unser Gemeinwohlverständnis ist ein anderes, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir wollen ein Gemeinwohl, zu dem alle beitragen - über gerechte Steuern, wo nach den Bedarfen der Menschen in unserer Gesellschaft, nach dem, was unser Leben ausmacht, entschieden wird, was bereitgestellt wird. Denn der Bus im ländlichen Raum ist für uns kein Dukatenesel, der Geld für den Kommunalhaushalt auswirft. Das ist Teilhabe an der Gesellschaft. Das ist die Möglichkeit,

teilzuhaben, zum Schwimmbad zu fahren, sich mit Freunden zu treffen oder den Facharzt oder die Fachärztin zu besuchen. Das ist unser Verständnis davon. Hier müssen wir die Unterschiede - in der GroKo, außerhalb der GroKo; das ist mir egal - herausarbeiten.

Und wir müssen bereit sein, politische Mehrheiten dafür zu organisieren und am Ende auch zu nutzen.

Ich habe euch eine rote Socke mitgebracht. Die Älteren kennen sie schon aus vielen Jahrzehnten politischer Arbeit. Die rote Socke steht für den Versuch unserer politischen Gegnerinnen und Gegner, uns kleinzumachen, uns daran zu hindern, die Mehrheiten, die wir für so viele unserer Forderungen in dieser Gesellschaft haben, zu nutzen und wirkmächtig zu machen. Das hat dazu geführt, dass wir zweimal linke Mehrheiten im Deutschen Bundestag nicht genutzt haben. Ich bin dafür, dass wir, wann immer die nächste Bundestagswahl ist - ob in drei Monaten oder in anderthalb Jahren -, alles dafür tun und bereit sind, fortschrittliche Mehrheiten - ob alleine oder mit zwei oder drei Partnern - zu nutzen. Wir sollten uns nicht mehr von dieser Aussage zu den roten Socken kirremachen lassen. Denn diejenigen, die dabei auf uns zeigen, wollen eigentlich nur von ihren eigenen Problemen ablenken. Diejenigen, die versuchen, uns in eine antidemokratische Ecke zu schieben, und so tun, als würden wir mit Leuten paktieren, mit denen man nicht in der Demokratie arbeiten sollte, die wollen eigentlich was ganz anderes. Die wollen verbergen, dass hinter jeder roten Socke, die uns entgegengehalten wird, liebe Genossinnen und Genossen, eigentlich eine käsefußstinkende blaue Socke steckt, und zwar von denjenigen, die ihr Verhältnis zum rechten Rand in dieser Gesellschaft nicht geklärt kriegen. Keine roten Socken mehr! Die müssen ihre Hausaufgaben selber machen, damit wir die demokratische Gesellschaft zusammenhalten, liebe Genossinnen und Genossen. Nicht wir, die haben was zu klären!

(Beifall)

Lasst mich zum Schluss kommen, bitte.

Es ist wie bei der SPD: Wenn man denkt, es war das Ende, ist es noch nicht vorbei.

(Beifall)

Mein Name ist Kevin Kühnert. Ich bin 30 Jahre alt. Ich bin ein Berliner Jung und habe - das lässt sich nicht vermeiden - gelegentlich auch eine Berliner Schnauze. Die geht auch nicht mehr weg. Ich bin Jungsozialist und, liebe Klara, folglich auch noch nie auf einer Spargelfahrt gewesen. Wir sind also zu zweit hier im Raum,

(Beifall)

Ich habe aber auch noch nie Einladung dazu bekommen. Falls das an der richtigen Stelle ankommen sollte: sehr gerne.

(Beifall und Heiterkeit)

Ich bin Ortsvereinsvorsitzender in Lichtenrade-Marienfelde hier in Berlin. Ich bin Kommunalpolitiker. Ich habe von Lars Klingbeil im letzten Jahr einen Toaster für ein bisschen über 20.000 Mitglieder bekommen. Ich glaube, ich habe gezeigt, dass ich Menschen für die Sozialdemokratie begeistern kann. Ich bin der erste in der Familie, der in eine Partei eingetreten ist. Heute werde ich von meinem 83-jährigen Großvater Altgenosse genannt, weil er sich mit Mitte 70 entschieden hat, etwas Überfälliges nachzuholen, und SPD-Mitglied zu werden.

(Beifall)

Wenn ihr mich heute zu eurem stellvertretenden Parteivorsitzenden wählt, dann bekommt ihr den Kevin Kühnert, den ihr kennengelernt habt. Ich verstehe Politik nicht als Rollenspiel. Ich finde nicht, dass, wenn man plötzlich auf einer anderen Position ist, man sich dann anders verhält, anders denkt, anders redet. Man hat vielleicht andere Dinge zu bedenken - das sicherlich. Aber meine Überzeugungen sind meine Überzeugungen - wie das hoffentlich für uns alle gilt. Ich weiß um die Verantwortung, die das Amt mit sich bringt, um das ich mich heute bei euch bewerbe. Aber ich weiß auch um die Verantwortung, die es mit sich bringt, wenn man Glaubwürdigkeit genießt und sie gerne weiterhin genießen möchte.

Ich möchte weiterhin bereit sein, auch unbequeme Fragen in dieser Partei zu stellen - in dem Wissen darum, die Antworten darauf künftig vielleicht noch stärker selbst geben zu müssen. Deswegen ist mein Verständnis von politischer Arbeit auch weiterhin - neben der tagespolitischen Arbeit, die wir leisten und zu leisten haben -, Visionen zu entwickeln. Denn diese Partei ist wie keine andere eine, die über Emotionen und Visionen funktioniert. Da Helmut Schmidt gesagt hat, wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen und man Helmut Schmidt in dieser Partei zumindest an einem solchen Tag nicht widersprechen sollte, möchte ich euch zurufen, liebe Genossinnen und Genossen: Erstens. Ich bitte um eure Unterstützung. Zweitens. Lasst uns mit unseren Visionen zum Arzt gehen und lasst uns den Arzt, die Ärztin, die Sprechstundenhilfe und alle, die im Wartezimmer sitzen, von unserer Vision überzeugen, damit diese Partei wieder das ausstrahlt, was sie verdient auszustrahlen, nämlich die Zukunft im Herzen zu tragen. Dazu möchte ich einen Teil beitragen und bitte heute dafür um eure Unterstützung. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Kevin. - Als Nächste erhält Serpil Midyatli das Wort.

(Beifall)

Serpil Midyatli, Parteivorstand:

Moin, liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Kevin, vielen herzlichen Dank! Ich glaube, jetzt sind alle wach hier im Saal. Vielen Dank für das Einheizen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir leben in bewegten Zeiten. Diese Dynamik kann uns, finde ich, sehr gut tun. Ich bin jedenfalls überzeugt davon: Jetzt müssen alle Verantwortung in der SPD übernehmen. Ich bin dazu bereit.

Niemand in meiner Kindheit hätte jemals gedacht, dass ich stellvertretende Parteivorsitzende der SPD werden könnte oder überhaupt hier stehen könnte, um zu euch zu reden. Lieber Norbert, ich komme aus so einem Stadtteil: 24109 heißt der. Das ist eine Plattenbausiedlung. Wie ihr seht, bin ich eine echte Norddeutsche, sogar Vizepräsidentin des schleswig-holsteinischen Heimatbundes.

(Beifall)

16 Jahre meines Lebens habe ich in der Gastronomie gearbeitet, und, liebe Genossinnen und Genossen, es gibt nichts - wirklich nichts -, was ich noch nicht kenne. Und das hilft übrigens auch in der SPD.

Mit 18 Jahren habe ich den Familienbetrieb von meinen Eltern gegründet. Das ist ein Restaurant mit Saalanschluss gewesen. Meine Eltern gehörten zu der ersten Generation in Deutschland, die in der Heimat sozusagen Dinge verkauft haben, um das dann hier in Deutschland zu investieren. Es war eine große Verantwortung für mich. Ich bin dieser aber gerecht geworden; denn es ist wichtig, Verantwortung zu tragen. Vor allem weiß ich auch, was es bedeutet, sechs Tage in der Woche hart zu arbeiten. Das hat mich geprägt, liebe Genossinnen und Genossen, und vor allem ist das eine gute Vorbereitung für die Politik.

Über mein Engagement in dem Stadtteil bin ich von der SPD über die AWO dann auch in den Schleswig-Holsteinischen Landtag gekommen. Ich bin mittlerweile zehn Jahre Landtagsabgeordnete in Schleswig-Holstein und für die Bereiche Kita, Familie, Integration und queere Politik zuständig. Seit einigen Monaten bin ich auch Landesvorsitzende in dem wunderschönen Schleswig-Holstein.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, solch ein Weg ist nur in der SPD möglich; denn wir sind die Partei des Aufstiegs. Liebe Genossinnen und Genossen, für viele, viele Millionen von Menschen ist das auch der Weg gewesen, und ich sage hier noch mal sehr deutlich: Alle anderen Parteien reden über Vielfalt. Aber wir, liebe Genossinnen und Genossen, wir leben Vielfalt.

(Beifall)

Als Vorsitzende in Schleswig-Holstein habe ich auch tagtäglich mit Jamaika zu tun. Teile der Medien

beschreiben sie sehnsuchtsvoll als das neue Zukunftsbündnis für Deutschland. Ich kann euch sagen, liebe Genossinnen und Genossen: Das ist Quatsch!

(Beifall)

Jamaika kreist nur um sich selbst. Das Motto der Regierung ist nämlich, die Unterschiedlichkeit zu leben und keine Entscheidungen zu treffen. Das führt zu Stillstand, nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern das würde auch in Deutschland zu Stillstand führen.

Ich meine, eine Regierung muss führen und muss auch entscheiden.

Ich will damit sehr deutlich sagen, dass die Grünen der Union niemals so viele fortschrittliche Politik abgerungen hätten, wie wir es in den letzten zwei Jahren getan haben.

(Beifall)

Deshalb ist Jamaika keine Lösung für Schleswig-Holstein, und deswegen ist Jamaika auch keine Lösung für Deutschland. Die sozialökologische Transformation gelingt nicht in Tippelschritten, und deshalb kämpfe ich für eine Mehrheit jenseits der Union.

(Beifall)

Dabei gilt: Ja, Deutschland geht es gut, und Deutschland geht es besser, wenn die SPD mitregiert. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, Deutschland geht es am besten, wenn die SPD diese Regierung führt.

(Beifall)

Dazu möchte ich gerne meinen Beitrag in dem Team von Norbert und Saskia leisten. Ich bin eine absolute Teamplayerin. Ich finde, wir werden ein sehr starkes Team auch im neuen Parteivorstand haben. Meinen Beitrag möchte ich gerne dazu leisten; denn der gesellschaftliche Verteilungskampf, liebe Genossinnen und Genossen, findet heute im Bildungssystem statt. Viele werden bereits von Anfang an abgehängt. Die aktuelle PISA-Studie- zeigt: Wir sind sogar deutlich schlechter als viele andere Staaten. Man muss das tatsächlich so hart sagen: In Deutschland ist die Zukunft für viele Menschen Schicksal.

Wenn ich jetzt hier stehe und für den Parteivorstand kandidiere, dann tue ich das auch für die vielen, vielen Kinder, die von Anfang an keine guten Chancen in diesem Land haben, und deshalb ist es wichtig. Da möchte ich mich ausdrücklich bei Franziska, unserer Bundesfamilienministerin bedanken, die das Gute-Kita-Gesetz auf den Weg gebracht hat. Das ist so enorm wichtig gewesen für Deutschland und auch für die Bundesländer. Wir wissen, dass es gerade die frühen Bildungschancen sehr wichtig sind, weil hier der Erfolg in den weiteren Bildungsabläufen auch geschehen wird.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind aber nicht am Ende; denn wir werden und haben auch mit dem Vorschlag zur Kindergrundsicherung und für das neue Kindergeld vieles vor uns. Und in der

Schule muss es deswegen auch weitergehen. Deshalb ist es gut, dass wir einen Digitalpakt für die Schulen auf den Weg gebracht haben. Ich sage das auch sehr selbstbewusst als Landespolitikerin, denn wir, die Länder, brauchen hier die Hilfe des Bundes.

(Beifall)

- Danke schön.

Mein Ziel ist es: Die besten Schulen und die besten Lehrkräfte kommen und müssen in die Stadtteile, wo auch die größten Herausforderungen sind.

(Beifall)

Dafür wird die Sozialdemokratie gebraucht.

Liebe Klara, du hast gesagt, klare Kante, klarer Kurs, klare Sprache. Wir im echten Norden wissen genau, was du meinst. Liebe Genossinnen und Genossen, wenn ihr möchtet, bringe ich auch sehr gerne frischen Wind an die Spitze der Partei, und deswegen bitte ich euch zuerst um euer Vertrauen und dann um eure Stimme. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Serpil. - Jetzt erhält Anke Rehlinger das Wort.

Anke Rehlinger, Parteivorstand:

Ja, liebe Genossinnen und Genossen, da soll mal noch einer sagen, Stellvertreter-Wahlen hätten nichts Spannendes, auch nicht um diese Uhrzeit.

Mein Name ist Anke Rehlinger. Ich bin 43 Jahre alt, Saarländerin. Mein Sohn will Rennfahrer werden und ich heute mit eurer Unterstützung stellvertretende Parteivorsitzende dieser Partei und im Jahr 2022, wenn die Saarländerinnen und Saarländer das wollen, liebe Klara, nicht Landrätin, sondern Ministerpräsidentin des Saarlandes. Das ist Teil 1 meines Plans.

(Beifall)

Teil 2 heißt: Ich möchte unsere Sozialdemokratie dabei unterstützen, die starke soziale und demokratische Bewegung in Deutschland zu sein, die es braucht, um die Herausforderungen dieser Zeit zu bewältigen; denn ich glaube, dass ganz viel von dem, was notwendig ist, von dem, was gemacht werden muss, und von dem, was wir den Menschen in diesem Land als Perspektive geben müssen,

können nur wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch tun. Aber wir müssen es auch tun, liebe Genossinnen und Genossen, und dabei will ich mithelfen.

(Beifall)

Es gibt dafür sicherlich eine Vielzahl von Themen, und wir werden ja auch morgen und übermorgen Gott sei Dank neben vielen Leitanträgen und Personalentscheidungen, die auch heute getroffen worden sind, vor allem auch Zeit haben, über genau diese Themen zu sprechen.

Ein paar wenige, von denen ich glaube, dass sie bedeutsam sind und bei denen auch ich einen Beitrag leisten kann, will ich hier kurz ansprechen.

Die SPD ist nach wie vor - darauf verlassen sich ganz viele in diesem Land - die Partei der Arbeit und die Partei der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und zwar ganz gleich, wie die Arbeit ausgestaltet sein wird, ob sie sich schon massiv gewandelt hat oder ob sie immer noch ganz traditionell ist. Wir sind diejenigen, die Fürsprache zu halten haben für diese Menschen, dafür, dass sich ihre Leistung lohnt und dass es gerecht und fair zugeht und dass gute Arbeit für sie nicht nur ein leerer Begriff ist, sondern sich mit dem deckt, was auch sie jeden Tag erleben, wenn sie zu ihrer Arbeit gehen.

Aber gute Arbeit, liebe Genossinnen und Genossen, fällt nicht vom Himmel. Wir haben jetzt einige Jahre des guten wirtschaftlichen Wachstums hinter uns liegend, und das hat nach meiner Einschätzung dazu geführt, dass insbesondere auch beim amtierenden Wirtschaftsminister eine Winterschläfrigkeit eingetreten ist, die zu einem großen Schaden für dieses Land führt; denn wir brauchen mehr denn je - gerade in dieser Phase - eine aktive Struktur, aber auch eine aktive Wirtschaftspolitik für dieses Land. Denn gute Arbeit, die braucht man, und gute Arbeit bekommt man nur, wenn man vernünftige Rahmenbedingungen auch in der Wirtschaft schafft, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir müssen dafür sorgen, dass Forschung und Innovation in der Wirtschaft auch stattfinden können. Wir müssen natürlich auch dafür sorgen, dass wir sowohl über Wasserstoff als auch über Elektromobilität gleichermaßen reden. Liebe Genossinnen und Genossen, und natürlich müssen wir über die neuen Formen der Arbeit reden und gucken, was wir tun müssen, damit sie fair ausgestaltet ist. Aber eben auch in den klassischen Industrien müssen wir diejenigen sein, die auch Zukunftsperspektive geben; denn das ist die Antwort auf die Angst, die dort in vielen Bereichen vorherrschend ist.

Digitalisierung und Klimawandel führen dazu, dass viele jetzt schon glauben, sie werden demnächst zu den Verlierern in diesen Bereichen gehören. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass es dazu nicht kommt. Wir brauchen einen fairen Wettbewerb, gerade auch in den Branchen, die international aufgestellt.

Wir haben - dieses Beispiel will ich herausgreifen - die Situation im Stahl. Viele Beschäftigte waren

jüngst wieder auf der Straße. Das waren die Beschäftigten von Thyssen Krupp, die unterwegs war.

Aber dann muss man nicht nur nach Nordrhein-Westfalen gucken, sondern man kann auch nach Niedersachsen, Brandenburg, Bremen, Hamburg, ins Saarland und nach Sachsen-Anhalt, also überall hingucken: Überall herrscht Angst um den eigenen Arbeitsplatz, liebe Genossinnen und Genossen. Die Antwort auf diese Angst ist, dass wir dafür Sorge tragen müssen, dass in diesem konkreten Anwendungsfall nicht nur hier auf dem Parteitag und sonst wo gesagt wird, dass Klimaschutz, Industrie und Wirtschaft zusammengehen. Wir müssen nicht nur darüber reden, wir müssen das nicht nur beschließen, sondern wir müssen es auch zum Teil praktischer Politik werden lassen. Wir haben gerade jede Menge Anwendungsfälle, wo wir dafür sorgen müssen, dass wir den Klimaschutz nicht mit der Deindustrialisierung und dem Verlust von Arbeitsplätzen zu bezahlen haben. Es ist unsere Aufgabe, liebe Genossinnen und Genossen, genau dafür zu sorgen.

(Beifall)

Ihr kennt die Beispiele. Denn was nützt es, wenn der dreckige Stahl demnächst tatsächlich nicht in Europa, sondern außerhalb Europas produziert wird? Das nützt nicht dem Klima. Das nützt allenfalls China. Und wir bezahlen das mit den Arbeitsplätzen. Das dürfen wir nicht zulassen. Da müssen wir rein. Da braucht es aktive Wirtschaftspolitik.

(Beifall)

Europe United - das muss auch heißen: Wer auf unseren Markt will, der muss auch unsere ökologischen und sozialen Standards anerkennen, der muss sich auch an diese Regeln halten, liebe Genossinnen und Genossen. Dafür müssen wir streiten. Auch das kommt nicht von allein. Auch das will ich einbringen, wenn wir in diesem Vorstand mit zusammenkommen.

Zu guter Arbeit gehören aber neben den guten Jobs vor allem auch faire Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und Gewerkschaften und Betriebswirte, liebe Genossinnen und Genossen. Ich habe gerade im Saarland ein Beispiel: Wir bringen ein Fairer-Lohn-Gesetz auf den Weg. Franziska, die Begrifflichkeiten haben wir von dir abgeguckt, wie man das beschreibt, was man erreichen will. Ein Fairer-Lohn-Gesetz heißt, dass wir nicht nur den Mindestlohn als Voraussetzung dafür definieren, dass man einen öffentlichen Auftrag erhält, sondern dass die Tarifbedingungen als Maßstab angesetzt werden. Es lohnt also gar nicht mehr, in die Tarifflucht zu gehen, wenn ich an öffentliche Aufträge heran will. Denn wir werden trotzdem sagen: Ihr müsst diese Bedingungen erfüllen ganz unabhängig davon, ob ihr dem Arbeitgeberverband angehört oder nicht! - Das ist reale Politik für die Menschen. Sie liegt deutlich über dem, was der Mindestlohn ausmacht. Natürlich ist es richtig zu sagen: Wir müssen den Mindestlohn anheben; denn wir wollen armutsfeste Löhne in diesem Land! Aber Mindestlöhne politisch festzulegen, ist nicht das, was eigentlich die Sozialpartnerschaft in unserem Land auch ausmacht. Normalerweise muss man dafür sorgen, dass es Sozialpartner gibt, die die Löhne aushandeln. Aber wenn das nicht funktioniert, liebe Genossinnen und Genossen, dann muss man natürlich ordnungspolitisch eingreifen. Aber besser als ordnungspolitische Eingriffe ist es, die Sozialpartnerschaft mit Leben zu erfüllen. Deshalb brauchen wir mehr Tarifbindung.

Deshalb brauchen wir auch Gesetze, die das festlegen, liebe Genossinnen und Genossen. Dafür will ich eintreten. Dafür will ich kämpfen.

(Beifall)

Wir brauchen in einem zweiten Bereich, wenn wir Zukunft gestalten wollen, einen großen Schritt nach vorne. Das ist bei den Investitionen im Land. Da geht es um Wirtschaft. Da geht es um Transformation. Aber es geht natürlich auch um Bildung. Es geht um Infrastruktur. Es geht um den massiven Ausbau des ÖPNV und um vieles mehr, liebe Genossinnen und Genossen.

Und ja, natürlich müssen wir alle gucken, wie wir in den Haushalten klarkommen. Aber ich sage euch eines: Die größten Schulden, die man machen kann, wenn man Notwendigkeiten zum Investieren sieht, sind diejenigen, die man der nächsten Generation für ihre Zukunft hinterlässt, weil man eben nicht genug investiert, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Und ja, man kann natürlich auch, wenn die Konjunktur gut ist, investieren und Schulden abbauen. Aber wenn wir jetzt mit strukturellen Herausforderungen auf der einen Seite zu tun haben und auf der anderen Seite auch schon große konjunkturelle Schwankungen erleben, dann muss man es sich überlegen, ob man das an dieser Stelle noch genauso fortsetzt oder ob man nicht auch die Möglichkeiten in Anspruch nimmt, die der europarechtliche Rahmen in diesem Zusammenhang gibt. Insofern darf die schwarze Null nicht zur Zukunftsbremse werden, liebe Genossinnen und Genossen; denn auch das bringt Schulden mit sich, und zwar für die nächste Generation.

(Beifall)

Ich will kurz einen dritten Punkt ansprechen: Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse.

Wir hatten wieder die Situation nach den Wahlen in Ostdeutschland in Brandenburg, in Thüringen und in Sachsen , dass ganz einfach und, wie ich finde, verkürzt gesagt worden ist: Der Osten hat rechts gewählt. - Das ist eine Analyse, von der ich glaube, dass sie in dieser Pauschalität falsch ist. Ich schicke voraus, dass es nie eine Rechtfertigung dafür geben darf, dass man Rassisten oder Rechtsextremisten wählt. Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, wenn wir uns das genauer angucken, dass dort, wo samstags kein Bus mehr fährt, dass dort, wo kein Laden mehr ist, wo man einkaufen kann, und dass dort, wo die Infrastruktur immer eher nur zurückgebaut wird und die Krankenhäuser geschlossen werden, die Neigung, rechts zu wählen, zunimmt. Liebe Genossinnen und Genossen, das hat furchtbar wenig mit Himmelsrichtungen zu tun. Deshalb ist der Punkt „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ ein wichtiger nicht nur für jeden Einzelnen, sondern auch für die Stabilität unserer Gesellschaft. Denn es ist am Ende des Tages auch eine Frage der Demokratie, wie gut es uns gelingt, auch die rechten Kräfte in unserem Land zurückzudrängen.

(Beifall)

Dabei müssen die Menschen hier bei uns den starken Staat erleben, zu dem natürlich die Polizei gehört. Aber der starke Staat ist eben auch der, der dafür sorgt, dass der Bus fährt. Das ist derjenige, der dafür sorgt, dass die Daseinsvorsorge vor Ort tatsächlich stattfinden kann, dass Wohnen bezahlbar ist, dass die Bahn und der Bus bezahlbar sind und dass sie überhaupt kommen. Das ist eine sozialdemokratische Lesart davon, was wir als starken Staat verstehen. Auch dafür, liebe Genossinnen und Genossen, müssen wir investieren. Auch da müssen wir deutlich machen, dass wir an der Seite der Menschen in diesem Land stehen.

(Beifall)

Das waren nur ein paar wenige Punkte, von denen ich glaube, wie wir deutlich machen können: Auf der einen Seite haben wir ein Wertegerüst und einen Kompass. Auf der anderen Seite erschöpfen wir uns aber nicht darin, sondern wir haben die konkreten Themen, und zwar diejenigen, die die Menschen in diesem Land jeden Tag bewegen.

Das ist der Punkt, von dem ich glaube: Nachdem wir uns jetzt aufgestellt haben, nachdem klar ist, wie die Führung ist, und nachdem klar ist, dass wir anpacken wollen, sollten wir das dann auch tun.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir alle haben unterschiedliche Gründe, warum wir in dieser Partei sind. Wir haben unterschiedliche Herkünfte. Die anderen kommen aus der Umweltbewegung. Die anderen kommen aus der Friedensbewegung oder aus der Arbeiterbewegung. Aber eines haben wir alle gemeinsam: Wir sind immer in Bewegung. In diesem Fall sind wir in Bewegung für die Menschen in diesem Land. Dabei will ich gerne mithelfen und hoffe ich auf eure Unterstützung. - Herzlichen Dank und Glück auf!

(Lebhafter Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Anke. - Dem Tagungspräsidium liegen keine Wortmeldungen vor, sodass wir an dieser Stelle keine Aussprache machen müssen.

Wir können dann jetzt in die Abstimmung eintreten.

Die stellvertretenden Parteivorsitzenden werden nach den Vorschriften unseres Organisationsstatutes in Einzelwahl gewählt. Daher gilt § 23 Abs. 3 in Verbindung mit § 23 Abs. 1 b unseres Organisationsstatutes.

Vom Tagungspräsidium würden wir euch empfehlen, die Wahlen in einer verbundenen Einzelwahl durchzuführen. Das heißt, dass alle Stimmen auf einem Stimmzettel abgegeben werden können. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir so vorgehen.

Ich bitte darum, dass die Zählkommission die Stimmzettel austeilt, während ich noch einige Anmer-

kungen zum Wahlverfahren mache.

Zunächst einmal der übliche Hinweis an die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, bitte das Wahlgeheimnis zu akzeptieren, jetzt nicht mit den Objektiven auf die Stimmzettel zu zielen und die Delegierten in Ruhe ihre Stimme abgeben zu lassen!

Auf dem Stimmzettel habt ihr die Gelegenheit, zu jedem Kandidaten und zu jeder Kandidatin eure Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Euer Stimmzettel ist nur dann gültig, wenn er zwei Bedingungen erfüllt: zum einen, dass ihr jeweils Ja, Nein oder Enthaltung bei einem der Kandidaten oder Kandidatinnen angekreuzt habt, und zum anderen, indem ihr unten rechts auf der Ecke die Kontrollmarke mit der Nummer 2 aufklebt. Also in diesem Wahlgang bitte auf dem gelben Stimmzettel die Kontrollnummer 2 verwenden!

Im ersten Wahlgang ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat.

Gibt es jemanden, der irgendeine Frage zum Wahlverfahren hat? - Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann eröffne ich den Wahlgang.

Bitte gebt doch mal ein Zeichen, wo noch Stimmzettel fehlen. - Okay. Dann weiß die Zählkommission Bescheid. Ich gebe noch mal den Hinweis, dass ihr bitte auf dem gelben Stimmzettel die Kontrollnummer 2 aufklebt. Sonst ist eure Stimme nicht gültig.

Noch mal die Frage: Wo fehlen Stimmzettel? Bitte einmal bemerkbar machen. - Hier im Mittelblock rechts sehe ich einen Arm und auch hinten links. Im Mittelblock sind noch weitere Stimmzettel notwendig. Hier rechts, der Parteivorstand, ihr habt alle einen? Fehlen noch irgendwo Stimmzettel? - Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich darum, die Stimmzettel einzusammeln.

Liebe Genossinnen und Genossen, falls ihr eure Stimmen schon eingeworfen habt: Bitte bleibt noch am Platz. Wir werden gleich in die nächsten Wahlen einsteigen. Dazu macht das Tagungspräsidium gleich noch einen Vorschlag. Bitte bleibt im Saal. Macht euch noch mal bemerkbar, wo Stimmzettel noch eingesammelt werden müssen. Im Mittelblock sind es noch eine ganze Menge.

Noch einmal die Bitte, Genossinnen und Genossen, zeigt doch mal eben auf, wo noch Stimmzettel eingesammelt werden müssen. Gibt es noch jemanden, der noch nicht seine Stimme abgegeben hat oder die noch nicht ihre Stimme abgegeben hat? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich den Wahlgang. Vielen Dank.

Jetzt übernimmt Martin.

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Frisch und munter geht es weiter. Wir haben heute noch viel vor, und wir brauchen eure ganze Konzentration. Wir wollen heute noch die Einzelwahlen abschließen, und wir wollen auch heute alle organisationspolitischen Anträge bearbeiten. Deshalb würden wir euch folgenden Vorschlag machen.

Wir würden die jetzt anstehenden Einzelwahlen - Generalsekretäre, Schatzmeister, Schatzmeisterin, EU-Beauftragte, - zwar rechtlich getrennt, aber organisatorisch zusammenbringen.

(Beifall)

Das wird wie folgt laufen: Wenn ihr das wollt, werden die Wahlzettel zwar getrennt ausgeteilt, weil es getrennte Wahlzettel sind; sie werden dann aber zusammen eingesammelt und können auch zusammen ausgezählt werden. Wir würden dann in den Wahlgängen alles erklären, sodass also niemand Sorge haben muss, dass das zu komplex wird. Es geht jetzt schlichtweg darum, dass wir es organisatorisch zusammenführen wollen.

Hat jemand etwas dagegen? - Enthält sich jemand? - Dann könnten wir dieses Verfahren so annehmen. - Wunderbar.

(Beifall)

Das bedeutet auch, dass wir jetzt die Vorstellungsrunden hintereinander hören, um dann gemeinsam in die Wahlen eintreten zu können. Und so kommen wir jetzt zum Wahlaufruf des Generalsekretärs, und ich freue mich, dass Lars Klingbeil jetzt sich vorstellt. - Du hast das Wort.

(Beifall)

VORSTELLUNGSREDE DES GENERALSEKRETÄRS

Lars Klingbeil, Generalsekretär:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich könnte das kurzmachen und sagen: Ihr kennt mich.

(Beifall)

Aber ich möchte natürlich auch ein bisschen was politisch sagen zu den nächsten zwei Jahren, wie ich sie mir vorstelle. Ich fange mit einem ganz kurzen Rückblick an: Wir haben uns zwei Jahre Zeit genommen, uns ganz viel mit uns selbst zu beschäftigen. Ich glaube, das war richtig, dass wir uns diese Zeit genommen haben. Aber ich wünsche mir, dass wir das jetzt gerade mal für einen Moment zur Seite schieben, so manches Wortgefecht der letzten Stunden, der letzten Wochen, der letzten Monate, und dass wir uns ganz kurz mal darauf besinnen, warum wir eigentlich alle angefangen haben, Politik zu machen. Was ist der Grund, warum jede und jeder von euch eingetreten ist in die SPD, und was ist der Grund für euer Engagement?

Ich kann sagen: Bei mir in der Lüneburger Heide war das das Nazizentrum im Nachbardorf. Deswegen bin ich aktiv geworden, weil wir wollten, dass das geschlossen wird, weil wir als Schülerinnen und Schüler gesagt haben: Es darf keinen Platz für Faschisten in unserer Gesellschaft geben.

(Beifall)

Das war 1995, und wir hatten Erfolg. Das Nazizentrum wurde zugemacht. Das war bei mir der Kampf gegen rechts. Das waren die ersten Schritte in der Politik, und ich glaube, jede und jeder hier im Raum hat einen Moment, weswegen man aktiv geworden ist, der Antrieb ist für das politische Engagement. Wir alle haben eins gemeinsam hier: Das hat uns am Ende in die SPD gebracht, weil wir alle überzeugt sind: Die SPD ist die politische Heimat, mit der wir unsere Ideen durchsetzen können.

Aber ich glaube, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir in den letzten Jahren, in den letzten Monaten manchmal den Eindruck erweckt haben, als hätten wir vergessen, warum wir eigentlich angefangen haben mit Politik. Da waren die Kleinstreitigkeiten, die großen, da waren Personalquerelen. Wir sind manchmal gnadenlos zu uns selbst gewesen, und es schien so, als hätten wir vergessen, warum wir angefangen haben, Politik zu machen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe für die nächsten zwei Jahre eine Bitte: Lasst uns bitte wieder darauf besinnen, warum wir in der SPD sind. Lasst uns daran erinnern, dass es in diesem Land Millionen von Menschen gibt, die uns brauchen, um die wir uns kümmern müssen und die eine Erwartung, eine Hoffnung in eine starke SPD haben. Darum muss es gehen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich sage euch auch, dass diese Menschen wollen, dass wir uns um sie kümmern, weil die Lindners und die AKKs und die Habecks denen nicht zuhören. Bei deren Parteien spielen die keine Rolle. Das sind Erzieher*innen. Das sind Facharbeiter*innen. Das sind Pfleger*innen, Freiberufler, Rentnerinnen und Rentner. Das sind junge Menschen, die einen Aufstieg in dieser Gesellschaft schaffen wollen. Für diese Menschen kämpft die deutsche Sozialdemokratie, liebe Genossinnen und Genossen, Tag für Tag, und das muss deutlicher werden als in der Vergangenheit, dass von mancher Debatte ausgegangen ist. Ich sage euch: Raus aus der Binnenfixierung. Wir sind nicht für uns selbst da. Wir sind für die Menschen in diesem Land da, und für die wollen wir was erreichen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Dann müssen wir in den nächsten zwei Jahren klar sein bei vielen Themen. Das erste ist das Thema der Ungleichheit. Norbert Walter-Borjans hat vorhin davon geredet, und ich will das unterstreichen: Es ist Zeit dafür, dass wir in diesem Land endlich wieder über Verteilungsgerechtigkeit reden. Wir werden große Vermögen und riesige Einkommen wieder stärker besteuern müssen. Diejenigen, die Millionen haben, die Milliarden haben, denen sagen wir: Herzlichen Glückwünsch, ihr habt es geschafft. Ihr habt es geschafft dank eures Einsatzes, aber auch dank unserer Infrastruktur. Es sind unsere Straßen, unsere Schienen. Es sind unsere gut ausgebildeten Fachkräfte. Es sind unsere Schulen, die die besucht haben. Das ist Gesellschaft, und wir werden eure Vermögen und euer Einkommen stärker zur Finanzierung des Gemeinwohls heranziehen, weil wir das brauchen. Wir wollen einen handlungsfähigen Staat. Dafür muss die SPD stehen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wenn dann Union und FDP Schnappatmung kriegen, wenn wir über die Vermögenssteuer reden, dann sage ich euch: Das ist gut so, liebe Genossinnen und Genossen. Friedrich Merz und Tilman Kuban müssen nicht mit der SPD einer Meinung sein. Wir wissen: Wir sind auf einem richtigen Weg, wenn wir die als politischen Gegner haben.

Politisches Gemeinwohl, das Verständnis von Gemeinwohl: Da muss es um den Staat gehen, der nicht auf Gewinnmaximierung setzt. Staatliches Handeln darf sich nicht ausrichten an der Frage, ob es sich wirtschaftlich lohnt. Im Mittelpunkt muss die Frage stehen, ob unser Zusammenleben dadurch besser wird.

Ich lebe in Munster auf dem Land, im ländlichen Raum. Ich finde, der ländliche Raum muss stark in der Politik repräsentiert sein. Aber natürlich lebe ich auch in Berlin, und das sind manchmal unterschiedliche Welten. Aber mein Anspruch, der ist überall der gleiche. Ich will, dass der Bus pünktlich fährt, dass die Straßen erneuert werden, dass der Arzt und der Briefkasten erreichbar sind, dass das Amt sich unkompliziert um die Bürgerinnen und Bürger kümmert, dass die Polizei präsent ist und dass das Internet und das Handynetz funktionieren. Ich sage euch: Überall da, wo der Staat funktioniert, da wächst Vertrauen in Demokratie, und da sinkt die Angst.

Wir wollen ein neues Zeitalter des Gemeinwohls, liebe Genossinnen und Genossen. Das muss die

Richtschnur sein. Die Ideologie vom schlanken Staat, der sich aus allem zurückzieht, das muss endgültig vorbei sein, liebe Genossinnen und Genossen. Es geht um einen handlungsfähigen Staat und um Gemeinwohl.

(Beifall)

Wir müssen in den nächsten zwei Jahren über Bildungspolitik reden. Hier sind viele im Raum, die durch Willy Brandt - da bin ich mir sicher - und seine Bildungspolitik den Aufstieg geschafft haben, denen es heute besser geht als ihrer Elterngeneration. Aber heute gibt es wieder immer mehr Menschen, die hängenbleiben. Und wir müssen dafür sorgen, dass in diesem Land endlich wieder mehr Aufstiegsgeschichten geschrieben werden. Es geht dann ganz speziell auch um diejenigen, die in den letzten Jahren neu zu uns gekommen sind. Da sind viele dabei, die große Potentiale haben. Ich möchte, dass wir die Rahmenbedingungen so setzen, dass Menschen, die in den letzten Jahren zu uns gekommen sind, aufsteigen können. Ich möchte, dass die Zuwanderergeneration und ihre Kinder sagen: Es war die SPD, die für uns in Deutschland den Weg geebnet hat, dass wir gesellschaftlichen Aufstieg hinbekommen haben. Ich will, dass diese Menschen wissen, sie können sich auf die SPD verlassen. Auch darum muss es in den nächsten zwei Jahren viel, viel stärker gehen, als das in der Vergangenheit der Fall war.

Liebe Genossinnen und Genossen, es geht in den nächsten zwei Jahren neben programmatischen Klärungen auch darum, dass wir endlich wieder Wahlen gewinnen. Wir haben Kommunalwahlen, wir haben Landtagswahlen, die anstehen, und als Generalsekretär werde ich aber auch dafür zuständig sein, die Bundestagswahl vorzubereiten. Und für diese Wahl müssen wir drei Dinge schaffen:

Erstens. Wir müssen programmatisch klar sein. Es muss jeder Mensch in diesem Land wissen, wofür die SPD steht: beim Sozialstaat, bei der Pflege, bei der Vermögensteuer, bei der Kindergrundsicherung. Da sind wir auf einem guten Weg, und es wird von diesem Parteitag ein klares Signal geben. Aber dann brauchen wir auch Zeit, dieser programmatischen Ideen ins Land zu tragen und den Menschen klar zu sagen, wofür die SPD steht.

Der zweite Punkt, den wir für eine Wahl brauchen, ist eine aufrechte Haltung. Ich finde, dass wir Sozialdemokraten selbstbewusster sein müssen. Wir können bei all den Dingen, die wir verändert haben, aufrecht durchs Land gehen. Darauf sollten wir stolz sein, liebe Genossinnen und Genossen. Wir sollten optimistisch sein, Zuversicht ausstrahlen. Es ist die AfD, die schlechte Laune in diesem Land verbreitet; es sind die Gaulands, die Weidels und die Höckes. Das ist doch die Partei der schlechten Laune. Lasst uns diesen Rechtsextremen einen Zukunftsoptimismus, eine Zuversicht entgegenstellen. Die Hamburger Band Kettcar hat gesungen: „von den verbitterten Idioten nicht verbittern lassen“, und das muss doch das Motto der SPD sein - aufrecht gehen, selbstbewusst und zukunftsoptimistisch -, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Der dritte Punkt neben den Inhalten und neben der Haltung dafür, wie wir eine Wahl gewinnen,

ist die Organisation, und da haben wir aus der Evaluierung des letzten Bundestagswahlkampfes gelernt, dass wir zu spät angefangen haben. Wir brauchen Zeit, um die Bundestagswahl vorzubereiten.

Ich weiß nicht, wann die nächste Wahl sein wird - aber spätestens 2021 -, aber wenn ihr mir heute das Mandat aussprecht, wenn ihr mir heute das Vertrauen gebt, dann verspreche ich euch: Wir werden bald anfangen, im Willy-Brandt-Haus die Weichen zu stellen. Wir wollen nicht wieder zu spät dran sein, wenn es um die nächste Bundestagswahl geht. Der Anspruch, liebe Genossinnen und Genossen, ist klar: Mit einer klaren Programmatik, mit einer mutigen Haltung und mit einer guten Organisation wollen wir bei der nächsten Wahl erfolgreich sein. Dafür steht die SPD, dafür trete ich an, und dafür bitte ich um euer Vertrauen. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Martin Dulig. Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Lars. - Kommen wir nun zur Wahl „Schatzmeisterin/Schatzmeister“, und ich rufe Dietmar Nietan, den Mann, von dem Sie alle was wollen.

(Beifall)

VORSTELLUNGSREDE DES SCHATZMEISTERS

Dietmar Nietan, Schatzmeister:

Danke, lieber Martin. Ich weiß ja nicht, ob ich der Mann bin, der etwas von euch will, aber das klären wir vielleicht noch.

Liebe Genossinnen und Genossen! „In die Neue Zeit“: Das soll ja nicht nur ein Motto dieses Parteitages sein, sondern das soll auch ein Auftrag sein, neu zu beginnen, etwas Neues zu wagen, aber das muss natürlich auch auf etwas aufbauen, und deshalb habe ich mir überlegt: Was ist die Wegzehrung, die wir auf dem Weg in die neue Zeit brauchen?

Erstens. Wir sollten nicht vergessen, warum es uns gibt. Rolf Mützenich hat in seinem Rechenschaftsbericht gesagt: Man muss wissen, wo man herkommt, damit man weiß, wo man hinwill. Manchmal habe ich das Gefühl: Da ist bei uns noch Luft nach oben.

Es war ein schwerer Fehler, die Historische Kommission abzuschaffen, und ich glaube, es war richtig, diesen Fehler einzusehen und mit dem neugegründeten Geschichtsforum jetzt eine tolle vielfältige Truppe von Kolleginnen, Kollegen, Genossinnen, Genossen, Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftlern zu haben, d.h. viel mehr Frauen, jünger, bunter als bisher. Kristina Meyer und Bernd Rother, die beiden Sprecher, sind hier auf dem Parteitag, und ich bin sehr stolz darauf, dass ich daran mitwirken konnte, dass wir dieses Geschichtsforum haben; denn du brauchst ein Geschichtsforum, damit du weißt, wo du herkommst, damit du auch weißt, wo du hinwillst, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich will das auch deshalb so deutlich sagen, weil ich der festen Überzeugung bin, dass die schweren Dinge, die hinter uns liegen, und der schwere Weg, der sicherlich auch noch vor uns liegt, erst dann Sinn machen, wenn man weiß: Es geht nicht um mich als Schatzmeister, um mich als Delegierte, Delegierten, um mich als Ortsvereinsvorsitzenden. Es geht darum, die Fahne der Arbeiterbewegung, die Emanzipationskraft, mit der sich Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen vor über 150 Jahren mutig der Ausbeutung und Unterdrückung entgegengestemmt haben, weiterzutragen und dass man sich auch klarmacht, was es heißt, Sozialdemokratin und Sozialdemokrat zu sein.

Erlaubt mir, einmal kurz zurückzugehen: Vor immerhin 100 Jahren konstituierte sich nach der Novemberrevolution 1918 die erste Demokratie auf deutschem Boden, und dass es sie gab, war der Verdienst der SPD.

Am 10. November 1918 gab es hier in Berlin im Circus Busch die Versammlung der über 3.000 Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte. Damals war das eine entscheidende Versammlung; denn die Kommunisten wollten die Diktatur des Proletariats, und Liebknecht ging davon aus, dass ihm die Massen bei diesen Arbeiter- und Soldatenräten zujubeln werden. Friedrich Ebert hat dort, in dieser Runde, für die parlamentarische Demokratie geworben, nicht für die Diktatur des Proletariats, und die Massen dort im Circus Busch haben ihm zugejubelt.

Ich habe dieses geschichtliche Bild deshalb gewählt, weil das etwas über die Sozialdemokratie aussagt. Wir wollen den demokratischen Sozialismus, und die SPD hat den Sozialismus damals nicht verraten, weil sie gegen die Diktatur des Proletariats war, nein, die SPD hat damals etwas Wichtiges erkannt, was bis heute gilt: Wenn wir auf dem Weg zum Sozialismus weiterkommen wollen, gibt es einen Schritt, der vorher wichtiger ist, sozusagen als Vorbedingung, nämlich die Durchsetzung und Sicherung der Demokratie durch freie und geheime Wahlen. Für uns steht die Freiheit im Mittelpunkt, und das ist etwas, was wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nie vergessen sollten, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ein weiterer Punkt ist mir wichtig: Wir brauchen auf diesem Weg Zusammenhalt. Und ich werbe hier wirklich inständig dafür - so schwer das vielleicht aufgrund von Verletzungen in der Vergangenheit jedem Einzelnen oder jeder Einzelnen fallen mag - Wenn wir uns nicht gegenseitig wieder Vertrauensvorschuss geben, wenn wir mit dem Finger zeigen und sagen: „Wenn die oder die gewinnen, dann ist das das Untergang der SPD“, wenn wir nicht sagen, dass unsere Pluralität - die Tatsache, dass wir so unterschiedliche Meinungen haben - unsere Stärke ist, dann werden wir nicht nach vorne kommen, liebe Genossinnen und Genossen. Nur einer Partei, die es schafft, untereinander den Zusammenhalt wiederherzustellen, glaubt man auch, dass sie diese Aufgabe für die ganze Gesellschaft erfüllen kann, liebe Genossinnen und Genossen.

Zum Schluss will ich auf den dritten Punkt kommen, den wir auf dem Weg in die neue Zeit brauchen. Das ist das Geld. Es wird euch jetzt nicht überraschen, dass ich als Schatzmeister etwas dazu sagen muss.

Ich bin vielen Menschen dankbar, die mich im Willy-Brandt-Haus in den letzten Jahren auf dem Weg unterstützt haben, das Haus neu aufzustellen, zu konsolidieren.

Das hat 2014, als ich Schatzmeister wurde, mit Yasmin Fahimi als Generalsekretärin angefangen, die große Anstrengungen unternommen hat, das Willy-Brandt-Haus zu modernisieren. Das ist aus Gründen, über die ich hier nicht reden möchte, stecken geblieben. Umso mehr war ich dankbar dafür, dass Lars, nachdem er Generalsekretär wurde, aber insbesondere auch Andrea Nahles als Vorsitzende und Thorben Albrecht als Bundesgeschäftsführer, mich unterstützt haben. Es gab zum ersten Mal eine Hausleitung, die geschlossen für die Konsolidierung gearbeitet hat, die sich nicht untereinander hat ausspielen lassen. Und ich hoffe, dass das auch mit den neuen Vorsitzenden so weitergeht. Deshalb bin ich dir, lieber Lars, lieber Thorben, aber auch dir, liebe Andrea, sehr dankbar.

Wir haben diesen Konsolidierungsweg nicht beschritten, weil es so schön ist, zu sparen. Als ich im Januar 2014 zum Schatzmeister gewählt wurde, habe ich gesagt: Die zentrale Aufgabe für einen Schatzmeister sehe ich darin, die finanzielle Handlungsfähigkeit der SPD sicherzustellen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich muss euch heute sagen: Die finanzielle Handlungsfähigkeit der SPD ist in Gefahr. Wenn wir aufgrund dramatisch schlechter Wahlergebnisse mittlerweile noch nicht mal mehr 50 Prozent der Wählerstimmen bekommen, die wir 1998 bekommen haben, wenn

wir als eine Partei, die stolz darauf ist, dass sie bei ihren Einnahmen einen besonders hohen Anteil an Mitgliedsbeiträgen hat, in den letzten 20 Jahren 40 Prozent unserer Mitglieder verloren haben, dann muss eines klar sein: Wir müssen jetzt endlich kapieren, dass wir uns nicht den Apparat und die Ausgaben einer 40-Prozent-Partei leisten können, wenn wir jetzt schon seit 20 Jahren sozusagen auf dem Weg zur 20 Prozent-Partei sind, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deshalb sage ich auch an dieser Stelle: Die Vorschläge der Organisationspolitischen Kommission, die Zahl der Stellvertreter auf drei zu senken, den Parteitag kleiner zu machen, den Konvent kleiner zu machen, den Parteivorstand kleiner zu machen, waren nicht dazu gedacht, irgendwelche Leuten zu knechten, sondern sie sind Teil des Konsolidierungskurses.

Egal, was wir hier beschließen - Stellvertreter gibt es ja schon mehr -: Mehr Geld haben wir dadurch nicht. Dann werden wir an anderer Stelle sparen müssen. Ich möchte nicht, dass dieselben, die dafür sorgen, dass wir hier jetzt Beschlüsse fassen, die uns mehr Geld kosten, sich dann darüber aufregen, dass der Schatzmeister vielleicht Wahlkampfzuschüsse in Wahlkreisen kürzen muss, was dann die Fläche betrifft. Deshalb sage ich an dieser Stelle sehr deutlich - auch an die Kolleginnen und Kollegen im Willy-Brandt-Haus, die eine fantastische Arbeit machen -: Das, was wir heute beschließen, was über den Konsolidierungsrahmen hinausgeht, werde ich nicht durch Kürzungen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern reinholen; sondern da muss sich die Partei jetzt überlegen, wie sie das macht, damit die Beschlüsse, die wir hier fassen, nicht auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen ausgetragen werden. Das sage ich hier so deutlich, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ein letzter Punkt: Was wir brauchen, ist Zuversicht. Es ist für mich überhaupt keine Frage, dass wir, wenn wir das alles gut zusammen machen, eine Riesenchance haben, die SPD wieder zurück ins Spiel zu bringen. Aber da gilt der Satz, den ich hier schon einmal zitiert habe, der von Papst Franziskus stammt. Den hat er zu Priestern gesagt. Er hat gesagt: Priester, die bei der Verkündung des Evangeliums so reden, als seien sie auf einer Beerdigung, können die Menschen nicht dafür begeistern. -Deshalb wünsche ich mir, dass die Nabelschau, die Selbstbeschäftigung, die Schuldzuweisungen ab dem heutigen Tag aufhören und wir uns einreihen und sagen: Mit diesen neuen Themen, mit den Beschlüssen, die wir fassen, mit der neuen inhaltlichen Ausrichtung, auf die wir uns verständigen, halten wir zusammen. Einigkeit macht stark! Und dann glauben wir daran, dass wir zusammen gewinnen können, liebe Genossinnen und Genossen. Darum muss es gehen, dabei will ich mithelfen, und deshalb bitte ich erneut um euer Vertrauen. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Dietmar. - Wir kommen jetzt zum EU-Beauftragten. Wir haben diese Position ja aus guten Gründen geschaffen. Wir haben auch heute schon häufiger über das Thema und die Bedeutung von Europa gesprochen. Udo, du hast das Wort.

VORSTELLUNGSREDE DES VERANTWORTLICHEN DES PARTEIVORSTANDES FÜR DIE EU

Udo Bullmann, Verantwortlicher des Parteivorstandes für die EU:

Liebe Genossinnen und Genossen! Es gibt einen Satz, den ich zusammen mit meinen Brüsseler Kolleginnen und Kollegen in der Vergangenheit sehr oft gehört habe. Egal, mit wem wir gesprochen haben - egal, wo wir hingekommen sind -, mit italienischen Freundinnen und Freunden, mit den Franzosen, den Finnen, den Schweden: Wann seid ihr wieder da? Wann kann man wieder mit der deutschen SPD rechnen? Wann wissen wir, mit welchem Team ihr in die Zukunft geht? Wann seid ihr wieder so aufgestellt, dass ihr in Deutschland um die Spitze kämpft?

Genossinnen und Genossen, wir spüren, dass Europa uns braucht. Wir spüren, dass unsere Freundinnen und Freunde auf uns setzen. Das hat seine Gründe. Sie haben nicht vergessen, dass es die SPD war, die sich dafür eingesetzt hat, dass in Spanien, dass in Portugal, dass in Griechenland nach der Diktatur eine Demokratie aufgebaut wird. Genau wie damals, als wir aktiv waren und geholfen haben, so sind es heute unsere Freundinnen und Freunde in Polen, in Ungarn, die nach uns schauen und die die Unterstützung der SPD brauchen.

Wir waren stolz und froh, dass wir unseren Beitrag dazu leisten konnten, dass sich die Oppositionsbewegungen mit unserer Hilfe zusammengeschlossen haben - die neuen Bürgerrechtsbewegungen und die ältere Sozialdemokratie in Ungarn und in Polen, um soziale Demokratie, um Freiheitsrechte wieder aufzubauen. Wir haben die Freunde gestern bei unserer internationalen Konferenz begrüßt. Lasst uns stolz sein auf das, was wir hier leisten, und lasst uns das mit neuer Kraft fortsetzen. Heute ist der Tag, wo wir wieder da sind. Lasst uns das allen sagen!

(Beifall)

Wir selber, Genossinnen und Genossen, wissen: Keine der großen Herausforderungen dieser Welt ist noch national zu lösen. Umweltkrisen und Klimawandel machen nicht vor nationalen Grenzen halt. Wenn wir morgen sauberes Wasser trinken wollen, wenn wir gesunde Nahrungsmittel haben wollen, wenn morgen der Planet ein guter Ort für uns alle sein soll, dann können wir das nicht mehr alleine schaffen. Nein, wir müssen auf der europäischen Ebene aktiv sein und darüber hinaus global, multilateral handeln.

Die Sozialdemokratie ist die, die das begriffen hat und die die Konzepte dafür vorhält. Weltweit steigt die Ungleichheit - innerhalb der Staaten und zwischen den Staaten. Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst. Wenn wir das zulassen, dann wird die Kraft der Solidarität aus den Gesellschaften herausgesaugt. Wir können uns das nicht leisten. Wir brauchen die Intelligenz, die Kraft, die Teilhabe aller Menschen, um unsere Probleme zu lösen. Dafür müssen wir sorgen, mit einer sozialen Politik in Deutschland, in Europa, aber auch global. Das ist der Grund, warum wir gerechte Steuern brauchen in Europa, warum wir dafür kämpfen - mit dem Bundestag, mit dem Europäischen Parlament, mit unserer Regierung, mit Olaf Scholz und auch mit unseren internationalen Initiativen.

Wir brauchen Mindestlöhne, überall in Europa, damit jeder anständig leben kann, und neue Tarifbindungen, damit es nicht nötig ist, in die Sozialsysteme anderer Länder zu wandern, um die Existenz der Familie garantieren zu können. Und wir müssen realisieren, dass wir, wenn wir gute Arbeit wollen, Gute Arbeit dann weltweit gesichert werden muss - auch in den internationalen Lieferketten, auch bei den Kumpels unter Tage, in Kolumbien, in Peru. Wir brauchen auch die Befreiung der modernen Arbeitssklaven in den Sweatshirt-Buden in Asien und in Afrika. Die Sozialdemokratie ist immer eine internationale Bewegung gewesen. Wir wussten und wir wissen, dass der morgige Tag mit der Anstrengung aller besser werden kann als der gestrige.

Aber es gilt auch, was Norbert hier heute formuliert hat: Es sollten nicht die Märkte sein, die der Demokratie Grenzen setzen, sondern die Demokratie soll die Märkte beherrschen. Aber wenn die Märkte wachsen, dann muss auch der Demokratieanspruch wachsen, und er kann nicht mehr nur national ausgeübt werden. Wir brauchen eine starke Europäische Union. Wir brauchen starke internationale Institutionen. Wir haben ein Konzept. Die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, unser Genosse Antonio Guterres an der Spitze der Vereinten Nationen brauchen unsere Unterstützung, um für eine nachhaltige Welt zu kämpfen. Das meint eine solidarische Welt und eine Welt, die die sozialökologische Transformation erfolgreich bestreitet.

(Beifall)

Dieses Thema, Genossinnen und Genossen, ist der Kompass unserer politischen Arbeit - in Europa wie in Berlin. Aber das fordert uns heraus, das ist nicht alleine eine Frage der Europapolitik. Zwei Drittel unserer Investitionen, von denen wir mehr wollen, werden in Deutschland in den Kommunen verwirklicht. Was heißt das denn? Wenn wir den Kopf aufmachen wollen, wenn wir Grenzen überschreiten wollen, wenn wir verstehen wollen, dass die moderne Sozialdemokratie international denkt und international handelt, dann gilt das für alle unsere politischen Ebenen. Das gilt für Brüssel, das gilt für Berlin, das gilt für die Landeshauptstädte, aber insbesondere auch für euch, die ihr Verantwortung tragt in den Quartieren und in den Kommunen. Deswegen muss die Europäisierung unserer Partei unser zentrales Thema sein. Es reicht nicht, dass wir die Techniken modernisieren - die Hardware und die Software. Wir müssen auch die Einstellung zu moderner Politik modernisieren; unser Mind-Set - neudeutsch formuliert - muss europäisch ticken, sonst wird die Sozialdemokratie ihrer historischen Aufgabe nicht gerecht werden.

Genossinnen und Genossen, nur wenn wir solidarisch handeln, die nachhaltige Welt von morgen für alle sicherstellen und das nicht auf den schmalen Schultern abtragen, schaffen wir die Wende. Aber auch nur, wenn die Sozialdemokratie erkennbar wird als die Kraft, die für die Menschen kämpft, können wir das Gegengift gegen die Faschisten und Rechtsreaktionäre liefern - in den Kommunen, in Deutschland und in Europa. Das ist dringend erforderlich. Es braucht eine starke deutsche Sozialdemokratie, um die Rechten in die Schranken zu weisen - in Deutschland und überall in dieser Welt. Deswegen lasst uns anfangen, unsere Partei europäisch aufzustellen und zu modernisieren.

(Beifall)

Ein letztes: Wir müssen uns um die Sozialdemokratische Partei Europas kümmern.

Das darf kein Funktionärsklüngel sein. Das muss eine Partei von Genossinnen und Genossen sein, von Griechen, von Italienern, von Spaniern, von Franzosen, von Deutschen, von Polen und von Ungarn. Wir müssen dafür kämpfen, dass wir als Genossinnen und Genossen handlungsfähig werden in Europa, über Grenzen hinweg, und dazu müssen wir diese europäische Partei umwandeln in eine Partei von Genossinnen und Genossen, wo man selber Mitglied werden kann, damit wir uns treffen, über Grenzen hinweg Strategien entwickeln und die Welt von morgen bauen. Ich will daran teilhaben. Ich will, wenn ich euer Vertrauen habe, dazu beitragen und hoffe auf eure Unterstützung. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Udo.

Bevor wir jetzt in die Wahlgänge einsteigen, warten wir noch auf das Ergebnis der Stellvertreterinnen- und Stellvertreterwahl, um das erst einmal abzuschließen, bevor wir in die nächsten Wahlen eintreten. Wir werden danach noch den großen Antragsblock O diskutieren. Da werden dann auch die aufgerufen, die sich vorhin schon zu anderen Themen gemeldet haben. Das wird jetzt alles passieren, nachdem das Wahlergebnis verkündet worden ist. Danach werden wir, wenn es keinen weiteren Wahlgang geben sollte, in die Wahlgänge zu den Einzelwahlen einsteigen. Das wird dann so laufen, dass die drei Wahlzettel getrennt ausgeteilt werden. Das hat auch organisatorische Gründe. Das heißt, es wird der Wahlzettel für den Generalsekretär ausgeteilt. Da wird dann die Kontrollmarke draufgeklebt, ihr stimmt ab. In der Zeit gehen die Austeiler wieder zurück, holen den zweiten Wahlzettel. Dieser wird verteilt, angekreuzt, Kontrollmarke. Die Verteiler/innen und Verteiler gehen wieder zurück und holen den dritten.

Das hat alles organisatorische Gründe. Es dauert vielleicht 2 Minuten länger, aber es ist einfach notwendig. Wir sparen trotzdem viel Zeit, weil dann die Wahlzettel gemeinsam eingesammelt werden und gemeinsam ausgezählt werden. Das ist das Verfahren, das gleich auf uns zukommen wird.

Wir haben in 3 Minuten das Wahlergebnis. Deshalb bitte ich erst einmal alle Delegierten, wieder in den Raum hereinzukommen, denn es wird nach der Verkündung des Wahlergebnisses unmittelbar den Eintritt in die nächsten Wahlgänge geben, und da wäre es durchaus sinnvoll, wenn alle da sind.

Wir können jetzt ein Weihnachtslied singen oder noch warten.

((Zuruf)e: Weihnachtslied! - Weitere (Zuruf)e)

So, Monika kommt. Wir freuen uns. Monika wird uns jetzt das Ergebnis der Stellvertreterinnen- und Stellvertreterwahlen verkünden. Monika, du hast das Wort.

ERGEBNIS DER WAHL DER STELLVERTRETENDEN PARTEIVORSITZENDEN

Monika Schaal, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:

Vielen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe euch das Ergebnis der Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden bekannt.

Die Wahl fand auch in verbundener Einzelwahl statt. Gewählt ist, wer die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht hat.

Klara Geywitz: Abgegebene Stimmen: 632, ungültig: 12, gültig: 620. Mit Ja stimmten 476, mit Nein stimmen 98, Enthaltungen: 46. Klara wurde mit 76,8 Prozent gewählt. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Hubertus Heil: Abgegebene Stimmen: 632, ungültig: 25, gültig: 607. Mit Ja stimmten 425, mit Nein stimmten 128, bei 54 Enthaltungen. Hubertus Heil ist mit 70 Prozent gewählt. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Kevin Kühnert: Abgegebene Stimmen: 632, ungültig: 14, gültig: 618. Mit Ja stimmten 435, mit Nein 157, bei 26 Enthaltungen. Kevin Kühnert ist mit 70,4 Prozent gewählt. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Serpil Midyatli: Abgegebene Stimmen: 632, ungültig: 9, gültig: 623. Mit Ja stimmten 497, mit Nein 66, bei 60 Enthaltungen. Serpil ist mit 79,8 Prozent gewählt. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Anke Rehlinger: Abgegebene Stimmen: 632, ungültig: 13, gültig: 619. Mit Ja stimmten 463, mit Nein 98, bei 58 Enthaltungen. Anke ist mit 74,8 Prozent gewählt. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Martin Dulig: Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Ich frage jetzt: Klara, nimmst du die Wahl an?

(Klara Geywitz: Ja!)

Hubi, nimmst du die Wahl an?

((Zuruf) von Hubertus Heil: Ja!)

Kevin, nimmst du die Wahl an?

((Zuruf) von Kevin Kühnert - Beifall)

- Serpil, nimmst du die Wahl an?

(Serpil Midyatli: Ja!)

Anke, nimmst du die Wahl an?

((Zuruf) von Anke Rehlinger)

Damit haben alle ihre Wahl angenommen. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

WAHL DES GENERALSEKRETÄRS, DES SCHATZMEISTERS UND DES VERANTWORTLICHEN DES PARTEIVORSTANDES FÜR DIE EU

Martin Dulig:

Jetzt geht es mit Wahlen weiter.

Wie schon angekündigt, wird jetzt der Wahlzettel für die Wahl des Generalsekretärs ausgeteilt. Das ist ein blauer Wahlzettel, der jetzt ausgeteilt werden kann. Ihr klebt bitte die Kontrollmarke 3 auf diesen Wahlzettel.

Bitte setzt euch alle hin. Die Gratulationen bitte nach den Wahlgängen, damit wir die Wahlen jetzt ordnungsgemäß durchführen können. Bitte setzt euch hin. Auch hier wieder der Hinweis an die Kameras: Bitte die Anonymität gewährleisten! - Bitte hinsetzen, dass alle austeilen können. Es wird schon angezeigt, wo noch Wahlzettel fehlen. - Der Wahlgang läuft. - Kontrollmarke 3. Wo fehlen noch Wahlzettel? - Okay, im linken Block hinten und hier im Mittelblock. - Wir bitten noch mal darum, dass sich die Menschentraube, die sich dort hinten links von uns aus gesehen befindet, sich hinsetzt. Sonst fehlt uns der Überblick, wo Wahlzettel fehlen.

Bitte noch mal anzeigen, wo noch Wahlzettel fehlen. - Gut, dann schließen wir den Wahlgang zur Wahl des Generalsekretärs. Wir warten noch.

((Zuruf)e)

Noch einmal: Das Einsammeln passiert dann gemeinsam. Es geht darum, ob alle einen Stimmzettel haben und diesen ausgefüllt haben. Aus der Glückwunschtraube waren noch welche offen. Bitte noch mal anzeigen, wo Wahlzettel fehlen! -Kontrollmarke 3, bitte!

Jetzt teilen wir den Wahlzettel für die Wahl des Schatzmeisters aus. Hier ist die Kontrollmarke 4 bitte aufzukleben. - Bitte anzeigen, wo noch Wahlzettel fehlen. - Okay, kommt! - Bitte noch mal anzeigen, wo grüne Wahlzettel fehlen! - Links hinten, bitte! - Ich frage noch mal: Fehlt irgendwo ein grüner Stimmzettel? - Alle haben den grünen Stimmzettel, gut.

Dann könnten wir jetzt die dritte Einzelwahl aufrufen, die des EU-Beauftragten. Der rosafarbene Stimmzettel wird jetzt ausgeteilt. Bitte die Kontrollmarke 5 aufkleben. Dieser Wahlgang ist auch eröffnet. - Zeigt bitte an, wo Stimmzettel fehlen. Bitte denkt an die Kontrollmarke 5. - Zeigt bitte noch mal an, wo Stimmzettel fehlen. - Hinten links, von uns aus gesehen. Noch mal die Frage: Wo fehlen Stimmzettel? - Wir bitten noch mal darum, dass sich die von uns aus gesehen hinten links Stehenden sich bitte hinsetzen. Uns fehlt sonst der Überblick, wo vielleicht Stimmzettel fehlen.

Jetzt noch einmal die Frage, ob jemand noch einen Stimmzettel benötigt. - Okay, dann wird jetzt eingesammelt. Alle drei Stimmzettel bitte in eine Urne werfen. Wo noch nicht eingesammelt wurde, die Stimmzettel bitte mal hochhalten, damit man ungefähr sieht, so noch eingesammelt werden muss. - Vielen Dank, das sieht doch schön aus.

An dieser Stelle schon mal ein herzliches Dankeschön an die Austeilerinnen und Austeiler und Einsammlerinnen und Einsammler. Ihr macht einen tollen Job, wirklich klasse!

(Beifall)

Jetzt frage ich noch mal: Wo wurde noch nicht eingesammelt? Bitte hochhalten! - Okay, wunderbar, vielen Dank. Damit sind die Wahlgänge jetzt abgeschlossen, und es kann ausgezählt werden.

Wir steigen in den nächsten Bereich ein bzw. setzen ihn fort. Wir haben die Satzungsdebatte heute dreigeteilt, sodass wir jetzt wie folgt vorgehen wollen. Ich bitte euch um Konzentration, weil es jetzt um viele Anträge und um viele Seiten, die im Antragsbuch beschrieben sind, geht, sodass wir jetzt in den nächsten Stunden hoffentlich gut durchkommen.

ANTRAGSBERATUNG VON PV 2 UND ANTRÄGE ORGANISATIONSPOLITIK

Martin Dulig:

Wir wollen bei der Antragsberatung jetzt wie folgt vorgehen: Wir beraten zuerst den Leitantrag des Parteivorstandes zur organisationspolitischen Neuaufstellung das ist der PV 2 und die dazugehörigen organisationspolitischen sowie satzungsändernden Anträge und danach die weiteren organisationspolitischen Anträge.

Zunächst also der Antrag PV 2 und die dazugehörigen satzungsändernden Anträge O 118 bis 121, 127, 130, 163, 164, 167 und 179. Die Antragskommission empfiehlt hierzu die Annahme des PV 2 in geänderter Fassung sowie die Annahme der satzungsändernden Anträge.

Aufgerufen sind zudem die Anträge O 2, 17, 29, 30, 32, 39, 41, 44, 46 bis 54, 60 bis 65, 72, 76 bis 83, 108, 104 sowie die satzungsändernden Anträge O 122 bis 126, 128, 133, 135 bis 138, 160, 161, 162, 165, 166 und 168. Wenn jetzt jemand „Bingo!“ ruft Gut.

Die aufgerufenen Anträge sollen, wie im Antragsbuch empfohlen, so beschlossen werden.

Es liegt jetzt eine Reihe von Wortmeldungen vor. Die rufen wir jetzt auf. Als Erster hat Günter Gloser aus dem Landesverband Bayern das Wort. Ihm folgt Simone Burger aus Bayern. - Günter!

Günter Gloser, Kontrollkommission:

Liebe Genossinnen und liebe Genossen! Ich nehme als Mitglied der Kontrollkommission Stellung zu der Überlegung, die Zahl der Delegierten für den Parteitag zu reduzieren. Es sind noch keine acht Stunden vergangen, da hat unser Mitglied Marko Mühlstein den Bericht der Kontrollkommission gegeben. Nur zwei, drei Sätze aus seinem Bericht Zitat : Wir müssen der Realität offen begegnen. Die Wahlergebnisse der letzten Jahre zollen einen schmerzlichen Tribut, machen harte Einschnitte auf allen Ebenen notwendig. - Und weiter: Ich möchte noch einmal betonen, dass die von der Organisationspolitischen Kommission vorgeschlagenen und vom Parteivorstand beschlossenen Organisationsreform von der Kontrollkommission ausdrücklich unterstützt wird.

In den letzten Stunden haben wir viel von „Verantwortung übernehmen“ gehört. Wir haben gehört: Kein „Weiter so!“ Wir haben gehört: Wir stehen an der Seite der Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer. - Liebe Genossinnen und Genossen, auch die SPD beschäftigt nicht nur in Berlin, sondern auch auf den Ebenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nachdem wir die Einnahmesituation vom Schatzmeister gehört haben, dass uns das Geld nicht mehr zur Verfügung steht, müssen wir an der einen oder anderen Stelle Schnitte vornehmen. Das ist schmerzhaft. Deshalb appelliere ich ausdrücklich für eine Reduzierung der Zahl der Delegierten zum Bundesparteitag. Denn es ist wichtig.

Wir werden auch von den Beschäftigten innerhalb der SPD an diesem Parteitag beobachtet. Es wird gefragt, ob die einen Wein trinken oder die anderen mit Wasser bedient werden. Ich finde es für die SPD nicht gut, wenn sie nach dem Motto verfährt: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!

Deshalb appelliere ich, dieser Reduzierung der Zahl der Delegierten für den Bundesparteitag zuzustimmen. - Danke.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Simone Burger spricht als Nächste. Ihr folgt Gerhard Ludwig aus NRW.

Simone Burger, Bayern:

Liebe Genossinnen und Genossen! „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ - das ist nicht nur das bekannteste Zitat von Willy Brandt, sondern auch ein sehr hoher Anspruch an uns als Partei.

(Beifall)

Deswegen ist es gerade wichtig, sich bei knappen Kassen sehr sachlich und wenig emotional darüber zu unterhalten: Wofür geben wir unser Geld aus? Was schafft mehr Demokratie? Was ist wichtig für die Partei? Deswegen finde ich es wichtig, dass wir nicht die Mitarbeiter des WBH gegen die Organisationsdebatte, die wir hier heute führen werden, ausspielen.

(Beifall)

Denn das Zentrum unserer Partei und der wichtigste Ort, Beschlüsse zu fassen, ist dieser Bundesparteitag. Wir haben erlebt ich war schon dabei, als wir nur 450 Delegierte hatten , dass sich mit 600 Delegierten schon etwas verändert hat. Es sind vielmehr neue und mehr junge Leute hier an diesem Parteitag. Es sind viel mehr Leute, die nicht über 10, 15 oder 20 Jahre Erfahrung verfügen, die auch neuen Wind hineinbringen. Deswegen ist es für uns an dieser Stelle als Bayern wichtig, dass wir das noch einmal überprüfen.

(Beifall)

Der zweite Punkt: Immer strittig, vor allem mit unserem Landesverband, ist das Verhältnis Parteitag zu Parteivorstand. Es geht nicht, auf der einen Seite den Parteitag zu verkleinern und auf der anderen Seite das Stimmrecht für den Parteivorstand auf dem Parteitag zu belassen.

(Beifall)

Ich streite mich gerne mit dem Parteivorstand. Ich mache das gerne und ausführlich. Ich finde, sie sollten hier sein und mit uns diskutieren. Sie sollten ein beratendes Delegiertenamt haben.

Aber dieser Parteitag gibt Ihnen etwas mit auf den Weg. Deswegen sollten die Delegierten hier abstimmen und nicht der Parteivorstand.

(Beifall)

Ich stelle hiermit die Änderungsanträge, im § 15 Abs. 1 der Verkleinerung nicht zuzustimmen und bei 600 Delegierten zu bleiben, im § 15 Abs. 1 den zweiten Satz zu streichen das ist das Stimmrecht des Parteivorstands und im § 15 Abs. 2 zu ergänzen, dass die gewählten und die beratenden Mitglieder des Parteivorstands beratende Delegierte sind und mit uns weiterdiskutieren können. - Danke schön.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Als Nächster hat Gerhard Ludwig das Wort. Es folgt Anna Rasehorn aus Bayern.

Gerhard Ludwig, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte kurz zu einem Thema ein paar Sätze sagen, das leider im Ergebnis der Antragsberatung gar nicht mehr vorkommt. In meiner ersten Ausbildung vor vielen Jahren habe ich mal den Beruf des Winzers erlernt. Warum sage ich das? - Es gibt zwischen der Kunst des Weinmachens und der Kunst der Politik eine Gemeinsamkeit: Man hat nicht viele Versuche, damit es gelingt. An dieser Stelle sehe ich unsere Partei heute auch.

Mehr als ein Dutzend Anträge aus Unterbezirken und Ortsvereinen befassen sich mit dem Thema Ehrenamtsquote, oder anders gesagt: mehr Nichtberufspolitiker in den Parteivorstand. Leider fand keiner dieser Anträge eine Berücksichtigung. Auch unser Antrag aus dem Unterbezirk Borken, nämlich der Antrag O 14, wurde nicht beachtet.

Liebe Genossinnen und Genossen, es wurde heute mehrfach angesprochen: Wir haben Wahlniederlagen hinter uns. Aber wir haben ja keine Wahlniederlagen hinter uns. Wir haben, bis auf wenige Ausnahmen, katastrophale Wahlergebnisse eingefahren. Das hat auch etwas damit zu tun, dass es ein Wahrnehmungsproblem gibt. Da schaue ich mal in diese Richtung, obwohl nicht mehr ganz so viele da sind. Unsere Minister werden ja nicht als die fleißigen Macher des Koalitionsvertrages gesehen. Sie werden auch als Handlanger eines überforderten Scheuer, eines manchmal hetzenden Seehofers und neuerdings auch von AKK gesehen. Das ist die Realität. Die Lebenswirklichkeit der Menschen spiegelt sich in den Kommunen.

Es gibt ja morgen keine Vorstellung zum Parteivorstand. Deshalb nur ein Satz von mir: Meine Kandidatur zum Parteivorstand sollte auch ein Zeichen sein - ein Zeichen für das Ehrenamt, ein Zeichen für die Kommunalpolitik und ein Zeichen für die Basis.

Letzter Satz: Es hätte der Partei auf Dauer sehr gutgetan, wenn mehr Genossinnen und Genossen im Parteivorstand dauerhaft sind, deren berufliche und finanzielle Situation nicht von ihrem eigenen Abstimmungsverhalten in diesen Gremien abhängt. - Danke schön.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Jetzt spricht Anna Rasehorn. Es folgt Stefan Engel aus dem wunderschönen Freistaat Sachsen.

Anna Rasehorn, Bayern:

Bayern ist auch ein schöner Freistaat. - Was lange währt, wird endlich gut. Liebe Genossinnen! Mitgliederentscheid, das Ringen um die GroKo und wenn ich auch hier sehe, wie toll wir debattieren - unsere Partei lebt, auch wenn die *Bild* das gar nicht so gerne sieht. Wir sind kein Abnickverein wie die Union.

(Beifall)

Wir Ehrenamtlichen machen den Wahlkampf. Wir stehen an den Infoständen, wir machen Tür zu Tür, wir sind die Ansprechpartnerinnen vor Ort. Wir erfüllen diese Partei mit Leben. Ohne die Ehrenamtlichen wäre unsere Partei nichts.

Wir wollen neue Wege beschreiten lieber Lars, das hast du gesagt und die Mitglieder besser einbinden. Die Satzungsänderungen zur Verkleinerung des Bundesparteitages bei gleichzeitigem Stimmrecht des Parteivorstands sprechen aber eine andere Sprache.

(Beifall)

Hier sitzen Delegierte, die von ihren Landesverbänden und Bezirken gewählt worden sind - Delegierte, ob männlich, weiblich, jung, alt, aus Augsburg, aus Schwerin, aus Berlin. Wir alle wurden gewählt, und wir müssen uns auch alle vor unseren Landesverbänden und Bezirken rechtfertigen. Und den wollt ihr jetzt auf Kosten der gewählten Delegierten verkleinern, denen dann die Stimmen und auch das Rederecht verkleinert werden. Auf der Gegenseite: Der Parteivorstand, der beliebig kleiner oder größer wird, aber gleichzeitig ein Stimmrecht hat. Dieses Missverhältnis verstehe ich nicht so ganz: die Verkleinerung des Parteitages und gleichzeitig das Stimmrecht des Parteivorstands.

(Unruhe)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Anna, warte mal kurz! - Ich bitte noch mal um Ruhe und darum, dass die Murmelgruppen nach draußen gehen, damit wir hier tatsächlich fair und anständig miteinander umgehen und alle zuhören können.

(Beifall)

Anna, bitte!

Anna Rasehorn, Bayern:

Danke. - Liebe Delegierte, wir haben den Hashtag #neuezeit. #neuezeit bedeutet aber auch Zeit für mehr Demokratisierung. Wagen wir mehr Demokratie statt weniger! Besinnen wir uns auf die Stärke, die wir haben! - Vielen lieben Dank! Bitte stimmt diesen Änderungen nicht zu!

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Danke, Anne. - Jetzt kommt Stefan Engel. Es folgt Christine Negele aus Bayern.

Stefan Engel, Sachsen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte zunächst erst einmal mit einem Lob beginnen. Lieber Lars, viele Sachen, die hier in diesem Antrag stehen, sind vollkommen richtig und gut. Sie sind aus meiner Sicht auch eine Fortführung dessen, was du in den letzten zwei Jahren gemacht hast, in denen du, glaube ich, viele Dinge in unserer Partei zum Besseren bewegt hast.

Ich möchte nur ein paar Dinge zum Nachdenken mitgeben. Da möchte ich ein paar Zahlen zu Anfang nennen: 1001, 833, 820, 662, 580, 600. Ein paar Experten werden es vielleicht registriert haben: Das sind die Parteitagsgrößen aller anderen im Bundestag vertretenen Parteien. Und diese Parteien sind allesamt mitgliederschwächer als die deutsche Sozialdemokratie. Sie sind auch allesamt in der Situation, die nicht immer finanziell besser ist als die, die wir hier haben. Natürlich: Wir haben Probleme; da darf man auch nicht drum herum reden. Trotzdem muss man sich doch die Frage stellen, ob das jetzt die richtige Stellschraube ist, tatsächlich hier in unserer Partei massiv einzusparen.

Ich möchte ein paar andere Anregungen mitgeben: Es gibt zum Beispiel ganz viele Landesverbände, die haben mittlerweile es geschafft, dass nicht mehr diese dicken Bücher automatisch an alle Delegierten verteilt werden, sondern dass man da ein bisschen digitaler an die ganze Sache rangeht, dass man zumindest die Möglichkeit schafft, um da vielleicht auch Kosten einzusparen.

(Beifall)

Ich sehe da tatsächlich wirklich viele Potentiale und würde dementsprechend auch dem Änderungsantrag, der schon eingebracht wurde, explizit unterstützen. Ich denke, wir können das hinkriegen. Es gibt da andere Stellschrauben. Ich glaube, das könnte eine erste sein.

Ich möchte noch einen zweiten Aspekt gerne einbringen: Wir haben im Jahr 2005 schon mal bei einem Bundesparteitag eine Organisationsreform beraten, aber damals dann nicht verabschiedet. Es gab damals den Antrag O55 vom SPD-Parteivorstand. Der hat vorgesehen, dass Mitgliederbegehren von jedem Mitglied mit der Unterstützung von mindestens zehn weiteren gestattet werden können. Das war ein Antrag des SPD-Parteivorstandes.

Heute schreiben wir in unserem Antrag hier deutlich höhere Hürden rein. Ich würde wirklich noch mal darum bitten, zu prüfen, ob man nicht diese Hürde tatsächlich wieder auf ein Mitglied mit der Unterstützung - die sammeln dann Unterschriften - senken kann und ob man vielleicht nicht das Zustimmungsquorum von 20 Prozent - so was schaffen wir in der Gesetzgebung immer überall ab - vielleicht auf 5 Prozent runtergehen kann. Das sind immer noch 20.000 Genossinnen und Genossen. Das ist ein wahnsinniger Kraftakt. Ich glaube tatsächlich, damit können wir die Möglichkeit schaffen, dass solche Prozesse funktionieren. Wir müssen nichts in unsere Satzung reinschreiben, was am Ende nicht funktioniert, weil es ohnehin nicht zustande kommen kann, rein quantitativ. - Vielen Dank.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Bevor Christine spricht, zwei Punkte. Das eine ist: Wir haben jetzt noch elf weitere Wortmeldungen. Denkt bitte dran: Wir brauchen eine Zweidrittelmehrheit. Deshalb würden wir vorschlagen, die Redeliste jetzt zu schließen. Gibt es da Widerspruch? - Dann ist das so beschlossen. Vielen Dank.

Zum Zweiten wurde ein Ausweis gefunden bzw. bei uns abgegeben von Susanne Gelzenleuchter. Wenn jemand hier ist, der den Ausweis abholen möchte - am besten ist es, wenn Susanne es selber macht, bitte -, dann bitte hier vorne melden.

Jetzt kommt Christine Negele aus Bayern und danach aus Sachsen der Stephan Schumann.

Christine Negele, Bayern:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, auch ich spreche mich gegen die Verkleinerung von Parteitag und Konvent aus, aber in Zusammenhang mit eben den anderen Orga-Anträgen, die zur Ablehnung empfohlen sind, und das sind alle Orga-Anträge, die sich mit der Ehrenamtsquote befassen. Ich glaube, man muss das im Zusammenhang sehen; denn es geht ja nicht nur um die Größe, sondern es geht darum: Wie wollen wir arbeiten? Es geht um die Arbeitsweise dieser Partei. Ich habe jetzt, wenn ich mir die Orga-Anträge so alle durchschaue, das Gefühl, es wird an verschiedenen Stellschrauben gedreht, aber es gibt kein richtiges Konzept dahinter. Das ist das, was ich vermisse.

Ich glaube, es ist sinnvoll, dass wir uns überlegen: Ist es denn vernünftig, wenn wir eine Verkleinerung vornehmen, aber nicht dafür sorgen, dass das Ehrenamt, also sprich Menschen, die nicht von Politik leben, hier stark vertreten sind? Ich glaube das nicht, weil das nämlich Auswirkungen hat auf die Beschlüsse, die wir fassen. Wir brauchen uns nur das heutige Antragsbuch anzuschauen. Da gibt es viele Beschlüsse, die sind überwiesen an die Bundestagsfraktion. Das mag ja richtig sein, wenn man denn denen auch sagt, was sie damit tun sollen. Wenn jetzt dastehen würde, wir empfehlen Annahme und Überweisung an die Bundestagsfraktion, dann ist das eine Handlungsanweisung. Wenn wir aber sagen, wir überweisen an die Bundestagsfraktion, ohne dass darüber sonst abgestimmt wird, dann heißt das: Schaut doch mal, was ihr draus machen könnt. - Das, finde ich, gibt die Beschlusslage der Landesverbände und der Ortsvereine und Bezirke, die hier eingereicht haben, nicht wieder.

Die Frage: Wenn wir verkleinern müssen aus finanziellen Gründen, können wir diskutieren, wenn wir gleichzeitig diskutieren: Wir stärken wir die inhaltliche Arbeit in dieser Partei? Ich beantrage deswegen, dass alle Orga-Anträge mit der Ehrenamtsquote nicht abgelehnt werden, sondern noch mal überwiesen werden an den Parteivorstand, damit da nachjustiert werden kann. Darum bitte ich euch, dass ihr das unterstützt nachher.

Die Frage ist halt tatsächlich: Wenn wir einen verkleinerten Parteitag haben, wenn wir einen verkleinerten Konvent haben, der dann noch dazu nicht mal mehr nichtöffentlich sein kann, sondern öffentlich sein soll sein soll, ist die Frage: Kann man dann auch offen diskutieren, wenn hinten die ganze Zeit Kameras laufen? Wir wissen ja, dass wir sehr strittige Debatten vor uns haben und eine Wahl. Die Frage ist tatsächlich: Wie kriegen wir eine vernünftige Arbeitsweise hin, und wie kriegen wir es hin, dass wir uns trauen, Visionen zu entwickeln und Visionen zu diskutieren und nicht nur Tagespolitik. Ich glaube, dass man deswegen diesen Zusammenhang herstellen kann, und ich bitte euch deswegen bei eurem Abstimmungsverhalten das zu berücksichtigen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Jetzt spricht Stephan Schumann, und es folgt Julie Rothe aus Berlin.

(Beifall)

Stephan Schumann, Sachsen:

Liebe Genossinnen und Genossen, vielen Dank. Zwei Aspekte. Das eine ist: Wir begrüßen die Einrichtung der Themenforen. Wir finden das gut. Das sind neue Beteiligungsmethoden. Ich gestehe: Ich war vorher skeptisch, was die Frage angeht, ob sie beratende Delegierte bekommen sollten. Ich habe mich dann aber von Saskia bei einer Diskussion auf Twitter überzeugen lassen, dass das sinnvoll ist, damit die Genossinnen und Genossen, die sich dann da engagieren werden, die Ideen aus diesen Themenforen hier vorne auch selber präsentieren können. Das ist richtig. Das ist gut.

Nur, liebe Genossinnen und Genossen, es steht jetzt im Antrag, dass die Themenforen zwei Delegierte bekommen sollen. Das leuchtet absolut ein, weil dann kann man eine Frau und einen Mann schicken; das ist gut. Nur die normalen Arbeitsgemeinschaften, - das sage ich jetzt ehrlicherweise aus einer Betroffenheitsperspektive als Stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender -, die Jusos, die ASF, die ASJ, alle haben bisher nur einen beratenden Delegierten. Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin da ehrlicherweise für einen Gleichlauf der Regelungen und möchte hier deswegen dafür werben, den Änderungsantrag anzunehmen, auch den Arbeitsgemeinschaften zwei beratende Delegierte zu geben und einfach eine einheitliche Regelung herzustellen.

(Beifall)

Einheitliche Regelung ist auch generell was, was mir persönlich - ich bin selber Jurist - sehr am Herzen liegt. Das ist noch mal ein zusätzliches Argument, weswegen ich unterstützenden zu dem sagen möchte, was Anna Rasehorn hier vorhin gesagt hat und dem ich hier nicht mehr viel hinzufügen kann, den Parteivorstand nur noch als beratende Delegierte dabei zu haben. Denn auch das ist in allen Arbeitsgemeinschaften Usus; das ist normal bei uns. Das ist jetzt auch nicht schlimm; das reicht völlig aus. Deswegen lasst uns einfach das stringent überall gleich handhaben: zwei beratende Delegierte für die Arbeitsgemeinschaften und den Parteivorstand auch als beratende Delegierte. - Vielen Dank und weiter geht's.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Es kommt jetzt Julie. Es folgt ihr Kai Dolgner aus Schleswig-Holstein.

Julie Rothe, Berlin:

Danke schön. - Liebe Genossinnen und Genossen, dieser Parteivorstandsantrag Nr. 2, den wir jetzt hier gerade beraten, ist ja so ein Schritt, einen Auftrag zu erfüllen, der vor zwei Jahren gegeben wurde, nämlich die organisatorische Erneuerung einzuleiten. Das wollen wir mit diesem Antrag vollziehen. Da stehen auch wirklich viele gute Dinge drin, viele Sachen, die wir auch super umsetzen können, auch vor Ort in der Arbeit. Deshalb ist, glaube ich, auch ein Superzeichen, wenn wir das hier heute so gut diskutieren, wenn wir auch über die Änderungsanträge, die hier gestellt werden, und über die statuarischen Änderungen, die damit verbunden sind, sprechen.

Das ist ein wichtiger Schritt, dass wir uns auch dahinter vereinen und das dann auch leben, was darin steht, und auch daran arbeiten, das umzusetzen. Denn wir wollten, dass die organisatorische Erneuerung hier stattfindet. Das ist ein Auftrag des Bundesparteitags 2017 gewesen, das zu machen. Deshalb ist das jetzt auch ein gutes Zeichen, dass es tatsächlich in einem harten Prozess, in einem sehr ausdauernden Prozess mit vielen Sitzungen und unendlich vielen Telefonkonferenzen - ich hatte selber das Glück in dieser organisationspolitischen Kommission mitzuarbeiten - umgesetzt werden konnte.

Mein Landesverband Berlin hat jetzt noch einen Änderungsantrag eingereicht, und zwar zu dem Antrag O119, den ich jetzt hier mit einbringe. Es geht um die Online-Themenforen. Wir finden, das ist ein sehr gutes Zeichen, dass wir jetzt dieses Online-Beteiligungsinstrument schaffen, neben den Arbeitsgemeinschaften etwas für Menschen, die nicht die Zeit haben, zu Sitzungen zu geben, die nicht auf so vielen Wochenendveranstaltungen sein können, die die Zeit nutzen können, sich online einzubringen. Wir sind aber der Meinung, dass es nicht geht, dass es unendlich viele Onlinethemenforen zeitgleich geben kann, weil diese Onlinethemenforen natürlich auch von hauptamtlicher Seite betreut werden müssen, weil sie Kapazitäten brauchen, damit sie gut arbeiten können.

Mein Landesverband schlägt deshalb vor - das ist auch etwas, was in der Organisationspolitischen Kommission besprochen wurde und von dem wir auch dachten, dass das jetzt in dem Antrag steht -, die Zahl der Onlinethemenforen auf fünf zu begrenzen, die dann wirklich gut arbeiten können, die auch gut betreut werden können von hauptamtlicher Seite. Wir würden euch bitten, diesem Änderungsantrag zum Antrag O119 zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Es kommt als Nächstes Kai Dolgner nach vorne, und es folgt ihm Sylvia Kunze aus Hessen-Süd.

(Beifall)

Kai Dolgner, Schleswig-Holstein:

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir sind tatsächlich die stärkste der Parteien - mit über 420.000 Mitgliedern -, aber dann mit dem kleinsten Parteitag. Wollen wir das wirklich? Sind die Argumente dafür wirklich überzeugend?

((Zuruf): Nein!)

Es wurde ja auch schon richtigerweise gesagt: Selbst die Linke, die sicherlich nicht über mehr Einnahmen als wir verfügt, hat 580 Delegierte bei 60.000 Mitgliedern. Wenn wir die Verkleinerung wirklich durchsetzen, ist die Repräsentanz von Basismenschen bei den Linken um den Faktor 10 besser. Ist das das Signal, was wir von diesem Parteitag senden wollen? Ich glaube, nicht.

(Beifall)

Welche Hallen finden denn eigentlich CDU mit 1.000, Grüne mit 820 und die FDP mit 662 Delegierten, die wir komischerweise offenbar nicht zu einem vernünftigen Preis finden können?

(Beifall)

Und seien wir ehrlich: Zu welchen Lasten ginge denn die Verkleinerung? Es ist ja auch schon gesagt worden: Sicher ginge sie nicht zu Lasten von denjenigen, die über Ämter und Mandate sicher eine schwer verdiente Bekanntheit in ihren Bezirken haben. Versteht mich nicht falsch, liebe Genossinnen und Genossen: Ich will hier nicht das Spiel „Spalten zwischen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern auf der einen und Ehrenamtlichen auf der anderen Seite“ spielen. Ich bin selber Mandatsträger; um mich geht es hier nicht. Ich habe das zweitbeste Ergebnis in Schleswig-Holstein; ich musste nur hinter Serpil zurücktreten, was ich an der Stelle auch gerne tue.

Aber ich will auch all den anderen Genossinnen und Genossen weiterhin die Möglichkeit bieten, die wir nach der letzten Reform vor zehn Jahren hatten, sodass man auch mal andere Gesichter in den Delegationen hatte. Aus meiner eigenen Kreistagsfraktion - ich bin auch noch kommunalpolitisch aktiv - kann zum Beispiel eine Seiteneinsteigerin heute das erste Mal auf dem Bundesparteitag als Delegierte sein, und die hat auch was zu sagen, liebe Genossinnen und Genossen - und auch andere Dinge zu sagen, liebe Genossinnen und Genossen,

(Beifall)

die wir, die wir mit unserer Hauptamtlichkeit dankenswerterweise mit Politik Geld verdienen können, uns auch gerne mal anhören dürfen, gerne auch entsprechend stark.

Diese Delegierten, die dazugekommen sind, repräsentieren einen wichtigen Teil der Partei, und zwar quasi das Rückgrat der ehrenamtlichen Arbeit, und sie müssen hier anständig zu Wort kommen. Ich kann nicht damit leben, ehrlich gesagt, dass alle anderen Parteien da eine erheblich bessere Repräsentanz haben. Das haben sie jetzt schon. Das auch noch zu verschlechtern, ist nicht das Signal, das ich von diesem Parteitag hier sehen möchte.

Nein, wir müssen auch weiter die Möglichkeiten bieten. Ich will jedenfalls bezüglich der Basisrepräsentanz nicht hinter die Linke und die FDP zurückfallen. Nach wie vor sind wir die stärkste der Parteien. Zeigen wir es auch! Lehnt den Änderungsantrag ab, liebe Genossinnen und Genossen!

Eines muss ich zum Schluss noch sagen: Mich hat das Antragsbuch an der Stelle auch ein bisschen genervt. Es haben doch nicht diese Delegierten hier den Raum für die Debatten eingeschränkt, sondern das war die Parteitagsregie seit 1998, und ich hoffe, dass das endlich vorbei ist. Wir brauchen mehr Raum für kontroverse Debatten und weniger Raum für Inszenierungen. - Freundschaft, Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Als Nächstes hat Sylvia Kunze das Wort. Es folgt ihr Harald Baumann-Hasske, ASJ Sachsen.

Sylvia Kunze, Hessen-Süd:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich muss euch ein wenig verwirren. Ich rede zu einem anderen Teilaspekt, und zwar zum Thema „Antragstool".

Es geht im Antrag PV 2 darum, ein Onlinetool einzuführen, und wir möchten euch gerne einen Änderungsantrag vorzuschlagen; wir möchten nämlich vorschlagen, dieses Onlinetool zu konkretisieren und auf der Seite 55 in Zeile 66 hinter „Mit unserer digitalen Strategie wollen wir ein zentrales Portal schaffen, das alle Onlineangebote der SPD bündelt" hinzuzufügen: „Innerhalb dieses Portals werden wir ein zentrales digitales Antragsportal aufbauen, das die Anträge aller SPD-Gliederungen für alle Ebenen bündelt".

Warum? Weil die Forderung nach einem Antragstool, wo man den Überblick behalten kann, welche Anträge gestellt worden sind, welche Anträge beschlossen sind und welches eigentlich unsere Beschlusslagen sind, immer wieder von der Basis und von vielen Mitgliedern der Ortsvereine, von vielen Delegierten an uns herangetragen wird.

Die SPD ist nicht nur eine Mitgliederpartei, sondern auch eine Programmpartei, und wir brauchen bessere Strukturen, um diese Diskussionen sauber und nachhaltig zu führen. Deswegen bitte ich euch: Stimmt diesem Änderungsantrag zu. Wir haben schon mehrfach versucht, das auf verschiedenen Ebenen auf der Bundesebene zu implementieren. Es klappt aus irgendwelchen Gründen immer wieder nicht. Deswegen bitten wir euch: Nehmt es diesmal in diesen Antrag mit auf. Dann ist es klar, und wir werden alle hinterher bessere Debatten führen und uns nicht ständig wiederholen.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Als Nächstes hat das Wort Harald Baumann-Hasske. Es folgt ihm Klaus Barthel von der AfA.

Harald Baumann-Hasske, Vorsitzender der ASJ:

Liebe Genossinnen und Genossen! Auch von meiner Seite, vonseiten der ASJ, vonseiten der Arbeitsgemeinschaften, erst mal vielen Dank für diesen Antrag, weil wirklich viel Gutes drinsteht und eine Menge guter Ansätze da sind, wie wir uns künftig organisationspolitisch besser aufstellen.

Wir haben auch in der Organisationspolitischen Kommission mitgewirkt und haben darauf eingewirkt, wie denn diese Ergebnisse aussehen. Trotzdem haben wir natürlich noch einige Punkte, die wir gerne anders hätten, und die möchte ich euch gerne vortragen.

Der eine Punkt ist eben schon ausführlich behandelt worden; es geht um die Verkleinerung des Parteitages. Auch wir halten das für ein falsches Signal, weil wir ja eigentlich unsere Basis stärker und nicht weniger stark beteiligen wollen.

In dem Zusammenhang der zweite Punkt. Es geht um das Stimmrecht des Parteivorstandes. Dazu ist eben auch schon vieles gesagt worden. Ganz schlimm wird es, wenn der Parteitag verkleinert würde. Dann würde nämlich das Gewicht des Parteivorstandes unter den Stimmberechtigten noch steigen. Aber selbst, wenn der Parteitag groß bliebe, wird natürlich durch das Stimmrecht des Parteivorstandes das Stimmengewicht des einzelnen gewählten Delegierten relativiert.

Wir haben mit dem Parteivorstand sogenannte „geborene Delegierte“, und das führt dazu, dass die Basis, die auf den Parteitag kommt und in den Bezirken gewählt ist, weniger Gewicht hat. Deswegen möchten wir gerne dafür plädieren - und den Vorschlag haben wir auch schon unterbreitet -, dass der Parteivorstand auf den Parteitagen mit beratender Stimme tätig wird.

(Beifall)

Für den Konvent hat die Orga-Komm. das schon so vorgeschlagen, und ihr findet es hier in den Unterlagen. Wir meinen, dass sollte auch für den Parteitag gelten.

Schließlich geht es um das Stimmrecht der beratenden Delegierten der Arbeitsgemeinschaften auf den Parteitagen. Ihr habt eben schon von Stephan Schumann gehört, dass die Situation so ist, dass

die Onlinethemenforen jetzt nicht nur eingerichtet werden sollen, sondern auch mit zwei beratenden Delegierten hier vertreten sein sollen. Wir finden das richtig. Wir wollen mal gucken, was bei den Onlinethemenforen rauskommt, und setzen auch einige Hoffnung da hinein.

Was wir aber nicht einsehen, ist: Auch die Arbeitsgemeinschaften sollen in Zukunft Doppelspitzen bilden können. Es ist ja auch sinnvoll, das zu tun; auch wir wollen quotierte Doppelspitzen haben. Wir meinen aber: Dann sollten auch die Arbeitsgemeinschaften auf den Parteitagen mit zwei beratenden Delegierten vertreten sein.

Wir bitten euch insofern um Zustimmung zu unseren Änderungsanträgen. - Vielen Dank.

(Beifall)

ERGEBNIS DER WAHL DES GENERALSEKRETÄRS

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Harald. - Bevor Klaus spricht, können wir jetzt das Ergebnis des Wahlganges zur Wahl des Generalsekretärs verkünden, und deshalb freuen wir uns: Monika, wir hören auf dich.

Monika Schaal, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:

Ja, vielen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe euch das Ergebnis der Wahl zum Generalsekretär bekannt: abgegebene Stimmen 608, gültige Stimmen 608. Davon votierten für Lars Klingbeil 486, mit Nein haben gestimmt 88 bei 34 Enthaltungen. Damit ist Lars Klingbeil mit einer Quote von 79,93 Prozent zum Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewählt worden. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Herzlichen Glückwunsch! Lieber Lars, bevor der ganze Gratulationsreigen beginnt: Nimmst du die Wahl an?

(Lars Klingbeil: Ja!)

Vielen Dank. Auf weiterhin gute Zusammenarbeit!

(Beifall)

Wir setzen die Debatte fort. Jetzt hat Klaus Barthel das Wort. Es folgt ihm Ralph Weinbrecht von der AGS.

FORTSETZUNG ANTRAGSBERATUNG PV 2

Klaus Barthel, Vorsitzender der AfA:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich wollte euch einmal für ein Problem in dem PV 2 - Antrag sensibilisieren. Wir diskutieren ja immer darüber - zum Beispiel im Zusammenhang mit der Verkleinerung des Parteitags -, dass wir Geld sparen müssen. Wir reduzieren dafür demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten, aber gleichzeitig - lest euch das mal alles durch! - schaffen wir mit diesem Antrag, wenn dem dann gefolgt wird, mindestens fünf neue Gremien, nämlich die Zukunftswerkstatt, einen Länderbeirat, einen Kommunalbeirat, mehrere Themenforen und einen Mitgliederbeirat. Das heißt also: Räte und Base-Camps usw., wohin das Auge reicht. Die Frage ist ja, wie das alles dann organisatorisch, personell und finanziell hinterlegt wird. Dazu finden wir relativ wenig. Ich befürchte, dass sich das womöglich gegenseitig kannibalisiert und nicht mehr Demokratie dabei herauskommt.

Der zweite Punkt, für den ich euch sensibilisieren möchte, ist das ganze Thema: Wir wollen Partei der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein. - Ich habe vorhin schon ein bisschen was zu den Wahlergebnissen gesagt. Ein Aspekt, warum wir Probleme in der Arbeitnehmerschaft haben, ist, dass wir in den Betrieben immer weniger Menschen haben, die das auch transportieren, was wir hier tun und was wir leisten. Umgekehrt sind immer weniger Menschen aus den Betrieben an der Parteiarbeit beteiligt. Wir müssen darauf organisationspolitisch irgendwie eingehen. Denn es haben nicht alle Menschen den gleichen Zugang zu Politik. Auch da findet eine Ausgrenzung statt, die etwas mit Bildungshintergründen, mit Milieus, mit Einkommensverhältnissen, mit Arbeitszeiten zu tun hat, zum Beispiel auch damit, dass immer mehr Menschen pendeln müssen, dass Betriebe umorganisiert werden - Stichwort Mobilität und so. Das heißt, unsere rein ortsbezogene Struktur der Partei, wie sie in dem Antrag mit der Quartiersarbeit beschrieben ist, die auch ganz wichtig ist - da, wo die Menschen wohnen -, braucht eine Ergänzung um eine zweite Säule, und zwar um den Arbeitsplatz, den Betrieb, die Verwaltung. Dort, wo die Menschen arbeiten, müssen wir sie auch abholen und organisieren können. Ich möchte euch darauf hinweisen, dass es den Antrag O98 der AfA gibt, wo wir das beschrieben haben.

Letzten Endes geht es natürlich auch - das ist angesprochen worden - um die Repräsentanz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in unserer Partei. Schaut euch hier um, und schaut euch bei den Kandidatinnen und Kandidaten für den Parteivorstand um. Wir haben einen Passus, in dem steht: Die Gliederungen können bis zu ein Fünftel Delegierte aus Betriebsgruppen, Arbeitsgemeinschaften und Themenforen haben. Warum kann das nicht auch auf so einem Parteitag sein, und warum fangen wir nicht endlich wenigstens damit an, dass wir den Arbeitsgemeinschaften wenigstens zwei beratende Delegierte auf den Parteitagen geben? Bitte unterstützt auch diese Initiative; dann kommen wir ein Stück voran.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Als Nächste kommt Maria Noichl. Danach kommt Ralph Weinbrecht.

Maria Noichl, Vorsitzende der ASF:

Ich habe nichts Neues zu sagen. Aber ich möchte es noch mal und noch mal und noch mal sagen: Es kann nicht dazu kommen, dass die Arbeitsgemeinschaften immer mehr geschwächt werden. Wenn man diese Anträge liest - Klaus hat im Vorfeld schon für die AfA gesprochen; vorher war Harald dran, der für die Juristen in der SPD gesprochen hat -, dann sagt man sich: Es kann nicht sein, dass es anscheinend das Ziel ist, dass es die Arbeitsgemeinschaften irgendwann nicht mehr gibt. Wie kann es sein - und da muss ich wirklich sagen, dass ich rote Flecken am Hals hab, weil ich stinksauer bin -,

(Beifall)

dass man bei irgendeinem Onlineforum, dass sich über kurze Zeit mal gründet, das vielleicht wichtig ist - ich möchte diese Arbeit nicht kleinreden -, ohne Weiteres sagt: „Die brauchen Antragsrecht, die brauchen zwei Delegierte“?

Wie kann es sein, dass man ohne mit der Wimper zu zucken der Meinung ist: „Ach, für die Arbeitsgemeinschaften reichen die Krümel vom Tisch“? Da sage ich ganz klar: Neben den Ortsvereinen vor Ort, die sich oftmals anhören müssen, was alles scheiße läuft in der SPD, sind es die Arbeitsgemeinschaften, die die Fahnen hochhalten, die die Infostände machen.

(Beifall)

Das heißt, eine Schlechterstellung der Arbeitsgemeinschaften gegenüber den momentan noch zu gründenden Themenonlineforen ist wirklich ein Schlag ins Gesicht all derer, die neben der klaren Ortsvereinsstruktur noch anderweitig demokratisch legitimierte Politik machen. Deswegen ganz klar: Diese Schlechterstellung muss weg! Deswegen muss der Antrag O119 - und dann natürlich auch die folgenden Anträge 127 etc. - geändert werden.

Ich möchte es noch mal sagen: Es geht nicht nur um diesen Antrag; es geht auch darum, dass es heißt: Alle müssen 25 Prozent einsparen. - Wisst ihr, wie viel Geld die ASF in einem Jahr hat? Wenn ich davon 25 Prozent einspare, dann gibt es nicht mal mehr Bleistifte! Dann gibt es gar nichts mehr! Aber zur gleichen Zeit werden Foren gegründet und soll es Debattencamps geben, zur gleichen Zeit sollen Mitgliedergruppierungen entstehen, die völlig neben den Arbeitsgemeinschaften stehen. Ich sage es noch mal: Das Allererste ist, Arbeitsgemeinschaften anständig mit Geld und Kraft auszustatten. Dann kann man sich über etwas anderes Gedanken machen.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Es spricht jetzt Ralph Weinbrecht von der AGS. Es folgt ihm Claudia Schüßler aus Hannover.

Ralph Weinbrecht, Vorsitzender der AGS:

So, ihr Lieben: Ich könnte jetzt alles wiederholen, was meine Vorredner gesagt haben. Das tue ich aber nicht.

(Beifall)

Ich halte es ganz kurz. Ich spreche jetzt von der Wertschätzung, die unsere Partei so hochhält, und von der Teilhabe, die unsere Partei so hochhält. Die hätte ich gerne auch für uns Ehrenamtler von den Arbeitsgemeinschaften eingefordert. Dann zeigen wir nämlich mal, ob wir die Werte, die wir immer so groß nach außen propagieren, auch wirklich innen leben. - Danke sehr.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Es spricht jetzt Claudia Schüßler. Ihr folgt Udo Lutz aus Baden-Württemberg. - Ralf hat erfrischend kurz gesprochen, deshalb ist der Weg länger.

(Beifall)

Claudia Schüßler, Hannover:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin aus Hessen-Süd gebeten worden, deren Antrag zu unterstützen. Das mache ich sehr gerne. Es geht um die Seite 55 des PV 2. Es geht um die Frage, was wir bei einer digitalen Strategie verändern wollen. Von der Antragskommission ist schon entschieden worden, dass vorgeschlagen wird, ein zentrales Portal mit Onlineangeboten zu schaffen. Die Südhessen möchten gerne, dass die Anträge dort online gestellt werden, was für Transparenz sorgen soll.

Wir haben in unserem Unterbezirk in Hannover festgestellt, dass die Transparenz und die Kommunikation in der Partei häufig schwierig sind. Ich glaube, es wäre für uns alle gut, wenn wir sehr zentral auf Anträge schauen könnten und wüssten, was die anderen Organisationen machen. Daher unterstütze ich diesen Antrag sehr gerne und wünsche mir, dass das genauso konkret gefasst wird, wie die Kollegin Sylvia Kunze es hier vorgestellt hat.

(Beifall)

Danke euch. - Und wenn ich schon hier stehe, will ich sagen: Ich ganz persönlich finde auch, dass eine Verkleinerung des Parteitags nicht gut ist. Ein Parteitag ist doch immer auch mehr als nur Abstimmen und Treffen. Hier rüttelt man sich auch zusammen; es geht auch um Emotionen. Und warum sollen weniger Leute daran teilhaben? 600 ist eine gute Zahl; das sollten wir nicht ändern. - Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Danke dir. - Es spricht jetzt Udo Lutz aus Baden-Württemberg. Es folgt Tarek Awad aus Schleswig-Holstein.

(Beifall)

Bitte!

Udo Lutz, Baden-Württemberg:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich glaube, das große Pfund der SPD sind auch ihre Arbeitsgemeinschaften - das ist schon ein Stück weit angesprochen worden.

Wir erleben es gerade. Ich bin AfA-Mitglied. Ich erlebe gerade in Baden-Württemberg sehr intensiv bei dieser Transformationsdebatte, wie wichtig es ist, dass man eine Arbeitsgemeinschaft hat, eine Gruppe hat in der SPD, die sehr dicht bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern angesiedelt ist. Das erleben wir ja schon seit vielen Jahren. Aber wir sind ja in einem Aufbruch. Deshalb: Es wird ja immer nur besser. Wir hatten als Arbeitsgemeinschaften auf Bundesebene schon sehr schwierige Jahre hinter uns, um es ein bisschen vorsichtig auszudrücken. Ich hoffe, dass das auch besser wird.

Ein Punkt des Besserwerdens ist natürlich schon die Frage des Änderungsantrags, dass man sicherstellt, dass Onlinethemenforen und Arbeitsgemeinschaften dann wenigstens gleichgestellt sind. Also, wenn die einen nur einen Delegierten bekommen, die anderen zwei, dann ist das nicht hinnehmbar. Da unterstütze ich die Anträge, die vorher schon genannt wurden.

Ich unterstütze auch unseren AfA-Antrag, den O98, weil es lebensnotwendig ist für die SPD, dass sie versucht, sicherzustellen, dass man Strukturen, die dicht bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sind - das ist nun einmal der Betrieb und leider manchmal weniger das Wohnortsprinzip -, sehr, sehr gut betreuen kann und dass das funktioniert. Ich bitte um eure Unterstützung, einmal für diese zwei Delegierten und auch für den Antrag O98. - Danke für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Danke. - Es spricht jetzt Tarek Awad und zum Schluss Martin Volkenrath aus Nordrhein-Westfalen.

(Beifall)

Tarek Awad, Schleswig-Holstein:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich nehme euch jetzt mit in den PV 2. Unser Landesverband, Schleswig-Holstein, hat nämlich einmal eine Idee, und zwar schlagen wir euch vor, dass wir die stellvertretenden Parteivorsitzenden in Zukunft nicht mehr in einer Einzelwahl wählen, sondern eben als Liste - so wie ihr das kennt von Delegiertenwahlen und wie wir auch morgen für den Vorstand die Beisitzerinnen und Beisitzer wählen.

Wir machen das ja nicht aus Spaß; wir haben uns dabei ja auch etwas überlegt. Wir glauben nämlich, dass wir die Hürde für Menschen, die sagen, ja, ich kann noch Verantwortung übernehmen als stellvertretender Parteivorsitzender oder Parteivorsitzende, senken. Es gibt eigentlich ja politisch kaum eine gute Begründung, finde ich jedenfalls, dass wir die stellvertretenden Parteivorsitzenden in Einzelwahlen wählen, außer man möchte ganz bewusst eine Hürde schaffen und Kampfkandidaturen - „Kampfkandidaturen“; so viel zum Framing - zu vermeiden.

Wir glauben, dass wir in einer Listenwahl eine bessere oder noch mehr Auswahl haben und wir einen besseren Wettstreit um gute Ideen bekommen können. Wir haben ja in den letzten Wochen und Monaten gesehen, dass wir das als Partei können. Wir können uns streiten um gute Ideen, und wir können auch beisammenbleiben. Deswegen möchte ich gerne oder wollen wir gerne, dass das eingefügt wird - ich bringe euch den genauen Antrag gleich herüber, wenn er euch nicht vorliegen sollte -, und ich hoffe, dass wir auch in dem Punkt den Prozess transparenter, fairer und gerechter gestalten können.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Jetzt kommt zum Schluss Martin Volkenrath.

Martin Volkenrath, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und liebe Genossen, mein Verständnis von unserer wunderbaren Partei ist eigentlich, dass wir eine Mitgliederpartei sind. Ich bin bisher auch davon ausgegangen, dass das das Selbstverständnis der SPD hier bei uns ist. Das heißt aber dann eben auch: Wenn wir Gremien haben, dann sollten wir eine bestmögliche Form der Transparenz entwickeln, also bitte keine Closed Shops, wo irgendwelche Funktionäre hingehen, dann ist es das gewesen, und den Rest kriegt man dann vielleicht über irgendwelche Medien mitgeteilt, die vermeintlich noch nicht einmal richtig gelesen werden. Ich habe den Eindruck, wir würden eine riesige Chance verpassen - Stichwort „Multiplikatoren".

Jetzt ist es natürlich nicht so, dass in jedem Ortsverein und jedem Unterbezirk ein vitales Leben ist und da eine große kollektive Vorbereitung ist. Aber es besteht zumindest die Möglichkeit. Ich weiß, wenn wir zurückkommen, werden wir gefragt: Was ist geschehen? Es waren im Vorfeld Gespräche da. Bringt das doch mal ein! - Das alles sind solche Bereiche.

Das hat natürlich auch viel mit Motivation zu tun. Wenn wir jungen Menschen, jungen Genossinnen und Genossen - die wollen wir doch auch erreichen - auch da einmal die Chance geben, zu bestimmten Parteitagen, zu Veranstaltungen - aber gerade auch zu Parteitagen; sie sind nun einmal das zentrale Gremium, das wir haben - mitzufahren, dann hat das viel mit Motivation zu tun. Auch die Frage der Mobilisierung spielt da eine Rolle.

Natürlich gibt es die digitale Sache. Natürlich kann man dadurch auch einen Hauch von Transparenz erreichen. Aber ich weiß auch aus dem gewerkschaftlichen Bereich: Bei allem Hochglanzdruck, bei aller Digitalisierung, bei all diesen Fragestellungen, es geht nichts über das persönliche Gespräch. Vor dem Hintergrund spielen natürlich - das ist gerade auch schon von einer Genossin gesagt worden - viele andere Sachen eine Rolle. Der informelle Charakter: Man trifft sich abends, und man trifft auch einmal Prominente, vermeintlich Prominente, wo Altgediente wie unsereins sagen, na ja, wunderbar. Aber das ist für junge Genossinnen und Genossen natürlich auch noch einmal eine Motivation. Gerade für kleine Organisationen, für kleine Landesbezirke ist dann immer nur der eine alte Edle da - oder die. Da jungen Leuten eine Chance zu geben, wäre gut.

Ich weiß, Demokratie kostet Geld. Auch innerparteiliche Demokratie kostet Geld. Aber es gibt Sparpotenziale. Es ist schon gesagt worden: Ob wir diese Hardcopy brauchen, ob wir auch etwas an der Parteitagsregie machen, da kann man überall sparen. Mein Petitum: Wir sind eine Mitgliederpartei. Lasst den Parteitag bei 600! Das ist die Linie nach innen und nach außen: eine gute Transparenz. Ich glaube, das tut uns als SPD sehr gut. - Danke schön.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Bevor wir dann in den sehr komplexen Abstimmungsmarathon eintreten werden, hat jetzt für die Antragskommission der Berichterstatter, Lars Klingbeil, das Wort.

Lars Klingbeil, Antragskommission:

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich zu ein paar Punkten erwidern, die jetzt gerade in der Debatte benannt wurden; das war ja sehr vielfältig. Ich will mich erst einmal bedanken, weil wir heute schon an zwei Stellen die SPD ja sehr maßgeblich verändert haben. Das gehört ja auch mit zu dem, was wir in der Organisationspolitischen Kommission, was wir im Parteivorstand, was wir in der Runde der Landes- und Bezirksvorsitzenden mit diesen umfassenden organisationspolitischen Änderungen verabredet haben. Wir haben erstmals eine Doppelspitze; das ist schon einmal neu. Wir haben heute beschlossen, das Präsidium zu verkleinern, den Parteivorstand zu verkleinern; auch das ist neu. Jetzt geht es um weitere Änderungen, die wir gerade diskutieren.

Ich will ein paar Punkte aus der Diskussion aufgreifen. Es gab ganz viele, die sich gemeldet haben zur Frage des Online-Antragsberatungstools. Wenn ihr in den Antrag des Parteivorstandes hineinguckt, dann sehr ihr, dass wir uns mit dieser Frage auch beschäftigt haben. Ich bin auch fest davon überzeugt: Es geht um Transparenz, und es geht darum, dass ihr, die ihr euch vor Ort Arbeit gemacht hat, die ihr Anträge formuliert habt, sehen könnt: In welchem Stadium befindet sich der Antrag? Wie geht man damit um? Was passiert damit? Was ist das Feedback? - Deswegen kann ich euch zusagen, dass wir daran arbeiten werden. Wir übernehmen auch gerne den Änderungsantrag, wie er formuliert wurde. Das ist unser gemeinsames Interesse. Da wollen wir gemeinsam vorankommen.

(Beifall)

Ich will auch sagen, dass der Antrag aus Berlin, die Online-Themenformen, die wir endlich einführen, auf fünf zu begrenzen, unseren Ideen sehr entgegenkommt. Wir haben in der Orga-Kommission gesagt, es sollen drei bis fünf sein. Wenn man jetzt noch einmal konkretisiert auf maximal fünf, dann können wir das gerne übernehmen.

Die Frage der Ehrenamtsquote haben wir diskutiert.

(Unruhe)

- Vielleicht könnte auch die niedersächsische Delegation ein bisschen ruhig sein hier vorne.

(Beifall)

Die Frage der Ehrenamtsquote haben wir diskutiert. Wir sind mit der Diskussion aber nicht wirklich zum Ende gekommen. Wir haben gerade mit den Antragstellern vereinbart, dass wir diese Anträge noch einmal an den Parteivorstand überweisen und gucken, wie wir mit dem Ganzen vorankom-

men.

Dann will ich aber auch noch drei Punkte aufgreifen, die ich kritisch sehe - das will ich hier auch in aller Deutlichkeit sagen -: Liebe Maria, du hast hier gerade einen sehr scharfen Tonfall gefunden gegen die, die die Arbeitsgemeinschaften abschaffen wollen. Ich will dir in aller Klarheit sagen: Ich habe in der ganzen Debatte in der Organisationspolitischen Kommission, in der ganzen Debatte im Parteivorstand und in der Runde mit den Bezirks- und Landesvorsitzenden keine einzige Person getroffen, die das Interesse hat, unsere Arbeitsgemeinschaften abzuschaffen.

(Beifall)

Lasst uns hier bitte nichts auf der Bühne sagen, was nicht die Realität der Debatte in unserer Partei widerspiegelt! Wir haben starke Arbeitsgemeinschaften, wir sind stolz auf unsere Arbeitsgemeinschaften, und wir brauchen unsere Arbeitsgemeinschaften, liebe Genossinnen und Genossen. Daran wird nicht gerüttelt; das sage ich euch zu.

(Beifall)

Aber wenn wir einsparen in der Partei, wenn wir Dinge verändern müssen, wenn wir neue Wege gehen müssen, wenn wir uns fragen müssen, wo wir Veränderungen vornehmen, dann darf nicht das Prinzip gelten: Ja, machen wir; aber bitte nicht bei uns. - Liebe Genossinnen und Genossen, dann müssen wir uns überall fragen, wo wir Dinge anders machen können, und das gilt dann - ja - auch für die Arbeitsgemeinschaften. Die Zusage haben alle Arbeitsgemeinschaften in der Orga-Kommission gegeben; dafür bin ich dankbar. Diesen Weg, hoffe ich, gehen wir auch gemeinsam. Ich hoffe, dass dieser Wortbeitrag von Maria dann zu verstehen war als politische Bekundung. Aber ich hoffe, es bleibt bei der Verabredung, dass wir weiter gemeinsam nach Lösungen suchen, wie wir auch bei den Arbeitsgemeinschaften einsparen. Wenn hier der Wunsch ist, dass die Arbeitsgemeinschaften zwei beratende Delegierte bekommen, dann soll das so sein. Aber es bleibt bei den Verabredungen, dass auch bei den Arbeitsgemeinschaften gespart werden muss.

Dann will ich etwas sagen zum Parteitag, zur Verkleinerung des Parteitags. Hier ist vorhin aufgezählt worden, wie groß die Parteitage bei anderen Parteien sind. Ja, das ist richtig. Aber ich sage euch: Keine Partei hat es in den letzten zwei Jahren geschafft, vier Bundesparteitage zu veranstalten. Ich möchte auch nicht, dass das in dieser Taktzahl weitergeführt wird. Aber es war so, und alle in der Orga-Kommission, im Parteivorstand und in der Runde der Bezirks- und Landesvorsitzenden kennen die Zahlen und wissen, was das finanziell bedeutet.

Ich sage, dass wir abwägen müssen. Wir können den Parteitag in dieser Größe belassen. Aber ich habe in den letzten zwei Jahren gemerkt, was es bedeutet, wenn es 16 Regionalkonferenzen gibt; 8 hatten wir nach der Bundestagswahl, wo wir durch das Land getourt sind, 8 hatten wir bei der Frage zum Mitgliedervotum. 23 Regionalkonferenzen hatten wir bei der Frage, wer künftig die Partei führen wird. Ich habe gemerkt, was es bedeutet, wenn wir uns nicht nur in Berlin für Bundesparteitage treffen, sondern wenn wir als Bundespartei auch im ganzen Land unterwegs sind.

In Neubrandenburg, bei der Regionalkonferenz zur Mitgliederbefragung, wer die Partei führt, hat eine Genossin vor mir gestanden und gesagt, das ist das erste Mal seit zehn Jahren, dass mal wieder welche von der Parteispitze bei uns in Neubrandenburg sind. Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe als Generalsekretär ein Interesse daran, dass wir weiter die finanziellen Möglichkeiten haben, im Land unterwegs zu sein mit Formaten, wo wir mit der Partei diskutieren. Deswegen bitte ich um Unterstützung, dass wir den Parteitag verkleinern, dass wir finanzielle Ressourcen einsparen und dafür auch diese neuen Formate weiter nutzen können, wie wir das die letzten zwei Jahre gemacht haben.

(Beifall)

Einen letzten Punkt lasst mich auch ansprechen. Es stört mich grundlegend in dieser Diskussion, wenn hier gesagt wird, ich dachte, wir wären die Partei Willy Brandts mit „Mehr Demokratie wagen". Hier hat jemand gesagt, ich dachte, wir wären eine Mitgliederpartei. Was haben wir denn in den letzten Monaten gemacht? Wir haben euch als Mitglieder in den letzten zwei Jahren zweimal ganz zentral in den Mittelpunkt gestellt: bei der Frage, ob wir in die Regierung gehen, und bei der Frage, wer künftig die Partei führt. Wir sind eine Mitgliederpartei. Lasst uns da bitte nicht kleiner reden, als wir sind!

(Beifall)

Aber ich sage euch auch: Dietmar Nietan und ich, die vielen fleißigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Willy-Brandt-Haus, die Ehrenamtlichen in der Organisationspolitischen Kommission, die Bezirks- und Landesvorsitzenden, die Mitglieder des Parteivorstandes, wir denken uns solche Vorschläge nicht aus, weil wir den Mitgliedern irgendwelche Rechte entziehen wollen oder weil wir irgendwie keinen Bock auf Bundesparteitage haben, wo 600 Delegierte sind. Wir überlegen uns solche Sachen, weil wir die finanzielle Situation der Partei kennen, weil wir sagen, wir wollen gerüstet in den nächsten Bundestagswahlkampf gehen, und weil wir sagen, wir wollen Formate im ganzen Land machen. Deswegen schlagen wir euch solche Änderungen vor und nicht, weil wir den Mitgliedern misstrauen. Lasst uns bitte aufhören, in einer solchen Diskussion ständig die Argumente von „Wir hier unten gegen die da oben" zu wiederholen. So sollten wir in der Partei nicht miteinander umgehen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das ist nicht der Stil, den wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten brauchen. Ich bitte um Zustimmung bei der Frage der Verkleinerung des Parteitages. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Lars. - Den zweiten Teil der Antwort gibt Dietmar Nietan.

Dietmar Nietan, Antragskommission:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will das noch einmal unterstreichen: Die Vorschläge, die hier auf dem Tisch liegen, sind nicht Vorschläge, die sich einfach der Parteivorstand ausgedacht hat. Sie wurden entwickelt von der Organisationspolitischen Kommission. In dieser Organisationspolitischen Kommission haben die Vertreterinnen und Vertreter der Landesverbände und Bezirke die Mehrheit. Da sitzen nur wenige, sozusagen Entsendete, vom Parteivorstand. Das heißt, der Vorschlag, den Parteitag zu verkleinern, kommt von der Basis, kommt von den Bezirken und von den Landesverbänden - damit das auch einmal klar ist.

Das Zweite ist - Lars hat es schon angesprochen -: Das ist Bestandteil in einem gesamten Konsolidierungskonzept. Ich habe das immer so verstanden, dass wir eine solidarische Partei sind, und „solidarisch“ heißt, dass jeder etwas dazu beiträgt, dass andere nicht zu große Lasten tragen. Ich will das einmal an dieser Stelle sagen: Wir haben den Etat für die politische Arbeit der Bundespartei um mehr als 20 Prozent reduziert, und da reden wir von mehreren 100.000 Euro. Wir haben in Zeiten wie diesen, in denen wir erleben, was in den sozialen Medien los ist, den Etat für Öffentlichkeitsarbeit um fast 20 Prozent, reduzieren müssen. Wir werden die Zahl der Kolleginnen und Kollegen im Willy-Brandt-Haus bis 2022 reduzieren. Wir haben den Parteivorstand verkleinert. Wir werden - das hoffe ich jedenfalls - den Konvent verkleinern. Das ist ein Maßnahmenpaket.

Jetzt kann man natürlich sagen, an allen Stellen soll gespart werden, aber nicht bei mir. Aber dann soll man nicht von der Mitgliederpartei reden. Die Mitgliederpartei sind nicht 600 Delegierte, sondern 425.000 Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wenn wir hier nicht sparen und wenn ihr sagt - zu Recht -, wir wollen nicht die Einsparung beim Parteitag mit der Einsparung bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kompensieren - ihr werdet mir sicherlich recht geben, dass wir die politische Arbeit oder die Öffentlichkeitsarbeit jetzt nicht noch auf 50 Prozent senken sollten -, dann wird das Geld, das wir beim Parteitag nicht einsparen, , bei Zuschüssen für die Arbeit in der Fläche fehlen. Wer hier, an dieser Stelle, nicht mitmacht, wird die Fläche schwächen. Wenn ihr das wollt, könnt ihr das gerne tun. Aber dann muss man das hier auch ehrlich sagen und nicht sagen, wir 600 Delegierten sind die Mitgliederpartei; soll doch der Nietan dann eben bei den Zuschüssen von denen, die für uns den Kopf hinhalten, zum Beispiel im Wahlkampf, kürzen. Das wird die Folge sein. Ich will das hier nur einmal sagen, damit niemand behaupten kann - wenn das jetzt geschieht -, das hättest du uns auf dem Parteitag sagen müssen. Am Ende wird das, was hier nicht entschieden wird, auf Kosten der Fläche gehen. Für mich sind nicht die Delegierten hier die Partei, sondern die Fläche. Das müsst ihr jetzt entscheiden, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Lars hat in seiner Rede jetzt einzelne Punkte mit übernommen, zum Beispiel den Änderungsantrag, in dem es um das Tool geht, und die Frage der zwei Beratenden. Auch die Ehrenamtsquote wird jetzt noch einmal an den Parteivorstand überwiesen. Ebenfalls hat die Antragskommission ihr Votum geändert, was die Anträge O165 und O166 betrifft. Auch hier hat die Antragskommission jetzt votiert in „Überweisung an den Parteivorstand".

Offen geblieben ist bei uns die Entscheidung - das müssen wir jetzt voranstellen - über die Verkleinerung des Bundesparteitages, offen ist die Frage des Stimmrechts für Parteivorstandsmitglieder auf dem Bundesparteitag, und offen ist der Vorschlag, die Stellvertreter in einer Listenwahl zu wählen. Das sind die drei Punkte, über die wir jetzt noch abstimmen müssen. Dazu hat Lars für die Antragskommission gesagt, dass sie gegen die Veränderung des Vorschlages votiert, also Ablehnung der Änderungsanträge, die hier gestellt wurden. Das heißt, wir stimmen jetzt über das Votum der Antragskommission ab, die sagt: Ablehnung des Antrages auf Verkleinerung. Wer also hier der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. -

Die Gegenstimmen, bitte! - Enthaltungen? - Wir wiederholen das noch einmal, weil das nicht ganz klar ist. Wer für das Votum der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Wir wollen lieber auszählen, damit das klar ist. Daher bitten wir die Auszählerinnen und Auszähler, sich in Position zu bringen.

Wir haben hier oben gerade die Diskussion über die Frage geführt, wann die Zweidrittelmehrheit und wann die einfache Mehrheit notwendig ist. Denn hier wurde ein Änderungsantrag zu dem Vorschlag gestellt, den Bundesparteitag zu verkleinern. Es gab Änderungsanträge, ihn nicht zu verkleinern. Die Antragskommission hat gesagt: Das wollen wir nicht. - Genau deshalb stimmen wir über einen Änderungsantrag ab, und zwar mit einfacher Mehrheit. Dabei geht es noch nicht um die Zweidrittelmehrheit. Das nur noch einmal zur Erklärung. Es ging jetzt darum, dass es tatsächlich erst einmal eine einfache Mehrheit nur bei der Frage war, ob der Änderungsantrag so, wie die Antragskommission votiert, ist.

Noch einmal ganz transparent: Wer jetzt mit Ja stimmt, der votiert für das Votum der Antragskommission und damit für die Verkleinerung. Wer beim Votum der Antragskommission mit Nein stimmt, bestimmt, dass die Größe des Bundesparteitages so bleibt, wie es jetzt ist. Das ist jetzt die Abstimmungsgrundlage für alle. Deshalb stimmen wir jetzt noch einmal ab. Die Auszählerinnen und Auszähler stehen bereit. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Sind alle Jastimmen gezählt worden? - Jetzt bitte das Kartenzeichen derjenigen, die das Votum der Antragskommission ablehnen! - Wir sind uns einig. Das Zweite ist die Mehrheit. Wir brauchen nicht weiter zu zählen.

(Beifall)

Damit ist das Votum der Antragskommission abgelehnt worden.

Der zweite Punkt, der noch offen ist, ist das Thema Stimmrecht für den Parteivorstand. Auch hier hat die Antragskommission dafür votiert, dass das Stimmrecht bleibt und dementsprechend die Anträge abgelehnt werden. Von daher stimmen wir jetzt wieder über das Votum der Antragskommission ab. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Ich bitte jetzt um die Gegenstimmen. - Die Enthaltungen! - Bei wenigen Enthaltungen ist das Erste die Mehrheit. Dem Votum der Antragskommission wurde gefolgt.

Der dritte Punkt ist der Änderungsantrag, in Zukunft die Stellvertreter in einer Listenwahl zu wählen. Auch hier hat die Antragskommission Ablehnung vorgeschlagen. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Bei wenigen Enthaltungen ist dem Votum der Antragskommission gefolgt worden. Vielen Dank.

Somit rufen wir jetzt als Erstes den PV 2 auf. Der PV 2 hat ja jetzt seine Änderungen mitbekommen. Damit sind auch andere Anträge erledigt: der Antrag O 17, 29, 30, 32, 39, 41, 44, 46 bis 54, 62, 72, 76 bis 83, 104 und 108. Dazu kommt noch die Überweisung der Anträge O 2, 60, 61, 63 und 65 und die vorhin genannten.

Von daher können wir jetzt zur Abstimmung kommen. Wer dem PV in der jetzigen Fassung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu den Satzungsänderungsanträgen. Hier kommt es tatsächlich darauf an, dass wir nach unserem Organisationsstatut § 37 eine Zweidrittelmehrheit benötigen.

Für die Änderung eines Antrags hat eine einfache Mehrheit gereicht, aber für die tatsächliche Umsetzung dann im Statut eine Zweidrittelmehrheit.

Folgende satzungsändernde Anträge des Parteivorstands setzen jetzt konkret den Leitantrag zur organisationspolitischen Neuaufstellung, den ihr soeben beschlossen habt, um: Das sind O118 bis O121, O127, O130, O163, O164, O167, O169. Aufgerufen ist auch der Antrag O168, der ebenso wie die gerade genannten satzungsändernden Anträge von der Antragskommission empfohlen sind.

Mit der Annahme wären dann folgende Anträge erledigt: Die Anträge O122 bis O126, O128, O136, O160 und O162.

Zur Ablehnung sind von der Antragskommission dann folgende Anträge empfohlen: O133, O135, O137, O138, O161, O165, O166. - Entschuldigung, bei O165 und O166 hatten wir das Votum geändert. Das ist überwiesen worden an den Parteivorstand.

Das ist sozusagen das, was wir jetzt abstimmen als Votum der Antragskommission.

Jetzt bitte beachten: Hier geht es wirklich um eine Zweidrittelmehrheit. Von daher bitte ich jetzt darum: Wer dem Votum, der Antragskommission folgt - - Es gibt einen GO-Antrag.

NN:

O127 ist die Änderung der Größe. Die ist immer noch in der Originalversion da. Ihr müsstet sagen, dass jetzt das Votum der Antragskommission entsprechend des Antrags, den wir eben abgelehnt haben, geändert ist. Sonst entscheiden wir gleich doch über die Verkleinerung des Parteitages.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Der O127 ist raus. Der ist sozusagen durch das Votum für uns weg. Ich habe es aufgezählt. Entschuldigung, das lag einfach daran, dass das bei den vielen Zahlen jetzt bei mir runtergerutscht ist. Das war jetzt keine Absicht.

Noch einmal: Die Anträge zur Ehrenamtsquote sind alle überwiesen worden. Der Antrag O127 ist durch das Votum für uns erledigt. Für alle anderen Anträge lautet der Vorschlag, dem Votum der Antragskommission zu folgen.

Wer jetzt dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das so einstimmig angenommen. Vielen Dank.

(Beifall)

Es geht organisationspolitisch weiter. Nachdem wir jetzt die satzungsändernden Anträge des Antrags PV 2 abgestimmt haben, kommen wir jetzt zu der weiteren Beratung der O-Anträge. Zunächst zu den satzungsändernden Anträgen die unsere Finanzordnung betreffen. Das betrifft die Anträge O170 und den Antrag O171. Die Antragskommission empfiehlt den O170 zur Annahme und den O171 für erledigt durch die Annahme des O170 zu erklären.

Aufgerufen ist dazu auch der O116 mit dem Titel „Beitrag Solidarität für eine finanziell handlungsfähige Partei“ gleich im Anschluss, da er inhaltlich die Mitgliedsbeiträge betrifft, wenn auch nicht satzungsändernd. Den Antrag findet ihr auf Seite 640/641. Die Antragskommission empfiehlt für den O116 die Annahme.

Für die Antragskommission hat jetzt der Schatzmeister das Wort. Dietmar Nietan, bitte!

Dietmar Nietan, Antragskommission:

Es muss sich jetzt keiner Sorgen machen, dass ich wegen der Ablehnung, den Parteitag zu verkleinern, jetzt noch Änderungsanträge stelle, die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge noch höher anzusetzen. Also könnt ihr alle entspannt sein.

Nein, ernsthaft: Nach vielen, vielen Jahren, nach zwölf Jahren, glaube ich, ist es in Ordnung, wenn wir den Mindestbeitrag von 5 auf 6 Euro erhöhen. Das ist dieser satzungsändernde Antrag. Ich glaube, das können wir den Genossinnen und Genossen zumuten.

Damit es keine Nachfragen gibt, warum der Antrag aus Hannover für erledigt erklärt wird: Der fordert das auch, aber der fordert ja noch etwas Anderes, und das will ich an dieser Stelle sagen. Der fordert auch, den Beitrag für Genossinnen und Genossen, die kein eigenes Einkommen haben, von 2,50 Euro auf 3,00 Euro zu erhöhen. Das hatten wir zuerst in der Runde der Schatzmeister- und Kassiererkonferenz diskutiert, die auch diesen satzungsändernden Antrag vorbereitet hat. Das ist die Konferenz aller Schatzmeisterinnen und Schatzmeister aus den Bezirken und Landesverbänden.

Am Ende war es aber so, dass uns von einigen, auch großen, Landesverbänden und Bezirken signalisiert wurde: Wir haben da Schwierigkeiten, für die, die wirklich kein Einkommen haben, den Beitrag zu erhöhen. Deshalb würde ich mich freuen, wenn Hannover es akzeptieren würde, dass wir sagen, der Antrag ist für erledigt erklärt, wenn wir den satzungsändernden Antrag des PV entsprechend beschließen.

Zu dem anderen Antrag, zum O116, will ich auch noch kurz etwas sagen. Wir möchten gerne einmalig - zur Mitte des nächsten Jahres, zum 01.Juli 2020., für die Genossinnen und Genossen die zwischen 6 Euro und 20 Euro Monatsbeitrag zahlen, einmalig den Mitgliedsbeitrag um 2,5 Prozent, sozusagen als Solidaritätsbeitrag, anheben. Ausdrücklich will ich sagen, damit sich niemand Sorgen machen muss - Bei denjenigen, die gerade von 5 auf 6 Euro angehoben wurden, werden wir nicht noch zusätzlich diesen Solidaritätsbeitrag einziehen-

Bei allen, die über 20 Euro an Mitgliedsbeitrag zahlen und bei denen wir daher davon ausgehen, dass sie auch ein entsprechend höheres Einkommen haben, soll der Beitrag einmalig um 5 Prozent erhöht werden.

Ich bitte euch ganz inständig darum, sowohl dem satzungsändernden Antrag als auch dem anderen Antrag zuzustimmen, weil wir eben auch auf der Einnahmeseite etwas tun müssen, Solidarität zeigen müssen, um die finanzielle Handlungsfähigkeit hinzubekommen. In diesem Sinne hoffe ich/ wünsche ich eure Unterstützung. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Wortmeldungen liegen uns keine vor, sodass wir jetzt zur Abstimmung kommen kön-

nen. Es geht um die Abstimmung über die Veränderung der Finanzordnung. Der Antrag O170 benötigt ebenfalls eine Zweidrittelmehrheit. Die Antragskommission empfiehlt Annahme und damit die Erledigung des Antrags O171.

Ich frage jetzt: Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei wenigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen ist dem Votum der Antragskommission gefolgt. Damit ist der Antrag O170 beschlossen, und der Antrag O171 ist erledigt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Antrag O116. Da geht es um das Thema Beitragssolidarität. Auch hier empfiehlt die Antragskommission Annahme. Auch hierzu liegen uns jetzt keine Wortmeldungen vor. Dietmar, willst du noch mal das Wort ergreifen? - Nein.

Dann können wir auch darüber jetzt abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei wenigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen ist dieser Antrag so angenommen. Vielen Dank. Damit haben wir auch den Antrag O3 beschlossen.

Wir kommen jetzt zur Verkündung der nächsten Wahlergebnisse. Monika hat das Wort.

ERGEBNIS DER WAHL DES SCHATZMEISTERS

Monika Schaal, Mandatsprüfungs- und Zählkommissionen:

Ja, liebe Genossinnen und Genossen, das ist ein harter Schnitt. Ich gebe euch das Ergebnis der Wahl des Schatzmeisters bekannt: Abgegeben Stimmen: 610. Davon ungültig: 4. Gültige Stimmen: 606. Für Dietmar haben 515 Mitglieder/Delegierte gestimmt. Mit Nein haben 66 gestimmt. Enthaltungen gab es 25. Das bedeutet, dass Dietmar Nietan mit einer Zustimmung von 84,98 Prozent der abgegebenen Stimmen gewählt wurde. Herzlichen Glückwunsch, Dietmar!

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Dietmar nimmst du die Wahl an?

(Dietmar Nietan: Ja, ich nehme die Wahl gerne an!)

- Vielen Dank.

(Beifall)

Dann kommen wir zum Weiteren.

ERGEBNIS WAHL DES VERANTWORTLICHEN DES PARTEIVORSTANDES FÜR DIE EU

Monika Schaal, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:

Ich gebe euch gleich das Ergebnis der Wahl des Verantwortlichen beim Parteivorstand für die Europäische Union bekannt. Abgegebene Stimmen 609, davon ungültig 12. Gültige Stimmen 597. Auf Udo Bullmann entfallen 479 Stimmen. Mit Nein haben gestimmt 77, Enthaltungen 41. Das bedeutet eine Zustimmung von 80,23 Prozent für Udo Bullmann. Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

ABSTIMMUNG DER ANTRÄGE AUS DEM BEREICH ORGANISATIONSPOLITIK

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Auch hier die Frage: Udo, nimmst du die Wahl an? - Vielen, vielen Dank.

Damit haben wir die Wahlen für heute erst mal abgeschlossen und rufen jetzt noch den letzten Bereich der organisationspolitischen Anträge auf: den Antrag O4. Das betrifft jetzt folgende Anträge: den Antrag O1, 3 bis 4, 18 bis 28, 31, 37, 38, 40, 42, 43, 45, 55 bis 59, 66 bis 71, 73 bis 75, 84 bis 103, 105 bis 107, 109, 115, 117, 139 bis 158.

Die aufgerufenen Anträge sollen wie im Antragsbuch empfohlen so beschlossen werden. Uns liegen jetzt dazu auch keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich frage, ob Lars als Berichterstatter noch mal das Wort ergreifen möchte. - Nein.

Dann können wir jetzt über das Votum der Antragskommission abstimmen, und ich frage: Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Vielen Dank. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei zwei Enthaltungen ist dieses so angenommen. Damit sind auch diese Anträge erledigt, und wir haben alle Anträge aus dem organisationspolitischen Bereich bearbeitet. Vielen Dank schon mal.

Folgende weitere Informationen: Die Antragskommission trifft sich jetzt sofort oder, wie man in den Tagen gerne sagt, unverzüglich. Des Weiteren bitten wir auch, dass diejenigen, die heute gewählt wurden, vor allem die jetzt in Einzelwahl am Schluss, noch mal zu einem Foto zur Bühne kommen.

Jetzt noch einige organisatorische Hinweise für das, was hier im Raum passiert: Alles, was auf den Stühlen liegt, bleibt. Alles, was auf den Tischen ist, kommt weg. Also: Alles, was auf den Tischen liegenbleibt, ist weg. Die Dinge, die auf den Stühlen liegen, die bleiben.

Bitte denkt daran: Morgen geht es bereits um 9 Uhr los. Ihr könnt ab 7.30 Uhr hier in die Halle. Auch da noch mal der Hinweis: Ab morgen können wir auch endlich feiern. Denn der Parteiabend ab 20

Uhr im Palais am Funkturm wartet auf uns. Karten könnt ihr noch morgen auf der Zwischenebene unweit der Pressearbeitsplätze kaufen. Da geht aber keine Barzahlung, nur EC-Zahlung. Bitte denkt auch daran, die Kopfhörer an der Ausleihstation abzugeben. Das waren die letzten organisatorischen Hinweise.

Ein sehr ereignisreicher SPD-Bundesparteitag Teil eins geht heute zu Ende. Wir haben einen Neustart hingelegt heute. Vielen Dank. Kommt gut zurück. Bis morgen. Alles Gute.

(Schluss 21:56 Uhr)

PROTOKOLL SAMSTAG, 7. DEZEMBER 2019

Beginn: 9.27 Uhr

BEGRÜßUNG

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich freue mich sehr, euch zum zweiten Tag unseres Parteitags begrüßen zu dürfen, und ich würde euch bitten, die Plätze einzunehmen, damit wir auch starten können.

Wir haben gestern schon sehr viel erreicht, wir haben aber heute auch noch viel vor. Deswegen müssen wir auch gucken, dass wir heute zügig durchkommen. Bevor wir richtig starten, würde ich euch aber bitten, mit mir erst mal ganz herzlich unsere neue Parteispitze zu begrüßen.

(Beifall)

Noch mal herzlichen Glückwunsch an euch alle! Wir freuen uns auf die Arbeit mit euch.

(Fotosession)

So, jetzt haben wir die Fotosession beendet und können losgehen. Deshalb: Nehmt bitte die Plätze ein; es geht weiter.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir hatten gestern einen, wie ich finde, sehr spannenden und aufregenden Tag. Wir haben nicht nur die neue Parteispitze gewählt, sondern wir haben auch unseren Leitantrag „Aufbruch in die Neue Zeit“ beschlossen und unsere organisationspolitischen Anträge behandelt.

Heute geht es verstärkt an die Inhalte. Wir diskutieren heute unser Konzept für einen Sozialstaat von morgen, und natürlich stehen auch wieder Wahlen mit auf dem Programm. Wir wählen die Beisitzer des Parteivorstandes, und dann wählen wir auch die Schieds- und Kontrollkommission sowie die SPE-Delegierten.

Ihr findet dazu wieder Tischvorlagen auf euren Plätzen. Ich muss aber noch eine Ergänzung zu der Tischvorlage mit den Beisitzer*innen-Kandidaturen machen; es sind nämlich noch weitere Wahlvorschläge bei uns eingegangen. Deshalb hört bitte einmal konzentriert zu, damit ihr auch wisst, wer alles als Beisitzerin oder Beisitzer kandidiert.

Hinzu gekommen sind folgende Wahlvorschläge: Bettina Martin aus Mecklenburg-Vorpommern, Martin Dulig aus Sachsen, Ralf Stegner aus Schleswig-Holstein, Christoph Matschie aus Thüringen, Gustav Horn aus Brandenburg und Frauke Heiligenstadt aus Hannover. Und ebenfalls fehlt auf der Liste Boris Velter; der kommt auch nach mit drauf.

Ich habe es gerade schon gesagt: Wir werden nicht nur Wahlen haben, sondern vor allem auch inhaltlich beraten. Wir wollen die Antragsbereiche „Sozialstaat“ mit dem PV 1, dem Initiativantrag zur Kindergrundsicherung, und zudem die Antragsbereiche „Familie“, „Kinder“, „Arbeit“, „Gesundheit“, den Initiativantrag „Friedliche Revolution“, die Antragsbereiche „Kommunales und Wohnen“ und „Umwelt“ mit dem IA 5 und die Anträge zum Thema „Steuern und Wirtschaft“ heute gemeinsam behandeln.

Ihr seht also, wir haben heute ein volles Programm. Damit wir gut durchkommen, würde es uns super helfen, wenn ihr relativ frühzeitig Wortmeldekarten zu den Anträgen einreicht, zu denen ihr sprechen wollt. Das hilft uns hier oben, damit wir einen Überblick haben, wie lange wir ungefähr für Debatten einplanen sollten; denn unser Ziel ist wirklich, dass wir auch eine inhaltliche Debatte führen und möglichst viele, die zu den Anträgen sprechen wollen, eben auch drankommen. Deswegen würden wir Debatten auch wieder zeitlich begrenzen, wenn es aus unserer Sicht nötig erscheint, damit wir die Anträge auch noch diskutieren können. Dazu würden wir euch dann im Laufe des Tages Vorschläge unterbreiten.

So, das war es quasi mit den Eingangsworten. Bevor wir mit den Wahlgängen starten, freuen wir uns aber noch auf ein Grußwort, und zwar sind wir ja hier in Berlin, lieber Michael Müller.

(Beifall)

Wir freuen uns, hier zu sein. Ich glaube, nachdem wir gestern auch beschlossen haben, dass der Parteitag bei 600 Delegierten bleibt, sind wir vielleicht auch noch das eine oder andere Mal öfter hier, weil hier passen wir ja schließlich rein. Also, Michael, vielleicht auch in Zukunft mit dir! Du hast das Wort. Wir freuen uns auf dein Grußwort.

(Beifall)

GRUßWORT MICHAEL MÜLLER, REGIERENDER BÜRGERMEISTER VON BERLIN

Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin:

Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Johanna! Ich wünsche euch einen schönen guten Morgen und möchte euch ganz herzlich wieder in Berlin begrüßen. Wir freuen uns alle, dass ihr wieder hier seid - und immer wieder gerne natürlich auch. Schön, dass wir jetzt hier gemeinsam in den zweiten Tag unseres Bundesparteitages starten können.

Liebe Genossinnen und Genossen, Johanna hat es eben ja schon gesagt: Wir haben gestern wichtige Entscheidungen getroffen - organisationspolitische -, wir haben Strukturfragen geklärt, wir haben wichtige Personalentscheidungen getroffen, und heute treten wir nun ein in eine wichtige inhaltliche Debatte.

Natascha Kohnen und ich werden nachher auch noch die Kommissionsergebnisse zum Thema „Wohnungsbau und Miete“ darstellen; das liegt mir persönlich auch sehr am Herzen. Wir werden heute aber auch über viele andere Dinge der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik sowie der Außenpolitik und vieles mehr miteinander diskutieren. Genossinnen und Genossen, ich glaube aber, jenseits der einzelnen Themenfelder, über die wir sprechen, geht es für uns eigentlich doch immer um eine ganz große Überschrift. Es geht für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten darum, wie wir gemeinsam eine soziale und eine solidarische Gesellschaft formen können und wie wir uns gemeinsam dafür einsetzen können.

Ich möchte in diesem Zusammenhang an etwas erinnern, was mir gerade in Berlin sehr wichtig ist: Wir haben vor knapp vier Wochen hier in Berlin ein wichtiges Jubiläum für uns alle gefeiert, nämlich „30 Jahre Mauerfall“. Wir haben vor knapp vier Wochen daran erinnert, was vor 30 Jahren gelungen ist, und natürlich haben wir da auch an Willy Brandt, an Egon Bahr, an Klaus Schütz, an ihre Ostpolitik, an ihre wichtige Politik der Annährung, der Politik der kleinen Schritte, die vieles ermöglicht hat, gedacht.

Genossinnen und Genossen, ich glaube aber, wir dürfen nicht vergessen, dass wir das, was dann konkret vor 30 Jahren gelungen ist, dass die Mauer fällt, Hunderttausenden von engagierten Frauen und Männern zu verdanken haben, die auf die Straße gegangen sind und für Demokratie und Freiheit gekämpft und viel riskiert haben, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Diese engagierten Frauen und Männer wussten nicht, wie das ausgehen wird und ob es eine friedliche Revolution bleiben wird, aber sie haben engagiert für Reisefreiheit, für freie Wahlen, für freie Presse, für Meinungsfreiheit gekämpft.

Genossinnen und Genossen, nicht nur in Berlin, sondern auch, wenn ich in ganz Deutschland unterwegs bin, höre ich ganz viel Gemecker im Zusammenhang mit diesen 30 Jahren. Es mag so sein,

dass uns vielleicht nicht alles gelungen ist oder alles gleich und gut gelungen ist, aber, Genossinnen und Genossen, dass wir seit 30 Jahren in einem freien Land ohne Mauer zusammenleben können, dass wir aufgrund einer friedlichen Revolution zusammenleben können, bei der kein Tropfen Blut geflossen ist, ist doch ein großes Glück in unserer Geschichte, und dafür darf man auch mal dankbar sein, und darauf darf man auch stolz sein, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ja, ich glaube, das gilt gerade auch für uns in der SPD; denn die Gründung der SDP ist eben auch mit uns und mit engagierten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verbunden, mit Christine Bergmann, mit Markus Meckel, mit Martin Gutzeit, mit Wolfgang Thierse, und wir denken dabei auch an die Jahre danach, nach der Wende, die auch gestaltet wurden.

Ich glaube, wir haben da wichtige Akzente gesetzt; wir haben viele Dinge gemeinsam gut vorangebracht, Genossinnen und Genossen. Ich glaube, darum muss es auch immer wieder gehen: Wir müssen das große Bild im Auge haben. Wo wollen wir hin mit der Gesellschaft? Wie gestalten wir sie? Genossinnen und Genossen, wir müssen genau dafür jeden Tag kämpfen, ein gutes Zusammenleben in unserem Land zu ermöglichen.

Ich will aus diesem Grund drei, vier Beispiele nennen, die mir wichtig sind. Wir bemühen uns in Berlin, die richtigen Akzente zu setzen, um vielleicht - das könnte für uns gemeinsam auch ein Weg sein - etwas deutlicher und klarer zu sein als in der Vergangenheit.

Ich wähle die Beispiele bewusst, obwohl ich weiß, dass ihr euch manchmal vielleicht wundert, wenn ihr die Zeitung aufschlagt, was wir da in Berlin machen. Ich weiß, dass wir auch einen Ruf zu verlieren haben. Aber ich will euch die Berliner Situation darstellen: In meiner Stadt leben inzwischen fast 4 Millionen Menschen. Die Stadt wächst so dynamisch wie fast alle Städte weltweit. In den letzten Jahren sind 40.000 Menschen pro Jahr zusätzlich in unsere Stadt gekommen. Ich habe 200.000 Studierende aus der ganzen Welt in Berlin. 180 verschiedene Nationen versammeln sich hier. Ich muss auf viele Anforderungen direkt und sofort reagieren.

Ein ganz zentrales soziales Thema ist die Mieten- und Wohnungspolitik, Genossinnen und Genossen. Es gibt kein Instrument, was wir nicht in Berlin anwenden - nicht eine einzige bundes- oder landesrechtliche Möglichkeit, die wir nicht nutzen.

(Beifall)

Trotzdem steigen die Mieten immer weiter. Wir bauen natürlich auch. Das ist wahnsinnig wichtig. 16.000 bis 17.000 Wohnungen pro Jahr werden in Berlin gebaut. Aber die Mieten steigen. Viele Normalverdiener können sich das Leben in der Innenstadt nicht mehr leisten.

Genossinnen und Genossen, aus diesem Grund haben wir einen Mietendeckel, einen Mietenstopp verabredet. Wir haben gesagt: Die nächsten fünf Jahre sollen die Mieten in Berlin eingefroren werden, um den Berlinerinnen und Berlinern eine Atempause zu verschaffen, bis wir mit dem Bauen

nachgekommen sind, bis wir an anderen Stellen eine Entlastung geschaffen haben.

(Beifall)

Ich weiß, dass es umstritten ist, Genossinnen und Genossen. Aber ich habe mich wahnsinnig darüber gefreut, als Norbert gestern von der Situation berichtet hat, in der er die Steuer-CDs angekauft hat. Er hat gesagt, dass man natürlich auch verlieren kann. Aber man muss, wenn man so einen Weg geht, auch mal ein Risiko eingehen. Und man muss bereit sein, etwas für die Menschen im Land zu wagen. Genossinnen und Genossen, so ist es auch in der Wohnungspolitik: Wir können doch nicht zugucken, wie das immer so weiter geht. Eine Wohnung ist nicht irgendeine Kapitalanlage. In Wohnungen wohnen Menschen. Das ist ein soziales Gut!

(Beifall)

Deswegen müssen wir eingreifen, deswegen müssen wir handeln.

Genossinnen und Genossen, ein zweites Beispiel: Die Digitalisierung verändert unser gesamtes Zusammenleben. Ich bezeichne sie nicht als Schreckgespenst; sie schafft auch viele gute Möglichkeiten - allein, wenn man an Medizin und Gesundheit denkt. Sie bietet uns Möglichketen, Patienten anders und besser zu begleiten. Aber das verändert unser Zusammenleben und unser Arbeitsleben. Manche Menschen werden nicht mithalten können, obwohl sie arbeiten können und arbeiten wollen. Obwohl sie etwas können, werden sie mit dieser Entwicklung vielleicht nicht mithalten können.

Aus diesem Grund haben wir in der Arbeitsmarktpolitik einen neuen Grundstein angeboten mit dem solidarischen Grundeinkommen - nicht ein bedingungsloses Grundeinkommen, sondern ein solidarisches Grundeinkommen. Wir bieten den Menschen über das Land Berlin unbefristete sozialversicherungspflichtige Jobs, um sie in der Arbeit weiter zu qualifizieren. Hier geht es nicht um kurzfristige Arbeitsmarktmaßnahmen.

Genossinnen und Genossen, ich weiß: Dieser Weg ist nur ein Baustein. Das soll auch keine Generalkritik an den Dingen sein, die vor knapp 20 Jahren mit der Agendapolitik beschlossen wurden. Aber wenn sich die Zeiten ändern, müssen wir in der SPD doch auch mal die Kraft haben, neue Antworten zu geben und einen neuen Weg zu beschreiten, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Darum geht es: dass wir sichtbar werden mit einer klaren neuen Position bei neuen Herausforderungen.

Das letzte Beispiel ist die Bildungspolitik. Ich weiß, wie viele sagen: Den Berlinern scheint es ja gut zu gehen! Gebührenfreie Bildung von der Kita bis zu Uni. Nein! Ich habe immer noch fast 60 Milliarden Euro Schulden, obwohl wir konsolidiert und gespart haben. Trotzdem leiste ich mir gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Uni, Genossinnen und Genossen, weil das wichtig ist.

(Beifall)

Wenn wir darüber reden, Kindern und Jugendlichen ohne Chancen und Barrieren einen guten Bildungsweg zu ermöglichen, einen guten Lebensweg, dann müssen wir die Kraft haben, bundesweit ein hervorragendes und auch gebührenfreies Angebot zu machen. Wenn ich Herrn Söder und Herrn Kretschmann in seltener Eintracht erlebe - CSU und Grüne -, wie sie aus dem Bildungsrat aussteigen, wie sie sich dazu verabreden, diese Bildungspolitik zu konterkarieren - Genossinnen und Genossen, das ist nicht nur zum wiederholten Male ein Angriff von den beiden auf den Föderalismus, sondern das ist auch ein Angriff auf die Solidarität in unserem Land.

(Beifall)

Es ist auch ein Angriff auf eine gute Bildungspolitik. Dagegen müssen wir uns wehren.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe mit einem großen Thema anfangen, mit einem Freiheitsthema, und ich will damit schließen. Am vergangenen Freitag war der Präsident des American Jewish Council bei mir - die größte Dachorganisation jüdischer Verbände. Der Präsident hat mir mitgeteilt, dass sie im Sommer nächsten Jahres, 2020, mit ihrem Weltkongress nach Deutschland, nach Berlin kommen - 2.000 Delegierte.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, das zweite Mal in seiner Geschichte tagt dieser Kongress außerhalb der USA. Sie waren einmal in Tel Aviv, und sie kommen jetzt nach Berlin. Ich glaube, dass muss für uns alle ein großes Geschenk sein:

(Beifall)

Wir finden jüdisches Leben in unserer Geschichte, in unserem Land, in unserer Stadt wieder, und es ist ein Vertrauensbeweis, dass dieser Kongress nach Berlin kommt.

(Beifall)

Ich sage das, weil ich glaube, dass wir an der Stelle wachsam und sensibel sein müssen. Denn es ist nicht selbstverständlich, dass dieser Kongress kommt, und es ist nicht selbstverständlich, dass wir in Frieden und Freiheit leben. Wir müssen jeden Tag etwas tun gegen Antisemitismus, für demokratische Rechte, gegen Ausgrenzung, Hass und Gewalt, gegen Übergriffe, gegen jede Form von Diskriminierung. Jeder von uns, jeden Tag, an jedem Platz kann und muss etwas dafür tun, Genossinnen und Genossen. Das ist unsere Aufgabe, und das ist das, was die Menschen von den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erwarten -

(Beifall)

und zwar seit 150 Jahren. Wer in den Goldenen Löwen geht, an eine der Geburtsstätten der Sozialdemokratie in Thüringen, der wird da Schmuckteller finden - unter anderem auch einen von August

Bebel. Auf dem steht: Nie mehr betteln, nie mehr bitten, nur mutig gestritten - nie kämpft es sich schlecht für Freiheit und Recht.

(Beifall)

So ist es seit 150 Jahren, Genossinnen und Genossen, und das bleibt unser Auftrag - auch wenn die Umfragen oder die Wahlergebnisse mal Mist sind. Das ist es, wofür Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen.

Wir haben Norbert und Saskia gestern gewählt. Ich glaube, wir haben gemeinsam einen guten Start miteinander erlebt - in eine neue Zeit. Ich wünsche den beiden viel Erfolg und eine gute Hand bei ihrer Aufgabe. Ich wünsche uns allen viel Kraft, viel Mut für das, was vor uns liegt. Die Menschen in unserem Land brauchen uns. Herzlich willkommen in Berlin!

(Beifall)

ERSTER WAHLGANG DER WAHLEN DER WEITEREN MITGLIEDER ZUM PARTEIVORSTAND

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

Lieber Michael, vielen Dank für dein Grußwort und für die vielen guten Botschaften, die uns auch Mut machen für den zweiten Tag unseres Parteitages.

Wir haben auch heute viel vor - Johanna hat es erläutert.

Ich habe die wunderbare Aufgabe, einige zu begrüßen, zum Beispiel Wilhelm Schmidt, den Präsidenten der Arbeiterwohlfahrt, der heute bei uns ist und auch später noch sprechen wird. Lieber Wilhelm, schön, dass du da bist!

(Beifall)

Wir freuen uns auch sehr, dass die Nummer eins der IG BCE, Michael Vassiliadis unter uns ist. Schön, dass du da bist und unsere Arbeit begleitest!

(Beifall)

Ich will ausdrücklich Kurt Beck noch mal guten Morgen sagen.

(Beifall)

Wir finden es besonders schön, dass du auch heute dabei bist.

(Beifall)

Wir kommen jetzt zu einem auch besonders wichtigen Punkt: Wir wählen nämlich die Beisitzer und Beisitzerinnen. Ihr wisst, wir haben gestern schon viele Wahlgänge sehr erfolgreich absolviert. So soll es heute auch weitergehen.

Ihr habt vor euch auf dem Tisch eine Liste all derer, die als Beisitzer und Beisitzerinnen kandidieren. Dazu will ich euch sagen, dass da ein Name nicht draufgekommen ist, der aber auf dem Wahlzettel ist, den ihr gleich bekommt, und dieser Name ist Boris Velter. Wir haben es einfach nicht geschafft, das noch rechtzeitig zu ergänzen. Wir bitten da sehr um Nachsicht.

Wir finden allerdings, dass alle, die dafür sorgen, dass bei uns alles gut läuft, jetzt mal einmal einen dicken Applaus verdient haben, weil sie alles geben, damit wir hier gut arbeiten können.

(Beifall)

Deshalb noch mal ganz wichtig: Ihr habt diese Liste vor euch liegen. Ich zeige euch auch gleich die

Stimmzettel.

Aber bevor wir in diesen Wahlgang eintreten, haben wir noch eine Entscheidung zu treffen und zu bestätigen, und zwar geht es darum, dass wir in unserer Satzung festgeschrieben haben, dass der Parteivorstand aus bis zu 34 Mitgliedern bestehen kann. Was wir jetzt machen müssen, ist, eine Entscheidung zu treffen, wie viel genau; denn aus „bis zu“ kann man noch keine Wahl ableiten. Deshalb schlägt euch das Tagungspräsidium vor, die Zahl von 34 jetzt auch festzulegen, und dafür bitte ich jetzt um die Jastimmen. - Gibt es Neinstimmen? - Ich kann das nicht erkennen. Gibt es Enthaltungen? - Nein. Dann haben wir das einstimmig so festgelegt.

Und wie es guter Brauch bei uns ist, beginnen wir einen Wahlgang immer damit, dass wir noch einmal unsere Kommission, die zuständig ist, zu Wort kommen lassen. Deshalb wird Monika Schaal uns jetzt die aktuellen Zahlen liefern.

Monika Schaal, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:

Guten Morgen, liebe Genossinnen und Genossen! Nach unserem Organisationsstatut setzt sich der Parteitag nach wie vor aus 600 in den Landesverbänden und Bezirken gewählten Delegierten und 45 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstands zusammen. Anwesend sind 599 Delegierte und 43 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder. Die Legitimation der stimmberechtigten wurde von der Mandatsprüfungskommission geprüft. Von den anwesenden Stimmberechtigten sind 299 Frauen. Das entspricht einem Anteil von 46,57 Prozent. Die Quote ist also erfüllt und der Parteitag damit beschlussfähig.

Guten Verlauf für heute! - Danke schön.

(Beifall)

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Monika. - Wenn ihr mitgerechnete habt, heißt das: Bei der Wahl, die wir jetzt vornehmen, geht es darum, 24 Beisitzerinnen und Beisitzer zu wählen. Ich sage das noch mal ganz ausdrücklich, weil wir uns jetzt in einem Bereich der Mathematik befinden, der manchmal gar nicht so einfach ist. Es ist so, dass im ersten Wahlgang so sieht es unser Organisationsstatut vor - all diejenigen gewählt sind, die mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten haben. Bei der Wahl der Beisitzer*innen handelt es sich immer gemäß unseres Organisationsstatuts um eine Listenwahl nach § 8 Wahlordnung, also um ein anderes Verfahren als alle Wahlgänge, die wir gestern gemacht haben. Ich merke das nur noch mal an.

Ich will es euch auch nicht ersparen, wie es ist, wenn man einen gültigen Stimmzettel abgeben will. Dann muss man zum Beispiel höchstens so viele Kandierende ankreuzen, wie insgesamt zu wählen

sind, also 24. Das heißt, mindestens 12, höchstens 24 Kandidatinnen und Kandidaten. Ich denke, dass ihr das alles so macht, wie ihr es für richtig haltet. Ihr wisst, dass Neinstimmen und Enthaltungen den Stimmzettel ungültig machen.

Ich weise auch darauf hin, dass wir nach § 11 Abs. 2 unseres Organisationsstatus den Parteivorstand insgesamt quotieren müssen. Die bereits gewählten Mitglieder werden nach ihrem jeweiligen Geschlecht auf die Quote angerechnet. Bei einer Gesamtzahl von 34 bedeutet dies, das jeweils mindestens 14 Frauen und Männer dem Parteivorstand insgesamt angehören müssen.

Das ist also der Rahmen, in dem wir jetzt gleich in den ersten Wahlgang eintreten können.

Ich will euch noch darauf hinweisen - ihr habt alle eure Kontrollmarken immer dicht bei euch -: Für diesen Wahlgang benutzen wir die Kontrollmarke Nr. 6.

Ich glaube, jetzt kann ausgeteilt werden, und das passiert.

(Austeilung der Stimmzettel)

Während ihr euch so über diesen großen Stimmzettel beugt, will ich einfach noch einmal die Gelegenheit nutzen, anzusagen: Mindestens 12 Kreuze an den Stellen, die ihr wollt, muss der Stimmzettel haben, aber höchstens 24. Alles darunter oder darüber würde dazu führen, dass das nicht gültig ist.

Ich möchte gerne wissen, ob wirklich jeder schon einen Stimmzettel hat. Wenn das noch nicht der Fall ist, zeigt bitte eure Delegiertenkarte. Dann kommt sofort jemand zu euch. Es sind nur noch ganz wenige, wo ein Stimmzettel fehlt.

Dann nehmen wir uns jetzt hinreichend Zeit dafür, dass ihr diesen Stimmzettel so ausfüllt, wie wir es möchtet.

Ich möchte euch noch mal darauf hinweisen, dass ihr bitte für diesen Wahlgang die Kontrollmarke 6 benutzt.

Ich frage einmal ganz vorsichtig nach, ob wir beginnen könnten, die Stimmzettel einzusammeln. Ich höre jetzt keinen extremen Widerspruch. Deshalb bitte ich darum, mit dem Einsammeln zu beginnen.

Jetzt habe ich eine herzliche Bitte: Würdet ihr eure Stimmzettel hochhalten? Dann wissen alle, die mit den großen Urnen herumlaufen, wo noch Bedarf ist. - Vielen Dank.

Ich sehe noch einige wenige Stimmzettel oben. Die werden jetzt auch gleich eingesammelt. - Gibt es noch jemanden, der seinen Stimmzettel nicht abgeben konnte? - Ja. - Ich frage jetzt ein letztes Mal: Wurden alle Stimmzettel abgegeben, oder gibt es noch jemanden, der das nicht konnte? - Gut, dann schließe ich diesen Wahlkampf. Entschuldigung: diesen Wahlgang. Pardon, ich habe mich versprochen.

(Heiterkeit)

Ich gebe das Wort an Anke weiter.

ANTRAGSBERATUNG PV 1: ARBEIT-SOLIDARITÄT- MENSCHLICHKEIT: EIN NEUER SOZIALSTAAT FÜR EINE NEUE ZEIT

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen und Genossen! Auch von mir ein ganz herzliches Willkommen für den zweiten Tag unseres Bundesparteitages! Nachdem wir jetzt schon einen wichtigen Wahlblock abgearbeitet haben, wollen wir jetzt so richtig in die Antragsberatungen einsteigen.

Welcher Antrag wäre möglicherweise besser dafür geeignet als unser neues Sozialstaatskonzept, über das wir jetzt miteinander beraten wollen, überschrieben mit PV 1!

Wir haben euch dazu noch eine neue Empfehlung auf die Tische gelegt, nachdem die Antragskommission in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen hat, Änderungen auf der Seite 39, Zeilen 10 bis 45, im Antragsbuch zu empfehlen. Dabei geht es um die Frage der Teilhabevereinbarung, Mitwirkungspflichten und Sanktionen.

Dazu, worum es insgesamt in diesem Antrag geht, wird uns die Rheinland-Pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer jetzt ein paar Worte sagen. Liebe Malu, ein herzliches Willkommen! Du hast das Wort.

(Beifall)

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz:

Guten Morgen, liebe Genossen und liebe Genossinnen! Ein neuer Sozialstaat für eine neue Zeit! Ich finde, damit fängt der zweite Tag unseres Bundesparteitages ziemlich gut an.

Die SPD ist die Partei der Gerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs. Wir wollen, dass alle Menschen gleichberechtigt am Leben in unserer Gesellschaft teilhaben können. Deshalb steht es uns ziemlich gut an, dass wir unsere Vorstellungen, wie ein Sozialstaat der Zukunft aussieht, mit ganz neuen Akzenten neu überarbeiten.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben ein Menschenbild, das sich in diesem Sozialstaatskonzept auch niederschlägt. Wir gehen davon aus, dass alle in unserer Gesellschaft eine gleichberechtigte Teilhabe haben. Wir wollen Lebensleistungen anerkennen, und zwar ein Leben lang und nicht nur für eine bestimmte Zeit.

Wir wollen einen partnerschaftlichen Umgang zwischen Bürgern und Bürgerinnen und dem Staat.

Wir wollen nicht, dass Menschen zu Bittstellern werden, sondern dass sie ein Recht darauf haben, dass sie unterstützt und gefördert werden.

Und wir wollen, liebe Genossen und liebe Genossinnen, dass die Menschen, die sich im Wandel befinden und den Wandel spüren, auch auf ihren Arbeitsplätzen, die Sicherheit haben, dass der Staat sie so unterstützt, dass dieser Wandel gegangen werden kann, ohne dass sie Ängste vor der Zukunft haben müssen.

(Beifall)

Deshalb zunächst ein paar Worte zu diesem Prozess. Wir haben ja gestern schon davon gesprochen: Der Prozess ist von Andrea Nahles in Gang gebracht worden, unserer damaligen Parteivorsitzenden. Wir haben mit großer Kraft diesen Prozess weitergeführt, sodass heute dieses Papier verabschiedet werden kann. Es ist mehr als ein Papier. Dieses Wort ist einfach schräg. Es ist etwas sehr, sehr Grundsätzliches, was die Partei heute tut, sich nämlich auch ein Stück weit von Dingen aus der Vergangenheit zu verabschieden und ihre Vorstellungen zur Gestaltung des Sozialstaats so zu verändern, dass sie wirklich auch dem gesellschaftlichen Wandel entspricht und dieser SPD in der neuen Zeit tatsächlich auch einen neuen Rahmen gibt, was die Ausgestaltung des Sozialstaates betrifft.

(Beifall)

Es haben ganz viele mitgewirkt. Mir ist es wirklich ein ganz großes Anliegen, sie einmal zu nennen, damit ihr wisst, dass dieses Konzept von der ganzen Breite der Partei entwickelt worden ist. Ich nenne jetzt ohne Rangfolge die Namen: Katja Mast war dabei, Christiane Benner, Björn Böhning, Kerstin Griese, Manuela Schwesig, Hubertus Heil, Kevin, Dagmar Schmidt, Frank Baranowski, Lamya Kaddor, ich selber und viele andere, die wir punktuell einbezogen haben. Es gab ganz, ganz viele Workshops und Anhörungen, wo wir auch Experten und Expertinnen einbezogen haben. Deshalb vielen Dank, liebe Genossen und Genossinnen, für eure tolle Arbeit über diese lange Zeit, die wir miteinander gearbeitet haben! Ich glaube, das ist einen großen Applaus an euch alle wert.

(Beifall)

Ihr habt wahrscheinlich den Antrag gelesen. Ein paar Highlights möchte ich einleiten.

Ich beginne natürlich mit dem Thema Wert der Arbeit. Ich habe gestern schon einmal gesagt: Wenn nicht wir, welche Partei sonst weiß, wie wichtig es ist, das Thema Arbeit, Arbeitnehmer bzw. Arbeitnehmerinnen wirklich klar im Fokus zu haben und entsprechend auszugestalten?!

Unsere Antwort, liebe Genossinnen und Genossen, auf die heutige Zeit - für Menschen, die in der Arbeitswelt im Wandel stehen, ist eben nicht das bedingungslose Grundeinkommen, wie es beispielsweise die Grünen und auch andere Parteien favorisieren. Nein, wir sagen: Jeder Mensch in unserer Gesellschaft hat ein Recht auf Arbeit. Wir werden sicherstellen, dass jeder Mensch dieses Recht auch in Anspruch nehmen kann.

(Beifall)

Es ist aber nicht das Recht auf irgendeine Arbeit, sondern wir wollen natürlich Gute Arbeit garantieren. Deshalb ist eine unserer zentralen Perspektiven der Blick auf den Wert der Arbeit. Wir wollen tarifgebundene Unternehmen steuerlich besserstellen, weil wir fest davon überzeugt sind das hat gestern auch schon eine große Rolle gespielt : Es gibt keine bessere Arbeit als die, die tariflich abgesichert ist, wo Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen aushandeln, was die richtigen Bedingungen und die richtigen Löhne sind. Das ist unser Ziel, die Tarifbindung in unserer Gesellschaft wieder weiterzuentwickeln, um Menschen zu sagen: Ja, darum kümmern sich unsere Gewerkschaften, unsere Betriebsräte und natürlich unsere Sozialpartnerschaft, Genossen und Genossinnen.

(Beifall)

In unserer neuen Konzeption steht auch, dass der Mindestlohn natürlich perspektivisch auf 12 Euro erhöht werden soll. Warum ist das wichtig? - Noch ist es nicht so. Leider haben wir viel zu wenig Unternehmen, die tarifgebunden sind. Aber umso wichtiger ist es, dass wir eine Haltelinie haben, die die Menschen in die Lage versetzt, a) ordentlich zu leben und b) auch ein ordentliches Auskommen zu haben. Denn unter 12 Euro sind die Menschen auch nach langen Jahren der Arbeit darauf angewiesen, dass sie Grundsicherung bekommen, weil die Rente nicht ausreicht. Deshalb, Genossen und Genossinnen, ist Tarifgebundenheit das Erste. Das Zweite ist, dass unser Mindestlohn perspektivisch auf 12 Euro ansteigt.

(Beifall)

Es geht uns aber auch darum, zu verstehen, dass sich die Arbeit in der heutigen Zeit verändert. Deshalb wollen wir auch, dass der Wert der Arbeit darin besteht, dass man mehr über die eigene Zeit verfügen kann, damit sich die Arbeit dem Leben anpasst und nicht immer das Leben der Arbeit anpasst. Deshalb wollen wir ein Recht auf mobiles Arbeiten und ein Recht auf Home Office. Das ist die Möglichkeit der neuen Zeit. Digitalisierung ermöglicht uns auch anderes, flexibleres Arbeiten. Deshalb muss es möglich sein, dass man von Unternehmen, die nicht so aufgeschlossen sind, auch abfordert, dass sie dieses Recht ihren Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen einräumen.

(Beifall)

Liebe Genossen und Genossinnen, es ist mir ein ganz großes Anliegen, dass es ein Recht auf Weiterbildung gibt. Ich habe diese Geschichte schon oft erzählt: Als Schlecker Pleite gemacht hat und Kolleginnen den Wunsch hatten, dass sie etwas Neues lernen, dass sie in dieser Situation nicht hängengelassen werden, und beispielsweise Krankenschwester werden wollten, aber schon Mitte 40 waren, war es ein riesiger Kampf, sicherzustellen, dass ihnen das ermöglicht wird. Es sind glückliche Frauen, die eine tolle Ausbildung gemacht haben und jetzt einen tollen Beruf haben. Aber das war damals keine Selbstverständlichkeit, weil es das Recht auf Weiterbildung in dieser Form nicht gibt.

Wir als Sozialdemokraten sagen: In einer Welt, in der sich Arbeit so verändert, muss es perspektivisch in Zukunft dieses Recht auf Weiterbildung geben, damit jeder Mensch weiß, er darf etwas

Neues lernen und hat auch eine andere Perspektive in seinem Berufsleben als zurzeit.

(Beifall)

Und natürlich die soziale Absicherung: Wir wollen Hartz IV hinter uns lassen. Liebe Genossen und Genossinnen, wenn wir heute dieses Konzept verabschieden, dann steht das in unserem Parteiprogramm, dann steht das in unserem Stammbuch, dass wir sagen: Wir werden eine neue Grundsicherung einführen. Es ist das Bürgergeld. Sie wird die Sichtweise derjenigen vollkommen verändern, die den Anspruch darauf haben.

Wir wollen den Menschen auf Augenhöhe begegnen, die dann, aus welchen Gründen auch immer, es vielleicht geschafft haben, im Arbeitsmarkt zu bleiben oder im Arbeitslosengeld I und darauf angewiesen sind, dass der Staat sie trotzdem unterstützt. Wir wollen, dass diese Menschen nicht Bittsteller sind. Wir wollen, dass der Wert der Arbeit sich auch darin ausdrückt, dass wir ordentlich, anständig, auf Augenhöhe mit ihnen umgehen, und zwar mit unserem neuen Bürgergeld, aber auch mit den Ansprüchen auf Qualifizierung, dem Anspruch auf Nachholen eines Schulabschlusses.

Es ist, glaube ich, genau das Richtige in der heutigen Zeit, deutlich zu machen: Wir begegnen uns von Mensch zu Menschen und nicht von oben nach unten, sondern wir begreifen uns als Partner und Partnerinnen, und es geht uns um jeden Menschen, auch wenn er irgendwann einmal Pech hatte in seinem Leben und aus irgendwelchen Gründen es eben nicht geschafft hat, im Arbeitsmarkt zu bestehen.

(Beifall)

Ich will mich an dieser Stelle auch herzlich bedanken. Es gibt jetzt einen Vorschlag bei unserem Streit. Es gab ja noch einen offenen Punkt beim Thema Sanktionen. Da gibt es jetzt eine Einigkeit. Ich hoffe, dass das dann auch so steht. Es wird jetzt gesagt, dass Pflichtverletzungen nicht folgenlos bleiben dürfen. Dabei muss das Existenzminimum aber sichergestellt werden. Genossinnen und Genossen, über diesen Punkt haben wir uns lange gerieben. Wir haben schon in der Formulierung im ursprünglichen Antrag eigentlich das geschrieben, was das Bundesverfassungsgericht ja jetzt auch festgestellt hat. Ich glaube, mit der neuen Verständigung, wie sie jetzt gesucht worden ist, können wir alle sehr, sehr gut leben.

Ich würde mich sehr freuen, wenn wir dann die alten Streitigkeiten auch begraben können und deutlich machen: Wir haben einen Anspruch auf Teilhabe, auch die Menschen, denen es nicht so gut geht. Wir werden nicht mit dem Hammer da draufschlagen, wie das in der Vergangenheit der Fall war, sondern wir werden auf Augenhöhe ihnen begegnen und deutlich machen: Was können wir gemeinsam bewerkstelligen, damit sie eben auch in Zukunft eine Teilhabemöglichkeit in unserer Gesellschaft haben?

(Beifall)

Warum haben wir in der Gesellschaft die Debatte um das Thema Verlustängste? Es hat natürlich damit zu tun, dass die arbeitende Mitte nach der Neuorganisation des ganzen Paketes um Arbeitslosengeld I und II tatsächlich die Angst hatte, dass wenn sie arbeitslos sind - das war ja auch die Gesetzeslage -, ganz, ganz schnell abrutschen in den Bereich von Hartz IV. Das werden wir ändern mit diesem Konzept. Wir werden wieder deutlich machen: Menschen müssen keine Verlustangst haben, auch dann nicht, wenn sie ihren Arbeitsplatz verlieren. Deshalb wollen wir auch für weitere zwei Jahre das Vermögen schonen, und wir wollen das Alg verlängern. Es gibt die Möglichkeit, zwei, drei Jahre Arbeitslosengeld I in Zukunft zu erhalten. Wir werden auch sicherstellen, dass sie auch ihre Wohnungen nicht verlassen müssen. Wir wollen nicht, dass die Menschen Angst haben in einer Zeit, wo so viele Arbeitsplätze verlorengehen, sondern wir wollen, dass sie mutig, dass sie selbstbewusst sind, dass sie wissen: Wir verlieren nicht unsere Existenz, sondern wir haben die Möglichkeit, und da ist ein Staat, der uns hilft, dass wir uns neu orientieren können und dass wir wieder mitmachen können und teilhaben können. Das ist die Grundaussage in unserem neuen Sozialstaatskonzept, Genossen und Genossinnen.

(Beifall)

Dann freue ich mich wirklich sehr darüber, dass wir in diesem Paket - da gibt es ja auch noch einen Extraantrag, der umfassend debattiert werden wird - natürlich auch unsere selbständige, eigenständige Kindergrundsicherung haben. Liebe Genossen und Genossinnen, es ist Zeit. Es ist endlich Zeit, dass wir sagen: Jedes Kind in unserer Gesellschaft muss es packen können, und kein Kind in dieser Gesellschaft gehört in die Sozialhilfe. Das ist wichtig, dass wir deshalb jetzt endlich eine eigenständige Grundsicherung haben, eine bedingungslose Grundsicherung haben.

(Beifall)

Ich sage das jetzt an dieser Stelle, weil ich nachher nicht noch mal sprechen werde: Ich freue mich darüber riesig. Denn es war auch ein Ringen innerhalb der Partei: Ist es wirklich nötig und erforderlich, eine selbständige, eine bedingungslose Kindergrundsicherung zu haben? Viele von uns haben das immer so gesehen. Ich freue mich wirklich darüber, dass unsere Partei heute ein ganz klares Zeichen dafür setzt, Chancengleichheit zu stärken, dafür, dass jedes Kind in unserer Gesellschaft es packt und dass es gar keine Rolle spielt, in welchem Haushalt dieses Kind geboren wird, sondern es völlig klar ist: Es wird eine Grundsicherung für jedes Kind geben, egal ob reich oder arm. Das gilt auch für den Zugang zur gebührenfreien Bildung; das gehört zu unserem Konzept dazu, damit klar ist: Auch Kinder aus schwächeren Haushalten haben die Chance, ein gutes, ein sorgenloses Leben zu leben, und ich bin froh, dass wir das heute beschließen werden.

(Beifall)

Ein letzter Punkt, den ich noch ansprechen möchte - ich habe gerade gesehen, dass ich vergessen habe, Boris Velter zu erwähnen -: Wir haben auch ganz viel gearbeitet zum Thema Pflege. Liebe Genossen und Genossinnen, als Sozialdemokraten haben wir die Verantwortung von der Geburt sozusagen bis zum Altwerden und bis irgendwann zum Sterben, dass wir den Menschen gute Lebens-

bedingungen geben und dass wir auch nicht vergessen, dass ältere Menschen, die Unterstützung brauchen, viel geleistet haben für unsere Gesellschaft. Deshalb ist der Punkt Pflege auch für mich von ganz großer Bedeutung.

Die Menschen, die daran gearbeitet haben, wir gemeinsam, haben drei Perspektiven eingenommen, nämlich einmal die Perspektive der pflegebedürftigen Menschen. Selbstverständlich brauchen sie eine qualitativ hochwertige gute Pflege in unserem Land. Dann kommt die Perspektive der Angehörigen von Pflegebedürftigen: Selbstverständlich dürfen sie nicht überfordert werden. Und dann kommt natürlich auch die Perspektive der vielen Pflegekräfte in unserem Land: Männer und Frauen, die einen wunderbaren Job machen, die mit großer Leidenschaft arbeiten und die nicht die Anerkennung in unserer Gesellschaft haben, die sie eigentlich bräuchten. Das bezieht sich auf die ausgesprochene Anerkennung, bis auf die Arbeitsbedingungen, bis auf den Lohn. Deshalb sehen wir in unserem neuen Sozialstaatskonzept für alle drei Gruppen unterschiedliche Maßnahmen vor. Das eine ist natürlich, dass wir an der Qualität der Pflege arbeiten und an den Arbeitsbedingungen. Dazu gehört auch das Thema Geld, liebe Genossen und Genossinnen. Es kann nicht sein, dass wir in der Pflege teilweise Löhne haben, die wirklich unglaublich niedrig sind. Wenn man weiß, was die Leute arbeiten in diesem Bereich, dann haben die es verdient, ein gescheites Auskommen zu haben und ein gescheites Gehalt zu bekommen.

(Beifall)

Da bin ich so froh darüber, dass Hubertus und auch Franziska einen ganz wichtigen Weg jetzt gerade bereiten, nämlich, dass es nicht nur bei den Pflegehilfskräften, sondern auch bei den Pflegekräften in Zukunft einen Mindestlohn geben soll. Aber noch wichtiger und viel besser: Wenn es gelingt, endlich einen Tarifvertrag in der Pflege wirklich hinzubekommen. Dazu gibt es gute Zeichen, weil ganz viel gearbeitet worden ist von unseren Ministern, dass das auch funktioniert. Wenn dieser Tarifvertrag vorliegt, dann ist es möglich aufgrund der gesetzlichen Veränderungen, dass er für allgemeinverbindlich erklärt wird, weil es nicht sein kann, dass Pflegekräfte im Osten, im Süden, im Westen, im Norden anders verdienen als sonstwo. Wir wollen, dass in ganz Deutschland alle Pflegekräfte auskömmliche Löhne haben, und dazu brauchen wir diesen Tarifvertrag, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wenn ich auf die Angehörigen schaue und auf die Menschen, die Angst davor haben, pflegebedürftig zu werden, dann schaue ich auch darauf: Wie stark ist eigentlich die Solidarität in der Pflegeversicherung ausgeprägt? Nicht ausreichend, wenn es nach den Sozialdemokraten geht. Wir wollen nämlich nicht, dass es in Zukunft so bleibt, dass die Menschen Angst haben, dass sie ihr Vermögen dafür ausgeben müssen, dass die Pflege von Angehörigen überhaupt möglich und bezahlbar ist. Ihr wisst, dass tatsächlich die Leistungen der Pflegeversicherung gedeckelt sind und die Eigenleistungen der Menschen, der Angehörigen, der Betroffenen ist nicht gedeckelt. Sie wächst mit jeder erforderlichen Pflegeleistung. Das ist nicht so, dass es ein Teilkaskoprinzip wäre, wie es immer propagiert wird. Es gibt keine Teilkasko in irgendeinem anderen Bereich, wo tatsächlich die Pflegeversicherung,

die Leistung begrenzt sind. Deshalb sagen wir: Wir wollen tatsächlich, dass dieser Eigenanteil festgelegt wird. Das ist der erste wichtige Schritt, dass jeder Mensch, der Pflege erhält, in Zukunft weiß: Das ist mein Beitrag, den ich zu leisten habe, damit die Pflegeversicherung den Rest überhaupt, und es ist nicht davon abhängig, wie viel Leistung ich brauche. Das ist das erste wichtige Prinzip, das solidarisch wäre, zu sagen: Wir wollen diese Eigenleistung kappen.

Aber unser Papier, unser Konzept geht natürlich weiter. Ich bin schon immer ganz fest davon überzeugt, dass wir auch in der Pflege eine Bürgerversicherung brauchen, liebe Genossen und Genossinnen. Wir brauchen eine Pflegevollversicherung.

(Beifall)

Diese Vollversicherung lässt sich auch finanzieren, wenn wir die private und die gesetzliche Pflegeversicherung zusammenführen, und es ist ein Leichtes, das zu tun. Denn die Leistungen sind gleich, nur diejenigen, die einbezahlen, sind unterschiedlich. In der privaten Pflegeversicherung sind es eben die Menschen, die über mehr Geld verfügen, die gesünder sind, und deshalb gibt es dort milliardenhohe Rücklagen im Gegensatz zur gesetzlichen Pflegeversicherung. Genossinnen und Genossen, lasst uns daran arbeiten. Es ist ein wichtiger Punkt für die Zukunft unserer Gesellschaft, dass wir eine humane Situation haben - auch für Menschen, die in der Pflege stehen und pflegebedürftig sind.

(Beifall)

Das war es erst mal. Man könnte noch vieles zur Rente sagen, aber es wird ja gleich auch noch etliche Redner und Rednerinnen geben.

Ich will vielleicht abschließend nur noch mal sagen: Es bedeutet mir sehr, sehr viel, dass sich die Sozialdemokraten mit diesem neuen Konzept, mit dem neuen Sozialstaat für eine neue Zeit, wirklich neu aufstellen. Wir haben nach der verlorenen Bundestagswahl versprochen, dass wir nicht nur gut in der Regierung, die das Mitgliedervotum festgestellt hat, regieren, sondern dass wir uns auch erneuern, und wenn wir über Zukunftsfragen nachdenken, dann sind das Fragen, die die soziale Ausrichtung unseres Staates betreffen.

Und diesem Papier, Genossinnen und Genossen, könnt ihr entnehmen: Das ist die Zukunft, wie wir sie uns vorstellen - für eine gerechte Welt, für eine gerechte Gesellschaft, für eine Gesellschaft, in der sich niemand benachteiligt fühlen muss und in der alle Menschen, egal wo sie herkommen, wissen: Dieser Staat steht an ihrer Seite. Wir werden sicherstellen, dass dabei keiner vergessen wird. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Liebe Malu, ganz, ganz herzlichen Dank für die Einbringung dieses Antrags. Es steckt schon ganz viel Arbeit drin. Wir als Parteitag müssen jetzt noch ein bisschen mehr Arbeit reinstecken, damit er am Ende dann auch richtig abgeschlossen und beschlossen werden kann.

Damit wir jetzt auch noch mal genau wissen, an welcher Stelle gegebenenfalls auch Abänderungsanträge schon vorliegen und wie sich die Antragskommission dazu verhält, würde ich gerne der Sprecherin der Antragskommission, Dagmar Schmidt, das Wort erteilen. - Liebe Dagmar!

(Beifall)

Dagmar Schmidt, Antragskommission:

Liebe Genossinnen und Genossen, eigentlich dachte ich, ich sage was dazu, wenn ihr alle was dazu gesagt habt, weil wir hatten ja schon im Vorfeld vielfältige Diskussionen über das Papier, und das ist auch gut so, weil man gemerkt hat, dass sich viele von euch Gedanken gemacht haben und dass viele mitgearbeitet haben. Vieles von dem, was ihr uns als Antragskommission auch schon im Vorfeld gesagt habt, hat das Papier in unseren Gedanken auch schon besser gemacht. Trotzdem müsst ihr das hier noch einbringen, sofern ihr nicht Unterschriften gesammelt habt. Deswegen kann ich auch nur zu dem was sagen. Auf den Rest, was wir in der Antragskommission schon beraten haben, werde ich mich dann am Ende beziehen.

Malu hat es schon gesagt: Es gab einen Streit darüber, wie wir mit Sanktionen umgehen. Das Thema „Sanktionen“ ist nun wirklich eines der Themen, die uns auch in dieser ganzen Hartz IV-Debatte bewegt haben. Nun ist es aber so, dass wir uns heute aus und von diesem Hartz IV verabschieden und den Weg in ein neues System gehen wollen. Dieses neue System - das Recht auf Arbeit - ist eine neue Qualität und ist ein Alleinstellungsmerkmal für die SPD, und ich bin stolz darauf, dass wir das heute beschließen können.

(Beifall)

Die Leitgedanken unseres Papiers sind, dass wir den Menschen und die Arbeit in den Mittelpunkt stellen. Wir, die SPD, die Partei der Arbeit, sagen: Es ist nicht mehr eure Verantwortung, wenn ihr arbeitslos seid. Das Problem liegt nicht bei euch - dass ihr euch nur nicht richtig anstrengt oder nicht richtig qualifiziert seid. Nein, wir sagen - und das ist der zentrale Paradigmenwechsel -: Nein, wenn ihr arbeiten wollt, dann ist die Gesellschaft, dann sind wir, dafür verantwortlich, dass ihr auch gute Arbeit bekommt und wir euch helfen, in gute Arbeit zu kommen - entweder in den ersten Arbeitsmarkt oder in einen sozialen Arbeitsmarkt. Das ist ein riesengroßer Schritt, den wir hier gehen.

(Beifall)

Wir haben uns vorgenommen, das Sozialgesetzbuch II auszutrocknen, und das ist in diesem Antrag beschrieben. Wir sagen: Wir helfen euch, wenn ihr in Arbeit seid, dass ihr nicht arbeitslos werdet, indem wir uns um eure Gesundheit kümmern, indem wir euch qualifizieren, damit ihr erst gar nicht in die Situation kommt, arbeitslos zu sein. Und wir sagen zweitens: Wenn ihr arbeitslos seid - auch wenn ihr schon lange arbeitslos seid -, dann helfen wir euch, wieder in Arbeit zu kommen, und wir gehen mit euch auch einen langen Weg. Wir unterstützen euch, auch wenn ihr persönliche Probleme habt, auch wenn ihr gesundheitliche Probleme habt. Wir stehen an eurer Seite; der Sozialstaat steht für euch als Partner zur Verfügung und hilft euch, euer Leben wieder selbstständig in den Griff zu bekommen.

(Beifall)

Deswegen haben wir das noch mal beschrieben, und das liegt euch in diesem Antrag vor.

In der Empfehlung der Antragskommission ist ein Teil fett gedruckt. Wir haben in diesem Teil noch mal genau beschrieben, wie wir uns vorstellen, wie in Zukunft im Jobcenter mit arbeitslosen Menschen gearbeitet werden soll: auf Augenhöhe, partnerschaftlich und niemals an den eigenen Vorstellungen, den eigenen Interessen und den eigenen Möglichkeiten der Arbeitslosen vorbei. Ich glaube, das ist ein wichtiger und wesentlicher Punkt.

Was wir aber auch erwarten können, wenn wir so ein System aufbauen, ist, dass die Rechte und Pflichten, die man gemeinschaftlich und gemeinsam verabredet hat, jeweils beidseitig auch eingehalten werden. Das gilt für das Jobcenter, das nicht mehr von der Stange bedienen darf, sondern individuell gucken muss, was die einzelne Person braucht, genauso wie für den Arbeitslosen, der sich dann auch auf den Weg machen und die Dinge, die er selber für sich auch sieht - diesen Weg will er gehen -, auch einhalten muss. Deswegen haben wir jetzt noch mal eine Formulierung als Änderungsformulierung für diesen geänderten Teil des Antrags gefunden, der, glaube ich, dann auch konsensual oder sehr breit getragen wird; Malu hat es vorgestellt.

Am Ende des Absatzes, der mit „Das Recht auf Arbeit heißt“ beginnt - das ist in der Mitte auf der Seite, die keine Nummer hat, aber wo das fett gedruckt ist - -

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Als kleiner Service hier aus dem Präsidium: Das wäre, wenn ihr es durchzählen wollt, die Nummer 13.

Dagmar Schmidt, Antragskommission:

Danke schön. - Da wollen wir euch Folgendes vorschlagen: „Die dort beschriebenen Mitwirkungspflichten sind verbindlich. Pflichtverletzungen können nicht folgenlos bleiben. Dabei muss das Existenzminimum sichergestellt sein“.

Ich glaube, das macht beides deutlich: Wir anerkennen, dass wir in einer Gesellschaft, wie wir sie sind, natürlich nicht unter das Existenzminimum gehen und nicht die Existenz von Menschen gefährden wollen und auch nicht dürfen. Wir sagen aber auf der anderen Seite: Wir sind ein Gemeinwesen und eine Gesellschaft, in der es Rechte und Pflichten gibt, wo man sich auch gegenseitig verbindlich machen muss. - Ich glaube, das ist eine gute Formulierung, mit der wir alle leben können.

Wir haben eine weitere kleine Ergänzung in dem Absatz darunter. Auch weil Schleswig-Holstein da noch mal ein Anliegen hatte, haben wir den Punkt mit reingenommen, was das Bundesverfassungsgericht beschlossen hat. Da steht der Satz: „Wir wollen das Urteil schnell umsetzen und Leistungskürzungen von mehr als 30 Prozent oder die Kürzung von Wohnkosten klar ausschließen“. Da ergänzen wir, „als einen ersten Schritt“ klar ausschließen, damit klar ist, wie wir das ja hier auch schon an vielen Stellen diskutiert haben: Das eine sind die Schritte in die richtige Richtung, die wir im Regierungshandeln gehen, und das andere ist das, was wir uns vorstellen, wenn wir alleine regieren.

Ich hoffe, ihr könnte dem folgen und wir können heute einen tollen Antrag beschließen. - Ich danke euch für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, liebe Dagmar, auch noch mal für die einordnenden Worte. Ich glaube, das erleichtert uns ein bisschen die Debatte, weil wir uns dann in der Aussprache jetzt tatsächlich auch auf diese geänderte Fassung der Antragskommission beziehen können.

Ich will ergänzend noch darauf hinweisen: Bei der Annahme dieses PV 1 in geänderter Fassung wäre eine Vielzahl von weiteren Anträgen mit erledigt - alle aus dem Arbeitsbereich. Das werden wir nachher kurz vor der Abstimmung noch mal zur Kenntnis geben. Das ist eine ganz, ganz lange Liste.

Eine ganz, ganz lange Liste haben wir auch bei der Anzahl der abgegebenen Wortmeldungen. Bei mir liegen jetzt schon 33 vor. Wir haben erstens miteinander vereinbart, dass wir uns knapphalten, das heißt also, drei Minuten Redezeit werden jetzt - wie auch gestern schon den ganzen Tag - konsequent umgesetzt werden.

Und ich will es nur rein vorsorglich ankündigen:

Für diejenigen, die jetzt noch das dringende Bedürfnis haben, sich auch in die Debatte einzubringen, kündige ich der Fairness halber jetzt schon mal an, dass wir die Rednerliste zügig schließen werden, weil wir sonst arg in Verzug kommen. Wer sich noch nicht zu Wort gemeldet hat, möge das

bitte noch tun. Ich hoffe, dass wir jetzt sehr zügig durch die Debatte kommen.

Damit uns das gelingt, würde ich gerne den ersten Redner in der Aussprache aufrufen, und zwar Bernhard Daldrup. Ihm folgt Heike Baehrens.

AUSSPRACHE ZUM PV 1: ARBEIT-SOLIDARITÄT- MENSCHLICHKEIT: EIN NEUER SOZIALSTAAT FÜR EINE NEUE ZEIT

Bernhard Daldrup, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen, eingedenk der knappen Zeit möchte ich die Gelegenheit nutzen, etwas zum modernen Sozialstaat zu sagen, der in diesem und auch in einem späteren Antrag sowie in vielen Details noch eine Rolle spielt.

Denn wenn wir über die Zukunft eines starken Sozialstaates reden, dann reden wir auch über die Zukunft eines starken Staates. Das ist nicht nur der Bund, sondern das sind gleichermaßen Länder und Kommunen. Der starke Sozialstaat hat eine räumliche Seite. Die räumliche Seite des Sozialstaates sind die gleichwertigen Lebensbedingungen. Sie sind ein Verfassungsauftrag, sie sind ein Titel unseres Koalitionsvertrages und eminent wichtig.

Gleichwertige Lebensbedingungen sind besonders in den Kommunen erfahrbar. Wir haben da einiges erreicht - von der Städtebauförderung über Investitionen bis hin zur Sicherung der Grundsteuer, Genossinnen und Genossen. Aber es gehört zur Wahrheit dazu, dass wir noch weitere Aufgaben vor uns haben, wie beispielsweise die Altschuldenproblematik und anderes mehr.

Ich bin Malu sehr dankbar dafür, dass sie gesagt hat: Kommunen sind das Rückgrat einer sozialen Gesellschaft. - Kommunalpolitikerinnen und -politiker sind es auch. Wenn wir eine solche stabile soziale Gesellschaft wollen, brauchen Kommunen eine auskömmliche Entwicklung, Genossinnen und Genossen, und finanzielle Ausstattung. Lasst uns gemeinsam - bei allen sozialpolitischen Aufgaben und Forderungen, die wir stellen - auch immer daran denken, dass Konnexität, dass der Grundsatz, dass der, der die Musik bestellt, sie auch bezahlt, nicht zur Leerformel von Parteitagsbeschlüssen wird, sondern tatsächlich auch umgesetzt wird.

(Beifall)

Ich will zweitens - das ist der Hauptgrund, weshalb ich mich melde, Genossinnen und Genossen - einem Wunsch von einer Person nachkommen, die mich vorgestern angeschrieben und darum gebeten hat, auf ihr Engagement und ihr Interesse besonders hinzuweisen. Es ist jemand, den wir unglaublich schätzen und den viele von uns bewundern, nämlich Hans-Jochen Vogel. Er hat mich darum gebeten, gerade wegen seines Engagements in der Wohnungs- und Bodenpolitik, mich in seinem Sinne zu äußern. Ich tue das am besten, indem ich ihn zitiere.

Er sagt: Meine Grundeinsicht, die ich im Laufe von fast 50 Jahren gewonnen habe, lautet: Grund und Boden ist unvermehrbar und unverzichtbar. Unverzichtbar ist für jeden Menschen auch eine

Wohnung. Das ließe sich auch aus dem Hauptgrundwert der Menschenwürde herleiten. Ich will deshalb, dass der wohnungsrelevante Grund und Boden aus dem Bereich der Marktregeln in den Bereich der Regeln des sozialen Allgemeinwohls überführt wird.

(Beifall)

Lieber Hans-Jochen Vogel, falls du uns zuhörst: Wir danken dir sehr für dieses Engagement, dass du bis zum heutigen Zeitpunkt immer wieder zeigst, und dafür, dass du unsere Debatten sehr motivierst und sehr bereicherst. Ich glaube, wir haben noch nicht alle deine Erwartungen erfüllt, aber wir sind auf gutem Wege. Deshalb, Genossinnen und Genossen, gehört das, was zur Wohnungspolitik, zur Mieten- und Bodenpolitik in diesem Antrag formuliert worden ist, tatsächlich zu einem modernen Sozialstaat, in dem es mehr Gerechtigkeit gibt. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Als Nächste hat Heike Baehrens das Wort, danach kommt Robert Drewnicki.

Heike Baehrens, Baden-Württemberg:

Liebe Genossinnen und Genossen! Sehr geehrte Gäste! Wenn wir über die Zukunft der Arbeitsgesellschaft reden, dann ist klar, dass wir auch über den stark wachsenden Arbeitssektor der Pflege reden müssen. Pflege ist nach unserem Verständnis ein wesentlicher Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, und deshalb müssen wir die Finanzierung und Gestaltung der Pflege tatsächlich am Gemeinwohl orientieren. Wir wollen, dass Bund, Länder und Gemeinden je ihren Teil der Verantwortung dabei übernehmen. Es darf keine Gewinnmaximierung auf Kosten einer guten Pflege in unserem Land geben.

(Beifall)

Dass diese Legislaturperiode im Deutschen Bundestag eine Legislaturperiode der Pflege ist, hat im Übrigen nicht Jens Spahn zu verantworten, sondern das liegt darin, dass unter der Federführung von Malu Dreyer in diesem Koalitionsvertrag so viel zum Thema Pflege verankert wurde wie in keiner Legislaturperiode vorher.

(Beifall)

Wir sind die treibende Kraft in der Pflege in Deutschland. Es ist mir wichtig, dass wir das deutlich machen. Während der Gesundheitsminister auf die Philippinen und nach Mexiko reist, um Pflegekräfte zu gewinnen, hat Franziska Giffey in der Konzertierten Aktion Pflege als Erste Ergebnisse vor-

gelegt und dafür gesorgt, dass die Modernisierung der Pflegeberufe gelingt, dass eine Ausbildungsoffensive hier im Land gestartet wird, um endlich mehr junge Menschen für die Pflege zu gewinnen.

In der gleichen Zeit hat unser Sozialminister Hubertus Heil dafür gesorgt, dass wir tatsächlich ein Pflegelöhne- Verbesserungsgesetz auf den Weg bringen. Nicht an den Mindeststandards in der Pflegeentlohnung sollen wir uns orientieren, sondern genau da brauchen wir ordentliche Tarifbedingungen. Wir brauchen einen Branchentarif in der Pflege, und dafür steht sozialdemokratische Politik.

(Beifall)

Uns ist klar: Diesen Branchentarif in der Pflege erreichen wir nur mit der Arbeiterwohlfahrt gemeinsam. Es ist der Vorstandsvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt, der dafür kämpft, dass die Verbände der freien Wohlfahrtspflege gemeinsam mit den kirchlichen Verbänden an der Stelle an einem Strang ziehen. Nur so kann es gelingen, ordentliche Tarifverträge in der Pflege zu verankern. Diesen Schulterschluss brauchen wir miteinander.

Wir wollen aber als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mehr. Deshalb ist das wichtig, was Malu vorhin gesagt hat. Wir brauchen endlich die Pflegebürgerversicherung, und wir brauchen auch - das ist noch nicht angesprochen worden - eine Wohnraumoffensive, die tatsächlich die Herausforderungen der alternden Gesellschaft mit in den Blick nimmt. Denn wir brauchen auch altersgerechten Wohnraum, verbunden mit Service- und Unterstützungsangeboten. Dafür stehen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Deshalb brauchen wir eine solidarische Finanzierung der Pflege und eine würdevolle Pflege. Und eine würdevolle Pflege können wir sichern, indem wir sie solidarisch miteinander finanzieren. Dafür steht die SPD.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Ganz herzlichen Dank. - Als Nächster hat Robert Drewnicki das Wort. Ihm folgen Sylvia Kunze und dann Hubertus Heil.

Robert Drewnicki, Berlin:

Liebe Genossinnen und Genossen, 1863 ist die SPD in einer umwälzenden Zeit gegründet worden. Damals begann die Industrielle Revolution, soziale Standards nicht mal in den Blick zu nehmen, Menschen auszubeuten. Das war die Industrie 1.0. Heute sind wir in Zeiten der Industrie 4.0. Wir wissen, dass wir diese Umwandlung digital und sozial gestalten müssen. Wir wissen, dass wir in einer Situation sind, in der die SPD dringend gebraucht wird. Deshalb dürfen wir uns auch nicht verstecken, Genossinnen und Genossen, sondern wir müssen jetzt mutig nach vorne gehen.

Das heißt auch, dass wir die Herausforderungen der letzten 15 Jahre nicht mit den Instrumenten der letzten 15 Jahre bekämpfen können. Liebe Genossinnen und Genossen, das ist ein guter Anfang. Hartz IV gehört in die Mottenkiste; denn Hartz IV kann nicht die Lösung bieten für all das, was wir in den nächsten 15 Jahren in einer digitalisierten Welt vor uns haben. Das Bürgergeld ist dafür ein gutes Konzept, und es ist ein guter Anfang. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, wir dürfen uns da auch nicht besoffen reden. Wir müssen den Menschen klarmachen, dass wir uns wirklich davon verabschiedet haben. Das bedeutet natürlich, dass ein ganz zentrales Instrument sein wird, wie wir zukünftig mit Sanktionen umgehen. Und ich weiß nicht, ob es die Menschen überzeugt, wenn wir sagen, dass wir mehr auf Augenhöhe sein wollen, dass wir nicht unnütze Sanktionen abschaffen wollen, dass wir das machen wollen, was uns das Bundesverfassungsgericht vorgibt. Das dürfte ja wohl selbstverständlich sein, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir müssen jetzt neue Wege gehen, und wir sind hier in Berlin einen neuen Weg gegangen, der sanktionslos ist, der einen Bruch mit Hartz IV und mit den bisherigen Sozialstaatssystemen, die wir haben, zeigt.

Denn, liebe Genossinnen und Genossen, für uns ist entscheidend, jetzt einen Sozialstaat 2.0 zu haben und dort neue Instrumente zu entwickeln. Das ist das SGE; denn es ist ein freiwilliges Angebot, im sozialen Bereich zu arbeiten. Es ist unbefristete Arbeit, und es ist gute Arbeit.

Ich will euch sagen, liebe Genossinnen und Genossen, was das bei uns in Berlin bedeutet: dass es Arbeit ist, die nach Tariflohn bezahlt wird. Und wenn es keinen Tarif gibt - was es eigentlich nicht geben sollte, was es auch in unserer Stadt nicht geben sollte -, dann zahlen wir unseren Berliner Landesmindestlohn, und da sind wir jetzt bei 12,50 Euro. Ich glaube, das ist genau der Anspruch, den wir hier auch zeigen müssen. Wir schaffen damit Arbeit in Kitas, in Schulen, bei Stadtteilmüttern, und wir bieten damit eine sanktionsfreie wirkliche Alternative zu dem bisherigen Hartz IV-System.

Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, bitte ich darum, in dem Antrag PV 1 ich habe jetzt nur die alte Zeilenversion hinter „Sozialmarkt ausweiten." auf Seite 38, Zeile 42, Folgendes einzufügen: „Dabei werden wir auch neue Instrumente wie das Berliner Pilotprojekt „Solidarisches Grundeinkommen" in unsere Weiterentwicklungsüberlegungen mit einbeziehen." Denn das ist ein neues Instrument, das wir entwickelt haben. Darauf sollten wir stolz sein, und damit sollten wir auch das Bürgergeld flankieren. - Lieben Dank, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Herzlichen Dank. - Als Nächste hat Sylvia Kunze das Wort. Ihr folgt Hubertus Heil.

Wir haben jetzt noch einmal eine stattliche Anzahl von Wortmeldungen, weit über 30. Ich habe eben darauf hingewiesen. Wenn sich jetzt kein größerer Widerspruch, erhebt, würde ich vorschla-

gen, wir schließen jetzt damit die Rednerliste, haben dann aber doch sehr großen Raum für die Aussprache geboten. - Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit ist die Rednerliste geschlossen, und Sylvia Kunze hat das Wort.

Sylvia Kunze, Hessen-Süd:

Liebe Genossinnen und Genossen! Hubertus, ich finde es super, dass du direkt nach mir redest. Dann kannst du mir gleich antworten. Ich habe nämlich ganz viele Wünsche an dich.

Erstens. Ich finde es fantastisch, dass die SPD heute beschließen will, dass wir ein Recht auf Arbeit wollen. Ich fände es noch fantastischer, wenn wir das Recht auf Arbeit auch garantieren wollen. Das Berliner Modell des solidarischen Grundeinkommens halte ich für einen wunderbaren Ansatz. Wir haben den auch in der Bundesregierung gemacht mit 150.000 Jobs im öffentlichen Sektor. Auch sehr gut. Ich glaube allerdings, wenn wir das Recht auf Arbeit in dieser Situation wirklich garantieren wollen, brauchen wir viel mehr neue Jobs im öffentlichen Sektor über die 150.000 Jobs hinaus.

Hubertus, die Frage ist: Kriegen wir das wirklich hin, und kriegen wir das garantiert in dieser Bundesregierung, also bis 2021? Wenn nicht, brauchen wir eine Alternative, die sozialdemokratisch ist. Und hier kommt die Debatte um die Sanktionen und um das Existenzminimum. Ehrlich gesagt: Mir reicht es nicht, wenn der sozialdemokratische Sozialstaat nur das Existenzminimum garantiert. Das ist nämlich relativ niedrig. Ich glaube, dass wir uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten an der relativen Armutsgrenze orientieren sollten. 2017 lag sie bei ungefähr 1.065 Euro Einkommen. Auch das ist nicht viel Geld. Aber das heißt, dass man in einer Gesellschaft teilhaben kann.

Aus meiner Sicht muss der heutige Hartz IV-Satz - oder wie er auch immer heißt -, bis wir ein Recht auf Arbeit wirklich garantieren können, auf mindestens dieses Niveau angehoben werden. Und dann können wir die Debatte darüber führen, wie das mit Sanktionen oder Nicht-Sanktionen geht. Ich fände ein Modell, wo man positiv intensiviert und sagt, jeder der sich beteiligt, jeder der mitwirkt, bekommt von uns diese relative Armutsgrenze, also die 1.065 Euro - 150 bis 200 Euro mehr als heute -, abgesichert, besser als ein Modell, das sanktioniert.

Aber mein Grundproblem ist, dass das Niveau das wir heute in einem reichen Land wie Deutschland mit unserem Sozialstaat absichern, aus meiner Sicht viel zu niedrig ist.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Als Nächster hat Hubertus Heil das Wort. Ihm folgt Daniela Harsch aus Baden-Württemberg. Bereitmachen kann sich danach schon Sebastian Roloff.

Hubertus Heil, stellvertretender Parteivorsitzender:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe vor ein paar Monaten einen Mann in Heidelberg kennengelernt. Ich weiß nicht: Ist Lothar Binding im Saal? - Lothar hatte mich eingeladen, und ich habe einen Mann in seinem Wahlkreis in der schönen Stadt Heidelberg kennengelernt, der seit über 25 Jahren arbeitslos war. Ein Mann, der jetzt Mitte 40 ist und der durch einen schweren Schicksalsschlag ganz einfach aus der Bahn geworfen wurde. Seine Eltern sind bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen. Er war nicht nur lange arbeitslos - über 25 Jahre -, sondern er war auch obdachlos. Dieser Mann hat jetzt wieder Arbeit bekommen, weil wir Sozialdemokraten den sozialen Arbeitsmarkt durchgesetzt haben.

(Beifall)

Wenn man diesem Mann in die Augen guckt, liebe Genossinnen und Genossen, dann weiß man: Für die meisten Menschen in Deutschland ist Arbeit mehr als Broterwerb. Es ist Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Es ist, Kolleginnen und Kollegen zu haben. Es ist, etwas zu leisten. Und wir, liebe Genossinnen und Genossen - deshalb bin ich froh, dass wir diesen Leitantrag so beschließen -, sind die Partei der Arbeit und der arbeitenden Menschen in diesem Land. Die deutsche Sozialdemokratie darf - im Gegensatz zu anderen Parteien - kein gebrochenes Verhältnis zu ordentlicher Erwerbsarbeit haben. Das ist ganz wichtig, und das drücken wir hier aus.

(Beifall)

Das heißt aber auch, dass wir auf das Recht auf Arbeit orientieren, auf den Wert der Arbeit, den wir stärken wollen, bei Löhnen, Gehältern und Arbeitsbedingungen auch in neuen Erwerbsformen, aber das wir keinen Weg des bedingungslosen Grundeinkommens gehen, liebe Genossinnen und Genossen. So sympathisch viele Menschen das aus Idealismus finden mit dem bedingungslosen Grundeinkommen, so sehr, glaube ich, haben sie zwei Dinge nicht im Blick, nämlich, dass, wie gesagt, Arbeit für die meisten Menschen mehr ist als Broterwerb, und zum Zweiten, weil sie von der Idee ausgehen, dass diesem Land die Arbeit ausgeht. Liebe Genossinnen und Genossen, auch in der Digitalisierung - nach allem, was wir wissen - wird diesem Land die Arbeit nicht ausgehen. Es wird andere Arbeit sein, und unsere Aufgabe ist, durch Qualifizierung dafür zu sorgen, dass die Beschäftigten von heute die Chance haben, die Arbeit von morgen zu machen.

(Beifall)

Ich bin froh, dass wir eine Linie ziehen können; denn mit dem Umbau des Sozialstaats haben wir begonnen. Der soziale Arbeitsmarkt ist nicht irgendein Arbeitsmarktprogramm, sondern ist ein Regelinstrument, das wir schon eingeführt haben.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts gibt mir die Chance, das gesamte System zu entbürokratisieren und die Ermutigung in der Grundsicherung in den Mittelpunkt zu stellen.

Aber unser Ziel ist es nach wie vor, nicht die Qualität des Sozialstaats allein an der Höhe des sozialen Transfers zu bemessen, sondern an der Frage, ob wir es schaffen, Menschen dort herauszuholen und zu einem selbstbestimmten Leben zu befähigen, wieder in Arbeit zu bringen. Das unterscheidet uns von anderen.

(Beifall)

Ich will das auch sagen, weil ich gerade gefragt wurde: Ich finde, zum einen müssen wir auch einmal eine Lanze für Menschen, die im Jobcenter arbeiten, brechen. Das sind unsere Kolleginnen und Kollegen, und das sind keine Mitarbeiter eines Unrechtsstaates. Das muss man an dieser Stelle einmal sagen. Die gucken auch zu. Es sind übrigens oft Sozialdemokraten, die da tätig sind.

(Beifall)

Aber dieses Gesetz ist so bürokratisch und in vielen Bereichen auch so vergiftet in der öffentlichen Debatte, das wir es grundlegend reformieren wollen. Ich finde, dass wir zwei Pole in der gesellschaftlichen Debatte haben, die wir überwinden müssen. Die einen stellen alle langzeitarbeitslosen Menschen unter den Verdacht, zu faul zu sein, um zu arbeiten. Das ist falsch, das ist unfair, das ist die falsche Wahrnehmung von Menschen. Das ist ein ganz furchtbares Menschenbild. Die meisten Menschen wollen arbeiten.

(Beifall)

Und dann gibt es welche, die jede Form von Mitwirkung schon für einen Anschlag auf die Menschenwürde halten.

Das sind die Pole, die seit 15 Jahren in der Diskussion sind. Wir müssen raus aus dieser Frontstellung, und dieser Leitantrag weist den Weg nach vorne. wir werden dafür sorgen, dass Ermutigung im Vordergrund steht, dass Chancen im Mittelpunkt stehen. Aber wir sagen auch, im Rahmen der Möglichkeiten, die Menschen individuell haben, sollte man an dieser Stelle auch mitwirken. Ich finde, dass wir da einen guten Weg gefunden haben.

Ich werde auf Basis des Urteils des Bundesverfassungsgerichts die ersten Schritte gehen, und das heißt zum Beispiel: Es soll nie wieder in die Kosten der Unterkunft sanktioniert werden. Das verunsichert Menschen, das bringt überhaupt nichts. Das ist nicht der richtige Weg. Das werden wir machen.

(Beifall)

Lasst mich zum Schluss Folgendes sagen: Ich bin stolz auf das, was wir gemeinsam nicht nur in dieser Regierung auf den Weg gebracht haben, sondern als Perspektive mit diesem Sozialstaatsverständnis geschaffen haben, weil es Trennschärfe zwischen uns und andere bringt. Der Art. 20 des Grundgesetzes, der den sozialen Rechtsstaat beschreibt lautet wörtlich: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ Noch nicht ein sozialdemokratischer

- daran arbeiten wir täglich , aber ein demokratischer und sozialer. Dahinter steht die Idee, dass wir im Gegensatz zu anderen bürgerliche Freiheitsrechte, die Freiheit vor dem Staat, mit sozialen Bürgerrechten verbinden wollen. Lasst uns die Frage der sozialen Bürgerrechte wieder zu unserem Markenzeichen machen.

Denn wir wollen nicht nur die Menschen in der Grundsicherung absichern, sondern Sozialstaat ist mehr als Almosen und Absicherung in der Grundsicherung. Sozialstaat heißt, dafür zu sorgen, dass soziale Bürgerrechte von Menschen in Anspruch genommen werden, damit sie die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben in einer solidarischen Gesellschaft haben. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Hubertus. - Daniela Harsch ist schon bereit. Ihr folgt Sebastian Roloff. Danach Franziska Drohsel.

Daniela Harsch, Baden-Württemberg:

Genossinnen und Genossen! Ich bin Bürgermeisterin einer Stadt mit 90.000 Einwohnerinnen und Einwohnern und 30.000 Studierenden. Ich bin die einzige Bürgermeisterin in Baden-Württemberg mit SPD-Parteibuch!

(Beifall)

Ich habe viele männliche Kollegen mit SPD-Parteibuch, aber bin die einzige Frau.

Die Stadt, in der ich Bürgermeisterin bin, heißt Tübingen. Das ist eine herausfordernde Stadt mit einem herausfordernden Kollegen. Wir in den Kommunen sind diejenigen, die jeden Tag sehen, wie gut der Sozialstaat funktioniert, wo es hakt und was noch getan werden muss.

Meine Bitte an euch ist: Lasst uns nicht allein! Eine Zwei-Zimmer-Wohnung in Tübingen kostet derzeit 1.000 Euro kalt zur Miete. Eine Erzieherin, die wir nach Tarifvertrag bezahlen, verdient 1.800 Euro netto. Wir haben 42 städtische Kitas, 51 in freier Trägerschaft und bauen 18 neue. Tübingen vermehrt sich ziemlich unkontrolliert.

(Heiterkeit)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Aber immerhin!

Daniela Harsch, Baden-Württemberg:

Wir haben 20 unbesetzte Stellen bei Fachkräften. 18 neue Kitas im Bau bedeuten: Wir werden im nächsten Jahr fast 90 unbesetzte Stellen haben und wissen nicht, wie wir den Rechtsanspruch noch erfüllen können. Lasst uns hier nicht allein! Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter brauchen auskömmliche Löhne. Wir brauchen gute Tarifverträge.

Ein Pflegeheim in Tübingen kostet derzeit ich bin Aufsichtsratsvorsitzende dreier Pflegeheime 2.600 Euro Zuzahlung, nachdem alle Leistungen der Pflegekasse abgezogen sind. 2.600 Euro! Das ist das günstigste Heim, das wir haben. Wir müssen aber energetisch sanieren. Klimaschutz kostet Geld. Die Sanierung kostet 10 Millionen Euro. Diejenigen, die das später zahlen werden, sind die Bewohnerinnen und Bewohner.

Lasst uns nicht allein! Wir brauchen hier eure Unterstützung, die Unterstützung von Bund und Ländern vor Ort, damit die Menschen nicht schon beim Einzug in das Pflegeheim wissen, wie lange sie noch leben dürfen, um es sich leisten zu können. Wir brauchen hier dringend die Deckelung, die angesprochen wurde.

Unsere Schulen müssen saniert werden: 40 Millionen Euro in den nächsten fünf Jahren. Lasst uns nicht allein, damit Schülerinnen und Schüler gute Bedingungen haben, um zu lernen!

Ein Thema zum Abschluss: In Tübingen leben 1.400 Menschen mit Fluchterfahrungen in unseren Anschlussunterkünften. Wir haben viel geschafft und können sagen: Ja, wir haben es geschafft. Aber es ist noch viel zu tun. Bund und Länder dürfen sich hier nicht aus der Verantwortung ziehen und uns allein lassen. Integration ist ein langer Weg. Vieles klappt gut. Aber bei vielem stehen wir noch am Anfang.

Lasst uns in den Kommunen nicht allein! Wie gut der Sozialstaat ist, zeigt sich vor Ort in unseren Städten, Dörfern und Gemeinden.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Nächster Redner in der Debatte ist Sebastian Roloff. Danach Franziska Drohsel und Frank Thon.

Sebastian Roloff, Bayern:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin sehr froh, dass wir diese Debatte an so prominenter Stelle führen; denn ich glaube, wir können sie in ihrer Bedeutung gar nicht überschätzen. Wir alle leiden wahnsinnig darunter, dass wir bei Wahlen nicht so erfolgreich sind, wie wir es gerne wären, und fragen uns, woher das kommt. Es gibt mannigfaltige Analysen. Es ist natürlich klar, dass das Thema Glaubwürdigkeit eine gewisse Rolle spielt. Da ist auch klar, dass die eine oder andere Reform, die vielleicht gut gemeint war, wo wir aber vielleicht ein bisschen über das Ziel hinausgeschossen sind, nicht unbedingt geholfen hat. Wir haben dann aber den Fehler gemacht, dass wir nicht zu diesen Fehlern gestanden haben oder das erklärt haben und nachgebessert haben, sondern wir haben uns immer in der hohen diplomatischen Kunst versucht. Wir haben dann gesagt: Nein, an dieses Thema können wir nicht herangehen, denn das will der Peer nicht! Das können wir nicht machen, dann steht der Frank-Walter blöd da! - Wir haben uns dem Thema nicht grundsätzlich genähert, sondern wir haben auf der einen Seite versucht, das in Stückwerk zu verbessern.

Auf der anderen Seite waren wir aber auch so selbstkritisch muss man sein in der Kommunikation nicht immer wahnsinnig klug. Wir haben bei der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes maßgeblich zu den teilweisen Schwierigkeiten für schlechter bezahlte und prekär Beschäftigte beigetragen, haben dann Fortschritte in dieser Analyse und im Gesetzgebungsprozess in den beiden Großen Koalitionen erzielt und haben dann aber so getan, als hätten wir das ganze Problem schon wieder gelöst und alles wäre in Ordnung und alles ist gut. Bei den Menschen, zum Beispiel bei Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern, kommt aber an, dass eben nicht alles gut ist. Deswegen bin ich für diese Debatte und für dieses Papier so dankbar.

Ich würde sagen, das Sozialstaats-Papier ist nicht weniger als ein Paradigmenwechsel, man könnte fast sagen: eine Erlösung, weil wir endlich wieder Sozialpolitik aus einem Guss machen, die schlüssig ist und die ganz nachhaltig zu unserer Glaubwürdigkeit beitragen wird.

Wir müssen deswegen ist es wichtig, dass das heute auch in den Medien vorkommt die entsprechenden Themen dann auch kommunizieren. Es geht nicht um Vergangenheitsbewältigung. Es geht darum, dass wir die besten Antworten für die Zukunft haben. Die haben wir auch. Aber da geht es nicht um Befindlichkeiten, sondern um konkrete Ergebnisse und konkrete schlüssige Konzepte.

(Beifall)

Deswegen freue ich mich auf die Debatte. Die eine oder andere Nachschärfung könnten wir vielleicht noch machen. Aber mehr geht natürlich immer. Ich bin sehr froh über dieses Papier. Herzlichen Dank ausdrücklich noch einmal an Andrea Nahles, die dazu ganz maßgeblich beigetragen hat!

Ich freue mich auf die weitere Debatte. - Vielen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Franziska hat jetzt das Wort. Danach Frank Thon und Stefanie Minkley.

Franziska Drohsel, Berlin:

Liebe Genossinnen und Genossen! Auch ich finde diesen Antrag grundsätzlich toll und finde es super, dass das in einem partizipativen Prozess stattgefunden hat.

Ich möchte hier noch einmal zu einem ganz konkreten Punkt sprechen, nämlich zu dem Bereich der Sanktionen. Gerade ist aus der Antragskommission ein Kompromissvorschlag gekommen, den ich persönlich nicht unterstützen kann, weshalb ich noch einen Änderungsantrag einbringen möchte. Ich glaube, nachher redet auch noch jemand von den Jusos, der auch einen Änderungsantrag dazu formulieren wird.

Es geht jetzt um den Vorschlag, hineinzuschreiben, dass Sanktionen nicht folgenlos bleiben sollen und dass, wenn ich es richtig verstanden habe, das Existenzminimum gesichert sein soll. Das finde ich problematisch, insbesondere wenn der Absatz darunter in diesem Antrag bleibt, weil das ausschließlich beinhaltet, dass die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt werden muss. Das ist sowieso derzeit der Stand. Dem würden wir nichts Neues hinzufügen. Insbesondere wären Sanktionen bis zu 30 Prozent weiterhin möglich.

Ich möchte dazu noch einmal inhaltlich etwas sagen. Ich weiß, als Hartz IV eingeführt wurde, war es das neoliberale Dogma, dass man Menschen nur genug triezen muss, um sie schnell in Arbeit zu bekommen. Es waren die Erwerbsloseninitiativen, die damals dagegen gekämpft und es geschafft haben, diesen Streit zum Bundesverfassungsgericht zu bringen. Ich fand es schon damals in der Analyse völlig falsch, dadurch Arbeitslosigkeit bekämpfen zu können. Ich finde es aber insbesondere von den menschlichen Auswirkungen her eine Katastrophe. Ich habe solche Leute als Rechtsanwältin vertreten. Das ist keine Theorie, sondern findet statt, dass Menschen mit diesen sanktionierten Regelsätzen leben mussten. Ich glaube, das hat das Vertrauen in den Sozialstaat nachhaltig beschädigt, dass es nicht mehr den Eindruck gegeben hat, dass jeder in diesem Land unabhängig von seiner Disposition menschenwürdig leben kann.

(Beifall)

Aus dem Grundgesetz ergibt sich meiner Meinung nach nicht, dass nur Menschen, die sich hier genug anstrengen, pünktlich zu ihren Terminen gehen und ansonsten ganz willig erscheinen, einen Anspruch auf ein verfassungsrechtlich legitimiertes Existenzminimum haben, sondern diesen Anspruch hat jeder Mensch unabhängig von seiner persönlichen Disposition.

(Beifall)

Wenn man das ernst meint, dann muss man die Sanktionierung von Pflichtverletzungen komplett

herausnehmen; denn sie sind bei dieser Formulierung immer noch drin. Man muss hinschreiben, dass man das Sanktionssystem komplett abschaffen möchte. Deshalb werde ich vier Änderungsanträge einbringen. Ich gebe sie gleich beim Präsidium ab. Ich bitte euch sehr, dem zuzustimmen.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Als Nächstes hat Frank Thon das Wort, dann Stefanie Minkley und danach Stephan Grüger.

Frank Thon, Nordrhein-Westfalen:

Dass die SPD ein gescheites Auskommen in der Pflege fordert - liebe Malu, das hast du vorhin gesagt - ist richtig. Liebe Genoss*innen, danke dafür. Aber das ist eben nur ein Teil der Lösung. Was nützt es, einen höheren Stundenlohn zu haben, wenn man aufgrund der gestiegenen Arbeitsbelastung und des großen Arbeitsdrucks in der Pflege nicht mehr Vollzeit arbeiten kann, wenn man deswegen seine Stunden reduziert? Das ist ein Modell, das eben zunehmend auch Pflegende in Anspruch nehmen, mit allen Folgen, die das für ihre Alterssicherung im Nachhinein hat.

Im Gespräch mit Pflegenden kommt daher in erster Linie der tiefe Wusch zum Ausdruck, dass sich etwas an den Arbeitsbedingungen in der Pflege ändert. Eine Schwester, die nachts alleine mehrere Stationen betreuen muss, das ist keine Ausnahme, liebe Genossinnen und Genossen, das ist die Regel. Das findet statt in Deutschland, und das ist in meinen Augen eine Schande.

Es ist auch keine Horrorgeschichte. Jeder, der sich mit Pflegenden aus seinem Umfeld unterhält, weiß, dass das bittere Realität ist. Genau deshalb brauchen wir eine Ausweitung der gesetzlichen Personaluntergrenzen, und zwar für alle Pflegebereiche. Es darf nicht sein, dass Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen über die Personalschlüssel im Wettbewerb zueinander stehen und hier dem freien Markt gehuldigt wird, und zwar auf dem Rücken der Beschäftigten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Deshalb beantrage ich, dass im vorliegenden Antrag im Antragsbuch die Zeile 23 auf der Seite 44 gestrichen wird - eine bedarfsgerechte Personalbemessung - und hier ersetzt wird durch die Formulierung „eine gesetzlich verpflichtende Personaluntergrenze in allen Pflegebereichen“. - Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Jetzt Stefanie, dann Stephan Grüger und dann Hilde Mattheis.

Stefanie Minkley, Hessen-Süd:

Liebe Genossinnen und Genossen, mein Beitrag knüpft nahtlos an das vorher Gesagte an. Im Übrigen würde ich mich auch freuen über eine Personaluntergrenze für das ärztliche Personal. Denn die tragischsten Auswirkungen der zunehmenden Privatisierung und Ökonomisierung, also die Aufgaben, die ein Sozialstaat dezidiert leisten muss, sieht man im Gesundheitssystem. Wenn ich in meinem beruflichen Alltag täglich vorgerechnet bekomme, wie viel Geld ein Patient einbringt, wie viel mehr Geld ein Krankenhaus bekommt, wenn eine Patientin von mir operiert wird, und wenn ich darüber streiten muss, ob wir Nichtversicherten - davon gibt es mehr, als ihr vielleicht denkt - die notwendige Diagnostik und Therapie zukommen lassen können, dann frage ich mich wirklich, ob ich in diesem System weiter Ärztin sein will.

Ich bin froh um den Teil zum Thema Pflege im Antrag. Aber: Warum fehlt die Forderung nach einer solidarischen Bürger*innenversicherung? Und warum fehlt die Abschaffung des DIG-Systems, also des Abrechnungssystems, das die Kliniken kapitalisiert hat und gezwungen hat, zu gewinnorientierten Unternehmen zu werden? Das ist die Ursache für unser krankes Gesundheitssystem.

(Beifall)

Im Antragsblock Gesundheit finden sich etliche Anträge, die genau dies fordern. Die Antragskommission empfiehlt da die Überweisung an den PV. Ich bitte den Parteivorstand, ich fordere euch auf, wenn schon nicht in diesem Antrag, dann bitte in dieser Legislatur das Thema Bürger*innenversicherung ganz nach oben auf die Prioritätenliste zu nehmen. Denn Gesundheit und Krankheit betreffen jeden und jede: Alle Bürger*innen, alle unsere Wähler*innen spüren die Ungerechtigkeiten im Gesundheitssystem. Sie spüren die schlechten Arbeitsbedingungen der Pfleger, Schwestern, Ärzt*innen, medizinisch-technisch Angestellten und Assitent*innen, aber auch der Servicemitarbeiter*innen, also derjenigen aus Reinigung, Gastronomie und Sterilisation, die auch gerade vor unserem Parteitag um unsere Unterstützung bitten.

Diese Arbeitsbedingungen resultieren aus dem Ökonomisierungsdruck der Kliniken. Liebe Genossinnen und Genossen, Gesundheit ist kein Gut, das der Markt regeln darf. Lasst uns gemeinsam ein neues Konzept für die Bürger*innenversicherung und vor allem für ein gerechtes Vergütungssystem schaffen. Jetzt ist die Zeit dafür, und das ist auch eine der wichtigsten Säulen des Sozialstaates. - Danke schön.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Stephan Grüger hat das Wort.

Stephan Grüger, Hessen-Süd:

Ja, vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen. Das Papier ist gut. Es weist in die richtige Richtung. Eine Sache möchte ich besonders unterstreichen: Es greift direkt auf, was ich gestern gesagt habe. Ich finde gut, dass in dem Papier Arbeitslosengeld Q noch einmal klar formuliert ist. Wir haben damit Wahlkampf gemacht. Bei mir war das so, dass, als Martin Schulz es damals vorgestellt hat, dass wir Arbeitslosengeld I bis zu drei Jahre weiterbezahlen wollen, wenn jemand sich in die Qualifizierung begibt, das eingeschlagen ist wie eine Bombe. Das haben die Leute sofort verstanden, was das für sie bedeutet. Denn die große Angst der unteren und mittleren Mittelschicht ist ja: Was passiert eigentlich, wenn ich arbeitslos werde und schon ein bisschen älter bin? Also, ich bin 53. Was ist, wenn man mit 53 arbeitslos wird? Hat man dann die Chance, sich neu zu qualifizieren, oder wird man dann von der Agentur für Arbeit gleich gebeten, doch schon mal die Bewerbung bei einem Paketbotendienst abzugeben?

Es ist von daher wichtig, dass wir da am Ball bleiben, dass wir dieses Thema weiter voranbringen. Denn ich bin mir ziemlich sicher: Der Hype, den wir damals gehabt haben, der hat viel damit zu tun gehabt, dass wir damals dieses Arbeitslosengeld Q, also die Verlängerung von ALG I, auch entsprechend vorangebracht haben bzw. in Zentrum unseres Interesses gestellt haben.

Wir sollten aber bei der sprachlichen Übersetzung für unsere potentiellen Wählerinnen und Wähler daran denken, dass wir das nicht allzu kompliziert machen. Wir müssen schon sagen, worum es genau geht. Es geht um die Verlängerung von Arbeitslosengeld I. Das verstehen die Menschen, wenn wir sagen: Es gibt die Möglichkeit für 24 Monate oder vielleicht doch 36 Monate unter bestimmten Bedingungen. Es mag sein, dass das technisch notwendig ist, das so zu formulieren. Lasst es uns einfach formulieren. Lasst uns einfach sagen: Arbeitslosengeld I wollen wir verlängern für die Leute, die in die Qualifikation gehen.

Letzter Punkt - oder noch ein Punkt -: Hier drin wird verwiesen auf die Regierungskommission - verlässlicher Generationenvertrag - in der Frage, wie es mit der Rente weitergeht. Das ist mein großes Ceterum censeo. Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns so schnell wie möglich formulieren, dass wir wollen, dass das Rentenniveau steigt. Lasst uns nicht einfach nur darauf pochen, dass wir ein weiteres Sinken verhindern. Wir müssen die Partei sein des sozialen Aufstiegs, und dazu gehört auch ein steigendes Rentenniveau. Wir müssen wieder zurück zum Rentenniveau der 90er-Jahre. Genossinnen, Genossen, Glückauf!

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Danke schön. - Dann kommt Hilde. Ihr folgt Stefan Engel.

Hilde Mattheis, Baden-Württemberg:

Liebe Genossinnen und Genossen, kein Thema hat uns so wehgetan wie das Thema Hartz IV, und kein Thema ist mit unserer Abkehr von einem Sozialstaatsgedanken verbunden worden wie das Thema Hartz IV. Ich bin sehr froh, dass wir heute die Abkehr von diesem System beschließen werden.

Aber lasst uns gerne noch einen weiteren Schritt gehen. Ich will das in drei, vier Punkten aufmachen:

Lasst uns bitte nicht die 12 Euro Mindestlohn perspektivisch angehen, sondern lasst uns dieses Wort „perspektivisch“ streichen. Wir wollen 12 Euro Mindestlohn.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns nicht das Bürgergeld irgendwie so gestalten, dass die Not nicht dann da ist, wenn die Waschmaschine kaputt ist, sondern lasst uns konkret sagen: Wir wollen die Regelsätze neu berechnen und auf andere Grundlagen stellen. Lasst uns sagen - das verstehen die Leute -, dass wir wollen, dass die Regelsätze sich wieder an anderen Dingen orientieren und dass vor allen Dingen Regelsätze so berechnet werden, dass es nicht nur Lebenspartnerschaften sind, sondern dass es ein individueller Anspruch ist.

(Beifall)

Ich möchte nämlich nicht, dass Frauen, die gearbeitet haben und die in Arbeitslosengeld II fallen, weiterhin von ihrem Lebenspartner abhängig sind. Das möchte ich nicht mehr.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, dann lasst uns auch sagen: Die Sanktionen gehören weg. Wir wissen seit Jahren, dass die Sanktionen nicht dazu geeignet sind, Leute zu „erziehen“, sondern dass es die Schwächsten der Schwachen trifft, die aufgrund ihrer persönlichen Situation einfach bestimmte Dinge nicht leisten können.

Bei ihnen gehört die Assistenz, aber nicht die Sanktion dazu. Deshalb an dieser Stelle: Bitte weg mit den Sanktionen!

(Beifall)

Ein vierter Punkt. Mein Vorredner hat es schon gesagt: Auf einem unheimlich tollen Konvent haben wir mal einen NRW-Antrag beschlossen, mit dem das Rentenniveau auf über 50 Prozent festgelegt wurde. Ich finde, liebe Genossinnen und Genossen, manchmal muss man sich an alte Beschlüsse erinnern. Ich finde, ein Rentenniveau von über 50 Prozent wäre die super Botschaft, die wir hier von diesem Parteitag für eine neue Zeit, in die neue Zeit senden, damit die SPD wieder als Sozialpartei wahrgenommen wird, die Gerechtigkeit richtig buchstabiert.

Ich finde: Lasst uns den Mut haben, diesen Antrag an diesen Punkten nachzuschärfen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Danke schön. - Stefan Engel ist schon bereit, und ihm folgen Natalie Pawlik und danach Frank-Axel Dietrich aus Berlin.

Stefan Engel, Sachsen:

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist ja wenig verwunderlich, dass wir uns heute auch wieder über das Thema „Sanktionen“ unterhalten, und ich möchte tatsächlich mal auf einen Aspekt aufmerksam machen, warum wir das eigentlich tun.

In dem kompletten Antrag wird die Frage, wie hoch der Regelsatz bei unserem Bürgergeld eigentlich ist, nicht wirklich konsequent ausbuchstabiert. Wir sagen gar nicht, was das Niveau ist. Orientieren wir uns an den Empfehlungen der Paritätischen Wohlfahrtsverbände? Ich konnte das zumindest nicht richtig finden. Dann stellt sich natürlich die Frage: Was für Konsequenzen haben denn Sanktionen unter Umständen? Führen Sanktionen unter Umständen nicht dazu, dass wir tatsächlich doch wieder in das Existenzminimum reingehen? Wenn wir das tun, dann haben wir aus meiner Sicht unseren sozialpolitischen Auftrag eben nicht erfüllt, und dann wäre es ebenso konsequenter, zu sagen: Lasst uns lieber von diesen Instrumenten Abstand nehmen und sagen, dass wir hier tatsächlich für eine echte Grundsicherung stehen, die auch nicht durch behördliche Maßnahmen kürzbar ist.

Ich möchte aber noch auf einen zweiten Aspekt gerne ein bisschen mehr eingehen. Dazu möchte ich gerne auch einen Änderungsantrag stellen.

Wir sagen, dass wir uns zu einer Bürgerversicherung bekennen. Es ist aber gerade so, dass wir nicht in komplett Deutschland eine einheitliche paritätische Finanzierung von jeweils etwa 1,5 Prozent haben - also Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf der einen Seite und Arbeitgeber auf der anderen Seite -, sondern derzeit ist es so, dass es in einem Bundesland - das ist ganz konkret Sachsen,

aus dem ich auch komme - eine andere Aufteilung gibt, wo die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 2 Prozent und die Arbeitgeber 1 Prozent zahlen. Das hat mit einer sehr absurden Feiertagsregelung aus den 90er-Jahren zu tun, als die CDU einen ganz, ganz schlechten Deal bei uns eingegangen ist.

Wir würden gerne beantragen, in Zeile 34 auf Seite 45 im Ursprungsantrag zu sagen: „Zu einer gerechten Finanzierung der Pflegeversicherung gehört für uns auch eine einheitliche paritätische Beitragsaufteilung in ganz Deutschland“. - Dass wir das einfach noch mal klarstellen!

(Beifall)

Es ist nämlich nicht zu argumentieren, dass es da eine Sonderregelung gibt, weil 49 Millionen Menschen in Deutschland haben Anspruch auf genauso viele oder sogar mehr Feiertage. Es ist also nicht zu argumentieren, dass 49 Millionen Menschen genauso viele oder mehr Feiertage haben, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Sachsen aber mehr zahlen, weil im Durchschnitt verdienen sie an dem Tag sogar weniger und profitieren gar nicht davon. Sie zahlen im Schnitt, glaube ich, dann 180 Euro darauf, und das ist aus meiner Sicht nicht wirklich zu argumentieren, und wir würden das gerne klarstellen.

Das schadet am Ende niemand anderem, es sorgt einfach nur dafür, dass wir auch in Sachsen eine paritätische Aufteilung haben, und ich würde mich sehr freuen, wenn ihr dem zustimmen könnt.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Danke schön. - Natalie Pawlik, dann Frank-Axel Dietrich, und ihm folgt Katja Mast.

Natalie Pawlik, Hessen-Süd:

Liebe Genossinnen und Genossen, es freut mich wirklich sehr, dass wir als SPD heute mit diesem Antrag der Armut noch einmal konsequent den Kampf ansagen. Es freut mich auch, dass wir den Änderungsantrag beschließen, der festschreibt, dass das Existenzminimum nicht unterschritten werden kann, weil es zu einer modernen Gesellschaft dazugehört, dass wir niemanden hungern lassen, wenn der oder sie einen Termin versäumt, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Noch mehr freue ich mich aber darüber, dass in diesem Antrag deutlich gemacht wird, dass wir als Sozialdemokratische Partei eben nicht immer nur unten absichern wollen, sondern dass wir vor allem in unseren Grundgedanken und Grundüberzeugungen dafür stehen, dass wir einen sozialen

Aufstieg nach oben ermöglichen möchten.

(Beifall)

Für uns sollte es nämlich egal sein, ob du Seynar oder Martin heißt, ob du aus Berlin-Marzahn oder aus Königstein im Taunus kommst. Du sollst die gleichen Chancen haben, in dieser Gesellschaft aufzusteigen, und die gleichen Chancen auf eine bessere Zukunft bekommen, wie jeder andere auch.

(Beifall)

Da freut es mich besonders, dass wir den Rechtsanspruch auf Weiterbildung und Qualifizierung in diesem Antrag festschreiben.

Ich glaube, dass gerade die Veränderungen der modernen Arbeitswelt dazu zwingen, dass die Erwerbsbiografien so flexibel sind, dass die Menschen immer wieder Chancen im Arbeitsmarkt haben, eine Arbeit zu finden. Ich stimme vor allem meiner Kollegin aus Baden-Württemberg zu: Ich hoffe, dass der Rechtsanspruch auf Weiterbildung und Qualifizierung damit einhergeht, dass wir Qualifizierungsangebote auch vor Ort ermöglichen.

Ich selber komme aus einem Flächenlandkreis, und bei uns war es nicht immer möglich, dass ein Kind aus einer Stadt das Fachabitur entsprechend seiner Möglichkeiten machen konnte. Die einzigen Angebote gab es halt in einer Stadt, und du hattest dann die Auswahl zwischen Wirtschaft, Verwaltung oder Informatik, aber du konntest zum Beispiel nicht Gestaltung wählen, und ich finde schon, dass wir darauf achten müssen, dass Qualifizierung und Weiterbildung vor Ort möglich sind, weil es nicht jedem möglich ist, 100 Kilometer oder 50 Kilometer zu reisen, um einen entsprechenden Schulabschluss nachzuholen oder an einer entsprechenden Qualifizierung teilzunehmen.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, auch ich kann das Thema „Sanktionen“ hier nicht unbemerkt stehen lassen.

Finanzielle Armut führt zu emotionaler Armut. Wir alle wissen, dass Hartz IV vererbt wird. Wenn für ein Kind, das damit großgeworden ist, dass ihm in der Schule von Anfang deutlich gemacht wird: „Aus dir wird nichts, nur Hartz IV“, jegliche Hoffnung auf eine bessere Zukunft gar nicht erst entsteht, dann, glaube ich, sollten wir den Leuten nicht verübeln, wenn sie eben nicht die Motivation haben, bestimmte Qualifizierungsangebote anzunehmen. Ich sage: Wir müssen in diesem Bildungssystem bereits früher ansetzen und es so verändern, dass Kinder Hoffnungen auf eine bessere Zukunft bekommen und nicht dafür abgestempelt werden, dass sie aus Hartz IV-Familien oder eben armen Familien kommen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Danke schön. - Frank-Axel, Katja Mast und dann Karl Finke.

Frank-Axel Dietrich, Berlin:

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn sich ein Bundesparteitag der SPD anschickt, Hartz IV hinter sich zu lassen, möchte ich trotz der kurzen Redezeit kurz einen Gruß an die entbieten, die seit Jahren in unserer Arbeit unter dieser Regelung gelitten haben, die seit Jahren dagegen gekämpft haben, und ich möchte auch an die einen Gruß entbieten, die entmutigt worden und nicht mehr bei uns sind. Ihnen möchte ich sagen: Es hat gedauert, aber wir haben es geschafft. Überlegt euch euren Schritt noch einmal. - Es waren Tatsache nicht wenige, die wir auf dem Weg verloren haben.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, wenn wir eine solche Botschaft senden, dann schaut euch doch bitte die neue Formulierung der Antragskommission auch noch mal kurz an. Es ist ja richtig, dass wir die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umsetzen, aber den zweiten Halbsatz lese ich so, als würden wir sozusagen die Menschenwürde garantieren. Dagegen ist auch nichts zu sagen, aber ich dachte eigentlich, dass das auch bisher schon unser Anspruch gewesen wäre. Insofern würde ich euch ganz höflich bitten, die Änderungsanträge zu diesem Punkt wohlwollend zu prüfen.

Ich will einen weiteren Punkt ansprechen: Wir haben es ja nicht nur mit dem, was wir für richtig und gut halten, zu tun, sondern wir haben es auch mit gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu tun. Wir setzen uns zunehmend mit einem biologischen Sozialstaatskonzept, mit einem nationalen Sozialstaatskonzept auseinander, und dieser Parteitag sollte auch sagen: Nein, das Boot ist nicht voll, nein, wir können dieses Boot vergrößern, wir können durch Umverteilung dafür sorgen, dass für alle genug da ist.

Von daher denke ich: Auch diese Politik müssen wir ernsthaft vorantreiben, und an dieser Stelle müssen wir auch die finanziellen Grundlagen durch Steuerpolitik, durch entsprechende Maßnahmen, die gestern schon besprochen worden sind, durchsetzen. Wir müssen nämlich glaubwürdig sein. Bei aktiver Sozialpolitik muss für uns ein Gesichtspunkt auch Umverteilung sein. Das darf kein Programmsatz sein, der nur bei guter Konjunktur gilt, Genossinnen und Genossen.

Als Letztes: Lasst uns bei dem vielleicht noch etwas verschärften Antrag überlegen: Liebe ist, wenn man Menschen dafür liebt, dass sie so gut schwimmen, obwohl das Boot gekentert ist. Genossinnen und Genossen, in diesem Sinne liebe ich unsere sozialdemokratischen Ministerinnen und Minister in der Bundesregierung. Aber lasst uns die Botschaft senden, dass wir auch das ganze Boot wieder aufrichten wollen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Katja steht schon bereit. - Dann kommt Karl Finke; ihm folgt Barbara König.

Katja Mast, Baden-Württemberg:

Liebe Genossinnen und Genossen, wir führen heute die größte Sozialstaatsdebatte seit 15 Jahren auf einem SPD-Bundesparteitag. Das ist ein großer Vorschlag, der hier auf dem Tisch liegt. Ich will mich hier als stellvertretende Fraktionsvorsitzende noch mal bei drei Leuten bedanken, die in der Fraktion daran mitgearbeitet haben: bei Dagmar Schmidt, bei Martin Rosemann und bei Kerstin Tack. Sie haben sich ganz früh in der Bundestagsfraktion, direkt nach der Wahl, auf den Weg begeben und ein Sozialstaatskonzept für die Zukunft geschrieben. Vielen Dank an euch drei! Das sind die Namen; das gehört zu dem dazu, was Malu vorhin gesagt hat.

(Beifall)

Aber was macht dieses Sozialstaatskonzept? Es rückt Arbeit in den Mittelpunkt unserer Debatte, Genossinnen und Genossen. Es sagt: Wir sind die Partei, die dafür sorgt, dass Menschen in ordentlicher Beschäftigung sind - tarifgebunden, mitbestimmt, vereinbar mit der Familie und dem Leben. Darum geht es, wenn wir sagen, dass wir Arbeit in den Mittelpunkt der Debatte rücken. Die Idee der Arbeit ist im Wandel - Schutz und Chancen im Wandel. Wir alle reden über Transformation, über Klimaschutz, über Digitalisierung, über künstliche Intelligenz und darüber, dass Daten das Kapital der Zukunft sind. Wer soll es denn gestalten, wenn nicht wir, dass die Leute Gute Arbeit haben? Genau darum geht es in diesem Antrag: dass Menschen in der Bundesrepublik Deutschland in Würde arbeiten können.

(Beifall)

Deshalb geht dieser Antrag auch davon aus, dass Schutz und Chancen im Wandel sind, aber auch davon, dass wir ein Recht auf Arbeit haben wollen. Deshalb haben wir doch den sozialen Arbeitsmarkt nach zwölf Jahren Kampf endlich in dieser Koalition durchgesetzt, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das ist etwas Großartiges, weil er Menschen, die abgeschrieben worden sind, nicht Almosen gibt, sondern Tarifbeschäftigung in diesem Land. Deshalb geht es bei diesem Recht auf Arbeit auch darum, den Gegenpart aufzumachen. Wir sagen: Wir wollen ein Recht auf Arbeit statt einem bedingungslosen Grundeinkommen. Das beschließen wir heute auch mit diesem Antrag, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ja, wir wollen, dass es in unserem Sozialstaat leistungsgerecht zugeht. Glaubt ihr denn im Ernst, dass irgendeine andere Partei hätte für die Grundrente kämpfen können, wenn wir nicht gesagt hätten: „35 Beitragsjahre sind für uns ein Zeichen, dass Menschen mehr haben müssen als Grundsicherung“?. Wir wollen Rechtsansprüche im Sozialstaat. Auch darum geht es in diesem Antrag.

(Beifall)

Natürlich wollen wir - das ist für mich neben dem Fokus Arbeit ein wichtiger Punkt - einen Sozialstaat als Partner und auf Augenhöhe. Ich habe als Kind von Sozialhilfe gelebt. Ich weiß, wie das war. Meine Mutter - vier Kinder, halbtags als Putzfrau gearbeitet, ohne Unterhalt vom Vater - ist monatelang nicht zum Amt gegangen, weil sie sich geschämt hat. Heute sagen wir: Du musst dich nicht schämen! Du hast Rechtsansprüche in diesem Land. Bitte lasst es nicht zu, dass dieser Antrag auf die Frage der Sanktionen oder Mitwirkungspflichten reduziert wird! Diese Sozialstaatsdebatte ist größer, sie ist zukunftsgerichtet. Sie geht weit in die nächsten Jahrzehnte hinein, Genossinnen und Genossen. Bitte unterstützt uns und die Antragskommission. - Vielen Dank.

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Lieber Karl, du hast als Nächster das Wort.

Karl Finke, Vorsitzender der AG SelbstAktiv:

Liebe Genossinnen und Genossen! Es wurde viel über Bildung gesprochen, und ihr müsst eins: Lernen durch Wiederholung. - Damit ist klar: Ich komme aus der Erwachsenenbildung. Damit ist klar: Selbst Aktiv redet das zweite Mal zu euch. Also prägt euch ein: Wir sind dabei. Wir sind im Antrag präsent. Wir sind bei euch präsent. Wir kämpfen mit euch.

(Beifall)

Wir wollen trotzdem einige Punkte ansprechen - aus unserer Sicht historische Punkte. Ein Punkt ist, dass Inklusion extra ausgewiesen ist. Dazu gehört die Formulierung: Eine Gesellschaft ohne Sozialstaat, ohne inklusive Gesellschaft ist eine ausgrenzende Gesellschaft. Dazu gehören wir nicht.

(Beifall)

Das ist auch bewusst als Schritt gegen Rechts gemeint. Eine andere Formulierung macht deutlich, dass wir ein anderes Verständnis haben als Perlenschieberei - im Bereich Arbeit machen wir dies, das und jenes. Nein, bei euch wird beim Thema Inklusion gesagt: Wir werden ein Konzept zur Inklusion erstellen und dies in Kooperation mit Selbst Aktiv ausarbeiten. So etwas nennt man 15 Jahre

kooperative Partnerschaft - oder: Kompetenz übertragen, nicht Defizite abstempeln. Das macht ihr vorbildlich in dem Bereich. In diesen Passagen ist der Antrag sehr stark.

Ich würde allerdings darum bitten - als Blinder kann ich nichts in einen laufenden Text einarbeiten -, dass ihr vielleicht etwas einarbeitet. Olaf Scholz hat das vor vier Jahren auch gut hingekriegt - danke noch mal! Ich bitte darum, nach der Passage mit Selbst Aktiv unseren Anspruch, Selbstvertretung statt Interessenvertretung zu stärken, zu unterstreichen.

Der Anspruch, Selbstvertretung zu stärken, ist ganz bewusst erhoben worden und wichtig. Er hebt sich von den 70er-Jahren ab, und ich habe von der sehr guten Sozialpolitik der SPD - ich bin bis auf 1 Prozent Sehrest erblindet - erheblich profitiert. Ich bin über das AFG gefördert worden. Das war klasse und toll und sehr großzügig, aber wir sind inzwischen weiter. Die 70er-Jahre sind vorbei, die 2030er kommen. Da müssen wir präsent sein. - Also, den Nachsatz bitte ergänzen.

Arbeit ist ein zentrales Thema, das wurde angesprochen. Ihr wisst - Hubertus, Kerstin Tack und Kerstin Griese wissen es allemal -: Die Arbeitslosigkeit blinder Menschen war historisch round about immer 50 Prozent oberhalb der allgemeinen Arbeitslosigkeit. Jetzt ist es das Doppelte. Kümmert euch darum, und kümmert euch darum, dass Inklusion und soziale Teilhabe Realität werden. Stimmt dafür! Toller Antrag, kleine Ergänzung, danke!

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Ganz herzlichen Dank, Karl. Wir werden deine Änderungsanträge natürlich mit aufnehmen. Das, was mündlich vorgetragen wird, geht auch bei uns ein. - Jetzt hat Barbara König das Wort.

Gerichtet an all diejenigen, die ein Interesse an der Beisitzerwahl haben: Ich weise darauf hin, dass das Ergebnis demnächst vorliegen wird. Insofern könnte man sich dann wieder zu den Plätzen begeben. - Aber jetzt hat erst mal Barbara das Wort.

Barbara König, Berlin:

Vielen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin wahrlich kein Fan der GroKo. Aber die GroKo hat dieser Partei eins voraus: Sie hat das Thema Pflege ganz oben auf die Agenda gesetzt. Umso mehr freue ich mich, dass das Thema Pflege heute im Leitantrag einen prominenten und großen Raum einnimmt.

Es ist aber so wie immer bei der GroKo: Die GroKo setzt das Thema Pflege bislang nur sehr halbherzig um. Warum? Es ist toll, dass wir eine Konzertierte Aktion Pflege haben. Das ist eben erwähnt worden. Ich danke persönlich Franziska und Hubertus noch mal recht herzlich, dass sie das machen.

Es geht darum, die Ausbildung zu verbessern, die Vergütung für die Pflegekräfte zu verbessern, um Tarifverträge und Digitalisierung in der Pflege - all das. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, all das treibt zwar die Qualität der Pflege in die Höhe, aber eben auch die Kosten. Und darauf hat die GroKo leider keine Antworten. Denn die Kosten werden zurzeit auf die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen abgewälzt. Das Pflegeangehörigenentlastungsgesetz hilft da etwas, aber es hilft nicht wirklich, wie wir wissen.

Darum habe ich mich wirklich riesig gefreut, dass wir die Pflegevollversicherung fordern. Wir brauchen im ersten Schritt die Eigenanteilbegrenzung, und wir brauchen zukünftig eine Pflegevollversicherung. Lasst es mich sagen, liebe Genossinnen und Genossen: Wir sind da auf einer Linie mit der Arbeiterwohlfahrt, mit der Diakonie, mit ver.di, sogar mit den gesetzlichen Krankenkassen. Das heißt, wir haben hier ein breites gesellschaftliches Bündnis.

Einen haben wir nicht im Bündnis. Das ist unser Pflegeminister Jens Spahn. Jens Spahn ist gegen die Vollversicherung und begründet das so: Für ihn ist das nicht sein Gesellschafts- und Familienbild. Er möchte, dass die Familie pflegt. - Nein, Jens Spahn möchte nicht, dass die Familie pflegt. Er möchte, dass die Frauen in den Familien pflegen, und zwar weiterhin unentgeltlich, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, das wollen wir nicht. Deswegen freue ich mich auch, dass wir ein Familienpflegegeld fordern. Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur auf Kinder beschränken, sondern auch auf ältere Menschen. Deshalb soll es eben eine Lohnersatzleistung geben - analog zum Elterngeld -, die Frauen bislang absichert, die eben die Vereinbarkeit von Familie, von Pflege und Beruf besser darstellt. Und das ist gut so. Das kostet Geld. Ich freue mich aber, dass im Bundesfamilienministerium und bei Franziska Giffey schon gerechnet wird.

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist eben ein Punkt von vielen, warum die GroKo nicht reicht. Wenn wir das wollen - sowohl das Familienpflegegeld wie auch eine Vollversicherung -, dann brauchen wir andere Mehrheiten, und es ist wunderbar, dass wir das heute im Leitantrag zum Sozialstaat fordern, dass wir bei der Pflege vorangehen. - Vielen Dank.

(Beifall)

ERGEBNISSE DES ERSTEN WAHLGANGS DER WAHLEN DER WEITEREN MITGLIEDER ZUM PARTEIVORSTAND

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen und Genossen, wie Anke angekündigt hat, unterbrechen wir jetzt diese hoch spannende Debatte zu „Sozialstaat“, die uns so gut zu Gesicht steht.

Wir haben aber auch etwas hoch Spannendes: Wir haben das Ergebnis des ersten Wahlgangs der Beisitzer und Beisitzerinnen. Monika Schaal wird uns dieses Ergebnis jetzt vorstellen.

Monika Schaal, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:

Vielen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe euch jetzt die Ergebnisse der Wahl der weiteren Mitglieder im Parteivorstand bekannt.

Insgesamt sind 26 Beisitzerinnen und Beisitzer zu wählen. Für eine Wahl im ersten Wahlgang ist mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.

((Zuruf)e: 24!)

- 24? Hier steht „26“.

((Zuruf)e)

- Ein Schreibfehler, höre ich gerade. - Danke schön.

Abgegeben wurden 595 Stimmzettel. Davon waren 16 Stimmzettel ungültig. Also waren 579 Stimmzettel gültig. Das notwendige Quorum im ersten Wahlgang liegt somit bei 290 Stimmen.

Ich werde euch jetzt die Wahlergebnisse im Einzelnen ansagen:

Doris Ahnen wurde mit 392 Stimmen gewählt,

(Beifall)

Niels Annen mit 232 Stimmen leider nicht gewählt, Klaus Barthel mit 114 Stimmen leider nicht gewählt, Aziz Bozkurt mit 166 Stimmen leider nicht gewählt, Leni Breymaier mit 267 Stimmen leider nicht gewählt, Martin Dulig mit 260 Stimmen leider nicht gewählt, Michaela Engelmeier mit 265 Stimmen leider nicht gewählt. Wiebke Esdar ist mit 365 Stimmen gewählt.

(Beifall)

Franziska Giffey ist mit 327 Stimmen gewählt.

(Beifall)

Kerstin Griese ist mit 392 Stimmen auch gewählt.

(Beifall)

Uli Grötsch ist mit 326 Stimmen gewählt.

(Beifall)

Daniela Harsch ist mit 141 Stimmen leider nicht gewählt, Frauke Heiligenstadt mit 206 Stimmen leider nicht gewählt, Gustav Horn mit 208 Stimmen leider nicht gewählt, Oliver Kaczmarek mit 278 Stimmen leider nicht gewählt, Cansel Kiziltepe mit 200 Stimmen leider nicht gewählt, Annika Klose mit 154 Stimmen leider nicht gewählt, Gerhard Ludwig mit 12 Stimmen leider auch nicht gewählt, Heiko Maas mit 227 Stimmen leider nicht gewählt, Bettina Martin mit 197 Stimmen leider nicht gewählt, Christoph Matschie mit 134 Stimmen leider nicht gewählt. Matthias Miersch wurde mit 404 Stimmen gewählt.

(Beifall)

Michael Müller wurde mit 168 Stimmen leider nicht gewählt. Maria Noichl wurde mit 181 Stimmen leider nicht gewählt. Aydan Özoguz wurde mit 184 Stimmen leider nicht gewählt. Katja Pähle wurde mit 182 Stimmen leider nicht gewählt. Boris Pistorius wurde mit 340 Stimmen gewählt.

(Beifall)

Daniel Rinkert wurde mit 188 Stimmen leider nicht gewählt. Michael Roth wurde mit 308 Stimmen gewählt.

(Beifall)

Sara Ryglewski wurde mit 292 Stimmen gewählt.

(Beifall)

Dagmar Schmidt wurde mit 308 Stimmen gewählt.

(Beifall)

Svenja Schulze wurde mit 313 Stimmen gewählt.

(Beifall)

Joachim Schuster wurde mit 121 Stimmen leider nicht gewählt. Alexander Schweitzer wurde mit 301 Stimmen gewählt.

(Beifall)

Ralf Stegner wurde mit 165 Stimmen leider nicht gewählt. Andreas Stoch wurde mit 217 Stimmen leider nicht gewählt. Johanna Uekermann wurde mit 361 Stimmen gewählt.

(Beifall)

Boris Velter wurde mit 52 Stimmen leider nicht gewählt. Dietmar Woidke wurde mit 346 Stimmen gewählt.

(Beifall)

Serdar Yüksel wurde mit 230 Stimmen nicht gewählt.

Insgesamt wurden 14 Mitglieder gewählt. Davon sind 8 Frauen.

Das weitere Verfahren erzählen euch andere.

(Beifall)

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

Liebe Monika, erst einmal vielen Dank für diesen Bericht.

Viele von uns sind ja schon viele Parteitage dabei, und manche sind zum ersten Mal dabei. Ich erlaube mir einfach eine Anmerkung: Ich kenne überhaupt keinen Bundesparteitag, auf dem Beisitzerinnen und Beisitzer, der ohne einen zweiten Wahlgang ausging. Das heißt, das ist ein erwartbarer Prozessschritt, in den wir jetzt auch mit aller Sorgfalt hineingehen wollen. Deshalb haben wir gleich einen Verfahrensvorschlag. Aber zunächst einmal hat Saskia das Wort. Bitte!

Saskia Esken, Parteivorsitzende:

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben erst einmal ein schönes Ergebnis. Wir haben hochzahlige Ergebnisse für viele, die jetzt bereits gewählt wird. Erst einmal meinen ganz herzlichen Glückwunsch an diejenigen, die es im ersten Wahlgang geschafft haben. Für den zweiten Wahlgang will ich euch ans Herz legen, dass unsere Partei natürlich auch nicht nur die Einheit der Flügel und die Einheit der Frauen und der Männer, was wir ja auch in den Statuten stehen haben, zu berücksichtigen hat, sondern dass wir auch nach den Regionen gucken müssen.

Wir haben in den östlichen Bundesländern noch ein paar Kandidatinnen und Kandidaten, die eure Unterstützung verdient haben, damit wir auch nach außen signalisieren können, dass sich die Einheit des Landes, die jetzt 30 Jahre alt ist was eine sehr, sehr schöne Sache ist , auch in unserem Vor-

stand abbildet. Ich bitte euch darum, ein bisschen darauf zu achten. - Danke.

(Beifall)

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Saskia. - Der Vorschlag des Tagungspräsidiums ist jetzt das kennen viele eine Sitzungsunterbrechung, weil ja auch Beratungsbedarf besteht, wer und wie man in den nächsten Wahlgang geht. Deshalb werde ich nach der Pause, von der ich vorschlage, dass sie um 12.00 Uhr endet, abfragen, wer von jenen in den zweiten Wahlgang geht, die im ersten Wahlgang nicht eine hinreichende Stimmzahl erreicht haben. Wir sehen uns hier um 12.00 Uhr wieder, also in 20 Minuten. - Vielen Dank.

(Unterbrechung von 11.42 Uhr bis 12.08 Uhr)

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen und Genossen! Es gab ja einen Aufruf, dass wir gerne fortsetzen würden. Von hier oben aus ist jetzt ganz schwer festzustellen, wo noch Beratungsbedarf besteht. Ihn allein daraus zu schließen, dass Gruppen zusammenstehen, ist unglaublich kompliziert von hier aus. Wenn ihr so langsam eure Plätze wieder einnehmen würdet, wäre das sehr schön. Sollte es noch sehr umfangreichen Beratungsbedarf in einer Delegation geben, dann wollen wir das nicht verwehren, aber dann müssten wir das hier oben wissen.

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben sehr unterschiedliche Beratungsstände. Einige Delegationen haben ihre Beratungen abgeschlossen, andere sind aber noch mittendrin. Damit ihr mit eurer Zeit einigermaßen planvoll umgehen könnt, schlägt das Tagungspräsidium vor, dass wir um 12.30 Uhr fortsetzen. Es sind noch 15 Minuten. So können auch diejenigen, die nicht mehr beraten müssen, mit den 15 Minuten noch wertvolle andere Dinge machen.

(Unterbrechung von 12. 14 Uhr bis 12.31 Uhr)

ZWEITER WAHLGANG DER WAHLEN DER WEITEREN MITGLIEDER ZUM PARTEIVORSTAND

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen und Genossen! Nach meiner Uhr sind wir jetzt wieder miteinander verabredet. Um ordentlich fortsetzen zu können, wäre es sehr schön, wenn ihr eure Plätze einnehmen würdet. - Ich formuliere noch einmal, wie ich das meinte, indem ich das zuspitze: Bitte hinsetzen!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte wirklich um eure ungeteilte Aufmerksamkeit, weil wir jetzt den zweiten Wahlgang miteinander vorbereiten. Dafür brauche ich eure Unterstützung, und zwar von allen.

((Zuruf): NRW braucht noch fünf Minuten!)

Die Delegation aus NRW hat mich gebeten, ihnen noch einmal fünf Minuten Beratungszeit zu geben. Ich gebe diese Beratungszeit gerne das sage ich allen , weil ich möchte, dass wir hier zu Ergebnissen kommen, die den guten Geist, den wir haben, auch bei Wahlgängen sichtbar machen.

(Beifall)

Deshalb bitte ich diejenigen, die schon fertig sind, um weitere fünf Minuten Geduld.

(Unterbrechung von 12.34 Uhr bis 12:39 Uhr)

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen und Genossen! Die fünf Minuten sind gut überschritten. Ich sehe zwar, dass noch beraten wird, aber ich muss auch dafür Sorge tragen, dass wir voranschreiten. Meine Aufgabe ist es jetzt, nachzufragen, welche Kandidaten und Kandidatinnen in den zweiten Wahlgang gehen.

Ich werde jetzt alphabetisch, so wie das auch auf dem Stimmzettel stand, jene aufrufen, die im ersten Wahlgang nicht gewählt worden sind, und sie fragen, ob sie für den zweiten Wahlgang zur Verfügung stehen. Dann müssen sie mit Ja oder Nein antworten. So schreiten wir voran. Dann sind wir in der Situation, dass wir den Stimmzettel für den zweiten Wahlgang vorbereiten können. Während er hergestellt wird, fahren wir in der Antragsberatung fort. Das sind unsere nächsten Arbeitsschritte.

Ich bitte jetzt um Antworten.

Niels Annen, kandidierst du im zweiten Wahlgang?

(Niels Annen: Ja!)

Klaus Barthel, kandidierst du im zweiten Wahlgang?

(Klaus Barthel: Nein!)

Nein. Ich wiederhole das für alle, weil nicht alle ein Mikrofon haben.

Aziz Bozkurt, kandidierst du für den zweiten Wahlgang? - Du hast signalisiert, eine persönliche Erklärung abgeben zu wollen. Ich gebe dir jetzt Gelegenheit dazu.

Aziz Bozkurt, Berlin:

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir hatten das auch schon beim letzten Mal. Ich hoffe, ihr gewährt mir den Moment, kurz eine persönliche Erklärung zu dem Ergebnis in der ersten Runde abzugeben.

Wir haben uns ja 2011, also schon vor acht Jahren, eine Selbstverpflichtung gegeben, 15 Prozent Menschen mit Einwanderungsgeschichte in unseren Führungsgremien abzubilden. Aktuell haben wir eine Person darin, nämlich Serpil. Ihr habt da eine sehr gute Wahl getroffen. Ich glaube, wir werden als SPD noch viel Spaß daran haben.

(Beifall)

Ich habe euch gestern auch erzählt, wie sich die Zustimmungswerte innerhalb weniger Jahre bei den Menschen mit Einwanderungsgeschichte halbiert haben, die 25 Prozent dieser Gesellschaft ausmachen. Das ist also keine kleine Größe, sondern eine wichtige Größe, die auch immer eine sichere Bank für die SPD war. Aber sicher ist heute gar nichts mehr.

Der zweite Grund, warum wir in dieser Gruppe verlieren, ist, dass wir unser Gesicht verloren haben. Die einzige Person in der Regierung, die eine Einwanderungsgeschichte hatte, war Aydan Özoguz. Sie hat durch die Presse erfahren, dass sie ihr Amt verloren hat. Wir haben unser einziges Gesicht verloren!

Deshalb ist es ganz wichtig ich hoffe, ihr geht da mit , dass wir das Zeichen, das wir am Anfang mit Serpil gesetzt haben, weiterführen. Ich möchte sehr stark für drei Personen werben.

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

Darf ich dich unterbrechen, Aziz? - Du bist gerade dabei, eine persönliche Erklärung abzugeben. Ich

bitte dich sehr, dass du dich daran hälst und dass du bitte abschließt, uns wissen zu lassen, ob du kandidierst oder nicht. Das ist der Rahmen für die persönliche Erklärung. - Bitte setze fort!

(Beifall)

Aziz Bozkurt, Berlin:

Okay. Ich kann dann abschließend nur dafür werben, dass ihr den Geist, den ihr mit der Vielfalt gestartet habt, die ihr an die Spitze gewählt habt, auch weiterführt; denn es gibt sehr gute Personen. Es steht der Partei gut, dass sie darstellt, dass sie die Vielfaltspartei in diesem Land ist und dies auch engagiert voranbringen will. - Vielen Dank.

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

Heißt das, dass du kandidierst?

Aziz Bozkurt, Berlin:

Ich ziehe zurück.

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

Du ziehst zurück. - Ich frage: Leni Breymaier, kandidierst du im zweiten Wahlgang?

(Leni Breymaier: Ja!)

Ich habe ein Ja gehört.

Martin Dulig, kandidierst du?

(Martin Dulig: Ja!)

Ja.

Michaela Engelmeier, kandidierst du?

(Michaela Engelmeier: Ja!)

Ja.

Daniele Harsch, kandidierst du?

(Daniele Harsch: Nein!)

Nein.

Frauke Heiligenstadt, kandidierst du?

(Frauke Heiligenstadt: Ja!)

Ich habe ein Ja gehört.

Gustav Horn, kandidierst du?

(Gustav Horn: Ja!)

Ich habe ein Ja gehört.

Oliver Kaczmarek, kandidierst du?

(Oliver Kaczmarek: Ja!)

Ja.

Ich habe von Gerhard Ludwig eine Information, dass er seine Kandidatur für den zweiten Wahlgang zurückzieht.

Ich frage: Cansel Kiziltepe, kandidierst du?

(Cansel Kiziltepe: Ja!)

Ja.

Ich frage: Annika Klose, kandidierst du?

(Annika Klose: Ja!)

Ich habe ein Ja gehört.

Heiko Maas, kandidierst du?

(Heiko Maas: Ja!)

Ja.

Bettina Martin, kandidierst du?

(Bettina Martin: Ja!)

Ich habe ein Ja gehört.

Christoph Matschie, kandidierst du?

(Christoph Matschie: Ja!)

Ja.

Michael Müller, kandidierst du?

(Michael Müller: Nein!)

Ich habe ein Nein gehört.

Maria Noichl, kandidierst du?

(Maria Noichl: Ja!)

Ja.

Aydan Özoguz, kandidierst du?

(Aydan Özoguz: Ja!)

Ja.

Katja Pähle, kandidierst du?

(Katja Pähle: Ja!)

Ja.

Daniel Rinkert, kandidierst du?

(Daniel Rinkert: Nein!)

Nein.

Ich habe eine Nachricht, dass Joachim Schuster nicht kandidiert. Joachim Schuster, ist das richtig?

(Joachim Schuster: Ja, ich kandidiere nicht!)

Ja.

Ich frage: Ralf Stegner, kandidierst du?

(Ralf Stegner: Nein!)

Nein.

Ich frage: Andreas Stoch, kandidierst du?

(Andreas Stoch: Ja!)

Ja.

Ich habe eine Nachricht von Boris Velter, dass er nicht kandidiert. Trifft das zu?

(Boris Velter: Ich verzichte!)

Ja.

Ich frage: Serdar Yüksel, kandidierst du?

(Serdar Yüksel: Ja!)

Ja.

(Beifall)

Diesen Stimmzettel bereiten wir jetzt vor. Ich freue mich.

Ich gebe weiter an Anke, damit wir die Antragsberatungen fortsetzen. Dieser Arbeitsschritt dient ausschließlich dazu, den Stimmzettel vorbereiten zu können. Weitere Informationen über den Wahlgang gibt es, wenn der Wahlgang ansteht.

FORTSETZUNG AUSSPRACHE PV 1: ARBEIT-SOLIDARITÄT-MENSCHLICHKEIT: EIN NEUER SOZIALSTAAT FÜR EINE NEUE ZEIT

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen und Genossen, dann übernehme ich gerne wieder und führe euch damit zurück in unsere Antragsberatungen zu unserem großen Sozialstaatskonzept. Das gibt uns natürlich die Möglichkeit, noch mal vor allem auch den Blick auf unsere inhaltliche Ausrichtung zu lenken. Wir waren gerade noch in der Aussprache dazu und haben noch eine ganze Reihe von Wortmeldungskarten. Noch über 20 Redebeiträge sind zu erwarten. Wir werden aber nachher noch mal die Aussprache unterbrechen, weil wir dann auch noch mal sehr schnell in den Wahlgang einsteigen wollen.

Wir hätten als nächsten Redner - ich hoffe, er ist bereit - Tim Huß, dann folgt Sasa Raber. - Tim Huß, Hessen-Süd, zu unserem Sozialstaatspapier.

(Beifall)

Tim Huß, Hessen-Süd:

Ich bin schon da.

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Er ist schon da. Das ist ja wunderbar.

Tim Huß, Hessen-Süd:

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist vielleicht nicht so ganz einfach, nach so einem aufwühlenden Wahlgang wieder in die inhaltliche Debatte einzusteigen. Aber natürlich ist das richtig und wichtig, und ich mache das gerne. Wir haben ein Sozialstaatskonzept, das sehr gut ist. Es gibt viele Punkte, die mich sehr happy machen, und ich will drei davon nennen.

Erstens. Wir schaffen einen neuen Dienstleistungsstaat, der das Recht auf Arbeit tatsächlich in den Mittelpunkt stellt, der Antworten gibt auf die rasend schnell wandelnden Jobbeschreibungen und der auch die Unsicherheit, die mit Klimawandel und Digitalisierung einhergeht, in Sicherheit umwandelt.

Zweitens. Wir sagen dem Blödsinn vom bedingungslosen Grundeinkommen endlich den Kampf an.

Wer meint, den Sozialstaat und die Sozialversicherung zu plündern, um Geld mit der Gießkanne auszuschütten, der ist kein Visionär des Fortschritts, sondern der vertritt einen neoliberalen Rumpfstaat, und das wollen wir nicht.

(Beifall)

Menschen in Arbeit zu bringen, liebe Genossinnen und Genossen, ist ein komplexes Thema. Statt einfachen Antworten brauchen wir vielfältige Dienstleistungsmöglichkeiten und Unterstützungsmaßnahmen für den Einzelnen. Wir brauchen einen modernen Sozialstaat, der den Menschen nicht auf den Sack geht, sondern der supported und unterstützt, wo er nur kann. Diesen Sozialstaat gibt es nicht - noch nicht. Den gibt es noch nicht, weil die SPD ihn auch noch nicht erfunden hat. Aber das ändert sich mit dem heutigen Tag.

Es gibt, Genossinnen und Genossen, nur eine Partei in diesem Land, die jenseits der Schlagwörter eine Antwort auf die digitale Arbeitswelt hat, und das ist eine grunderneuerte SPD, die nicht nur zwei neue Vorsitzende gewählt hat, sondern die auch gute, kluge, innovative Antworten auf die Zukunft der Arbeit gibt. Ich muss sagen: Ich mag dieses „Wir müssen nur zuversichtlich sein“-Gerede nicht. Aber auf dieses Sozialstaatskonzept, Genossinnen und Genossen, können wir wirklich stolz sein.

(Beifall)

Der dritte Punkt ist, dass bei der Frage Sanktionierung nachgebessert worden ist. Es gibt noch mal einen Änderungsantrag, der das noch mal verschärft. Ich will dazu Folgendes sagen: Die sanktionsfreie Armutssicherung gehört zu einem modernen Sozialstaat absolut zwingend dazu. Sie gibt nämlich jene Sicherheit im Leben, die eine gerechte Gesellschaft ausmacht, und sie verhindert gleichzeitig Neiddebatten, Nebenkriegsschauplätze und all das, womit die politischen Rechten unser Klima vergiften.

Es ist wichtig, zu wissen: Egal, was passiert, welchen Schicksalsschlag ich gerade erleide: Es gibt immer eine Armutssicherung, die mich auffängt, die meine Würde in schwierigen Zeiten sichert. Da brauche ich mich auch nicht panisch in irgendwelche Ideologien zu stürzen. Ich bin überzeugt: Das beste Rezept gegen die Rassisten der AfD lautet immer noch, den Menschen soziale Sicherheit geben, den Menschen die Angst nehmen, den Menschen ein würdiges Leben zu ermöglichen. Das ist eine ursozialdemokratische Idee, deren Aufgabe für uns im 21. Jahrhundert ist.

Genossinnen und Genossen, nichts davon steht im Widerspruch zum Recht auf Arbeit. Keine soziale Sicherung, keine sanktionsfreie Armutssicherung, kein Auffangnetz hindert uns daran, unsere Energie darauf zu konzentrieren, Menschen in Arbeit zu bringen. Das ist das Gegenteil der Fall: Wenn wir unsere Behörden bei der Aufgabe entlasten, die Ärmsten zu kontrollieren, dann schaffen wir auch Ressourcen, das Recht auf Arbeit mit Maßnahmen zu hinterlegen, mit Leben zu füllen und tatsächlich auch umzusetzen. Wir haben ein gutes Sozialstaatskonzept. Lasst es uns besser machen. Ich werbe dafür um Unterstützung. - Vielen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Danke dir. - Sasa Raber und dann Sepp Parzinger.

Sasa Raber, Berlin:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Worum geht es mir jetzt? Es geht um den Mindestlohn für Beschäftigte in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen. Vorweg: Ja, wir sind uns bewusst, dass wir damit perspektivisch nicht nur ein Gesetz anfassen müssen.

Wir können stolz darauf sein, den Mindestlohn umgesetzt zu haben. Doch auch hier gibt es eben noch einiges für uns zu tun. Aktuell bekommen Beschäftigte in Behindertenwerkstätten lediglich eine Aufwandsentschädigung von unter 2 Euro die Stunde. Ihr Einkommen wird ansonsten durch Sozialleistungen gesichert. Dieses System wollen wir langfristig umkehren. Wir sind der Meinung: Wer seine möglichste Leistung erbringt, sollte mindestens die Anerkennung eines Mindestlohns erhalten.

(Beifall)

Im Übrigen ist es unsere Verpflichtung, dies umzusetzen, wenn wir Artikel 27 Abs. 1 der UN-Behindertenrechtskonvention einhalten wollen, in dem es heißt, dass es Menschen mit Behinderungen möglich sein soll - Zitat -, den Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen, die in einen offenen, integrativen und für Menschen mit Behinderungen zugänglichen Arbeitsmarkt und Arbeitsumfeld frei gewählt oder angenommen wird, eben genau wie nicht behinderte Menschen.

Hierzu haben sowohl wir, der Kreisverband Marzahn-Hellersdorf, als auch Hessen-Nord Anträge eingebracht. Daher habe ich mich gestern mit Dagmar Schmidt und Kerstin Griese abgestimmt und stelle nun folgenden Änderungsantrag, der sehr kurz ist, weshalb ich ihn auch einmal im Wortlaut vorstellen werde:

Ergänze auf Seite 44, Zeile 2: Dazu gehört auch, dass die Entlohnung in den Werkstätten für Menschen mit Behinderung transparenter, nachhaltiger und besser werden soll und sich perspektivisch am gesetzlichen Mindestlohn orientieren und mit den Sozialversicherungsleistungen in Einklang gebracht werden soll.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, ich bitte euch nun nicht nur um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag, sondern auch um Unterstützung bei unserer laufenden Online-Petition und um eure Aufmerksakeit in den notwendigen anstehenden Diskussionen zum Thema „Inklusive Arbeitswelt“. Denn jede Arbeit verdient Respekt. - Vielen lieben Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Ganz herzlichen Dank. - Sepp Parzinger hat jetzt das Wort. Ihm folgen Katharina Stier und dann Martin Rosemann.

(Beifall)

Josef Parzinger, Bayern:

Liebe Genossinnen und Genossen, seit ich in dieser Partei bin, diskutieren wir darüber, wann er uns endlich gelingt, der Befreiungsschlag von der Genderpolitik, wann er uns gelingt, der Befreiungsschlag von Hartz IV und vom Niedriglohnsektor, liebe Genossinnen und Genossen, und wann endlich der große Wurf kommt. Ich glaube, in ganz vielen Bereichen ist dieses Sozialstaatspapier auch der große Wurf. Und in ganz vielen Bereichen, die für uns als Jusos wichtig sind, kommen wir da eben massive Schritte voran.

Zwei Punkte, die wir gerne noch ergänzen würden - das ist ein Absatz bei dem ganzen Bereich zum Thema Ausbildung; das ist für uns ein wichtiges Thema; da haben wir ganz viel in den letzten Monaten erreicht -: einmal die Mindestausbildungsvergütung. Vielen Dank an der Stelle auch an Olli Kaczmarek und an Yasmin Fahimi für die Unterstützung, die das Ganze im Bundestag mit umgesetzt haben.

Dann auch noch mal natürlich weitergehende Forderungen, die wir beim Thema Ausbildung auch brauchen, wo es um eine Ausbildungsplatzumlage geht, wo es um ein Recht auf Ausbildung geht.

Ein zweiter Punkt ist, dass wir uns sehr gerne mit den Sozialverbänden und den Gewerkschaften zusammensetzen würden, um eben das Bürger*innengeld zukünftig in der Höhe auch auszudiskutieren. Dazu haben wir auch einen Änderungsantrag vorgelegt.

Dann habe ich noch einen Punkt, den ich ansprechen möchte, wo ich mir gedacht hätte, das wäre heute nicht mehr das große Thema, und das würden wir hinbekommen. Als ich heute Morgen aufgestanden bin, bin ich auf diesen Parteitag gefahren, weil ich mir sicher war, dass wir es schaffen, eine Mehrheit für die Komplettabschaffung der Sanktionen bei der Grundsicherung zu schaffen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Als ich heute Morgen aufgestanden bin, hierher gefahren bin, habe ich noch mal durchgezählt, wie viele SPD-Landesverbände Beschlüsse gefasst haben in den letzten ein, zwei Jahren, wo wir eben

genau diese Komplettabschaffung aller Sanktionen beschlossen haben, liebe Genossinnen und Genossen. Genau deswegen liegen heute zehn Worte vor, die wir streichen wollen, zehn Worte, die eben die Komplettabschaffung auch heißen. Das ist ein gemeinsamer Antrag von Franziska und eben von uns als Jusos.

Liebe Genossinnen und Genossen - das habe ich mir extra noch mal aufgeschrieben -, es ist so, dass wir Beschlüsse haben in den verschiedenen Landesverbänden. Ich bin mir sicher, dass wir hier heute eine Mehrheit haben für die Abschaffung der Sanktionen, für die Komplettabschaffung der Sanktionen. Ich würde euch darum bitten: Manchmal gibt es den Punkt, wo man sich genau überlegen muss: Ist das, was mir meine Delegationsleitung, ist das, was hier gerade von der Antragskommission vorgeschlagen wird, der richtige Weg?

Ich glaube, als Sozialdemokratie sollten wir genau diesen Weg wählen und uns nicht in Formelkompromisse verstricken, bei denen die Befürworter von Sanktionen sagen: „Ja, das ist ein guter Kompromiss“, und die Gegner von Sanktionen genau das Gegenteil herauslesen.

Ich glaube, wir brauchen heute eine Entscheidung darüber, dass wir Sanktionen endlich abschaffen, und deswegen würde ich euch bitten: Hört auf euer Herz, hört auf euren Verstand, und stimmt den Änderungsanträgen von den Jusos und von Franzi Drohsel zu! - Vielen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Katharina Stier hat als Nächstes das Wort, und ihr folgt Martin Rosemann. Es kann sich schon bereithalten: Daniela Kolbe.

Katharina Stier, Hessen-Süd:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich stehe heute das erste Mal auf einem Bundesparteitag. Ich bin als Delegierte nachgerückt und spreche hier als eines der Basismitglieder, von denen ihr seit Monaten so gerne sprecht. Ich möchte euch heute meinen Blick zum Thema „Hartz IV“ deutlich machen.

Als Wahlkämpferin, als ehemalige Ortsvereinsvorsitzende habe ich Hunderte, Tausende - ich weiß nicht, wie viele - Stunden an Infoständen gestanden, und immer wieder - eigentlich mindestens jedes zweite Mal - ging es um Hartz IV, ging es um die Agenda. Diese Debatte muss ich immer wieder führen, und ich bin so stolz darauf, dass wir heute ehrlich darüber diskutieren, aber wir müssen auch schauen, welches Signal wir heute rauschicken.

Ich war so glücklich, als Saskia gesagt hat: Wir waren die Partei, die Hartz IV eingeführt hat, und wir wollen heute auch die Partei sein, die Hartz IV überwindet.

(Beifall)

Nur: Was bedeutet das denn? Um zurückzukommen auf die Leute, denen ich am Infostand begegne: Das sind Menschen, die Existenzängste haben. Ich möchte euch bitten, darüber nachzudenken, ob wir mit dem Antrag, der bisher vorliegt, diesen Menschen diese Existenzängste nehmen. Ich denke, nein, obwohl sehr viele gute Vorschläge darin sind - keine Frage. Danke für die Arbeit! Aber diese Menschen haben Angst vor Sanktionen. Diese Menschen haben Angst davor, unter eine Grenze zu rutschen, bei der sie wissen: So können sie ihr Leben nicht mehr bestreiten. - Das ist das, was mir an den Infoständen begegnet ist.

Deshalb möchte ich euch heute bitten, diesen Blick zu haben und zu überlegen: Welches Signal schicken wir heute von diesem Parteitag? Welches Signal wollen wir schicken? Überwinden wir tatsächlich Hartz IV, wenn wir die Sanktionen nicht abschaffen? Ich denke, nein, und ich bitte euch deshalb darum, sich die Anträge von Franziska ganz genau anzugucken und dann - ich finde, das hat mein Vorredner sehr schön gesagt - mit dem Herzen zu entscheiden. - Vielen Dank. Glück auf!

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Danke schön. - Martin Rosemann ist bereits auf dem Weg. Daniela Kolbe ist dann die Nächste - und dann Michael Groß aus Nordrhein-Westfalen.

Martin Rosemann, Baden-Württemberg:

Liebe Genossinnen und Genossen, Hubertus Heil hat vorhin darauf hingewiesen, dass uns auch in Zukunft die Arbeit nicht ausgehen wird. Aber die Arbeit wird sich durch die Digitalisierung, durch den technologischen Wandel und durch den Strukturwandel verändern. Wir sehen das ja schon; die Vorboten sind unterwegs - beispielsweise in der Automobilindustrie und vor allem bei den Zulieferern.

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist besonders wichtig, dass wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten heute sagen: Unsere Antwort darauf heißt: Recht auf Arbeit statt bedingungsloses Grundeinkommen. Wir schaffen Perspektiven für alle. Schutz und Chancen im Wandel!

(Beifall)

Es geht ganz konkret darum, jedem und jeder, der oder die von Veränderung betroffen ist, eine neue

Perspektive aufzuzeigen, Unterstützung zu bieten - zu beraten und zu qualifizieren. Und es geht darum, zu handeln, bevor das Kind in den Brunnen gefallen ist, also Arbeitslosigkeit zu verhindern, bevor sie überhaupt entsteht, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Mit dem Qualifizierungschancengesetz sind wir einen wichtigen Schritt vorangegangen, aber es geht um mehr als um einzelne Instrumente; es geht um ein neues Sicherheitsversprechen. Es geht darum, dass der Sozialstaat als Partner in den Krisen der Einzelnen da ist und unterstützt. Das gilt für alle Bereiche des Sozialstaats, für die Sozialversicherung genauso wie für die Grundsicherungssysteme, und es kommt darauf an, dass wir diese Hilfe und Unterstützung für die Einzelnen unbürokratisch und wie aus einer Hand organisieren, sodass die Leute nicht vom Jobcenter zur Wohngeldstelle und wieder zurückgeschickt werden und nicht von der Rentenversicherung zur Krankenversicherung geschickt werden, während keiner zuständig sein will. Nein, wir müssen sagen: Ja, wo du hingehst, da wirst du unterstützt, da wirst du beraten, und da wird dir geholfen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, es geht um einen Kulturwandel im Sozialstaat. Es geht darum, dass diejenigen, die auf Unterstützung angewiesen sind, eben nicht als Bittstellerinnen und Bittsteller behandelt werden, sondern als Bürgerinnen und Bürger mit eigenen Rechten, liebe Genossinnen und Genossen.

Wenn wir diesen Kulturwandel schaffen - auch in den Jobcentern -, dann, finde ich, können wir von den Einzelnen auch verlangen, dass sie selbst daran mitwirken, Ihre Situation besser zu machen. Natürlich müssen sich die Mitwirkungspflichten immer an den Möglichkeiten des oder der Einzelnen orientieren und auch auf individuelle Härten Rücksicht nehmen - das ist doch ganz klar -, aber ich bin mir sicher, Genossinnen und Genossen, Mitwirkungspflichten erwarten auch diejenigen, die selbst mitwirken; das sollten wir nicht vergessen.

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Martin!

Martin Rosemann, Baden-Württemberg:

Liebe Genossinnen und Genossen, es geht um den Sozialstaat als Partner. Es geht um Hilfe und Unterstützung in unterschiedlichen Lebenslagen. Lasst uns mit dem Sozialstaat als Partner das Leben für die Menschen wirklich einfacher machen! - Herzlichen Dank.

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Danke schön. - Martin, wir müssen ein bisschen auf die Redezeit achten, weil wir verständlicherweise sehr viele Wortmeldungen haben. - Daniela Kolbe ist die Nächste und danach Michael Groß aus Nordrhein-Westfalen.

Daniela Kolbe, Parteivorstand:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin richtig stolz auf dieses Sozialstaatspapier, und mit dem Wort „Stolz“ gehe ich persönlich sehr, sehr sparsam um.

Wir machen hier einen richtig gewaltigen Schritt, weil wir die Perspektive des Sozialstaates komplett ändern. Wir lassen Hartz IV wirklich hinter uns, das ja im Wesen und im Kern wirklich sehr paternalistisch mit den Betroffenen umgeht. Das angebliche Fordern und Fördern kommt bei vielen Menschen als „Ich werde kleingemacht, ich bin hilflos“ an. Wir wollen das jetzt komplett ändern. Wir wollen einen Sozialstaat auf Augenhöre, der für die Menschen und mit den Menschen gestaltet, und das ist der richtige Weg.

Wir machen das, indem wir alle Menschen, die arbeiten, über ein Recht auf Arbeit absichern. Wir stellen diejenigen, die lange gearbeitet haben, richtig deutlich besser. Menschen, die aufstocken müssen, müssen nicht mehr zum Jobcenter gehen. Sie sollen zur Bundesagentur für Arbeit. Und wir wollen die Kinder mit unserer sozialdemokratischen Kindergrundsicherung aus Hartz IV holen.

Ein Aspekt ist noch gar nicht so angesprochen worden, den ich persönlich sehr wichtig finde: Wir wollen uns auch den Zettelwust vornehmen. - Ich weiß nicht, ob ihr mal solche Bescheide gesehen habt. Der umfassendste, den ich mal gesehen habe, war über 30 Seiten lang. Ich habe den nicht verstanden, und ich bin eigentlich keine, die Angst vor Zahlen hat. Mein Jobcenter hat schon Bescheide verschickt, die 150 Seiten dick waren; sie kommen dann nicht im Umschlag, sondern als Päckchen, und das ist ein Päckchen, über das sich keiner freut - weder die Person, die das aufschreibt und berechnet, noch die Person, die es bekommt. Da müssen wir ran, wenn wir einen Sozialstaat wollen, der die Menschen ernst nimmt. Die müssen es nämlich auch verstehen können.

Aber auch das Thema „Sanktionen“ hat einen Einfluss darauf, wie der Sozialstaat wahrgenommen wird. Mir geht eine Begegnung nach. Ich war in der Beschwerdestelle meines Jobcenters und durfte dort hospitieren. Herein kam eine Frau mit einem Säugling. Sie war total aufgelöst; sie hatte bis tief in die Nacht einen Widerspruch geschrieben, weil sie gedacht hat, dass sie eine Sanktion bekommen hat, weil ihre Wohnung zu teuer sei. Die Frau war wirklich fertig.

Ein Blick auf den Bescheid hat gezeigt: Nein, das war gar keine Sanktion, es hatte sich nur jemand verrechnet. - Aber der Druck, der hier auf Menschen ausgeübt wird, wodurch sie das Gefühl haben, jederzeit wegen Kleinigkeiten sanktioniert zu werden, belastet eben gerade dieses Verhältnis des Sozialstaates zu denjenigen, die Hilfe dringend nötig haben.

Deswegen müssen wir da ran.

Ich würde Sanktionen nicht komplett abschaffen. Aber ich würde sie auf die Fälle beschränken, wo sie wirklich helfen. Und die Regelsanktionierungen beim Thema Termine helfen nicht.

(Beifall)

Ich sage ganz klar: Der Kompromiss, der hier vorgelegt wurde, hilft aus meiner Sicht auch nicht. Denn er verwischt den Konflikt, den wir hier haben. Da kann man alles reinlesen. Die einen sagen: Existenzminimum ist garantiert, auch wenn man 30 Prozent sanktioniert. - Die anderen sagen: Beim Existenzminimum darf man gar nicht sanktionieren. - Ich finde, das ist ein Kompromiss alter Schule. Ich dachte, das hätten wir überwunden.

(Beifall)

Deswegen bitte ich herzlich darum, dass sich alle noch mal an einen Tisch setzen und gucken, ob man nicht einen wirklich sinnvollen Kompromiss hinbekommt, der Konflikte im Zweifel austrägt und nicht verwischt. - Vielen Dank.

(Beifall)

FORTSETZUNG ZWEITER WAHLGANG DER WAHLEN DER WEITEREN MITGLIEDER ZUM PARTEIVORSTAND

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

So, liebe Genossinnen und Genossen, ihr wisst, wenn ihr meine Stimme hört, geht es immer um Wahlen. Das ist auch so. Wir haben alle Vorbereitungen getroffen, sodass der zweite Wahlgang zur Wahl der weiteren Mitglieder des SPD-Parteivorstands stattfinden kann.

Ich möchte euch daran erinnern: Es können höchstens zehn gewählt werden. Damit der Stimmzettel gültig ist, sind aber mindestens fünf zu wählen. Also bei zwischen fünf und zehn liegt ihr richtig. Gewählt sind im zweiten Wahlgang die Kandidatinnen und Kandidaten mit der höchsten Stimmzahl, soweit die Quote nicht verletzt ist. Jetzt haben aber sicherlich einige schon gesehen, dass sich die Quote auf das Gesamtgremium bezieht, sodass wir die Quote erfüllen, wenn zwei Männer und zwei Frauen gewählt sind. Das dürfte ein Leichtes sein - die Anmerkung darf ich mir erlauben.

Habt ihr noch Fragen hinsichtlich dieses Wahlverfahrens? - Nein. Dann werden jetzt die Zettel ausgeteilt. Ich will euch sagen: Diese Handbewegung wird Geschichte machen.

(Beifall)

Ich weiß nicht, ob ihr das so aus dem Ellbogen heraus schafft. Wir sehen es immer mit Freude, Thomas.

Die Kontrollmarke, die ihr aufklebt, muss die Nummer 7 haben. Wenn es mit rechten Dingen zugeht, müsste die auch noch in eurem Pocket sein.

Bitte hebt euren Delegiertenausweis nach oben, wenn ihr noch keinen Stimmzettel habt. Das macht es für die Verteilerinnen und Verteilern einfacher.

Wir beginnen jetzt mit dem Einsammeln. - Liebe Genossinnen und Genossen, ich erlaube mir eine Anmerkung: Ich empfinde es als sehr unruhig im Saal. Das macht es denen, die die Stimmzettel einsammeln, sehr schwer. Bitte habt noch einen Moment Geduld, der Wahlgang wird in Kürze geschlossen. Dann mag gerne Bewegung sein, obwohl auch alle Redner zu den Antragsberatungen ein Recht auf Aufmerksamkeit haben. Macht es jetzt bitte den Einsammelnden leicht. Ich bitte diejenigen, die ihren Stimmzettel noch nicht abgeben konnten, den jetzt hochzuhalten, damit jeder die Chance hat, an der Wahl teilzunehmen.

Ich frage ein letztes Mal: Konnten alle ihren Stimmzettel abgeben? Ist jemand im Saal, der noch einen Stimmzettel hat? - Ja.

Jetzt schließen wir den Wahlgang und fahren mit der Antragsberatung fort.

Ich erlaube mir, in Vertretung von Anke den nächsten Redner aufzurufen. Er hat sich schon bereitgehalten. Michael Groß!

(Beifall)

FORTSETZUNG AUSSPRACHE PV 1: ARBEIT-SOLIDARITÄT-MENSCHLICHKEIT: EIN NEUER SOZIALSTAAT FÜR EINE NEUE ZEIT

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Und auf Michael folgt Susi Möbbeck aus Sachsen-Anhalt.

Michael Groß, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich will es ganz kurz machen. Ich möchte euch auf den Initiativantrag 10 hinweisen und euch bitten, den zu unterstützen. Ich möchte aber zu Beginn als Delegierter aus dem Ruhrgebiet noch mal Hubertus Heil dafür danken, dass wir es geschafft haben, den sozialen Arbeitsmarkt einzuführen und umzusetzen - und das insbesondere auch mit einem Tariflohn.

(Beifall)

Das ist insbesondere im Ruhrgebiet wichtig, weil dort drei Fünftel der Arbeitslosen Langzeitarbeitslose sind. Männer und Frauen sind plötzlich wieder stolz darauf, arbeiten gehen zu können. Und die Kinder sind stolz darauf, dass die Eltern arbeiten gehen. So haben alle in unseren Stadtteilen eine Perspektive.

Ich möchte aber auch Olaf Scholz danken, insbesondere dafür, dass er sich auf den Weg gemacht und gesagt hat: Wir müssen einen Schuldenschnitt erreichen. Das ist ganz wichtig fürs Ruhrgebiet, weil unsere Städte, insbesondere im Ruhrgebiet, handlungsunfähig sind. Das Sozialstaatskonzept wird auch davon leben, inwieweit die Städte und Gemeinden Geld haben, dieses Konzept umzusetzen. Meine Forderung ist natürlich auch, dass der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen nicht nur ein Ankündigungsminister bleibt, sondern dafür sorgt, dass sich das Land zu 50 Prozent am Schuldenschnitt beteiligt.

(Beifall)

Ich möchte auch deswegen auf unseren Initiativantrag hinweisen, weil wir eine Entwicklung haben im Rahmen der Eingliederungshilfe und des Bundesteilhabegesetzes, die die Kommunen zunehmend auch finanziell belastet. Das Bundesteilhabegesetz ist eines der wichtigsten sozialpolitischen Vorhaben, die wir umsetzen. Es folgen noch zwei Reformschritte.

Aber die Ausgabenentwicklung ist so dynamisch, dass wir von 1981 bis heute eine Vervierzehnfachung der Kosten haben - insgesamt zurzeit auf 20 Milliarden Euro. Unser Initiativantrag zielt darauf ab, dass wir sagen: Der Bund muss sich im Rahmen des Konnexitätsprinzips - wer bestellt, der bezahlt - an der Kostenentwicklung beteiligen. - Herzlichen Dank, Glück auf!

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Michael. - Jetzt ist Susi Möbbeck dran, danach Sebastian Schmugler aus Bremen.

Susi Möbbeck, Sachsen-Anhalt:

Liebe Genossinnen und Genossen, was ist die Hauptbotschaft des vorliegenden Antrags? Für mich ist es: Die SPD bleibt die Partei der Arbeit. Arbeit geht eben nicht aus; Arbeit verändert sich; Arbeit muss gestaltet werden. Und Arbeit bleibt auch in Zukunft für die allermeisten Menschen entscheidend für ihre Identität und für ihre gesellschaftliche Teilhabe. Genossinnen und Genossen, deshalb sagen wir hier auch: Das an sich sympathische Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens ist falsch. Wir setzen auf das Recht auf Arbeit.

(Beifall)

Wir wollen das auch nicht nur beschließen, sondern es untersetzen mit einem umfassenden Ansatz zur Begleitung, zur Qualifizierung. Wir wollen das ganz konkret garantieren.

Das Bürgergeld ist dabei nicht nur ein neuer Begriff, sondern es ist eingebettet in ein Unterstüt-

zungssystem, das konsequent die individuellen Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Dieses Konzept geht eben nicht mehr davon aus, dass Menschen erst mal das Sozialsystem missbrauchen wollen, sondern es geht davon aus, dass sie arbeiten wollen, dass sie teilhaben wollen, und wir wollen ihnen dafür die allerbesten Voraussetzungen und Bedingungen ermöglichen. Dieser Ansatz, Genossinnen und Genossen, ist der Ansatz, mit dem wir Hartz IV überwinden. Das ist gut so, und das sollten wir auch klar und deutlich sagen.

(Beifall)

Aber, Genossinnen und Genossen, was ich schade fände, wäre, wenn von diesem Parteitag nur die Botschaft ausgeht, dass wir eine Kampfabstimmung über die völlige Abschaffung von Sanktionen oder darüber, ob das Existenzminimum sanktionsfrei bleiben soll, haben. Das wird diesem Konzept in keiner Weise gerecht, Genossinnen und Genossen. Deswegen unterstütze ich ausdrücklich den Ansatz von Daniela Kolbe: Lasst uns uns hier noch mal am Rande zusammensetzen und gucken, ob wir nicht eine Formulierung finden, die diesem Ansatz wirklich gerecht wird und die deutlich macht, dass wir die ganze Logik verändern wollen. Denn auch klar ist: Wer Teilhabevereinbarungen abschließt, wer ein umfassendes Unterstützungskonzept hat, der muss auch auf die Verbindlichkeit dieser Teilhabevereinbarungen setzen. Deshalb, Genossinnen und Genossen: Wir müssen eine Formulierung finden, die es uns ermöglicht, die Umkehrung dieses Konzepts wirklich deutlich zu machen.

Genossinnen und Genossen, dieses Konzept kann die Grundlage für eine Erneuerung unserer gemeinsamen Identität als Partei der Arbeit auch in der Zukunft sein. Sie kann die Grundlage dafür sein, dass Menschen, die arbeiten, und Menschen, die bisher vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, in uns wirklich wieder ihre Interessenvertretung sehen.

Das ist unser neuer Weg in die Zukunft. Lasst ihn uns gemeinsam gehen!

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Susi. - Jetzt kommt Sebastian Schmugler aus Bremen und dann Evelyne Gebhardt, Baden-Württemberg.

Sebastian Schmugler, Bremen:

Moin, liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin Schmugler, ich bin 24 Jahre alt und komme aus Bremen.

Als das Schröder-Blair-Papier geschrieben wurde, war ich genau vier Jahre alt. Das ist schon eine

ganze Weile her. Mittlerweile bin ich, wie gesagt, schon 24. Mit vier Jahren habe ich mit Sicherheit überhaupt nicht verstanden, was in diesem Papier alles Mögliche drinstand. Schröder kannte ich nur aus dem Radio. Da gab es bei WDR 2 eine Satire. Die haben den ganz witzig nachgemacht. Das fand ich witzig.

Heute ist das anders. Heute weiß ich, was in diesem Papier drinstand, und ich kann heute die Ängste, die Verwandte, Bekannte und Freunde in der Vergangenheit immer wieder gespiegelt haben über dieses Hartz oder Hartz IV, jetzt auch auf eine politische Art und Weise verstehen. Hartz IV ist der Begriff dafür, was gesellschaftliche Angst ist, Angst vor einem Stigma, Angst, wenn man die Arbeit einmal verliert, dann ein bisschen Arbeitslosengeld 1 zu bekommen und dann ganz schnell abzusteigen. Wenn man dann, wenn man schon abgestiegen ist, auch nur ein paar Termine versäumt, dann wird so lange gekürzt, bis es zu Hause nur noch Knäckebrot gibt. Das ist die Angst, die ganz viele Menschen haben.

Heute bin ich, wie gesagt, älter, bin mittlerweile Mitglied dieser wunderbaren Partei und muss sagen, ich kann diese Angst immer noch total gut verstehen; denn was mir in meiner gesamten politischen Zeit in der SPD immer wieder gespiegelt wurde, ist, dass Leute auf mich zukommen mit vollkommenem Unverständnis dafür, dass ich in dieser Partei aktiv bin, und für die Politik, die wir in den vergangenen Jahren gemacht haben. Das kommt aus dem Freundeskreis, das kommt aus dem Bekanntenkreis, das kommt von Kolleginnen und Kollegen. Sie alle fragen einen: Was habt ihr denn damals gemacht? Auch - das wurde jetzt auch schon oft genug berichtet - an ganz vielen Wahlkampfständen ist die dauernde Frage: Was habt ihr da eigentlich gemacht? Wir lassen uns alle regelmäßig in Wahlkämpfen dafür beschimpfen, was wir damals mit unserem Sozialsystem gemacht haben. Ehrlich gesagt, ich bin es leid. Ich möchte nicht mehr beschimpft werden am Wahlkampfstand. Ich möchte, dass wir einen Aufbruch wagen in eine neue Zeit. Ich möchte, dass wir einen Aufbruch wagen in eine Zeit, in der wir Hartz IV wirklich hinter uns lassen .

(Beifall)

Und, liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir Hartz IV wirklich hinter uns lassen wollen, dann gehört dazu auch, dass wir die Sanktionen - und zwar vollständig - hinter uns lassen. Uns hilft kein Formelkompromiss; das möchte ich ausdrücklich sagen. Uns hilft es nicht, wenn wir uns hier irgendwie einig werden, dass wir vielleicht doch ein bisschen Sanktionen machen, und wir schreiben es nur nicht auf. Die Leute werden am Ende zu Hause merken, ob wir die Sanktionen gestrichen haben oder nicht, und deswegen müssen wir hier Klarheit schaffen.

Ich möchte abschließend noch sagen: Wenn wir es schaffen, Hartz IV hinter uns zu lassen, und wenn wir es schaffen, auch die Sanktionen im System Hartz IV hinter uns zu lassen, dann haben wir die Chance, dass wir uns alle nicht mehr beschimpfen lassen am Wahlkampfstand. Dann kriegen wir vielleicht auch wieder Zuspruch aus dem Freundes- und Bekanntenkreis, von Kolleginnen und Kollegen dafür, dass wir wieder in einer echten sozialdemokratischen Partei sind. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Sebastian. - Jetzt hat Evelyne Gebhardt das Wort. Ihr folgt Eric Tylcowski aus Bayern.

Evelyne Gebhardt, Baden-Württemberg:

Liebe Genossen, liebe Genossinnen! Ich freue mich auch sehr über diesen Antrag, der vor uns liegt. Ich möchte auf einen Punkt noch einmal zurückkommen, der nicht allzu häufig angesprochen wurde, der aber auch äußerst wichtig, nämlich die Tariftreue, die wir auch wirklich durchsetzen wollen und an der wir als Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen so sehr hängen. Und deswegen bin ich wahnsinnig stolz darauf, dass es uns gelungen ist, im Europäischen Parlament etwas durchzusetzen, was nun mal ganz bestimmt nicht einfach war, gegen konservativ-liberale Kommission, gegen die Konservativen, gegen die Liberalen, nämlich dass in Zukunft auch bei der Auftragsvergabe die Einhaltung der Tariftreue vorgesehen ist. Das war nicht immer so, und das ist eine Errungenschaft, die wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten durchgesetzt haben, und darauf bin ich richtig stolz.

(Beifall)

Liebe Genossen, liebe Genossinnen, es reicht aber nicht, dieses auf dem Papier zu haben, und allzu häufig geschieht es mir, wenn ich im Lande herumgehe, dass ich auf Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen treffe - auch aus unserer Fraktion -, die sagen: Na ja, wir müssen immer nur das Billigste machen, weil ihre Verwaltungen behauptet haben, das europäische Recht würde das verlangen. Das geschieht immer noch, und ich bitte euch - das ist eine ganz große Bitte, die ich an euch habe -: Geht in die Lande und sagt euren Kommunalpolitikern und Kommunalpolitikerinnen, dass das eben nicht stimmt, dass wir das billigste Angebot nehmen müssen, sondern dass wir Bedingungen bei den Ausschreibungen machen dürfen, und dazu gehört unter anderem die Einhaltung der Tariftreue. Bitte, bitte macht das, denn wir wollen dafür sorgen, dass wir gute Arbeit überall haben.

(Beifall)

Und ein letzter Satz. Ich habe, als ich heute Morgen hier hereinkam, auch mal mit dem Ordnerpersonal geredet, das hier arbeitet, und habe festgestellt, dass diese von morgens um 5 bis abends um 11 oder noch länger hier herumstehen. Das ist keine Gute Arbeit. Das sollte bei uns in der Sozialdemokratie auch nicht geschehen. Ich möchte darum bitten, dass in Zukunft darauf geachtet wird, dass die Unternehmen, die für uns arbeiten, auch wirklich sozial gerecht arbeiten.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Evelyne. - Jetzt kommt Eric Tylkowski aus Bayern. Ihm folgt Sophia Schieber aus Schleswig-Holstein.

Eric Tylkowski, Bayern:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Zunächst einmal vielen Dank an die Antragskommission, dass ihr euch schon entschieden habt, das Thema, über das ich heute mit euch sprechen möchte, so prominent in diesem Leitantrag unterzubringen. Es geht mir um Leiharbeit.

Ich bin selbst in diesem System drin, habe da also eine andere Perspektive, als wir sie als Politiker*innen normalerweise haben, und erfahre eigentlich täglich - auch durch Berichte meiner Kolleginnen und Kollegen, was das für das komplette Leben bedeutet. Dementsprechend möchte ich das Ganze einfach mit ein paar Kernforderungen noch für unsere Klientel, die wir wirklich vertreten sollten, weiterbearbeiten.

Ich würde euch bitten, mit dem Änderungsantrag, den wir als Landesverband einbringen werden, dafür zu stimmen, dass wir ab dem ersten Tag und nicht erst nach neun Monaten gleiche Arbeitsbedingungen und Equal Pay haben, was allerdings auch Sonderzahlungen - Prämien etc. - betreffen sollte, was momentan noch nicht der Fall ist.

Ein Beispiel, das mir selbst passiert ist: Ich habe vor Kurzem einen Staplerschein machen dürfen. Da gibt es unterschiedliche Regelungen. Für den Betrieb, in dem ich ausgeliehen bin, ist das Arbeitszeit. Für meine Verleihfirma ist es Urlaub. Für eine andere Verleihfirma ist es Arbeitszeit. So etwas muss einheitlich geregelt werden.

(Beifall)

Wenn die Festangestellten Arbeitszeit bekommen, darf es nicht sein, dass wir als Leiharbeiter für eine Fortbildungsmaßnahme Urlaub nehmen müssen. Ich bitte euch da um Zustimmung.

(Beifall)

Ich möchte tatsächliche Gleichbehandlung, mit einer Ausnahme: Ich fordere einen Zuschlag von 20 Prozent, eine Flexibilitätsprämie für uns Leiharbeiter*innen, die die Nachteile kompensiert, die wir im Alltag haben.

Ein Kollege von mir ist vor Kurzem übernommen worden. Ich habe ihn dann kurz darauf getroffen und habe ihn gefragt: „Na, wie fühlt man sich denn jetzt als Festangestellter?“ Dann sagte er mir: „Ich bin vor Kurzem in eine Bank gegangen und habe einen Kredit bekommen. Das ist etwas ganz Neues für mich. Das kannte ich vorher nicht.“ Solche Sachen.

Es widerspricht ein bisschen dem Grundsatz des Equal Pay, aber ich bitte euch trotzdem, diese Prämie hinzuzugeben, damit wir diese Nachteile kompensieren können.

Außerdem würde ich euch bitten, dass nach 18 Monaten eine Übernahme kommen muss, die nicht mehr umgangen werden kann. Es wird da viel getrickst; wir lassen viele Möglichkeiten. Wir haben die Verantwortung gegenüber meinen Kolleginnen und Kollegen. Bitte lasst mich nächste Woche mit Stolz als Sozialdemokrat in die Arbeit gehen und sagen: „Wir haben für euch etwas erreicht." Es ist einfach unschön, wenn man selbst betroffen ist und sich dann noch den Ärger seiner Kolleg*innen anhören kann. - Danke schön.

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Jetzt ist Sophia Schiebe dran. Danach kommt Klaus Barthel für die AfA.

(Beifall)

Sophia Schiebe, Schleswig-Holstein:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Schleswig-Holstein hat auf dem vergangenen Landesparteitag die Abschaffung der Sanktionen beschlossen. Das ist eine klare Position unseres Landesverbandes.

Wir sind die Partei des Aufstiegsversprechens. Aber wir verlieren nicht diejenigen aus dem Blick, die aus welchen Gründen auch immer durchs Raster gefallen sind. Das ist das Paradigma sozialdemokratischer Politik. Dieses Paradigma passt nicht mit Sanktionen zusammen.

Gestern haben wir immer wieder gehört, dass klare Sprache und klare Worte so wichtig seien. Und dann bleiben wir bei diesem emotionalen und wichtigen Thema so schwammig!

(Beifall)

Wir haben uns auch darauf verständigt, Visionen zu entwickeln und ein deutliches Profil nach vorne zu stellen. Und dann schreiben wir wieder nur das, was das Bundesverfassungsgericht bereits beschlossen hat.

Es darf uns nicht genug sein, in der GroKo nur das umzusetzen, was uns Gerichte auf den Weg gegeben haben.

(Beifall)

Nur ein Bruchteil der Hartz IV-Bezieher*innen ist von den Sanktionen betroffen, so das Argument von einigen. Wir verkennen, dass es beim Sozialstaat nicht nur um die materielle Sicherheit, sondern auch um gefühlte Sicherheit geht. Auf den Sozialstaat muss man sich verlassen können. Wenn Menschen Teile des Sozialstaates als Bedrohung empfinden, dann verlassen sie sich nicht darauf.

Die Sanktionen schweben wie ein Damoklesschwert auch über denen, die eventuell davon betroffen sein könnten. Lasst uns dieses Damoklesschwert endlich hinter uns lassen und für einen verlässlichen Sozialstaat sorgen! Lasst uns jegliche Form von Sanktionen abschaffen!

Wir in Schleswig-Holstein werden die Änderungsanträge von Franziska und von den Jusos unterstützen und bitten euch, das ebenfalls zu tun. - Freundschaft!

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Als Nächster kommt Klaus Barthel, und bereitmachen darf sich Ülker Radziwill.

Klaus Barthel, Vorsitzender der AfA:

Auch ich halte den vorliegenden Antrag wirklich für einen Meilenstein in unserer Sozialstaatsdebatte, auch deswegen, weil ich es wichtig finde, dass das Ganze vom Thema und vom Inhalt „Arbeit“ aufgezogen wird und nicht vom Sozialstaat als einem Reparaturbetrieb, der die anderen Defizite aufarbeitet. Deswegen will ich noch ein paar Punkte ansprechen, die jetzt nicht so im Fokus standen.

Vor dem Hintergrund zum Beispiel der Diskussion über den Mindestlohn habe ich mich sehr über die Formulierung gewundert, die jetzt darin steht, wo es heißt: Wir streben perspektivisch 12 Euro an. - Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben auch perspektivisch irgendwann mal 8,50 Euro angestrebt. Die Zeit ist uns dann davongelaufen. Als wir dann die 8,50 Euro hatten, waren eigentlich schon längst 10 Euro oder 11 Euro fällig. In diese Falle sollten wir nicht wieder laufen. Deswegen weise ich euch auf den Antrag AR 14 der AfA hin, der sagt: einen armutsfesten Mindestlohn. Das ist nach Kriterien definiert: 60 Prozent des Median. Dann wird er dynamisch weiterentwickelt. Dann rennen wir nicht irgendwann den 12 Euro hinterher und schon gleich gar nicht „perspektivisch“, sondern möglichst schnell!

(Beifall)

Zweiter Punkt: Arbeitszeit. Mich wundert es, dass nicht zum Beispiel darin steht, dass wir ein Urteil des EuGH haben, dass in Zukunft die Arbeitgeber verpflichtet sind, Arbeitszeiten zu erfassen, und wir das in Gesetzen ummünzen müssen und dass das eigentlich ein kurzfristiger Auftrag auch für diese Koalition wäre.

(Beifall)

Dritter Punkt: Hartz IV, Arbeitslosengeld. Es gibt weitere Punkte, die korrigiert werden müssen und nicht benannt sind. Ich will euch nur darauf aufmerksam machen. Ich finde es unerträglich, dass Arbeitslose verpflichtet werden können, jede Arbeit anzunehmen, auch prekäre und Leiharbeit und

was es da alles gibt, dass sie in prekäre Arbeitsverhältnisse gezwungen werden können. Das darf es in Zukunft nicht mehr geben. Das ist Beschlusslage von jedem Gewerkschaftstag: Zumutbarkeit ändern und nicht mehr die Leute in solche Sachen reintreiben!

(Beifall)

Vierter Punkt: Aufnahme wieder der ArbeitslosengeldII-Zeit in die Rente als Versicherungszeit. Das hat Schwarz-Gelb 2010 abgeschafft. Ich weiß nicht, warum wir das nicht rückgängig machen wollen. Damit programmieren wir weitere Altersarmut.

Schließlich und endlich zur leidigen Sanktionsdebatte. Ich bin kein Fan der HartzKommission und ihrer Arbeit. Aber damals stand immerhin darin, dass das Arbeitslosengeld II höher liegen muss als das Existenzminimum und als die Sozialhilfe. Damit ist klar, dass wegen der Menschenwürde nicht in die Sozialhilfe und in das Existenzminimum vollstreckt werden kann. Aber wenn man das ArbeitslosengeldII höher ansetzt als das Existenzminimum, dann kann man auch in bestimmten Fällen dort hineinsanktionieren, aber nicht ins Existenzminimum. Ich weise auf den Antrag AR 93 und 90 hin. Das könnte man hier einfach mit beschließen. Dann wäre das bereinigt.

Schließlich und endlich würde ich mir wünschen, dass die ganzen prekären Arbeitsformen, die hier nur am Rande angesprochen worden sind, nicht zur betrieblichen Mitbestimmung abgeschoben werden, sondern mit vernünftigen neuen Regeln zur Leiharbeit, zum Minijob und zu allen diesen Dingen auch gesetzlich neu geregelt werden. Das gehört eigentlich auch hinein. Dazu liegen euch auch Anträge vor. Bitte überweist sie nicht einfach an die Bundestagsfraktion, sondern lasst sie uns beschließen! Das tut uns nicht wirklich weh, sondern das tut uns gut. - Vielen Dank.

(Beifall)

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Klaus Barthel. - Nächste Rednerin ist Ülker Radziwill. Bereitmachen darf sich Udo Lutz aus Baden-Württemberg.

Ülker Radziwill, Berlin:

Schaut auf unsere Stadt, liebe Genossinnen und Genossen! Schaut auf Berlin! Schaut auf diese Stadt der Freiheit, auf diese Stadt der Solidarität, auf diese Stadt der Kreativität!

Diese Hauptstadt SPD ist einen tollen neuen, kreativen Weg gegangen. Wir haben eine Antwort für ein neues solidarisches Arbeitsmarktinstrument: das solidarische Grundeinkommen. Mit diesem Pilotprojekt wollen wir ein Programm umsetzen, etwas mit Zukunft, etwas mit Perspektive, das wir gemeinsam ausbauen können. Lasst uns heute ein Bekenntnis zu diesem neuen guten Arbeits-

marktinstrument abgeben und heute in diesen Antrag bewusst hineinnehmen, dass wir eben kein bedingungsloses Grundeinkommen wollen, sondern dass wir, weil wir die Partei der Arbeit, die Partei der Solidarität sind, bekennen, dass wir dieses neue Instrument des solidarischen Grundeinkommens wollen. Deswegen werbe ich für diesen Antrag von Robert, den Satz ich zitiere „Dabei werden wir auch neue Instrumente wie das Berliner Pilotprojekt ‚Solidarisches Grundeinkommen' in unsere Weiterentwicklungsüberlegungen mit einbeziehen" aufzunehmen. Ich werbe sehr herzlich für diesen Satz.

(Beifall)

Danke nach Berlin!

Noch eine Bitte zur Bürgerversicherung: Wir sollten hier aus meiner Sicht nochmals unseren Beschluss für eine Bürgerversicherung festhalten. Ich werbe für einen bescheidenen Satz in diesem Sozialstaatsantrag direkt nach der Zwischenüberschrift „Solidarische Bürgerversicherung als Vollversicherung in der Pflege", was ich als Pflegepolitikerin in Berlin außerordentlich unterstütze. Dieser erste neue Satz würde heißen: „Wie bereits im Bereich der Krankenversicherung beschlossen, brauchen wir auch in der Pflege eine solidarische Bürgerversicherung." Ich denke, dieser Satz tut uns allen gut.

Und, liebe Genossinnen und Genossen, ja, vorhin hat Hilde gesagt: Kein Thema hat uns so wehgetan wie Hartz IV. Es hat wehgetan, und wir leiden immer noch darunter. So viele von euch wie auch ich wollen heute die Sanktionen abschaffen. Wir wollen Hartz IV überwinden und ganz klar darstellen, dass wir keine finanziellen Sanktionen wollen.

Lasst uns also heute hier mehr Sozialpolitik, mehr sozialdemokratische Politik wagen!

Ich unterstütze außerordentlich den Antrag der Jusos und von Franziska. Lasst uns heute ganz klar festhalten: Ein Existenzminimum darf nicht finanziell gekürzt werden!

(Beifall)

Zum Schluss: Ich finde diesen Sozialstaatsantrag insgesamt sehr gut. Das passt gut zu uns. Ich finde insbesondere den Teil zur Weiterentwicklung des Mietrechts hervorragend. Er gefällt mir. Gerade als sozialpolitische Sprecherin im Berliner Abgeordnetenhaus und als Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses kann ich nur dafür werben. Seit 2008 kämpfe ich dafür, dass wir eine Mietpreisbremse durchsetzen. Es hat lange gedauert. In Berlin setzen wir zurzeit den Mietendeckel durch - das, was wir hier fordern: fünf Jahre ein Moratorium.

Und schaut auf diese Stadt! Wir sind mutig. Wir gehen neue Wege. Unterstützt uns dabei! Ich finde es hervorragend, dass wir heute hoffentlich mit diesen Änderungen diesen Sozialstaatsantrag durchsetzen. - Danke.

(Beifall)

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank für deinen Redebeitrag. - Udo Lutz hat jetzt das Wort, gefolgt von Serpil.

Udo Lutz, Baden-Württemberg:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich kann mich dem nur anschließen: Ich finde diesen Sozialstaatsantrag sehr, sehr gut, weil er uns auch diese Möglichkeit gibt, uns ein Stück weit weiterzuentwickeln.

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen, der ganz am Ende steht. Beim Sozialstaatspapier geht es ja auch darum: Wie sieht die Altersversorgung aus? Wie entwickeln wir die Altersversorgung? Da muss man ganz ehrlich sagen: Dort haben wir in den letzten Jahren mit Andrea Nahles, mit Hubertus Heil Unheimliches geleistet. Wir haben die Rente mit 45 Beitragsjahren, also dass man da 24 Monate früher gehen kann, gemacht. Wir haben jetzt die Respektrente auf den Weg gebracht. Also, wir haben sehr, sehr viel gemacht.

Jetzt ist es so: Dieses Modell Altersversorgung ist ja ein Stück weit von dem Sozialstaatspapier ausgeklammert in der Form, dass wir hier etwas Leitplanken formulieren und dass diese beiden Kommissionen, die einmal auf der Regierungsebene arbeiten und die aber - was für uns natürlich viel wichtiger ist - auf SPD-Ebene arbeiten, Entwürfe erarbeiten. Die Anträge, die wir hier gestellt haben, werden ja überführt. Diese Entwürfe sollen dann in einem Parteikonvent, den wir gestern verkleinert haben mit 150 Delegierten, endbehandelt werden.

Da ist es uns natürlich auch wichtig als AfA, als Arbeitnehmervertreter, dass wir in diesen Entwicklungsprozess von den überwiesenen Anträgen bis zum Endpapier eng mit eingebunden sind. Das halte ich doch für etwas verkürzt, dieses in einem Parteikonvent dann endgültig zu beschließen. Wir müssen es dann auch austragen.

Jetzt komme ich noch zu den Leitplanken. Ich habe gesagt, es ist unheimlich viel gemacht worden. Genossinnen und Genossen, machen wir uns nichts vor. Die Leistungsstabilisierung auf 48 Prozent heißt aktives Tun. Das ist nicht so geschwind gemacht. Das verlangt einiges. Trotzdem bin ich der Meinung, dass wir bei dem Sozialstaatsantrag, wo es um die zukunftsfähige Rente geht, bei dem Punkt 5, wo wir ein Ziel definieren, was wir gerne erreichen wollen, auch das langfristige Ziel einer Erhöhung der Leistung im Blick haben. Wir sind bei 48 Prozent. Wir wünschen uns eine langfristige Erhöhung und dass die gesetzliche Rente wirklich die Lebensstandardsicherung ist und dass das abgesichert ist. Da bitte ich euch, unserem Änderungsantrag in der Form der Antragskommission, wie er später vorgetragen wird, zuzustimmen, dass wir dort auch eine Botschaft mitgeben. - Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Vielen herzlichen Dank. - Dann darf ich als nächste Rednerin Serpil aufrufen, und bereitmachen darf sich Michael Schmidt aus Sachsen. - Serpil.

Serpil Midyatli, Stellvertretende Parteivorsitzende:

Kinder zu haben, ist ein Armutsrisiko in Deutschland. Liebe Genossinnen und Genossen, was wir heute mit diesem Papier vorlegen, ist, dass wir tatsächlich endlich wollen, dass Kinder in Deutschland zu haben, kein Armutsrisiko mehr ist. Denn es ist ein Armutszeugnis, dass es so ist. Jedes vierte Kind lebt in Armut in Deutschland, und dieses ist nicht hinnehmbar.

Ich möchte mich einmal ganz herzlich bei Malu, bei Franziska, aber auch bei Sönke Rix dafür bedanken, dass wir hier das neue Kindergeld, die sozialdemokratische Kindergrundsicherung, heute hier auf den Weg bringen. Dafür haben wir sehr, sehr lange miteinander gekämpft und gerungen, und es ist ein richtig, richtig guter Vorschlag, der hier nun vorliegt.

Es geht darum, dass es ein höheres Kindergeld geben wird, womit die Familien tatsächlich dann nicht mehr in Hartz IV-Armut leben müssen und vor allem, dass Armut auch nicht mehr weitervererbt wird. Denn es lebt mittlerweile schon die zweite oder dritte Generation in Armut, und sie vererben das an ihre Kinder weiter.

Die zweite Säule ist aber genauso wichtig. Da geht es um Teilhabe, um Partizipation. Es geht darum, dass endlich die kostenlose Beitragsfreiheit in ganz Deutschland umgesetzt wird, die Ganztagsbetreuung. Nicht zu vergessen sind auch die Mobilität, Sport, Schwimmen, aber auch die kulturelle Teilhabe.

Aber liebe Genossinnen und Genossen, unser langfristiges Ziel muss es auch sein, dass wir die gesamte Lernmittelfreiheit in Deutschland für unsere Kinder schaffen. Das gehört auch dazu, wenn wir sagen, dass Bildung den Aufstieg bedeutet.

Dann habe ich noch einen zweiten Punkt, liebe Genossinnen und Genossen, und das betrifft auch genauso, wie Sophia es auch schon gerade gesagt hat, die Sanktionen. Wir müssen hier tatsächlich noch mal einen Schritt weitergehen; denn wenn das Kindergeld und die Kindergrundsicherung so kommen, wie wir uns das vorstellen, dann werden wir hoffentlich nicht mehr junge Menschen haben, die betroffen sind. Ich weiß es von der Stadt Kiel: 17 Prozent der unter 25-Jährigen sind Langzeitarbeitslose. Das muss man sich mal vorstellen: Jemand, der unter 25 ist und schon in die Kategorie der Langzeitarbeitslosen kommt. Das ist doch nicht die Schuld dieser jungen Menschen, sondern die sind doch vorher durch alle möglichen anderen Raster gefallen.

Von daher, liebe Genossinnen und Genossen, lass uns hier gemeinsam einen Ruck geben und diesen

Kindern eine Chance geben, diesen Jugendlichen eine Chance geben. Denn es ist nicht ihr Fehler, dass sie in diesem System gelandet sind. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Serpil. - Liebe Genossinnen und Genossen, ich will nur schon mal darauf hinweisen, dass wir uns so langsam dem Ende der Debatte nähern. Deswegen könnt ihr vielleicht in euren Delegationen noch mal schauen, dass die Delegierten, die sich jetzt noch draußen befinden, so langsam hier in den Saal zurückkommen. Dafür schon mal vielen Dank.

Michael ist der Nächste, und bereitmachen darf sich Beate Sieweke aus Nordrhein-Westfalen.

(Beifall)

Michael Schmidt, Sachsen:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, ich bin Pflegekraft, habe dieses Wochenende frei und bin trotzdem hier. Ich glaube, das ist auch ein Signal, was ich an meine Kolleginnen und Kollegen, die immerhin die größte Berufsgruppe aller Berufe in Deutschland ist, was wir immer wieder vergessen, einfach mal mitnehmen sollten.

Wir haben unheimlich viele Pflegekräfte mittlerweile in unserer Partei, und gerade in Sachsen sind wir unheimlich viele geworden in den letzten Jahren. Das zeigt einfach auch mal, was wichtig ist: dass wir als Pflegekräfte den Mund aufmachen, aufstehen und sagen, was wir eigentlich brauchen. Es ist nach wie vor so: So reden die Menschen über uns. Aber fragt uns eigentlich jemand, was wir brauchen? Das ist viel zu selten so.

Wir haben ein gewisses Selbstbewusstsein erlangt. Das war ein schwieriger Prozess, der über Jahrzehnte ging. Da möchte ich auch meiner Partei danken und auch denen, die an dem Papier gearbeitet haben, dass da auch was zu diesen Dingen steht, dass wir eben als Pflege auch mal endlich größere Abschnitte in manchen Papieren bekommen.

Pflege ist nicht nur etwas, was ältere Menschen angeht. Ich arbeite im Bereich der Schlaganfallakutversorgung. Meine Patienten sind mittlerweile im Altersdurchschnitt von Mitte 40 bis 50 angekommen. Die Patienten sind jung, sie sind 20 Jahre alt, sie sind manchmal danach pflegebedürftig. Das vergessen wir. Wir reden immer nur von älteren Menschen. Reden wir darüber: Was ist, wenn ich jung bin, wenn ich pflegebedürftig bin? Ich glaube, das sehe ich nicht so. Was machen wir eigentlich mit diesen ganzen Menschen, die eigentlich ein anderes Bedürfnis haben als die älteren Menschen, wenn sie pflegebedürftig sind? Das sehe ich nicht so. Aber: Wir machen gute Wege; das sehe ich.

Unterschiede in der Bezahlung: Wir reden immer wieder darüber, dass Pflegekräfte gut bezahlt werden müssen. Ich selber kann sagen: Ich werde gut bezahlt. Das muss auch mal sein. Aber: Es gibt massive Unterschiede. Das sehen wir allein schon, wenn wir von Bundesland zu Bundesland schauen. Da ist Sachsen leider Schlusslicht. Aber Martin hat das auch gut vorangetrieben in Sachsen. Wir brauchen endlich den Flächentarifvertrag für die Pflege. Das ist ganz wichtig.

(Beifall)

Was mich immer nervt, und was mich immer sehr aufregt, ist, dass wir im politischen Kontext immer darüber reden, wie scheiße eigentlich der Pflegeberuf ist. Aber das ist er nicht. Ich finde, der Pflegeberuf ist einer der besten Berufe, die wir haben können.

(Beifall)

Er ist kreativ. Er ist flexibel. Wir können unheimlich viel lernen. Jeder kann für seine Zukunft in diesem Beruf entscheiden, in welche Richtung er gehen will. Jeder kann entscheiden: Wo will ich arbeiten? Heutzutage haben wir die Auswahlmöglichkeiten, die wir früher nicht hatten. Das ist, glaube ich, etwas, was man auch hervorheben sollte.

Was ich mir von uns allen wünschen würde: dass wir einfach mal sagen, dass wir einen der besten Berufe haben, die wir haben können. Das Wichtigste ist - das ist das, was ich bei fast allen von uns sehe -, dass wir den Beruf nicht einfach so machen, weil wir ihn machen, sondern weil wir ihn mit Herz und Verstand machen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, lieber Michael. Wir freuen uns, dass du heute bei uns bist und zu uns gesprochen hast.

Beate Sieweke ist die Nächste. Ich darf dann als letzten Redner Sebastian Hartmann danach bitten, sich bereit zu machen.

Beate Sieweke, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte zu zwei Punkten im Sozialstaatsantrag sprechen; sie befinden sich auf den Seiten 35 und 36.

Zuerst geht es um das Thema „Homeoffice“ auf der Seite 36. - Inzwischen höre ich die Forderung „Recht auf Homeoffice“ häufig. Das schönt ein bisschen die Situation der Beschäftigten, die sich im Homeoffice befinden. Eigentlich müsste es heißen „Sicherung der Arbeit für die Beschäftigten -

Nach Arbeitsrecht sichere Arbeitsbedingungen“.

Es ist so, dass im Sommer - das werden einige von euch wissen - die AOK eine Studie zum Thema „Homeoffice“ herausgegeben und darauf hingewiesen hat, dass es dadurch einen höheren Krankenstand und psychischen Druck und keine Trennung von Privatleben und Arbeit mehr gibt. Das ist hier in dem Hauptantrag angerissen, aber meines Erachtens nicht genau genug formuliert.

Es gibt im Antragsbuch unter „AR“ den Antrag 26 aus Nürnberg, der an die Bundestagsfraktion überwiesen werden soll. Um den Inhalt dieses Antrages zu unterstützen, der sehr viel genauer ist, sollte ihm, meine ich, zugestimmt werden. Also: AR, Antrag 26; das müsst ihr gleich noch mal nachschauen.

Das Zweite ist die Frage der Tarifbindung auf Seite 35. Ich habe gestern schon mal ein paar Worte dazu gesagt; das ist ein enorm wichtiges Thema.

Was mich umtreibt, ist die Frage, warum Unternehmen, die sich an Verträge halten, was ja eigentlich selbstverständlich ist, von Steuern entlastet werden sollen. Hubertus hat diesen Vorschlag vor einigen Monaten vor den real-Beschäftigten in Düsseldorf schon mal gemacht. Die waren in höchstem Maße entsetzt. Die Steuern, die der Arbeitgeber dann nicht bezahlen muss, werden erwirtschaftet von den Kolleginnen und Kollegen - und von keinem sonst. Die fehlen irgendwann im Haushalt und werden durch Kürzungen auf diese Kolleginnen und Kollegen zurückkommen. Es geht darum, dass Tarifflucht verboten wird, und nicht darum, dass die Unternehmen, die sich den Tarifverträgen anschließen, für etwas belohnt werden, was selbstverständlich ist.

Auch hier ist es so, dass es einen Antrag gibt, und zwar aus dem Unterbezirk Steinfurt. Leider konnte ich mit keinem aus diesem Unterbezirk sprechen und mich abstimmen. Ich meine, dieser Antrag fasst die Sache klarer. Auch er soll an die Bundestagsfraktion überwiesen werden. Auch da meine ich, man sollte dem zustimmen, um dem Ganzen Nachdruck zu verleihen. - Danke schön.

(Beifall)

Niels Annen, Tagungspräsidium.

Vielen Dank. - Wie schon angekündigt: Der letzte Redner in dieser Debatte ist Sebastian Hartmann.

(Beifall)

Sebastian Hartmann, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen, eine neue Zeit braucht einen neuen Sozialstaat, und genau das werden wir heute beschließen. Ich finde, was die Antragskommission da auf den Weg gebracht hat und was der Parteivorstand erarbeitet hat, kann sich wirklich sehen lassen, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es ist mehr als ein Antrag, es ist vor allen Dingen die Idee eines starken, eines solidarischen Staates, und es ist damit auch der Kampf gegen Rechts. Wir überlasen das Symbol „Der starke Staat“ nicht den Rechten, den Konservativen, den Nationalisten, sondern wir setzen dagegen die Idee der Solidarität und der Freiheit, und dafür brauchen wir einen starken, solidarischen Staat, der Partner und nicht Feind der Menschen ist, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das ist die Idee, die sich durch diesen Antrag zieht, und die Antragskommission hat hier an Kompromissen gefeilt. Kompromisse gehören zur Demokratie; das macht die Demokratie aus. Aber es ist kein fauler Kompromiss - wir werden gleich darüber beschließen -, sondern es ist mutig und spannend, dass wir mit Fehlern aus der Vergangenheit aufräumen und sagen: Wir wollen Hartz IV abschaffen. Wir machen was Neues, und jetzt kommt etwas Neues für eine bessere Zeit, Genossinnen und Genossen.

Wir werden dafür sorgen, dass die Ideen, die hier in den Mittelpunkt gerückt werden, den Staat wieder als Partner erkennen lassen, als Chancengeber, als jemand, der Möglichkeiten schafft und deutlich macht, dass es nicht mehr darauf ankommt, in welchem Viertel oder Stadtteil man aufwächst, sondern dass man überall erkennt: Wir fangen mit den Kindern an, mit einer Kindergrundsicherung, die dafür sorgt, dass sie, auch wenn sie nicht gleich sind, die gleichen Voraussetzungen haben. Freiheit durch solidarisches Handeln: Das ermöglichen wir hiermit.

Man soll in so eine Rede ja auch immer mal eine gute Nachricht einbauen, und ich habe mich total gefreut, dass ich auf dem Weg hierhin gehört habe, dass die stellvertretenden Parteivorsitzenden Hubertus Heil und Kevin Kühnert eine tolle Formulierung gefunden haben. Ich finde es eine sehr sozialdemokratische Formulierung, nämlich, dass ein sozioökonomisches und ein soziokulturelles Minimum jederzeit sichergestellt sein müssen, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das ist doch ein tolles Signal. Das zeigt doch: Wir wollen niemanden strafen, sondern an die Hand nehmen und unterstützen. Das ist eine gute Idee.

Natürlich gehört zur Solidarität, dass man gibt und nimmt. Dass Mitwirkungspflichten dazukommen, ist doch selbstverständlich, aber das ist auch die Eigenverantwortung, die man trägt.

Genossinnen und Genossen, ich glaube, dass man gleich guten Gewissens den Beschlüssen der Antragskommission, der Kompromissformulierung, folgen kann, weil es zeigt: Wir sind aus diesem Prozess gestärkt hervorgegangen, und wir vereinbaren uns neu für einen starken, solidarischen Staat. Und dafür werbe ich.

Eine Sache ist relativ am Ende des Antrages; die sollte nicht außer Acht gelassen sein. Da steht: Wenn gute Arbeit da war, braucht man auch eine gute Rente, ein gutes Auskommen im Alter. - Die Passage ist relativ knapp.

Es gibt aber ein Versprechen, nämlich, dass wir einen Konvent durchführen werden, und auf diesem Konvent nach neuer Prägung - so wie wir das Organisationsstatut reformiert haben - wird das Schwerpunktthema „Rente“ behandelt. Das finden wir in Nordrhein-Westfalen richtig super. Wir haben nämlich eine rentenpolitische Kommission unter unserem Sozialminister a. D. Rainer Schmeltzer und der Parlamentarischen Staatssekretärin Kerstin Griese mit großer Unterstützung von Gerhard Kompe geschaffen, und die haben über eineinhalb Jahre daran gearbeitet, dass wir gute Vorschläge für eine gute Rente machen können, in deren Mittelpunkt immer die gesetzliche, umlagefinanzierte Rente steht - und keine Tricks mit Finanzprodukten, Genossinnen und Genossen. Das kann sich sehen lassen.

(Beifall)

Das muss die Grundlage dieses Konvents sein, und darum gehen wir da in Nordrhein-Westfalen mit und sagen: Ja, die Passage zum Thema „Rente“ ist knapp, aber wenn wir eine Rentenkommission haben, eine Parteirentenkommission, und einen Parteikonvent, der handelt, bevor die Regierungskommission irgendeinen Kompromiss verhandelt hat, dann ist es gut, dass die Partei führt und zeigt, wo dieses Land hin soll, und damit gehen wir einen guten Weg, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Keine Rede aus Nordrhein-Westfalen wird ohne „Glück auf!“ beendet. Starker solidarischer Sozialstaat!

(Beifall)

ABSTIMMUNG PV 1: ARBEIT-SOLIDARITÄT- MENSCHLICHKEIT: EIN NEUER SOZIALSTAAT FÜR EINE NEUE ZEIT

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Sebastian. - Nach dem letzten Redner zu diesem Antrag würde ich jetzt, weil es in der Diskussion ja doch eine ganze Reihe von Änderungsanträgen, Vorschlägen, konkreten Bezügen gegeben hat, Dagmar Schmidt als Berichterstatterin für die Antragskommission noch mal das Wort geben.

Dagmar Schmidt, Antragskommission:

Liebe Genossinnen und Genossen, seit Donald Trump darf man das eigentlich nicht mehr sagen, aber ich finde, dass wir heute einen großartigen Antrag und eine großartige Diskussion zu diesem Antrag hatten. Ich danke euch dafür.

(Beifall)

Jetzt ist nichts einfacher, als keinen Änderungsantrag zu vergessen. Ich versuche jetzt mal, das anhand dieser euch ausgedruckten Vorlage durchzugehen. Wenn ihr das Gefühl habt, ich habe irgendwo auf dem Weg was vergessen: Nicht böse sein, sondern bitte melden!

Die erste Änderung, die ich habe, ist die Änderung vom Karl auf der Seite 2. Er wollte, dass wir die Selbstvertretung der Menschen mit Behinderung stärken und dass wir das in den Antrag mit aufnehmen. Das wollen wir sehr gerne tun.

Deswegen schreiben wir hinter den Satz, den wir bei „Inklusion:“ haben - das ist fett gedruckt bei euch -: „Jeder Mensch hat ein Recht auf Inklusion und gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft. Wir wollen die Selbstvertretung der Menschen mit Behinderung stärken“. - Das nehmen wir gerne an.

(Beifall)

Der nächste Änderungsantrag, den ich habe, betrifft das Thema „Leiharbeit“ und ist vom Genossen Tylkowski aus Bayern. Ich schlage euch dazu vor, Folgendes anzunehmen: Und zwar auf der Seite 7 ist das, wo unten „Dieses wird insbesondere bei der nächsten Reform des Betriebsverfassungsgesetzes von zentraler Bedeutung sein“ fett gedruckt ist. Dort würden wir einfügen:

„Bei der Neuregelung von Leiharbeit setzen wir uns für gleiche Arbeitsbedingungen im Vergleich zur Stammbelegschaft ab dem ersten Einsatztag ein. Dies umfasst auch Regelungen zu Urlaub, tarifliche sowie betriebliche Sonderzahlungen, Beteiligungen an Gewinnausschüttungen, Prämien und Leistungsboni. Leiharbeiter*innen müssen der Zugang zu allgemeinen Unternehmensinformationen, Gemeinschaftseinrichtungen und Diensten sowie Gesundheits- und Arbeitsschutz und gleichen Sozialstandards gewährt werden. Dazu zählen im Besonderen auch Weiterbildungsmöglichkeiten und Stellenausschreibungen“. - Soweit ist es sowieso unsere Beschlusslage.

Dann kommt weiter: „Zum Ausgleich ihrer Mehrbelastung fordern wir für Leiharbeiter*innen einen Flexibilitätszuschlag von mindestens 20 Prozent zu Equal Pay ab dem ersten Einsatztag“. - Das ist noch nicht unsere Beschlusslage, aber wir diskutieren immer, Genossinnen und Genossen, dass wir wollen, dass wenn Leiharbeit eingesetzt wird, sie für Auftragsspitzen und nicht für den Ersatz regulärer Arbeitsplätze eingesetzt wird

Deswegen finde ich das eine gute Idee, und das wollen wir übernehmen.

(Beifall)

Dann geht es weiter: „Die Möglichkeit, die Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten durch Tarifverträge oder Betriebsvereinbarungen zu umgehen, schaffen wir ab. Werden Leiharbeiter*innen abgemeldet, dürfen sie nicht durch neue Leiharbeiter*innen ersetzt werden - Drehtür."

Wir haben ein bisschen ein Problem mit der Frage bezüglich der Tarifverträge. Denn wie stärken wir die Tarifpartnerschaft? Ein Prinzip, das wir eingeführt haben, um die Tarifpartnerschaft zu stärken, war, dass wir vor dem Hintergrund der bestehenden gesetzlichen starren Rahmenbedingungen gesagt haben: Wenn ihr Tarifverträge abschließt, dann habt ihr Möglichkeiten, das flexibel an eure Bedürfnisse anzupassen.

Das ist auch in dieser Frage der Fall, und die IG Metall hat das ausgenutzt, wie es hier beschrieben ist. Ich würde eigentlich gerne dabeibleiben, die Tarifpartnerschaft so wertzuschätzen und einen Anreiz zu bieten, Tarifverträge abzuschließen. Deswegen würde ich diesen Punkt gerne nicht übernehmen. - Das müssten wir dann abstimmen.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Dann lassen wir über dieses Votum abstimmen. Das Votum der Antragskommission lautet an der Stelle „Ablehnung". Wer diesem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Einige ganz wenige. - Enthaltungen? - Keine. Damit ist dem Votum der Antragskommission gefolgt. Die Passage ist nicht übernommen worden. - Vielen Dank.

Dagmar!

Dagmar Schmidt, Antragskommission:

Jetzt bin ich auf der Seite, auf der steht: „Bürgergeld statt Hartz IV". Da gab es den Wunsch, hinter „den sozialen Arbeitsmarkt ausweiten" auch noch mit darauf hinzuweisen, dass wir mit dem solidarischen Grundeinkommen in Berlin etwas haben, was wir in unsere Überlegungen und Gedanken bei der Ausgestaltung mit einbeziehen wollen. Das werden wir gerne tun. - Nicht mal Applaus aus Berlin - das hätte ich aber erwartet.

(Beifall)

Dann gibt es einen Antrag der Jusos zum Regelsatz. Der sollte eingefügt werden auf der Seite hinter der, über die wir eben gesprochen haben. Und zwar sollte zwischen den Satz „Gleichzeitig werden wir durch die Reform des Wohngeldes dafür sorgen, dass niemand nur aufgrund hoher Wohnkosten auf Bürgergeld angewiesen sein muss“ und „das Bürgergeld wird Regelungen beinhalten“ ein Absatz zum Regelsatz eingeführt werden. Wir haben besprochen, dass wir das für eine sehr wichtige Diskussion halten. Wir wollen ein Recht auf Arbeit, und das impliziert, dass Menschen auch vom Arbeitseinkommen leben können, und zwar alle, die arbeiten können, dass es aber auch Menschen gibt, die nicht mehr arbeiten können, weil sie krank sind oder weil sie alt sind, und wir müssen ein besonderes Augenmerk darauf haben, wie wir deren soziale Teilhabe gewährleisten. Deswegen wollen wir - das haben wir gemeinsam so gesagt - das in den Parteivorstand überweisen und uns diese Frage im Hinblick auf unser anstehendes Regierungsprogramm noch mal genauer angucken. Ich danke den Jusos, dass wir das gemeinsam so hingekriegt haben.

(Beifall)

Dann kommen wir zu dem fettgedruckten geänderten Teil. Es gab in der Debatte viele Aufrufe an uns, an die Jusos, an Nordrhein-Westfalen, an die Antragskommission, an Hubertus Heil, an Malu, dass wir uns doch alle noch mal hinsetzen und gucken, dass wir eine gute Kompromisslösung hinkriegen. Und wenn der Parteitag uns in der Debatte so nett bittet, dann tun wir das natürlich auch.

Deswegen schlage ich euch zu dem ganzen Thema Sanktionen folgende Kompromissformulierung vor, die - glaube ich - nicht nur ein Kompromiss ist, sondern dem Geist des Antrags und dem Geist unserer Neuaufstellung in der Frage Sozialstaat entspricht. Die Formulierung ist sozusagen von den Jusos, von NRW, von Hubertus, von Malu und auch von mir geeint:

Der Absatz beginnt mit: „Das Recht auf Arbeit heißt, dass wir...“ In unserer jetzigen Variante endet er erst mal mit: „Diese dort beschriebenen Mitwirkungspflichten sind verbindlich.“ Er geht weiter mit: „Das sozioökonomische und soziokulturelle Existenzminimum muss jederzeit gesichert sein.“

(Beifall)

Dann geht es weiter: „Wir begrüßen daher auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts [...] persönliche Ausnahmesituationen stärker berücksichtigt.“ Jetzt kommt: „In einem ersten Schritt wollen wir das Urteil schnell umsetzen und Leistungskürzungen von mehr als 30 Prozent oder die Kürzungen von Wohnkosten klar ausschließen“ usw. usf.

(Beifall)

Das ist jetzt ziemlich weit geeint, und trotzdem fände ich es irgendwie schön, wenn wir darüber abstimmen würden. Das Votum der Antragskommission ist „Annahme“.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Wir würden es also an und für sich übernehmen, aber wir wollen es separat abgestimmt wissen. Gut. Das Votum der Antragskommission lautet „Annahme“. Wer diesem Votum folgen möchte, den bitte ich um ein Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Eine Enthaltung.

(Beifall)

Dagmar Schmidt, Antragskommission:

Es geht aber noch weiter. Wir sind jetzt auf der Seite, wo „eine menschliche Gesellschaft muss eine inklusive Gesellschaft sein“ der fettgedruckte Absatz ist. Sasa aus Berlin hat einen, wie ich finde, ziemlich wichtigen Punkt gebracht. Alle Menschen, die morgens aufstehen, den ganzen Tag arbeiten, und abends wieder nach Hause gehen, verdienen auch einen anständigen Lohn, auch wenn sie Behinderungen haben. Deswegen finden wir es richtig, dass wir über die Entlohnung in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen sprechen. Deswegen übernehmen wir gerne die Formulierung, die wir einfügen hinter „in dem Lohndiskriminierung von Menschen mit Behinderungen nicht mehr vorkommen“: „Dazu gehört auch, dass die Entlohnung in den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen transparenter, nachhaltiger und besser werden soll und sich perspektivisch am gesetzlichen Mindestlohn orientieren und mit den Sozialversicherungsleistungen in Einklang gebracht werden soll.“ Ich finde, auch das ist ein toller Schritt nach vorne, den wir hier machen.

(Beifall)

Dann sind wir im Bereich Pflege angekommen. Der Abschnitt fängt auf der einen Seite mit „Zusammenhalt und Gemeinwohl in der Pflege“ an, und auf der nächsten Seite gibt es den zweiten Absatz, der beginnt mit „Wir werden künftig deutlich mehr Pflegepersonal und eine bedarfsgerechte Personalbemessung brauchen.“ Frank hat gesagt, dass wir das noch ein bisschen anschärfen sollen. Wir würden vorschlagen, das auch zu tun und zu sagen: „Wir werden künftig deutlich mehr Pflegepersonal und eine gesetzlich verpflichtende Personalbemessung in allen Pflegebereichen brauchen, wenn wir in Zukunft eine hochwertige und würdevolle pflegerische Versorgung sicherstellen wollen.“ Ich finde, diese Anschärfung ist richtig; die übernehmen wir.

(Beifall)

Dann kommen wir zu dem Abschnitt „Solidarische Bürgerversicherung als Vollversicherung in der Pflege“. Da gab es das Ansinnen von Ülker aus Berlin, noch stärker deutlich zu machen, dass wir das

auch bei der Krankenversicherung als Selbstverständlichkeit in unserer Position und unserer programmatischen Aufstellung betrachten und das deswegen noch etwas deutlicher zu formulieren.

Deswegen haben wir jetzt einen ersten Satz: „Gute Pflege muss gut und solidarisch gerecht finanziert sein." Dann geht es weiter: „Wie bereits für die Krankenversicherung beschlossen, wollen wir die Einführung einer Pflegebürgerversicherung, in der alle versichert sind." Damit ist auch, glaube ich, kein Missverständnis mehr möglich.

(Beifall)

Dann gab es ein sächsisches Anliegen. Ihr erinnert euch, Martin. Dem wollen wir natürlich auch gerne Rechnung tragen. Deswegen würden wir vorschlagen, an den Absatz auf der darauffolgenden Seite den ersten Absatz - da steht: „Finanzierung der Pflege insgesamt" - anzufügen: „Zu einer gerechten Finanzierung der Pflegeversicherung gehört für uns auch eine einheitliche, paritätische Beitragsaufteilung in ganz Deutschland."

(Beifall)

Jetzt gab es Anträge zur Rente, dass wir das Rentenniveau auch wieder anheben wollen.

Eigentlich machen wir die Rentendiskussion ja auf dem Konvent. Aber wir können uns das habe ich auch mit Hubertus besprochen auf eine Formulierung einlassen, die da sagt - das ist dann der Punkt 5 bei „Rente" -: „Sicherung des Lebensstandards durch die langfristige Stabilisierung und langfristige Erhöhung bei entsprechenden Voraussetzungen am Arbeitsmarkt das Rentenniveau" - - Nein, halt! „Stabilisierung und langfristige Erhöhung des Rentenniveaus" - genau! - „sowie die Teilhabe der Rentnerinnen und Rentner an der Lohnentwicklung". War das die richtige Formulierung? - Gut. Das würden wir dann also auch so übernehmen.

Ich glaube, das war's, bis auf eines. Es gab noch ein Anliegen, aus dem Arbeitsmarktbereich den Antrag 26 mit nach vorne zu ziehen. Das würden wir nicht so gerne machen. Wir werden, wenn wir den Antragsbereich aufrufen, diesen Antrag zur Überweisung empfehlen, -

(Zuruf)

- genau, dass wir ihn an die Bundestagsfraktion überweisen wollen. Ich glaube, das ist dem Anliegen dann auch angemessen. Das würden wir jetzt nicht gerne hier nicht noch einmal mit aufrufen. Ich weiß nicht, ob wir das jetzt noch einmal abstimmen müssen oder ob es für die Antragstellerinnen und Antragsteller okay ist, dass wir sagen, wir rufen das im Bereich Arbeitsmarkt auf, und dort lautet unsere Empfehlung, das an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Sind alle damit einverstanden? - Dann können wir abstimmen.

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Ganz herzlichen Dank. - Ich will auch einmal sagen: Ganz herzlichen Dank dir, liebe Dagmar.

(Beifall)

Dank nicht nur für das Erstellen des Antrags von denjenigen, die eben und auch bei der Einbringung schon genannt worden sind, sondern eben auch dir für das engagierte, sehr präzise, sehr kompetente Bearbeiten der Antragsberatungen. Das hat uns wirklich gut weitergeholfen. Ich glaube, wir haben den Antrag, der schon gut war, jetzt noch ein bisschen besser gemacht und vor allem für eine breite Basis gesorgt. Aber ich will der Abstimmung nicht vorgreifen. Deshalb haben wir jetzt eine geänderte Fassung, wie wir sie eben vorabgestimmt haben, mit dem Votum der Antragskommission, diese veränderte Fassung anzunehmen. Wer sich diesem Votum der Antragskommission anschließen möchte, den würde ich jetzt bitten, sein Kartenzeichen hier abzugeben. - Vielen Dank. - Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimme, soweit ich das sehen kann.

(Beifall)

Enthaltungen? - Auch nicht. Dann hat dieser Parteitag einstimmig das neue Sozialstaatskonzept der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angenommen und macht damit einen guten Weg in die Zukunft für ganz, ganz viele Menschen hier bei uns Deutschland. Ein herzliches Dankeschön dafür an diejenigen, die daran mitgearbeitet haben, aber auch euch dafür, dass der Weg freigemacht worden ist. Vielen, vielen Dank!

(Starker, nicht enden wollender Beifall - Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen)

Hubertus Heil, stellvertretender Parteivorsitzender:

So, jetzt wollen wir mal! Wir haben doch keine Zeit. Wir müssen das doch gleich umsetzen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen und Genossen, der Parteitagsdelegierte Hubertus Heil wünscht das Wort für eine persönliche Erklärung.

Hubertus Heil, stellvertretender Parteivorsitzender:

Liebe Genossinnen und Genossen! Das ist schon ein sehr besonderer Moment für unsere Partei, weil wir gemeinsam einen Weg nach vorne für die Zukunft des deutschen Sozialstaates gefunden haben. Es wird ein harter Weg, es umzusetzen, aber von hier geht das Signal aus: Wir sind entschlossen, dass wir das gemeinsam hinbekommen. Die Sozialdemokratie hat den Weg in die Zukunft gefunden, was die Zukunft eines modernen Sozialstaats in Deutschland angeht.

(Beifall)

Wir sind die Partei, die weiß, dass es um die sozialen Rechte von Bürgerinnen und Bürgern geht. Wir haben ein anderes Sozialstaatsverständnis als andere Parteien, die nach dem Motto arbeiten, wenn jeder an sich selbst denkt, ist an alle gedacht, oder die den Sozialstaat auf Almosen reduzieren wollen. Der Sozialstaat ist im 20. Jahrhundert von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erkämpft. Wir entwickeln ihn im 21. Jahrhundert fort. Das ist die Botschaft heute von Berlin, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Und wir sind und bleiben die Partei der Arbeit, der Zukunft der Arbeit, des Werts der Arbeit und der Würde der Arbeit, liebe Genossinnen und Genossen. Auch das ist das Signal, das wir heute setzen.

(Beifall)

Ich will nur eines sagen: Wir haben an dieser Stelle mal ganz, ganz vielen „Danke“ zu sagen. Das muss hier jetzt mal sein. Das war harte Arbeit von denjenigen, die vor über einem Jahr in Arbeitsgruppen angefangen haben, das vorzubereiten. Ich bedanke mich bei Malu Dreyer und ihrer Arbeitsgruppe ganz herzlich,

(Beifall)

bei Manuela Schwesig, bei Katarina Barley, bei Franziska Giffey, bei vielen, die in unterschiedlichsten Bereichen mitgearbeitet haben. Ich kann nicht alle nennen. Aber ich möchte mich heute an dieser Stelle einmal bei derjenigen bedanken, die diese Diskussion angestoßen hat. Wir danken Andrea Nahles ganz herzlich. Das ist ihr Vermächtnis, liebe Genossinnen und Genossen, an unsere Sozialdemokratie.

(Lebhafter Beifall)

Ich müsste jetzt ganz vielen danken, damit ich keinen Fehler mache. Auch Katja Mast. Aber vor allen Dingen möchte ich jetzt einmal einer danken, die uns am heutigen Tag da richtig durchgelotst hat, eine Frau, die anstrengend sein kann, wenn man mit ihr verhandelt. Ich kann euch nur eines vorschlagen: Wenn ihr Verhandlung gewinnen wollt, ist es immer gut, Dagmar Schmidt auf seiner Seite und nicht auf der anderen Seite zu haben. Herzlichen Dank, liebe Dagmar, das hast du toll gemacht!

Glück auf! Mit uns zieht die Neue Zeit!

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Ganz herzlichen Dank, lieber Hubertus. - Bevor wir jetzt mit den Antragsberatungen weitermachen und noch ein Grußwort haben, gibt es noch ein Wahlergebnis, nämlich das des zweiten Wahlgangs, der Wahl zu den Besitzerinnen und Beisitzern. Dazu geben wir das Wort der Sprecherin der Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Monika!

ERGEBNIS ZWEITER WAHLGANG DER WAHLEN DER WEITEREN MITGLIEDER ZUM PARTEIVORSTAND

Monika Schaal, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich gebe euch die Ergebnisse des zweiten Wahlganges, der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes, bekannt.

Gewählt sind Bewerberinnen und Bewerber, die mit der absoluten höchsten Stimmenzahl gewählt worden. Dabei ist die Quote zu berücksichtigen.

Abgegeben wurden 632 Stimmzettel. Davon sind 6 ungültig. 626 Stimmzettel sind gültig.

Folgende Ergebnisse wurden erzielt:

Martin Dulig ist mit 456 Stimmen gewählt.

(Beifall)

Heiko Maas ist mit 409 Stimmen gewählt.

(Beifall)

Bettina Martin ist mit 354 Stimmen gewählt.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek ist mit 322 Stimmen gewählt.

(Beifall)

Leni Breymaier ist mit 302 Stimmen gewählt.

(Beifall)

Michaela Engelmeier ist mit 289 Stimmen gewählt.

(Beifall)

Aydan Özoguz ist mit 276 Stimmen gewählt.

(Beifall)

Katja Pähle ist mit 275 Stimmen gewählt.

(Beifall)

Andreas Stoch ist ebenfalls mit 275 Stimmen gewählt.

(Beifall)

Gustav Horn ist mit 268 Stimmen gewählt.

(Beifall)

Nicht gewählt sind Niels Annen mit 261 Stimmen, Frauke Heiligenstadt mit 219 Stimmen, Serdar Yüksel mit 216 Stimmen, Cansel Kiziltepe mit 204 Stimmen, Christoph Matschie mit 177 Stimmen, Maria Noichl mit 175 Stimmen und Annika Klose mit 123 Stimmen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

Damit ist auch diese Wahl abgeschlossen. Wir haben jetzt alle Beisitzer und Beisitzerinnen gewählt.

Es steht aber noch etwas aus. Ich bitte um Aufmerksamkeit für alle Gewählten. Ich gehe davon aus, dass ihr alle diese Wahl auch annehmt. Sollte es jemand von den Gewählten geben, der die Wahl nicht annimmt, dann müsste ich das jetzt wissen. - Ich höre gar nichts. Ich glaube, ihr auch nicht. Das ist auch gut so. Deshalb darf ich allen Gewählten hier vom Tagungspräsidium von Herzen gratulieren.

Wir können fortfahren. Weitere Wahlgänge sind hier nicht mehr erforderlich. Das schließen wir ab.

Dann setzen wir die Antragsberatungen fort. Das macht Anke.

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Ja, fast. Denn bevor wir mit den Antragsberatungen weitermachen und gerade so ein bisschen in Feierlaune sind, dachten wir, dass jetzt der richtige Zeitpunkt wäre, ein Versäumnis von gestern nachzuholen aber für heute sind wir noch rechtzeitig , nämlich Glückwünsche für die Geburtstagskinder auszusprechen, die hier als Delegierte unter uns sind. Das ist uns im Eifer des Gefechts gestern untergegangen. Das soll uns heute nicht noch mal passieren. Darauf hat uns der Generalsekretär gerade hingewiesen. Dem kommen wir jetzt natürlich sehr gerne nach.

Gestern hatten Geburtstag ich mache das einmal durchgängig; dann können wir einmal den Geburtstagskindern von gestern und dann noch einmal den Geburtstagskindern von heute gratulieren : Kerstin Griese, Gabi Rolland, Helge Lindh, Dirk de Boer, Sebastian Hasemann, Uwe Heinemann und Andreas Schleimer. Das sind alles diejenigen, die mit dem Nikolaus zusammen Geburtstag haben. Herzlichen Glückwunsch! Alles Gute nachträglich zu eurem Geburtstag!

(Beifall)

Auch heute haben wir noch vier Geburtstagskinder unter uns. Das sind Atilla Cikoglu, Michael Biel, Armin Fuchs und Wolfgang Ressmann. Auch euch einen herzlichen Glückwunsch! Was gäbe es Schöneres, als mit uns hier auf dem Parteitag zu sein?!

Dann gebe ich jetzt das Wort an Johanna ab; denn die macht weiter mit unseren Antragsberatungen.

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Anke. - Wir machen mit einem Grußwort weiter. Ich darf ganz herzlich unter uns Wilhelm Schmidt begrüßen, den Präsidenten der Arbeiterwohlfahrt. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Wie ihr vielleicht alle wisst, feiert die AWO dieses Jahr ihr 100-jähriges Bestehen. 100 Jahre Kampf und Einsatz für Gerechtigkeit und Solidarität, für Vielfalt und für Frauenrechte! Ich glaube, seit 100 Jahren kämpfen wir auch gemeinsam. Von daher freuen wir uns jetzt auf das Grußwort. - Schön, dass du da bist.

(Beifall)

GRUßWORT WILHELM SCHMIDT, PRÄSIDENT DER AWO

Wilhelm Schmidt, Präsident der Arbeiterwohlfahrt:

Vielen Dank, liebe Johanna, liebe Genossinnen und Genossen und liebe Freundinnen und Freunde, für den freundlichen und solidarischen Empfang. Ich bin gerne hier. Gestern konnte ich noch nicht, aber heute kann ich den ganzen Tag hier sein.

Nun fragt man sich selbst: Was macht man nach einer solchen historischen Stunde, in der ein neues Sozialkonzept der SPD auf den Weg gebracht worden ist, mit dem wir alle in die neue Zeit gehen wollen und sollen? Was sagt man als Präsident der Arbeiterwohlfahrt in einer solchen Situation? - Erstens: Glückwunsch! Glückwunsch an diejenigen, die gestern und heute gewählt worden sind, mit Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans an der Spitze, denen ich die Glückwünsche vom Präsidium und Vorstand und gleichzeitig auch die Zusicherung einer solidarischen kritisch-konstruktiven Zusammenarbeit heute überbringe was immer das im Einzelnen bedeutet. Das will ich gerne offenlassen. Das hat die AWO in den vergangenen 100 Jahren immer ausgezeichnet. Sie war über diese lange Zeit diejenige sozialpolitische Stimme im Umfeld oder in der SPD, die dafür gesorgt hat, dass auf die Situation der Menschen im Lande aufmerksam gemacht worden ist.

Wenn man sich zurück erinnert und in den Geschichtsbüchern noch einmal darauf stößt, dann wird man immer wieder feststellen, dass es die Zeiten der Arbeiterwohlfahrt und der SPD gewesen sind, in denen nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg oder auch nach der Deutschen Einheit angepackt wurde, um dafür zu sorgen, dass die Menschen ein besseres Leben führen konnten. Dem haben wir uns immer wieder verschrieben, beide Seiten gemeinsam: die SPD und die Arbeiterwohlfahrt. Das soll auch so bleiben.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich finde, wenn man das jetzt auch etwas veränderte Papier zu einem neuen Sozialstaat durchliest, dann kann man darin unglaublich viele gute Positionen entdecken, die auch von der Arbeiterwohlfahrt geteilt werden. Ich will nur an die Frage der Grundrente, an die Frage der Armutsbekämpfung von Familien durch Kindergrundsicherung und an einiges andere erinnern. Ich will das hier nicht weiter ausführen. Ihr habt darüber lange genug debattiert.

Aber eines, finde ich, sollten wir alle gemeinsam aus der Vergangenheit lernen. Wir müssen uns wieder um die Menschen vor Ort kümmern und weniger um uns selber. Ich glaube, das ist in der Arbeiterwohlfahrt genauso wie in der SPD. Ich finde, wenn wir danach leben und arbeiten würden, wie die Grundwerte der Arbeiterwohlfahrt sind, dann hätten wir viel zu tun und sollten es dann auch gemeinsam tun.

(Beifall)

Ich habe in den vergangenen Monaten ab und zu kritisch in Richtung meiner SPD die es natürlich auch bleiben wird gesagt: Wenn die SPD auch die Grundwerte Toleranz und Solidarität in ihrem

Grundwertekanon und Grundsatzprogramm hätte, so wie es die Arbeiterwohlfahrt hat, hätten wir uns vielleicht, wenn wir danach leben und arbeiten würden, manche Auseinandersetzung in den vergangenen Monaten und Jahren ersparen können. - Aber das nur als eine Randbemerkung. Als Gast muss man ja freundlich sein. Ich will das auch gerne tun.

Ich finde, die Arbeiterwohlfahrt ist ein guter Partner an der Seite der SPD in den Bundesländern und ganz besonders in den Kommunen, aber auch auf der Bundesebene. Ich will ausdrücklich auch Danke schön dafür sagen, dass wir diese Gemeinsamkeit immer wieder in sozialpolitischen Fragen, aber auch in gesellschaftspolitischen Fragen auf den Weg bringen und leben und praktizieren. Franz Müntefering, der heute nicht hier sein kann, hat das immer als praktizierte Solidarität beschrieben. Ich finde, das zeichnet uns aus.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will einen Satz zu dem sagen, von dem ihr vielleicht auch - von einem Skandal der Arbeiterwohlfahrt in einer bestimmten Region - ereilt seid. Mehr will ich dazu nicht sagen. Ich will hier zusichern, dass wir uns auch in der Arbeiterwohlfahrt nicht von solchen Dingen, die nicht unter unser Dach gehören, durcheinanderbringen lassen. Wir werden alles tun, um das, was da passiert sein kann und sein dürfte, aufzuklären. Wir werden das alles ahnden und uns bis zum letzten Cent in die Kassen der Arbeiterwohlfahrt und in die öffentlichen Kassen zurückholen, was zurückzuholen ist. Solidarität sieht für uns so aus, dass der Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt und die Landesbezirksverbände zur Aufklärung von schwierigen Umständen bis hin zu Skandalen beitragen.

Ich wollte das wenigstens erwähnt haben, weil uns das mit Blick auf das Jubiläum, das wir nächste Woche feiern, ein wenig belastet. Das gebe ich zu. Aber ich will dann auch sagen: Mit dem von Johanna angedeuteten Stolz, der die Arbeiterwohlfahrt auch über die Entwicklung in den 100 Jahren umgibt, werden wir feiern, hier in Berlin mit dem Bundespräsidenten als Festredner. Wir freuen uns alle darauf, dass viele von euch als Delegierte der AWO aus den Regionen dabei sein werden.

Herzlichen Dank dafür, dass wir uns gegenseitig immer wieder auch offen die Meinung sagen oder uns da unterstützen, wo es notwendig ist! Das ist der Sinn eines Grußwortes. In diesem Sinne: Herzlichen Dank für diese Solidarität zwischen AWO und SPD auf allen Ebenen! Ich finde, wir sollten sie noch ein wenig mehr beleben als in der Vergangenheit. In diesem Sinne: ein kräftiges Glückauf und Freundschaft!

(Beifall)

ANTRAGSBERATUNG FAMILIEN-, FRAUEN- UND GLEICHSTELLUNGSPOLITIK, GENERATIONS- UND SENIORENPOLITIK UND KINDERGRUNDSICHERUNG I A2

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Vielen herzlichen Dank auch für die klaren Worte und vor allem für die Worte der Solidarität, die du an uns alle gerichtet hast. Herzlichen Dank dafür!

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zu einem weiteren spannenden Teil. Wir werden nämlich jetzt den Bereich der Kindergrundsicherung behandeln und uns dort inhaltlich weiter aufstellen. Deshalb darf ich diesen Bereich aufrufen.

Passend hierzu darf ich noch jemanden begrüßen: Es ist nämlich Heinz Hilgers unter uns, der Vorsitzende des Deutschen Kinderschutzbundes. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich bin mir sicher, diese Debatte wird mit Spannung verfolgt werden. Schön, dass du hier bist!

Wie gesagt: Wir kommen zu den Anträgen des Antragsbereichs Familien-, Frauen- und Gleichstellungspolitik, Generations- und Seniorenpolitik und da insbesondere zu dem Teilbereich Kindergrundsicherung. Da liegt euch der Initiativantrag IA 2 vor. Euch liegt dazu eine Tischvorlage inklusive der Empfehlungen der Antragskommission vor. An diesem Antrag wurde in den letzten Monaten sehr lange gearbeitet. Ich glaube, dass wir heute dazu wegweisende Entscheidungen treffen werden.

Ich freue mich jetzt sehr, dass unsere Familienministerin Franziska Giffey diesen Antrag einbringen wird. Liebe Franziska, du hast das Wort!

(Beifall)

Franziska Giffey, Parteivorstand:

Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist erst einmal schön, hier heute zum Thema Kindergrundsicherung sprechen zu können; denn den Weg dafür hat unser Sozialstaatskonzept geebnet. Wir hatten darin auch schon die Idee einer Kindergrundsicherung. Wir haben im letzten Jahr intensiv daran gearbeitet, dieses Konzept noch einmal zu untersetzen und mit Leben zu füllen.

Ich will mich ganz herzlich bedanken bei allen, die mitgeholfen haben nicht nur bei Malu Dreyer, die das von Anfang an voll unterstützt hat, sondern auch bei Sönke und Katja, bei Dagmar Schmidt und bei allen denjenigen, die aus den Landes- und Expertengruppen in den Kommunalbereichen mit dabei waren.

Wir haben ein sozialdemokratisches Konzept für eine Kindergrundsicherung entwickelt, indem wir eben nicht sagen, wir sichern Kindern und Familien einfach nur dadurch ab, dass wir ihnen Geld geben, sondern wir sagen, unsere sozialdemokratische Kindergrundsicherung hat zwei Säulen, die sie tragen. Die eine Säule ist die Frage der Infrastruktur. Wir wollen gute Kitas. Wir wollen gute Ganztagsschulen. Wir wollen eine gute Kinder- und Jugendarbeit. Wir wollen Mobilität für Kinder und Jugendliche und einen Rahmen, in dem sie sich gut entwickeln können. Dafür schaffen wir mit vielen Dingen jetzt schon die Voraussetzungen. Wir fangen nicht von Null an, sondern die Kindergrundsicherung der Zukunft basiert auf dem, was wir bereits mit dem Starke-Familien-Gesetz auch geschaffen haben.

Wir sagen: Die zweite Säule dieser Kindergrundsicherung ist tatsächlich eine bessere Geldleistung für die Familien, indem wir alle Leistungen, die jetzt schon da sind, bündeln, vereinfachen und verbessern. Wir wollen, dass jedes Kind gleich viel wert ist. Wir wollen, dass Kinder eben nicht als kleine Langzeitarbeitslose gesehen werden, sondern dass sie vom Jobcenter wegkommen hin zu den Familienkassen, und zwar jedes Kind und jeder Jugendliche in Deutschland. Das sind 17,8 Millionen Kinder und Jugendliche, um die es hier geht.

(Beifall)

Wir schlagen mit unserem sozialdemokratischen Konzept eine Kindergrundsicherung vor und sagen ganz klar: Jedes Kind in Deutschland egal, ob in einer armen oder in einer reichen Familie bekommt einen Basisbetrag von 250 Euro im Monat, in dem auch Teilhabe- und Bildungschancen mitenthalten sind, mit dem wir wollen, dass für jedes Kind eine verlässliche Grundsicherung da ist. Wir sagen auch: Wenn Eltern wenig Geld und geringe Einkommen haben, dann gibt es einen vom Einkommen abhängigen Zusatzbetrag. Den staffeln wir nach Altersstufen, damit wir wirklich dem Bedarf eines jeden Kindes gerecht werden können. Das wollen wir machen. Das ist unser Konzept. Das ist die Möglichkeit, endlich dafür zu sorgen, dass auch jedes Kind, das einen Anspruch hat, diesen Anspruch tatsächlich auch erhalten kann. Wir wollen das untersetzen.

(Beifall)

Ich will ganz klar sagen: Das, was wir in dieser Legislatur gemacht haben und was wir auch noch weiterentwickeln das Starke-Familien-Gesetz, die digitalen Familienleistungen , sind alles die Grundlagen, um diesen Systemwechsel hinzukriegen. Das machen wir nicht von heute auf morgen. Aber es ist jetzt die Zeit, um die Voraussetzungen zu schaffen mit dem neuen Kinderzuschlag, mit dem neuen Bildungs- und Teilhabepaket und mit allem, was wir im Bereich der Familienförderung tun. Die Kindergrundsicherung ist das Ziel, an dem wir arbeiten.

Wir haben ein abgestimmtes sozialdemokratisches Konzept dafür. Das ist gelungen mit vielen Praktikern und Experten, die sich seit Jahren mit diesem Thema beschäftigen, und mit den Genossinnen und Genossen, die mit uns intensiv daran gearbeitet haben. Vielen Dank dafür! Ich glaube, wir haben heute eine gute Vorlage, um das Sozialstaatskonzept mit der Kindergrundsicherung untersetzt, fundiert und kompetent und klug mit Leben zu füllen. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Franziska, für die Einbringung, aber vor allem auch für die Arbeit in den letzten Wochen und Monaten. Nicht nur dir, sondern der ganzen Arbeitsgruppe, die an diesem Konzept gearbeitet hat, noch einmal herzlichen Dank!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, mit diesem Antrag IA 2 sind jetzt außerdem die Anträge F 1 bis F 24, M 36 und StW 41 aufgerufen.

Bevor wir mit den Wortmeldungen weitermachen, an dieser Stelle noch ein paar Hinweise, damit ihr wisst, worüber genau wir jetzt sprechen: Bei Annahme des IA 2 in der Fassung der Antragskommission sind die Anträge F 1 bis F 3 sowie F 9 bis F 24, der Antrag M 36 und der Antrag StW 41 erledigt. Die Anträge F 4 bis F 8 wurden bereits bei Annahme von PV 1 Sozialstaat von morgen für erledigt erklärt. - Das noch einmal als Hinweise vorab.

Jetzt liegen mir aber einige Wortmeldungen vor. Ich schaue noch einmal in Richtung von Dagmar, der zuständigen Berichterstatterin. Möchtest du vorab reden oder erst nach den Wortmeldungen? - Okay, erst die Wortmeldungen. Dann starten wir damit. Die erste Wortmeldung hat Luisa Boos aus Baden-Württemberg. Severin Fischer aus Berlin macht sich bitte schön schon bereit.

(Beifall)

Luisa Boos, Baden-Württemberg:

Liebe Genossinnen und Genossen! Jedes fünfte Kind in Deutschland ist von Armut betroffen. Auch wenn diese Kinder ganz unterschiedlich sind, unterschiedliche Fähigkeiten und unterschiedliche Begeisterungen im Leben haben, so teilen sie doch oft Merkmale, die sie verbinden. Arme Kinder haben arme Eltern. Deswegen ist es wichtig, dass wir jetzt mit dem Sozialstaatskonzept, aber auch mit dem Mindestlohn dafür sorgen, dass Familien bessere Einkommen bekommen und dass die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser werden.

Weitere Merkmale, die viele Kinder, die von Armut betroffen sind, teilen, ist, dass sie viele Geschwister haben, weil Kinder immer noch ein Armutsrisiko in Deutschland sind, dass sie einen Migrationshintergrund haben oder dass sie Kinder von Alleinerziehenden sind. Ich bin eine alleinerziehende Mutter und habe eine Initiative, ein Netzwerk gebildet, das sich „Alleinerziehend und laut“ nennt.

Dabei geht es darum, dass wir Alleinerziehenden ein Sprachrohr geben, weil Alleinerziehende oftmals das Gefühl haben, dass sich eben nichts in unserem Land ändert, dass sie gesehen werden, dass das Problem erkannt wird, aber dass sich nichts ändert und dass sie diejenigen sind, die sich zusammentun müssen, gemeinsam laut werden müssen, um auch für politische Mehrheiten zu kämpfen.

Es wird oft gesagt, Alleinerziehende finden sich viel zu wenig in unseren Reihen. Das ist wahr. Denn unsere Strukturen lassen das erstens gar nicht zu, und Alleinerziehende haben zweitens noch etwas anderes in ihrem Alltag zu tun. Aber das ist das Entscheidende sie sind hochpolitisch.

Was wir jetzt mit der Kindergrundsicherung machen, ist, dass wir Leistungen zusammenbringen. Das ist auch richtig so. Auch Alleinerziehende sind zwar mittlerweile Expertinnen oder Experten darin, gefühlt 1 Milliarde Anträge auszufüllen. Aber es ist gut, wenn sie das in Zukunft nicht mehr tun müssen.

Bei der genauen Ausgestaltung müssen wir aber insbesondere bei den Alleinerziehenden darauf achten, was es bedeutet, diese Leistungen zusammenzulegen, vor allen Dingen was den Unterhaltsvorschuss und auch den Unterhalt an sich betrifft. Denn viele Alleinerziehende haben das Gefühl: Es geht etwas, manchmal kommt die Leistung auch ein bisschen an, wird dann aber wieder mit ganz vielen anderen Komponenten verrechnet, sodass auf dem Bankkonto viel zu wenig hängenbleibt. Das ändern wir jetzt und müssen wir ändern.

Kevin hat gestern gesagt: Wir haben es mit einer Demokratisierung von Kommunikation zu tun. - Das stimmt! Viele Alleinerziehende sind mittlerweile aktive Bloggerin und Aktivistin in ihrer eigenen Sache. Ich bitte euch darum: Nehmt sie bei der genauen Ausgestaltung dieses Konzepts mit! Ladet sie ein, mit uns gemeinsam zu diskutieren, wie die Kindergrundsicherung ausgestaltet sein kann, damit sie bei Alleinerziehenden und ihren Kindern auch ankommt!

(Beifall)

Es gibt ein Argument, liebe Genossinnen und Genossen, das in der Debatte ganz oft von den Konservativen kommt. Die sagen, die Kindergrundsicherung sei eine Leistung, die mit der Gießkanne ausgekippt wird. Das ist natürlich Quatsch. Aber wenn wir in dem Bild bleiben, möchte ich, dass die Kindergrundsicherung eine wirklich verdammt große Gießkanne ist.

(Beifall)

Ja, gießen wir die Zukunft über unsere Kinder, und lassen wir sie endlich der Kinderarmut entwachsen! - Vielen Dank.

(Beifall)

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Danke, Luisa. - Als Nächster hat Severin Fischer das Wort. Ihm folgt Kerstin Griese.

Severin Fischer, Berlin:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich glaube, dieser Beschluss zur Kindergrundsicherung heute ist ein echter Meilenstein in der Förderung von Familien und ihrer Kinder in diesem Land. Wenn wir das beschließen, dann machen wir richtig viel.

Was uns, glaube ich, von anderen Konzepten und anderen Parteien unterscheidet, die auch zur Kindergrundsicherung gearbeitet haben, ist, dass wir mit unserem Konzept ein Zwei-Säulen-Konzept machen. Das entspricht auch der Sozialdemokratie. Wir glauben, dass Infrastruktur und Geldleistungen beides wichtige Dinge sind, wenn es darum geht, Kinder auf ihrem Weg ins Erwachsenwerden zu begleiten und ihnen Sicherheit und Stabilität zu geben.

Deswegen möchte ich euch bitten, bei der Kindergrundsicherung auch über die Infrastruktursäule zu sprechen. Denn das, was wir da machen, ist tatsächlich revolutionär. Wir sagen: Wir wollen einen beitragsfreien Kita-Platz für alle Kinder in Deutschland schaffen. Wir wollen einen beitragsfreien Ganztagsanspruch für alle Kinder schaffen. Wir wollen Mobilität für Kinder kostenfrei ermöglichen. Das sind ganz wichtige Schritte, mit denen wir in den kommenden Jahren auch schon auf dem Weg sind. Gerade beim Ganztag müssen wir uns noch ein bisschen anstrengen. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir diesen Weg gemeinsam gehen.

Ich will auch dafür werben, dass wir mit der monetären Säule, der Geldleistung, einen klugen Weg gehen. Es gelingt uns jetzt endlich, dass wir diesen Wust aus Familienleistungen, aus Beträgen, die für Kinder sind, endlich zusammenführen. Wir holen die Kinder aus dem SGB II heraus. Wir machen nicht mehr eine Trennung zwischen Kinderzuschlag und Kindergeld. Ich glaube, auch das ist ein ganz wichtiger Schritt. Er kostet uns ein bisschen Geld, aber er sollte es uns wert sein.

(Beifall)

Ein Anliegen ist mir noch ganz besonders wichtig: Wir müssen das digitalisieren. Wir müssen es endlich schaffen, dass diese Leistungen Familien online zugänglich sind und dass Familien nicht mehr zum Amt gehen müssen, sondern dass es ihnen gelingt, im Internet ihre Leistungen, auf die sie Anspruch haben, antragslos abzurufen. Dafür möchte ich bei euch um eure Unterstützung werben. - Danke schön.

(Beifall)

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Severin. - Als Nächste hat Kerstin Griese aus NRW das Wort. Ihr folgt Pavlos Wacker aus

Baden-Württemberg.

Kerstin Griese, Parteivorstand:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin sehr froh, dass wir mit diesem Konzept zur Kindergrundsicherung einen weiteren wichtigen Meilenstein im Zusammenhang mit unserem Sozialstaatspapier gehen können; denn das hängt zusammen. Das, was wir im Sozialstaatspapier beschlossen haben, der Wert der Arbeit, die Bedeutung der Arbeit, das Recht auf Arbeit, hat auch etwas damit zu tun, wie Kinder in unserem Land aufwachsen. Denn die beste Absicherung gegen Kinderarmut ist Gute Arbeit der Eltern. Das ist der Zusammenhang. Deshalb ist es mir so wichtig, dass wir immer klarmachen: Wir wollen alles tun, damit die Eltern Arbeit aufnehmen. Wir wollen das unterstützen, auch bei der Anrechnung zum Beispiel bei den Sozialleistungen.

Es gibt einen Zusammenhang. Den habe ich sehr eindrücklich bei Kindern erlebt, die aus Familien kommen, die schon sehr lange im Hartz IV-Bezug sind. Da hat man von den „Erstaufstehern" gesprochen. Erstaufsteher sind die Kinder, die sich zu Hause den Wecker stellen, pünktlich aufstehen müssen, sich ganz allein waschen müssen, Frühstück machen, ihre Schultasche packen und pünktlich aus dem Haus gehen müssen. Sie sind Erstaufsteher, weil ihre Eltern nicht aufstehen müssen, weil sie keine Arbeit haben. Kinder können das alles gar nicht alleine schaffen. Deshalb ist es auch für Kinder wichtig, dass ihre Eltern Gute Arbeit haben und dass wir so viel dafür tun, damit Menschen in Gute Arbeit kommen.

(Beifall)

Der zweite Punkt: Ich bin sehr froh, dass wir in diesem Konzept zur Kindergrundsicherung diese beiden Säulen haben, die Severin und Franziska schon erwähnt worden sind, nämlich die Infrastruktur. Wir wollen das kinderfreundlichste Land Europas werden. Das ist ein hoher Anspruch. Aber das wollen wir. Dafür wollen wir alles tun. Dazu gehört, dass es gute und kostenfreie Kitas gibt, dass es Ganztagsangebote in den Grundschulen gibt. Wie sehr warten die Eltern alle darauf, dass das endlich klappt. Nachdem wir im Kita-Bereich so weit gekommen sind, gibt es immer einen Einbruch, wenn es in die Grundschule geht. Es muss da also auch verlässliche Ganztagsschulangebote geben.

Dazu gehört aber auch, dass Kinder mobil sind, dass sie eine Fahrkarte haben, Bus und Bahn fahren können. Dazu gehört auch, dass es Angebote für Kultur und Sport gibt. Die gesamte Infrastruktur ist ein ganz wichtiger Bestandteil dieser Kindergrundsicherung.

Mein dritter Punkt: Ich finde es gut, dass wir die finanziellen Leistungen jetzt genau berechnet haben und dass wir jetzt gesagt haben: Kinder sind keine kleinen jungen Arbeitslosen, sondern sie brauchen eine eigenständige Grundsicherung, die außerhalb des Systems für Arbeitslose ist, nämlich eine eigene Kindergrundsicherung.

(Beifall)

Das ist auch der große qualitative Fortschritt. Deshalb sagen wir dort: Es muss aufhören, dass in Deutschland diejenigen, die sehr viel verdienen, aufgrund des Steuerfreibetrags mehr Geld für ihre Kinder bekommen als diejenigen, die mittel bis weniger verdienen. Deshalb bin ich auch froh, dass wir klar sagen, dass wir auch den Steuerfreibetrag anpacken, und dass wir sagen, da muss sich etwas ändern.

Das alles sind Leistungen, die bei den Kindern direkt ankommen sollen. Ich will Franziska Giffey ganz herzlich danken. Denn mit dem Starke-Familien-Gesetz haben wir richtig praktisch damit angefangen, dass das Schulstarterpaket erhöht wird, dass die Leistungen für Klassenfahrten und für Schulausflüge automatisch bei den Kindern ankommen.

Noch immer nehmen das viel zu Wenige in Anspruch. Deshalb müssen die Leistungen direkt bei den Kindern da sein, damit die soziale Spaltung verhindert wird. Ich bin sehr froh, dass wir uns da auf den Weg machen. Die SPD sollte das als ihr großes Thema betrachten. Wir wollen das kinderfreundlichste Land Europas werden. - Vielen Dank.

(Beifall)

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Herzlichen Dank, Kerstin. - Es folgt Pavlos Wacker aus Baden-Württemberg, und bereitmachen kann sich Melanie Kühnemann-Grunow aus Berlin.

(Beifall)

Pavlos Wacker, Baden-Württemberg:

Liebe Genossinnen und Genossen, bevor ich sehr aktiv wurde bei den Jusos Baden-Württemberg, war ich in der kommunalen Kinder- und Jugendarbeit tätig. Ich war als Teamer für verschiedene Organisationen im Einsatz und habe Projekte zur Demokratiebildung gemacht. Ein Erlebnis möchte ich mit euch teilen, weil es mich zum Nachdenken gebracht hat, und es hat mich zu einem großen Verfechter der Kindergrundsicherung gemacht: Wir hatten ein Projekt an einer sogenannten Brennpunktschule. Es gehört zur bitteren Realität in Deutschland, dass noch immer häufig Personen mit niedrigem Einkommen in bestimmten Quartieren leben.

Wir hatten da dieses Projekt, sind da reingegangen und wollten über Ökologie, über Nachhaltigkeit, über Supranationalität mit den Kiddies sprechen. Da saßen Kinder vor uns, die hatten seit einer Woche dasselbe T-Shirt an, Kinder, die kein Pausenbrot dabeihatten, und wenn überhaupt, dann Marshmallows. Es waren Kinder, die ein besseres Leben verdient haben.

Wenn im 21. Jahrhundert die Postleitzahl entscheidet, wie du lebst und welche Chancen du in die-

sem Leben haben wirst, dann ist dies eine Schande für die viertgrößte Volkswirtschaft dieses Planeten, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Von daher vielen Dank für diesen wichtigen und richtigen Antrag. Denn dieser Antrag ist auch ein Paradigmenwechsel. Auch wenn wir beim Thema Hebesätze und Anrechnung von anderen Leistungen noch Luft nach oben haben, setzen wir hier ein Zeichen. Deswegen der klare Appell auch an euch: Lasst uns heute ein klares Zeichen setzen, ein Zeichen an die Jugendverbände, an die Wohlfahrtsverbände, an die Kinderschutzorganisationen, dass wir als SPD die Partei der Kinder, die eine soziale Schutzmacht brauchen, in diesem Land sind, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

1992 trat die UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland in Kraft. Das war sechs Jahre vor meiner Geburt. Seither ist leider nicht so viel passiert, wie hätte passieren können. Wir haben in manchen Punkten noch erheblichen Nachholbedarf. Ich nenne ein paar Punkte: In unserem Rechtssystem sind Kinder leider immer noch ein bisschen unterrepräsentiert. Deswegen ist die Umsetzung der Kinderrechte ins Grundgesetz schon längst überfällig.

(Beifall)

Wichtig sind die Rechte von Straßenkindern, Mittel für die Suchtprävention, Mittel für die Demokratieförderung, und wir müssen die Rekrutierung von Minderjährigen durch die Bundeswehr endlich beenden, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Eine Erkenntnis ist für mich heute die wichtigste: Kinder und Jugendliche sind nicht die Zukunft. Kinder und Jugendliche sind unsere gottverdammte Gegenwart, und sie haben jetzt ein Recht darauf, dass wir uns um sie kümmern, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich mache es kurz: In diesem Antrag sind viele Punkte, die unterstützenswert sind. Ich hatte das Recht, in einem behüteten Elternhaus aufzuwachsen, musste mir nie Sorgen machen, ob ich abends eine warme Mahlzeit bekomme. Ich möchte, dass in zehn Jahren an diesem Rednerpult die Kinder, die vor mir in dieser Schule saßen, stehen und eine Rede halten. Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns gemeinsam dafür kämpfen. Lasst uns streiten. - Ich danke euch.

(Beifall)

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Danke, Pavlos. - Es folgt Melanie Kühnemann-Grunow aus Berlin, und bereitmachen kann sich Susann Rüthrich aus Sachsen.

Melanie Kühnemann-Grunow, Berlin:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich freue mich sehr über den Antrag zum Sozialstaat. In Verbindung mit dem Antrag zur Kindergrundsicherung macht das richtig viel Sinn.

In Deutschland ist jedes fünfte Kind von Armut betroffen, weil die Eltern arm sind oder alleinerziehend. In Berlin gilt das für jedes dritte Kind.

Ich bin jugend- und familienpolitische Sprecherin der Abgeordnetenhausfraktion, und wir haben beschlossen, uns in die bundesdeutsche Debatte einzubringen und eine Bundesratsinitiative für einen Systemwechsel auf den Weg zu bringen hin zur Kindergrundsicherung. Dass wir diesen Antrag jetzt hier beraten, ist für mich ein absoluter Meilenstein. Das ist auch für unsere Partei und für Deutschland ein absoluter Meilenstein.

(Beifall)

Kein Kind sollte in Deutschland von Hartz IV leben müssen. Die Kindergrundsicherung muss ein garantierter Betrag sein, der das bisherige System ersetzt. Es kann doch nicht sein, dass sich Kinder aus gutsituierten Familien auf Familienleistungen wie Kindergeld, Kinderzuschlag und vor allem auf den Steuerfreibetrag verlassen können, während das Kindergeld von Familien, die im Arbeitslosengeld-II-Bezug sind, angerechnet wird. Das ist eine Ungerechtigkeit.

Wir wundern uns über Pisa, und wir wissen, dass Bildung schon lange nicht mehr garantiert ist. Wir wissen, dass sie so stark wie noch nie von der sozialen Situation der Eltern abhängt. Wir waren da schon mal weiter, liebe Genossinnen und Genossen. Auch ich konnte von der sozialdemokratischen Bildungsoffensive der 70er-Jahre profitieren. Ich bin ein Arbeiterkind.

Das Starke-Familien-Gesetz von Franziska ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Kinder brauchen aber eine eigene finanzielle Sicherung. Sie sind - das haben wir hier schon oft gehört heute - keine kleinen Erwachsenen, und sie sind auch keine Bittsteller an den Staat. Deshalb auch der Änderungsantrag von uns. Die Leistung muss automatisch und ohne bürokratisches Antragsverfahren ausgezahlt werden.

Wir haben hier viel über Infrastruktur gehört. Wir haben in Berlin vieles kostenfrei gemacht. Wir sind da auch als Bundesland Vorreiter. Von der Kita bis zur Uni sind unsere Bildungsangebote kostenfrei. Wir haben das Schülerticket frei gemacht. Wir setzen uns für Beratungsangebote ein, bauen Familienzentren aus. Aber um eine grundsätzliche Verbesserung der Situation von Kindern zu erreichen, ist der Bund in der Pflicht, sind wir als SPD in der Pflicht. Wir brauchen eine Kindergrundsicherung.

Was wir noch brauchen: Wir brauchen einen Rechtsanspruch auf die Leistungen des SGB XIII. Das

ist ganz, ganz wichtig.

(Beifall)

Dazu haben wir auch einen Änderungsantrag formuliert, und ich hoffe, dass der eure Zustimmung findet. Ich freue mich auf jeden Fall, dass wir die Kindergrundsicherung heute hier so rege diskutieren, dass es so viel Anteilnahme gibt an dem Thema - es ist ein wichtiges Thema für Deutschland - und dass wir diesen Antrag hier heute gemeinsam beschließen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Danke, Melanie. - Bevor gleich Suse das Wort bekommt, noch ganz kurz der Hinweis: Wir haben jetzt noch drei Wortmeldungen vorliegen. Danach gehen wir dann quasi in die Abstimmung. Das heißt, ihr könnt auch schon langsam euren Delegierten, wenn sie noch draußen sind, sagen, dass sie gerne wieder ins Plenum kommen dürfen.

Das Wort hat jetzt Susann Rüthrich aus Sachsen. Als Nächste folgt Natalie Pawlik aus Hessen-Süd.

Susann Rüthrich, Sachsen:

Liebe Genossinnen und Genossen, viele von euch haben bestimmt auch solche Lieblingsfloskeln. Eine - die wurde gerade schon genannt - ist immer: Kinder sind unsere Zukunft. - Eine meiner anderen Lieblingsfloskeln, die wir alle bestimmt schon mal benutzt haben, ist: Wir wollen Kinderarmut bekämpfen.

Liebe Genossinnen und Genossen, mir reicht das nicht. Ich möchte Kinderarmut abschaffen.

(Beifall)

Das geht nämlich, und zwar mit der Kindergrundsicherung. Wir sächsische Sozis, wir haben uns schon vor zehn Jahren für eine Kindergrundsicherung ausgesprochen. Ich freue mich, dass wir jetzt endlich auch auf Bundesebene über die Schwelle des Ob kommen und zum Wie kommen mit den zwei Säulen: auf der einen Seite, dass Kinder alles das, was sie in ihrem Umfeld zum guten Aufwachsen brauchen auch tatsächlich bekommen können, kostenfrei, stigmatisierungsfrei, nämlich so, dass Kinder und ihre Familien nicht beschämt sind, wenn sie eine Leistung in Anspruch nehmen, sondern dass sie sie selbstverständlich nutzen können.

Auf der anderen Seite: Der Kühlschrank muss trotzdem gefüllt sein, der Wintermantel bezahlt. Deswegen brauchen wir gut begründbare Auszahlungsbeträge, die den tatsächlichen Bedarf und nicht

nur die Existenz sichern.

Das ist unser Modell: Kinder als Kinder betrachten, absichern. Sie gehören nicht in Hartz IV. Sie sind keine kleinen Arbeitslosen. Kinder sollten alle Möglichkeiten, die wir ihnen offerieren, auch tatsächlich nutzen können. Das ist ein Systemwandel, und das ist richtig so. Das ist nicht zum Nulltarif zu haben; das ist auch richtig so. Aber sonst bezahlen das die Kinder mit ihrer Zukunft. Ich finde, da sollten wir durchaus selbst das Geld in die Hand nehmen.

Das geht nicht mit der Union - mag sein -; aber dann sollen die doch mal begründen, warum sie sich damit abgefunden zu haben scheinen, dass wir in Deutschland arme Kinder haben. Im Gegensatz zu tun: Wir haben uns damit nicht abgefunden. Das zeigen wir heute.

Die Kindergrundsicherung führen wir wohl nicht im kommenden Jahr ein. Aber es ist die Perspektive, an der wir die Schritte, die wir ab morgen gehen, messen. Sind das Schritte hin zu der tatsächlichen Einführung der Kindergrundsicherung, hin dazu, dass Kinderarmut abgeschafft wird, hin dazu, dass Eltern nicht mehr durch die Anzahl ihrer Kinder ärmer werden, hin dazu, dass uns alle Kinder gleich viel wert sind.

Liebe Genossinnen und Genossen, frisch auf ans Werk und Freundschaft!

(Beifall)

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Susann. - Jetzt hat das Wort Natalie Pawlik, und es folgt Seija Knorr-Köning aus Bayern.

Natalie Pawlik, Hessen-Süd:

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn in einem der reichsten Länder der Welt Millionen von Kindern in Armut leben müssen, dann läuft gewaltig etwas schief, dann sind wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gefragt, und ich freue mich, dass wir heute diesen Antrag als Erweiterung zu unserem Sozialstaatskonzept hier beschließen.

Der besondere Fokus auf junge Menschen und vor allem auf Jugendarmut ist für mich hierbei von besonderer Bedeutung; denn über die Auswirkungen von Jugendarmut wird in der Politik, in der Gesellschaft, aber eben auch in der Wissenschaft leider viel zu wenig gesprochen. Wir beziehen uns mittlerweile vermehrt auf das Thema „Kinderarmut“, aber der Altersbereich von jungen Menschen wird leider viel zu wenig erfasst.

Es ist wichtig, dass wir auf der einen Seite finanzielle Hilfen für von Armut betroffene Jugendliche stellen, damit diese eben nicht neben der Schule arbeiten gehen müssen, damit sie die Möglichkeit

haben, am Unterricht zu partizipieren, nicht übermüdet zur Schule gehen müssen und da eben auch die Bildungschancen überhaupt erst erfahren können, die unser System jetzt noch zu bieten hat.

Ich finde es aber ebenfalls wichtig, dass wir die Infrastruktur stärken, die ebenfalls ein wichtiger Teil in diesem Antrag ist. Wir müssen sagen, dass Bildungsmöglichkeiten für Ort überhaupt erst realisierbar werden müssen. Ich selber habe zu oft erlebt, dass Jugendliche kein Fachabitur machen konnten, weil die einzige Berufsschule in ihrer Umgebung überfüllt ist und ihnen eben keine 20-Kilometer-Fahrt zugemutet werden kann, weshalb sie sich für einen anderen Bildungsweg entscheiden. Ich finde, das kann es nicht sein. Finanzielle Hilfen und die Stärkung der Infrastruktur müssen Hand in Hand gehen. Ein Kind bzw. ein Jugendlicher muss die Möglichkeit haben, Bildungsangebote wahrzunehmen - sei es Nachhilfe, sei es die Musikschule.

Ich finde, wir sind da auf einem richtig guten Weg, und ich würde mich freuen, wenn dieser Antrag mit der gleichen Mehrheit wie das Sozialstaatspapier ebenfalls angenommen wird. - Vielen Dank.

(Beifall)

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Natalie. - Als nächste Rednerin folgt Seija Knorr-Köning aus Bayern, und bereit machen kann sich Gabriel Kunze aus NRW.

Seija Knorr-Köning, Bayern:

Liebe Genossinnen und Genossen! Solange 4,5 Millionen Kinder in diesem Land arm sind, gibt es überhaupt keinen Grund, sich selbstgefällig auf die Schulter zu klopfen.

(Beifall)

Wir können gerne feiern, wenn wir diese soziale Katastrophe überwunden haben und in diesem reichen Land kein Kind mehr in Armut aufwächst.

(Beifall)

Finanzielle Armut existiert immer im Kontext von Familie. Diese Armut hat Auswirkungen: auf Zukunftschancen, auf die Beziehung zu Gleichaltrigen, auf das Selbstbewusstsein und auf die Möglichkeiten für Aktivitäten, wie Sportverein, Musikunterricht oder einfach nur ein Besuch im Schwimmbad.

Aber insbesondere auf die Armutsfolgen müssen wir noch weiter Antworten entwickeln.

Ich möchte ein wenig den Blick auf die Bildungschancen richten. Damit meine ich aber mehr als formelle schulische Bildung. Die kann nämlich einfach mit der Forderung nach einer Ganztagsschu-

le abgespeist werden. So einfach sollten wir es uns aber nicht machen. Schule ist für viele immer noch ein Ort unerfüllbarer Erwartungen, von Leistungsdruck und ein Ort, der mit Mobbing assoziiert wird, insbesondere, wenn Armutserfahrungen im Spiel sind.

Auch deshalb benötigen wir mehr und eine bessere finanzielle Ausgestaltung von offener Sozialarbeit. Diese bietet Anlaufstellen, die beraten, fördern und Zugang zu informeller Bildung und Teilhabe ermöglichen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, dieses Konzept der Kindergrundsicherung macht mir Mut - nicht nur, weil es sich mit den zwei Säulen und an unterschiedlichsten Stellen diesem eklatanten Missstand nähert, sondern auch, weil es zeigt, dass die SPD tun kann, was sie tun muss: an der Seite derjenigen, die es sich nicht leisten können, für soziale Rechte kämpfen.

Lasst uns kämpfen! Lasst uns dieses reiche Land zu einem kinderfreundlichen Land machen!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr wisst genauso gut wie ich, dass das nicht an der Seite der Union funktionieren wird.

(Beifall)

Jedoch halte ich es für äußerst feige, sich darauf zu berufen, sich dieses Thema für den Wahlkampf aufzuheben. Keines der 4,5 Millionen Kinder hat dafür Zeit. Dieses Thema „Grundsicherung“ müsste eine rote Linie sein, ein zentrales Thema in den Nachverhandlungen des Koalitionsvertrages.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, um den Antrag noch ein Stückchen besser zu machen, habe ich zwei Änderungen vorzuschlagen:

Die erste Änderung bezieht sich darauf, dass der Anspruch auf die Kindergrundsicherung mit Beginn von Ausbildung oder Studium auf die anspruchsberechtigte Person, auf das Kind, übergeht, und zwar bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss, das heißt, gegebenenfalls auch über die Altersgrenze von über 25 Jahren hinaus.

Die zweite Forderung bezieht sich darauf - wir haben es bei meiner Vorrednerin schon gehört -, dass das Einkommen der Kinder, die aufgrund der finanziellen Situation ihrer Eltern darauf angewiesen sind, sich selber etwas hinzuzuverdienen, nicht auf den Anspruch angerechnet wird.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte euch um große Zustimmung zu diesem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall)

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Seija. - Jetzt hat noch Gabriel Kunze aus Nordrhein-Westfalen das Wort.

Gabriel Kunze, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin beruflich in der Jugendhilfe tätig, und ich freue mich deswegen ganz besonders, dass wir heute diesen Antrag hier beschließen können. Ich kämpfe schon sehr lange dafür, dass es endlich eine Kindergrundsicherung gibt; denn auch in der Stadt, aus der ich komme, in Bonn, haben wir das Problem, dass immer noch jedes vierte Kind in Armut lebt oder von Armut betroffen ist. Gerade in einer reichen Stadt wie Bonn hat mich das immer sehr beschämt, und ich finde es gut, dass wir in einem Land wie Deutschland jetzt als SPD den Schritt machen, die Einführung einer Kindergrundsicherung nach unserem Model massiv zu fordern.

Gleichzeitig lassen wir - ich finde es gut, dass wir als SPD das tun - an dieser Stelle auch die Infrastruktur nicht außen vor, sondern wir sagen: Wir wollen auch Geld für die Infrastruktur zur Verfügung stellen.

Wichtige Punkte dabei sind der Ausbau der Freizeitinfrastruktur für Jugendliche, aber auch das Thema „Freies und kostenloses Ticket für Kinder und Jugendliche im ÖPNV“.

(Beifall)

Das finde ich sehr gut; das freut mich sehr. Ich bin selber in ÖPNV-Gremien tätig, und ich weiß, wie schwierig es ist, so etwas überhaupt zu erreichen. Wenn das Bundespolitik ist, dann ist es gut, so etwas in den Gremien auch durchsetzen zu können.

Ein anderer Punkt ist der, dass wir einen starken Fokus auf Bildung setzen, und ich freue mich, dass wir sagen, wir wollen die Bildungslandschaft und die Infrastruktur ausbauen.

Und jetzt setze ich beides zusammen: freier ÖPNV-Verkehr für Kinder und Jugendliche und Bildungsinfrastruktur, wie beispielsweise Museen in den Städten, auf Bundesebene und auf Landesebene.

Wie wäre es denn, wenn wir nicht nur den Weg dahin für Kinder und Jugendliche kostenlos machen, sondern auch den Eintritt? Wie wäre es, wenn wir einfach sagen würden: „Kinder und Jugendliche können in Museen der öffentlichen Hand oder in Museen, die öffentlich gefördert sind, einfach kostenlos hineingehen“? - Damit kommen wir unserem Bildungsauftrag auch ein Stück näher und wir investieren gezielt in die Infrastruktur.

Deswegen möchte ich den folgenden Änderungsantrag stellen: Ich beantrage, nach Zeile 19 auf

Seite 6 einzufügen: „Wir wollen kostenfreien Eintritt für Kinder und Jugendliche in alle Museen, die der öffentlichen Hand gehören oder öffentliche Fördergelder erhalten“.

Ich bitte um eure Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall)

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Gabriel. - Uns liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Von daher würde ich jetzt das Wort an die Berichterstatterin der Antragskommission, an Dagmar Schmidt, übergeben.

Dagmar Schmidt, Antragskommission:

Genossinnen und Genossen, das ist jetzt nicht ganz so kompliziert. Wenn ich das richtig sehe, ist beantragt worden, dass wir bei der anstehenden Reform der Kinder- und Jugendhilfe auch einen Rechtsanspruch auf Teilhabe verankern. Ich finde es grundsätzlich absolut richtig, das SGB VIII so zu nutzen, dass wir einen Rechtsanspruch auf Teilhabe verankern. Aber ich möchte nicht, dass wir das im Rahmen der anstehenden Reform, die wir dadurch gefährden, in Angriff nehmen, sondern dass wir das zu unserem perspektivischen Ziel machen. Deshalb habe ich euch eine Formulierung, die wir schon im Vorfeld konsensuiert hatten, vorzuschlagen. Sie lautet: „Bei der anstehenden Reform der Kinder- und Jugendhilfe wollen wir daher auch die Kinder- und Jugendarbeit im Sozialraum stärken und perspektivisch im SGB VIII einen individuellen Rechtsanspruch auf Teilhabe an Bildung, Betreuung und Erziehung einführen und zum flächendeckenden Ausbau einer besseren sozialen Infrastruktur für Kinder und vor allem auch für Jugendliche kommen.“ Ich würde euch bitten, den Gedanken so aufzunehmen.

(Beifall)

Der Kinderschutzbund klatscht; ich denke, dann können wir das so machen. Ist das okay?

(Beifall)

Dann ist beantragt, dass das Kindergeld auf das Kind übergehen soll, wenn es in Ausbildung ist. Da haben wir ein kleines systematisches Problem. Denn das Kindergeld ist eigentlich ein Vorschuss auf einen Steuerfreibetrag der Eltern. Es ist zwar jetzt möglich, das unter bestimmten Rahmenbedingungen, z. B. für unbegleitete Flüchtlinge, auf Antrag zu übertragen, es geht aber systematisch eigentlich nicht. Ich finde aber, dass die Frage einer elternunabhängigen Existenzsicherung für junge Menschen in der Ausbildung eine ist, die wir nicht so einfach liegen lassen können, sondern mit der wir uns auch im Hinblick auf das Regierungsprogramm, das wir zu schreiben haben, beschäftigen sollten.

Deswegen schlage ich euch vor, in dem Teil „Starke Familien für ein starkes Land“ im letzten Absatz

- in dem beschreiben wir noch mal, welche Rahmenbedingungen wir noch brauchen, um unser Ziel zu erreichen, nämlich Deutschland zum kinderfreundlichsten Land in Europa zu machen - einen Satz einzufügen, und zwar hinter „im Alltag Zeit und Kraft für Zuwendung“; das ist der zweite Absatz, erster Satz. Da zählen wir das auf. Dort steht: „Dazu zählt insbesondere auch gute und familiengerechte Arbeit als wesentliche Voraussetzung dafür, dass Eltern den Kopf frei haben für die Bedürfnisse ihrer Kinder und im Alltag Zeit und Kraft für Zuwendung.“ Dann kommt - das würden wir dann einfügen: „Dazu zählt eine elternunabhängige Existenzsicherung für junge Menschen in Ausbildung.“ Wenn die Antragsteller damit zufrieden wären, dass wir das an der Stelle aufnehmen, würde das die Antragskommission so übernehmen. - Ist das so? - Gut.

(Beifall)

Dann gibt es einen Antrag hinsichtlich der Anrechnung vom Einkommen der Kinder und Jugendlichen. Ich finde, das ist eine richtige Frage. Aber auch hier haben wir eine systematische Klärung vorzunehmen. Das, was hier sowieso schon drin steht, ist, dass wir hohe Freibeträge haben, dass ein Ferienjob usw. nicht davon betroffen ist. Wir wollen grundsätzlich natürlich immer einen Anreiz für Arbeit schaffen. Deswegen rechnen wir auch nicht voll, sondern immer nur anteilig an, damit sich jede Arbeit am Ende auch lohnt. Wir können aber keine Ungleichbehandlung gegenüber denjenigen machen, die keine Sozialleistungen bekommen. Deswegen können wir das nicht vollständig anrechnen, sondern nur so, wie wir es hier beschrieben haben. Ich möchte euch bitten, bei dieser Formulierung zu bleiben.

Dann ist beantragt worden, den Eintritt in Museen für Kinder und Jugendliche kostenfrei zu stellen. Dieser Antrag ist kein Antrag, der nur die Bundestagsfraktion und die Bundesregierung betrifft. Wenn wir diesen Antrag in seinen zwei Säulen auch in reale Politik umsetzen wollen, dann heißt das, dass Länder und Kommunen genauso ihren Beitrag zur Umsetzung leisten müssen. Und wir haben mit der Kinderkarte ein Instrument geschaffen, über das das möglich steht. Da steht explizit drin, dass Kommunen, die Leistungen, die sie für Kinder und Jugendliche frei und offen machen, auf dieser Kinderkarte hinterlegen können. Und da diese Idee und dieser Grundsatz schon darin enthalten sind, würde ich euch bitten, das dabei zu belassen und euch in euren Kommunen dafür einzusetzen, dass genau das geschieht, nämlich dass Museen - und wenn es nach mir geht, auch Schwimmbäder - für die Kinder kostenfrei zu nutzen sind.

(Beifall)

Habe ich was vergessen? - Das ist nicht so.

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Hier besteht gerade noch etwas Klärungsbedarf, ich bitte um einen kurzen Moment Geduld. - Bei dem letzten Punkt gibt es offensichtlich keine Einigkeit.

Dagmar Schmidt, Antragskommission:

Doch, auch bei dem letzten Punkt besteht Einigkeit. Kulturelle Bildung ist wichtig; deswegen wollen wir natürlich auch kostenfreie Museen.

(Beifall)

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Gut, dann hat sich das ja doch noch geklärt.

Dann, liebe Genossinnen und Genossen, können wir in die Abstimmung über den Antrag zur Kindergrundsicherung einsteigen. Das Votum der Antragskommission lautet „Annahme in geänderter Fassung“. Wer diesem Antrag so zustimmen kann, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Ich sehe keine. - Vielen Dank, der Antrag ist einstimmig angenommen. Herzlichen Dank für dieses tolle Signal.

(Beifall)

Wir werden Kinderarmut mit diesem Konzept endlich gemeinsam abschaffen. Herzlichen Dank.

WAHL DES/DER VORSITZENDEN DER BUNDESSCHIEDSKOMMISSION

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen zur nächsten Wahl.

Wir wählen jetzt den Vorsitzenden oder die Vorsitzende der Bundesschiedskommission. Ich weise darauf hin, dass es auch bei dieser Wahl darum geht, dass der Kandidat oder die Kandidatin die Mehrheit der abgegebenen Stimmen im ersten Wahlgang erreichen muss. Wer das nachlesen möchte, findet die Vorschrift in § 2 Abs. 2 der Schiedsordnung in Verbindung mit § 23 Abs. 4 bis 7 des Organisationsstatus.

Die Vorsitzenden Wahl ist eine Einzelwahl. Das heißt, ihr habt gleich die Möglichkeit, mit Ja, Nein oder Enthaltung abzustimmen. Wir wählen dann die stellvertretenden Vorsitzenden in einer Listenwahl.

Ich würde jetzt mit der Wahl beginnen und die Mandatsprüfungs- und Zählkommission bitten, die Stimmzettel für die Wahl des Vorsitzenden der Bundesschiedskommission zu verteilen.

Während die das macht, möchte ich noch folgende Hinweise geben:

Zum einen der übliche Hinweis an die Vertreter der Medien, dass sie bitte die Geheimhaltung der Wahl ermöglichen und ihre Objektive nicht auf die Stimmzettel richten. - Vielen Dank dafür.

Es handelt sich um eine Einzelwahl; das habe ich gerade schon gesagt. Das heißt, ihr habt gleich auf dem Stimmzettel die Möglichkeit, mit Ja, Nein oder Enthaltung abzustimmen, und auch nur dann, wenn ihr das tut, ist diese Stimme gültig. Zudem müsst ihr auf dem Stimmzettel an der entsprechenden Stelle die Kontrollnummer 8 aufbringen.

Gibt es noch Fragen zum Wahlgang? - Das ist nicht der Fall. Dann verteilen wir erst einmal die Stimmzettel.

(Zuruf)

- Die Kontrollmarke ist die Nummer 8.

Macht euch doch noch bitte bemerkbar, wo noch Stimmzettel fehlen, bitte. - Fehlen irgendwo noch Stimmzettel? Dann eröffne ich den Wahlgang und bitte euch, die Stimme abzugeben.

Okay, dann bitte ich die Mandatsprüfungs- und Zählkommission, die Stimmzettel einzusammeln.

Zeigt doch mal bitte, wo noch Stimmzettel sind, die eingesammelt werden müssen. - Sind noch irgendwo Stimmzettel, die abgegeben werden müssen? - Noch einmal die Frage: Gibt es einen Delegierten, der oder die die Stimme noch nicht abgegeben hat? - Ich sehe niemanden mehr. Dann schließe ich den Wahlgang und bitte um Auszählung.

Wir fahren fort in der Antragsberatung mit Johanna.

FORTSETZUNG ANTRAGSBERATUNG FAMILIEN-, FRAUEN- UND GLEICHSTELLUNGSPOLITIK, GENERATIONS- UND SENIORENPOLITIK

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Genau, wir machen weiter mit der Antragsberatung. Wir befinden uns immer noch im Antragsbereich F, und deshalb kommen wir jetzt zu den weiteren Anträgen aus den Bereichen Familien-, Frauen und Gleichstellungspolitik, Generations- und Seniorenpolitik.

Ich darf die Anträge F25 bis F74 aufrufen. Für die Antragskommission erhält Leni Breymaier das Wort.

(Beifall)

Leni Breymaier, Antragskommission:

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir kommen zur Familien-, Frauen- und Gleichstellungspolitik und haben zusammen jetzt etwa 50 Anträge zu behandeln. Ich kann euch sagen, dass sich die Antragskommission freut, dass gerade auch die frauenpolitischen Anträge zur Primetime des Parteitags diskutiert und verabschiedet werden.

(Beifall)

Die Antragskommission findet es auch gut, dass wir in dem Jahr, in dem wir 100 Frauenwahlrecht und 25 Jahre Ergänzung Art. 3 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz, der uns verpflichtet, zusammen gefeiert haben, aktiv etwas für die Gleichstellungspolitik zu tun, Anträge zum Thema Parität in den Parlamenten vorliegen haben. Es gibt da einen wesentlichen Antrag der ASF. Das ist der Antrag F52, den wir nachher auch zur Annahme in geänderter Fassung empfehlen werden.

Ich freue mich, dass wir mit Klara Geywitz eine Frau mit hoher Expertise und Durchsetzungskraft bei dem Thema als stellvertretende Vorsitzende haben.

(Beifall)

Weiterhin haben wir mehrere Anträge zum Thema Unterhaltsvorschuss und Elterngeld in dem Kapitel. Wir wollen einen Teil zur Berücksichtigung im laufenden Gesetzgebungsverfahren an die Bundestagsfraktion überweisen. Den Antrag F30 zur Einführung der Elternzeit im Entwicklungshelfer-Entsendegesetz, den der Bezirk Hessen-Nord eingebracht hat, schlagen wir zur Annahme vor.

Darüber hinaus gibt es eine große gesellschaftliche Debatte zum Thema Prostitution in Deutschland. Hierzu gibt es einen Antrag des Landesverbandes Baden-Württemberg, der sich explizit für

das sogenannte Nordische Modell einsetzt. Dieser Antrag ist zur Beratung an den Parteivorstand empfohlen. Wir hatten im Vorhinein auch gehört, dass es verschiedene Anträge gibt - beispielsweise aus Schleswig-Holstein -, die schlussendlich nicht als Initiativanträge eingebracht wurden, wir uns aber im Vorhinein abgestimmt haben, dass der Parteivorstand sich mit diesem Thema befasst und dann eben auch die anderen Sichtweisen, die eben oft auch konträr zum Nordischen Modell sind, in die Beratungen einbezieht. Wir glauben, dass die Zeit heute noch nicht reif ist und die Diskussion in der Gesamtpartei noch nicht so weit gediehen ist, aber ich kann euch sagen, dass die Antragskommission ein bisschen stolz darauf ist, dass wir uns die Mühe machen, uns mit dem Thema zu befassen.

Dann haben wir weitere Anträge zu den Themen Schwangerschaftsabbruch, §§ 218 und 219 a. Hier gibt es auch Überschneidungen zum innen- und rechtspolitischen Kapitel. Wir wissen, dass es jenseits der Diskussion zum § 219 a das Bedürfnis nach einer Debatte über reproduktive und sexuelle Rechte gibt. Hierfür sollte der Parteivorstand Raum geben. Daher die Überweisung an den Parteivorstand.

Schließlich gibt es fünf Anträge, die die Jugendfreiwilligendienste und den Bundesfreiwilligendienst weiter aufwerten und attraktiver machen wollen.

Der Antrag F 73 des Landesverbands Niedersachsen spricht sich dafür aus, dass die Kosten für den Arbeitsweg von Jugendfreiwilligendienstleistenden im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstgesetzes vom Bund erstattet werden. Diesen Antrag empfiehlt die Antragskommission zur Annahme. Damit setzen wir in Zeiten, in denen andere schon wieder eine Dienstpflicht für junge Menschen fordern, weiter konsequent auf die Unterstützung von Freiwilligkeit.

Im Bundeshaushalt 2020 gibt es ja für die Jugendfreiwilligendienste und den Bundesfreiwilligendienst wieder über 327 Millionen Euro. Unsere Haushälterinnen und Haushälter haben der Bundesregierung mit auf den Weg gegeben, dieses Niveau künftig zu halten, um den vielen Freiwilligendienstleistenden verlässlich Plätze und Qualität anbieten zu können.

Das war jetzt ein kleiner Überblick über die nächsten 50 Anträge. Liebe Genossinnen und Genossen, ich freue mich auf die Debatte.

(Beifall)

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Herzlichen Dank, Leni, für den Bericht der Antragskommission. - Mir liegen Wortmeldungen vor. Deshalb steigen wir jetzt in die Debatte ein. Als Erster hat Ulf Daude von der AfB das Wort. Ihm folgt Monique Wölk auf Mecklenburg-Vorpommern.

Ulf Daude, Arbeitsgemeinschaft für Bildung:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe mich zum Antrag F 27 gemeldet. Uns geht es um das Votum der Antragskommission. Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung fordert, einen Mindestpersonalschlüssel für Kindertageseinrichtungen einzuführen. Wir haben sogar „schrittweise“ dazugeschrieben, weil wir gesagt haben, da muss endlich etwas geschehen.

Die Antragskommission hat empfohlen, dass das an den Parteivorstand überwiesen werden soll. Das können wir an dieser Stelle nicht nachvollziehen.

(Beifall)

Denn was soll der Parteivorstand dazu eigentlich noch beraten, beschließen oder noch ein Konzeptpapier entwickeln, wenn wir einen bundesweiten Personalschlüssel fordern? - Wir wollen doch frühe Förderung und Chancengleichheit in unseren Kindertageseinrichtungen fördern, und wir wollen hohe Qualität an Kitas, wir wollen dort tolle, motivierte Arbeit haben. Die muss ja auch von jemandem geleistet werden. An dieser Stelle geht das nur, wenn wir überall in Deutschland die gleiche Mindestpersonalausstattung haben. Das muss unabhängig vom Wohnort sein. Auch das haben wir hier schon häufig beschlossen.

Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung bittet euch daher, der Empfehlung der Antragskommission nicht zu folgen und den Antrag F 27 anzunehmen. Denn das Gute-Kita-Gesetz war ein erster Beitrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse für das Aufwachsen von Kindern im Bundesgebiet. Nun müssen noch weitere konkrete Schritte folgen.

Mit Artikel 3 Abs. 3 der Kinderrechtekonvention hat Deutschland fünf wesentliche Kriterien zur Kindeswohlsicherung und zur Förderung in Einrichtungen vereinbart, u. a. die Zahl und die Eignung des fachlichen Personals. Daher hängt die Erfüllung des Rechtsanspruchs für unsere Kinder auf Förderung davon ab, dass wir ihn auch umsetzen.

Eine gute und gesicherte frühkindliche Bildung ist somit das Recht unserer Kinder. Es ist unsere Aufgabe, das dann auch wirklich umzusetzen. Das können wir an dieser Stelle mit einem klaren Beschluss tun.

Wir wollen den Bildungsweg erfolgreich starten lassen und die Grundlage dafür geben, dass unsere Kinder gut ausgebildet werden und die Verwirklichung von Chancengleichheit wirklich schaffen.

Dieser umfassende Förderauftrag kann aus unserer Sicht nur gelingen, wenn wir in unseren Kindertagesstätten eine verlässliche Personalausstattung haben, wenn wir überall sicherstellen, dass die Arbeit gut geleistet werden kann. Dafür möchten wir einen Mindestpersonalschlüssel bundesweit haben.

Das hilft am Ende nicht nur unseren Kindern, sondern das hilft auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Kitas. Wir haben hier auch von Saskia gehört, wie schwierig es in bestimmten Be-

rufsgruppen ist. Dazu gehören auch die Erzieherinnen. Dazu gehören die Pflegeberufe, die Krankenpflegeberufe. Dort gehen Mitarbeiter gerne mit ihren Stunden herunter, damit sie die Arbeit am Ende schaffen können. Durch einen Mindestpersonalschlüssel würden wir sicherstellen, dass die Leute ihre Arbeit schaffen können, dass genügend Personal eingestellt wird. Damit tun wir am Ende auch etwas gegen den Fachkräftemangel.

Wir bitten euch daher, dem Votum nicht zu folgen und über den Antrag abzustimmen, und bitten um eure Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall)

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Ulf. - Als Nächste hat Monique Wölk aus Mecklenburg-Vorpommern das Wort. Ihr folgt Maria Noichl aus Bayern.

Monique Wölk, Mecklenburg-Vorpommern:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Wie mein Vorredner werbe auch ich hier bei euch um Aufmerksamkeit für den Antrag für einen bundesweiten Mindestpersonalschlüssel. Als Arbeitsgemeinschaft für Bildung Ulf hat das gerade schon gesagt bitten wir euch darum, dem Votum der Antragskommission nicht zu folgen und stattdessen einen Beschluss über diesen Antrag zu fassen.

Wir haben mit dem Gute-Kita-Gesetz einen wichtigen und auch richtigen Schritt zur bundesweiten Stärkung und Verbesserung bei der Kinderbetreuung getan. Das ist sehr gut so. Aber das Gesetz zielt zwar darauf, bundesweit eine gute Qualität in der Kita-Betreuung und damit gleichwertige Lebensverhältnisse beim Aufwachsen von Kindern zu schaffen. Wir müssen aber feststellen, dass es in der Realität immer noch große Unterschiede bei der Betreuung in Krippen und Kindergärten gibt und dass diese Unterschiede auch nicht mit den Möglichkeiten des Gute-Kita-Gesetzes überwunden werden. Denn, liebe Genossinnen, liebe Genossen, genau hier kommt der Mindestpersonalschlüssel ins Spiel. Er legt nämlich fest, wie viele Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas angestellt sein müssen, um die Betreuung zu sichern, um aber auch dem Fürsorge- und Bildungsauftrag einer Kita gerecht zu werden und um Krankheits-, Urlaubs- und Weiterbildungszeiten der Kolleginnen auszugleichen. Damit ist der Personalschlüssel ausschlaggebend für die Zahl und auch für die Zeit, die für die Betreuung der Kinder zur Verfügung steht.

Nun das wissen sicherlich sehr viele von euch ist es so, dass ausgerechnet in Kitas und Kindergärten Husten, Schnupfen und andere Krankheiten zusammenkommen und dass davon auch die Erzieherinnen nicht verschont bleiben. Solche Krankheitswellen treffen in der Regel mit anderen größeren oder kleineren Personalengpässen zusammen. Dann können sich solche Kitas glücklich schätzen, bei denen der Personalschlüssel tatsächlich so hoch ist, dass diese Mehrarbeitszeiten dann von anderen Kollegen aufgefangen werden können. Leider ist das aber häufig nicht der Fall. Häufig werden

die zu betreuenden Kinder auf die verbliebenen Fachkräfte aufgeteilt und bleibt dann von dem ursprünglichen Anspruch und auch von dem Recht der Kinder auf Fürsorge und individuelle Förderung wenig übrig. Das ist traurig, aber das ist ein Umstand, den wir ändern können. Das sieht auch die geltende Rechtslage so. Es geht darum, in Kitas soziale Verhaltensweisen, Begabungen, geistige und körperliche Fähigkeiten zu fördern. Das kann nur mit ausreichend Personal umgesetzt werden.

Deutschland hat die Kinderrechtskonvention unterzeichnet. Diese legt fest, dass ausreichend Personal für diese Aufgaben zur Verfügung stehen muss. Wenn wir in unserem Land tatsächlich gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen wollen, müssen wir bei den Jüngsten damit beginnen.

Deshalb noch einmal die Bitte, der Empfehlung der Antragskommission nicht zu folgen und über den Antrag abzustimmen und ihm dann auch zuzustimmen. - Danke schön.

(Beifall)

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Danke, Monique. - Ich möchte an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen, dass wir ein bisschen im Zeitverzug sind und dass ihr euch bitte wirklich auf diese drei Minuten konzentriert, damit wir hier durchkommen.

Als Nächste hat Maria Noichl aus Bayern das Wort. Ihr folgt Vanessa Gattung aus Weser-Ems.

Maria Noichl, Vorsitzende der ASF:

Einen ganz herzlichen Dank. - Ich möchte es ganz kurz machen. Aber ich möchte unbedingt auch noch einmal kurz zu dem Bereich F Stellung nehmen, der natürlich der ASF ganz besonders am Herzen liegt.

Herzlichen Dank an die Antragskommission, dass wir zu vielen der Anträge, die die ASF hier einbringen konnte, ein positives Votum bekommen haben. Dabei geht es um den Femizid das neue Wort , dass wir nicht mehr wie viele immer noch glauben vom „Familiendrama“ reden. Es geht darum, mehr Gelder für die Bekämpfung der Beschneidung von Mädchen einzusetzen usw. usf. Das heißt, ein großes Dankeschön an die Antragskommission, dass sie hier so umsichtig entschieden hat!

Trotzdem habe ich noch eine kleine Bitte mitgebracht; denn ohne Bitte geht man nicht ans Rednerpult. Ich habe die Bitte mitgebracht, den Antrag F39 noch mal genau zu lesen. In diesem Antrag wird gefordert, dass der Vorbehalt noch einmal überdacht wird, der momentan besteht in der Umsetzung der Istanbul-Konvention, weil nicht alle Frauen im Schutz dieser Konvention sind, solange

es für Ausländer mit Asylrecht noch nicht richtig geregelt ist.

Ich weiß, dass wir inhaltlich 100 Prozent hinter diesem Antrag stehen. Ich weiß, dass wir alle dahinterstehen, dass der Aufenthaltstitel nicht entscheidend sein kann, ob eine Frau zum Beispiel Zuflucht in einem Frauenhaus finden kann. Deswegen würde ich bitten, diese Überweisung, die momentan der Vorschlag ist - Überweisung an die Bundestagsfraktion -, ein bissel stärker zu machen, ein bissel härter zu machen, und deutlich zu machen, dass wir wissen: Gewalt gegen Frauen ist nicht teilbar in die Frauen mit einem Aufenthaltstitel und in die Frauen ohne einen Aufenthaltstitel, sondern Gewalt gegen Frauen ist immer Gewalt gegen Frauen. - Danke.

(Beifall)

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Danke, Maria, auch für die Kürze. - Als Nächstes hat das Wort Vanessa Gattung aus Weser-Ems, und ihr folgt dann Andrea Schiele aus Baden-Württemberg.

(Beifall)

Vanessa Gattung, Weser-Ems:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich spreche heute zu euch, weil ich mich für das nordische Modell für Frauen in der Prostitution einsetzen möchte. Ich selbst habe zehn Monate lang in der Beratung gearbeitet, habe zehn Monate lang Frauen in der Prostitution gesundheitlich beraten nach dem Prostituiertenschutzgesetz. Alleine in diesen zehn Monaten hatte ich 300 Beratungen.

Vielleicht noch kurz zur Erklärung: In dieser Beratung ging es unter anderem um gesundheitliche Risiken, Drogenkonsum und natürlich auch um Hilfen in Notfallsituationen. Denn das Gesetz hat nämlich als Ziel, dass Frauen die Möglichkeit bekommen, ihre Notsituation zu offenbaren, wenn sie denn in einer stecken.

Das Ziel ist natürlich super. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, wie sieht die Realität aus? Die Realität ist, dass 90 bis 95 Prozent der Frauen, die bei mir waren, aus Osteuropa stammen. Abgesehen von den sprachlichen Barrieren gab es auch mit Dolmetschern teilweise Frauen, die keinen Ton gesagt haben. Sie waren eingeschüchtert und hatten Angst vor möglichen Konsequenzen. Der Druck der Zuhälter war der Grund. Sie drohten teilweise damit, ihre Familien in ihren Heimatländern etwas anzutun.

Das weiß ich, weil einige wenige sich dann doch getraut haben, sich mir anzuvertrauen. Und sie haben mir berichtet, was sie erlebt haben in der Zeit. Gewalt war an der Tagesordnung, Erniedrigungen, Zwang, Ausbeutung. Und sie wurden behandelt wie Eigentum der Männer, für gerade mal 50

Euro. Liebe Genossinnen und Genossen, das kann in der heutigen Zeit nicht mehr sein.

(Beifall)

In dieser ganzen Zeit, hat sich von diesen 300 Frauen - roundabout, vielleicht waren es auch ein paar mehr oder ein paar weniger - nur eine einzige Frau getraut, Hilfe zu holen, Hilfe in Anspruch zu nehmen, damit sie rauskommt aus der Prostitution. Für mich ist die Situation schwer ertragbar. Wir sollten uns endlich dafür einsetzen, dass diesen Frauen geholfen wird. Denn Frauen in der Prostitution sind - das habe ich auch häufig erlebt - keine Frauen zweiter Klasse. Auch sie brauchen Hilfe. Sie haben Anspruch auf unsere Hilfe. Daher bin ich auf jeden Fall dafür - ganz unbedingt -, dass wir das nordische Modell auch hier in Deutschland einführen.

(Beifall)

Denn mit dieser Einführung entkriminalisieren wir die Prostitution, und der Kauf der Dienstleistungen wird strafbar. Gleichzeitig bieten wir gute Optionen, dass sie Wege aus der Prostitution finden. Also bitte, lieber Parteivorstand, lasst uns das nordische Modell einführen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Danke, Vanessa. - Als Nächstes hat das Wort Andrea Schiele aus Baden-Württemberg, und ihr folgt Barbara König aus Berlin.

Andrea Schiele, Baden-Württemberg:

Liebe Genossen, liebe Genossinnen, zuerst einmal ein ganz großes Dankeschön, dass der Parité-Antrag von der ASF in weiten Teilen übernommen worden ist. Das ist ein echter Fortschritt der Beteiligung der Frauen; fantastisch. Vielen Dank an die Antragskommission.

(Beifall)

Wenn wir die Parité wollen, dann kriegen wir die nicht ohne die Listenverfahren. Denn nur über Listen können wir Frauen platzieren, können wir auch andere Bedürfnisse realisieren. Es geht ja nicht nur um die Beteiligung von Frauen, auch wenn es beim Parité-Gesetz um den Anteil von Frauen in Parlamenten geht.

Ich komme aus Baden-Württemberg. Wir sind das Schlusslicht beim Frauenanteil im Landtag. Und wir haben kein Listenwahlrecht als einziges Bundesland. Ein Schelm, wer da keinen Zusammenhang sieht. Deswegen: Denkt noch mal drüber nach. Geht ran und sagt: Wir müssen das über die Listen-

strukturen anpassen. Denn nur dort können wir erreichen, dass Frauen paritätisch in Parlamente kommen. Einen anderen Weg wird es nicht geben.

(Beifall)

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Als Nächstes hat das Wort Barbara König aus Berlin, und ihr folgt Ülker Radziwill aus Berlin ebenfalls.

Ein Hinweis noch: Das sind die letzten beiden Wortmeldungen, die uns vorliegen. Das heißt, ihr könnt euch schon mal auf die Schlussabstimmung vorbereiten.

Barbara König, Berlin:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, ich möchte auch zu Sexarbeit sprechen, und ich möchte das weise Votum der Antragskommission unterstützen, den Antrag F42 zu überweisen im Parteivorstand. Warum? In Berlin haben wir einen runden Tisch zur Sexarbeit, dem ich die Ehre habe vorzusitzen als zuständige Staatssekretärin für Gleichstellung. Wir haben dort herausgearbeitet mit vielen Verbänden, mit Beratungsstellen, mit Behörden, mit der Polizei, mit dem Landeskriminalamt, aber auch mit Betroffenen, dass wir bei Sexarbeit gut daran tun, sehr zu differenzieren, dass wir differenzieren, welche verschiedenen Zugänge es gibt, welche Zwänge aber auch.

Natürlich gibt es Menschenhandel, liebe Genossinnen und Genossen. Wir haben uns nicht nur in der Istanbul-Konvention, sondern natürlich auch als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verpflichtet, aufs Schärfste jede Zwangsprostitution, jeden Menschenhandel zu bekämpfen. Aber es gibt, meine ich, eben auch andere Formen, freiwillige Formen von Sexarbeit. Deswegen glaube ich, brauchen wir diese wichtige Debatte in der Partei. Lasst sie uns führen im Parteivorstand, aber gerne auch in allen Landesverbänden, in den Kreisverbänden. Es ist eine wichtige Debatte. Lasst uns differenziert darüber dann nach dieser Debatte entscheiden und abstimmen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Danke, Barbara. - Als letzte Rednerin bislang: Ülker. Du hast das Wort.

Ülker Radziwill, Berlin:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe einen Wunsch, den ich gerne hier auch für die ASF vortragen möchte: Es gibt ja Anträge zu dem § 219a. Es ist meines Wissens eben hier von der Antragskommission mitgeteilt worden, dass diese an den Parteivorstand überwiesen werden sollen bzw. zurückgestellt werden sollen.

Ich beantrage, dass wir das eben nicht über diesen Weg machen, sondern dass wir das heute hier gemeinsam demokratisch abstimmen. Wir sind eigentlich bei dem Thema alle klar sortiert. Lasst uns also über diese Anträge abstimmen und nicht an den Parteivorstand überweisen. Das ist mein Antrag. Ich danke und bitte euch um Unterstützung.

(Beifall)

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Wie gesagt: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Deshalb würde ich jetzt noch mal an die Antragskommission, an die Leni, übergeben.

Leni Breymaier, Antragskommission:

Liebe Genossinnen und Genossen, vielen Dank für die Diskussionsbeiträge. Ich gehe es mal der Reihe nach durch.

Der erste Beitrag waren die Diskussionsbeiträge zum F27 von Ulf und Monique. Beide sagen, sie finden nicht, dass die Platzierung an den Parteivorstand der richtige Ort ist. Sie wollen hier die Annahme des Antrags. Wir haben es hier noch mal kurz beraten in der Antragskommission.

Wenn wir jetzt mal ein Jahr zurückgehen, haben wir ein Gute-Kita-Gesetz verabschiedet mit Qualitätskriterien. Klar ist: Für diese Qualitätskriterien sind eigentlich die Bundesländer zuständig. Der Bund fühlt sich verpflichtet aus dem Grundgesetz, für die einheitlichen Lebensverhältnisse zu sorgen. Aber wir sind hier schon insgesamt auf einem ganz guten Weg. Deshalb würden wir bleiben bei der Überweisung an den Parteivorstand, würden aber die Empfehlung noch ergänzen um die weitere Überweisung an die Landtagsfraktionen der SPD. Also, beim F27 Überweisung an den Parteivorstand und Landtagsfraktion und nicht die Annahme, wie sie hier vorgeschlagen wurde.

Das Zweite waren dann die Beiträge zum F39. Beim F39 geht es darum, die Vorbehalte gegen die Istanbul-Konvention zurückzunehmen; es geht hier um den Artikel 59.

Ja, es ist so, dass wir hier einen Widerspruch zum deutschen Asylrecht haben. Trotzdem ist das Anliegen der Antragstellerinnen richtig, und deshalb haben wir uns in der Antragskommission verab-

redet, dass wir der Maria hier folgen und diesen Antrag zur Annahme empfehlen möchten.

(Beifall)

Wir hatten dann von der Vanessa und von der Barbara die Beiträge zur Prostitution. Hier wurden ja keine anderen Anträge gestellt. Wir überweisen den Antrag an den Parteivorstand und nehmen die anderen Gedanken, die zum Beispiel in Schleswig-Holstein verschriftlicht wurden, mit dazu; das waren ja nur noch unterstützende Beiträge.

Dann haben wir zum Thema F47 diesen ganzen Bereich mit Schwangerschaftsabbrüchen von § 218 bis § 219a. Da sind wir ja in diesen Kompromiss gegangen, und es ist, glaube ich, auch niemand im Saal, die oder der mit der derzeitigen Situation zufrieden ist.

Wir haben im Innen- und Rechtsteil auch einen Antrag dazu. Ich bin jetzt nicht knietief im Innen- und Rechtsteil drin. Helft mir! - Ja, okay, da sind ganz viele Anträge dazu drin Es geht aber nicht alleine um § 218, und es geht nicht alleine um § 219a, sondern es geht insgesamt darum, dass wir diesen ganzen Bereich „Schwangerschaft, Schwangerschaftsberatung usw." für unsere Partei auch einmal breit diskutieren wollen, und deswegen: Überweisung an beide, sowohl an den Parteivorstand als auch an die Bundestagfraktion.

Ich habe vorher auch noch mal mit Rolf Mützenich darüber gesprochen, wie wir denn mit den Anträgen umgehen, die an die Fraktion überwiesen werden. Ich glaube, ihr könnt euch darauf verlassen, und im Parteivorstand sind auch die entsprechenden Leute - das sind die Josephine, die Gülistan, ich und andere -, die auch gucken werden, dass das gut gereiht wird. Also: an beide überweisen, an die Bundestagsfraktion und an den Parteivorstand. - Wir bleiben hier also bei unserer Empfehlung.

Beim F52 geht es um Parität. Ganz konkret geht es darum, dass die Andrea beantragt hat, dass der Satz, den die Antragskommission zur Änderung empfohlen hat - nämlich: „Es müssen sowohl entsprechende Regelungen für Landeslisten als auch für Direktwahlkreise getroffen werden" -, drinbleiben soll, weil es uns nicht viel nützt, wenn wir alleine das Recht ändern - an den Landeslisten. Dann haben wir da fein unseren Reißverschluss.

Sie hat es auch begründet: Zum Beispiel die CDU-Baden-Württemberg hat 38 Wahlkreise von 38 direkt gewonnen, und da waren im ersten Schritt ganze 3 Frauen drin. Darum sagt die Andrea: Da sollen ausdrücklich auch die Direktwahlkreise mit rein, auch wenn man über Landtagswahlrechte nachdenkt.

Die Antragskommission hat sich mit diesem Punkt befasst, und wir haben das länger diskutiert und am Ende mehrheitlich entschieden, dass wir meinen, dass diese Intention, die hier formuliert ist - auch von den Antragstellerinnen -, in dem rechten Teil, der fett gedruckt ist - „Parlamente müssen grundsätzlich mit Frauen und Männern paritätisch besetzt sein, um als demokratisch legitimiertes Organ der Gesetzgebung angemessen die Bevölkerung abzubilden", enthalten ist. Also, wir bleiben hier, beim F52, bei unserem seitherigen Votum.

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Alles klar; danke Leni, für die Erläuterungen für die Antragskommission. - Jetzt frage ich noch einmal die Rednerinnen und Redner, die jetzt gerade in der Debatte waren, ob sie damit einverstanden sind oder ob wir jetzt noch mal was abstimmen müssen, bevor wir in die Gesamtabstimmung kommen. - Gut, dann stimmen wir jetzt ab.

Bei F27 empfiehlt die Antragskommission „Überweisung an den SPD-Parteivorstand und an die Landtagsfraktionen“. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann wurde dem Votum der Antragskommission an der Stelle mit großer Mehrheit gefolgt.

Dann kommen wir als Nächstes zum Antrag F39. Der Antrag F39 ist zur Annahme empfohlen. Auch hier müssten wir jetzt einmal über das Votum der Antragskommission abstimmen. Also, wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Ich glaube und habe zumindest von hier oben wahrgenommen, dass das einstimmig war. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dann kommen wir zum nächsten Punkt, und zwar zu den Anträgen F46 bis F49. Da will die Antragskommission bei ihrem Votum bleiben, während hier auf Annahme plädiert wurde. Deshalb würden wir jetzt einmal über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer also dem Votum folgt - das war die Überweisung -, den bitte ich jetzt ums Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann wurde das mit breiter Mehrheit überwiesen. - Vielen Dank dafür.

Es gibt jetzt noch einen Antrag, und zwar den F52, zu dem wir eine Abstimmung durchführen müssen. Da gibt es eine geänderte Fassung der Antragskommission, und es wurde gerade beantragt, die nicht anzunehmen, sondern quasi den ursprünglichen Text anzunehmen. Deshalb stimmen wir jetzt einmal auch über das Votum der Antragskommission ab. Wer also dafür ist, dem Votum der Antragskommission mit der geänderten Fassung hier zu folgen, den bitte ich ums Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann habe ich einige Gegenstimmen und einige Enthaltungen gesehen, und ansonsten wurde dem Votum gefolgt. - Herzlichen Dank.

Ich gucke noch einmal. - Wir sind mit dem Antragsbereich F durch. - Herzlichen Dank für die Debatte.

(Beifall)

ERGEBNIS DER WAHL DES/DER VORSITZENDEN DER BUNDESSCHIEDSKOMMISSION

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Okay, dann haben wir jetzt ein Wahlergebnis für die Wahl des Vorsitzenden der Bundesschiedskommission. - Monika!

Monika Schaal, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe euch das Ergebnis der Wahl des Vorsitzenden der Bundesschiedskommission bekannt: abgegebene Stimmen 426, davon ungültig 4, gültige Stimmen 422. Mit Ja haben für Thorsten Jobs gestimmt 414, mit Nein haben gestimmt 2, Enthaltungen 6. Damit ist Thorsten Jobs mit einer Zustimmung von 98,10 Prozent gewählt. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Lieber Thorsten, herzlichen Glückwunsch! Ich frage dich: Nimmst du die Wahl an?

Thorsten Jobs, Vorsitzender der Bundesschiedskommission:

Ja, liebe Genossinnen und Genossen, ich nehme die Wahl an. Ich verstehe das Vertrauen auch als ein Vertrauen in die Institution der Parteischiedsgerichtsbarkeit der SPD. Danke für die Wahl.

(Beifall)

WAHL DER STELLVERTRETENDEN VORSITZENDEN UND WEITEREN MITGLIEDER DER BUNDESSCHIEDSKOMMISSION

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Herzlichen Glückwunsch und alles Gute!

Wir kommen jetzt zur Wahl der zwei Stellvertreter oder Stellvertreterinnen der Bundesschiedskommission und zur Wahl vier weiterer Mitglieder der Bundesschiedskommission. Das Präsidium macht euch den Vorschlag, dass wir das in der Form miteinander verbinden, dass wir die Stimmzettel getrennt austeilen und ihr getrennt wählt, aber wir sie dann gemeinsam einsammeln. Dann sparen wir ein bisschen Zeit auch mit Blick auf den bevorstehenden Parteiabend. Ich glaube, das ist ganz sinnvoll.

(Beifall)

Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall, dann können wir das so machen.

Dann rufe ich jetzt zunächst die Wahl der beiden Stellvertreter und Stellvertreterinnen der Bundesschiedskommission auf. Ich bitte die Mandatsprüfungs- und Zählkommission jetzt, die Stimmzettel zu verteilen. Währenddessen gebe ich noch einige Hinweise zum Wahlverfahren. Wir führen jetzt eine Listenwahl nach § 8 unserer Wahlordnung durch - so, wie ihr das kennt. Bei dieser Listenwahl findet ihr auf dem Stimmzettel zwei Vorschläge. Ihr könnt beide Vorschläge wählen, müsst aber mindestens einen wählen. Ihr müsst mindestens eine Stimme abgeben und könnt maximal zwei Stimmen abgeben.

Im ersten Wahlgang brauchen die Kandidatinnen und Kandidaten die absolute Mehrheit. Bitte verwendet die Kontrollmarke Nummer 9 auf dem Stimmzettel. - Noch einmal: Ein oder zwei Stimmen abgeben und die Kontrollnummer 9 aufkleben; dann ist euer Stimmzettel gültig. Gibt es noch Fragen zum Wahlverfahren? - Okay. Dann machen wir weiter mit der Stimmzettelverteilung.

Hat jeder Delegierte einen grünen Stimmzettel? Sonst bitte mal eben aufzeigen, wo noch welche fehlen. Hinten links - ich glaube, das ist Bayern - und in der Mitte fehlen noch einige, und auch im Mitte-Rechts-Block da hinten. Haben alle Delegierten einen Stimmzettel? Ansonsten bitte mal aufzeigen, wo noch Stimmzettel fehlen. - Wir sehen nichts, dann bitte ich euch, eure Stimme abzugeben, und eröffne den Wahlgang.

Wir haben gerade vereinbart, dass wir die Stimmzettel zu den beiden Wahlen getrennt austeilen, aber zusammen einsammeln. Deswegen rufe ich jetzt die Wahl der vier weiteren Mitglieder der Bundesschiedskommission auf und bitte die Mandatsprüfungs- und Zählkommission, die Stimmzettel in rosa- oder lachsfarben - wie einige sagen; das mögt ihr selbst entscheiden - zu verteilen.

Während der Austeilung gebe ich noch einige Hinweise zum Wahlverfahren. Im ersten Wahlgang brauchen die Kandidatinnen und Kandidaten die absolute Mehrheit. Bei diesem Stimmzettel findet ihr vier Namen vermerkt. Es sind auch vier Kandidatinnen und Kandidaten zu wählen. Ihr dürft maximal vier wählen, müsst aber mindestens zwei wählen. Euer Stimmzettel ist also gültig, wenn ihr mindestens zwei, maximal vier Stimmen abgegeben habt und die Kontrollnummer 10 auf dem Stimmzettel vermerkt, aufklebt, wie auch immer.

Zu dieser Wahl möchte ich noch den Hinweis geben, dass, wie bei der Wahl der Beisitzer im Parteivorstand, auch hier die Quote zu beachten ist, wobei die Geschlechter der bereits gewählten Bundesschiedskommissionsmitglieder anzurechnen sind. Das bedeutet, dass insgesamt mindestens drei Frauen und drei Männer der Bundesschiedskommission angehören müssen. Ich glaube, mit den Vorschlägen, die euch ausgeteilt werden, ist das dann auch der Fall.

Noch mal der Hinweis: Kontrollnummer 10 für diesen Stimmzettel. Fehlen noch irgendwo lachsfarbene Stimmzettel? - Okay, haben wir gesehen.

Wo fehlen noch Stimmzettel? Bitte die Arme heben! - Hier im Mittelblock fehlen noch einige, und in Niedersachsen fehlt noch ein bisschen was. In Hessen sehe ich auch einige Hände.

Fehlen noch irgendwo Stimmzettel? Bitte einmal kurz die Hände hoch! - Da kommt noch ein Delegierter reingelaufen und braucht einen Stimmzettel.

Wenn jetzt alle Delegierten einen Stimmzettel haben, bitte ich euch, eure Wahl zu treffen. Ich eröffne den Wahlgang.

Dann bitte ich die Mandatsprüfungs- und Zählkommission, jetzt die Stimmzettel einzusammeln. Ich bitte euch, im Raum zu bleiben, dann können wir gleich noch eine Wahl durchführen.

Bitte einmal die Stimmzettel hochhalten, die noch eingesammelt werden müssen, damit wir einen Überblick bekommen.

Bitte noch einmal anzeigen, wo noch Stimmzettel eingesammelt werden müssen. - Ist noch jemand im Raum, der oder die noch nicht die Stimme zur Wahl der Bundesschiedskommission abgegeben hat? - Wir sehen niemanden mehr, der noch seine Stimme abgeben möchte. Dann schließe ich den Wahlgang und bitte um Auszählung. - Vielen Dank.

Jetzt macht Martin weiter.

WAHL DER KONTROLLKOMMISSION

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen und Genossen, wir können jetzt auch gleich mit der Wahl der Kontrollkommission fortfahren. Nach meinem Regieplan ist es auch pünktlich 14.25 Uhr.

(Heiterkeit)

Wir haben aber die einmalige Chance durch unser Statuts, dass wir über die Besetzung der Kontrollkommission auch offen abstimmen können,

(Beifall)

weil wir genauso viele Kandidierende haben, wie auf dem Wahlzettel stehen. Das heißt, gemäß § 3 unserer Wahlordnung kann das offen erfolgt. Die Frage ist, es dagegen Widerspruch gibt. - Das sehe ich nicht.

Folgende Mitglieder der Kontrollkommission haben ihre Kandidatur erklärt oder wollen dafür kandidieren:

Renate Drewke, Günter Gloser, Martin Haller, Walter Meinhold, Marko Mühlstein, Brigitte Reckmann, Karin Rehbock-Zureich, Norbert Schmitt, Elke Schreiber. Wer diesen das Vertrauen ausspricht,

das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig. So schnell können Wahlen gehen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Anke macht weiter.

ANTRAGSBERATUNG SOZIALPOLITIK UND IA 10

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, dann können wir jetzt wieder in Antragsberatungen einsteigen. Ich rufe den Themenbereich Sozialpolitik auf, soweit er eben mit der Verabschiedung des Sozialstaatskonzepts und des Themas Kindergrundsicherung noch nicht abgearbeitet worden ist. Ausdruck findet das Ganze im Initiativantrag IA 10. Dort empfiehlt euch die Antragskommission, dass dieser an die Bundestagsfraktion überwiesen wird.

Wenn wir jetzt IA 10 besprechen und behandeln, sind gleichzeitig auch die Anträge S1 bis S110 aufgerufen, die sich in eurem Antragsbuch auf den Seiten 663 bis 746 befinden.

Ich weiß nicht, Dagmar wünschst du als Sprecherin für diesen Bereich aus der Antragskommission dazu noch einmal das Wort? - Es gibt bislang keine Wortmeldungen dazu, und das ist der gesamte Bereich, der noch verbleibend ist. - Gut, es besteht also keine Notwendigkeit mehr, dass die Sprecherin der Antragskommission etwas erklärend dazu macht. Es liegen bislang auch keine Wortmeldungen vor. Insofern könnten wir jetzt tatsächlich auch gleich in die Abstimmung eintreten.

Die Antragskommission empfiehlt, wie gesagt, Überweisung des Initiativantrags 10 zur SPD-Bundestagsfraktion. Wer diesem Votum folgen möchte, den bitte ich jetzt um ein Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Eine Enthaltung. Dann haben wir damit einstimmig Beschluss gefasst und haben damit jetzt insgesamt den Bereich Soziales abgearbeitet. Ein herzliches Dankeschön dafür!

(Beifall)

ANTRAGSBERATUNG KOMMUNALPOLITIK, STADTENTWICKLUNG, WOHNEN UND PV 5

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich rufe jetzt den Antragsbereich K auf, also Kommunalpolitik, Stadtentwicklung, Wohnen. Aufgerufen sind dazu der Antrag PV 5 und zudem die Anträge K1 bis K57. Die aufgerufenen Anträge sollen so, wie im Antragsbuch empfohlen, beschlossen werden. Aufgerufen werden jetzt erst einmal einzeln die Anträge PV 5: Bezahlbares und sicheres Wohnen in

Stadt und Land und die Trendwende in der Wohnungs- und Mietenpolitik fortsetzen.

Ich würde als Erstes für die Antragsteller Natascha Kohnen und Michael Müller das Wort geben. Natascha, du fängst an!

(Beifall)

Natascha Kohnen, Bayern:

Liebe Genossinnen und Genossen! Wohnen ist ein Grundrecht, und jede und jeder hat in unserem Land ein Recht auf ein bezahlbares Dach über dem Kopf. Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Du kannst nicht sagen: „Ich habe jetzt mal keine Lust zu wohnen und setze jetzt mal drei Monate aus." Nein, jeder braucht in unserem Land eine Wohnung. Und Wohnen ist Heimat. Wohnen sind einfach schlichtweg deine vier Wände. Wohnen ist auch ein Rückzugsort, wenn du es mal brauchst.

Aber zur Ehrlichkeit, liebe Genossinnen und Genossen, gehört auch, dass wir alle in den letzten Jahrzehnten, ob Politik oder Gesellschaft, dieses Grundrecht auf Wohnen aus den Augen verloren haben. Wir haben es zugelassen, dass sich der Staat beim Thema Wohnen zurückgezogen hat. Inzwischen haben sich die Kräfte des Marktes den Wohnungsmarkt gekrallt und fast schon einverleibt. Inzwischen ist der Boden eine Ware, mit der sich gnadenlos Gewinne machen lassen. Inzwischen füllen sich die Finanzhaie und Spekulanten die Taschen auf dem Immobilienmarkt. Und denen ist es völlig wurscht, was mit den Menschen passiert, die sich den Mietenwahnsinn nicht mehr leisten können oder die durch Luxussanierung aus ihren Wohnungen vertrieben werden.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, Wohnen ist die soziale Frage dieses Jahrzehnts; denn, wenn wir mal ehrlich sind: Wenn Erzieherinnen und Erzieher, Pflegerinnen und Pfleger, Polizistinnen und Polizisten sich keine Wohnung mehr leisten können, dann funktioniert der Zusammenhalt nicht mehr in unserer Gesellschaft. Das Zusammenleben geht dann einfach nicht mehr. Das merkst du spätestens dann, wenn du mit deinem Kind in die Notaufnahme eines Krankenhauses kommst und dieses Krankenhaus dir sagt: „Nein, es tut mir leid. Wir können euch nicht mehr aufnehmen, weil wir schlichtweg keine Pflegerinnen und Pfleger mehr haben." Aber nicht, weil die fehlen, sondern weil die sich keine Wohnung mehr leisten können - nicht in Berlin, nicht in Frankfurt, nicht in München und nicht in Hamburg, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Spätestens dann wissen, dass unsere Gesellschaft nicht mehr funktionieren kann. Wir müssen harte und wirksame Maßnahmen ergreifen, um die Trendwende, die wir in den letzten Jahren begonnen haben, mit aller Kraft fortzusetzen. Wir müssen diese Trendwende aber auch unumkehrbar machen, und deswegen, lieber Michael Müller: Das, was ihr in Berlin mit dem Mietendeckel macht,

ist richtig und wichtig. Ich bitte euch: Setzt das weiter um!

(Beifall)

Wir in Bayern haben jetzt ein Volksbegehren auf die Straße gebracht. Da hinten halten meine Kolleginnen und Kollegen das Banner hoch: Sechs Jahre Mietenstopp in einem Land wie Bayern! Denn wenn die CSU nicht hören will, dann muss sie es eben spüren, verdammt noch mal!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, die Mieterinnen und Mieter brauchen diese Atempause, wie es Michael heute Morgen schon gesagt hat, weil wir neuen, bezahlbaren Wohnraum schaffen müssen. Aber vor allen Dingen müssen wir an das Grundübel heran, wie es auch Hans-Jochen Vogel immer gesagt hat: Wir müssen der Bodenspekulation in unserem Land endlich Einhalt gebieten, denn Boden ist nicht vermehrbar.

(Beifall)

Michael und ich haben in den letzten eineinhalb Jahren die wohnungspolitische und bodenpolitische Kommission geleitet, die auf dem Bundesparteitag im Jahr 2017 eingesetzt wurde. Wir haben im Antrag 5 eine, denke ich, sehr klare Positionierung vorgenommen, über die wir jetzt diskutieren.

Wir wollen, dass niemand mehr als 30 Prozent seines Nettohaushaltseinkommens für Miete ausgeben muss. Wir wollen ein Zehnjahresprogramm für neues soziales Wohnen auflegen. Vor allem wollen wir der Bodenspekulation ein Ende setzen; denn, wie gesagt, der Boden darf nicht mehr zu einer Ware verkommen.

Gerade beim Thema Boden brauchen wir eine Bodenwertzuwachssteuer und ein Vorkaufsrecht für die Kommunen. Die Kommunen dürfen öffentliche Flächen nicht mehr verkaufen, sondern sie sollen in Erbbaurecht bauen lassen; dann bleibt das in der öffentlichen Hand. Und: Wir brauchen ein Vorkaufsrecht für die Kommunen und einen Bodenfonds für die Kommunen, die finanziell nicht so stark aufgestellt sind, damit sie sich Flächen endlich wieder leisten können, und schließlich auch ein Baugebot.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben schon in den 70er-Jahren über genau dieses Thema diskutiert. Hans-Jochen Vogel hat jetzt sein, wie er selber sagt, letztes Buch veröffentlicht. Er macht uns darin genau darauf aufmerksam: Kriegt endlich den Hintern hoch und macht eine echte soziale Bodenrechtsreform, die ihren Namen verdient! Das müssen wir machen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es ist so, wie Norbert Walter-Borjans gestern gesagt hat: Bodenpolitik braucht starke Kommunen,

und sie braucht einen starken Sozialstaat. Lasst uns in der Wohnungspolitik und der Bodenpolitik tatsächlich endlich in die neue Zeit aufbrechen! Vielen, vielen Dank. Michael, es war toll, mir dir zu arbeiten. Jetzt kommst du dran. - Danke schön.

(Beifall)

Michael Müller, Berlin:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich kann und will nur noch kurz ergänzen, was Natascha eben schon angesprochen hat, will aber einerseits den Dank zurückgeben an Natascha und auch an die übrigen Mitglieder unserer Kommission. Wir haben über ein Jahr sehr vertrauensvoll und gut getagt, mit vielen Genossinnen und Genossen der Bundestagsfraktion, der Partei natürlich, diverser Gremien und Arbeitsgemeinschaften, aber auch mit externen Expertinnen und Experten, die von unseren Vorschlägen nicht immer begeistert waren. Aber ich glaube, es war gut, dass wir den Sachverstand mit einbezogen haben und euch nun dieses Papier, diesen Antrag vorlegen können.

Ich glaube, dass es ein ganz rundes Bild ist, Genossinnen und Genossen, weil wir nicht sagen, in der Wohnungs- und Mietenpolitik gibt es diesen einen Königsweg; den muss man nur gehen, und dann hat man das Problem gelöst. Nein, es muss ein Spektrum von diversen Maßnahmen sein, die wir gemeinsam ergreifen. Kommunen, Städte, der Bund: Wir gemeinsam müssen daran arbeiten, dass wir dieses Grundrecht auf Wohnen wirklich ermöglichen.

Wir haben praktisch drei größere Initiativen miteinander formuliert. Das eine ist: Wir müssen, so wie Natascha es eben dargestellt hat, herangehen an eine völlig, an eine radikal neue Bodenpolitik, Genossinnen und Genossen. Dazu gehört, dass wir uns darauf verständigen müssen, dass es in unserer Verantwortung keinen Verkauf von öffentlichem Boden mehr gibt. Er ist das höchste Gut.

(Beifall)

Er ist das höchste Gut, das wir zur Gestaltung in unseren Städten haben. Dieses Gut ist eben nicht beliebig vermehrbar, sondern wir müssen es nutzen, um soziale Infrastruktur zu bauen. Es geht ja nicht nur um das Wohnen, sondern es geht auch um Kitas, um Schulen, um Gesundheitseinrichtungen. Wir brauchen den Zugriff auf Grund und Boden. Ich bin sehr froh, dass es auch schon in der Koalitionsvereinbarung gelungen ist, mit Olaf Scholz zu einer wirklichen Neuverabredung der BImA-Politik zu kommen, damit nicht mehr auf Bundesebene nach Höchstpreisverfahren verkauft wird. Das ist wichtig für uns, damit wir überhaupt eine Chance haben, an Grund und Boden heranzukommen. Unsere Forderung ist, dass wir auch im Hinblick auf die Grundstücke zum Beispiel der Bahn und der Post, riesiger ehemaliger staatlicher Unternehmen, einen Zugriff und ein Vorkaufsrecht haben. Sie spielen eine große Rolle in unseren Städten und bieten uns Gestaltungsmöglichkeiten.

(Beifall)

Die Grundsteuer C ist ein wichtiger Schritt nach vorne. Schade, dass es noch ein bisschen dauert, bis sie umgesetzt werden kann. Aber es ist ein wichtiger Schritt nach vorne, dass Grundstücke, die beplant und bebaubar sind, auch wirklich genutzt werden und nicht aus spekulativen Gründen leer stehen, ungenutzt bleiben und einfach weiterverkauft werden.

Wir müssen auch an ein anderes Steuerprivileg herangehen. Es ist doch niemandem zu erklären und unerträglich, dass es bei einer Weiterveräußerung von privaten Grundstücken nach zehn Jahren eine Steuerbefreiung gibt. Warum eigentlich? Da macht jemand privat Gewinne, indem er mit einem Grundstück spekuliert hat. Er hat es nicht genutzt, er verkauft es weiter, und dafür hat er ein Steuerprivileg und muss keine Steuern zahlen. Warum lassen wir das zu? Wir können auch an solche Sachen herangehen, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

„Bodenwertzuwachssteuer“ hört sich technisch und formal an. Was heißt das aber? Es heißt, dass wieder Menschen, die Grundstücke haben, davon profitieren, dass wir in Politik und Verwaltung diese Grundstücke wertvoller machen: durch unsere Entscheidungen, durch Schaffung von Infrastruktur, durch Planungsrecht, das wir schaffen, durch Baurecht, das wir schaffen. Dadurch werden die Grundstücke erst wirklich wertvoll. Diesen wertvollen Zuwachs schöpfen Private ab, und wir haben im Moment nichts davon. Genossinnen und Genossen, wir müssen da herangehen. Wir haben die Grundlagen dafür geschaffen, dass es dieses Privileg für Private gibt, dass es dieses Privileg für Menschen gibt, die mit den Grundstücken einfach nur spekulieren wollen. Das dürfen wir nicht länger zulassen. Hans-Jochen Vogel hatte schon vor 30 Jahren recht: Es ist Zeit, dass wir solche Dinge endlich verändern.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, wir haben uns als zweiten Baustein ein Zehnjahresprogramm für neues soziales Wohnen vorgenommen in diesem Papier, das wir euch hier vorlegen, in diesem Antrag. Es geht darum, dass wir gemeinsam dafür sorgen müssen, dass es mehr bezahlbaren sozialen Wohnraum in unserem Land gibt. Jahr für Jahr fallen Sozialwohnungen aus der Bindung heraus. Es gibt bundesweit von Jahr zu Jahr weniger Sozialwohnungen. Es muss eine gemeinsame Kraftanstrengung sein, dass wir flächendeckend mehr sozialen und bezahlbaren Wohnraum anbieten.

Wir schlagen dazu ein Bundesprogramm, ein Zehnjahresprogramm zur Schaffung von Sozialwohnungen vor. Mindestens 1,5 Millionen Sozialwohnungen sollen und müssen gebaut werden, Genossinnen und Genossen. Es trifft da tatsächlich - dann auch im positiven Sinne - die Normalverdiener, die endlich wieder eine Chance haben, auch in den wachsenden Städten, in den teurer werdenden Städten bezahlbaren Wohnraum zu bekommen. Das ist ein Riesenprogramm. Aber es ist nötig und wichtig, und zwar flächendeckend, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich will als Drittes neben dem Thema Bodenrecht und neben dem Thema Bauen das Thema Miet-

regulierung ansprechen. Über den Mietendeckel haben wir nun schon gesprochen. Aber es gibt weitere Maßnahmen, die wir uns vornehmen. Der Mietendeckel ist auch hier formuliert. Hier nennen wir es ein fünfjähriges Mietmoratorium. Auch die Bundestagsfraktion unterstützt so einen Weg: ein Mietmoratorium, keine weiteren Mietsteigerungen jenseits eines Inflationsausgleiches.

Aber es gibt noch zwei, drei andere Stellschrauben, zum Beispiel die Modernisierungsumlage, an die wir herangehen müssen. Die Modernisierungsumlage ist für viele private Vermieter auch ein Instrument, den Wohnraum so teuer zu machen, dass ihn sich manche nicht mehr leisten können, und sie können dann über eine Neuvermietung deutlich höhere Miete nehmen.

Genossinnen und Genossen, es gibt hierzu Vorschläge, die Modernisierungsumlage erstens deutlich abzusenken und sie zweitens zeitlich zu befristen, wenn nicht sogar ganz abzuschaffen. Es ist wirklich ein unhaltbarer Zustand, dass eine Modernisierungsumlage dauerhaft gilt, dauerhaft zu verteuertem Wohnraum führt, auch wenn der Vermieter schon längst die Amortisation hat, schon längst sein investiertes Kapital praktisch zurückerhalten hat. Die Modernisierungsumlage deutlich zu reduzieren und sie mindestens zeitlich zu befristen, ist also ein Vorschlag in unserem Papier.

Wir schlagen darüber hinaus vor, dass der Mietspiegel einen deutlich längeren Betrachtungszeitraum bekommt, dass also die länger zurückliegenden Mieten, die günstigeren Mieten, verstärkt in den Betrachtungszeitraum des Mietspiegels mit einfließen und damit mietdämpfend wirken. Das ist schon eine Forderung aus den Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene. Sie war mit der CDU bisher nicht durchzusetzen. Ich glaube, dass wir jetzt eine Chance haben, den Mietspiegel noch einmal zu verbessern.

Ein letzter Punkt im Bereich der Mietregulierung: Wir sollten dafür kämpfen, dass wir eine bundesweit einheitliche Kündigungsschutzklausel für die Mieterinnen und Mieter bei Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen bekommen, dass wir mindestens für die zehn Jahre Kündigungsschutz kämpfen. Denn es ist im Moment tatsächlich ein Riesenproblem, dass wir da keine einheitliche Regelung haben und manche Bürgermeister immer noch sagen, das Problem ist bei mir nicht so groß. Aber doch: Es ist inzwischen flächendeckend so groß. Wir haben selbst in kleineren und mittelgroßen Städten das Problem, dass Mietwohnungen dem Markt entzogen werden und es immer mehr Eigentumswohnungen gibt. Aber es ist nun einmal so, dass sich nicht jeder eine Eigentumswohnung leisten kann. Mit normalem Einkommen ist man auch auf ein gutes Mietwohnungsangebot angewiesen, liebe Genossinnen und Genossen. Auch das ist eine Maßnahme in unserem Papier, für das wir werben.

Abschließend bitte ich euch sehr, dieses Papier zu unterstützen. Um noch einmal an das anzuknüpfen, was ich heute Morgen gesagt habe: Wir wissen, dass hier manches drinsteht, was zu harten Diskussionen oder zu Konflikten mit Immobilienbesitzern oder Vermieterorganisationen führt. Ich glaube aber, dass wir in dieser sozialpolitisch wichtigen Frage wirklich klare Kante zeigen und eindeutig sein müssen. Wir müssen auf der Seite der Mieterinnen und Mieter sein. Wir müssen auf der Seite der Menschen sein, die sich mit normalem Einkommen anderen Wohnraum nicht mehr leisten können. Wir müssen deutlich machen, dass Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für einen

Maßnahmenmix in der Mieten- und Wohnungspolitik stehen.

Man merkt, dass sich da bundesweit etwas bewegt. Herr Söder hat in den letzten Wochen einen Antrag aus Berlin abgeschrieben, mit dem er gegen deutlich überhöhte Mieten, gegen Wuchermieten, vorgehen will - vor zwei, drei Jahren noch undenkbar. Man sieht daran, dass sich auch bei denen etwas bewegt, die sehen, wie sich der Mietwohnungsmarkt entwickelt. Wir müssen die Chance an dieser Stelle nutzen. Wir müssen Anwalt derjenigen Leute sein, die Unterstützung im Hinblick auf guten und bezahlbaren Wohnraum in unserem Land brauchen. Darum bitten wir euch um Unterstützung für dieses Papier.

(Beifall)

Es ist eine wichtige sozialpolitische Frage, über die wir an dieser Stelle diskutieren. - Vielen Dank.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Liebe Natascha, lieber Michael, vielen Dank für eure wertvolle Arbeit und für den Prozess, der hier drinsteckt. Wohnen ist Menschenrecht.

Wir kommen jetzt zur Debatte. Der Erste, den ich aufrufe, ist Mathias Schulz aus Berlin. Es folgt Monique Wölk aus Mecklenburg-Vorpommern.

Mathias Schulz, Berlin:

Liebe Genossinnen und Genossen, lieber Michael, liebe Natascha, vielen, vielen Dank für die Einbringung dieses wertvollen Antrages, der, wie ich finde, eine ausgezeichnete Grundlage dafür ist, wie wir uns Stadtentwicklungspolitik und den Bereich Mieten und Wohnen in Zukunft und in den nächsten Jahren vorstellen.

Ihr habt schon sehr viele Beispiele genannt. Wir als Delegation aus Berlin würden den Antrag aber gerne noch um ein paar Punkte erweitern. Wir sagen euch auch, warum. Mieten und Wohnen, bezahlbares Wohnen und ein sicheres Zuhause sind ein wichtiges Anliegen der SPD. Nur, wie ist der Realitätscheck denn zu sehen? Wer von euch in den letzten Monaten eine Wohnung gesucht hat, wird festgestellt haben, dass es gar nicht so einfach ist, eine Wohnung zu finden, insbesondere in den Großstädten. Wenn der Vermieter 50 bis 100 Personen zur Besichtigung einlädt, man an der Wohnungstür steht und aufgerufen wird - im Alphabet ganz hinten -, dann kommt es einem so vor, als würde man auf einem sehr unfreundlichen Behördenflur stehen, der einem das Willkommen in der neuen Wohnung ziemlich vermiest. Oftmals stehen Menschen für mittelmäßige bis unverschämte Angebote von 12 bis 17 Euro an. Wir finden, damit muss Schluss sein, liebe Genossinnen

und Genossen.

(Beifall)

Die Quasi-Entmenschlichung auf dem Wohnungsmarkt ist das eine. Man hört immer wieder: „Ja, ja, der Markt“ und: „Die Kommunen und Städte tun nicht genug für den Wohnraum“. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, Berlin geht da voran. Michael hat es gerade gesagt: Ein Mietendeckel ist ein großartiges Projekt, mit dem wir den Mietenmarkt regulieren wollen. Er ist ein sehr scharfes Schwert. Liebe Genossinnen und Genossen, die neue Zeit, in die wir gehen wollen, ist klar. Aber die Erkenntnis ist nicht neu: Der Markt selbst reguliert sich nicht, und der Mietenmarkt ist nicht nur kaputt.

Wir müssen Spekulation wirksam bekämpfen; denn diese ist auch eine wesentliche Ursache für den Druck auf dem Wohnungsmarkt. Wir haben in den letzten Jahren erlebt, dass in Berlin Wohnungen im Wert von durchschnittlich 18 Milliarden Euro gehandelt werden, und zwar zumeist von Konzernen, die nicht Wohnungen bauen, sondern die nur mit ihnen handeln und Gewinne einfahren. Die Preise für Bauland sind in den letzten Jahrzehnten um 1.800 Prozent gestiegen. Dagegen müssen wir wirksam vorgehen und dem einen wirksamen Riegel vorschieben.

Daher haben wir noch ein paar Änderungsanträge formuliert, die wir hier gerne mit einbringen wollen. Das betrifft den Bereich auf Seite 77. Das betrifft zum einen den Punkt des Mietendeckels. Wir würden ihn gerne auch so nennen; denn das ist eine ursozialdemokratische Idee, und dieses Wort sollte zum Markenzeichen der SPD werden. Deswegen würden wir an diesem Punkt gerne den Antrag konkretisieren und dort den Punkt Mietendeckel einfügen.

Der zweite Punkt, den wir gerne einfügen würden, ist die Besteuerung von Grund und Boden und vor allem die Besteuerung von Gebäuden. Die Grundsteuer wird zurzeit auf die Mieterinnen und Mieter umgelegt. Der Antrag besagt bisher nur, dass es einen Prüfauftrag geben soll. Den würden wir gerne dahin gehend konkretisieren, dass die Grundsteuer-Umlagefähigkeit zulasten von Mieterinnen und Mietern abgeschafft werden soll. Wir beantragen ferner die Einführung einer Luxussteuer für hochpreisige Wohnungen sowie eine Wiederveräußerungssperre; Seite 75, Zeile 58. - Danke schön.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. Ich bitte, die Änderungsanträge hier vorne abzugeben, damit wir das nachvollziehen können. - Sie liegen vor. Vielen Dank.

Dann spricht als Nächste Monique Wölk aus Mecklenburg-Vorpommern. Es folgt Sebastian Hartmann, Nordrhein-Westfalen.

Monique Wölk, Mecklenburg-Vorpommern:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Bezahlbares und sicheres Wohnen gehört zu den Grundbedingungen für ein gutes Leben. Es gehört auch zur Teilhabe in unserer Gesellschaft grundlegend dazu. Dass wir dieses Thema auf unsere Agenda setzen und auch nachdrücklich verfolgen, ist richtig und notwendig. Das haben, glaube ich, die Einbringungen zu diesem Antrag gerade noch einmal deutlich gemacht. Wohnen ist Bestandteil der Daseinsvorsorge und darf nicht dem freien Markt überlassen bleiben.

Der vorliegende Antrag des Parteivorstands zeigt dazu wichtige Schritte auf, bleibt aber in den konkreten Maßnahmen an einigen Stellen hinter dem zurück, was tatsächlich möglich und auch nötig ist. Deshalb werbe ich an dieser Stelle für vier Punkte, die wir seitens Mecklenburg-Vorpommern vorschlagen, zusätzlich in den Antrag aufzunehmen.

Wir möchten auf Seite 77 ab Zeile 32 folgende Punkte einfügen:

Erstens. Öffentliche Wohnungsbauunternehmen öffnen wichtige Einflussmöglichkeiten auf den Wohnungsmarkt. Sie dürfen daher nicht verkauft werden. Im Gegenteil, wir müssen sie stärken, indem wir eine gezielte Grundstücksvergabe an sie vornehmen, indem wir sie gezielt fördern oder indem wir eine verminderte Ausschüttung an ihre öffentlichen Träger ermöglichen.

Der wirtschaftliche Gewinn von Wohnungsbauunternehmen und Genossenschaften muss Mittel zum Zweck werden, um Sanierungs-, Unterhalt- und Neubaumaßnahmen zu finanzieren. Deshalb ist es aus unserer Sicht ganz dringend nötig, dass wir die Gemeinnützigkeit für Wohnungsunternehmen wieder einführen.

(Beifall)

Die Gemeinnützigkeit von Wohnungsunternehmen gab es bereits. Sie öffnet den Unternehmen genau jenen Spielraum, den sie brauchen, um ihre Mittel für zusätzlichen gemeinwohlorientierten Wohnungsbau einzusetzen.

Aber es reicht nicht aus, allein nur mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Um eine Durchmischung der Quartiere zu stärken, brauchen wir auch zusätzliche Maßnahmen, um den geförderten Wohnungsbau auch langfristig zu unterstützen.

Deshalb eine weitere Forderung brauchen wir sehr viel längere Belegungsbindungszeiträume, als wir sie bisher haben. Hier sollten wir sehr viel mutiger werden, als wir es im Moment sind.

(Beifall)

Schließlich ein letzter Punkt, der vor allem die Wohnungsunternehmen in Ostdeutschland betrifft. Diese Unternehmen haben als einzige Branche noch heute Schulden aus der DDR-Zeit zu tragen,

die ihnen pauschal und häufig auch ohne Bezug zum Wohnungsbau zugewiesen wurden. Diese Schulden belasten diese Unternehmen auch heute noch. Hier bitten wir den Bund und fordern wir den Bund auf, einzugreifen und diesen Missstand 30 Jahre nach der Deutschen Einheit endlich zu beheben.

Wir bitten um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag und freuen uns darauf. - Danke.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Jetzt spricht Sebastian Hartmann, Nordrhein-Westfalen. Dann folgt aus Berlin Bettina Schulze.

Sebastian Hartmann, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Der Parteivorstand legt hiermit einen Grundlagenantrag vor. Wir erkennen an, dass das Wohnen *die* soziale Frage des Jahrzehnts ist. Mit diesem Befund endet aber auch der politische Wettbewerber, aber verrät jenseits von Gefühl und „Ich denke an euch“ und „Mach mal ein bisschen mit“ nie, wie dieses Problem grundlegend zu lösen ist.

Der Parteivorstand macht mit diesem Antrag einen Vorschlag, das System wirklich zu verändern und ein paar Weichenstellungen so vorzunehmen, dass wir endlich diese soziale Frage des Jahrzehnts lösen können. Es ist eine drängende Frage, wenn Erzieherinnen und Erzieher, Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger, die Leistungsträger unserer Gesellschaft, Polizisten, sich Wohnen nicht mehr leisten können, weil immer mehr Menschen mehr als 30 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für Wohnen ausgeben müssen. Also drängt die Zeit.

Da ist etwas in der Mitte der Gesellschaft ins Rutschen gekommen. Deswegen müssen wir ins Bauen kommen. Wir müssen dafür sorgen, dass Angebot und Nachfrage wieder in Einklang kommen, und wir müssen dafür auch hier den Staat stark machen. Wir müssen mehr öffentlichen Wohnungsbau betreiben, Genossinnen und Genossen. Wir müssen dafür sorgen, dass endlich die öffentliche Seite auch wieder viel mehr Wohnungen anbietet. Wir müssen mit dem Ausverkauf des öffentlichen Wohnungsbestandes aufhören, Genossinnen und Genossen. Das können wir mit diesem Antrag schaffen.

Wir haben mit K 25 einen weitergehenden Antrag vorgelegt, den ihr in eurem Antragsbuch findet. Dieser Antrag wird erledigt sein, wenn wir diesen Antrag jetzt hier beschließen. Aber das ist nicht der Versuch, jetzt noch einmal unseren Antrag da hineinzubringen. Aber es stehen auch zwei, drei Punkte darin, die wir gerne durch einen Änderungsantrag übernehmen wollen. Wir bitten euch um Unterstützung, weil wir auch in dieser Debatte zeigen wollen, dass das nicht alles in der Antragskommission vorher laufen muss, sondern dass hier auch mal eine Position diskutiert wird.

Ein Punkt ist entscheidend. Es ist ja im Feld oft darüber geredet worden, dass wir von einer Enteignung sprechen. Aber, Genossinnen und Genossen, die Enteignung hat schon stattgefunden. Wenn die öffentliche Seite nicht mehr in der Lage ist, Grundstücke zu Marktpreisen aufzukaufen, wenn die öffentliche Hand nicht mehr in der Lage ist, bezahlbaren Wohnraum anzubieten, weil der soziale Wohnungsbau nicht mehr auf vernünftige, bezahlbare Preise kommt, Genossinnen und Genossen, dann sind wir, dann ist die Mitte, die solidarische Mitte in diesem Land enteignet, weil wir in unseren Städten und Gemeinden nicht mehr gestalten können.

Deswegen müssen wir über einen sozialen Boden- und Infrastrukturfonds mehr Grund in kommunale Hand bringen. Diese Bodenfrage ist die entscheidende Frage, die Hans-Jochen Vogel uns noch einmal ganz deutlich ins Stammbuch geschrieben hat. Das müssen wir hier deutlich und laut sagen und uns damit auch eindeutig vom politischen Wettbewerber abgrenzen. Wir wollen mehr öffentliche Verantwortung und mehr öffentliche Verantwortung für Grund und Boden, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Die Zahlen zeigen es: Seit den 1960er-Jahren sind die Bodenpreise im Schnitt um das 18-Fache gestiegen, in München seit 1950 um das 340-Fache explodiert. In Berlin kostet der Grund Bauland im Schnitt fast 700 Euro pro Quadratmeter. Das ist noch nicht mal die beste Lage, Genossinnen und Genossen. Da ist das Problem. Deswegen sollte das im Antrag auch starkgemacht werden.

Aus unserer wohnungspolitischen Kommission kommen drei Änderungswünsche, damit wir an diesen Stellen noch einmal nachschärfen können.

Wir brauchen eine entsprechende Fortentwicklung auch der wohnungsaufsichtsrechtlichen Instrumente in Abstimmung mit den Kommunen. Denn nur so versetzen wir die Kommunen in die Lage, tatsächlich wieder handeln zu können. Das wäre der Änderungsantrag Ä 1. Wir bitten hier freundlich um Übernahme.

Der zweite Punkt ist, dass wir auch an die Mieterinnen und Mieter denken, die möglicherweise über ihre Miete die Instandhaltung mittragen, dass wir diesen Anteil auch ausweisen, dass Mieterinnen und Mieter wissen, wie viel in die Instandhaltung fließt, sodass sie nachvollziehen können, wenn sie zur Miete wohnen, was der Vermieter konkret tut. Das ist vielleicht nicht die große Bund- und Bodenfrage, aber auch hier muss man ansetzen.

Der letzte Punkt, für den wir noch einmal werben wollen, ist Ä 3. Es gibt Menschen, die bauen die Wohnungen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen die IG Bau eingeladen. Wenn wir jetzt ins Bauen kommen wollen, dann gibt es die einen, die „Entfesselung“ sagen, die von Umweltstandards weg wollen, die von sozialen Standards weg wollen und die von der Tarifbindung weg wollen.

Wenn aber in Deutschland gebaut wird, dann müssen wir immer an diejenigen denken, die bauen,

und das sind die Gewerkschaften. Wir wollen die Tarifbindung stärken. Wir wollen uns solidarisch mit den Beschäftigten im Baugewerbe zeigen; denn das sind unsere Verbündeten in der Frage. Es kann nicht sein, dass das auf ihrem Rücken ausgetragen wird. Das sollte in den Antrag hineingestimmt werden. Darum die Bitte, auch an der Stelle zu zeigen: Wir wollen die Tarifbindung stark machen. Wir wollen die Gewerkschaften an der Seite haben. Es sollen nicht die Arbeitsbedingungen geschliffen werden, wenn wir in die Wohnbauoffensive gehen. Glückauf!

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Es sind jetzt insgesamt 15 Wortmeldungen. Wir würden euch vorschlagen, die Redeliste damit zu schließen. Widerspricht da jemand? - Dann können wir das so machen. Vielen Dank.

Als Nächstes spricht Bettina Schulze. Es bereitet sich dann Jochen Ott aus Nordrhein-Westfalen vor.

Bettina Schulze, Berlin:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin Ortsvereinsvorsitzende in Berlin-Wedding. Das ist ein Gebiet, wo Menschen wohnen, die nicht so viel Geld haben. Oder soll ich sagen: Menschen wohnten, die nicht so viel Geld haben. Denn die Mieten in unserem Gebiet sind in den letzten zehn Jahren um sage und schreibe 110 Prozent gestiegen. Deswegen finde ich diesen Antrag heute so wichtig. Wir brauchen eine grundlegende Wende hin zu einer verantwortungsvollen solidarischen Boden-, Wohnungs- und Mietenpolitik.

Grund und Boden muss zum Wohle aller Menschen genutzt werden. Boden ist keine beliebige Ware wie ein paar Turnschuhe oder ein Handy, das ich kaufe, sondern Grundvoraussetzung von menschlicher Existenz. Deswegen muss Boden in das Interesse der Allgemeinheit gestellt werden. Wir wollen eine nachhaltige und gemeinwohlorientierte Bewirtschaftung. Mit Boden darf nicht spekuliert werden, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deswegen haben wir aus Berlin auch noch mal einen Änderungsantrag reingegeben, in den wir zwei Punkte verstärken wollen. Drei Punkte hat Matthias bereits vorgestellt. Zwei weitere Punkte sind, dass wir Spekulationen mit Boden eine klare Absage erteilen möchten und dass wir einen kommunalen Bodenfonds errichten möchten.

Liebe Genossinnen und Genossen, bitte stimmt diesem Änderungsantrag zu. - Vielen Dank.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Es folgt jetzt Jochen Ott und danach Anno Dietz aus Bayern.

Jochen Ott, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist richtig: Endlich wird Wohnungspolitik wieder zu einem Schwerpunkt. Als jemand, der seit 15 Jahren Vorsitzender des Aufsichtsrates einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft ist mit fast 25.000 Wohnungen in Köln, kann ich nur sagen: Wir müssen Wohnen bezahlbar machen, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir müssen bereit sein, das aber auf allen Ebenen dann auch durchzudeklinieren. Dazu gehört vor Ort in Konzeptvergaben mit dem Mut zu klaren Vorgaben für Kita, Schule, Grünflächen, Kultureinrichtungen Akzente zu setzen und dort eben geförderten und preiswerten Wohnraum vorzuschreiben.

Aber das geht dann nicht, wenn man als Kommune gleichzeitig Hochpreise fordert. Man kann keine Grundstücke in Konzeptvergaben für 1.000 Euro verkaufen und gleichzeitig von Investoren erwarten, dass sie anschließend all das liefern. Das geht nicht.

Deshalb halte ich es für ganz besonders wichtig, dass wir uns ehrlich miteinander machen. Dazu gehört auch, dass wir als nordrhein-westfälische SPD auf unserem Landesparteitag beschlossen haben, eine weitere Fördersäule zu errichten, nämlich zu sagen: Kommunen, Land und Bund sollen ihre Flächen in Erbpacht vergeben, ja, aber möglichst zu 0,1 Prozent oder in dieser Größenordnung, um im Gegenzug für 99 Jahre die Dauer der Erbpacht sicherzustellen, dass eine Kostenmiete bezahlbares Wohnen für die Menschen auf Dauer sichert, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir haben eine große Verantwortung. Eines muss auch klar sein: Der Staat muss sich auch an die eigene Nase packen. Ich gucke mal nach Hamburg: In Hamburg ist es gelungen, in wenigen Jahren den Anteil der Baugenehmigungen deutlich zu erhöhen. In meiner Heimatstadt braucht es fünf Jahre für eine Baugenehmigung und ein weiteres Jahr für die Genehmigung eines Förderbescheids. Ja, liebe Genossinnen und Genossen, bei allem Verständnis: Man kann doch nicht die private Wohnungswirtschaft ständig angreifen, wenn man nicht seine eigenen Hausaufgaben machen.

(Beifall)

Der Staat, wir müssen alle schneller werden: in den Kommunen, im Land und im Bund. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir eine zweite Ehrlichkeit aussprechen müssen. Ich kenne nur Bürgerinitiativen gegen Wohnungsbau. Egal, wo gebaut wird: Die Leute erklären uns immer: Ja, Wohnungs-

bau und niedrige Mieten ist wichtig, aber nicht vor meiner Haustür. - Das geht so nicht. Da müssen wir auch als Sozialdemokraten in den Bezirksvertretungen standhalten. Da müssen wir vor Ort sagen: Wir sind für Wohnen. Aber dann müssen wir es auch durchziehen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich werbe sehr dafür, zu differenzieren: Nicht alle sind Heuschrecken, und nicht alle Investoren machen nur Abzocke. Lasst uns die Spreu vom Weizen trennen. Lasst uns klar benennen, wer das macht und wer es nicht macht. Die Kommunalen, die Genossenschaften, da sind wirklich viele gute dabei. Die sollten wir nicht alle über einen Kamm scheren, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Zum Schluss: Der Antrag ist richtig. Ich werbe nur für ein vernünftiges Wording, wenn wir ihn verkaufen. Das ist ganz wichtig, damit wir die Mehrheit erreichen können. Ich bitte euch dringend, unseren Ä1 und Ä2 aus Nordrhein-Westfalen zu unterstützen. Um das abzugrenzen, wird es wichtig sein, Instandhaltungsausgaben auch auf dem Mietzettel deutlich zu machen. Denn Instandhaltung ist vernünftige Mieterhöhung, wenn sie dazu führt, dass die Wohnung in einem Zustand ist, der vernünftig ist. Aber Abzocke muss abgegrenzt werden. Das sollten wir in Zukunft wie in Wien abgrenzen.

Ich bitte aus Sicht von Duisburg, Gelsenkirchen, aber auch von Teilen von Köln, von vielen Städten darum, die Wohnungspolizei, die Wohnungsaufsicht so stark zu machen, dass skrupellose Vermieter und Abzocker, die auf Matratzenlagern Flüchtlinge und andere Menschen unterbringen, die die Wohnungen verkommen lassen, sich nicht scheren, die Seniorinnen und Senioren im 25. Stock drei Monate ohne Aufzug in den Wohnungen wohnen lassen endlich richtig zur Kasse gebeten werden. Da muss die Wohnungsaufsicht richtig reingehen. Das muss sozialdemokratische Politik sein. - Danke schön.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Jetzt kommt zweimal Bayern, einmal Anno Dietz und danach Simone Burger.

Anno Dietz, Bayern:

Liebe Genossinnen und Genossen, die Schaffung und der Erhalt von bezahlbarem Wohnraum ist von zentraler Bedeutung, und das nicht erst seit gestern. 39.000 Prozent: Diese Zahl klingt wie ein Rechenfehler. Aber genau das ist es, um wie viel die Grundstückswerte in München seit dem Krieg

gestiegen sind. Wenn der Quadratmeter Boden 14.000 Euro kostet, dann wird es schwer - das sind die Preise, die wir haben in der Innenstadt -, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, dann wird es schwer, hier Projekte zu erhalten.

Was wir hier erleben, ist die fortschreitende Finanzialisierung des Wohnungsmarktes, die Aufkündigung des gesellschaftlichen Konsenses, dass Wohnung Wirtschafts- und Sozialgut ist. Wohnung wird immer mehr zum Anlage- und Spekulationsobjekt. Wir wollen den Antrag hier in einem Punkt präzisieren und einen Satz verändern Gleichzeitig ist es uns wichtig, dass wir reinschreiben in diesen Antrag und auch klarmachen: Diese Bodenwertsteigerungen finden nicht im luftleeren Raum statt, sondern auf der Grundlage des Baurechts und der Infrastruktur, die die Kommunen schaffen und die Allgemeinheit bezahlt. Deshalb fordern wir, hier in diesen Antrag aufzunehmen und auch ins Baugesetzbuch zu schreiben die Möglichkeit eines Planwertausgleichs. Auf diesem Weg ist es wichtig, dass wir die bestehenden Werkzeuge, die wir in den Kommunen nutzen, wie den städtebaulichen Vertrag, stärken und ausbauen, dass wir die Möglichkeit der anrechenbaren Lasten ausweiten und das Verständnis der Ursächlichkeit ausweiten.

Einem besonderen Problem stehen wir immer dann gegenüber, wenn es darum geht, Nachverdichtungen im bebauten Innenbereich zu regulieren. Hier entscheidet nach § 34 Baugesetzbuch allein Art und Maß der umliegenden Bebauung darüber, was Baurecht auf dem Grundstück ist. Wir brauchen hier die Möglichkeit als Kommunen, klar zu sagen im Rahmen von vereinfachten Bebauungsplänen: Wir wollen hier eine Quote an gefördertem Wohnraum. Wir wollen hier bezahlbaren Wohnraum, der dauerhaft und verpflichtend bestehen bleibt. Gleichzeitig: Aktuell diskutieren wir über die Innenentwicklungsmaßname. Es gab ein Planspiel der Verwaltung dazu. Wenn wir darüber diskutieren, dann geht es auch darum, einen flächenbezogenen - teilweise - Lastenausgleich zwischen Planungsbegünstigtem und Planungsträger der Kommune zu schaffen und die Lasten, die der Allgemeinheit entstehen, gemeinsam umzulegen und gemeinsam zu tragen.

Ich bitte euch: Stimmt den Änderungen zu und schärft die Instrumente, die wir in der Hand haben, damit wir vorankommen auf einem Weg zum sozialen Bodenrecht. - Ich danke euch.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Es kommt als Nächstes Simone Burger, und es folgt Patrick Mayregger aus Nordrhein-Westfalen.

Simone Burger, Bayern:

Liebe Genossinnen und Genossen, die „Zeit“ hat vor wenigen Tagen eine Deutschlandkarte mit dem Titel „Wo wohnen wehtut“ veröffentlicht. Sie betrachtet den Mietmarkt aus Sicht von Geringverdienern. Wer dort auf München klickt, der lernt Folgendes: Geringverdiener ist man in München

mit einem Nettogehalt von maximal 1.740 Euro. Aber: Eine niedrige Miete liegt in München bei 59 Quadratmetern bei 929 Euro. Das macht eine Mietbelastungsquote von 53 Prozent. Das ist das Gegenteil von gutem Leben, und es macht den Satz notwendig: Wenn die Zeiten radikaler werden, dann müssen es unsere Antworten auch sein.

(Beifall)

Genau unter diesem Blickwinkel aus München und aus vielen Teilen Bayerns haben wir diesen Antrag angesehen, und deswegen sagen wir: Wir brauchen mehr. Wir brauchen eine klare Aussage darüber: Die Grundsteuer darf nicht auf die Mieterinnen und Mieter umgelegt werden.

(Beifall)

Die Mieterinnen und Mieter besitzen keinen Grund, und sie können deswegen auch nicht diese Steuer tragen. - Und als kleiner Tipp: Wir haben das gerade eben im Sozialantrag beschlossen.

Wir brauchen endlich einen echten Mietspiegel, der nicht nur die Neuvermietungen und die Mieterhöhungen der letzten vier, sechs oder acht Jahre beinhaltet; wir wollen alle Mieten, außer den geförderten, in diesen Mietspiegel aufnehmen, um endlich zu einem richtigen Mietspiegel zu kommen, und wir wollen für Familien in Großstädten, die sich kein Eigentum leisten können, weil es einfach unmöglich ist, 11.000 Euro pro Quadratmeter auf den Tisch zu legen, das eben auch die Anteile von Genossenschaftswohnungen gefördert werden.

(Beifall)

Wenn wir wirklich bezahlbaren Wohnraum wollen, dann hilft aber nur eines: mehr Wohnungen in kommunaler Hand. Und damit wir das schaffen, müssen wir uns diese Stadt zurückerkaufen - in vielen Städten, in München, in Berlin und in Hamburg -, und das können wir nur, wenn wir ein allgemeines Vorkaufsrecht bekommen und wenn Städte endlich nicht zu Phantasiepreisen, zu Spekulationspreisen kaufen können, sondern zum Ertragswert. Damit das möglich ist, hoffen wir, dass ihr unsere Anträge unterstützt. - Danke schön.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Danke, Simone. - Als Nächstes spricht Patrick Mayregger, und es folgt dann Anna Rasehorn aus Bayern.

Patrick Mayregger, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen, dieser Antrag ist ein starkes Signal an diejenigen, die vom Wirtschaftswachstum der letzten Jahre wenig hatten oder weiter in Bedrängnis geraten sind, weil die Mieten immer weiter steigen. Ein wichtiger Gedanke liegt dem Ganzen zugrunde, und der lautet: Wohnen ist keine Ware, Wohnen ist ein Grundrecht, und Wohnen ist Teil der Daseinsvorsorge.

(Beifall)

In unseren Städten sehen wir das Marktversagen, und weil wir dieses Marktversagen überwinden wollen, ist die Frage des Eigentums eine zentrale; denn sie entscheidet darüber, was beim Wohnen die Entscheidungsgrundlage ist: Profit oder Gemeinwohl? Sie entscheidet, welche Rolle wir als Kommunalpolitiker*innen spielen, sie entscheidet, ob wir nur begleiten dürfen oder ob wir dem Gemeinwohl zum Durchbruch verhelfen, ob wir nur einen Bebauungsplan beschließen oder eigene Planungen umsetzen können.

Die Wahlergebnisse der letzten Zeit haben gezeigt, dass wir diese gestaltende Rolle einnehmen müssen und dass wir diesen Rückhalt auch brauchen, um wieder Kommunalwahlen gewinnen zu können. Wir brauchen Instrumente, die uns auch von Bundesebene an die Hand gegeben werden. Anno hat dazu schon einiges gesagt; es wurde generell schon einiges dazu gesagt.

Ich kenne das aus der Kommunalpolitik ganz gut. Wir haben gute Konzepte für eine soziale, für eine ökologische Quartiersentwicklung. Aber dann kommt leider irgendwie das Investoreninteresse dazwischen. Es soll doch nicht alles das umgesetzt werden, was wir eigentlich richtig finden würden. Stattdessen dürfen wir dann als Kommunen an verschiedenen Stellen - zum Beispiel über Programme wie „Die Soziale Stadt“ - Sachen reparieren, wozu Investorinnen und Investoren nicht bereit sind.

Auch das ist ein Stück weit eine Privatisierung von Gewinnen und eine Sozialisierung von Verlusten. Das ist nicht unser Verständnis von Wohnungspolitik, und deshalb will dieser Antrag auch die Eigentumsfrage beim Boden groß angehen. Ich freue mich auf diesen Rückenwind für eine soziale Wohnungspolitik.

Liebe Genossinnen und Genossen, das gefällt mir an diesem Antrag wirklich wunderbar. Ich möchte aber dafür werben, dass wir an einer entscheidenden Stelle in genau der gleichen Logik noch einen Schritt weitergehen; denn Eigentum bezieht sich ja nicht nur auf Grund und Boden. Es macht eben was aus, wenn Wohnungen Genossenschaften gehören. Es macht was aus, wenn sie im Eigentum kommunaler Wohnungsbaugesellschaften oder eben in einer anderen gemeinnützigen Bindung sind. Liebe Genossinnen und Genossen, von diesem Wohnraum brauchen wir mehr.

(Beifall)

Wenn wir mehr davon brauchen, sollten wir auch was dafür tun. Ich möchte deshalb für die Änderung plädieren, dass wir auf Seite 75, Zeile 53 festschreiben, dass wir Maßnahmen fordern - auch davon wurden schon einige genannt -, die mittelfristig dazu führen, dass mindestens die Hälfte der Wohnungen in unseren Metropolen im Eigentum kommunaler und gemeinnütziger Wohnungs-

bauunternehmen sind. Das Ziel sollten wir übernehmen. Ob kommunal oder genossenschaftlich: Wohnraum ist Gemeinwohl.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Jetzt spricht Anna Rasehorn, und es folgt Stefan Engel aus Sachsen.

Anna Rasehorn, Bayern:

Liebe Genossinnen und Genossen, Wohnen ist ein Menschenrecht. In immer mehr Städten greift die Wohnungsnot um sich. Allein in Bayern sind es 162 Gemeinden in der Miet- und Wohnfalle - unter anderem deswegen, weil im Zuge der Finanzkrise Wohnungen zu Spekulations- und Anlageobjekten wurden.

Staatliche Gestaltungsspielräume, die das Grundrecht eigentlich sicherstellen sollten, wurden durch die neoliberale Ausverkaufsmethode untergraben. Das kann nicht sein, und deswegen danken wir für diesen Antrag, der eine 180-Grad-Wende in der Wohnungspolitik bringt.

(Beifall)

Niemand soll auf der Straße leben müssen, weil kein Wohnraum zur Verfügung steht. Wir müssen unsere Kommunen befähigen, Wohnungspolitik aktiv zu gestalten, statt weiterhin zu versuchen, placeboartig die Missstände durch eine staatliche Regulierung des privaten Sektors zu mildern. Globuli hilft nie - besonders nicht bei diesem Wahnsinn.

(Beifall)

Wir Jusos - die Manon und ich dürfen diesen Antrag dankenswerterweise als stellvertretende Bundesvorsitzende vertreten - danken dem Parteivorstand aufrichtig für diesen guten Antrag.

Wir haben eine kleine Einfügung und würden uns sehr freuen, wenn sie aufgenommen wird, und zwar die Einfügung, dass mittelfristige Maßnahmen ergriffen werden sollen, dass sich mindestens 50 Prozent der Wohnungen in Metropolen in gemeinnützigen und öffentlichen Wohnformen befinden.

Ansonsten unterstützen wir die Änderungsanträge aus Bayern und aus Mecklenburg-Vorpommern, weil sie sehr gut sind. - Vielen lieben Dank und Freundschaft!

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Danke. - Jetzt kommt Stefan Engel, und es folgt Özlem Ünsal aus Schleswig-Holstein.

Stefan Engel, Sachsen:

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir über das Thema Wohnen sprechen, dann sprechen wir in erster Linie ja sehr, sehr oft über die ganz großen Metropolen - Frankfurt, München -, wo es katastrophale Mietmarktsituationen gibt, aber das Problem ist ja mittlerweile viel größer geworden. Auch in Städten, die an sich noch keine so extrem hohen Bestandsmieten haben - wie zum Beispiel Dresden und Leipzig -, wird es zunehmend zu einem Problem. Die Neuvermietung geht massiv nach oben. Und was ist da noch der Fall? Es gibt deutlich geringere verfügbare Verdienste, um solcher Mieten überhaupt bezahlen zu können.

Ich glaube, diesen Aspekt sollten wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer im Hinterkopf behalten. Am Ende ist es natürlich auch entscheidend, wie viel die Leute eigentlich in der Geldtasche haben, um eine Miete auch zu bezahlen.

Ich glaube, da stellt sich die Situation in sehr, sehr vielen Bereichen unseres Landes als sehr prekär dar. Ich glaube tatsächlich, dass wir gut daran tun, dieses Thema weiter voranzustellen, weil wenn wir als SPD die Wohnungsfrage nicht lösen, dann verlieren die Menschen das Vertrauen in alle anderen Politikbereiche. Wenn ich keine ordentliche Wohnung mehr habe, die ich bezahlen kann, dann habe ich nämlich kein Vertrauen in eine planbare Familienpolitik, durch die ich sagen kann: „Okay, ich möchte eine Familie gründen“, und dann habe ich auch kein Vertrauen darin, dass der Staat mir bei anderen Dingen noch weiterhilft. Ich glaube, das ist so elementar, dass es viele Leute dann wirklich auch sehr, sehr hart trifft.

Ich persönlich würde hier gerne noch zwei kleine Änderungen vorschlagen.

Zum einen sprechen wir uns zum Glück dafür aus, dass wir bundeseigene Flächen zukünftig vorrangig in der Konzeptvergabe an die Kommunen rausgeben möchten. Aus unserer Sicht wäre es extrem wichtig, dort noch zu ergänzen, dass es auch um bundeseigene Unternehmen gehen muss, weil ich habe als Stadtrat in Dresden die Erfahrung gemacht, dass es extrem schwierig ist, zum Beispiel mit der Deutschen Bahn überhaupt in Gespräche zu kommen und überhaupt nach und nach einen Prozess zu organisieren.

Ich glaube, wir sollten klarstellen, dass es auch darum geht, dort einen stärkeren Zugang zu bekommen. Denn das sind oftmals Flächen, bei denen es zusätzliche Potenziale zur Nachverdichtung gibt.

(Beifall)

Der zweite Vorschlag betrifft den Antrag K55 aus Sachsen, der vorsieht, Mehrgenerationenhäuser stärker zu unterstützen. Es ist vollkommen okay, dass der Richtung Bundestagsfraktion geht. Wir würden nur gerne die Grundintention noch etwas stärker unterbringen, nämlich dass wir auch diese Orte als Anlaufstellen für Begegnungen und Gemeinschaft etwas stärker fördern wollen. Ich denke, das ist ein Aspekt, der sich in so einer Investitionsoffensive, die wir ja anstreben, sehr gut unterbringen lassen würde.

Beide Punkte würden wir auf Seite 78 unterbringen wollen: den einen in Zeile 65 - einfach eine Anfügung - und den zweiten genannten Punkt in Zeile 2. Das war's. - Vielen Dank.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Es folgt jetzt Özlem Ünsal. Danach kommt Fabian Ferber aus Nordrhein-Westfalen.

Özlem Ünsal, Schleswig-Hostein:

Liebe Genossinnen und Genossen! Auch ich möchte erst einmal mit einem großen Dankeschön beginnen an Natascha und Michael. Und natürlich möchte ich auch der Kommission für ihre Arbeit danken. Ich freue mich ausdrücklich darüber, dass dieses Thema so prominent gesetzt ist. Ich glaube, dass wir es hier mit einem ursozialdemokratischen Thema zu tun haben. Wer, wenn nicht wir, liebe, Genossinnen und Genossen, sollte dieses Thema auf die Agenda setzen?

Ich vertrete das wunderschöne Bundesland Schleswig-Holstein. In Schleswig-Holstein darf man erleben, wie es sich anfühlt, wenn Jamaika regiert und dieses Thema eben nicht als prioritäres Thema gesetzt ist. Zur Wohnungsbaupolitik kann man nur sagen: Ich glaube, wir sind das erste Bundesland, dass gerade zum Ende November Mietpreisbremse und Kappungsgrenzenverordnung abgeschafft hat. Wir sind ein Bundesland, das eine Volksinitiative mit 40.000 Unterschriften gemeinsam mit dem Sozialverband, dem DGB und vielen anderen Vertretern aus dem Mieterrechtsbereich konsequent abgelehnt hat. Wir sind das Bundesland, wo die Gründung, wo die Stärkung von kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und genossenschaften konsequent abgelehnt wird.

Ich will euch mal spiegeln, wie es sich anfühlt, in einem Bundesland unterwegs zu sein, in dem andere und nicht die Sozialdemokraten regieren.

Umso wichtiger ist es, mit so einem Thema, wie wir es heute auf dem Tisch haben, eine besondere Akzentuierung vorzunehmen und sehr genau zu gucken, wie wir bezahlbares Wohnen, wie wir mehr Mieterrechte und natürlich auch eine aktive Wohnungsbaupolitik gestalten.

Wir sagen ganz klar: Wohnen ist ein Grundrecht und kein Luxus. Solch ein Recht muss natürlich allen Mieterinnen und Mietern, aber auch vielen mehr, gesichert werden. Liebe Genossinnen und Genossen, das ist für uns selbstverständlich. Dafür braucht es Rahmenbedingungen, und diese Rahmenbedingungen umfasst der uns vorliegende Antrag. Das möchten wir ausdrücklich unterstützen. Ich möchte auch ausdrücklich dafür werben, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir neben der Stärkung der Kommunen, die dringend unsere Unterstützung brauchen, auch auf Länderebene viel stärker - vielleicht über landeseigene Wohnungsbaugesellschaften und viele weitere Konzepte - dieses Thema voranbringen.

Liebe Genossinnen und Genossen, was für uns aus Schleswig-Holstein - aber da spreche ich wahrscheinlich allen Landesverbänden aus der Seele - nicht mehr annehmbar ist, sind Mietkostenbelastungen von mehr als 30 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens. Das ist für viele Menschen nicht mehr leistbar und zutiefst sozial unverträglich. Besonders dramatisch wird es dann für Menschen, wenn weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung stehen und diese Menschen damit als stark armutsgefährdet gelten. Das können wir nicht hinnehmen. Deshalb braucht es diesen Antrag, dafür möchte ich werben und ausdrücklich die Punkte unterstreichen, die ich angesprochen habe. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Wir danken dir. - Es spricht jetzt Fabian Ferber, und es folgt Viviana Weschenmoser aus Baden-Württemberg.

Fabian Ferber, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen, was ich sagen möchte, passt thematisch nicht so ganz. Ich habe mich für den Antrag K21 gemeldet. Wir sind Antragsteller. Die Überweisung wurde beantragt. Ich habe den Auftrag meines Unterbezirks erhalten, das Thema zumindest noch mal anzusprechen. Es wird ja immer mal wieder das Thema Strukturwandel angesprochen. Es geht jetzt nicht um das Thema Wohnen und das Grundrecht auf Wohnen, sondern es geht um Strukturprogramme. Ein bisschen schade, dass das so ins Antragsbuch eingeordnet wurde.

Ich habe das gestern bei der Debatte zum Leitantrag schon gesagt: Ich komme aus einer Region, wo der Strukturwandel schon spürbar ist. Die ersten durchaus namhaften Unternehmen melden Kurzarbeit an oder schließen, weil sie in diesem Fertigungsstrang der Antriebstechnik sind. Nicht nur in Südwestfalen, sondern auch in Bereichen Baden-Württembergs gibt es diese Regionen, in denen man viele Menschen im Bereich der Automobilzulieferer mit Arbeit versorgt hat. Auch da erwarten wir vom Staat - vom Bund, von den Ländern -, dass dort etwas getan wird, dass Strukturprogramme

aufgelegt werden, dass Bildungseinrichtungen gestärkt werden und die Möglichkeit der Partizipation geschaffen wird.

Wir brauchen dort Geld und Ideen, wie Branchen oder Unternehmen umrüsten können. Wir bekommen mit, dass mittelständische, kleine Unternehmen, die dabei sind, von der - sagen wir mal - schmutzigen Industrie zur grünen Industrie zu wechseln, vermehrt Probleme haben, Kredite zu bekommen, weil sie aus dem Bereich der Automobilzulieferer kommen. Da erwarten wir ein Investitionsprogramm. Es ist schade, dass die Antragskommission diesen Antrag nur weitergeben möchte an die Bundestagsfraktion. Wir wollen uns jetzt nicht groß darüber aufregen, erwarten aber, dass die Bundestagsfraktion zügig darüber spricht. Denn wir spüren es wirklich ich arbeite als Gewerkschaftssekretär in der Region -, dass dort gerade etwas zu kippen beginnt. Und da reden wir nicht über eine konjunkturelle, sondern über eine strukturelle Krise. Und da braucht auch eine Region wie Südwestfalen Hilfe. Darum bitten wir.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. Es folgt Viviana; danach kommt Annika Maus aus Nordrhein-Westfalen.

(Beifall)

Viviana Weschenmoser, Baden-Württemberg:

Liebe Genossinnen und Genossen, noch eine, die Werbung für den Antrag macht. Einen Punkt möchte ich aber nicht unerwähnt lassen. Es geht mir vor allem darum, was in den Kommunen und in den kommunalen Parlamenten, vor allem im ländlichen Raum seit einiger Zeit für sehr viel Unruhe sorgt - zumindest im Schwarzwald, in meiner Heimat. Das ist das 13b-Verfahren - ihr kennt es sicherlich. Wer es nicht kennt: Wundert euch nicht! Das ist ein Verfahren, das angestrebt wurde, um in Ballungsräumen und in größeren Städten für schnelle Abhilfe zu sorgen, wenn es um neue bebaubare Flächen geht. Es wurde aber nicht ausschließlich für Ballungsräume und Städte gemacht, sodass die Anwendung ist auch in den ländlichen Räumen möglich. Hier hat es zu einem massiven Missbrauch und zu einem Flächenfraß geführt, der nicht hinnehmbar ist, der vor allem nicht hinnehmbar ist in Zeiten, in denen Jugendliche auf die Straße gehen und uns ganz deutliche Signale senden, dass der Flächenfraß ein Ende haben muss. Bodenschutz ist Klimaschutz.

(Beifall)

Dieses Klein-klein in der Bodenpolitik hat mit diesem Antrag ein deutliches Ende genommen. Es ist nur anständig, dass die Sozialdemokratie dafür sorgt. Lieber Michael, liebe Natascha, liebe Mitwirkenden, vielen Dank für eure Arbeit.

Michael, du hast vorhin gesagt, Wohnungen sind kein Selbstzweck. In Wohnungen wohnen Menschen. Ich finde schon: Wohnen sollte ein Grundrecht sein.

Jetzt schaue ich Richtung München: Liebe Genossinnen und Genossen aus Bayern, im Fußball hat Stuttgart Bayern München noch nicht überholt, aber bei den Mietkosten leider schon. Gerade in Baden-Württemberg, in einem Land, in dem es durchaus noch Entwicklungsflächen gibt, in dem die Speckgürtel noch nicht vollends ausentwickelt sind, brauchen wir neue Ideen, neue Möglichkeiten und Handlungsfelder, Wohnungsbaupolitik zu betreiben. Dieser Antrag gibt gute Möglichkeiten dafür.

Zuletzt möchte ich noch darauf hinweisen, dass wir auch Verbände haben, die mit uns in guter Freundschaft verbunden sind. Der Deutsche Mieterbund ist einer davon. Der Deutsche Mieterbund hat viele Forderungen, die jetzt in diesem Papier aufgegriffen sind, schon lange gestellt. Ich bin sehr froh, unseren Freundinnen und Freunden vom Deutschen Mieterbund, für den ich auch tätig sein darf, sagen zu können: Wir kümmern uns um eure Anliegen. Die SPD hat das Ohr dort, wo es wirklich wichtig ist. - Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Okay, der Änderungsantrag wird einfach abgegeben - gut. - Jetzt Annika, und zum Schluss zur Richtigstellung noch mal Bernhard Daldrup. Dann haben wir die Debatte beendet.

Annika Maus, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich komme aus Düsseldorf bzw. wohne da. Es handelt sich dabei um eine der Städte, die bei den Aufzählungen der Städte, die unter erhöhten Mietpreisen leiden, noch nicht dabei war. Ich kann euch sagen: Sie gehört leider auch dazu. Nun haben wir in Düsseldorf als einer SPD-geführten Kommune schon zahlreiche Maßnahmen umgesetzt, die dem entgegenwirken sollen. Allerdings brauchen wir hier einfach den Bund - insbesondere in einer SPD-geführten Kommune unter einer CDU/FDP-geführten Landesregierung, die lieber eine Marktentfesselungspolitk betreibt, anstatt sich um bezahlbare Mieten für alle zu kümmern.

Der PV-Antrag enthält zahlreiche wichtige Punkte. Das betrifft die Stärkung er Genossenschaft, das betrifft das Erbbaurecht, das betrifft insbesondere die Bodenwertzuwachssteuer, die mir besonders wichtig ist, und natürlich auch insgesamt mehr Boden in staatlicher Hand. Denn Wohnen - das ha-

ben bereits viele hier gesagt - ist ein Menschenrecht. Es gehört zur Daseinsvorsorge. Das überlässt man nicht dem freien Markt.

Auch wenn der Antrag aus NRW, auf den gerade schon ein paarmal verwiesen wurde, hier leider nicht behandelt wird - auch ich finde das schade -, möchte auch ich unbedingt darum bitten, dass dieser starke Antrag, unsere Inhalte wirklich mitgenommen werden und behandelt werden. Ich möchte auf einen Aspekt daraus noch einmal ganz besonders eingehen, und das ist das Konzept der Fair-Miete.

Wir haben gerade darüber gesprochen, dass sozialer Wohnungsbau verdammt wichtig ist. Es soll ein massives Programm geben; das steht in dem PV-Antrag auch drin. Das finden wir super. Allerdings ist es so, dass wir auch diejenigen nicht vergessen dürfen, die leider ein wenig zu viel verdienen, um einen Wohnberechtigungsschein und damit eine Sozialwohnung zu bekommen, aber eben zu wenig, um die Mieten auf dem freien Markt zu zahlen. Genau in dieses Segment soll die Fair-Miete eingreifen. Es handelt sich also um eine Form der Mietpreisregulierung, und die würde vorsehen, dass man eine Fair-Miete gestaltet, die etwa ein Drittel über der Sozialmiete liegt, sich aber in ihrer Entwicklung nicht an der Marktmiete orientiert, sondern eben an der Entwicklung der Sozialmiete. Das heißt, sie würde auch den Mietpreisspiegel nicht weiter nach oben treiben. So könnte man eben auch den Menschen, die nicht die hohen Mieten zahlen können, aber zu viel verdienen, um eine Sozialwohnung zu bekommen. Deshalb bitte darum, diese Idee auf jeden Fall auch mitzunehmen. - Danke.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Und zum Schluss Bernhard!

Bernhard Daldrup, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist viel zu dem Antrag gesagt worden, und ich finde ihn auch wirklich prima. Es sind ganz viele gute Beispiele dabei. Wenn wir über Wohnungsbaupolitik reden, dann gucken ja viele auf andere Städte, beispielsweise nach Wien, und wenn wir uns fragen, was eigentlich der zentrale Unterschied ist, dann ist es folgender: Dort war Wohnungsbaupolitik immer ein Teil der Daseinsvorsorge. Dort ist sie nie alleine den Regeln des Marktes unterworfen gewesen wie bei uns, sondern den Regeln des sozialen allgemeinen Wohls. Das ist gut, und das ist die Richtung, in die wir uns alle gemeinsam bewegen. Das ist vernünftig.

Ich glaube auch, dass wir uns in der jetzt laufenden Legislaturperiode durchaus in einer Reihe von Punkten auf den Weg gemacht haben, für die dieser Antrag dann auch eine Unterstützung ist, bei-

spielsweise beim Mietrecht, beispielsweise bei der Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Hier werden die Novellierung des Baugesetzbuches § 13b ist eben angesprochen worden , die Frage der Baugebote und ähnliche Dinge mehr angesprochen. Wir reden über den Erwerb von Genossenschaftsanteilen, die wir jetzt im Haushalt abgesichert haben, und wir haben als große Aufgabe eine Antwort auf die Frage zu finden: Wie wird sich denn eigentlich Miete verändern, wenn wir Klimaschutzziele realisieren wollen? Ich glaube, wir werden zu einer grundlegenden Umorientierung auf Warmmieten beispielsweise kommen müssen. Also, da steht noch viel bevor.

Ich will auf einen Punkt hinweisen, Genossinnen und Genossen ich habe etwas ausgeholt, weil ich nicht so eindimensional argumentieren wollte , und das ist das Thema der Grundsteuer. Ich glaube, Genossinnen und Genossen, wir sollten genau prüfen, wie wir mit der Grundsteuer in der Zukunft umgehen. Ich rate euch sehr: Sprecht mit den Kommunalen, sprecht mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, sprecht mit den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, wie das dort eigentlich wirken wird. Denn die Folge wird sein: Es wird unmittelbar auf die Mieten durchschlagen, und das wird bei den kommunalen Wohnungsgesellschaften eine sehr viel unangenehmere Folge haben als beispielsweise bei den Körperschaften, die das als Betriebsausgaben geltend machen, oder bei den kleinen, die das dann für ihre Einkommensteuer geltend machen, aber wo trotzdem die Mieten steigen.

Das wird eine Auswirkung auf die Infrastrukturfinanzierung haben, Genossinnen und Genossen. Deswegen glaube ich, es wäre sehr viel klüger, wir würden dem Änderungsantrag auch Nordrhein-Westfalen folgen, der sagt: Lasst uns diese Frage der Umlagefähigkeit ganz, gar nicht, oder in welchem Teilbereich auch immer das möglicherweise passieren soll, einer genauen Prüfung so unterziehen, dass wir bei unserem nächsten Wahlprogramm dazu eine abgestimmte und präzise Meinung vertreten können. Also bitte nicht entscheiden, sondern so prüfen, dass wir es im Wahlprogramm vernünftig formulieren können. Das wäre meine Bitte. Wir vergeben uns nämlich nichts, weil wir es zum jetzigen Zeitpunkt nicht durchsetzen können, und wir dann eine klare, gemeinschaftlich getragene Position haben für sozialen Wohnungsbau und durchaus auch im Sinne der Mieterinnen und Mieter und für lebenswerte Kommunen. - Danke schön.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Danke, Bernhard. - Jetzt hat die Antragskommission noch mal das Wort.

Ich würde aber die Zeit nutzen, um euch mitzuteilen, wie wir geplant haben, dass es weitergeht. Wenn wir den Antrag PV 5 zu Ende gebracht haben, sind zwar noch weitere Anträge zu bearbeiten. Wir würden aber dann erst einmal das Wahlergebnis der letzten Wahl aufrufen und würden dann auch noch die Verabschiedung von Hannelore Kohl vornehmen. Nach dem Antragsblock K folgt dann die Wahl der SPE-Delegierten. Wir wollen heute noch den Bereich Arbeit, Umwelt und Steuern und Wirtschaft aufrufen. Das ist der Plan für heute, nur dass ihr euch schon mal darauf einstellen könnt.

Jetzt hat Doris das Wort.

Doris Ahnen, Antragskommission:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ihr habt gemerkt: Es war eine sehr engagierte Debatte. Ich will mich als Allererstes auch seitens der Antragskommission noch einmal sehr herzlich bei Natascha Kohnen und Michael Müller bedanken, die seit Monaten, darf man sagen, intensiv an diesem Thema arbeiten und aus Sicht der Antragskommission einen wirklich sehr guten Antrag vorgelegt haben. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

So, und dann war es ein bisschen schwierig, genau den Überblick zu behalten, was jetzt noch beantragt wird und was nicht, weil uns bestimmte Änderungsanträge vorlagen, die dann gar nicht mehr angesprochen worden sind. Andere sind angesprochen, die uns nicht vorliegen. Ich versuche also einmal, das aufzunehmen, was wir aus der Debatte mitgekriegt haben, und die Antragsteller müssen das jetzt genau verfolgen:

Als Erstes liegen uns Änderungswünsche aus dem Landesverband Berlin vor, von denen aus unserer Sicht drei angesprochen worden sind, nämlich einerseits auf Seite 75 ab Zeile 64 Folgendes einzufügen: „Wir unterstützen solche kommunalen Bodenfonds. Gewinne aus der Vermietung und Verpachtung sollen zum Zwecke des Ankaufs und der Weiterentwicklung des Bestands in den kommunalen Fonds verbleiben. Die Mittel zum Zwecke der kommunalen Bodenbevorratung werden deutlich aufgestockt.“ Dieser Änderung könnten wir folgen und könnten das aufnehmen. Gibt es dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.

Dann gibt es das Thema Grundsteuer. Das Thema Grundsteuer und hier insbesondere die Umlagefähigkeit ist aber auf unterschiedliche Art und Weise angesprochen. Die Berliner sagen: Verbot. Andere wollen eine Abschaffung. Die Dritten sagen: Verzicht, und die Vierten sagen: Überprüfung. Das hört sich jetzt ein bisschen blöd an, aber gerade unter Einbeziehung der Argumente, und da wir es hier im Gegensatz zu anderen Stellen von Anträgen, die eben auch schon zitiert worden sind, wirklich mit einem sehr fachlichen Antrag zu tun haben, wäre mein Vorschlag, dass wir einfügen: „Überprüfung der Umlagefähigkeit der Grundsteuer mit dem Ziel der perspektivischen Abschaffung“, weil ich tatsächlich glaube, dass die Dinge, die Bernhard eben angesprochen hat, ordentlich mit bedacht werden müssen und man eine kluge und ausgewogene Formulierung braucht, die man wirklich im Hinblick auf ein zukünftiges Regierungsprogramm ordentlich miteinander formulieren sollte. Ich wäre froh, wenn ihr damit einverstanden sein könntet.

(Beifall)

Gibt es dagegen Widerspruch? - Aus Bayern gibt es Widerspruch. Dann stimmen wir darüber ab.

Der Vorschlag der Antragskommission ist: Überprüfen mit dem Ziel der perspektivischen Abschaffung. Wer kann diesem Votum der Antragskommission folgen? - Wer stimmt dagegen? - Das Erste war ganz eindeutig die Mehrheit. Dann übernehmen wir das so.

Dann kommen wir zum nächsten Thema. Berlin wollte den Mietendeckel drin haben. Da waren wir jetzt aber tatsächlich der Meinung, dass das in dem Antrag, der von Natascha und Michael vorgestellt worden ist, drin ist und dass wir es gerne bei der Formulierung aus dem Antrag lassen würden. Deswegen empfiehlt euch die Antragskommission, hier keine Veränderung vorzunehmen. Gibt es dagegen Widerspruch? - Ja. Dann müssen wir auch darüber abstimmen.

Die Empfehlung der Antragskommission ist, bei diesem Thema Mietendeckel bei dem zu verbleiben, was in dem Antrag ausgeführt ist. Wer stimmt dem zu? - Wer stimmt dagegen? - Bei einigen Gegenstimmen war Ersteres eindeutig die Mehrheit.

Das war, glaube ich, Berlin.

Dann liegen mir die Änderungsanträge von Mecklenburg-Vorpommern vor. Dazu gab es auch mehrere Beiträge. Das ist ein bisschen kompliziert, weil es ziemlich lang ist. Ich sage euch aus Mecklenburg-Vorpommern gleich dazu: Wir haben das ein bisschen gekürzt, weil sonst meine Stimme beim Vortragen versagen würde. Wir wollen euch jetzt vorschlagen, dass wir auf der Seite 77 ab Zeile 32 folgende Änderungen vornehmen:

Das Erste ist: Daher darf das Wohnen nicht dem freien Markt überlassen bleiben. Öffentliche Wohnungsbauunternehmen eröffnen hier wichtige Einflussmöglichkeiten. Daher ist der Verkauf dieser Unternehmen keine Lösung. Im Gegenteil, wir müssen sie stärken, zum Beispiel durch eine gezielte Grundstücksvergabe an sie, eine gezielte Förderung oder auch durch eine verminderte Ausschüttung an ihre öffentlichen Träger. - Das ist der Text, wie Mecklenburg-Vorpommern das wünschte. Das ist ein klares Bekenntnis zu kommunalen Wohnungsbaugesellschaften. Ich glaube, das ist in dieser Runde unstrittig. Das übernehmen wir. Da gibt es keinen Widerspruch.

Das Zweite ist: Zudem muss der wirtschaftliche Gewinn von Wohnungsbauunternehmen und Genossenschaften Mittel zum Zweck werden, um Sanierungs-, Unterhaltungs- und Neubaumaßnahmen zu finanzieren. - Das würden wir auch übernehmen.

Dann geht es um das Thema Gemeinnützigkeit. Da würden wir gerne statt einer Muss- eine Sollformulierung machen, weil auch dieses Thema auch bei den kommunalen Wohnungsbauunternehmen nicht unumstritten ist. Deswegen würden wir Folgendes vorschlagen: Dazu soll auch die Gemeinnützigkeit von Wohnungsbauunternehmen wieder möglich werden; denn mit den dadurch möglichen Steuerbefreiungen können Wohnungsbauunternehmen, statt im vollen Umfang steuerpflichtig zu sein, Mittel für weiteren gemeinwohlorientierten Wohnungsbau generieren. - Also die Möglichkeit eröffnen. Gibt es dagegen Widerspruch? - Das scheint mir auch nicht der Fall zu sein.

Dann geht es um die Durchmischung von Quartieren. Da haben wir eine Kürzung vorgenommen: Um die Durchmischung von Quartieren zu stärken, sind nicht nur mehr bezahlbare Wohnungen

nötig, sondern auch längere Zeitspannen bei der Bindung an bezahlbare Mieten. Es bedarf daher deutlich längerer Belegbindungszeiträume als bisher. - Das würden wir übernehmen. Einverstanden? - Dann übernehmen wir das auch.

Dann liegt uns ein relativ langer Absatz zum Thema Wohnungsbauunternehmen in den neuen Ländern vor. Das Problem sind die Altschulden, die teilweise in diesen Wohnungsbauunternehmen noch vorhanden sind. Die Bitte ist, hier aufzunehmen:

Die Wohnungsunternehmen der neuen Bundesländer haben als einzige Branche noch heute Schulden aus DDR-Zeiten zu tragen. Diese wurden ihnen pauschal und häufig ohne Bezug zum Wohnungsbau zugewiesen. Auch im 30. Jahr nach der Deutschen Einheit werden die öffentlichen Wohnungsunternehmen und ihre Mieter*innen durch diese Herausforderungen zusätzlich belastet. Dazu kommen vor allem in ländlich geprägten Regionen ein hoher Leerstand und nicht barrierefreie Wohnungen, die lange nicht mehr saniert wurden und so für eventuelle Mieter*innen nicht attraktiv sind. All das führt dazu, dass der Schuldenberg und damit die Handlungsunfähigkeit der öffentlichen Wohnungsunternehmen wachsen. Dieser Webfehler der Deutschen Einheit muss jetzt kommt die Einfügung auch durch den Bund korrigiert werden.

In dieser Fassung würden wir das übernehmen. Gibt es dagegen Widerspruch? - Das scheint mir auch nicht der Fall zu sein.

Dann komme ich zu Bayern. Da gibt es mehrere Wünsche. Das Thema Umlagefähigkeit der Grundsteuer haben wir schon behandelt. Dann gibt es den Wunsch, auf der Seite 77, Zeile 48, Strafen für Vermieterinnen und Vermieter einzuführen, die gegen die Mietpreisbremse verstoßen. Da würden wir gerne eine Umformulierung vornehmen: Wir führen Sanktionen für Vermieterinnen oder Vermieter, die grob fahrlässig oder vorsätzlich gegen die Mietpreisbremse verstoßen, ein. - Wird das so akzeptiert? - Dann übernehmen wir das.

Dann gibt es den Wunsch, in der Formulierung im Antrag „die Verlängerung des Betrachtungszeitraums für die ortsübliche Vergleichsmiete auf acht Jahre beim Mietspiegel“ die Befristung auf acht Jahre herauszunehmen. - Wir würden gerne bei der Formulierung des Antrags bleiben, der die acht Jahre vorsieht. Gibt es dagegen Widerspruch? - Ja.

Dann stimmen wir darüber ab. Unsere Empfehlung ist, so zu verbleiben, wie es im Ursprungsantrag steht. Wer stimmt dieser Empfehlung der Antragskommission zu? - Wer stimmt dagegen? - Ersteres war eindeutig die Mehrheit.

Es gibt noch das Ansinnen, auf der Seite 77 in der Zeile 68 zu ergänzen: „Um insbesondere jungen Familien den Weg zu bezahlbarem Wohnraum zu ermöglichen, wollen wir die Förderung von Mietkaufmodellen in angespannten Wohnungsmärkten vorrangig, aber die Förderung des Kaufs von Genossenschaftsanteilen“ usw. Das würden wir übernehmen. Gibt es dagegen Widerspruch? - Das scheint auch nicht der Fall zu sein.

Dann soll es eine Änderung auf der Seite 78, Zeile 53 bis 54, geben. Dort soll die Passage „ein all-

gemeines kommunales Vorkaufsrecht sowie die Ausweitung von preislimitierten Vorkaufsrechten auf alle Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt“ konkretisiert werden in „ein allgemeines kommunales Vorkaufsrecht sowie die Schaffung von preislimitierten Vorkaufsrechten auf Basis des Ertragswerts bei Grundlage einer sozialen Miete in allen Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt“. - Ich glaube, das können wir so übernehmen.

Dann gibt es noch die Bitte, neue Punkte einzufügen, nämlich die Verankerung eines Planwertausgleichs im BauGB, der die Planungsbegünstigten verpflichtet, sich an den Kosten, die der Allgemeinheit entstehen, zu beteiligen. Dazu fordern wir als ersten Schritt die Ausweitung der Ursächlichkeit und der anrechenbaren Lasten bei städtebaulichen Verträgen. - Das würden wir übernehmen.

Dann gibt es noch die Erweiterung des Instruments der Innenentwicklungsmaßnahme und die Möglichkeit, auch bei Nachverdichtungen einen Lastenausgleich zwischen den Bauherren und den Anforderungen der Allgemeinheit zu schaffen durch Beteiligung an den Kosten oder die Bereitstellung von Flächen für die soziale Infrastruktur oder den Bau von sozial gebundenem Wohnraum. - Das würden wir auch übernehmen. Gibt es dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.

Dann gibt es noch den Wunsch, auf der Seite 78, Zeile 62 bis Zeile 63, einzufügen: „Die Einführung der Festsetzungsmöglichkeit einer verbindlichen Quote an dauerhaft sozial gebundenem Wohnraum in einfachen Bebauungsplänen“. Das würden wir auch übernehmen wollen. Gibt es dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.

Ich glaube, dann haben wir auch NRW behandelt.

((Zuruf)e)

Ich glaube, das ist jetzt wirklich Prosa. Deswegen würden wir das nicht übernehmen. Ich denke, bei all dem, was wir übernommen haben, kann auch ein Antragsteller sich mal committen. Das wäre zumindest ein nettes Zeichen. Wenn nicht, lasse ich abstimmen. - Ihr committed euch nicht. Dann müssen wir darüber abstimmen. Es gibt noch den Wunsch, auf der Seite 71, Zeile 58 bis Zeile 60, zu ersetzen: „Im Zuge der Finanzkrise wurden Wohnungen oftmals zum Spekulations- und Anlageobjekt.“ Ich würde gerne bei der Ursprungfassung bleiben. Das ist das Votum der Antragskommission. Wer stimmt diesem Votum zu? - Wer stimmt dagegen? - Das Erstere war, glaube ich, die Mehrheit. Dann dürften wir das aber erledigt haben.

Dann kommen wir zu Sachsen. Die Sachsen wünschen auf der Seite 78 in der Zeile 65, wo es um die Liegenschaften des Bundes geht, eine Ergänzung: und Flächen bundeseigener Unternehmen. - Diese Ergänzung würden wir aufnehmen. Gibt es dagegen Widerspruch?

Dann würden die Sachsen gerne noch die Mehrgenerationenhäuser erwähnen. Wir würden auf der Seite 78 in der Zeile 2 einfügen: Auch die Schaffung von Mehrgenerationenhäusern als Ort der Begegnung und Gemeinschaft wollen wir entsprechend unterstützen. - Den würden wir auch übernehmen wollen. Gibt es dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.

Dann haben wir noch die Frage, die die Jusos angesprochen haben: Mittelfristig fordern wir Maßnahmen, die dazu führen, dass sich mindestsens 50 Prozent der Wohnungen in Kommunen also nicht mehr „der Wohnungen in Metropolen“ in gemeinnützigen oder öffentlich kontrollierten Wohnungsunternehmen befinden. Die Verzerrung des Wohnungsmarktes in Metropolen bzw. Kommunen ist der Knappheit an Grundflächen sowie der aus dem Eigentumsrecht folgenden und an sich stärkeren Positionierung seitens Vermieter*innen geschuldet, die nicht einer genossenschaftlichen kommunalen oder sonstigen gemeinnützigen Bindung unterliegen. - Aber der Kernpunkt ist: 50 Prozent im öffentlich geförderten Bereich. Ganz ehrlich: Auch als zuständige Wohnungsbauministerin in meinem Lande sage ich euch, dies wäre mir eine kleine Nummer zu ambitioniert. Insofern würden wir das nicht übernehmen.

Wer würde dem Votum der Antragskommission auf Nichtübernahme zustimmen? - Wer ist für die 50 Prozent? - Das Erstere ist eindeutig die Mehrheit. Dann übernehmen wir das nicht.

Ich glaube, jetzt kommt der allerletzte Antrag, der mir vorliegt, und zwar von den Schleswig-Holsteinern. Özlem hat mir aber nur aufgeschrieben, dass sie was in der Zeile 21 eingefügt haben will, aber nicht die Seite. Aber ich glaube, der Text ist unproblematisch und wir werden uns über die richtige Stelle verständigen können. Der Text soll sein: Wir wollen die Kommunen und Länder weiter befähigen, eigene Wohnungsbestände über kommunale und landeseigene Gründungen zu stärken.

Ich glaube, der Text ist unproblematisch. Die Stelle finden wir noch. Ist das okay? - Gibt es dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.

Aus meiner Sicht haben wir jetzt alles abgearbeitet, was an Änderungsanträgen da war.

(Beifall)

Widerspricht dem jetzt noch irgendjemand? Ist irgendwas vergessen? - Dann, liebe Genossinnen und Genossen, würde ich geänderter Form diesen Antrag zum Thema Wohnung zur Abstimmung stellen und bitte um das Kartenzeichen derjenigen, die dem Antrag zustimmen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Bei ganz wenigen Enthaltungen ist das einstimmig so beschlossen. - War das übergriffig?

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Du kannst auch noch den Rest machen.

Doris Ahnen, Antragskommission:

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Ich würde Folgendes vorschlagen: Es sind noch zwei Abstimmungen offen. Da keine Wortmeldungen vorliegen, können wir die auch noch jetzt absolvieren.

Das ist der Antrag K4 „Kommunen finanziell stärken“. Hier liegen keine Wortmeldungen vor. Deshalb frage ich, ob man hier auch dem Votum der Antragskommission folgt und bitte um euer Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So einstimmig angenommen. Damit sind die Anträge K1 bis 3 erledigt.

Im Übrigen sind durch den PV 5 die Anträge K13, K25, K27 - K29, K31, K41 - 43, K47 und K51 erledigt. So können wir die restlichen Anträge jetzt auch abstimmen, so wie die Antragskommission es votiert hat, weil auch hier keine Wortmeldungen vorliegen. Wer der Antragskommission folgt bei den restlichen Anträgen, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Auch hier so angenommen. Vielen Dank. - Oliver.

ERGEBNIS DER WAHL DER STELLVERTRETENDEN VORSITZENDEN UND WEITEREN MITGLIEDER DER BUNDESSCHIEDSKOMMISSION

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Wir kommen dann jetzt zur Bekanntgabe der Wahlergebnisse für die Bundesschiedskommission, und Monika Schaal würde jetzt vortragen.

Bis Monika ans Redepult gekommen ist, würde ich kurz noch unseren ehemaligen Parteivorsitzenden Franz Müntefering begrüßen. Herzlich willkommen, Franz.

(Beifall)

Monika Schaal, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe euch das Ergebnis der Wahl der Stellvertretenden Vorsitzenden der Bundesschiedskommission bekannt:

Abgegeben wurden 466 Stimmzettel, davon ungültig sind 4. Also sind 462 Stimmzettel gültig. Im

ersten Wahlgang ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Das waren mindestens 232 Stimmen.

Roland Rixecker erhielt 445 Stimmen und ist mit 96,32 Prozent gewählt.

(Beifall)

Heike Werner erhielt 457 Stimmen und ist mit 98,92 Prozent gewählt.

(Beifall)

Ich gebe euch jetzt im Anschluss das Ergebnis der Wahl der weiteren Mitglieder der Bundesschiedskommission bekannt:

Hier wurden abgegeben 479 Stimmzettel; davon waren 11 ungültig. Also sind 468 Stimmzettel gültig. Im ersten Wahlgang ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Das waren hier mindestens 235 Stimmen.

Kristin Keßler wurde mit 458 Stimmen gewählt. Das entspricht einer Zustimmung von 97,86 Prozent.

(Beifall)

Gabriele Nieradzik wurde mit 458 Stimmen gewählt. Das entspricht ebenfalls einer Zustimmung von 97,86 Prozent.

(Beifall)

Thomas Notzke wurde mit 437 Stimmen gewählt, was einer Zustimmung von 93,38 Prozent entspricht.

Johannes Risse erhielt 437 Stimmen. Das entspricht einer Zustimmungsquote von 93,38 Prozent.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Monika. - Nicht alle Gewählten können heute hier sein, haben aber erklärt, dass sie die Wahl annehmen für den Fall, dass sie gewählt werden. Deswegen herzlichen Glückwunsch. - Da kann man auch applaudieren, wenn man will.

(Beifall)

Ich würde jetzt unsere Parteivorsitzenden Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken das Wort für eine Verabschiedung geben.

VERABSCHIEDUNG DER BISHERIGEN VORSITZENDEN DER BUNDESSCHIEDSKOMMISSION HANNELORE KOHL

Norbert Walter-Borjans, Parteivorsitzender:

Liebe Genossinnen und Genossen, wir gratulieren natürlich Thorsten Jobs und all den anderen Mitgliedern der Bundesschiedskommission ganz herzlich zur Wahl in diese sensible, manchmal auch schwierige Aufgabe.

Mit dieser Wahl ist leider auch ein Abschied verbunden. Es ist der Abschied von Hannelore Kohl, die seit 1986 - das ist eine Jahreszahl, die ich mir gut merken kann, weil meine älteste Tochter da geboren ist, und die ist mittlerweile 22; das heißt, ich weiß, dass das eine lange Zeit ist - dieser Bundesschiedskommission angehört. Sie hat das zuerst als Stellvertretende Vorsitzende getan und seit 2001 auch als Vorsitzende.

Es ist natürlich einen Hinweis wert, zu sagen, dass diese Aufgabe eine ehrenamtliche Aufgabe ist. Aber Hannelore Kohl hat das nicht nur perfekt gemacht; sie hat das auch in der gebotenen Diskretion und leise gemacht. Sie hat es hauptamtlich verbunden mit dem Amt, das sie hat, dem großen Amt der Präsidentin des Verfassungsgerichts und des Oberverwaltungsgerichts des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Ich glaube, das ist einen großen Dank wert. Dazu möchte aber auch Saskia was sagen.

Saskia Esken, Parteivorsitzende:

Weil wir ja Doppelspitze sind. - Liebe Hannelore, ich möchte ganz persönliche Worte noch an dich richten. Ich möchte dir einfach ganz, ganz herzlich danken. Komm doch bitte näher.

(Beifall - Die Parteivorsitzenden überreichen Hannelore Kohl einen Blumenstrauß)

Du hast für uns immer wieder in diesen langen Jahren - 33 Jahre - sehr, sehr schwierige, problematische Situationen mit viel Feingefühl gelöst. Da wollen wir ganz, ganz herzlich Dank dafür sagen. Wir wünschen dir für deinen weiteren Weg alles Gute, vor allem Gesundheit, aber auch Erfolg in allem, was dir wichtig ist - das finde ich immer wichtig -, Freude und Erfolg in dem, was dir wichtig ist. Vielen, vielen herzlichen Dank. Das sind wirklich schwierige Situationen gewesen. Danke.

(Beifall)

Hannelore Kohl, ehemalige Vorsitzende der Bundesschiedskommission:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich hatte mir dann doch auserbeten, auch ein paar Worte zu euch sagen zu dürfen, und zwar ohne zu garantieren, ob es wirklich nur drei Minuten werden, wie die Redezeit genau vorgegeben ist.

Ich habe in der Vergangenheit - insofern hole ich einfach was nach - von meinem Rederecht als beratende Delegierte bei den Bundesparteitagen nur sehr selten Gebrauch gemacht, in der Regel nur dann, wenn es um Änderungen unseres Organisationsstatuts oder von anderen parteiinternen rechtlichen Regelungen ging und wenn mein Rat gefragt war.

Jetzt schien es mir nach, wie ihr gehört habt, mehr als 30 Jahren der Tätigkeit in diesem Gremium an der Zeit, die Aufgabe doch in jüngere Hände zu legen.

In diesen Jahrzehnten habe ich die Parteigeschichte dieser ältesten Partei Deutschlands unmittelbar miterleben dürfen - mit all ihren Höhen und Tiefen -, aber ohne selbst unmittelbar Politik zu gestalten. Ich durfte dabei mit vielen interessanten Menschen mit einer beeindruckenden persönlichen und politischen Biografie zusammenarbeiten, und ich möchte hier stellvertretend beispielsweise einfach auch Diether Posser und Hans Peter Bull nennen.

Das Parteiengesetz schreibt ja die Bildung von unabhängigen Schiedskommissionen zur Schlichtung und Entscheidung von Streitigkeiten innerhalb der Partei vor und stellt dabei die Mindestanforderungen für die Gewährleistung der Mitgliederrechte und an eine demokratischen Grundsätzen entsprechende Verbandsstruktur sowie für die Verfahrensabläufe auf.

Die Schiedskommissionen sind im Grunde die einzigen Gremien, bei denen die Freude über das Nicht-Tätigwerden deutlich größer ist als die Freude über das Tätigwerden. Das gilt für alle Ebenen, aber bei einer so großen Zahl von Mitgliedern gibt es natürlich auch bei uns leider den einen oder anderen Konflikt, und der muss dann auch entschieden werden.

Gesellschaftliche Wandlungen schlagen selbstverständlich immer auch auf das Innenleben von Parteien durch, wenn diese nach Art. 21 Abs. 1 des Grundgesetzes bei der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken. Selbstverständlich wird bei der Bestimmung der politischen Ziele und Positionen und des Weges, auf dem diese erreicht werden sollen, intern heftig diskutiert und bisweilen auch gestritten, und inhaltliche oder ideologische Konfliktlinien können sich dann durchaus auch in Parteiordnungsverfahren abbilden. Dazu muss man sich nur die Rechtsprechung der Bundesschiedskommission in den 1970er-Jahren ansehen, durch die ich mich in den letzten Tagen interessehalber noch mal ein bisschen gelesen habe.

Es wurde dann aber in der Folgezeit - jedenfalls auch in der Zeit meiner Zugehörigkeit zu dem Gremium - zunehmend Gegenstand von Parteiordnungsverfahren - mit dem Ziel des Ausschlusses - der Austritt von SPD-Mitgliedern aus einer Fraktion. In der Regel geschah das dann unter Gründung einer neuen Fraktion, die aber zugleich den Anspruch erhob, weiterhin SPD-Politik - und zwar, wie die Betreffenden dann ja meinen, die wahre, richtige und einzig richtige SPD-Politik - zu machen. Das kam dann in Namensgebungen wie „Die wahren Sozialdemokraten“ oder „Sozialdemokraten in der SPD“ zum Ausdruck.

Hier, in diesem Punkt, war die Rechtsprechung der Bundesschiedskommission immer sehr klar und eindeutig.

Dann brachte in der Folgezeit die Vereinigung von SPD West und Ost ganz neue Probleme mit sich, etwa wenn es darum ging, ob und gegebenenfalls wie eine nicht offenbarte frühere Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit innerparteilich zu sanktionieren wäre. Wir haben da jeden Einzelfall betrachtet und versucht, tatsächlich den jeweiligen Umständen und Personen auch gerecht zu werden.

Oft ist ja der eigentliche Kern eines Konflikts gar nicht richtig zu ermitteln, was von einem Verfahrensbeteiligten einmal damit zutreffend formuliert wurde, dass die Ursache der Streitigkeiten im Unterbezirk XY nicht zuletzt in der sehr ausgeprägten unterschiedlichen Persönlichkeitsstruktur der handelnden Personen zu suchen sein dürfte. Andererseits lebt eine Partei von solchen unterschiedlichen Persönlichkeitsstrukturen. Die Kunst besteht darin, die jeweils besten Eigenschaften und Fähigkeiten für eine konstruktive Arbeit für gemeinsame Grundüberzeugungen zu verbinden.

(Beifall)

Beispiele für solche höchst unterschiedlichen Persönlichkeitsstrukturen und Persönlichkeiten haben wir auch gestern und heute - in diesen Tagen - immer wieder erleben können, und wir sollten eigentlich froh sein, dass wir eine solche bunte Palette und Vielzahl von engagierten Menschen unter uns vereinen, die ein gemeinsames Ziel haben und dies auch verfolgen.

Ich danke an dieser Stelle den Genossinnen und Genossen aus Hessen-Süd - das ist der Bezirk, aus dem ich damals gekommen bin -,

(Beifall)

und zu nennen wären da insbesondere Heidemarie Wieczorek-Zeul und Jörg Jordan, die mich 1986 gefragt und für diese Aufgabe vorgeschlagen haben. Dass daraus eine so lange Kontinuität erwachsen würde, haben wir, glaube ich, alle nicht geahnt. Möglich war dies sowieso nur, weil ich, wenn ich es richtig sehe, im Gegensatz zu allen Vorgängerinnen und Vorgängern schon in sehr jungen Jahren - nämlich noch keine 38 - erstmals gewählt wurde. Zuvor wurden in diese Funktionen eher Genossinnen und Genossen erst nach Abschluss einer erfolgreichen, meist von politischen Ämtern geprägten Laufbahn berufen.

Ich vertraute damals - das muss ich einräumen - relativ blauäugig darauf, dass man in meinem Bezirk Hessen-Süd schon wissen würde, was man da tut, und ich habe erst später gelernt, dass zum Beispiel eine Gegenkandidatur - und das war meine damals letztlich - keineswegs üblich war - und wahrscheinlich auch nicht der Wahlkampf, den wir damals beim Parteiabend im ehemaligen Straßenbahndepot in Nürnberg gemacht haben. Es ist vielleicht der eine oder die andere im Saal, der bzw. die sich daran noch erinnern kann.

Die Aufgabe reizte mich auch deswegen, weil ich darin eine Möglichkeit sah, mich für meine SPD in einer Art und Weise aktiv einzusetzen, die ich mit meiner beruflichen Aufgabe als Verwaltungsrichterin - später dann auch in höchsten richterlichen Ämtern - für vereinbar hielt und halte. Und ich sage bewusst: „meine SPD“. Ich bin immer noch überzeugt, dass sich die Parteien entgegen dem

auch von vielen Medien den Wählerinnen und Wählern vermittelten Eindruck sehr wohl in ihrer Grundausrichtung deutlich unterscheiden und dass die persönliche Entscheidung, wohin man gehört, oft sehr früh fällt.

Rückblickend sage ich aus meiner Erfahrung, dass neben den sich in der Mitgliedschaft ausdrückenden gemeinsamen Grundüberzeugungen eine Mischung aus Alt und Jünger, aus juristischem Sachverstand gepaart mit Erfahrungen aus unterschiedlichen Berufs- und Lebenswirklichkeiten hilfreich ist, um als Gremium Streitfälle zu richten und womöglich zu schlichten. Es addieren sich so ganz einfach viele Einzelerfahrungen und Sichtweisen auf den zu prüfenden Sachverhalt.

Übrigens war die Bundesschiedskommission ein innerparteiliches Gremium, in dem schon relativ früh - also noch vor der Quote - Frauen als Vorsitzende berufen wurden - so Ende 1975 Käte Strobel und anschließend - ihr dann nachfolgend - Inge Donnepp.

Ihr müsst nicht befürchten, dass ich mich in meinem Unruhestand langweilen müsste. Eine ganze Reihe anderer ehrenamtlichen Tätigkeiten nehme ich erst mal weiter wahr - so etwa die Funktion als Ehrenamtliche Vorstandsvorsitzende der 2015 errichteten Stiftung für Ehrenamt und Bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern oder den Vorsitz der Caspar-David-Friedrich-Gesellschaft in Greifswald.

(Beifall)

Und auch im Vorstand der bundesweiten, überparteilichen, 1993 maßgeblich auf Initiative von Hans-Jochen Vogel gegründeten Vereinigung „Gegen Vergessen - Für Demokratie“ arbeite ich weiter mit. Diesen sozusagen persönlichen Werbeblock dürft ihr auch gleich als Aufruf verstehen, zu prüfen, ob das nicht auch eine Vereinigung wäre, bei der der eine oder die andere noch Interesse an einer Mitarbeit oder zumindest an der Mitwirkung als Mitglied bekunden könnte - gerade in der heutigen Zeit. Das Thema ist ja schon vielfach angesprochen worden.

(Beifall)

Ich danke für das mir und auch den weiteren jeweiligen Mitgliedern der Bundesschiedskommission über diese lange Zeit entgegengebrachte Vertrauen. Ich danke aber vor allem auch den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Willy-Brandt-Haus - über die ganzen Jahre und Jahrzehnte waren es sehr viele und unterschiedliche - für ihre Unterstützung, die vertrauensvolle Zusammenarbeit und Hilfe.

Ich möchte zum Schluss noch ein Angebot wiederholen und vertiefen: Ich bin bereit, auch weiterhin beispielsweise Fortbildungsveranstaltungen für die Mitglieder von Schiedskommissionen auf Unterbezirks- und Bezirksebene durchzuführen, wo Interesse besteht, das zu tun. Wir haben das in der Vergangenheit schon mehrfach gemacht. Hiermit würde dieses Angebot wiederholt. Auch da gibt es immer wieder Wechsel, und es kommen Genossinnen und Genossen in diese Funktion, die die eine oder andere Frage haben und vielleicht dankbar für einen Austausch und für Informationen sind.

Ich bedanke mich für die guten Wünsche und wüsche uns allen viel Erfolg mit dem, was hier jetzt als Grundlage für die weitere Arbeit beschlossen wurde, und mit den Personen, die wir gewählt haben, damit diese Arbeit erfolgreich weitergetragen werden kann. - Vielen Dank.

(Beifall - die Anwesenden erheben sich)

WAHL DER DELEGIERTEN ZUM KONGRESS DER SPE

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Liebe Hannelore, auch von uns im Präsidium herzlichen Dank für deine jahrelange Arbeit für unsere Partei. Wir wissen, dass du ein aktives Mitglied in unseren Reihen bleiben wirst. Wir wünschen dir alles Gute! Begleite uns weiterhin! Herzlichen Dank auch an alle, die mit dir zusammen daran mitgewirkt haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich muss euch jetzt noch einmal um Aufmerksamkeit bitten, weil ich die Wahl der Delegierten für den SPE-Kongress aufrufe. Das ist vom Verfahren her nicht ganz trivial; deswegen bitte ich euch, mir noch einmal eure Aufmerksamkeit zu schenken. Wir müssen ein paar Formalien erläutern, darum kommen wir nicht ganz herum.

Nach § 20 Nr. 2 und § 25 Abs. 5 Organisationsstatut wählt der Bundesparteitag die Delegierten sowie die Ersatzdelegierten zum alle zwei Jahre stattfindenden SPE-Kongress. Der Parteivorstand hat ein Vorschlagsrecht, aber - und das ist wichtig - er muss hierbei die Geschlechterquote, die Landesverbände und -bezirke berücksichtigen. Deswegen liegt euch eine Tischvorlage des Parteivorstands aus, wo der Wahlvorschlag des PV ausgedruckt ist. Dieser wurde - das will ich auch unterstreichen - aus den Vorschlägen der Landesverbände und Bezirke erstellt, die Männer und Frauen in gleicher Anzahl entsprechend ihrer Mitgliederstärke vorgeschlagen haben. Aufgeführt sind auch die vorgeschlagenen Ersatzdelegierten.

Dieser Wahlvorschlag dient euch als Orientierung, aber eine Orientierung, auf die der gesamte Parteivorstand großen Wert legt und auf die alle großen Wert legen sollten, die einen zweiten Wahlgang verhindern möchten, was vielleicht auch aufgrund der fortgeschrittenen Zeit in unser aller Interesse wäre. Ich hoffe, ich habe mich deutlich ausgedrückt.

Wenn es jetzt keine weiteren Nachfragen gibt, bitte ich darum, dass die Stimmzettel verteilt werden. Während das geschieht, werde ich noch ein paar weitere Erläuterungen vornehmen.

Wenn ihr damit einverstanden seid, zum weiteren Verfahren: Auf dem Stimmzettel sind die Kandidatinnen und Kandidaten gemäß § 5 Wahlordnung in alphabetischer Reihenfolge aufgelistet. Hinter jedem Kandidaten, jeder Kandidatin befindet sich der Name des jeweiligen Bezirks- oder Landesver-

bandes. Ich darf diejenigen, die schon länger dabei sind, daran erinnern: Das haben wir beim letzten Parteitag auch schon so gemacht. Wir haben dasselbe Verfahren dort erfolgreich angewandt.

Wir hier im Präsidium appellieren an euch, so abzustimmen - das ist eure Entscheidung, aber für das Verfahren eigentlich unerlässlich -, dass jeder Bezirk oder Landesverband zumindest ein Grundmandat erhält. Hierfür haben wir euch zur Orientierung - das habe ich schon angesprochen - den Wahlvorschlag des Parteivorstands ausgeteilt.

Um gewählt zu werden, ist gemäß § 8 Abs. 1 Wahlordnung die einfache Mehrheit ausreichend. Bei der Wahl der Delegierten handelt es sich um eine Listenwahl nach § 8 Wahlordnung. Delegierte und Ersatzdelegierte müssen gemeinsam gewählt werden. Das ist auch wichtig. Die Stimmzettel sind nur gültig, wenn höchstens so viele Kandidierende angekreuzt werden, wie insgesamt zu wählen sind, und mindestens die Hälfte der Zahl der zu Wählenden aus der Vorschlagsliste angekreuzt ist. Das bedeutet konkret, dass mindestens 17, höchstens 33 Kandidierende gewählt werden können bzw. müssen. Ich wiederhole das, Genossinnen und Genossen: mindestens 17, höchstens 33.

Auch wichtig bei diesem Wahlverfahren: Neinstimmen und Enthaltungen machen den Stimmzettel ungültig - das möchte man ja gerne vermeiden. Nach § 25 Abs. 5 Organisationsstatut muss die Delegation insgesamt quotiert sein. Bei einer Gesamtzahl von 33 Delegierten bedeutet dies, dass jeweils mindestens 14 Frauen und Männer der Delegation insgesamt angehören müssen.

Das war eine ganze Menge Stoff. Deshalb darf ich noch mal darauf hinweisen: Es gibt eine Orientierung, der Wahlvorschlag des Parteivorstands, der sich aus den Vorschlägen der Landesverbände und -bezirke ergibt. Deswegen wünsche ich euch jetzt viel Spaß beim Ausfüllen der Stimmzettel. Gültig wird es nur, wenn wir die Kontrollmarke Nummer 20 verwenden.

((Zuruf)e)

Genossinnen und Genossen, wir verwenden die Kontrollmarke 20, aber wenn ihr etwas anderes aufgeklebt hattet, könnt ihr das gerne überkleben. Die Kontrollmarke 11 wird nicht mehr aufgerufen. Wenn es noch Fragen zu dem zugegebenermaßen etwas komplexen Wahlverfahren gibt - wir haben genug Zeit -, dann meldet euch gerne, dann erläutern wir das hier.

Werden noch Stimmzettel benötigt? Falls ja, bitte einmal die Delegiertenkarten hochhalten. Da hinten sehe ich noch welche. Sonst scheint das einigermaßen verteilt zu sein.

Liebe Genossinnen und Genossen, vielleicht könnt ihr mir mal signalisieren, wie weit ihr gekommen sei. - Okay, wir warten noch mal ein paar Minuten, wenn ihr einverstanden seid.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich frage jetzt noch einmal: Wie weit seid ihr? - Das klingt noch nicht ganz überzeugt. Brauchen wir noch ein paar Minuten?

((Zuruf)e: Nein!)

- Nein? Ich kann das nicht so gut.

(Heiterkeit)

Okay, dann sammeln wir ein.

(Beifall)

So, liebe Genossinnen und Genossen, wo sind noch Stimmzettel, die ihren Weg noch nicht in die Urne gefunden haben? Gibt es weitere Stimmzettel, die noch nicht abgegeben worden sind? Letzte Gelegenheit! - Ich sehe jetzt niemanden mehr. Hat noch jemand seinen Stimmzettel nicht abgegeben? - Alles klar. Ich gehe jetzt mal davon aus, dass Immer noch nicht, okay. Wir warten auf euch; kein Stress.

Ich glaube, das war jetzt der letzte Wahlzettel. Dann danke ich euch und schließe den Wahlgang für die Wahl zur SPE-Delegiertenkonferenz, liebe Genossinnen und Genossen.

Dann können wir mit eurer Unterstützung gleich weitermachen. Ich rufe den Antragsbereich Arbeitsmarktpolitik auf. Dafür bekommt Kerstin Griese als Berichterstatterin für die Antragskommission das Wort.

(Beifall)

ANTRAGSBERATUNG ARBEITSMARKTPOLITIK

Kerstin Griese, Antragskommission:

Liebe Genossen und Genossinnen, natürlich ist Arbeitsmarktpolitik, das Thema Arbeit ein Kernbereich sozialdemokratischer Politik, und deshalb habt ihr auch fleißig Anträge geschrieben. 133 Anträge haben wir im Antragsbuch. Die Antragskommission hat diese Anträge ausführlich beraten. Das ist eine große thematische Bandbreite. Wir haben viele Anträge zum Mindestlohn, zum Arbeitsrecht, aber auch zum klassischen Bereich der Arbeitsförderungspolitik. Viele der Forderungen aus den Anträgen haben sich aus unserer Sicht inzwischen erledigt, weil die Anträge schon wesentlich früher an den Parteitag geleitet wurden, also durchaus veraltet sind. Seitdem hat sich die Beschlusslage geändert, ganz aktuell natürlich heute durch unser neues Sozialstaatspapier, in dem wir ja auch das Thema der Arbeit, der Zukunft der Arbeit ausführlich behandelt und dazu viel Innovatives und Wegweisendes beschlossen haben.

Ein Beispiel ist die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 12 Euro. Das kommt auch hier in den Anträgen noch einmal vor. Das haben wir bereits im Sozialstaatspapier beschlossen. Das ist die Forderung der SPD im Leitantrag PV 1, heute beschlossen.

Zum Teil sind Anträge aus unserer Sicht auch durch gute Regierungsarbeit der SPD erledigt. Das betrifft zum Beispiel die Forderungen nach einer stärkeren Kontrolle des Mindestlohns - eine ganz wichtige Forderung - und die Aufdeckung von sonstigem Missbrauch. Das sind Forderungen, denen wir in der Form schon nachgekommen sind, indem wir das Personal in der Finanzkontrolle Schwarz-

arbeit deutlich aufgestockt haben.

Ein anderes Beispiel - dazu gab es auch Anträge -: Der Missbrauch, der in der Branche der Paketzusteller passiert. Wir haben gerade das Paketbotenschutzgesetz beschlossen, damit es noch vor dem Weihnachtsgeschäft in Kraft tritt. Wir haben jetzt die Nachunternehmerhaftung in der Kurier-Express- und Paketbranche in diesem Jahr eingeführt, damit in diesem Geschäft, wo sehr viel durch Sub-Sub-Unternehmen an Ausbeutung passiert, klar ist, dass die Menschen anständig sozialversichert sein müssen und dass diese Kontrolle auf dem Arbeitsmarkt möglich ist.

Manches von dem, was in den Anträgen vorliegt, ist auch durchaus noch offen. Da sind wir als SPD natürlich immer viel weiter als die Union, unser momentaner Abschnitts-Koalitionspartner. Hier ist noch einmal klar: Wir bekräftigen unsere Position und empfehlen auch die Annahme von zentralen Forderungen in den Anträgen, zum Beispiel: Der gesetzliche Mindestlohn muss ohne Ausnahme gelten und darf nicht umgangen werden. Wir wollen den Missbrauch von Leiharbeit verhindern, im Interesse der Arbeitnehmer, aber auch im Interesse der Unternehmen, die sich an die Regeln halten. Auch das bekräftigen wir hier noch einmal.

Wir wollen starke Arbeitnehmerrechte mit starkem Kündigungsschutz. Wir wollen die Tarifbindung stärken, ein ganz wichtiger Punkt in Zeiten von abnehmender Tarifbindung. Wir wollen und wir müssen die Tarifbindung stärken; denn sie ist die Grundlage für gute Löhne und für gute Arbeitsbedingungen.

Ich will noch zu zwei Themengebieten etwas sagen, in denen wir viele Anträge zur weiteren Beratung an die Fraktionen, an den Parteivorstand überwiesen haben. Das haben wir in den Fällen gemacht, wo wir noch intensivere Beratung brauchen und bei denen es sich um durchaus große, wichtige Themen handelt. Das betrifft zum einen die Mitbestimmung. Die letzte Reform der Betriebsverfassung ist aus dem Jahre 2001. Vor dem Hintergrund der rasant fortschreitenden Digitalisierung der Arbeitswelt ist das für diese Verhältnisse Lichtjahre her. Deshalb ist klar: Die digitale Transformation wird nur erfolgreich im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestaltet werden können, wo wir die Mitbestimmung ausbauen. Wir wollen im digitalen Wandel die Menschen mitnehmen. Wir wollen aus digitalen Rechten, aus digitalem Fortschritt auch sozialen Fortschritt machen. Deshalb sind die Arbeitnehmerrechte da ganz wichtig.

Wir wollen die Beschäftigten auch in diesen Bereichen in die Lage versetzen, den Arbeitgebern auf Augenhöhe zu begegnen. Daran arbeiten wir. Das muss gut vorbereitet werden. Deshalb werden einige Anträge zu diesen Themenfeldern auch überwiesen.

Das zweite Thema ist die Arbeitszeitgestaltung. Das ist ein Kernbestandteil der Tarifautonomie. Auch hier gilt: Arbeitszeitpolitik ist Arbeitsschutzpolitik. Wir wollen kürzere Arbeitszeiten. Wir wollen mehr Selbstbestimmung in der Arbeit. Wir wollen Freiräume schaffen für gesellschaftlich sinnvolle und notwendige Arbeit, aber auch für Familie und Freundschaft und auch für mehr Muße. Auch darüber wollen wir intensiv reden, tun das auch und wollen gemeinsam mit den Gewerkschaften zu guten Lösungen kommen.

Das war mein Versuch, die 133 Anträge und unsere Voten so schnell wie möglich zusammenzufassen.

Ich will noch zu einem Antrag etwas sagen, nämlich zum Antrag AR128. Dabei geht es um die Ausbildung zur Erzieherin/zum Erzieher mit Ausbildungsvergütung. Da sagen ich ein herzliches Dankeschön an Siemtje Möller für den antragstellenden Bezirk Weser-Ems und an Ulf Daude für die AFB als AFB-Vorsitzender. - Genau, bei dem Dankeschön könnt ihr mal klatschen für Ulf und Siemtje.

(Beifall)

- Gut. - Da gab es noch Änderungswünsche, und wir haben uns gemeinsam - der Bezirk Weser-Ems mit Siemtje, die AFB mit Ulf - in der Antragskommission darauf geeinigt, dass wir den Antrag verändert zur Beschlussfassung vorschlagen. Ich würde, wenn das Präsidium das möchte, jetzt direkt vorlesen, wie wir ihn verändert vorschlagen. Ja? - Gut. Er würde dann lauten - das ist ganz kurz -: „Das Berufsbild Erzieher*in wollen wir durch eine dualisierte bzw. praxisintegrierte Ausbildung mit Ausbildungsvergütung modern und attraktiv neu aufstellen. Dabei wollen wir vor allem dafür sorgen, dass Erzieherinnen und Erzieher klare Karriere- und berufliche Aufstiegsperspektiven nach einheitlichen Standards erhalten. Wir setzen uns zudem für die Aufwertung der heute bestehenden Erzieherinnen-/Erzieherausbildung ein.“

Das ist das, worauf wir uns geeinigt haben. In diesem Sinne empfehle ich euch, den Voten der Antragskommission zu diesem Bereich zu folgen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Kerstin. - Mir liegen im Moment keine weiteren Wortmeldungen dazu vor. Deswegen wäre mein Vorschlag, dass wir jetzt über das Votum der Antragskommission abstimmen, das Kerstin eben erläutert hat.

Dann bitte ich diejenigen von euch, die dem Antragsvotum der Antragskommission folgen wollen, um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Da sehe ich keine Stimmen. Enthaltungen? - Dann haben wir das einstimmig so beschlossen. Ich bedanke mich ganz herzlich.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir kommen jetzt zum nächsten Antragsbereich: Umwelt-, Energie-, Verbraucherpolitik.

Bevor wir in die Antragsdebatte einsteigen, möchte ich zwei Gäste begrüßen. Zunächst: Olaf Bandt. Er ist der Vorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland. Herzlich willkommen auf dem SPD-Bundesparteitag!

(Beifall)

Wir begrüßen auch Kai Niebert. Er ist Präsident des Deutschen Naturschutzrings. Das ist die Dachorganisation der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen. Er war selbst Mitglied in der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung und lange Zeit bei den Naturfreunden aktiv. Deswegen hoffe ich, dass durch dein Grußwort auch die Verbundenheit der SPD mit diesen wichtigen Themen, die uns in der Geschichte unserer Partei ja schon lange beschäftigt haben, zum Ausdruck kommt. Herzlich willkommen auf dem SPD-Bundesparteitag!

(Beifall)

GRUßWORT KAI NIEBERT, PRÄSIDENT DES DEUTSCHEN NATURSCHUTZRINGS

Kai Niebert, Präsident des Deutschen Naturschutzrings:

Vielen Dank für die Einladung! - Liebe Genossinnen und Genossen! Umweltschutz ist für uns kein Selbstzweck mehr. Es geht heute nicht mehr nur um grüne Wälder, blaue Flüsse oder unberührte Berge. Heute geht es darum, dass im Jahr 2018 alleine 1.200 Menschen in Deutschland an den Folgen von Hitzewellen gestorben sind. Heute geht es darum, dass wir mittlerweile Hundertausende von Arbeitsplätzen in der Solarindustrie und in der Windindustrie verloren haben. Kurz: Es geht um das „S“ in SPD.

Die Menschen, die an Stickoxiden sterben oder erkranken, sind nicht diejenigen, die in Villen irgendwo am grünen Stadtrand leben, sondern diejenigen, die an den großen Einfallsstraßen in Sozialwohnungen leben. Diejenigen, die am ehesten vom Klimawandel betroffen sein werden, sind auch nicht diejenigen, die ein Kleinflugzeug ihr Eigen nennen und sich damit noch zur Mittelschicht zählen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte mich an dieser Stelle als Chef eines Umweltverbandes auch ganz herzlich bei euch bedanken. Ich möchte mich gerade bei denjenigen bedanken, die in den letzten neun Jahren sehr intensiv für das Klimaschutzgesetz gekämpft und es in den letzten Wochen durch den Bundestag gebracht haben. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Damit haben wir jetzt tatsächlich die Architektur, um unsere völkerrechtlichen Verpflichtungen im Rahmen des Pariser Klimavertrags einzuhalten. Doch und das muss ich an dieser Stelle auch sagen es muss noch mit Inhalt gefüllt werden. Mit dem im Sommer verabredeten Klimapäckchen anders

kann ich es nicht bezeichnen wird in den nächsten Jahren nachgewiesenermaßen kein einziges Gramm CO_2 eingespart werden - kein einziges. Mit den Verpflichtungen, die wir ja mit Blick auf das Klimaschutzgesetz haben dazu gratuliere ich auch dir ganz herzlich, Svenja , werden wir, glaube ich, in den nächsten Jahren noch viel Spaß haben, wenn wir nämlich Andi Scheuer und Julia Klöckner dabei zugucken können, wie sie darüber streiten, ob wir Klimaschutz dadurch bekommen, dass wir entweder kleinere Autos fahren oder kleinere Schnitzel essen müssen.

Das zeigt aber sehr deutlich: Architektur alleine reicht nicht aus, liebe Genossinnen und Genossen: kein einziges Gramm CO_2-Einsparungen, ein CO_2-Preis, der höchstwahrscheinlich verfassungswidrig ist, und eine Anhebung statt einer Absenkung von umweltschädlichen Subventionen. Zur Wahrheit gehört auch, dass die im Klimapaket verabredeten Maßnahmen nicht ausreichen, um unsere Klimaziele für 2030 zu erfüllen. Maximal ein Drittel ist da adressiert.

Selbst mit den verabredeten Maßnahmen steuern wir auf eine Erderwärmung nicht von 1,5 oder 2, sondern von 3,5 bis 4 Grad zu. Daher ist es nicht nur notwendig, sondern unabdingbar und geboten, dass der Parteivorstand an dieser Stelle noch einmal nachverhandeln wird, und zwar nicht nur homöopathisch, sondern substanziell.

(Beifall)

Jetzt ist es relativ einfach das ist auch gerade in der Großen Koalition von der Bundeskanzlerin sehr formvollendet betrieben worden , immer schön über abstrakte Ziele irgendwo am Horizont zu reden. Die Wahrheit jedoch, liebe Genossinnen und Genossen, ist konkret. Wenn wir als Umweltverbände eines gemeinsam mit den Gewerkschaften in der Kohle-Kommission gelernt haben, dann ist es, dass der Strukturwandel kommt. Er kommt, ob wir wollen oder nicht. Es ist die Frage, ob er über uns hinwegrollt oder ob wir ihn gestalten können. Das, was wir in dieser Kommission gezeigt haben, ist ein klarer Anspruch, ihn zu gestalten. Dieser Anspruch muss jetzt auch eins zu eins umgesetzt werden. Dafür muss sich diese Partei stark machen.

(Beifall)

Ich sage euch: Die Kanzlerin lag im Sommer falsch. Sie lag falsch, als sie nach dem Klimapäckchen gesagt hat: Es ging nicht mehr. - Mehr als 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land stehen hinter euch, wenn ihr euch für wirksamen Klimaschutz stark macht.

(Beifall)

Es wurde nicht das Mögliche verhandelt. Die Natur braucht mehr, die Gesellschaft will mehr, und das sage ich auch die Wirtschaft kann mehr. Um auch hier mal Herbert Wehner wir haben ihn gestern schon gehört zu bemühen: Politik ist nicht die Kunst des Möglichen, sondern das, was Sozialdemokratie machen muss. - Sozialdemokratische Umweltpolitik muss heißen, dass wir Politik als etwas betreiben, wo wir das Notwendige wieder möglich machen.

Als ich Anfang des Jahres meine acht Monate in der Kohle-Kommission habe Revue passieren las-

sen und das Ergebnis bewerten musste, habe ich das getan mit den Worten: Auch schlechter Klimaschutz ist besser als gar kein Klimaschutz. - Wenn ich mir im Moment die Gesetzentwürfe, die zur Umsetzung dieses Kohleausstiegs aus dem Bundeswirtschaftsministerium kommen, anschaue, dann sage ich, dass wir da nicht nur schlechten Klimaschutz sehen, sondern das ist gar kein Klimaschutz, wenn nicht sogar Klimaschutzverhinderungspolitik.

Lasst mich zwei Beispiele geben: Wenn die durch die Abschaltung der Kohlemeiler freiwerdenden CO_2-Zertifikate nicht gelöscht werden, dann haben wir im Zweifelsfall einen milliardenteuren Kohleausstieg, der kein einziges Gramm CO_2 einspart.

Wenn sich das Bundeswirtschaftsministerium gemeinsam mit der Union tatsächlich auch bei den völlig willkürlichen und pauschalen Abstandsregelungen für die Windenergie durchsetzt, dann haben wir nicht nur eine Belastung der Natur - nein, wir werden damit keinen Ausbau, sondern einen Rückbau der Energiewende erleben, die diese Partei vorangetrieben hat. Wir werden einen Windausstieg statt einen Kohleausstieg sehen.

(Beifall)

Vorgeschoben, liebe Genossinnen und Genossen, werden an dieser Stelle Akzeptanzprobleme. Matthias Miersch kann ein langes Lied davon singen, in der AG Akzeptanz tatsächlich darum gerungen zu haben, wie wir den Windausbau wieder auf Spur kriegen.

Ich habe mir die Zahlen dazu einmal genauer angeguckt. Ich würde euch auch einladen, das auch mal zu tun. 82 Prozent der Menschen wünschen sich einen deutlichen Ausbau der Windenergie an Land. Selbst, wenn man sich diejenigen ansieht, die in diesem berühmten 1.000m-Radius leben und tatsächlich von diesen Anlagen betroffen sind, dann haben acht von zehn Menschen keinerlei Probleme mit dem Windrad. Ich habe das Gefühl, dass wir hier kein Akzeptanzproblem in Deutschland, sondern ein Akzeptanzproblem bei der Windenergie im Bundeswirtschaftsministerium und in großen Teilen der Union haben. Dagegen müssen wir angehen, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Die Windenergie und die Energiewende werden in Teilen der Bundesregierung nicht nur schlecht geredet, sondern schlecht gemanagt. Das darf die Sozialdemokratie nicht mit sich machen lassen.

(Beifall)

Doch wir sehen auch, liebe Genossinnen und Genossen: Je stärker der Druck auf den Straßen wächst, desto stärker wächst auch die Kritik, und zwar nicht nur an uns, sondern auch an den jungen Menschen. Nicht selten höre ich Stimmen wie: Die sollen erst mal aufhören, sich neue iPhones zu kaufen! Dann können wir über den Klimaschutz reden! - Das, liebe Freundinnen und Freunde, was wir gerade aus dem liberalen Lager hören, ist kein Klimaschutz, sondern es ist Biedermeier-Klimaschutz. Das ist die Privatisierung dessen, was politisch ist.

(Beifall)

Doch das entlässt den Staat damit meine ich auch alle diejenigen von euch, die in aufopferungsvoller Tätigkeit Mandate in Kommunen, in Ländern oder auf Bundesebene tragen nicht aus der Haftung. Der Staat hat einen ordnungspolitischen Auftrag. Diesen ordnungspolitischen Auftrag müssen wir auch wieder wahrnehmen.

Das Problem ist doch, dass die neoliberale Marktideologie auch bis zu uns durchgedrungen ist. Mittlerweile wird beides abgelehnt: Setzen wir Leitplanken, heißt es Ökodiktatur. Nehmen wir den Einzelnen in die Haftung, dann heißt es plötzlich, wir sollen aufhören zu moralisieren.

Also, was ist die Lösung? - Ein CO_2-Preis muss her. Auch wir Umweltverbände das sage ich an dieser Stelle auch ganz selbstkritisch haben uns sehr stark für den CO_2-Preis eingesetzt. Das Problem ist, dass einige Akteurinnen und Akteure diesen CO_2-Preis als alleiniges Steuerungsinstrument nutzen wollen. Damit wird auch wieder der Staat aus der Haftung entnommen. Der Markt soll es dann richten. Doch, liebe Genossinnen und Genossen, war es nicht genau dieser Markt, der uns genau dieses Problem eingebrockt hat? Wenn ich in die vergangenen Jahrzehnte zurückblicke, dann hatten wir doch nicht zu wenig, sondern eher zu viel Markt.

(Beifall)

Der CO_2-Preis das sage ich auch mit Blick auf den Antragsblock, der jetzt kommt , liebe Genossinnen und Genossen, muss aus meiner Sicht eines tun: Er muss Fehlanreize beseitigen. Aber er darf nicht das zentrale Instrument des Klimaschutzes werden.

(Beifall)

Das ist keine sozialdemokratische Umweltpolitik. Wenn wir anfangen, Klimaschutz über den Geldbeutel zu betreiben, dann verlieren wir unsere Wählerinnen und Wähler.

(Beifall)

Das bringt mich dazu, als Chef eines Umweltverbandes einen Wunsch an euch zu richten. Was wäre meine Vision einer sozialdemokratischen Umweltpolitik? - Eine sozialdemokratische Umweltpolitik würde ich so rahmen: Egal ob Katalysatoren, Partikelfilter, Kläranlagen oder FCKW - Veränderungen gab es in der Gesellschaft immer nur dann, wenn der Staat Regeln und klare Leitplanken aufgestellt hat. Früher hat man den Abfall einfach in den Wald geworfen, die Abwasser in den See gekippt und Munition ins Meer geschüttet. Würde heute jemand Kläranlagen, eine Recyclingquote oder auch Katalysatoren infrage stellen? Sozialdemokratische Umweltpolitik, liebe Genossinnen und Genossen, hat aus meiner Sicht die Aufgabe, klare Leitplanken zu setzen. Deshalb reicht es auch nicht, wie im Klimapäckchen zum Großteil geschehen, einfach nur Förderprogramme aufzusetzen. Ja, wir brauchen Förderprogramme. Aber wir brauchen auch das sage ich ganz klar ein Enddatum für die Zulassung von neuen fossilen Verbrennungsmotoren, genauso, wie wir der Kohleverstromung und auch der Atomenergie ein Ende gesetzt haben.

Aber sozialdemokratische Umweltpolitik braucht noch ein zweites Element: Überall dort, wo genau diese Leitplanken zum Tragen kommen, dürfen wir die Menschen in diesem Land nicht alleine lassen. Die Zukunft des Planeten darf doch nicht davon abhängen, ob jemand genug Geld hat, sich diesen Umbau zu leisten. Die Verantwortung den Facharbeiterinnen oder den Regalpackern zu überlassen, ist weder gerecht noch zukunftsweisend.

Ich habe vor Kurzem eine Studie des nicht gerade ich würde sagen links-grün versifften BDI in die Hand bekommen. Die haben einmal ausgerechnet, was es denn kosten würde, wenn wir Deutschland klimaneutral gestalten. Was würde das kosten? - Die Zahl ist beachtlich. Es sind 30 Milliarden Euro, die wir jährlich in die Hand nehmen müssen, damit wir 2050 klimaneutral sind und unseren Beitrag geleistet haben. 30 Milliarden Euro um das für euch einmal ins Verhältnis zu setzen: Das ist das Fünfzehnfache des Haushalts, den Svenja im Bundesumweltministerium verwaltet. Es ist im Moment schön, dahin zu Workshops zu fahren. Aber die Entscheidungen werden im Moment an anderer Stelle getroffen. Da müssen wir ran.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, deshalb ist es auch so richtig und wichtig, über die schwarze Null zu reden. Eine schwarze Null ist kein adäquates Instrument, wenn die Krise vor der Tür steht.

(Beifall)

Doch auch das wird nicht ausreichen. Das gehört auch zur Wahrheit dazu. Doch die gute Nachricht ist: Das Geld, liebe Genossinnen und Genossen, ist da. Wir geben im Moment jedes Jahr 57 Milliarden Euro an umwelt- und klimaschädlichen Subventionen aus: Mehrwertsteuerbefreiung für internationale Flüge, keine Kerosinbesteuerung, Diesel-Subventionen oder auch die Befreiung von der EEG-Umlage für die Zugspitzbahn. Jeder Euro, den wir versuchen, in die Zukunft zu investieren, kämpft im Moment gegen einen dieser Euros an, die wir noch in die Vergangenheit investieren. Deswegen lautet mein Vorschlag an die Sozialdemokratie: Lasst uns die 57 Milliarden Euro nicht einfach streichen, sondern lasst sie uns nehmen, um sie von gestern ins Morgen zu investieren! Lasst uns das größte Investitionsprogramm aufbauen, das Deutschland seit der Nachkriegszeit gesehen hat!

Nur dann werden wir tatsächlich ein gerechteres und klimafreundliches Deutschland bekommen. Das Geld dafür ist da.

(Beifall)

Ihr startet ja gleich in die Antragsberatungen rund um Klima, Umwelt und Gute Arbeit. Ich habe eine Bitte an euch: Lasst die jungen Menschen draußen auf der Straße nicht alleine stehen!

(Beifall)

Setzt ein deutliches Zeichen, dass die neue Zeit, die wir hier seit anderthalb Tagen auf dem Parteitag

beschwören, eine Zeit wird, in der wir Klimaschutz nicht mehr gegen die soziale Frage ausspielen lassen! Nicht mehr gegeneinander, sondern miteinander müssen wir kämpfen.

(Beifall)

Habt den Mut, Leitplanken zu setzen! Habt den Mut, echte Klimapolitik zu machen! Kurz: Habt den Mut, zu regieren und das größte Umbauprojekt der Geschichte dieses Landes auf den Weg zu bringen - für die Umwelt und für die Menschen! - Glück auf und Berg frei!

(Beifall)

ANTRAGSBERATUNG UMWELT-, ENERGIE- UND VERBRAUCHERPOLITIK UND IA 5

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Kai, für dein Grußwort und für die politischen Hinweise, die sich daraus ergeben haben. Wir werden das jetzt in der Diskussion fortführen.

Ich will einleitend folgende Bemerkungen machen: Wir kommen zu dem Kapitel Umwelt-, Energie- und Verbraucherpolitik.

Zunächst debattieren wir den Antrag IA 5, der den Titel hat: „Wir bauen unser Land um: sozial, ökologisch, demokratisch, gerecht“. Dieser Antrag wird die Grundlage der weiteren Beratungen bilden. Ich rufe ihn jetzt auf.

Außerdem sind aufgerufen die Anträge U 40 bis U 42, U 44 bis U 47, U 69 bis U 73, U 77 bis U 83, U 86 und U 88. Ihr findet diese auf den Seiten 828 bis 871 im Antragsbuch.

Gerade zu den letztgenannten hat die Antragskommission ihre Voten vorerst zurückgestellt, weil der Initiativantrag des Parteivorstandes noch in der Erarbeitung war, und hat jetzt in der jüngsten Sitzung beschlossen, euch vorzuschlagen, diese Anträge aus dem UBereich, die ich gerade genannt habe, dann für erledigt zu erklären. Wir werden gleich in die Antragsberatung einsteigen.

Vorab möchte ich das Wort zur Einbringung Svenja Schulze, unserer Umweltministerin, geben. Svenja, du hast das Wort!

(Beifall)

Svenja Schulze, Parteivorstand:

Liebe Genossinnen und Genossen! Diese Woche ist ja die Klimakonferenz in Madrid gestartet. Das Motto dieser Konferenz ist „Zeit zu handeln". Dieses Jahr das habt ihr gerade auch noch einmal von Kai Niebert gehört ist deutlicher denn je geworden: Wir müssen endlich handeln! Der Klimawandel gefährdet nicht nur unseren Lebensstandard. Er gefährdet wirklich die Lebensgrundlagen von uns allen, und zwar weltweit. Unsere Generation, die, die jetzt leben, sind in der Pflicht, die Erde für künftige Generationen bewohnbar zu halten.

Der Klimaschutz ist aber gleichzeitig eine Chance für eine bessere, für eine lebenswertere Zukunft. Klimaschutz ist eine Gestaltungsaufgabe. Denn wir hier sind die erste Generation, die den Klimawandel wirklich zu spüren bekommt, und gleichzeitig sind wir die letzte Generation, die überhaupt noch handeln kann, die überhaupt diese Erdüberhitzung noch eindämmen kann.

Ja, es ist Zeit zu handeln. Wenn wir das Ziel der Treibhausgasneutralität in 2050 erreichen wollen, dann brauchen wir nicht weniger als einen wirklichen Umbau unserer Gesellschaft. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen diesen Umbau der Gesellschaft nicht nur ökologisch gestalten. Wir wollen ihn sozial, wir wollen ihn demokratisch gestalten.

Der Klimaschutz ist schon lange nicht mehr nur eine grüne Frage. Es ist eine rote, es ist eine soziale Frage, ob wir die Lebensgrundlagen der Menschen erhalten können.

(Beifall)

Es ist eine soziale Frage, ob es dabei fair zugeht und ob es eben nicht zu gesellschaftlichen Spaltungen kommt. Deshalb ist die SPD in der Klimaschutzpolitik so wichtig, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir wollen bis 2050 treibhausgasneutral werden. Das heißt, wir wollen nicht mehr CO_2 emittieren, als wir auf der anderen Seite auch binden können. Das ist eine immense Aufgabe. Es ist unser Ziel, und es ist nun auch Gesetz. Wir haben das im Klimaschutzgesetz verankert. Dafür haben Frank Schwabe und Matthias Miersch über zehn Jahre gekämpft, dass das jetzt endlich Realität ist.

Dieses Gesetz gibt der Klimaschutzpolitik einen ganz klaren Kurs. Es gibt Verbindlichkeit. Das ist das, was bisher gefehlt hat. Wir sind damit das erste Land weltweit, das einen derart verbindlichen Fahrplan in Richtung Treibhausgasneutralität hat. Dafür haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehr lange gekämpft.

Aber das Klimaschutzprogramm, also die ganzen Maßnahmen, die die Regierung jetzt beschlossen hat, werden nicht ausreichen. Das kann man jetzt schon sehen. Das werden wir Anfang des Jahres auch schwarz auf weiß von den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sehen. Das ist ein wichtiger Schritt, eine richtige Weichenstellung in Richtung Treibhausgasneutralität. Die hätte es ohne uns nicht gegeben. Aber wir müssen noch mehr tun. Wir müssen diese ganzen Investitions-, Innovations- und Modernisierungsmaßnahmen, die wir brauchen, in allen Bereichen des

Lebens jetzt voranbringen. Das geht nicht so schnell. Norbert Walter-Borjans hat gestern gesagt, das ist ein Langstreckenlauf, den wir da vor uns haben. Aber diesen Langstreckenlauf müssen *wir* jetzt moderieren. *Wir* müssen für den sozialen Ausgleich sorgen. Und *wir* müssen dann die richtigen Rahmenbedingungen weiter stellen.

Es handelt sich um einen Langstreckenlauf über viele, viele Jahre. Das alles rettet man hier nicht in einer Verhandlungsnacht. Was wir aber wissen, ist das beschreibt dieser Antrag noch einmal : Das ist ein tiefgreifender Wandel in allen unseren Lebensbereichen: Globalisierung, Digitalisierung, demokratischer Wandel, die ganze Dekarbonisierung, die wir jetzt vor uns haben, das sind enorme Veränderungsprozesse. Diese Veränderungsprozesse wollen wir jetzt angehen.

Der Antrag beschäftigt sich mit der Frage, wie wir eigentlich unsere industrielle Basis behalten, wie wir den Wohlstand behalten, wie wir die Mobilität der Zukunft organisieren, wie wir Wohnen bezahlbar machen und gleichzeitig treibhausgasneutral. Das sind die zentralen Fragen, die uns umtreiben.

Wir sind doch diejenigen, die sagen: Das muss sozial gerecht gestaltet werden. Ich bin fest davon überzeugt: Wenn wir das richtig in die Hand nehmen, dann können wir industrielle Wertschöpfung, gute Arbeitsplätze und ambitionierten Klimaschutz wirklich Hand in Hand gehen lassen. Wir müssen diese große Transformation, wie die Gewerkschaften das nennen, wirklich aktiv gestalten. Dass wir dafür einen Staat, einen aktiven Staat brauchen, ist unsere tiefe Überzeugung. Nur mit einem Staat wird es wirklich vorangehen. Die unsichtbare Hand des Marktes, die die Liberalen immer beschwören, hilft da überhaupt nicht. Wir brauchen demokratische Entscheidungen, und wir brauchen hier einen klaren, steuernden Staat.

(Beifall)

Das alles wird in unserem Antrag beschrieben. Wir beschreiben, wie wir es hinkriegen, die Industrie, die ja auch in Deutschland energieintensiv ist, auf einen treibhausgasneutralen Pfad zu bringen. Wir beschreiben noch einmal, wie wichtig Wasserstoff und PowertoX in der Zukunft sein werden. Das sind ganz konkrete Dinge, die wir hier wieder aufzählen.

Wir wollen, dass die Energiewende jetzt wirklich gelingt. Wir müssen Altmaier und Konsorten endlich noch mehr entgegensetzen. Wir müssen die Energiewende so gestalten, dass sie wirklich vorankommt. Wir brauchen eine andere Mobilität. Schon allein dafür brauchen wir regenerative Energien. Wir werden dafür sorgen, dass der Ausbaupfad Richtung 65 Prozent Erneuerbare auch wirklich gelingt. Das wird nicht ohne Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gehen.

Genossinnen und Genossen, was wir in den kommenden Jahren vor uns haben, bedeutet erhebliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Wendungen. Lasst uns diese Frage zu der zentralen Frage machen, die wir in der SPD gemeinsam klären - nicht angstgetrieben, sondern mutig der Zukunft zugewandt, wie es in unseren Liedern heißt! Lasst uns zeigen, dass ein gutes Leben für alle Menschen möglich sein kann, wenn wir diesen Umbau wirklich aktiv gestalten.

Ich bin der Auffassung, dass wir mit einem klaren Kurs in der Klimapolitik mehr Verbindlichkeit und mehr Planungssicherheit gerade für Bürgerinnen und Bürger organisieren können, gerade für diejenigen, die von den Klimaveränderungen ganz besonders betroffen sind.

Ich bin mir ganz sicher, dass wir diesen Prozess gestalten können. Das unterscheidet uns von den Grünen. Das unterscheidet uns von anderen, die sich über die Frage, was das mit den Menschen in unserem Land macht, viel zu wenig Gedanken machen. Das ist unsere Aufgabe, und das werden wir weiter vorantreiben.

Da, wo Bürgerinnen und Bürger zusätzlich belastet werden, wo diejenigen sind, die nicht mit dem goldenen Löffel im Mund geboren sind, da müssen wir doch dafür sorgen, dass auch die sich Klimaschutz leisten können. Das darf kein Projekt nur für Eliten sein. Das ist ein Projekt für die ganze Gesellschaft, was wir in den nächsten 20, 30 Jahren gestalten werden. Deswegen bitte ich euch um Unterstützung für diesen wichtigen Antrag. Vielen, vielen Dank.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Svenja, für die Einbringung des Antrags. - Ich möchte jetzt vorab mit euch ein paar organisatorische Fragen klären. Wir haben eine ganze Reihe von Wortmeldungen, und wir möchten gerne gegen 20 Uhr den Parteiabend beginnen. Deswegen möchte ich zum einen den zusätzlich für die Beratung den IA 11, das ist der Initiativantrag zum Thema Windenergie, aufrufen hier zur Beratung. - Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann machen wir das.

Zum Zweiten: Wir haben knapp 33 Wortmeldungen bis jetzt. Ich möchte euch eine Sache vorschlagen und eine Sache sagen. Die eine Sache, die ich euch vorschlagen möchte, ist, dass wir jetzt die Redeliste schließen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Du möchtest noch eine Karte abgeben. Okay. Dann nehmen wir dich noch mit drauf. Sonst keine mehr? - Dann machen wir das.

Dann möchte ich euch um Verständnis bitten, dass wir sehr rigoros jetzt auf die drei Minuten Redezeit achten werden. Ihr findet dort auf dem Redepult eine Anzeige. Wenn ihr noch 20 Sekunden Redezeit habt, leuchtet die gelb und nicht mehr grün. Dann müsst ihr zum Ende kommen, weil nach drei Minuten werden wir das hier leider konsequent beenden müssen.

Zum Letzten: Die Berichterstatterin für die Antragskommission ist Anke Rehlinger. Die wird aber erst nach der Debatte berichten. Dann können wir jetzt direkt in die Wortmeldungen einsteigen.

Der erste Redner ist Reinhard Brüggemann aus Nordrhein-Westfalen. Ihm folgt Claudia Moll, ebenfalls aus Nordrhein-Westfalen. Während Reinhard hier hochgeht, kann ich sagen: Er ist unser Landratskandidat bei der Kommunalwahl im Sauerland, und da wünschen wir dir sehr viel Erfolg.

(Beifall)

Reinhard Brüggemann, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! „Tainten Mai kneideipSchnai“ ,so steht es an einem der Häuser in meiner Geburtsstadt Eversberg im Sauerland. Am 10. Mai noch knietief Schnee. Auf den ersten Blick erkennt man nicht, dass in der alten Hausinschrift ein Ansatz zur Reduktion der Erderwärmung steckt. Dahinter steht die Jahreszahl 1816. Was war passiert im Jahre 1816? Nach einem bitterkalten Winter erfolgte weder der ersehnte Frühling noch ein wirklicher Sommer. Die Ende Mai gepflanzten Kartoffeln verfaulten vor Feuchtigkeit, und das Getreide wurde nicht reif. Im Oktober setzte völlig unerwartet neuer Schneefall ein.

In Nordeuropa und Nordamerika verhungerten weit über 100.000 Menschen. Heute wissen wir: Das war keine Strafe Gottes, wie viele damals dachten. Es war der Ausbruch des Vulkans Tambora im Jahre 1815 im jetzigen Indonesien. 150 Kubikmeter Asche und Gestein wurden in die Stratosphäre geschleudert. Die Aerosole der Schwefelverbindungen des Vulkanausbruchs hatten sich 1816 über Europa und Nordamerika gesammelt und schirmten einen Teil des Sonnenlichts ab. Dadurch war es bis zu 3 Grad kälter als im Jahresmittel.

Die Aussicht, die Temperatur um bis zu 3 Grad abzusenken, ist angesichts der heutigen enormen Bemühungen, die wir zur Reduzierung der Erderwärmung ergreifen, verlockend. Eine Möglichkeit wäre, Schwefelwasserstoff in die Stratosphäre zu bringen. Doch diese Methode ist weder nachhaltig, noch wissen wir, was dann sonst noch passiert.

Eine weitaus einfachere Möglichkeit und eine beherrschbare Möglichkeit ist es, durch weiße Flächen auf dieser Erde viel mehr an kurzwelligen Sonnenstrahlen ins Weltall zu reflektieren, bevor sie in langwellige Wärmestrahlung umgewandelt wird. Hierzu eignen sich Dächer; aber die Flächen sind zu klein. Es eignen sich im Besonderen unbewohnte Gegenden dieser Erde. Genau das möchte ich mit diesem Antrag erreichen. Durch weiße Flächen soll so viel Sonnenlicht reflektiert werden, dass wir angesichts der Herausforderung des Klimawandels als Maßnahme damit eine weitere Lösung ergreifen.

Wer solche Maßnahmen als Eingriff in die Schöpfung verteufelt, muss ich fragen, ob hier die Fakten oder eher die Moral unser Handeln leiten sollte. Wer legt bei der Rettung des Klimas fest, was unmoralisch ist. Auch notwendige großflächige Aufforstungen könnte man als unangemessenen Eingriff in das Klima negativ bewerten.

Wenn wir heute wüssten, dass in drei Jahren ein Komet auf die Erde fallen würde, würden wir auch gemeinsam dagegen gehen. Warum tun wir das Gleiche nicht bei der absehbaren Klimaveränderung? Nur weil die Erderwärmung langsamer abläuft? Der Klimawandel ist bekanntlich ein globales Problem, und das müssen wir auch global lösen.

Ich bitte darum, die Erdreflexion als Punkt in die SPD-Politik mit aufzunehmen und hier eine mutige richtungsweisende Entscheidung zu treffen. Wir sind nur eine Laune der Natur, und lasst uns die Natur bei Laune halten. - Danke schön.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Jetzt hat Claudia Moll das Wort aus Nordrhein-Westfalen. Ihr folgt Stephan Grüger aus Hessen-Süd.

(Beifall)

Claudia Moll, Nordrhein-Westfalen:

Einen wunderschönen guten Abend, liebe Genossinnen und Genossen. Ich komme aus dem rheinischen Braunkohlerevier zwischen Aachen und Köln und spreche mit den Menschen, die vom Ende des Braunkohleabbaus betroffen sind. Ich spreche mit den Bürgermeistern, deren Kommunen direkt und unmittelbar vom Strukturwandel betroffen sind. Einer ist sogar hier: Sascha Solbach. Jetzt kriege ich gleich eine Flasche Wein.

(Beifall)

Ich treffe da niemanden, der glaubt, wir würden noch bis zum Sanktnimmerleinstag Braunkohle fördern und verstromen. Diese Menschen haben einen sehr nüchternen Blick auf die Realität. Sie wissen Beschied über die klimapolitische Notwendigkeit des Ausstiegs aus der Kohleverstromung. Sie verstehen sogar, wenn Menschen friedlich - und ich betone „friedlich“ - für den Erhalt von Landschaften und Dörfern demonstrieren.

Diese Menschen haben aber für eines kein Verständnis: für das Hü und Hott. Die fragen sich dann zu Recht: Was ist mit meiner Arbeitsstelle? Wird es einen vernünftigen Strukturwandel geben, oder wird es einen überstürzten Strukturbruch geben? Genau diese Ängste sind es, die die Menschen zu den rechten Rattenfängern treiben.

Der sogenannten Kohlekommission ist es gelungen, einen Kompromiss zwischen den unterschiedlichsten Interessen zu schließen. Diese Leistung hat Respekt verdient. Dieses ständige Hin und Her habe ich so satt. Ich habe es satt! Diese Menschen wollen eigentlich nur eines: Verlässlichkeit. Diese müssen wir jetzt endlich schaffen.

(Beifall)

Diese Verlässlichkeit, die schaffen wir nur, wenn wir nicht ständig die Diskussion aus der Kommission immer wieder und immer wieder aufs Neue aufwärmen. Zu tief sitzt da bei mir die Sorge über die Zukunft der Menschen in unseren Revieren.

(Beifall)

Was ich schon gar nicht zulassen werde, ist das gegenseitige Ausspielen der Arbeitsplätze aus den erneuerbaren Energien und aus der Braunkohle. Es gibt nämlich keine bösen oder keine guten Arbeitsplätze.

(Beifall)

Als Sozialdemokratin tut mir der Verlust jedes einzelnen Arbeitsplatzes weh. Lasst das bitte sein, dieses Ausspielen.

Zum Abschluss möchte ich auch noch einmal grundsätzlich werden: Demokratie und damit auch das Funktionieren unserer Gesellschaft lebt von Kompromissen. All diejenigen, die keinen Tagebau, die kein Kraftwerk in ihren Bundesländern haben, die lade ich gerne zu mir nach Hause ein, um selbst dort mit den Menschen zu sprechen. Dann können wir uns mal über Solidarität unterhalten. Glückauf!

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Claudia. - Jetzt hat Stephan Grüger das Wort aus Hessen-Süd. Ihm folgt Anna Rasehorn aus Bayern.

Stephan Grüger, Hessen-Süd:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich freue mich darüber, dass wir diese Debatte jetzt hier führen, und ich freue mich, dass die Initiativanträge IA 11 und IA 5 zur Annahme empfohlen wurden.

Ich finde es allerdings etwas irritierend, wenn der IA 5 ein bisschen so einsteigt, als sei das Thema für uns neu oder jetzt gerade neu. Zwar wollen wir in die Neue Zeit, aber die Brücke ins solare Energiezeitalter, Genossinnen und Genossen, die steht nicht nur in unserem Grundsatzprogramm drin als unser Ziel, sondern die stand auch im Regierungsprogramm 1998.

(Beifall)

Da stand die drin, die Brücke ins Solarzeitalter. Es war Gerhard Schröder, der diesen Einstieg in die Energiewende mit dem EEG gestartet hat.

Es war Hermann Scheer, ein Sozialdemokrat, der das Erneuerbare-Energien-Gesetz wesentlich mit-

geschrieben hat. Es waren viele Genossinnen und Genossen, die sich daran beteiligt haben.

Wir haben überhaupt gar keinen Grund, uns bei der Frage der Energiewende und der Erneuerbaren Energien zu verstecken. Wir waren das, Genossinnen und Genossen, die das angeschoben haben.

(Beifall)

Während die Grünen noch darüber diskutiert haben, wie man mit Leitplanken und mit einem sehr bürokratischen System möglicherweise die Energiewende kickstarten könnte, haben wir das mit einem klaren Marktrahmen, mit einem ordoliberalen Marktrahmen, mit dem EEG, auf den Weg gebracht. Das war extrem erfolgreich, Genossinnen und Genossen. Wir haben keinen Grund, uns in dieser Frage zu verstecken.

Das sage ich auch den jungen Leuten, die auf der Straße stehen und demonstrieren. Viele von euch, die in den letzten - ich sage mal - 20, 25 Jahren auf den Bundesparteitagen waren, wissen, dass ich einer von denen war, die immer dafür gekämpft haben, dass die erneuerbaren Energien ins Zentrum des Interesses der Sozialdemokratie gehören, weil die erneuerbaren Energien sozialdemokratische Energien sind, weil sie die Wertschöpfung zurück in die Regionen holen, weil sie Arbeitsplätze schaffen, weil sie dafür sorgen, dass weltweite Konflikte ausgetrocknet werden.

(Beifall)

Das sind die Themen, die Sozialdemokraten bei den erneuerbaren Energien schon immer gut gefunden haben, und deshalb haben wir uns dafür eingesetzt.

Deswegen bin ich auch dem Kai Niebert sehr, sehr dankbar, dass er das Thema - ihr erinnert euch; ich habe es gestern schon gesagt - CO_2-Bepreisung noch mal ins Zentrum der Kritik gestellt hat. Es kann nicht das Zentrum sozialdemokratischer Politik sein, Energie teurer zu machen und CO_2 zu bepreisen. Unser Zentrum muss sein, dafür zu sorgen, dass durch vernünftige Rahmenbedingungen erneuerbare Energien nach vorne kommen, dass Arbeitsplätze geschaffen werden und dass die Menschen eine Alternative zum Verbrauch von Kohle, von Öl und von Gas haben. Dafür werden wir weiterhin kämpfen.

Genossinnen und Genossen, das ist der richtige Weg; der wird in den Anträgen beschrieben. Insofern: Unterstützt die Anträge! - Glück auf!

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Stephan. - Bevor jetzt Anna Rasehorn das Wort bekommt, möchte ich hier bei uns auf dem Bundesparteitag der SPD zwei Vertreter der Fridays-for-Future-Bewegung ganz herzlich begrüßen, und zwar sind das Franziska Wessel - sie ist 15 Jahre alt - und Quang Paasch - er ist 18 Jahre alt.

Herzlich willkommen hier auf dem Bundesparteitag der SPD.

(Beifall)

Sie sind hierhergekommen, weil sie eine Botschaft der Hoffnung und ein starkes Anliegen haben und uns bitten, für ihre Zukunft abzustimmen. Beide haben vorhin auch ein Gespräch mit unseren beiden Pateivorsitzenden gehabt, was, glaube ich, deutlich zum Ausdruck bringt - und auch, dass unsere Umweltministerin gerade dort steht -, dass wir solidarisch sind mit den Anliegen der Fridays-for-Future-Bewegung. - Genau, da kann man klatschen, finde ich.

(Beifall)

Und das zeigt auch, dass wir gemeinsam für eine gute, für eine nachhaltige Zukunft streiten.

Und weil die Diskussion ja auch war, ob man das eigentlich auch machen sollte, wenn Schule ist und so, will ich noch anfügen: Hier im Raum sind viele Genossinnen und Genossen, die zu ihrer Jugendzeit auch zu Demonstrationen aufgerufen haben und die genau wissen, dass man das manchmal auch tun muss, wenn gerade noch Unterrichtszeit ist.

Also: Alles Gute! Viel Erfolg weiterhin!

(Beifall)

Jetzt kommt Anna Rasehorn; ihr folgt Michael Müller.

Anna Rasehorn, Bayern:

Liebe Genossinnen und Genossen, Dürre, Waldbrand, heiße Sommer, klirrende Winter - in Bayern sind teilweise Dächer eingestürzt, weil wir auf einmal von Schnee überrascht worden sind -: Das sind nur einige von wenigen Folgen des Klimawandels, und die Folgen des Klimawandels sind für viele Menschen eine existenzielle Bedrohung und führen zu Flucht, Krieg und Vertreibung, während einige wenige Kapitalistinnen und Kapitalisten durch Raubbau an Mensch und Umwelt sowie dem massiven Ausstoß von Emissionen enormen Profit generieren. Deswegen müssen wir die ökologische und die sozialen Fragen gemeinsam beantworten, weil sie in einem engen Zusammenhang stehen.

Der Kampf um eine lebenswerte Welt ist auch eine Klassenkampffrage. Deswegen sind wir sehr dankbar für diesen Umweltantrag, und wir haben von den Jusos einige Änderungsanträge. Ich würde gerne auf den einen Antrag zu Verbrennungsmotoren eingehen, weil das ein Thema ist, das besonders bei uns in Bayern groß behandelt wird.

Wir sind Audi-Hochburg, und trotzdem müssen wir uns die Frage stellen: Können wir tatsächlich mit Verbrennungsmotoren noch so weiterleben, wie wir es bisher machen? Oder müssen wir uns

jetzt nicht - wie wir es zum Beispiel in NRW erlebt haben, wo auf einmal ein massiver Bruch da war und es einen Strukturwandel gab, bei dem man überhaupt nicht alles mit einberechnen und sozusagen entsprechend reagieren konnte - auf den Weg machen und uns überlegen, wie wir von den Verbrennungsmotoren wegkommen, ohne die Arbeitnehmer*innen auf der Strecke zu lassen? Das müssen wir zusammen mit den Arbeitnehmer*innen und Arbeitnehmern diskutieren. Deswegen müssen wir uns jetzt auf den Weg machen.

Deshalb würden wir darum bitten, dass ihr gerade diesen Änderungsantrag annehmt. Wir würden uns freuen und bedanken uns für die Debatte. - Freundschaft!

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Anna. - Der Nächste ist Michael Müller, der Bundesvorsitzende der NaturFreunde Deutschlands. Michael, du hast dich zweimal gemeldet. Vielleicht schaffst du es ja auch, in einem Redebeitrag zu beiden Anträgen zu reden. Gib dir Mühe!

Michael Müller, Bundesvorsitzender der NaturFreunde Deutschlands:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich verstehe das so, dass dieser Parteitag auch der Versuch ist, eine Vorbereitung für die Bundestagswahl 2021 ist, sich also darauf vorzubereiten.

Ich sage: Die Sozialdemokratie wird nur eine Zukunft haben, wenn sie soziale und ökologische Fragen als Einheit versteht. Tut sie das nicht, hat sie keine Zukunftschance; das muss jeder wissen.

(Beifall)

Ich will das noch mal an dem Begriff klarmachen, der in dem Antrag steht: Wir haben, wie die Wissenschaft festgestellt hat, heute das Zeitalter der Anthropozän, also der Menschenwelt. Das ist ein qualitativer Einschnitt, weil wir nämlich die Globalisierung der Umweltschäden erreicht haben. Nur drei Beispiele:

Erstens. Wenn der Trend so weitergeht, werden wir im Jahre 2040 eine Erwärmung von 1,5 Grad haben - 2065 von ungefähr 2 Grad. 2 Grad sind schon der Kipppunkt; er ist nicht zu verantworten. Aber selbst wenn wir Paris in der heutigen Form einlösen, kommen wir auf mindestens 3,2 Grad.

Das heißt, wir sind noch lange nicht bei der Politik, die notwendig ist.

Zweitens. Wir haben in der Zwischenzeit den Welterschöpfungstag bereits Ende Juli. Der Welterschöpfungstag ist der Tag, an dem sozusagen die jährlich produzierte Biomasse verbraucht ist. Er war im Jahre 2000 noch im November; jetzt sind wir schon bei Ende Juli. Das heißt, wir verbrauchen pro Jahr etwa 1,75 Erden.

Drittens. Wenn man die Erde in neun essenzielle Dimensionen für das Leben einteilt, dann sind wir in vieren bereits so weit, dass wir planetarische Grenzen überschreiten.

Das heißt, wenn wir heute vom Anthropozän reden, dann ist das kein beliebiger Begriff, sondern dann hat das drei zentrale Aussagen:

Erstens. Ein Ende der Zivilisation, wie wir sie kennen, wird denkbar.

Zweitens. Die Umweltpolitik, wie wir sie bisher machen, gerät an Grenzen. Deshalb warne ich davor, zu glauben, es geht um eine Ergänzung der heutigen Politik, um eine Umweltpolitik. Nein, es geht um einen Umbau - vor allem einen Umbau in der Ökonomie. Wenn wir die Verwertungszwänge des heutigen Wirtschaftssystems nicht verändern, werden wir die ökologische Problematik nicht lösen können. Das ist ein ganz entscheidender Punkt.

(Beifall)

Ich will einen dritten Punkt nennen, der vielleicht der wichtigste ist: Das Anthropozän bedeutet, der Mensch steht wieder im Zentrum. Und ich plädiere dafür, dass die zentrale Frage der sozialdemokratischen Geschichte, nämlich die Idee der sozialen Emanzipation des Menschen, auch heute wieder zur Lösung der ökologischen Frage ins Zentrum gerät, allerdings nicht in Verantwortung nur für die individuelle Emanzipation, sondern für die Emanzipation der Menschheit insgesamt. Das ist die zentrale Herausforderung für uns.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Michael. - Jetzt kommt Almut Großmann aus Nordrhein-Westfalen, ihr folgt Raphael Wronka auch aus Nordrhein-Westfalen.

Almut Großmann, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen, viele von euch werden das große Banner gegenüber des Parteitags gesehen haben. „Die Klimakrise kommt, SPD“, steht da geschrieben.

Das ist schlicht und einfach wahr. Tausend junge Menschen gehen jede Woche auf die Straße. Sie tun das, weil sie daran zweifeln, dass wir eine gute und sichere Zukunft für sie bereithalten,

(Beifall)

weil sie echt Angst haben - und das nicht zu Unrecht -, weil sie wissen, dass die aktuellen Maßnahmen, die bislang beschlossen wurden, schlicht nicht ausreichen werden, um den Klimawandel aufzuhalten, bevor ein Kipppunkt erreicht ist.

Sie haben recht mit ihrer Angst; denn es droht die Gefahr, dass tatsächlich vor allem die Menschen von diesen Kipppunkten und den im Moment unabsehbaren Folgen betroffen sind, die im globalen Süden leben oder ganz besonders wenige finanzielle Ressourcen zur Verfügung haben.

Wir sind politisch dafür verantwortlich, das zu verhindern.

(Beifall)

Dafür müssen wir mehr tun, als nur die Rahmenbedingungen festzulegen. Wir müssen sie dann auch mit Maßnahmen und mit Leben füllen. Wir müssen den Ausbau der Erneuerbaren nicht nur antreiben, sondern klare Ziele dazu festlegen und sicherstellen, dass sie erreicht werden. Aber wir sind nicht nur dafür verantwortlich, dass diese Ziele erreicht werden, sondern wir sind auch dafür verantwortlich, sie sozial gerecht zu gestalten.

(Beifall)

Die Verantwortung dabei liegt nicht bei den Einzelnen und bei Individuen. Diese Menschheitsaufgabe kann nicht einfach auf eine Konsumentscheidung abgewälzt werden. Die Verantwortung dafür liegt bei uns als Gesellschaft, und sie ist eine politische Verantwortung.

(Beifall)

Sozial gerechten Klimaschutz machen, das heißt - und ich bin froh, dass der Antrag das fordert; und dazu haben wir auch Änderungen vorgeschlagen -, dass richtig, richtig investiert werden muss. Dafür brauchen wir jetzt einen Green New Deal für einen sozialen und nachhaltigen Umbau für Gesellschaft und Industrie.

Ich möchte ganz speziell auf einen Punkt eingehen, auf den Anna auch schon eingegangen ist und den wir hier gerne noch mal stark machen wollen. Der Verbrennungsmotor wird nicht unendlich weiter produziert werden können.

(Beifall)

Und damit der Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor sozial gerecht und technisch möglich ist, müssen wir jetzt, und zwar jetzt sofort, damit anfangen, diesen Pfad zu entwickeln.

(Beifall)

Denn wir sind diejenigen, die das sozial gerecht organisieren können. Ich bitte euch: Legt mit uns einen Start hin und stimmt dieser Änderung zu. - Glück auf!

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Almut. - Jetzt Raphael Wronka, Nordrhein-Westfalen. Ihm folgt Sara Ryglewski aus Bremen.

Raphael Wronka, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich freue mich sehr, dass das Klimathema auch bei uns so angekommen ist. Ich meine, dass wir einen so umfangreichen Antrag haben und so viele Anträge im Antragsbuch, ist großartig. Das Klimapapier war ein guter Aufschlag. Es wäre vor zehn bis 20 Jahren super gewesen, jetzt ist es längst überfällig. Die Energiewende brauchen wir. Aber es ist so bitter, dass besonders der Windenergieausbau ins Stocken gerät. Wir haben da Abstandsregeln, vor allem die 10H-Regelung aus Bayern, die dafür sorgt, dass wir in weiten Teilen Deutschlands kein einziges Windrad sehen werden.

(Beifall)

Ich frage mich: Wie konnten wir es zulassen, dass fast mit einem Fingerschnipp so viele Arbeitsplätze aufs Spiel gesetzt wurden? Aber ich finde es trotzdem extrem spannend, wie sich die Energiewende weiterentwickelt. Es gibt täglich neue Schritte, und es ist nun an uns, politisch dafür zu sorgen, dass diese Forschung auch praktisch umgesetzt wird, damit neue Arbeit sicher bleibt. Ich finde die Verkehrsdebatte leider sehr frustrierend. Wir haben rechte Klimaleugner, die von Klimapolitik und auch von Politik im Allgemeinen gar keine Ahnung haben und die Debatte extrem vereinfachen und versalzen. Damit sorgen sie für eine miese Stimmung.

Wir haben aber leider darauf nicht die geeigneten Antworten. Ich weiß, dass Batteriezellen vielleicht noch einen schlechten Ruf haben. Aber wir werden doch wohl auch in Zukunft sehen, wie sich das weiterentwickeln wird. Ich appelliere da auch an die Wirtschaft. Wir reden uns da den Mund fusselig, aber die müssen eben auch mitmachen, damit Mut in die Zukunft entsteht, damit wir sehen: Hey, da kommt was Neues, und es wird gut! Wir werden gute Autos fahren.

Vor allem möchte ich, dass die Wirtschaft uns, den Beschäftigten sagt: Es gibt eine Perspektive, ihr werdet eure Arbeit behalten. - Doch wir wissen, dass es nicht die alleine Lösung ist, die Autos grün zu machen. Es wird auch nötig sein, massiv in öffentliche Infrastruktur, in den öffentlichen

Personennah- und -fernverkehr zu investieren. Ich freue mich, dass Norbert und Saskia angekündigt haben, dass das Jahrzehnt der Investitionen kommt. Das hat die Klimadebatte so was von nötig. Ich freue mich, dass ich in so einer Zukunft leben kann. Ich möchte auch in so einer Zukunft leben. Ich möchte auch keine Panikdebatte, ich möchte eine Debatte nach vorne, damit wir sehen: Hey, das wird eine gute Zukunft! - Darauf freue ich mich. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Raphael. - Sara Ryglewski spricht zu einem späteren Zeitpunkt. Der nächste ist Bijan Kaffenberger aus Hessen-Süd. Ihm folgt Gesine Schwan für die Grundwertekommission.

Bijan Kaffenberger, Hessen-Süd:

Liebe Genossinnen und Genossen, damit war nicht so schnell zu rechnen. Die Genossin Ryglewski hat mich ein bisschen in eine komische Position gebracht. Aber ich weiß ja, was ich sagen will.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich weiß, was ich sagen will, weil ich täglich den öffentlichen Personennahverkehr bei mir zu Hause in der Region, in meinem Wahlkreis nutze. Deswegen war es mir ein wichtiges Anliegen, heute darüber etwas zu sagen. Der Klimawandel schreitet voran, deswegen fasse ich mich auch kurz.

Die Verkehrs- und Mobilitätswende ist ein wesentlicher Bestandteil moderner Klimapolitik. Deswegen ist es gut, richtig, klug und genau das, was wir brauchen: ein deutschlandweites 365-Euro-Ticket. Es ist gut, dass es in diesem Antrag steht, aber, liebe Genossinnen und Genossen - und das erlebe ich leider im Rhein-Main-Gebiet regelmäßig: Es muss ein günstiger ÖPNV sein, damit er genutzt wird, aber wenn wir schon in vielen Regionen an Kapazitätsengpässe kommen, ist es doch genauso wichtig, dass wir im Jahrzehnt der Investitionen die Investitionen in den öffentlichen Personennahverkehr massiv ausweiten.

(Beifall)

Das wesentliche Gesetz dafür ist das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Ich würde für die Änderung plädieren, dass wir auch hier dafür sorgen, dass künftig bei Investitionen, bei der Kosten-Nutzen-Untersuchung berücksichtigt wird, dass Investitionen klimafreundlich sind. Deswegen würde ich euch sehr darum bitten, diesen Änderungsantrag, sofern er nicht übernommen wird, zu unterstützen, dass künftig klimafreundliche Investitionen in den öffentlichen Personennahverkehr bevorzugt gefördert werden. - Danke.

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Bijan. - Die Nächste ist Gesine Schwan. Ihr folgt Florian von Brunn aus Bayern.

Gesine Schwan, Vorsitzende der Grundwertekommission

Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen, nur kurz: Michael Müller hat schon gesprochen. Er ist Mitglied der Grundwertekommission und hat in der Grundwertekommission maßgeblich das Papier mit verfasst, das wir verabschiedet haben und auf das ich aufmerksam machen möchte. Es heißt „Perspektivenwechsel - das Zeitalter des Menschen“. Uns ist es sehr wichtig, dabei über die Punkte hinaus, die ihr in eurem sehr verdienstvollen Papier aufgeschrieben habt und die natürlich die konkreteren politischen Maßnahmen beschreiben müssen, sowohl den geistesgeschichtlichen als auch den Haltungs- und kulturellen Kontext zu betonen.

Es ist wichtig, dass diese Frage gelöst wird, und sie wird nicht nur mit einzelnen Politiken gelöst, sondern dadurch, dass wir begreifen: Es ist ein neues Zeitalter; wir müssen mit neuen Perspektiven - Michael hat auf die Wirtschaft hingewiesen - darauf zugehen. Wir können es aber auch - als Zeitalter des Menschen ist es von Menschen gemacht, was da jetzt schlecht läuft, aber es kann dann auch von Menschen besser gemacht werden, um da wieder rauszukommen. Es geht uns sehr stark um diese optimistische Perspektive, damit es nicht immer aussieht, als gingen wir der Katastrophe entgegen. Es gibt sehr viel Druck; wir müssen auch Druck haben, aber der Druck darf nicht zur Verzweiflung aller führen. Im Gegenteil: Ich habe gerade bei einem Beitrag gehört, dass das ein gutes Zeitalter werden könnte. Der systemische Zusammenhang ist wichtig.

In dem Zusammenhang möchte ich noch auf zwei Dinge hinweisen.

Erstens. Zum Anthropozän - das ist ein Begriff, über den viele kichern, die sagen: Haben die keine anderen Sorgen? -: Es ist schon wichtig, dieses Zeitalter zu verstehen und zu begreifen, dass wir uns alle neu einstellen und alle Politikfelder danach neu ausrichten müssen und können, und zwar mit wirklich guter Perspektive.

Der zweite Punkt: Es ist eine große Chance, die Demokratie weiterzuentwickeln - daran liegt mir sehr. Wir reden immer von Demokratiedefizit etc. und wissen nicht genau, wie wir eigentlich weiter machen sollen. Dann kommen wir immer ganz schnell zu Volksentscheiden, von denen ich - jetzt ärgere ich einige von euch - nicht so viel halte.

Aber hier: Diese Transformation ist nur durch Teilhabe, durch Partizipation der Bürgerinnen und Bürger hinzubekommen. Und nur dann, wenn alle das an allen Orten machen und man nicht denkt, man kann ein Grand Design machen und sich zurücklehnen, geht es. Wir dürfen es auch nur demokratisch machen. Alle Ideen, das jetzt total durchsetzen zu wollen und die Demokratie zu verabschieden, sind keine sozialdemokratischen Ideen. Es ist Demokratie, und Demokratie partizipatorisch, sodass auch alle mitbekommen, worum es geht, dass es nicht über ihre Köpfe hinweg geht

und dass sie auch mitgestalten können.

Ich sehe, noch 22 Sekunden, und höre jetzt auf. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Gesine. - Jetzt kommt Florian von Brunn und dann Stephan Weil aus Hannover.

Florian von Brunn, Bayern:

Liebe Genossinnen und Genossen! Klimaschutz in Deutschland trägt nicht schwarze Handschrift. Er trägt auch nicht grüne Handschrift. Dort, wo sie regieren, steigen die Treibhausgasemissionen wieder. Er trägt sozialdemokratische Handschrift, und dafür herzlichen Dank an Svenja Schulze und an die SPD-Bundestagsfraktion.

(Beifall)

Aber wichtig zu wissen, liebe Genossinnen und Genossen - die Realität zeigt uns das : Es gibt noch viel zu tun, und jeder von uns, jede von uns hat es selbst erlegt in diesem letzten Sommer 2018: Die Klimaüberhitzung ist längst da. Mit über 1.200 Hitzetoten, mit massiven Ernteausfällen, mit Tausenden von Bäumen, die einen Hitzetod gestorben sind, und - das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen - mit volkswirtschaftlichen Schäden 2018 von 4,5 Milliarden Euro. Und daraus folgt doch, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir die Debatte führen müssen, nicht nur, was machbar ist, sondern auch, was notwendig ist. Wir müssen weitermachen. Wir müssen angesichts dieser existenziellen Herausforderungen das Notwendige tun und noch vielmehr als jetzt machbar machen, liebe Genossinnen und Genossen.

Deswegen stellen wir einen Änderungsantrag. Wir wollen bei den Klimazielen nachlegen. Wir sollten anstreben, bereits 2040 klimaneutral zu sein: durch Verzicht auf fossile Energien, durch Dekarbonisierung, und nicht erst 2050. 2050 erst hieße nämlich, dass 1,5-Grad-Ziel massiv zu verfehlen, mit fatalen Folgen für Milliarden von Menschen, die in Megacitys an den Küsten leben, die unter Wassermangel und Dürre leiden. Erst 2050 würde heißen, dass wir unser Treibhausgasbudget massiv um fast das Doppelte überschreiten und gigantische ökologische Schulden anhäufen auf Kosten des globalen Südens und zukünftiger Generationen.

Daher, liebe Genossinnen und Genossen, haben wir nicht nur eine Verpflichtung. Wir können auch als starkes, als wirtschaftlich starkes, als technisch starkes Land zeigen, dass es geht und wie es geht mit dieser ökologisch-sozialen Transformation.

(Beifall)

Deswegen unser Änderungsantrag: Treibhausgasneutralität bis 2040 - Einhaltung des Deutschland zustehenden Budgets an Treibhausgasen, bezogen auf das 1,5-Grad-Ziel und ökologische Bepreisung immer nur mit sozialem Ausgleichsmechanismus.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns Mut zeigen, das Notwendige zu machen. Lasst uns innovativen, ehrgeizigen Klimaschutz mit sozialer Gerechtigkeit verbinden, aus Verantwortung für diesen Planten, aber vor allem aus Verantwortung für unsere Kinder, die auch ein selbstverständliches Recht haben, noch ein anständiges, ein lebenswertes Leben führen zu können. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Florian. - Jetzt erhält Stephan Weil das Wort. Ihm folgt Erik Schöller aus Rheinland-Pfalz.

Stephan Weil, Hannover:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Wir haben ja in diesem Jahr unfassbar viel über Klimaschutz diskutiert. Aber was passiert eigentlich konkret? Ich glaube, am Ende des Jahres kann man sagen: Eine Sache richtig schlecht und eine Sache richtig gut. Richtig schlecht ist: Es kann keinen Klimaschutz ohne erneuerbare Energien geben, und dass die erneuerbaren Energien in diesem Jahr den Bach runtergehen, das ist inakzeptabel, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wenn nicht schnell etwas passiert, dann wir die deutsche Windindustrie den gleichen Weg gehen wie die deutsche Solarindustrie: Sie wird abgewickelt werden, und dann, liebe Genossinnen und Genossen, können wir uns tatsächlich den Klimaschutz in Deutschland abschminken.

Ich bin wahrscheinlich nicht der größte GroKo-Kritiker hier im Raum, aber eines sage ich sehr klar und meine es sehr ernst: Die Erwartung, wenn wir in der Koalitionsvereinbarung 65 Prozent erneuerbare Energien in zehn Jahren niederschreiben, dass die Bundesregierung, dass Peter Altmeier als der zuständige Minister dafür einen konkreten, belastbaren, realisierbaren Plan vorlegt, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Und was läuft gut? Ohne, dass das alle von uns gemerkt haben, findet derzeit vor allen Dingen in der Industrie ein tiefgreifender, in seinem Umfang kaum zu unterschätzender Umbauprozess tatsächlich statt. Die Automobilindustrie ist in Deutschland die wichtigste Industriebranche, und die erlebt

derzeit eine Revolution. Da wird wirklich alles umgekrempelt. Das ist die notwendigen Grundlage dafür.

Übrigens: Das schönste Elektroauto der Welt nützt nichts, wenn seine Batterie mit Kohlestrom betrieben wird. Auch das müssen wir deutlich sagen.

(Beifall)

Dieser Prozess beruht auf dem, was vorhin eingefordert wurde, nämlich auf klaren CO_2-Einsparvorgaben. Die sind knackig, die sind ambitioniert, aber die sind akzeptiert als die Grundlage. Dieser Prozess ist auch wirklich von vielen Sorgen begleitet. Vor einigen Monaten gab es hier in Berlin eine wirklich eindrucksvolle Demonstration von 50.000 Beschäftigten aus der Automobilindustrie, eine Demonstration der IG Metall. Und ich kann sagen - ich habe da persönlich eine Reihe von Erfahrungen -: Das sind Leute, die die Hoffnung haben, dass ihre Sorgen von der SPD aufgegriffen werden. Und unsere Aufgabe ist es, Arbeit und Umwelt, Ökonomie und Ökologie zusammenzubringen.

Ich habe, wenn ich das so sagen darf, im Namen dieser Beschäftigten eine herzliche Bitte: dass wir diesen tiefgreifenden Umbauprozess unterstützen, aber nicht überfordern. Die müssen in den nächsten zehn Jahren unfassbar viel leisten, und dabei müssen sie sich unterstützt fühlen von uns, von der SPD.

(Beifall)

Ich bin sicher: Klimaschutz ist für unsere Partei gleichzeitig eine gewaltige Herausforderung und eine gewaltige Chance. Wenn wir beweisen, dass man das zusammenkriegt auf der Basis von belastbaren Plänen, dann - da bin ich sicher - wird unsere Partei eine Menge Glaubwürdigkeit gewinnen, gerade in der jungen Generation. Und deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, meine herzliche Bitte: Dieser Leitantrag, der uns vorliegt, ist eine kluge Mischung. Der hat auch den notwendigen intellektuellen Tiefgang, den diese Frage erfordert. Ich finde, wir sollten genau diesen Antrag so unterstützen. Wir brauchen an dieser Stelle keine Nachschärfung. Dieser Antrag ist ein scharfer Antrag, aber dabei muss es auch bleiben. - Herzlichen Dank für eure Unterstützung.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Stephan. - Jetzt spricht Erik Schöller aus Rheinland-Pfalz. Ihm folgt Martin Volkenrath aus Nordrhein-Westfalen.

Erik Schöller, Rheinland-Pfalz:

Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Oliver! Lieber Stephan, bei deinem Beginn habe ich gedacht, dass der Geist eines Revolutionärs in den Körper des Ministerpräsidenten von Niedersachsen gefahren ist, meine lieben Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr wisst, ich bin ein sehr einfacher Mensch, denn ich mag Menschen mit Visionen, und einen Genossen mit Visionen, der heute auch hier ist, möchte ich dabei herausstellen. Das ist Klaus Jensen, der ehemalige Oberbürgermeister meiner Heimatstadt Trier. Er hatte die Vision, dass die Stadt Trier kein CO_2, keine Treibhausgase mehr ausstößt, und das schon im Jahr 2007. Lieber Klaus, ohne dich und dein Engagement wäre es nicht möglich gewesen, dass heute 70 Prozent der Stromproduktion der Stadt und der vier umliegenden Landkreise aus erneuerbaren Energien gewonnen werden können.

(Beifall)

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, 70 Prozent erneuerbare Energien führen auch zu Herausforderungen. Denn nachts brauchen wir in diesen vier Landkreisen und der Stadt eine Leistung von 200 MW, während wir tagsüber 500 MW bereitstellen müssen. Wenn man den 1. FC Kaiserslautern auch samstags abends im Fernsehen gewinnen sehen will,

(Beifall)

dann braucht man vor allem verlässliche Speicher- und Regelenergie, die die Unstetigkeit von erneuerbaren Energien ausgleichen kann.

Deshalb beantrage ich, in Zeile 233 Folgendes einzufügen: Um den Ausbaupfad von Erneuerbaren Energien mit der entsprechenden Versorgungssicherheit zu realisieren, wird der Ausbau neuer Speicher- und Regelkraftwerke schon in der Projektentwicklung gefördert, zum Beispiel hochflexible Pumpspeicherkraftwerke wie das geplante Pumpspeicherkraftwerk der Stadtwerke Trier RIO auf der Höhe von Zummet wer sich ein bisschen auskennt: auf dem Hummelsberg und PowertoX-Systeme, wie wir sie vor allem aus Norddeutschland kennen.

Das soll nicht das Letzte sein. Für eine beschleunigte Energiewende brauchen wir schnellere Genehmigungsverfahren; denn 800 Tage für ein Windrad bei uns in der Region sind viel zu lang. Da sind Bund und Länder gefordert.

(Beifall)

Wir brauchen eine Abschaffung der jetzt vorhandenen Ausschreibungsverfahren, die effektiv eine Mengenkontrolle für den Ausbau sind. Denn so wird die Energiewende ausgebremst und unnötigerweise verzögert.

(Beifall)

Und, liebe Genossinnen und Genossen, wir brauchen mehr Flächen für Erneuerbare Energien und ein Ende der bayerischen Blockade der CSU, was unter der sogenannten 10H-Regel zu verstehen ist.

(Beifall)

Also, liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns einfach sein, lasst uns sein wie Klaus Jensen! Lasst uns für die Energie auf das Gaspedal treten! - Ich danke euch. Glück auf!

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Erik. - Der nächste Redner ist Martin Volkenrath aus Nordrhein-Westfalen. Ihm folgt Ruppert Stüwe aus Berlin.

Ich möchte an dieser Stelle die Anmerkung machen: Wir haben jetzt noch 14 Wortmeldungen. Es sind nur noch Männer auf der Redeliste. Vielleicht mag der eine oder andere noch einmal kurz überlegen, ob der eine oder andere Beitrag vielleicht ersetzbar ist.

Martin Volkenrath, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Wieviel Klima soll die Sozialdemokratie wagen? Das ist eine wunderbare Frage.

Ich möchte mich hier und heute auf den Punkt 3 des Antrages beziehen: „Mobil bleiben“. Ich komme aus Düsseldorf und betreibe dort heftige Kommunalpolitik vor allen Dingen in der Frage von Mobilität und Verkehr. Wir sind in der Tat gerade dabei, die Frage der Verkehrswende vor dem Hintergrund der Luftreinhalteplanung sehr, sehr konkret anzugehen. Unsere Umweltspuren haben mittlerweile eine recht große mediale Präsenz. Wir bleiben da dran und werden das sehr konsequent verfolgen.

Ich sage: Wir brauchen eine bundesweite Mobilitätswende. Die muss am Umweltverbund orientiert sein, konkret vor allen Dingen: Busse, Bahnen. Das betrifft den ÖPNV, S-Bahn, Regionalbahn, den SPNV. Das sind diese komischen Abkürzungen für schienengestützter Personennahverkehr. Natürlich brauchen wir jede Menge Engagement auch im Bereich des Radverkehrs, auch im Bereich des fußläufigen Verkehrs - Barrierefreiheit, Aufenthaltsqualität.

Ich möchte mich hier und jetzt allerdings auf den öffentlichen Personennahverkehr und den SPNV konzentrieren. Hier haben wir es in der Tat mit beachtlichen notwendigen Investitionen zu tun, die beachtliche Kosten nach sich ziehen. Da steht ein riesiges Aufgabenfeld vor uns. Wir müssen den ÖPNV und den SPNV qualitativ und quantitativ verbessern: neue Linien, Taktung, Pünktlichkeit, Sauberkeit, Sicherheit, neuer Fahrzeugpark. Alles das kostet sehr viel Geld. Aber wenn wir unser Ziel konkretisieren wollen d. h. den Modal Split, d. h. den Anteil am Verkehr, weg vom motorisierten Individualverkehr hin zum ÖPNV, zum SPNV , dann müssen wir diese Investitionen tätigen. Meine These ist: Das ist ein riesiger Schritt für den Klimaschutz.

Zur Finanzierung: Es gibt im Prinzip zwei Finanzierungsansätze. Das eine sind die Ticketpreise. Da sind wir in der Tat an der Grenze. Da sind also weitere Steigerungen eigentlich nicht mehr machbar.

Zweitens: öffentliche Zuschüsse, zum einen über die Kommunen. Wir haben einige sehr gute Anträge. Das läuft da sicherlich auf einer Ebene. Da ist keine Belastung mehr nötig. Wir müssen also an die Bundesmittel heran. Das sind also verschiedene Bereiche: Regionalisierungsmittel, Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, Bundessofortprogramm.

Aufgrund der Kürze der Zeit kann ich sagen: Da stecken durchaus Millionenzahlen bis zu Milliarden drin. Das reicht aber vorne und hinten nicht.

Neben dem Ausbau haben wir das Thema der Preise. Die Preise sind zu hoch. Wir müssen die Preise senken. Dazu gibt es Möglichkeiten. Stichwort: 365-Euro-Ticket. Auch das kostet viel Geld. Wir haben eine Hochrechnung für den Bereich Niederrhein und Ruhrgebiet gemacht: 430 Millionen Euro würde das kosten. Aber das brauchen wir nicht nur für ein Jahr, sondern das brauchen wir nachhaltig.

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Denkst du bitte an deine Redezeit!

Martin Volkenrath, Nordrhein-Westfalen:

Ich bin sofort zu Ende. - Ich möchte vor diesem Hintergrund meine These zusammenfassen: Wir brauchen eine Investitionsoffensive für Busse und Bahnen, für S-Bahnen und Regionalbahnen. Wir müssen diesen Bereich preiswerter machen. Da helfen nicht Lippenbekenntnisse und auch nicht homöopathisch kleine Bereiche, sondern da müssen wir einen ordentlichen Schluck aus der Pulle nehmen.

Deshalb meine These: Der Bund muss da bezahlen für das Klima, für den ÖPNV! - Vielen Dank.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Martin. - Jetzt kommt Ruppert Stüwe aus Berlin. Ihm folgt Matthias Miersch aus Hannover.

Ruppert Stüwe, Berlin:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich finde es ja immer gut, dass wir lange und intensiv über ein Thema diskutieren, was Umwelt- und Klimapolitik heißt. Denn ich glaube, es steht uns gut an, genau dieses Thema auch als einen der Schwerpunkte unseres Parteitags zu nehmen. Durch Matthias und Svenja haben wir bei diesem Thema genau in der Auseinandersetzung auch in der Großen Koalition, die wir geführt haben, noch einmal richtig Profil gewonnen.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, an einigen Stellen Stephan Weil hat schon darauf hingewiesen , können wir durchaus noch einmal deutlich machen, was unser Profil ist. Das eine ist: Wir brauchen Erneuerbare Energien für den Klimaschutz. Da haben wir einige Kompromisse gemacht. Aber lasst uns hier doch auch politisch festschreiben, was wir politisch wollen! Wir wollen keine pauschalen Abstandsregelungen bei Windenergie, die verhindern, dass überhaupt noch ein einziges Windrad in Deutschland gebaut wird, liebe Genossinnen und Genossen. Das kann mit uns nicht funktionieren.

(Beifall)

Um es neben den guten Grundsatzreden, die hier gehalten werden, relativ konkret zu machen, schlage ich euch vor, genau das noch in dem Antrag festzuschreiben, und zwar auf der Seite 5 in der Zeile 200 einzufügen „Pauschale Abstandsregelungen sind nicht geeignet, die notwendigen Flächen für Windenergie zur Verfügung zu stellen“, damit unsere Position klar ist, mit der wir hier weitergehen, und damit wir sagen: Wir machen da einen Kompromiss, aber unsere Position, liebe Genossinnen und Genossen, ist eine andere.

(Beifall)

Das zweite Thema: Einige haben schon gesagt, sie kommen aus Ländern, die eher von der Automobilindustrie geprägt sind. Ich bin Berliner und kann, glaube ich, mit Fug und Recht behaupten: Ich komme aus einer Stadt, die eher vom ÖPNV geprägt ist, Genossinnen und Genossen. Ich finde das richtig gut. Deswegen will ich das unterstützen, was hier schon zur Förderung gesagt worden ist.

Ich will aber noch etwas Anderes sagen. Ich glaube auch, wir brauchen neben der Förderung des ÖPNV noch Leitlinien, was unsere Industriepolitik angeht. Deswegen würde ich gerne auch noch beim Thema Pkw ein bisschen konkreter werden. Da hat sich die deutsche Automobilindustrie auf einen Weg gemacht, aber relativ spät. Da fehlen ein bisschen die Leitplanken dieses Weges. Des-

wegen würde ich gerne der deutschen Automobilindustrie auch insoweit helfen, dass wir auf der Seite 10 in der Zeile 423 formulieren: „Daher werden wir ab 2035 keine fossilen Pkws mehr zulassen“, um zu sagen, worauf sich jeder bei diesem Thema einstellen kann, und einen klaren Pfad herbeizuführen, dass das so ist.

Wenn ihr nicht ganz so weit gehen wollt, dann streicht zumindest auf der Seite 400 das Wort „batterie“ vor „batterieelektrisch“, sodass wir das ein bisschen technologieoffener gestalten. Denn wir könnten mit diesem Antrag noch einmal deutlich machen:

Die Messen beim Thema Klimaschutz sind noch nicht gelesen. Das ist ein Feld für Forschung und Innovation. Wir als SPD sind froh, dabei zu sein bei diesem Thema. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Ruppert. - Jetzt kommt Matthias Miersch aus Hannover. Ihm folgt Tiemo Wölken für die Jusos.

(Beifall)

Matthias Miersch, Parteivorstand:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin Michael Müller ausgesprochen dankbar, weil Michael Müller in den letzten Wochen die ersten drei Seiten dieses Antrags hauptsächlich erarbeitet hat. In diesen drei Seiten leiten wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten her, warum es eigentlich nur unsere Grundsatzprogrammatik sein kann, die nämlich zusammen denkt und nicht gegeneinander denkt, die diese Herkulesaufgabe des Klimaschutzes stemmen kann, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich finde, wir müssen auch akzeptieren, dass nicht alleine das Schreiben einer Zielzahl die Realisierung dieses großen Prozesses darstellt, sondern dass es die Maßnahmen sind, aber auch die Interaktion, die Empathie für die jeweils Betroffenen, ohne die letztlich diese Ziele niemals realisiert werden können.

Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns auch ein bisschen stolz sein auf das Erreichte, auch wenn ich ein rot-grüner Verfechter bin. Aber das, was ich in den letzten Wochen teilweise von den Grünen gehört habe, das ist schon ziemlich dialektisch. Robert Habeck ist es gewesen, der am Anfang als Umweltminister nichts Besseres zu tun hatte, als Abstandsregeln von Wind in Schleswig-Holstein einzuführen, liebe Genossinnen und Genossen. Das muss man ihnen auch mal sagen.

(Beifall)

Auch ohne eine bundesweite Regelung ist in Schleswig-Holstein augenblicklich Windenergie zum Erliegen gekommen. Auch das haben die Grünen mit zu vertreten. Das heißt aber auch umgekehrt, dass wir uns selbstverständlich an unseren Zielen auch messen lassen. Ich kann hier jedem sagen: Dieses Gesetz, was Peter Altmaier augenblicklich vorgelegt wird, wird diese SPD-Bundestagsfraktion niemals mitmachen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich bin ausgesprochen dankbar, dass mein Ministerpräsident eine so leidenschaftliche Rede für die Erneuerbaren gehalten hat. Denn ohne dass wir ein Gesetz haben, was letztlich das 65-Prozent-Ziel erneuerbaren Ausbaus nicht realisiert, ohne dass wir da die Garantie haben und die Ausbaupfade fest haben, werden wir und können wir niemals einem Gesetz zustimmen, liebe Genossinnen und Genossen, was hier letztlich diese Alternative blockiert.

Ein Punkt noch zum Abschluss: Florian, euer Antrag sieht jetzt vor, Treibhausgasneutralität von 2050 auf 2040 vorzuziehen. Ich bitte wirklich darum: Augenblicklich sind wir auf dem Weg, und diese Verständigung gilt international, und sie gilt national mit den unterschiedlichsten Gruppen. Lasst uns doch bitte jetzt den Schwerpunkt erst mal legen auf die Umsetzung in den nächsten Jahren. Darauf kommt es an und nicht immer auf die große Zielformulierung. Wir müssen jetzt liefern. Die Kohlekommission hat ein Ergebnis und der Ausbau der Erneuerbaren. Das sind die Herausforderungen, und daran müssen wir uns messen lassen. Lasst uns darauf bitte die Kraft legen. Liebe Genossinnen und Genossen, ich danke euch.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Matthias. - Bevor jetzt Tiemo das Wort erhält, möchte ich gerne einen sehr wichtigen Impulsgeber für die Diskussion um Umweltschutz und Nachhaltigkeit in unserer Partei begrüßen. Ganz herzlich willkommen auf unserem Parteitag Ernst Ulrich von Weizsäcker.

(Beifall)

Jetzt Tiemo Wölken und danach Joachim Schuster aus Bremen.

(Beifall)

Tiemo Wölken, Weser-Ems:

Moin, liebe Genossinnen und Genossen, ich bin Europaabgeordneter aus dem schönen Bezirk We-

ser-Ems.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, die Bekämpfung des Klimawandels treibt regelmäßig zehntausende junge Menschen auf die Straßen. Ich finde es gut, dass Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten, Azubis, aber auch Klimaprofis überall in Deutschland auf die Straße gehen und für mehr Klimaschutz demonstrieren und ganz nebenbei Christian Lindner damit noch mal den Spiegel vorhalten, der uns dann sagt, den Klimaschutz sollen die Profis machen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Stellvertretend möchte ich mich daher bedanken bei Franziska und allen anderen, die heute von Fridays for Future Berlin bei uns sind und die Druck machen. Die Bekämpfung des Klimawandels ist gerade für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten essentiell. Manchmal höre ich die Frage, warum wir dieses Thema einfach nicht den Grünen überlassen. Die Antwort ist doch denkbar einfach, liebe Genossinnen und Genossen: Die Bekämpfung des Klimawandels ist die soziale Frage unserer Zeit.

(Beifall)

Zum einen: Wohlhabende Menschen stoßen mehr Treibhausgasemissionen aus; das ist so. Bei der Bekämpfung des Klimawandels dafür zu sorgen, dass es sozial gerecht zugeht, das müssen wir Sozis sicherstellen.

Zum anderen: Die Auswirkungen durch die Klimakrise sind elementar ungerecht; das hat Kai vorhin ja schon richtig gesagt. Menschen in der Grundsicherung können es sich nicht einfach mal leisten, wenn wir 40 Grad warme Sommer haben, eine neue Klimaanlage einzubauen oder mit dem Privatflugzeug von Friedrich Merz wegzufliegen. Wir können uns höhere Deiche leisten, aber Menschen in Dakar können das nicht.

(Beifall)

Es ist doch unsere Aufgabe als internationalistische Partei, dafür zu sorgen, dass Ungleichheit überall auf der Welt bekämpft wird, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich will nicht, dass Menschen für unseren Lebensstil fliehen müssen, hungern müssen oder gar sterben müssen, liebe Genossinnen und Genossen. Deswegen haben wir im Europäischen Parlament vor zwei Wochen den Klimanotstand ausgerufen - richtigerweise, wie ich finde - gegen die Stimmen der AfD und gegen die Stimmen der Union.

Liebe Genossinnen und Genossen, dabei war es der CDU nicht zu blöd, darauf hinzuweisen, dass

Klimanotstand ja angeblich von der deutschen Notstandsverordnung von 1933 abgeleitet wird. Die Kolleginnen und Kollegen von der CDU haben uns vorgeworfen, nicht zu wissen, was die Notstandsgesetze sind. Liebe Genossinnen und Genossen, ich und wir alle müssen uns von der CDU und von der Union nicht erklären lassen, was die Notstandgesetze waren.

(Beifall)

Unsere Genossinnen und Genossen sind im Kampf dagegen dafür in den Tod gegangen, liebe Genossinnen und Genossen.

Benennen wir es daher beim Namen: Wenn die CDU sich nicht zu schade ist, so billigen Populismus gegen Klimaschutz einzutreten, dann sagen wir: Wir machen da nicht mit. - Die Klimaresolution ist zwar unverbindlich, aber sie setzt ein klares Zeichen an die neue Europäische Kommission. Dieses Europäische Parlament akzeptiert kein Kleinklein mehr beim Klimaschutz.

Der European Green Deal, der nächste Woche vorgelegt wird, ist hoffentlich gut. Wisst ihr, warum ich glaube, dass er gut sein wird? Weil Franz Timmermanns, der Kommissionspräsident der sozialdemokratischen Herzen, diesen Green Deal verantwortet, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deswegen - letzter Satz - ist es richtig, dass das ambitionierte Klimaschutzziel von 55 Prozent sozusagen hier aufgegriffen wird.

Delara, Ismail, Jens und ich hätten noch eine kleine Änderung in Zeile 430 vorzuschlagen, die da heißt: Um den Umstieg zu beschleunigen, unterstützen wir, die S&D-Fraktion im Europäischen Parlament in ihren Bemühungen fossile Treibstoffe in der gewerblichen Schiff- und Luftfahrt europaweit entsprechend ihrer Umwelt- und Klimafolgen zu besteuern und Mehrwertsteuerprivilegien abzuschaffen. Wir würden damit dafür sorgen, dass diese Energieträger nicht weiter bevorteilt werden gegenüber umweltfreundlichen Energieformen. Vielen Dank. Glückauf!

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. Jetzt kommt Joachim Schuster aus Bremen. Ihm folgt noch mal Michael Müller für die Naturfreunde.

Joachim Schuster, Bremen:

Liebe Genossinnen und Genossen, angesichts der Zeit will ich jetzt keine Grundsatzrede halten, sondern auf ein Kapitel eingehen und da noch mal konkrete Änderungen vorschlagen. Ich bin auch Europaabgeordneter, und deswegen treibt mich das auch um, zumal Bremen auch ein Stahlstandort ist.

Es ist sehr gut, dass wir hier ein Kapitel drin haben zur Transformation der Wirtschaft und auch der Industrie, weil ich glaube, es ist eine ganz wesentliche Aufgabe, eine industrielle Basis in Deutschland zu sichern. Nur dann wird es möglich sein, auch den Wohlstand gleichzeitig zu sichern.

Dabei sollten wir aber schon, glaube ich, festhalten, dass wir nicht nur reinschreiben, dass die CO_2-ärmer werden sollen, sondern dass bis zum Jahr 2050 auch hier CO_2-Neutralität erreicht werden soll, wo auch viele Unternehmen sich inzwischen auf den Weg machen. Auch die Stahlindustrie entwickelt konkrete Pläne, wie das möglich ist und wie das umsetzbar ist. Da sollten wir nicht hinter zurückfallen.

Zwei Änderungsanträge oder Ergänzungsanträge hätte ich allerdings auf der Seite 8 im Bereich der Zeile 299, weil ich glaube, wir müssen auch gerade, weil wir im nächsten Jahr die europäische Ratspräsidentschaft haben, ein bisschen konkreter werden, was wir eigentlich europäisch verändern müssen, damit wir diese Transformation der Industrie wirklich unterstützen können.

Und da ist eine ganz wesentliche Sache - und das würde ich hier so formulieren -: In diesem Zusammenhang werden wir prüfen, welche Änderungen im EU-Wettbewerbsrecht und im Beihilferecht erforderlich sind; denn wenn man dieses marktliberale Wettbewerbsrecht beibehält, dann wird es rechtlich in vielen Bereichen nicht möglich sein, entsprechende Unterstützung auch für die Industrie auf den Weg zu bringen. Das wäre fatal.

Der zweite Punkt - und da sind wir defensiver, als es eigentlich erforderlich ist - ist zwei Zeilen später: „Dazu wollen wir einen europäischen WTO-konformen CO_2-Grenzausgleich prüfen“, steht hier. Selbst von der Leyen schlägt schon vor, dass es das auf jeden Fall geben soll, und wer die Industrie - insbesondere die energieintensive Industrie - hier in Europa halten will, der wird um so einen CO_2-Grenzausgleich überhaupt nicht herumkommen. Ansonsten wird nämlich nur der Effekt sein, dass wir CO_2-reicher produzierte Waren importieren und unsere Industrie weggeht. Deswegen muss da aus meiner Sicht dringend stehen: „Deswegen treten wir für einen europäischen WTO-konformen CO_2-Grenzausgleich ein“. Und auch das wird in der deutschen Präsidentschaft aus meiner Sicht umgesetzt werden müssen.

(Beifall)

Und das Letzte ist - da will ich Stephan Weil nicht völlig widersprechen -: Ich glaube, wir müssen in einem Bereich, ohne dass wir jetzt schon konkrete Zielzahlen festschreiben sollten, erheblich zulegen, wenn wir wirklich alles CO_2-neutral machen wollen. Wir müssen dann Wasserstoff massiv einsetzen und dafür sorgen, dass Elektroautos nicht mit Kohlestrom letztendlich betrieben werden. Deshalb müssen wir deutlich zulegen beim Ausbau regenerativer Energien, weil ansonsten wird das nicht möglich sein, und dafür müssen wir auch Konzepte entwickeln.

Deswegen: Da brauchen wir eine Verschärfung. Es macht jetzt keinen Sinn, ganz neue Grenzsachen in so einen Antrag zu setzen, aber wir müssen intensiv darüber debattieren, wir wie das hinkriegen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Joachim. - Michael Müller hat seine Wortmeldung zurückgezogen, und dann kommt jetzt Timon Gremmels aus Hessen-Nord. Ihm folgt Carsten Träger aus Bayern.

Timon Gremmels, Hessen-Nord:

Liebe Genossinnen und Genossen, wir diskutieren hier heute das Thema „Umwelt und Energie und Energiewende", aber eigentlich diskutieren wir auch das Thema „Zukunft - Moderne Arbeitsplätze in Deutschland". Die Energiewende ist nämlich nicht nur gut für den Klimaschutz, sondern die Energiewende ist auch gut für viele dezentrale Arbeitsplätze in Deutschland, liebe Genossinnen und Genossen,

(Beifall)

für Wertschöpfung in den Kommunen. Wir sorgen dafür, dass saubere Energie vor Ort produziert werden kann und nicht aus Russland, nicht aus Saudi-Arabien und nicht als Fracking-Gas aus den USA hierhergeführt werden muss. Wir wollen dezentrale erneuerbare Energien soweit es geht hier vor Ort produzieren, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ja, wir sind die Erfinder der Energiewende. Das können wir auch selbstbewusst gegenüber den Grünen sagen. Wir waren es, die nach Fukushima gesagt haben: Lasst uns aussteigen aus der Atomkraft. Wir waren es zusammen mit den Grünen, die das Erneuerbare-Energien-Gesetz auf den Weg gebracht haben, das heute dazu geführt hat, dass über 40 Prozent unseres Stromes aus erneuerbaren Energiequellen kommen.

Und jetzt haben wir einen Wirtschaftsminister, der auf der Bremse steht, der nicht das umsetzt, was wir vereinbart haben. Wir haben in der Großen Koalition vereinbart, das 65-Prozent-Ziel bis 2030 zu erreichen. Aber wir treten seit zwei Jahren in dieser Großen Koalition auf die Bremse mit diesem Minister, weil er nicht das umsetzt, was wir vereinbart haben.

Wir wollen die erneuerbaren Energien ausbauen. Dazu brauchen wir auch die Windkraft im Binnenland, und zwar mit den Menschen.

(Beifall)

Wir erreichen keine Akzeptanz über Abstände, sondern über Beteiligungen. Wir möchten, dass sich die Menschen an erneuerbaren Energien beteiligen können, sodass es, wenn sich das Windrad am Horizont dreht, im Geldbeutel der Kommunen und der Energiegenossen klimpert. Das ist dezentrale, das ist sozialdemokratische Energiepolitik, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Und deswegen mein klarer Appell: Lasst uns Svenja Schulze stärken, sodass wir jetzt möglichst schnell dieses Ziel erreichen. Wir brauchen Windkraft, und wir brauchen auch Photovoltaik.

Wir müssen den 52-GW-Deckel abschaffen. Wir brauchen Photovoltaik, weil sie akzeptiert ist in diesem Land, weil sie riesen Potenziale hat in diesem Land, und es kann nicht sein, dass die Photovoltaik von dieser Union und von diesem Minister gegen die Windkraft ausgespielt wird, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deswegen ein klares Signal auch mit dem IA 11 für die Branche, für die erneuerbaren Energien, für die Windkraft und für die Photovoltaik! - In diesem Sinne: Glück auf für die Energiewende in Deutschland!

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Timon. - Jetzt erhält Carsten Träger das Wort. Ihm folgt Olaf Lies aus Weser-Ems.

(Beifall)

Carsten Träger, Bayern:

Liebe Genossinnen und Genossen, mein Name ist Carsten Träger, ich komme aus Franken. Und ganz klar: Klimaschutz ist das Thema unserer Zeit. Das zeigt nicht nur die Debatte hier im Saal, das zeigt natürlich auch die Debatte, die auf der Straße geführt wird. Das zeigt den Rückenwind, den wir für unsere Klimapolitik und für die Ziele, die wir kraftvoll vorantreiben wollen, haben.

Es ist klar: Es geht um den Umbau unserer Industriegesellschaft. Es geht um die Art und Weise, wie

wir in Zukunft leben werden. Und deswegen ist das kein Projekt, das in einer Nacht im Kanzleramt abgeschlossen ist. Das ist kein Projekt, das mit einem Klimaschutzpaket erledigt ist, sondern das ist ein Projekt, das uns lange, lange Zeit beschäftigen wird - viele Jahre und viele Regierungen, die dann kommen, egal welche Couleur sie haben.

Ich finde, deswegen ist es gut, dass wir Mechanismen geschaffen haben, die dafür Sorge tragen werden, dass auch in Zukunft - wenn möglicherweise mal andere am Drücker sind - noch Klimaschutz ganz oben auf der Agenda steht. Und ich meine, das Klimaschutzgesetz ist tatsächlich ein zentraler Mechanismus. Das ist eine Art und Weise, wie wir dafür sorgen werden, dass das Parlament und auch die Öffentlichkeit jedes Jahr - Jahr für Jahr - kontrollieren können, ob denn die einzelnen Minister die Klimaschutzziele in ihrem Bereich einhalten werden. Es wird schon 2021 der Fall sein, dass der Andi Scheuer für den Verkehrsbereich vorlegen muss, was er denn erreicht hat, und dann haben wir die Möglichkeit, zu fordern und zu sagen: Warum ist da nicht genug geliefert worden?

Deswegen finde ich, dass es eine super Leistung gewesen ist, dieses Klimaschutzgesetz durchzusetzen. Herzlichen Dank dafür, liebe Svenja.

(Beifall)

Wir brauchen das Kohleausstiegsgesetz. Da haben viele gedanklich schon einen Haken drangemacht, aber ich sage euch, Genossinnen und Genossen: Wir sind die einzige Partei im Deutschen Bundestag, die sich für eine Eins-zu-eins-Umsetzung des Kohlekompromisses der Kohlekommission einsetzt, und es ist der richtige Weg; denn viele schauen nur auf das Ende, wann wir aussteigen. Ich sage: Schauen wir auch mal auf den Anfang; denn wir werden in den nächsten Jahren mehr als 30 Prozent der Kohlekraftwerkekapazitäten vom Netz nehmen. Da geht es also richtig zur Sache. Wir steigen aus aus Atom, und wir steigen dann sehr schnell aus aus Kohlekraft.

Und natürlich geht es darum - der Timon hat es gerade gesagt -, dass wir die erneuerbaren Energien kraftvoll stärken, dass wir da schnell voranschreiten; denn es macht ja überhaupt keinen Sinn - Stephan Weil hat das auch gesagt -, wenn die Autos zwar mit Strom fahren, das aber kein sauberer Strom ist. Und deswegen müssen wir hier darauf drängen, dass wir das vereinbarte 65-Prozent-Ziel erreichen.

Die Musik spielt natürlich auch bei den 50 Milliarden, die wir in Maßnahmen setzen, damit wir schnell mit den CO_2-Emissionen runterkommen. Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen: Gebt uns Rückenwind für die Debatten im Parlament. Wir haben den Rückenwind der Straße. Herzlichen Dank dafür - auch an die Fridays-for-Futures. Wir brauchen den Rückenwind dieses Parteitags, und dann werden wir die Kolleginnen und Kollegen in der Koalition treiben. Darauf habt ihr unser Wort. - Vielen Dank.

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Carsten. - Jetzt kommt Olaf Lies aus Weser-Ems, und dann hören wir Ralph Weinbrecht für die AGS.

(Beifall)

Olaf Lies, Weser-Ems:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich komme aus Niedersachsen.

(Beifall)

Niedersachsen ist Windenergieland Nummer eins, und Niedersachsen wird das erste Bundesland sein, das Klimaschutz in die Verfassung nimmt, und ich bin stolz auf die SPD in Niedersachsen, dass sie genau das beschlossen hat.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir alle haben die letzten drei Jahre erlebt: große Nässe 2017, Trockenheit 2018, 2019. Wir alle haben überlegt: Was hat das für Folgen? Aber ehrlicherweise: Schaut euch mal an, was woanders auf der Welt los ist, welche Konsequenzen und welche Folgen das an anderen Stellen hat. Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, muss Deutschland die Lokomotive beim Klimaschutz sein und nicht hintendran hängen. Vorneweg: Das muss das Ziel unserer Politik sein!

(Beifall)

Deswegen muss es in Deutschland ein Bild von Klimaschutz geben, und ich bin überzeugt davon: Klimaschutz ist eine Chance für uns. Lasst uns wegkommen davon, dass Klimaschutz ein Bild erzeugt, als wäre nun nichts mehr möglich.

Mit Klimaschutz wird es Veränderungen geben. Es wird neue Potenziale geben; es wird Wachstum geben, es wird neue Berufe geben. Und die Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, deutlich zu machen, dass Klimaschutz eine Chance ist - für die Menschen im Land, aber auch für die vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die genau auf diese Perspektive warten.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, warum bin ich dabei stolz auf die SPD? Die Grünen haben eine ganz einfache Antwort. Die sagen: Schaltet alles ab, das wird schon gut gehen! - Und die Konservativen haben auch eine einfache Antwort. Die sagen: Lasst alles so, wie es ist; ist doch egal, was den kommenden Generationen passiert. - Aber die Sozialdemokraten in diesem Land, die geben eine Antwort auf die Frage, wie eine Lösung aussehen kann.

Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, bin ich froh und stolz auch auf das, was die Bundestagsfraktion erreicht hat. Es ist die erste Regierung mit einer Bundestagsfraktion der SPD in Regierungsverantwortung, die dafür sorgt, dass wir ein Klimaschutzgesetz auf der Bundesebene haben. Das ist ein Erfolg. Lasst uns den nicht kleinreden, sondern lasst uns verbessern, was zu verbessern ist. Das muss unsere Aufgabe sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Übrigens müssen wir uns nicht verstecken. Die SPD hat in der Vergangenheit - wir haben es gehört - gerade mit Hermann Scheer und sozialdemokratischer Politik bewiesen, wie wir erfolgreich Klimapolitik und erneuerbare Energien voranbringen. Und das werden wir weitermachen. Aber eins werden wir nicht machen: Wir werden das nicht auf dem Rücken der vielen Kolleginnen und Kollegen machen. Lasst mich an der Stelle eins sagen: Bei allem Weg in den Klimaschutz und die Erneuerbaren Energien - wir sind stolz auf die vielen Kolleginnen und Kollegen, die auch heute noch in den Kraftwerken arbeiten und dafür sorgen, dass wir eine erfolgreiche Energieversorgung in Deutschland haben. Das sind Kolleginnen und Kollegen, die unsere Wertschätzung verdient haben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Aber wir werden gemeinsam mit ihnen den Wandel vollziehen. Wir werden dafür sorgen, dass zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen. Wenn wir das wollen, dann müssen wir aber auch die Ziele erreichen. Dann müssen wir die erneuerbaren Energien ausbauen. Dann brauchen wir mehr Strom aus erneuerbaren Energien. Dann müssen wir auch mehr in neue Technologien investieren - in Wasserstofftechnologien, in eine Chance für die Industrie.

Deswegen habe ich am Ende einen Wunsch: Lasst uns dafür sorgen, dass wir eine Zukunftstechnologie wie die Windenergie nicht kaputt machen. Ich werbe dafür, dass wir diese 1000-m-Regelung ablehnen. Wir wollen Lösungen im Gesetz, die den Ausbau von Windenergie möglich machen, und nicht ein Gesetz, dass die Erneuerbaren verhindert. - Ich danke euch.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Olaf. - Jetzt hat Ralph Weinbrecht das Wort. Ihm folgt Michael Thews aus Nordrhein-Westfalen.

Ralph Weinbrecht, Vorsitzender derAGS:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich finde den Antrag sehr gelungen. Einen großen Dank an Svenja

Schulze! Sehr gelungener Antrag, ganz tolle Geschichte.

Wir reden über Klima- und Umweltschutz. Um beim Umweltschutz denke ich auch an den Menschen. Die DUH gewinnt Prozesse wegen Feinstaub, nicht wegen CO_2. Die Leute sterben am Feinstaub; in Stuttgart ist jede Woche einmal Feinstaubalarm. Dieser Punkt wird hier leider vergessen. Wir müssten an der Stelle einfügen: Wir erwarten von der Automobilindustrie: Ab 2025 lassen wir nur noch Fahrzeuge in Deutschland und Europa zu, die Feinstaubfilter haben. Wir wollen Feinstaubfilter in den Tunnelanlagen nachrüsten. Die Leute sollen nicht weiter diesen Schmutz einatmen und daran sterben. Das wäre uns ein ganz wichtiger Punkt.

Wer ist denn Spezialist bei Stäuben? Das gibt uns eine große Chance. In den Kohleregionen sitzen die Spezialfirmen, die die Ideen haben, die seit Jahrzehnten mit Stäuben umgehen können und die ihn beim Bergbau aus der Luft bringen - ob ober- oder untertage. Wenn wir die Firmen stark machen, tun wir gleichzeitig noch etwas für den Strukturwandel. Lasst uns eine progressive Partei sein, lasst uns mutig sein, auch mal mit einer Idee nach vorne gehen und die Leute mal aufrütteln und sagen: Ja, wir haben eine Idee, wie Deutschland und Europa in Zukunft aussehen sollen. - Danke sehr.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Ralph. - Bevor Michael jetzt das Wort erhält, möchte ich darauf hinweisen: Wir haben noch zwei Wortmeldungen. Danach treten wir in die Abstimmungen ein. Falls ihr noch draußen seid, kommt bitte rein. - Jetzt spricht Michael Thews aus dem Unterbezirk Unna, und dann kommt Felix Heinrichs aus Nordrhein-Westfalen.

(Beifall)

Michael Thews, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen, häufig werde ich gefragt: Wie sieht es denn überhaupt aus mit Deutschland? Wie groß kann unser Anteil am Klimaschutz in der Welt überhaupt sein? Ich werde ab nächstem Montag mit einer Delegation des Bundestags in Madrid bei der Klimakonferenz sein. Ich kann euch aus den Erfahrungen bei den Konferenzen, aber auch aus vielen Gesprächen sagen: Die Welt schaut auf das, was wir hier tun. Die Welt schaut auf Deutschland. Und wenn wir als Staat mit Forschung, mit Innovation, mit Technik, mit dem Erhalt von Arbeitsplätzen es nicht schaffen, die Energiewende und auch die Wende beim Klimaschutz zu erreichen, dann kann es keiner. Deswegen ist das so wichtig, was wir heute beraten. Deswegen ist dieser Antrag so wichtig. Die ganze Welt schaut heute auf uns.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin aber auch Abgeordneter aus dem Ruhrgebiet. Mein Wahlkreis - Oliver hat es gesagt - ist der Kreis Unna und die Stadt Hamm. Ich glaube, es gibt kaum einen Wahlkreis, der so viele Steinkohlekraftwerke hat wie meiner. Das heißt, wir werden direkt von den Entscheidungen betroffen sein, die wir hier treffen. Es werden Arbeitsplätze wegfallen, und auch die Kommunen werden betroffen sein, weil gute Arbeit dort entfällt und unsicher ist, was an die Standorte gelangt. Deswegen ist es wichtig, dass wir dort das Heft des Handelns übernehmen. Ich kann mir diese Transformation, die auch sozial gestaltet werden muss, nur mit einer starken SPD vorstellen. Deswegen müssen wir für diesen Antrag und für eine starke SPD kämpfen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ein persönliches Anliegen habe ich noch. Ich bin im Bundestag auch der Berichterstatter für den Bereich Kreislaufwirtschaft. Das, was wir erreichen wollen, funktioniert nur, wenn wir es schaffen, CO_2 einzusparen, wenn wir Potenziale nutzen. Da gibt es im Bereich der Kreislaufwirtschaft noch viele Möglichkeiten, es gibt noch viel Potenzial, was wir noch nicht gehoben haben. Ich nenne den Bereich der Kunststoffe, aber wir haben heute zum Beispiel auch über Elektromobilität gesprochen. Ich kann mir das nur so vorstellen, dass die Wertstoffe, die dort eingesetzt werden, wie zum Beispiel Lithium, hier in Deutschland in den Kreislauf geführt werden. Deswegen müssen wir die Kreislaufwirtschaft stärken, soweit wir das können. Eine aktive Kreislaufwirtshaft stärkt nachhaltige Arbeitsplätze in Deutschland, spart Ressourcen und letzten Endes auch CO_2. Deswegen glaube ich, dass es sich lohnt, sich auch Gedanken um diesen Bereich zu machen und die Potenziale zu heben. - In diesem Sinne: Vielen Dank, Glück auf! Und viel Spaß gleich beim Parteiabend.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Michael. - Jetzt hat Felix Heinrichs als letzter Redner in der Debatte das Wort.

Felix Heinrichs, Nordrhein-Westfalen:

Dann freut es mich besonders, als Mönchengladbacher der letzte Redner heute zu sein, wie ihr euch denken könnt.

(Beifall)

Als Spitzenreiter ist das ein schönes Gefühl, bei der SPD beim Parteitag zu stehen. Wenn wir auch als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Spitzenreiter bei der Klimapolitik werden wollen - lasst mich den Begriff nutzen -, dann müssen wir deutlich machen, dass Klimaschutz und Industriepolitik für uns keine Gegensätze sind, sondern immer fest Hand in Hand gehen müssen. Das

haben wir in Nordrhein-Westfalen bei unserem Prozess „Rot pur“ im September beschlossen. Wir haben eindeutig gesagt, dass nur die Industriebranchen eine Zukunft haben, die sich auf nachhaltiges Wirtschaften ausrichten, die Ökologie und Ökonomie gemeinsam denken. Das steckt mit in diesem Antrag.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen aber noch etwas gesagt. Wir haben gesagt: Diejenigen, die nicht bereit sind, sich auf diesen Weg einzulassen, die nicht bereit sind, sich zu wandeln, die haben irgendwann auch die Chance verspielt, dass wir sie in 15 oder 20 Jahren mit vielen Staatsinvestitionen retten werden. Genossinnen und Genossen, wer jetzt die Zeichen der Zeit nicht erkennt, der darf nicht darauf hoffen, dass wir ihm in zehn oder 15 Jahren aus der Patsche helfen.

Industriepolitik bedeutet für uns aber auch ganz konkret - und ich bin in Mönchengladbach Fraktionsvorsitzender und OB-Kandidat -,

(Beifall)

dass wir es möglich machen, dass mit den Investitionen, die vom Bund kommen, die gefordert sind, auch etwas umgesetzt werden kann. Das ist mir als Praktiker von der Ebene der Kommunen wichtig.

Wir reden über viele Milliarden. Allein in Mönchengladbach brauchen wir zum Beispiel im öffentlichen Nahverkehr über 100 Millionen Euro zusätzlich, wenn wir in den nächsten zehn Jahren nur auf elektrobetriebene Busse umstellen würden. Aber das Problem wird nicht nur das Geld sein im Jahrzehnt der Investitionen. Es wird auch die Frage sein, ob die Industrie die Kapazität hat, uns am Ende des Tages 250 Busse zu liefern. Und ich sage euch eins: Im Moment kriegen wir nicht mal vier nach Mönchengladbach, weil bei Ausschreibungen kaum etwas rauskommt. Das kennen viele von euch von der kommunalen Basis. Wir erwarten also nicht nur Geld vom Bund.

Wir erwarten - und da müssen Industrie- und Klimaschutzpolitik Hand in Hand gehen -, dass auch die Industriezweige und hier gerade die Automobilindustrie sich einstellen, die Kapazitäten schaffen und mit dazu beitragen, dass wir unsere hochgesteckten Klimaschutzziele erreichen und wir nicht irgendwann in zehn Jahren traurig in die Röhre gucken und sagen, wir haben uns das zwar fest versprochen, das Geld war auch da, aber leider fährt kein Bus und keine Straßenbahn. - Danke schön.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Felix. - Es hat jetzt eine Reihe von Änderungswünschen gegeben. Deswegen schlage ich vor, dass wir zunächst Anke Rehlinger für die Antragskommission hören.

Anke Rehlinger, Antragskommission:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, ganz herzlichen Dank für die, wie ich finde, wirklich gute Debatte zu einem guten Antrag, bei dem wir jetzt noch gucken wollen, wie wir aus den Abänderungsanträgen einen vielleicht noch einen ganz kleinen bisschen besseren Antrag machen können. Ich will mich an der Stelle auch ganz herzlich bedanken, weil ich bei dem einen oder anderen jungen Debattenredner hier gesehen habe, dass es ihm ein bisschen mulmig war, als er nach hier vorne gekommen ist. Ich finde es aber ganz toll, dass die Themen für diejenigen, die hier unterwegs waren, so wichtig sind, dass sie sich getraut haben, auf diesem Bundesparteitag hier vorne hinzugehen.

(Beifall)

Das ist nicht nur thematisch betrachtet eine Zukunftsdebatte, sondern auch mit Blick auf diejenigen, die sich jetzt in die Politik einmischen, weil es jetzt gilt, Politik zu machen, in dem Fall für Klima und für Wirtschaft.

Wir haben an der Debatte gesehen: Wir machen es uns nicht einfach, und das ist für uns keine eindimensionale Debatte, sondern das muss von allen Seiten richtig beleuchtet sein, damit es auch funktioniert. Das donnernde Sowohl-als-auch von Willy Brandt ist nicht nur eines, bei dem der eine das und der andere das sagt und der Bürger sich heraussuchen soll, was die Position der SPD ist, sondern es ist diejenige, die von uns beschrieben ist als eine des Ausgleichs.

Wir haben dazu noch eine Reihe von Änderungsanträgen vorliegen. Ich würde sie gerne mit euch durchgehen. Einen Teil davon werden wir als Antragskommission zur Annahme empfehlen, damit wir dann nachher in der geänderten Fassung über den Antrag abstimmen können. Ein paar wenige sind auch noch strittig geblieben. Aber es gehört eben mit zur Debatte, dass wir das hier auf dem Parteitag tun. Ich finde, dass um die Uhrzeit noch alle hier anwesend sind, ist auch ein Zeichen dafür, dass das keine Debatte ist, die am Rande unserer Programmatik, sondern im Zentrum dieser Programmatik stattfindet. Auch dafür ein ganz herzliches Dankeschön.

(Beifall)

Ich möchte beginnen mit einem Antrag aus Bayern; ich versuche, es weitgehend den Seiten nach zu strukturieren. Dort geht es um Änderungen auf der Seite 5, zum einen die Zeile 177 betreffend, aber auch die Zeile 262 betreffend und den gleichen Gedanken dann auch abbildend die Zeile 554 betreffend. Und zwar geht es jeweils um die Frage, ob das Ziel der Treibhausgasneutralität, das mit dem Jahr 2050 beschrieben ist, auf das Jahr 2040 vorgezogen werden soll. Das heißt, der Änderungsantrag bezieht sich jeweils darauf, dass „2050“ durch „2040“ ersetzt wird. Das ist ein Punkt, den wir als Antragskommission nicht mit unterstützen wollen, weil wir glauben, dass es nicht der richtige Weg ist, immer mehr und weiter das Ziel auszuweiten, sondern dass es jetzt erst einmal darum geht, die beschlossenen Maßnahmen auf den Weg zu bringen, und dass es auch darum geht, das Machbare im Auge zu behalten, auch wenn das Wünschenswerte vielleicht mit „2040“ deutlich besser ausgedrückt wäre. Insofern: Die Antragskommission will diesen Abänderungsantrag nicht übernehmen. Deshalb müssen wir ihn jetzt auf unserem Bundesparteitag streitig abstimmen.

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Ihr habt das Votum der Antragskommission gehört. Sie votiert auf Ablehnung des Änderungsantrags. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Damit folgen wir dem Votum der Antragskommission.

Anke Rehlinger, Antragskommission:

Vielen Dank. - Dann kommen wir zu einem weiteren Punkt des Antrages. Hier geht es um Zeile 263. Dort soll eine Ergänzung erfolgen hinter dem Wort „bei“. Diese Ergänzung soll lauten: „Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, das Deutschland zustehende Budget an Treibhausgasemissionen gemessen am 1,5-Grad-Ziel einzuhalten.“ Das ist eine Debatte, die man sicherlich führen kann. Sie ist auch legitim. Sie wird sowohl in der Wissenschaft als auch von Praktikern geführt, ob es der Weg ist, die Zielbeschreibung oder aber auch die Wegbeschreibung vorzunehmen. Es ist allerdings eine Methode, die auf vielen Annahmen beruht, auch was die Zuschreibung des Budgets angeht. Wir denken, es ist die vorzugswürdigere Variante, dass die Maßnahmen, so wie sie beschlossen und auch auf einer Zeitachse beschrieben worden sind, womit sie eine maximale Konkretisierung erfahren haben, genannt werden. Mit dieser Begründung würden wir auch diesen Antrag nicht zur Annahme empfehlen, sodass wir jetzt auch über dieses Votum unserer Antragskommission auf Nichtannahme dieses Änderungsantrages abstimmen müssten.

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Okay. - Ihr habt es gehört: Die Antragskommission empfiehlt, diesen Änderungsantrag abzulehnen. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Das Erste war nach unserer Auffassung die Mehrheit. Dann ist das so, wie die Antragskommission vorgeschlagen hat.

Anke Rehlinger, Antragskommission:

Dann kommen wir zum Abänderungsantrag die Zeilen 493 bis 498 betreffend. Dort geht es um die Frage der energetischen Sanierung von Gebäuden. Vorangestellt ist eine Beschreibung, dass das durchaus auch über steuerliche Anreize abgebildet werden kann. Das beschreibt den jetzigen Pfad. Der Antrag will weiterhin und darüber hinaus darauf hinweisen, dass wir bei der Förderung vor allem weniger vermögende Haushalte berücksichtigen und dafür auch das passende Förderinstrument auswählen müssen. Das ist ein Antrag, den wir übernehmen würden, sodass dieser Passus

dann ergänzend hinten angefügt würde. Er würde an der Stelle lauten: „Damit die energetische Sanierung von Gebäuden in der Fläche weiter vorankommt, werden wir die Zuschussförderprogramme für den klimagerechten Umbau von privat genutztem Eigentum so ausbauen, dass insbesondere weniger vermögende Haushalte auch profitieren." Das ist eine Absichtserklärung. Das empfehlen wir zur Annahme und würden das dann auch gleich in den Antrag mit übernehmen.

Wir haben einen letzten Punkt die Zeile 629 betreffend. Dort wäre einzufügen nach dem Wort „sagen": „Ein sozialer Ausgleichsmechanismus ist dabei unverzichtbar." Dem Grunde nach ist das der richtige Gedanke. Die Auffassung der Antragskommission dazu war, dass wir bereits gestern in unserem Leitantrag, insbesondere was die Frage von sozialen Ausgleichen in diesem Zusammenhang angeht, eine sehr gute, eine sehr abgestimmte Formulierung gefunden haben, die an der Stelle auch sehr konkret ist, und wir sie jetzt nicht durch eine deutlich interpretierbare Variante ersetzt wissen wollen, sodass wir entweder auf diese Formulierung ganz verzichten oder aber zumindest die Formulierung von gestern mit übernehmen wollten. Der Antragsteller wollte allerdings, dass diese Formulierung mit abgestimmt wird, sodass wir jetzt darüber abstimmen müssten, ob dort eingefügt wird: „Ein sozialer Ausgleichsmechanismus ist dabei unverzichtbar." Wir würden das nicht übernehmen, sodass das jetzt strittig abgestimmt werden muss. Das Votum der Antragskommission lautet: Ablehnung.

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Dann stimmen wir über dieses Votum ab. Wer stimmt der Antragskommission zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das Erste war deutlich die Mehrheit. Dann ist das so.

Anke Rehlinger, Antragskommission:

Vielen Dank. - Wir kommen zu weiteren Abänderungsanträgen die Seite 5, Zeile 200 betreffend. Dort geht es um die Frage, wie wir an der Stelle das Thema der Mindestabstände definieren. Es geht um eine Ergänzung, die da lauten würde: „Pauschale überzogene Mindestabstände sind nicht geeignet, die notwendigen Flächen für Windenergie zur Verfügung zu stellen." Das wäre eine Abänderung, die wir von der Antragskommission her übernehmen würden.

(Beifall)

Das andere ist eine sprachliche Anpassung in der gleichen Zeile. Dort steht momentan noch „aber auch". Das würde einen Widerspruch darstellen, der es faktisch und auch sprachlich gar nicht sein soll, sodass dort nur noch „auch" stünde. Das ist nur eine sprachliche Anpassung. Die würden wir als Antragskommission übernehmen.

Wir kommen zur Zeile 204. Dort ist von unserem Genossen aus Rheinland-Pfalz eine Ergänzung be-

antragt worden; so lag uns der Zettel vor. Da geht es darum, dass Verhinderungsplanungen wie die bayerische 10H-Regelung gesetzlich von uns eingeschränkt werden. Das ist zunächst einmal eine Option, die den Ländern eingeräumt worden ist. Wenn die Länder davon Gebrauch machen, ist das insofern erst einmal von uns bundesgesetzlich nicht einzuschränken. Wir würden den Gedanken allerdings trotzdem aufgreifen wollen. Denn wir wollen ja keine Verhinderungsplanung, sondern wir wollen das tatsächlich im Ausbau ermöglichen. Wir würden euch gerne stattdessen eine Formulierung vorschlagen, die da lautet: „Verhinderungsplanungen wie die bayerische 10H-Regelung halten wir für nicht zielführend." Das wäre die Formulierung, die wir beschreibend so übernehmen würden.

Es gab einen weiteren Punkt in diesem Zusammenhang, und zwar in Zeile 233. Dort ging es um die Speicher und Regelkraftwerke; das ist eben auch hier mündlich vorgetragen worden. Dort geht es darum, dass wir uns jetzt darauf verständigen sollten, dass das bereits in der Projektentwicklung gefördert wird. Da ist nicht die Frage, ob wir das für sinnvoll halten oder nicht, sondern eher die Frage, ob dieser Parteitag auch die Förderpraxis schon definitiv beschreiben soll oder eher das politische Ziel beschreiben soll. Wir würden den Gedanken gerne aufgreifen und an der Stelle nicht sagen, das soll stärker gefördert werden, sondern sagen, wir sind der Auffassung, dass das eine wichtige Rolle darstellen würde. Insofern würden wir diesen Passus auch mit übernehmen.

Ich komme zur Seite 8, dort zu den Zeilen 299 ff. Joachim Schuster hat dazu hier am Rednerpult gestanden und gesprochen. Er hat vorgetragen, dass wir da auch einen Blick auf das EU-Wettbewerbsrecht werfen müssen, wenn das getan werden soll, was wir für notwendig halten, damit die Investitionen tatsächlich auch staatlicherseits unterstützt werden können; das heißt also Wettbewerbsrecht und Beihilferecht. Die Formulierung dazu lautet: „In diesem Zusammenhang werden wir prüfen, welche Änderungen im EU-Wettbewerbsrecht und im Beihilferecht erforderlich sind." Das ist eine Änderung, die wir gerne mit übernehmen würden.

Gleiches gilt für die Zeile 301. Dort streichen wir den Satz, der jetzt noch im Antrag drinsteht, und würden ihn durch den folgenden Satz ersetzen: „Deswegen treten wir für einen europäischen WTO-konformen CO_2-Grenzausgleich ein." Auch das ist präzise, auch das ist richtig, und auch das ist notwendig, wenn wir dort tatsächlich effektive Maßnahmen ergreifen wollen. Wir ergänzen hintendran noch etwas und sagen: „und streben an, bis 2050 CO_2-neutral zu produzieren." Auch hier haben wir eine klare Zielsetzung, die wir für richtig halten, der wir uns gerne anschließen und die wir deshalb in den Antrag übernehmen wollen.

(Beifall)

Wir haben nur noch ganz wenige Anträge.

Wir haben noch den Antrag die Seite 10, Zeile 393 betreffend. Dort geht es um eine Einfügung. Da bewegen wir uns im Bereich der Mobilität und beschäftigen uns mit der Frage des GVFG und wie es ausgestaltet sein muss. Die Formulierung dazu lautet: „Um auch die infrastrukturellen Voraussetzungen für einen klimafreundlichen ÖPNV zu schaffen, passen wir das GVFG dahin gehend an,

dass bei der Prüfung der Förderfähigkeit notwendigen Nutzen-Kosten-Untersuchung auch Klimaschutzaspekte berücksichtigt werden." Ich finde, das ist ein so schöner Satz; man kann gar nicht Nein sagen. Auch ihn wollen wir an dieser Stelle übernehmen.

(Beifall)

Wir haben dann die Zeile 430 auf Seite 11 betreffend eine Konkretisierung, die da lautet: „Um den Umstieg zu beschleunigen, unterstützen wir die Fraktion im Europäischen Parlament in ihren Bemühungen, fossile Treibstoffe in der gewerblichen Schiff- und Luftfahrt europaweit entsprechend ihren Umwelt- und Klimafolgen zu besteuern und Mehrwertsteuerprivilegien abzuschaffen." Auch das ist sinnvoll und wird von uns in den Antrag mit übernommen.

(Beifall)

Ich komme noch einmal zurück auf Seite 2, Zeilen 15 bis 17. Dort wird noch einmal das Thema Abstandsflächen aufgegriffen. Es soll dort lauten: „Pauschale Abstandsregelungen sind nicht geeignet, die notwendigen Flächen für Windenergie zur Verfügung zu stellen." Auch das ist ein Abänderungsantrag, der von uns übernommen würde.

(Beifall)

Daneben gibt es einen Antrag die Seite 10, Zeile 423 betreffend; das ist hier ebenfalls mündlich vorgetragen worden. Das betrifft die Frage des Verbrennungsmotors und ob sich dieser Bundesparteitag zu eigen macht, dass wir hier auch quasi ein Ablaufdatum für den Verbrennungsmotor beschließen, in dem Fall auch benannt mit dem Jahr 2035.

Die Antragskommission empfiehlt, diesen Änderungsantrag, der genau lautet „Daher werden wir 2035 keine fossilen Pkw mehr zulassen", nicht zu übernehmen, weil wir glauben, auch an dieser Stelle dem Rechnung tragen zu müssen, was wir sonst immer auch als wichtig erachten, nämlich Technologieneutralität an der Stelle. Dass der Verbrennungsmotor eine immer geringere Rolle spielen wird, ist sicherlich keine ganz neue Erkenntnis. Aber ob wir an dieser Stelle einen endgültigen Ausstieg beschließen sollten, war zumindest nicht die Auffassung in der Antragskommission. Deshalb würden wir euch diesen Antrag auch zur Ablehnung empfehlen.

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Dann müssen wir hier über das Votum abstimmen. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung des Änderungsantrags. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das Erste war die Mehrheit. Dann ist das so, wie von der Antragskommission empfohlen.

Anke Rehlinger, Antragskommission:

Ganz herzlichen Dank. - Dann haben wir eine ganze Reihe von Juso-Anträgen, die aber allesamt geeinigt sind und die wir auch übernehmen wollen. Ich werde sie euch jetzt vortragen; denn ihr müsst ja wissen, worüber anschließend abgestimmt wird.

Das betrifft zum einen die Zeile 25 dergestalt, dass wir die „Zähmung der Märkte“ streichen und ersetzen durch „Einführung sozialer Standards, guter Arbeitsbedingungen und von Mitbestimmung“.

In der Zeile 46 fügen wir ein: „Wir brauchen“. Dann kommt ein ganzer neuer Absatz: Unsere Antwort: ein Green New Deal. Um diese Menschheitsaufgaben zu meistern, brauchen wir jetzt einen Green New Deal. Das bedeutet für uns massive Investitionen und aktive staatliche Steuerung, also ein Klimaschutz und eine Investitionspolitik für die vielen. Konkret heißt das: In der Zeile 74 ff. soll der gesamte Absatz gestrichen werden, anfangend mit: „Die Entscheidung für den Einzelnen darf nicht lauten“ und endend mit „Vielmehr ist die Vereinbarkeit unserer politischen Aufgabe“. Das soll komplett gestrichen werden.

Gleichfalls gestrichen die Zeile 132: und der darauffolgenden.

Dann in der Zeile 202 eine Einfügung, die lautet: Die Abstandsregelungen für Windenergie werden so festgelegt, dass dadurch der notwendige Zubau nicht abgewürgt wird.

In der Zeile 233 nach „Speicherkapazitäten“ „weiterentwickeln“ einfügen und in der Zeile 302 nach „Gewerkschaften“ „Umweltforschung“ als zusätzlichen Begriff einfügen.

Wir haben in der Zeile 382 nach „Güterverkehr“ noch folgenden Satz einzufügen: „Bundesmobilitätsplan werden, der nach einem klaren Schwerpunkt auf die Schiene gesetzt wird“.

In der Zeile 393 wird nach „zu finden“ eingefügt: „Um auch den Mobilitätsbedürfnissen im ländlichen Raum gerecht zu werden, kämpfen wir dafür, dass Busse und Bahnen nicht an den Grenzen der Landkreise enden. Bis 2030 muss der ländliche Raum durch flächendeckende Nahverkehrsverbünde erschlossen sein.“

In der Zeile 396 nach „gemacht werden“: „In Wohngebieten, an Haltestellen und an Bahnhöfen ist es oft schwer, einen sicheren und bestenfalls wettergeschützten Abstellort für Lastenfahrräder zu finden. Diese müssen auch unter Aufopferung von Autoparkplätzen stärker geschaffen werden. Zudem muss die rechtliche Grundlage, zum Beispiel die StVO, reformiert werden, sodass sie die Bedürfnisse und Sichtweisen von Fußgängern und Fahrradfahrern stärker in den Fokus nimmt.“

Bei der Zeile 415 nach „auf den Weg bringen“ fügen wir ein: „In den Städten nehmen Autos zu viel Fläche ein. Das benachteiligt andere Verkehrsformen und beeinträchtigt den Aufenthalt im öffentlichen Raum.“

In der Zeile 424 fügen wir ein: „Der Umbau der Automobilindustrie darf nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen. Der Prozess muss ab sofort aktiv begleitet und ohne soziale Ungerechtigkeiten gestaltet werden.“

In der Zeile 624 nach „zu beenden“: „um sie im Rahmen von Vermögensteuer und Erbschaftsteuer stärker an den Kosten der Transformation zu beteiligen.“

Der letzte Änderungsantrag der Jusos: Füge ein in Zeile 625 nach „auf Dauer zu stellen“: „Diese stetig notwendigen Investitionen dürfen nicht an dogmatischen Positionen wie Schäubles schwarzer Null scheitern, damit ein Green New Deal tatsächlich möglich ist.“

Alles das übernehmen wir. Ein herzliches Dankeschön an die Jusos!

(Lebhafter Beifall)

Ein letzter Antrag, den Gesamtbereich betreffend nicht IA 5 , nämlich den Antrag U 30, Mobilität betreffend. Dort geht es um die Frage von Feinstaub. Dort haben wir entgegen dem, was als Votenliste ausgelegt ist, das Votum geändert. Es wäre jetzt die „Überweisung an das Forum Mobilität der Zukunft“, an das auch ganz viele Anträge, die zu diesem Bundesparteitag gestellt worden sind, verwiesen worden sind, damit auch dort ein ganzheitliches Konzept über die Frage der Mobilität der Zukunft diskutiert, aufgestellt und dann nach vorne getrieben werden kann. Aber hier an dieser Stelle würden wir auch gerne diesen Antrag hinzufügen.

Das waren alle Änderungsanträge, die im Rahmen dieser Debatte bei uns vorgelegt worden sind. Wir haben sie votiert. Damit können wir jetzt auch über den geänderten Antrag IA 5 in der jetzt aktuellen Fassung abstimmen. Das macht der Oliver.

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Fast können wir abstimmen. Es gibt noch eine strittige Frage zu klären. Der Antragsteller war mit einer Formulierung der Antragskommission nicht einverstanden. Das müssen wir noch abstimmen. Erik Schöller wird noch einmal kurz sagen, worum es geht. Dann kannst du den Vorschlag der Antragskommission sagen. Dann stimmen wir ab.

(Beifall)

Erik Schöller, Rheinland-Pfalz:

Liebe Genossinnen und Genossen, vielen Dank! Vielen Dank, liebe Anke! Vielen Dank auch an dieser Stelle für die Antragskommission für ihre Arbeit. Das ist wirklich bemerkenswert, dass man in der kurzen Zeit zum Initiativantrag zu jedem Änderungsantrag eine Stellungnahme einbringt. Das begrüße ich sehr.

(Beifall)

So sehr ich auch verstehe, dass man nicht konkret auf Pumpspeicherkraftwerke in der Zeile 243 eingehen möchte und das zu einer Willenserklärung abgeschwächt hat, muss ich doch sagen: Ich finde mich da nicht wieder. Denn in meinem Änderungsantrag zu diesem sehr guten Antrag IA 5 ist für mich ganz klar, dass wir sagen müssen: Wir unterstützen die Bestrebungen, Speicherkraftwerke zu bauen, von Beginn an. Wir sind ab der ersten Stunde dabei als Bund und unterstützen das aktiv und finden das nicht nur wichtig.

Deswegen würde ich euch bitten, die Empfehlung der Antragskommission abzulehnen, den Änderungsantrag anzunehmen und dann den geänderten Antrag IA 5 möglichst breit anzunehmen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Antragskommission:

Die Begründung hat die Antragskommission überzeugt. Wir nehmen diese Version im Änderungsantrag im IA 5 mit auf.

(Lebhafter Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur Schlussabstimmung über den Initiativantrag 5 mit dem Titel: „Wir bauen unser Land um: sozial, ökologisch, demokratisch, gerecht“. Wer dem so geänderten Initiativantrag zustimmen will, den oder die bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Ganz wenige Gegenstimmen. Wer enthält sich? - Eine Enthaltung. Dann ist dieser Antrag mit überwältigender Mehrheit so vom Parteitag angenommen worden.

Die Antragskommission empfiehlt damit, die von mir eben auch aufgerufenen Anträge aus dem U-Bereich für erledigt zu erklären. Möchte jemand, dass ich sie noch einmal aufzähle?

((Zuruf)e: Nein!)

Nein. Das scheint nicht der Fall zu sein.

Seid ihr damit einverstanden, dass sie erledigt sind? Dann bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann danke ich euch dafür.

Ich rufe jetzt den Initiativantrag 11 auf: Potenziale der Windenergie für die Erreichung der Klimaschutzziele nutzen und zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen nutzen. - Die Antragskommission hat schon eine modifizierte Fassung vorgelegt, sodass ich davon ausgehe, dass wir jetzt direkt zur Schlussabstimmung kommen können.

Wer dem so geänderten Initiativantrag 11 zustimmt, den oder die bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Eine Gegenstimme. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist auch dieser Antrag so angenommen.

ANTRAGSBERATUNG BEREICH VERBRAUCHERPOLITIK

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Ich rufe jetzt die übrigen Anträge aus dem U-Antragsbereich auf. Die Voten seht ihr im Antragsbuch. Wir haben jetzt eine Wortmeldung von Sara Ryglewski zu den übrigen U-Anträgen.

(Beifall)

Sara Ryglewski, Parteivorstand:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich mache es ganz kurz: Ich empfehle euch einfach zum Thema Verbraucherpolitik den sehr guten Antrag des großartigen Themenforums Verbraucherpolitik in der SPD U96, wo die Leitlinien sozialdemokratischer Verbraucherpolitik festgelegt sind.

Ich möchte euch einfach nur zwei Schlagworte sagen. Eine der Botschaften, die ich von diesem Parteitag mitnehme, ist, dass wir wieder dafür sorgen wollen, dass der Staat gegenüber Märkten handlungsfähig ist und die Interessen seiner Bürgerinnen und Bürger durchsetzen kann. Ich glaube, da ist Verbraucherpolitik - da bin ich der festen Überzeugung - eines der wirksamsten Instrumente, wo genau dieses Verhältnis konkret und für den Bürger erlebbar wird. Ich glaube, dass wir hier unsere Stärken stärken müssen, dass wir hier progressiver werden müssen, dass wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dieses Kernfeld der Politik auch stärker nach vorne tragen müssen. Deswegen bitte ich euch, diesen Antrag anzunehmen und weiter mit mir dafür zu kämpfen, dass wir hier an der Stelle unsere Kompetenzen aufbauen.

Vielen Dank. Ich wünsche ich euch einen schönen Parteiabend.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Danke, Sara. - Die Antragskommission empfiehlt euch, so vorzugehen, wie im Antragsbuch die Voten und in den entsprechenden Tischvorlagen ausgedruckt sind.

Ich weise darauf hin, dass zum U30 das Votum abgeändert worden ist, so wie Anke das gerade erwähnt hat. Der soll überwiesen werden an das Forum Mobilität.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Deswegen können wir dann jetzt zur Abstimmung über die übrigen Anträge aus dem U-Bereich kommen. Wer den Voten der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Eine Enthaltung. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

(Beifall)

Zum Schluss rufe ich auf den Antragsbereich V. Hierzu liegt euch der Initiativantrag I 8 vor mit einer Tischvorlage, wo die Antragskommission auch schon Änderungswünsche mit übernommen hat.

Die Antragskommission empfiehlt, diesen Initiativantrag in dieser geänderten Form anzunehmen. Aufgerufen sind zudem die Anträge V1 bis V81, die sich im Antragsbuch auf den Seiten 915 bis 947 befinden. Möchte die Antragskommission das Wort dazu ergreifen? - Das ist nicht der Fall.

(Beifall)

Weitere Wortmeldungen liegen uns auch nicht vor. So können wir also zur Abstimmung über den V-Bereich kommen. Die aufgerufenen Anträge sollen wie im Antragsbuch empfohlen beschlossen werden und der Initiativantrag I 8 in der geänderten Form. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Bei wenigen Enthaltungen so beschlossen.

Damit sind wir jetzt am Ende der Antragsberatungen für heute. Es gibt aber jetzt noch Hinweise zum Parteiabend von Gabriele.

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

Die Hinweise kommen von mir. Ich sehe einige schon in Hut und Mantel. Ich will euch aber Folgendes sagen: Bitte denkt daran: Was auf den Stühlen liegt, das bleibt. Alles, was auf den Tischen ist, findet ihr morgen nicht mehr. Da könnt ihr jetzt entscheiden, wie ihr damit umgeht.

Denkt bitte dran: Morgen geht es bereits um 9 Uhr los. Ihr könnt - das ist für die Frühaufsteher - ab 7.30 Uhr in die Halle.

Jetzt kommt das Allerwichtigste: Wie kommt ihr zum Parteiabend? Vorm Parteitagsgelände fahren zwischen von jetzt an und 22.45 Uhr Shuttlebusse vom Haupteingang Messe-Süd - das ist der, den wir nutzen - regelmäßig zum Palais am Funkturm. Da haben wir ja unseren Abend, den wir uns hart erarbeitet haben gestern und heute. Die Rückfahrt in die Hotels muss dann individuell erfolgen.

Falls ihr noch ausgeliehene Kopfhörer habt, gebt die bitte ab. Ich rate euch dringend, Gepäckstücke schon jetzt aus der Garderobe mitzunehmen; die wird nämlich nach dem Parteiabend geschlossen sein.

Ich wünsche uns allen jetzt eine supertolle Feier. Ihr habt sie euch wirklich hart erarbeitet. Wir sagen vom Tagungspräsidium aus vielen Dank. Wir sehen uns gleich in wirklich netter Atmosphäre zum Feiern. Tschüss.

(Beifall)

(Schluss: 20:34 Uhr)

PROTOKOLL SONNTAG, 8. DEZEMBER 2019

Beginn: 9:29 Uhr

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Guten Morgen, liebe Genossinnen und Genossen, zum dritten Tag des Bundesparteitags der SPD. Ihr hattet hoffentlich alle einen wunderbaren Parteiabend gestern. Das ist ja immer etwas, was uns auch viel Kraft abfordert, und ich sehe, ihr seht alle sehr gut aus. Wir können also frisch und munter in den letzten Start starten.

Wir haben heute noch einiges zu besprechen und einiges zu klären und wollen gleichzeitig dafür sorgen, dass ihr rechtzeitig die Heimreise in die Landesverbände und Bezirke antreten könnt. Deswegen will ich jetzt zu Beginn noch mal sagen, welche Antragsbereiche wir aufrufen.

Wir werden heute beginnen mit „Steuern und Wirtschaft“; das wird die erste Debatte gleich sein, wenn wir einige andere Dinge im Vorfeld abgeräumt haben, die wir führen werden Und danach werden wir „Bildung und Jugend“, „30 Jahre Friedliche Revolution“, „Friedens-, EU- und Außenpolitik“, „Gesundheit“, „Innen“ und „Medien, Kultur und Digitales“ aufrufen. Wir werden versuchen, hier vom Tagespräsidium aus die Reihenfolge so zu machen, dass wir möglichst viel von dem noch abarbeiten können, und bitten euch da auch ein bisschen um Vertrauen, dass wir das so machen, dass das auch im Interesse der Delegierten ist.

Wir werden die Zeitvorgabe nur dann einhalten und insbesondere eure rechtzeitige Abreise nur dann sicherstellen können, wenn alle Rednerinnen und Redner sich darauf konzentrieren, ihre Redebeiträge hier in der vorgesehenen Redezeit von drei Minuten zu absolvieren. Wir werden auch genau darauf achten und bitten um Verständnis dafür, dass wir euch vielleicht auch noch mal daran erinnern, wenn die Redezeit vorbei ist, aber ich glaube, das ist eine wichtige Voraussetzung, und alle Rednerinnen und Redner können ja auch im Verlauf der Debatte dann noch mal prüfen, ob ihre Wortbeiträge noch eingebracht werden müssen oder ob nicht vielleicht andere schon das gesagt haben, was in der Sache wichtig ist.

Am Ende werden wir dazu kommen, dass wir vielleicht den einen oder anderen Bereich aus dem Antragsbuch hier nicht mehr abarbeiten können. Wir würden euch dann einen Vorschlag machen, das an den Parteivorstand zu überweisen. Aber dazu kommen wir dann später. Erst mal, würde ich sagen, probieren wir, so viel wie möglich hier heute zu erledigen.

So viel zum Auftakt und zur Übersicht über den Tag.

Wir haben gestern ja noch die letzte Wahl durchgeführt, die Wahl der Delegierten zum Kongress der SPE. Diese Wahl haben wir gestern durchgeführt, und ich würde jetzt die Vorsitzende der Mandatsprüfungs- und Zählkommission, Monika Schaal, bitten, das Ergebnis vorzutragen.

Ich kann vorab schon mal den Hinweis machen, dass ihr das dann auch gleich noch mal schriftlich auf die Tische verteilt bekommt, aber Monika wird jetzt erst mal das Ergebnis bekannt geben.

ERGEBNIS WAHL DER SPE-DELEGIERTEN

Monika Schaal, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:

Ich wünsche jetzt erst mal einen schönen guten Morgen, liebe Genossinnen und Genossen, und ich gebe euch jetzt die Namen der gewählten Delegierten zum SPE-Kongress in alphabetischer Reihenfolge bekannt: Luisa Boos, Udo Bullmann, Delara Burkhardt, Vivien Constanzo, Jaqueline Dejosez, Matthias Dornhuber, Knut Fleckenstein, Evelyn Gebhardt, Roman Gherman, Stefan Gran, Ulrike Hiller, Christine Jung, Christina Kampmann, Enrico Kreft, Constanze Krehl, Johannes Kup, Bernd Lange, Dörte Liebetruth, Arne Lietz, Anna Neuendorf, Norbert Neuser, Maria Noichl, Cornelia Ott, Christian Petry, Heike Raab, René Repasi, Birgit Sippel, Ingo Wagner, Maya Wallstein, Claudia Walther, Martina Werner, Viola Weyer und Tiemo Wölken.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Monika. - Wie gesagt: Das Ergebnis bekommt ihr gleich auch noch mal auf die Tische gelegt.

Es gibt in der jüngeren Geschichte der SPD keinen Bundesparteitag, wo wir nicht auch am letzten Parteitagstag eine Sammlung zugunsten des Marie-Schlei-Vereins durchführen. Der Marie-Schlei-Verein kümmert sich um Hilfe für Frauen in Afrika, Asien und Lateinamerika, und wie in jedem Jahr wird Christa Randzio-Plath uns kurz darüber berichten, welche Aktivitäten wir heute hier unterstützen können. Herzlichen Dank, Christa, dass du heute da bist.

(Beifall)

SPENDENAUFRUF FÜR DEN MARIE-SCHLEI-VEREIN

Christa Randzio-Plath, Vorsitzende Marie-Schlei-Verein:

Liebe Genossinnen und Genossen, zu einem erfolgreichen Parteitag gehört das Bekenntnis zu einem neuen Weg in der Sozialpolitik, in der Armutsbekämpfungspolitik, in der Politik des Endes der Ungleichheit. Dazu gehört auch unser Bekenntnis zur Nachhaltigkeit, und zwar zur ökologischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Nachhaltigkeit; das ist unser Ziel. Dazu gehört es, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern weltweit auch von uns solidarisch unterstützt wird.

(Beifall)

Unsere erste sozialdemokratische Entwicklungsministerin, Marie Schlei, feierte am 26. November dieses Jahres ihren 100. Geburtstag - leider nicht mehr lebendig. Wir haben ihrer gedacht, und noch heute gilt, dass wir Genderkonzepte, Gleichstellungsstrategien und geschlechtergerechte Haushalte brauchen, damit die Entwicklung positiv erläuft und wir nicht in Zeiten leben, wo 48 Männern in der Regel die Hälfte des Reichtums dieser Erde gehört.

Schluss damit! Wir wollen alle Menschen mitnehmen auf unserem Weg in eine neue Zeit.

(Beifall)

Wir als Marie-Schlei-Verein tragen im Kleinen dazu bei. Warum? Weil wir meinen, Solidarität ist ein ureigenstes Anliegen der Sozialdemokratie seit ihrer Gründung - bei uns in der Gesellschaft, aber auch über die Grenzen hinaus. Wir haben immer gesehen, dass wir eine globale Verantwortung tragen, die in friedenspolitischen, entwicklungspolitischen, abrüstungspolitischen Punkten ihren Ausdruck finden muss. Aber sie muss auch ihren Ausdruck finden in der Solidarität mit den Armen in dieser Welt. Wir wollen Armutsbekämpfung und das Verschwinden der Arbeit, nicht das Wiederansteigen von Armut und Ungleichheit. Und deswegen nehmen wir die 17 UN-Ziele so sehr wichtig.

Ganz konkret: Wir arbeiten mit Frauengruppen und Frauenorganisationen in Afrika, Asien und Lateinamerika zusammen, und ihr würdet euch wundern, wie mutig und selbstbewusst diese Frauen werden, wenn sie etwas lernen können und gelernt haben und wenn sie sich voller Stolz zeigen, dass sie einen kleinen Betrieb führen können, dass sie Biogemüse anbauen, dass sie Bewässerungstechniken beherrschen, dass sie Honigbienen haben, oder wenn sie sagen - jetzt die Frauen in Mali, für die wir heute um eine Spende bitten -: Wir müssen nicht nur Gemüse anbauen, sondern wir müssen in Bamako, in der Großstadt, in der Hauptstadt, auch dafür sorgen, dass wir nicht vermüllen. Und sie sammeln nicht nur Müll, sie recyceln auch wirklich Müll, und ich finde, das ist eine fantastische Herausforderung, die zeigt, dass in einem so armen Land wie Mali, das so gebeutelt ist vom Bürgerkrieg, unsere Unterstützung nottut.

(Beifall)

Und diese Frauen lernen nicht nur Handwerk, sie lernen, sich zu organisieren, und wollen eine Frauengenossenschaft aufbauen - diese 150 Frauen.

Genossinnen und Genossen, AKK will Soldaten nach Mali senden. Wir wollen konkrete Hilfe, Solidaritätsarbeit, damit es den Menschen in Mali bessergeht.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Christa. - Wir werden jetzt die Sammlung hier im Plenum durchführen, und ihr habt gesehen: Es ist für ein gutes Anliegen. - Herzlichen Dank noch mal für die Einbringung.

Wir hören jetzt noch einen Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Monika ist schon bereit.

Monika Schaal, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:

Liebe Genossinnen und Genossen, nach wie vor setzt sich der Parteitag nach unserem Organisationsstatut aus 600 in den Landesverbänden und Bezirken gewählten Delegierten und 45 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstandes zusammen. Akkreditiert sind 599 Delegierte und 43 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder. Die Legitimation der Stimmberechtigten wurde von der Mandatsprüfungs- und Zählkommission geprüft. Von den Stimmberechtigten sind 299 Frauen. Das entspricht einem Anteil von 46,57 Prozent. Die Quote ist also erfüllt und der Parteitag damit beschlussfähig. Ich wünsche dem Parteitag auch heute einen erfolgreichen Verlauf. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, liebe Monika. - Ich möchte das zum Anlass nehmen, der Mandatsprüfungs- und Zählkommission noch einmal ganz herzlich für ihre Arbeit zu danken. Das war der letzte Bericht für heute.

(Beifall)

Es ist ja so, dass kein Unterbezirksparteitag, kein Landesparteitag und erst recht kein Bundesparteitag funktionieren kann, wenn es keine Mandatsprüfungs- und Zählkommission gibt. Deswegen ganz herzlichen Dank für eure Arbeit. Ihr kriegt manchmal vom Parteitag nicht so viel mit. Bitte richte den Gruß auch an die Genossinnen und Genossen aus. Das war sehr hilfreich und hat hervor-

ragend geklappt. Vielen Dank noch mal an die Mandatsprüfungs- und Zählkommission.

(Beifall)

ANTRAGSBERATUNG PV 4, IA 13, 15, 16, 20 UND BEREICH STEUERN UND WIRTSCHAFT

Wir kommen jetzt zur Antragsberatung. Dazu rufe ich zunächst den Bereich „Steuern und Wirtschaft“ auf.

Dazu liegen euch vor: der Antrag PV 4 des Parteivorstandes, die Initiativanträge 13, 15, 16 und 20.

Bevor wir gleich zu den Voten kommen, gebe ich vorab zur Einbringung Lothar Bindung und Michael Schrodi das Wort geben. Dann steigen wir in die Debatte und danach in die Antragsberatung ein. Der Erste ist jetzt Lothar Binding.

(Beifall)

Lothar Binding, Antragskommission:

Liebe Genossinnen und Genossen, guten Morgen! Ich möchte zunächst Saskia und Norbert am dritten Tag ihrer Amtszeit gratulieren. Und zu der objektiven, fairen und konstruktiven Berichterstattung: Das ist doch immer sehr viel wert.

Der Bundesparteitag am 24. Juni 2017 hat beschlossen, eine Kommission zu bilden, die sich um die Vermögenssteuer kümmert. Das ist ein altes Thema und ein Lieblingsthema von uns. Thorsten Schäfer-Gümbel hat diese Kommission geleitet. Doris Ahnen hat diese Kommission geleitet. Norbert Walter-Borjans war Mitglied der Kommission. Jetzt denken alle an das Geld. Aber in Wahrheit geht es bei der Vermögenssteuer und bei Vermögen nicht um Geld, sondern es geht um unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

(Beifall)

Wer kein Vermögen hat, der hat auch nicht die Freiheit, sich vielleicht mal eine Wohnung zu kaufen. Wer kein Vermögen hat, hat im Zweifelsfall nicht die Möglichkeit, eine Reise zu machen. Aber es ist viel schlimmer: Wer kein Vermögen hat, der hat nicht die Freiheit, ein Risiko einzugehen. Und wer kein Risiko eingehen kann, der kann auch Chancen nicht nutzen. Deshalb müssen wir uns gar nicht wundern, dass immer alle sagen: Die armen Leute kaufen keine Aktien! Warum kaufen die keine Aktien? - Weil sie das Risiko nicht eingehen können und damit auch die Chancen vermissen müssen. Deshalb ist es so wichtig, sich um Vermögen und Vermögenssteuer zu kümmern. Aber es ist auch ungerecht, dass jemand ohne eigenes Zutun reich ist - so wie es ungerecht ist, dass jemand ohne eigene Schuld arm ist.

(Beifall)

Deshalb müssen wir uns darum kümmern.

Wir wollen die Reichen am Schatz des Volkes stärker beteiligen. Sie sollen sich so stark am Gemeinwesen beteiligen, wie ihre Schultern tragen können. Genau das ist die Idee. So sieht man, wie die Solidarität der Freiheit und der Gerechtigkeit hilft.

Übrigens: 80 Prozent aller Vermögen kommen aus Erbschaften. Ich will eine Geschichte erzählen: Ich saß mit jemandem auf einem Podium - einem Familienunternehmer. Familienunternehmer klingt gut. Den Familienunternehmern geht es auch meist gut. Da ist Folgendes passiert: Ich sage dem Familienunternehmer: Übrigens, ich weiß, Sie entlohnen Ihre Leute gut, und zwar, meine ich, sogar sehr gut. - Da sagt er: Endlich sieht mal einer von der SPD, dass wir unsere Leute gut entlohnen. - Ich sage: Das ist uns bekannt. Aber offen gestanden: Sie entlohnen sich auch gut. Sie haben ein Flugzeug, und Sie haben auch eine Villa - alles in Ordnung. Ich finde, Sie sind richtig reich, und das finde ich auch in Ordnung. Denn Sie tragen ja große Verantwortung, was man übrigens daran erkennt: Wenn es einem Unternehmen schlecht geht, entlässt sich der Manager zuerst.

(Beifall)

Es ist schon so, dass die guten Manager und auch die guten Familienunternehmer, also die Eigner, eine große Verantwortung tragen. Sie sind auch gut entlohnt. Die Arbeitnehmer waren also gut entlohnt, und der Unternehmer war gut entlohnt. Jetzt habe ich eine Quizfrage an euch: Wenn jetzt das Unglück passiert, dass der Unternehmenseigner stirbt, dann haben 5.000 Arbeitnehmer und der eine Unternehmer ein Vermögen geschaffen - es haben also 5.001 Leute ein Vermögen geschaffen. Wer erbt jetzt dieses Vermögen? Ein Kind oder 5.001 Kinder? Die Antwort ist: nur ein Kind. Und weil nur ein Kind das Vermögen erbt, das 5.001 Leute erarbeitet haben, ist diese Vermögenskonzentration, über die wir immer reden, gegeben. Deshalb lohnt es sich, über die Vermögenssteuer nachzudenken.

(Beifall)

Dann weiß man auch, warum wir die Erbschaftssteuer und die Vermögenssteuer miteinander verknüpfen wollen.

Es gibt noch einen zweiten Aspekt. Es gibt ja Leute, die haben am Monatsende nichts übrig. Die zahlen auf ihren gesamten Lohn Mehrwertsteuer. Das machen die Reichen nicht so, weil sie am Monatsende was übrig haben. Aber wer nichts übrig hat, der kann auch kein Vermögen bilden. Ganz interessant, dass die Hälfte aller Leute kein Vermögen hat. Das ist schon eine Sache, die uns zu denken geben muss. Deshalb will ich das Ergebnis der Kommissionsarbeit vortragen. Die Kommission hat für sich entschieden, euch vorzulegen, sich für die Vermögenssteuer auszusprechen. Wir wollen wieder eine substanzielle Vermögenssteuer.

(Beifall)

Im Prinzip könnte ich jetzt aufhören zu reden, aber das mache ich nicht. Erst will ich noch sagen, dass die Kommission wirklich sehr gut gearbeitet hat. Wir hatten den Antrag ja auswendig gelernt, aber das muss ich nicht zitieren. Aber es haben sich auch viele andere Leute um Steuerpolitik und auch um die Vermögenssteuer gekümmert. Es gibt viele gute Anträge dazu. 60 plus hat auch einen schönen Antrag dazu gemacht.

Die Antragskommission hat, wie ich finde, exzellent gearbeitet. Sie hat die vielen Ideen, die von euch gekommen sind, in einem Antrag zusammengetragen. Deshalb muss ich euch nachher noch ein bisschen quälen, wenn ich die Änderungsanträge vortrage. Ich möchte der Antragskommission danken; denn das war eine äußerst komplizierte Sache. Doris Ahnen hat heute Morgen noch den letzten Feinschliff moderiert. Das war eine sehr gute Sache. Im Ergebnis kann sich das sehen lassen. Wir legen heute kein Gesetz vor, sondern einen politischen Antrag, der ein Signal gibt.

Jetzt kommen noch ein paar Zahlen. Zahlen sind im Kontext mit der Steuer immer wichtig - auch wenn das in Vorträgen nicht so schön ist. Aber wenn 10 Prozent über ein Pro-Kopf-Vermögen von 1,4 Millionen Euro verfügen, heißt das, dass die das 80-fache des Durchschnitts haben. Da muss man sich überlegen, in welchen Kategorien manche Leute denken und in welchen Kategorien andere gar nicht denken können. Diese Diskrepanz ist extrem schwer emotional zu übermitteln. Ich könnte noch sagen: Ein Haushalt in Deutschland von den 45 reichsten hat so viel wie 440.000 andere Haushalte. Ihr merkt es: Das sind Kategorien - wer von euch kann in diesen Kategorien denken? Klar - das kann hier keiner. Das ist das Problem, wenn es um solche Anträge geht.

Jetzt fragt man sich natürlich: Warum regt das eigentlich manche auf, was wir wollen? Manche regt ja die Vermögenssteuer auf. Das hängt damit zusammen, dass CDU/CSU und FDP den Begriff Mittelstand benutzen, um unsere Politik zu diskreditieren. Die sagen nämlich jetzt: Wir belasten damit den Mittelstand. - Das geht sogar so weit, dass alle Leute Angst vor der Vermögenssteuer und der Erbschaftssteuer haben -selbst die, die gar nichts haben.

Also, wer nichts hat, hat Angst vor einer Steuer, die ihn nicht betrifft. So weit geht die mediale Durchdringung unserer Gedanken, um uns zu konditionieren gegen Dinge, die für die Armen gut wären und die die Reichen nicht so belasten, dass sie arm werden.

(Beifall)

Und jetzt will ich vielleicht doch, weil wir eine intensive Debatte im Bundestag hatten Da habe ich etwas gelernt.

(Der Redner hält einen roten Zollstock hoch. - Beifall)

Ich meine, das geht jetzt nur mit Fremdwort; jeder kennt das ja: Wir teilen ja die Gesellschaft in Zehntel ein. Das ist sozusagen das Zehntel der Ärmsten, das ist das Zehntel der Zweitärmsten usw., und hier ist das Zehntel der Reichsten. Jetzt würde jemand in der SPD sagen: Wenn wir irgendwie Mittelstand oder die Mitte oder so den Durchschnitt - es gibt ja andere schöne Worte - - dann würden wir doch denken, das wäre irgendwie so. Ich will das nicht genau machen, aber der Mittelstand

wäre vielleicht hier so. Dann wissen wir schon: Da müssen wir uns nicht so kümmern. Die können sich selber kümmern. Aber da müssen wir uns kümmern, denn denen geht es richtig schlecht.

Beim Vermögen ist es übrigens so: Die haben Schulden. Die haben nicht nur kein Vermögen, die haben Schulden, dauerhaft Schulden. Dieses eine Zehntel hat fast immer Schulden. Jetzt könnt ihr euch vorstellen, dass die keine Aktien kaufen. Das müssen wir auch nicht erklären.

Jetzt ist jedenfalls das die Mitte, und das ist unser Mittelstand.

(Beifall)

Jetzt mache ich das mal gerade, und jetzt transformiere ich das mal in die Gedankenwelt von CDU/CSU und FDP. Das haben wir bei dem Soli gelernt. Ihr wisst ja, den Soli bezahlen nur die obersten 10 Prozent, und da auch nicht alle. Von den Obersten zahlen 6 Prozent noch weniger, und die 3,5 Prozent der richtig Reichen zahlen den Soli künftig vollständig. Und jetzt sagen die, damit belasten wir den Mittelstand. Also, der Mittelstand von FDP und CDU ist hier. Das heißt, das hier ist der Mittelstand von - -

(Beifall)

Und jetzt ist es so: Wer jetzt der Meinung zum Beispiel der FDP wäre, dass das hier unsere gesellschaftliche Mitte ist, dann muss ich sagen: Das stimmt - wir wollen die belasten. Das tut uns richtig leid. Aber ich finde: Bevor die dort angekommen sind, da kann man noch ein bisschen gerechte Politik machen, und dass macht dieser Antrag.

(Beifall)

Jetzt will ich noch kurz all diejenigen verschrecken, die im Saal sind und außerhalb des Saals sind und verheiratet sind und, sagen wir mal, ein Vermögen von 4,2 Millionen haben.

(Heiterkeit)

Ja, man spürt die Angst in allen Ecken und Enden. Wer das mal ein bisschen genauer ausrechnet oder der Antrag liest - - Damit komme ich schon zum ersten Änderungsantrag, denn der erste Änderungsantrag heißt, dass es einen Freibetrag für Ledige von 2 Millionen und für Verheiratete von 4 Millionen gibt. Und wenn jetzt jemand 4 Millionen 200.000 Euro Vermögen hat - - Übrigens steigert Vermögen auch das Vermögen, Einkommen zu erzielen. Wer kein Vermögen hat, hat es viel schwerer, Einkommen zu erzielen, als jemand, der das nicht hat. Das hängt auch wieder mit dem Risiko zusammen: Wie kann ich mich im Leben bewegen, wie frei?

Wenn jetzt jemand 4 Millionen 200.000 Euro Vermögen hat, dann müsste der nach unserer strengen Steuer 166 Euro im Monat bezahlten. Das würde ihn total verarmen.

(Heiterkeit)

Deshalb: Deshalb für die, die das jetzt betrifft, die müssen in Trauer nach Hause gehen, weil dieser Antrag, hoffe ich, eine Mehrheit findet.

(Lebhafter Beifall)

Jetzt ist etwas wirklich Unangenehmes, aber weil die Verhandlungen über die Änderungsanträge bis in die letzte Sekunde noch andauerten, müsste ich euch jetzt eine Seite Änderungsanträge vorlesen. Das ist was sehr Formales. Ich würde vorschlagen, ihr hört alle weg, denn das sind super Vorschläge, und man viel schlechter vorlesen an so einem Mikrofon, als zu reden.

Also: „Einfügen Seite 68, Zeile 34", so fängt so was ja an. Da geht es darum: „Zudem bedeutet mehr Vermögen mehr Sicherheit, aber auch mehr Macht, und mehr Macht bedeutet größeren gesellschaftlichen und politischen Einfluss. Wenn dieser Einfluss auf Vermögen beruht und nicht auf inhaltlichen und demokratischen Verhältnismäßigkeiten, dann rüttelt das an den Fundamenten einer demokratischen Struktur." Das ist der erste kleine Änderungsantrag. Es kommen noch fünf.

Einfügen auf Seite 68 nach Zeile 52: „Gleichzeitig kritisiert der aktuelle IWF-Deutschland-Report, dass der deutsche Leistungsbilanzüberschuss nicht von weit geteilten Wohlstandsgewinnen begleitet wird, die in den Binnenkonsum fließen können und so die Wirtschaft auf Dauer stabil halten. Vielmehr landeten die Gewinne in Form von Kapitaleinkommen auf den Konten einer überschaubaren Anzahl wohlhabender Haushalte, wo sie sich ansammeln statt reinvestiert zu werden."

Auf Seite 68 nach Zeile 61 bitte wir einzufügen: „Eine weitergehende Reform der Erbschaftsteuer mit Ziel einer gerechten Besteuerung von Firmenerben, also den sehr hohen Erbschaften, ist an unserem Koalitionspartner oder einzelnen Landesregierungen gescheitert. Wir treten jedoch weiterhin dafür ein, die Erbschaften, also leistungslosen Vermögenszuwachse, gerecht zu besteuern, gerade auch in Anbetracht der Belastung von Arbeitseinkommen durch Steuern und Sozialbeiträge."

(Beifall)

Einfügen auf Seite 69, Zeile 17: „Diese Summen sind bei den Vermögenden geblieben. Ihr Ausfall bei der Finanzierung öffentlicher Aufgaben ist teils durch Streichung wichtiger Zukunftsaufgaben insbesondere bei Investitionen, teils durch eine unnötig hohe Besteuerung der breiten Masse durch Steuerzahler kompensiert worden. Die Vermögensteuer soll daher ein Instrument sein, diese Ungleichheit wieder abzubauen."

Seite 69, Zeile 33: „Auch die Kenntnis darüber, wer in Deutschland welche Vermögen besitzt, kann durch die Wiederreinführung der Vermögensteuer wiederhergestellt werden. Dies ist auch für die korrekte, vollständige Erfassung der Vermögung für die Festsetzung von Schenkungs- und Erbschaftsteuer von Bedeutung."

Auf Seite 69 wird Zeile 51/52 geändert von „ab 1 Million" in „ab 2 Millionen" Freibetrag. Ihr merkt schon: Eine kleine Abweichung von der Idee des DGB-Vorschlags, aber ein sehr kluger Vorschlag, um das zu erklären, was ich eben angedeutet habe.

Auf Seite 70 bitte ich, die Zeilen 1 bis 2 durch Streichung zu ändern. Die Streichung heißt: „zur Vermeidung einer Substanzbesteuerung“.

Man sieht: Der Antrag ist exzellent überlegt. Die Änderungsanträge stammen aus euren Ideen und von 60 plus. Deshalb bitte ich um Annahme dieses Antrags.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Lothar. - Jetzt erhält das Wort Michael Schrodi aus Bayern und danach Maria Noichl aus Bayern für die ASF.

Michael Schrodi, Bayern:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ihr seht, warum wir in der AG Finanzen im Deutschen Bundestag so gut zusammenarbeiten: Weil wir so einen Mann wie Lothar unseren Sprecher nennen dürfen. Lieber Lothar, ganz toll, mit dir zusammenarbeiten zu können!

(Beifall)

Es macht eine große Freude. Wir bringen zusammen einiges voran.

Und jeder hat eine Besonderheit. Lothar hat seinen Zollstock, ich habe hier noch meinen Fuß mit der Schiene. Da seht ihr, wie gefährlich Bundestagsarbeit auch sein kann. Es sind ja manchmal harte Verhandlungen. Ihr müsstet aber mal den CSUler sehen.

(Heiterkeit)

Insofern: Ich habe mich durchgesetzt.

Liebe Genossinnen und Genossen, unser Fraktionsvorsitzender Rolf Mützenich hat in der Haushaltsdebatte deutlich gemacht: Wir wollen den sozialen, demokratischen, einen starken, und das heißt auch, einen investierenden Staat. Und wir investieren 43 Milliarden Euro in diesem Jahr oder stellen das auch im nächsten Jahr zur Verfügung, damit wir in die Zukunft unserer Gesellschaft investieren. Das ist ein gutes Signal.

Aber wir müssen auch feststellen: Wir haben in vielen Bereichen einen Investitionsstau. Wir haben die letzten Jahre, Jahrzehnte oftmals eine negative Netto-Investitionsquote gehabt. Das heißt, wir leben von der Substanz. Wir investieren zu wenig, um überhaupt die Substanz unserer Infrastruktur zu erhalten.

Das merken die Menschen vor Ort in den Schulen, an den Straßen, bei der Digitalisierung und beim ÖPNV. Es ist gut und ich habe mich deshalb sehr gefreut, dass DGB und BDI gemeinsam sagen: „Ja, das ist ein Problem, da müssen wir etwas machen!“ und dass wir als Sozialdemokratie heute von diesem Parteitag aus eine zentrale Botschaft senden. Wir wollen und wir werden ein langfristiges konjunkturabhängiges Investitionsprogramm zur Modernisierung unseres Landes auf den Weg bringen. Das ist ein Signal in die Gesellschaft hinein, liebe Genossinnen und Genossen, das ganz wichtig ist.

(Beifall)

Warum tun wir das, und was müssen wir tun? - Erstens. Es ist schon öfter angesprochen worden: Wir müssen an die Altschulden der Kommunen herangehen; denn dort sind oftmals die großen Investitionsstaus. Die müssen wir aufbrechen, damit die Kommunen wieder in die Zukunft investieren können.

Zweitens. Lothar hat schon erwähnt: Wir müssen dann auch darüber reden, wie wir diese Lasten gerecht verteilen. Deswegen war es ein ganz richtiges Signal, dass wir gesagt haben: Ja, der Soli soll abgeschafft werden, aber für die 90 Prozent der unteren und mittleren Einkommen; die Spitzenverdiener sollen sich weiterhin an der Finanzierung von Zukunftsaufgaben beteiligen und den Soli weiterhin bezahlen! - Das war auch ein gutes Signal in die Gesellschaft hinaus, dass wir an dieser Stelle auch für Verteilungsgerechtigkeit kämpfen, liebe Genossinnen und Genossen.

Das müssen wir bei der Einkommensteuer und auch bei der Vermögensteuer weitermachen, die wir auf den Weg bringen wollen.

An die Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU gewandt: Ihr seid eine christliche Partei. Ich versuche es mal mit der Bibel. Da steht nämlich: Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als dass ein Reicher in das Reich Gottes gelangt. - Wir wollen Reichen eine Chance geben, auch in das Reich Gottes zu kommen. Also, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU, seid bei der Vermögensteuer dabei! Dann ist etwas für unsere Gesellschaft getan!

(Beifall)

Aber am Ende wissen wir auch: Das alles wird nicht ausreichen; denn wie DGB und BDI gesagt haben: Wir brauchen 45 Milliarden pro Jahr zusätzlich, um die großen Investitionsaufgaben zu schultern. Auch deshalb haben vor anderthalb Jahren zwölf junge Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion ich war einer von ihnen den Satz formuliert: Die schwarze Null ist kein finanzpolitisches Programm und kein eigenständiges Ziel. Zudem haben wir viel gesprochen: mit vielen Ökonominnen und Ökonomen, mit vielen Politikern, mit vielen Genossinnen und Genossen. Ich bin froh, dass wir jetzt auch im Antrag zum Beispiel von NRW, an dem Norbert Walter-Borjans einen ganz zentralen Anteil hatte, genau das hineinschreiben. Denn wir müssen eines klarmachen: Wir müssen in die Modernisierung unseres Landes investieren - in die Bahn, in Kitas und Schulen, in Digitalisierung, in Klimaschutz. Wir wollen die Investitionsmöglichkeiten auch über eine Kreditfinanzierung erweitern. Das ist volkswirtschaftlich sinnvoll, und das ist generationengerecht, liebe Genossinnen und

Genossen. Auf diesen Weg müssen wir uns gemeinsam machen.

(Beifall)

Wenn dabei die Schuldenbremse und die schwarze Null die Zukunftsinvestitionen bremsen, dann müssen wir auch da über eine Reform nachdenken.

Eines möchte ich, an die Neoliberalen und Konservativen gerichtet, an dieser Stelle klarstellen, die immer so tun, als wären solides Haushalten und Investieren ein Gegensatz: Es ist das Gegenteil. Solides Haushalten heißt, vorausschauend in die Zukunft auch für die nächsten Generationen zu investieren; denn wir wollen den nächsten Generationen eine ordentliche, gut funktionierende Infrastruktur hinterlassen.

Wir machen uns mit unseren Anträgen und Beschlüssen hier auf diesen Weg. Ich bitte euch um breite Unterstützung, dass wir uns da auf den Weg machen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Michael. - Wir setzen jetzt die Aussprache fort. Maria Noichl ist die Nächste.

Bevor du gleich das Wort erhältst, will ich noch kurz sagen, dass neben den Initiativanträgen, die ich gerade aufgerufen habe, alle Anträge aus dem entsprechenden Kapitel im Antragsbuch aufgerufen sind. Die befinden sich auf den Seiten 748 bis 812.

Darüber hinaus möchte ich noch darauf hinweisen: Die zuständige Berichterstatterin für die Antragskommission ist Doris Ahnen. Sie hat gesagt, sie wird die Änderungsanträge erst nach der Debatte erläutern.

Maria ist die Nächste. Danach folgt Andrea Schiele aus Baden-Württemberg.

Maria Noichl, Vorsitzende der ASF:

Einen ganz herzlichen Dank, lieber Lothar. Als ASF-Bundesvorsitzende gibt es für mich zwei Themen in Sachen Steuern, die wichtig sind. Ein Thema hat Lothar bereits besprochen, nämlich das Thema Vermögensteuer. Lothar, so klein könntest du den Maßstab gar nicht abknicken, wenn du anzeigen müsstest, wie viel Vermögen den Frauen gehört. Vermögensteuer ist auch Gendergerechtigkeit - auch wenn es manche nicht glauben, aber genauso ist es.

(Beifall)

Es ist richtig, dass wir hier einen Beschluss zur Vermögensteuer fassen und dann die Arbeit in die Fraktion geben. So ist der normale Weg. Beschlüsse werden hier gefasst, und gearbeitet wird in der Fraktion. Deswegen bitte ich, einen Vorschlag der Antragskommission noch einmal zu überdenken, nämlich zum Antrag 25, wenn es um das Ehegattensplitting geht. Die Antragskommission hat hier den Vorschlag gemacht, das an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Ja, das kann man tun. Ich würde aber sagen: Machen wir es doch wie bei der Vermögensteuer: Wir beschließen hier die Abschaffung des Ehegattensplittings, und dann überweisen wir das an die Bundestagsfraktion! Ich glaube, das ist der richtige Weg.

(Beifall)

Ich muss das Ehegattensplitting hier nicht erklären. Jeder und jede weiß ganz genau, dass das Ehegattensplitting die Alleinverdienersituation verstärkt, die Zuverdienersituation von Frauen auch noch untermauert - und angeblich gut für die Welt ist; wir alle wissen, das ist nicht der Fall.

Ich bitte noch einmal, dieses Antragsvotum zum Antrag Nr. 25 zu ändern. Erst beschließen wir die Abschaffung des Ehegattensplittings, und dann geht das an die Bundestagsfraktion - nicht anders herum!

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Maria. - Jetzt folgt Andrea Schiele aus Baden-Württemberg. Ihr folgt Theresia Stahl aus Bayern.

Andrea Schiele, Baden-Württemberg:

Guten Morgen, liebe Genossen, liebe Genossinnen! Ich kann hier heute nahtlos anschließen. Das macht richtig Spaß. Auch ich möchte noch einmal einen Appell an euch zum Antrag Nr. 25 in diesem Kapitel richten. Lothar hat heute Morgen mit den Worten angefangen: Es geht um unsere Werte. - Es geht damit auch um unser Frauenbild. Unser Frauenbild ist ein unabhängiges, ein selbstständiges, ein autonomes, ein erwerbstätiges Frauenbild und ein starkes Frauenbild. Deswegen ist das Ehegattensplitting Anachronismus

(Beifall)

neben all den Folgen, die es sowieso im Falle von Scheidungen hat als Grundlage für die Berechnung, welches Einkommen der Frau zugrunde gelegt wird. Wir haben der Union in der Debatte um die Grundrente zu Recht vorgeworfen, dass die Frage einer Bedürftigkeitsprüfung ein Frauenbild generiert, das nicht dem unseren entspricht. Also lassen wir uns hier doch einen Beschluss fassen,

der auch diesem Frauenbild Rechnung trägt, stark nach vorne gerichtet.

Um noch einmal Lothar zu zitieren es macht einfach Spaß, nach ihm zu reden : Wir machen hier keine Gesetze! Wir treffen hier politische Richtungsentscheidungen!

Ich bitte, das anzunehmen: Das Ehegattensplitting endlich abschaffen!

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Jetzt folgt Theresia Stahl. Danach hat Micha Heitkamp aus Nordrhein-Westfalen das Wort.

Theresia Stahl, Bayern:

Liebe Genossinnen und Genossen! Als Kevin vor zwei Jahren gerade Jusos-Bundesvorsitzender geworden ist, hat er ein Interview gegeben, in dem er gesagt hat: Wir wollen den Reichen etwas wegnehmen! - Liebe Genossinnen und Genossen, das müssen wir auch.

(Beifall)

1 Prozent der Menschen in diesem Land hat genau so viel Vermögen wie die unteren 87 Prozent. Wir müssen uns fragen: Woher kommt dieses Vermögen? - Ausschließlich aus unverschämtem Glück - entweder das unverschämte Glück, in die richtige Familie hineingeboren worden zu sein, oder das unverschämte Glück, durch irgendwelche Unwägbarkeiten des Kapitalismus an Reichtum gekommen zu sein. Wir müssen den Reichen etwas wegnehmen, weil das gerecht ist.

Morgen oder in diesen Tagen werden Christian Lindner, die Konservativen, die Wirtschaftsredaktion der *FAZ* an die Decke gehen: „Die SPD macht die deutsche Wirtschaft kaputt!“ Aber, liebe Genossinnen und Genossen, das ist ausschließlich ein ideologisch begründetes Argument, kein wissenschaftliches. Bei mir am Department für Volkswirtschaftslehre hält keiner die Vermögensteuer für irgendein Teufelszeug, weil sie es nicht ist, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir brauchen diese Einnahmen aus der Vermögensteuer für Rekordinvestitionen in unsere Zukunft. Dafür werden die aber auch nicht ausreichen. Wir müssen Kredite aufnehmen. Wir müssen die schwarze Null kippen. Da sind sich die Leute bei mir am Department für Volkswirtschaftslehre auch relativ einig: Die schwarze Null ist derzeit eine ziemliche Scheißidee.

(Beifall)

Wir haben derzeit keine Rekordinvestitionen. Es macht relativ wenig Sinn, diese Investitionen in absoluten Zahlen anzugeben, sondern eher inflationsbereinigt und im Verhältnis zum BIP.

Es ist auch sehr schön, dass wir uns für die CO_2-Steuer aussprechen. CO_2 verursacht externe Kosten. Das heißt, das sind Kosten, die in der Zukunft anfallen, die in der Zukunft von der Allgemeinheit getragen werden und nicht jetzt von den Leuten, die die Emissionen verursachen.

Das müssen wir lösen, weil das eine Frage von Generationengerechtigkeit ist.

Wir schaffen zusammen mit dieser CO_2-Steuer einen Sozialausgleich, der im Endeffekt so aussehen wird, dass diese CO_2-Steuer nur die Reichen in unserer Gesellschaft zahlen und dass die ärmeren Leute in unserer Gesellschaft dadurch nicht finanziell schlechter gestellt werden. Da denken wir die soziale und die ökologische Frage zusammen. Wir machen das gerecht, liebe Genossinnen und Genossen. Freundschaft!

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Theresia. - Der Nächste ist Micha Heitkamp, und danach folgt Jessica Rosenthal, auch aus Nordrhein-Westfalen.

(Beifall)

Micha Heitkamp, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, von der einen oder anderen Seite wird uns ja jetzt vorgeworden, das, was die SPD finanzpolitisch seit diesem Parteitag macht, ist nur noch Ideologie und nicht mehr Vernunft. Aber es war immer die Ideologie und niemals die Vernunft die Grundlage der Idee, dass man die Handlungsfähigkeit des Staates eingrenzt. Es war der nahezu religiöse Irrglaube, dass es nur mit einem schwachen Staat irgendwann für alle besser wird.

Inzwischen wissen wir aber, weil es dazu auch viel empirische Forschung gibt, dass Innovation, die zu Wachstum führt, staatliches Kapital braucht. Nein, der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Aber: Nur der Staat kann das Risiko eingehen, das man braucht, um Innovation zu schaffen: Innovation wie zum Beispiel das Internet, Innovation wie zum Beispiel GPS, Innovation wie zum Beispiel Touchscreens.

Klar, es braucht dann auch Unternehmen, die erkennen, dass, wenn man diese Innovationen zu einem Handy zusammenbaut, es dafür einen Markt gibt, man in diesen Markt investieren muss und

man auf diesem Markt etwas verkaufen kann. Aber Genossinnen und Genossen, es kann doch nicht sein, dass genau diese Unternehmen erst die staatliche Grundlagenforschung nutzen, dann die staatliche Infrastruktur nutzen und dann am Ende Steuermodelle verschiedener Staaten so gegeneinander ausspielen, dass sie fast gar keine Steuern mehr bezahlen müssen. Das ist nicht nur nicht gerecht; das ist auch entgegen jeglicher Vernunft, weil das Geld am Ende vorne und hinten fehlt.

(Beifall)

Was aber passiert, wenn man dem Staat vorschreibt, dass er nicht mehr investieren darf, dass er sich zurückhalten muss? Da spielt man mit der Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Darum, Genossinnen und Genossen, müssen wir über die Schuldenbremse reden. Im Antrag STB79 aus Nordrhein-Westfalen stand ursprünglich mal drin, dass wir die Schuldenbremse abschaffen wollen. Ich finde das auch richtig; ich habe es selbst ja auch reingeschrieben.

Die Antragskommission schlägt dort jetzt einen anderen Satz vor. Dieser lautet: Die Schuldenbremse darf nicht zu einer Zukunftsbremse werden. - Genossinnen und Genossen, ich kann verstehen, dass wir hier nicht einfach einen Satz sagen wollen, der lautet: Wir wollen die Schuldenbremse abschaffen. - Es gibt nämlich ein Szenario, in dem eine Schuldenbremse Sinn machen würde. Das Szenario ist: Wir wollen es verhindern, aber es kann passieren, dass irgendwann andere Regierungen kommen, in der die Marktfanatiker der FDP mitregieren, die dann alle Steuern senken wollen und damit den Staat kaputtmachen. Da kann eine Schuldenbremse funktionieren.

Aber, Genossinnen und Genossen, der Satz, so wie er jetzt drinsteht, reicht eigentlich nicht aus. Wenn wir in eine neue Zeit gehen wollen, dürfen wir nicht nur beschreiben, sondern müssen auch sagen, was wir machen wollen.

Dazu kommt, dass die Schuldenbremse so, wie sie im Moment verfasst ist, tatsächlich Investitionen ausbremsen kann. Deswegen schlage ich hier einen Kompromiss vor, dass wir den Satz, wie er im Antrag steht, erst mal stehen lassen. Das ist der Antrag STB79, die letzte Seite, Zeile 12. Aber an diesen Satz anhängen wollen wir folgenden Satz: Deshalb wollen wir die Schuldenbremse in ihrer derzeitigen Form überwinden und mehr Investitionen ermöglichen. - Genossinnen und Genossen, das ist mein Antrag. Glückauf!

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Micha. - Jetzt hat Jessica Rosenthal das Wort, und ihr folgt Eugen Roth aus dem Saarland.

(Beifall)

Jessica Rosenthal, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte vorweg einmal sagen, dass ich auf diesen Parteitag schon jetzt hammermäßig stolz bin. Denn dieses Motto, was hier steht, ist ein Motto, das nicht nur an den Wänden steht, sondern das wir jetzt schon eingehalten haben, weil wir nämlich wegweisende Beschlüsse gefasst haben, die deutlich machen, dass wir heute einen neue SPD sind und nicht die, die wir noch vor zwei Jahren waren.

All diese Anträge, die wir heute Morgen diskutieren, sind der nächste Schritt, sozusagen der dritte Schritt. Nach der ökologischen Beschlussfassung, nach dem Sozialstaat ist das jetzt der dritte Schritt, nämlich unser Schritt in die Neue Zeit. Wir haben gesagt, wir wollen Zukunft neu verteilen. Um unsere Zukunft neu zu verteilen, müssen wir eins tun: investieren, investieren, investieren. Für die NRW-Jusos haben wir das vor vier oder fünf Jahren mal so genannt: Zukunft gibt es nicht für lau.

(Beifall)

Genau das lösen wir jetzt heute ein. Das haben wir schon in NRW eingelöst, weil wir gesagt haben: Wir haben eben keinen Bock, dass unsere Kommunen nicht mehr wissen, wie sie Solidarität eigentlich tatsächlich gewährleisten sollen, wie sie es schaffen sollen, Menschen zusammenzuhalten, wenn einfach die Knete nicht da ist. Deswegen müssen wir auch hier die Kommunen in eine Lage versetzen, wo sie, und zwar immer, auch die nötigen Investitionen tätigen können, um diese Solidarität zu gewährleisten.

Deswegen haben wir uns jetzt schon für die Abkehr von der schwarzen Null entschieden. Aber ich glaube, wir sollten da NRW folgen und die Schuldenbremse abschaffen; Micha hat da gerade einen sehr, sehr guten Antrag zu eingebracht. Ich glaube, dass wir damit den nächsten Schritt machen und die SPD dann in dieser Neuen Zeit angekommen ist. Dann gilt es jetzt nur noch, das auch nach außen zu vertreten und jeden Tag deutlich zu machen, dass wir ganz klar für diese Neue Zeit jetzt stehen. Ich bin da sehr, sehr optimistisch und gehe sehr, sehr froh und glücklich von diesem Bundesparteitag nach Hause. Lasst uns jetzt die Schuldenbremse auch noch in diesem Sinne abschaffen, und dann sind wir angekommen. - Ich danke euch und Glückauf!

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Jessica. - Wir haben uns vorhin mit den Rednerinnen und Rednern darauf verständigt, dass wir die Wortbeiträge zum Thema Stahl zum Ende berücksichtigen und jetzt erst mal mit den Wortmeldungen zum Thema Steuern fortfahren.

Dann wäre der Nächste Stephan Schumann von den Jusos. Ihm folgt Stefan Engel aus Sachsen. Ist Stephan Schumann da? - Ja. Dann machen wir das so.

Stephan Schumann, Sachsen:

Liebe Genossinnen und Genossen, von mir guten Morgen. Entschuldigt die kurze Verzögerung. Die Umstellung macht inhaltlich Sinn, aber traf mich jetzt ein bisschen überraschend. Mir geht es noch mal darum, zwei Sachen zu unterstreichen:

Die eine Sache ist: Dem Parteivorstand der Arbeitsgruppe sind auch wir als Jusos unfassbar dankbar für dieses Vermögenssteuerpapier. Das ist ein guter richtiger Schritt in die richtige Richtung. Wir müssen das machen. Es wird noch ein paar Änderungsanträge geben - alles okay -; aber die grundsätzliche Richtung stimmt.

Die grundsätzliche Richtung ist: Wir müssen die Schere zwischen Arm und Reich in diesem Land endlich wieder schließen. Wir wissen, dass die mittlerweile auf einem Niveau ist wie vor dem Ersten Weltkrieg. Das sagen ja nicht wir; das sagt Thomas Piketty, seines Zeichens auch Ökonom. Weil wir das wissen und etwas dagegen tun, ist es gut, dass wir draufgehen.

Die Bitte auch von uns: Tragt diesen Vorschlag mit, liebe Genossinnen und Genossen. Lasst uns hier voranschreiten und damit endlich wieder vernünftige, gerechte Vermögensbesteuerung in diesem Land einführen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Ich komme zum zweiten Punkt. Da möchte ich auf das eingehen, was meine Vorredner gesagt haben, weil ich sowohl Michael als auch Jessica nur zustimmen und das nur unterstützen kann. Es tut mir leid, liebe Genossinnen und Genossen: Diese Schuldenbremse muss weg. Bitte nehmt den Änderungsantrag von Micha an.

Ich möchte den bereits genannten Argumenten noch eine Sache hinzufügen, nämlich: Diese Schuldenbremse ist Augenwischerei. Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern damals die Debatte gehabt, ob wir das in der Landesverfassung einführen. Da saß ich in Besprechungen mit Ministerialen aus dem Landesfinanzministerium, die mir gesagt haben: Wissen Sie was, Herr Schumann, das ist doch eh alles nur Symbolpolitik; denn wenn wir Schulden machen wollen, finden wir dafür einen Weg.

Ja, wenn das so ist, dann lasst uns doch so ehrlich sein und diesen Bumms rausstreichen. Wir brauchen keine Sachen, die uns politisch einengen, wenn dafür die Verwaltungen machen können, was sie wollen. Nein, wir wollen die politische Steuerungsfähigkeit. Bitte nehmt den Änderungsantrag von Micha Heitkamp an, und lasst uns die Schuldenbremse streichen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, vielen Dank.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Stephan. - Jetzt kommt Stefan Engel aus Sachsen, und danach hören wir Bettina Hagedorn aus Schleswig-Holstein.

(Beifall)

Stefan Engel, Sachsen:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich freue mich sehr, dass wir die Debatte heute hier führen und dass wir sie als Sozialdemokratie tatsächlich auch in so eine fortschrittliche Richtung führen. Ich glaube, das ist ein wichtiger Beitrag, um die Gesellschaft in Deutschland noch mal ein ganzes Stück gerechter zu machen.

Ich glaube aber, wir müssen auch ein bisschen ehrlich zurückblicken. Auch wir als SPD waren bei diesen Themen - beim Thema Schwarze Null, beim Thema Investitionen, beim Thema Steuergerechtigkeit - einige Jahre lang nicht auf dem richtigen Pfad. Wir haben das glücklicherweise erkannt, aber ich glaube, es ist heute auch ein guter Zeitpunkt, um tatsächlich noch mal ein klares Signal zu setzen, dort tatsächlich auch umzusteuern und tatsächlich auch zu anderen Lösungen zu kommen.

Und da wurden ja jetzt schon einige gute Vorschläge eingebracht, die ich tatsächlich auch noch mal unterstreichen möchte. Ich glaube tatsächlich auch, dass wir von diesem Parteitag dann nicht nur mit Kompromisslinien rausgehen dürfen, sondern tatsächlich da auch noch ein bisschen mehr kommen muss. Ich würde mich tatsächlich freuen, wenn ihr euch dann entsprechend auch den Änderungsanträgen - zum Beispiel auch von Micha Heitkamp - anschließt.

Ich möchte aber auch noch mal auf einen anderen Aspekt gerne eingehen. Wir diskutieren ja sehr viel auch über die Ausgestaltung der Vermögensteuer. Eine Vermögensteuer ist ja nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit; das ist auch eine Frage der Ökonomie. Es geht auch um die Frage, mit wie viel Kaufkraft unsere Gesellschaft eigentlich unterwegs ist. Oder sind die Gelder allesamt gebunkert? Es ist, glaube ich, auch eine Frage des Anstands. Es geht nämlich um die Frage, ob wir tatsächlich den Menschen ökonomischen Zugang gewährleisten oder ob sie von vornherein von gewissen Prozessen ausgeschlossen sind.

Wir müssen aber, glaube ich, bei der Vermögensteuer auch schauen, wie sie klug gestaltet wird und ob sie tatsächlich auch einen Beitrag zum Umverteilung leistet, weil wenn wir tatsächlich nur darauf schauen, wie wir zum Beispiel zwischen Arm und Reich innerhalb eines Bundeslandes umverteilen, dann ist das aus meiner Sicht nicht ausreichend. Wir müssen auch gucken, wie Vermögensteuer auch regionalisiert wirkt. Sie ist eigentlich laut aktueller Gesetzeslage eine Ländersteuer.

Wenn man sich zum Beispiel das Erbschaftsteueraufkommen anschaut - das ist ja ein ganz guter Parameter dafür, wie Vermögen innerhalb von Deutschland verteilt ist -, dann sieht man: Da gibt es massive Ungleichheiten.

Wir haben die Situation, dass vor einigen in Ostdeutschland zwischen 5,50 Euro und 8,80 Euro pro Kopf und Jahr praktisch über die Erbschaftsteuer eingenommen wurden. In Westdeutschland waren es hingegen zwischen 37,30 Euro und 167,80 Euro. Wenn wir tatsächlich da nicht auch einen Mechanismus finden, das auch ein bisschen in die Breite zu tragen, dann haben wir am Ende eine Vermögensteuer, die vielleicht in einem Bundesland gewisse Ungleichheiten abbaut, aber nicht in der kompletten Gesellschaft in Deutschland. Ich glaube aber tatsächlich, das muss unser Anspruch sein, der Anspruch der Sozialdemokratie.

(Beifall)

Ich möchte deswegen gerne einen Änderungsvorschlag einbringen, nämlich, auf Seite 69 in Zeile 27 eine Formulierung einzufügen, die da lauten würde: „Damit eine Vermögensteuer allen Teilen Deutschlands zugutekommt und nicht bestehende Verteilungsverhältnisse zementiert, muss diese zukünftig im Rahmen des Länderfinanzausgleichs verteilt werden“.

Das ist aus meiner Sicht zwingend, weil ansonsten haben wir hier eine massive Aufteilung in Ost und West, in reiche und in arme Bundesländer, und ich glaube, das können wir uns als Sozialdemokratie nicht leisten. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Stefan. - Wir würden euch seitens des Präsidiums vorschlagen, jetzt die Redeliste für den Antragsbereich „Steuern und Wirtschaft“ zu schließen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Jetzt kommt Bettina Hagedorn, und ihr folgt Torsten Warnecke aus Hessen-Nord.

(Beifall)

Bettina Hagedorn, Schleswig-Holstein:

Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Ein handlungsfähiger Staat, wie Lothar Binding ihn hier eingangs beschrieben hat, der auf gerechter und guter Steuerpolitik beruht, ist unser gemeinsames Ziel. Anderen Punkten, die hier genannt worden sind - insbesondere dem, dass es sehr wohl etwas mit Generationengerechtigkeit zu tun hat, neue Schulden zu machen; lieber Michael Schrodi, du

hast das in den Mund genommen -, widerspreche ich. Ich möchte euch darum jetzt mit ein paar Zahlen konfrontieren.

Ich bin seit 2002 im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags, und ich habe drei erwachsene Kinder und inzwischen vier Enkelkinder. Schulden zu machen, ist für mich nicht links, und keine neuen Schulden zu machen, ist ganz bestimmt kein Selbstzweck; da stimme ich allen zu, die das gesagt haben. Wenn es so wäre, dass wir es uns vom Munde absparen würden und dass wir Deutschland kaputtsparen würden, dann würde ich es auch richtig finden, über neue Schulden nachzudenken.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, so ist es nicht. Wir haben die höchsten Investitionen seit Jahren in diesen beiden Großen Koalitionen - insbesondere in den letzten drei Jahren -, und wir haben Ausgabereste - so nennen wir das - in zweistelliger Milliardenhöhe, das heißt, Geld, das schon bewilligt ist, Geld, das bereitsteht, und Geld, das leider wegen des Fachkräftemangels und anderer Aspekte nicht ausgegeben werden kann. Und das ist auch ein Teil der Wahrheit.

(Beifall)

Weil das so ist, will ich euch sagen: Als ich 2002 in den Deutschen Bundestag kam, haben wir pro Jahr 37,4 Milliarden Euro an Zinsen gezahlt. Das machte damals 15 Prozent unseres gesamten Etats aus. In dieser Zeit - unter Rot-Grün - hatten wir finanziell keine Luft zum Atmen. Wir mussten neue Schulden machen und haben das getan, und trotzdem ist das, was wir ausgeben konnten, ein Witz gegenüber dem gewesen, was wir heute - und das seit mehreren Jahren - bereitstellen.

2020 werden wir vermutlich 14,7 Milliarden Euro an Zinsen ausgeben. Das sind 22,7 Milliarden Euro pro Jahr weniger als 2002, und das sind nur 4,1 Prozent unseres Gesamtetats. Das heißt, dass wir seit vielen Jahren über 20 Milliarden Euro mehr ausgegeben können für Schulen, Kindergärten, Straßen, Schienen- und Wasserwege, und wir tun das.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, wir profitieren nur von den niedrigen Zinsen, und jeder weiß, dass das nicht ewig so sein wird. Die werden steigen - vielleicht nicht in den nächsten Jahren, aber wenn meine Enkelkinder sich in 10, 20 Jahren in dieser Welt ja vielleicht auch politisch engagieren, dann kann es gut sein, dass die Zinsen hoch sind. Und wir haben heute einen erheblich höheren Schuldenstand als 2002; das müsst ihr auch wissen.

Und darum: Weil alle Schulden in Zukunft die Handlungsspielräume der jüngeren Generation einengen werden, bin ich dafür, dass wir beim Schuldenmachen aufpassen. Wir müssen ganz bestimmt alles in unseren Staat investieren - durch zum Beispiel gerechte und starke Steuereinnahmen -, was erforderlich ist, aber bitte, bitte macht es euch bei der Debatte um die Schuldenbremse und um neue Schulden nicht zu leicht. Ich warne euch davor. - Danke.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Bettina. - Jetzt erhält Torsten Warnecke aus Hessen-Nord das Wort. Ihm folgt Luitpold Rampeltshammer aus dem Saarland

(Beifall)

Torsten Warnecke, Hessen Nord:

Liebe Genossinnen und Genossen! Olaf Scholz möchte die Kommunen - auch die in Nordrhein-Westfalen - entschulden. Warum eigentlich, wenn wir hier so offensiv über neue Schulden reden? Schulden sind doch offenkundig was Gutes. Der Ausweis von Schulden ist irgendwie gut.

Wir reden darüber, dass es dort keine Schuldenbremse geben soll. Offenkundig argumentieren wir, dass es irgendeine Definition gibt, die sagt: Wenn wir zu viele Schulden machen, haben wir ein Problem, ein richtiges Problem. - Viele Kommunen haben ein richtiges Problem. Die können sich auch der Aufgaben, die sie haben, nicht so einfach entziehen; die haben auch keine Möglichkeit, groß Steuern zu erhöhen. Deshalb sagen wir: Diese Schulden müssen gesamtwirtschaftlich und von der Bundesrepublik Deutschland getragen werden.

Ist die Bundesrepublik Deutschland aber eine - um mal das Bild von unserem Genossen Binding zu zeichnen -, die sagt, dass die Ärmsten an diesen Schulden verdienen können, wenn es Zinsen gibt? Nein! Viele in den unteren Einkommensbereichen? Nein! - Wir diskutieren darüber, von denen, die da ganz oben sind, Steuern haben zu wollen. Aber wer ständig über die Schulden redet, die zusätzlich gemacht werden sollen, weiß natürlich, dass die, die oben sind, sagen: Das ist toll. Wenn wir, statt Steuern zu zahlen, euch einen Teil unseres Vermögens geben können und den Anspruch haben, dass es unser Vermögen bleibt, dann ist das eine gute Idee.

Ich bin immer etwas überrascht, wie euphorisch über die Abschaffung der Schuldenbremse geredet wird. Natürlich weiß jeder, der in anderen Ländern Europas unterwegs ist, dass das in Italien, in Griechenland, in Spanien Probleme verursacht, und zwar ganz massive. Und die einzige Frage, die wir uns heute angesichts einer jedenfalls in den letzten Jahren insgesamt vorhandenen guten Konjunkturlage stellen müssen, ist, ob wir in einer Situation sind, dass wir sagen können: Wir müssen zusätzlich als Staat investieren, um unser Niveau an Arbeitsplätzen, um unser Niveau an volkswirtschaftlichem Vermögen aufrechtzuerhalten. - Aber in dieser Situation doch bitte nicht einfach sagen: Statt, wie mit dem Vermögensteuerkonzept Steuern einzunehmen, müssen wir, weil wir das vielleicht mit der CDU/CSU nicht durchsetzen können, darüber reden, dass wir die nicht vorhandenen Steuern durch Schulden ersetzen!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, Steuern sind doch das Thema, über das wir reden. Der Genosse

Binding hat doch zu Recht gesagt, das untere - wie hat er das so schön genannt? - Einkommensdezil hat Schulden, und zwar nichts als Schulden. Und denen geht es scheiße. Und da reden wir doch über eine Schuldenbremse! Wir wollen die Leute entschulden. Wir reden nicht darüber, dass es toll ist, dass die Schulden haben. Wenn sich aber der Staat bei denen, die ganz viel haben, verschuldet, dann ist das auf einmal toll. Da wollen wir dann mehr davon haben. - Ihr glaubt doch nicht, dass wir, die wir hier alle sitzen, so nebenbei sagen: Wenn der Staat noch zusätzliche Staatsanleihen begeben würde, dann machen wir da mal eben mit - das ist doch gar kein Problem. - Wir machen dann mit, liebe Genossinnen und Genossen, wenn uns nicht angedroht wird, dass sonst die Steuern erhöht werden müssten. Da würden wir alle mitmachen.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen: Lasst den Antrag so, wie er ist! Lasst uns nicht komplexe Bereiche reduzieren und sagen: Wenn wir die Schuldenbremse auflösen, ist für die Zukunft alles gut. - So wird es nicht sein, das wissen wir alle. Wir wissen das nicht nur im Herzen, sondern auch mit dem Verstand. Liebe Genossinnen und Genossen, stimmt dem Antrag so zu, wie er ist! - Ich danke fürs Zuhören. Glück auf!

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Torsten. - Jetzt erhält Luitpolt Rampeltshammer aus dem Saarland das Wort. Ihm folgt unser Parteivorsitzender Norbert Walter-Borjans.

(Beifall)

Luitpold Rampeltshammer, Saarland:

Genossinnen und Genossen, die wirtschaftliche Ungleichheit in Deutschland ist obszön. Wir erreichen gerade die höchste jemals gemessene wirtschaftliche Ungleichheit. Wir wissen, dass arme Menschen früher sterben, weniger Zugang zu Bildung und zu Gesundheitsförderung haben. Wir wissen auch und ganz genau, was arme Menschen in Deutschland besitzen. Niemand in Deutschland ist so durchleuchtet wie die Armen in der Bevölkerung.

Je weiter man in der Vermögensskala aber nach oben geht, umso unklarer und verschwommener werden die Daten zur Verteilung des Vermögens. Die sozialwissenschaftliche Forschung moniert seit Jahren und Jahrzehnten, dass im internationalen Vergleich die Angaben der Vermögen in Deutschland häufig auf Selbstauskunft beruhen. Diese sind aber immer niedriger als die wirklichen Zahlen. Aus sozialwissenschaftlicher Sicht wäre die Einführung einer Vermögenssteuer ein ganz großer Schritt in der Klärung der wirtschaftlichen Verteilung der Vermögen in Deutschland. Allein aus diesem Grund wäre die Aktivierung der Vermögenssteuer eine Möglichkeit, Licht ins Dunkel der

wirtschaftlichen Ungleichheit zu bringen. Deshalb, Genossinnen und Genossen, unterstützt bitte diesen Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank Luitpolt. - Jetzt hat Norbert Walter-Borjans das Wort. Ihm folgt Eugen Roth aus dem Saarland.

(Beifall)

Norbert Walter-Borjans, Parteivorsitzender:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte uns alle aufrufen, nicht denen auf den Leim zu gehen, die uns immer erzählen wollen, dass wir als SPD Schulden machen wollen oder die Schulden an sich als die Lösung aller Probleme sehen.

(Beifall)

Aber ich möchte vor einem auch warnen: Dass wir uns damit in eine Ecke treiben lassen, die uns handlungsunfähig macht mit Blick auf Investitionen in die Zukunft.

(Beifall)

Kein Unternehmen in diesem Land oder in anderen Ländern käme auf die Idee, seinen Maschinenpark verrotten zu lassen, nur damit es keinen neuen Kredit aufnehmen muss. Damit würde es sich sämtlicher Möglichkeiten berauben, morgen noch Gewinne zu machen.

(Beifall)

Keine schwäbische Hausfrau käme auf die Idee, sich ihr Häusle erst dann zu kaufen, wenn sie die ganze Kaufsumme zusammengespart hat. Wenn sie vernünftig ist, geht sie zur Bausparkasse oder nimmt anderswo ein Darlehen auf. Kein Mensch würde das für falsch halten.

(Beifall)

Ja, liebe Genossinnen und Genossen, natürlich gibt es schlechte Schulden. Das sind die Schulden, die ich für einen Urlaub aufnehme und für die ich dann noch zwei Jahre zahlen muss. Dann sind meine schönen drei Wochen rum, und anschließend habe die Last. Das ist nicht gut. Aber wenn wir uns deshalb sagen lassen müssen, dass es falsch ist, dann Kredite aufzunehmen, wenn ich in die Zukunft investieren will, wenn ich dafür sorgen will, dass wir anständige Straßen und Schulen haben,

dann lassen wir uns in eine Ecke treiben, die viel mit dem zu tun hat, was wir in den letzten Wochen und Monaten gesagt haben: Dann lassen wir uns in die neoliberale Pampa treiben; dann wären wir nämlich als Staat nicht handlungsfähig.

(Beifall)

Die Haupteinnahmequelle für das, was das öffentliche Gemeinwesen ausmacht, sind - das ist überhaupt keine Frage - Steuern, und zwar gerecht auf die Schultern der Schwachen und Starken verteilte Steuern - viel mehr auf die der Starken. Deswegen müssen wir sämtliche Schlupflöcher zumachen, durch die sich die vom Acker machen, die diesen Staat mit zu finanzieren haben.

(Beifall)

Deswegen können wir an dieser Stelle auch denen ein Stück mehr zumuten, die hohe Einkommen und hohe Vermögen haben. Das ist richtig; das ist gerecht, und das ist vor allem zukunftsgerichtet.

Aber machen wir uns nichts vor: Es ist doch nicht eine linkssozialistische Auffassung, dass man Investitionen in die Zukunft auch ein Stück von denen mittragen lässt, die in Zukunft einen Nutzen davon haben. Ansonsten sind es Schulden auf andere Art, die wir übertragen.

Ich habe 2011 im Nordrhein-Westfälischen Landtag mal gesagt: Was die Politik da zum Teil gemacht hat, das war, sich aus reiner Not selbst zu entmündigen. - Das hat man für einen unglaublichen Skandal gehalten. Heute sagt Herr Hüther vom Institut der deutschen Wirtschaft: Wir haben uns eingemauert. - Was anderes ist das denn als eine Selbstentmündigung, die wir damals gemacht haben?

Deswegen geht es jetzt nicht darum, wegen des Schuldenmachens die Schuldenbremse aufzuheben, nur weil das schön ist. Darum geht es überhaupt nicht. Es geht darum, dass wir die Ketten, die wir uns angelegt haben und die uns daran hindern, in die Zukunft zu investieren, jedenfalls auflösen. Sonst kommen wir nämlich wirklich auf die Idee - das ist doch absehbar -, uns über Schattenhaushalte oder Sonderhaushalte das Geld zu beschaffen, das uns noch handlungsfähig macht. Deswegen finde ich: Klar, es müssen Steuern bezahlt werden; das ist die Haupteinnahmequelle, vor allem für all das, was in diesem Jahr auch für die Menschen im Land gebraucht wird. Aber für das, was die Investitionen in die Zukunft angeht, ist ein Kredit die richtige und angemessene Größe. Dafür müssen wir uns die Möglichkeiten offenhalten.

Wir sollten uns auch nicht in die Ecke treiben lassen, dass in einem hoch entwickelten, hoch zivilisierten Industriestaat, der auch soziale Voraussetzungen schaffen muss, das Investieren ja möglich wäre, wenn man nicht so viel Sozial-Klimbim machen würde. Es gehört dazu, dass wir in einem modernen, zukunftsgerichteten Industriestaat in der Lage sind, Menschen zu helfen, Menschen zu befähigen, das ausreichende Personal zu haben, das nötig ist, um diesen Staat am Laufen zu halten, dieses Personal auch anständig zu bezahlen und trotzdem in die Zukunft zu investieren. Das muss man auch mit Krediten machen können - erst recht in einer Zeit, in der man anschließend für diesen Kredit weniger zurückbezahlen muss, als er gekostet hat, als man ihn aufgenommen hat.

(Beifall)

Wenn ich 1 Million Euro in der Tasche habe und über den Kauf einer Wohnung nachdenke, dann muss ich nicht darüber nachdenken, ob ich ein Darlehen brauche. Aber das ist weder für den Normalverdiener der Ausgangspunkt, noch ist es für den Normalunternehmer der Ausgangspunkt, wenn er ein Geschäft aufmacht. Wer eine Geschäftsidee hat, der ist auf eine Bank angewiesen, die ihm vertraut. Er muss allerdings auch wissen, dass er dafür Zukunftswerte schaffen muss. Diese Diskussion ist ganz wichtig.

Aber wir sollten uns nicht in die Ecke treiben lassen und das eine gegen das andere ausspielen. Wir sollten uns nicht in die Ecke treiben lassen, so zu tun, als fänden wir es gut, Kredite aufzunehmen, wenn wir sie gerade nicht nötig haben. Aber wir sollten uns auch nicht in die Ecke treiben lassen, uns jeden Weg dazu zu verstellen. Da, wo sie sinnvoll und notwendig sind, da, wo sie von jedem Unternehmer ganz genauso beurteilt würden, sollten wir uns die Investitionsmöglichkeiten nicht nehmen lassen. Deswegen sollten wir in den Antrag schreiben, dass wir die Schuldenbremse überwinden müssen. - Ganz herzlichen Dank.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Norbert. - Wir machen jetzt einen kleinen thematischen Schwenk. Denn in dem Bereich ist auch der Initiativantrag zum Thema Situation in der Stahlindustrie aufgerufen. Deswegen werden sich die nächsten Wortmeldungen in erster Linie darauf beziehen. - Der Erste ist Eugen Roth, ihm folgt Sarah Ryglewski aus Bremen.

(Beifall)

Eugen Roth, Saarland

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Das ist ein Schwenk, aber es ist gleichzeitig ein innerer Zusammenhalt. Ich finde es gut, dass wir das Thema Vermögensteuer wieder aufgreifen und dass wir da standfest sind, aus dem einfachen Grund: Viele, die uns attackieren und runterdrücken wollen, tun das auch, weil wir in dieser Frage ernstmachen werden, und deshalb werden wir auch in der Frage der Vermögensteuer Kurs halten. Ich finde das absolut richtig und kann nur unterstützen.

(Beifall)

Ich bin allerdings hier für ein industriepolitisches Thema, und zwar für das Thema Stahl. Ich komme aus dem Saarland, aus dem Saar-Revier, wie wir sagen. Wir wollen ein Stück Solidarität mit unseren Beschäftigten in der Stahlindustrie einfordern, ob an der Saar, ob in Nordrhein-Westfalen, ob in

Bayern, ob in Bremen - überall dort, wo der Stahl gekocht wird, schlägt das Herz aus Stahl, und das schlägt auch sozialdemokratisch, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es war immer unser Credo, dafür einzutreten, einen Strukturwandel ohne Brüche zu machen. Das ist alles andere als profan. Wir haben im Saarland am 30. Juni des Jahres 2012 das Ende des Bergbaus, des Steinkohlebergbaus im Saarland. Wir haben am 21. Dezember 2019 in Bottrop auf Prosper-Haniel das Ende des Steinkohlebergbaus erlebt. Und was vielfach nicht beachtet wurde: Damit ist immer auch ein Stück Montanmitbestimmung gegangen, die nicht mehr ersetzt wurde.

Nun hat der Stahl allerdings einen Vorteil gegenüber diesen Entwicklungen: Stahl ist ein Grundstoff mit Zukunft. Stahl wird weiter produziert werden. Es ist einer der umweltfreundlichsten Grundstoffe, total recyclebar. Die Frage ist nur: Wo wird Stahl gekocht werden? Es ist nicht die Frage, ob, sondern es ist die Frage: Wo? Wir sind überzeugt, dass eine Klimawende nur mit einer Industrie gelingen kann, das heißt, mit grünem Stahl.

(Beifall)

Ich will erwähnen, dass beispielsweise nur in der saarländischen Stahlindustrie - da weiß ich es ganz genau; ich glaube, bundesweit arbeiten noch 84.000 Menschen in der Stahlindustrie, im Saarland sind es rund 14.000 - in den letzten Jahren 500 Millionen Euro - ich wiederhole: nur im Saarland 500 Millionen Euro - in Umweltschutz investiert, auch über die Montanmitbestimmung. Wir haben beispielsweise einen Filter angeschafft. Das ist etwas anderes als ein Kaffeefilter; denn Filter von dieser Größenordnung kosten dann schnell 25 bis 30 Millionen Euro.

(Glocke des Tagungspräsidiums)

Bin ich schon fertig?

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Ja.

Eugen Roth, Saarland:

Dann muss ich ja Gas geben. Stahl muss Gas geben. Bitte noch 1 Minute!

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Nein!

Eugen Roth, Saarland:

Ich erinnere mich, dass die Anteilseigner gesagt hatten: „Wir sind doch nicht von der Heilsarmee!“ Aber die betriebliche Mitbestimmung hat das durchgesetzt, weil die Menschen, unsere Kollegen, dort leben.

Deshalb: Stahl hat Zukunft. Dafür kämpfen wir. Was ich hier fordere - auch als Saarländer -, ist das Kanzlerinnen-Wort. Die Merkel hat in Hinterzimmern vor dem Landtagswahlkampf im Saarland bei Annegret Kramp-Karrenbauer - kaum einer kann den Namen so aussprechen wie wir - versprochen, sie würde sich in Brüssel für den Stahl einsetzen. Wir haben nichts mehr nach der Wahl davon gehört, und wir haben auch nichts mehr von Annegret Kramp-Karrenbauer gehört. Und über den Wirtschaftsminister, der aus dem Saarland kommt, schweige ich betreten, wenn es um die Industrie geht.

Also, Genossinnen und Genossen: Lasst uns solidarisch sein. We want green steel!

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Eugen. - Jetzt hat Sarah Ryglewski das Wort. Ihr folgt Bärbel Bas.

Sarah Ryglewski, Parteivorstand:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin sehr froh, dass wir hier heute über diesen Antrag diskutieren und ihn hoffentlich auch verabschieden werden; denn die Lage in der Stahlindustrie ist ernst. Das hat Eugen vorhin dargestellt. Auch in meinem Bundesland Bremen können die Beschäftigten bei ArcelorMittal nicht ungetrübt auf das neue Jahr schauen, und mit ihnen schauen ganze Regionen in Deutschland nicht ungetrübt ins neue Jahr, denn in Bremen beispielsweise ist ArcelorMittal der drittgrößte Arbeitgeber. 4.000 Menschen arbeiten direkt dort, und da könnt ihr euch ausrechnen, wie viel indirekt in unserer Region am Stahl hängt.

Ohne die Arbeit dieser Menschen wäre der Wohlstand in unserem Land so, wie wir ihn heute kennen, nicht möglich. Und diese Menschen haben unsere Solidarität mehr als verdient.

(Beifall)

Sie erwarten von uns als SPD auch, und das nicht nur aus der alten Tradition, die uns mit den Stahl-

arbeiterinnen und Stahlarbeitern verbindet. Sie erwarten von uns eine Wirtschafts- und Industriepolitik, die ihre Arbeitsplätze nicht nur im Jetzt sichert, sondern auch fit für die Zukunft macht. Die Voraussetzungen dafür sind gut; das hat Eugen schon dargestellt.

Ja, Stahl ist eine energieintensive Industrie und steht deswegen im Moment besonders unter Druck. Aber es ist doch geradezu paradox, wenn die relativ emissionsarme deutsche Stahlindustrie unter die Räder kommt und stattdessen schmutziger Stahl aus China importiert wird.

(Beifall)

Die deutsche Lage Stahlindustrie ist zukunftsfähig und bereit und in der Lage, aus dem Strukturwandel einen Zukunftswandel zu machen, aber nur, wenn wir jetzt die Rahmenbedingungen dafür schaffen, indem wir gemeinsam mit den Unternehmen und den Anteilseignern dafür sorgen, das hier zukunftsfähige Strategien gemeinsam mit den Beschäftigten, mit den mitbestimmten Unternehmen entwickelt werden, indem wir den mittelfristigen Einsatz von Wasserstoffzellen durch die finanzielle Unterstützung von Forschung und Entwicklung fördern, indem wir für eine Verschärfung von Schutzklauselmaßnahmen auf europäischer Ebene kämpfen, der unsere Stahlindustrie vor Dumpingmaßnahmen schützt, indem wir bei der CO_2-Bepreisung genau hinschauen und für einen vernünftigen Ausgleich sorgen.

Liebe Genossinnen und Genossen, zeigen wir echte Solidarität mit den Stahlarbeiterinnen und Stahlarbeitern im ganzen Land. Beschließen wir diesen Antrag und treten wir damit Peter Altmeier, Annegret Kramp-Karrenbauer und Angela Merkel ordentlich in den Hintern, damit Stahl in Deutschland eine Zukunft hat.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Sarah. - Jetzt erhält Bärbel Bas aus Nordrhein-Westfalen und dann Anke Rehlinger.

Ich möchte darauf hinweisen, dass das die beiden letzten Wortmeldungen in dieser Debatte sind und dass wir danach in die Antragsberatung einsteigen.

Bärbel Bas, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich komme aus Duisburg, einem der größten Stahlstandorte in Deutschland, und ich komme aus dem Pott.

(Beifall)

Das ist erstens schon mal wichtig; ihr werdet das gleich merken. Ich komme nicht aus dem diplomatischen Dienst. Rolf Mützenich weiß genau, warum ich in der Fraktion eher Gesundheit mache und nicht die Außenpolitik. Denn beim Stahl vermisse ich zwei, die ihre Verantwortung nicht wahrgenommen haben. Das ist zum einen dieser Wirtschaftsminister,

(Beifall)

der nicht mal in die Lage ist, eine vernünftige Industriepolitik und Strategie auf den Plan zu rufen, der eine ganze Branche vor die Wand fährt, wenn wir nicht aufpassen. Deshalb ist dieser Antrag und das Signal von diesem Parteitag in den Bereich des Stahls wichtig, weil dieser Bereich Zukunft hat. Wo überall Stahl in dieser Halle verbaut ist, möchte ich gar nicht wissen. Es ist eine Zukunftsbranche, und die ist sogar in der Lage, irgendwann vielleicht sogar CO_2-frei zu produzieren. Das machen wir kaputt, wenn wir jetzt nicht aufpassen. Deshalb bitte ich euch, diesen Antrag zu unterstützen.

Und es gibt noch jemanden, der die Verantwortung nicht übernommen hat. Das sind diese Vorstände, die sich jetzt alle schon vom Acker gemacht haben, mit ganz viel Geld,

(Beifall)

die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien alleine lassen. Den würde ich heute einen schönen Advent wünschen. Ich würde das aber viel lieber den Familien wünschen, die nämlich keinen schönen 2. Advent haben, weil sie gerade Angst haben, weil sie nicht wissen, wie das nächste Jahr ausgeht. Haben sie dann noch Arbeit? Ist die ganze Branche weg?

Deshalb erwarte ich auch von den Vorständen, die jetzt im Amt sind, dass sie die notwendigen Zukunftsinvestitionen endlich tätigen. Das ist die richtige Botschaft, die wir hier von heute aussenden: Verantwortung übernehmen, Altmeier! Verantwortung an die Vorstände! Wir sind dazu bereit in der SPD, die Verantwortung zu übernehmen, und deshalb unterstützt bitte diesen Antrag I 3. Der ist immens wichtig. - Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Bärbel. - Als letzte Rednerin erhält jetzt Anke Rehlinger das Wort.

Anke Rehlinger, Stellvertretende Parteivorsitzende:

Liebe Genossinnen, liebe und Genossen! Aus zeitökonomischen Gründen spreche ich für meinen Kollegen und auch Kollegen Wirtschaftsminister Martin Dulig an dieser Stelle mit.

Wir haben gestern einen wunderbaren Antrag zum Thema Klimaschutz verabschiedet und wie wir uns vorstellen, dass das gestaltet wird. In diesem Antrag kommt überall auch der Geist zum Ausdruck, dass wir es hinbekommen müssen, Klimaschutz auf der einen Seite und Ökonomie und Wirtschaft auf der anderen Seite nicht als Widerspruch zu verstehen, sondern es zusammen zu denken und dafür zu sorgen, dass der Klimaschutz nicht zur Deindustrialisierung hier in Deutschland führt, liebe Genossinnen und Genossen. Das war wichtig, dass das im Antrag drinsteht.

(Beifall)

Aber heute ist der Tag, der auf die Beschlussfassung des Antrags folgt, und jetzt geht es darum, nicht nur etwas in einen Antrag hineinzuschreiben, sondern dafür zu sorgen, dass das auch stimmt, was in unseren Anträgen drinsteht; denn wir haben hier einen real existieren Fall, wo es genau darum geht, Beweis dafür zu führen, dass wir es ernstmeinen, wenn wir es dahinschreiben. Und ich finde, wir sollten es ernstmeinen. Es geht um Tausende von Arbeitsplätzen. Es geht um eine Grundstoffindustrie, und viele haben etwas zu verlieren. Wir alle, aber vor allem auch die Beschäftigten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Deshalb ist das mit der Solidarität gut, weil es ihnen auch guttut; denn wir haben es mit einer Situation zu tun, wo wir vielen - ob es die Automobilindustrie ist, ob es Chemie ist oder ob es in dem Fall die Stahlindustrie - über Jahrzehnte gesagt haben, dass sie die Stützen unserer Wachstums-, Wohlstands- und Industriegesellschaft sind. Und ab heute oder morgen sollten wir ihnen sagen, dass sie jetzt eben Pech haben und auf der falschen Seite der Geschichte stehen? Ich finde, das ist keine gute Botschaft. Das ist auch keine, die Brücken baut bei diesem Thema. Damit lassen wir wesentliche Teile unserer Gesellschaft zurück, und an dem Punkt haben wir es eben nicht nur mit industriepolitischen, wirtschaftspolitischen oder strukturpolitischen Ansätzen zu tun, sondern daraus werden auch gesellschaftspolitische Probleme erwachsen, wenn wir diese Menschen auf der Strecke lassen. Deshalb ist das nicht nur Wirtschaftspolitik, sondern es ist auch Gesellschaftspolitik, und es ist ein Teil unserer Demokratie, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Und es ist auch Teil unseres Klimaschutzkonzepts. Der Leichtbau der Automobilindustrie, die Windkraftanlagen, all die kommen nicht aus ohne guten Stahl, und ich finde, er sollte hier produziert werden, weil wir doch wissen: Wenn er nicht hier produziert wird, gleichzeitig aber gebraucht wird, dann wird er woanders produziert, und zwar unter deutlich schlechteren Umweltbedingungen, unter deutlich schlechteren sozialen Bedingungen, und dann haben wir nicht nur die Arbeitsplätze hier verloren, sondern auch noch dem Klima einen Bärendienst erwiesen. Das kann und das darf niemand wollen, und deshalb müssen wir dafür sorgen, dass Stahl in Deutschland, aber auch in Europa eine Zukunft hat, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Und dann müssen wir mit Blick auf die Ergebnisse der Unternehmen - Kurzarbeit und angekündigte Entlassungen kommen ja nicht von ungefähr - jetzt dafür sorgen, dass sie in der Lage sind, die notwendigen Investitionen zu tätigen, damit wir grünen Stahl auch hier in Deutschland und in Europa herstellen können, und dann wird eben auch das wahr, was wir reinschreiben: dass der Klimaschutz eben nicht zum Nulltarif zu haben sein wird. Deshalb brauchen wir eine aktive Wirtschaftspolitik. Wir brauchen Unterstützungen für die notwendigen Investitionen. Nicht, weil wir es mit einer notleidenden Branchen zu tun hätten, sondern weil es darum geht, Wettbewerbsverzerrungen wieder glattzuziehen. Das ist unsere Motivation, und natürlich, auch die Beschäftigung hier in Deutschland zu sichern.

Ich finde, das ist auch im Interesse zum Beispiel der Automobilindustrie; denn alleine nur zu glauben, die Chance, jetzt günstigen Stahl irgendwo in der Welt zu kaufen, die Stahlindustrie in Europa niedergehen zu lassen und dann zu hoffen, dass die Chinesen, wenn der Markt erst einmal bereinigt ist, auch zukünftig noch den Stahl günstig anbieten werden, diese Hoffnung habe ich nicht, und deshalb muss es eine gesamtindustriepolitische Forderung sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Und ich sage - letzte Bemerkung -: Das ist eine Forderung natürlich an die Bundesregierung. Das ist eine Forderung an den Bundeswirtschaftsminister, aber es ist eben auch eine Forderung in Richtung Europa. Wir haben das gestern im Antrag dankenswerterweise - auch durch die Bremer verstärkt - noch zum Ausdruck gebracht. Wir können uns in Deutschland ja alle freuen, dass wir jetzt eine deutsche Kommissarin in Brüssel sitzen haben. Aber ich würde mich noch viel mehr freuen, wenn sie dafür sorgt, dass Stahl in Deutschland Zukunft hat. Das ist unser Motto. Die Stahlarbeiterinnen und Stahlarbeiter in Deutschland können sich darauf verlassen: Die Sozialdemokratie steht an ihrer Seite; denn wir brauchen Stahl, und Stahl muss Zukunft haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Anke. - Wir sind jetzt am Schluss der Redeliste. Bevor wir gleich mit den Anträgen weitermachen können, und zwar mit der Beratung der Änderungsanträge, möchte ich euch kurz darüber informieren, wie wir mit dem Tagesablauf weitermachen. Wir werden im Anschluss an diesen Antragsbereich den Themenbereich Digitales aufrufen. Danach werden die Themenbereiche Bildung und Jugend zur Beratung hier im Plenum aufgerufen, danach „30 Jahre friedliche Revolution“ und auf jeden Fall heute auch noch der ganze Komplex Außen- und Sicherheitspolitik. Dazu werden wir versuchen, das jetzt so gut es geht zu komprimieren.

Es müssen gerade noch ein paar Fragen geklärt werden. Deswegen nutze ich die Gelegenheit, jetzt einmal den Geburtstagskindern von heute zu gratulieren. Eines habe ich schon gesehen: Robert von Olberg aus Nordrhein-Westfalen wird heute 31 Jahre alt. Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag,

Robert!

(Beifall)

Darüber hinaus haben heute Geburtstag - es sind auch beide im gleichen Jahr geboren Michael Müller-Puhlmann. Ich weiß nicht, ob er hier ist. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Genauso Hans-Jürgen Veit. Beide werden heute 64 Jahre alt. Herzlichen Glückwunsch euch!

(Beifall)

Dann würde ich jetzt noch einmal kurz auf den Beginn des Tages zurückkommen und Niels bitten, das Ergebnis der Sammlung von heute Morgen zum Marie-Schlei-Verein vorzutragen.

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Lieber Oliver, das mache ich sehr gerne. - Auch von mir noch einmal einen schönen guten Morgen! Ich hoffe, dass Christa Randzio-Plath jetzt im Raum ist, der wir auch noch mal danken wollen für - -

((Zuruf)e)

- Bei euch war noch niemand?

((Zuruf)e)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Oh, die Hessen müssen noch mal richtig rangehen!

Niels Annen (Tagungspräsidium):

Okay, das deute ich als Spendenbereitschaft. Dann sorgen wir dafür, dass gleich noch mal jemand zu euch hinkommt. - Vielen Dank, eine wichtige Wortmeldung.

(Beifall)

Dann verschieben wir das noch mal und können Christa hoffentlich ein noch besseres Ergebnis organisieren. Vielen Dank.

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. Dann wird das Ergebnis ja noch besser.

Ich gucke jetzt gerade mal nach rechts. - Wir können loslegen. Für die Antragskommission erhält jetzt Doris Ahnen das Wort.

Doris Ahnen, Antragskommission:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich komme erst einmal zu dem Antrag zur Vermögensteuer. Den hatte Lothar Binding eingebracht und hatte eine Reihe von Änderungsvorschlägen vorgestellt. Die Änderungsvorschläge, die Lothar eben vorgestellt hat, würde die Antragskommission übernehmen. Die wären dann Bestandteil des Antrags.

Es gab dann noch einen Antrag aus Sachsen zum Thema Länderfinanzausgleich. Den würden wir als Antragskommission so nicht übernehmen, und zwar nicht, weil wir inhaltlich auseinander sind, sondern weil er schlichtweg technisch so nicht übernehmbar ist, da im Kern eine Verteilung über den LFA gefordert wird. Das ist aber nicht die Systematik. Den können wir so nicht übernehmen. Dass die Vermögensteuer natürlich letztlich dazu führen soll, dass wir insgesamt ein höheres Steueraufkommen haben, dass dann insgesamt die Gesellschaft in allen Teilen des Landes unterstützt, ist auch unstrittig.

Das waren die Punkte zur Vermögensteuer, sodass ihr aus meiner Sicht den Antrag zur Vermögensteuer dann in dieser geänderten Fassung, wenn es dagegen jetzt keinen Widerspruch gibt, zur Abstimmung stellen könntet.

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Okay, dann lasse ich jetzt über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer für das Votum der Antragskommission zu diesem Antrag ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Bei wenigen Enthaltungen ist der Antrag dann so angenommen.

(Beifall)

Doris Ahnen, Antragskommission:

Dann hatte die Antragskommission ursprünglich - so ist es noch im Antragsbuch ausgedruckt - den StW79 - „Handlungsfähigkeit stärken, Solidarität erneuern - Für einen starken solidarischen Staat“

- zur Überweisung empfohlen. Das geänderte Votum der Antragskommission lautet: Annahme in geänderter Fassung. Diese geänderte Fassung ist euch ausgeteilt worden.

Jetzt gab es noch einmal eine Diskussion - wenn ihr in der Änderungsfassung unterwegs seid - auf der letzten Seite zum Thema Schuldenbremse. Da steht bereits: „Die Schuldenbremse darf nicht zu einer Zukunftsbremse werden." Dazu gab es hier unterschiedliche Positionen, einerseits die Verteidigung der Schuldenbremse, andererseits die Abschaffung. Ich glaube, man kann daraus einen vernünftigen Kompromiss machen, und dieser vernünftige Kompromiss könnte sein, dass man - auf der Grundlage dessen, was Micha Heitkamp auch gesagt hat - mit einer Ergänzung wie folgt formuliert: „Deshalb wollen wir die Schuldenbremse in ihrer derzeitigen Form perspektivisch überwinden und mehr Investitionen ermöglichen." In dieser Kompromissform würde es die Antragskommission dann auch übernehmen.

(Beifall)

Dann würden wir den Antrag in der geänderten Fassung mit dieser Ergänzung so zur Annahme vorschlagen.

Das war's an dieser Stelle.

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Okay. - Ihr habt da Votum der Antragskommission gehört: Annahme in geänderter Fassung. Wer dem zustimmen möchte, den oder die bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Einige wenige Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Wenige Enthaltungen. Dann ist dem Votum der Antragskommission mit sehr, sehr großer Mehrheit gefolgt worden.

(Beifall)

Doris Ahnen, Antragskommission:

Damit hat sich aus meiner Sicht auch der Wunsch von Maria Noichl erledigt. Sie wollte, dass der StW25 hier abgestimmt wird. Wir haben aber gerade in dem StW79 schon eine entsprechende Beschlussfassung zum Ehegattensplitting vorgenommen - das sieht man im Antragsbuch auf Seite 790, Zeilen 39 bis 40 -, sodass ich meine, dass das durch StW79 erledigt ist.

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Die Antragstellerin ist einverstanden, sehe ich.

Doris Ahnen, Antragskommission:

Dann glaube ich, dass man so für den gesamten Steuerteil so verfahren kann, wie - - Ich kann noch, wenn ihr wollt, die Initiativanträge mit abhandeln, und dann kann man die ganze Liste beschließen.

Es gibt dann noch den Initiativantrag zum Thema Stahl. Da empfehlen wir euch die Annahme des Initiativantrags 13. Damit wäre dann auch der StW99 erledigt, der sich auch auf das Thema bezog. Der Initiativantrag ist jetzt eine Weiterentwicklung.

Ich glaube, das war so. es gab da, glaube ich, noch einmal einen Wunsch, der uns gerade eben vorgetragen worden ist, und zwar, im Initiativantrag die Zeilen 50 und 51 zu streichen. Das würden wir so nicht übernehmen.

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Dann müssen wir darüber abstimmen. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung des Änderungsantrags. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Einige Gegenstimmen. Wer enthält sich? - Dann ist das so mit großer Mehrheit angenommen, und wir folgen dem Votum der Antragskommission.

Doris Ahnen, Antragskommission:

Das war der Antrag. - Dann haben wir noch einen Initiativantrag zum Thema Automobil. Wir empfehlen diesen Antrag auch ohne Änderungen zur Annahme. Das ist der IA 8.

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Das heißt, wir können jetzt in die Abstimmung über alle Anträge aus der Votenliste eintreten, ja?

Doris Ahnen, Antragskommission:

Okay. - Dann haben wir noch den IA 15 zum Thema Postdienstleistungen. Da empfehlen wir auch die Annahme.

Das, glaube ich, müsste es dann aber auch gewesen sein.

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Doris. - Ihr habt es gehört. Die Votenliste lag gestern schon aus. Wir können jetzt in die Abstimmung über alle Anträge gehen, die Doris gerade vorgestellt hat, mit den Voten der Antragskommission. Wer dafür ist, den Voten der Antragskommission zu folgen, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das einstimmig so angenommen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Antragsberatung IA 4, IA 12, M1-38: Digitales

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Dann darf ich jetzt den Antragsbereich Digitales aufrufen. Es gibt einige Wortmeldungen, aber bevor wir in den Antragsbereich einsteigen, haben wir dazu einen Redebeitrag von Lars.

In der Zeit, in der Lars nach vorne kommt, will ich noch den Hinweis darauf geben, was wann an welcher Stelle dadurch mit aufgerufen bzw. auch erledigt ist. Wir haben dazu die Initiativanträge IA 4 und IA 12. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag IA 4 anzunehmen und den Antrag IA 12 in der Fassung der Antragskommission ebenfalls anzunehmen. Aufgerufen sind zudem die Anträge M1 bis M38, die sich auf den Seiten 567 bis 584 im Antragsbuch befinden.

Jetzt hat Lars das Wort.

Lars Klingbeil, Generalsekretär:

Vielen Dank, liebe Anke. - Liebe Genossinnen und Genossen, ich will, wenn wir über das Thema Digitalisierung reden, vor allem auf einen Antrag hinweisen, nämlich auf den Antrag „Daten teilen“. Daran haben wir als Partei in den letzten Monaten intensiv gearbeitet. Ich will das hier erwähnen. Die Ursprungsidee zu diesem Antrag kam von Andrea Nahles, und wir haben uns mit der Frage beschäftigt, wie wir eigentlich die Datenmonopole der großen Player auf dem Markt brechen können und wie wir dafür sorgen können, dass Daten demokratisiert werden.

Wenn wir uns anschauen, was im Bereich der Künstlichen Intelligenz passiert, dann sehen wir den Wettbewerb zwischen dem Silicon Valley auf der einen Seite und China auf anderen Seite. Wir als Deutschland, wir als Europa sind dort nicht gut positioniert, weil wir viel zu spät und viel zu halbherzig in diesen Wettbewerb eingetreten sind. Ich glaube, wir können hier aber festhalten und uns einig sein: Dort, wo die Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz stattfinden, dort werden die Arbeitsplätze der Zukunft geschaffen. Dort wird künftig auch Wachstum und Wohlstand geschaffen. Deswegen müssen wir gucken, wie eine klare Positionierung im Bereich der Künstli-

chen Intelligenz aussehen kann, und ich sage euch: Daten sind der Rohstoff für die Entwicklung der Künstlichen Intelligenz. Es darf nicht mehr sein, liebe Genossinnen und Genossen, dass deutsche Politiker ins Silicon Valley fahren und beeindruckt davon sind, dass Mark Zuckerberg kostenfreie Getränke und kostenfreies Essen an seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter austeilt. Wir müssen die Machtfrage im digitalen Kapitalismus stellen, und darum geht es in diesem Antrag, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Daten sind reichlich vorhanden. Daten können geteilt werden, ohne dass ihr Wert verfällt, ohne dass sie an Wert verlieren. Aber wir müssen heute feststellen: Daten - und ich rede hier vor allem von nicht personenbeziehbaren Daten; das ist ganz wichtig sind heute in der Hand von wenigen großen Unternehmen: Facebook, Amazon, Google. Das sind die Alleinherrscher über unsere Daten im Netz. Und dann schauen wir uns an, was da passiert. Es sind die wenigen großen amerikanischen Unternehmen, die alle Vorteile aus der Auswertung und Verwertung dieser Daten ziehen. Wir alle wissen: Wenn Monopole entstehen, dann werden sie häufig lahm. Dann entsteht kein Fortschritt mehr, dann entsteht keine Innovation mehr. Und wir sehen auch, dass die großen amerikanischen Player sich häufig genug ihre eigenen Regeln setzen und sich aus einer politischen Debatte herausziehen.

Deswegen machen wir mit diesem Antrag deutlich: Es ist Zeit, die Machtfrage im Internet zu stellen. Wir wollen eine Demokratisierung beim Zugang zu unseren Daten.

Die Machtfrage zu stellen, heißt, das Kartellrecht zu verändern, das Wettbewerbsrecht zu verändern, auch das Steuerrecht zu verändern und endlich für eine Digitalsteuer zu sorgen. Das heißt aber auch darauf konzentriert sich dieser Antrag , eine Datenteilungspflicht einzuführen. Darauf wollen wir drängen.

Dieser Antrag sagt konkret drei Dinge aus: Wir wollen eine Pflicht für marktbeherrschende Unternehmen auf datengetriebenen Märkten, dass sie ihre Daten teilen und beispielsweise Start-ups, kleinen innovativen Unternehmen, aber auch gemeinnützigen Vereinen der Zivilgesellschaft nichtpersonenbeziehbare Daten zur Verfügung stellen, damit diese auch mit ihnen arbeiten können.

Die zweite Kernforderung ist, dass der Staat vorangeht. Wir haben schon zweimal im Wahlprogramm die Forderung nach einer Open-Data-Strategie des Bundes und der Verwaltung stehen gehabt. Auch hier betonen wir noch einmal, dass der Staat mit einem guten Beispiel vorangehen muss.

Und wir sagen, dass die freiwillige Datenkooperation im Mittelstand gefördert werden soll.

Das, liebe Genossinnen und Genossen, müsste man eigentlich alles nicht sagen, wenn wir einen Wirtschaftsminister in Deutschland hätten, der sich um das Thema Digitalisierung kümmert. Aber Peter Altmaier befindet sich leider im Tiefschlaf, wenn es um Digitalisierung in Deutschland geht.

(Beifall)

Deswegen kommt es auf die Sozialdemokratie an, liebe Genossinnen und Genossen. Das machen wir mit diesem Antrag deutlich.

Wir wollen den Alleinherrschern im Internet ein Ende bereiten. Wir wollen dafür sorgen, dass Daten demokratisiert werden. Daran haben wir in den letzten Monaten intensiv gearbeitet.

Ich will mich bei den Fachpolitikern der Fraktion bedanken. Ich will mich auch bei vielen in der Partei, in den Landesverbänden und Bezirken und auch bei D64, die intensiv mitgearbeitet haben, bedanken. Ich freue mich, wenn es eine große Zustimmung zu diesem Antrag gibt. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Lars. - Wir steigen in die Diskussion ein. Als Erster spricht Tiemo Wölken, Weser-Ems. Ihm folgt Erik Donner.

(Beifall)

Tiemo Wölken, Weser-Ems:

Moin, liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Lars, vielen Dank für diesen Antrag. Wenn wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten über die Sozialdemokratie in der neuen Zeit reden, dann müssen wir in der Tat auch darüber reden, wie wir in der digitalen Welt mit Daten umgehen. Ja, Daten sind in der Tat das Kapital von morgen. Gut 200 Jahre nach Karl Marx kann man sagen, dass Daten die neuen Produktionsmittel sind. Deswegen ist die Frage, wie wir mit Daten umgehen, kein futuristisches Philosophieren am 2. Advent, sondern die zentrale Frage der Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert.

(Beifall)

Im Antrag wird deswegen richtig formuliert, wie sich auf datengetriebenen Märkten zunehmend Monopole bilden. Was hier passiert, ist Profitmaximierung fernab aller marktwirtschaftlichen Prinzipien. Was offline kartellrechtlich unzulässig wäre, kann auch nicht online der Normalzustand sein. Wenn wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns Gedanken über den Markt machen, dann muss es ja wirklich schlimm sein.

Das zeigt aber auch: Wenn wir wollen, dass Märkte gut funktionieren, müssen wir Regeln einsetzen. Das gilt offline und online.

Wir müssen noch einen Schritt weitergehen. Wenn wir die neue Zeit solidarisch gestalten wollen,

müssen wir uns die Frage stellen, ob bestimmte Daten nicht eigentlich öffentliche Güter sein sollten.

(Beifall)

Deswegen war es richtig, dass Andrea Nahles diesen Vorstoß gemacht hat, und deswegen ist es wichtig, dass wir diesen Antrag heute annehmen.

Gerade bei einem Antrag wie diesem steht aber auch die europäische Ebene im Vordergrund. Deswegen wollte ich auch kurz das Wort ergreifen. Regeln für große IT-Riesen können wir nur gemeinsam in der Europäischen Union beschließen, und da können wir nur gemeinsam zusammenarbeiten.

Ihr wisst, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Parlament unsere Probleme mit der neuen Kommission hatten. Aber jetzt haben wir mit Frau Vestager eine Digital-Kommissarin, die tatsächlich den großen Konzern Ketten anlegen kann. Wir werden ihr dabei sehr genau auf die Finger schauen und unser Bestes dazugeben.

(Beifall)

Ein letzter Punkt: Die Europäische Union ist bereits einen wichtigen und richtigen Schritt gegangen. Wir haben eine Open-Data-Richtlinie für den öffentlichen Sektor beschlossen. Die brauchen wir jetzt auch für die Privatwirtschaft. Denn wir können ja nicht nur die öffentliche Hand verpflichten. Unser Anspruch muss es sein, gerade auch die Privatwirtschaft zu verpflichten.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich freue mich daher, dass wir mit Saskia eine profilierte Digital-Politikerin an der Spitze unserer Partei haben. Ich bin mir sicher, dass wir gemeinsam in den nächsten fünf Jahren Deutschland, aber auch die Europäische Union digitaler machen werden. Vor allen Dingen werden wir hoffentlich nicht wieder Upload-Filtern zustimmen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich freue mich auf die nächsten fünf Jahre Digitalpolitik. - Ich danke euch.

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Danke, Tiemo. - Jetzt Erik Donner aus Rheinland-Pfalz. Danach folgt Jens Zimmermann, Hessen-Süd.

Erik Donner, Rheinland-Pfalz:

Liebe Genossinnen und Genossen! Auch ich möchte einen herzlichen Dank für diesen Antrag aussprechen. Denn ich glaube, es ist wichtig, dass wir uns in diesen Zeiten an solch prominenter Stelle auf dem Parteitag auch mit diesem Thema befassen. Wir bringen das Thema offene Daten, aber auch Datenschutz zusammen. Datenschutz ist eben nicht, wie manche von der CDU gerne erzählen, eine Innovationsbremse für die Wirtschaft, die wirtschaftliches Vorankommen verhindert usw., sondern Datenschutz ist gerade für diejenigen, die es sich nicht leisten können, ihre Daten selbst in den Blick zu nehmen, die davon vielleicht auch nicht so viel Ahnung haben, eine ganz wichtige Komponente.

Der zweite Punkt in diesem Antrag ist sehr wichtig, dass wir auch das Offene-Daten-Gesetz noch einmal in den Vordergrund stellen. Offene Daten sind nicht nur ein Thema auf Bundesebene und auf Landesebene, sondern es spielt auch auf der kommunalen Ebene eine Rolle. Den größten Datenschatz haben eigentlich unsere Kommunen, seien es Geodaten, Daten zum Thema Busse und Bahnen, Verkehrsdaten etc. Ich würde mir an der einen oder anderen Stelle manchmal mehr Offenheit von unseren Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern bei diesem Thema wünschen. Wenn man nämlich mal guckt, wo Kommunen Open-Data-Plattformen haben, dann ist das sehr, sehr gering. Vielleicht kann man auch unabhängig vom Open-Data-Gesetz von diesem Antrag über die SGK auch die Botschaft mitnehmen: Lasst uns in unseren Räten, lasst uns in unseren Kreistagen usw. dafür sorgen, dass wir das flächendeckend haben, dass wir flächendeckend Open-Data-Plattformen haben, um diese Daten vielleicht auch kleinen, innovativen Start-ups zur Verfügung zu stellen, um diesen Daten dann auch entsprechend Nutzen zu geben! Momentan liegen sie häufig nur hinter verschlossenen Türen herum, und wir nutzen sie nicht, wir können damit nichts machen. Ich glaube, das wäre auch ein Signal, dass wir bei diesem Parteitag vielleicht die eine oder andere Sache direkt praktisch umsetzen können, bevor wir ein Offene-Daten-Gesetz auf Bundesebene durchgesetzt haben.

Ich glaube aber, wie gesagt: Wenn wir diesem Papier zustimmen, ist ein guter Schritt in diese Richtung getan. Deswegen ist das gut so. Bitte stimmt diesem Antrag IA 4 auf jeden Fall zu! - Vielen Dank.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Danke, Erik. - Jetzt spricht Jens Zimmermann aus Hessen-Süd. Zum Schluss Felix Ferber aus Schleswig-Holstein.

(Beifall)

Jens Zimmermann, Hessen-Süd:

Liebe Genossinnen und Genossen! Lasst mich zunächst einmal vor allem allen danken, die bei dem Antrag „Daten für alle“ mitgearbeitet haben, und vor allem Bastian Jantz aus dem Willy-Brandt-Haus, der dafür ganz viele Nächte investiert hat. Herzlichen Dank dafür, lieber Bastian!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir uns anschauen: Die größten und wertvollsten Unternehmen momentan sind fast alles Digitalunternehmen. Wir als Politik haben immer noch ein bisschen den Eindruck: Das sind nette kleine Unternehmen aus Kalifornien, wo alle mit kurzen Hosen herumlaufen. - Das ist nicht der Fall! Das sind Unternehmen, die überhaupt kein Problem damit haben, Steuern zu verschieben und sich nicht an der Finanzierung des Gemeinwohls zu beteiligen. Deswegen ist es wichtig, dass das Primat der Politik im Digitalen nach vorne gestellt wird. Das müssen wir machen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wenn wir uns diese Märkte anschauen, ist es manchmal witzig. Denn wenn wir argumentieren, komme ich mir immer wie ein riesiger Kapitalist vor, weil es darum geht, dass wir dafür sorgen, dass Wettbewerb auf diesen Märkten herrscht, weil diese Unternehmen vor allem versuchen, Monopole herzustellen. Das ist doch ganz klar: Am Ende sind immer wir, die Nutzerinnen und Nutzer, die gelackmeierten; denn die Gewinne werden von den Unternehmen eingestrichen und irgendwo in die USA oder noch schlimmer auf irgendwelche Karibikinseln verschoben. Deswegen ist es so wichtig, dass wir hier hart hereingehen und das machen, wofür wir als Staat und als Politik da sind, nämlich Gesetze zu machen und das ordentlich zu regulieren, und dass wir vor allem auch keine Angst davor haben. Es gibt überhaupt keinen Grund, vor diesen riesigen Unternehmen Angst zu haben. Wir müssen vorangehen. Denn es gibt vor allem in Europa viele Länder, die nach Deutschland schauen. Die schauen, was wir machen wir, wie wir damit umgehen.

Ich bin froh, dass wir diesen Antrag heute zum Daten teilen haben. Denn - lasst mich das zum Schluss sagen -: Dieser Parteitag hat ein klares Signal gesendet. Wenn wir über klassische Themen reden: Die Daten sind ein Produktionsmittel. Beim Thema „Daten teilen“ geht es um eine ganz ursozialdemokratische Sache. Es geht nämlich darum, dass wir diesen wichtigen Produktionsfaktor Daten an dieser Stelle zu einem guten Stück vergesellschaften, liebe Genossinnen und Genossen. Deswegen stimmt bitte dem Antrag zu. - Danke.

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Es sind jetzt noch Wortmeldungen dazugekommen. Wir schlagen euch vor, jetzt die Redeliste zu schließen. Gibt es da Widerspruch? - Dann spricht jetzt als Nächstes Felix Ferber und danach Amina Yousaf aus Hannover.

Felix Ferber, Schleswig-Holstein:

Liebe Genossinnen und Genossen, auch ich möchte mich für diesen Antrag bedanken; denn es ist ein richtiger Schritt in die richtige Zukunft. Das ist ein Schritt in die neue Zeit, weil wir die digitale Sozialdemokratie endlich mal anpacken.

Man muss sich eins vorstellen: Google weiß anhand der Berechnungen der Signalstärke des Wlans, in welchem Raum man sich zu Hause gerade befindet. Da müssen wir überlegen: Das kann der Arbeitgeber mit unseren Daten auch. Er kann berechnen, wie lange man auf Toilette war. Er kann berechnen, wie oft man nicht am Arbeitsplatz war, und anhand eines Algorithmus eine Kündigung aussprechen. Das können wir mit diesem Antrag angehen. Es ist ein richtiger Schritt. Wir müssen endlich schauen, dass wir es schaffen, diese Daten zu sichern.

Wir müssen endlich ethische Regeln finden, damit der Mensch Mensch bleibt und nicht der Computer über unsere Zukunft - privat oder Beruf - entscheidet. Es kann nicht sein, dass wir amerikanische Unternehmen nicht bestrafen können, weil die Daten in Amerika gelandet sind, obwohl sie in Deutschland gesammelt wurden. Der Staat muss die Daten der Menschen schützen.

Dieser Antrag ist ein gelungener Startschuss, und entsprechend bitte ich um Zustimmung.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Danke schön. - Es spricht jetzt Amina Yousaf aus Hannover und am Schluss Jonas Hoffmann aus Baden-Württemberg.

Amina Yousaf, Hannover:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe jetzt doch noch mal eine Wortmeldung eingereicht, weil ich es wichtig finde, dass wir, wenn wir über Digitales reden, auch darüber reden, dass Frauen dieses Thema, insbesondere, wenn wir über Gewalt im Netz reden, auch betrifft. Der Initiativantrag 12 wird auch in diesem Antragsbereich mitberaten.

Ich wollte euch kurz als die Person, die den Antrag mit eingereicht hat, einige Worte dazu sagen:

Sexualisierte Gewalt im Netz betrifft insbesondere Frauen und wird vor allem dann immer zum Thema, wenn prominente Frauen davon betroffen sind. Aber Aktivistinnen oder auch Kommunalpolitikerinnen oder Frauen, die im Netz unterwegs sind und sich politisch engagieren, sind genauso von digitaler Gewalt und Hass in ihrem Alltag betroffen. Deswegen haben wir gesagt: Wir möchten den Aufruf „Netz ohne Gewalt“ unterstützen.

Die vier Kernpunkte sind die, dass wir ein Problembewusstsein schaffen müssen. Wir müssen aber auch Strukturen schaffen, um Strafverfolgung durchzusetzen. Wir müssen die bestehenden Informations- und Beratungsstellen fördern und ausbauen und gleichzeitig aber auch die Forschung zu geschlechtsspezifischer Gewalt aktualisieren. Die Antragskommission empfiehlt Annahme dieses Antrags mit einem Änderungsantrag. Ich würde mich freuen, wenn ihr dem auch so folgen könnt. - Danke.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Zum Schluss spricht Jonas Hoffmann aus Baden-Württemberg.

(Beifall)

Jonas Hoffmann, Baden-Württemberg:

Guten Morgen auch von meiner Seite! Ich möchte für die Annahme von M 6 plädieren, und zwar für die Enquete-Kommission für Digitales. Hier sind die Entwicklungen besonders schnell, und wir brauchen da Ressourcen, die sich die ganze Zeit damit auseinandersetzen. Ein Thema, das mir als Wirtschaftsinformatiker mit die meisten Sorgen macht, ist das Thema Quantencomputer, was heute noch nicht angesprochen wurde.

Quantencomputer befinden sich noch im Stadium der Entwicklung. Aber hier geht es deutlich voran. Ein Quantencomputer, sobald er auf dem Markt ist, ist in der Lage, jegliche Verschlüsselung, die wir heute kennen, zu brechen. Das bedeutet keine Privatsphäre mehr. Das bedeutet: keine Überweisung mehr, die noch als sicher gelten wird. Hier brauchen wir politische und technische Lösungen, die, wenn diese Entwicklungen kommen, unsere Gesellschaft und unsere Bürgerrechte schützen. Hier bitte ich, dass wir Ressourcen bei uns aufbauen und hier Lösungen finden. Deswegen bitte ich hier einfach für die Annahme. - Vielen Dank.

(Beifall)

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Danke. - Damit sind wir mit den Redebeiträgen erst mal durch. Es hat jetzt für die Antragskommission das Wort Falko Mohrs. - Bitte.

Falko Mohrs, Antragskommission:

Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen, in dem Paket geht es ja im Kern um eine urdemokratische, um eine ursozialdemokratische Frage, nämlich wie wir den Markt, wie wir die Regeln in Deutschland, in Europa gestalten. Dabei ist doch unser Kompass, dass wir sagen: Technologischer Fortschritt - und damit auch die Digitalisierung - darf nie Selbstzweck sein, sondern es geht immer im Kern darum, wie wir aus technologischem Fortschritt, Fortschritt für die Gesellschaft machen. Das ist unser Wertekompass auch in der Beratung unserer Digitalanträge, liebe Genossinnen und Genossen.

Deswegen kann ich zumindest das, was die Antragskommission zu sagen hat, relativ kurzhalten. Lieber Felix, lieber Lars, lieber Tiemo, lieber Erik, ihr habt uns überzeugt, den Initiativantrag „Daten teilen für digitalen Fortschritt“ weiterhin zur Annahme zu empfehlen; vielen Dank dafür. Liebe Amina, vielen lieben Dank, dass du noch mal deutlich gemacht hast, wie wichtig es ist, insbesondere die Rechte von Frauen in der digitalen Welt zu stärken und noch mal Solidarität und Unterstützung für die Frauen zum Ausdruck zu bringen, die schon lange gegen Hass und Hetze im Netz vorgehen. Deswegen werden wir natürlich auch diesen wunderbaren Antrag, diese Resolution hier zur Annahme empfehlen.

(Beifall)

Ansonsten haben wir noch eine Aktualisierung zum Antrag M 36. Dort habt ihr ja stehen, dass wir die Empfehlung der Antragskommission zurückgestellt haben bis zur nächsten Sitzung. Ich verweise an der Stelle darauf, was wir gestern bei unserer wunderbaren Kindergrundsicherung diskutiert haben. Deswegen ändern wir hier das Votum, dass dieser Antrag erledigt ist, durch die Annahme der IA 2, also der Kindergrundsicherung. Insofern ist hier das Votum zu aktualisieren.

Jetzt gucke ich noch ganz kurz: Dann gab es noch zum Abschluss die Bitte, das Votum zur Enquete-Kommission zu ändern. Hier die Erinnerung, dass wir eine Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ von 2013 bis 2017 hatten. Im Moment haben wir eine Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“. Aus der letzten ist ja eben auch der Ausschuss „Digitale Agenda“ gestärkt worden. Insofern würden wir hier weiter das Votum der Antragskommission so belassen. Wir werden aber ein Auge darauf haben, inwieweit wir einen breiteren gesellschaftlichen Konsens herstellen müssen. Das Votum belassen wir hier aber erst mal. Aber dein Punkt ist wichtig und gut und danke dafür.

Liebe Genossinnen und Genossen, in der Form bitte ich euch, dem Votum der Antragskommission zu folgen. - Herzlichen Dank.

Martin Dulig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Falko. - Ich würde jetzt in die Abstimmung eintreten. Da jetzt klar ist, was die Antrags-

kommission insgesamt möchte, würde ich das gerne mit einer Abstimmung absolvieren. Wer also den Voten der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei wenigen Gegenstimmen so angenommen. Vielen Dank.

(Beifall)

Niels macht weiter.

ANTRAGSBERATUNG BEREICH BILDUNG, WISSENSCHAFT UND JUGENDPOLITIK

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Martin. - Dann kommen wir jetzt direkt zum nächsten Antragsbereich. Ich rufe auf die Anträge zum Bereich Bildung, Wissenschaft und Jugendpolitik. Mein Vorschlag wäre, dass wir die beiden Bereiche gemeinsam einmal einbringen lassen und sie dann auch gemeinsam diskutieren. Ich glaube, von den inhaltlichen Verbindungslinien sollte das kein Problem sein. Da ich keinen Widerspruch sehe, würde ich dann zur Einbringung des Antrags E 55 - das ist „Demokratie und Teilhabe leben, von Anfang an“ Johanna Uekermann bitten, den Antrag hier einzubringen. - Johanna.

(Beifall)

Johanna Uekermann, Parteivorstand:

Liebe Genossinnen und Genossen, noch vor wenigen Jahren waren die Zeitungen voll von Schlagwörtern wie „Es ist so eine unpolitische Jugend zurzeit“, „Diese Jugend ist überangepasst, die ist nur noch konsumorientiert“. Heute, wo Fridays for Future auf den Straßen demonstriert und tausende junge Leute sich engagieren, da ist es auch wieder nicht recht. Denn da heißt es dann: Die sollen doch lieber in die Schule gehen und das ganze Thema den Profis überlassen.

Aber ehrlicherweise: Darum geht es doch auch überhaupt nicht. Es ist egal, ob es uns passt, was junge Leute fordern, es ist entscheidend, dass ihre Stimme gehört wird. Es ist ihr Recht, auch mitzuentscheiden, wenn es um die Gegenwart und um die Zukunft geht.

(Beifall)

Wir haben uns deshalb in dem Gesprächskreis Jugend in den letzten zwei Jahren Gedanken darüber gemacht, wie wir die Demokratie und die Teilhabe von jungen Leuten stärken. Der für mich entscheidende Punkt ist: Es darf nicht darauf hinauslaufen, dass wir weitere Parallelgremien und Pseudobeteiligungen schaffen. Entscheidend ist, dass junge Menschen in unseren Gremien, in den

Parlamenten direkt mitentscheiden und dass das nicht ausgelagert wird oder junge Leute nur auf irgendwelche Podien oder so eingeladen werden, wenn es halt gut aussieht, da eine junge Frau hinzusetzen.

(Beifall)

Wir fordern in dem Antrag aber auch, dass wir endlich das Wahlalter absenken, und zwar nicht nur das aktive, sondern insbesondere auch das passive Wahlalter.

(Beifall)

Ich glaube, das ist ein ganz entscheidender Punkt, wo wir endlich vorankommen müssen.

Mir ist darüber hinaus wichtig, dass wir uns alle Lebensbereiche angucken und auch dort für mehr Demokratisierung eintreten. Junge Leute sind ja nicht nur so irgendwo unterwegs, sondern die sind in der Schule, an der Hochschule, im Betrieb, und überall dort müssen wir für Demokratisierung eintreten und mehr Mitentscheidungsmöglichkeiten schaffen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir bleiben nicht dabei stehen, uns nur die strukturellen Voraussetzungen anzuschauen; denn wir wissen, dass Teilhabe auch immer massiv davon abhängt, welchen sozialen Hintergrund man hat und wie die materiellen Voraussetzungen sind. Deshalb nehmen wir mit diesem Antrag auch ein anderes wichtiges Thema noch mal in den Blick.

Wir haben gestern unser Konzept für die Kindergrundsicherung beschlossen, aber es ist auch entscheidend, dass wir das Thema Jugendarmut nicht unter den Tisch fallen lassen, sondern dass wir auch darauf stärker den Blick richten.

(Beifall)

Und deshalb sagen wir: Wir müssen schauen, dass zum Beispiel junge Leute endlich eine Garantie auf einen Ausbildungsplatz bekommen.

(Beifall)

Wir müssen dafür sorgen, dass es bezahlbaren Wohnraum für junge Menschen gibt, wir müssen ran an die Studienfinanzierung, und ich bin sehr froh, dass wir die Mindestvergütung für Azubis dieses Jahr beschlossen haben. Das ist ein Riesenschritt nach vorne an dieser Stelle.

(Beifall)

Der Gesprächskreis Jugend, den ich in den letzten zwei Jahren leiten durfte, besteht aus ganz, ganz vielen tollen, engagierten Menschen, und deshalb möchte ich hier noch mal die Chance nutzen, auch allen Danke zu sagen, die sich in den letzten zwei Jahren eingebracht haben, insbesondere den Expertinnen und Experten aus der Jugendverbandsarbeit. Wir als SPD stehen an der Seite der Jugendverbände. Wir setzen uns mit euch gemeinsam dafür ein, dass wir eine eigenständige Ju-

gendpolitik haben und dass wir das Leben von jungen Menschen ganzheitlich betrachten und dafür sorgen, dass junge Leute nicht nur mehr Mitsprache bekommen, sondern eben auch Teilhabe möglich ist.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe es zu: Der Abend gestern hat mir ein bisschen zugesetzt. Deshalb belasse ich es an der Stelle dabei. Ich würde mich sehr freuen, wenn ihr den Antrag „Demokratie und Teilhabe leben - von Anfang an!“ unterstützt und den Gesprächskreis Jugend an der Stelle für die Arbeit, die er in den letzten zwei Jahren gemacht hat, auch würdigt. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Johanna, vielen Dank. Man hat dir das zumindest bei der Einbringung hier nicht angemerkt. Insofern: Vielen Dank dafür. - Wir verfahren so, wie vorgeschlagen. - Wir kommen jetzt zur nächsten Einbringung, nämlich zur Einbringung des Antrags B 1 - „Chancen für alle zu jeder Zeit“. Das wird vorgestellt und eingebracht von Oliver Kaczmarek.

Oliver Kaczmarek, Parteivorstand:

Vielen Dank, Niels. - Liebe Genossinnen und Genossen, in dieser Woche war ja wieder Verkündungstag, und zwar haben wir in dieser Woche die Ergebnisse der aktuellen Pisa-Studie entgegengenommen, und das birgt immer ein gewisses Aufregungspotenzial. In der Tat ist es so: Wenn man sich das im internationalen Vergleich anguckt, gab es, was das Ranking angeht, keine Fortschritte - trotz wachsender Anstrengungen, die wir tatsächlich auch im Bildungsbereich unternehmen.

Es gibt ja kaum einen Haushalt im Bildungsbereich, der sinkt. Im Bund haben wir wieder Geld draufgelegt - in dieser Wahlperiode sogar eine ganze Menge Geld -, und in den Ländern gibt es ja auch steigende Aufwendungen für Lehrerpersonal, für frühkindliche Bildung und für alles Mögliche.

Deswegen ist die Frage: Warum ist das so, dass wir im Vergleich zu anderen Staaten in diesen Rankings, die jetzt auch nicht das Wichtigste sind, keinen Fortschritt erzielen? - Ich glaube, dass es richtig ist, sich das mal im Detail anzugucken, weil es tatsächlich darum geht, dass der Abstand zwischen den leistungsstärksten Schülerinnen und Schülern und den leistungsschwächsten Schülerinnen und Schülern in Deutschland so groß ist wie in kaum einem anderen Industrieland, dass nach wie vor die soziale Herkunft über den Bildungserfolg entscheidet und dass wir in den Regionen gravierende Unterschiede bei der Chancenentwicklung haben - teilweise auch innerhalb von Städten -, je nachdem, in welchem Straßenzug und in welchem Stadtteil das Kind geboren wird.

Deswegen kann man das beobachten, was wir im Bildungswesen sehen: Das ist tatsächlich auf der einen Seite das Resultat einer sich immer weiter ausbreitenden sozialen Spaltung unserer Gesellschaft, aber das ist auf der anderen Seite tatsächlich auch mit eine Ursache. Und deswegen: Wer wirklich Fortschritte erreichen will, der muss das Thema Chancengleichheit in den Blick nehmen. Nur wenn wir es erreichen, dass jeder junge Mensch, dass jeder Mensch, in seinem Lebensverlauf gleiche Chancen auf Bildungserfolg hat - unabhängig von der sozialen Herkunft -, dann wird es auch gelingen, insgesamt Fortschritte für das System zu erzielen.

Und deswegen: Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten finden uns eben nicht damit ab, dass heute der Geburtsort eines Kindes - die soziale Herkunft - nach wie vor über den Bildungserfolg entscheidet. Wir werden nicht nachlassen, bis es tatsächlich für jede und jeden gleiche Chancen auf die beste Bildung und auf Teilhabe an der Gesellschaft gibt. Das wollen wir gewährleisten, und zwar ein Leben lang, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich glaube, dass man sagen kann, dass die SPD tatsächlich auch authentisch für dieses Bildungsversprechen steht, weil wir Erfolge erzielt haben. Hier im Raum sitzen ganz viele, die sogenannte Bildungsaufsteigerinnen und Bildungsaufsteiger sind, die als Erste in ihrer Familie eine Hochschule besucht haben oder auf anderem Weg beruflich Karriere gemacht haben, und deswegen sind wir authentisch an dieser Stelle, und ich finde es gut, dass hier seit dem ersten Tag des Parteitages auch das Thema „Investitionen in Zukunft“ eine so große Rolle gespielt hat.

Nun freut man sich als Bildungspolitiker immer über mehr Geld für den Haushalt; das ist völlig klar. Aber ich glaube, es geht auch darum, dass wir das, was wir an Bildungsinvestitionen leisten, verstetigen, dass wir das dauerhaft leisten. Wir sehen ja bei dem Digitalpakt Schule, der jetzt anläuft, wo die Mittel jetzt in den Schulen ankommen. Diesen Digitalpakt Schule hat die SPD erkämpft, weil Frau Wanka und die CDU weder das Geld noch die Verfassungsänderung dafür zustande gebracht haben.

Wir sehen auch beim Abfließen der Mittel für das Kommunale Investitionspaket, das wir für die Schulsanierung aufgelegt haben, dass es eben nicht geht, dass man nur dann, wenn man Steuerüberschüsse hat, investiert, sondern wir müssen diese Investitionen in gute Schulgebäude, in die digitale Ausstattung von Schulen verstetigen, damit sich eben auch der Markt darauf einrichten kann und damit wir auch verlässliche Grundgrößen haben - nicht über wenige Jahre, sondern über längere Zeiträume. Und deswegen ist es richtig, in Bildung zu investieren, und zwar da, wo es am nötigsten ist.

Wir wollen für alle gleiche Chancen haben, wir wollen auch für alle die beste Bildung zur Verfügung stellen. Aber wichtig ist auch, dass wir es eben dort tun, wo es den größten Bedarf gibt, wo vielleicht nicht schon 70 Prozent eines Jahrgangs im Stadtteil das Abitur machen, sondern wo es noch die größten Potenziale gibt, wo viele Jugendliche vielleicht noch gar nicht daran denken, dass sie gemeint sind, wenn wir über ihre Bildungschancen sprechen. Deswegen ist es wichtig, dort zu

investieren, wo die größten Potenziale sind.

Aus meiner Sicht sind hier vier Stichworte zu nennen:

Die Ganztagsschule hat hier schon bei der Kindergrundsicherung und bei anderen Themen eine Rolle gespielt. Wir wollen, dass jedes Kind einen guten Platz bekommt, wenn es um ganztägige Bildung und Betreuung im Grundschulalter geht, und wir wollen bei ganztägiger Bildung und Betreuung nicht dabei stehen bleiben, was im Koalitionsvertrag steht, sondern wir wollen darüber hinausgehen, sowohl qualitativ als auch, was die Altersstufen angeht.

Wir wollen Berufsschulen besser ausstatten. Ich glaube, dass es wichtig ist, wenn wir über Investitionen in Zukunft nachdenken - auch im Parteivorstand -, dass die Berufsschulen dort einen deutlichen Beitrag erhalten, um ihre Ausstattung auch auf veränderte Rahmengbedingungen einstellen zu können.

Wir brauchen Investitionen für die Digitalisierung von Hochschulen.

Und wenn wir das alles erreichen wollen, was wir uns bildungspolitisch vornehmen, dann brauchen wir auch Investitionen in Fachkräfte für ganztägige Bildung und Betreuung, für den Schulbereich, weil ohne diese Menschen, die sich jeden Tag vor Schulklassen stellen, in Kindertageseinrichtungen sind, an Hochschulen Vorlesungen halten, wird es überhaupt keinen Bildungserfolg geben. Und deswegen müssen wir darin investieren, dass die Fachkräftelücke an der Stelle auch kleiner wird.

(Beifall)

Deshalb noch eine Anmerkung: Wir sind eine Gesellschaft, die sich in der Transformation befindet, eine Gesellschaft, in der sich alle Lebensbereiche wandeln, getrieben durch Digitalisierung, getrieben durch Globalisierung und getrieben durch die ökologische Krise. Es tritt ja gerade in den Bildungseinrichtungen immer deutlicher zum Vorschein, dass das eben eine Frage ist, die unsere Gesellschaft verändert und die auch die Ansprüche an die Politik verändert. Gerade in einer solchen Gesellschaft muss Bildung Antworten liefern. Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen in diesem Wandel zurechtkommen, dass sie das Rüstzeug haben, um in diesem Wandel zurechtzukommen, dass sie sich selbstbestimmt bewegen können.

Deswegen ist es auch so wichtig, in digitale Bildung zu investieren, damit die Menschen selbstbestimmt, medienkompetent in diesem digitalen Wandel über die Daten bestimmen können - wir haben gerade darüber diskutiert -, die sie weitergeben, darüber, wie ihre Daten verwendet werden, wie sie Informationen im Internet kritisch zu bewerten haben. Deswegen ist es richtig: Bildung muss Antworten liefern; sie muss dafür sorgen, dass Selbstbestimmung und Emanzipation tatsächlich auch dazu führen, dass wir uns im Wandel selbstbestimmt bewegen können.

Wir wollen deshalb auch - das ist eine aktuelle Debatte -, dass Menschen, die sich in Ausbildung befinden, einen Hinweis bzw. Impulse bekommen, um zu selbstbewussten Gestaltern und Trägern von Demokratie und Freiheit zu werden. Johanna hat gerade das Papier des Gesprächskreises Ju-

gend vorgetragen, was ich für eine hervorragende Grundlage halte, um weiter den Diskurs über Demokratie und Freiheit zu führen und mit ganz konkreten Maßnahmen zu hinterlegen, was wir dafür zu machen haben.

Deswegen sage ich auch: Wir wollen politische Bildungseinrichtungen; wir wollen, dass in Schulen, in Kitas, in Berufsschulen, in Hochschulen Demokratie erlernt und auch gelebt wird. Wir wollen Drittelparität in Schulkonferenzen, Mitbestimmung in Hochschulen - all diese Dinge. Denn wir glauben, dass es wichtig ist, dass Demokratie nicht nur gelernt, sondern auch gelebt wird in diesen Bildungseinrichtungen. Deswegen will ich auch sagen: Alle diejenigen, die in den Schulen Politik vorleben und sich im Moment massiven Angriffen ausgesetzt sehen, unter anderem durch Denunziationsportale, die die AfD in vielen Bundesländern geschaltet hat, alle, die sich einsetzen, die Politik in Schulen vorleben, um Menschen zu selbstbewussten Gestaltern von Demokratie und Freiheit zu machen, haben unsere Solidarität, wenn sie das in den Schulen machen; denn das ist wichtig.

(Beifall)

Deswegen will ich zum Schluss nur sagen: Es gibt viele Herausforderungen. Das Papier, das wir vorgelegt haben, ist ein Zwischenergebnis. Es liefert Ideen für die Weiterentwicklung unseres bildungspolitischen Profils. Und es unternimmt den Versuch - und der ist schwierig genug, wenn man im Alltag mal draufguckt -, zu identifizieren, wofür Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker der SPD in Bund, Ländern und Kommunen stehen. Nicht jeder macht sein eigenes Ding, sondern SPD muss wiedererkennbar sein. Diese Debatte müssen wir fortführen. Ich glaube, für einen echten Bildungsaufbruch müssen wir unsere Verbündeten sammeln. Deswegen wollen wir diesen Dialog starten und eine Grundlage für den nächsten Parteitag, für das Regierungsprogramm, für einen Bildungsaufbruch erarbeiten. Deswegen möchte ich euch bitten, nicht nur diesen Dialog zu betrachten, sondern euch auch in den Gliederungen einzumischen, mitzumachen. Ich glaube, dass die SPD, gerade jetzt in dieser Gesellschaft, bildungspolitisch gebraucht wird. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, lieber Oliver. Vielen Dank an alle, die an diesen beiden Antragsbereichen mitgearbeitet haben.

Ich darf jetzt die Aussprache zu den beiden Bereichen eröffnen. Als Erster darf sich Marcel Hopp aus Berlin bereitmachen. Ulf Daude wäre dann der Nächste. Marcel!

Marcel Hopp, Berlin:

Liebe Genossinnen und Genossen, unser sozialdemokratisches Bildungsideal besteht aus dem Recht

auf gute Bildung, Chancengleichheit und dem Glauben daran, dass Aufstieg durch Bildung möglich ist. Dazu haben wir in den Bundesländern viel getan, aber wir wissen alle, dass da noch viel Luft nach oben ist und wir diesbezüglich noch nicht am Ziel sind.

Deswegen danke ich dem Parteivorstand sehr für diesen Leitantrag. Ich finde es sehr wichtig, dass wir auch hier auf dem Bundesparteitag, obwohl wir ein föderales Bildungssystem haben, über Bildung sprechen und unserem sozialdemokratischen Bildungsideal damit Ausdruck verleihen und damit auch unsere Genossinnen und Genossen in den Ländern den Rücken stärken. Unser größtes bildungspolitisches Problem ist, wie eben auch gesagt wurde, die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft. Diese Abhängigkeit muss endlich entkoppelt werden. Dafür müssen wir nicht nur den Ganztagsbetrieb ausbauen oder individuell fördern, sondern wir müssen an das System ran. Wir müssen stark selektive mehrgliedrige Schulsysteme überwinden, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deswegen ist es richtig und fundamental wichtig, dass wir in den Bundesländern, in denen wir mitregieren, mit IGS, Stadtteilschulen und Gemeinschaftsschulen einen wichtigen Schritt gegangen sind hin zu einem sozialdemokratischen Bildungswesen. Damit sind wir unserem sozialdemokratischen Bildungsideal einen großen Schritt nähergekommen. Das ist die richtige Antwort auf ein ungerechtes selektives System. Und es ist der richtige Weg hin zu Chancengleichheit, die wir unbedingt brauchen in diesem Land. Wir müssen die bruchlose inklusive und gemeinschaftliche Bildung stärken.

(Beifall)

Deshalb habe ich auch einen Änderungsantrag zu B1, denn genau dieser Aspekt fehlt mir noch ein bisschen. Ich lese ihn kurz vor:

Auf der Seite 212 in Zeile 10 füge ich ein: „Unser Ziel ist es, alle Kinder und Jugendlichen zu höchstmöglichen schulischen Erfolgen zu führen und den Anteil derjenigen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, deutlich zu verringern Wir wollen die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft entkoppeln. Wir wollen Schulsysteme, die Kinder und Jugendliche mit ihren jeweiligen Ausgangslagen annehmen und individuell fördern. Deshalb haben wir in vielen Bundesländern Schulformen etabliert und gefördert, die ein stark selektives, mehrgliedriges Schulsystem überwinden und somit nachweislich einen großen Beitrag zur Chancengerechtigkeit leisten. Wir bekennen uns zu Schulsystemen, die eine möglichst bruchlose, inklusive und gemeinschaftliche Bildung gewährleisten, und wollen diese stärken.“ - Ich bitte um eure Unterstützung. - Vielen Dank.

(Beifall)

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Herzlichen Dank. - Dann darf ich jetzt Ulf Daude das Wort geben, gefolgt von Lukas Thum.

Ulf Daude, Schleswig-Holstein:

Liebe Genossinnen und Genossen, beste Bildung, Chancengleichheit, Aufstieg durch Bildung und auch Sicherheit aus Bildung - das sind unsere Herzensanliegen; das ist unsere Tradition, unsere DNA. Das ist auch unser zentrales Zukunftsthema. Das sehen wir so. Aber wenn wir so durchs Land ziehen und an die Wahlkampfstände gehen: Sehen das auch die Menschen auf der Straße so? - Wenn ich da nachfrage, kriege ich häufig andere Antworten. Auch unsere Leute antworten mal so, mal so - je nachdem, wie es in der Kommune ist, wie es in dem Land gerade ist.

Das ist am Ende nicht gut, wenn wir Wahlen gewinnen wollen. Wir gewinnen Wahlen, wenn wir den Leuten klar sagen können, was unsere zentralen Botschaften sind. Klar gibt es Unterschiede in den Ländern und in den Kommunen, und darauf müssen wir Rücksicht nehmen. Aber was wir brauchen, ist eine zentrale Klammer. Gerade wenn wir heute sehen, dass die Studien, die aktuell vorgelegt werden, zeigen: Die Schere geht immer weiter auseinander. Die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft und auch vom Wohnort ist wirklich enorm groß und auch noch größer geworden. Dann kann ich nur sagen: Wir brauchen klare, verständliche Botschaften. Wir brauchen eine Klammer. Wir brauchen das, was die Bildungspolitik in Land, Kommunen und im Bund zusammenhält.

Genau das leistet dieses Papier. Deswegen stehe ich hier und möchte um eure Unterstützung bitten. Wir brauchen eine Klammer der Bildungspolitik der SPD, die in allen Bereichen hilft, die Orientierung gibt für alle, von denen ausgehend wir die individuellen Lösungen vor Ort basteln. Der Antrag, der vorliegt, macht deutlich, was unsere sozialdemokratische Bildungspolitik der Zukunft ausmacht. Er zeigt einerseits, was wir erreicht haben. Das brauche ich nicht aufzuzählen; das wurde heute schon gemacht; Oliver Kaczmarek hat das herausgestellt, dem ich dafür danken möchte, dass er das zusammengekriegt hat. Wir waren in der Arbeitsgruppe zusammen mit Bürgermeisterinnen, mit Landtagsabgeordneten, mit Ministerinnen. Eine breite Basis hat diesen Antrag erstellt.

Er zeigt auch die Schwerpunkte für die Zukunft. Er zeigt, wohin wir wollen: Chancengleichheit, modernes Lernen für die Arbeit und auch die Gesellschaft von morgen, individuelles Lernen und die Entwicklung der Interessen unserer Kinder fördern, eine starke frühkindliche Bildung und - besonders wichtig - die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung. Wir sagen, wie wir die Digitalisierung sozial gestalten und zum Erfolg machen wollen für unsere Kinder und Jugendlichen, damit alle weiterkommen. Und nicht zuletzt nenne ich die gute Ganztagsschule, die gute Kinderbetreuung und die Inklusion.

Ja, der Antrag würde an der einen oder anderen Stelle ein bisschen anders aussehen, wenn er von der AfB alleine gekommen wäre. Aber ich freue mich, dass ganz viele Sachen aufgenommen wurden. Wir finden unsere Handschrift darin, und ihr findet eure hoffentlich auch darin. Deswegen glaube ich: Das ist eine gute Grundlage, um darauf die weitere Arbeit zu entwickeln. Wir müssen

an der Stelle nicht jedes Komma reinschreiben, sondern das ist der Auftrag für die Zukunft. Fangt da an! Gestaltet jetzt die Zukunft für die künftigen Wahlprogramme, damit die Leute verstehen, was wir wollen, und damit wir mit guter Bildungspolitik endlich wieder Wahlen gewinnen.

Deswegen: Chancen für alle, zu jeder Zeit! Damit sollten wir in die Neue Zeit gehen. Deswegen bitte ich um eure Zustimmung.

(Beifall)

Noch eins: Zum Wissenschaftsantrag, der gleich kommt - das ist auch die Beschlusslage der AfB und die, glaube ich, der Jusos -: Wir möchten den Änderungsantrag zum elternunabhängige BAföG unterstützen. - Glück auf!

(Beifall)

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank für deinen Redebeitrag. - Lukas Thum habe ich schon angekündigt; er hat jetzt das Wort, gefolgt von Jan Voß.

Lukas Thum, Juso-Hochschulgruppen:

Liebe Genossinnen und Genossen, Hochschulen sind Orte der Lehre und der Forschung. Sie müssen fest in unserer Gesellschaft verankert sein. Und wir dürfen sie nie als elitäre, abgeschlossene Räume begreifen. Damit das nicht der Fall ist, müssen Lehre und der Zugang zum Studium offen und von sozioökonomischen Zwängen entkoppelt gestaltet werden.

Die im Antrag B 45 geforderten 100.000 neuen Wohnheimplätze und der Ausbau von bezahlbarem Wohnen für Studierende sind ein Schritt genau in diese Richtung.

Mal eben in eine andere Stadt mit günstigeren Mieten zu ziehen, wie die Bundesbildungsministerin es mal gesagt hat, ist eben keine Option, denn das Recht, seinen Studienort frei zu wählen, muss für alle gelten.

(Beifall)

Der wichtigste Punkt für uns Juso-Hochschulgruppen, wenn es um eine offene und vielfältige Hochschule für alle geht, ist das BAföG. Es kann nicht sein, dass Kinder aus Familien ohne akademischen Hintergrund immer noch weniger häufiger studieren und ihnen damit der Weg verbaut ist.

Die große Brücke zwischen den unterschiedlichen Schichten in unserer Gesellschaft ist Bildung. Wir müssen wieder Vertrauen herstellen, dass die Gesellschaft alle dabei unterstützt, wenn sie durch

Bildung ein besseres Leben aufbauen wollen. Wenn wir den Antrag B 45 heute beschließen, dann gehen wir in eine Richtung, die es Studierenden im ganzen Bundesgebiet ermöglicht, ihr Studium selbst zu gestalten. Beispielsweise wird das BAföG damit bedarfsdeckend und dynamisch gestaltet, sodass es zum Leben reicht und sich immer wieder ansteigende Kosten anpasst. Dadurch müssen Studierende ihren Stundenplan nicht mehr am Schichtplan ausrichten, und sie können in den letzten Wochen des Monats endlich wieder von mehr als nur einer Packung Nudeln leben.

Auch die Entkopplung des BAföG von der zurzeit unrealistisch angesetzten Regelstudienzeit, die wir mit diesem Antrag festhalten, verbessert die konkrete Situation von Studierenden enorm. Denn wie der Antrag ganz richtig sagt: Die Regelstudienzeit ist nicht die Regel.

Gleichzeitig ist eine lineare Bildungsbiografie nicht mehr der Regel. Dass wir das BAföG nun altersunabhängig machen, spiegelt genau dies wider.

Zum perfekten BAföG-Paket fehlt unserer Meinung nach nur noch ein Punkt: Wir müssen das BAföG elternunabhängig gestalten. Wir wollen das BAföG nicht als Umverteilungsmaßnahme denken, sondern als Vollzuschuss, der es allen Studierenden ermöglicht, ihr Studium frei zu gestalten, frei von ökonomischen Zwängen, frei von den elterlichen Erwartungen und ohne in die unangenehme Situation zu kommen, sich die Finanzierung von den Eltern erklagen zu müssen.

(Beifall)

Deswegen würden wir gerne einen Änderungsantrag zu B 45 einbringen, und zwar auf Seite 258 die Zeilen 15 bis 16 zu streichen und durch „Perspektivisch wollen wir das BAföG elternunabhängig gestalten.“ zu ersetzen.

(Beifall)

Mit dem Antrag B 45, der so viele großartige Punkte enthält, wollen wir Juso-Hochschulgruppen auch mit euch in eine neue Zeit der Hochschulpolitik aufbrechen und für eine offene und diverse Hochschule streiten. Glück auf!

(Beifall)

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Als letzter Redner - zumindest liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor - in dieser Debatte hat jetzt Jan Voß aus Hessen-Süd das Wort. Jan, bitte!

(Beifall)

Jan Voß, Hessen-Süd:

Genossinnen und Genossen! Ich will mich meinem Vorredner anschließen und sagen: Es ist ein guter Anfang. Dieser Antrag ist ein guter Anfang im Kampf um Bildung. Ich sage ausgerechnet „Kampf um Bildung“, weil es bei Bildungschancen um Zukunftschancen geht. Diesen Kampf haben die Konservativen aufgenommen, und sie führen ihn seit über 100 Jahren. Sie kämpfen um das dreigliedrige Schulsystem. Das wird diesmal umso härter geführt, weil mit der Zuweisung zum Gymnasium Zukunftschancen verteilt werden. Sie nennen es „das begabungsgerechte Schulsystem“. Im Endeffekt ist es das „talentbegrabungsgerechte“ Schulsystem, denn es fördert denjenigen nicht nach dem, was er kann, sondern es fördert nach demjenigen, was die Familie finanziell leisten kann.

(Beifall)

Ich sehe die Bertelsmann Stiftung kritisch, aber wenn selbst die Bertelsmann Stiftung sagt, 900 Millionen Euro geben Familien im Jahre 2016 - das ist die aktuelle Zahl - für Nachhilfe aus, dann wissen wir doch, wie diese Abiture von denjenigen zustande kommen, die sich das leisten konnten. Das heißt, wenn Eltern bereit sind, 900 Millionen auszugeben, lasst sie doch ordentlich besteuern, dass das in unsere Schulen reinfließt.

(Beifall)

Und dann kommen wir zu dieser bayerischen Sonderrolle. Alle reden über die Ferien. Ich rede über etwas ganz anderes, und zwar diese Diskriminierung an den Hochschulen, wenn man sich dann immer anhören muss: Der hat Bayern-Abitur, der kann mehr. - Es gibt aber keine Untersuchung dazu: Wer hat wo Abitur gemacht und welchen Studienabschluss erreicht? An der Qualität des Bayern-Abitur fange ich als Hesse manchmal an zu zweifeln, wenn ich mir anschaue, was das Bayern-Abitur hervorgebracht hat mit Studienabschlüssen Scheuer, Söder, Seehofer.

(Heiterkeit)

Deshalb: Lasst uns den Kampf um gerechte Bildung führen. Es geht um die Kinder, und es geht darum, dass es hier eine Chancengleichheit gibt für die Kinder. Die ist im Moment nicht gegeben. Wer 900 Millionen Euro ausgeben kann, um seinen Kindern einen Startvorteil zu geben, der hat auch später das Geld, um das weiterzuvererben. Das ist kein gleiches Spielfeld. Die SPD ist als Arbeiterbildungsverein gegründet worden, weil wir uns selber emanzipieren wollten. Darum geht es in dieser Frage, und dieser Antrag muss der Anfang sein, dass wir den Kampf in das Feld der Konservativen hineintragen.

(Beifall)

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank für diesen kämpferischen Abschluss der Debatte. - Ich würde jetzt Wiebke als Bericht-

erstatterin für die Antragskommission das Wort auch zu den Änderungsanträgen geben.

Wiebke Esdar, Antragskommission:

Genossinnen und Genossen, für die Antragskommission kann ich berichten, dass wir 56 Anträge aus dem Bereich Bildung, Wissenschaft und Jugendpolitik vorliegen haben. Wir haben zwei Anträge gehört, die eingeführt wurden. Das sind die großen, umfassenden Anträge, zum einen der B 1, den Oliver eben eingeführt hat: „Chancen für alle zu jeder Zeit". Dazu hat Marcel aus Berlin eben einen Änderungsantrag vorgelesen und eingebracht. Wir schlagen vor, dass wir den so wie vorgeschlagen übernehmen.

(Beifall)

Dann hat Johanna den Antrag B 55 „Demokratie und Teilhabe leben von Anfang an" eingebracht, wo es um die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit, Engagement unterstützen und politische Bildung geht. Den empfehlen wir euch auch zur Annahme.

Dann gibt es einen weiteren umfassenden Antrag, der aus dem Wissenschaftsforum hervorgegangen ist: „Gute Lehre und gutes Studium erhalten", mit den Schwerpunkten, die Lukas eben benannt hat: Hochschulsozialpakt mit mindestens 100.000 studentischen Wohnheimplätzen und den Vorschlägen, das BAföG zu dynamisieren und strukturell zu verbessern. Er hat dazu auch einen Änderungsantrag eingebracht, der wie folgt lautet: Es werden die Zeilen, in denen bisher steht, gestrichen. Bisher steht dort: „Perspektivisch werden wir prüfen, wie wir das BAföG elternunabhängiger gestalten können." Der Vorschlag der Änderung lautet: „Perspektivisch wollen wir das BAföG elternunabhängig gestalten." An dieser Stelle empfiehlt die Antragskommission Ablehnung, weil ich gerne darauf verweisen möchte, dass wir gestern einen Antrag zur Kindergrundsicherung beschlossen haben, in dem in der Liste, was noch zu tun ist, aufgezählt ist, dass wir eine elternunabhängige Existenzsicherung in dem ganzen Zeitraum der Ausbildung, also auch dessen, was ein Hochschulstudium umfasst, entwickeln wollen. Das heißt, wir wollen das wesentlich umfassender gestalten als das, was das BAföG umfasst. Um dies entwickeln zu können, hält die Antragskommission es für richtig, dass wir bei der ursprünglichen Formulierung, die nicht die Frage des Ob stellt, aber die Frage, zu prüfen, wie wir das machen wollen, noch offener gestaltet.

Es hat dann weitere Anträge gegeben. Das seht ihr alles im Antragsbuch. Durch diese drei sehr großen Anträge werden einige Anträge als erledigt betrachtet. Andere überweisen wir. Dann findet ihr in dem Bereich auch noch einige Anträge, die wir auf Nichtbefassung gestellt haben, weil wir ein Bundesparteitag sind, der bundespolitische Themen adressiert und nicht konkrete Arbeitsaufträge, die an Landesregierungen gegeben werden.

So weit von der Antragskommission. - Danke schön.

(Beifall)

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Wiebke, vielen Dank.

Ich will jetzt einmal zum Verfahren fragen: Gibt es bei den Antragstellern Einverständnis, dass wir über das Votum der Antragskommission wie eben vorgetragen im Paket abstimmen, oder wünscht jemand dazu noch mal eine Einzelabstimmung? - Paketabstimmung ist in Ordnung? - Wunderbar. Vielen Dank.

Dann darf ich jetzt so, wie Wiebke das vorgetragen hat, entsprechend über das Votum der Antragskommission abstimmen lassen. Wer für das Votum der Kommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Ist das eine Gegenstimme da drüben? - Keine Gegenstimme. Enthaltungen? - Herzlichen Dank, dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

Ich bedanke mich ganz herzlich bei allen, die daran mitgewirkt haben. Vielen herzlichen Dank.

BEKANNTGABE SPENDENSAMMLUNG FÜR DEN MARIE-SCHLEI-VEREIN

Liebe Genossinnen und Genossen, bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, kann ich mit Danksagungen an die Genossinnen und Genossen aus Hessen dafür weitermachen, dass sie den Betrag für den Marie-Schlei-Verein durch diese wichtige Intervention noch einmal etwas aufstocken konnten.

((Zuruf)e)

Baden-Württemberg auch. Gut. Ich bedanke mich also bei allen, die mitgeholfen haben, und darf Christa mitteilen, dass wir 2.253,20 Euro für den Marie-Schlei-Verein gesammelt haben. Herzlichen Dank dafür! Weiter alles Gute für eure wichtige Arbeit!

(Beifall)

Damit darf ich jetzt an Johanna für den nächsten Tagesordnungspunkt abgeben.

ANTRAGSBERATUNG IA 3 UND TH 8 UND TH 14: 30 JAHRE FRIEDLICHE REVOLUTION - AUFBRUCH FÜR EIN STARKES OSTDEUTSCHLAND

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Niels. - Wir kommen zum nächsten Antragsbereich. Ich rufe auf die Antragsberatung über 30 Jahre Friedliche Revolution - Aufbruch für ein starkes Ostdeutschland.

In diesem Bereich ist nicht nur der Initiativantrag IA 3 des SPD-Parteivorstands aufgerufen, sondern mit aufgerufen werden auch die Anträge Th 8 und Th 14.

Ich darf jetzt als Erstes zur Einbringung des Initiativantrages unserem Ostbeauftragten Martin Dulig das Wort geben.

(Beifall)

Martin Dulig, Parteivorstand:

Liebe Genossinnen und Genossen! Meine älteste Tochter ist im Mai 1990 geboren. Sie hat noch eine Geburtsurkunde der DDR. Während der Schwangerschaft war nicht klar, in welcher Gesellschaft, in welchem Staat sie geboren wird. Meine jüngste Tochter ist im März 2005 geboren. Sie hat eine deutsche Geburtsurkunde. Beide unterscheiden sich sehr wohl auch darüber, was sie mitnehmen und welche Prägung sie haben.

Ich wollte ganz bewusst mit einer jungen Generation beginnen. Denn ich möchte nicht, dass wir, wenn wir über Ostdeutschland reden, immer nur zurückblicken und das historisch aufarbeiten. Genau die junge Generation hat das Recht, dass wir alles für sie tun, dass sie in Ostdeutschland eine gute Perspektive hat, dass das eine Zukunftsregion ist.

(Beifall)

Es gibt aber noch einen zweiten Grund, warum ich mit einer jüngeren Generation angefangen haben. Denn aktuell sind wir ja auch mit Wahlergebnissen konfrontiert gerade in Ostdeutschland , die uns ziemlich erschrecken. Wenn man sich die Einstellungen genau anschaut, merkt man auch, dass man bestimmte Einstellungen, die man in den 90er-Jahren schon erlebt, auf einmal in einer neuen Generation wieder erlebt. Das heißt, so etwas wird genauso weitergegeben. Von daher haben wir nicht nur die Aufgabe, zu erinnern, sondern auch aufzuarbeiten. Das ist nicht nur eine historische Aufgabe, sondern eine ganz aktuelle. Das heißt, wenn wir über politische Bildung, über Demokratiebildung und über Gerechtigkeit reden, dann ist das generationsübergreifend. Das ist eine ganz wichtige Aufgabe, die wir haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich sage es ganz deutlich: Die beste Würdigung für 30 Jahre Friedliche Revolution ist, dass wir uns ernst nehmen.

(Beifall)

Es geht eben nicht nur um das Feiern, sondern darum, dass wir ein ehrliches Interesse daran zeigen, was uns ausmacht. 30 Jahre Friedliche Revolution war gestern ja auch schon ein Thema bei denjenigen, die darauf hingewiesen haben, dass diejenigen, die damals vor 30 Jahren die Angst überwunden haben und mutig waren, etwas erreicht haben, vor dem ich heute noch den Hut ziehe, weil sie nicht wussten, welche Konsequenzen das für sie hat. Ich kann nur erahnen, was das bedeutet.

Wir hatten das in der eigenen Familie. Ihr könnt euch vielleicht vorstellen, wie es ist, in der Familie zu diskutieren, wenn mein ältester Bruder genau in dieser Zeit in das „Gelbe Elend“ nach Bautzen in den Stasi-Knast gebracht wurde „zugeführt“ hieß das , weil er an einer Demonstration teilgenommen hat.

Und was haben diejenigen gedacht, die eine SDP gegründet haben und genau wussten, irgendwie wird die Stasi das schon mitgekommen? - Wir wissen heute bzw. wussten das dann relativ schnell: Die Stasi saß sogar mit im Raum. Deshalb ist das mutig.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir gemeinsam dürfen stolz darauf sein; denn es waren auch unsere Genossinnen und Genossen, die genau diesen Mut hatten. Es ist deshalb auch unser Erfolg, es ist unsere gemeinsame Geschichte.

(Beifall)

Wir können vor allem als Ostdeutsche auch selbstbewusst ein eigenes Freiheitskapitel dieser großen SPD-Geschichte beifügen. Das ist auch wichtig für das Selbstbewusstsein, für das Selbstverständnis der gesamten SPD.

30 Jahre Friedliche Revolution, 30 Jahre SDP/SPD - das ist unsere gemeinsame Geschichte. Aber sie ist nicht nur ein Akt des Feierns, sondern wir haben eine große Aufgabe.

Ich möchte noch einmal auf den Punkt „Erinnern und aufarbeiten“ kommen. Petra Köpping, meine liebe Kollegin, hat ja in den letzten Jahren viele Diskussionen geführt, und viel wurde auch mit ihr diskutiert, weil sie mit ihrem Buch „Integriert doch erst mal uns!“ darauf hingewiesen hat, dass da etwas an Aufarbeitung offen ist, dass da ein Kapitel nach 1990 nicht bearbeitet wurde. Umso wichtiger ist es, dass wir genau das tun.

Wir haben uns beim letzten Bundesparteitag auch diesen Auftrag gegeben. Es ist eine Arbeitsgruppe, die jetzt auch Formen finden soll, wie wir genau diese Aufarbeitung und das gegenseitige Erinnern machen wollen. Es geht eben nicht um die zwölfte wissenschaftliche Expertise zur Treuhand, es geht eben nicht um den nächsten Untersuchungsausschuss, sondern es geht um die Formen, wie wir uns gegenseitig unsere Geschichte, unsere eigene Biographie erzählen.

Genau deshalb bin ich wieder an dem Punkt: Es geht um das ehrliche Interesse. Es gibt ja das Missverständnis: Bloß weil wir dieselbe Sprache sprechen, müssen wir auch gleich denken. - Nein, wir haben unterschiedliche Erfahrungen. Das prägt doch Menschen. Genau das ist aber etwas, was Vielfalt bedeutet. Wenn wir genau das als Chance, als Vielfalt erkennen, ist es auch eine Chance für die gesamte SPD. Ich möchte also kein Nebeneinander, sondern genau dieses Miteinander. Das funktioniert nur mit einem ehrlichen Interesse, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Dieses ehrliche Interesse kann man auch dadurch zeigen, dass wir uns tatsächlich unsere Geschich-

ten erzählen. Ich würde mich freuen, wenn wir gerade in diesem Jahr 30 Jahre Friedliche Revolution bis zum Jahr 30 Jahre Wiedervereinigung genau dieses Jahr auch nutzen, damit öffentlich Ost-West-Geschichten erzählt werden. Ich kann mir wunderbar vorstellen, dass wir statt „Börse vor 8“ in dieser Zeit lieber Ost-West-Geschichten im Fernsehen sehen sollten. Das würde mich mehr interessieren.

(Beifall)

Es geht aber auch um etwas Anderes, wenn wir über ehrliches Interesse reden. Das heißt nämlich auch Akzeptanz, und zwar bitte beidseitig. Es geht genauso darum, dass wir uns darum kümmern müssen, dass wir zum Beispiel notwendige Investitionen, die in Westdeutschland dringend notwendig sind, unterstützen. Ja, wir brauchen ein eigenes Investitionsprogramm West. Auf der anderen Seite brauchen wir weiterhin das Gerechtigkeitsprogramm Ost. Denn es kann ja nicht sein, dass die Lohnmauer noch steht. Wenn du in Sachsen 700 Euro weniger verdienst und 14 Tage länger arbeitest, ist eine Gerechtigkeitsmauer endlich niederzureißen!

(Beifall)

Auf der anderen Seite ist es notwendig, auch zu sehen, dass es eben nicht nur den Innenblick nach Ostdeutschland gibt, sondern dass Akzeptanz auch heißt, sich darum zu kümmern, dass wir genauso Investitionen in Westdeutschland benötigen. Und es ist gar keine Frage, Gerechtigkeitsfragen sind universell.

Liebe Genossinnen und Genossen, der Antrag, der vor euch liegt, weist auch auf das hin, was ich am Anfang gesagt habe, nämlich auf das Thema Zukunft. Ja, wir haben in Ostdeutschland unterschiedliche strukturelle Voraussetzungen. Wir haben die verlängerten Werkbänke und nicht die Konzernsitze. Aber wir sind nun mal auch in einem großen Strukturwandel.

Das bezieht sich nicht nur auf das Thema Energie; das bezieht sich auf alle Wirtschaftsbereiche. Ich denke da an die Automobilindustrie. Man kann sich die Frage stellen: Welche Bereiche sind denn nicht frei von der Transformation? Schon allein die Digitalisierung wird alle Lebens- und Arbeitsbereiche verändern. Dann kommt es schon darauf an, dass wir die Besonderheiten in Ostdeutschland auch zur Chance machen. Lasst uns den Strukturwandel, lasst uns die Transformation zur Chance gerade für ostdeutsche Entwicklungen werden. Lasst uns nicht warten, dass irgendwann einmal die Konzernzentrale nach Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt oder Thüringen kommt, sondern lasst uns gucken, dass wir genau die neuen Unternehmen in diesen Bereichen fördern, sodass dort neue Stärke entsteht.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, lasst uns das Jahr 2020 zum Jahr der Begegnung machen. Serpil hatte mal einen wunderbaren Vorschlag gemacht, die Deutsche Bahn anzuregen, am 3. Oktober kostenfreie Fahrten zwischen Ost und West zu organisieren. Tolle Idee!

(Beifall)

Lasst uns Begegnungen organisieren. Nur, liebe Genossinnen und Genossen, wie wäre es denn auch mal innerhalb der SPD? Lasst uns doch genauso das Jahr 2020 zum Jahr der Begegnung machen, in dem wir uns gegenseitig erzählen, indem wir gegenseitiges Interesse zeigen. Damit tun wir mehr für das Zusammenwachsen. Damit tun wir mehr für das gegenseitige Verständnis und nicht sozusagen für das Nebeneinander, sondern das Miteinander. Das wünsche ich mir. Das wünsche ich uns allen. Glückauf!

(Beifall)

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Herzlichen Dank für die Antragseinbringung, lieber Martin. - Wir steigen in die Wortmeldungen ein. Mir liegen Wortmeldungen vor, und als Erstes erhält das Wort unsere Stellvertretende Parteivorsitzende Klara Geywitz. Ihr folgt Elisabeth Kaiser aus Thüringen.

(Beifall)

Klara Geywitz, Stellvertretende Parteivorsitzende:

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben heute einen eigenen Antrag zum Thema Osten vorliegen. Aus meiner Sicht ist SPD-Politik immer auch eine Politik, die dem Osten ganz besonders hilft. Wenn man sich die Lebenssituation bei uns anschaut: Wir haben deutlich weniger Millionäre, als das in Westdeutschland der Fall ist. Dafür haben wir einen deutlich größeren Niedriglohnsektor. SPD-Politik, die Vermögen besteuert, muss bei uns in Ostdeutschland wirklich keiner fürchten. Aber die Einbringung von 12 Euro Mindestlohn ist etwas, was ganz Vielen in Ostdeutschland besonders hilft.

(Beifall)

Wir haben bei uns Lebenslagen, die sozialdemokratische Unterstützung brauchen. Wenn wir darüber reden, dass wir eine Kindergrundsicherung einführen, um den Familien die Angst vor der großen Gefahr, die heutzutage riesig ist, dass wenn man ein Kind kriegt, in Armut landet, wegzunehmen, indem wir eine Kindergrundsicherung einführen, die es den Familien wirklich möglich macht, die Kinder am besten zu fördern, dann hilft das natürlich in ganz Deutschland; aber in Ostdeutschland hilft das noch mal ganz besonders.

Wenn wir darüber reden, dass wir nach einem Leben voller Arbeit eine Respektrente einführen, dann wird das natürlich in Ostdeutschland bei den miesen Lohnniveaus, die wir haben, ganz, ganz vielen Menschen helfen. Deswegen: Sozialdemokratische Politik ist auch immer eine Politik, die ganz besonders in Ostdeutschland hilft.

(Beifall)

Aber wir haben natürlich auch ein paar besondere Situationen. Ich möchte euch aber trotzdem um eine Sache bitten: 30 Jahre nach der Wiedervereinigung ist auch Ostdeutschland eine ausdifferenzierte Gesellschaft geworden. Es gibt einige Sachen, die alle Ostländer gemein haben. Aber es ist wichtig, dass wir auch den zweiten Blick wagen, dass wir sagen: Wenn etwas in Sachsen passiert, dann ist es auch in Sachsen passiert, und in Thüringen und in Brandenburg und in Mecklenburg-Vorpommern. Wenn wir nicht wollen, dass es in 30 Jahren eine ostdeutsche und eine westdeutsche Identität gibt, dann müssen wir alle auch in der Lage sein, zu differenzieren und nicht zu sagen: Wenn ein Ossi was gesagt hat, dann haben es alle gesagt. - Das ist die Grundvoraussetzung dafür, dass wir eine gemeinsame Sicht auf die Dinge entwickeln. Ich bitte euch also, differenziert über Ostdeutschland zu reden.

Die meisten von euch werden mit dem Zug nach Berlin gefahren sein. Ihr habt bestimmt festgestellt: In Brandenburg, in Sachsen-Anhalt, in Thüringen, in Mecklenburg-Vorpommern, da ist ganz schön viel Gegend. Der eine oder andere wird gedacht haben: Bei uns in den Städten haben wir ein Riesenproblem mit Wachstum. Wir haben ein Riesenproblem mit steigenden Mieten. Aber hier ist ganz viel Fläche, ganz viel Platz. Dieser Eindruck täuscht. Das, was in den Städten passiert, nämlich dass internationale Kapitalinvestoren kommen und Wohnungen aufkaufen, passiert auch mit dem Boden in Ostdeutschland, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist eine Riesengefahr. Deswegen brauchen wir nicht nur eine sozialdemokratische Mietenpolitik; wir brauchen eine sozialdemokratische Bodenpolitik.

(Beifall)

Denn auch auf dem Acker gilt: Boden ist nicht beliebig vermehrbar. Wenn er eindeutig nur das Renditeaspekten genutzt wird, dann ist das sehr, sehr schlecht für die Natur. Das ist sehr schlecht für die örtlichen Bauern. Es ist auch eine Riesenblockade, wenn wir sagen, wir wollen den Anteil ökologischer Landwirtschaft ausweiten, die nicht so rentierlich ist wie die industrielle Agrarindustrie. Da müssen etwas machen, damit die Bodenpreise nicht weiter durch die Decke gehen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wagt einen zweiten Blick, differenziert, kommt auch gerne nach Ostdeutschland. Da werdet ihr feststellen, wie viel passiert ist. Ich war ja jetzt sehr viel im Westen der Republik unterwegs. Ich kann nur allen Ostdeutschen sagen: Fahrt da auch mal ein bisschen durch die Gegend; dann kommt ihr nie wieder auf die Idee, in Ostdeutschland wäre 30 Jahre lang nichts passiert. Denn man sieht, dass gerade in der Infrastruktur auch im Westen - das hat Martin gesagt - Nachholbedarf besteht. Es ist ein Stück Solidarität, dass wir als Ostdeutsche sagen: Hier muss etwas passieren, auch bei der Entschuldung der großen Kommunen in Westdeutschland. - Danke schön.

(Beifall)

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Danke, Klara. - Es folgt Elisabeth Kaiser, und bereitmachen darf sich schon mal Aydan Özoğuz.

Elisabeth Kaiser, Thüringen:

Liebe Genossinnen und Genossen, 30 Jahre Mauerfall und demnächst 30 Jahre Wiedervereinigung. Man möchte meinen, das ist ein Antrag, der vor allen Dingen, die Bedeutung dieser Ereignisse und auch die Leistungen der Menschen würdigt. Aber in diesem Antrag geht es noch um viel mehr, nämlich um Aufbruch, um Aufbruch in eine Neue Zeit auch in Ostdeutschland. Es geht um einen umfassenden Blick auf die Erfolge der Wiedervereinigung und auf das, was noch zu tun ist.

Ich bin froh, dass endlich die Offenheit da ist - in Ost wie in West -, darüber zu sprechen, was gut und was eben nicht gut gelaufen ist nach der Wende. Lange wurde nicht über die ganz persönlichen Auswirkungen der Transformation gesprochen. Ich selbst bin Jahrgang 1987. Manche meinen, ich sei zu jung, um mich überhaupt noch an irgendwas zu erinnern und darüber zu reden. Das mag vielleicht sein. Aber auch die vierte Generation Ost hat durchaus die Schicksale ihrer Eltern geteilt, und auch die persönlichen Erfahrungen haben sich auf die Generationen übertragen; Martin hat es sehr anschaulich dargestellt.

Ich habe auch die Vorteile der Wiedervereinigung erlebt. Ich bin in einem wirtschaftlich prosperierenden Land aufgewachsen, konnte mit meinen Eltern frei reisen, Studium im Ausland und auch natürlich - ganz wichtig - die Teilnahme an freien, geheimen und gleichen Wahlen. Aber ich sehe auch, was bei mir zu Hause in Gera, in Altenburg, in Greiz so los ist: klamme Kommunen, niedrige Löhne, Wegzug der Jugend, Ausdünnung der Infrastruktur. Ich sehe auch, was das mit den Menschen macht.

Wenn ich sehe, dass Ostdeutsche in Spitzenpositionen - Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, in den Medien - wenig vertreten sind, dann sehe ich auch, dass wir noch sehr, sehr viel zu tun haben. Genau deshalb ist es so wichtig, dass wir als SPD weiterhin eine Politik machen, die zusammenführt, was eben zusammengehört. Zeigen wir, dass uns allen es immer noch ein wichtiges Anliegen ist.

Mit dem einstimmigen Beschluss des Sozialstaatspapiers und dem Anspruch, wieder eine Partei zu sein, die die Verteilung von Wohlstand in unserem Land wichtig ist, gehen wir in die richtige Richtung. Wenn wir liefern, was wir uns hier auf diesem Parteitag vorgenommen haben, dann wirkt sich das auch positiv auf den Osten aus.

Aber lasst mich noch zwei Punkte kurz ansprechen, die mir wichtig sind:

Erstens. Die Stärkung einer Zivilgesellschaft und des Engagements vor allem gegen Rechtsextremismus.

(Beifall)

Ihr kennt ja sicherlich auch die Wahlergebnisse in Thüringen. Ihr wisst, wie gut die AfD dort abgeschnitten hat. Diese Ergebnisse beunruhigen sicher nicht nur mich, sondern auch euch. Es ist schon die Frage zu stellen, warum so viele Menschen eine Partei wählen, die mit Faschisten durchsetzt ist. Die AfD ist der Brandbeschleuniger für Hass und Hetze und Gewalt in unserem Land. Was können wir also tun, um Rechtspopulismus und diese braunen Umtriebe zu verhindern und dagegen anzukämpfen? Na klar stehen wir Sozialdemokraten dagegen auf uns zeigen Haltung; das liegt in unserer DNA. Aber es braucht ganz konkretes politisches Handeln. Also stärken wir die zivilgesellschaftlichen Strukturen. Wenn sich Vereine und Verbände politisch engagieren, eben auch gegen rechts, dann dürfen die nicht ihre Gemeinnützigkeit verlieren, damit sie sich auch weiter für eine starke Demokratie einsetzen können.

(Beifall)

Es ist gut, dass wir auch die politische Bildung gestärkt haben. Franziska Giffey hat dafür gesorgt, dass wir weiterhin „Demokratie leben!“ gut finanzieren können. Aber wir sind eben auch dabei, das zu verstetigen, damit es nicht nur bei Modellprojekten bleibt.

Und das ist eben auch das Ziel: dass wir unsere Demokratie stärken. Susann Rüthrich aus Sachsen kämpft schon lange für ein Demokratiefördergesetz, und es ist mittlerweile auch so weit gekommen - Halle hat dazu geführt -, dass sich endlich auch die Union da bewegt.

Ich würde gerne noch viel mehr ansprechen, zum Beispiel auch die Strukturpolitik. Über die Digitalisierung haben wir vorhin gesprochen. Wir müssen da vor allen Dingen im Osten vorangehen, und wir müssen da eben auch eine wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben, die durch die Digitalisierung geprägt ist. Das ist unheimlich wichtig. Stichworte: Smart Cities, Smart Countries: Da muss der Osten mithalten können, damit wir auch hier gut vorangehen können.

Solidarität geht eben über Ländergrenzen hinaus. Auch in Thüringen arbeiten wir weiter zusammen, damit wir für ein starkes Deutschland sorgen - auch in Ostdeutschland -; denn wenn wir eine starke Sozialdemokratie haben wollen, die Mehrheiten in diesem Land erringt, dann brauchen wir die auch in einem starken Osten. - Ich danke euch.

(Beifall)

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Danke schön. - Bevor Aydan jetzt gleich das Wort kriegt, würde ich euch noch eine Sache empfehlen: Und zwar haben wir jetzt noch, ich glaube, sechs Wortmeldungen. Ich würde die Redeliste zumachen. - Sehe ich dazu Widerspruch?

(Beifall)

Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir so. - Als Nächstes hat Aydan das Wort, und bereit machen kann sich Jana Bertels aus Berlin.

Aydan Özoğuz, Parteivorstand:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin sehr, sehr häufig nach Sachsen - wegen Martin Dulig natürlich -, nach Mecklenburg-Vorpommern und auch nach Sachsen-Anhalt eingeladen worden, und ich bin immer wieder gerne hingefahren. Ich bin aber einmal hingefahren, als es wirklich keinen schönen Anlass dafür gab, und ihr werdet euch alle noch daran erinnern; es war nach den Anschlägen auf verschiedene Restaurants. Es waren ein jüdisches Restaurant, ein iranisches Restaurant und noch andere Restaurants. Sie haben mich damals gebeten, vorbeizukommen. Und ich habe gesagt: Natürlich fahre ich dann auch dahin.

Was mir dort in dem jüdischen Restaurant gesagt wurde, war: Schauen Sie mal, alle hier in meinem Lokal sind hierhergekommen und unterstützen mich irgendwie, aber sie sagen mir gleichzeitig, dass sie die AfD wählen, und ich verstehe das nicht. Es ist eine merkwürdige Situation.

Dann bin ich zu dem iranischen Restaurant weitergegangen. Vielleicht erinnert ihr euch: Der Besitzer war körperlich ja ziemlich angegangen worden. Er ist also wirklich zusammengeschlagen worden. Die Hälfte seines Körpers ist gelähmt. Er bekam monatelang keinen Arzttermin.

Wir haben uns dann aber mal - das habe ich Julia Bombien, der Stadträtin aus Chemnitz, zu verdanken, die mich den ganzen Tag dort begleitet hat - ein Bild davon gemacht, wie es denn ist. Wir haben gesehen, dass es auch allen anderen so geht. Ich meine, ein Arzttermin ist noch mal ein Thema für sich, aber dass man nach so einem Angriff von niemandem wirklich behandelt wird! Was das für einen Frust bedeutet, wenn solche Strukturen da sind, kann man sich vorstellen.

In dem jüdischen Restaurant haben sie sofort ein sehr, sehr schönes Projekt für Zusammenhalt, für Miteinander gemacht, aber es gab kaum Mittel, die sie hätten verwenden können, um das dann eben wirklich auch für längere Zeit durchzusetzen.

Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, ist es so wichtig, dass wir dieses Projekt „Demokratie leben!“ jetzt für vier Jahre haben - und jedes Jahr stehen 115 Millionen Euro dafür zur Verfügung. Es ist eine Ansage der Sozialdemokratie, unserer Finanzleute und natürlich von Franziska Giffey, dass wir auch gerade dort, wo es so sehr benötigt wird, die Demokratie stärken und diejenigen unterstützen wollen, die sich so sehr dafür einsetzen.

(Beifall)

Eine kleine Beobachtung noch - Elisabeth hat es eben angesprochen -: Wir reden wirklich viel über Täter und wenig über Opfer - das kennen zum Beispiel auch alle Innenpolitiker durchaus -, aber wir

reden wenig über die, die sich geistigen Brandstiftern Tag für Tag entgegenstellen.

(Beifall)

Aus meiner Erfahrung will ich mal sagen: Ich bin Hamburgerin, und viele andere hier kennen es durchaus auch, dass es in Hamburg ein bisschen einfacher ist, sich diesen geistigen Brandstiftern entgegenzustellen, als zum Beispiel an manchen Orten in Sachsen. Diejenigen, die es dort trotzdem tun - jeden Tag und immer wieder -, brauchen unsere Unterstützung.

(Beifall)

Und meine Idee wäre, dass wir alle mal wieder dorthin fahren, mit einem großen Bus vom Bundesparteitag. - Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Danke, Aydan. - Als Nächstes hat Wort Jana Bertels aus Berlin, und bereit machen kann sich Ulrike Häfner aus Brandenburg.

Jana Bertels, Berlin:

Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Als Delegierte aus dem zusammengewachsenen Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg finde ich es richtig, dass wir dieses Jubiläum „30 Jahre Friedliche Revolution“ zum Anlass nehmen, den Finger in die Wunde zu legen und auf die immer noch bestehenden Verletzungen und Ungleichheiten hinzuweisen.

Aber lasst uns doch hier als Partei der Gleichstellung auch endlich mal die Mahnung der Vereinten Nationen ernst nehmen und Ausgleichsfonds für die in der DDR geschiedenen Frauen einrichten!

(Beifall)

Lasst uns solidarisch mit ihnen sein, und lasst uns die Ungleichheit beenden!

(Beifall)

Außerdem - und das ist wichtig -: Lasst uns nicht den Parteien das Feld überlassen, die Geschichtsrevisionismus betreiben, die dreist, wie die AfD, die Freiheitsparolen der mutigen Demonstrantinnen und Demonstranten von 1989/90 instrumentalisieren!

Liebe Genossinnen und Genossen, die Mauer ist nicht gefallen, sie wurde von mutigen Menschen

eingerissen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Danke schön. - Als Nächstes hat das Wort Ulrike aus Brandenburg, und es folgt Stephan Schumann.

Ulrike Häfner, Brandenburg:

Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Lieber Martin, ich bin unglaublich froh über diesen Antrag, ein Antrag, der 30 Jahre gebraucht hat, aber gut Ding braucht Weile, und manches dauert eben ein wenig.

Ich weiß nicht, aber ein paar von euch kennen das wahrscheinlich auch noch und können sich erinnern: All diejenigen, die damals, in den 1980er-Jahren, in der DDR gelebt haben, haben ein geflügeltes Wort gehabt und gesagt: Wir leben hier im größten Zoo der Welt. - Damit muss Schluss sein. Es muss Schluss sein mit diesem Exotenstatus. Es muss Schluss sein damit, dass Menschen, die in Ostdeutschland leben, arbeiten, wirken, sich politisch engagieren, immer ein wenig anders sind.

Nach 30 Jahren wird es Zeit, auch diese Kultur des Miteinanders zu ändern - nicht nur innerhalb der SPD, sondern im Grundsatz, in dieser Gesellschaft. Wir sind reif dafür.

(Beifall)

Wir versuchen heute, das Zusammenwachsen anders zu beleben, durch Begegnungen nachhaltiger zu machen und dem Ganzen auch eine andere Wirkung zu verleihen. Das hat 30 Jahre gebraucht. Dieses Jubiläum von 30 Jahren ist ein Anlass, zu feiern. Aber wir haben eben auch 30 Jahre Abstand von Verletzungen, von Kränkungen. 30 Jahre Verstehen, 30 Jahre Reflexion und 30 Jahre Gemeinsamkeit!

Nach 30 Jahren ist es Zeit, sich von einer Defizitperspektive zu lösen. Ich glaube, wir haben ganz viele kluge Sachen gehört; sie stehen im Antrag. Klara hat ganz viel dazu gesagt - und Martin auch.

Es gibt ganz viele gravierende, große strukturelle Unterschiede. Auch die Chancengerechtigkeit zwischen Ost und West ist noch lange nicht da, wo wir hinwollen. Da gibt es viel zu tun, ja, aber dennoch möchte ich und wünsche ich mir, dass es uns im Rahmen dessen, was wir vorhaben - der Ostkonvent hat dafür auch schon wichtige Zeichen gesetzt und die ersten Spuren gelegt -, gelingt, dass wir sehr viel stärker noch mal die Verdienste der Männer und Frauen anerkennen und würdigen, die nicht nur in den Jahren der Wende und der friedlichen Revolution, sondern auch in den unmittelbaren Jahren danach aktiv waren. Dazu gehört auch die Anerkennung und Würdigung derer, die aus

Westdeutschland in den Osten gekommen sind. Das muss genauso wahrgenommen und ernstgenommen werden, und es ist schwierig, sich immer wieder alleine auf Defizite oder Situationen, die noch nicht gut laufen, zu fokussieren.

Zu dieser Würdigung gehört aber auch Respekt. Ihr kennt das möglicherweise auch aus Erzählungen: Wenn ihr fragt: „Na ja, was hat du denn früher so gemacht“, dann erzählen die Menschen und fangen mit „Na ja, in meinem ersten Leben“ an. Und heute ist das zweite Leben! - Dieses erste und das zweite Leben: Das ist *ein* Leben, das ist unser aller Leben, das ist ein Leben, das durch die Wiedervereinigung gewonnen hat. Durch das Zusammenwachsen dieser beiden deutschen Staaten hat es nämlich einen unglaublichen Innovationsschub und Modernisierungsschub für unsere gesamte Gesellschaft gegeben. Ich sage nur: Geschlechterrollen und Gleichberechtigung, die Frage von Vereinbarkeit, Kinderbetreuung, frühe Bildung.

Wir alle haben sehr dadurch gewonnen. Wir sind miteinander gewachsen, und es gibt sehr viele Verdienste, die wir genauso respektvoll in diesen Diskurs einbringen müssen. Es lohnt sich, sich darüber auszutauschen, darüber zu erzählen und dem Ganzen mit Respekt und Freude zu begegnen.

(Beifall)

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Danke Ulrike. - Als Nächster hat Stephan Schumann von den Jusos das Wort. Bereithalten darf sich Dietmar Nietan.

(Beifall)

Stephan Schumann, Sachsen:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin Jahrgang 1988. Ich habe keine aktiven Erinnerungen an die Wende. Aber ich habe natürlich von ihr profitiert. Deswegen ist das hier auch eine Gelegenheit, um mich bei den zahlreichen Menschen zu bedanken, explizit bei den Genossinnen und Genossen, die damals unter höchstem persönlichen Risiko für uns, für meine Lebenschancen auf die Straße gegangen sind, die für eine gerechte Gesellschaft in der DDR auf die Straße gegangen sind. Ihnen gilt - das muss man explizit sagen - unser aller Dank.

(Beifall)

Ich bin aber auch diesem gesamtdeutschen Parteitag dankbar, dass wir dieses Thema hier aufrufen und dass er zeigt, dass es uns um Gerechtigkeit überall geht und nicht um Gerechtigkeit nur nach Himmelsrichtung.

Liebe Genossinnen und Genossen, darum geht es uns in diesem Antrag: Wir analysieren die Situation in Ostdeutschland und ziehen daraus politische Schlüsse. Aber wir ziehen sie natürlich für die gesamte Republik. Weil wir dort weniger Tarifbindung haben, wollen wir reinschreiben, dass wir die Tarifverträge leichter für allgemeinverbindlich erklären können. Eben weil die Vermögensverteilung gerade im Osten ein besonderes Problem ist, wollen wir gerechte Besteuerung. Und weil wir - darauf wurde gerade schon eingegangen - eine noch geringere Ausprägung von Zivilgesellschaft im Osten haben, weniger Menschen in Vereinen usw., müssen wir die da ganz besonders unterstützen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das ist im Übrigen der Teil des Antrags, für den ich am dankbarsten bin: der Passus zum Thema Demokratie leben, der Passus dazu, dass wir dort Geld hineingeben, der Passus, dass wir nicht nur nicht kürzen, sondern jetzt - danke an die Antragskommission - hineingeschrieben haben, dass wir das perspektivisch sogar ausbauen wollen. Liebe Franziska, danke auch dafür, dass wir ein Demokratiegesetz machen, damit diese Strukturen endlich verlässliche, dauerhafte Förderung bekommen und wir sie nicht nach drei Jahren Projektförderung killen müssen. Lasst es uns angehen! An dieser Stelle stehen die Jusos auf jeden Fall hinter dir, und wenn es nötig ist, treten wir die Kolleginnen und Kollegen von der Union dann auch mal richtig.

(Beifall)

Dann zeigt sich, dass wir das alles machen, dass das überall in Deutschland hilft. Aber das zeigt auch, dass wir die Ostpartei sind - wir, und nicht die Union mit einem Ostbeauftragten in der Bundesregierung, dessen Namen man googeln muss, wenn man ihn in eine Rede einbauen will, und der dadurch auffällt, dass er mit dem Rest seiner Gurkentruppe irgendwie die Grundrente bekämpft, die zwar überall in Deutschland wichtig und gerecht ist, die wir aber im Osten ganz besonders brauchen.

Liebe Genossinnen und Genossen, bitte stimmt diesem Antrag zu. Glück auf!

(Beifall)

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Danke, Stephan. - Als Nächster hat Dietmar Nietan das Wort. Als letzte Rednerin auf unserer Liste darf sich Katja Pähle bereithalten.

Dietmar Nietan, Schatzmeister:

Liebe Genossinnen und Genossen, da meine Mama aus Thüringen stammt, habe ich es als Wes-

si-Kind nicht anders gekannt, als jedes Jahr mindestens ein- oder zweimal in die damalige DDR zu reisen. So kam es auch, dass ich mit meinem besten Kumpel Stefan aus Gera drei Tage vor den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR in der Volksbuchhandlung in Gera unterwegs war. Ich habe mich als Juso total gefreut, weil ich an diesem Tag meine sozialistischen Bücherreihen vervollständigen konnte. Der fünfte Ergänzungsband der gesammelten Briefe von Rosa Luxemburg war vorhanden; ich konnte ihn und noch ein paar andere Dinge kaufen. Ja, ich habe auch einen Band von Lenin gekauft - ich muss es ja irgendwann mal zugeben.

(Beifall)

Dann war ich an der Kasse. Während die Kollegin die Preise in die mechanische Kasse eintippte, guckte sie mich immer wieder an. Irgendwann konnte sie nicht mehr anders - sie sagte: Na, Sie kommen aber ooch ausm Westen. - Dann habe ich gefragt: Warum? - Da sagte sie: Na, den Scheiß kauft hier keener mehr.

(Beifall)

Ich sag mal so: Diese kleine Episode macht etwas deutlich. Die Menschen sind in der friedlichen Revolution aufgestanden und haben etwas gemacht, was mir bis heute sehr großen Respekt abnötigt. Wenn wir uns oft so kleinmütig über Dinge streiten, um die es ja eigentlich gar nicht wirklich geht, dann sollten wir das vielleicht nicht vergessen: Diese Menschen haben in einem Staat, in dem sie mit schlimmsten Repressionen rechnen mussten, den Mut gehabt, aufzustehen, die Wahrheit zu sagen, für die Freiheit einzustehen.

(Beifall)

Ich finde, das ist etwas, da sollten wir als Wessis aufpassen, wenn wir meinen, dass wir über das, was in den 40 Jahren DDR und in der Zeit danach in Ostdeutschland war, so schön urteilen können. Nein, liebe Genossinnen und Genossen, jetzt ist die richtige Zeit, mit Blick auf den schnellen Einigungsprozess - und ich will gar nicht kritisch zurückschauen; denn ich weiß, dass die Menschen ihn wollten - genau hinzuschauen und zu sagen: Es lohnt sich, deutlich zu machen, dass wir für die Lebensleistung der Menschen in der damaligen DDR einen großen Respekt haben, weil sie unter Rahmenbedingungen, die wir uns im Westen gar nicht vorstellen konnten, ihr Leben organisiert haben, Freundschaften gepflegt haben, Solidarität in der Nachbarschaft gezeigt haben. Ich finde, das ist auch etwas, worüber wir im Westen nachdenken müssen. Ich kann manchen Frust im Osten verstehen, wenn man darüber hinweggeht und sagt: Das war ein Unrechtsstaat! Warum ist da nicht früher jemand aufgestanden? - Was für eine Arroganz, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Das wollte ich hier noch mal deutlich sagen.

Wir müssen uns klarmachen: Es gibt nicht ostdeutsche Probleme und westdeutsche Probleme, sondern es gibt Probleme in unserer Gesellschaft, und die Probleme, die es hinsichtlich der mangelnden

Wertschätzung für Menschen und ihre Leistung in Ostdeutschland gibt, sind unsere gemeinsamen Probleme.

Eine letzte Bemerkung: Wenn das so ist und wir heute diesen Antrag beschließen und er nicht nur ein Stück Papier sein soll, dann erwarte ich - das sage ich auch als Schatzmeister -, dass wir solidarisch in der SPD überlegen, was wir tun können, um die Strukturen der SPD in der Fläche in Ostdeutschland besser zu unterstützen; denn die Genossinnen und Genossen dort machen eine großartige Arbeit. Sie machen diese mutige Arbeit weiter, und sie haben es oft nicht leicht. Auch das ist kein ostdeutsches Problem, sondern ein Problem der gesamten SPD, hier Solidarität zu zeigen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Dietmar. - Als Nächste hat Katja Pähle aus Sachsen-Anhalt das Wort.

Katja Pähle, Parteivorstand:

Liebe Genossinnen und Genossen, lieber Dietmar, für den letzten Satz bin ich dir als Vertreterin von Sachsen-Anhalt ausgesprochen dankbar. Warum? Sachsen-Anhalt: knapp über 2 Millionen Einwohner, knapp 3 500 Genossinnen und Genossen. Das liegt nicht daran, dass wir träge sind. Es liegt auch nicht daran, dass wir nicht mit Menschen reden. Und es liegt auch nicht daran, dass wir Menschen nicht für unsere Politik begeistern können. Wenn das nämlich stimmen würde, dann hätten wir am 1. Dezember nicht im Landkreis Stendal mit 70 Prozent einen SPD-Landrat wählen können.

(Beifall)

Wir haben es tatsächlich geschafft, Patrick Puhlmann als gemeinsamen Kandidat von SPD, Grünen und Linken in Stendal zum Landrat zu wählen. Dafür an dieser Stelle herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Aber woran liegt das, dass sich Menschen im Osten generell so viel weniger engagieren - in Parteien, Vereinen und Verbänden? Ganz viele haben in den letzten 30 Jahren gelernt, dass andere Themen erst einmal wichtiger waren, gerade in der ersten Zeit: der Kampf um den Arbeitsplatz, das Zusammenhalten der Familie - denn die jungen Menschen sind eher in die alten Bundesländer gegangen, weil sie in den neuen keine Zukunft gesehen haben.

Wir müssen jetzt den Schalter umlegen. Wir müssen zeigen, dass Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen - überall - möglich ist, in den großen Städ-

ten genauso wie im ländlichen Raum. Deshalb hat Klara recht, wenn sie sagt: Ganz viele Projekte, ganz viele sozialdemokratische Ideen, die wir auf diesem Parteitag beschlossen haben, sind auch wichtig für Ostdeutschland: ÖPNV-Anbindungen, Ausbau der digitalen Infrastruktur. Ein Signal an die Jugend ist auch das Thema Mindestausbildungsvergütung - das setzen wir sogar in der Regierung um. Damit sagen wir: Bleibt hier, sorgt dafür, dass all unsere Regionen auch im Osten wieder lebendiger werden!

Wir schaffen für euch auch Zeit. Wir geben euch Zeitautonomie, damit ihr euch auch engagieren könnt.

Deshalb ist auch dieser Ost-Antrag so wichtig, um noch einmal einen Fokus zu setzen und auch ein deutliches Signal zu zeigen, dass die SPD den Osten im Blick hat. Deshalb bitte ich euch ganz dringend um Zustimmung zu diesem Antrag.

Noch eine ganz persönliche Bitte: Bei der nächsten Ost-Diskussion würde ich mir sehr wünschen, dass sich neben ganz vielfältigen Vertretungen aus den ostdeutschen Bundesländern nicht nur Aydan als Vertreterin aus Hamburg und Dietmar als Vertreter aus Nordrhein-Westfalen dazu melden. Auch das ist ein Zeichen, dass der Osten auch in dieser Partei angekommen ist, gesehen wird und dass wir alle verstanden haben, dass wir keine Region in der Bundesrepublik für die Sozialdemokratie aufgeben können. - Vielen Dank.

(Beifall)

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Danke, Katja. - Als Nächstes darf ich Christoph Matschie für die Antragskommission das Wort erteilen.

Christoph Matschie, Antragskommission:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ihr habt den Antrag IA 3 vor euch: „30 Jahre friedliche Revolution“. Gleichzeitig sind zwei weitere Anträge mit aufgerufen, und zwar der Antrag Th 8 und der Antrag Th14. Der Antrag Th 8 beschäftigt sich mit der Zukunft der Stasi-Unterlagenbehörde. Dazu gibt es inzwischen im Bundestag eine andere Beschlusslage. In diesem Antrag ist noch intendiert, dass diese Behörde eigenständig bleibt. Dazu ist eine andere Entscheidung getroffen worden. Wir wollen aber trotzdem als Antragskommission empfehlen, die Antrag an das Geschichtsforum zu überweisen; denn es geht ja nicht nur um die äußere Struktur, sondern am Ende darum, dass die Aufarbeitung weitergeht, dass die Forschung an den Akten weitergeht und dass dafür gute Bedingungen geschaffen werden. In diese Debatte muss sich die SPD auch zukünftig einbringen. Es wird also empfohlen, den Antrag zu überweisen.

Der Antrag Th14 beschäftigt sich mit der Aufarbeitung der Umbrüche in der Folge der Deutschen Einheit. Auch diesen Antrag wollen wir überweisen. Es gibt eine Arbeitsgruppe „Aufarbeitung der Nachwendezeit“ des Parteivorstands. Die soll sich mit diesem Thema noch einmal weiter auseinandersetzen. Es ist hier mehrfach in der Debatte deutlich geworden: Es kommt darauf an, dass wir unsere Erfahrungen gegenseitig ernst nehmen, dass wir miteinander im Gespräch sind, dass wir etwas voneinander wissen wollen, dass wir nicht nebeneinander her leben mit den Erfahrungen, die wir haben, sondern die gemeinsam fruchtbar machen.

Es ist manchmal gesagt worden: Na ja, es gibt ja auch Unterschiede zwischen Norddeutschland und Bayern. - Das stimmt. Aber trotzdem gibt es einen anderen Unterschied zwischen Ost und West. Ich selbst habe die Hälfte meines Lebens in der DDR verbracht, die andere Hälfte in der Bundesrepublik. Ich habe zwei unterschiedliche Systeme erlebt. Das hat mein Leben geprägt. Ich habe Umbrüche erlebt, die man im Westen vielleicht nicht so erlebt hat. Ja, auch da gab es Strukturwandel.

Ich bin das 1989 das erste Mal auf der Straße gewesen und habe die Demonstrationen in meiner Heimatstadt mit organisiert. Das war ein unglaublicher Aufbruch, ein Glücksgefühl, die Geschicke endlich in die eigene Hand zu nehmen. Aber ich habe zwei Jahre später wieder auf der Straße gestanden in meiner Heimatstadt, nämlich im Herbst 1991. In Jena sind damals innerhalb von vier Wochen 17.000 Menschen entlassen worden in einer Stadt mit 100.000 Einwohnern. Fast jede Familie war davon betroffen. Das ist ostdeutsche Erfahrung, die man so nur dort gemacht hat und nirgendwo anders.

Wir wollen mit diesen Erfahrungen in die gemeinsame politische Debatte eingreifen, mit unserem Wissen, mit unserem Können; denn es ist ja nicht bei diesen Erfahrungen geblieben. Wer sich heute umschaut in Thüringen, in Sachsen, in Sachsen-Anhalt, in Brandenburg und in Mecklenburg, der sieht, was on den letzten Jahren alles gelungen ist. Und das ist gelungen, weil Menschen ihr Schicksal in die eigene Hand genommen haben und sich reingekniet haben und etwas verändert haben in diesem Land. Mit diesem Gedanken möchte ich dann auch schließen.

Als wir 1989/1990 auf den Straßen, auf den Marktplätzen unterwegs waren, war dann insbesondere 1990 vor der ersten freien Wahl Willy Brandt mit uns unterwegs. Eines ist mir dabei ganz wichtig geworden: Willy Brandt hat mal auf die Frage was ihm denn am wichtigsten sei, gesagt: „Nach dem Frieden die Freiheit.“ Wir haben hier viel über Gerechtigkeit diskutiert, und das ist wichtig. Aber mir ist auch wichtig, dass die SPD auch die Partei der Freiheit bleibt und ist; denn Freiheit und Gerechtigkeit sind Geschwister, die man nicht auseinanderdividieren darf. - Vielen Dank.

(Beifall)

Die Antragskommission empfiehlt Annahme.

(Beifall)

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Dann kommen wir zur Abstimmung. Ihr habt das Votum der Antragskommission gerade von Christoph gehört. Deshalb würde ich jetzt an dieser Stelle über das Votum der Antragskommission abstimmen lassen. Wer dem so folgt, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Ich habe zumindest nichts gesehen. Dann ist dem einstimmig so gefolgt. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall)

ANTRAGSBERATUNG IA 6, IA 17, IA 19 UND IA 21UND DIE BEREICHE AUßEN-, SICHERHEITS- UND ENTWICKLUNGSPOLITIK UND EUROPAPOLITIK

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen und Genossen, für heute und für diesen Parteitag kommt unser letzter großer und auch wichtiger Themenblock, der sich nahtlos anschließt. Ich rufe den Bereich der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik auf und ergänze: Wir möchten in diesem Block gerne auch Europapolitik behandeln. Das heißt, ich komme zu den folgenden Anträgen: Initiativanträge IA 6, IA 17, IA 19 und IA 21. Die liegen euch alle vor. Aufgerufen sind zudem auch die Anträge A1 bis A55. Die findet ihr in unserem dicken Buch auf den Seiten 82 bis 108. Dazu liegt euch auch als Tischvorlage eine Übersicht der Empfehlungen der Antragskommission vor.

Für den Bereich Europa geht es jetzt um den Initiativantrag IA 14. Außerdem aufgerufen sind auch die Anträge EU1 bis EU30. Auch die findet ihr im Buch.

Wir haben alles so vorbereitet, wie ihr das inzwischen am dritten Tag auch gewohnt seid: Wir haben minutiös aufgeführt, was zur Beratung ansteht und welche Voten die Antragskommission empfiehlt.

Ich freue mich jetzt sehr, dass in den gesamten Komplex Heiko Maas einführt. Heiko, du hast das Wort.

(Beifall)

Heiko Maas, Parteivorstand:

Liebe Genossinnen und Genossen! Willy Brandt hat einmal gesagt: „Nichts kommt von selbst, wenig ist von Dauer, und deshalb braucht jede Zeit ihre eigenen Antworten.“ Ich glaube, es gibt im Moment wenige Politikbereiche, auf die das so zutrifft, wie es bei der Außenpolitik der Fall ist. 30 Jahre nach dem Fall der Mauer leben wir in einer neuen Großmächtekonkurrenz zwischen den USA,

Russland und China. Die transatlantischen Beziehungen sind beim gegenwärtigen amerikanischen Präsidenten nicht wiederzuerkennen. China versucht kompromisslos, seine wachsende wirtschaftliche Macht auch zu nutzen, um geostrategisch seinen Einfluss zu erhöhen. Und dort, wo etwa die USA sich zurückziehen, treten Länder wie Russland oder auch die Türkei in ein militärisches Vakuum, wie wir es in Syrien und vor allen Dingen in Nordostsyrien gesehen haben.

In dieser Zeit müssen wir uns außen- und sicherheitspolitisch die Frage stellen, wie wir damit umgehen und wie wir darauf reagieren. Vor allen Dingen müssen wir uns diese Frage nicht nur in Deutschland stellen, sondern wir müssen sie vor allen Dingen in Europa stellen. Paul-Henri Spaak, ein früherer belgischer Premierminister und einer der vergessenen Gründungsväter der Europäischen Union, hat einmal gesagt - das ist schon lagen her -: „Es gibt in Europa nur zwei Arten von Ländern: Kleine Länder und Länder, die noch nicht gemerkt haben, dass sie auch klein sind.“ Das ist heute so, und das merken wir gerade heute.

Deshalb ist es wichtig, zu Beginn - so steht es auch in diesem Antrag und auch in unserem Koalitionsvertrag - noch einmal deutlich zu machen, dass in einer sich so rasant verändernden Welt, wenn wir es mit einer neuen Großmächtekonkurrenz zu tun haben, die Antwort auf diese Entwicklung nur sein kann: Europa. Und nicht die Antwort, die die Populisten und die Nationalisten geben, die zurückwollen ins Nationale und die behaupten, dass wir zu viel Nationalität aufgeben. Das Gegenteil ist richtig, liebe Genossinnen und Genossen: Mit mehr Europa sichern wir überhaupt erst auch Souveränität und verhindern, dass wir zum Spielball von anderen werden, die unsere Werte auf der Welt nicht teilen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deshalb muss man die Frage: Wie sieht dieses Europa aus? Im Moment gibt es viele Vorschläge, die gemacht werden, und es gibt auch eine Diskussion: Wer führt diese Reformbewegung an? Wie ist das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich?

Ich will einmal auf eines hinweisen, was in dieser Debatte bisher etwas unter den Teppich gekehrt wird. Denn bei all diesen Vorschlägen geht es immer wieder darum: wo können wir die Integration vertiefen? Wer ist bereit und fähig, diesen Weg mitzugehen, und wer möglicherweise nicht? Ich halte diese Debatte für gefährlich, liebe Genossinnen und Genossen.

Zu Beginn des Leitantrags, den wir am ersten Tag beschlossen haben, steht, dass wir eine Politik machen wollen für die vielen und nicht für die wenigen. Ich finde, das muss auch für Europa gelten. 30 Jahre nach dem Fall der Mauer, der auch dafür gesorgt hat, dass der Eiserne Vorhang in Europa gefallen ist, der dafür gesorgt hat, dass viele europäische Nachbarstaaten im Osten, die heute in der Europäischen Union sind, die Freiheit bekommen haben und die auf der Grundlage dieser Diskussion befürchten, dass es in Zukunft ein Europa erster und zweiter Klasse gibt, die Reichen und die Schnellen auf der einen Seite und die anderen, die nicht in der Lage sind, mit dieser Entwicklung Schritt zu halten. Das ist gefährlich. Wir wollen weder in unserer Gesellschaft eine neue Klassengesellschaft, aber wir müssen auch verhindern, dass es in Europa ein Europa erster Klasse und zweiter

Klasse gibt.

Gerade unsere osteuropäischen Nachbarn in der Europäischen Union, die wissen noch, was die Ostpolitik von Willy Brandt und Egon Bahr vor allen Dingen zum Ziel hatte, nämlich die Aussöhnung mit unseren unmittelbaren Nachbarn in Europa. Und sie sollten auf uns vertrauen können, dass in dieser Debatte Deutschland die Brücke zwischen Ost und West auch in Europa ist und bleibt.

(Beifall)

Wenn ich beim Thema Osten bin, liebe Genossinnen und Genossen, dann will ich einen Punkt ansprechen, bei dem ich der Auffassung bin, dass innerhalb der Europäischen Union in den letzten Wochen eine katastrophale Fehlentscheidung getroffen worden ist. Wir haben einen Erweiterungsprozess, und die beiden Länder, denen schon mehrfach versprochen worden, dass die Beitrittsverhandlungen mit ihnen eröffnet werden. Nordmazedonien und Albanien sind beim letzten Rat in Brüssel wieder nicht zu ihrem Recht gekommen, obwohl die Kommission in einem großen Papier dargelegt hat, dass sie in vielen Bereichen Fortschritte bei der Rechtsstaatlichkeit, bei der Korruptionsbekämpfung, bei den Fragen, wie Investitionen gesichert werden können, gemacht haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, da geht es zum einen um die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union. Zum anderen geht es aber auch um die Frage, ob wir solchen Ländern, die sich an Europa orientieren wollen, die Tür vor der Nase zuschlagen und sie damit mehr oder weniger dazu zwingen, sich den chinesischen Offerten zu öffnen - oder eben nicht. Es ist nicht nur im Interesse dieser Länder, die wirklich Großartiges geleistet haben. Ein Land wie Nordmazedonien hat seinen Namen geändert, hat ein Prespa-Abkommen mit den Griechen geschlossen, hat jahre-, jahrzehntelange Konflikte, die es dort gegeben hat, friedlich mit diplomatischen Mitteln beendet.

Deshalb müssen wir diese Fehlentscheidung korrigieren. Sie sollte in Europa nicht davon abhängig gemacht werden, dass in einigen Nationalstaaten Wahlen bevorstehen und man dort nicht vertreten will, dass Nordmazedoniern oder Albaniern auch die Tür für die Europäische Union geöffnet bekommen. Es ist auch im strategischen Union der Europäischen Union, dass wir das korrigieren.

(Beifall)

Deshalb macht der Antrag viele Vorschläge, wie wir dafür sorgen können, dass die Europäische Union handlungsfähiger wird. Ja, auch in sicherheitspolitischen Fragen. Und anstatt in Deutschland darüber zu philosophieren, ob wir einen Nationalen Sicherheitsrat brauchen - wir reden alle darüber, wir brauchen europäische Lösungen. Nein, wenn wir das brauchen, brauchen wir einen Europäischen Sicherheitsrat, und Deutschland und Frankreich werden dazu demnächst auch einen Vorschlag machen. Das ist auch immer genau das, was wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen: Wir wollen veränderte Entscheidungsstrukturen im Außenrat, damit zukünftig mit Mehrheit entschieden werden kann, damit wir überhaupt außenpolitikfähig sind und unsere Stimme erheben können.

Und wir wollen eines - denn das ist auch wichtig -: Es gibt Grundwerte in der Europäischen Union,

die nicht verhandelbar sind. Einer dieser Grundwerte ist die Rechtsstaatlichkeit. Bei all dem, was mit den Ländern, die Artikel-7-Verfahren laufen haben, weil sich grundsätzliche rechtsstaatliche Prinzipien nicht mehr achten, bei all dem, was wir von ihnen verlangen, und bei all dem, was nicht eingetreten ist, halte ich es für richtig, das, was wir beschlossen haben, auch durchzuziehen und mit der neuen Kommission zu besprechen. Wer in Zukunft die rechtsstaatlichen Grundsätze der Europäischen Union nicht mehr einhält, der muss damit rechnen, dass das auch negative Auswirkungen bei der Verteilung von Fördermitteln in der hat.

(Beifall)

Es kann nicht sein, dass man den Rechtsstaat mit Füßen tritt, aber die Hand aufhält, wenn es um Geld geht, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir müssen auch ein anderes Thema auf die europäische Tagesordnung setzen, nämlich das Thema Abrüstung und Rüstungskontrollarchitektur. Wir haben doch in den letzten Monaten erlebt, wie der INF-Vertrag zugrunde gegangen ist, der der sicherheitspolitische Pfeiler in Europa gewesen ist, damit hier eben keine landgestützten nuklearen Mittelstreckenraketen mehr aufgestellt werden. Dass dieser Vertrag das Zeitliche gesegnet hat, wirft und sicherheitspolitisch zurück. Aber was uns noch weiter sicherheitspolitisch zurückwerfen würde, wäre, wenn das zum Anlass genommen wird, worauf einige nur warten: Auch in der nuklearen Rüstung wieder einzusteigen und in Europa einen neuen Rüstungswettlauf zu beginnen. Das müssen wir verhindern. Das ist unsere Position, und das muss die Position der Europäerinnen und Europäer werden, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Aber das reicht uns auch noch nicht, denn in den letzten Jahren haben sich Technologie und Technik so weiterentwickelt, dass wir heute über neue Waffensysteme verfügen, für die es überhaupt kein internationales Reglement gibt. Cyber-Waffen, autonome Waffensysteme, Killerroboter - die wahre Bedrohung in Zukunft sind nicht mehr nur Megabomben, sondern an vielen Stellen auch Megabytes. Deshalb haben wir uns zum Ziel genommen, nicht nur über die traditionelle Rüstungskontrollarchitektur zu reden, sondern auch darüber, dass wir der Verbreitung neuer Waffensysteme Einhalt gebieten. Wir haben als Sicherheitsratsmitglied in New York bei den Vereinten Nationen dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt, und das ist erste Mal gewesen seit sieben Jahren, dass im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen über Rüstungskontrolle gesprochen worden ist.

Das muss aufhören. Wir müssen auf allen internationalen Ebenen dafür werben, dass wir eine neue Rüstungskontrollarchitektur brauchen, auch für die neuen Waffensysteme, die es gibt. Das ist auch keine Angelegenheit zwischen Russland und den USA, sondern da müssen auch Ländern wie China, Indien und Pakistan alle mit von der Partie sein, und das können wir nur, wenn wir das erreichen wollen, mit unseren europäischen Freundinnen und Freunden.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will auch etwas zu dem Thema „Mehr Verantwortung“ sagen. Das ist eine Debatte, die seit einiger Zeit in Deutschland geführt wird, noch intensiver als in der Vergangenheit. Es geht immer darum: Wir müssen mehr Verantwortung übernehmen. Gemeint ist damit, wir müssen mehr militärische Verantwortung übernehmen. Liebe Genossinnen und Genossen, ich kann diese ganze Debatte wirklich nicht mehr hören.

(Beifall)

Zum einen, weil sie uns glauben machen will, dass man in den Krisen und Konflikten dieser Welt wirklich militärisch Frieden schaffen kann. Das funktioniert nirgendwo, und das auch noch nirgendwo funktioniert.

(Beifall)

Vor allen Dingen auch deshalb, weil es so aussieht, als ob wir nirgendwo Verantwortung übernommen hätten. Deutsche Soldatinnen und Soldaten befinden sich zurzeit in zehn Auslandseinsätzen, und bei jedem Mandat, das im Bundestag beschlossen wird, machen es sich die Abgeordneten nicht einfach. Deutsche Soldatinnen und Soldaten fliegen Aufklärungsflüge gegen den internationalen Terrorismus. Sie bilden - etwa in Mali - Streitkräfte aus, damit diese Länder ihre Sicherheit in Zukunft selber garantieren können. Und deutsche Soldatinnen und Soldaten sind auch dafür da, dass zivile Organisationen geschützt werden, weil sie ansonsten aus Sicherheitsgründen gar nicht in der Lage sind, Krankenhäuser, Brücken oder Schulen zu bauen. Das gehört auch dazu.

Liebe Genossinnen und Genossen, trotzdem: Das sind und das bleiben gefährliche Einsätze, und darüber muss man sehr, sehr sorgfältig abwägen. Das war immer ein Kern unserer Politik: Sich nicht der Verantwortung zu verweigern, aber auch nicht militärischen Lösungen allzu schnell das Wort zu reden. Und wenn darüber gesprochen wird, dass wir zu wenig tun, dann empfehle ich denjenigen, die das sagen, und denjenigen, die das schreiben, einmal zu den Kindern, zu Eltern, zu den Angehörigen von Soldatinnen und Soldaten zu gehen, die in ihrem Auslandseinsatz ihr Leben verloren haben. Wenn man denen sagt, das ist nicht genug, ist das in den Ohren von Angehörigen, die Menschen verloren haben, nichts anderes als der blanke Hohn.

(Beifall)

Wir haben viel Verantwortung übernommen, und wir müssen auch Verantwortung gegenüber denen übernehmen, die wir da hinschicken, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ja, die sozialdemokratische Außenpolitik ist eine, bei der eine militärische Zurückhaltung ein Kernelement ist und auch bleiben wird. Das ist kein Nachteil, sondern das ist ein Vorteil. Und weil das so ist, liebe Genossinnen und Genossen, sind wir bei vielen Krisen und Konflikten diejenigen, die von der internationalen Staatengemeinschaft ständig angefragt werden, Friedensverhandlungen oder Friedenskonferenzen zu organisieren. Wir führen zurzeit für den Bürgerkrieg in Libyen den soge-

nannten Berlin-Prozess durch. Nach den gescheiterten Konferenzen in Paris, Palermo und Abu Dhabi hat man uns gebeten, alle, die dabei eine Rolle spielen - auch alle, die darum herum um Libyen sind, die aber die Bürgerkriegsparteien mit Waffen versorgen -, an einen Tisch zu rufen. Das haben wir getan. Das findet zurzeit in Berlin statt.

In Afghanistan sind die Gespräche zwischen der afghanischen Regierung und den Taliban deshalb noch nicht in Gang gesetzt worden, weil das, was die Amerikaner gemacht haben, gestoppt worden ist. Jetzt soll das wieder aufgelegt werden, und man hat uns und die Norweger gebeten, eine Friedenskonferenz zu veranstalten, um einen Friedensvertrag zwischen der afghanischen Regierung und den Taliban mit zustande zu bringen.

Im Jemen, in dem dortigen Krieg, der so unbeachtet ist von der Öffentlichkeit, der aber eine der größten humanitären Katastrophen mit sich bringen wird, wenn er nicht bald beendet wird, für diesen Konflikt hat uns der Sondergesandte der Vereinten Nationen gebeten, Friedensgespräche zwischen den Konfliktparteien zu organisieren, die in Deutschland stattfinden sollen. Und morgen fahren wir nach Paris. Dort findet das sogenannte Normandie-Treffen statt. Da sitzen Deutschland und Frankreich zusammen mit den Russen und den Ukrainern, um endgültig dem Minsker Prozess wieder Leben einzuhauchen und dafür zu sorgen, dass dieser unselige Krieg in unserer Nachbarschaft, dem auch schon mehr als 10.000 Menschen zum Opfer gefallen sind, endlich beendet wird.

Liebe Genossinnen und Genossen, deshalb: Wir übernehmen Verantwortung, aber wir übernehmen Verantwortung, verdammt noch mal, insbesondere, wenn es darum geht, am Verhandlungstisch nachhaltig Frieden zu sichern; denn Frieden wird dort gesichert und nicht auf den Schlachtfeldern dieser Welt.

(Beifall)

Deshalb habe ich überhaupt keine Sorge über diese Debatte, und ich würde mir auch wünschen, dass wir in dieser Debatte mit viel Zuversicht, aber auch mit Selbstbewusstsein auftreten, weil das, was wir dort zu bieten haben - als Partei mit einer großen Tradition sowohl in Europa, aber auch darüber hinaus -, und das, was uns international an Vertrauen entgegengebracht wird als Friedensstifter, ist wirklich, liebe Genossinnen und Genossen, eine gute Hausnummer für sozialdemokratische Außen- und Sicherheitspolitik. Diesen Weg sollen wir weitergehen. Lasst uns nicht in dieser Debatte nach mehr Verantwortung denjenigen auf den Leim gehen, die uns sagen wollen, dass das immer nur militärisch ist. Nein, das ist es nicht! In der sozialdemokratischen Außenpolitik gilt immer eines, nämlich „Diplomacy First“, im Gegensatz zu anderen. Ich bin mir sicher, dass wir diese Debatte gut und selbstbewusst bestehen können. - Herzlichen Dank.

(Starker Beifall)

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

Heiko, vielen Dank für diese Einbringung und Positionsbestimmung. Der Applaus zeigt dir ja, dass deine Worte angekommen sind.

Ich will gerne die Debatte eröffnen. Die erste Rednerin ist Siemtje Möller. Ihr folgt Michael Müller.

(Beifall)

Siemtje Möller, Weser-Ems:

Moin, liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Heiko, erst einmal vielen Dank für diese großartige Rede. Ich glaube, sie hat uns alle ziemlich wachgerüttelt. Deswegen: Danke!

Ich bin ein glücklicher Mensch. Ich bin ein glücklicher Mensch, weil ich in den Frieden hineingeboren wurde, weil ich in einem vereinigten Deutschland aufgewachsen bin, weil ich das sich vereinigende live miterlebt habe und weitererleben darf. Ich bin ein glücklicher Mensch, weil ich in Frieden und in Sicherheit lebe.

Das ist nicht vom Himmel gefallen. Das haben viele Menschen gemeinsam gemacht, darunter viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die maßgeblichen Anteil daran hatten, dass diese Friedensordnung errichtet wurde und dass dieser Frieden gemeinsam wurde und gemeinsam aktiv erhalten bleibt.

Ja, die Welt steht vor neuen Herausforderungen; Heiko hat es gerade gesagt. Das brüchiger werdende Verhältnis oder die Beziehungen zu den USA, das aufstrebende Russland mit der Ukraine-Krise, die Syrien-Krise, auch das aufstrebende China, all das sind Herausforderungen, die wir meistern müssen. Aber diese neuen Herausforderungen verlangen immer noch nach der einen Antwort, und unsere Antwort ist: Multilateralismus. Unsere Antwort heißt: Dominanz der Diplomatie. Und unsere Antworten ist das Festhalten, das Starkmachen der regelbasierten Ordnung.

(Beifall)

Wir müssen alle gemeinsam der allgemeinen Verunsicherung durch die Trumps und Johnsons und auch die Putins dieser Welt entgegenhalten. Unsere Sicherheit ist nicht bedroht, weil wir nicht 2 Prozent ausgeben - egal, was die CDU behauptet. Unsere Sicherheit ist bedroht durch Terror, durch das aufstrebende China, durch sich verändernde Machtverhältnisse, durch Russland, durch Trump, durch Erdogan und sicherlich auch durch das Klima. Aber es ist vor allen Dingen bedroht durch neuerliches Aufrüsten, weil Milliarden über Milliarden für Waffen ausgegeben werden. Und alles, was der Verteidigungsministerin dazu einfällt, ist, noch mehr Geld zu fordern. Sie soll doch erst einmal das ordentlich ausgeben, was sie hat,

(Beifall)

und zwar nicht an die unübersichtliche Anzahl von Beraterinnen und Beratern. Sie soll doch erst

einmal vor ihrer Haustüre kehren, anstatt sich in einer dilettantischen Art in fremde Fachbereiche einzumischen und unsere Bündnispartner vor den Kopf zu stoßen, unsere Bündnispartner, die wir so sehr brauchen in dieser sich verändernden Welt. Sie soll doch bitte erst einmal ihren Job machen und die Fähigkeiten aufbauen, die wir der Nato gemeldet haben, anstatt uns vorzuwerfen, dass wir in dieser oberflächlich geführten Debatte um 2 Prozent heimatlose Gesellinnen und Gesellen wären.

(Beifall)

Als ob nur mehr Geld dafür sorgen könnte, dass China weniger Einfluss hätte oder Russland die Krim wieder aufgeben würde. Nein, liebe Genossinnen und Genossen, unsere Antworten waren zwar immer komplizierter, aber sie haben diese Welt sicherer gemacht, und so sollen wir bitte auch weitermachen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Siemtje. - Jetzt kommt Michael Müller. Ihm folgt Hilde Mattheis.

Michael Müller, Vorsitzender der NaturFreunde Deutschlands:

Liebe Genossinnen und Genossen! Die NaturFreunde ich habe ja gestern über unsere umweltpolitischen Ideen gesprochen sind ein Verband, der auch in der Initiative „Abrüsten statt Aufrüsten“ sehr aktiv ist. Wir gehören zu den Koordinatoren, und das auch aus einem Geschichtsbewusstsein: Die Naturfreunde waren zwischen 1933 und 1945 als einzige Umweltorganisation wegen ihres Widerstands gegen Hitler verboten. Alle Umweltverbände, die damals eine Vorgängerorganisation hatten, haben von 1933 an sofort die Hakenkreuzfahne gehisst. Blut und Boden gehörten auch zu einem Teil der Naturschutzbewegung; das muss man sehen. Ich will das auch noch zuspitzen: Beispielsweise der Deutsche Alpenverein hatte schon 1923 in weiten Teilen den sogenannten Judenparagrafen eingeführt. Das heißt, jüdische Mitbürger durften nicht mehr in diese Häuser.

Ich sage das deshalb, weil wir heute wieder eine Zuspitzung friedenspolitischer Fragen durch eine schleichende Militarisierung erleben. Es gibt ein krasses Missverhältnis zwischen dem, was weltweit mit Aufrüstung und Militarisierung passiert, und der öffentlichen Diskussion darüber. Das müssen wir beenden. Das ist unsere Verpflichtung für Willy Brandt.

Ich will noch einmal die Ausgangslage klarmachen: In den 80er-Jahren gab es nicht weniger Konflikte zwischen Ost und West oder zwischen einzelnen Nationen. Aber es gab damals die Bereitschaft oder den Willen, nach Gemeinsamkeiten trotz Unterschieden zu suchen. Die großen Berichte der

Vereinten Nationen haben damals dieses Ziel Gemeinsamkeit im Zentrum gehabt: „Gemeinsame Sicherheit“ von Palme, „Gemeinsames Überleben“ von Willy Brandt, „Gemeinsame Zukunft“ von Gro Harlem Brundtland. Diesen Geist gibt es heute in der internationalen Politik nicht mehr. Das ist etwas Verhängnisvolles.

Deshalb sage ich: Die SPD muss zusammen mit vielen anderen Organisationen sagen: Nein, stoppt die Aufrüstung! Wir haben heute höhere Rüstungsausgaben als 1988, also vor dem Ende der zweigeteilten Welt. 1,9 Billionen US-Dollar im letzten Jahr! In Deutschland sind sie um 34 Prozent gegenüber 2014 gestiegen. Die ersten zehn Länder der Welt geben 75 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben an. Deutschland liegt an achter Stelle. Wenn wir 2 Prozent vom BIP erfüllen würden, wäre Deutschland dritter oder vierter. Hat das wirklich jemand gewollt? - Das ist Schwachsinn - um es mit anderen Worten zu sagen!

(Beifall)

Deshalb wäre es in Tradition von Willy Brandt gut, die SPD sammelt die zivilgesellschaftlichen Kräfte und wir unterschreiben gemeinsam am 8. Mai nächsten Jahres, also 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, ein Manifest, wo wir sagen: Nein zu den 2 Prozent, abrüsten ist das Gebot unserer Zeit!

(Beifall)

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Michael. - Jetzt ist Hilde Mattheis dran. Ihr folgt Helge Lindh.

Hilde Mattheis, Baden-Württemberg:

Liebe Genossinnen und Genossen! Mit dem IA 6 „Frieden sichern, Zukunft gestalten“ wollen wir hier auch einen friedenspolitischen Punkt setzen und vor allen Dingen, was Waffenexporte und Rüstungskontrolle anbelangt, ein wichtiges Signal aussenden, nämlich als Partei Willy Brandts der Abrüstung und des Friedens.

Ich glaube, dass es wichtig und richtig ist, bei diesem Thema auch Flagge zu zeigen und zu sagen: Nein, wir geben uns nicht zufrieden, auch nicht in der Großen Koalition. Denn bis Oktober dieses Jahres haben wir so viele Waffen exportiert wie in dem gesamten Jahr davor. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir nicht nur signalisieren „Hey, Waffen sind kein Wirtschaftsgut, sondern gehören in die Kernkompetenz des Außenministeriums“, sondern auch zu sagen: Wir wollen darüber hinaus eine Rüstungskontrolle entwickeln, und als Partei bekennen wir uns dazu, dass wir nur noch in EU-Staaten, NATO-Staaten und gleichgestellte Staaten Rüstung und Waffen exportieren.

(Beifall)

Wir haben 2017 schon einen weitergehenden Antrag beschlossen, den die ASF eingebracht hat. Wir bitten darum das hat uns die Antragskommission auch signalisiert , dass dieser Satz einer weitergehenden Rüstungskontrolle auf der Seite 5 in den ersten Zeilen eingefügt wird und dass es darum geht, Ausnahmen nur so zu gestalten, dass es die absoluten Ausnahmen sind. Man hat uns garantiert, auch diesen Satz in diesen Antrag hineinzuschreiben.

Wir bringen das jetzt hier ein, weil es ein anderes Verfahren gibt und nicht erst die Antragskommission spricht, sondern wir als Wortrednerinnen aufgerufen werden. Bitte, liebe Leute: Wenn wir hier auch friedenspolitisch ein Signal setzen wollen, dann lasst uns nicht nur die Kontrolle bezüglich ATT Standards setzen, sondern mittelfristig wirklich auch die Waffenexporte ganz grandios einschränken und nicht hinnehmen, dass wir ein weites Feld haben, in dem immer die Ausnahme von der Ausnahme von der Ausnahme gemacht werden kann.

Bitte unterstützt uns in diesen Änderungsanträgen! - Vielen Dank.

(Beifall)

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Hilde. - Ich will auf eines hinweisen, liebe Genossinnen und Genossen, damit wir alle miteinander Klarheit haben. Ihr wisst, dieser Parteitag da ist sich das Tagungspräsidium ganz einig gewesen hält das Recht der Debatte sozusagen ganz hoch. Deshalb seid ihr bei jedem Block, den wir diskutieren, als Erste dran, nachdem er eingebracht wurde. Dann kommt die Antragskommission. So ist es auch bei diesem Thema. Ihr seht Udo Bullmann an meiner Seite, der, glaube ich, in weiser Voraussicht schon sehr viel angenommen hat. Wir können also zuversichtlich und zugleich gespannt sein.

Jetzt hat Helge Lindh das Wort. Ihm folgt Maria Noichl.

Helge Lindh, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Freundinnen und Freunde! Wir haben viele Jahre sozialdemokratischen Selbstzweifels, manchmal auch Selbsthasses hinter uns. Dieser Tage erlebt man aber auch viel Freude und Stolz, was gut ist. Aber es sollte uns nicht vergessen lassen, dass unser eigentliches Ziel Stolz und Glück derer sein müssen, die unserer bedürfen. Das ist nicht nur der ältere Mann, der mir gerade wieder per WhatsApp geschrieben hat und der unmittelbar vor Langzeitarbeitslosigkeit steht, sondern es sind insbesondere diejenigen an den Außengrenzen Europas, die gestorben sind, deren Angehörige um sie zittern und die der Verzweiflung nahe sind. Sie dürsten nicht nur nach Beschlusslagen, sie dürsten nach Wirklichkeit.

Bei meinem zweiten Besuch auf Malta sah ich an der St. John's Co-Cathedral die folgende Anzeige: anonym 21 Jahre, 26 Jahre, gestorben am 28. Juli 2018, gefangen genommen von religiösen Milizen, vergewaltigt und missbraucht, ihrer Stadt entkommen und die Wüste durchkreuzt habend auf Trucks und zu Fuß, dann sich auf ein Schiff begeben habend in der Hoffnung auf einen Ort, an dem sie als Frauen in Würde und Respekt leben können, ertrunken im Mittelmeer auf dieser Suche. - Der Name fehlt.

Wenige Tage später saß ich auf einem Friedhof auch auf Malta und blickte auf Gräber ohne Namen von all den Namenlosen, die im Meer ertrunken sind. Viel mehr von ihnen finden sich auch in Italien und in anderen Ländern des Mittelmeers.

Liebe Genossinnen und Genossen, ihnen müssen wir eine Antwort geben, denke ich. Dank Heiko Maas, dank Niels Annen, dank Michael Roth und vielen anderen sind wir weit vorangekommen. Wir haben einen Einstieg in einen europäischen Verteilmechanismus geschafft. Aber wir müssen - das ist heute sehr wichtig - deutlich und klar sagen, dass jede Form der Kriminalisierung von Seenotrettung inakzeptabel ist und unseren deutlichen Widerstand braucht.

(Beifall)

Es reicht aber nicht, emotional zu sein und empört zu sein. Wir werden auch gucken müssen, wie wir Menschen davon abhalten, sich auf diesen Weg zu begeben. Wir können nicht wegsehen, was gerade passiert in den über 36.000 Lagern in Griechenland und in den Detention Centers in Libyen. Kevin Kühnert forderte uns vor zwei Tagen auf, mit unseren Visionen zum Arzt zu gehen. Kevin, gehen wir zusammen zum Arzt.

Ich habe einen dreifachen Vorschlag:

Erstens. Wir müssen retten, ohne Einschränkung - das ist unsere Aufgabe -, und wir müssen gucken, wie wir Fragen von Altlasten, von Belastungen von Kommunen im Sinne des Gesine-Schwan-Plans zusammendenken. Gerade die Kommunen, die retten wollen, brauchen besondere Unterstützung in Europa.

(Beifall)

Zweitens. Wir sangen gestern Abend kurz nach Mitternacht voller Enthusiasmus die Internationale. Wir brauchen auch in dieser Frage endlich wieder eine Internationale der sozialdemokratischen Parteien Europas. Wo bleibt sie? Kämpfen wir dafür!

(Beifall)

Drittens. Sorgen wir nicht nur im übertragenen Sinne dafür, dass diese anonymen Gestorbenen Grabsteine mit ihren Namen bekommen, sondern machen wir das buchstäblich. Ich würde mich freuen, wenn wir als Sozialdemokratie ganz aktiv und konkret uns dafür einsetzen würden und eine Initiative starten, damit diese vermeintlich Namenlosen endlich wieder einen Namen bekommen

und dass auf ihren Gräbern ihre Namen stehen, damit die Angehörigen sie besuchen können. - -Vielen Dank.

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

Danke, Helge. - Das Wort hat jetzt Maria Noichl, und ihr folgt Norbert Spinrath.

Maria Noichl, Vorsitzende der ASF:

Liebes Antragspräsidium, es ist nicht so, wie es gerade erzählt wurde, dass immer erst die Wortbeiträge kommen und dann der Berichterstatter spricht. Leni Breymaier hat erst gesprochen, und dann kamen die Frauenanträge. Lothar Binding hat erst gesprochen, und dann kamen die Steueranträge. Wir wissen, warum es dieses Mal anders ist. Es ist deswegen anders, weil wir miteinander versucht haben, einen Kompromiss zu finden, und weil wir gesagt haben, wir ziehen unsere Wortbeiträge zurück, wenn der Kompromiss von Udo Bullmann hier eingebracht wird. Jetzt wird uns weisgemacht: Nein, zieht ihr erst einmal zurück, und dann spricht Udo. - Ich möchte einfach nur sagen: Deswegen ziehen wir nicht zurück.

(Beifall)

2017 gab es einen Antrag, den ihr beschlossen habt. Den hat nicht nur die ASF beschlossen. Ihr habt 2017 beschlossen - Wortlaut -: Kriegswaffen, Rüstungsgüter aus deutschen Produktionen sollen mittelfristig nur noch innerhalb der EU und der NATO und gleichgestellten Ländern vertrieben werden. - Wir wollen uns auf die politischen Grundsätze, die ausgemacht wurden, berufen. Ihr habt beschlossen: nur die EU und die NATO-Länder.

Und jetzt? Jetzt ist es ausgeweitet. Jetzt wird die Tür aufgemacht. Genau zu diesem Thema haben wir wirklich versucht, einen Kompromiss zu finden, um deutlich zu machen: Wir verstehen, dass man der ATT-Geschichte Rechnung tragen muss; wir verstehen das. Aber wir sind hier nicht die Fraktion. Wir sind hier die Partei, und wir beschließen hier die Grundsätze.

(Beifall)

Unsere Grundsätze sind ganz eindeutig und klar: Deutsche Rüstungsmittel sind kein Wirtschaftsgut. Es ist sowieso schon dramatisch, dass man sie braucht. Aber wenn man sie braucht, dann nur in Händen von Menschen, wo man der Meinung ist, dass sie einigermaßen unter Kontrolle sind. Und das ist die EU, und das ist die NATO.

Ich bitte euch, dieses Antragspräsidium mit eurem Votum zu zwingen, dass die mittelfristige Situation - wir wollen uns von dem größeren Kreis wieder zurück auf EU und NATO besinnen - aufgenommen werden muss, so wie man es uns in die Hand hinein versprochen und uns jetzt beschissen hat.

(Beifall)

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

Lieber Norbert, erlaubst du, dass kurz Udo Stellung nimmt? Wir wollen das mal ausräumen, was hier an Missverständnissen im Raum ist.

Udo Bullmann, Antragskommission:

Genossinnen und Genossen, ich möchte gerne zur Klärung beitragen.

(Beifall)

Es gibt hier keinen Grund, zu glauben, dass wenn ich die Antragsprüfung moderiere und hier vortrage, nicht mit vollem Herzen hinter dem stehe, was Maria gerade vorgetragen hat, und in jedem Komma und in jeder Zeile das vortragen werde als Beschlussgrundlage, was von der Antragsprüfungskommission vorgeschlagen wird und was wir vorher vereinbart haben. Das gibt es nicht mit mir. Also lasst so ein kleines bisschen die Luft raus. Wir wollten eine Debatte haben. Wir wollten die Positionen vortragen.

Ich bin froh, dass Hilde und Maria deutlich machen, dass die SPD die Partei der Abrüstung ist und nicht der Aufrüstung. Aber wir sind uns einige in dieser Sache. Lasst uns doch mal feiern, wenn wir uns einig sind. Das ist doch ein Fortschritt. Dann sollten wir doch nicht so tun, als würden wir darüber streiten.

Ich werde jetzt nicht weiterreden, sondern werde nachher die Vorschläge der Antragsprüfung vorbereiten, und ich werde sie hier vortragen. Aber ihr sollt sicher sein: Es wird genauso gemacht, wie ihr das wollt.

(Beifall)

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Udo. - Jetzt hat Norbert das Wort, und ihm folgt Michaela Engelmeier.

Norbert Spinrath, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen, zu Recht bezeichnen wir uns mit unserer großen, starken, stolzen

SPD als die Partei der internationalen Solidarität, als die Partei, die Europa stark gemacht hat und in Europa dann eben auch die Zukunft dieses Kontinents sieht, als die Partei, die europäische Solidarität großgeschrieben hat und die immer der Motor war, dieses Europa nach vorne zu bringen.

Wir stehen in Europa derzeit vor sehr schwierigen Herausforderungen mit dem Brexit, der den Zusammenhalt der Mitgliedstaaten Europas gefährdet hat. Wobei ich froh und glücklich bin, dass es über drei Jahre gelungen ist, die EU-27 zusammenzuhalten. Aber da muss jetzt auch dieser Zusammenhalt weiter gewährleistet werden.

Wir stehen vor den Herausforderungen der Rechtsstaatlichkeitsverletzungen in einer Reihe von EU-Mitgliedstaten. Wir stehen vor den Herausforderungen, dass wir uns in Europa nicht einigen können darüber, wie wir mit dem Thema Solidarität, auch der Mitgliedstaaten untereinander bei der Migration und vielen anderen Dingen, umgehen. Und wir stehen vor der Herausforderung, dass die Institutionen in den letzten Wochen ihre nächste fünfjährige Mandatszeit begonnen haben, jetzt die grundlegenden Arbeitsprogramme und Zielsetzungen vorbereiten.

Wir stehen vor der Herausforderung, dass Deutschland im zweiten Halbjahr 2020 die Ratspräsidentschaft hat. Wir stehen vor der Herausforderung, dass wir hier eine ganze Reihe von Anträgen zu Europa im Antragsbuch haben, und überall da sehe ich nur: „erledigt“, „Überweisung an“ und „Nichtbefassung“.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir stehen vor der Herausforderung, dass wir schon 1925 als SPD im Heidelberger Programm gesagt haben: Wir wollen die Vereinigten Staaten von Europa. Dazu gibt es einen Antrag, und da ist die Empfehlung der Antragskommission Nichtbefassung. Ich glaube, es stünde uns ganz gut zu Gesicht, wenn wir bei solchen Parteitagen eben nicht nur unseren berechtigten Stolz darauf, Europa nach vorne entwickelt zu haben, betonen, sondern dann, wenn wir Anträge zu Europapolitik, dann haben wir die auch in der Tiefe zu debattieren und dann darüber auch hier Beschlüsse zu fassen und nicht nur auf Überweisungen zu verweisen. Ich glaube, dann würden wir der Glaubwürdigkeit unserer Partei ein ganzes Stück nach vorne verhelfen. Glückauf!

(Beifall)

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

Ich hatte Michaela Engelmeier aufgerufen. Die hat zurückgezogen. Deshalb hat jetzt das Wort Andrea Schiele, und ihr folgt Serdar Yüksel.

Andrea Schiele, Baden-Württemberg:

So, jetzt ist der Parteitag auch noch für meine sportlichen Übungen verantwortlich. Wunderbar!

Liebe Genossen! Liebe Genossinnen! Wir haben ja jetzt unglaublich viel Aufregung in dieser Antragsdebatte, die wir eigentlich gerne vermieden hätten. Das Anliegen von der ASF ist sehr eindeutig: Wir hätten gerne eine Bestätigung, eine nochmalige Klarstellung, dass wir uns nach wie vor dafür einsetzen - das, was Heiko heute Morgen so wunderbar erklärt hat -, die Partei des Friedens und der Friedensangebote zu sein. Das hätten wir alles nicht abräumen müssen, wenn man das in der Parteitagsregie irgendwie ein bisschen anders diskutiert hätte. By the way!

Nachdem ihr ja vorhin applaudiert habt, bin ich zuversichtlich, dass wir da einen guten, guten Kompromiss hinkriegen. Udo wird ihn vortragen, wir werden aufpassen, dass die Formulierung stimmt, und dann machen wir gemeinsam gute Friedenspolitik.

(Beifall)

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

So, das Wort hat Serdar Yüksel, und ihm folgt Carmen Wegge aus Bayern. - Bitte

(Beifall)

Serdar Yüksel, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen, als am 15. Juli 1963 der Leiter des Presse- und Informationsamtes in der Evangelischen Akademie in Tutzingen eine Rede gehalten hat, ist diese Rede an diesem Tag vielleicht gar nicht beachtet worden. Diese Rede war eine Rede von Egon Bahr, und sie stand unter dem Titel „Wandel durch Annäherung“ - mitten im Kalten Krieg. Dass aus diesem Aufsatz und aus dem Auftritt von Egon Bahr 1963 in der Evangelischen Akademie irgendwann Weltpolitik geworden ist, hat damit zu tun, dass Willy Brandt mitten im Kalten Krieg eine Politik unter dem Stichwort „Wandel durch Annäherung“ betrieben hat. Es war nicht „Wandel durch Abschottung“, es war nicht „Wandel durch Konfrontation“, sondern es war „Wandel durch Annäherung“.

Wer glaubt eigentlich allen Ernstes, liebe Genossinnen und Genossen, dass vor 30 Jahren friedlich die Mauer in Berlin gefallen wäre, wenn es nicht die friedliche Ostpolitik, die Warschauer Verträge oder die Verträge von Helsinki unter Willy Brandt und Helmut Schmidt gegeben hätte? Wenn es einen Vater der Wiedervereinigung gibt, liebe Genossinnen und Genossen, dann waren das Willy Brandt, Egon Bahr und Helmut Schmidt.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, auch nach seiner Kanzlerschaft - nach 1974 - war er Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission - und ich empfehle, diesen Bericht der Nord-Süd-Kommission zu lesen -, als es um die globale Gerechtigkeit, um den Frieden in der Welt ging. Aber als Thatcher dann in Groß-

britannien Premierministerin und Ronald Reagan in den USA Präsident wurde, hat man den Bericht von Willy Brandt und Bruno Kreisky und Olof Palme und anderen in der Tonne verschwinden lassen. Ich empfehle aber, sich das heute immer noch anzuschauen.

Lieber Heiko, du hast gerade über Friedenspolitik in Europa gesprochen. Wir sind hier heute auf einem Bundesparteitag, und die universellen Rechte auf Frieden und Freiheit müssen überall in der Welt gelten. Deshalb kann es, liebe Genossinnen und Genossen, nicht sein, dass in einem Land, das Kandidat zum Beitritt in die Europäische Union ist, in der Türkei, 13 Abgeordnete, 30 Oberbürgermeister und 15.000 Politiker von anderen Parteien als der Regierungspartei in den Gefängnissen sitzen. Dort gibt es keine Rechtsstaatlichkeit mehr, und ich habe bei deinem Auftritt in Ankara mit deinem Amtskollegen Çavuşoğlu vermisst, dass du da nicht die richtigen Worte gefunden hast, um sich auch für diese Menschen einzusetzen, die in der Türkei gefangen sind.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, es kann nicht sein, dass wir mit den Diktatoren und Despoten dieser Welt keine klare Sprache finden und uns dann bei der Pressekonferenz hinstellen und von „meinem lieben Freund Mevlüt in Ankara“ sprechen.

Ich wünsche mir, dass wir eine Außenpolitik machen, die Egon Bahr in der Evangelischen Akademie in Tutzingen beschrieben hat.

Ein letztes Zitat! Willy Brandt hat gesagt „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“. Daran sollten wir uns bei unserer Außenpolitik heute noch erinnern. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

Das Wort hat jetzt Carmen Wegge, und ihr folgt Lukas Hornung aus Baden-Württemberg.

(Beifall)

Carmen Wegge, Bayern:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte mich thematisch meinem Vorredner anschließen. Ich möchte über den Teil des Antrags sprechen, der sich mit der Türkei und Nordsyrien beschäftigt.

Ja, es ist richtig, dass uns die Situation vor Ort vor Herausforderungen stellt, und, ja, es ist auch richtig, dass der Einmarsch der Türkei in Nordsyrien völkerrechtswidrig war und ist. Es ist nett, dass wir

eine dauerhafte Waffenruhe fordern und unseren Dialog intensivieren wollen, aber in der Analyse fehlt mir einfach ein sehr, sehr wichtiger Punkt, und das ist der Grund, warum wir dort bis jetzt nicht vorankommen: Das ist einfach das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei. Das ist der Grund, warum wir dort gerade nicht handeln können.

(Beifall)

Wir als Jusos haben dieses Abkommen immer schon kritisiert, und unsere Befürchtungen haben sich bestätigt: nicht nur, dass Erdogan dieses Abkommen vielfältig verwendet, zum Beispiel, um die Durchsetzung seiner Sicherheitszone zu erreichen oder um jetzt eben unbehelligt in Nordsyrien einzumarschieren. Es hat sich auch ein weiterer Punkt für uns bestätigt, und das ist die humanitäre Situation der Geflüchteten vor Ort. Deswegen können wir Jusos auch nicht verstehen, warum folgender Satz in diesem Antrag steht: „Gleichzeitig erkennen wir die Leistung der Türkei an, über 3,5 Millionen Geflüchteten aus Syrien Schutz und Zuflucht geboten zu haben“. Liebe Genossinnen und Genossen, das, was dort in der Türkei passiert, hat nichts mit Schutz und Zuflucht zu tun;

(Beifall)

denn die Lebensrealität der Geflüchteten sind Perspektivlosigkeit, Obdachlosigkeit und der soziale und ökonomische Druck, dieses Land wieder zu verlassen.

Genau deswegen stellen wir als Jusos den Änderungsantrag, diese Zeile zu streichen; das steht auf den Zeilen 255 f. und auf der ausgeteilten Version auf Seite 6, Zeile 19 f. Wir wollen da etwas ersetzen. Wir wollen schreiben: „Die militärische Eskalation in Nordsyrien hat zudem gezeigt, dass das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei dringend aufgekündigt werden muss“. - Neben den humanitären Argumenten geht es dabei auch um die außenpolitische Handlungsfähigkeit der EU. Es gilt zu verhindern, dass Erdogan das Aufkündigen des Deals weiterhin als Druckmittel einsetzt.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns endlich wieder handlungsfähig werden. Ich bitte euch, diesem Änderungsantrag zuzustimmen. - Vielen Dank.

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

Das Wort hat Lukas Hornung, und ihm folgt Annika Klose aus Berlin.

(Beifall)

Lukas Hornung, Baden-Württemberg:

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist jetzt kurz nach 13 Uhr, und nach einem Parteiabend ist es sicherlich reichlich spät, um aufmerksam zu sein.

Aber um diese Uhrzeit, liebe Genossinnen und Genossen, ist in China, in der Provinz Xinjiang, ein

internierter Uigure oder Muslim bereits mehr als acht Stunden wach - gefangen und umerzogen von einem totalitären Regime.

Liebe Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, das Einzige, was noch schlimmer ist als die Tatsache, dass die chinesische Regierung mehr als 1 Million Menschen in Lagern interniert, quält und foltert, ist die Tatsache, dass wir alle - die gesamte Öffentlichkeit, die Medien und die Politik - uns dieser Tatsache bewusst sind und tatenlos dabei zusehen.

(Beifall)

Mit unserem Initiativantrag „Kein Weiter-so in unserer Politik mit China“ wollen wir Sanktionen gegen die Unternehmen, die mit der Unterdrückung der Uiguren in Verbindung stehen. Das wäre eine passende Reaktion auf diese Geschehnisse, eine Reaktion, die wir auch in der Vergangenheit gegen andere Staaten gewählt haben.

Ja, die Weltordnung ist fragil, ja, wir haben eine Verantwortung, alle Auswirkungen von Kritik, Sanktionen oder diplomatischen Initiativen zu durchdenken. Aber wer, wenn nicht wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, muss aufstehen, wenn Millionen von Menschen in Lagern interniert werden, wer, wenn nicht wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, muss deutlich machen, dass die Würde des Menschen niemals so mit Füßen getreten werden darf, wie es momentan in China geschieht?

Lasst uns eines ganz klar sagen: Diese Ereignisse zu ignorieren, heißt, sie zu tolerieren. Ich bin Mitglied dieser Partei geworden, weil ich daran glaube, dass es die SPD ist, die sich solchen Entwicklungen in den Weg stellt, die nicht dabei zusieht, wenn Menschenrechte systematisch außer Kraft gesetzt werden; denn als in Venezuela Vertreter der Opposition verhaftet und inhaftiert wurden, da haben wir reagiert, als in Syrien Menschen für ihre Rechte auf die Straße gegangen sind und für ihre Freiheit demonstriert haben und blutig niedergeschlagen wurden, da haben wir reagiert, als der Jemen großflächig durch Saudi-Arabien zerbombt wurde und Zivilisten dabei starben, da haben wir reagiert.

Meine Erwartung an die internationale Kommission ist: Wir werden nicht schweigen, wir werden es nicht ignorieren, wenn so viele Menschen unterdrückt werden, und wir werden es niemals wieder tolerieren, dass vor der gesamten Weltöffentlichkeit Menschen in Lager gesteckt werden. - Vielen Dank.

(Beifall)

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

Das Wort hat Annika Klose, und ihr folgt Lena Odell aus Bayern

Annika Klose, Berlin:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte mich für einen Satz in dem Initiativantrag A 6 ganz besonders bedanken. Dieser Satz lautet: „Wir müssen alles tun, um das Sterben auf dem Mittelmeer und die unmenschlichen Zustände vor und hinter den europäischen Grenzen zu beenden." Ich möchte diesem Satz noch zehn Ausrufungszeichen hinzufügen! Viel zu lange schon schauen wir diesem Grauen zu. Und viel zu oft schauen wir auch einfach weg. Für mich sind die dauernden Meldungen vom Mittelmeer kaum noch auszuhalten. Erst vor wenigen Tagen hat die zivile Seenotrettungsorganisation Sea-Eye wieder 84 Menschen auf einem treibenden Schlauchboot aus dem Mittelmeer gerettet. Die jüngsten waren vier und acht Wochen alt.

Liebe Genossinnen und Genossen, wer sich auf diese oft tödliche Flucht begibt, der tut das nicht etwas aus Spaß oder Opportunität, wie die Rechten oft behaupten, sondern weil der mögliche Tod die bessere Option zu sein scheint, als in diesen Terror- und Foltercamps in Libyen zu verbleiben. Aber anstatt diesen Menschen zu helfen, betreiben die Staaten der Europäischen Union lieber Verantwortungspingpong darüber, wer denn dann die Überlebenden aufnehmen soll. Das ist beschämend, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen unserer Verantwortung als Sozialdemokratische Partei gerecht werden. Es kann nicht sein, dass es Laien sind, die die Seenotrettung auf dem Mittelmeer übernehmen. Es kann nicht sein, dass die Zustände so sind, wie ich sie beispielsweise 2017 erlebt habe. Damals war ich Crew Member auf einer Seenotrettungsmission auf dem Mittelmeer bei Sea Eye. Wir waren neun Leute - alles Laien, die auf einem alten Fischkutter aufs Mittelmeer gefahren sind in der Hoffnung, dort Überlebende zu retten. Das ist eine staatliche Aufgabe, liebe Genossinnen und Genossen. Wir brauchen dringend eine europäische Seenotrettungsmission.

(Beifall)

Solange wir da noch nicht sind - und da müssen wir schnellstmöglich hinkommen -, kann es aber nicht sein, dass diese zivilen Helferinnen und Helfer auch noch kriminalisiert werden, dass diese Boote, mit denen Geflüchtete gerettet werden sollen, an die Kette gelegt werden und beispielsweise über Monate in italienischen Häfen verrotten. Liebe Genossinnen und Genossen, diese Kriminalisierung muss ein Ende haben, und die Blockade muss endlich aufhören.

(Beifall)

Ich möchte euch darum bitten, diesem Antrag, aber auch dem Antrag 56, der seitens der Antragskommission auf Annahme votiert ist, zuzustimmen. Dieser fordert sichere Fluchtrouten statt einer Festung Europa. Denn darum muss es eigentlich gehen. Die Menschen dürfen sich gar nicht erst auf diese Schlauchboote setzen müssen, sondern wir brauchen Wege, wie man legal und sicher aus unaushaltbaren Situationen fliehen kann. Wir brauchen humanitäre Visa, und wir brauchen befähigte Kommunen, die in der Lage sind, Solidarität zu geben und Geflüchtete aufzunehmen. Diese müssen

wir finanziell unterstützen, und wir müssen ihnen helfen, indem beispielsweise unser Innenminister Horst Seehofer nicht mehr in der Lage ist, gegen die Aufnahme von Flüchtlingen Vetos einzulegen. Bitte stimmt diesen Anträgen zu! - Vielen Dank.

(Beifall)

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

Als letzte Rednerin in dieser Debatte rufe ich Lena Odell auf.

Lena Odell, Bayern:

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist ein bisschen Mode hier in Europa und auf der Welt, sich Trump überlegen zu fühlen. Oft stimmt es auch. Aber ganz ehrlich: Wir kritisieren die Mauer, die er bauen will. Wir kritisieren die Zustände in den Lagern in den USA. Wir kritisieren es, wenn Menschen im Rio Grande ertrinken. Die EU-Asylpolitik ist aber genauso eine Schande.

(Beifall)

Menschen ertrinken im Mittelmeer. Die Zustände in den Lagern im Balkan sind verheerend. Das Flüchtlingsabkommen hat Carmen schon erwähnt. Ihr erinnert euch an das Foto von Aylan Kurdi aus 2015. Diesen Sommer gab es ein Foto vom Rio Grande, wo ein Vater mit seiner Tochter ertrunken ist. Den Unterschied sehe ich nicht. Deswegen darf die zivile Seenotrettung bei uns nicht länger kriminalisiert werden. Wir müssen uns solidarisch erklären mit Kapitänin Rakete, mit Kapitän Reisch, mit allen Heldinnen und Helden des Mittelmeers. Es muss so sein, dass die EU wieder Menschenleben rettet. Frontex muss weg.

(Beifall)

Denn Menschenleben stehen nicht zur Diskussion. Das Recht auf Asyl steht nicht zur Diskussion - nicht in Europa und nirgends auf der Welt.

(Beifall)

Ohne eine humane Asylpolitik und solange Menschen ertrinken, sind wir in dieser Hinsicht keinen Deut besser als Trump. Und - das ist ein Aspekt, der mir wichtig ist - wir stärken, wenn wir uns so verhalten, das Bild von Geflüchteten, das die AfD da draußen vertritt. Wir stärken dieses Bild und schüren damit den Hass mit. Wir helfen ihnen, diesen Hass zu schüren auf diese Menschen, die verachtet werden, weil sie „böse Geflüchtete“ sind, die hierherkommen, weil sie was auch immer wollen. Menschen müssen mit Respekt behandelt werden.

(Beifall)

Denn diese Menschen haben das Recht auf Asyl; das Recht auf Asyl ist nicht verhandelbar. Stimmt diesem Antrag bitte zu! Vielen Dank, dass das da so drinsteht. Darüber bin ich wahnsinnig froh. - Vielen Dank.

(Beifall)

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

Jetzt hat Udo Bullmann für die Antragskommission das Wort.

Udo Bullmann, Antragskommission:

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich noch mal Heiko Danke sagen für den sehr umfassenden Antrag, den er eingebracht hat. Nein, es geht nicht nur um Außenpolitik, nein, es geht nicht nur um Sicherheitspolitik, es geht nicht nur um Europa- und um Friedenspolitik, und es geht nicht nur um Entwicklungspolitik. Es geht um Geopolitik. Denn wir müssen einen Entwurf machen, der alle offenen Fragen der Globalisierung und der Konfliktvermeidung berührt. Deswegen ist es ein guter Text, den wir insgesamt mit Änderungen zur Annahme empfehlen.

Ich bedanke mich ausdrücklich bei den Rednerinnen und Rednern in der Diskussion, die eine sehr engagierte Debatte ermöglicht haben. Lasst mich aber auch noch einen Punkt ansprechen, der etwas mit meinem Zwischenruf zu tun hat und den ich auch gerne im Namen des Präsidiums ansprechen möchte. Wir können gelegentlich darüber reden, wann wer hier spricht, wann die Debatte stattfindet und wann die Antragsprüfung spricht. Aber selbst, wenn diese Reihenfolge mal so oder anders ist und wir es jetzt so gemacht haben, glaubt mir bitte eins: Dieses Präsidium, diese Genossinnen und Genossen, haben wir gewählt, um diese harte Arbeit auf dem Parteitag zu machen. Und es geht nicht an, dass wir diesem Präsidium, das niemanden hier betrügt, hinter die Fichte führt oder bescheißt, unterstellen, dass es manipuliert. Genossinnen und Genossen, das haben die Freunde hier vorne nicht verdient, und das weise ich zurück.

(Beifall)

Ich komme jetzt zu dem Text IA 6 und dazu, was wir hier besprechen wollen.

Es gibt zwei Punkte, über die wir reden müssen. Ein Punkt ist die Frage des Rüstungsexportes und der Rüstungskotrolle. Der andere Punkt ist die Frage des Umgangs mit dem Thema Asyl.

Es gibt einen Initiativantrag INI 19. Ihr könnt den Text, um den es geht, auf der Seite 7 finden. In Zeile 16 soll eingefügt werden - das ist einvernehmlich mit den Antragstellern besprochen; ich verlese

den neuen Text, der euch auch vorliegt -:

„Das Recht auf Asyl ist für uns unverhandelbar. Vorprüfungen vor den EU-Außengrenzen, die das Recht auf Asyl unterlaufen, lehnen wir ab. Der Rechtsweg muss offen und gewährleistet bleiben. Dies muss die Grundlage der anstehenden Verhandlungen in Europa über das neue gemeinsame europäische Asylsystem sein."

Das ist der Antrag, der die Intention des Antragstellers aufnimmt und der deswegen geeignet ist, unsere Position zu schärfen. Darüber müssten wir uns verständigen und diesen geänderten Text der Antragsprüfungskommission annehmen.

Es gibt einen zweiten Änderungsantrag, der von der ASF bzw. mündlich auch von Frank Schwabe und Kollegen aus der Fraktion eingebracht worden ist. Das ist ein Änderungsantrag, der sich mit der Rüstungspolitik beschäftigt und sich auf die Seite 5 bezieht.

Dort beginnt eigentlich - ich lese den gesamten Komplex vor, damit wir auch mit mitverfolgen könnt, was die gesamte Aussage ist; ich lese die geänderte Fassung -: „Wir wollen keine Rüstungsgüter in Krisengebieten und Diktaturen. Für Staaten, die weder Mitglied der EU noch der Nato sind, ist eine Ratifizierung des ATT - Arms Trade Treaty - und dessen konsequente Umsetzung zwingende Voraussetzung für jede Form der Rüstungskooperation."

Dann gibt es die erste Änderung. Sie lautet. „Davon kann es im begründeten Einzelfall" - Singular: im begründeten Einzelfall - „absolute Ausnahmen geben." Daran schließt sich der Text, der von den Kolleg*innen der ASF beantragt worden ist, an: „Mittelfristig wollen wir, dass Kriegswaffen und Rüstungsgüter aus deutscher Produktion nur noch innerhalb der EU und der Nato und gleichgestellten Ländern vertrieben werden."

Das ist unser Vorschlag, die entsprechende Textpassage im IA 6 zu ändern.

Ich will mich ausdrücklich bedanken in der Debatte bei Helge und bei Annika, die noch einmal unterstrichen und klargemacht haben, dass wir nicht akzeptieren, dass Menschen im Mittelmeer sterben, dass sie in Zäune getrieben werden, dass sie nicht sichere Fluchtwege vorfinden, und dass wir Seenotrettung natürlich nicht kriminalisieren. Ich stimme ausdrücklich zu, dass es eine staatliche Aufgabe ist, wie Annika es formuliert hat, und deswegen brauchen wir neue europäische Initiativen, die an die Praxis der seinerzeitigen italienischen Mare Nostrum anschließenden und Tausenden von Menschen das Leben erhalten haben.

Das ist die SPD, und diese SPD-Position leitet uns im Europäischen Parlament. Ich selber bin nach Italien gefahren, um genau in solchen Situationen präsent zu sein und die NGO's vor Ort zu unterstützen, gegen die damalige Salvini-Politik, die Menschen Opfer werden zu lassen im Mittelmeer. Das ist die Politik der Bundestagsfraktion und der gesamten SPD.

Genau deswegen fällt es mir nicht leicht, Carmen mit ihrem Änderungsantrag zuzustimmen und schlicht zu sagen, wir streichen, wir lösen das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei auf. Nicht des-

wegen, weil ich nicht die Defizite sehe, nicht deswegen, weil ich irgendeinen Anlass hätte, die Politik der Türkei zu rechtfertigen - ganz im Gegenteil: Unser Text ist sehr klar in der Frage der Völkerrechtswidrigkeit der Invasion in Syrien. Unser Text ist sehr klar beim Einfordern der Menschenrechte, gerade im Umgang mit Asylsuchenden. Aber ich will vermeiden oder wir wollen vermeiden deswegen kann die Antragsprüfungskommission dem nicht einfach beipflichten -, dass noch mehr Menschen auf den Seeweg gezwungen werden und noch mehr Menschen das Risiko von Tod im Mittelmeer erdulden. Wir brauchen andere Lösungen, aber die gilt es, mit massiver Kraft zu entwickeln, mit der Unterstützung der deutschen Politik, mit der Unterstützung der europäischen Politik.

Das sind die Punkte, die sich konkret auf den IA 6beziehen.

Ich bin mit Lukas, der zu Recht sagt, wir dürfen nicht schweigen bei massiven Menschenrechtsverletzungen, in diesem Fall gegen die Uiguren in China. Wir wollen nur einen Vorschlag machen, der noch mehr Substanz in die Debatte bringt. Es ist einfach, hier zu sagen, wir verurteilen das, aber wir brauchen ein Konzept für die China-Politik, und dieses Konzept darf nicht verschoben werden. Es muss schnell erarbeitet, und wir wollen aus einem Guss mit China darüber reden, dass es so nicht weitergeht. Lukas ist natürlich eingeladen, bei der entsprechenden Arbeit mitzutun. Wir freuen uns auf seine Beiträge.

Das sind meine Kommentare zu dem außen- und sicherheitspolitischen Bereich.

(Beifall)

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

Udo, bis dahin vielen Dank. - Ich verstehe das so, dass wir jetzt all die Änderungen der Antragskommission zur Abstimmung stellen. Bevor wir das machen können, frage ich euch, liebe Delegierte: Seid ihr einverstanden, wenn wir das im Block abstimmen? Ich darf um die Jastimmen bitten. Ich möchte, dass wir an dieser Stelle Klarheit haben. - Könnt ihr eben Neinstimmen zeigen, sofern es welche gibt? - Ja. Enthaltungen? - Das Erste war definitiv die Mehrheit.

Deshalb stelle ich jetzt all das zur Abstimmung, was die Antragskommission gerade, vertreten durch Udo, an Änderungen vorgeschlagen hat, und bitte um die Jastimmen. - Neinstimmen? - Enthaltungen? - Das Erste war eindeutig die Mehrheit. Damit sind alle Änderungen angenommen.

(Beifall)

Udo, möchtest du das jetzt komplett abgestimmt haben?

Udo Bullmann, Antragskommission:

Ja.

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

Ich nehme an, ja.

Udo Bullmann, Antragskommission:

Sagst du es gerade noch mal? Ich habe eine schlechte Akustik hier.

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

Du hast ja jetzt verschiedene Anträge aufgerufen, und die könnten wir jetzt, weil wir die Änderungen bereits abgestimmt haben, zu einer Schlussabstimmung bringen. Die würde ich jetzt vornehmen, damit wir in den nächsten Block eintreten können. Deshalb bitte ich um die Jastimmen dazu. - Neinstimmen? - Ich sehe jetzt keine. Enthaltungen? - Da waren Neinstimmen. Entschuldigung, einige wenige Neinstimmen. Und was ich jetzt sehe, sind Enthaltungen, korrekt? - Vielen Dank. Damit ist alles angenommen, was du in diesem Block vorgestellt hast

Jetzt kommst du zu deinem nächsten Block.

Udo Bullmann, Antragskommission:

Dann, ihr Lieben, lasst mich zu dem Europa-Teil kommen.

Ich will sagen, dass viele Teile dessen, was wir hier beantragt haben, auch in dem IA 6 angesprochen werden und dadurch erledigt sind. Es gibt Dinge, die wir im Wahlprogramm sehr ausführlich diskutiert haben. Auch die müssen wir nicht mehr neu aufrufen. Aber es gibt natürlich auch bei den offenen Fragen, wo wir eine Position haben, weiteren Beratungsbedarf, wie wir diese Position in die Praxis umsetzen. Deswegen ändern wir in drei Fällen, nämlich bei EU 6, bei EU 7 und bei EU 9 die Empfehlung der Antragsprüfungskommission, das für erledigt zu erklären, und überweisen die Texte in die internationale und europapolitische Kommission, wenn ihr einverstanden seid, damit der Geist der Anträge erhalten bleibt und weiter in politische Praxis umgesetzt werden kann.

Es gibt zwei Anträge, mit denen wir uns befasst haben, und ich sehe, auch hier in großem Einvernehmen mit den Antragstellern. Der eine Antrag ist der IA14, der sich mit der Verpflichtung befasst, A1-Bescheinigungen vor der Erbringung von Dienstleistungen und Warenlieferungen im EU-Ausland zu beantragen. Das ist eine Position, die sehr wichtig ist aus der gewerkschaftlichen Diskus-

sion, die sehr wichtig ist aus der kommunalen Diskussion, die auch sehr wichtig für unseren Mittelstand ist, der es nicht möchten - und auch wir möchten es nicht -, dass die europäischen Normen „Faire Arbeit“ durch Dumping-Praktiken unterlaufen werden.

(Beifall)

Deswegen muss natürlich auch die Überprüfung dessen sichergestellt werden. Wir haben eine Neuformulierung vorgelegt, die euch vorliegt, die dem Rechnung trägt und die gleichzeitig fordert, dass wir keine zusätzliche Bürokratie einrichten, sondern zusätzlich Druck machen, dass elektronische Überprüfungsverfahren und Meldeverfahren eingeführt werden. Wir machen in einem abschließenden Satz klar, dass es uns nicht um Protektionismus geht. Wir verteidigen die Grundfreiheiten des Binnenmarktes, aber wir wollen faire Regeln für jedermann, insbesondere für die abhängig Beschäftigen. Ich glaube, dass wir diesen Antrag in der veränderten Form annehmen können.

Das Zweite, was wir vorliegen haben und wozu wir uns geäußert haben, ist der EU 27. Der EU 27 befasst sich mit dem Mercosur-Abkommen. Die Antragsteller werden sich freuen, dass wir diesen Antrag verschärfen. Wir haben eine kritische Einstellung zu dem, was da auf dem Tisch liegt. Wir fordern zusätzlich, dass dem Gebot der Nachhaltigkeit in den Abkommen mehr Rechnung getragen wird. Wir fordern den Schutz der einheimischen indigenen Bevölkerung und ihrer Territorien, und wir fordern, dass Verhandlungstexte von Handelsabkommen unmittelbar vorgelegt werden und dass die Öffentlichkeit ein Recht darauf hat, sie zu diskutieren.

Das sind die Änderungen, die Verschärfungen, die Verbesserungen, die wir an diesem Antrag vornehmen. Das würde ich euch gerne beides anempfehlen.

(Beifall)

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium:

Lieber Udo, vielen Dank auch dafür. Ich möchte mich mit dir darüber verständigen, ob wir mit einer Abstimmung, den Empfehlungen der Antragskommission folgend, jetzt auch einen Schlusspunkt unter dieses Kapitel setzen können. - Udo hat genickt.

Deshalb stelle ich das jetzt so zur Abstimmung und frage: Wer den Voten der Antragskommission insgesamt und damit auch dem von Udo Vorgetragenen zustimmt, den bitte ich jetzt um das Ja-Zeichen. - Ich möchte jetzt die Neinstimmen sehen, wenn es die gibt. - Ich sehe keine. Enthaltungen? - Nein. Dann haben wir diesen Bereich abgeschlossen. Ich finde, Udo hat für seinen Gesamteinsatz einen wirklich dicken Beifall verdient.

(Beifall)

ÜBERWEISUNG DER ANTRÄGE AUS DEN BEREICHEN GESUNDHEIT UND INNEN- RECHTSPOLITIK UND MIGRATION

Johanna Uekermann, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen und Genossen! Die Reihen fangen an, sich etwas zu lichten. Wir wollen gleich natürlich auch noch ein Schlusswort von Saskia und Norbert hören, und wir wollen auch noch gemeinsam singen. Deshalb werde ich euch jetzt einen Vorschlag unterbreiten, den wir heute Morgen auch schon angekündigt haben.

Wir werden es zeitlich leider nicht mehr schaffen, jetzt noch die restlichen Antragsbereiche aufzurufen und zu diskutieren. Deshalb schlagen wir euch vor, die Antragsbereiche G und I in den Parteivorstand zur Beratung zu überweisen.

Ich würde jetzt darüber abstimmen lassen, ob das eure Zustimmung trifft. Wer für die Überweisung stimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das mit wenigen Gegenstimmen so angenommen. Herzlichen Dank.

Wir kommen gleich, wie gesagt, noch zum Schlusswort von Saskia und Norbert. Dann singen wir auch noch. Deshalb ist jetzt auch der Zeitpunkt, zu dem es erstens noch eine organisatorische Ankündigung gibt: Ich darf alle gewählten Mitglieder des Parteivorstands bitten, dass sie sich 15 Minuten nach dem Ende unseres Parteitags zur konstituierenden Sitzung im Raum M 1 auf der dritten Ebene treffen.

Das waren die organisatorischen Hinweise.

Im Namen von uns allen hier oben möchte ich mich jetzt ganz herzlich bei euch allen für eure Disziplin, für die engagierten Debatten, für die wegweisenden Beschlüsse, aber vor allem auch für die konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Herzlichen Dank! Das waren drei anstrengende und spannende Tage. Vielen, vielen Dank!

(Beifall)

Ich darf jetzt Saskia und Norbert für ihr Schlusswort auf die Bühne bitten.

SCHLUSSWORT DER PARTEIVORSITZENDEN

Saskia Esken, Parteivorsitzende:

Liebe Genossinnen und Genossen! Malu Dreyer hat unseren Parteitag mit einem Appell gestartet. Der Appell hat gelautet, diesen Parteitag zu einem Parteitag der Solidarität zu machen. Nach drei wirklich wunderbaren Tagen mit euch gemeinsam kann ich sagen: Liebe Malu, das ist uns gelungen. Dieser Parteitag war ein Parteitag der Solidarität mit einem klaren Signal: Wir sind Aufbruch! Wir gehen in Richtung der neuen Zeit! Das haben wir gemeinsam geschafft. Es gibt da draußen Leute, die wollen, dass wir uns auseinandertreiben lassen, dass es uns zerreißt. Dieser Parteitag hat gezeigt: Diesen Gefallen tun wir ihnen nicht!

(Lebhafter Beifall)

„In die neue Zeit“ ist nicht nur ein Spruch. Das ist für uns Programm. Das haben wir mit unseren Beschlüssen zur Zukunft des Sozialstaats, auch zur Zukunft und zur Steuergerechtigkeit gezeigt. Darauf können wir gemeinsam stolz sein.

(Beifall)

Wir werden dafür sorgen, dass der Sozialstaat wieder an der Seite der Menschen steht, dass er der Motor des gesellschaftlichen Aufschwungs ist und dass das Gemeinwohl wieder zum Maß aller Dinge wird und nicht die Interessen der wenigen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das gefällt natürlich nicht jedem. Ihr habt das eine oder andere gelesen. Aber die Neoliberalen und auch die Rechtspopulisten in diesem Land haben schon wieder Schaum vor dem Mund. Mit jedem gehässigen Tweet, den wir jetzt lesen, wissen wir: Wir sind auf dem richtigen Weg!

(Lebhafter Beifall)

Konfuzius hat gesagt das ist schon lange her : Wenn du die Absicht hast, dich zu erneuern, dann tu es jeden Tag!

Erneuerung ist kein Prozess, und den haben wir jetzt abgeschlossen. Liebe Genossinnen und Genossen, Erneuerung ist eine Haltung. Wir mit euch gemeinsam wollen dafür stehen: Die SPD geht in die neue Zeit!

(Beifall)

Wir freuen uns riesig darauf, das mit euch gemeinsam zu tun und gleich, nachdem Norbert zu euch gesprochen hat, mit euch gemeinsam zu singen und dann natürlich einen schönen Heimweg zu haben. - Norbert!

(Beifall)

Norbert Walter-Borjans, Parteivorsitzender:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ein Parteitag, an dem ein neuer Vorstand gewählt wird, ist immer auch ein Anlass, Danke zu sagen: Danke bei den vielen, die mit diesem Parteitag aus dem Parteivorstand ausscheiden. Die SPD braucht für die neue Zeit jeden und jede, auch von denen, die jetzt nicht mehr in diesem Parteivorstand dabei sein werden. Der neue Weg ist ein Weg, den wir gemeinsam gehen müssen.

(Beifall)

Deswegen einen ganz herzlichen Dank an den bisherigen stellvertretenden Parteivorsitzenden Olaf Scholz!

(Beifall)

Einen genauso herzlichen Dank an Natascha Kohnen,

(Beifall)

die gestern noch einmal deutlich gemacht hat, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Partei an der Seite der Mieterinnen und Mieter sind.

(Beifall)

Einen ganz herzlichen Dank an Ralf Stegner. Dessen kluges Stakkato muss weiter zu hören sein!

(Beifall)

Wer Ralf nicht nur auf der Bühne erlebt, sondern auch daneben oder dahinter, der weiß, dass er oft auch über das Gespür verfügt, zusammenzuführen und unterschiedliche Meinungen auf einen Nenner zu bringen. Ralf, das brauchen wir auch weiter!

Wir danken Niels Annen und Gabriele Lösekrug-Möller, die auch an diesem Wochenende für uns auf dem Podium gearbeitet haben.

(Beifall)

Wir danken Katarina Barley, unserer Frau in Europa.

(Beifall)

Und wir danken natürlich Mike Groschek, Eva Högl, Daniela Kolbe, Christoph Matschie, Michael Müller, Carsten Sieling, Sascha Vogt und Ute Vogt.

(Beifall)

Eure Amtszeit im Vorstand der SPD mag zwar enden, aber das Engagement darf nicht enden, und euer Herzblut für die Sozialdemokratie wird auch nicht enden. Ich weiß, dass wir uns als Partei weiterhin voll und ganz auf euch verlassen können, sei es in der Regierung, in der Fraktion oder in den Ländern. Herzlichen Dank dafür! Wir setzen auf euch!

(Beifall)

Aber dieser Parteitag wäre auch nie möglich gewesen ohne die vielen helfenden Hände und die vielen, die sich im Vorfeld und während des Parteitags wirklich abgerackert haben, damit er so verlaufen konnte, wie das der Fall war.

(Beifall)

Deswegen bedanke ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dem Servicepersonal und den Reinigungskräften der Messe Berlin.

(Beifall)

Ihr habt wieder einmal das Gefühl gegeben, zu Hause zu sein. Wir danken euch und sagen euch, wir haben uns echt wohl gefühlt hier in dieser Halle und in all den Räumen drumherum. Das war wirklich wieder ein großer Parteitag in einer großen Location.

(Beifall)

Ein großer Dank geht auch an die Dolmetscherinnen und Dolmetscher. Denn wir hatten internationale Gäste, und es ist wichtig, dass die auch mitbekommen, was hier geht und wie es geht. Ich glaube, das haben sie hervorragend gemacht.

(Beifall)

Wir danken dem Sicherheitspersonal und der Polizei, die für uns da waren und da sind. Wir danken dem Arbeiter-Samariter-Bund und vor allen Dingen noch einmal den Falken.

(Beifall)

Die haben eine tolle Kinderbetreuung auf die Beine gestellt.

(Beifall)

Wir danken der Technik, der EDV, den Messebauern, der Druckerei, den Stenografen und den vielen Ausstellerinnen und Ausstellern. Ich will noch einmal die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer im Plenum hervorheben. Ohne euch wäre es nicht gegangen; ohne euch geht es nicht.

(Beifall)

Dann gibt es so viele Dinge, die sich trocken und nach Organisation anhören, die aber unglaublich wichtig sind, um wirklich dann auch Einigkeit herzustellen und zusammenzukommen. Da steckt eine Menge Sensibilität drin, etwa in der Antragskommission und der Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Ich bitte euch auch um einen großen Applaus für unser Tagungspräsidium. Ihr habt das hervorragend gemacht.

(Beifall)

Dann gibt es natürlich die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Willy-Brandt-Haus, auf die wir uns freuen und mit denen wir jetzt eng zusammenarbeiten werden, die sich aber in dieser ganzen Zeit - über die Regionalkonferenzen bis heute - echt abgerackert haben und denen man manchmal angemerkt hat, dass sie wirklich auf dem Zahlfleisch gehen. Das ist auch einen Riesenapplaus wert, was die da zustande gebracht haben.

(Beifall)

Und es gibt noch einen Applaus. Den könnt ihr nämlich euch selbst mal spenden. Denn ihr, die Delegierten dieses Parteitags, habt die Neue Zeit mit eingeläutet. Das ist echt eine Sache, auf die wir stolz sein können - weit über diese Tage hinaus. Der Applaus geht an euch.

(Beifall)

Was auch ein Stück Neue Zeit ist und was mir aufgefallen ist in diesen Tagen - das will ich noch einmal sagen -, ist, dass wir uns hier ganz auffallend nicht abgerackert und abgearbeitet haben an anderen und uns sozusagen hochgehoben haben, indem wir gesagt haben, was andere alles nicht können, ob die sich zerlegen und wie sie das machen. Es ging uns darum, dass wir unser Profil wiederfinden, dass wir unser Profil stärken, dass wir einen Wettlauf nicht gewinnen, indem wir anderen einen Stock zwischen die Beine halten, sondern dass wir selber schneller und besser sind als die anderen. Das ist hier in diesen Tagen richtig deutlich geworden, und das ist mir ein ganz tiefes Anliegen.

(Beifall)

Ich bleibe bei der Überzeugung, dass diese Demokratie starke Volksparteien und starke demokratische Parteien in den Parlamenten, in den Räten braucht. Das ist wichtig. Deswegen geht es nicht darum, darauf zu hoffen, dass sich andere zerlegen, sondern es geht darum, dass wir alle stark sind in dieser Demokratie, dass wir aber unterscheidbar sind, dass wir deutlich machen, wofür wir stehen und wofür andere stehen, und dass wir alle zusammen damit ein Angebot an die Menschen im Land bringen, das dazu führt, dass Hetzer und Pöbler aus den Parlamenten herausfliegen und dass die Demokratie ihre Stärke beweist. Dafür haben wir einen Grundstein gelegt, und dafür wollen wir weiter arbeiten in dieser Neuen Zeit mit einem so schönen Symbol wie der Rose.

(Beifall)

Sie soll in Zukunft mehr zeigen, was wir tun, wohin wir wollen und wie wir das machen wollen. - Ganz vielen Dank!

(Beifall)

Schlusslied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“

(Beifall)

Ende des Parteitages: 14:18 Uhr.

REDNERINNEN UND REDNER

Ahnen, Doris 43, 112, 168, 169, 169, 393, 397, 493, 493, 494, 495
Annen, Niels 95, 404, 492, 517
Awad, Tarek 231
Baehrens, Heike 266
Barthel, Klaus 162, 227, 314
Bas, Bärbel 488
Baumann-Hasske, Harald 224
Bertels, Jana 526
Binding, Lothar 464
Bollmann, Hendrik 145
Boos, Luisa 338
Bozkurt, Aziz 81, 293
Breymaier, Leni 354, 362, 39
Brüggemann, Reinhard 418
Bullmann, Udo 546, 554, 556, 557, 557, 158, 206
Burkhardt, Delara 143
Burger, Simone 214, 382
Daldrup, Bernhard 265, 391
Daude, Ulf 356, 512
Dietrich, Frank-Axel 283
Dietz, Anno 381
Digulla, Frederik 163
Dolgner, Kai 222
Donner, Erik 499
Drewnicki, Robert 267
Dreyer, Malu 10, 255
Drohsel, Franziska 121, 275
Dulig, Martin 518
Engel, Stefan 217, 280, 386, 478
Engelmeier, Michaela 136
Esdar, Wiebke 516
Esken, Saskia 49, 71, 96, 98, 101, 104, 105, 290, 400, 560
Fahimi, Yasmin 139
Ferber, Fabian 154, 388
Ferber, Felix 502
Finke, Karl 38, 285
Firat, Tuna 91
Fischer, Severin 340
Gattung, Vanessa 359
Gebhardt, Evelyne 311
Georgii, Harald 83, 84
Geywitz, Klara 177, 521
Giffey, Franziska 114, 336
Gloser, Günter 213
Gremmels, Timon 441
Griese, Kerstin 406, 341
Groß, Michael 307
Großmann, Almut 79, 424
Grüger, Stephan 147, 278, 420
Häfner, Ulrike 527
Hagedorn, Bettina 157, 479
Harsch, Daniela 272
Hartmann, Sebastian 74, 112, 322, 377
Heil, Hubertus 119, 179, 270, 329, 330
Heinrichs, Felix 447
Heitkamp, Micha 156, 474
Hoffmann, Jonas 503
Hoffmann, Reiner 107
Hönicke, Kevin 141
Hopp, Marcel 510
Hornung, Lukas 550
Huß, Tim 298, 298
Jobs, Thorsten 365
Josef, Mike 148
Kaczmarek, Oliver 507, 353, 365, 460
Kaffenberger, Bijan 427
Kaiser, Elisabeth 523
Kiziltepe, Cansel 77
Klingbeil, Lars 175, 233, 23, 198, 496
Klose, Annika 126, 552
Knorr-Köning, Seija 152, 347
Kohl, Hannelore 400
Kohnen, Natascha 369
Kolbe, Daniela 305
König, Barbara 286, 361
Kühnemann-Grunow, Melanie 344
Kühnert, Kevin 115, 183
Kunze, Gabriel 349
Kunze, Sylvia 150, 223, 269
Lambertin, Knut 37
Lies, Olaf 444
Lindh, Helge 543
Lösekrug-Möller, Gabriele 292, 294
Ludwig, Gerhard 215
Lutz, Udo 230, 317
Maas, Heiko 534

Mansoori, Kaweh 125
Marx, Dorothea 174
Mast, Katja 73, 284
Matschie, Christoph 532
Mattheis, Hilde 133, 279, 542
Maus, Annika 390
Mayregger, Patrick 383
Mende, Dirk-Ulrich 46
Midyatli, Serpil 189, 318
Miersch, Matthias 132, 436
Minkley, Stefanie 277
Möbbeck, Susi 308
Mohrs, Falko 504
Moll, Claudia 419
Möller, Siemtje 540
Mühlstein, Marko 35
Müller, Michael 371, 247
Müller, Michael (NaturFreunde Deutschlands) 423, 541
Mützenich, Rolf 30
Negele, Christine 219
Niebert, Kai 409
Nietan, Dietmar 236, 239, 202, 529
Noichl, Maria 228, 358, 471, 545
Odell, Lena 553
Ott, Jochen 137, 380
Özoğuz, Aydan 131, 525
Pähle, Katja 82, 531
Parzinger, Josef 86, 301
Pawlik, Natalie 281, 346
Raber, Sasa 300
Radziwill, Ülker 85, 361
Rampeltshammer, Luitpold 482
Randzio-Plath, Christa 462
Rasehorn, Anna 173, 216, 385, 422
Rehlinger, Anke 449, 450, 450, 451, 453, 456, 191, 489, 20
Rinkert, Daniel 164
Roloff, Sebastian 274
Rosemann, Martin 303, 304
Rosenthal, Jessica 75, 476
Roth, Eugen 485
Rothe, Julie 220
Ruß, Oliver 92
Rüthrich, Susann 345
Ryglewski, Sarah 487, 458
Saad, Tarek 151
Schaal, Monika 41, 94, 96, 209, 226, 243, 253, 288, 331, 365, 398, 461, 463, 242
Schäfer, Axel 78
Scheer, Nina 146
Schiebe, Sophia 313
Schiele, Andrea 360, 472, 547
Schmidt, Dagmar 262, 263, 324, 325, 327, 350, 352
Schmidt, Michael 319
Schmidt, Wilhelm 334
Schmugler, Sebastian 309
Schöller, Erik 432, 455
Scholz, Olaf 128
Schrodi, Michael 469
Schulz, Mathias 374
Schulze, Bettina 379
Schulze, Svenja 124, 415
Schumann, Stephan 220, 477, 528
Schüßler, Claudia 229
Schuster, Joachim 87, 88, 439
Schwabe, Frank 129
Schwan, Gesine 428, 117
Schweitzer, Alexander 122
Schwesig, Manuela 101
Shevchenko, Oleg 89
Sieweke, Beate 160, 320
Spinrath, Norbert 546
Stahl, Theresia 473
Stegner, Ralf 135
Stier, Katharina 302
Stoch, Andreas 76
Stüwe, Ruppert 170, 435
Thews, Michael 446
Thon, Frank 276
Thum, Lukas 513
Träger, Carsten 442
Türmer, Philipp 142
Tylkowski, Eric 312
Uekermann, Johanna 505, 20, 245
Ünsal, Özlem 387
Volkenrath, Martin. 232, 433, 434
von Brunn, Florian 429
Voß, Jan 515

Wacker, Pavlos 342
Wade, David 161
Walter-Borjans, Norbert ..... 58, 97, ... 98, 99, 104, ... 400, 483, 561
Warnecke, Torsten 481, 166
Wegge, Carmen 549
Weil, Stephan 430
Weinbrecht, Ralph 229, 445
Weschenmoser, Viviana ... 155, 389
Wölk, Monique 357, 376
Wölken, Tiemo 437, 498
Wronka, Raphael 426
Yousaf, Amina 502
Yüksel, Serdar 90, 548
Zimmermann, Jens 500

FINANZBERICHT
DES SCHATZMEISTERS

2017/2018

PARTEITAG BERLIN

6. bis 8. Dezember 2019

SPD

FINANZBERICHT
DES SCHATZMEISTERS

PARTEITAG BERLIN

6. bis 8. Dezember 2019

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstr. 141
10963 Berlin
Tel. 030 / 2 59 91-0

www.spd.de

Verantwortlich: Dietmar Nietan MdB
Erschienen: Dezember 2019

Gestaltung: Ann Katrin Siedenburg
Druck: Dräger und Wullenwever

INHALT

Vorwort 6

1. Einnahmeentwicklung 11

1.1 Die Einnahmen aus Beiträgen 11

1.2 Die staatliche Teilfinanzierung 12

1.3 Die Einnahmen aus Spenden 12

1.4 Die Einnahmen aus Sponsoring 15

1.5 Die Einnahmen aus Vermögen 17

1.6 Parteiinterner Finanzausgleich 17

2. Mittelbewirtschaftung und Haushaltsentwicklung 19

3. Strukturhilfen für die ostdeutschen Landesverbände 21

4. Der Unternehmensbereich 23

4.1 Immobilienbereich: Konzentration GmbH, Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH 23

4.2 Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH 25

5. Finanzen der Gesamtpartei im Vergleich 29

VORWORT

Liebe Genossinnen und Genossen,

als ich auf unserem Bundesparteitag Anfang 2014 das erste Mal für das ehrenvolle Amt des Schatzmeisters der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands kandidieren durfte, habe ich in meiner Bewerbungsrede betont, dass ich meine zentrale Aufgabe darin sehe, die finanzielle Handlungsfähigkeit der SPD mit Weitblick langfristig zu bewahren.

Heute, fast sechs Jahre später, ist diese zentrale Aussage für mich nach wie vor der Maßstab meiner Arbeit als Schatzmeister. Allerdings muss ich an dieser Stelle leider auch festhalten, dass die finanziellen Spielräume unserer Partei heute in einer Art und Weise bedroht sind, wie ich mir das bei meinem Amtsantritt nicht habe vorstellen können.

Die SPD hat seit 1998 bei den Bundestagswahlen 10,6 Millionen (-52,7 Prozent) ihrer damaligen Wählerstimmen verloren. Gleichzeitig hat sie in diesem Zeitraum rund 312.000 (-41,3 Prozent) Mitglieder verloren. Die Mitgliedsbeiträge und die staatlichen Mittel je gewonnener Wählerstimme sind aber mit Abstand die beiden größten Einnahmepositionen unserer Partei!

Angesichts dieser dramatischen Entwicklung der vergangenen zwanzig Jahre muss allen Verantwortlichen im Parteivorstand klar sein, dass wir uns nicht länger den Apparat einer 40-Prozent-Partei mit den Einnahmen einer 20-Prozent-Partei leisten können.

Worin liegt unsere zentrale organisatorische Herausforderung? Den strukturellen Mindereinnahmen aufgrund dramatisch gesunkener Wählerstimmen und Mitgliederzahlen steht eine bisher noch zu kostenintensive Organisationsstruktur gegenüber. Das führt zu einem dauernden strukturellen Defizit. Mit anderen Worten: Wir leben über unsere finanziellen Verhältnisse. Schon in meinem Finanzbericht zum letzten ordentlichen Bundesparteitag 2017 hatte ich gefordert, dass wir die bisherige Ausgabenpolitik des SPD-Parteivorstandes auf den Prüfstand stellen und darauf basierend Prioritäten setzen müssen.

Dietmar Nietan MdB, Schatzmeister der SPD.
Foto: Susie Knoll

Mit dem Amtsantritt von Andrea Nahles als Parteivorsitzende und Thorben Albrecht als Bundesgeschäftsführer und der Wahl von Lars Klingbeil als Generalsekretär hatte sich die gesamte damalige Hausleitung des Willy-Brandt-Hauses uneingeschränkt zu einer konsequenten Neuaufstellung des Willy-Brandt-Hauses verpflichtet. Die Grundlage für einen strikten Konsolidierungskurs im Bereich der Parteifinanzen ist damit gelegt worden. Dafür bin ich Lars und Thorben, insbesondere aber Andrea, sehr dankbar!

So konnten wir schon Mitte 2018 ein umfangreiches und ambitioniertes Konsolidierungskonzept für den Betriebshaushalt der Bundespartei auf den Weg bringen. Wir haben daraufhin an vielen Stellen das Budget spürbar gedrosselt. Wir sind eine Partei, die – wie keine andere – ihre Mitglieder stärker denn je beteiligt. Allerdings haben uns die vielen außerordentlichen Parteitage, Mitgliedervoten, Debattencamps und Regionalkonferenzen in den letzten zweieinhalb Jahren mehrere Millionen Euro gekostet.

Unter der Federführung des Bundesgeschäftsführers und im engen Austausch mit den Mitarbeiter*innen und dem Betriebsrat haben wir 2019 die Weichen für eine umfassende Neuaufstellung des Willy-Brandt-Hauses gestellt. Dabei unschätzbar geholfen hat uns nach dem Rücktritt von Andrea Nahles auch die volle Unterstützung der kommissarischen Parteivorsitzenden und hier insbesondere von Thorsten Schäfer-Gümbel.

Ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zu einer erfolgreichen Konsolidierung der Parteifinanzen ist der am 16. September 2019 gefasste Beschluss des Präsidiums, die Entwicklung der Personalkosten an die zukünftige Einnahmeentwicklung zu koppeln. Bis spätestens 2024 soll sichergestellt werden, dass der Anteil der Personalkosten an den Gesamteinnahmen des Parteivorstandes nicht mehr als 30 % beträgt.

Da beim Redaktionsschluss dieses Finanzberichtes das Ergebnis der zweiten Runde der Mitgliederbefragung zum Parteivorsitz noch nicht vorlag, will ich an dieser Stelle betonen: Es ist unverzichtbar, dass sich auch die zukünftige Parteiführung auf dem konsequent eingeschlagenen Weg der Konsolidierung der Parteifinanzen und Neuaufstellung des Willy-Brandt-Hauses verpflichtet. Denn nur mit Disziplin und dem Willen zur Kontinuität werden wir es am Ende schaffen können, die Finanzkraft der SPD zu sichern.

Seit meinem Amtsantritt treibe ich voran, dass der Parteivorstand und die Landesverbände bzw. Bezirke gemeinsam daran arbeiten, ihre administrativen Aufgaben miteinander zu bündeln. Zu den Bereichen, in denen wir mehr zusammenarbeiten könnten, gehören z.B. das Management der Mitgliederdatenbank, die Buchhaltung, der Druck von Unterlagen und der Versand. Notwendig sind dafür gemeinsame Zielvereinbarungen, die unnötige Kosten identifizieren helfen und zugleich auch aktive Mitglieder und hauptamtliche Mitarbeiter*innen vor Ort von Verwaltungsarbeit entlasten. Nur so können wir wieder einen Schwerpunkt auf die politische Arbeit vor Ort setzen.

Nachdem zu Beginn die „Beharrungskräfte“ in einigen Bereichen der Partei sehr stark waren, freue ich mich sehr, nunmehr in meinem dritten Finanzbericht zu bilanzieren, dass wir mittlerweile mit den Landesverbänden im Saarland und in Schleswig-Holstein entsprechende Zielvereinbarungen getroffen haben. Sie ermöglichen die Zentralisierung der Pflege von Mitgliederdaten im Service Center der NRWSPD. Auch die Landesorganisation Bremen nutzt dieses Service Center bereits. Bald werden aller Voraussicht nach auch die Landesorganisation Hamburg, der Landesver-

Dietmar Nietan und Thorsten Schäfer-Gümbel auf dem Bundesparteitag 2017. Foto: HARDCOPY-PRESS / Peer Schröder

band Mecklenburg-Vorpommern und der Bezirk Hannover das Angebot in Dortmund nutzen, sodass dann die MAVIS Betreuung für mehr als 50 % unserer Mitglieder im Service Center der NRWSPD sichergestellt würde.

In einem zweiten Schritt möchte ich daran weiterarbeiten, dass der Parteivorstand und die Landesverbände bzw. Bezirke auch in den Bereichen Verwaltung, Organisations- und Personalentwicklung sowie der Kampagnenfähigkeit noch mehr als bisher zusammenarbeiten. Ziel ist auch hierbei, die Gesamtpartei sowohl finanziell, als auch vom Arbeitsaufwand her spürbar zu entlasten.

Dazu habe ich in diesem Jahr den Landes- und Bezirksvorsitzenden meine Vorstellungen für ein gemeinsames Ressourcenmanagement dargelegt: Wir müssen gemeinsam den Einsatz von Ressourcen planen und in den Bereichen EDV, Meinungsforschung sowie weiteren Dienstleistungen (Datenbanken, Mailprogramme, Mavis, Buchhaltung usw.) miteinander abgestimmt investieren. Voraussetzung dafür sind gemeinsame Standards, auf die wir uns verständigen müssen.

Wir arbeiten bereits mit der Office Consult, dem Service Center der NRWSPD und einigen Kolleg*innen aus Landesverbänden und Bezirken an ersten Produkten für die Gliederungen in den Bereichen IT und Buchhaltung. Die Einführung wollen wir über den Strukturfonds finanzieren, sodass es für alle Landesverbände und Bezirke für ihre dortigen Einzahlungen zukünftig auch konkrete IT- und Buchhaltungsdienstleistungen als Gegenleistung gibt. Damit leisten wir als Schatzmeisterei unseren Beitrag, einen Rahmen für die Umsetzung der Ideen der OrgaKom für eine gemeinsame bundesweite „IT-Strategie“ zu schaffen.

Als Treuhänder des SPD Unternehmensbereichs fördere ich die qualitative Verbesserung des Angebots der SPD eigenen Unternehmen in den Bereichen Social Media, Podcast, Print, Give Aways, Eventmanagement, EDV und Buchhaltung, um es noch besser auf die konkreten Bedürfnisse der Gliederungen vor Ort auszurichten.

Für einen besseren digitalen Service für die Kassierer*innen und die Mitglieder macht sich auch die Schatzmeisterei stark. So werden wir bald ein webbasiertes Kassenbuch anbieten und jedem Mitglied ermöglichen, seine Beitragsquittungen online abzurufen.

Gemeinsam mit den anderen Abteilungen des Willy-Brandt-Hauses schaffen wir die Voraussetzungen, nach der Bundestagswahl 2021 eine hochmoderne weiterentwickelte „Mavis III“ (neue Personendatenbank) einrichten zu können.

Als eine meiner ersten Amtshandlungen habe ich Anfang 2014 auf Vorschlag des Geschäftsführers der Konzentration GmbH, den Weg geebnet, den Immobilienbereich der SPD zu restrukturieren. Auf das Ergebnis der Neuaufstellung bin ich sehr stolz: Nachdem die Konzentration lange rote Zahlen schrieb, erwirtschaftet sie nunmehr wieder Überschüsse. Diese fließen als Ausschüttungen in den Betriebshaushalt des Parteivorstandes (siehe Punkt 4.1 dieses Finanzberichtes).

Den Kern unseres heutigen Parteivermögens bilden neben unseren Parteihäusern in ganz Deutschland vor allem die in der ddvg gebündelten Medienbeteiligungen. Diese Beteiligungen leisten ebenfalls seit vielen Jahren einen stabilen Beitrag zur Finanzierung der Partei und sichern zugleich die Existenz parteinaher Dienstleistungsunternehmen.

Auch als Geschichtsbeauftragter des Parteivorstands erinnere ich daran, dass unser Vermögen auf der Tradition des Kampfes für Freiheit und Emanzipation beruht. Das ist die Richtschnur für den Umgang mit unserem Vermögen. Wir sind historisch gegenüber unseren Genossinnen und Genossen verpflichtet, die mit ihrem „Arbeitergroschen“ der SPD eigene Druckereien und Zeitungen im Kampf gegen die Unterdrückung ermöglicht haben. Dieses Vermögen darf nicht kurzfristigen Finanzbegehrlichkeiten der Partei untergeordnet werden. Durch eine umsichtige Unternehmenspolitik wird es auch zukünftig einen spürbaren Beitrag zur finanziellen Unabhängigkeit der SPD leisten!

Die Medien sind in den vergangenen Jahren unter ökonomischen und zuletzt auch unter politischen Druck gekommen. Wenn es salonfähig wird, Worte wie „Lügenpresse“ zu verwenden, dann ist das ein Angriff auf die freie Presse und das freie Wort. Aufgrund unserer historischen Wurzeln sind unsere Unternehmen in einer besonderen Verantwortung, den Feinden der Freiheit, die zurzeit Morgenluft wittern, entschieden entgegenzutreten: Gegenüber Intoleranz, Rassismus, Nationalismus und Demokratiefeindlichkeit gibt es keine Neutralität. Die ddvg hat sich hierzu bereits klar positioniert und wird dies auch weiter tun.

Wichtig bleibt es aber auch, die ökonomischen Herausforderungen der Digitalisierung zu meistern. Neben Innovation wird es vor allem darauf ankommen, auch unter den Rahmenbedingungen einer zunehmenden Digitalisierung von Medien und Informationen einen qualitativ hochwertigen Journalismus erhalten zu können. Die ddvg setzt sich dafür überall dort ein, wo wir Medienbeteiligungen haben. Doch die ddvg alleine kann nicht verhindern, dass die Tarifstruktur in den Verlagen erodiert. Es braucht hier die Bereitschaft der Tarifparteien, sich auf neue Tarifmodelle zu verständigen, die geeignet sind, dem Wandel in der Medienbranche Rechnung zu tragen.

Als „Unternehmer“ wollen wir als SPD trotz allen Sachzwängen und Restriktionen gerade in der Medienbranche – aber nicht nur dort – unsere Werte in unserem Handeln

Lars Klingbeil, Malu Dreyer und Dietmar Nietan bei der Bekanntgabe des Ergebnisses der ersten Runde der Mitgliederbefragung Oktober 2019. Foto: Janine Schmitz/photothek

Tradition und Moderne zusammen bringen: Dietmar Nietan setzt sich intensiv für einen gelingenden Strukturwandel in den Kohlerevieren ein, der die dort lebenden Menschen ernst und mitnimmt. Foto: privat

Gerade wegen Donald Trump muss sich die SPD weiter für gute transatlantische Beziehungen einsetzen: Arne Lietz, Serpil Midyatli und Dietmar Nietan 2018 in Washington mit Knut Dethlefsen (FES) und der Präsidentin des German Marshall Fund, Karen Donfried. Foto: privat

Dietmar Nietan und Felipe González im Oktober 2017 anlässlich einer Gedenkveranstaltung zu Ehren Willy Brandts. Foto: privat

wiederspiegeln. Ich freue mich deshalb, dass die Kontrollkommission dementsprechend einen Verhaltenskodex für den SPD Unternehmensbereich entwickelt hat. Die ddvg und die Konzentration haben sich bereits dazu verpflichtet, den Kodex anzuwenden.

Auf meinen Vorschlag hin hatte der Parteivorstand in 2017 neue Verhaltensregeln für die Wahrnehmung von Ämtern, Funktionen und Mandaten beschlossen, die die Verhaltensregeln von 1995 aktualisiert haben. Dabei haben wir das Thema Sponsoring nunmehr klar geregelt. Parteivorstand sowie Landesverbände und Bezirke verpflichten sich, jede einzelne Einnahme von allen gesponserten Veranstaltungen mit dem Namen des werbenden Unternehmens und der dafür gezahlten Summe zu veröffentlichen. Diese Transparenz wird auch von politischen Zusammenschlüssen erwartet, die sich auf die Sozialdemokratie berufen, aber nicht dem Statut der SPD unterliegen. Gleiches gilt für die Unternehmen, die zu 100 Prozent im Eigentum der SPD sind.

Nach einigen Umsetzungsschwierigkeiten in der Anlaufphase, ist es uns mittlerweile gelungen, dass sich alle Gliederungen, die parteinahen Strömungen sowie der parteieigene Unternehmensbereich auf diesen transparenten Umgang mit ihren Sponsoringeinnahmen verpflichtet haben. Einen entsprechenden „Sponsoringbericht“, welcher dies dokumentiert, werde ich der Kontrollkommission und dem Parteivorstand Anfang 2020 vorlegen.

Neu ist auch, dass die Verhaltensregeln Sanktionen bei Verstößen gegen die Verhaltensregeln vorsehen. Dabei fällt der Kontrollkommission die Aufgabe zu, über die Umstände eines möglichen Verstoßes zu beraten und darüber hinaus bei Verstößen mögliche Sanktionen zu prüfen.

Abschließend möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen im Willy-Brandt-Haus, die mich bei meiner Arbeit als Schatzmeister unterstützt haben, herzlich bedanken. Ebenso danke ich der Schatzmeister- und Kassierer-Konferenz, der Finanz- sowie der Kontrollkommission für die kritisch-konstruktive, stets kollegiale Zusammenarbeit.

Und auch diesmal möchte ich an dieser Stelle allen ehrenamtlichen Kassiererinnen und Kassierern für ihre so unschätzbar wichtige Arbeit vor Ort ein ganz großes Dankeschön sagen!

Euer
Dietmar Nietan

1. EINNAHME-ENTWICKLUNG

1.1 DIE EINNAHMEN AUS BEITRÄGEN

Die Einnahmen aus Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträgen sind die wichtigste Einnahmequelle der Partei geblieben. Nach einem leichten Rückgang der Einnahmen aus Beiträgen im Jahr 2016 (74,87 Mio. EUR) im Vergleich zum Vorjahr ist die Beitragssumme im Jahr 2017 spürbar angestiegen. Die Partei hat in dem Jahr insgesamt rund 77,94 Mio. EUR an Beiträgen erhalten. Im Jahr 2018 ist die Summe auf 80,06 Mio. EUR angewachsen. Die Beitragseinnahmen verteilen sich wie folgt:

(in EUR)	2017	2018
Mitgliedsbeiträge	51,71 Mio.	53,77 Mio.
Mandatsträgerbeiträge	26,23 Mio.	26,29 Mio.

Am 31. Dezember 2017 waren 443.152 Personen Mitglieder der SPD. Damit gab es einen Zuwachs von 10.447 Mitgliedern oder 2,4 Prozent im Vergleich zu 2016. Zum Ende des Jahres 2018 gab es 437.754 Mitglieder. Der langfristige Rückgang der Anzahl der Mitglieder konnte im Wahljahr 2017 gebremst werden. Zum Ende des Jahres 2018 war die Mitgliederzahl höher als zum Ende des Jahres 2016.

Im Jahr 2017 zahlte jedes Mitglied im Durchschnitt einen monatlichen Beitrag in Höhe von 9,83 EUR. Der monatliche Beitrag lag somit 0,36 EUR oder 3,8 Prozent höher als im Jahr 2016.

Die Mitgliedsbeiträge sind die wichtigste Einnahmequelle für die Gliederungsebene der Landesverbände und Bezirke. Weit mehr als die Hälfte der insgesamt von den Mitgliedern gezahlten Beiträgen verbleibt auf dieser Ebene. Der größte Teil der Mandatsträgerbeiträge dient zur Finanzierung der nachgeordneten Gebietsverbände. Von den Gesamteinnahmen dieser Kategorie werden über 80 Prozent von den nachgeordneten Gebietsverbänden vereinnahmt, diese machen knapp 40 Prozent der Gesamteinnahmen auf dieser Gliederungsebene aus.

Durch die stattfindenden Beitragsanpassungen gemäß § 1 Absatz 7 der Finanzordnung, aber auch durch verschiedene Aktionen für Beitragsehrlichkeit in einigen Landesverbänden, konnte diese wichtige Säule der Finanzierung der Partei gestärkt werden und ein möglicher Einnahmenrückgang durch die geringere Anzahl von Mitgliedern und Mandatsträgern ausgeglichen werden.

Je Beitragseuro verbleiben 85 Cent, nach Abzug von Strukturhilfe, Innovationsfonds und dem Anteil für den vorwärts, bei den Landesverbänden und den nachgeordneten Gebietsverbänden. Der Parteivorstand erhält die restlichen 15 Prozent.

Diese regelmäßigen Beiträge sind wichtig, um die Handlungsfähigkeit der Gliederungen sicherzustellen. Vor diesem Hintergrund ist es bedeutsam und zahlt sich aus, die Mitglieder regelmäßig anzusprechen und sie bitten zu prüfen, ob ein satzungsgemäßer Beitrag gezahlt wird. Solche Ansprachen wurden bereits von einigen Landesverbänden als Aktion zur Beitragsehrlichkeit durchgeführt, hatten jeweils einen spürbar positiven Effekt und werden zur Nachahmung empfohlen. In den regelmäßig stattfindenden Gesprächen zwischen den Schatzmeisterinnen und Schatzmeistern sowie den Finanzverantwortlichen der verschiedenen Gliederungen werden Erfahrungen ausgetauscht und das Wissen über erfolgreiche Maßnahmen weitergegeben.

1.2 DIE STAATLICHE TEILFINANZIERUNG

Die Parteien erhalten laut Parteiengesetz für ihre nach dem Grundgesetz obliegenden Tätigkeiten staatliche Mittel als Teilfinanzierung für die Erfüllung dieser Aufgaben. Die Höhe der Zahlungen an die einzelnen Parteien richtet sich nach dem „Grad der Verwurzelung" der Partei in der Gesellschaft. Als Maßstäbe zur Messung dieses Grades dienen die Anzahl der Wählerstimmen und die Höhe der Zuwendungen durch Beiträge und Spenden natürlicher Personen. Je mehr Wählerstimmen und Zuwendungen eine Partei erhält, desto größer ist der auf diese Partei entfallende Anteil aus der staatlichen Parteienfinanzierung. Allerdings ist die auf die einzelnen Parteien entfallende Summe auf die Höhe ihrer jährlich selbst erwirtschafteten Einnahmen begrenzt („relative Obergrenze").

Das jährliche Gesamtvolumen der staatlichen Mittel, die an die Parteien ausgezahlt werden, ist gedeckelt. Diese „absolute Obergrenze" der Summe der Parteienteilfinanzierung erhöht sich in jedem Jahr um einen Prozentsatz, der anhand eines Preisindexes für eine Partei typische Ausgaben berechnet wird. Diese Obergrenze für alle Parteien lag im Jahr 2017 bei 160.519.363,00 EUR und im Jahr 2018 bei 161.803.517,00 EUR.

Im Jahr 2017 hat die SPD insgesamt 50.785.067,80 EUR staatliche Mittel erhalten. Wegen der Stimmenverluste bei den Wahlen 2017 hat sich der Anspruch der Partei im Jahr 2018 auf 49.210.195,78 EUR reduziert.

Die Parteien erhalten pro Jahr vier Abschlagszahlungen vom Bundestag bzw. den Landtagen. Die Endabrechnung erfolgt am Beginn des Folgejahres, dann werden zu geringe oder zu hohe Zahlungen im Vergleich zu den geleisteten Zahlungen festgestellt. Die Verrechnung erfolgt mit der ersten Abschlagszahlung des Jahres. Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber der Bundestagsverwaltung werden in den Rechenschaftsberichten der Parteien aufgeführt.

Die absolute Obergrenze wurde für das Anspruchsjahr 2018 durch ein Gesetz auf insgesamt 190 Mio. EUR erhöht. Diese Erhöhung hat dazu geführt, dass der Anspruch der SPD auf staatliche Mittel für das Jahr 2018 höher ausgefallen ist, als im Jahr 2018 ausgezahlt wurde. Der Betrag wurde im Rechenschaftsbericht 2018 bei den Einnahmen aus staatlichen Mitteln verbucht und als Forderung aus der staatlichen Parteienfinanzierung ausgewiesen.

Gegen das Gesetz zur Erhöhung der absoluten Obergrenze ist ein Normenkontrollverfahren anhängig. Bei Redaktionsschluss gab es noch kein Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Sollte das Gesetz keinen Bestand haben, würde die Bundestagsverwaltung den zu viel gezahlten Betrag zurückfordern. Die Differenz zwischen den Beträgen, die der Partei nach den Berechnungen nach altem und nach neuem Recht zustehen, waren dem Vorsichtsprinzip folgend nicht Teil des parteiinternen Finanzausgleichs.

1.3 DIE EINNAHMEN AUS SPENDEN

In Bundestagswahljahren ist die Bereitschaft zu Spenden an die Parteien traditionell höher. Das wirkt sich auch positiv auf unsere Einnahmen aus. 2017 wurden rund 14,5 Mio. EUR an die SPD gespendet. Dies machte einen Anteil von rund 9 Prozent unserer Gesamteinnahmen aus.

Damit konnte das Niveau aus dem Bundestagswahljahr 2013 gehalten werden, in dem knapp 15 Mio. EUR an Spenden in die Parteikasse flossen. Allerdings waren es 2009 noch 18,7 Mio. EUR (11 Prozent der Gesamteinnahmen).

Im Jahr 2018 beliefen sich die Spendeneinnahmen auf 7,9 Mio. EUR von natürlichen Personen und 1,5 Mio. EUR von juristischen Personen, dies entspricht einem Anteil von rund 5,5 Prozent der Gesamteinnahmen der SPD.

Während die Unionsparteien und die FDP in weitaus höherem Maße von Unternehmensspenden profitieren, erhält die SPD die meisten Spenden weiterhin von ihren eigenen Mitgliedern und im deutlich geringeren Anteil Spenden aus der Wirtschaft.

Anteil der Spenden an den Gesamteinnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien 1998–2017

Jahr	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	CDU/ CSU	B90/ Grüne	in %	FDP*	in %	Linke	in %	AfD	in %
1998	18.836	12,10	33.762	26,22	12.536	37,39	46.298	5.847	20,07	11.178	44,29	3.784	19,16		
1999	17.236	11,01	33.368	25,20	7.806	23,94	41.174	5.140	19,57	9.741	41,49	3.839	18,43		
2000	12.631	8,46	28.512	21,79	6.935	24,74	35.447	4.311	18,37	7.989	35,59	3.486	17,33		
2001	16.528	10,33	25.459	19,43	10.887	31,48	36.346	5.121	21,48	10.799	41,98	3.699	18,05		
2002	17.334	10,92	30.453	21,50	18.872	40,95	49.325	5.282	20,06	13.745	43,58	3.750	17,12		
2003	10.445	5,81	17.397	12,45	9.717	20,49	27.114	3.434	13,12	7.351	26,50	1.753	7,91		
2004	13.144	7,72	27.684	18,27	6.278	15,76	33.962	3.637	14,32	8.725	29,70	2.001	9,51		
2005	14.165	8,38	35.585	22,35	9.353	22,53	44.938	4.430	16,65	11.752	36,20	2.231	9,92		
2006	12.292	7,36	22.866	15,61	6.072	15,85	28.938	3.447	13,28	8.055	27,08	1.638	7,24		
2007	10.569	6,73	19.079	13,40	10.671	24,55	29.750	3.212	12,29	7.073	22,33	1.545	6,89		
2008	12.996	7,76	21.113	14,27	17.510	34,66	38.623	3.909	14,28	9.131	28,60	2.258	8,96		
2009	18.762	10,82	41.120	25,27	9.071	21,61	50.191	5.445	17,82	16.185	37,42	2.878	10,56		
2010	9.556	6,49	17.616	12,76	5.464	15,61	23.080	4.043	12,95	5.991	17,44	2.093	7,52		
2011	12.105	7,77	21.819	15,48	5.870	15,85	27.689	4.850	13,17	6.609	19,27	1.935	6,73		
2012	10.507	6,94	18.200	13,28	5.666	16,36	23.866	3.929	10,24	5.864	17,20	1.924	6,47		
2013	14.960	9,10	30.805	20,29	14.639	30,74	45.444	4.980	12,41	10.902	32,71	2.571	9,32		
2014	15.108	9,34	25.920	17,62	13.623	29,13	39.543	4.747	11,97	7.804	28,95	2.289	8,43		
2015	9.826	6,27	19.809	13,75	5.968	10,11	25.777	4.193	10,48	7.155	27,74	1.903	6,81		
2016	11.097	7,08	22.174	15,32	6.524	16,78	28.698	5.135	12,14	7.449	27,43	1.657	7,45	5.994	38,41
2017	14.549	8,76	35.206	22,47	9.848	22,71	45.054	5.873	13,50	15.072	38,90	2.686	8,50	6.751	36,78
1998–2017	272.646		527.947		193.311		721.257	90.964		188.569		49.919		12.745	
⌀		8,46		18,34		23,56			14,91		31,22		10,62		37,60

Angaben in Tausend Euro (gerundet) | in %: Anteil an den Gesamteinnahmen | Quelle: Öffentl. Rechenschaftsberichte der Parteien
FDP*: Die Partei war zwischen 2013 und 2017 nicht im Bundestag vertreten, die Zahlen werden hier dennoch fortgeschrieben.

Dennoch: auch für unsere Partei sind die Spendeneinnahmen wichtig. Im Durchschnitt machen sie fast 9 Prozent der Gesamteinnahmen der SPD aus. Insbesondere für die Ortsvereine haben sie eine große Bedeutung: Während Mitgliedsbeiträge unter den Gliederungen der Partei verteilt werden, verbleiben Spenden in voller Höhe dort, wo sie eingenommen werden. Sie sind und bleiben eine wesentliche Voraussetzung für die Aktionsfähigkeit für alle Gliederungen der Partei.

Das wichtigste Instrument für die Spendenwerbung des Parteivorstands ist und bleibt vorläufig sicherlich der Spendenbrief.

Aber auch bei den Spenden hält die Digitalisierung Einzug. So wurden schon seit Jahren Spendenmöglichkeiten auf spd.de angeboten. Im Bundestagswahlkampf 2017 wurden diese Instrumente aber erstmals in großem Umfang und sehr erfolgreich in die aktive Spendenwerbung des Parteivorstands einbezogen. Dies wird in den nächsten Jahren nun weiter ausgebaut.

Anteil der Spenden jur. Personen an den Gesamteinnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien 1998–2017

Jahr	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	B90/ Grüne	in %	FDP*	in %	Linke	in %	AfD	in %
1998	3.868	2,48	10.867	8,44	4.838	14,43	166	0,57	3.362	13,32	57	0,29		
1999	3.184	2,03	9.093	6,87	3.089	9,48	200	0,76	1.617	6,89	67	0,32		
2000	1.746	1,17	5.310	4,06	2.666	9,51	175	0,75	1.500	6,53	23	0,12		
2001	3.194	2,00	7.093	5,41	3.438	9,94	591	2,48	2.190	8,51	63	0,31		
2002	3.440	2,17	9.606	6,78	7.280	15,80	1.055	4,01	3.142	9,96	52	0,24		
2003	1.650	0,92	4.612	3,30	3.462	7,30	279	1,07	1.165	4,20	28	0,13		
2004	2.039	1,19	7.938	5,24	2.172	5,45	371	1,46	1.707	5,80	44	0,21		
2005	3.282	1,94	15.008	9,43	4.255	10,25	948	3,56	3.920	12,10	35	0,16		
2006	2.472	1,48	7.461	5,09	2.290	5,98	413	1,59	2.065	6,94	31	0,14		
2007	2.095	1,33	6.661	4,68	3.318	7,63	383	1,47	1.878	5,93	20	0,09		
2008	2.668	1,59	7.527	5,09	6.390	12,65	492	1,80	2.688	8,42	109	0,43		
2009	4.217	2,43	14.949	9,19	4.114	9,80	919	3,01	5.797	13,40	178	0,65		
2010	1.749	1,19	6.121	4,43	2.035	5,81	539	1,73	1.793	5,22	21	0,08		
2011	2.450	1,60	7.276	5,15	2.281	6,16	860	2,34	1.738	5,07	29	0,10		
2012	1.951	1,29	6.050	4,41	2.601	6,82	520	1,36	1.636	4,80	34	0,12		
2013	2.905	1,77	10.744	7,11	6.080	12,77	697	1,74	3.699	11,10	85	0,31		
2014	2.532	1,57	7.910	5,38	3.891	8,32	657	1,66	1.967	7,30	25	0,13		
2015	1.796	1,15	6.389	4,46	2.190	3,71	580	1,45	1.880	7,29	2	0,01		
2016	2.103	1,34	7.048	4,87	2.563	6,59	702	1,66	1.909	7,03	2	0,27	185	1,19
2017	3.173	1,91	12.630	8,06	4.407	10,16	963	2,21	4.622	11,93	3	0,01	167	0,91
1998–2017	**52.513**		**170.293**		**73.360**		**11.510**		**50.275**		**909**		**352**	
⌀		1,63		5,87		8,93		1,83		8,09		0,21		1,05

Angaben in Tausend Euro (gerundet) | in %: Anteil an den Gesamteinnahmen | Quelle: Öffentl. Rechenschaftsberichte der Parteien
FDP*: Die Partei war zwischen 2013 und 2017 nicht im Bundestag vertreten, die Zahlen werden hier dennoch fortgeschrieben.

1.4 DIE EINNAHMEN AUS SPONSORING

Für den korrekten und transparenten Umgang mit Sponsoring gilt die interne Sponsoringrichtlinie des Parteivorstandes als Richtschnur sowie die im Jahr 2017 aktualisierten „Verhaltensregeln für die Wahrnehmung von Ämtern, Funktionen und Mandaten“ der SPD.

Gemäß der Vorgaben (Name des Sponsors und der Veranstaltung, Art und Umfang der Leistung) werden auf der Website der SPD unter der Rubrik Finanzen seit 2017 quartalsweise die Einnahmen veröffentlicht. Nachvollziehbar sind ebenso die Aussteller und Sponsoren seit 2011 aufgelistet.

Die höchste Einnahme wurde im Berichtszeitraum mit der Vermietung von Ausstellerfläche auf dem ordentlichen Bundesparteitag 2017 erzielt.

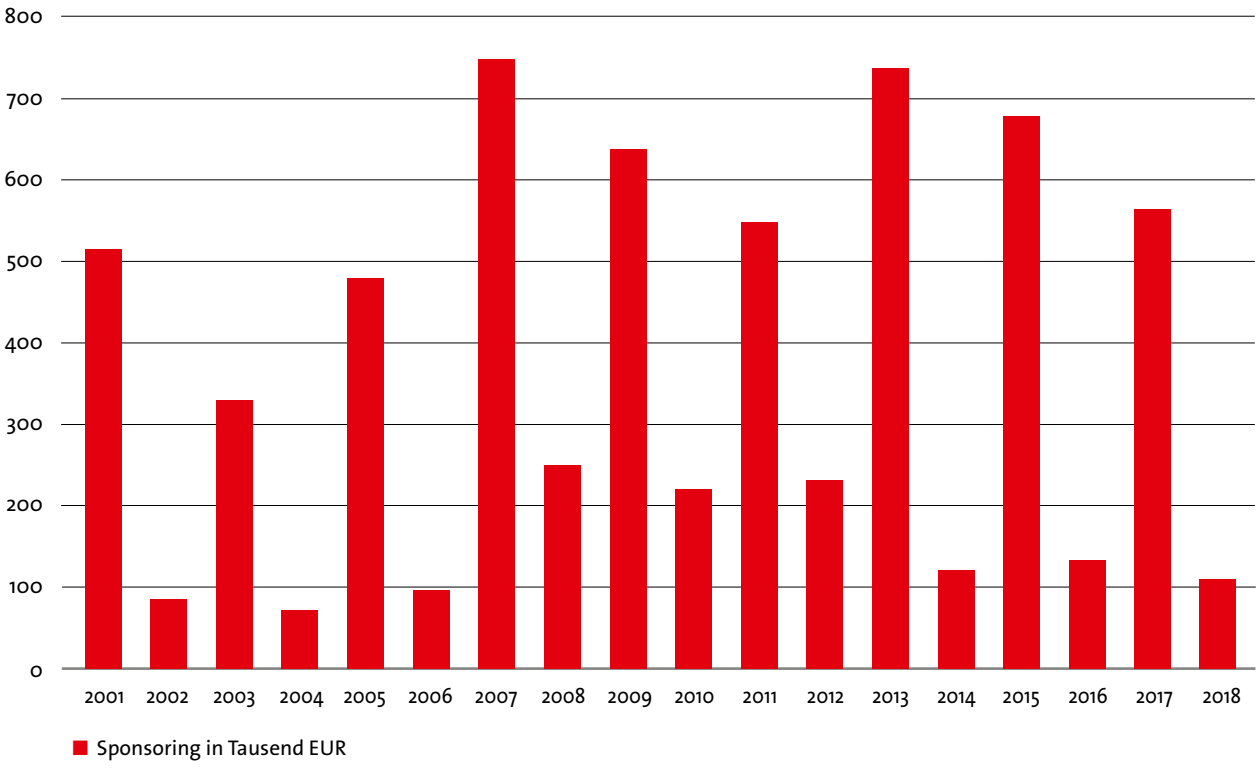
Aus der Grafik lässt sich die Entwicklung der Einnahmen ablesen, die mit dem Turnus der ordentlichen Bundesparteitage zusammenhängt.

Der Anteil des Sponsorings an den Gesamteinnahmen beim Parteivorstand liegt in „Parteitagsjahren“ bei einem Prozent. In den übrigen Jahren beträgt der Anteil zwischen 0,1 und 0,2 Prozent. Sponsoring unterstützt uns, große Veranstaltungen in Teilen zu finanzieren, aber die Kassenlage der Partei wird davon jedoch „unter dem Strich“ nur geringfügig beeinflusst.

Wir veröffentlichen die Einnahmen freiwillig, d.h. ohne gesetzliche Verpflichtung. Den Vorwurf, dass über Sponsoring „massiv verdecktes Geld“ in die Parteikasse fließe, können wir damit entkräften. Es ist auf der Website nachvollziehbar, wer wie viel für welche Werbeleistung gezahlt hat.

Die Vorgaben zum Sponsoring in den Verhaltensregeln richten sich ebenfalls an die Landesverbände und Bezirke. Appelliert wird auch an die politischen Zusammenschlüsse, die sich auf die Sozialdemokratie berufen, aber nicht dem Statut der SPD unterliegen sowie den Unternehmen, die sich zu 100 Prozent im Eigentum der SPD befinden.

Einnahmen des Parteivorstandes aus Sponsoring und Vermietung von Standflächen 2001–2018 in Tausend EUR



Stand der IMAGE GmbH auf dem Bundesparteitag 2017. Foto: HARDCOPY-PRESS / Peer Schröder

Im Berichtszeitraum wurden die genannten Adressaten 2017 über den konformen Umgang mit Sponsoring informiert. Mitte 2018 ist die Veröffentlichungspraxis systematisch abgefragt worden. Wo es noch Lücken gab, wurde ausdrücklich auf die Definition von Sponsoring und die Transparenzvorgaben hingewiesen. Eine „Anpassungszeit" wurde bis Mitte 2019 gewährt.

Jährlich wird der Schatzmeister dem Parteivorstand und der Kontrollkommission über die Einhaltung berichten. Bei Verstößen berät die Kontrollkommission und prüft mögliche Sanktionen.

Weitere Informationen und Übersichten zu Sponsoring unter:

https://www.spd.de/partei/organisation/finanzen/downloads-finanzen/

1.5 DIE EINNAHMEN AUS VERMÖGEN

Eine weitere wichtige Säule der Finanzierung der Partei, insbesondere des Parteivorstands, sind die Einnahmen aus den Beteiligungen der SPD.

Dabei handelt es sich um die jährlichen Ausschüttungen des Unternehmensbereichs, bei dem es sich im Wesentlichen um die Medienholding ddvg und die Konzentration GmbH handelt. Die Zahlungen der Deutschen Druck- und Verlagsanstalt (ddvg) bilden den größten Anteil an den Ausschüttungen.

Im Jahr 2017 gab es von der ddvg eine Ausschüttung in Höhe von 4,0 Mio. EUR, im Jahr 2018 in Höhe von 5,5 Mio. EUR (jeweils netto) an den Parteivorstand. Diese Einnahmen werden zum einen zur Tilgung der Raten für das Willy-Brandt-Haus und zum anderen zur Finanzierung der Parteiarbeit genutzt.

Der historisch gewachsene Unternehmensbereich, von dem die Medienbeteiligungen, Grundstücke und Immobilien der Partei zum größten Teil verwaltet werden, leistet einen wichtigen Beitrag zur annähernden Chancengleichheit mit den politischen Gegnern, die über sehr viel höhere Spendeneinnahmen verfügen.

1.6 PARTEIINTERNER FINANZAUSGLEICH

Die Landesverbände und Bezirke erhalten ein Drittel der im Rahmen der staatlichen Parteienteilfinanzierung für die SPD festgesetzten Mittel. Zwei Drittel verbleiben beim Parteivorstand. Im Jahr 2017 hat der Anteil der staatlichen Mittel an den Gesamteinnahmen des Parteivorstands bei knapp 57 Prozent gelegen, 2018 bei 60 Prozent.

Die Berechnung der Verteilung der staatlichen Mittel an die Landesverbände und Bezirke ist an das Berechnungsmodell des Parteiengesetzes für die Verteilung an die Parteien angelehnt. In beiden Fällen sind die Anzahl der Wählerstimmen und die Summen der Zuwendungen maßgeblich für die Höhe der Zuwendungen. Ein Landesverband mit vielen Wählerstimmen und hohen Beitrags- und Spendeneinnahmen erhält einen höheren Anteil der Mittel.

Strukturschwache Landesverbände und solche, die negative politische Brüche zu verkraften haben, werden durch Ausgleichmechanismen des parteiinternen Finanzausgleichs materiell unterstützt. Wenn bei Landtagswahlen Stimmenverluste zu verzeichnen waren, wird den betreffenden Gliederungen ein Verlustausgleich gezahlt, der einen Teil der finanziellen Verluste abdeckt. Im Falle starker Verluste im Vergleich zum vorangegangenen Finanzausgleich steht ein jährlich neu festzulegender Glättungsbetrag zur Verfügung, der proportional auf die Gliederungen aufgeteilt wird.

Außerdem gibt es den Strukturfonds, der an Landesverbände und Bezirke gezahlt wird, die besonderer Unterstützung bedürfen. Ziel des Strukturfonds ist es, zur Finanzierung von Projekten beizutragen, die die jeweilige Gliederung mittel- und langfristig stärken. Dies können Maßnahmen zur Finanzierung der Ausbildung von Personal sein, wie es durch das Trainee-Programm erfolgt. Projekte, die zur Effizienzsteigerung der Verwaltung beitragen, können ebenfalls gefördert werden. In den Berichtsjahren betrug das Budget des Strukturfonds jeweils 800.000 EUR pro Jahr.

Diese Ausgleichsmechanismen sind Instrumente der Solidarität der Landesverbände und Bezirke untereinander, um Gliederungen mit Strukturproblemen und in Umbruchsituationen zu stärken und dem Gedanken des Ausgleiches von Chancen Rechnung zu tragen.

Verteilung der Staatlichen Mittel in den Jahren 2017 und 2018

	Endgültig beim jeweiligen Verband verbleibender Betrag in EUR	
Gliederung	2017	2018
Parteivorstand	**32.273.828,85**	**32.726.797,63**
LV Schleswig Holstein	682.048,56	668.726,03
LV Mecklenburg-Vorpommern	259.289,38	234.843,80
LO Hamburg	454.935,20	434.031,45
LO Bremen	220.080,46	208.829,70
LV Niedersachsen	739.366,96	737.904,09
BZ Nord-Niedersachsen	184.778,96	165.561,46
BZ Weser-Ems	355.855,84	335.568,52
BZ Hannover	692.796,40	720.826,18
BZ Braunschweig	246.035,76	230.527,70
LV Sachsen-Anhalt	239.118,36	242.132,05
LV Brandenburg	419.686,96	401.460,47
LV Berlin	642.744,88	647.341,79
LV Nordrhein-Westfalen	4.278.015,62	4.214.084,47
LV Hessen	531.025,64	335.061,82
BZ Hessen-Nord	306.380,60	283.780,03
BZ Hessen-Süd	785.261,84	790.276,78
LV Thüringen	239.469,38	239.719,23
LV Sachsen	349.336,92	288.966,37
LV Saar	397.303,82	368.546,40
LV Rheinland-Pfalz	1.116.001,44	1.084.395,83
LV Baden-Württemberg	1.557.803,70	1.527.166,37
LV Bayern	2.239.030,25	1.845.841,85
Summe	**49.210.195,78**	**48.732.390,02**

Im Jahr 2017 wurden 11,9 Mio. EUR und im Jahr 2018 11,5 Mio. EUR im Rahmen des parteiinternen Finanzausgleichs an die Landesverbände und Bezirke ausgezahlt. Es wurden 5,1 Mio. EUR (2017) bzw. 5,0 Mio. EUR (2018) staatliche Mittel direkt von den jeweiligen Landtagen an die Gliederungen gezahlt.

Der obigen Tabelle können die Summen der den jeweiligen Gliederungen insgesamt gezahlten staatlichen Mittel entnommen werden. Dazu gehören die Zahlungen des Bundestages und der Landtage sowie die Zahlungen aus dem parteiinternen Finanzausgleich inklusive der Ausgleichsmechanismen.

2. MITTELBEWIRTSCHAFTUNG UND HAUSHALTSENTWICKLUNG

Die Haushaltsjahre 2017 und 2018 standen unter dem Zeichen besonderer Herausforderungen. Neben der Aufstellung und Bewirtschaftung des Wahlkampfhaushaltes für die Bundestagswahl und dem Vorwahlkampfbudget zum Europawahlkampf musste auch ein Mitgliedervotum finanziert werden.

Die wichtigsten Einnahmequellen sind neben den Spenden nach wie vor die Beitragsanteile sowie der Anteil des Parteivorstandes an den staatlichen Mitteln. Gemessen an den Gesamteinnahmen betrug der Anteil der Beitragseinnahmen im Berichtszeitraum 19,4 Prozent (2015/2016: 20,4 Prozent) während der Anteil der staatlichen Mittel 65 Prozent betrug (2015/2016: 70 Prozent), inkl. den ausgezahlten Mittel nach dem neuen Parteiengesetz, für die ggf. eine Rückzahlungsverpflichtung für die kommenden Jahre besteht, sofern der Novellierung nicht stattgegeben wird. Insgesamt sind die Einnahmen weiterhin rückläufig.

Der Aufwand für politische Arbeit inklusive Öffentlichkeitsarbeit und satzungsgemäßer Parteiarbeit entsprach einem Anteil von 21,1 Prozent gegenüber 2015/2016 einem Anteil von 23,2 Prozent.

Die Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb inkl. EDV und der Restrukturierung des Unternehmensbereiches entsprachen 2015/2016 einem Anteil von 32,1 Prozent und im Berichtszeitraum 34,9 Prozent.

Der Anteil der Transferleistungen inkl. Strukturhilfe an den Gesamtausgaben beträgt im Berichtszeitraum 8,2 Prozent, wie auch in 2015/2016.

Zusätzlich erhielten die Landesverbände und Bezirke im Rahmen des Bundestagswahlkampfes ca. 1,7 Mio. EUR Wahlkreiszuschüsse.

Die Wahlkreise hatten erstmals die Möglichkeit die reguläre Unterstützung in Höhe von 7 TEUR pro Wahlkreis zu wählen oder aber eine Unterstützung in Höhe von 5 TEUR pro Wahlkreis zzgl. 4 TEUR für Post oder Plakate.

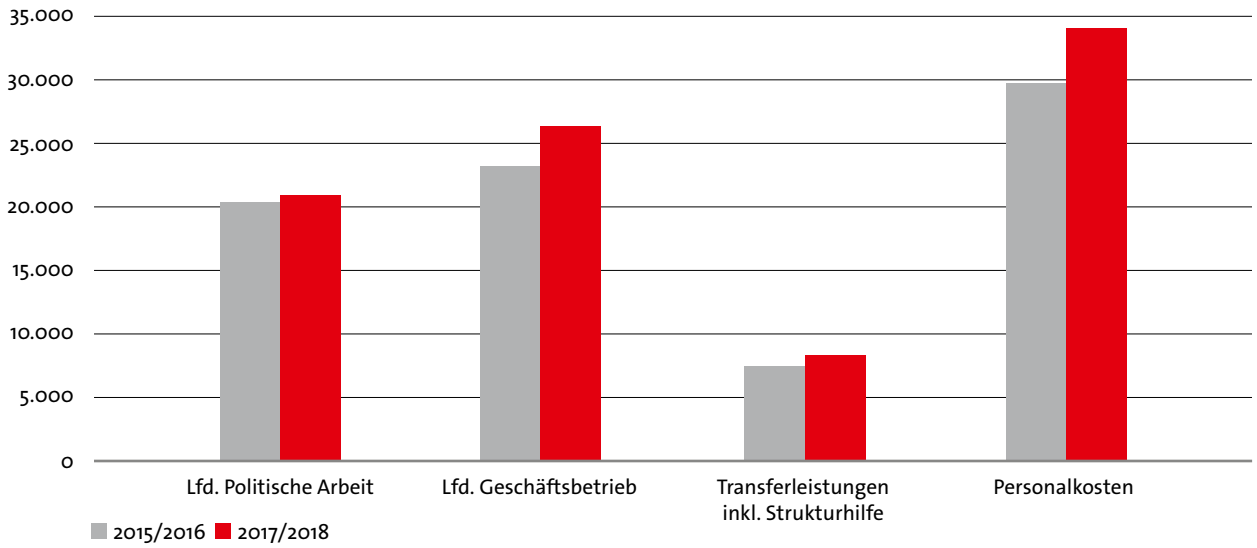
Der Anteil der Personalkosten an den Gesamtausgaben war im Berichtszeitraum analog zum Zeitraum 2015/2016 bei ca. 34 Prozent.

Die Ausgabenpolitik des Parteivorstandes orientiert sich strikt an den tatsächlich erzielten Einnahmen. Trotz der Novellierung des Parteiengesetzes ist in Zukunft nur bedingt mit höheren Einnahmen zu rechnen. Daher müssen sich die Ausgaben analog zu den Einnahmen entwickeln und ein vernünftiges Verhältnis der Ausgaben für Politische Arbeit, Geschäftsbetrieb und Personalkosten gewahrt bleiben.

Die Wahlkampfzentrale für den Bundestagswahlkampf befand sich im Willy-Brandt-Haus. Für den Bundestagswahlkampf wurden im Vorwahlkampf im Jahr 2016 bereits rund 2 Mio. EUR aufgewendet, im Jahr 2017 ca. 25,5 Mio. EUR (inkl. Personalkosten, Sachausgaben und Transferleistungen). Aufgrund der finanziellen Situation wird das Budget für die anstehende Bundestagswahl in 2021 deutlich geringer ausfallen müssen.

Für den Vorwahlkampf zur Europawahl wurden im Jahr 2018 bereits rund 1,4 Mio. EUR aufgewendet.

Ausgaben im Vergleich in Tausend EUR



Eine große Herausforderung war auch das Mitgliedervotum im März 2018.

Die Gesamtkosten beliefen sich auf ca. 1,19 Mio. EUR, wobei zwei Drittel durch den Parteivorstand und ein Drittel durch die Landesverbände und Bezirke getragen wurden.

Die Weiterberechnung an die Landesverbände und Bezirke erfolgt, laut Beschluss der Schatzmeister/-innen- und Kassierer/-innen-Konferenz, mit der Verrechnung des parteiinternen Finanzausgleichs 2019.

Sowohl die Schatzmeister/-innen- und Kassierer/-innen-Konferenz, als auch die Kontrollkommission stellten fest, dass die Mittelbewirtschaftung, sowie die Art und Weise der Kostenteilung nachvollziehbar und gerechtfertigt waren.

Die Kosten verteilten sich wie folgt:

Produktion und Verarbeitung der Abstimmungsunterlagen ca. 707 TEUR, die Umfangerweiterung des vorwärts mit dem abgedruckten Koalitionsvertrag ca. 82 TEUR, Mediakosten ca. 42 TEUR, sieben Regionalkonferenzen ca. 260 TEUR, Auszählung ca. 64 TEUR, Notar und Mandatsprüfungs- und Zählkommission ca. 31 TEUR.

Die Auszählung und Verkündung des Ergebnisses fand am 04. März 2018 im Willy-Brandt-Haus statt.

Neben der unterjährig regelmäßigen Prüfung der Mittelbewirtschaftung des Parteivorstandes durch die Kontrollkommission wurde die Haushaltsführung für die Jahre 2017 und 2018 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nach den Vorschriften des Parteiengesetzes testiert. Es gab keine Beanstandungen.

3. STRUKTURHILFEN FÜR DIE OSTDEUTSCHEN LANDESVERBÄNDE

Die Strukturhilfe für die ostdeutschen Landesverbände wurde bereits 1990 auf dem Berliner Parteitag beschlossen. Seither dient sie der Sicherung einer handlungsfähigen Organisation und wird durch die Mitglieder aller Bundesländer getragen. Von jedem Mitgliedsbeitrag werden 0,26 EUR je Monatsbeitrag einbehalten.

Die ostdeutschen Landesverbände erhielten im Berichtszeitraum 2017/2018 hieraus insgesamt 2,7 Mio. EUR.

Darüber hinaus hat der Parteivorstand aus seinem Betriebshaushalt eine ergänzende Strukturhilfe in Höhe von 525 TEUR geleistet, wobei auf das Jahr 2017 300 TEUR und 225 TEUR auf das Jahr 2018 entfallen.

Für das Jahr 2017 ergibt sich somit ein Gesamtbetrag in Höhe von 1,67 Mio. EUR und für das Jahr 2018 1,58 Mio. EUR.

Über die Strukturhilfen hinaus wird es nach wie vor für die Zukunft unserer Partei als Volkspartei von entscheidender Bedeutung sein, wie es uns als Parteivorstand gemeinsam mit den ostdeutschen Landesverbänden gelingt, die Verankerung der SPD in der Fläche in den neuen Ländern wieder voran zu bringen.

Olaf Scholz und Dietmar Nietan bei der Veranstaltung „Herkunft und Zukunft im Osten – 30 Jahre Wiedergründung der Sozialdemokratie in Ostdeutschland“ im Oktober 2019 im Willy-Brandt-Haus. Foto: Dirk Bleicker

Dietmar Nietan und Norbert Leisegang, Sänger der Band Keimzeit bei der Veranstaltung „Herkunft und Zukunft im Osten – 30 Jahre Wiedergründung der Sozialdemokratie in Ostdeutschland“ im Oktober 2019 im Willy-Brandt-Haus. Foto: Dirk Bleicker

4. DER UNTERNEHMENS-BEREICH

4.1 IMMOBILIENBEREICH: KONZENTRATION GMBH, VERWALTUNGSGESELLSCHAFT BÜROHAUS BERLIN MBH

Die Partei blickt auf eine lange und wechselvolle Geschichte „ihrer" Immobilien zurück, die die Irrungen und Wirrungen des 20. Jahrhunderts widerspiegeln. Genossinnen und Genossen haben in der Vergangenheit mit ihrem Einsatz (und Geld) ein Portfolio an Immobilien geschaffen, das untrennbar mit der Geschichte der SPD, ihrer politischen Arbeit und ihrem Widerstand gegen Totalitarismus und Unfreiheit verbunden ist. So wurde das Vermögen der Partei zweimal enteignet, einmal von den Nazis und einmal im Zuge der „Zwangsvereinigung" in den heutigen neuen Bundesländern. Erst 2016 konnte die Phase der so genannten „Restitution", d.h. der Rückgabe enteigneten Vermögens in der ehemaligen DDR, abgeschlossen werden, mehr als 25 Jahre nach der deutschen Vereinigung.

Dietmar Nietan eröffnet die Veranstaltung 100 Jahre Novemberrevolution im November 2018. Foto: privat

Dieses historische Erbe stellt eine besondere Verantwortung dar, sowohl für den Parteivorstand als (satzungsgemäßem) Eigentümer als auch für die Konzentration, die mit der treuhänderischen Verwaltung betraut ist.

Für die Parteiarbeit stellten die „Parteihäuser" in der Vergangenheit eine wichtige organisationspolitische Säule dar, die eine kontinuierliche Parteiarbeit ermöglichte. Auch heute stellt Immobilieneigentum vielerorts einen stabilisierenden Faktor für die politische Arbeit vor Ort dar – auch im Falle von Wahlniederlagen mit ihren personellen, finanziellen und organisatorischen Folgen – lassen sich örtliche, regionale Strukturen und Netzwerke aufrechterhalten, solange eine zentrale Anlaufstelle vorhanden bleibt.

Heute ist das Immobilienvermögen in der Konzentration GmbH und der Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH als Obergesellschaften organisiert. Erstere hält treuhänderisch für den Parteivorstand, aber auch im eigenen Betriebsvermögen sowie als Gesellschafterin einiger lokaler Immobiliengesellschaften, sowohl die Parteihäuser wie auch eigenen Immobilienbesitz. Letztere verwaltet und betreibt das Willy-Brandt-Haus in Berlin – ebenfalls treuhänderisch für den Parteivorstand.

Wie im letzten Finanzbericht ausgeführt, hat die Konzentration GmbH eine mehrjährige Restrukturierung im Auftrag des Schatzmeisters erfolgreich absolviert, die zu einer deutlichen Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Basis und ihrer Zukunftsaussichten geführt hat. Der bilanzielle Verschuldungsgrad der Konzentration GmbH betrug 2012 noch 131 Prozent, er konnte zum 31. Dezember 2018 auf 109 Prozent des Immobilienvermögens gesenkt werden und wird in den folgenden Jahren weiter sinken. Jedoch ist es bis zum angestrebten mittelfristigen Ziel von 50 bis 70 Prozent noch ein weiter Weg. Auch im Treuhandvermögen ist diese Entwicklung festzustellen: Der Verschuldungsgrad befindet sich hier bereits in dem mittelfristigen Zielkorridor

Herbert-Wehner-Haus Dresden – Richtfest am 28. September 2018. Foto: Konzentration GmbH

von 50 bis 70 Prozent, leidet allerdings an vielen Standorten unter den nicht oder nur unzureichend vorhandenen Instandhaltungsrücklagen.

Auf Grundlage dieser gestärkten wirtschaftlichen Basis kann der Immobilienbereich erstmals ohne Zuflüsse von außen – etwa in Form umfangreicher Restitutionserlöse wie sie bis 2014 festzustellen waren – beginnen, den Immobilienbestand nachhaltig zu bewirtschaften, Instandhaltungsrücklagen zu bilden und Investitionen zu finanzieren. Daneben hat die Konzentration ihren Geschäftsbetrieb im Zuge des Restrukturierungskonzepts deutlich ausgeweitet, indem zusätzliche reine „Renditeobjekte", die nicht der Parteiarbeit dienen, dem Portfolio hinzugefügt wurden. Das hat zu einer deutlichen Umsatzausweitung zwischen 2012 und 2018 geführt (durchschnittlicher Zuwachs 11,5 v.H. jährlich zwischen 2013 und 2018).

Insgesamt gibt es – trotz des nach wie vor hohen Schuldenstands – inzwischen genügend Bewegungsspielraum, um auch Ausschüttungen an die Partei zu leisten. Diese werden ausschließlich aus dem „Rendite-Bereich" des Portfolios geleistet, gehen also nicht zu Lasten der Mieten, die die Partei in den Objekten selbst leistet und die verwendet werden, um die Kosten der Bewirtschaftung, Instandhaltung und Investitionen zu finanzieren.

Im Jahr 2018 hat der Immobilienbereich erstmals 150 TEUR an die Partei ausgeschüttet, 2019 waren es 200 TEUR und 2020 werden es nach derzeitigem Stand 250 TEUR (jeweils netto) sein. Da der Immobilienbereich einen sehr gut planbaren und stabilen Geschäftsverlauf aufweist, hat die Konzentration die Garantie übernommen, ein einmal erreichtes Ausschüttungsniveau für die jeweils folgenden 5 Jahre als Untergrenze der Ausschüttungen zu garantieren. Das verschafft dem Parteivorstand die Möglichkeit, im Rahmen seiner mittelfristigen Finanzplanung mit verlässlichen, zukünftigen Einnahmen planen zu können.

Die Tilgung der für den Neubau des Willy-Brandt-Hauses aufgenommenen Darlehen schreitet planmäßig voran – auch dank der Ausschüttungen der ddvg, die dort über die Tilgungen nachhaltig reinvestiert werden. Zugleich hat der Parteivorstand Büro-Flächen freigemacht, die an „Dritt-Mieter" vermietet werden konnten, um damit die Kostenbelastung für den Parteivorstand zu reduzieren.

So erfreulich die Entwicklung in wirtschaftlicher Hinsicht auch ist, sie wird auch getrieben durch die hohe nicht gedeckte Nachfrage nach Wohnraum. Dies wird spürbar an der teilweise extrem hohen Anzahl an Interessensbekundungen bei freien Wohnungen innerhalb weniger Stunden. Grundsätzlich werden marktgerechte Mieten verlangt,

stets im mittleren Bereich der von Mietenspiegeln (soweit vorhanden) und anderen regionalen Statistiken vorgegebenen Bandbreiten. Wir streben ein faires und konstruktives Miteinander mit Mieterinnen und Mietern sowie Dienstleistern und Handwerkern an.

Da wir uns zum Ausbau unseres Rendite-Bereichs zeitweilig auch auf der Käuferseite bewegen, sehen wir auch die z.T. besorgniserregenden Preisentwicklungen in gefragten Lagen und haben die aktive Suche nach geeigneten Objekten in diesen „hotspots“ (z.B. fast ganz Berlin) eingestellt. Wir verstehen uns als reiner Bestandshalter, wir „filetieren“ nicht und spekulieren nicht; ohne „spekulativen Faktor“ sind aber die dort häufig anzutreffenden Preisvorstellungen nicht mehr zu erfüllen.

Erfreulicherweise konnte in den vergangenen Jahren auch die Rolle als „Quartiermeisterin“ der Partei ausgefüllt werden: Neben dem Neubau des Herbert-Wehner-Hauses in Dresden, dessen Flächen der Landesverband Sachsen jüngst in Besitz nehmen konnte, hat auch der Landesverband Rheinland-Pfalz mit dem Mainzer „Proviantmagazin“ eine neue Adresse. Wir freuen uns, dass wir hier – wie in anderen Fällen, wo es um kleinere Objekte/Büroetagen ging – behilflich sein konnten. Diese Beratung wird für Gliederungen der SPD kostenlos angeboten.

Grundsätzlich kann der Immobilienbereich damit wichtige Funktionen für die Partei übernehmen: Sei es als Teil der Vermögensverwaltung (Ausschüttungen), als Dienstleister/Quartiermeister, der Flächen für die Parteiarbeit zu günstigen Kosten bereitstellt und ein historisches Erbe pflegt, für das Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch Leib und Leben riskiert haben. Die Immobilien helfen dabei mit, der Partei ein organisatorisches „Gerüst“ zu geben und sind gleichzeitig auch „Sicherungsobjekt“ für kreditgebende Banken, um ggf. schnell Kredite für außergewöhnliche politische Situationen zu erhalten.

4.2 DEUTSCHE DRUCK- UND VERLAGSGESELLSCHAFT MBH

Digitale Transformation des Kerngeschäfts

In den vorvergangenen Jahren hatte sich die Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft (ddvg) darauf konzentriert, mithilfe ihrer Tochtergesellschaft 2WI (Zwei Welten Investments GmbH) digitale Lösungen als Angebot für Regionalverlage zu entwickeln. Im Berichtszeitraum rückte die digitale Transformation der regionalen Medienhäuser und ihrer Kernprodukte stärker in den Vordergrund.

Digitalisierung ist auch für den Schatzmeister ein Thema. Dietmar Nietan, Andrea Nahles und Sascha Lobo im Gespräch. Foto: privat

NW-Führungsteam mit Geschäftsführer Klaus Schrotthofer (4.v.l.) erläutert auf der Mitarbeiterversammlung die Digitalstrategie „NW21“. Foto: NW

Die Digitalisierung des Kernprodukts bedeutet angesichts, sinkender Erträge aus dem Printgeschäft, ein erhebliches Maß an Investitionsmitteln. Sie erfordert außerdem eine umfassende Reorganisation aller Bereiche der jeweiligen Verlagshäuser. Last but not least müssen die traditionsreichen Zeitungshäuser einen massiven Kulturbruch wagen: Das zeigt sich schon daran, dass es keinen Redaktionsschluss mehr gibt und die gesamte Produktion auf die Veröffentlichung in den Online-Kanälen ausgerichtet ist. Ganz wesentlich ist auch, dass Erfolg oder Misserfolg von Texten im digitalen Leser*innenmarkt in Echtzeit messbar sind.

Die jahrzehntelang gültigen Arbeitsabläufe und Hierarchien verlieren damit ihre Gültigkeit und werden durch eine neue Arbeits- und Führungsweise ersetzt. Dies verlangt allen Mitarbeiter*innen sehr viel ab.

Ansatzpunkt für die Transformation der Unternehmen ist vor allem die Entwicklung von digitalen journalistischen Qualitätsprodukten und die daran anschließende Einführung *digitaler Abomodelle (Paid Content)*.

Die Madsack Mediengruppe (ddvg-Beteiligungsquote 23,1 Prozent) produziert und steuert mit ihrem RND Digital Hub eine ganze Reihe digitaler Nachrichtenangebote regionaler Tageszeitungen. Im Juli 2019 haben Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ) und die Hannoversche Neue Presse (NP) ein digitales Aboangebot an den Markt gebracht.

Die Neue Westfälische (NW) aus Bielefeld (ddvg-Beteiligungsquote 100 Prozent) ist mit ihrer Digitaloffensive „NW21“ im Frühjahr 2018 gestartet und hat Anfang September 2019 ihr digitales Angebot mit einem Abomodell versehen. Außerdem hat die NW an mehreren Standorten mit der Plattform „Lokalportal“ ein neues Angebot geschaffen. Lokalportal vernetzt die Einwohner*innen einer Nachbarschaft untereinander, und durch die Kooperation mit den NW-Lokalredaktionen erfahren die Nutzer*innen mittels Lokalportal alles, was sie über ihre unmittelbare Umgebung wissen müssen.

Die DDV-Mediengruppe in Dresden (ddvg-Beteiligungsquote 40 Prozent) hat im November 2018 ihr neues Angebot „Sächsische.de“ gestartet, das ebenfalls darauf setzt, Nutzer*innen als Abonnent*innen zu gewinnen. Hierbei kann die „Sächsische.de“ auf Vorarbeiten des ebenfalls zu DDV gehörenden digitalen Reichweitenmediums Tag24.de (33,8 Mio. Visits im August 2019) aufbauen.

Alle diese Angebote liegen preislich unter 10,00 EUR/ Monat und orientieren sich stark an den Erfolgen, die insbesondere mehrere skandinavische Verlage mit ihren digitalen Bezahlmodellen vorweisen können. Allerdings ist einerseits noch nicht geklärt, inwiefern diese skandinavischen Erfahrungen auf Deutschland übertragbar sind. Zum anderen ist es auch den skandinavischen Verlagen bislang noch nicht gelungen, die wegbrechenden Printerlöse ausreichend durch digitale Vertriebsumsätze auszugleichen.

Deshalb wird sich die Suche nach einem funktionierenden digitalen Geschäftsmodell nicht auf Paid-Content-Varianten beschränken dürfen, sondern auch digitale Werbeerlöse und andere Umsätze werden gebraucht, um weiter Qualitätsjournalismus im Lokalen finanzieren zu können.

Ein Weg hierzu ist die *Etablierung lokaler Plattformen*, die umfassend über alles lokal Relevante informieren und sowohl vermarktungsfähige Reichweite bieten, als auch die Nutzer zum Abo-Produkt hinführen (Funnel-Funktion). Mit dem oben erwähnten Lokalportal (das über die ddvg-Tochter 2WI zu 50,16 Prozent gehalten wird) hat die ddvg ein entsprechendes Angebot geschaffen, das bei der NW zur Umsetzung gelangt und sowohl national wie international reges Interesse hervorgerufen hat.

Einer von vielen lokalen Beiträgen in Bielefeld (Screenshot)

Schwieriger erweist sich die erfolgreiche Umsetzung des anderen von 2WI vorangetriebenen Startups „Locafox". Locafox konnte zwar ein technisch hervorragendes all-in-one-Kassensystem im Markt platzieren; der Aufbau einer werbefinanzierten Umsatzsäule in Kooperation mit Regionalverlagen mittels sog. local inventory ads ist jedoch nicht im erhofften Maß vorangekommen.

Darüber hinaus hatte die ddvg schon im vorvergangenen Berichtszeitraum mehrere Investitionen im Bereich von Nachhaltigkeit und Verbraucherschutz gestartet.

Im Hinblick auf den 2015 gestarteten ÖKO-Test-Ableger in China hat sich die ddvg Ende 2018 zur Veräußerung entschieden, unter anderem weil sich die chinesischen Partner nicht mehr in ausreichendem Maß an der Finanzierung der Weiterentwicklung des Portals beteiligen wollten.

Die über die Green Lifestyle GmbH (GLG) zu 100 Prozent gehaltene Online-Plattform Utopia.de konnte im Berichtszeitraum ihre Position ausbauen: Mit 6,8 Mio. monatlichen Visits hat Utopia im Jahr 2019 die Schwelle zur Profitabilität überschritten und kann das weitere Wachstum aus eigener Kraft finanzieren. Seit dem Jahr 2018 unterstützt Utopia zudem das Digitalgeschäft von Öko-Test. Im Ergebnis ist es Utopia gelungen, die Reichweite von Öko-Test (die aufgrund von Entscheidungen des alten Managements auf unter 0,4 Mio. Visits gesunken war), wieder in den siebenstelligen Bereich zu steigern. Die zuvor schlechte Performance des Online-Angebots von ÖKO-Test und die negative Entwicklung des Geschäfts waren Anfang 2018 Anlass für eine Trennung vom bisherigen Management. Nachdem im Jahr 2018 mit großer Kraftanstrengung der Fortbestand von ÖKO-Test erreicht werden konnte, konnte in 2019 damit begonnen werden, das Unternehmen für die Zukunft fit zu machen. Nach derzeitigem Stand kann ab 2020 die Gewinnschwelle wieder erreicht werden.

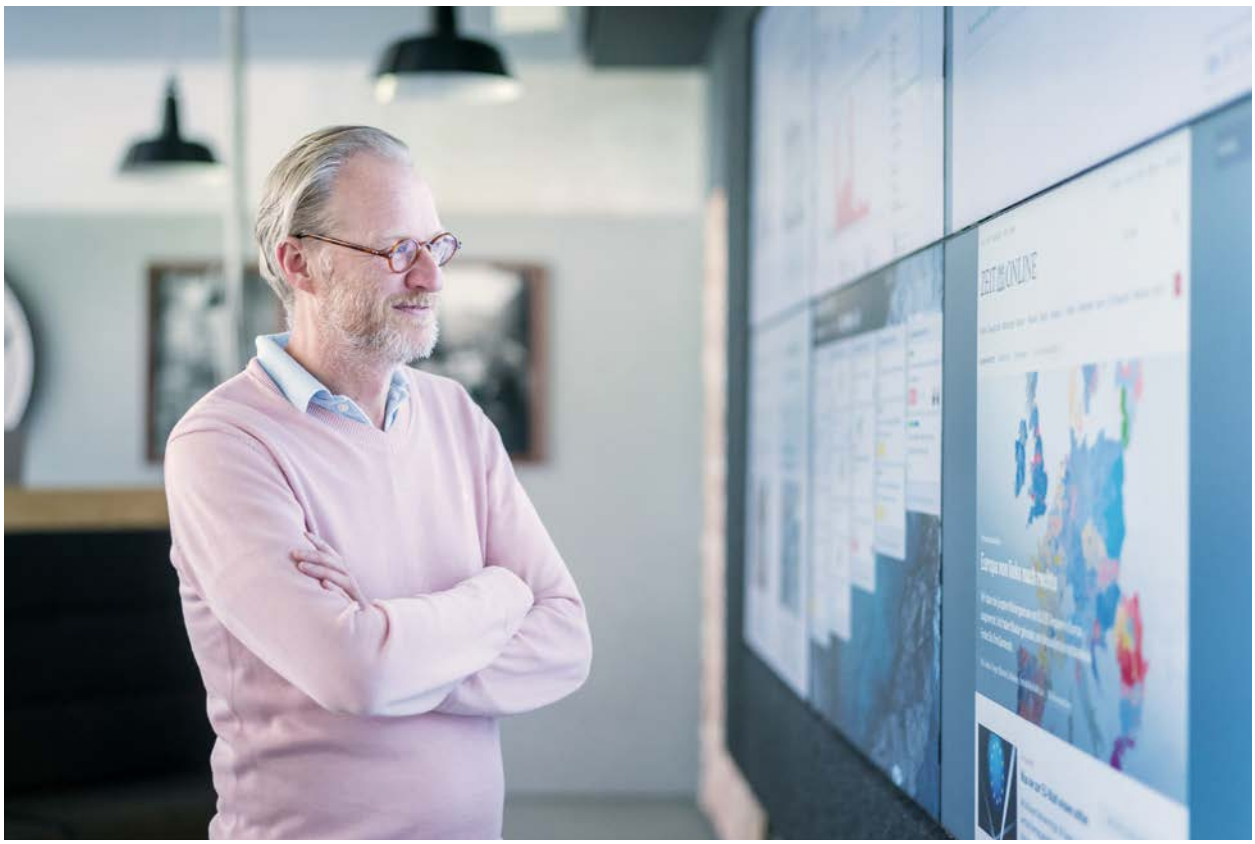
Die dritte von GLG gehaltene Beteiligung, Avocadostore.de, konnte im Berichtszeitraum Reichweite, Umsatz und Ertrag steigern und wird Ende 2019 Break-Even erreicht haben.

Alles in allem ist es GLG damit gelungen, beide neueren Investments über die verlustreiche Startphase zu bringen und Digitalkompetenzen zu bündeln, die auch ÖKO-Test für die Zukunft benötigt.

Positive Ergebnisse der ddvg

Das Betriebsergebnis der ddvg zeigt mit 13,5 Mio. EUR (2017) und 15,4 Mio. EUR (2018) ein durchgängig positives Bild.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit in Höhe von 4,4 Mio. EUR (2017) bzw. 13,6 Mio. EUR (2018) spiegelt die robuste Verfassung der ddvg wider.



Chefredakteur Uwe Vetterick im Newsroom von Sächsische.de. Foto: DDV Mediengruppe

Der Schwerpunkt des Portfolios der ddvg war, wie oben erwähnt, auch im Berichtszeitraum das regionale Verlagssegment. Die Beteiligungsergebnisse aus den Medienbeteiligungen beliefen sich auf 17,3 Mio. EUR (2017) bzw. 18,6 Mio. EUR (2018). Diese Ergebnisse beinhalten auch Ausschüttungen zuvor thesaurierter Gewinne einer Tochtergesellschaft. Ohne diese Sondereffekte würde deutlicher, dass insbesondere die hohen Zustellkosten auf der einen und die sinkenden Vertriebs- und Werbeumsätze auf der anderen Seite stark auf die Ergebnisse drücken. Im Übrigen haben sich auch die Mehraufwendungen für die Pensionsrückstellungen einiger Unternehmen bedingt durch die anhaltende Niedrigzinssituation fortgesetzt.

Weitere Geschäftsbereiche

Der SPD-Reiseservice verzeichnet weiter guten Zuspruch aus der Mitgliedschaft und dem Umfeld der Partei und hat mit Verdi-Reisen ein weiteres interessantes Aufgabenfeld erschlossen, in dem die Kompetenz für Politik-, Gruppen- und Kulturreisen zum Tragen kommen kann.

Die Services für die SPD und deren Mitglieder konnten nochmals deutlich erweitert werden: Anfang 2018 hat der SPD-Shop zusammen mit der tarifgebundenen Druckerei Dräger-Wullenwever (ddvg-Beteiligung 70 Prozent) nun auch das Gestaltungsportal für die Partei integriert.

5. FINANZEN DER GESAMTPARTEI FÜR DAS JAHR 2017 IM VERGLEICH

Für den Vergleich der Finanzen von SPD und den Unionsparteien wurden die Daten aus den Rechenschaftsberichten 2017 herangezogen, da die Rechenschaftsberichte von CDU und CSU für 2018 bei Redaktionsschluss noch nicht veröffentlicht waren.

Die Gliederungen der SPD haben im Jahr 2017 Einnahmen in Höhe von insgesamt 166,1 Mio. EUR verzeichnet. Die CDU hatte im gleichen Zeitraum Einnahmen in Höhe von 156,7 Mio. EUR, die CSU in Höhe von 43,4 Mio. EUR. Die Unionsparteien konnten somit insgesamt ca. 200,1 Mio. EUR vereinnahmen.

47 Prozent der Einnahmen der Partei stammten im Jahr 2017 aus Beiträgen. Der Anteil der Mitgliedsbeiträge an den Gesamteinnahmen der SPD lag bei 31 Prozent, die Mandatsträgerbeiträge machten knapp 16 Prozent aus. Die staatlichen Mittel hatten einen Anteil von 29,6 Prozent an den Einnahmen. Die CDU finanzierte sich 2017 zu 36,8 Prozent aus Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträgen, die CSU zu 32,3 Prozent.

Die Unionsparteien profitieren weiterhin von Spenden von natürlichen Personen und im Vergleich zur Sozialdemokratie absolut und überproportional von denen juristischer Personen. Der SPD wurden bundesweit von juristischen Personen 3,1 Mio. EUR gespendet, dies bedeutet anteilig 1,9 Prozent der Gesamteinnahmen. Die lediglich in Bayern agierende CSU hat 2017 Spenden juristischer Personen in Höhe von 4,4 Mio. EUR erhalten, dies hat etwas mehr als ein Zehntel der Einnahmen ausgemacht. Die CDU hat 12,6 Mio. EUR oder anteilig 8 Prozent von juristischen Personen erhalten. Die Unionsparteien haben ca. 17 Mio. EUR von Unternehmen erhalten, mehr als fünf Mal so viel wie die SPD.

Von natürlichen Personen hat die SPD insgesamt Spenden in Höhe von 11,4 Mio. EUR (6,85 Prozent der Gesamteinnahmen) erhalten. Die Unionsparteien kommen insgesamt auf 28 Mio. EUR Einnahmen durch Spenden natürlicher Personen, was einem Anteil von 14 Prozent der Einnahmen beider Parteien entspricht.

Die Unionsparteien erhalten bedeutend mehr und größere Spenden von Unternehmen, Arbeitgeberverbänden und vermögenden Privatpersonen. Sie haben von 19, die SPD von 3 natürlichen oder juristischen Personen Zuwendungen von jeweils insgesamt 100.000 EUR oder mehr im Kalenderjahr 2017 erhalten.

Für die SPD sind eine Vielzahl kleinerer Spenden wichtig für die Finanzierung der Parteiarbeit. Die Einnahmen aus dem Unternehmensbereich bedeuten ebenfalls ein hohes Maß an Unabhängigkeit und einen Beitrag zur finanziellen Chancengleichheit mit dem politischen Wettbewerber.

Im Jahr 2017 hat die SPD 181,2 Mio. EUR ausgegeben, davon 56,2 Mio. EUR für Wahlkämpfe. Die CDU hatte Ausgaben von insgesamt 163,9 Mio. EUR, davon entfielen 60,9 Mio. EUR auf Wahlkampfaktivitäten. Die Ausgaben für Wahlkämpfe lagen bei der CSU bei 10,1 Mio. EUR, insgesamt hat die Partei 45,2 Mio. EUR als Ausgaben im Rechenschaftsbericht verzeichnet.

Das Reinvermögen der SPD lag bei 202,5 Mio. EUR. Hauptsächlich wegen der Wahlkampfausgaben verringerte sich das Reinvermögen im Vergleich zum Vorjahr um 15 Mio. EUR. Die CSU hat ein Reinvermögen in Höhe von 38 Mio. EUR, die CDU in Höhe von 157,6 Mio. EUR ausgewiesen.

Im Jahr 2018 ist das Reinvermögen der SPD auf 233,4 Mio. EUR gewachsen.

Rechenschaftsberichte der im Bundestag vertretenen Parteien im Vergleich für das Jahr 2017

	SPD		CDU		CSU	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Einnahmen						
Mitgliedsbeiträge	51.705.936,18	31,12	37.573.934,92	23,98	10.332.618,00	23,82
Mandatsträgerbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	26.228.750,32	15,79	20.094.742,17	12,82	3.672.742,36	8,47
Spenden von natürlichen Personen	11.375.818,23	6,85	22.576.258,92	14,41	5.440.941,90	12,55
Spenden von juristischen Personen	3.172.998,38	1,91	12.629.911,08	8,06	4.406.871,48	10,16
Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	5.304.007,55	3,19	0,00	0,00	0,00	0,00
Einnahmen aus sonstigem Vermögen	6.851.228,94	4,12	2.022.577,55	1,29	1.221.150,10	2,82
Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschrifen etc.	11.687.440,33	7,03	12.782.222,14	8,16	6.266.935,69	14,45
Staatliche Mittel	49.210.195,78	29,62	48.361.704,25	30,86	11.779.090,46	27,16
Sonstige Einnahmen	608.040,64	0,37	659.447,29	0,42	248.543,95	0,57
Gesamt	**166.144.416,35**	**100,00**	**156.700.798,32**	**100,00**	**43.368.893,94**	**100,00**
Ausgaben						
Personalausgaben	55.024.894,80	30,36	46.339.298,84	28,27	12.265.965,21	27,15
Laufender Geschäftsbetrieb	29.353.245,69	16,20	27.944.338,25	17,05	6.962.900,41	15,41
Allgemeine politische Arbeit	33.307.417,20	18,38	26.247.902,50	16,01	14.325.177,46	31,71
Wahlkämpfe	56.218.153,10	31,02	60.866.451,04	37,13	10.111.195,34	22,38
Vermögensverwaltung einschließlich sich hieraus ergebender Zinsen	6.826.217,05	3,77	1.435.020,96	0,88	964.450,53	2,14
sonstige Zinsen	324.677,09	0,18	223.501,64	0,14	393.041,89	0,87
Unternehmenstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
sonstige Ausgaben	180.378,99	0,10	875.601,16	0,53	150.367,31	0,33
Gesamt	**181.234.983,92**	**100,00**	**163.932.114,39**	**100,00**	**45.173.098,15**	**100,00**
Überschuss/Defizit	**-15.090.567,57**		**-7.231.316,07**		**-1.804.204,21**	
Reinvermögen	**202.469.706,61**		**157.577.024,85**		**37.980.401,84**	

CDU/CSU		Bündnis 90 / Die Grünen		Die Linke		FDP		AfD	
EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%
47.906.552,92	23,94	9.777.057,50	22,49	10.042.387,31	31,78	7.857.217,71	20,28	2.990.567,68	16,29
23.767.484,53	11,88	9.734.854,87	22,39	4.843.785,49	15,33	2.089.325,02	5,39	662.054,56	3,61
28.017.200,82	14,00	4.910.019,70	11,29	2.682.994,15	8,49	10.450.190,68	26,97	6.584.019,75	35,87
17.036.782,56	8,52	962.753,44	2,21	3.420,00	0,01	4.621.847,79	11,93	166.676,80	0,91
0,00	0,00	184,62	0,00	100.000,00	0,32	95.108,58	0,25	211.158,15	1,15
3.243.727,65	1,62	160.741,01	0,37	34.863,87	0,11	396.171,85	1,02	1.222,31	0,01
19.049.157,83	9,52	678.643,23	1,56	264.346,65	0,84	1.357.423,22	3,50	42.749,06	0,23
60.140.794,71	30,06	15.819.010,95	36,39	12.200.789,91	38,62	11.746.087,14	30,32	7.548.879,14	41,12
907.991,24	0,45	1.429.774,47	3,29	1.422.640,81	4,50	129.622,43	0,33	149.078,57	0,81
200.069.692,26	**100,00**	**43.473.039,79**	**100,00**	**31.595.228,19**	**100,00**	**38.742.994,42**	**100,00**	**18.356.406,02**	**100,00**
58.605.264,05	28,03	17.710.307,46	37,45	10.737.227,86	32,26	4.955.707,41	12,59	2.660.995,25	12,14
34.907.238,66	16,69	6.328.780,54	13,38	4.934.206,89	14,83	7.967.572,31	20,25	2.882.064,27	13,15
40.573.079,96	19,40	6.985.172,96	14,77	7.008.813,34	21,06	7.954.376,03	20,21	2.992.637,66	13,66
70.977.646,38	33,94	15.849.865,49	33,51	10.488.792,41	31,52	17.457.776,60	44,36	12.974.516,45	59,22
2.399.471,49	1,15	256.420,37	0,54	62.772,30	0,19	48.951,26	0,12	9,50	0,00
616.543,53	0,29	765,11	0,00	6.509,47	0,02	950.001,80	2,41	5.060,83	0,02
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	226.533,14	1,03
1.025.968,47	0,49	162.950,20	0,34	39.955,29	0,12	17.413,98	0,04	168.528,31	0,77
209.105.212,54	**100,00**	**47.294.262,13**	**100,00**	**33.278.277,56**	**100,00**	**39.351.799,39**	**100,00**	**21.910.345,41**	**100,00**
-9.035.520,28		**-3.821.222,34**		**-1.683.049,37**		**-608.804,97**		**-3.553.939,39**	
195.557.426,69		**41.579.454,88**		**31.296.174,08**		**7.240.201,63**		**10.999.912,28**	

www.spd.de

BERICHT DES SPD-GENERALSEKRETÄRS LARS KLINGBEIL

ORDENTLICHER
BUNDESPARTEITAG

06. BIS 08. DEZEMBER 2019

INHALT

1 VORWORT **3**

2 PROGRAMMATISCHE ERNEUERUNG **6**

2.1 Debattencamp am 10./11. November 2018 6

2.2 Programmatische Beschlüsse und Impulse 7

3 ORGANISATIONSPOLITISCHE AUFSTELLUNG UND ERNEUERUNG **12**

3.1 Neuaufstellung des Willy-Brandt-Hauses 12

3.2 Arbeit der Organisationspolitischen Kommission zur Neuaufstellung: BPT-Antrag 15

3.3 Mehr (digitale) Beteiligung 16

3.4 Gleichstellung und Vielfalt 20

3.5 Strukturen stärken: Innovationsfonds 2019 22

3.6 Politische Bildungsarbeit 23

3.7 Präsenz in gesellschaftlichen Netzwerken 23

3.8 Mitgliederentwicklung im Zeitraum von Dezember 2017 bis heute 24

4 #UNSERESPD – WIR WÄHLEN EINE NEUE SPITZE **25**

4.1 Online-Umfrage zur Mitgliederbeteiligung an der Wahl der Parteivorsitzenden 25

4.2 Unsere Kandidierenden für den Parteivorsitz 26

4.3 Unsere Tour und kommunikative Begleitung der ersten Mitgliederbefragung 26

4.4 Ergebnis der ersten Mitgliederbefragung 29

4.5 Unsere Kampagne zur zweiten Mitgliederbefragung 29

4.6 Ergebnis der zweiten Mitgliederbefragung 31

5 INTERNATIONALE POLITIK DER SPD: PROGRAMMATISCHE ERNEUERUNG UND UNSER ENGAGEMENT IN EUROPA UND DER WELT **32**

6 EUROPAWAHL UND LANDTAGSWAHLEN **34**

6.1 Kampagne zur Europawahl 2019 34

6.2 Landtagswahlen 41

1 VORWORT

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

der ordentliche Bundesparteitag ist jedes Mal auch Anlass und Ort, um zurückzublicken. Und wir blicken heute auf zwei ereignisreiche Jahre für unsere SPD zurück. Zwei Jahre, in denen wir viele Hochs und Tiefs erlebt, aber auch angefangen haben unsere Partei für die Zukunft aufzustellen. Über meine Arbeit als Generalsekretär in dieser Zeit möchte ich mit diesem Bericht Rechenschaft ablegen.

Als die Jamaika-Parteien ihre Koalitionsverhandlungen an die Wand gefahren hatten, haben wir gemeinsam entschieden, wieder Verantwortung in der Regierung zu übernehmen. Nach einer intensiven und fairen innerparteilichen Diskussion hat sich die große Mehrheit unserer Mitglieder im März 2018 beim Mitgliedervotum für die Bildung einer Regierung mit CDU/CSU entschieden. Die Grundlage dafür war ein Koalitionsvertrag, der eine klare sozialdemokratische Handschrift trägt. Wie vom Bundesparteitag beschlossen, werden wir an diesem Wochenende auch eine Halbzeitbilanz dieser Großen Koalition ziehen.

Der ordentliche Bundesparteitag im Dezember 2017 und der außerordentliche Parteitag im April 2018 haben den Parteivorstand für seine Amtszeit außerdem damit beauftragt, unsere Partei organisatorisch und programmatisch zu erneuern. Wir haben eine umfassende, erstmals externe Analyse des Bundestagswahlergebnisses durchgeführt, weil wir gemeinsam „Aus Fehlern lernen“ wollen. Diese Analyse war der Ausgangspunkt für tiefgreifende Veränderungen, die wir gemeinsam auf den Weg gebracht haben.

Mit dem Bundesparteitag im April 2018 haben wir den Startschuss für die organisatorische und programmatische Neuaufstellung gegeben. Zu unserem Debattencamp im November 2018 sind über 3.000 Genossinnen und Genossen nach Berlin gekommen. Die Bilder und Videos dokumentieren die tolle Atmosphäre und die Aufbruchsstimmung, die von der Veranstaltung ausging. Und wenn mich danach Journalistinnen oder Journalisten gefragt haben, welche Agentur das Debattencamp organisiert hat, konnte ich durchaus mit Stolz antworten: „Keine. Das waren wir ganz alleine!“ Mit dem Debattencamp haben wir bewiesen, was in der SPD steckt und was die Kolleginnen und Kollegen im Willy-Brandt-Haus leisten können. Wir werden den Geist der offenen, kontroversen Debatte weitertragen.

Das Debattencamp war nur der Auftakt für zahlreiche programmatische Weichenstellungen. Jahrelang haben uns inhaltliche Konfliktthemen gelähmt. Unser Anspruch ist: Die SPD gibt klare und mutige Antworten auf die großen Fragen unserer Zeit. Dabei gibt uns unser Wertekanon aus Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität Orientierung für unsere programmatische Debatte. In diesem Jahr haben wir zahlreiche zentrale programmatische Diskussionen geführt und wegweisende Beschlüsse getroffen. Wir sind heute klar, wofür die SPD steht: Wir wollen einen modernen Sozialstaat auf Augenhöhe mit einem neuen Bürgergeld, mehr Qualifizierung und 12 Euro Mindestlohn. Wir wollen, dass sich Angehörige und Betroffene eine ordentliche Pflege leisten können, gleichzeitig kämpfen

wir für bessere Löhne in der Pflege. Wir wollen Kinder aus HartzIV rausholen und konsequent gegen Armut und Ausgrenzung vorgehen. Wir gestalten Klimaschutz sozial und gerecht, damit alle, auch diejenigen mit kleinen Einkommen, klimafreundlich leben können. Wir wollen, dass die Superreichen endlich einen größeren Beitrag für die nötigen Zukunftsinvestitionen in Bildung, Klimaschutz und Digitalisierung leisten. Es soll eine Pflicht geben, Daten zu teilen, damit es Innovationen und Wettbewerb gibt, die allen zu Gute kommen, nicht nur Amazon, Google, Apple und Co.

Wir bringen die Partei nicht nur programmatisch voran. Wir haben auch unsere Parteistrukturen reformiert: Wir wollen vielfältiger werden und unsere Strukturen stärken. Dazu haben wir auch eine Stabsstelle Gleichstellung im Willy-Brandt-Haus eingerichtet und die Position des Ostbeauftragten eingeführt, um diesen Wandel voran zu treiben. So konnten wir im Jahr der drei Landtagswahlen in Ostdeutschland einen großen Zukunftskonvent in Erfurt veranstalten und legen wir diesem Bundesparteitag einen wirklich ausführlichen Gleichstellungsbericht vor. Dieser Bericht umfasst viele neue Aspekte und zeigt uns viele Erfolge, aber auch, dass in unserer Partei noch einige gleichstellungspolitische Potenziale vorhanden sind. Wir wollen einen echten Kulturwandel und mehr Teamarbeit in der Sozialdemokratie. Davon spüren wir schon sehr viel.

In den vergangenen zwei Jahren haben wir unsere Partei als moderne Mitgliederpartei im 21. Jahrhundert aufgestellt. Wir haben unseren Mitgliedern neue und auch digitale Beteiligungsmöglichkeiten eröffnet. Das ist nicht nur ein wichtiges Signal an unsere Mitglieder, sondern auch an die Bürgerinnen und Bürger: Die SPD ist eine Partei, in der sich unsere Mitglieder einbringen können und den Weg mitbestimmen. Wer mit seiner oder ihrer Stimme etwas verändern möchte, kommt zur SPD. Unsere Parteiorganisation werden wir mit dem Beschluss zur organisationspolitischen Neuaufstellung, den wir in den vergangenen zwei Jahren gemeinsam erarbeitet haben, weiter revitalisieren und für Mitglieder noch attraktiver machen. Ich bin überzeugt: Mit der Erweiterung der Mitgliederbeteiligung leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Aufstellung unserer innerparteilichen Demokratie für die Zukunft und stärken so auch die repräsentative Demokratie der Bundesrepublik.

Zudem wurde ein umfassender Prozess zur Neuaufstellung des Willy-Brandt-Hauses eingeleitet, damit unsere Partei und die Zentrale in Zukunft dauerhaft kampagnenfähig und schlagkräftig sind. Das wird sich langfristig, aber soll sich bereits in der nächsten Bundestagswahlkampagne auszahlen. Wie viel Wahlkampfgeist in uns steckt, haben wir im Europawahlkampf 2019 gezeigt, als wir mit unseren Spitzenkandidierenden Katarina Barley und Udo Bullmann an den Haustüren unterwegs waren, Flyer an den Waffeltrucks verteilt und unsere Botschaften im Netz geteilt haben, um die Menschen davon zu überzeugen.

Mit unserem Vorgehen für die demokratische Mitgliederbeteiligung im Vorfeld der Wahl des Parteivorsitzes haben wir mit #UnsereSPD ein leuchtendes Beispiel innerparteilicher Demokratie geschaffen. Natürlich lassen wir mit dieser Mitgliederbefragung „alte Rituale“ der letzten Jahre hinter uns. Über den Parteivorsitz wurde nicht im Hinterzimmer von einigen wenigen vorab entschieden, sondern die Möglichkeit der offenen Nominierung von Bewerberinnen und Bewerbern und die Bestätigung durch die gesamte Mitgliedschaft eröffnet. Auf diesem Parteitag wählen wir das Spitzenduo, mit dem wir in die Zukunft gehen. Mir ist wichtig, dass wir alle unser Versprechen einlösen: Das

Duo, das als Siegerin und Sieger aus der Mitgliederbefragung hervorgeht und von den Delegierten an die Spitze unserer Partei gewählt wird, bekommt die Unterstützung von 100 Prozent der SPD.

In den vergangenen zwei Jahren durfte ich mit gleich sechs (kommissarischen) Vorsitzenden zusammenarbeiten: Auf Martin Schulz folgte Olaf Scholz als kommissarischer Vorsitzender, bis nach über 150 Jahren im April 2018 mit Andrea Nahles das erste Mal in unserer Geschichte eine Frau an die Parteispitze gewählt wurde. Im Sommer 2019 haben dann Malu Dreyer, Thorsten Schäfer-Gümbel und Manuela Schwesig die Aufgabe der kommissarischen Parteiführung bis zur Wahl der neuen Spitze übernommen. Allen sechs möchte ich – ich bin mir sicher auch im Namen all unserer Mitglieder – meinen tiefen Respekt und Dank für ihre unermüdliche Arbeit aussprechen. Hier möchte ich ausdrücklich auf die ehemalige Bundesgeschäftsführerin Nancy Böhning wie auch den ausscheidenden Bundesgeschäftsführer Thorben Albrecht sowie unseren Schatzmeister Dietmar Nietan einschließen. Mit allen dreien durfte ich eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten. Auch unseren Bundesministerinnen und -ministern, die tagtäglich unsere sozialdemokratischen Herzensprojekte im Koalitionsvertrag um- und durchsetzen, um das Leben vieler Menschen ganz konkret zu verbessern, gebührt unser Dank.

Ganz besonders bedanken möchte ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen im Willy-Brandt-Haus, die in den vergangen zwei Jahre unermüdlich an der Neuaufstellung unserer Partei mitgearbeitet haben.

Wir alle spüren es: Wir haben die Chance auf einen neuen Teamgedanken in der gesamten SPD. All unsere Mitglieder, diejenigen, die Verantwortung für die Partei oder als Mandatsträgerin oder -träger auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene übernehmen, arbeiten gemeinsam, um unsere SPD wieder stark zu machen. Ich möchte mich bei Euch allen für das große Engagement bedanken.

Lasst uns diese Chance nutzen und gemeinsam in die neue Zeit aufbrechen.

Euer

Lars Klingbeil

2 PROGRAMMATISCHE ERNEUERUNG

Unsere programmatische Erneuerung nahm ihren Ausgang auf dem Debattencamp Ende des vergangenen Jahres. Seitdem haben wir in vielen zentralen Fragen programmatische Beschlüsse gefällt, die wir auf diesem Bundesparteitag weiter diskutieren wollen, um Konflikte, die uns jahrelang gelähmt haben, in die Zukunft aufzulösen.

2.1 Debattencamp am 10./11. November 2018

Der Bundesparteitag in Wiesbaden im April 2018 hat den Startschuss für die Erneuerung der SPD gesetzt. Auftrag war, uns als Partei zu erneuern – programmatisch und organisatorisch. Mit dem Debattencamp im November 2018 haben wir einen Ort geschaffen, am dem beides möglich war. Eine andere Form zu den Themen für unsere Diskussion zu kommen, eine andere Art und Weise die Diskussion miteinander zu führen und die Offenheit für neue Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit.

Für die mehr als 3.000 Gäste gab es mehr als 60 Vorträge, Talks, Workshops und MeetUps. Hinzu kamen zahlreiche Aussteller*innen, die sich und ihre Arbeit teilweise mit eigenen Angeboten präsentiert haben. Die Regierungschefs von Griechenland und Portugal, Alexis Tsipras und António Costa besuchten unser Debattencamp. Mehr als 60 Prozent des Programms basierten auf den 317 Vorschlägen unserer Mitglieder.

Es wurde über Arbeit, Digitalisierung, Umwelt und den Sozialstaat von morgen diskutiert. „Wir werden Hartz IV hinter uns lassen“, versprach Andrea Nahles auf dem Debattencamp. Erste Diskussionsergebnisse des Debattencamps wurden zur Parteivorstandsklausur Anfang 2019 zusammengeführt. Mit dem Beschluss „Ein neuer Sozialstaat für eine neue Zeit“ hat der Parteivorstand auf dieser Klausur das Versprechen von Andrea Nahles vom Debattencamp eingelöst. Mit dem Beschluss des Präsidiums „Impulse für mehr Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und eine zukunftsfähige Wirtschaft“ im Sommer 2019 wurde ein weiteres zentrales Thema des Debattencamps aufgegriffen. Weitere Themen werden auf diesem Bundesparteitag 2019 behandelt. Auch der Beschluss „Daten teilen für digitalen Fortschritt“ aus dem November 2019 knüpft an die Diskussionen des Debattencamps an.

2.2 Programmatische Beschlüsse und Impulse

Die folgenden Impulse und programmatischen Beschlüsse aus den letzten zwei Jahren sind noch einmal besonders hervorzuheben.

November 2018 – Demokratie im Netz verteidigen

Wie schaffen wir Deutungshoheit und unterstützen den demokratischen Diskurs auf sozialen Netzwerken? Wer sind Bündnispartner, die uns dabei unterstützen? Und wo muss der Staat eingreifen? Diese drei Fragen standen im Mittelpunkt der Impulsveranstaltung am 28. November 2018 mit Sonja Boddin (Vorstand ichbinhier e.V.) und Oberstaatsanwalt Markus Hartmann (Leiter der Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime NRW). Ergebnis der Diskussion ist ein Maßnahmen-Plan, der sowohl im Vorwärts als auch unter spd.de veröffentlicht wurde. Unser Ziel ist, die demokratische Debatte im Netz zu stärken und Filterblasen aufzubrechen. Das bedeutet aber auch, dass demokratisches Engagement kontinuierlich gefördert wird. Wir müssen von Modellprojekten zu einer strukturellen, langfristigen Förderung kommen. Deshalb brauchen wir ein Demokratiefördergesetz, das genau das leistet. Und es muss deutlich werden, dass das Internet ein freier, aber kein rechtsfreier Raum ist. Allen muss klar sein, dass kein Recht auf Lüge und schon gar nicht auf Beleidigung existiert. Löschen alleine reicht dabei nicht aus. Was wir zusätzlich brauchen, ist eine effektive Strafverfolgung durch Polizei und Staatsanwaltschaft bei strafrechtsbewährten Inhalten.

Februar 2019 – Ein neuer Sozialstaat für eine neue Zeit

Die adhoc-Arbeitsgruppe war aus der Workshop-Gruppe „Neuausrichtung der Sozialpolitik“ der PV-Klausur am 14. Dezember 2018 hervorgegangen, um strittige sozialstaatliche Fragen zu klären. Hintergrund war die zentrale Anforderung, zu formulieren, wie die SPD 15 Jahre nach der Agenda 2010 einen neuen Sozialstaat für die Zukunft schaffen kann. Die Mitglieder der adhoc-Arbeitsgruppe waren Hubertus Heil, Kevin Kühnert, Manuela Schwesig, Katja Mast, Dagmar Schmidt und Detlef Scheele. Die Beratungen der adhoc-Arbeitsgruppe mündete in den Beschluss des Sozialstaatspapiers im PV am 11. Februar 2019. Dies hat wesentliche Grundlagen für die folgende Sozialstaatsdebatte gelegt sowie Empfehlungen für eine neue Politik für Chancen und Schutz in der Arbeitswelt formuliert. Es geht darum, Anforderungen an den Sozialstaat in einer sich verändernden Welt neu zu formulieren, Lebensleistungen stärker anzuerkennen und Abstiegsängsten entgegenzuwirken. Ein „Recht auf Arbeit“ im Sinne des Anspruchs auf Unterstützung bei Arbeit und Teilhabe wird dem Konzept eines bedingungslosen Grundeinkommens entgegengesetzt. Kernpunkte der Empfehlung sind folgende Vorschläge: Stärkung des Werts der Arbeit durch einen höheren Mindestlohn; Stärkung der Tarifbindung und Absicherung neuer Erwerbsformen; mehr Zeitsouveränität und Arbeit, die zum Leben passt; Rechtsanspruch auf Weiterbildung und Qualifizierungsgarantie; stärkerer Schutz in der Arbeitslosenversicherung; eine eigenständige Kindergrundsicherung und ein Bürgergeld, das die bisherige Grundsicherung im SGB II weiterentwickelt und auf mehr Chancen auf Arbeit und Anerkennung von Lebensleistung setzt, Mitwirkungspflichten erhält, aber unsinnige Sanktionen abschafft.

April 2019 – Zukunftsprogramm Ost

Der Bundesparteitag hat im Dezember 2017 eine Stärkung der politischen Arbeit in Ostdeutschland beschlossen, dazu gehört die Erarbeitung eines Zukunftsprogramms Ost der SPD auf einem eigens dafür zu schaffenden Ostkonvent. Als Ziele des Prozesses wurden die inhaltliche Weiterentwicklung und Profilierung der SPD und die bessere Vernetzung in Ostdeutschland definiert. Gemeinsam mit dem neu eingesetzten Ostbeauftragte Martin Dulig wurde ich beauftragt, diese Vorhaben umzusetzen. Aufbauend auf den Vorarbeiten aus 2018 (Aufbau eines Unterstützernetzwerks in Ostdeutschland, Konferenz der Ost-Spitzenpolitiker*innen im Willy-Brandt-Haus mit Beschluss des Eckpunktepapiers „Für einen sozialen und demokratischen Aufbruch im Osten) wurde im Januar 2019 die Jahresauftaktklausur Ost am Gründungsort der ostdeutschen Sozialdemokratie in Schwante durchgeführt. In diesem Rahmen wurde das Eckpunktepapier weiterentwickelt zu einem Entwurf des Zukunftsprogramms Ost unter dem Titel „Jetzt ist unsere Zeit: Aufarbeitung, Anerkennung und Aufbruch“. Die Kernthesen des Programms mündeten in den gleichnamigen Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 28. Januar 2019. Beim Ostkonvent der SPD trafen sich über 400 Genossinnen und Genossen und Gäste am 6. April 2019 in Erfurt. In mehreren Workshops wurden die Schwerpunktthemen des „Zukunftprogramm Ost – Jetzt ist unsere Zeit“ vorgestellt und diskutiert. Gemeinsam mit der Parteivorsitzenden Andrea Nahles und allen Ostspitzenpolitiker*innen, unter ihnen Manuela Schwesig, Franziska Giffey, Petra Grimm-Benne, Dietmar Woidke, Martin Dulig und Wolfgang Tiefensee haben wir 12 Kernthesen aus dem Programm öffentlichkeitswirksam präsentiert und unterzeichnet.

April 2019 – Die Pflege von Morgen

Im Februar 2019 wurde eine ad-hoc-Arbeitsgruppe „Pflege“ unter Leitung von Malu Dreyer eingesetzt. Weiter Mitglieder waren Kerstin Griese, Boris Velter, Katja Mast, Karl Lauterbach, Heike Baehrens, Sönke Rix, Kerstin Tack und Franziska Giffey. Die Beratungen der Arbeitsgruppe standen im Zusammenhang mit der Sozialstaatsdebatte – es ging um die Frage, wie das neue Sozialverständnis (der Sozialstaat muss das Leben leichter machen; er muss ohne Hürden zugänglich sein, die Würde des Einzelnen achten und niemand stigmatisieren) für den immer wichtiger werdenden Bereich der Pflege übersetzt werden kann. Im April 2019 legte die ad-hoc-Arbeitsgruppe ihre Empfehlungen vor. Kernpunkte sind: Begrenzung der Eigenanteile der Pflegebedürftigen zu den Pflegeleistungen; perspektivische Einführung einer Pflegebürgerversicherung und vollständige Abschaffung der Eigenanteile an den Pflegeleistungen; Einführung einer Pflegezeit mit Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige zur Förderung von Vereinbarkeit von Pflege und Beruf; Gewährleistung guter Arbeit in der Pflege durch Tarifverträge und bessere Löhne in der Pflege und eine gute Personalausstattung und Stärkung der Rolle der Kommunen in der Pflege.

Juni 2019 – 10-Punkte-Papier „Impulse für mehr Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und eine zukunftsfähige Wirtschaft“

Noch bevor sich die Debatte über Klimaschutz im Frühjahr 2019 zuspitzte, wurde beim SPD-Parteivorstand eine ad hoch-Arbeitsgruppe „Nachhaltiges Wachstum“ eingesetzt. Beteiligt waren neben Politiker*innen aus Partei und Fraktion Vertreter*innen aus Gewerkschaften und Umweltverbänden. Die Aufgabe lautete, im Spannungsfeld Arbeit und Umweltschutz Empfehlungen zu liefern, die es ermöglichen, die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens einzuhalten, ohne den Alltag derjenigen Menschen zu beschweren, die nicht privilegiert sind. Treibhausgasneutralität in Deutschland für 2050 zu erreichen – und das unter den Vorzeichen gerechter Verteilung der Kosten und Chancen, so lautete der Auftrag an die ad hoc-Arbeitsgruppe. Im Juni 2019 legt die Arbeitsgruppe einen Katalog von 10 Empfehlungen vor, die maßgeblich die Position der SPD in den Verhandlungen um das Klimapaket im Rahmen des Klimakabinetts prägten. Ein zentraler Aspekt waren Überlegungen zu einem Klimaschutzgesetz, das jeden einzelnen Sektor (Verkehr, Wohnen, Landwirtschaft etc.) beim Einsparen von CO2 in die Verantwortung nimmt und Klimaschutz dauerhaft im Regierungshandeln verankert – mit Kontroll- und Nachsteuerungsmechanismen. Ein weiterer Aspekt war die Frage, wie man dem CO2-Ausstoß einen Preis geben und gleichzeitig einen sozialen Ausgleich dafür organisieren kann.

August 2019 – Verteilungsgerechtigkeit herstellen: Die Vermögensteuer wiedereinführen!

Die Diskussion über eine zunehmende Ungleichheit in Deutschland ist nicht neu, aber sie nimmt an Brisanz zu. Die Schieflage bei der Vermögensentwicklung der letzten Jahrzehnte erfordert schon lange politische Entscheidungen zur Korrektur. Seit der Nicht-Erhebung der Vermögensteuer ab 1997 hat die Schieflage der Vermögensverteilung dramatisch zugenommen und war deshalb immer wieder Gegenstand gesellschaftlicher und innerparteilicher Debatten in der SPD. Der SPD-PV hat deshalb am 24. Juni 2017 eine Kommission zur Vermögensbesteuerung eingesetzt, die Machbarkeit zur Wiedererhebung der Vermögensteuer prüfen sollte. Die Kommission hat unter der Leitung von Thorsten Schäfer-Gümbel im Januar 2019 ihre Arbeit aufgenommen und im August 2019 ihren Bericht vorgelegt. Er enthält eine deutliche Empfehlung zur Revitalisierung der Vermögenssteuer und formuliert Eckpunkte, wie eine verfassungskonforme und wirksame Vermögensbesteuerung aussehen kann.

August 2019 – Wir gegen Rechtspopulismus

Die Gewaltbereitschaft der rechten Szene steigt. Ihr Ziel ist die Zerstörung unserer freien, offenen und pluralen Gesellschaft. Sie wollen eine völkische Gesellschaftsordnung der Ungleichheit, der Ausgrenzung und des Chauvinismus durchsetzen. Durch die kalkulierte Verrohrung der politischen Debatte durch rechtspopulistische und rechtextreme Hetzer fühlen sich Gewaltorientierte immer öfter animiert, die Grenze zur Tat zu überschreiten – bis hin zum Mord und Einsatz gemeingefährlicher Mittel. Angesichts dieser Lage hat im August 2019 das SPD-Präsidium ein Maßnahmenpapier beschlossen, das sieben konkrete Punkte benennt, wie wir unsere demokratische Ordnung stärken wollen. Wie dringend erforderlich die Intensivierung des Kampfes gegen rechts ist, zeigte die er-

schreckende Brutalität des Anschlags von Halle im Oktober 2019, als ein Rechtsextremist wahllos zwei Menschen tötete und neun zum Teil schwer verletzte. Nur durch Zufall blieben die zum Beten zusammengekommenen Menschen in der Synagoge unverletzte. Unter ihnen wollte der Täter ein Blutbad anrichten. Die Maßnahmen zur Verteidigung unserer freiheitlichen demokratischen Ordnung sind wie folgt überschrieben: Besserer Schutz vor rechten Gewalttätern – rechtsextreme Gefährder systematischer ins Visier nehmen; Rechtsextremisten entwaffnen - Waffenrecht konsequent anwenden; Aktionsplan gegen Hass im Netz; Funktionierender Rechtsstaat – Sicherheitsbehörden müssen über jeden Zweifel erhaben sein; Zusammenhalt stärken – Demokratie achten, leben und lernen; Zivilgesellschaft stärken im Kampf gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus – „Demokratie leben!"; gefährdete Bürgerinnen und Bürger besser über rechtsextreme Bedrohung informieren und unterstützen. Gemeinsam mit unseren SPD-Innenministern konnten wir dafür sorgen, dass das Thema Kampf gegen rechts ganz oben auf der Tagesordnung der Bundesregierung war und ist. Unsere Forderungen haben maßgeblich das Maßnahmenpaket zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität der Bundesregierung beeinflusst. Es wurde am 30. Oktober 2019 vom Bundeskabinett beschlossen und befindet sich in der parlamentarischen Beratung und Umsetzung.

November 2019 – Daten teilen für digitalen Fortschritt

Egal ob bei der Suchmaschinen-Anfrage oder der Autofahrt mit dem Navigationssystem: Ständig werden Daten produziert – Daten, die den Anbietern von Internetdiensten helfen, ihr Angebot kontinuierlich zu verbessern. Das Problem: Diese Daten stehen bisher nur wenigen großen Unternehmen wie Google oder Amazon zur Verfügung, die den Markt dominieren und ihre Monopolstellung immer weiter ausbauen. Der SPD-Parteivorstand hat daher am 25. November 2019 den Beschluss „Daten teilen für digitalen Fortschritt" verabschiedet, der maßgeblich auf eine gemeinsame Initiative von Andrea Nahles und mir als Generalsekretär zurückgeht. Vorausgegangen war dem Beschluss eine initiierte intensive öffentliche und mediale Debatte, die der SPD-Parteivorstand durch Namensartikel von uns beiden, eine öffentliche Anhörung sowie zahlreiche internen Expertengespräche vorangetrieben hatte. Wir fordern in dem Beschluss eine Datenteilungspflicht für marktbeherrschende Unternehmen auf datengetriebenen Märkten. Diese sollen verpflichtet werden, Sachdaten sowie anonymisierte Nutzerdaten (etwa von Suchanfragen) anderen Unternehmen aus derselben Branche zugänglich zu machen. So sollen gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle geschaffen und die Bildung von Monopolen verhindert werden. Die Daten werden den Konzernen nicht weggenommen, aber andere können auch profitieren. Ergänzend soll in einem zweiten Open-Data-Gesetz ein Rechtsanspruch auf offene Daten verankert werden. Im Regelfall sollen damit Regierungs- und Verwaltungsdaten als offene Daten zur Verfügung gestellt werden. Personenbezogene Daten sind davon ausgenommen. Eine staatliche Agentur soll zudem datengetriebene Märkte identifizieren und den Datenzugang und den Datenaustausch administrieren und überwachen. Der Vorschlag zielt darauf ab, den Machtungleichgewichten des Datenkapitalismus eine Kultur der Machtkontrolle, des Schutzes des Einzelnen und des Daten-Teilens entgegensetzen, von der Bürger*innen, Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen profitieren. Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine entsprechende Datenstrategie zu entwickeln, die als Grundlage für eine europäische Datenstrategie dient.

November 19 – Kindergrundsicherung

Die Debatte um die Bekämpfung von Kinderarmut und eine Kindergrundsicherung wird seit inzwischen 10 Jahren in Verbänden und Parteien intensiv geführt. Zahlreiche Akteure haben sich dazu mit eigenen Vorschlägen und Konzepten positioniert. Auch in der SPD gab es bereits 2010/2011 im Rahmen der „Zukunftswerkstatt Familie" einen ersten intensiven Diskussionsprozess, an dessen Ende der Bundesparteitag 2011 das Konzept einer sozialdemokratischen Kindergrundsicherung aus Infrastrukturausbau und neuem Kindergeld beschloss. Dieses Konzept weiter zu entwickeln, an aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen anzupassen und innerparteilich strittige Fragen zu klären, war Aufgabe einer ad-hoc-AG, die aus der Workshop-Gruppe „Neuausrichtung der Sozialpolitik" der PV-Klausur am 14. Dezember 2018 hervorgegangen war. Die Mitglieder der ad-hoc-Arbeitsgruppe waren Franziska Giffey und Dagmar Schmidt (gemeinsame Leitung), Martin Dulig, Carsten Sieling, Sönke Rix, Kerstin Griese, Katja Mast, Susann Rüthrich, Carola Reimann, Johannes Jakob, Ulrich Maly und Thomas Krützberg. Die Beratungen der ad-hoc-Arbeitsgruppe mündeten zunächst in den PV-Beschluss „Arbeit – Solidarität – Menschlichkeit" am 11. Februar 2019, der erste Eckpunkte der neuen sozialdemokratischen Kindergrundsicherung enthielt. Sie wurden in den folgenden Monaten konkretisiert. Es geht dabei um bestmögliche Chancen für alle Kinder in Deutschland. Die Unterstützung von Kindern und Familien ist vielfältig, dennoch wächst jedes fünfte Kind in Armut auf. Das soll ein Ende haben – mit einem grundlegenden Wechsel in der Familienförderung und drei Bausteinen: Erstens flächendeckend guten und beitragsfreien Kitas, kostenlosen Ganztagsangeboten für Schulkinder und freie Fahrt mit Bus und Bahn im Nahverkehr für alle Kinder. Zweitens einem Teilhabekonto in Form einer Kinderkarte. Jedes Kind soll monatlich 30 Euro für den Sportverein, die Musikschule oder das Schwimmbad zur Verfügung haben – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Und drittens einer existenzsichernden Geldleistung anstelle des bisherigen Flickenteppichs an Einzelleistungen für Kinder – gestaffelt nach Einkommenssituation der Eltern. Dieses neue Kindergeld soll umso höher sein, je ärmer die Familie ist – und nicht umgekehrt, wie im bisherigen System.

3 ORGANISATIONSPOLITISCHE AUFSTELLUNG UND ERNEUERUNG

Auf Augenhöhe mit der programmatischen Neuaufstellung liegt unsere organisatorische und organisationspolitische Erneuerung. Wir wollen unsere Partei zur modernsten Kampagnen- und Mitgliederpartei des 21. Jahrhunderts machen.

3.1 Neuaufstellung des Willy-Brandt-Hauses

Auf die Mitarbeiter*innen im Willy-Brandt-Haus war auch in schwierigen Zeiten stets Verlass. Gleichzeitig werden die Anforderungen an eine moderne Parteizentrale ständig komplexer und wir stehen vor großen Herausforderungen: politischen und organisatorischen. Und all das mit deutlich weniger Ressourcen. Deshalb haben wir uns auf den Weg gemacht, das WBH für die Zukunft neu aufzustellen und dauerhaft kampagnenfähig zu machen.

Durch eine Verbesserung der Struktur, der Arbeitsweise und durch Konzentration auf prioritäre Aufgaben wird das Willy-Brandt-Haus daher für die Zukunft aufgestellt. Unser Ziel ist es, das WBH in Kampagnen schlagkräftiger zu machen und zu einer modernen Parteizentrale weiterzuentwickeln, die am Puls der Zeit arbeitet. Es soll eine Parteizentrale sein, die strategischer ausgerichtet ist sowie schneller und agiler arbeiten kann. Sie soll in der Gesellschaft vernetzt und nicht nur in Wahlkampfhochzeiten kampagnenfähig sein. In einem nun fast eineinhalb jährigen Prozess habe ich gemeinsam mit dem Bundesgeschäftsführer und dem Schatzmeister ein Konzept für die Neuaufstellung erarbeitet. Bei all dem war uns wichtig, dass wir die neue Aufstellung gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Willy-Brandt-Hauses entwickeln.

Zunächst haben wir mit externer Unterstützung durch die Organisationsberatung Rambøll Kernaufgaben für das Willy-Brandt-Haus herausgearbeitet, auf die wir uns zukünftig konzentrieren werden. Die personellen Ressourcen sollen dazu so aufgestellt werden, dass optimale Ergebnisse erzielt werden können:

- Erstens stärken wir daher die Arbeitsbereiche, in denen wir Themen vordenken und entwickeln und so die inhaltliche Erneuerung unterstützen.
- Zweitens wird die Beteiligung zu einem dauerhaften Prozess und zum Teil der Willensbildung in der SPD gemacht und somit auch die Grundlage geschaffen, die Vorschläge der Organisationspolitischen Kommission umzusetzen.
- Und drittens gewährleisten wir die strategische Kommunikation aus einer Hand und denken die verschiedenen Kanäle nicht mehr getrennt voneinander.

So kann das Willy-Brandt-Haus dazu beitragen, dass die SPD eine systematische strategische Ausrichtung aufbauen, schnelle inhaltliche Impulse in die Debatten einbringen, externe Ideen einsammeln, effektiver kommunizieren und dabei die Mitglieder mehr beteiligen kann. Dazu haben wir sieben Konzeptionsworkshops mit insgesamt 85 Mitarbeiter*innen durchgeführt, um aus dem Haus heraus Verbesserungsvorschläge zu machen. Das beginnt mit einer stärkeren strategischen Steue-

rung und klaren Verantwortlichkeiten. Aufgaben werden gebündelt, Doppelstrukturen abgeschafft und Kompetenzen im Haus dadurch besser genutzt. Außerdem arbeiten wir in flexiblen Projektstrukturen statt in starren Arbeitseinheiten, um so unser Ziel einer dauerhaften Kampagnenfähigkeit zu erreichen.

Wir haben die Strukturen im WBH neu gedacht, um diesen Anforderungen gerecht zu werden. Dabei gab es keine Tabus und kein Bereich wurde ausgeklammert. Das galt auch für die Aufgabenteilung in der Hausleitung und deren Aufstellung. Der Kerngedanke dabei war, nicht mehr von „Zuständigkeiten“ aus zu denken, sondern konsequent von „Prozessen“. Das ermöglicht in Zukunft auch deutlich agilere Anpassungen an politische Schwerpunktsetzungen und Anforderungen. Das Ziel ist es, dass alle im Haus bei den zentralen Projekten stärker miteinander arbeiten, über Abteilungen hinaus. Dafür wird es zukünftig eine unterstützende Projekteinheit geben, die die Kompetenz und Qualifikation hat, Projektleitungen zu übernehmen und die Zusammenarbeit in agilen und klassischen Projekten zu koordinieren.

Bei IT-Projekten arbeiten wir bereits mit agilen Methoden – eine Vorgehensweise, die fortwährende Verbesserungsschritte zum Ziel hat und in der Softwareentwicklung eine gängige Arbeitsweise ist. Die Geschäftsführung hat dazu mit externer Beratung ein Rahmenwerk für die Arbeit nach diesen Prinzipien entwickelt und beschlossen. Es kommt bei allen digitalen Projekten zum Einsatz und wir haben begonnen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des WBH entsprechend zu schulen. Die Geschäftsführung hat überdies festgelegt, regelmäßig einmal im Quartal mit Schatzmeister, Generalsekretär und Bundesgeschäftsführer die strategischen Entscheidungen im IT-Bereich gemeinsam zu beraten und zu beschließen.

Für die Mitgliederbefragung zum Parteivorsitz, hat das Willy-Brandt-Haus bereits projektorientiert und abteilungsübergreifend gearbeitet. Und das wurde sehr positiv aufgenommen, weil diese Projektstruktur Freiräume schafft und Kreativität freisetzt.

Im kommenden Jahr werden wir die neuen Strukturen nun in Kraft setzen und innerhalb der nächsten drei Jahre soll dann jede Person im Haus an der richtigen Stelle sitzen. Bereits jetzt wurde ein „Strategisches Zentrum“ eingerichtet, in dem alle Erkenntnisse aus dem Haus zusammenfließen und auf dieser Basis über prioritäre Projekte entschieden wird. Die Entscheidungen, die im „Strategischen Zentrum“ getroffen werden, sollen auf Basis der Kompetenz von allen Abteilungen im Haus gefällt werden, für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter transparent sein und so Orientierung geben.

Mit der Neuaufstellung haben wir außerdem die Chance, besser zu verstehen, was in der Partei passiert, was die Genossinnen und Genossen vor Ort umtreibt und wo sie unsere Unterstützung brauchen. Dazu wollen wir eine Dienstleistungszentrale aufbauen, als erste Anlaufstelle für Gliederungen, damit wir Dienstleistungen passgenauer auf ihre Bedürfnisse ausrichten können. Konzepte sollen nicht in einer kleinen Gruppe am grünen Tisch entwickelt werden, sondern immer im Austausch mit den Bezirken und Landesverbänden, damit sie den Lebens- und Parteirealitäten unserer Mitglieder vor Ort entsprechen.

Der Weg der Neuaufstellung ist nicht nur ein langer Weg. Es wird sicherlich auch an mancher Stelle kein ganz einfacher Weg. Wir alle müssen uns verändern, Liebgewonnenes hinter uns lassen und neue Aufgaben übernehmen. Das bringt Unsicherheit und Ängste mit sich, manchmal sicherlich auch Konflikte.

Aber ich bin mir sicher, dass es lohnt den Weg zu gehen. Und dass es am Ende Spaß machen wird, alte Strukturen hinter uns zu lassen, klare Prioritäten zu kennen, eigenverantwortlicher und mehr miteinander zu arbeiten. Und damit als WBH auch erfolgreicher zu sein. Von unseren politischen Gegnern wieder gefürchtet zu sein und wieder das Kraftzentrum der SPD zu werden. Das ist unser Ziel.

3.2 Arbeit der Organisationspolitischen Kommission zur Neuaufstellung: BPT-Antrag

Die Bundesparteitage 2017 und 2018 haben dem SPD Parteivorstand den Auftrag gegeben, an Wegen zu neuer Stärke zu arbeiten. Wir wollen auf allen Ebenen eine moderne und starke Organisation werden, die bereit ist, ihre Strukturen immer wieder zu hinterfragen und auf der Höhe der Zeit zu halten. Wir wollen ein spannender Ort der politischen Debatte sein. Wir sind überzeugt: Die SPD wird stark, wenn sie zurückfindet zur programmatischen und sprachlichen Klarheit. Die SPD wird stark, wenn sie ihre neue Debattenkultur, wie auf den Dialogveranstaltungen erfahren, fortsetzt, Beteiligungsmöglichkeiten für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger ausbaut und mehr Mitglieder einbindet. Und die SPD wird stark, wenn sie die Vielfalt der Gesellschaft und ihrer Mitgliedschaft stärker für sich nutzt.

Wir haben dafür die Organisationspolitischem Kommission eingesetzt, deren traditionelle Zusammensetzung aus Bezirken und Landesverbänden um Perspektiven aus der digitalen und der wissenschaftlichen Welt erweitert wurde.

Eine organisationspolitische Erneuerung ist nur gemeinsam mit den Bezirken und Landesverbänden zu erreichen, deshalb waren die Bezirks- und Landesvorsitzenden von Anfang an in die Beratungen einbezogen und haben der Organisationspolitischen Kommission am im November 2018 auch eine Roadmap aus der Perspektive der Bezirks- und Landesvorsitzenden mit auf den Weg gegeben. Die Organisationspolitische Kommission war nicht nur neu zusammengesetzt, sie hat auch ihre Arbeitsweise verändert und auf ihrer ersten Sitzung am 11./12. Januar 2018 die Bildung von acht Arbeitsgruppen beschlossen:

- Revitalisierung der Organisationskraft
- Neumitglieder/Mitgliederwerbung
- Präsenz in den gesellschaftlichen Netzwerken
- Wahlkämpfe und Kampagnen
- Gemeinsame Infrastruktur
- Zeitgemäße Mitgliederorganisation 4.0
- Strukturen und Beteiligung
- Finanzkraft stärken

Diese Gruppen haben hauptsächlich in Webkonferenzen miteinander gearbeitet und konnten die Themen – trotz der räumlichen Entfernungen, die zwischen den Mitgliedern lag – intensiv miteinander beraten. Aus den Diskussionen sind in den Arbeitsgruppen Papiere entstanden, die in eine gemeinsame Beschlussempfehlung der Organisationspolitischen Kommission an den Parteivorstand mündeten. Diese Empfehlungen wurden auf der Klausur der Organisationspolitischen Kommission

am 27./28. September 2019 beschlossen. Der Parteivorstand hat sich im Verlauf der Beratungen insgesamt dreimal mit den Fragestellungen der Organisationspolitischen Kommission befasst und ihr seine Anliegen für die Beratungen zurückgespielt.

Auf seiner Klausur am 28./29. September 2019 hat der Parteivorstand sich die Empfehlungen der Organisationspolitischen Kommission in weiten Teilen zu eigen gemacht und diese dem Parteitag als Antrag zur grundsätzlichen Ausrichtung der Reform und zu den erforderlichen Satzungsänderungen vorgelegt. Mit dem Antrag legt der Parteivorstand seine organisationspolitischen Antworten auf die Veränderungen in der Kommunikation, die gewachsenen Beteiligungsansprüche und die individualisierten Perspektive auf politische Prozesse und Themen vor.

Er zieht drei Konsequenzen, in dem er

- mit den Online-Themenforen, dem Mitgliederbeirat, den Zukunftswerkstätten und dem veränderten Parteikonvent neue Orte der politischen Aushandlung schafft, an denen politische Diskussion jenseits von „ja/nein“-Entscheidungen durch das Ringen um eine gemeinsame beste Lösung gelingen kann.
- mit der Verkleinerung der Gremien einen Beitrag zur Stärkung der Strategiefähigkeit der SPD schafft und so in diesen Gremien Verantwortung wieder erkennbar und erfahrbar wird und
- mit der Formulierung einer digitalen Strategie und der neuen Kooperationen zwischen Parteivorstand und Bezirken und Landesverbänden die Möglichkeit eröffnet, die digitalen Möglichkeiten so zu nutzen, dass hieraus neue Stärke erwächst und die Arbeit der Ehren- und der Hauptamtlichen effektiver und zielführender eingesetzt werden kann.

Ich möchte den Mitgliedern für ihr Engagement sowie die konzentrierte und intensive Arbeit sehr herzlich danken.

3.3 Mehr (digitale) Beteiligung

Mitgliedervotum 2018

Nach Scheitern der Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, CSU, FDP und Grünen stand die SPD vor der Entscheidung trotz erheblicher Bedenken in eine große Koalition einzutreten oder Neuwahlen erforderlich zu machen. Von Anfang an war klar, dass jeder Schritt mit der gesamten Partei gemeinsam gegangen werden muss. So entschied der Bundesparteitag am 7. Dezember 2018 auf Vorschlag von Martin Schulz die Aufnahme von Sondierungsgesprächen mit der Union, der a.o. Bundesparteitag am 21. Januar 2019 in Bonn die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen und das Mitgliedervotum von 20. Februar 2019 bis 2. März 2019 über die Bildung einer Koalition mit CDU und CSU.

Am 17. (Hamburg & Hannover), 18. (Kamen & Mainz), 24. (Potsdam & Jena) und 25. (Ulm) Februar

fanden insgesamt sieben Regionalkonferenzen statt, auf denen unsere Mitglieder die Gelegenheit hatten, mit der Verhandlungsgruppe über die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen zu sprechen. Die Diskussionen waren lebhaft und gut – alle waren sich ihrer Verantwortung bewusst und mit großer Ernsthaftigkeit dabei.

Beim Mitgliedervotum 2018 konnten insgesamt 463.723 und darunter insgesamt 24.339 neue SPD Mitglieder abstimmen. Damit sind im Jahr 2018 in fünf Wochen mehr Mitglieder eingetreten als in den Jahren 2015 und 2016 zusammen. Die Auszählung der Stimmen erfolgte in der Nacht vom 3. auf den 4. März. Das Ergebnis lag am 4. März vor. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD wurde von den Mitgliedern der SPD angenommen.

Ergebnis des Mitgliedervotums:

- Abgegebene Stimmen: 378.437 (78,39 Prozent), davon wirksam abgegeben: 363.494
- von den wirksam abgegebenen Stimmen
- ungültig: 561
- Ja-Stimmen: 239.604 (66,02 Prozent)
- Nein-Stimmen: 123.329 (33,98 Prozent)

Regelmäßige Online-Mitgliederbefragungen

Wir sind mit unseren Mitgliedern im ständigen Dialog. Dazu gehören auch die Mitgliederbefragungen, von denen bis zum Beginn des Verfahrens zur Neuwahl des Parteivorsitzes #UnsereSPD drei stattgefunden haben.

1. Befragung: Mitgliederpartei SPD

Ziel war es, zu erfahren, wo sie sich am liebsten einbringen und wie sie in Zukunft miteinander kommunizieren möchten. Fast 50.000 Mitglieder haben innerhalb nur einer Woche teilgenommen. Für die allermeister Befragten ist der beliebteste Ort für das Engagement der Ortsverein. Unter den im Ortsverein aktiven Mitgliedern sind 70 Prozent mit der Arbeit ihres Ortsvereins sehr zufrieden oder zufrieden. Der größte Wunsch besteht darin, auch mit benachbarten Ortsvereinen häufiger in Austausch zu kommen. Die Tatsache, dass es in den Ortsvereinen um konkrete Probleme vor Ort geht, ist für drei Viertel unserer Mitglieder besonders wichtig. Diejenigen, die sich nicht hinreichend in der SPD engagieren können, gaben zu rund Zweidrittel an, dass sie es zeitlich nicht schaffen, berufliches, privates und politisches Engagement unter einen Hut zu bekommen. Das gilt insbesondere für SPD-Mitglieder zwischen 20 und 50 Jahren.

2. Befragung: Programmatischen Erneuerung

Ein bürgerfreundlicher Staat, der Sicherheit und soziale Teilhabe ermöglicht – das ist für die SPD-Mitglieder mit Abstand das wichtigste Zukunftsthema, um das sich die Partei vordringlich kümmern sollte. Zu diesem Ergebnis kommt die zweite Online-Befragung zum programmatischen Erneuerungsprozess der SPD, die im Juli und August stattfand. 52.000 Mitglieder haben sich beteiligt.

3. Befragung: #EuropawardieFrage

Über 30.000 Mitglieder haben in wenigen Tagen ein klares Signal gesendet: Die überwältigende Mehrheit der SPD-Mitglieder ist der Meinung, dass die Europäische Union für Deutschland mehr Vorteile als Nachteile bringt. „Populisten, Rechte und neue Nationalisten stellen sich frontal gegen den europäischen Einigungsgedanken", heißt es im Eckpunktepapier zum Europa-Wahlprogramm. Die überwältigende Mehrheit (93,2 Prozent) sieht in den nationalistischen Bewegungen eine große Gefahr. Um den Zusammenhalt in Europa zu stärken wollen fast alle Befragten, dass Europa über die wirtschaftliche Union hinaus ein Kontinent der guten Arbeit und sozialen Sicherheit wird. Das hat sich im Europawahlprogramm wiedergefunden: Wir wollen Europa zu einem sozialen Europa weiter entwickeln. Damit alle Menschen im Alltag spüren, dass Europa auch für sie da ist und nicht nur für Banken, Konzerne und Großunternehmen. Dass Europa auch ihr ganz persönliches Leben besser macht.

Online-Debattenportal

Unser Debattenportal ist im September 2018 gestartet. Der Wunsch für einen digitalen Diskussionsort, der Mitgliedern unabhängig von zeitlichen und örtlichen Bindungen Mitarbeit ermöglicht, entstand vor allem auch aus der Bewegung SPD++ und war dann Beschlusslage des Dezember Parteitags im letzten Jahr. Das Debattenportal ist dabei eine Ergänzung zur institutionalisierten innerparteilichen Diskussion und Willensbildung. Es tritt neben neue Formate, wie beispielsweise unser Debattencamp. Wir sehen, was uns Debattenportal schon jetzt ermöglicht: SPD-Mitglieder aus der ganzen Bundesrepublik und sogar darüber hinaus können miteinander in Kontakt treten und gemeinsam an Positionen oder Papieren arbeiten. Zum Start des Portals wurde die Diskussion um die programmatische Neuaufstellung unter dem Titel „Lust auf morgen" intensiv begleitet. War die Beteiligung in den ersten Monaten erwartungsgemäß sehr hoch, ist die Aktivität im laufenden Jahr gesunken. Trotzdem konnten wir hier gut Erfahrungen sammeln. Die Weiterentwicklung des Portals hin zu Onlinethemenforen ist ein wichtiger Schritt, um die digitale Beteiligung an programmatischen Diskussionen zu etablieren und zu stärken. Dafür wollen wir auch die Foren auch mit der Möglichkeit, beratende Delegierte zum Bundesparteitag zu entsenden, und einem Antragsrecht ausstatten. Durch Vorgaben zur paritätischen Besetzung der Onlinethemenforen stellen wir sicher, dass Genossinnen und Genossen gleichermaßen in diese Debatten einbezogen werden. Ich bin sehr zuversichtlich und werde auch dabei unterstützen, dass sich in den Onlinethemenforen auch unsere Fachpolitikerinnen und -politiker zu Wort melden. Die Nutzung und Begleitung des Portals soll nach dem Bundesparteitag ausgebaut und dabei in Rückkoppelung mit den Aktiven weiterentwickelt werden.

Unser Messenger

Wir haben ein neues Konzept für politische Kommunikation via Direktnachtrichten erarbeitet. Der Messengerdienst auf dem wir kommunizieren: Telegram. WhatsApp verhindert ab Dezember den Newsletter-Versand. Derzeit bieten wir drei „Kategorien“ an Themen an.

- Kategorie 1: Wir wählen eine neue Spitze #unsereSPD
  In diesem Kanal gibt es Infos, Service und Unterhaltendes rund um den Prozess zur Wahl des Parteivorsitzes

- Kategorie 2: Unsere Standpunkte
  Wir erläutern zu verschiedenen SPD-Themen unsere Standpunkte

- Kategorie 3: FaktenFunk
  Hier unterstützen wir alle mit schnellen und klaren Erklärungen und Argumenten gegen rechtspopulistisch geprägten Diskussionen. Wir funken Fakten und kann man uns rechte Parolen weiterleiten.

Jede*r kann die Kategorien abonnieren, sie sind nicht exklusiv für Mitglieder. Die Kategorien sind so konzipiert, dass sie persönlich sind: empowernd, aktivierend, informierend oder unterstützend. Wir senden nicht mehr ungefragt. Wir teasern an: „Wenn dich Thema X interessiert, schreibe X“. Dann erst kommt die Nachricht. Zum Start des neuen Konzeptes hatten wir auf allen Messengerkanälen (Facebook, Telegram, WhastApp) insgesamt 21.000 Abonennt*innen (Stand: 1. September 2019). Am 02. Dezember 2019 sind es 32.000 (obwohl erst zwei von drei Kanälen aktiv waren). Mit der expliziten Mobilisierung auf Telegram haben wir am 01. November 2019 begonnen. Zum 25. Oktober hatten wir auf diesem Kanal 2.000 Abonent*Innen; am 02. Dezember 2019 bereits 8.000. Bei Telegram fordern im Schnitt ein Drittel der Menschen, die einen Teaser von uns bekommen, aktiv die eigentliche Nachricht von uns an.

3.4 Gleichstellung und Vielfalt

Stabsstelle Gleichstellung

Mit der Einrichtung der Stabsstelle Gleichstellung im Willy-Brandt-Haus stärkt der SPD-Parteivorstand die Repräsentanz von Frauen in seiner Kommunikation und seinen Strukturen. Sie trägt dazu bei, das Erscheinungsbild der SPD zu verändern, mehr Frauen für die SPD zu aktivieren, die Sichtbarkeit von Frauen zu erhöhen und einen Kulturwandel anzustoßen. Seit Herbst 2018 ist die Stabsstelle mit einer Person besetzt und bei mir als Generalsekretär angesiedelt. Sie begleitet die wichtigen Projekte und Prozesse des Parteivorstandes. Unter anderem war sie beratendes Mitglied der Organisationspolitischen Kommission. Außerdem unterstützt die Stabsstelle die Gliederungen und Mitglieder unserer Partei mit Handreichungen, guten Beispielen und individueller Beratung.

Die gleichstellungspolitischen Materialien und Angebote finden sich gebündelt im internen Mitgliederbereich kampagne.spd.de einfach und gezielt. Besonderes Highlight ist die Checkliste für geschlechtergerechte Kommunikation bei Veranstaltungen, Bildern und Sprache. Sie beschreibt auch unseren Anspruch in der täglichen Arbeit. Panels und Podien ohne Frauen sind nicht mehr zeitgemäß. Unser Ziel ist eine paritätische Besetzung. Die Stabsstelle Gleichstellung unterstützt außerdem bei einer Sammlung von Referentinnen.

Modellprojekt: Doppelspitze auf Ortsvereinsebene

Der ordentliche Bundesparteitag im Dezember 2017 hat mit einem Modellprojekt den Weg freigemacht, die gleichberechtigte Leitung auf Ortsvereinsebene zu erproben. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit dem ehrenamtlichen Engagement in der SPD wird damit für alle Geschlechter verbessert. Dieser Beschluss wurde als einer der ersten in der organisatorischen Erneuerung umgesetzt.

Die Richtlinie dazu hat der Parteivorstand am 4. März 2018 beschlossen. Das Modellprojekt erlaubt es den Ortsvereinen, dass dem Vorstand zwei gleichberechtigte Vorsitzende angehören, wobei ein Mann und eine Frau vertreten sein müssen. Wenn der Bundesparteitag 2019 die Doppelspitze im Statut verankert, ist die Doppelspitze künftig überall und einfach möglich.

Aktionsmonat März 2018 und 2019

Im März 2018 feierte der Rote Frauensalon zum Internationalen Frauentag das Jubiläum von 100 Jahre Frauenwahlrecht. Im Ballhaus Rixdorf in Berlin-Neukölln standen Andrea Nahles, Katarina Barley und Franziska Giffey gemeinsam auf der Bühne und diskutierten unter dem Motto „Starke Stimmen für die Demokratie!“. Als Botschaft zum Equal Pay Day am 18. März 2018 setzten wir: „Einmal Teilzeit, immer Teilzeit? Damit muss Schluss sein!“.

Der März 2019 stand mit dem Aktionsmonat Frauen und Gleichstellung ganz im Zeichen der Europawahl. Unter dem Motto „Kommt zusammen! Für ein Europa der Frauen“ diskutierten Andrea Nahles, Katarina Barley, Franziska Giffey, Maria Noichl und Delara Burkhardt mit spannenden Akti-

vistinnen im Haus Ungarn in Berlin. Die zentrale Forderung des Aktionsmonats „Fifty-Fifty“ – also Parität auf allen Ebenen wurde mit einer Resolution „Kommt zusammen! Für ein Europa der Frauen“ von über 7.600 Unterzeichner*innen unterstützt.

3.5 Strukturen stärken: Innovationsfonds 2019

Neben der Einführung der Position des Ostbeauftragten (s. Kapitel 2.2) hat der mit verschiedenen weiteren Maßnahmen und insbesondere auch im Rahmen der Organisationspolitischen Kommission (s. Kapitel 3.2) daran gearbeitet, die Strukturen unserer Partei zu stärken. Ein Projekt, das hier hervorzuheben ist, ist der Innovationsfonds 2019. Der Innovationsfonds fördert mit bis zu 5.000 Euro moderne Parteiarbeit. Ziel ist es, in Unterbezirken bzw. Kreisverbänden innovative Projekte und Veränderungsprozesse in der Parteiarbeit zu ermöglichen. Bewerben konnten sich Unterbezirke bzw. Kreisverbände.

Gefördert werden konnten Projekte aus den folgenden vier Kategorien:

- Meinungsbildung und Mitwirkung: Das Projekt erprobt neue Formen der Meinungsbildung und Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern und Mitgliedern.
- Arbeit: Das Projekt kümmert sich inhaltlich in besonderer Weise um Sozialdumping und schlechte Arbeitsbedingungen.
- Kontakte: Das Projekt erschließt viele neue Kontakte, insbesondere zu jungen Frauen, Personen mit Migrationshintergrund oder jungen Arbeitnehmer*innenfamilien.
- Allianzen: Das Projekt verstärkt die gemeinsame politische Arbeit der SPD mit Gewerkschaften, gesellschaftlichen Initiativen, Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften.

Für den Innovationsfonds 2019 lagen 35 Anträge aus 15 Landesverbänden/Bezirken vor. Der Parteivorstand hat beschlossen, 19 Projekte aus 15 Landesverbänden und Bezirken zu fördern. Der Parteivorstand ist damit dem Votum der Organisationspolitischen Kommission gefolgt. Ich lasse mich über die erfolgreiche Umsetzung der Projekte informieren, weil ich überzeugt bin, dass diese Best practise-Beispiele auch unsere ständige organisationspolitische Erneuerung bereichern können.

3.6 Politische Bildungsarbeit

In jedem Landesverband/Bezirk und beim PV findet politische Bildung statt. Die Schwerpunkte werden jährlich in den Leitungsgremien definiert und in Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Trägern und Bildner*innen umgesetzt. Die politische Bildung dient auf allen Ebenen dem Ziel, Mitglieder, Funktionäre, Beschäftigte und Abgeordnete in ihrem politischen Gestaltungswillen für sozialdemokratische Politik zu stärken. Gleichstellung und Vielfalt sind Leitplanken politischer Bildung in der SPD.

Die Parteischule im Willy-Brandt-Haus bietet „ein Spektrum von modernen, hochwertigen Qualifizierungsprogrammen“ an (zitiert nach Beschluss Orgakom 2015), das fortgesetzt werden muss. Die Hauptamtlichen-Ausbildung findet in dem betrieblichen Weiterbildungsprogramm „Innovation, Personalentwicklung und Qualifizierung in der SPD“ (IPQ) statt. Der Nachwuchsförderung dient die „Sozialdemokratische Kommunal-Akademie“ des SPD-Parteivorstands und der Bundes-SGK. Das Programm „Frauen an die Macht“ unterstützt engagierte Frauen, mehr Verantwortung in der SPD zu übernehmen. Die „Führungsakademie der sozialen Demokratie“ bietet herausgehobenen Verantwortungsträger*innen eine speziell auf politische Führung ausgerichtete Weiterbildung. In Kampagnen und Wahlkämpfen beweist die Parteischule ihre Leistungs- und Innovationsfähigkeit. Weitere Angebote sind wünschenswert und sollten wieder aufgelegt werden.

3.7 Präsenz in gesellschaftlichen Netzwerken

Die Arbeitsgemeinschaften haben in der SPD eine große Tradition. Dass sich Bildungsschaffende, Menschen im Gesundheits- und Rechtswesen, Menschen mit Behinderungen, queere Menschen oder Personen mit Migrationshintergrund bei uns organisiert haben, macht uns stolz, weil es zeigt, dass die SPD den Anspruch hat, für alle gesellschaftlichen Gruppen Politik zu machen und etwas zu erreichen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich Arbeits- und Organisationsformen aber in den letzten Jahren verändert haben. Auch die Ansprache von Zielgruppen innerhalb der Gesellschaft verändert sich. Im Kontext der Diskussionen zur Organisationspolitischen Erneuerung wurde deshalb auch intensiv das Gespräch mit den Arbeitsgemeinschaften gesucht und verabreden, dass bis zur Jahresauftaktklausur gemeinsam ein Vorschlag erarbeitet werden soll, auf dessen Grundlage wir sowohl mit Blick auf die politischen Herausforderungen als auch auf die erforderlichen Ressourceneinsparungen auf der Klausur entscheiden können.

3.8 Mitgliederentwicklung im Zeitraum von Dezember 2017 bis heute

Im Dezember 2016 lagen SPD und CDU noch gleich auf in der Mitgliederstatistik. Dann überholte wir die CDU. Zum Ende des ersten Halbjahrs 2019 (30. Juni 2019) verfügte die SPD über 426.352 Mitglieder. Die CDU vermeldete zum selben Zeitpunkt 410.876 Mitglieder. Die SPD erlebte in den Jahren 2017 bis 2019 überdurchschnittlich viele Eintritten und Austritte. Seit dem 1. Januar 2017 bis heute verzeichnet die SPD über 70.000 Eintritte und ca. 67.000 Austritte.

Allein in den ersten beiden Monaten des Jahres 2018 stieg die Mitgliederzahl der SPD um über 20.000 Personen auf fast 464.000 Mitglieder. Die vielen Austritte in den folgenden Monaten März, April und Mai lassen sich zum Teil damit erklären, dass sich einige Mitglieder ein anderes Ergebnis beim Mitgliedervotum zur Regierungsbeteiligung gewünscht hätten. Im Ergebnis hatte die SPD trotzdem nach neun Monaten im September 2018 noch genauso viele Mitglieder wie im Dezember 2017. Im gesamten Jahr 2018 verzeichnet die SPD über 26.000 Eintritte, aber auch fast 30.000 Austritte.

Im Zeitraum vom 31. Oktober 2018 bis zum 31. Oktober 2019 hat die SPD fast 20.000 Mitglieder verloren. Dies sind im Durchschnitt über 1.600 Mitglieder pro Monat. Das liegt weit über dem Durchschnitt der letzten Jahre. Einzige Ausnahme bildet der Monat September, in dem die Regionalkonferenzen zum Mitgliedervotum begannen. Im Jahr 2019 traten bis zum 31. Oktober 2019 über 11.000 Personen in die SPD ein, also über eintausend Personen monatlich. Mit über 21.000 Austritten im gleichen Zeitraum ist die Eintritts-Austritts-Bilanz im Jahr 2019 negativ.

Mitgliederbestand (Gesamtzahl: 437.754) zum 31.12.2018 nach Landesverbänden

4 #UNSERESPD – WIR WÄHLEN EINE NEUE SPITZE

Nach dem Rücktritt von Andrea Nahles als Vorsitzende der SPD übernahmen die stellvertretenden Parteivorsitzenden Malu Dreyer, Manuela Schwesig und Thorsten Schäfer-Gümbel die Aufgabe, die SPD bis zur Wahl eines neuen Parteivorsitzes zu führen. Mit unserem anschließenden Vorgehen für die demokratische Mitgliederbeteiligung im Vorfeld der Wahl des Parteivorsitzes haben ein leuchtendes Beispiel innerparteilicher Demokratie und der Mitgliederbeteiligung geschaffen.

Nach intensiver Beratung hat der Parteivorstand am 24. Juni 2019 drei Entscheidungen getroffen:

1. Die SPD soll künftig von einer Doppelspitze geführt werden können.
2. Die Doppelspitze soll die SPD als Team gemeinsam führen.
3. Die Mitglieder sollen bei der Wahl des/der Parteivorsitzenden befragt werden.

4.1 Online-Umfrage zur Mitgliederbeteiligung an der Wahl der Parteivorsitzenden

Vorab hatten die SPD-Mitglieder eine Woche lang Zeit, uns ihre Ideen zukommen zulassen, wie sich die Mitglieder aktiv an der Wahl des oder der neuen Parteivorsitzenden beteiligen sollen. Das Interesse war enorm, über 23.000 Vorschläge haben den Parteivorstand erreicht. Hinzu kamen weitere Rückmeldungen aus den Landesverbänden, Unterbezirken und Ortsvereinen. Die Ergebnisse waren die Basis für den Beschluss zum weiteren Prozess zur Wahl einer neuen Parteispitze.

4.2 Unsere Kandidierenden für den Parteivorsitz

Ab Anfang Juli bis zum 1. September konnten sich Interessierte bewerben. Voraussetzung war, dass man die Unterstützung von mindestens 5 Unterbezirken, einem Bezirk oder einem Landesverband hat.

Am 2. September standen dann acht Teams und eine Einzelkandidatur fest und waren vom Wahlvorstand, bestehend aus Dietmar Nietan, Wolfgang Thierse und Christine Bergmann bestätigt.

1. Karl-Heinz Brunner
2. Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans
3. Klara Geywitz und Olaf Scholz
4. Christina Kampmann und Michael Roth
5. Petra Köpping und Boris Pistorius
6. Simone Lange und Alexander Ahrens
7. Hilde Mattheis und Dierk Hirschel
8. Nina Scheer und Karls Lauterbach
9. Gesine Schwan und Ralf Stegner

4.3 Unsere Tour und kommunikative Begleitung der ersten Mitgliederbefragung

Von Anfang September bis Mitte Oktober bewarben sich die Teams und die Kandidatinnen und Kandidaten stellten sich auf Regionalkonferenzen deutschlandweit den Mitgliedern vor. Diese Tour war ein zentrales Element unser Kampagne zur Bewerbung der ersten Runde der Mitgliederbefragung.

Unsere 23 Regionalkonferenzen

Der Auswahlprozess wird und wurde insbesondere bei diesen 23 Tourterminen von Mitgliedern und der Öffentlichkeit als Stärke und Schritt nach vorn wahrgenommen. Auf den Veranstaltungen haben die Kandidierenden ihre Themen und Ideen, für die sie stehen, bekannt gemacht. Die Mitglieder hatten die Möglichkeit, die Kandidat*innen und deren Themen live und im Dialog kennenzulernen, um sich eine Meinung zu bilden und am Prozess aktiv beteiligt zu sein. Wir konnten der Öffentlichkeit und Presse zeigen, dass die SPD eine lebendige Partei ist, in der um Themen und Ideen gerungen wird und der Findungsprozess ein Schritt im Wiedererstarken der Partei darstellt.

Auf den Veranstaltungen standen deshalb die wichtigsten Themen der Kandidierenden und Teams im Mittelpunkt und nicht die Frage: „Bin ich für oder gegen eine/n Kandidaten/in oder ein Team?“. Es ging vielmehr um einen Wettbewerb der Ideen, Themen und Inhalte, an dem jede*r – ob Kandidat*in, Team oder Mitglied – beteiligt war. Die Veranstaltungen informierten über die Abstimmungsgrundlage, also darüber, wie und mit welchen Themen die Kandidierenden die SPD zukünftig gestalten wollen und luden zum Dialog hierüber ein. Sie mussten entsprechend einheitlich und vergleichbar sein. Die Kandidierenden sollten jeweils vor Ort gleiche Voraussetzungen erwarten können. Dies haben ein einheitlicher Ablauf und geschulte Moderator*innen ermöglicht. Der Ablauf bestand aus einer festen immer gleichen Struktur und einer flexiblen Füllung. So entstand Dynamik, Abwechslung und Aufmerksamkeit auf der Grundlage von gleichen Chancen für alle Kandidat*innen und Teams. Unser Ziel war ein fairer Umgang, der die Partei nach vorne bringt.

Die Veranstaltungen hatten gleichzeitig einen hohen Wiedererkennungsgrad. Durch ein einheitliches Setting (einheitliche Bühnenelemente und Presserückwände sowie diverse Rollups jeweils im Veranstaltungsdesign) war auf den ersten Blick klar, insbesondere auch für die Presse, worum es sich bei den Formaten handelt.

Dass die Tour ein Erfolg war zeigen auch folgende Zahlen: Vom 04. September bis zum 12. Oktober waren wir mit unseren Teams in 23 Städten auf Tour und ca. 20.000 Menschen unsere Veranstaltungen besucht. Über 500 Genossinnen und Genossen konnten ihre Fragen direkt an die Teams richten und über 270.000 Menschen haben unsere Tour online per Livestream verfolgt.

All das war nur durch die sehr engagierte und stets konstruktive Zusammenarbeit mit den Landesverbänden und Bezirken möglich, die die Veranstaltungen vor Ort zum großen Teil in Eigenregie umsetzten.

Weitere kommunikative Begleitung

Außerdem haben wir unseren Mitgliedern umfassende Information über die Kandidierenden, ihre inhaltlichen Vorschläge sowie über den Prozess zur Wahl einer neuen Parteispitze zur Verfügung gestellt. Im Zentrum stand unsere Webseite unsere.spd.de, auf der alle Informationen gebündelt wurden. Das waren für die erste Abstimmung insbesondere:

- Eine umfassende Vorstellung der Teams auf der Webseite sowie in Flyern und Präsentationen für Gliederungen.
- Die Antworten der Teams auf 5 von den Mitgliedern in einer Umfrage ausgewählte Fragen.
- Jeweils ein Video von jedem Team, in dem sie sich vorgestellt und ihre Ideen präsentiert haben.
- Jeweils ein Audio mit dem Titel „Mehr als 60 Sekunden“, die Teams im Gespräch miteinander. Ausführlich, hintergründig und präzise.
- Live-Übertragungen der Tour-Veranstaltungen sowie eine Dokumentation mit Aufzeichnungen und Bilderstrecken.
- Die Information zum Prozess erfolgte über Visualisierungen, FAQs sowie Erklär-Videos, wie die Brief- und Online-Abstimmung funktioniert.

Eine eigene Kampagne informierte zudem über die Registrierung zur Online-Abstimmung. Mit verschiedenen Maßnahmen im E-Mail-Marketing, in den sozialen Netzwerken, Paid-Kampagnen sowie einem Wettbewerb zum „Digitalsten Ortsverein“ wurden 138.053 Mitglieder für die erste Online-Abstimmung mobilisiert.

Unsere Wahl einer neuen Parteispitze ist ein Prozess der Mitglieder. Viele wollen dies auch finanziell unterstützen, daher gab es eine eigene Fundraising-Kampagne. Durch E-Mail-Marketing, u.a. mit der Aktion „Debatten-Ermöglicher*in“ während der Tour, und dem Überweisungsträger in den Brief-Abstimmungsunterlagen wurden ca. 400.000 Euro mobilisiert.

4.4 Ergebnis der ersten Mitgliederbefragung

Am 4. September erklärten Simone Lange und Alexander Ahrens, am 15. September Karl-Heinz Brunner und am 12. Oktober 2019 Hilde Mattheis und Dierk Hirschel ihren Rückzug von der Kandidatur. Damit standen für die erste Runde noch sechs Teams zur Abstimmung.

Mehr als 200 Freiwillige kamen am 25. und 26. Oktober im Willy-Brandt-Haus zur Auszählung zusammen. Nach Abschluss der Auszählung ergeben sich folgende Ergebnisse:

- Stimmberechtigte Mitglieder: 425.630
- Eingegangene Rücksendungen: 226.775 (Abstimmungsbeteiligung: 53,28 Prozent), davon konnten wegen der Nichterfüllung der Kriterien für eine ordnungsgemäße Stimmabgabe 11.819 Einsendungen nicht berücksichtigt werden.
- Zulässige Stimmen: 214.956
- davon ungültig: 1.263
- Gültige Stimmen: 213.693
- Team Klara Geywitz / Olaf Scholz erhielt: 48.473 Stimmen (22,68 Prozent)
- Team Saskia Esken / Norbert Walter-Borjans erhielt: 44.967 Stimmen (21,04 Prozent)
- Team Christina Kampmann / Michael Roth erhielt: 34.793 Stimmen (16,28 Prozent)
- Team Nina Scheer / Karl Lauterbach erhielt: 31.271 Stimmen (14,63 Prozent)
- Team Petra Köpping / Boris Pistorius erhielt: 31.230 Stimmen (14,61 Prozent)
- Team Gesine Schwan / Ralf Stegner erhielt: 20.583 Stimmen (9,63 Prozent)
- Enthaltungen: 2.376

Keines der Teams hat die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen erhalten. Damit wurde eine weitere Abstimmung zwischen den beiden Teams mit den meisten Stimmen, also Saskia Esken / Norbert Walter-Bojans und Klara Geywitz / Olaf Scholz notwendig.

4.5 Unsere Kampagne zur zweiten Mitgliederbefragung

Die Kampagne zur finalen Abstimmung hatte das Ziel, beide Teams offen mit ihren Positionen zu präsentieren und dabei auch erkennbar zu machen, wo Unterschiede liegen. Darüber hinaus sollten möglichst viele Mitglieder auch zur zweiten Abstimmung mobilisiert werden. Das zusätzliche me-

diale Interesse hat neben unseren eigenen Kanälen für eine große Reichweite gesorgt. Dabei zeigt eine Auswertung der bundesweiten Berichterstattung zur Auszählung und zum Ergebnis der zweiten Runde, dass die neutrale wie die positive Berichterstattung negative Presseberichte weit überstieg. Die Analysen zeigen, dass die Kommunikation über unsere Mailing-, Messenger- und Social-Media-Kanäle auf großes Interesse in der Mitgliedschaft gestoßen sind und sie sowohl zur Debatte, als auch zum Abstimmen aktiviert wurden.

Zentrale Anlaufstelle war weiterhin unsere Kampagnen-Webseite unsere.spd.de. Unsere zentralen Formate waren:

Veranstaltungen & TV-Formate

- #UnsereSPD – Die Entscheidung. Diskussion der Teams im Willy-Brandt-Haus
- Diskussion der Teams bei RND & Phoenix
- Beide Teams bei Markus Lanz im ZDF

Eigene Produktionen

- Video-Aufrufe der Teams an die Mitgliedschaft zum Abstimmen
- Folge 2 des Audio-Formats „Mehr als 60 Sekunden“
- Video „Mitglieder rufen zur Abstimmen auf“

Direkte Ansprache der Mitglieder

- Täglicher Content über den Messenger-Kanal #UnsereSPD
- Mailing- und SMS-Strecke zur Abstimmungsmobilisierung mit 3,6 Mio. versendeten E-Mails
- Twitter-Interview mit drei Fragen an die Teams
- Werbung bei Facebook und Google

Unterstützung der Gliederungen

- Telefonaktion mit der Parteispitze zur Motivation der Ortsvereine, ebenfalls ihre Mitglieder anzurufen
- Umfangreiches Mobilisierungspaket mit Vorlagen und Aktionsideen für Mandatsträger*innen, Landesverbände/Bezirke, Unterbezirke und Ortsvereine

4.6 Ergebnis der zweiten Mitgliederbefragung

Die zweite Mitgliederbefragung fand zwischen dem 19. und dem 29. November 2019 statt. Mehr als 200 Freiwillige kamen am 29. und 30. November im Willy-Brandt-Haus zur Auszählung zusammen.

Nach Abschluss der Auszählung ergab sich folgendes Ergebnis:

- Stimmberechtigte Mitglieder: 425.630
- Eingegangene Rücksendungen: 230.215 (Abstimmungsbeteiligung: 54,09 Prozent), davon konnten wegen der Nichterfüllung der Kriterien für eine ordnungsgemäße Stimmabgabe 13.040 Einsendungen nicht berücksichtigt werden.
- Zulässige Stimmen: 217.175, davon ungültig: 454
- Gültige Stimmen: 216.721
- Team Klara Geywitz / Olaf Scholz erhielt: 98.246 Stimmen (45,33 Prozent)
- Team Saskia Esken / Norbert Walter-Borjans erhielt: 114.995 Stimmen (53,06 Prozent)
- Enthaltungen: 3.480

Damit werden dem Parteitag Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans als Wahlvorschlag des Parteivorstandes für die Wahl der Vorsitzenden der SPD vorgeschlagen.

5 INTERNATIONALE POLITIK DER SPD: PROGRAMMATISCHE ERNEUERUNG UND UNSER ENGAGEMENT IN EUROPA UND DER WELT

Im Rahmen der inhaltlichen Erneuerung und der programmatischen Positionierung in außen- und sicherheitspolitischen Fragen hatte der Parteivorstand im Frühjahr 2018 eine Lenkungsgruppe berufen, die sich mit „Deutschlands Rolle in einer sich rasant verändernden Welt“ befasste. In diesem Gremium waren neben Mitgliedern der Parteiführung, wie Olaf Scholz, Ralf Stegner, Rolf Mützenich, Bärbel Kofler und Christoph Matschie, auch Vertreterinnen und Vertreter zentraler zivilgesellschaftlicher Akteure, so zum Beispiel Brot für die Welt, vertreten. In der Lenkungsgruppe wurden die für die deutsche Sozialdemokratie zentralen Themenfelder internationaler Politik herausgearbeitet und dazu zentrale Klärungsfragen für die zukünftige Ausrichtung formuliert. Fragen, die eine Positionierung der SPD erfordern. Im nächsten Schritt hatte der Parteivorstand alle SPD-Mitglieder eingebunden, die ihrerseits eine eigene Bewertung der vorgeschlagenen Schwerpunktthemen vornehmen konnten. Die Ergebnisse dieser beiden Prozesse waren Grundlage für die Diskussionsveranstaltungen auf dem Debattencamp. Es fanden zum Teil kontroverse Debatten zu den Politikfeldern „Unser Europa der Zukunft“ zu „Freihandel“ und „Globalisierung“ statt – mit einem Austausch internationaler Partner, unter anderem mit den Ministerpräsidenten aus Portugal und Griechenland, António Costa und Alexis Tsipras.

Unter Einbeziehung der Debattenergebnisse vom Debattencamp erarbeitete die Lenkungsgruppe ein Thesenpapier u.a. zu folgenden Themenkomplexen:

- Ein Europa der Zukunft, das nach innen für wirtschaftlichen Erfolg, sozialen Frieden und ökologische Verantwortung steht und sich nach außen behaupten kann.
- Eine globale Ökonomie, die Wirtschaft so ausrichtet, dass sie für die Menschen da ist und nicht umgekehrt.
- Eine Klimapolitik, die auch Gerechtigkeitspolitik ist, sowohl mit Blick auf unser eigenes Land wie auch auf unsere globale Verantwortung.
- Eine Friedenspolitik, die ihren Schwerpunkt auf diplomatische und zivile Mittel legt.
- Der Schutz der Menschenrechte – im Inneren und gleichermaßen nachdrücklich vom Menschenrechtsschutz in anderen Ländern.

Diese Thesen wurden in der Partei und im Parteivorstand weiter intensiv diskutiert und flossen über die Kommission Internationale Politik (KIP) und das Forum Eine Welt (FEW) in den außenpolitischen Leitantrag „Frieden sichern, Zukunft gestalten“ für den ordentlichen Bundesparteitag 2019 ein.

Unter dem Motto „Reclaiming a progressive Future. Struggling for Solidarity. Overcoming Hate and Populism.” fand am Vortag des Bundesparteitages die traditionelle Internationale Konferenz der SPD und der SPE statt. Mit Vertreterinnen und Vertreter unserer Schwesterparteien aus Europa und

der Welt wurde die Debatte über sozialdemokratische Ansätze in der Außen- und Sicherheitspolitik fortgesetzt.

Sozialdemokratische Partei Europas (SPE)

Im Fokus der politischen Arbeit der europäischen Sozialdemokratie stand der Europawahlkampf 2019. Die SPE stellte Frans Timmermans als gemeinsamen Spitzenkandidat auf. Timmermans wurde auf dem SPE Kongress im März 2019 in Madrid gekürt, u.a. mit der Unterstützung der damaligen Parteivorsitzenden Andrea Nahles sowie zahlreicher sozialdemokratischer Staats- und Regierungschefs. Unter dem Motto „Ein neuer Sozialvertrag für Europa“ erarbeitete die SPE ein gemeinsames, europäisches Wahlmanifest, an dem die SPD intensiv mitgewirkt hat. Zentrale Forderungen wurden in gemeinsamen Veranstaltungen mit Mitgliedern und Interessenten diskutiert, wie z.B. im Programmforum Frieden im Februar 2019 u.a. mit Katarina Barley und Heiko Maas. Auf Einladung des SPE Generalsekretärs Achim Post und des SPD Generalsekretärs Lars Klingbeil wurde auch der Austausch von Wahlkampfmethoden und -strategien im Rahmen des Campaign Manager Seminars im Januar 2019 in Berlin intensiviert. Zur Koordinierung sozialdemokratischer Positionen bei der Aufstellung der neuen EU-Kommission und des zukünftigen Arbeitsprogramms der Kommission lud die SPE zu mehreren Vorbereitungstreffen vor den Sondergipfeln der EU ein, an denen für die SPD der stellv. Parteivorsitzende Olaf Scholz teilnahm.

Progressive Allianz (PA)

Die SPD ist Gründungsmitglied der Progressiven Allianz (PA), dem globalen Netzwerk über 140 sozialdemokratischer und progressiver Parteien weltweit und stellt seit 2013 mit Konstantin Woinoff den Koordinator der PA. Für die SPD gehört die internationalistische Arbeit zu ihrer sozialdemokratischen DNA. Sie unterstützt umfassend die Arbeit der Progressiven Allianz - politisch, programmatisch, personell. Vertreterinnen und Vertreter der SPD nahmen regelmäßig an Veranstaltungen der Progressiven Allianz teil und trugen zur Intensivierung inhaltlicher Debatten und zur Weiterentwicklung globaler Positionierungen bei, wie zum Beispiel der Progressiven Digitalen Agenda. Auf dem Konvent der Progressiven Allianz in Stockholm, auf Einladung des schwedischen Premierministers und SAP-Vorsitzenden Stefan Löfven, wurde Conny Reuter (SPD) zum neuen PA-Koordinator gewählt und das Arbeitsprogramm der nächsten Jahre beschlossen. Die SPD setzt damit ihr umfassendes, internationales Engagement im Rahmen der sozialdemokratischen und progressiven Parteienfamilie fort. Udo Bullmann und Katarina Barley vertreten die SPD im Board der Progressiven Allianz.

6 EUROPAWAHL UND LANDTAGSWAHLEN

In den vergangenen zwei Jahren haben wir gemeinsam nicht nur eine Europawahlkampagne geführt, sondern es fanden in sechs Bundesländern auch Landtags- bzw. Bürgerschaftswahlen statt. Insbesondere das Europawahlergebnis hat uns alle sehr enttäuscht.

Einige Gründe dafür finden sich bereits im Bericht „Aus Fehlern lernen“ wieder. Diese Analyse und die Erfahrungen aus der Europawahlkampagnen sollen schon jetzt in die Vorbereitung der anstehenden Bundestagswahlkampagne Eingang finden.

6.1 Kampagne zur Europawahl 2019

Ausgangslage und Zielsetzung

Im Vergleich zu 2014 war die Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zur EU/zu Europa zur Europawahl 2019 wesentlich positiver. Mit Europa / der EU wurden mehr Chancen als Risiken verbunden. In diversen Umfragen wurden in Deutschland bei einer klaren Mehrheit deutlich mehr Vor- als Nachteile durch die Mitgliedschaft in der EU gemessen. Ein weiterer Grund für die proeuropäische Haltung in Deutschland war sicherlich auch die Sorge, dass die EU auseinanderbrechen könnte. Diese Sorge wurde durch das Brexit-Votum und die dauerhaften „schlechten Nachrichten aus GB“ nochmal deutlich verstärkt. Die wichtigsten Themen waren neben der Geflüchtetenpolitik (mit absteigender Relevanz zwischen 2015 und 2017) das soziale Europa, eine gerechte und wirksame Steuerpolitik sowie - mit im Wahljahr zunehmender Bedeutung – der Klimaschutz.

Ziel war es, die SPD als die proeuropäische Kraft zu positionieren, die für sozialen Zusammenhalt steht. Die proeuropäische Grundhaltung sollte mit den Themenschwerpunkten „soziales Europa“ und „mehr Steuergerechtigkeit“, die in der SPD-Zielgruppe die höchste Zustimmung erhalten hatten, aufgeladen werden. Uns war bei dieser Kampagne wichtig, ein positives Bild von der EU zu zeichnen. Denn das hat auch die Mehrheit der Europäerinnen und Europäer. Und sie wollen Antworten, sie wollen wissen, wie Probleme gelöst werden können und sie wollen eine konstruktive Politik, die sich nicht darin erschöpft, darzustellen, was nicht möglich ist. Für uns stand deshalb früh fest, dass wir bei der Kampagne auf eine positive, optimistische Stimmung setzen wollten, die die Bedeutung Europas für die Lösung vieler drängender Fragen aufzeigt. Denn Europa ist die Antwort auf viele der Fragen, die die Menschen umtreibt: Sicherheit? Nur Europa als Gemeinschaft kann das bieten. Sozialer Fortschritt? Nur gemeinsam können wir das schaffen, indem wir z.B. EU-weite Standards bei Mitspracherechten in Unternehmen, bei Löhnen und bei Sozialsystemen etablieren. Oder Klima? Auch da kann nur Europa als Gemeinschaft die Antwort sein. Nur zusammen und als starke Gemeinschaft werden wir in der Welt gehört, haben wir eine Chance, auf Augenhöhe mit China oder den USA zu verhandeln. Deshalb lag der Fokus bei der Konzeption der Kampagne darauf, einerseits die Werte der Europäischen Union herauszustellen, aber auch die Herausforderungen klar zu benennen und deutlich zu machen, welche Antworten wir als Sozialdemokratie darauf haben.

Zielgruppen

Ziel war es, die klassischen SPD-Wähler zu mobilisieren und die beiden Potenzialwählergruppen, also die jüngeren Wähler sowie die Frauen, über die Themen sowie über die Kandidatin, die Modernität, Frische und Optimismus verkörperte, anzusprechen. Die drei identifizierten Zielgruppen – jung, weiblich, urban, sowie unsere Stammwähler und Erstwähler – wurden durch verschiedene Medien, aber auch Mitmachangebote angesprochen. Die Stammwähler, die im Schnitt ca. 55 Jahre und älter sind, sollten vorrangig durch die Großflächenplakate mobilisiert werden. Die Ausspielung der Großflächen haben wir systematisch aufgebaut, um so die Geschichte der Kampagne zu erzählen, die am Ende auf unsere Spitzenkandidatin zuläuft. Gestartet sind wir mit den Plakaten, die unsere Werte vermitteln sollten, analog zu den A1 und A0 Plakaten. Als zweiter Schritt wurde Katarina Barley (und auch Udo Bullmann) prominent mit sozialdemokratischen Themen wie Gleichstellung oder Arbeitnehmer*innenrechten verbunden. Bei der letzten Welle wurde der Schwerpunkt ganz auf Katarina Barley gelegt. Wichtig war für uns, dass die Plakatlinie eine emotionale und frische Anmutung hat, die zur Spitzenkandidatin passt. Die Motive sollten das Gefühl vermitteln, dass die SPD mitten im Geschehen ist und Teil einer Bewegung ist. Mit dem ergänzenden Claim „Kommt zusammen“ ist die Intention gut abgebildet worden. Klimaschutz ist eines der wichtigsten Zukunftsthemen und wie es die Umfragen gezeigt haben, hat die SPD eine hohe Glaubwürdigkeit bei den Wählerinnen und Wählern, den Klimaschutz mit der sozialen Frage zu verbinden. V.a. haben wir bei den Wählerinnen und Wählern eine hohe Lösungskompetenz bei diesem Zukunftsfeld. Ohne Sozialdemokratie hätte es den Ausstieg aus der Kernenergie und Kohleverstromung nie gegeben und v.a. auch nicht sozialverträglich. Es ist jedoch weder auf den Plakaten noch im politischen Diskurs gelungen diese Verbindung deutlich zu machen.

Die Sondermotive (Trump, Brexit, Digitalsteuer...) waren nicht nur der Start in den Vorwahlkampf, sondern sollten als Scharnier zwischen der „Offline“-Kommunikation und der „Online“-Kommunikation dienen.

Mit der Online-Kampagne wurden vor allem die Potenzialwähler angesprochen. Diese war wesentlich provokativer angelegt als der Rest der Plakatkampagne, so dass sie auch bei einer jüngeren Gruppe sowie in den sozialen Netzwerken funktionieren. Die Potenzialwähler – die jungen Menschen sowie die Zielgruppe jung, weiblich und urban wurde über eine strategisch entwickelte digitale Werbekampagne bei Facebook sowie bei Instagram angesprochen. Die Werbestrategie war ein langfristig angelegter Prozess, der schon im Gegensatz zu den anderen Parteien im März begonnen hat. Damit wurde in drei Monaten eine kontinuierliche Verbesserung der Zielgruppen erreicht. Des Weiteren wurden die Zielgruppen über einen längeren Zeitraum mit Themen und Positionen der SPD bespielt. Im Vergleich zur letzten Europawahl 2014 wurde das Budget für die digitalen Kampagne verachtzigfacht.

Kommunikationsinstrumente

Bei diesem Wahlkampf haben wir uns auf zwei neue digitale und direkte Kommunikationsinstrumente konzentriert. Bei der digitalen Kommunikation haben wir verstärkt auf eine zielgruppenspezifische Werbestrategie gesetzt. Zudem haben wir zwei Neuerungen eingeführt, die die Kommunikation mit potenziellen Wählerinnen und Wählern, aber auch mit den eigenen Mitgliedern positiv verändert hat. Als einzige Partei haben wir ein aktives Community Management aufgebaut und etabliert. Durch die sehr gute Vorarbeit in der Vorwahlkampfphase waren wir in der Lage, schnell auf Situationen zu reagieren. Damit schafften wir zum ersten Mal einen richtigen Austausch mit den User*innen auf den Kanälen (facebook und twitter), konnten unsere Botschaften nochmal mehr verstärken und boten den Hetzern die Stirn. Das ist ein aktiver Beitrag zu einer neuen Debattenkultur und stärkt die Demokratie im Netz. Doch nicht nur das: Durch das CM wurde auch unser Image bei relevanten Zielgruppen verbessert. Kommentare werden gelesen und bewertet.

Die andere Neuerung war unser Digital Debating Team. Mit diesem Team, das nur aus freiwilligen Unterstützerinnen und Unterstützern bestand – nicht „nur“ Parteimitglieder - haben wir es geschafft, zum ersten Mal die ganze Kraft unserer Organisation auch online zu bündeln und strategisch einsetzen. Eine Schnittstelle / Andockstation nicht „nur“ für junge Menschen ist eine zentrale Zukunftsaufgabe für die SPD. Damit bündeln wir nicht nur unsere Organisationskraft, sondern verstärken sie auch noch.

Auch die Veranstaltungsformate der Kampagne waren auf Dialog ausgerichtet. Wir haben uns aktiv für ein Format entschieden, bei dem Dialoge auf „Augenhöhe“ stattfinden können, es möglich war, direkt „ins Gespräch“ zu kommen und auch Antworten von „den Politiker*innen“ zu erhalten.

Die strategische Ausrichtung der Kampagnenkommunikation wurde deutlich auf das Internet verlagert. Die Europawahl 2019 war so gesehen die erste Kampagne in der Geschichte der SPD, die Online first gedacht und konzipiert wurde. Die Wirkungsmechanismen der Kommunikation haben sich verändert. Während noch vor einigen Jahren das Internet die Echokammer der „Offline“-Diskurse war, sind die Social-Kanäle die neuen Kommunikationstreiber geworden. Über Debatten, die dort geführt werden, wird in den klassischen Medien diskutiert. So werden auch die klassischen Mediennutzer in die digitale Kommunikation eingebunden, da diese in die offline-Medien übertragen werden. Dies ist ein sich selbst verstärkender Effekt. Zudem verfügt die SPD im Netz nach wie vor über ein großes Mobilisierungspotenzial für das eigene Agenda-Setting. Ziel war es deshalb zum einen, die Potenzialwählerschaft über die digitale Kommunikation anzusprechen und eine Verbindung zwischen klassischer und digitaler Kommunikation herzustellen. Zudem sollte die Organisationsfähigkeit der SPD im Netz gestärkt und das dort liegende Potenzial gezielt eingesetzt werden.

Mobilisierung und Partei

Im Bundestagswahlkampf 2017 wurde die Organisationskraft der SPD nicht abgerufen. Die strategische Zielsetzung im Europawahlkampf war es, die Partei frühzeitig in die Kampagnenplanung einzubinden. Dies sollte mit einer kontinuierlichen und verlässlichen Kommunikation mit den Aktiven, europa-affinen Genossinnen und Genossen vor Ort und den Kolleg*innen in der Fläche mit einem lang angelegten Programmprozess sowie der rechtzeitigen Lieferung von Materialien und Argumentationshilfen gewährleistet werden. Eine wichtige unterstützende Rolle sollten die Landesverbände (insbesondere die Länder, in denen zeitgleich Kommunalwahlen stattgefunden haben) nehmen, um so eine gute Verbindung in die Fläche zu erhalten und möglicherweise rechtzeitig gegenzusteuern, falls Probleme auftreten sollten.

Ziel in diesem Wahlkampf war es, die Partei fit für den Wahlkampf zu machen und die Parteimitglieder aktiv in den Wahlkampf einzubinden. Deshalb haben wir den Programmprozess zur Europawahl partizipativ gestaltet. Das bedeutet, dass die Parteimitglieder und Gliederungen zum ersten Mal beim Programmprozess eines Europawahlprogramms eingebunden wurde und mitgehalten konnten. Es gab viele partizipative Elemente wie eine Onlinebefragung für Mitglieder, verschiedene Programmforen, auf denen bestimmte Schwerpunkte diskutiert wurden und am Ende auch einen Programmparteitag (Konvent), auf dem das Programm beschlossen wurde. Doch nicht nur Parteimitglieder wurden in den Programmprozess eingebunden. Uns war es wichtig, unsere Verbindungen zu verschiedenen Stakeholdern wie Gewerkschaften, Frauennetzwerken, Sozialverbänden, Umweltverbänden wieder zu stärken und mit ihnen in einen Austausch zu kommen.

Der zweite Aspekt ist die verlässliche Kommunikation nach innen. Wir haben Wert darauf gelegt, mit den Mitgliedern klar und verlässlich zu kommunizieren und genau zu informieren. Das haben wir auf diversen Wegen gemacht, klassisch per Mail, aber auch per WhatsApp oder eben auch über Facebook. Facebook ist das Netzwerk, bei dem die meisten Genossinnen und Genossen registriert sind. Damit haben wir eine Kommunikationsplattform, um unsere Botschaften auch in die Partei hinein zu transportieren und so zu mobilisieren.

Wir wollten für die Partei ein attraktives Veranstaltungsformat und Angebot schaffen, das einerseits neu ist, die Gliederungen als unterstützend empfinden und wir eine hohe Reichweite in der Fläche erlangen. Bei der Veranstaltungskonzeption haben wir uns darauf konzentriert, mit vielen „Marktplatzveranstaltungen“ viele Menschen direkt zu erreichen. Ergänzend haben wir ein Format gefunden, mit dem die Partei (auch in organisatorisch schwächeren Regionen) echten Straßenwahlkampf machen konnte. Über 1000 Veranstaltungen wurden zentral aus dem WBH heraus organisiert. Das gab es vorher noch nie. Wir haben dabei die Veranstaltungen so konzipiert, dass sie auch gleichzeitig als Mobilisierung der eigenen Parteimitglieder funktioniert. Die Konzeption sah zwei Formate vor. Zum einen die Infotruck-Tour. Hier wurden Foodtrucks gebrandet, was zusätzlichen Werbedruck auf der Straße erzeugte. Diese waren der Grundstock für eine Infoveranstaltung vor Ort, die mit einfachen Mitteln und relativ wenig Manpower von den Gliederungen vor Ort durchgeführt werden konnte. Noch vor Ostern sind wir gestartet, um eine hohe Reichweite zu erlangen. Zum anderen sind wir im Mai in die Schlussphase gestartet und haben hierfür das Format für die

Spitzenkandidatin entwickelt. Diese wurden größer angelegt, aber der Fokus blieb weiterhin auf dem Austausch zwischen Kandidatin und den Bürgerinnen und Bürgern. In einer Art Townhall-Meeting auf dem Marktplatz oder anderen öffentlichen Plätzen haben sich Katarina Barley und Udo Bullmann den Fragen der Bürgerinnen und Bürgern gestellt. Und das auf Augenhöhe. Damit konnte ihr Image der zugewandten Kandidat*innen, die sich für die Belange der Menschen interessieren, noch weiter ausgebaut werden. In der Mobilisierung für die Veranstaltungen ist es allerdings nicht durchgehend gelungen, Menschen außerhalb der Partei zu erreichen.

Gemeinsamer Wahlkampf von SPD & SPE

Für die Europawahl 2019 hatten sich alle 33 Mitgliedsparteien der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) auf die Annahme eines gemeinsamen Manifests „Ein neuer Sozialvertrag für Europa“ und die Aufstellung eines gemeinsamen Spitzenkandidaten/einer gemeinsamen Spitzenkandidatin verständigt. Und die SPD war dabei treibende Kraft und immer wieder federführend. Bei der Erarbeitung des nationalen Wahlprogramms hatte die SPD die europäische Perspektive stets im Blick, so dass das Ergebnis als eine Vertiefung und eine Erweiterung des Manifestes der europäischen Sozialdemokratie zu lesen war. Die Programme griffen ineinander und zeichneten übereinstimmend eine Vision für unser gemeinsames Europa. Die SPD hatte frühzeitig einen Programmprozess gestartet und in Kooperation mit der SPE und der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament (S&D Fraktion) vier Veranstaltungen organisiert: Programmforen zu den zentralen europäischen Grundwerten „Freiheit & Demokratie“, „Gerechtigkeit“, „Solidarität“ und „Frieden“. Darunter eine Veranstaltung im Rahmen der Betriebs- und Personalrätekonferenz in Bremerhaven, wo gleichzeitig mit der Europawahl auch Bürgerschaftswahlen stattfanden.

Bereits 2014 hatte die europäische Spitzenkandidatur von Martin Schulz den Weg zu mehr Demokratie, mehr Beteiligung und damit zu mehr Zusammenhalt in der Europäischen Union bereitet. Die Solidarität unter den Schwesterparteien hat die deutsche Sozialdemokratie auch 2019 ohne Abstriche weitergetragen, indem sie beispielsweise Frans Timmermans einen Tag nach seiner Nominierung zum Spitzenkandidaten der SPE zur SPD-Konferenz der Europadelegierten nach Berlin geladen hatte. Ein starkes Signal für einen gemeinsamen Wahlkampf. Frans Timmermans unterstützte in den folgenden Wochen die SPD auch immer wieder aktiv im Straßenwahlkampf und bei diversen Veranstaltungen. In zwei TV-Auftritten im deutschen Fernsehen stellte sich Timmermans dem Rede-Duell mit dem EVP-Kontrahenten Manfred Weber und setzte dabei auch Themen des SPD-Wahlprogramms. Die Vorbereitung dieser Auftritte wurden vom Willy-Brandt-Haus unterstützt, inhaltlich vorbereitet und vom SPD-Online-Team in den sozialen Netzwerken begleitet. In Absprache mit der SPD wurden deutschlandweit SPE-Plakate mit Frans Timmermans gehängt sowie ein Großflächenplakat zum Thema Steuergerechtigkeit am Berliner Alexanderplatz präsentiert. Die europäischen Schwesterparteien arbeiteten im Wahlkampf eng zusammen. So hatte die SPD vor Start der nationalen und europaweiten Kampagnen Wahlkampfleiterinnen und Wahlkampfleiter nach Berlin geladen, um im Willy-Brandt-Haus eine Abstimmung und Koordination der nationalen Wahlkämpfe der Mitgliedsparteien der SPE mit der Kampagne des gemeinsamen Spitzenkandidaten vorzunehmen.

Was gut gelaufen ist und was nicht

Die Ausgangslage für die Europawahl 2019 war speziell. Die Nachwirkungen der schwierigen Bundestagswahlkampagne, die angespannte Stimmung in der Phase der Regierungsbildung, die personellen Veränderungen an der Parteispitze und die schwache demoskopische nationale Stimmung waren keine guten Rahmenbedingungen. Außer in der Programmphase und der Verabschiedung des Sozialstaatspapiers (Feb/März), in der es gelungen war, in den Umfragen den Abstand zur Union zu reduzieren und den Abstand zu den Grünen zu vergrößern, hat die Europawahlkampagne keinen „Rückenwind“ erfahren.

Mit der Diskussion/ Verabschiedung von Artikel 13 und den zunehmenden Klimademonstrationen ist der Kampagnenansatz in zwei der Potenzial-Zielgruppen nicht mehr durchgedrungen.

Unabhängig davon müssen einige Learnings diskutiert werden:

Die SPD ist und bleibt die Europapartei, daher ist es wünschenswert, die verschiedenen europapolitischen Akteure (SPD Gruppe, SPD BTF, Regierung, SPE und Partei) enger zu verzahnen und bei der Vorbereitung von Europa-Wahlkämpfen langfristig zu integrieren. So könnte die europapolitische Basis verbreitert werden und die programmatische und organisatorische Unterstützung der SPD-Gruppe im Wahlkampf noch deutlich ausgebaut werden.

Grundsätzlich gilt auch bei Europawahlen - wie bei allen Wahlkämpfen: Eine langfristige Vorbereitung ist hilfreich und notwendig. 12 Monate Vorbereitungs- und Durchführungszeit sind sehr sportlich und können nur gelingen, wenn 100 Prozent Konzentration auf die Kampagne gelenkt werden kann.

Die inhaltliche Zuspitzung auf Themen, die für die SPD einzahlen, muss deutlich früher begonnen werden, um nicht von anderen Themen überrollt zu werden. Die inhaltliche Zuspitzung muss dann auch konsequent betrieben und breit unterstützt werden und sich auch in der Plakatlinie widerfinden.

Der Koordinationsaufwand für eine nationale Kampagne (mit regionalen Fenstern und Kommunalwahlen) mit der gesamteuropäischen Kampagne ist ein nicht zu vernachlässigender Aufwand. Inwieweit das Modell europäische*r Spitzenkandidat*in noch greifen wird, kann aktuell nicht beurteilt werden. Bei der zurückliegenden Wahl hätten wir durchaus stärker und häufiger Frans Timmermans einsetzen können, der insbesondere bei den TV-Formaten viele Menschen überzeugt hat. Welche Auswirkungen die Veränderungen des Europawahlrechts für die Aufstellung der SPD-Liste hat, sind noch nicht einzuschätzen. Unabhängig davon muss bei der Aufstellung der Liste ein enger Austausch mit der Gruppe, den Gliederungen und der Parteispitze stattfinden.

Das Modell mit zwei nationalen Spitzenkandidat*innen zur Europawahl bindet insbesondere bei der Wahlkampfleitung und -organisation enorme Koordinationszeit. Zudem braucht es von Beginn klare Absprachen und Strukturen.

Die frühzeitige Beteiligung insbesondere der LV`s, die eigene Kommunalwahlen im Blick hatten, war sinnvoll. Hier war das WBH für einige LV's eine gute Unterstützung.

Die Kommunikation in die Partei, insbesondere mit den Wahlkämpfern, hat gut funktioniert. Mailings und die Onlinesprechstunden sind gut angenommen worden. Die hohen Materialbestellungen (25Prozent mehr als 2014) und die vielen Wahlveranstaltungen in der Fläche sind ein deutlicher Beleg dafür.

Die Integration der Zielgruppenkampagnen (AsF und Jusos) war ein effektiver Baustein. Insbesondere die AsF Kampagne und die eigenen AsF- und Juso-Touren waren für die interne Mobilisierung hilfreich. Nach der Artikel 13-Debatte hat die Juso-Kampagne verständlicherweise etwas an Dynamik verloren.

Die besondere organisatorische Aufstellung der Europakampa als Teil des WBH´s und der Ansatz, zum Schluss der Kampagne das gesamte WBH in die Kampagne zu integrieren, war eine Herausforderung. Bei zukünftigen Kampagnen müssen auf jeden Fall weitere zentrale Akteure (z.B. Agenturen) dauerhaft in den „Warroom" integriert werden.

Die innovativen neuen Kommunikationsinstrumente sollten auch für andere Wahlkämpfe Anwendung finden und zwischen den Kampagnen weiterentwickelt werden.

Zukünftig wird die SPD mit deutlich reduzierteren Mitteln Kampagnen planen und umsetzen müssen. Die Reduktion von Großflächen- und Anzeigenbudget und die weitere Verbesserung einer effektiven Online-Kommunikation ist eine denkbare Möglichkeit.

6.2 Landtagswahlen

Seit einigen Jahren werden Landtagswahlkämpfe aus dem Willy-Brandt-Haus begleitet und unterstützt, so auch die Landtagswahlkämpfe 2018 in Hessen und Bayern sowie 2019 in Bremen, Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Die Ergebnisse zeigen uns, dass auch hier die Unterstützung durch das Willy-Brandt-Haus noch weiter optimiert werden kann, um die wahlkämpfenden Landesverbände besser zu unterstützen. Das wollen wir zum Beispiel durch die Schaffung einer Dienstleistungszentrale erreichen.

Im Vorfeld der Wahltermine fanden die sogenannten Ländertage statt, wo sowohl auf der politischen Ebene inhaltliche Ausrichtung und zentrale Botschaften besprochen als auch auf der Arbeitsebene konkrete Unterstützungsanforderungen der Landesverbände an den SPD-Parteivorstand thematisiert wurden.

Zu den regelmäßigen Unterstützungsleistungen des Parteivorstands gehören dabei

- Unterstützung und Knowhow-Transfer in den Bereichen Produktion (Printprodukte & Kandidierendenmaterial, Fotoshooting, Agenturen & Media, Vertrieb & Logistik),
- Unterstützung beim Redner*inneneinsatz zur Präsenz der Parteispitze in den Landtagswahlkämpfen,
- Beratung und Hilfe bei Social Media und Pressearbeit,
- sowie Unterstützung durch die Bereitstellung und Einführung verschiedener IT-Werkzeuge (u.a. Plattform für E-Mail-Marketing, Easy-Mailer für Kandidat*innen, Kampagnen-Website in „Mein Bereich“, Baukasten-System für Kandidat*innen-Websites sowie der Mobilisierungsplaner und die Tür-zu-Tür-Werkzeuge für datenbasiertes Campaigning).

Im gemeinsamen Austausch zwischen Expert*innen im Willy-Brandt-Haus und den zuständigen Pendants in den jeweiligen Landesverbänden werden so praktische Unterstützungsleistungen für die Wahlkämpfer*innen in den Ländern entwickelt. Darüber hinaus führt der Bundesgeschäftsführer wöchentlich eine Telefonkonferenz mit den wahlkämpfenden Landesverbänden durch, um sich über zentrale Themen, Termine und Botschaften auszutauschen und konkrete, aktuelle Unterstützungsbedarfe abzufragen. Die Schnittstelle zu den Landesverbänden werden wir mit der Einrichtung einer Dienstleistungszentrale zukünftig weiter verbessern. Natürlich stehe ich in engem Austausch mit den jeweiligen politischen Spitzen der wahlkämpfenden Landesverbände und möchte mich an dieser Stelle für die solidarische und zielgerichtete Zusammenarbeit bedanken.

SPD

BERICHT ÜBER DEN STAND DER BETRIEBS-ORGANISATION/AFA

ORDENTLICHER
BUNDESPARTEITAG

06. BIS 08. DEZEMBER 2019

INHALT

1. BERICHT ÜBER DEN STAND DER AFA - UND BETRIEBSORGANISATION 3

2. ERGEBNISSE DER UMFRAGE 4

a) Gegenstand der Umfrage 4

b) Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in den Unterbezirken 4

c) Betriebsgruppen 4

d) Betriebsvertrauensleute 4

**ANLAGE: UMFRAGEERGEBNISSE,
GEGLIEDERT NACH SPD-LANDESVERBÄNDEN UND BEZIRKEN 5**

1. BERICHT ÜBER DEN STAND DER AFA - UND BETRIEBSORGANISATION

Nach dem Beschluss des Bundesparteitages München 1982 - „Richtlinien für die politische Betriebsarbeit der SPD“ - ist der Parteivorstand verpflichtet, auf jedem Ordentlichen Bundesparteitag einen Bericht über den Stand der Beteiligung betriebstätiger Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen an der Parteiarbeit vorzulegen.

Der letzte Bericht über den Stand der Betriebsorganisation wurde dem Bundesparteitag 2017 in Berlin vorgelegt. Dem nächsten Ordentlichen Bundesparteitag 2019 in Berlin ist ein weiterer Bericht vorzulegen. Zu diesem Zweck wurde eine Umfrage bei allen Landesverbänden und Bezirken vorgenommen, die in der Regel für die Betreuung der Betriebsorganisation verantwortlich sind.

Die Betreuung, Datenerhebung und die Verankerung arbeitnehmerorientierter Politik in der Parteiorganisation vor Ort sollte ein Schwerpunkt der weiteren organisationspolitischen Debatte in der SPD werden.

2. ERGEBNISSE DER UMFRAGE

a) Gegenstand der Umfrage

Die Umfrage erstreckte sich auf folgende Fragen:

- Anzahl der SPD-Unterbezirke/Kreisverbände
- Anzahl der Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmerfragen auf der Ebene der Unterbezirke/Kreisverbände
- Anzahl der Betriebsgruppen innerhalb des Landesverbandes/Bezirkes
- Anzahl der Betriebsvertrauensleute innerhalb des Landesverbandes/Bezirkes

b) Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in den Unterbezirken

Aus den Antworten der Landesverbände/Bezirke ergibt sich, dass in 221 von 376 Unterbezirken/Kreisverbänden Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmerfragen bestehen. In einzelnen Landesverbänden ist die Differenz zwischen der Anzahl der Unterbezirke und der Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmerfragen weiterhin groß. Eine der wesentlichen organisatorischen Aufgaben besteht deshalb darin, die Organisationsstruktur der AfA so auszubauen, dass in sämtlichen Unterbezirken/Kreisverbänden Arbeitnehmerstrukturen als Bindeglied zwischen Partei/Gewerkschaften/Betrieb bestehen.

c) Betriebsgruppen

Die Landesverbände/Bezirke haben die Frage nach der Anzahl der bestehenden SPD-Betriebsgruppen dahingehend beantwortet, dass insgesamt 228 Betriebsgruppen bestehen. Dies sind 4 weniger, als vor zwei Jahren angegeben wurden. Hinzu kommen ca. 80 Betriebsgruppen im Bereich Eisenbahn, die vom zentralen Betriebsgruppenausschuss Eisenbahn betreut und koordiniert werden. Auf Bundesebene gibt es neben den Eisenbahnern zentrale Betriebsgruppenausschüsse im Bereich der Bauwirtschaft, für den Bereich der Telekommunikation, im Bereich der Deutschen Post und eine bundesweite Betriebsgruppe der Schwerbehindertenvertreter in Betrieben.

d) Betriebsvertrauensleute

Die Anzahl der Betriebsvertrauensleute wird von den Landesverbänden und Bezirken mit insgesamt 828 angegeben.

Anlage: Umfrageergebnisse

Stand: 25. Oktober 2019

UMFRAGEERGEBNISSE, GEGLIEDERT NACH SPD-LANDESVERBÄNDEN UND BEZIRKEN

Landesverband/ Bezirk	Zahl der SPD-UB/KV	Zahl der AGs für Arbeitnehmerfragen in UB/KV	Gesamtzahl der Betriebsgruppen im LV/Bezirk	Gesamtzahl der Betriebsvertrauensleute im LV/ Bezirk
LV Schleswig-Holstein	15	13	--	--
LO Hamburg	7	6	7	8
LO Bremen	3	3	11	20
Bez. Nord-Niedersachsen	6	2	--	--
Bez. Weser-Ems	17	8	--	0
Bez. Hannover	13	10	--	300
Bez. Braunschweig	8	4	1	21
LV Nordrhein-Westfalen	54	36	167	199
Bez. Hessen-Nord	8	7	10	33
Bez. Hessen-Süd	18	8	6	197
LV Baden-Württemberg	43	27	10	20
LV Bayern	62	41	10	30
LV Rheinland-Pfalz	27	20	3	--
LV Saar	7	7	1	--
LV Berlin	12	12	2	--
LV Mecklenburg-Vorpomm.	8	1	--	--
LV Brandenburg	18	4	--	--
LV Sachsen-Anhalt	14	3	--	--
LV Thüringen	23	5	--	--
LV Sachsen	13	4	--	--
Gesamt	**376**	**221**	**228**	**828**

SPD

GLEICH-STELLUNGS-BERICHT 2019

INHALT

VORWORT

Lars Klingbeil, SPD-Generalsekretär 4
Maria Noichl, ASF-Bundesvorsitzende 6

1. GLEICHSTELLUNGSPOLITISCHE REGELUNGEN UND MASSNAHMEN

1.1 Gleichstellungspolitische Regelungen in Satzung und Richtlinien 10
1.2 Beispiele gleichstellungspolitischer Maßnahmen 13
1.3 Beteiligung und Online-Instrumente 14

2. DIE SPD AUF BUNDESEBENE

2.1 Mitgliederentwicklung 18
2.2 Parteivorstand und Präsidium 19
2.3 Weibliche Delegierte auf Bundesparteitagen und Parteikonvent 20
2.3.1 Ordentlicher Bundesparteitag vom 7.– 9. Dezember 2017 20
2.3.2 Parteikonvent Europa am 23. März 2019 21
2.3.3 Außerordentliche Bundesparteitage 2018 22
2.4 Gremien und Arbeitsgemeinschaften 24
2.4.1 Bundesvorstände der Arbeitsgemeinschaften 24
2.4.2 Gremien auf Bundesebene 25

3. DIE SPD AUF LANDESVERBANDS-, BEZIRKS-, UNTERBEZIRKS- UND ORTSVEREINSEBENE

3.1 Mitgliederentwicklung in den Landesverbänden und Bezirken 28
3.2 Vorsitzende und Vorstände 29
3.2.1 Vorsitzende und Vorstände der Landesverbände und Bezirke 30
3.2.2 Vorsitzende und Vorstände der Landesverbände, die nicht den Status von Bezirken haben 31
3.2.3 Vorsitzende und Vorstände der Unterbezirke und Kreisverbände 32
3.2.4 Vorsitzende und Vorstände der Ortsvereine 34

4. PARLAMENTE, FRAKTIONEN UND REGIERUNGEN

4.1 Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament 36
4.1.1 SPD-Gruppe im Europäischen Parlament 36

INHALT

4.2	**SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag**	**37**
4.2.1	Weibliche Abgeordnete in der SPD-Bundestagsfraktion seit 1949	37
4.2.2	Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion	38
4.2.3	Zusammensetzung der Ausschüsse, Arbeitsgruppen, Sprecher*innen Bundestagsfraktion	39
4.3	**Bundesregierung**	**41**
4.4	**SPD-Fraktionen der Länderparlamente**	**42**
4.4.1	Weibliche Abgeordnete in den SPD-Landtagsfraktionen	42
4.4.2	SPD-Fraktionsvorsitzende und Fraktionsvorstände	43
4.5	**Landesregierungen**	**44**
4.5.1	Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD beteiligt ist	44
5.	**BERICHT DER BUNDES-SGK**	
5.1	**Frauenanteil bei kommunalen Mandatsträger*innen in den Bundesländern**	**48**
5.2	**Weibliche Vorsitzende der SPD-Großstadt- und Kreistagsfraktionen**	**50**
5.3	**Von sozialdemokratischen Frauen besetzte Führungspositionen auf kommunaler Ebene**	**51**
5.4	**Frauen im Vorstand der Bundes-SGK und in den Vorständen der Landes-SGKs**	**52**
6.	**HAUPTAMTLICHE MITARBEITER*INNEN**	
6.1	**SPD-Parteivorstand**	**54**
6.2	**Landesverbände und Bezirke**	**55**

IMPRESSUM:
Herausgeber*in: SPD-Parteivorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin
Redaktion: Wiebke Neumann, Kathrin Börner
Gestaltung: ASK Berlin
Druck: Dräger und Wullenwever GmbH und Co. KG
Hinweis: Stichtag für die Datenerhebung war der 30. August 2019, sofern nicht anders vermerkt

VORWORT
LARS KLINGBEIL, SPD-GENERALSEKRETÄR

Liebe Genossinnen und Genossen,
die SPD ist seit ihren Anfängen auch die Partei der Gleichstellung von Frauen und Männern. Gleichberechtigte politische Teilhabe ist für die Demokratie und auf unserem Weg zu einer moderneren und vielfältigeren Partei zentral. Deshalb haben wir in den vergangenen zwei Jahren an verschiedenen Stellen Neues gewagt. Dieser Gleichstellungsbericht ist Ausdruck davon. Er erscheint nicht nur im neuen Layout, sondern wird auch online in der Partei verbreitet und ist so für alle Gliederungen nutzbar. Erstmals erfasst er nicht nur mit Zahlen und Tabellen die Ämter, Funktionen und Mandate der SPD auf allen Ebenen, sondern auch neue politische sowie digitale Aspekte.

Wir sind mit der Gleichstellung in der SPD noch lange nicht dort, wo wir hinwollen. Parität ist unser Ziel, aber nur in wenigen Bereichen bereits verwirklicht. Der **Frauenanteil in der Mitgliedschaft** liegt weiterhin bei knapp einem Drittel. Es ist Aufgabe aller Ebenen, mehr Frauen für die SPD begeistern. Dafür brauchen wir weibliche Vorbilder an der Spitze, mehr Sichtbarkeit und Teilhabe sowie einen Kulturwandel in der Parteiarbeit.

Gremien und Vorstände
Im Parteivorstand und im Präsidium haben wir den Frauenanteil von 40 bzw. 50 Prozent erreicht und sogar überschritten. Mir persönlich ist wichtig, dass das auch in Zukunft so bleibt. Denn die Gremien auf der Bundesebene sind Vorbild für alle Gliederungen. Frauen müssen in allen Entscheidungsgremien gleichberechtigt vertreten sein. Deshalb werden wir diese Vorgaben auch weiter in unserer Satzung festschreiben.

Dass es im Berichtszeitraum mit Andrea Nahles die erste weibliche Parteivorsitzende der SPD gab, war historisch – und längst überfällig. Ihr gebührt unser Dank und Respekt. **Mit dem Prozess im Vorfeld der Wahl der neuen Parteispitze haben wir jetzt den Weg frei gemacht für die Doppelspitze.** Auch künftig wird also eine Frau – diesmal im Team mit einem Mann – an der Spitze der SPD stehen. Dieses Modell der Doppelspitze wollen wir für alle Gliederungen ermöglichen.

Der Anteil von Frauen in Ämtern und Funktionen auf allen Ebenen hat sich leicht nach oben entwickelt. Besonders auf Unterbezirks- und Ortsvereinsebene ist der Frauenanteil aber weiter deutlich unter unserem Ziel. Wir unterstützen ganz konkret Frauenvernetzung, u.a. auf den Unterbezirksvorsitzenden-Konferenzen und mit unserem Programm „Frauen an die Macht“. Die Vereinbarkeit von Beruf, Privatleben und Engagement vor Ort ist in den Ortsvereinen weiter Thema. Die Doppelspitze ist hier ein Meilenstein. Eine neue Sitzungskultur und die Möglichkeit zur Projektarbeit und digitaler Beteiligung sind ebenso wichtig, um es neben jungen Menschen, vor allem auch mehr Frauen zu ermöglichen, sich besser in der SPD einzubringen.

Fraktionen und Regierungen

Bei der Aufstellung der Liste zur Europawahl haben wir gezeigt, dass wir es ernst meinen mit der Parität. Die Liste bestand zur Hälfte aus Frauen und Männern und in der SPD-Gruppe im Europaparlament sind deshalb auch 50 Prozent Frauen vertreten. Mit Katarina Barley wurde die Europaliste der SPD 2019 von einer Frau als Spitzenkandidatin angeführt. Das hat sich auf den gesamten Europawahlkampf ausgewirkt und die Gleichstellung von Frauen und Männern war ein zentrales Thema.

Der Frauenanteil im Deutschen Bundestag ist erstmalig wieder rückläufig. Das ist nach 100 Jahren Frauenwahlrecht ein niederschmetternder Befund. In der SPD-Bundestagsfraktion ist der Frauenanteil allerdings mit rund 42 Prozent stabil geblieben. Mit Andrea Nahles hatte die Fraktion auch die erste weibliche Vorsitzende in ihrer Geschichte.

In der Bundesregierung ist es die SPD, die 50 Prozent Bundesministerinnen und 61 Prozent Staatssekretärinnen stellt. Damit ist der Frauenanteil unter den SPD-Minister*innen deutlich höher als der der Gesamtregierung.

Frauen sind unverzichtbar in der Kommunalpolitik, denn sie prägen das Leben vor Ort und bringen wichtige Sichtweisen mit. Auf der kommunalen Ebene sind Frauen aber parteiübergreifend unterrepräsentiert in Ämtern und Mandaten. Auch bei den SPD-Führungspositionen in den Kommunen sind Frauen die Ausnahme. Nur mit einer anderen Art, wie wir vor Ort Politik und Parteiarbeit gestalten, können wir dies künftig verändern.

Mehr als Zahlen und Tabellen...

Zum ersten Mal ist der Gleichstellungsbericht nicht nur eine Zusammenstellung der Zahlen und Daten, sondern betrachtet auch die Regelungen und Maßnahmen auf dem Weg zu mehr Gleichstellung. So sorgen wir dafür, dass unsere Satzungsvorgaben auch umgesetzt werden. Mit Blick auf die neu erfassten Zahlen im Bereich Mitgliederbeteiligung und Online-Instrumente wollen wir in Zukunft noch stärker sicherstellen, dass Frauen und Männer gleichermaßen partizipieren. Einige zentrale Maßnahmen dafür finden sich in den organisationspolitischen Reformvorschlägen bereits wieder. Gleichstellung auf allen Ebenen und in allen Diskussionsräumen ist ein Kernziel unseres organisationspolitischen Auftrags.Als Generalsekretär will ich zeigen, an welchen Stellen wir bereits Fortschritte erzielt haben, aber gleichzeitig nichts schön reden. Nur so können wir besser werden. Die Einrichtung der Stabsstelle im Willy-Brandt-Haus war ein wichtiger Schritt. Gleichstellung wird so in unserer Arbeit ganz konkret. Das Debattencamp 2018 mit dem Frauenanteil auf den Panels und in den Debatten ist für mich ein leuchtendes Beispiel, wie wir unsere Formate und Diskussionen lebendiger und besser gestalten. Podien ohne Frauen sind nicht mehr zeitgemäß und als Generalsekretär gehe ich nicht auf so genannte All-Male-Panels.

Das gehört zu einem Wandel der Parteikultur: Gleichstellung ist Aufgabe von allen Frauen UND Männern in der SPD.

Euer Lars Klingbeil

VORWORT
MARIA NOICHL, ASF-BUNDESVORSITZENDE

Liebe Genossinnen und Genossen,
wie keine andere Arbeitsgemeinschaft arbeitet die ASF täglich für die Gleichstellung von Frauen und Männer. Darüber hinaus sieht sich die gesamte SPD auf allen Ebenen verpflichtet, die treibende Kraft für Gleichstellung in unserer Partei und der Gesellschaft zu sein. Nur wer in der eigenen Partei 50:50 endlich schafft, kann bei einer Wahlrechtsreform ehrlich für Parité einstehen.

Der SPD-Gleichstellungsbericht 2019 erfasst die Gleichstellung in Ämtern, Funktionen und Mandaten. Der Berichtszeitraum umfasst die Jahre 2018 und 2019.

Mitgliederentwicklung
Der Frauenanteil in der Mitgliedschaft bleibt bei 32,6 % weitestgehend gleich. In den Landesverbänden und Bezirken liegen die Anteile zwischen 25 und 35 %.

Bundesebene
Im Parteivorstand und Präsidium werden die Satzungsvorgaben eingehalten. Durch die Wechsel an der Parteispitze hat sich der Frauenanteil erhöht. Aktuell liegt er in beiden Gremien bei 50 %

Der Frauenanteil auf Bundesparteitagen und dem Parteikonvent lag zwischen 44,8 und 45,9 %. Es gibt allerdings auch immer Delegationen, die die Mindestquote von 40 % nicht erfüllen.

Bei den vielen anderen Gremien, Kommissionen, Foren, Projektgruppen und Beiräten auf der Bundesebene sehen wir leider immer noch ein gemischtes Bild und einen Auftrag für den künftigen Parteivorstand: Bei der Besetzung von Gremien, die der Parteivorstand entscheidet, ist eine paritätische Besetzung ein Muss!

Die Bundesvorstände der Arbeitsgemeinschaften erreichen fast alle einen Frauenanteil von über 40 oder 50 %. Allerdings gibt es im Vergleich zum letzten Gleichstellungsbericht nur noch zwei weibliche Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaften.

Landesverbands-, Bezirks-, Unterbezirks- und Ortsvereinsebene
Es gibt leichte Verbesserungen bei den Ämtern und Funktionen in den Gliederungen. Erstmals gab es sieben weibliche Landes- und Bezirksvorsitzende. In allen Landes- und Bezirksvorständen ist die Mindestquote von 40 % erreicht, oft liegt sie sogar über 50 %. Der Frauenanteil bei den Unterbezirksvorsitzenden ist leicht gestiegen, mit 26 % aber weiterhin zu niedrig. In den Vorständen insgesamt waren 39 % Frauen vertreten. Auf der Ortsvereinsebene können wir in den vergangenen zwei Jahren wenig Bewegung beobachten. Mit 22 % weiblichen Ortsvereinsvorsitzenden und 32 % Frauen in den Vorständen sind Frauen vor Ort in der SPD also weiter deutlich unterrepräsentiert.

Fraktionen und Regierungen

Paritätische Listen und eine konsequente Einhaltung des Reißversschlusses bringen sofort Erfolg. Das sehen wir an der Europaliste, über die erstmals 50 % Frauen in der SPD-Gruppe ins Europaparlament eingezogen sind. In der Bundestagsfraktion sind trotz Reißverschluss, aber aufgrund der Direktmandate mit 64 Abgeordneten nur rund 42 % Frauen. In den Landtagsfraktionen gibt es eine noch größere Spannbreite zwischen nur 10,5 % in Baden-Württemberg und 58,33 % in Thüringen. Hier muss endlich gehandelt und über Sanktionen offen gesprochen werden.

In der Bundesregierung ist die SPD mit 3 Ministerinnen und 3 Ministern vertreten. Auch in den meisten Landesregierungen, an denen die SPD beteiligt ist, ist der Frauenanteil unter den SPD-Minister*innen deutlich höher als der der Gesamtregierung. Dies bewertet die ASF als sehr gut.

Kommunale Ebene

Auf der kommunalen Ebene sehen wir: Frauen sind deutlich unterrepräsentiert in Ämtern und Mandaten. Es sind nur 27 % der kommunalen Mandatsträger*innen aller Parteien Frauen. SPD-Fraktionsvorsitzende in Großstädten und Kreistagen sind nur zu 13,2 % weiblich. Bei den (Ober-) Bürgermeister*innen und Landrät*innen haben sich die Zahlen kaum verbessert. Weiterhin ist nur jede 10. SPD-Spitzenposition auf dieser Ebene mit einer Frau besetzt (22 von 201). Hier wird sich nur mit einem proaktiven Ansatz etwas ändern. Aktives Zugehen auf Frauen, Ansprechen und Einbinden ist konsequent nötig und muss von Parteiseite aus organisiert werden.

Überblick über gleichstellungspolitische Regelungen und Maßnahmen

Erstmals findet sich im Gleichstellungsbericht auch eine Übersicht der Regelungen und Maßnahmen im Bereich Gleichstellung. Das kann dazu beitragen, dass sie bekannter und besser umgesetzt werden. Auch der Blick auf die digitalen Beteiligungsinstrumente ist wichtig. Denn Beteiligung in der SPD geht nur mit Frauen!

Fazit

Vieles, was seit dem letzten Gleichstellungsbericht oder Beschlüssen aus 2017 angemahnt wurde, ist seitdem passiert: Ermöglichung der Doppelspitze für alle Gliederungen, konsequente Parität im Präsidium, Einrichtung einer Stabsstelle Gleichstellung im Willy-Brandt-Haus, eine weibliche Spitzenkandidatin zur Europawahl.

Wir müssen aber auch mehr als 30 Jahre nach dem Quotenbeschluss feststellen, dass die Mindestquote von 40 %, obwohl sie in der Satzung der SPD verankert ist, nicht überall erfüllt wird. Die Vorstände aller Ebenen sind hier in der Pflicht und müssen aktiv dafür sorgen, dass Frauen für Ämter und Funktionen zur Verfügung stehen und unterstützt werden, um die vorhandenen Hürden abzubauen. Das Programm „Frauen an die Macht“ ist hier ein Element. Bildungsangebote, Mentoring und Vernetzung müssen aber auf allen Ebenen vorhanden sein.

Die Doppelspitze wurde von der ASF eingebracht und sie wird die Partei verändern. Vereinbarkeit wird auf allen Ebenen ermöglicht und Frauen und Männer werden davon profitieren. Die Kultur der Parteiarbeit vor Ort muss sich aber ebenso ändern. Sexismus und Hinterzimmer-Politik dürfen keinen Platz in der SPD haben.

In unseren Parlamenten wollen wir Parität erreichen. Hier sprechen wir nicht nur über Listen und Reißverschluss, sondern auch über die Aufstellung in den Wahlkreisen. Wir Frauen fordern: „Die Hälfte des Himmels, die Hälfte der Erde und die Hälfte der Macht".

Eure Maria Noichl
ASF-Bundesvorsitzende

1.

GLEICHSTELLUNGS-POLITISCHE REGELUNGEN UND MASSNAHMEN

1.1 GLEICHSTELLUNGSPOLITISCHE REGELUNGEN IN SATZUNG UND RICHTLINIEN

Die SPD kennt zahlreiche Regelungen mit dem Ziel, Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen. Außerdem gibt es Maßnahmen und Instrumente, die nicht in Satzungen oder Richtlinien stehen, aber trotzdem die innerparteiliche Gleichstellung voranbringen. In diesem neuen Kapitel des Gleichstellungsberichtes werden diese Regelungen und Maßnahmen dargestellt ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Außerdem werden Beteiligungs- und Online-Instrumente betrachtet. In vielen Gliederungen der Partei gibt es eigene Beschlüsse und beispielhafte Ideen. Diese können gern immer an **gleichstellung@spd.de** geschickt werden, damit sie auch anderen Gliederungen als gute Beispiele dienen.

In der Satzung: Quotierung

Im Organisationsstatut der SPD finden sich viele Regelungen, die auf dem Weg zu mehr Gleichstellung helfen. Bereits seit 1988 gibt es die Geschlechterquote, die sich heute in §11 des Organisationsstatutes wiederspiegelt und dort verbindlich festgelegt ist:

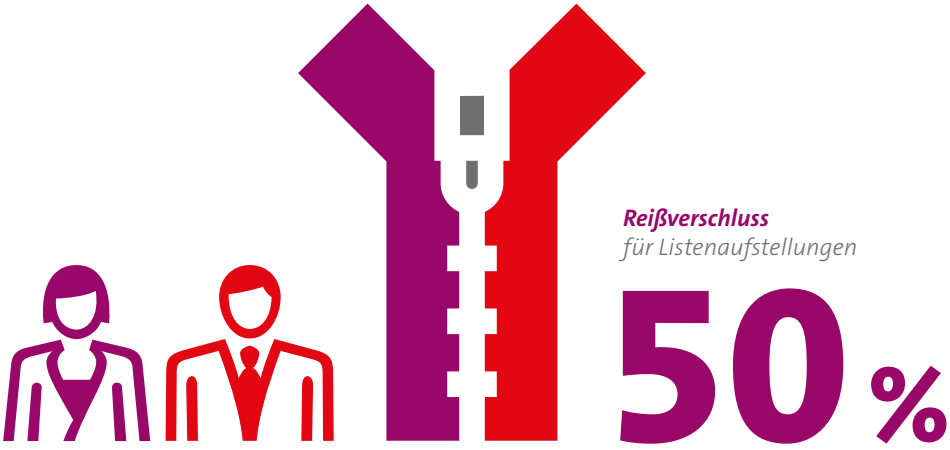
> *§11 (2) „In den Funktionen und Mandaten der Partei müssen nach Maßgabe dieses Statuts und der Wahlordnung Frauen und Männer mindestens zu je 40 % vertreten sein. Die Pflicht richtet sich an das wählende oder entsendende Gremium. Die Quotierung bezieht sich insbesondere auf Mehrpersonengremien wie Vorstände, geschäftsführende Vorstände, von Vorständen eingesetzte Gremien und Delegationen."*

In der Wahlordnung ist dies als Auftrag für Vorstände nochmal gesondert betont bei den allgemeinen Grundsätzen. Dort ist **das Ziel 50:50** bereits angelegt:

> *§3 (5) „Wahlvorschläge müssen die satzungsmäßigen Voraussetzungen erfüllen. Die Personalvorschläge der Vorstände müssen Frauen und Männer mindestens zu je 40 % berücksichtigen, sie sollen Frauen und Männer zu je 50 % berücksichtigen."*

Der vorliegende Gleichstellungsbericht zeigt, dass diese Geschlechterquote besonders auf Landes-, Bezirks- und Bundesebene wirkt. Auf Unterbezirks- und Ortsvereinsebene werden die **40 % Geschlechterquote** nicht immer oder selten erreicht.

Geschlechterquote *für Vorstände, Delegationen und Gremien*



In der Satzung: Reißverschlussverfahren

Für die Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten auf den Landeslisten zur Bundestagswahl gilt seit 2011 das sogenannte „Reißverschlussverfahren". Dieses Verfahren stellt in der Wahlordnung sicher, dass Frauen und Männer immer abwechselnd auf der jeweiligen Liste vertreten sind, also **50:50**. Vorher galt über die sogenannte „5er-Päckchen-Regelung" die Mindestquote von 40 %.

> *§4 (2) „Für die Wahl zum Deutschen Bundestag wird die angemessene Vertretung von Frauen und Männern durch die Aufstellung der Landeslisten gesichert. Die Aufstellung der Landeslisten erfolgt alternierend; eine Frau, ein Mann, beginnend mit dem Spitzenkandidaten oder der Spitzenkandidatin."*

Dieses Prinzip des Reißverschlusses gilt auch für **alle** anderen Listenaufstellungen zu Landtagswahlen oder kommunalen Wahlen, falls in der Satzung vor Ort keine andere Regelung getroffen ist, die die **Mindestquote von 40 %** gewährleistet.

Auch für die Bundesliste zur Europawahl gilt das Reißverschlussverfahren.

> *§4 (3) „Die Aufstellung der gemeinsamen Liste aller Bundesländer (Bundesliste) zur Europawahl oder die Aufstellung von Landeslisten zur Europawahl erfolgt alternierend; eine Frau, ein Mann, beginnend mit dem Spitzenkandidaten oder der Spitzenkandidatin."*

Der Effekt dieser Regelung war bei der Europawahl 2019 direkt messbar, seit der die SPD von genau **50 % Frauen und Männer im Europaparlament** vertreten wird.

Anfang September 2019 hatten 173 Ortsvereine der SPD eine Doppelspitze [1]

Modellprojekt: Doppelspitze auf Ortsvereinsebene

Die Forderung nach einer Doppelspitze begleitet die SPD schon seit einigen Jahren. Seit 2017 ist sie Realität für viele Ortsvereine bundesweit und verändert somit bereits ganz konkret Parteikultur vor Ort.

Der ordentliche Bundesparteitag im Dezember 2017 hat mit einem Modellprojekt den Weg freigemacht, die gleichberechtigte Leitung auf Ortsvereinsebene zu erproben. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit dem ehrenamtlichen Engagement in der SPD wird damit für alle Geschlechter verbessert. Dieser Beschluss wurde als einer der ersten in der organisatorischen Erneuerung umgesetzt.

Die Richtlinie dazu hat der Parteivorstand am 4. März 2018 beschlossen. Das Modellprojekt erlaubt es den Ortsvereinen, dass dem Vorstand **zwei gleichberechtigte Vorsitzende** angehören, wobei ein Mann und eine Frau vertreten sein muss. Diese Richtlinie wurde per E-Mail an die Gliederungen verschickt.

Seitdem haben viele Ortsvereine die Doppelspitze bereits eingeführt und können von ersten positiven Erfahrungen berichten. Es gibt sie bereits in fast allen Landesverbänden und Bezirken.

Wenn der Bundesparteitag 2019 durch Satzungsänderung den Weg frei macht für eine **Doppelspitze auf der Bundesebene und auf allen Gliederungsebenen**, müssen die Gliederungen nur noch entsprechend des Organisationsstatutes auf Bundesebene ihre jeweiligen Satzungen anpassen.

Die Doppelspitze ist also bald überall und einfach möglich. 2020 ist ein Erfahrungsaustausch der Doppelspitzen geplant, um die Erkenntnisse für die Parteiarbeit in der Praxis auch anderen interessierten Gliederungen zur Verfügung zu stellen.

[1] *Stand August 2019, Quelle: MAVIS*

1.2 BEISPIELE GLEICHSTELLUNGS-POLITISCHER MAßNAHMEN

Einrichtung Stabsstelle Gleichstellung

Der Bundesparteitag 2017 hat in seinem Beschluss **„Die #SPDerneuern: Unser Weg nach vorn“** die Einrichtung einer Stabsstelle Gleichstellung im Willy-Brandt-Haus beschlossen. Diese wurde im Herbst 2018 geschaffen, beim Generalsekretär angesiedelt und mit einer Person besetzt. Ziel ist es, das Erscheinungsbild der SPD zu verändern, mehr Frauen für die SPD zu aktivieren, die Sichtbarkeit von Frauen zu erhöhen und einen Kulturwandel anzustoßen. Die Stabsstelle begleitet Prozesse und Projekte des Parteivorstands und unterstützt Gliederungen und Mitglieder mit Handreichungen, guten Beispielen und individueller Beratung. Qua Amt war die Stabsstelle Gleichstellung beratendes Mitglied der Organisationspolitischen Kommission und wirkte dort an mehreren Unter-Arbeitsgruppen mit.

Einige Beispiele der Arbeit der Stabsstelle Gleichstellung finden sich im Folgenden im Gleichstellungsbericht.

Bündelung der gleichstellungspolitischen Materialien und Angebote

Im internen Mitgliederbereich kampagne.spd.de sind die gleichstellungspolitischen Materialien und Angebote gebündelt. Dort finden sich auch **Best Practice Beispiele.** Das hat den Vorteil, dass Informationen gezielt und einfach gefunden werden.

Checkliste geschlechtergerechte Kommunikation

Wie gelingt eine geschlechtergerechte Kommunikation bei Veranstaltungen, in Bild und Sprache? Das fasst die Checkliste **„(Mit) Frauen gewinnen“** aus dem Bundestagswahlkampf 2017 kompakt und anschaulich zusammen. Diese Checkliste wurde für den Europawahlkampf 2019 neu aufgelegt und erweitert. Zu den einzelnen Aspekten gibt es außerdem ausführlichere Handreichungen.

In der Arbeit des Willy-Brandt-Hauses werden die Hinweise aus der Checkliste bereits umgesetzt. Sogenannte **„All-Male-Panels“** ohne Beteiligung von Frauen sind nicht mehr zeitgemäß. Unser Ziel ist stets eine paritätische Besetzung. Die Stabsstelle Gleichstellung unterstützt bei einer Sammlung von Referentinnen.

Vernetzungsangebote

Vernetzung und Austausch sind wichtig auf allen Ebenen. Wir bieten bei der Konferenz der Unterbezirksvorsitzenden, bei Bundesparteitagen und bei weiteren bundesweiten Events Vernetzungsangebote für Frauen in der SPD. Dort werden gute Beispiele vorgestellt und ausgetauscht.

Bildungsarbeit und Empowerment

Die erfolgreiche Reihe **„Frauen an die Macht" der Parteischule** ging auch 2018 und 2019 mit jeweils 2 Durchgängen sowie Aufbaumodul weiter. Bereits 13 mal wurden Frauen in der SPD mit diesem Angebot gestärkt und haben sich vernetzt. Viele von ihnen sind mittlerweile in Ämtern und Funktionen. Außerdem wird stets bei den Bildungsangeboten durch die Parteischule auf Parität geachtet. Im WIKI der Parteischule finden sich zahlreiche Tipps und Hinweise zur Gleichstellungsarbeit.

Auch bei den **Jusos und Juso-Hochschulgruppen** gibt es regelmäßig Empowerment-Programme für Frauen. 2018 fand außerdem ein Feminismus-Kongress der Jusos statt mit Workshops, externen Diskussionspartner*innen und viel Raum für Austausch und Vernetzung.

Aktionstage

Es gibt mehrere feste Tage und Monate im Kalender, in denen Gleichstellungsthemen besonders im **Fokus der öffentlichen Wahrnehmung** stehen. Diese werden selbstverständlich auch durch den SPD-Parteivorstand begleitet mit inhaltlichen Impulsen, eigenen Aktionen und Veranstaltungen. Dazu gehören der Internationale Frauentag am 8. März, der Equal Pay Day im März und der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen am 25. November. In den Jahren 2018 und 2019 hatte der Monat März die besonderen Schwerpunkte 100 Jahren Frauenwahlrecht und Europawahl. Ausführliche Berichte dieser Aktionstage finden sich unter anderen in den Jahrbüchern der SPD.

1.3 BETEILIGUNG UND ONLINE-INSTRUMENTE

Bei allen Beteiligungs- und Online-Instrumenten ist es wichtig, dass Frauen zu gleichen Teilen beteiligt sind. Daher erfasst dieser Gleichstellungsbericht erstmals diese Aspekte.

Mitgliederbefragungen online

Mitglieder einfach und transparent online befragen und beteiligen, das wurde 2018 und 2019 unter anderem durch mehrere Online-Mitgliederbefragungen umgesetzt.

Der Frauenanteil der Teilnehmenden an diesen Online-Mitgliederbefragungen liegt allerdings deutlich unter dem Frauenanteil in der Mitgliedschaft. Bei der ersten Online-

Befragung im April 2018 und der zweiten Online-Befragung im Juli/August 2018 lag der Frauenanteil beispielsweise bei rund **26 %**[1]. Dafür gibt es mehrere Erklärungsfaktoren. U.a. sind weibliche SPD-Mitglieder im Schnitt seltener per Email erreichbar.

Diese Erkenntnisse haben uns bei der Mitgliederbefragung für den SPD-Parteivorsitz geholfen, von Beginn an eine hohe Beteiligung von Frauen als Ziel zu formulieren und Instrumente und Ideen zu testen.

Debattenportal und Debattencamp

Ein weiterer Schritt Richtung digitale Beteiligung war das Debattenportal: ein Online-Portal für Mitglieder, das im Herbst 2018 auf den Weg gebracht wurde. Der Frauenanteil bei den Nutzer*innen im **Debattenportal** beträgt **17,5 %**. Die meisten der dort aktiven Frauen sind zwischen 50 und 69 Jahren alt[2].

Auch bei Kommentaren und Beiträgen ist der Frauenanteil spürbar geringer als der Frauenanteil in unserer Mitgliedschaft. Diese Zahlen stellen uns nicht zufrieden. Das Wissen hat uns aber für andere Prozesse weitergebracht. Im Vorschlag, den die Organisationspolitische Kommission zu „Online-Themenforen“ gemacht hat, spielt Gleichstellung von Anfang an eine große Rolle mit neuen Verfahren für Parität.

Auf dem Debattencamp im November 2018 ging es um die sozialdemokratischen Antworten auf Zukunftsfragen. An 2 Tagen diskutierten über 3.000 Gäste in mehr als 60 Sessions. Eine Besonderheit: Parität war bereits in der Planungsphase mitgedacht. Die Sessions, die die Mitglieder selbst vorschlagen konnten, waren paritätisch gedacht. Kein Panel und keine Diskussionsrunde ohne Frauen. Bei der Publikumsbeteiligung kamen Frauen und Männer abwechselnd zu Wort. Das Ergebnis waren lebendige und bessere Debatten.

Mailings und Social Media

Parteiarbeit und Kommunikation werden digitaler. Daher sind Mailings an Mitglieder und Social Media neu in diesem Gleichstellungsbericht. Die Zahlen beruhen auf aggregierten Auswertungen und sind nicht individualisierbar.

Die Erreichbarkeit von Frauen in der SPD per E-Mail liegt unter der Erreichbarkeit der Männer. Im Verhältnis zu allen weiblichen Mitgliedern erreichen wir rund **55,8 %** der Frauen per E-Mail. Es gibt noch einen Anteil an E-Mail-Adressen, die nicht einem Ge-

[1] Quelle: per Mail versandte Auswertungen der Online-Mitgliederbefragungen 2018
[2] Quelle: Auswertung des Analyseteams Ende 2018

schlecht zugeordnet werden können. Beim Öffnen von E-Mails und dem Klicken auf Links in E-Mails ist der Frauenanteil bei E-Mails meist ebenfalls niedriger als der Männeranteil. Wir sehen aber, dass bei sehr gezielten Mailings (beispielsweise im Aktionsmonat Frauen und Gleichstellung im März 2019) die Öffnungs- und Klickraten höher liegen können[3].

Auch in den Sozialen Medien sehen wir diese Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Mit Stand Oktober waren **27,8 %** der Fans der SPD-Facebook-Seite Frauen, davon die größte Gruppe zwischen 25 und 34 Jahre alt[4]. Der Anteil derjenigen Frauen, die Beiträge der SPD auf Facebook gesehen haben, ist teilweise höher. Hier spielen dann oft gezielte Kampagnen und Postings sowie Werbung eine Rolle.

Besonders im Zeitraum des Europawahlkampfes sehen wir im März und Mai, dass oft sogar mehr Frauen unsere Beiträge auf Facebook gesehen haben als Männer. Der ganze Europawahlkampf hatte mit einer Spitzenkandidatin und der Schwerpunktsetzung einen Fokus auf Frauen und Gleichstellung. Das spiegelt sich dann auch in der Erreichbarkeit von Frauen wider.

Mitgliederbefragung zum Parteivorsitz 2019

Bei der Mitgliederbefragung zur neuen Parteispitze war eine hohe Beteiligung von Frauen ein Ziel von Anfang und wurde in der Projektgruppe regelmäßig thematisiert. Die Wege, die dafür ausgetestet und regelmäßig evaluiert wurden, waren vielfältig: Mailings gezielt an Frauen, eine Social Media Kampagne auf Grundlage von Erkenntnissen aus der Engagementforschung, die Nutzung des Whatsapp-Kanal für einen gezielten Aufruf an Frauen, breiter Aufruf zum Public Viewing eines Online-Formates nur mit den Frauen aus den Kandidierenden-Teams, Zusammenarbeit mit der ASF, 50:50 auf den Tourterminen auf der Bühne und bei Publikumsfragen, Bewerbung eines Podcast-Formats nur mit den Frauen aus den Duos und vieles mehr.

Direkte Zusammenhänge sind nur begrenzt messbar. Ein positiver Effekt durch diesen Schwerpunkt in den Planungen ist aber durchaus spürbar. Besonders die Konzentration auf die Doppelspitze und die Frauen in den Teams haben dazu beigetragen, mehr Frauen mit diesem Prozess der Mitgliederbefragung zu erreichen.

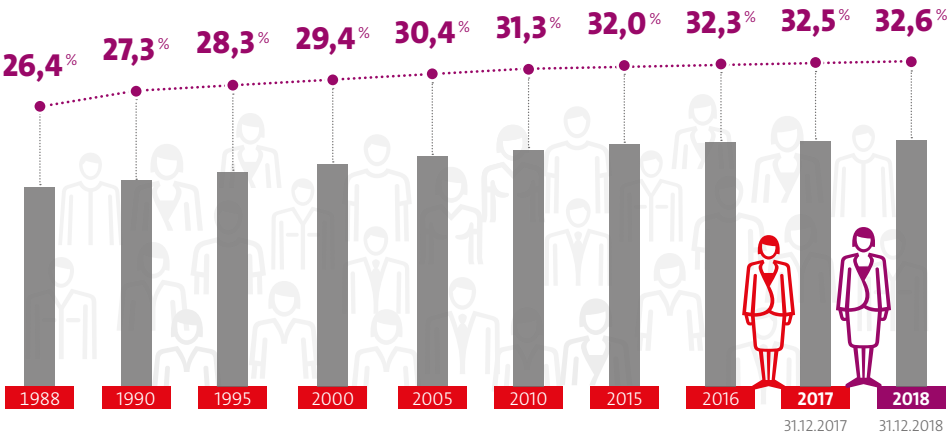
[3] *Quelle: Auswertung des Analyseteams Oktober 2019*
[4] *Quelle: Auswertung des Analyseteams Oktober 2019*

2.

DIE SPD AUF BUNDESEBENE

2.1 MITGLIEDERENTWICKLUNG

Frauenanteil in % *der SPD-Mitglieder gesamt*



Jahr	*Mitglieder gesamt*	*Davon Frauen*	*(%)*
1988	911.916	240.325	**26,35 %**
1990	919.129	250.906	**27,30 %**
1995	817.650	230.952	**28,25 %**
2000	734.667	215.633	**29,35 %**
2005	590.485	179.530	**30,40 %**
2010	502.062	156.948	**31,26 %**
2015	442.814	141.920	**32,05 %**
2016	432.706	139.528	**32,25 %**
31.12.2017	**443.152**	**143.878**	**32,47 %**
31.12.2018	**437.754**	**142.693**	**32,60 %**

2.2 PARTEIVORSTAND UND PRÄSIDIUM

Parteivorstand

Der Parteivorstand wurde auf dem ordentlichen Bundesparteitag im Dezember 2017 gewählt. Zu diesem Zeitpunkt waren von insgesamt 45 gewählten Mitgliedern 22 Frauen. **Das entsprach einem Frauenanteil von 48,88 % im Parteivorstand.**

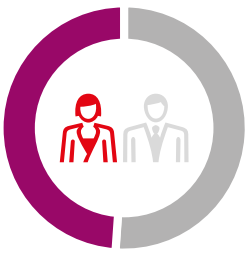
Präsidium

Der Parteivorstand wählte aus seiner Mitte ein Präsidium. Dieses bestand aus Vorsitz, 6 Stellvertreter*innen, Schatzmeister*in, Generalsekretär*in, Europabeauftragte*r und 6 Beisitzer*innen. Im Dezember 2017 waren von insgesamt 16 Mitgliedern im Präsidium 8 Frauen. **Das entsprach einem Frauenanteil von 50,00 % im Präsidium.**

Veränderungen 2018 und 2019

Durch den Wechsel an der Parteispitze von Martin Schulz zu Andrea Nahles im April 2018 veränderte sich der Frauenanteil im Parteivorstand auf **51,11 %** und im Präsidium auf **56,25 %**.

Im Juni 2019 ist Andrea Nahles als Parteivorsitzende zurückgetreten, die Parteiführung übernahmen die drei Stellvertreter*innen Malu Dreyer, Manuela Schwesig und Thorsten Schäfer-Gümbel. Dadurch veränderte sich der Frauenanteil im Parteivorstand auf **50,00 %** und im Präsidium auf **50,00 %**.

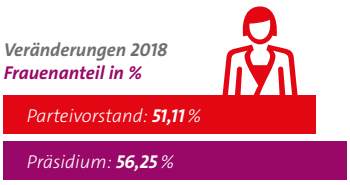


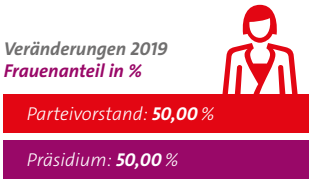
2017
*Parteivorstand: **45***
*davon Frauen: **22***

48,9 %

2017
*Präsidium: **16***
*davon Frauen: **8***

50,0 %



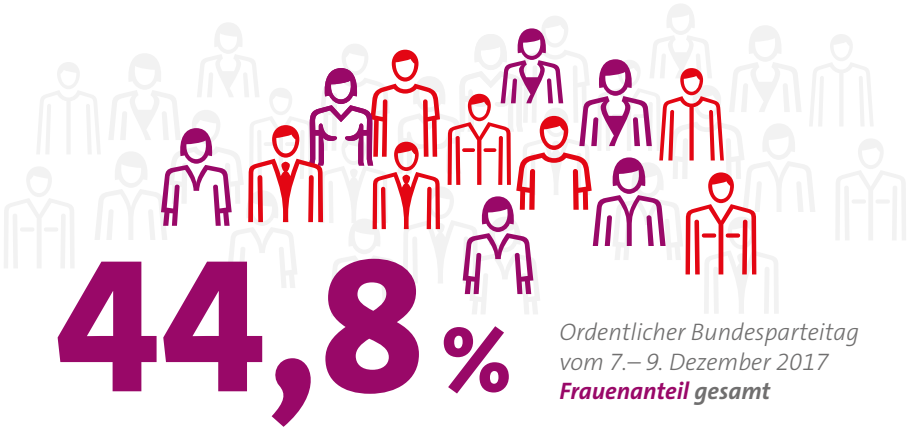


2.3 WEIBLICHE DELEGIERTE AUF BUNDES-PARTEITAGEN UND PARTEIKONVENT

2.3.1 ORDENTLICHER BUNDESPARTEITAG VOM 7.– 9. DEZEMBER 2017

Landesverband/Bezirk	*Anzahl mögliche Delegierte*	*Anwesende Delegierte / davon Frauen*	*(%)*
Schleswig-Holstein	24	23 / 9	39,1 %
Mecklenburg-Vorpommern	5	5 / 2	40,0 %
Hamburg	15	15 / 8	53,3 %
Bremen	8	8 / 4	50,0 %
Nord-Niedersachsen	9	9 / 4	44,4 %
Weser-Ems	22	21 / 7	33,3 %
Hannover	36	36 / 18	50,0 %
Braunschweig	14	14 / 7	50,0 %
Sachsen-Anhalt	6	6 / 2	33,3 %
Brandenburg	10	10 / 5	50,0 %
Berlin	23	23 / 11	47,8 %
Hessen-Nord	26	25 / 11	44,0 %
Hessen-Süd	46	46 / 21	45,7 %
Thüringen	7	7 / 3	42,9 %
Sachsen	7	7 / 3	42,9 %
Saar	24	23 / 11	47,8 %
Baden-Württemberg	47	47 / 24	51,1 %
Bayern	78	76 / 35	46,1 %
Rheinland-Pfalz	49	49 / 20	40,8 %
Nordrhein-Westfalen	144	144 / 63	43,8 %
Summe	**600**	**594 / 268**	45,1 %
Parteivorstand	32	31 / 12	38,7 %
Gesamtsumme	**632**	**625 / 280**	44,8 %

2.3.1 ORDENTLICHER BUNDESPARTEITAG VOM 7.– 9. DEZEMBER 2017



44,8 %

Ordentlicher Bundesparteitag vom 7.– 9. Dezember 2017
***Frauenanteil** gesamt*

2.3.2 PARTEIKONVENT EUROPA AM 23. MÄRZ 2019

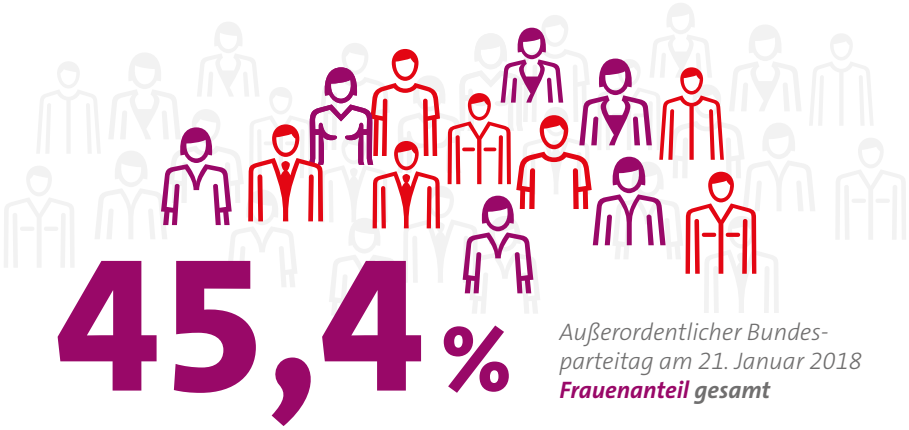
45,9 %

***Frauenanteil** gesamt 2019*

2.3.3 AUßERORDENTLICHE BUNDESPARTEITAGE 2018

Landesverband/Bezirk	*Anzahl mögliche Delegierte*	a.o. BPT 21. Januar 2018		a.o. BPT 22. April 2018	
		Anwesende Delegierte / davon Frauen	*(%)*	*Anwesende Delegierte / davon Frauen*	*(%)*
Schleswig-Holstein	24	24 / 10	41,7 %	24 / 10	41,7 %
Mecklenburg-Vorpommern	5	5 / 2	40,0 %	5 / 2	40,0 %
Hamburg	15	15 / 7	46,7 %	15 / 7	46,7 %
Bremen	8	8 / 4	50,0 %	7 / 4	57,1 %
Nord-Niedersachsen	9	9 / 5	55,6 %	9 / 5	55,6 %
Weser-Ems	22	22 / 6	27,3 %	22 / 8	36,4 %
Hannover	36	36 / 17	47,2 %	34 / 16	47,1 %
Braunschweig	14	14 / 8	57,1 %	14 / 7	50,0 %
Sachsen-Anhalt	6	6 / 3	50,0 %	6 / 3	50,0 %
Brandenburg	10	10 / 4	40,0 %	9 / 3	33,3 %
Berlin	23	23 / 9	39,1 %	23 / 10	43,5 %
Hessen-Nord	26	26 / 11	42,3 %	26 / 13	50,0 %
Hessen-Süd	46	46 / 20	43,5 %	46 / 19	41,3 %
Thüringen	7	7 / 4	57,1 %	7 / 3	42,9 %
Sachsen	7	7 / 3	42,9 %	7 / 3	42,9 %
Saar	24	24 / 13	54,2 %	24 / 10	41,7 %
Baden-Württemberg	47	47 / 22	46,8 %	47 / 23	48,9 %
Bayern	78	78 / 36	46,2 %	74 / 35	47,3 %
Rheinland-Pfalz	49	49 / 20	40,8 %	49 / 20	40,8 %
Nordrhein-Westfalen	144	144 / 67	46,5 %	144 / 66	45,8 %
Summe	**600**	**600 / 271**	45,2 %	**592 / 267**	45,1 %
Parteivorstand	45	45 / 22	48,9 %	43 / 22	51,2 %
Gesamtsumme	**645**	**645 / 293**	45,4 %	**635 / 289**	45,5 %

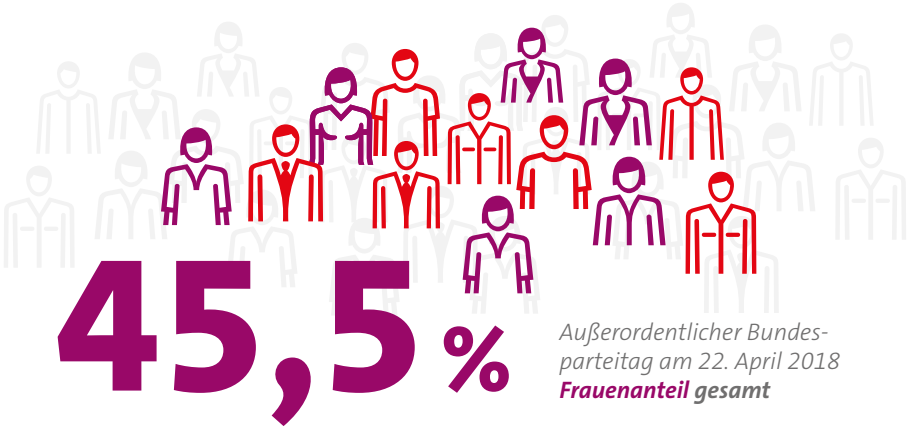
2.3.3 AUßERORDENTLICHER BUNDESPARTEITAG AM 21. JANUAR 2018



45,4 %

Außerordentlicher Bundesparteitag am 21. Januar 2018
***Frauenanteil** gesamt*

2.3.3 AUßERORDENTLICHER BUNDESPARTEITAG AM 22. APRIL 2018



45,5 %

Außerordentlicher Bundesparteitag am 22. April 2018
***Frauenanteil** gesamt*

2.4 GREMIEN UND ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

2.4.1 BUNDESVORSTÄNDE DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

Name der Arbeitsgemeinschaft	*Größe des Gremiums*	*Vorsitzende gesamt / **davon Frauen***	*Weitere Gremien-Mitglieder gesamt / (einschl. stellv. Vorsitzende und Mitglieder des Vorstandes) **davon Frauen***	*(%)*
Jusos [1] (Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD)	10	1 / 0	9 / 5	**50,0 %**
Juso-Hochschulgruppen [2]	7	0 / 0	7 / 4	**57,1 %**
ASF [3] (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen)	21	1 / 1	20 / 20	**100 %**
AG 60 plus [4]	10	1 / 0	9 / 4	**40,0 %**
AfA [5] (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen)	21	1 / 0	20 / 9	**42,9 %**
AfB (Arbeitsgemeinschaft für Bildung)	7	1 / 0	6 / 4	**57,1 %**
AGS [6] (Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD)	12	1 / 0	11 / 5	**41,7 %**
ASG [6] (Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen)	14	1 / 0	13 / 7	**50,0 %**
ASJ (Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen)	12	1 / 0	11 / 5	**41,7 %**
AG Migration und Vielfalt	14	1 / 0	13 / 8	**57,1 %**
AG Selbst Aktiv	11	1 / 0	10 / 5	**45,5 %**
SPDqueer (Arbeitsgemeinschaft der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung)	13	1 / 1	12 / 3	**30,8 %**

[1] *8 stellv. Vorsitzende und 1 komm. Bundesgeschäftsführerin*
[2] *es gibt keine*n Vorsitzende*n*
[3] *plus 3 weitere weibliche Kooptierungen*
[4] *plus drei Ehrenvorsitzende, davon zwei Frauen*
[5] *plus 9 weitere Mitglieder: 1 Ehrenvorsitz 1 m, 2 beratende Mitglieder: 1 m / 1 w, 6 kooptierte Mitglieder: 3 m / 3 w*
[6] *plus weitere Mitglieder: 1 Ehrenvorsitz: 1 m, 2 kooptierte Mitglieder: 1 m / 1 w*
[7] *plus zwei weitere kooptierte Mitglieder: 1 m / 1 w*

2.4.2 GREMIEN AUF BUNDESEBENE

Art des Gremiums	*Name des Gremiums*	*Vorsitzende gesamt* ***davon Frauen***	*Weitere Gremien-Mitglieder gesamt /* *(einschl. stellv. Vorsitzende und Mitglieder des Vorstandes)* ***davon Frauen***	*(%)*
Arbeitskreis [1]	AK Christinnen und Christen in der SPD	2 / 1	3 / 2	**60,0 %**
Arbeitskreis [2]	AK jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten	5 / 3	0 / 0	**60,0 %**
Arbeitskreis [3]	AK muslimischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten	3 / 1	0 / 0	**33,3 %**
Arbeitskreis [4]	Arbeitskreis ehemals verfolgter und inhaftierter Sozialdemokraten (AvS)	2 / 0	2 / 0	**00,0 %**
Beirat	Beirat der „Parteischule im Willy-Brandt-Haus“	1 / 0	16 / 9	**52,9 %**
Forum	Kulturforum der Sozialdemokratie	1 / 0	21 / 9	**40,9 %**
Forum [5]	Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie e.V.	1 / 0	8 / 5	**55,6 %**
Forum [6]	Geschichtsforum in der SPD	2 / 1	29 / 12	**41,9 %**
Forum [7]	Forum Eine Welt und Gesprächskreis Menschenrechte	1 / 1	2 / 0	**33,3 %**
Forum	Forum Sport (Beirat Forum Sport)	1 / 1	23 / 8	**37,5 %**
Forum [8]	Themenforum Verbraucherpolitik	4 / 3	0 / 0	**75,0 %**
Beirat [9]	Kommunalbeirat	1 / 1	25 / 7	**28,0 %**

[1] *634 Personen im Bundesverteiler. Zusätzlich gibt es Regionalgruppen*
[2] *141 Personen im Bundesverteiler*
[3] *80 Personen im Bundesverteiler*
[4] *60 Personen im Gremium insgesamt*
[5] *inklusive Beisitzer*innen*
[6] *Stand August 2019 (nach Ausscheiden einer Historikerin)*
[7] *Forum Eine Welt und Gesprächskreis Menschenrechte wurden zusammengelegt. Ständige Mitglieder ca. 80 Personen*
[8] *168 Personen im Gremium insgesamt*
[9] *Vorsitz ist immer die/der Parteivorsitzende*

2.4.2 GREMIEN AUF BUNDESEBENE

Art des Gremiums	*Name des Gremiums*	*Vorsitzende gesamt* ***davon Frauen***	*Weitere Gremien-Mitglieder gesamt /* *(einschl. stellv. Vorsitzende und Mitglieder des Vorstandes)* ***davon Frauen***	*(%)*
Forum [10]	Steuerungsgruppe des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie	2 / 1	4 / 2	**50,0 %**
Forum [11]	Innenpolitik	1 / 0	67 / 18	**26,5 %**
Gesprächs-kreis	Gesprächskreis Jugend	1 / 1	40 / 18	**46,3 %**
Kommission [12]	Kommission Zukunft der Alterssicherung	1 / 0 / 0	14 / 9	**60,0 %**
Kommission	Grundwertekommission	1 / 1	18 / 6	**36,8 %**
Kommission [13]	Bundesschiedskommission	1 / 1	6 / 2	**42,9 %**
Kommission	Kommission Bezahlbarer Wohnraum und soziale Bodenpolitik	2 / 1	30 / 10	**34,4 %**
Kommission [14]	Europapolitische Kommission	2 / 0	0 / 0	**35,0 %**
Kommission [15]	Kommission Internationale Politik	3 / 0	6 / 2	**28,0 %**
Kommission [16]	Organisationspolitische Kommission	0 / 0	43 / 18	**41,9 %**

[10] Wissenschaftsforum selbst ohne feste Mitgliederstruktur
*[11] nur geborene Mitglieder. Mitglied sind innenpolitische Sprecher*innen, Innenminister*innen der Länder und Mitglieder der AG Inneres BTF*
[12] Angaben gemäß Einsetzungsbeschluss des PV der Kommission „Zukunft der Alterssicherung" vom 19.11.2018
[13] Die Vorsitzende + 2 Stellvertreter bilden den Spruchkörper. Besetzung der weiteren 4 Mitglieder ist paritätisch.
[14] Frauenanteil unter den Mitgliedern der Europapolitischen Kommission beträgt 35 %.
[15] Kommission Internationale Politik (Forum Sicherheits- und Verteidigungspolitik integriert) besteht aus 50 Mitgliedern. Der Frauenanteil auf Arbeitsebene beträgt 14 Frauen (im gesamten Gremium ein Frauenanteil von 28 %)
[16] Mitglieder von LV/BZ oder anderen Gremien benannt

3.

DIE SPD AUF LANDES-VERBANDS-, BEZIRKS-, UNTERBEZIRKS- UND ORTSVEREINSEBENE

3.1 MITGLIEDERENTWICKLUNG IN DEN LANDESVERBÄNDEN UND BEZIRKEN

Landesverband/Bezirk	*Mitglieder gesamt*	*davon Frauen*	*Frauenanteil*
Schleswig-Holstein	17.314	6.116	35,32 %
Berlin	20.096	6.876	34,22 %
Bremen	4.219	1.437	34,06 %
Nordrhein-Westfalen	108.856	36.823	33,83 %
Hamburg	11.575	3.894	33,64 %
Saar	17.062	5.735	33,61 %
Bayern	58.717	19.458	33,14 %
Baden-Württemberg	35.653	11.723	32,88 %
Mecklenburg-Vorpommern	3.101	993	32,02 %
Nord-Niedersachsen	5.563	1.767	31,76 %
Hannover	26.374	8.347	31,65 %
Rheinland-Pfalz	34.894	11.040	31,64 %
Hessen-Süd	33.568	10.550	31,43 %
Braunschweig	9.463	2.950	31,17 %
Weser-Ems	15.297	4.760	31,12 %
Brandenburg	6.362	1.936	30,43 %
Hessen-Nord	17.240	4.955	28,74 %
Thüringen	3.842	1.103	28,71 %
Sachsen-Anhalt	3.576	954	26,68 %
Sachsen	4.982	1.276	25,61 %

Quelle: MAVIS, Stand 31.12.2018

3.2 VORSITZENDE UND VORSTÄNDE

35,0 %

Vorsitzende
der Landesverbände und Bezirke
Frauenanteil *gesamt 2019*

Stellv. Vorsitzende
der Landesverbände
und Bezirke
Frauenanteil
gesamt im Vergleich

50 % 2017

2019 **55 %**

Vorstände
der Landesverbände
und Bezirke
Frauenanteil
gesamt im Vergleich

46 % 2017

2019 **48 %**

3.2.1 VORSITZENDE UND VORSTÄNDE DER LANDESVERBÄNDE UND BEZIRKE

Landesverband/Bezirk	***Weibliche** Landes-/ Bezirks-vorsitzende*	*Stellv. Vorsitzende gesamt/ **davon Frauen***	*Landes-/ Bezirksvorstände gesamt/ **davon Frauen***	*(%)*
Baden-Württemberg	nein	4 / 3	26 / 13	**50,0 %**
Bayern	ja	3 / 2	37 / 16	**43,2 %**
Berlin	nein	4 / 2	18 / 9	**50,0 %**
Brandenburg	nein	2 / 2	14 / 7	**50,0 %**
Braunschweig	nein	4 / 2	21 / 10	**47,6 %**
Bremen	ja	1 / 1	16 / 8	**50,0 %**
Hamburg	ja	3 / 1	21 / 11	**52,4 %**
Hannover	nein	3 / 2	26 / 15	**57,7 %**
Hessen-Nord	nein	2 / 1	19 / 8	**42,1 %**
Hessen-Süd	nein	2 / 2	20 / 8	**40,0 %**
Mecklenburg-Vorpommern	ja	3 / 1	16 / 7	**43,8 %**
Nord-Niedersachsen	nein	4 / 3	17 / 8	**47,1 %**
Nordrhein-Westfalen	nein	5 / 2	37 / 16	**43,2 %**
Rheinland-Pfalz	nein	3 / 1	22 / 10	**45,5 %**
Saar	ja	4 / 2	22 / 13	**59,1 %**
Sachsen	nein	2 / 1	21 / 11	**52,4 %**
Sachsen-Anhalt	nein	3 / 1	15 / 6	**40,0 %**
Schleswig-Holstein	ja	2 / 1	11 / 5	**45,5 %**
Thüringen	nein	4 / 3	24 / 10	**41,7 %**
Weser-Ems	ja	3 / 1	17 / 9	**52,9 %**
Gesamt	**7 von 20**	**61 / 34**	**420 / 200**	**47,6 %**

Quelle: MAVIS, Stand 29.08.2019

3.2.2 VORSITZENDE UND VORSTÄNDE DER LANDESVERBÄNDE, DIE NICHT DEN STATUS VON BEZIRKEN HABEN

Landesverband/Bezirk	***Weibliche** Landes-/Bezirksvorsitzende*
Landesverband Niedersachsen	nein
Landesverband Hessen	nein
Gesamt	**0 von 2**

Landesverband/ Bezirk	*Stellv. Vorsitzende gesamt/ **davon Frauen***	*(%)*
Landesverband Niedersachsen	5 / 3	**60,0 %**
Landesverband Hessen	2 / 1	**50,0 %**
Gesamt	**7 / 4**	**57,4 %**

Landesverband/ Bezirk	*Landes-/Bezirksvorstände gesamt/ **davon Frauen***	*(%)*
Landesverband Niedersachsen	26 / 16	**61,5 %**
Landesverband Hessen	18 / 8	**44,4 %**
Gesamt	**44 / 24**	**54,5 %**

Quelle: MAVIS, Stand 29.08.2019

3.2.3 VORSITZENDE UND VORSTÄNDE DER UNTERBEZIRKE UND KREISVERBÄNDE

Landesverband/ Bezirk	*Vorsitzende der Unterbezirke/ Kreisverbände gesamt/ davon Frauen*	*(%)*	*Vorstände der Unterbezirke/ Kreisverbände* gesamt/ davon Frauen*	*(%)*
Baden-Württemberg	43 / 13	30,2 %	551 / 212	38,5 %
Bayern	62 / 19	30,6 %	1.044 / 387	37,1 %
Berlin	12 / 3	25,0 %	238 / 115	48,3 %
Brandenburg	18 / 5	27,8 %	207 / 75	36,2 %
Braunschweig	8 / 2	25,0 %	121 / 48	39,7 %
Bremen	3 / 1	33,3 %	31 / 14	45,2 %
Hamburg	7 / 1	14,3 %	142 / 66	46,5 %
Hannover	13 / 6	46,2 %	237 / 104	43,9 %
Hessen-Nord	8 / 2	25,0 %	127 / 49	38,6 %
Hessen-Süd	18 / 3	16,7 %	359 / 146	40,7 %
Mecklenburg-Vorpommern	8 / 3	37,5 %	93 / 45	48,4 %
Nord-Niedersachsen	6 / 2	33,3 %	85 / 36	42,4 %
Nordrhein-Westfalen	54 / 10	18,5 %	963 / 388	40,3 %
Rheinland-Pfalz	27 / 2	7,4 %	477 / 186	39,0 %
Saar	7 / 1	14,3 %	229 / 79	34,5 %
Sachsen	13 / 3	23,1 %	135 / 44	32,6 %
Sachsen-Anhalt	14 / 1	7,1 %	147 / 52	35,4 %
Schleswig-Holstein	15 / 6	40,0 %	189 / 74	39,2 %
Thüringen	23 / 8	34,8 %	224 / 74	33,0 %
Weser-Ems	15 / 7	46,7 %	276 / 97	35,1 %
Gesamt	**374 / 98**	26,2 %	**5.875 / 2.291**	39,0 %

** Vorstand = Vorsitz, stellv. Vorsitzende*r, Kassierer*in, stellv. Kassierer*in, Schriftführer*in, stellv. Schriftführer*in, Beisitzer*innen*

Quelle: MAVIS, Stand 29.08.2019

UNTERBEZIRKE UND KREISVERBÄNDE

Vorsitzende
der Unterbezirke
und Kreisverbände
Frauenanteil
gesamt

26 %

Vorstände
der Unterbezirke
und Kreisverbände
Frauenanteil
gesamt

39 %

ORTSVEREINE

Vorsitzende
Ortsvereine
Frauenanteil
gesamt

22 %

Vorstände
Ortsvereine
Frauenanteil
gesamt

32 %

3.2.4 VORSITZENDE UND VORSTÄNDE DER ORTSVEREINE

Landesverband/Bezirk	*Vorsitzende der Ortsvereine gesamt/ davon Frauen*	*(%)*	*Vorstände der Ortsvereine* gesamt/ davon Frauen*	*(%)*
Baden-Württemberg	787 / 202	25,7 %	5.173 / 1.768	34,2 %
Bayern	1.471 / 323	22,0 %	10.743 / 3.491	32,5 %
Berlin	121 / 33	27,3 %	1.436 / 592	41,2 %
Brandenburg	183 / 40	21,9 %	907 / 290	32,0 %
Braunschweig	142 / 22	15,5 %	1.089 / 339	31,1 %
Bremen	43 / 9	20,9 %	415 / 154	37,1 %
Hamburg	73 / 18	24,7 %	813 / 327	40,2 %
Hannover	277 / 71	25,6 %	2.507 / 809	32,3 %
Hessen-Nord	439 / 70	15,9 %	2.805 / 709	25,3 %
Hessen-Süd	395 / 105	26,6 %	3.964 / 1.240	31,3 %
Mecklenburg-Vorpommern	91 / 23	25,3 %	414 / 152	36,7 %
Nord-Niedersachsen	65 / 16	24,6 %	601 / 199	33,1 %
Nordrhein-Westfalen	1.207 / 266	22,0 %	11.791 / 3.892	33,0 %
Rheinland-Pfalz	846 / 180	21,3 %	6.250 / 1.828	29,2 %
Saar	305 / 59	19,3 %	2.769 / 879	31,7 %
Sachsen	120 / 31	25,8 %	586 / 173	29,5 %
Sachsen-Anhalt	131 / 23	17,6 %	564 / 146	25,9 %
Schleswig-Holstein	459 / 119	25,9 %	2.439 / 795	32,6 %
Thüringen	136 / 27	19,9 %	582 / 182	31,3 %
Weser-Ems	268 / 59	22,0 %	2.238 / 658	29,4 %
Gesamt	**7.559 / 1.696**	22,4 %	**58.086 / 18.623**	32,1 %

** Vorstand = Vorsitz, stellv. Vorsitzende*r, Kassierer*in, stellv. Kassierer*in, Schriftführer*in, stellv. Schriftführer*in, Beisitzer*innen*

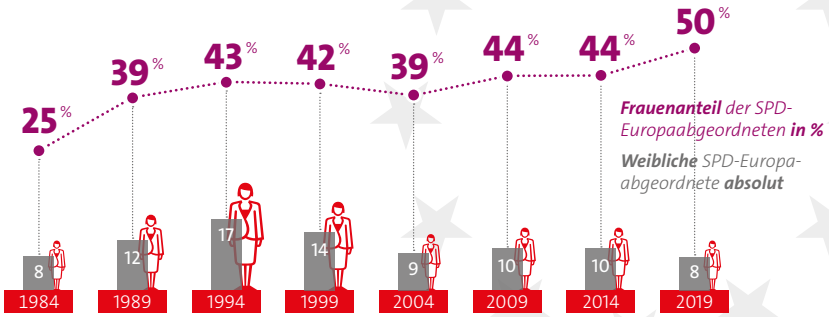
Quelle: MAVIS, Stand 29.08.2019

4.

PARLAMENTE FRAKTIONEN REGIERUNGEN

4.1 SOZIALDEMOKRATISCHE FRAKTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT[1]

Anteil der weiblichen Abgeordneten unter den SPD-Abgeordneten des Europäischen Parlaments 1984 bis 2019.



4.1.1 SPD-GRUPPE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Mit der Listenaufstellung zur Europawahl gab es mit Katarina Barley eine Spitzenkandidatin. Die Liste bestand zur **Hälfte aus Frauen und Männern**. Das hat dazu geführt, dass auch in der neuen SPD-Gruppe im Europäischen Parlament ein Frauenanteil von **50,00 %** erreicht wurde.

Europäisches Parlament insgesamt

Das Bestreben nach Gleichberechtigung spiegelt sich auch in der Zusammensetzung des Europäischen Parlaments, das in der Vergangenheit schrittweise „weiblicher" geworden ist. In der laufenden Legislaturperiode sind **40,4 %** der Abgeordneten im Europäischen Parlament Frauen. Das sind mehr als je zuvor. Von den insgesamt 96 deutschen Abgeordneten sind derzeit **35 weiblich (36,5%)**.

S&D Fraktion im Europäischen Parlament

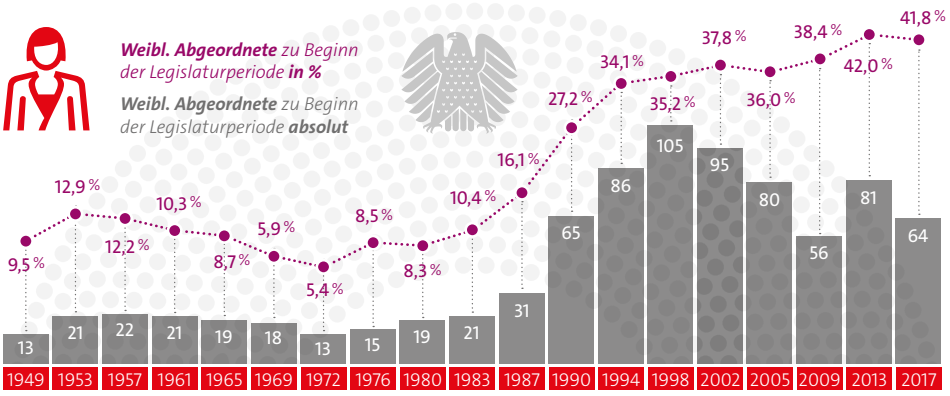
In der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (S&D) liegt der Anteil weiblicher Abgeordneter bei **43 %**. Somit ist dieser Frauenanteil etwas niedriger gegenüber dem Frauenanteil in der deutschen Gruppe der SPD-Europaabgeordneten. Zur Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Fraktion (S&D) wurde mit Iratxe García Pérez eine Frau gewählt. Katarina Barley wurde als Vizepräsidentin des Europäischen Parlamentes gewählt.

[1] *Quellen: Internetseiten des Europäischen Parlamentes und der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (S&D)*

4.2 SPD-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

4.2.1 WEIBLICHE ABGEORDNETE IN DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION SEIT 1949

Jahr der Bundestagswahl	*Weibl. Abgeordnete zu Beginn der Legislaturperiode*	*(%)*	*Weibl. Abgeordnete am Ende der Legislaturperiode*	*(%)*
1949	13	**9,5 %**	16	**11,5 %**
1953	21	**12,9 %**	22	**13,4 %**
1957	22	**12,2 %**	22	**12,2 %**
1961	21	**10,3 %**	23	**11,1 %**
1965	19	**8,7 %**	19	**8,7 %**
1969	18	**5,9 %**	17	**7,3 %**
1972	13	**5,4 %**	15	**6,2 %**
1976	15	**8,5 %**	17	**9,4 %**
1980	19	**8,3 %**	20	**8,9 %**
1983	21	**10,4 %**	23	**11,4 %**
1987	31	**16,1 %**	38	**16,8 %**
1990	65	**27,2 %**	65	**27,2 %**
1994	86	**34,1 %**	88	**35,1 %**
1998	105	**35,2 %**	108	**36,9 %**
2002	95	**37,8 %**	98	**39,5 %**
2005	80	**36,0 %**	83	**37,6 %**
2009	56	**38,4 %**	59	**40,4 %**
2013	81	**42,0 %**	86	**44,6 %**
2017 *	**64**	**41,8 %**		



** 153 Abgeordnete gesamt (Wahl am 24.09.2017/vorher waren es 193 Abgeordnete) = Zahl ist mit Stand 8.7.19 gleich geblieben*

61,53 % ***Frauenanteil*** *im gf. Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion*

4.2.2 FRAUEN IM FRAKTIONSVORSTAND DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Dem Geschäftsführenden Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion gehören die/der Fraktionsvorsitzende, die neun stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, die vier parlamentarischen Geschäftsführer*innen, sowie die Justiziarin der Fraktion und kraft Amtes der Bundestagsvizepräsident an.

Unter diesen 16 Mitgliedern waren zu Beginn der Legislaturperiode **8 Frauen** (1 Fraktionsvorsitzende, drei stellvertretende Fraktionsvorsitzende, drei parlamentarische Geschäftsführerinnen und die Justiziarin), der Frauenanteil lag hier bei **50,00 %**. Fraktionsvorsitzende war mit Andrea Nahles erstmals eine Frau.

Am 4. Juni 2019 hat Dr. Rolf Mützenich kommissarisch den Vorsitz der SPD-Bundestagsfraktion übernommen. Zuvor war die ehemalige Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles von dem Amt zurückgetreten. Am 24. September 2019 wurde der Fraktionsvorstand neu gewählt.

Durch diesen Wechsel an der Fraktionsspitze sowie weitere Veränderungen (u. a. durch Berufung von Minister*innen) veränderte sich die Zusammensetzung. Aktuell[2] sind unter den nur noch 13 Mitgliedern im Geschäftsführenden Fraktionsvorstand **8 Frauen** (vier stellvertretende Fraktionsvorsitzende, drei parlamentarische Geschäftsführerinnen und die Justiziarin), der Frauenanteil liegt hier bei **61,53 %**.

[2] *Stichtag ist für diese Erhebung der 1. Oktober 2019.*

4.2.3 ZUSAMMENSETZUNG DER AUSSCHÜSSE, ARBEITSGRUPPEN, SPRECHER*INNEN BUNDESTAGSFRAKTION

Ausschuss für	*Anzahl der ordentlicher SPD-Ausschussmitglieder (einschl. Stellvertreter)/**davon Frauen***	*(%)*
Angelegenheiten der Europäischen Union	16 / 5	31,3 %
Arbeit und Soziales	20 / 10	50,0 %
Außenpolitik	20 / 10	50,0 %
Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen	10 / 5	50,0 %
Bildung und Forschung	18 / 8	44,4 %
Digitale Agenda	10 / 4	40,0 %
Ernährung und Landwirtschaft	16 / 7	43,8 %
Familie, Senioren, Frauen und Jugend	18 / 13	72,2 %
Finanzen	17 / 5	29,4 %
Gesundheit	18 / 13	72,2 %
Haushalt	20 / 6	30,0 %
Inneres	20 / 9	45,0 %
Kultur und Medien	8 / 4	50,0 %
Menschenrechte und humanitäre Hilfe	6 / 4	66,7 %
Petitionen	12 / 5	41,7 %
Recht und Verbraucherschutz	18 / 9	50,0 %
Sicherheits- und Verteidigungspolitik	16 / 4	25,0 %
Sport	8 / 4	50,0 %
Tourismus	9 / 5	55,6 %
Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	16 / 2	12,5 %
Verkehr und digitale Infrastruktur	18 / 4	22,2 %
Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung	6 / 4	66,7 %
Wirtschaft und Energie	20 / 5	25,0 %
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	10 / 7	70,0 %
Gesamt	**350 / 152**	43,4 %

DATEN 2019 – Datenquelle: Internetseite der BTF, Stand 09.09.2019

4.2.4 ZUSAMMENSETZUNG DER AUSSCHÜSSE, ARBEITSGRUPPEN, SPRECHER*INNEN BUNDESTAGSFRAKTION

Die SPD stellt in fünf der 23 ständigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages den Vorsitz. **Zwei dieser Ausschüsse** haben eine SPD-Abgeordnete als Vorsitzende:

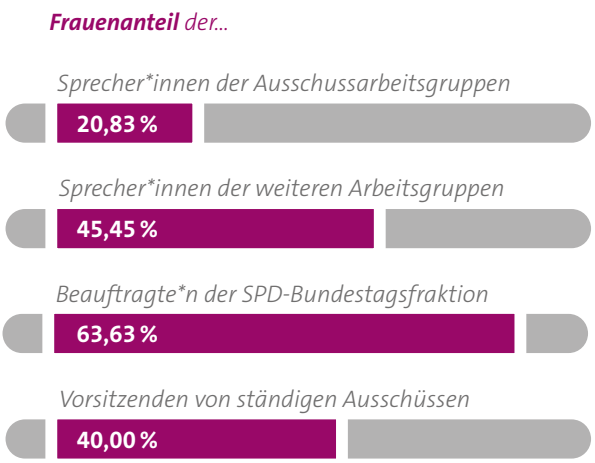
- **Sportausschuss:** Dagmar Freitag, MdB
- **Ausschuss für Kultur und Medien:** Katrin Budde, MdB

Sprecher*innen/Beauftragte der SPD-Bundestagsfraktion

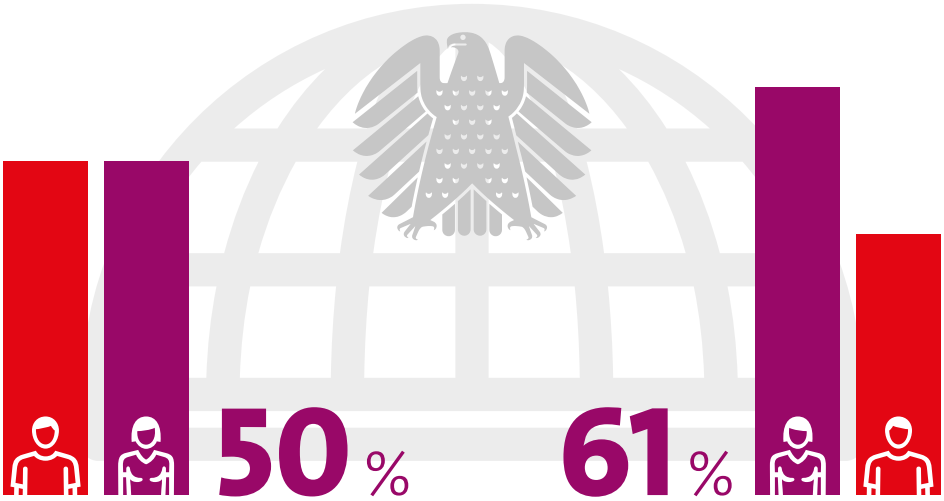
Unter den 24 Sprecherinnen und Sprechern der Ausschussarbeitsgruppen sind **fünf Frauen**. Der Frauenanteil liegt bei **20,83 %**.

Von den weiteren 11 Arbeitsgruppen der SPD-Bundestagsfraktion (Arbeitsgruppen der Enquête-Kommissionen, des Untersuchungsausschusses, themenbezogene Arbeits- und Querschnittsgruppen) haben 5 eine Sprecherin **(45,45 %)**.

Unter den 11 Beauftragten der Bundestagsfraktion zu bestimmten Themenbereichen sind **7 Frauen (63,63 %)**.



4.3 BUNDESREGIERUNG



50 %

SOZIALDEMOKRATISCHE BUNDESMINISTER*INNEN

61 %

SOZIALDEMOKRATISCHE PARLAMENTARISCHE STAATSSEKRETÄR*INNEN

	insgesamt	*davon Frauen*	*Frauenanteil in %*
Bundesminister*innen *einschließlich Chef*in Bundeskanzler*innen-Amt, ohne Kanzler*in	**15** CDU/CSU: 9 SPD: 6	**6** CDU/CSU: 3 SPD: 3	**40 %** CDU/CSU: 33 % SPD: 50 %
Parlamentarische Staatssekretär*innen bzw. **Staatsminister*innen**	**35** CDU/CSU: 22 SPD: 13	**13** CDU/CSU: 5 SPD: 8	**37 %** CDU/CSU: 22,7 % SPD: 61,5 %

Quelle: https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/bundeskabinett

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Kabinett_Merkel_IV

4.4 SPD-FRAKTIONEN DER LÄNDERPARLAMENTE

4.4.1 WEIBLICHE ABGEORDNETE IN DEN SPD-LANDTAGSFRAKTIONEN

Bundesland	*SPD-Mandate gesamt/davon Frauen*		*Frauenanteil*
Baden-Württemberg	19	2	10,52 %
Bayern	22	11	50,00 %
Berlin	38	15	39,47 %
Brandenburg[1]	25	7	28,00 %
Bremen	23	11	47,82 %
Hamburg[2]	58	26	44,82 %
Hessen	29	13	44,82 %
Mecklenburg-Vorpommern	26	6	23,07 %
Niedersachsen	55	19	34,54 %
Nordrhein-Westfalen[3]	69	24	34,78 %
Rheinland-Pfalz	39	14	35,89 %
Saarland[4]	17	8	47,05 %
Sachsen[5]	10	4	40,00 %
Sachsen-Anhalt	11	4	36,36 %
Schleswig-Holstein[6]	21	10	47,61 %
Thüringen[7]	12	7	58,33 %

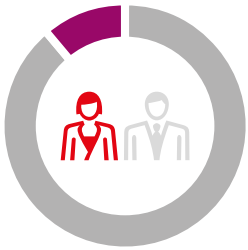
GESAMT

38,2 %

SPD-Mandate gesamt: ***474***
davon Frauen: ***181***

4.4.2 SPD-FRAKTIONSVORSITZENDE UND FRAKTIONSVORSTÄNDE

	***Weibliche** Fraktions-vorsitzende?*	*Stellv. Fraktions-vorsitzende gesamt/ **davon Frauen***	***Frauenanteil** im geschfd. Fraktionsvorstand in %* *(Vorsitz plus Stellv. Ohne PGF)*
BW	nein	4 / 1	**20,0 %**
BY	nein	4 / 2	**40,0 %**
BE	nein	5 / 3	**50,0 %**
BB[1]			
HB	nein	2 / 1	**33,3 %**
HH[2]	nein	3 / 3	**75,0 %**
HE	nein	6 / 3	**42,9 %**
MV	nein	4 / 2	**40,0 %**
NI	ja	6 / 1	**28,6 %**
NW[3]	nein	8 / 3	**33,3 %**
RP	nein	4 / 2	**40,0 %**
SL[4]	nein	4 / 1	**20,0 %**
SN[5]			
ST	ja	2 / 1	**66,7 %**
SH[6]	nein	3 / 2	**50,0 %**
TH[7]	nein	4 / 3	**60,0 %**
Gesamt	**2 von 16**	**59 / 28**	**40,0 %**



*Fraktionsvorsitzende: **16***
*davon Frauen: **2***

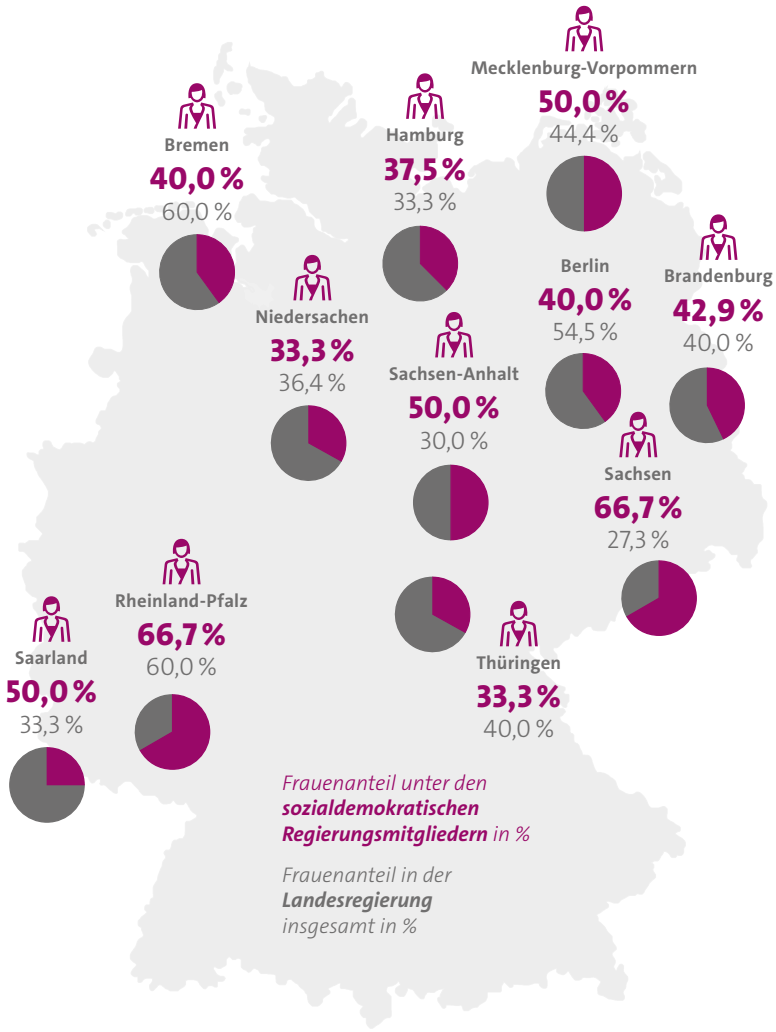
*stellv. Fraktionsvorsitzende: **59***
*davon Frauen: **28***

geschfd. Fraktionsvorstand
*Frauenanteil: **40,0 %***

[1] Fraktionsvorstand stand wg. LTW am 1.9. zum Berichtszeitpunkt noch nicht fest / [2] Durch Übertritt einer Abgeordneten hat die SPD-Fraktion seit 1.1.2018 nunmehr 59 Mitglieder / [3] 1 weibliche Parlamentarische Geschäftsführerin / [4] 1 weibliche Parlamentarische Geschäftsführerin / [5] Fraktionsvorstand stand wg. LTW am 1.9. zum Berichtszeitpunkt noch nicht fest / [6] 1 weibliche Parlamentarische Geschäftsführerin/ [7] 1 weibliche Parlamentarische Geschäftsführerin (Stand vor LTW 2019)

4.5 LANDESREGIERUNGEN

4.5.1 FRAUENANTEIL IN LANDESREGIERUNGEN, AN DENEN DIE SPD BETEILIGT IST



In Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bayern und Baden-Württemberg ist die SPD nicht an der Regierung beteiligt.

4.5 LANDESREGIERUNGEN

4.5.1 FRAUENANTEIL IN LANDESREGIERUNGEN, AN DENEN DIE SPD BETEILIGT IST

Bundesland	*Regierungs-konstellation*	*Regierungsmitglieder insgesamt*[1] *davon sozial-demokratische Regierungsmitglieder*	***Weibliche Regierungs-mitglieder insgesamt*** *und nach Parteizugehörigkeit*
Berlin	· SPD · Die Linke · Bündnis 90/ Die Grünen	11 / 5	**6** SPD: 2 Die Linke: 2 Bündnis 90/ Die Grünen: 2
Brandenburg *(Stand vor LTW 2019)*	· SPD · Die Linke	10 / 7	**4** SPD: 3 Die Linke: 1
Bremen	· SPD · Bündnis 90/ Die Grünen · Die Linke	10 / 5 *einschl. Staatsrat/Staatsrätin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Integration* *Bevollmächtigte/r der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa*	**6** SPD: 2 Bündnis 90/ Die Grünen: 2 Die Linke: 2
Hamburg	· SPD · Bündnis 90/ Die Grünen	12 / 8	**4** SPD: 3 Bündnis 90/ Die Grünen: 1
Mecklenburg-Vorpommern	· SPD · CDU	9 / 6	**4** SPD: 3 CDU:1
Niedersachsen	· SPD · CDU	11 / 6	**4** SPD: 2 CDU: 2
Rheinland-Pfalz	· SPD · Bündnis 90/ Die Grünen · FDP	10 / 6 *Einschl. Bevollmächtigte/r des Landes beim Bund und in der Europ. Union und Chef*in der Staatskanzlei*	**6** SPD: 4 Bündnis 90/ Die Grünen: 2 FDP: 0

[1] *einschließlich Ministerpräsident*innen bzw. Reg. Bürgermeister*innen, Stand 30. August 2019*

In Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bayern und Baden-Württemberg ist die SPD nicht an der Regierung beteiligt.

Bundesland	*Regierungs-konstellation*	*Regierungsmitglieder insgesamt*[1] *davon sozial-demokratische Regierungsmitglieder*	***Weibliche Regierungs-mitglieder insgesamt*** *und nach Parteizugehörigkeit*
Saarland	· CDU · SPD	9 / 4 *Einschl. Chef*in der Staats-kanzlei und Staatssekretär*in im Kabinettsrang*	**3** SPD: 2 CDU: 1
Sachsen *(Stand vor LTW 2019)*	· CDU · SPD	11 / 3	**3** SPD: 2 CDU: 1
Sachsen-Anhalt	· CDU · SPD · Bündnis 90/ Die Grünen	10 / 2 *Einschl. Chef*in der Staatskanzlei im Staatsministerium*	**3** SPD: 1 CDU: 1 Bündnis 90/ Die Grünen: 1
Thüringen *(Stand vor LTW 2019)*	· Linke · SPD · Bündnis 90/ Die Grünen	10 / 3	**4** SPD: 1 Die Linke: 2 Bündnis 90/ Die Grünen: 1

Bundesweiter Frauenanteil
in Landesregierungen, an denen die SPD beteiligt ist

GESAMT

48,7 %

[1] *einschließlich Ministerpräsident*innen bzw. Reg. Bürgermeister*innen, Stand 30. August 2019*

In Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bayern und Baden-Württemberg ist die SPD nicht an der Regierung beteiligt.

5.

BERICHT DER BUNDES-SGK

5.1 FRAUENANTEIL BEI KOMMUNALEN MANDATSTRÄGER*INNEN IN DEN BUNDESLÄNDERN

Der Deutsche Städtetag hat die Ratsmitglieder der Gemeinden mit **10.000 und mehr Einwohnern** (auch nach Parteizugehörigkeit) zum letzten Mal für das Jahr 2012 zum 1.1.2013 erfasst. Seitdem liegt keine systematische statistische Erfassung der Zahl der Mitglieder in den Vertretungskörperschaften im Hinblick auf ihren Frauenanteil und ihre Parteizugehörigkeit vor. Die Statistischen Landesämter oder das Statistische Bundesamt nehmen keine entsprechenden Auswertungen der Kommunalwahlergebnisse vor. Im Gleichstellungsatlas des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sind Daten über den Frauenanteil nur unabhängig von der Parteizugehörigkeit für die kommunalen Vertretungskörperschaften in den Bundesländern, den Kreisen und kreisfreien Städten aus den Jahren 2017, 2015 und 2011 veröffentlicht:
https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/gleichstellungsatlas

***Frauenanteil** der kommunalen Mandatsträger*innen in Deutschland*

GESAMT

27,0 %

*Kommunale Mandatsträger*innen: **23.986***
*davon Frauen: **6.478***

5.1 FRAUENANTEIL BEI KOMMUNALEN MANDATSTRÄGER*INNEN IN DEN BUNDESLÄNDERN

Bundesland	*Kommunale Mandatsträger*innen gesamt*	*davon Frauen**	*%*
Baden-Württemberg	2.640	562	21,30 %
Bayern	5.552	1.446	26,00 %
Berlin	660	260	39,40 %
Brandenburg	934	238	25,50 %
Bremen	116	34	29,30 %
Hamburg	357	137	38,40 %
Hessen	1.920	623	32,40 %
Mecklenburg-Vorpommern	520	127	24,40 %
Niedersachsen	2.326	616	26,50 %
Nordrhein-Westfalen	3.494	1.052	30,10 %
Rheinland-Pfalz	1.660	466	28,10 %
Saarland	204	52	25,50 %
Sachsen	1.114	232	20,80 %
Sachsen-Anhalt	726	148	20,40 %
Schleswig-Holstein	741	227	30,60 %
Thüringen	1.022	258	25,20 %

** Quelle: Die Daten wurden dem „3. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern", der auf Initiative der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder (GFMK) unter Vorsitz des Ministeriums für Arbeit und Soziales, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern und dem Statistischen Bundesamt erarbeitet wurde, entnommen.*

Stand 2017

5.2 WEIBLICHE VORSITZENDE DER SPD-GROßSTADT- UND KREISTAGSFRAKTIONEN

	*Vorsitzende der SPD-Großstadt- und Kreistagsfraktionen/ **davon Frauen***	*%*
in Städten 100.000 und mehr EW	93 / 14	**15,0 %**
in Kreisen	294 / 37	**12,6 %**
Gesamt	**387 / 51**	**13,2 %**

13,2 %

Frauenanteil** der weiblichen Vorsitzende der SPD-Großstadt- und Kreistagsfraktionen **gesamt

Quelle: Erhebung der Bundes-SGK (Stand 1. August 2019)

5.3 VON SOZIALDEMOKRATISCHEN FRAUEN BESETZTE FÜHRUNGSPOSITIONEN AUF KOMMUNALER EBENE

	*Sozialdemokratische Amtsinhaber*innen gesamt/ davon Frauen*	*%*
Oberbürgermeisterinnen[1]	106 / 10	9,4 %
Bürgermeisterinnen in Städten mit mehr als 50.000 EW[2]	30 / 5	16,7 %
Landrätinnen	65 / 7	10,8 %

9,4 %
OBERBÜRGER-MEISTERINNEN

16,7 %
BÜRGER-MEISTERINNEN
in Städten mit mehr als 50.000 EW

10,8 %
LAND-RÄTINNEN

Quelle: Erhebung der Bundes-SGK (Stand 1. August 2019)

[1] *Die Gemeindeordnungen der Länder unterscheiden sich stark in der Festlegung, in welchen Städten der Bürgermeister den Titel „Oberbürgermeister" führt: In Baden-Württemberg und Sachsen kommt diese Amtsbezeichnung ab 20.000 Einwohnern vor, in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt ab 25.000, in Bayern und im Saarland ab 30.000, in Hessen ab 50.000. In den übrigen Ländern geht der Oberbürgermeistertitel mit dem kreisfreien Status der Stadt einher (Hier sind alle Oberbürgermeisterinnen in Städten mit mehr als 20.000 Einwohnern berücksichtigt).*

[2] *Zu den Bürgermeisterinnen wurden die Bezirksbürgermeisterinnen in Berlin mit hinzugerechnet.*

5.4 FRAUEN IM VORSTAND DER BUNDES-SGK UND IN DEN VORSTÄNDEN DER LANDES-SGKS

	*Ordentliche Mitglieder/**davon Frauen***	%
Bundes-SGK	31 / 10	32,3 %
SGK Baden-Württemberg	23 / 8	34,8 %
SGK Bayern	29 / 8	27,6 %
SGK Berlin	28 / 8	28,6 %
SGK Brandenburg	14 / 5	35,7 %
SGK Bremen	9 / 3	33,3 %
SGK Hamburg	17 / 2	11,8 %
SGK Hessen	24 / 9	37,5 %
SGK Mecklenburg-Vorpommern	15 / 7	46,7 %
SGK Niedersachsen	32 / 8	25,0 %
SGK Nordrhein-Westfalen	30 / 8	26,7 %
SGK Rheinland-Pfalz	17 / 6	35,3 %
SGK Saarland	13 / 2	15,4 %
SGK Sachsen	9 / 3	33,3 %
SGK Sachsen-Anhalt	7 / 1	14,3 %
SGK Schleswig-Holstein	12 / 6	50,0 %
SGK Thüringen	14 / 4	28,6 %

Quelle: Erhebung der Bundes-SGK (Stand 1. August 2019)

6.

HAUPTAMTLICHE MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

6.1 HAUPTAMTLICHE MITARBEITER*INNEN SPD-PARTEIVORSTAND

	Frauen		Männer	
	absolut	*%*	*absolut*	*%*
Abteilungsleiter*innen	2	**66,7 %**	1	**33,3 %**
Pressesprecher*in/stellv. Pressesprecher*in	1	**33,3 %**	2	**66,7 %**
Büroleitung /Leiter*innen bzw. Referent*innen und persönliche Referent*innen in Vorstandsbüros	2	**40,0 %**	3	**60,0 %**
Referatsleiter*innen	2	**14,3 %**	12	**85,7 %**
Referent*innen	43	**55,1 %**	35	**44,9 %**
Sachbearbeiter*innen	20	**62,5 %**	12	**37,5 %**
Sekretär*innen	48	**94,1 %**	3	**5,9 %**
Mitarbeiter*innen im technischen und Bürobereich	4	**44,4 %**	5	**55,6 %**
Auszubildende	3	**60,0 %**	2	**40,0 %**
Gesamt	**125**	**62,5 %**	**75**	**37,5 %**

62,5 %

Frauenanteil** der hauptamtlichen Mitarbeiterinnen im SPD-Parteivorstand **gesamt

Quelle: Stellenplan 2018, Stand Juni 2018

6.2 HAUPTAMTLICHE MITARBEITER*INNEN LANDESVERBÄNDE UND BEZIRKE

Landesverband/ Bezirk	*Leitende Landes-/ Bezirksgeschäfts-führer*innen insgesamt/ davon Frauen*	*Landes-/ Bezirksgeschäfts-führer*innen insgesamt/ davon Frauen*	*Referent*innen insgesamt/ davon Frauen*
Baden-Württemberg[1]	2 / 1		8 / 4
Bayern	1 / 0		7 / 2
Berlin	1 / 1	1 / 1	5 / 4
Brandenburg[2]	1 / 0		2 / 1
Bremen	1 / 0		
Hamburg	2 / 1		9 / 4
Hessen – BZ Nord	1 / 0	1 / 1	1 / 1
Hessen – BZ Süd	1 / 0		
Hessen – Landesverband	1 / 0		4 / 2
Mecklenburg-Vorpommern	1 / 0	3 / 1	
Niedersachsen – BZ Braunschweig	1 / 0	2,5 / 0	3 / 2
Niedersachsen – BZ Hannover[3]	1 / 0	1 / 1	3 / 1
Niedersachsen – BZ Nord-Niedersachsen	1 / 0		
Niedersachsen – BZ Weser-Ems[4]	1 / 0	1 / 0	5 / 0
Niedersachsen – Landesverband[5]	1 / 0		5 / 2
Nordrhein-Westfalen	0 / 1		22 / 11
Rheinland-Pfalz[6]	1 / 0		12 / 6
Saarland	1 / 1	1 / 1	1 / 0
Sachsen[7]	1 / 0		5 / 2
Sachsen-Anhalt[8]	1 / 1	1 / 0	1 / 1
Schleswig-Holstein	1 / 0	1 / 0	3 / 2
Thüringen	1 / 1	1 / 1	4 / 0

[1] *außerdem 9 Regionalgeschäftsführer*innen, davon 1 Frau*
[2] *außerdem 10 Regionalgeschäftsführer*innen, davon 3 Frauen*
[3] *In UBs meist als Büroleitungen: 12 Büroleitungen, davon 6 Frauen. Im Bezirksbüro: 3 weibliche Büroleitungen (nicht Referent*innen)*
[4] *keine Referent*innen, sondern Lokal- und Regionalgeschäftsführer*innen*
[5] *stellv. LGF hier bei Referent*innen*
[6] *außerdem 9 regionale Geschäftsführer*innen, davon 1 Frau*
[7] *außerdem 3 Regionalgeschäftsführer*innen, davon 1 Frau*
[8] *ohne Regionalgeschäftsführer*innen*

SPD

DIE HÄLFTE DES HIMMELS,
DIE HÄLFTE DER ERDE,
DIE HÄLFTE DER MACHT.

BERICHT DES KOMMUNALBEIRATES DER SPD

ORDENTLICHER
BUNDESPARTEITAG

06. BIS 08. DEZEMBER 2019

Im Kommunalbeirat der SPD erörtert die SPD-Spitze mit ehren- und hauptamtlichen SPD-Kommunalpolitikerinnen und -politiker aus den Führungsgremien der Kommunalen Spitzenverbände und der Bundes-SGK kommunalpolitische Initiativen und trifft Verabredungen über die entsprechende Positionierung der SPD. Im Berichtszeitraum vom Januar 2018 bis zum Dezember 2019 tagte der Kommunalbeirat einmal.

In seiner Sitzung am 15. Februar 2019 diskutierte der Kommunalbeirat das vom SPD-Parteivorstand vorgelegte Konzept für die Zukunft des Sozialstaates.

Der Kommunalbeirat beschloss hierzu eine zustimmende Resolution. (siehe Rückseite)

Andrea Nahles und der Kommunalbeirat verabredeten weitere Sitzungen und eine intensive Befassung mit dem Thema der „Armutszuwanderung innerhalb der EU“. Aufgrund des Rücktritts der Parteivorsitzenden wurde dieser Prozess unterbrochen.

MITGLIEDER DES KOMMUNALBEIRATES (STAND FEBRUAR 2019)

Frank	Baranowski	Stadt Gelsenkirchen	Oberbürgermeister	Gelsenkirchen
Andrea	Nahles	SPD-Parteivorstand	Parteivorsitzende	Berlin
Thomas	Beyer	Hansestadt Wismar	Bürgermeister	Wismar
Sören	Bartol	SPD-Bundestagsfraktion	Stellv. Fraktions-vorsitzender	Berlin
Charlotte	Britz	Landeshauptstadt Saarbrücken	Oberbürgermeisterin	Saarbrücken
Bernhard	Daldrup	SPD-Bundestagsfraktion	Kommunalpolitischer Sprecher	Berlin
Helmut	Dedy	Deutscher Städtetag	Hauptgeschäftsführer	Berlin
Michael	Ebling	Landeshauptstadt Mainz	Oberbürgermeister	Mainz
Jörg	Freese	Deutscher Landkreistag	Beigeordneter	Berlin
Kirsten	Fründt	Landkreis Marburg-Biedenkopf	Landrätin	Marburg
Thomas	Jung	Stadt Fürth	Oberbürgermeister	Fürth
Christine	Kastning	SPD-Fraktion im Rat von Hannover	Vorsitzende	Hannover
Lars	Klingbeil	SPD-Parteivorstand	Generalsekretär	Berlin
Sören	Link	Stadt Duisburg	Oberbürgermeister	Duisburg
Barbara	Ludwig	Stadt Chemnitz	Oberbürgermeisterin	Chemnitz
Ulrich	Maly	Stadt Nürnburg	Oberbürgermeister	Nürnberg
Michael	Müller	Senatskanzlei	Regierender Bürgermeister	Berlin
Silvia	Nieber	Hansestadt Stade	Bürgermeisterin	Stade
Bernhard	Reuter	Landkreis Göttingen	Landrat	Göttingen
Annette	Sawade	SPD-Fraktion Kreis SHA	Mitglied des Kreistages	Schwäbisch Hall
Roland	Schäfer	Bergkamen	Bürgermeister	Berlin
Carsten	Schneider	SPD-Bundestagsfraktion	Parlamentarischer Geschäftsführer	Berlin
Manfred	Sternberg	Bundes-SGK e.V.	Geschäftsführer	Berlin
Marion	Weike	Stadt Werther	Bürgermeisterin	Werther
Andreas	Wellmann	Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern	Geschäftsführer	Schwerin
Uwe	Zimmermann	Deutscher Städte- und Gemeindebund e.V.	Stellv. Hauptgeschäftsführer	Berlin

RESOLUTION DES KOMMUNALBEIRATES DER SPD

1. Der Kommunalbeirat begrüßt ausdrücklich das vom Parteivorstand der SPD einmütig beschlossene Konzept „Arbeit – Solidarität – Menschlichkeit: Ein neuer Sozialstaat für eine neue Zeit“.

2. Die sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker befürworten, dass das neue Konzept den Wert der Arbeit hervorhebt, soziale Absicherung stärkt und Chancengleichheit fördert. Das überwindet soziale Schieflagen und stärkt gesellschaftlichen Zusammenhalt in den Städten und Gemeinden. Es ist richtig, dass sich das Konzept an dem Recht auf Arbeit orientiert und dazu geeignet ist, Menschen aus der Arbeitslosigkeit heraus zu führen und vom Transferbezug unabhängig zu machen.

3. Das von der SPD in der Regierung durchgesetzte Regelinstrument „Teilhabe am Arbeitsmarkt für alle“ war bereits ein wichtiger Schritt in diese Richtung, damit Langzeitarbeitslosen bessere Beschäftigungsmöglichkeiten geboten werden können. Damit können die Kommunen einen sozialen Arbeitsmarkt schaffen, der dazu beiträgt Quartiere sozial zu stabilisieren.

4. Die jetzt angekündigten Vorhaben, den Mindestlohn auf 12 Euro anzuheben, ein Recht auf Weiterbildung und Qualifizierung zu schaffen, das Arbeitslosengeld bei Qualifizierung zu verlängern werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärken und ihre Beschäftigungsmöglichkeiten weiter verbessern. Das ist ein Beitrag zur Senkung der Arbeitslosigkeit in den Kommunen.

5. Mit der Einführung des Bürgergeldes wird ein Kulturwandel bei der Bundesagentur für Arbeit eingeleitet. Mitwirkungspflichten werden erhalten aber sinnwidrige und unwürdige Sanktionen abgeschafft. Damit wird die Streitanfälligkeit der Bescheide deutlich reduziert und der soziale Frieden vor Ort erhöht.

6. Mit der sozialdemokratischen Kindergrundsicherung sorgt die SPD dafür, dass kein Kind in Armut aufwächst. Ein erster Schritt hierzu ist das von der SPD in der Regierung durchgesetzte „Starke-Familien-Gesetz“. Davon werden die Kommunen profitieren.

...

7. Mit einer Reform des Wohngeldes werden die Wohnkosten aller Haushalte mit geringen Einkommen bezuschusst, so dass niemand wegen steigender Mieten auf den Bezug von Hartz-IV-Leistungen mehr angewiesen sein soll. Das wird sich auch positiv auf die von den Kommunen zu tragenden Kosten der Unterkunft auswirken.

8. Mit dem ebenfalls vorgestellten Konzept der Grundrente zur Schaffung einer deutlich über der Grundsicherung im Alter liegenden Rentenzahlung wird die Lebensleistung älterer Menschen gegenüber der heutigen Situation wesentlich besser anerkannt. Damit werden die für den sozialen Zusammenhalt vor Ort negativen Folgen der Altersarmut wirksam bekämpft.

9. Mit diesem Konzept zeigt die SPD, dass sie sich an den Interessen der Menschen orientiert und gute Rahmenbedingungen für die Kommunen schafft. Die SPD bleibt und ist die Kommunalpartei. Mit Blick auf die Wahlen am 26. Mai 2019 heißt das, wer Gutes für die Kommunen will, muss bei den Kommunalwahlen und der Europawahl SPD wählen!

Berlin, 15. Februar 2019

DELEGIERTE

ORDENTLICHER
BUNDESPARTEITAG

06. BIS 08. DEZEMBER 2019

DELEGIERTE

Baden-Württemberg

Anner, Niklas
Arnold, Rainer
Baehrens, Heike
Bergerhoff, Ariane
Binder, Sascha
Boos, Luisa
Cademartori, Isabel
Castellucci, Lars
Drakul, Petar
Elser, Sonja
Erler, Gernot
Esken, Saskia
Fechner, Johannes
Gebhardt, Evelyne
Hahn, Leon
Harsch, Daniela
Herter, Lara
Hoffmann, Jonas
Hornung, Lukas
Hostert, Jasmina
Juratovic, Josip
Katzmarek, Gabriele
Kliche-Behnke, Dorothea
Könnecke, Birte
Köpfle, Benjamin
Lange, Christian
Lutz, Udo
Marvi, Judith
Marvi, Parsa
Mast, Katja
Mattheis, Hilde
Odar, Dominique
Repasi, Rene
Rolland, Gabi
Rosemann, Martin
Schiele, Andrea
Schmid, Nils
Schwarzelühr-Sutter, Rita
Stoch, Andreas
Türk-Nachbaur, Derya
Utz, Thomas
Wacker, Pavlos
Wahl, Florian
Weber, Jonas
Weschenmoser, Viviana
Wölfle, Sabine
Wulff, Annkathrin
Yildirim, Nezaket

Bayern

Ahmed, Nasser
Altenhöner, Freya
Arnold, Horst
Bahr, Ulrike
Baur, Hannelore
Beer, Petra
Bergmann, Uwe
Brand, Richard
Brunner, Karl-Heinz
Brütting, Dominik
Burger, Simone
Degelmann, Teresa
Dietz, Anno
Dornhuber, Matthias
Dösel, Harald
Drechsel, Mirjam
Ertug, Ismail
Fischer, Hannah

Fotokehagias, Michail
Gröger, Stefanie
Güller, Harald
Hagl-Kehl, Rita
Höllein, Carsten
Jazdzewski, Daniel
Kick, Michael
Kliem, Marvin
Knorr-Köning, Seija
Köning, Christian
Kramme, Anette
Krammer, Stefanie
Laurien, Marlen
Lederer, Iris
Mehltretter, Andreas
Merzbacher, Jonas
Metzger, Petra
Müller, Ruth
Negele, Christine
Nirschl, Norbert
Nürnberger, Jörg
Odell, Lena
Olbrich, Gerd
Pappler, Anette
Parzinger, Josef
Pohl, Ralf
Pollack, Kathrin
Pronold, Florian
Raab-Wasse, Helga
Rasehorn, Anna
Räth, Katharina
Riedl, Susanne
Rinderspacher, Markus
Ritter, Florian
Roidl, Ulrike
Roloff, Sebastian
Roth, Alexander
Rothmayer, Julia
Sauer, Maria
Sauerteig, Dominik
Scharfenberg, Ulrich
Schmid, Christoph
Schrodi, Michael
Stahl, Theresia
Sterzer, Lena
Streit, Dominik
Struck, Selina
Tausend, Claudia
Träger, Carsten
Treml, Michaela
Tylkowski, Eric
van Eckert, René
Vilsmeier, Bernd
von Brunn, Florian
Wegge, Carmen
Weimann, Eva-Maria
Wein, Peter
Wüst, Tobias
Yilmaz, Yasemin

Berlin

Bertels, Jana
Biel, Michael
Biewener, Ann-Kathrin
Boermann, Frank
Bozkurt, Aziz
Cecere, Vito
Dietrich, Frank-Axel
Drewnicki, Robert
Drohsel, Franziska
Fabig, Holger
Fischer, Severin

Georgii, Harald
Hiller-Ewers, Karin
Hopp, Marcel Saemin
Ingenbleek, Anja
Klein, Cordula
Klose, Annika
Kühnert, Kevin
Lambertin, Knut
Lanzke, Carolin
Mende, Charlotte
Raber, Sasa
Radziwill, Ülker
Rothe, Julie
Salomon, Alexander
Stüwe, Ruppert
Tietje, Rona
Wischnat, Annabelle

Brandenburg

Gordjy, Christopher
Gorholt, Martin
Häfner, Ulrike
Holzschuher, Ralf
Noack, Katja
Otto, Dietmar
Stohn, Erik
Weide, Kerstin
Wolff, Annemarie
Zierke, Stefan

Braunschweig

Brennecke, Horst
Föniger, Andrea
Fricke, Jan
Kaiser, Christine
Kreiser, Dunja
Kurz, Jana
Leitner, Ingrid
Letter, Laura
Luther, Manon
Mohrs, Falko
Muthmann, Nadine
Raulfs, Philipp
Riedel-Kielhorn, Miriam
Schneider, Julius

Bremen

Böhrnsen, Sören
Dirks, Shirin
Herzog, Janne
Michaelsen, Jannik
Schmugler, Sebastian
Schuster, Joachim
Tsartilidis, Elias Alexander

Hamburg

Bartke, Matthias
Bekeris, Ksenija
Bernzen, Christian
Damerau, Inka
Dressel, Andreas
Herbers, Rudolf
Kahrs, Johannes
Kleinow, Alexander
Leonhard, Melanie
Pein, Milan Wilhelm
Rabe, Ties
Richter, Frank
Rose, Wolfgang
Schaal, Monika

Stapelfeldt, Dorothee
Veit, Carola Alexandra
Weiland, Nils Gustav

Hannover

Andres, Katharina
Bauer-Schmidt, Christa
Blankenburg, Jakob
Bonin, Hinrich
Eckhoff, Birgit
Fahimi, Yasmin
Fahncke, Barbara
Friedemann, Waltraud
Gierke, Sonja
Grambow, Thomas
Hansmann, Silke
Heiligenstadt, Frauke
Hendricks, Knud
Hillberg, Antonia
Horn, Dieter
Klecha, Stephan
Liebelt, Kerstin
Mende, Dirk-Ulrich
Meyer, Marek
Niedenzu, Anja
Putzier, Jan Henner
Rödel, Bernd
Schmalstieg, Philipp
Schraps, Johannes
Schröder-Ehlers, Andrea
Schröder-Köpf, Doris Maria
Schüßler, Claudia
Seidel, Frank
Taplick, Lukas
van der Zanden, Lisa
Völlers, Marja-Liisa
Watermann, Ulrich
Weil, Stephan
Wernstedt, Thela
Wieduwilt, Sven Björn
Yousaf, Amina

Hessen-Nord

Angerhausen, Christa
Angerhausen, Knud
Bartol, Sören
Behle, Hannelore
Bethke, Cornelia
Brumlik, Laura
Ebert, Philipp
Fehr, Manfred
Franke, Edgar
Gremmels, Timon
Hartdegen, Tanja
Hechelmann, Ron-Hendrik
Holstein, Ilona
Hund, Ulrike
Meßmer, Ullrich
Pellmann, Jari
Roß-Stabernack, Stefanie
Schlitzberger, Udo
Schmidt, Jan-Hendrik
Simonsky, Georg
Sommer, Hendrik
Warnecke, Torsten
Wilhelm, Karin
Wohltmann, Clara

Hessen-Süd

Bokler, Alicia
Boukayeo, Sanaa
Costanzo, Vivien

Deboy, Jan
Degen, Christoph
Eckert, Tobias
Faeser, Nancy
Firat, Tuna
Frey, Juliane Alice
Geier, Catrin
Giebenhain, Raoul
Grobeis, Oliver
Grüger, Stephan
Haubrich, Melanie Svenja
Holschuh, Rüdiger
Huß, Tim
Kaffenberger, Bijan
Kern, Florian
Khenissi, Rachid
Kötschau, Stephanie
Kunert, Ralf
Kunz, Cirsten
Kunze, Sylvia
Lambrecht, Christine
Luxen, Kristina
Mansoori, Kaweh
Marquardt, Anne
Pawlik, Natalie
Pflume, Fabian
Rabanus, Martin
Schilling, Yasmin
Schmidt, Marius Angelo
Schmitt, Norbert
Schmöker, Tim
Seewald, Ilja-Kristin
Spiegelberg-Kamens, Viktoria
Stier, Katharina-Salote
Strank, Oliver
Türmer, Philipp
Voß, Jan Niclas
Wade, David
Wasilewski, Dieter
Wingerter, Sven
Yüksel, Turgut
Zimmermann, Jens

Mecklenburg-Vorpommern

Julitz, Nadine
Junge, Frank
Langer, Sebastian
Reinke, Christian
Wandt, Sandra
Wölk, Monique Nadine

Nord-Niedersachsen

Beutler, Nehle
Colpan, Aynur
Cordts, Lothar
Jantz-Herrmann, Christina
Kuntzmann, Sascha
Mahlke-Göhring, Manuela
Santjer, Uwe
Tiemann, Petra
Tolske, Bianca

Nordrhein-Westfalen

Ackermann, Manfred
Andres, Dagmar
Aschhoff, Denis
Bakum, Rodion
Baran, Volkan-Tevfik
Bas, Bärbel
Becker, Gisela
Becker-Lettow, Christa
Behrens, Jens

Bennarend, Jens
Blienert, Burkhard
Bluth, Stefanie
Böhme, Sarah
Bollmann, Hendrik
Börner, Frank
Bosselmann, Tobias
Brüggemann, Reinhard
Brüggenhorst, Ute
Buchner, Kevin
Buhre, Michael
Bujanowski, Simon
Buttkereit, Elke
Celik, Celil
Cikoglu, Atilla
Claßen, Anne
Coße, Jürgen
Dahm, Mario
Debus, Tim Lukas
Dichant, Maximilian
Dos Santos Herrmann, Susana
Duscha, Peter
Dzeik-Erdogan, Dilek
Erstfeld, Fabian
Ferber, Fabian
Gebhard, Heike
Geier, Jens
Geyer, Jens
Gottschlich, Simone
Groß, Michael
Großmann, Almut
Hammer, Hannah
Hartmann, Sebastian
Heinrichs, Felix
Heitkamp, Micha
Hendricks, Barbara
Hobusch, Alexander
Höft, Barbara
Holtey, Carolin
Holzwarth, Waltraut
Horn, Denise
Jäger, Christiane
Jäger, Ralf
Jankovic, Julia
Jansen, Daniela
Jansen, Tanja
Joisten, Christian
Kapteinat, Lisa-Kristin
Khalaf, Nadia
Kitz, Eva
Klute, Thorsten
Knipps, Anna
Konzelmann, Thorsten
Korkmaz, Elvan
Krampe-Reinermann, Julia
Kreß-Vannahme, Halice Debora
Kreutz, Marcel
Krohn, Marion
Kumpf, Wolfgang
Kunz, Matthias
Kunze, Gabriel
Küpper, Anne
Kutschaty, Thomas
Lehmann, Manfred
Liedtke, Elena
Lindenhahn, Elisabeth
Lippelt, Stefanie
Lüders, Nadja
Ludwig, Gerhard
Maus, Annika
Mayer, Gabriele
Mayregger, Patrick

Moll, Claudia
Molzberger, Adhemar
Monka, Magdalena
Müller, Frank
Mützenich, Rolf
Niederdellmann-Siemes, Nicole
Niedermaier, Sandra
Özdemir, Mahmut
Paas, Indra Maria
Paic, Peter
Peick, Jens
Philipp, Sarah
Pliete, Beate
Pocha, Benedikt
Ramers, Markus
Rasp, Peter
Rehmert, Monika
Rinkert, Daniel
Rosenthal, Jessica
Rudolph, Karsten
Ruß, Oliver
Sander, Irmgard
Schäfer, Axel
Schall, Dörte
Schmidt, Sabine
Schmidt, jun., Liborius
Schmitz, Ute
Schöneberg, Anita
Schwartze, Stefan
Sieweke, Beate
Solbach, Sascha
Sollbach, Marion
Spaenhoff, Anna
Spinrath, Norbert
Starken, Sally Lisa
Steinmann, Lisa
Stinka, Andre
Stock, Ellen
Stotz, Marlies
Striebeck, Svenja
Strobel, Claudia
Strothmann, Justus
Stucke, Ingo
Tepperis, Maria
Thews, Michael
Thon, Frank
Töns, Markus
Vogt, Alexander
Volkenrath, Martin
von Olberg, Robert
Vöpel, Dirk
Voßbeck, Sonja
Walter-Borjans, Norbert
Watermeier, Sebastian
Wedekin, Lars
Wronka, Raphael
Wurm, Hanna
Yüksel, Serdar
Zitzen, Max
Zorlu, Sara

Parteivorstand

Ahnen, Doris
Annen, Niels
Barley, Katarina
Breymaier, Leni
Bullmann, Udo
Dreyer, Malu
Dulig, Martin
Engelmeier, Michaela
Esdar, Wiebke
Geywitz, Klara

Griese, Kerstin
Groschek, Michael
Grötsch, Uli
Heil, Hubertus
Högl, Eva
Kaczmarek, Oliver
Klingbeil, Lars
Kohnen, Natascha
Kolbe, Daniela
Lösekrug-Möller, Gabriele
Maas, Heiko-Josef
Matschie, Christoph
Midyatli, Serpil
Miersch, Matthias
Müller, Michael
Nietan, Dietmar
Özoguz, Aydan
Pähle, Katja
Pistorius, Boris
Rehlinger, Anke
Ryglewski, Sarah
Schäfer-Gümbel, Thorsten
Schmidt, Dagmar
Scholz, Olaf
Schulze, Svenja
Schweitzer, Alexander
Sieling, Carsten
Stegner, Ralf
Uekermann, Johanna
Vogt, Sascha
Vogt, Ute
Woidke, Dietmar

Rheinland-Pfalz

Alt, Denis
Anklam-Trapp, Kathrin
Baldy, Daniel
Barnett, Doris
Bätzing-Lichtenthäler, Sabine
Berberich, Herbert
Bleicher, Marc-Antonin
Brück, Bettina
Conrad, Jürgen
Diedenhofen, Martin
Donner, Erik
Fuhr, Alexander
Glogger, Christoph
Greb, Ruth
Guth, Jens
Haller, Martin
Hartloff, Jochen
Janson-Peermann, Petra
Jenssen, Jens
Kaster-Meurer, Heike
Kazungu-Haß, Giorgina
Klinkel, Nina
Klomann, Johannes
Köbberling, Anna
Kurt, Umut
Lewentz, Roger
Machalet, Tanja
Mackensen, Isabel
Peermann, Thorsten
Pilger, Detlev
Puchtler, Frank
Rahm, Andreas
Reich, Beate
Reske, Ingrid
Ruland, Marc
Schäfer, Roland
Schneider, Julia
Schneiß, Jana

Schöller, Erik
Seelig, Patricia
Sippel, Heiko
Steinbach, Nico
Stich, Daniel
Troubal, Julia
Weber, Stefanie
Winter, Friedrich
Yilmaz, Baris

Saarland

Arweiler, Pascal
Barke, Jürgen
Berg, Petra
Blau, Britta
Britz, Charlotte
Clivot, Michael
Commerçon, Ulrich
Eli, Fabienne
Hiry, Johannes
Holzner, Martina
Jung, Christine
Jung, Magnus
Limbacher, Esra-Leon
Lindemann, David Alexander
Morsch, Anke
Ortleb, Josephine Loulou
Pauluhn, Stefan
Petry, Christian
Rampeltshammer, Luitpold
Rippel, Esther
Roth, Eugen
Streichert-Clivot, Christine
Thul, Sebastian
Weber, Volker

Sachsen

Bombien, Julia
Dietzschkau, Marc
Engel, Stefan
Frohwieser, Dana
Köpping, Petra
Rüthrich, Susann
Schmidt, Michael
Zabel, Benjamin

Sachsen-Anhalt

Brandt, Julia
Fiebig, Anne-Sarah
Geppert, Martin
Keune, Kornelia
Lietz, Arne
Möbbeck, Susi
Reifgerste, Carlo

Schleswig-Holstein

Awad, Tarek
Brack, Anastassia
Buhl, Christiane
Bull, Simon
Burkhardt, Delara
Daude, Ulf
Digulla, Frederik
Dolgner, Kai
Dürbrook, Niclas
Eickhoff-Weber, Kirsten
Ferber, Felix
Hagedorn, Bettina
Kreft, Enrico
Larsen, Tatjana

Ludwig, Katja

Saad, Tarek

Schiebe, Sophia

Schubert, Christina Marie

Tischler, Wiebke

Ünsal, Özlem

Vogel, Kai

von Pein, Simone

von Pein, Tobias

Wulf, Lennart

Thüringen

Lehmann, Diana

Maier, Georg

Marx, Dorothea

Schneider, Carsten

Shevchenko, Oleg

Tiefensee, Wolfgang

Zanker, Claudia

Weser-Ems

Börgmann, Johann

Feldmann, Julia

Gattung, Vanessa

Gava, Manuel

Goldenstein, Andre

Güldner, Thore

Hüser, Geert

Knaupe, Kimberly

Langer, Nora

Logemann, Karin

Mandel, Roswita

Mandel, Sören

Meents, Haiko

Mehlmann, Timo

Mittag, Susanne

Möller, Siemtje

Piechotta, Nicole

Rohde, Dennis

Saathoff, Johann

Wahlmann, Kathrin

Wölken, Tiemo

SPD

DELEGIERTE
MIT BERATENDER STIMME

ORDENTLICHER
BUNDESPARTEITAG

06. BIS 08. DEZEMBER 2019

DELEGIERTE MIT BERATENDER STIMME

Bagdat, Ufuk

Barthel, Klaus

Baumann-Hasske, Harald

Binding, Lothar

Daldrup, Bernhard

de Wolf, Abraham

Drewke, Renate

Drobinski-Weiß, Elvira

Ebhardt, Carola

Finke, Karl

Glomb, Matthias

Gloser, Günter

Hellmich, Wolfgang

Jensen, Meike

Jobs, Thorsten

Kaiser, Elisabeth

Khedr, Hussien

Kiziltepe, Cansel

Kleen, Alma

Kohl, Hannelore

Lindh, Helge

Lühmann, Kirsten

Marks, Caren

Meinhold, Walter

Mühlstein, Marko

Nieradzik, Gabriele

Noichl, Maria

Rehbock-Zureich, Karin

Rixecker, Roland

Schumann, Stephan

Schwabe, Frank

Sippel, Birgit

Stamm-Fibich, Martina

Steffen, Sonja

Tack, Kerstin

Velter, Boris

Weinbrecht, Ralph

Werner, Heike

Westphal, Bernd

Yüksel, Gülistan

SPD

INTERNATIONALE GÄSTE

ORDENTLICHER
BUNDESPARTEITAG

06. BIS 08. DEZEMBER 2019

INTERNATIONALE GÄSTE AUF DEM SPD-PARTEITAG VOM 6.-8.12.2019 IN BERLIN

Vertreterinnen und Vertreter von Parteien, Parlamenten und Organisationen:

ANC Südafrika

Cama Cha Mapinduzi (CCM) Tanzania

CAP - UDD Elfenbeinküste

CEE Network for Gender Issues

CHP Türkei

Citizens' Convergence Republik Kongo

Czech social democratic party (CSSD)

Democratic Action Party (DAP) Malaysia

Democratic Party of Iranian Kurdistan – PDKI

Democratic Party of Socialists of Montenegro

Eritrean Peoples Democratic Party (EPDP)

Ettakatol Tunesien

Fatah

Fateh Youth

FEPS

Global Progress

Group of the Socialist and Democrats in PACE

HDF - Föderation der Volksvereine Türkischer Sozialdemokraten

HDP Türkei

International Falcon Movement - Socialist Educational International (IFM-SEI)

Iraqi Youth Socialists

Israel Labor Party – Avoda

IUSY

K.S. EDEK Zypern

Komala Party of Iranian Kurdistan

KP China

Kurdistan Social Democratic Party / Iraq (KSDP)

Kurdistan Youth Union

LIDER Elfenbeinküste

Meretz

Mouvement du Peuple pour le Progres Burkina Faso

Movement for Democratic Change Simbabwe

Movement for Self-determination! Kosovo

Movimiento Renovador Sandinista (MRS) Nicaragua

MSZP Ungarn

National Democratic Institute for Internationa Affairs USA

New Democratic Party Kanada

New Democratic Party Washington DC

Norwegian Labour Party

Palestinian National Initiative (PNI)

Parti Socialiste Frankreich

Parti Socialiste Senegal

Partido Gen Argentien

PD Italien

People's Movement for Progress (MPP) Burkina Faso

PES

PES Women

Polisario Front

Progressive Allianz

Regionalregierung Kurdistan-Irak

...

S&D Gruppe

SAP Schweden

Saskana Lettland

SDP Finland

Social Democratic Party of Romania (PSD)

Social Democratic Party of Serbia

Social Democratic Union of Macedonia

Social Democrats of Montenegro

Social Democrats, Slowenien

Socialist Party of Albania

Sojusz Lewicy Demokratycznej - The Democratic Left Alliance, Poland

Sozialdemokratische Partei der Schweiz

SPÖ

SWAPO Namibia

Syrian Democratic People‘s Party

UDPS DR Kongo

Willy Brandt Center Jerusalem

Wiosna Polen

Young Labor Israel

Young Meretz Israel

Botschafterinnen und Botschafter/ Vertreterinnen und Vertreter der Botschaften von:

Argentinien

Australien

Belgien

Bosnien und Herzegowina

Botswana

Bulgarien

Chile

Costa Rica

Djibouti

Ecuador

Frankreich

Gabun

Griechenland

Guatemala

Indien

Indonesien

Irland

Italien

Jemen

Kroatien

Kuwait

Laos

Lettland

Litauen

Luxemburg

Malaysia

Mauritius

Mongolei

Montenegro

Mosambik

Niederlande

Nigeria

Österreich

Pakistan

Panama

Peru

Rumänien

Serbien

Singapur

Slowakei

Slowenien

Ukraine

Ungarn

Vereinigte Arabische Emirate